

**Zwei Burschenschafter als
Bürgermeister im Dritten Reich.**

Theo Memmel in Würzburg und Paul May in
Halle im Vergleich.

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde der
Philosophischen Fakultät
der
Julius-Maximilians-Universität Würzburg
vorgelegt von
Marc Schwenkert
aus Würzburg

2024

Erstgutachter: Professor Dr. habil. Peter Hoeres

Zweitgutachter: Professor Dr. habil. Matthias Stickler

Tag des Kolloquiums: 12.XII.2023

Inhalt

A) Einleitung	1
B) Hauptteil	23
I. Der Akademische Verein Adelpia	23
II. Studentenzeit und Sozialisation	37
1. Vom <i>stud. rer. pol.</i> zum <i>Dr. rer. pol.</i> May	37
2. Lehrer über Umwege.....	50
3. Zwischenfazit.....	69
III. Eintritt in den Rothenburger Verband schwarzer Verbindungen	73
IV. Arbeitsleben	79
1. Stadtrat in Halle	79
2. Memmel als Lehrer	87
3. Zwischenfazit.....	91
V. Parteizugehörigkeit	92
1. May bei der DVP	92
2. Parteigenosse Memmel.....	94
VI. Die Bürgermeisterwahl	129
1. Zweiter Bürgermeister von Halle	130
2. Oberbürgermeister von Würzburg.....	140
3. Fazit der beiden Wahlen	159
VII. Die Dachverbandsfrage bei Adelpia	161
VIII. Von der Korporation zur Kameradschaft	180

1. Burschenschaft des Dritten Reiches	180
2. Der letzte Gang zur Wartburg	185
3. Das Ende alter Burschenherrlichkeit	189
IX. Bürgermeister im Frieden	193
1. May in Halle	194
2. Memmel in Würzburg	231
3. Zwischenfazit.....	292
X. Kommunale Entwicklungen im Dritten Reich	294
XI. Die Kameradschaft „Rudolf Berthold“	309
XII. Zugehörigkeit zu NS-Organisationen und Vereinen	336
XIII. Bürgermeister im Krieg.....	342
1. Halle.....	342
2. Würzburg	356
3. Orden und Auszeichnungen.....	391
4. Zwischenfazit.....	397
XIV. Halle unter den Besatzungsmächten	399
XV. Memmels Internierung, Entnazifizierung und Pensionierung	419
1. Das Entnazifizierungsverfahren	420
2. Die Pensionsansprüche gegenüber der Stadt Würzburg	443
3. Exkurse zu Adalbert Wolpert und Hans Streller	452
XVI. Übersiedelung in den Westen.....	456
XVII. Das Wiedererstehen Adelphias und Memmels Beitrag	470
C) Schluss	482

I. Biografische Zusammenfassung	482
1. Paul May	482
2. Theodor Memmel	485
3. Biografischer Vergleich	491
II. Erkenntnisse zur Kommunalgeschichte des Dritten Reichs ...	493
III. Erkenntnisse zur Studentengeschichte	496
D) Quellen- und Literaturverzeichnis	498
I. Archivalische Quellen.....	498
II. Gedruckte Quellen.....	502
III. Gedruckte Quellen Adelprias	506
IV. Zeitungsartikel.....	507
V. Zeitschriften.....	513
VI. Literatur	514
E) Anhänge	539
I. Anlagen	539
II. Verzeichnis der Organigramme und Tabellen	548
1. Organigramme.....	548
2. Tabellen.....	549
III. Interviews	553
1. Interview mit Wolf-Dieter Unglauben.....	553
2. Interview mit Dr. Volker Wilms	559
3. Interview mit Dr. Kurt Vogel I	563
4. Interview mit Dr. Klaus Zeitler	570

IV. Register572

1. Abkürzungsverzeichnis 572

2. Glossar 575

Für meine Eltern.

A) Einleitung

Im ersten Stock des Karmelitenflügels im Würzburger Rathaus hängen die Porträts der Stadtoberen von 1859 bis heute. Beim näheren Hinsehen bemerkt der Betrachter eine Lücke: Zwischen den Porträts der Herren Dr. Hans Löffler und Gustav Pinkenburg fehlt ein Oberbürgermeister für die besonders brisante Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft von 1933 bis 1945. Ein verantwortliches Gesicht für diese schicksalhaften zwölf Jahre, die unter anderem zur vollständigen Zerstörung der Stadt im Jahr 1945 führten, sucht man im Rathaus abseits von Sonderausstellungen vergebens. Bei jenem Mann, dessen Gemälde nicht in den Hallen des Rathauses präsent ist, handelt es sich um Theodor Memmel, Jahrgang 1891 und NSDAP-Politiker seit 1931. Nach dem Zweiten Krieg ging er erfolgreich durch alle Instanzen, um sich gegen den hartnäckigen Widerstand des Würzburger Magistrats sein Ruhegehalt zu erkämpfen. Als er 1973 starb, stand in der Main-Post ein ausgesprochen wohlwollender Nachruf; auch der damalige Oberbürgermeister Klaus Zeitler war bei Memmels stark frequentierter Besetzung anwesend.¹

An einer ganz anderen Stelle sieht man in jenem Memmel grundsätzlich mehr als nur einen nationalsozialistischen Politiker. Auf dem Verbindungshaus der Burschenschaft Adelpia Würzburg, der er zeitlebens angehörte, hängen noch immer eine Photographie von ihm samt seinem Band und Kopfcouleur² an der Wand.³ Der Bilderrahmen trägt die Inschrift: „Dem hochverdienten Bbr. Theo Memmel von seiner ‚Adelpia Würzburg‘ 24.12.71“. Dieses Ensemble hängt zwar heute in einer recht dunklen Ecke eines Nebenzimmers. Dennoch erscheint gerade die Widmung der Photographie nicht nur angesichts seiner ideologischen Ansichten zunächst fragwürdig. Darüber hinaus war es Memmels Partei, die das traditionsreiche deutsche Korporationswesen nur wenige Jahre nach der Machtübernahme zunächst gleichschaltete, dann aushöhlte und schließlich vollständig verbot. Die Studentenverbindung Adelpia bildete hierbei keine Ausnahme. Diese Umstände werfen natürlich die Frage auf, welche Verdienste Memmels man letztendlich so sehr geschätzt hat. Die Rezeption seiner Person war und ist auf jeden Fall sowohl zeitlich als auch institutionell großen Unterschieden ausgesetzt. Die vorliegende Dissertation untersucht die

¹ Theo Memmel beigesetzt. Main-Post, Nr. 213, 15.9.1973.

² Als Kopfcouleur wird die Mütze in Verbindungsfarben bezeichnet, die in verschiedensten Ausführungen bei Korporationen üblich ist. Im Falle Adelpias wird seit 1933 eine halbsteife orange Tellerkappe getragen. Memmel besaß ebenso das weniger offizielle Biertönnchen, das keinen Schirmrand besitzt und auf dem Hinterkopf getragen wird.

³ Das Verbindungsstudententum hat seine eigene Sprache. So ist man dort „auf“ dem Haus und „auf“ der Kneipe. Vgl.: KLUGE, FRIEDRICH/RUST, WERNER: Deutsche Studentensprache. Band 1. A – K (= Historia Academica. Heft 24). Nürnberg, 1985, S. 260.

offensichtlich reichhaltigen und unterschiedlichen Facetten dieses Mannes und arbeitet die Gründe für seine höchst unterschiedliche Reputation auf.

Im Rathaus in Halle an der Saale findet sich in den oberen Etagen anders als in Würzburg nur eine unvollständige Sammlung von Bürgermeisterporträts. So überrascht es nicht unbedingt, dass das Portrait Dr. *rer. pol.* Paul Theodor Mays, Zweiter Bürgermeister und Stadtkämmerer von 1932 bis 1945 sowie kurzzeitiger Oberbürgermeister im Jahr 1945, dort nicht vertreten ist. Er war zwar seit 1938 ebenfalls Mitglied in der NSDAP, wurde aber anders als Memmel im Zuge der alliierten Besetzung nicht unverzüglich seines Amtes enthoben. May stellt auch sonst eine interessante Persönlichkeit dar, da er in vier unterschiedlichen politischen Systemen vom Kaiserreich bis zur Deutschen Demokratischen Republik (DDR) durchgehend Leitungspositionen innehatte. Dennoch hat sich bisher niemand mit seiner Biographie wissenschaftlich auseinandergesetzt.

May und Memmel weisen neben dem Vornamen, Beruf und NSDAP-Parteibuch noch eine weitere Gemeinsamkeit auf: Sie gehörten Zeit ihres Lebens derselben Studentenverbindung, der Adelpia Würzburg, an. Dadurch kannten und schätzten sich die beiden. Ein Vergleich von May und Memmel bietet sich an, da beide bis zum Ende des Ersten Weltkriegs sehr ähnliche Lebenswege und Prägungen aufwiesen, dann aber politisch umso stärker auseinanderdrifteten. Memmel radikalisierte sich und wurde NSDAP-Politiker, während May früh eine bürgerlich-konservative politische Überzeugung fand und dieser dann auch lebenslang treu blieb, wenn er sich auch den Gegebenheiten der Zeit anpasste.

Die vorliegende Dissertation bietet einen Einblick in eine Vergemeinschaftungsform, die oft übersehen wird, obwohl sie durch unterschiedliche Möglichkeiten die Entwicklung von jungen Erwachsenen beeinflusst und meist eine lebenslange Verbundenheit erschafft. Viele Personen im näheren Umfeld von Memmel und May waren Angehörige einer Studentenverbindung; das bedeutet, sie verbrachten einen mehrjährigen und wichtigen Abschnitt ihres Lebens, die Studienzeit, in einer studentisch-korporierten Welt, die heute noch fast genauso existiert, auch wenn sie in der breiten Öffentlichkeit und der Geschichtswissenschaft ein wenig in Vergessenheit geraten ist.⁴ So waren auch die beiden Vorgänger Memmels im Bürgermeisteramt, Hans Löffler und Andreas Grieser, Angehörige einer Korporation.⁵ Beim

⁴ STICKLER, MATTHIAS: Neuerscheinungen zur Studentengeschichte seit 1994. Ein Forschungsbericht über ein bisweilen unterschätztes Arbeitsfeld der Universitätsgeschichte. In: BRUCH, RÜDIGER VOM (Hrsg.): Jahrbuch für Universitätsgeschichte. Band 4. Stuttgart, 2001, S. 262-270.

⁵ Grieser gehörte der Katholischen Studentenverbindung (K.St.V.) Alemannia München im Kartellverband (K.V.) an. STICKLER, MATTHIAS: Dr. h.c. Hans Löffler – Corpsstudent, demokratischer Politiker und Oberbürgermeister – ein Würzburger Lebensbild. In: METTENLEITER, ANDREAS (Hrsg.): Tempora mutantur et nos? Festschrift Walter M. Brod. Pfaffenhofen,

Verbindungswesen handelt es sich um eine studentische Kultur, in der die einmal ausgewählte Gemeinschaft mindestens zeitweise einen Lebensmittelpunkt darstellt, in der Ämter, Verantwortung und Bundesbrüder Einfluss auf die persönliche Entwicklung und Meinung nehmen. Korporierte bauen ein weitaus persönlicheres und tiefgreifenderes Verhältnis zu ihrer Verbindung auf, als dies bei vergleichbaren bürgerlichen Vereinen der Fall ist, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland erblühten. Durch die gemeinsam durchlebte Jugendzeit mit all ihren Ritualen und speziellen Erfahrungen kommt es zu einer starken emotionalen Bindung an die Korporation.⁶ Diese Gemeinschaft endet nur zum Teil mit dem Studienabschluss. Denn das in ihr verwurzelte Lebensbundprinzip bedeutet, dass man der Korporation – wenn auch in weniger zeitintensiver Form – bis zum Tod angehört. Die in dieser Vergemeinschaftungsform verbrachte gemeinsame, oft auch alkoholgeschwängerte Zeit, stellt häufig einen wichtigen Teil der persönlichen Erinnerung dar. Diese Dissertationsschrift vergleicht den Lebensweg und das Arbeitsfeld jener beiden Bundesbrüder miteinander, die an den Verwaltungsspitzen zweier Großstädte⁷ standen. Im Mittelpunkt steht ihre Tätigkeit als (Ober-) Bürgermeister, wobei sich ihr Korporationshintergrund unterschiedlich intensiv wie ein roter Faden durch ihr Leben zieht. Diese Arbeit zeigt auf, welchen Einfluss die Studentenverbindung auf die Sozialisation und das Netzwerk, beziehungsweise Umfeld von zwei einflussreichen Personen im Dritten Reich gehabt hat.

Fragestellungen

Die Dissertation gliedert sich in drei Themenkomplexe: Die Untersuchung der beiden Biographien, NS-Kommunalgeschichte und Studentengeschichte. Anknüpfend an den Titel der Arbeit ist die Hauptfragestellung zunächst folgende: Wie sehr waren Memmel und May mit ihrer Korporation zu Studien-, Berufs- und Nachkriegszeit verbunden? Die vorliegende Untersuchung arbeitet heraus, welchen Einfluss ihre Studentenverbindung auf die Sozialisation der beiden gehabt hat und in welcher Gesellschaft sie sich dadurch bewegten. Auch die Bedeutung der Fronterfahrungen im Ersten Weltkriegs für ihren Lebenslauf ist Forschungsgegenstand. Gerade Memmel war sowohl bei Adelpia als auch in der NSDAP sehr engagiert. Wie vertrug sich die Parteiaktivität auf Dauer mit seinem tief verwurzelten Dasein als Verbindungsstudent? Wie verhielten sich beide, als die Nationalsozialisten nach ihrer Machtübernahme dem Verbindungswesen ein Ende bereiteten,

2007, S. 251-256, hier S. 251. Löffler war Mitglied beim Corps Bavaria Würzburg. LERMANN, MATTHIAS: Der Würzburger Oberbürgermeister Dr. Hans Löffler. Bürgerethik und Liberalismus. Würzburg, 2015, S. 54-62.

⁶ STICKLER, MATTHIAS: Universität als Lebensform? Überlegungen zur Selbststeuerung studentischer Sozialisation im langen 19. Jahrhundert. In: BRUCH, RÜDIGER VOM (Hrsg.): Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft (= Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 76). München, 2010, S. 149-186, hier S. 165f.

⁷ Dieser Begriff definiert Städte mit über 100.000 Einwohnern.

und welche Auswirkungen hatte dies auf sie persönlich? Welche Rolle spielten sie in der wiedergegründeten Adelpia der Nachkriegszeit? Diente diese gar als Auffangbecken für Nationalsozialisten? Die vorliegende Arbeit soll so einen Einblick auf ein System in der Mikroebene bieten.

Relevant ist auch, wie beide zu ihrem Bürgermeisteramt gekommen sind. Dies ist besonders bei Memmel interessant, da dieser bis 1933 Lehrer war und keinerlei kommunalpolitische Erfahrung mitbrachte. Zu prüfen ist, wie es Paul May als einstigem DVP-Mitglied und Zweiten Bürgermeister einer Groß- und Gauhauptstadt gelang, bis 1938 nicht der NSDAP anzugehören, und wie seine Amtszeit dementsprechend aussah. Außerdem wird untersucht, wieso er diesen Posten noch bis Oktober 1945 innehatte und was ihn letztendlich dazu bewegte, seine Beamtenstellung aufzugeben. In Bezug auf ihre Bürgermeisterzeit sind etliche Fragen zu klären, sowohl im Hinblick auf ihre Amtsführung im Allgemeinen wie auch im Speziellen, so etwa im Bereich des Personalwesens. Die Arbeit vergleicht, wie sich die Amtsführung beider Personen sowie die Vorgänge im Rathaus in der Friedens- und Kriegszeit gestaltete. Ebenso wird untersucht, ob und wie sich ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus gewandelt hat. Wie gingen etwa beide als Bürgermeister mit dem NS-Regime unliebsamen Personen um? Das Augenmerk liegt hierbei auf direkten Übergriffen der Nationalsozialisten, wie etwa die Bücherverbrennungen oder die Reichspogromnacht. Der Oberbürgermeister⁸ wurde im Dritten Reich⁹ dank des Führerprinzips ein scheinbar ziemlich unbeschränkter Herrscher über die ihm überantwortete Stadt. So warf man Memmel in der Nachkriegszeit vor, er habe in seiner Zeit als Oberbürgermeister „nach Gutdünken“¹⁰ regiert. War dies tatsächlich der Fall oder hatte er als nationalsozialistisches Stadtoberhaupt doch Grenzen in der seiner Zuständigkeit und falls ja, welche? Welche Entscheidungsgewalt hatte May, der lange Zeit ohne NSDAP-Parteibuch als Zweiter Bürgermeister seinem nationalsozialistischen Oberbürgermeister untergeordnet war? Sowohl Halle als auch Würzburg hatten den Status Gauhauptstadt, woraus ein ganz besonderer Bezug zu ihrem ihnen übergeordneten

⁸ In vielen Städten wurden die Stadtoberhäupter bis in das 20. Jahrhundert als Erster und Zweiter (rechtskundiger) Bürgermeister betitelt. Die Amtsbezeichnung Oberbürgermeister (OB) fand in Würzburg ab 1908 Verwendung. Sie wurde aber nicht durchgängig geführt und stellte anfangs eine Auszeichnung dar. WAGNER, ULRICH: Würzburger Landesherren, bayerische Ministerpräsidenten, Vorsitzende des Landrates/Bezirkstagspräsidenten, Regierungspräsidenten, Bischöfe, Oberbürgermeister/Bürgermeister 1814-2006. In: Ders.: Geschichte der Stadt Würzburg Band III/2. Vom Übergang an Bayern bis zum 21. Jahrhundert. Stuttgart, 2007, S. 1221-1224.

⁹ Da der zu häufige Gebrauch von Anführungszeichen bei der NS-Sprache schnell ästhetisch unschön wird, soll hierauf vornehmlich verzichtet werden. Siehe zu diesem Thema auch: HEINE, MATTHIAS: Verbrannte Wörter. Wo wir noch reden wie die Nazis – und wo nicht. Berlin, 2019. Sowie: SCHMITZ-BERNING, CORNELIA: Vokabular des Nationalsozialismus. 2. Auflage. Berlin, 2007.

¹⁰ Schreiben von OB Stadelmayer an die Regierung von Unterfranken. Würzburg, 17.12.1953. Magistratsakten Signatur 119 a. Stadtarchiv Würzburg.

Gauleiter entspross. Den Einfluss dieses Umstandes auf die beiden Großstädte vergleicht die vorliegende Arbeit. Eine weitere Frage ist, wie radikal und regimetreu May und Memmel sich gaben, oder auch tatsächlich waren, vor allem nach Kriegsbeginn. Und wie verhielten sie sich, als ihre Stadt 1945 zum Frontgebiet wurde? Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie nationalsozialistisch ihre Amtsausführung in der Praxis geprägt war.

Anders als May musste Memmel sich nach dem Zweiten Weltkrieg vor der Spruchkammer verantworten. Wie gestaltete sich sein Prozess und wie sah seine Verteidigung aus? Wie standen May und Memmel zu ihrer einstigen NSDAP-Mitgliedschaft und hatten sie eine persönliche Schuld in ihrem Handeln erkannt? Unter seinem Meldebogen schrieb Memmel 1947: „[...] an keiner Gewaltmaßnahme beteiligt; als Oberbürgermeister oft im Gegensatz zur Partei.“¹¹ Da er auf dieser Ansicht während seines Entnazifizierungsverfahrens, das durch mehrere Instanzen ging, beharrte, ist diese Aussage einer genauen Prüfung zu unterziehen.

Schlussendlich stellt sich die Frage, wie beide Männer ihr Nachkriegsleben in zwei so unterschiedlichen deutschen Staaten gestalteten. Bei May geschieht dies in besonderem Hinblick auf sein Verhältnis zur Deutschen Demokratischen Republik.

Die Dissertation soll des Weiteren einige noch vorhandene Lücken in der Forschung zu Theodor Memmel schließen. Sie untersucht seinen Weg zu einem Hoheitsträger der NSDAP näher, um herauszufinden, warum sich ein im Beruf gefestigter Lehrer und überzeugter Verbindungsstudent dem Nationalsozialismus zuwandte und voll darin aufging. Handelte es sich dabei um einen typischen Weg vom Weltkriegsteilnehmer über radikale Strömungen und Verbände zum Braunhemd oder war er eher die untypische akademische Ausnahme in der unterfränkischen NSDAP? Warum wurde gerade er, der über keinerlei kommunale Erfahrungen verfügte und keine benötigte Befähigung zum Richteramt vorweisen konnte, zum Bürgermeisterkandidaten seiner Partei? Wie war sein Verhältnis zur NSDAP nach der Machtübernahme bis zur Kapitulation der Wehrmacht 1945? blieb er bis zum Ende der radikale Nationalsozialist oder änderten persönliche Erfahrungen, wie seine plötzliche Absetzung vom Kreisleiterposten, die Auflösung seiner Verbindung oder der Tod seines Sohnes im Krieg, seine Sichtweise und sein Handeln? Ein Untersuchungsgegenstand ist seine Personalpolitik und sein allgemeines Walten im Rathaus. Hierbei wird auch exemplarisch untersucht, wie viel Macht, Handlungsfreiheit und Einfluss ein Oberbürgermeister im Dritten Reich bezüglich seines Personals hatte und wovon dies abhing. Auch wie sein Privatleben als ehemaliger nationalsozialistischer Oberbürgermeister nach dem Zweiten Weltkrieg aussah, wurde bisher kaum

¹¹ Meldebogen zur Entnazifizierung von Theodor Memmel. 4.7.1947. Spruchkammerakte Memmel. Staatsarchiv München.

thematisiert. Hierbei ist gleichfalls die Rezeption Memmels als einstiger NS-Politiker bei Adelpia Gegenstand der Ausarbeitung. Wie genau verliefen seine Entnazifizierungsprozesse, und weshalb dauerte der Kampf um seine Pensionsansprüche mit der Stadt Würzburg so lange, um sie ihm letzten Endes dann doch zuzugestehen?

Zu Paul May existieren noch keine wissenschaftlichen Studien. Ebenso wenig ist die Selbstverwaltung Halles im Dritten Reich und unter der anschließenden amerikanischen und russischen Besatzung bisher umfassend beschrieben worden. Auch über kaum eine der in dieser Zeit wichtigen lokalen Persönlichkeiten existieren Biografien. Folglich hat die neuere Stadtgeschichte Halles noch Lücken, die diese Arbeit stellenweise schließt.

Anders als Memmel war May durch seine langjährige Stadtratstätigkeit nach dem Ersten Weltkrieg für einen Bürgermeisterposten eher prädestiniert. Hier ist die Frage, wie er es bis 1938 schaffte, nicht der NSDAP anzugehören, aber dennoch Zweiter Bürgermeister und Kämmerer einer Groß- und Gauhauptstadt zu sein. May besaß offenbar das Vertrauen der Alliierten, da er bis Oktober 1945 noch kommissarischer Bürgermeister war. Woher kam dieses und weshalb war er dann plötzlich doch unhaltbar? Und wie erging es ihm als ehemaligem NSDAP-Mitglied und Altem Herr einer Burschenschaft in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR?

Erkenntnisinteresse und Relevanz

Die vorliegende Dissertation nimmt die vergleichbaren Lebenswege von May und Memmel zur Basis, um mit ihrer Hilfe in drei Hauptbereichen neue Erkenntnisse zu schaffen:

1. Zu den Biografien von May und Memmel

Da May und Memmel bis 1918 sehr ähnliche Prägungen erfahren hatten, bietet sich der Vergleich der beiden Bundesbrüder an, um zu erörtern, weshalb der eine sich radikalisierte, während der andere seiner bürgerlich-konservativen politischen Überzeugung treu blieb. Unter der Prämisse, dass die nationalsozialistischen Bürgermeister im Dritten Reich nicht nur Gestaltungsspielraum in ihrer Leitungsfunktion hatten, sondern dessen Umfang eben gerade bedingt durch das Führerprinzip speziell von ihrer Person abhing, erhält die Biographie eines Stadtoberhaupts im Dritten Reich ihre Relevanz. Dabei soll aber nicht nur schlicht ihr Werdegang beschrieben, sondern in den Kontext ihres sie sozialisierenden und politischen Umfeldes gesetzt werden. Während diese Ausarbeitung Mays Vita erstmals vollständig erfasst, erfährt Memmels wechselhafter Lebenslauf eine tiefergehende Erschließung. Um das Wirken der beiden Personen umfassend zu beurteilen ist eine eingehende Untersuchung ihres Werdens essentiell, anstatt nur ihre Amtsjahre von 1933 bis 1945 zu beleuchten. Diese Arbeit betrachtet

Memfels Aufstieg zu einem der führenden Nationalsozialisten Unterfrankens. Im Gegensatz zu diesem fußte Mays berufliche Karriere vom Kaiserreich bis zur DDR nicht auf der Zugehörigkeit zu einer politischen Partei. Trotzdem fügte er sich stets gut in das jeweilige System ein. Gerade durch die vielen erhaltenen Dokumente der Hallenser Stadtverwaltung kann die Komplexität der verschiedenen politischen Systeme, unter denen Paul May stets eine Führungsposition inne hatte, durch ihre jeweiligen spezifischen unterschiedlichen Auswirkungen auf ihn und sein Handeln in seinem Arbeitsbereich greifbar gemacht werden. Wie ihm dies gelang, ist zu eruieren. Im letzten Kapitel wird schließlich noch untersucht, was dazu führte, dass May in das Visier der Staatssicherheit der DDR („Stasi“) geriet und beinahe als Spion und Saboteur angeklagt worden wäre. Schlussendlich ergründet diese Arbeit, wie es zu Memfels wechselhafter Reputation in Würzburg gekommen war.

2. Zur Studentengeschichte

Die Dissertation betrachtet zuerst, wie aus der dachverbandslosen, multinationalen, Couleur und Mensuren ablehnenden Studentenverbindung Adelpia 25 Jahre später eine pflichtschlagende Burschenschaft im Dachverband der Deutschen Burschenschaft (D.B.) wurde und welchen Anteil speziell Memmel daran hatte. Ebenso wird exemplarisch der Einfluss von Korporationen auf die Sozialisation und den Lebensweg ihrer Mitglieder in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts anhand von May und Memmel deutlich gemacht. In Bezug auf Verbindungen spricht man gerne von Seilschaften und Karrierekadern. Ob sich die Mitgliedschaft entsprechend positiv auf den Lebensweg der beiden Personen auswirkte, ist zu prüfen. Des Weiteren erschließt diese Arbeit Memfels eindrucksvolles auf seiner Korporation beruhendes Netzwerk. Hierbei wird die These eruiert, ob und wie es einem nationalsozialistischen Oberbürgermeister unter Ausnutzung seiner Amtsstellung möglich war, seine Korporation und das lokale Verbindungsleben trotz der Einschränkungen und Verbote zu protegiere.

3. Zur Kommunalgeschichte im Dritten Reich

Durch ihre Arbeit auf der untersten staatlichen Ebene erfüllten die nationalsozialistischen Bürgermeister eine besondere Rolle bei der Etablierung, Durchsetzung und Aufrechterhaltung der Diktatur von der Machtübernahme bis zur Kapitulation der Wehrmacht. Ein Vergleich zwischen Würzburg und Halle bietet sich an, da beide sowohl den Status einer Groß- und Gauhauptstadt im Dritten Reich innehatten. Dabei soll der Blick jedoch nicht nur auf diesen beiden jeweiligen Kommunen verharren, sondern stets in den Vergleich miteinander und anderen ebenartigen Städten gesetzt werden. Erkenntnispotential ergibt sich etwa aus der zunächst ungewöhnlich erscheinende Karriere Memfels vom hauptberuflichen Lehrer ohne kommunalpolitische Erfahrung zum Oberbürgermeister. Dieser Umstand soll mit denen von anderen 1933/34 zum Oberhaupt einer Groß- und

Gauhauptstadt gewählten oder eingesetzten Personen verglichen werden. Damit kann ergründet werden, ob und inwiefern Memmels enormer Aufstieg typisch für das Dritte Reich war, gleichzeitig aber automatisch das Karriereende – selbst nach dem Krieg - bedeutete. Des Weiteren soll anhand der beiden Städte erörtert werden, welchen Anteil der Oberbürgermeister bei den jeweiligen politischen Säuberungen durch das Berufsbeamtengesetz hatte und wie diese sich im Vergleich auswirkten. Ebenfalls ist hierbei relevant, ob bei Neueinstellungen und Beförderungen die Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer ihrer Organisationen eine *conditio sine qua non* war. Von den hierbei entstehenden lokalgeschichtlichen Erkenntnissen sollen schließlich globale Thesen abgeleitet werden. Außerdem wird untersucht, wie es um das Verhältnis von Gauleiter und Oberbürgermeister in Würzburg und Halle bestellt war und wie sich diese besondere Unterstellungsform im Rathaus ausdrückte.

Forschungsstand

Es gibt zu Paul May bisher noch kein biographisches Werk. Ebenso wie Memmel fand sein auf zwei Seiten zusammengefasster Lebenslauf Eingang in das Biografische Lexikon der Deutschen Burschenschaft.¹² Lediglich einen knappen stichpunktartigen Lebensabriss von May beinhaltet das Buch „Der Rote Ochse Halle (Saale). Politische Justiz 1933-1945 und 1945-1989“ von JOACHIM SCHERRIBLE.¹³ Über den langjährigen Oberbürgermeister von Halle, Richard Robert Rive, der bis 1933 die Geschicke der Stadt leitete, gibt es eine sowohl eine Autobiografie als auch einen Aufsatzband des Hallenser Stadtarchivleiters RALF JACOB.¹⁴ Zur Geschichte der Stadt Halle während der Weimarer Republik und im Dritten Reich liegt bisher einzig das allgemein gehaltene und vornehmlich auf Zeitungsberichten basierende Werk von HANS-WALTER SCHMUHL vor. Eine besondere Beachtung findet hierbei der Kampf zwischen NSDAP und KPD.¹⁵ Zur Rettung der Stadt im Jahr 1945 existieren mehrere Aufsätze und Zeitzeugenberichte mit einem jeweils unterschiedlichen Fokus auf die Ereignisse. Ein alle Aspekte umfassendes Gesamtwerk gibt es jedoch noch nicht. Besonders die nicht unwesentlichen

¹² DVORAK, HELGE: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft. Teilband 4, S. 62f.

¹³ SCHERRIBLE, JOACHIM: Der Rote Ochse Halle (Saale). Politische Justiz 1933-1945 und 1945-1989. Berlin, 2008, S. 59.

¹⁴ RIVE, RICHARD ROBERT: Lebenserinnerungen eines deutschen Oberbürgermeisters (= Schriftenreihe des Vereins zur Pflege kommunalwissenschaftlicher Aufgaben e.V. Berlin. Band 5). Stuttgart, 1960. JACOB, RALF (Hrsg.): Richard Robert Rive. Beiträge zum Wirken des halleschen Oberbürgermeisters 1906-1933 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Halle (Saale) zur Geschichte, Kultur und Wirtschaft der Stadt Halle (Saale). Reihe A, Band 1). Halle, 2000.

¹⁵ SCHMUHL, HANS-WALTER: Halle in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus (= Studien zur Landesgeschichte. Band 15). Halle, 2007.

Rolle des Magistrats in den letzten Kriegstagen ist ein Desiderat.¹⁶ Die Personalpolitik der Stadt Halle im Zuge der Entnazifizierung durch die Besatzungsmächte untersucht DANIEL BOHSE in einem Aufsatz.¹⁷ Mehrere Aufsätze schneiden des Weiteren die Entwicklungen in Halle nach 1945 an.¹⁸ Somit ist festzustellen, dass die Stadtgeschichte von Halle samt ihrer dabei relevanten Personen in den 1930er und 1940er Jahren bis dato noch nicht vollständig wissenschaftlich aufgearbeitet worden ist.

Auch wenn Memmel in der stadtgeschichtlichen Literatur immer wieder eine kurze Erwähnung findet, liegt bisher nur eine Arbeit vor, in der seine Vita tatsächlich ausführlich untersucht wird. In ihrem 2002 veröffentlichten umfangreichen Aufsatz „Theo Memmel – Oberbürgermeister von Würzburg 1933-1945“ schildert INGRID EYRING den Lebenslauf Memmels und die Stadtverwaltung unter seiner Führung.¹⁹ Da sie hierbei viele von Memmel unabhängige Details aus dem Würzburger Rathaus anführt, geht ihr Aufsatz über eine reine Biografie hinaus, gleichzeitig offeriert sie aber keinerlei Fragestellung in ihrem Werk. EYRING nutzt ungewöhnlicher Weise eine anachronische Darstellung der Ereignisse, genauer eine interne Analepse. So beginnt ihr erstes Kapitel mit Memmels Oberbürgermeisterwahl, um im nächsten Kapitel dann chronologisch seinen Lebenslauf und die Entwicklungen in der Stadtverwaltung zu schildern. EYRING betrachtet dabei dennoch hauptsächlich seine Amtszeit als Oberbürgermeister. Die Studentenverbindung Adelpia wird hier ebenso wie sein Privatleben nach dem Krieg nur sehr kurz angeschnitten. Auf welche Art und Weise Memmel in seiner Studentenzeit sozialisiert wurde, findet somit keine Untersuchung, wobei gerade in diesem Punkt die Studentenverbindung ein wichtiger Faktor war. DANIEL GERKEN beschreibt in seiner Dissertation die Würzburger Stadtverwaltung von 1919 bis 1945, bedient sich in Bezug auf die Person Memmel allerdings nur einer kurzen Zusammenfassung von EYRINGS Erkenntnissen.

¹⁶ Die Basis bildet BOCK, ERNST LUDWIG: Übergabe oder Vernichtung. Eine Dokumentation zur Befreiung der Stadt Halle im April 1945. Halle, 1993. BOCK berücksichtigte jedoch eine wichtige Quelle nicht. Die beiden folgenden Aufsätze bereichern diese Vorgänge: KÖNNE-MANN, ERWIN: Die Bewahrung Halles vor der totalen Vernichtung im April 1945. In: JACOB, RALF (Hrsg.): Jahrbuch für hallische Stadtgeschichte 2005, S. 65-76. Und FINKE, HERMANN: Kapitulation auf Raten. In: Ebenda, S. 77-85.

¹⁷ BOHSE, DANIEL: Demokratischer Neuanfang versus Kontinuität. Politische Säuberung und Personalpolitik der Stadtverwaltung Halle 1945-1948. In: RANFT, ANDREAS (Hrsg.): Sachsen und Anhalt. Jahrbuch der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt. Band 24, 2002/2003. Köln, 2003, S. 351-390.

¹⁸ Siehe hierzu die Aufsätze von THOMAS GROßBÖLTING, ANDREAS SCHMIDT und HANS-PETER LÖHN in: FREITAG, WERNER/MINNER, KATRIN (Hrsg.): Geschichte der Stadt Halle. Band 2. Halle im 19. und 20. Jahrhundert. Halle, 2006.

¹⁹ EYRING, INGRID: Theo Memmel – Oberbürgermeister von Würzburg 1933-1945. In: „...bin ich mir der Verantwortung bewusst, die ich mit meinem Amt auf mich genommen habe.“ Aspekte der Verwaltungs-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte Würzburgs im 19. und 20. Jahrhundert (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg. Band 10). Würzburg, 2002, S. 59-174.

Der häufig vorzufindende Korporationshintergrund der lokalen Akteure bleibt hier gänzlich unerwähnt.²⁰

Einen guten Überblick über die von Memmel geführte Stadt bietet PETER WEIDISCH in seinem Aufsatz „Würzburg im Dritten Reich.“²¹ Von ihm stammt auch die Monografie „Die Machtergreifung in Würzburg 1933“, welche die im Titel enthaltene Thematik ausführlich behandelt und auch auf Memmels Rolle hierbei eingeht.²² Des Weiteren ist eine kurze Zusammenfassung von Memmels Lebenslauf im Biografischen Lexikon der Deutschen Burschenschaft erschienen.²³ Leben und Leiden der Würzburger Juden während der NS-Zeit ist in mehreren Büchern gut beschrieben, zu nennen sind hierbei vor allem die Werke von ROLAND FLADE²⁴ und die ausführliche Dokumentation von HERBERT SCHULTHEIS²⁵. Erwähnenswert ist noch das Werk von KLAUS-DIETMAR HENKE, „Die amerikanische Besetzung Deutschlands“, da es ganzheitlich und tiefgreifend die Umstände des Endkampfes an der Westfront behandelt, von dem schließlich auch Würzburg und Halle erfasst wurden.²⁶

Zu Memmel existiert deutlich mehr Literatur als zu May. Die Urteile der Autoren über ihn sollen im Folgenden zusammenfassend vorgestellt werden.

DIETER WILHELM ROCKENMAIER (1993) schreibt, dass Memmel ein dynamischer und fachlich über der Norm seiner Kollegen stehender Lehrer war. Als Oberbürgermeister zeigte er sich dann als linientreuer Nationalsozialist, der sich durch seine Leutseligkeit und Volksverbundenheit ein gewisses Maß an Ansehen bei den Würzburgern erwarb, ganz im Gegensatz zum unbeliebten Gauleiter Otto Hellmuth.

²⁰ GERKEN, DANIEL: Die Selbstverwaltung der Stadt Würzburg in der Weimarer Zeit und im „Dritten Reich“ (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg. Band 17). Würzburg, 2011, S. 251-255. Auch sonst mangelt es GERKEN an Genauigkeit und Quellennachweisen. So schreibt er fälschlicherweise, dass Memmel Mitglied der Allgemeinen SS und der Deutschen Akademie war, 1939 stellvertretender Ortsgruppenleiter wurde und beschreibt ihn anhand nur einer einzigen zitierten Stadtratsrede als „glühender Verehrer Adolf Hitlers“. Ebenda, S. 253f.

²¹ WEIDISCH, PETER: Würzburg im „Dritten Reich“. In: WAGNER, ULRICH (Hrsg.): Geschichte der Stadt Würzburg. Band III/1. Vom Übergang an Bayern bis zum 21. Jahrhundert, Stuttgart, 2007, S. 196-289.

²² WEIDISCH, PETER: Die Machtergreifung in Würzburg 1933 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg. Band 5). Würzburg, 1990.

²³ DVORAK, HELGE: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft. Band 1: Politiker. Teilband 4: M-Q. Heidelberg, 2000, S. 78f.

²⁴ FLADE, ROLAND: Die Würzburger Juden. Ihre Geschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. 2. Auflage. Würzburg, 1996

FLADE, ROLAND: Juden in Würzburg 1918-1933 (= Mainfränkische Studien. Band 34). Würzburg, 1985.

²⁵ SCHULTHEIS, HERBERT: Juden in Mainfranken 1933-1945 unter besonderer Berücksichtigung der Deportationen Würzburger Juden (= Bad Neustädter Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde Frankens. Band 1). Bad Neustadt a. d. Saale, 1980.

²⁶ HENKE, KLAUS-DIETMAR: Die amerikanische Besetzung Deutschlands (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Band 27). München, 1995.

„Da nahmen es ihm die Würzburger nicht allzu übel, dass er Parteigenossen günstig Grundstücke zuschusterte, gern in Uniform herumlief, auch als er ab 1935 kein Kreisleiter mehr war, und mit seinem stadtbekanntem Dienstwagen selbst dann noch auf Privattouren durch die Straßen rauschte, als mit Kriegsausbruch scharfe Beschränkungen für die Benutzung von Pkw erlassen wurden, sofern sie überhaupt noch in Privatbesitz bleiben durften.“²⁷

An einer „knallharten nazistischen Einstellung Memmels“ sieht ROCKENMAIER keinen Zweifel, vor allem in Bezug auf Juden.²⁸

EYRING (2002) bewertet Memmels beruflichen Aufstieg zum Oberbürgermeister als ein gleichzeitig ungewöhnliches wie auch typisches Beispiel für die Machtverhältnisse jener Zeit. Sie geht davon aus, dass er bereits vor seinem NSDAP-Beitritt völkischen Gruppierungen angehörte und sich als Oberbürgermeister darum bemühte, sogenannte „Alte Kämpfer“²⁹ in die Stadtverwaltung einzuschleusen. Gravierende Unstimmigkeiten zwischen Memmel und dem Gauleiter hält sie für fragwürdig. EYRING bleibt stets eine sehr neutraler Berichterstatteerin von Fakten und enthält sich einer jeglichen Bewertung von Memmels Lebensabschnitten.³⁰

WEIDISCH (2007) meint, dass der Erste Weltkrieg einen abrupten Lebenschnitt für Memmel bedeutete. Auch er geht von einer Mitgliedschaft Memmels in völkischen Gruppierungen aus, wobei er sich auf EYRING bezieht. Allgemein sei sein Leben stark von „[...] Krieg, Kampf und dem Einsatz in verschiedenen militärischen und paramilitärischen Einheiten geprägt.“ Durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bis zum Endkampf sei er mit dieser Konstante weiterhin verbunden geblieben. WEIDISCH schlussfolgert, dass Memmels Karriere in der NSDAP auf seiner gesellschaftlichen Anerkennung beruhte und er als Kreisleiter eine große politische Hausmacht innehatte. Seine Aufgabenbereiche als Oberbürgermeister und politischer Leiter habe er geschickt zu nutzen gewusst. Als Stadtoberhaupt habe er sich sehr für das kulturelle Leben eingesetzt und die Verwaltung modernisiert.³¹

²⁷ ROCKENMAIER, DIETER WILHELM: Das Dritte Reich und Würzburg. Versuch einer Bestandsaufnahme. 4. Auflage. Würzburg, 1993, S. 242.

²⁸ ROCKENMAIER: Das Dritte Reich und Würzburg, S. 241-244.

²⁹ Die NSDAP legte viel Wert auf die Mythisierung ihrer Opferrolle in der nach ihrer Auffassung kollektiv erfahrenen „Kampfzeit“ während der Weimarer Republik. Da die Partei keinerlei interne Demokratie kannte, wurden langjährige Mitglieder entsprechend hofiert und nach der Machtübernahme gefördert. Parteigenossen mit einer Mitgliedsnummer unter 100.000 trugen die Bezeichnung „Alte Garde“. Als „Altparteigenossen“ betitelte man alle Personen, die vor dem 30.1.1933 der NSDAP beigetreten waren. Ab Februar 1934 durften alle Personen – offiziell als „Alte Kämpfer“ betitelt – die vor dem 30.1.1933 einer der „Kampforganisationen“ der NSDAP (SA, SS) angehört hatten, oder eine Mitgliedsnummer unter 300.000 hatten, einen sehr begehrten silbernen Ehrenwinkel am rechten Ärmel zu allen Uniformen tragen. Somit war auch nach außen hin ihre Stellung ersichtlich. Siehe hierzu: BAJOHR, FRANK: Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit. Frankfurt a.M., 2001, S. 17-34. LUMSDEN, ROBIN: SS Regalia. London, 1995, S. 41.

³⁰ EYRING: Theo Memmel, S. 68, 84, 119

³¹ WEIDISCH: Würzburg im „Dritten Reich“, S. 205ff.

GERKEN (2011) geht davon aus, dass Oberbürgermeister Hans Löffler 1933 vor allem aufgrund von Druck seitens Theodor Memmel aus dem Amt schied. Diesen beschreibt er als „glühenden Verehrer Adolf Hitlers“. Außerdem sei Memmel führend dabei gewesen, sein Personal in die NSDAP zu bringen.³²

In der Literatur sind hinsichtlich der Person Memmels somit unterschiedliche Narrative erkennbar. Eine ganzheitliche quellenfundierte Studie zu ihm existiert hingegen noch nicht.

Allgemein wurde die Position des (Ober-) Bürgermeisters im Dritten Reich bisher nur in wenigen Abhandlungen thematisiert.³³ Zu erwähnen ist hierbei das grundlegende Werk „Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung“ von HORST MATZERATH von 1970. In diesem kommt der Autor zu dem Schluss, dass die kommunale Selbstverwaltung im Dritten Reich schrittweise zerstört wurde.³⁴ Hierdurch wird es verständlich, dass die nationalsozialistischen Gemeindeleiter nur als kaum mündige Marionetten eines ohnehin dunklen Abschnitts der Geschichte gesehen wurden und auf entsprechend wenig Forschungsinteresse stießen.³⁵ Ihre Rolle wurde so schlicht etwa von WOLFGANG HOFMANN mit dem Satz „Oberbürgermeister hatten da nichts mehr zu sagen“ abgetan.³⁶ Erst in den letzten Jahrzehnten zeigten mehrere wissenschaftliche Studien auf, dass eine kommunale Selbstverwaltung im Dritten Reich durchaus möglich war, jedoch bedingt durch die Eigenarten des Führerstaates unter völlig anderen Voraussetzungen. Entscheidend für den Handlungsspielraum und die lokale Umsetzung von Teilen der NS-Ideologie war hierbei ganz besonders die Person des Oberbürgermeisters. Von seiner Vernetzung, seinem Ansehen und seiner Durchsetzungsfähigkeit hing es ab, ob die Stadt Förderungen und Förderer

³² GERKEN: Die Selbstverwaltung der Stadt Würzburg, S. 243f.

³³ Zu nennen sind hier drei Aufsätze: NOAKES, JEREMY: Oberbürgermeister and Gauleiter. City Government between Party and State. In: HIRSCHFELD, GERHARD/KETTENACKER, LOTHAR (Hrsg.): Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik im Dritten Reich (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London. Band 8). Stuttgart, 1981 S. 194-227. MATZERATH, HORST: Oberbürgermeister im Dritten Reich. In: Ebenda, S. 228-254. REBENTISCH, DIETER: Die politische Stellung der Oberbürgermeister im Dritten Reich. In: SCHWABE, KLAUS (Hrsg.): Oberbürgermeister. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1979 (= Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit. Band 13). Boppard am Rhein, 1981, S. 125-155. NOAKES, JEREMY: Die kommunale Selbstverwaltung im Dritten Reich. In: BIRKE, ADOLF MATHIAS/BRECHTKEN, MAGNUS: Kommunale Selbstverwaltung. Geschichte und Gegenwart im deutsch-britischen Vergleich. München, 1996, S. 65-82.

³⁴ MATZERATH, HORST: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung (= Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. Berlin. Band 29). Stuttgart, 1970.

³⁵ REBENTISCH: Die politische Stellung der Oberbürgermeister, S. 125ff.

³⁶ HOFMANN, WOLFGANG: Zwischen Rathaus und Reichskanzlei. Die Oberbürgermeister in der Kommunal- und Staatspolitik des Deutschen Reiches von 1890 bis 1933. (= Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik. Band 46). Stuttgart, 1974, S. 289.

erhielt.³⁷ Unter diesem Aspekt erschienen in den letzten zwanzig Jahren einige neue Untersuchungen zu Stadtverwaltung und Gemeindeleitung im Dritten Reich.³⁸

Während es viele stadtgeschichtliche Werke über die Zeit des Dritten Reichs gibt, setzen nur wenige Autoren ihre lokalen Untersuchungen und Ergebnisse in einen größeren Kontext. Man kann hierbei zwischen drei Arten von Schriftgut unterscheiden:

1. Die klassische deskriptive Chronik, die ihren Fokus nur auf die zu untersuchende Stadt legt und methodisch begrenzt ist.
2. Die wissenschaftliche kommunale Untersuchung, die Vergleiche mit anderen Städten zieht und gegebenenfalls Thesen aufstellt.
3. Bürgermeisterbiografien.

Dass zu den Bürgermeistern des Dritten Reichs nur wenige Biografien existieren – oft im Gegensatz zu ihren Amtsvorgängern und -nachfolgern – ist bereits erwähnt worden. Eine bedeutende Ausnahme ist die erst wenige Jahre alte Dissertation von MATTHIAS BRAUN, der auf knapp tausend Seiten den Nürnberger Oberbürgermeister Willy Liebel untersucht.³⁹ Dass die anderen beiden Arten, der Städtevergleich und die Biografien, bisweilen trotz ihres Umfangs keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben, zeigt das folgende Beispiel: Zur Geschichte der Hansestadt Bremen gibt es eine fünf-bändige Reihe, wobei sich der vorletzte Band auf 642 Seiten mit den Jahren 1933 bis 1945 beschäftigt.⁴⁰ Chronologisch werden viele Aspekte der Stadtgeschichte beleuchtet, doch ein wesentliches Element fehlt: Der Autor stellt die Viten der relevanten lokalen Protagonisten jener Zeit nicht einmal kurz biografisch vor. Dadurch wird die Stadtgeschichte zu einem Konglomerat aus Daten, Abläufen und Namen, wobei letztere zwar bisweilen bildlich gezeigt werden, aber ohne ihren biografischen Hintergrund blasse Persönlichkeiten bleiben.

Setzt man nun die für einen Vergleich von Halle und Würzburg ausschlaggebenden Kriterien der Groß- und Gauhauptstadt voraus, schrumpft die Literaturliste deutlich. Dass nach wie vor Forschungsbedarf hinsichtlich

³⁷ MECKING, SABINE/WIRSCHING, ANDREAS: Stadtverwaltung als Systemstabilisierung? Tätigkeitsfelder und Handlungsspielräume kommunaler Herrschaft im Nationalsozialismus. In: Dies. (Hrsg.): Stadtverwaltung und Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft (= Forschungen zur Regionalgeschichte. Band 53). Paderborn, 2005, S. 1-49, hier S. 7f.

³⁸ So z.B.: GOTTO, BERNHARD: Nationalsozialistische Verwaltungspolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933-1945. München, 2006. BRAUN, MATTHIAS KLAUS: Die Verwaltung der Stadt Nürnberg im Nationalsozialismus 1933-1945. Aufgaben und Gestaltungsmöglichkeiten im totalitären Staat. In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg. Band 96. Nürnberg, 2009, S. 293-319.

³⁹ BRAUN, MATTHIAS KLAUS: Hitlers liebster Bürgermeister: Willy Liebel (1897-1945) (= Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte. Band 71). Nürnberg, 2012.

⁴⁰ SCHWARZWÄLDER, HERBERT: Geschichte der Freien Hansestadt Bremen. Band 4. Bremen in der NS-Zeit (1933-1945). Bremen, 1995.

der Kommunalgeschichte im Dritten Reich existiert, beweisen zwei kürzlich erschienen Dissertationen zu Münster, die städtisch gefördert wurden.⁴¹ Die Gaue der NSDAP unterstanden einem steten Wandel hinsichtlich Namen und Gebieten. Als Stichjahr für die vorliegende Untersuchung soll 1934 dienen, da in diesem Jahr die Personalumwälzungen durch das Berufsbeamtengesetz abgeschlossen waren und alle Oberbürgermeister der NSDAP angehörten. Von diesen 29 Gauen waren zu diesem Zeitpunkt aber nur 22 Gauhauptstädte auch Großstädte.⁴² Berlin bleibt hierbei durch seinen Sonderstatus als Reichshauptstadt außen vorgelassen. Dadurch fällt auch der Gau Kurmark weg, da Berlin als dessen Gauhauptstadt fungierte. Somit verbleiben 20 Groß- und Gauhauptstädte übrig, von denen aber nur elf eine substantielle Forschung zum Magistrat und/oder dem Oberbürgermeister vorweisen können, wobei auch hier Lücken in einzelnen Bereichen bestehen. Diese sind Augsburg, Bochum, Bremen, Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, München, Münster, Nürnberg und Stuttgart.

Herausragend ist bei der stadtgeschichtlichen Literatur die tiefgreifende Untersuchung zu Augsburg im Dritten Reich von BERNHARD GOTTO. In seiner Forschungsarbeit geht er besonders auf das lokale Machtgeflecht ein und untersucht des Weiteren die administrative Praxis in Augsburg. Neben einer historischen Institutionenanalyse schildert GOTTO auch die Funktionselite der Stadt, besonders den Oberbürgermeister. Sein Blick verharret jedoch nicht nur auf diesem Mikrokosmos, sondern er bezieht stets die Region Schwaben mit ein.⁴³ Über den Frankfurter Oberbürgermeister Friedrich Krebs hat HEIKE DRUMMER einen biografischen Aufsatz verfasst, in dem sie auch auf Krebs prägenden Korporationshintergrund eingeht.⁴⁴ Zur Stadtgeschichte Frankfurts sei auf einen Aufsatz von DIETER REBENTISCH verwiesen.⁴⁵ Aufschlussreich ist die Biografie zum Stuttgarter Stadtoberhaupt Karl Strölin von WALTER NACHTMANN.⁴⁶ Eine weitere klassische Stadtchronik stellt ROLAND MÜLLERS Betrachtung von Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus dar.⁴⁷ Dieser Art zuzuordnen ist auch PETER

⁴¹ HARTMANN, ANNIKA: Verwaltung vor Ort zwischen Konflikt und Kooperation. Die Stadtverwaltung Münster und der Nationalsozialismus. Berlin, 2019. ERDMANN, PHILIPP: Kommunales Krisenhandeln im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit. Die Stadtverwaltung Münster zwischen Nationalsozialismus und Demokratisierung. Berlin, 2019.

⁴² Danzig wurde durch seinen exterritorialen Status nicht mitgezählt.

⁴³ GOTTO: Nationalsozialistische Verwaltungspolitik.

⁴⁴ DRUMMER, HEIKE: Friedrich Krebs – Nationalsozialistischer Oberbürgermeister in Frankfurt am Main. Rekonstruktion eines politischen Lebens. In: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte. Band 42. Marburg, 1992, S. 219-244.

⁴⁵ REBENTISCH, DIETER: Frankfurt am Main in der Weimarer Republik und im Dritten Reich 1918-1945. In: Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt in neun Beiträgen (= Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission. Band 17). Sigmaringen, 1994 S. 423-520.

⁴⁶ NACHTMANN, WALTER: Karl Strölin. Stuttgarter Oberbürgermeister im „Führerstaat“. Stuttgart, 1995.

⁴⁷ MÜLLER, ROLAND: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus. Stuttgart, 1988.

HÜTTENBERGERS Werk zur Düsseldorfer Stadtgeschichte.⁴⁸ Empfehlenswert ist außerdem die Aufsatzsammlung von SABINE MECKING und ANDREAS WIRSCHING „Stadtverwaltung im Nationalsozialismus“.⁴⁹ JAN NEUBAUER verfolgte in seiner kürzlich erschienenen Dissertation hinsichtlich München die These, dass der Verwaltungsapparat funktionierte, auch wenn nicht jeder Mitarbeiter überzeugter Nationalsozialist war. Außerdem geht er der Frage nach, wie man diese dennoch für nationalsozialistische Ziele einspannen konnte und woraus sie sich rekrutierten.⁵⁰ Ein recht einzigartiger wissenschaftlicher Schatz ist vom nationalsozialistischen Oberbürgermeister von Essen überliefert: Seine Tagebücher. Anhand derer konnte Stefan Frech dessen Stimmungsschwankungen und persönlichen Kontakte präzise nachskizzieren.⁵¹

Das Korporationsstudententum ist sowohl im Allgemeinen als auch auf Würzburg bezogen wissenschaftlich gut erschlossen. Daher sollen nun nur ein paar der relevantesten Werke angeführt werden. Zu nennen sind hierbei der Aufsatzband von HARM-HINRICH BRANDT und MATTHIAS STICKLER „Der Burschen Herrlichkeit“⁵², aber auch der informative Bildband vom Studentenhistoriker PAULGERHARD GLADEN „Der Burschen Herrlichkeit“.⁵³ Auch die Geschichte des korporativen Dachverbands Deutsche Burschenschaft ist bis 1945 sehr gut wissenschaftlich abgedeckt. Für die in der vorliegenden Dissertation relevante Zeit ist besonders HELMA BRUNCKS Monografie hervorzuheben. BRUNCK kommt dabei zu dem Ergebnis, dass die vom Vaterlandsbegriff und der Urburschenschaft abgeleitete völkische Basis der D.B. zum Schulterschluss mit den Nationalsozialisten führte. Hierbei sei es ihr jedoch vornehmlich um die gesicherte Fortexistenz gegangen, was aber 1935 auf ganzer Linie gescheitert war.⁵⁴ Dieser Vorgang wird in der vorliegenden Arbeit auf Adelpia heruntergebrochen untersucht. Die Entwicklung der D.B. nach dem Zweiten Weltkrieg ist bisher hingegen aus

⁴⁸ HÜTTENBERGER, PETER: Die Industrie- und Verwaltungsstadt (20. Jahrhundert) (= Düsseldorf. Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. Band 3). Düsseldorf, 1989.

⁴⁹ MECKING/WIRSCHING: Stadtverwaltung und Nationalsozialismus.

⁵⁰ NEUBAUER, JAN: Arbeiten für den Nationalsozialismus. Die Stadt München und ihr Personal im „Dritten Reich“ (= München im Nationalsozialismus. Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft. Band 6). Göttingen, 2020.

⁵¹ FRECH, STEFAN: Wegbereiter Hitlers? Theodor Reismann-Grone. Ein völkischer Nationalist (1863-1949). Paderborn, 2009.

⁵² BRANDT, HARM-HINRICH/STICKLER, MATTHIAS: „Der Burschen Herrlichkeit“. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg. Band 8). Würzburg, 1998.

⁵³ GLADEN, PAULGERHARD: Gaudeamus igitur. Die studentischen Verbindungen einst und jetzt. München, 1986.

⁵⁴ BRUNCK, HELMA: Die Deutsche Burschenschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. München, 1999.

wissenschaftlicher Sicht lückenhaft.⁵⁵ Das Verhältnis der Würzburger Studentenschaft zum Nationalsozialismus bis 1933 eruierte PETER SPITZNAGEL.⁵⁶ Speziell das Kameradschaftswesen in Würzburg hat FRIEDHELM GOLÜCKE in zwei Aufsätzen erforscht.⁵⁷ Auf reichsweiter Ebene gibt es dazu eine Studie von BERNHARD GRÜN.⁵⁸

Von Adelpia selbst existieren ebenfalls mehrere in kleiner Auflage gedruckte Chroniken.⁵⁹ Diese berücksichtigen allerdings nicht die im Institut für Hochschuldkunde befindlichen Akten zur Kameradschaftszeit. Des Weiteren ist der Dachverband Rothenburger Verband schwarzer schlagender Verbindungen (R.V.s.V.), dem Adelpia über ein Jahrzehnt lang angehörte, bisher noch unerforscht.

Bei der Auswahl der Literatur zu Studentenverbindungen steht der Wissenschaftler generell oft vor einem Dilemma: Entweder nutzt er die Werke und Chroniken von Korporationsangehörigen, die aber subjektiv und affirmativ sein können. Oder aber er verwendet „korporationskritische“ Literatur, die aber meist mit weniger fundiertem Wissen aufwarten kann. Stattdessen sind umso mehr Verallgemeinerungen und falsche Nomenklatur zu finden. Tatsächlich gut recherchierte und objektive Werke von nicht korporierten Autoren bleiben leider eher selten. Beispiele hierfür sind die auf einen Vergleich zwischen der Studentenschaft Englands und Deutschlands ausgelegten Werke von SONJA LEVSEN⁶⁰ und THOMAS WEBER⁶¹. Beide Autoren kommen in ihren Schriften unter anderem zu dem Schluss, dass die These vom deutschen Sonderweg nicht auf die Studentenschaft und ihre Korporationen anwendbar ist. Hinsichtlich der Sozialisation der deutschen Studenten im Kaiserreich empfiehlt sich die Dissertation von SILKE MÖLLER.

⁵⁵ STICKLER, MATTHIAS: Neuanfang, Restauration und Krise - Anmerkungen zur Geschichte der Deutschen Burschenschaft nach 1945. In: DWOROK, GERRIT/SCHÄFER, CHRISTINA (Hrsg.): Fragmente zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Bonn, 2013, S. 355-388.

⁵⁶ SPITZNAGEL, PETER: Studentenschaft und Nationalsozialismus in Würzburg. 1927 – 1933. Würzburg, 1975.

⁵⁷ GOLÜCKE, FRIEDHELM: Das Kameradschaftswesen in Würzburg von 1936 bis 1945. In: BAUM, RALF-JOACHIM (HRSG.): 1582 – 1982. Studentenschaft und Korporationswesen an der Universität Würzburg. Würzburg, 1982, S. 139-196. GOLÜCKE, FRIEDHELM (HRSG.): Korporationen und Nationalsozialismus (= Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen. Band 2). Schernfeld, 1990.

⁵⁸ GRÜN, BERNHARD: Zwischen Fronteinsatz und Freiheitsklang. Studententum und Kameradschaftswesen im Nationalsozialismus (= Historia Academica. Band 57). Würzburg, 2019.

⁵⁹ Geschichte des akademischen Vereins Adelpia. Festschrift zur Dreißigsten Stiftungsfeier (30. Juli mit 2. August 1897). Würzburg, 1897. Weitere 10 Jahre Adelphas. 1897-1907. Würzburg, 1908. 60 Jahre Adelpia 1867-1927. Festschrift zum 60 jährigen Bestehen der Studentenverbindung Adelpia Würzburg. Würzburg, 1927. MEMMEL, THEO: Chronik der Burschenschaft Adelpia. Festschrift zum neunzigjährigen Bestehen der Burschenschaft Adelpia Würzburg gegr. 2. Dezember 1867. Würzburg, 1957. 100 Jahre Burschenschaft Adelpia 1867-1967. Würzburg, 1967.

⁶⁰ LEVSEN, SONJA: Elite, Männlichkeit und Krieg. Tübinger und Cambridger Studenten 1900-1929 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Band 170). Göttingen, 2006.

⁶¹ WEBER, THOMAS: Our Friend „The Enemy“. Elite Education in Britain and Germany before World War I. Stanford, 2008.

Die prägende Wirkung von Studentenverbindung auf die persönliche Entwicklung sowie die Erinnerung an diese die untersuchte sie anhand von 155 Autobiografien.⁶²

Quellen

Von besonderem Wert hinsichtlich Memmels und Mays Korporationsleben sind die bisher ungesichteten und nichtöffentlichen Archivalien der Burschenschaft Adelpia. Dort finden sich unter anderem Schriftverkehr von Memmel mit seinen Bundesbrüdern nach dem Zweiten Weltkrieg, seine vollständige Sammlung der Bundeszeitungen sowie von ihm angelegte Personalakten der Verbindung und gesammelte Fotografien vieler Adelphen.

Hinsichtlich der Bürgermeisterzeit von May besitzt das Stadtarchiv Halle (SAH) eine große Menge an Material, darunter auch seine umfassende Personalakte, und sein kleines Familienarchiv. Durch den glücklichen Umstand, dass Halle nur wenige Kriegsschäden erlitten hat, liegen dort vollständig die Stadtverordnetenversammlungs-, beziehungsweise Stadtratsniederschriften. Auch beinhaltet das Stadtarchiv viele Einladungsschriften zu diesen Sitzungen, Anwesenheitslisten, Aufzeichnungen über die dort behandelten Angelegenheiten und sogar per Hand gefertigte Mitschriften samt Korrekturen. Ebenso sind Mays Protokolle der Verhandlungen mit den beiden Besatzungsmächten vollständig erhalten. Zusätzlich bieten viele Akten zu Neueinstellungen und Beförderung einen Einblick in die Personalpolitik des Magistrats. Auch das Landesarchiv Sachsen-Anhalt (LASA) verfügt in seiner Außenstelle Merseburg über einige Akten zur Magistratsgeschichte und von einzelnen Persönlichkeiten. Von May existiert schließlich noch eine Stasiakte, die einen Einblick in die Umstände seiner Übersiedelung in den Westen und Teile seines Privatlebens ermöglicht.⁶³

Memmels Studienleistungen und Unterlagen über seine Zeit als Lehrer befinden sich im Bayerischen Hauptstaatsarchiv (BayHStA). Über die Kameradschaftszeit Adelpias existieren recht umfangreiche Akten im Würzburger Institut für Hochschulkunde. Unterlagen des NS-Regimes, die den Umgang mit den Studentenverbindungen betreffen, liegen im Bundesarchiv (BArch). Bezüglich Memmel sind dort hingegen nur sehr wenige Unterlagen vorhanden, immerhin aber sein Personal-Blatt der NSDAP.

⁶² MÖLLER, SILKE: Zwischen Wissenschaft und „Burschenherrlichkeit“. Studentische Sozialisation im Deutschen Kaiserreich, 1871-1914 (= Pallas Athene. Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte. Band 4). Stuttgart, 2001.

⁶³ Siehe hierzu auch: HENKE, KLAUS-DIETMAR/ENGELMANN, ROGER: Aktenlage (Hrsg.). Die Bedeutung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung (= Analysen und Dokumente). 2. Auflage. Berlin, 1995. JEDLITSCHKA, KARSTEN/SPRINGER, PHILIPP (Hrsg.): Das Gedächtnis der Staatssicherheit. Die Kartei- und Archivabteilung des MfS (= Archiv zur DDR-Staatssicherheit. Band 12). Göttingen, 2015.

Das Würzburger Stadtarchiv (SAW) ist am wichtigsten für Memmels Zeit als Oberbürgermeister, da hier die Ratsprotokolle bis 1944 und Kopien von Memmels Spruchkammerverfahren archiviert sind. Dort sind auch die Einwohnermeldebögen von Memmel und seinen Eltern sowie zeitgenössische Zeitungen einsehbar. Für die Rekonstruktion der Verteidigung Würzburgs 1945 ist besonders der Nachlass von HANS OPPELT für sein Werk „Würzburger Chronik vom denkwürdigen Jahre 1945“⁶⁴ interessant, da es viele Zeitzeugenberichte enthält. Leider wurde ein Großteil der Stadtverwaltungsunterlagen in eben jenem Jahr zerstört, sodass nur noch vereinzelt Personalakten aus der Zeit des Dritten Reiches überliefert sind und viele Teile der Administration Würzburgs für immer verloren bleiben. Immerhin können zwei Verwaltungsberichte der Stadt Würzburg einige dieser Lücken schließen. Sie wurden 1950 und 1951 im Auftrag von Oberbürgermeister Stadelmayer angefertigt.⁶⁵ Da dieser ein entschiedener Gegner Memmels war, ist davon auszugehen, dass Stadelmayer dessen Leistungen als Stadt- oberhaupt kritisch betrachtete.

Die sehr umfangreichen Originale von Memmels Spruchkammerverfahren befinden sich im Staatsarchiv München (StAM), wobei ein Großteil davon als Kopie im Würzburger Stadtarchiv zu finden ist. Trotz des oft großen zeitlichen Abstands geben die Verhörprotokolle doch einen sehr wichtigen Einblick in Memmels Verhalten und seinen Werdegang. Dennoch sind die dort getroffenen Aussagen von ihm und den Entlastungszeugen mit großer Vorsicht zu genießen, da davon auszugehen ist, dass sie Vorgänge herunterspielten, umdeuteten oder zu verschleiern versuchten.⁶⁶

Um mehr über Memmels Wirken auf die Bundesbrüder in seiner Verbindung herauszufinden, sind drei Interviews mit Alten Herren Adelprias über ihn geführt worden, die ihn noch persönlich erlebt haben. Ergänzt sind diese Aussagen durch ein Interview mit dem ehemaligen Würzburger Oberbürgermeister, Dr. Klaus Zeitler, der bei Memmels Beerdigung anwesend war. Diese Interviews mit Zeitzeugen sollen als Teil der *oral history*⁶⁷ Memmel auf eine persönliche Art und Weise beschreiben, um herauszufinden, wie er auf die Personen in seiner unmittelbaren Umgebung in der Nachkriegszeit gewirkt hat.

Relevant sind des Weiteren auch die Zeitschriften des Rothenburger Verbandes schwarzer schlagender Verbindungen (R.V.s.V.) und der Deutschen

⁶⁴ OPPELT, HANS (Hrsg.): Würzburger Chronik des denkwürdigen Jahres 1945. Würzburg, 1947.

⁶⁵ XXX. und XXXI. Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Würzburg für 1. April 1933 mit 31. März 1945. Würzburg, 1950 und 1951.

⁶⁶ NIETHAMMER, LUTZ: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns. Bonn, 1982, S. 613-616.

⁶⁷ Zum Thema *oral history* siehe: STÖCKLE, FRIEDER: Zum praktischen Umgang mit Oral History. In: VORLÄNDER, HERWART (Hrsg.): Oral History. Mündlich erfragte Geschichte. Göttingen, 1990, S. 131-158.

Burschenschaft, denen Adelpia zeitweise angehörte. Diese zeigen aus dem Blickwinkel eines studentischen Dachverbandes, wie der Nationalsozialismus die Korporationsszene in den 1930er Jahren veränderte und beeinflusste.

Ebenso wurden lokale Zeitungen als Quelle für diese Arbeit herangezogen. Zu beachten ist hierbei jedoch, dass sich diese ab 1933 beziehungsweise ab 1945 in der SBZ sehr schnell an die neuen politischen Verhältnisse angepasst hatten und entsprechend positiv über die jeweils aktuellen Vorgänge berichteten. Während Memmel als Repräsentant der Stadt in der Lokalpresse eine häufige Erwähnung fand, wurde über den eher im öffentlichen Hintergrund agierenden May nur sehr spärlich berichtet.

Ebenfalls von großer Relevanz ist die damalige Rechtsordnung. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, die Deutsche Gemeindeordnung und viele andere rechtliche Grundlagen wurden dem Reichsgesetzblatt entnommen. Für die Entnazifizierungsprozesse beider sind schließlich noch die Verordnungen der Militärregierungen von Bedeutung.

Abschließend muss gesagt werden, dass bezüglich Theodor Memmel mehr Ego-Dokumente und andere Quellen insbesondere Zeitzeugen vorhanden sind. Seine Persönlichkeit lässt sich dadurch weitaus plastischer schildern als die von Paul May.

Methodik und Vorgehensweise

Die Dreierkonstellation, des Bürgermeisters, Burschenschafters und Braunhemdes in einer Person soll auf biographische Art und Weise⁶⁸ bei Theodor Memmel und Paul May im Mittelpunkt stehen. Unter der Prämisse der nationalsozialistischen Polykratie und der faktischen Abhängigkeit der Gauhauptstädte von ihrem Gauleiter kann der öfters bei Biografien zu beobachtende Fehler der Überschätzung der Rolle eines einzelnen Akteurs minimiert werden.⁶⁹

Abseits der biografischen Schilderungen wird auf die jeweiligen Stadtverwaltungen eingegangen. Die dort erbrachten Ergebnisse wiederum werden

⁶⁸ Zur Biografieforschung siehe: ETZEMÜLLER, THOMAS: Biografien: lesen – erforschen – erzählen (= Historische Einführungen. Band 12). Frankfurt, 2012. FUCHS-HEINRITZ, WERNER: Biographische Forschung. Eine Einführung in Praxis und Methoden. 2. Auflage. Wiesbaden, 2000. ETZEMÜLLER, THOMAS: Die Form „Biografie“ als Modus der Geschichtsschreibung. Überlegungen zum Thema Biographie und Nationalsozialismus. In: RUCK, MICHAEL/POHL, KARL (Hrsg.): Regionen im Nationalsozialismus (= IZRG-Schriftenreihe. Band 10). Bielefeld, 2003, S. 71-90.

⁶⁹ DANKER, UWE: Der schleswig-holsteinische NSDAP-Gauleiter Hinrich Lohse. Überlegungen zu seiner Biografie. In: RUCK, /POHL: Regionen im Nationalsozialismus, S. 91-120, hier S. 94.

anhand von Vergleichen zu anderen Groß- und Gauhauptstädten in einen größeren Kontext gesetzt. Ein weiteres Untersuchungsfeld ist der korporative Hintergrund, der sich ebenso wie in Mays und Memmels Leben wie ein roter Faden durch die Dissertation zieht.

Die Arbeit ist chronologisch aufgebaut und nach einigen Kapiteln erfolgt ein vergleichendes Zwischenfazit. Zuerst wird auf das Wesen der Studentenverbindung Adelpia bis zum Eintritt Mays im Jahre 1907 eingegangen, um aufzuzeigen, in welche Art von Korporation beide Männer zeitversetzt beitraten. Hieran schließen sich zunächst die Schilderung von Mays Werdegang bis zum Abitur, das Studium und der Einfluss Adelpias, der Kriegsdienst und die Anfänge im Arbeitsleben zuerst von May und dann von Memmel an. Hierbei soll auch der Frage nachgegangen werden, wie zentral die Kriegserfahrung für beide war. In diesem und in den folgenden Unterkapiteln wird immer zuerst May untersucht, bevor dann auf Memmel eingegangen wird, gefolgt von einem vergleichenden Fazit. Sodann wird ein Kapitel die Umwälzungen in der Studentenverbindung Adelpia aufzeigen, die der Eintritt in einen Dachverband mit sich brachte, und wie May und Memmel zu dieser Entwicklung standen. Hiernach wird der unterschiedliche berufliche Werdegang beider bis zum Jahr 1933 beschrieben. Bei Memmel ist dies die Lehrerlaufbahn, bei May der Weg vom Stadtrat zum Zweiten Bürgermeister von Halle.

Anschließend steht ihre Parteizugehörigkeit im Mittelpunkt der Betrachtung; bei May die DVP, bei Memmel die BVP und bei beiden die NSDAP. Dabei wird Memmels nationalsozialistisches Umfeld genauer betrachtet, um herauszufinden, wie und warum er überzeugter Nationalsozialist geworden war und wie sich seine Karriere in der Partei gestaltete. Die Wahl zum Oberbürgermeister von Würzburg bei Memmel und die von May zum Bürgermeister von Halle werden in einem eigenen Kapitel geschildert. Bezüglich Memmels wird untersucht, ob er überhaupt als legitimes Stadtoberhaupt bezeichnet werden kann und vor allem, wie er als Lehrer eigentlich zu diesem Amt kam. Die hier resultierenden Ergebnisse sind noch für ein späteres Kapitel dieser Arbeit relevant, da Memmels Pensionsansprüche damit verknüpft waren.

Es folgen zwei weitere Kapitel über die Adelpia, die zuerst die Neuausrichtung als Burschenschaft ab 1933 und die anschließende Zwangsumwandlung in eine Kameradschaft zeigen. Hierbei wird vor allem auf die Rolle Memmels eingegangen und die Frage beantwortet, wie beide zu diesen gravierenden Veränderungen ihres Lebensbundes standen. Das nächste Kapitel befasst sich mit ihrer Bürgermeisterzeit von 1933 bis zum Kriegsbeginn 1939, in dem ihre Tätigkeit, vor allem in der Personalpolitik der beiden Städte, ihr Verhältnis zum Nationalsozialismus als Ideologie in der Partei als Organisation, aber auch zu Personen, die dem NS-Regime im Weg

standen, erläutert werden. In einem eigenständigen Kapitel sollen dann schließlich die bisherigen Ergebnisse der Stadtverwaltungen von Halle und Würzburg mit anderen Groß- und Gauhauptstädten verglichen werden.

Hierauf wird in einem eigenen Kapitel auf die Kameradschaft „Rudolf Berthold“ eingegangen, wie Adelpia von nun an bis 1945 hieß. Besonders Memmels Wirken in Bezug auf Adelpia aber auch auf die anderen Korporationen in Würzburg steht dort im Mittelpunkt. Zwischendurch soll in einem eigenen Kapitel der Blick auf Memmels und Mays Zugehörigkeit zu NS-Organisationen gelenkt werden. Aus den Beitrittsdaten und Tätigkeiten innerhalb der Gliederungen der NSDAP und anderen NS-Vereinigungen kann geschlussfolgert werden, wie tief sie im nationalsozialistischen Netzwerk verstrickt waren. In einem weiteren Kapitel soll ihre Amtszeit im Krieg untersucht werden, wobei unter anderem Memmels Wiederberufung zum Oberbürgermeister auf Lebenszeit und ihre möglicherweise zwischenzeitig geänderte Haltung zur NSDAP und zum Nationalsozialismus thematisiert wird. Einen weiteren Unterpunkt bildet ihre Rolle als Stadtoberhaupt im Luftkrieg und schließlich ihr Handeln, als beide Städte Frontgebiet wurden. Abschließend wird auf Mays und Memmels Orden und Auszeichnungen eingegangen, die sie im Dritten Reich erhielten, da diese eine weitere Aussagekraft über ihr Wirken und ihre Anerkennung zu dieser Zeit besitzen.

Für Halle bedeutete das Jahr 1945 nicht nur ein für die Stadt relativ unversehrtes Kriegsende, sondern auch der Wechsel der Besatzungsmacht nach wenigen Monaten. Zuerst waren die US-Amerikaner einmarschiert, wenige Monate später kamen gemäß der Beschlüsse von Jalta die Russen. Während dieser Zeit war May kommissarischer Oberbürgermeister, weshalb diesem Zeitabschnitt ein eigenes Kapitel gewidmet wird. Im Anschluss wird Memmels Inhaftierungszeit und sein Spruchkammerverfahren geschildert. Daran schließt sich dessen Pensionsfrage an, die aufgrund von Zweifeln an seiner Legitimation als Oberbürgermeister zu einer langwierigen Prozedur wurde. Mithilfe eines Exkurses zu den Pensionsforderungen zweier anderer ehemaliger Würzburger NS-Beamter werden die Schwierigkeiten, welche der Würzburger Magistrat in der Nachkriegszeit mit ehemaligen Nationalsozialisten hatte, genauer beleuchtet. Hierdurch soll die Situation der Stadt in dieser Sache tiefgreifender erfasst und zu Memmels Fall weitere Vergleiche gezogen werden.

Das vorletzte Kapitel des Hauptteils widmet sich Mays Privatleben in der Nachkriegszeit, das zum einen das Verhältnis zwischen ihm und der DDR und zum anderen seine Übersiedlung in den Westen 1956 behandelt. Da Memmel am Wiedererstehen und Gedeihen von Adelpia nach dem Zweiten Weltkrieg einen großen Anteil hatte, wird auch dies in einem eigenen Kapitel geschildert. Darüber hinaus erfährt Memmels Leben als ehemaliger nationalsozialistischer Bürgermeister im Nachkriegsdeutschland eine kurze Betrachtung.

B) Hauptteil

I. Der Akademische Verein Adelpia

Um zu zeigen, welcher Korporation sich May und Memmel angeschlossen haben, ist es erforderlich zunächst die Geschichte der Studentenverbindung Adelpia bis zu deren Eintritt darzustellen und den couleurstudentischen Geist sowie das Milieu, in dem sich die beiden von da an bewegten, zu ergründen.

Die Welt an der deutschen Universität in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts unterschied sich in einigen Bereichen grundlegend von der heutigen. Die *alma mater* hatte seit der Aufklärung den Ruf einer unabhängigen Forschungsinstitution, die international für jedermann mit einer Hochschulreife offenstand. Gerade die Würzburger Universität hatte sich von ihrem einstigen Zweck als Kadenschmiede des Katholizismus hin zu einer säkularen Bildungseinrichtung gewandelt.⁷⁰ Das Leben der *studiosi* auf dem Campus beinhaltete nicht nur die reine Lerntätigkeit. Neben dem offiziellen Lehrbereich war der gesellige Austausch ein wichtiges Element im akademischen Alltag. Unterhaltungen der Kommilitonen im privaten Bereich spielten eine herausragende Rolle, die oft zu einem akademischen Diskurs führten.

Beständiger Träger der Geselligkeit waren die Studentenverbindungen, die als Anknüpfungspunkt für die aus allen Teilen Deutschlands und Europas kommenden jungen Männern dienten. „Kontakte zu anderen Menschen herzustellen und Anschluss zu suchen, gehört zu den fundamentalen menschlichen Motiven.“⁷¹ So wie sich das Bürgertum jener Zeit in Vereinen und Gesellschaften getroffen hatte, waren die Korporationen eine exklusive Gesellschaft für männliche Akademiker. GEORG SIMMEL, Soziologe und Zeitgenosse Memmels und Mays, sah in der Vergesellschaftung das Aufgeben des isolierten Nebeneinanders zugunsten von bestimmten Formen des Mit- und Füreinanders. Unter Vergemeinschaften versteht SIMMEL die Verschmelzung ähnliche Interessen zu einer Einheit, innerhalb derer man bestimmte Neigungen verwirklichen kann, begleitet von dem Gefühl der Befriedigung, dass man dieser Gesellschaft angehört.⁷² Zweck der Universität war ausschließlich die höhere Bildung, während sich die Korporationen um

⁷⁰ Zur Würzburger Universität siehe: SÜß, PETER A.: Grundzüge der Würzburger Universitätsgeschichte 1402-2002. Eine Zusammenschau (= Quellen und Beiträge zur Geschichte der Universität Würzburg. Band 10). Neustadt an der Aisch, 2007.

⁷¹ HOSSER, DANIELA: Gesellung und Einsamkeit. In: BIERHOFF, HANS-WERNER/FREY, DIETER: Handbuch der Sozialpsychologie und Kommunikationspsychologie. Band 3. Göttingen, 2006, S. 208-213, hier S. 208.

⁷² SIMMEL, GEORG: Grundfragen der Soziologie (Individuum und Gesellschaft). 4. Auflage. Berlin, 1984, S. 49 und 52.

die Freizeitgestaltung und die Persönlichkeitsbildung kümmerten.⁷³ Ein Großteil der Studenten jener Zeit war Mitglied einer Verbindung, von denen es meistens mehrere an einem Hochschulort gab, wodurch ein regelrechter Konkurrenzkampf untereinander entbrannte. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts existierte bereits eine Vielzahl von verschiedenen Korporationen mit einem jeweils unterschiedlichen Fokus. Dabei wurden alle Facetten der Neigungen des *homo academicus* abgedeckt. Die Corps sahen sich als elitär, die Burschenschaften vertraten das Deutsch-Nationale, die Sängerschaften pflegten besonders die Liedkultur, während sich die Turnerschaften der Leibesübung verschrieben hatten. Es existierten religiös ausgerichtete Korporationen, aber auch fachbezogene, wie etwa Pharmazeutenvereine. Das Pendant zu den akademischen Korporationen bildeten die Pennalien (Schülerverbindungen). Innerhalb der eigenen Verbindung gab es eine sehr tiefgehende Vernetzung der Mitglieder. Ähnlich enge Kontakte pflegte man darüber hinaus vornehmlich mit Freundschaftsverbindungen, innerhalb von Kartellen⁷⁴ und schließlich auch innerhalb gemeinsamer Dachverbände. Mit anderen Korporationen und vor allem solcher anderer Ausrichtung gab es damals – anders als heute – nur wenige Überschneidungen und nähere Bekanntschaften, was vor allem dem Konkurrenzgedanken geschuldet war.

Die Mitgliedschaft in einer Studentenverbindung brachte und bringt gegenüber den nichtkorporierten Kommilitonen unter Umständen zwei große Vorteile: Die Einführung in die lokalen und überregionalen Eliten sowie die Integration in das Universitätssystem. Diese beiden Vorteile hängen freilich von der betreffenden Verbindung und ihrer Vernetzung ab. Außerdem bildet die Korporation durch das Lebensbundprinzip, das sich im in der Mitte des 19. Jahrhunderts flächendeckend etabliert hatte, einen stetigen „sicheren Hafen“ mit sozialer Unterstützung, den man in jeder

⁷³ ASCHE, MATTHIAS/KLENKE, DIETMAR: Akademische Geselligkeit – ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Stellung von Universität und Wissenschaft? In: DIESELBEN (Hrsg.): Von Professorenzirkeln, Studentenkneipen und akademischem Networking. Universitäre Geselligkeit von der Aufklärung bis zur Gegenwart (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen. Band 19). Köln, Weimar, Wien, 2017, S. 9-31, hier S. 16f. GRUHLICH, JULIA/RIEGRAF, BIRGIT: Zum Zusammenhang von Geselligkeit und Geschlecht. Eine Betrachtung am Beispiel der Wissenschaft. In: Ebenda, S. 33-48, hier S. 34f.

⁷⁴ Ein Kartell ist im Korporationswesen der Zusammenschluss mehrerer Verbindungen, der über einen reinen Freundschaftsvertrag hinausgeht. Es kann beispielsweise zum Zweck haben, innerhalb eines Dachverbandes bestimmte Ziele zu verfolgen. Ebenso dient es als Schutz- und Trutzbündnis. Außerdem wird durch einen Kartellvertrag die Bandaufnahme zwischen den Mitgliedsbünden erleichtert. KLUGE /RUST: Deutsche Studentensprache A – K, S. 294.

Lebenslage ansteuern kann.⁷⁵ Für das Zugehörigkeitsgefühl unerlässlich ist außerdem die Bildung von Freundschaften innerhalb der Verbindung.⁷⁶

Am 2. Dezember 1867 entschlossen sich 29 Abiturienten verschiedener Würzburger Gymnasien dazu, eine neue Studentenverbindung zu gründen. Dieser Zusammenschluss erhielt den Namen „Akademischer Verein“ und sollte andere Grundsätze beinhalten als die schon bestehenden Korporationen. Zu diesen gehörten in Würzburg unter anderem die etablierten und mächtigen Corps, die politischen Burschenschaften sowie die konfessionell ausgerichteten Verbindungen. Manche der Gründer hatten bereits in ein paar dieser Verbindungen erste Erfahrungen gemacht, waren jedoch aus nicht mehr rekonstruierbaren Gründen wieder ausgetreten. Dieser Kreis junger Männer verstand sich als Reformatoren in der studentisch-korporierten Welt. Es sollte weder Pflichtmensuren noch Pennalismus⁷⁷ geben. Bewusst stellte sich der junge Akademische Verein gegen als überholt betrachtetes studentisches Brauchtum und Couleur, die von seinen Mitgliedern als nicht mehr zukunftsträchtig angesehen wurden. Diese Ausrichtung nannte sich „Progressgedanke“ und konnte bei mehreren Verbindungsarten beobachtet werden.⁷⁸ So war das Tragen von farbigen Bändern oder Mützen, welche die Zugehörigkeit zu einer Verbindung signalisieren, untersagt. Beim Akademischen Verein handelte es sich demnach um eine sogenannte „schwarze Verbindung“. Das deutlichste Unterscheidungsmerkmal gegenüber dem Normalbürger, das den Träger als Teil einer elitären Gruppe im deutschsprachigen Raum ersichtlich machte, fiel bewusst weg. Ziel war es, den Progressgedanken im „Akademischen Verein“ vollends umzusetzen.⁷⁹

Außerdem sollte vor allem die Freundschaft ein lebenslanges Band knüpfen, die Freiheit priorisiert und die Wissenschaft gepflegt werden, was

⁷⁵ Siehe hierzu z.B.: RÖHRLER, BERND: Soziale Netzwerke und soziale Unterstützung. Weinheim, 1994.

⁷⁶ Siehe hierzu z.B.: AUHAGEN, ANN ELISABETH: Freundschaft unter Erwachsenen. In: AUHAGEN, ANN ELISABETH (Hrsg.): Zwischenmenschliche Beziehungen. Göttingen, 1993, S. 215-233.

⁷⁷ Pennalismus, umgangssprachlich auch als Fuchsenknechtung bekannt, war die hierarchische Unterordnung jüngerer Studenten gegenüber älteren Mitgliedern. D.h. Füchse konnten zu allen Aufgaben herangezogen werden, bis hin zum Ertragen von Misshandlungen. Siehe hierzu: FÜSSEL, MARIAN: Riten der Gewalt. Zur Geschichte der akademischen Deposition und des Pennalismus in der frühen Neuzeit (= Zeitschrift für Historische Forschung. Band 32). Münster, 2005.

⁷⁸ KLUGE, FRIEDRICH/RUST, WERNER: Deutsche Studentensprache. Band 2. L – Z (= Historia Academica. Heft 24). Nürnberg, 1985, S. 117f.

⁷⁹ HEIMBERGER, JOHANNES: Gründungsgeschichte und Ziele des Akademischen Vereins. In: Geschichte des akademischen Vereins Adelpia, S. 1-5. Johannes Heimberger war Redakteur der Chronik zum dreißigjährigen Bestehen Adelpias; von ihm stammen die meisten Beiträge. 1846 geboren war er Gründungsmitglied des Bundes. Er starb 1925 in seinem Geburtsort Amorbach als Oberstleutnant a.D. Siehe hierzu: EICHELBAUER, PHILIP: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelpen. In: 100 Jahre Burschenschaft Adelpia, S. 67-129, hier S. 67.

so in den Grundsätzen „Freiheit, Freundschaft, Wissenschaft“ festgelegt wurde. Wie bei den anderen Korporationen ihrer Zeit ebenfalls üblich, verstand sich auch der Akademische Verein als ein Lebensbund, dessen Mitglied man bis zum Tod blieb.⁸⁰ Das führte zur der Beständigkeit der jeweiligen Korporation. Dennoch gab es im Akademischen Verein wie auch in allen anderen Verbindungen selbst nach Beendigung des Studiums Ausstritte.⁸¹ Als Vereinszweck wurden Geselligkeit und Wissenschaft festgelegt.⁸²

Hieran knüpfte auch das alltägliche Leben der Studenten an. Mittelpunkt des inneren Geschehens war – wie in anderen Verbindungen auch – die Kneipe. Hierbei handelt es sich um eine rituelle Geselligkeit mit Alkoholkonsum, die zweimal wöchentlich stattfand und zum Pflichtprogramm zählte. Ein damals aktiv gewesenes Verbindungsmitglied beurteilte diese Unternehmung folgendermaßen: „Die Kneipe ist gleichsam ein Begriffsmerkmal des deutschen Studenten, sie ist ein Merkmal für die Qualität einer Korporation.“⁸³ Neben alkoholischen Getränken gab es auf jenen Kneipen humorvolle, lyrische oder ernsthafte Vorträge (Bierreden) und studentisches Liedgut, sogar graphisch ausgestaltete Kneipzeitungen waren üblich.⁸⁴ Die feierlichere Steigerung der Kneipe bildet der Kommers, an welchem auch Frauen die Teilnahme gestattet ist. Anfangs wurden gerne, fast täglich, sogenannte „Frühkneipen“ gefeiert, die einem Frühschoppen gleichen.⁸⁵ Der Alkohol war also ein steter Begleiter.

GEORG SIMMEL sieht für eine Geselligkeit, die Bestand haben soll, die Notwendigkeit von Formen und Benehmen. Außerdem definiert er Geselligkeit als die Spielform der Vergesellschaftung, die keinem sachlichen Zweck dient, sondern nur für die Befriedigung des akuten Moments da ist.⁸⁶ Dies trifft auch auf die studentische Kneipe zu, die nach festgelegten Regeln verläuft. Seit 1885 kam im Akademischen Verein auch der tägliche Besuch

⁸⁰ Die Durchsetzung des Lebensbundprinzips bei Verbindungen ermöglichte in Bayern das 1850 verabschiedete Gesetz zur Vereinsfreiheit. Zuvor war es schwierig bzw. nicht legal sich in Altherrenvereinen zu organisieren und somit für einen Grundstock für den Fortbestand und die Besitzmehrung bis hin zum Hauserwerb einer Verbindung zu sorgen. Artikel 11 Gesetz, die Versammlungen und Vereine betreffend. In: Gesetz-Blatt für das Königreich Bayern. Nr. 8. München, 27.2.1850, S. 53-66, hier S. 58.

⁸¹ Vgl. die Zusammenstellungen des Zu- und Abgangs an Mitgliedern in: Geschichte des akademischen Vereins Adelpia, S. 135. Weitere 10 Jahre Adelpias. 1897-1907. Würzburg, 1908, S. 25. 60 Jahre Adelpia, S. 89.

⁸² MUNTSCHE, KARL: Entwicklung der Statuten. In: Geschichte des akademischen Vereins Adelpia, S. 7-17, hier S. 7.

⁸³ GERLACH, LUDWIG: Das Verbindungsleben. In: 60 Jahre Adelpia, S. 45-56, hier S. 45.

⁸⁴ HEIMBERGER, JOHANNES: Die Kneipzeitung. In: Geschichte des akademischen Vereins Adelpia, S. 98-102. Ein paar wenige originale Exemplare dieser sehr liebevoll ausgestalteten Zeitungen sind im Archiv der B! Adelpia heute noch vorhanden.

⁸⁵ HEIMBERGER, JOHANNES: Kneipe, Exkneipen und Ausflüge. In: Geschichte des akademischen Vereins Adelpia, S. 86-95, hier S. 87ff.

⁸⁶ SIMMEL: Grundfragen der Soziologie, S. 52ff.

eines Cafés als Pflicht hinzu, wobei mit Entschuldigungen aber großzügig umgegangen wurde.⁸⁷ Zweck dieser mannigfaltigen geselligen alkoholreichen Pflichtveranstaltungen war die Förderung des Gruppenzusammenhalts. Außerdem dienten sie der Kontaktpflege von alten und neuen Mitglieder.

Eine weitere wichtige verpflichtende Zusammenkunft ist der Konvent. Auf ihm werden demokratisch alle Entscheidungen getroffen, welche den Bund betreffen; bei ihm handelt es sich um die höchste Autorität des Bundes. Beim Akademischen Verein war dieser in den Inneren und den Äußeren Konvent aufgeteilt. Thema des Inneren Konventes waren Personalangelegenheiten wie etwa Strafen, der Äußere bereitete Veranstaltungen vor und nach. Diese Unterteilung diente dazu, dass Neumitglieder, die nur auf dem Äußeren Konvent Stimmrecht hatten, nicht ohne ausreichendes Wissen über wichtige Belange des Bundes mitentscheiden mussten. Außerdem wählten die Bundesbrüder auf den Konventen jedes Semester ihre Vorstandschaft (Chargierte), welche die Verbindung nach außen vertraten und die Verwaltung übernahmen.⁸⁸ Diese Chargierten waren der I. Vorstand (abgekürzt x), der Kneipwart (xx) und der Sekretär (xxx). 1895 wurden daraus Vorstand, Schriftführer und Kassier.⁸⁹ Im Wintersemester 1913/14 kam noch das Amt des Fechtwarts hinzu, im Sommersemester 1914 das Amt des Fuchsmajors.⁹⁰ Die letztgenannten beiden Posten werden im kommenden Kapitel noch näher erläutert. Je nach Amtsführung wird man nach dem Chargensemester vom Konvent nicht entlastet, entlastet, oder aber mit Dank und Anerkennung entlastet. Letzteres ging mit der Erlaubnis einher, je nach Charge die entsprechende Anzahl an „x“ hinter der Namensunterschrift in Klammern tragen zu dürfen („Klammerung“), als Zeugnis der Anerkennung durch die Bundesbrüder. Gleichzeitig drückt die Klammerung beim Signum auch nach außen das besondere Engagement für die Korporation aus und gleicht somit einer Auszeichnung. Des Weiteren trugen die Chargierten des Akademischen Vereins seit 1868 bei hochhoffiziellen Veranstaltungen einen Chargenwuchs, der aus schwarzen Samtröcken mit silberner Verschnürung bestand. Dieser bis heute bei Adelpia übliche Rock gleicht dem aufwändigen Attila der Husaren, ist also die Nachahmung einer militärischen Uniform aus der Waffengattung der Kavallerie. Zusammen mit dem Paradeschläger als Seitenwaffe und einem schwarzen Barett samt

⁸⁷ HEIMBERGER, JOHANNES: Café. In: Geschichte des akademischen Vereins Adelpia, S. 96-98.

⁸⁸ HEIMBERGER, JOHANNES: Die Vollzugsorgane und ihre Befugnisse. In: Geschichte des akademischen Vereins Adelpia, S. 39-41.

⁸⁹ MUNTSCHE, KARL: Entwicklung der Statuten. In: Geschichte des akademischen Vereins Adelpia, S. 7-17, hier S. 8 und 17.

⁹⁰ Philister-Zeitung der Studentenverbindung „Adelpia“ Würzburg. Jahrgang 1914. Nr. 3. Würzburg, März 1914, S. 20.

weißer Feder boten die Chargierten im Wichs eine auffällige, imposante und repräsentative Erscheinung.⁹¹

Die Verbindung bestand aus Aktiven und Inaktiven⁹² sowie Philistern. Neumitglieder wurden erst nach der Jahrhundertwende als „Füchse“ bezeichnet und hatten von Anfang an die gleichen Rechte wie die anderen Bundesbrüder. Dies stellt einen gravierenden Unterschied zu anderen Verbindungen dar. Lediglich das Stimmrecht auf dem Inneren Konvent blieb ihnen vorenthalten, bis sie vier Wochen lang ausreichende Aktivität innerhalb des Akademischen Vereins gezeigt, und eine Prüfung vor den Chargierten abgelegt hatten. Inaktiver wurde man nach mindestens sieben Universitätssemestern und drei Semestern Bundeszugehörigkeit. Die Pflichten des Inaktiven reduzierten sich deutlich, sodass er mehr Zeit für das Studium und der Abschlussarbeit hatte. Die letzte Stufe der Mitgliedschaft, Philister, später auch Alter Herr (AH) genannt, erreichte man schließlich nach dem Studienabschluss. Damit erlosch zwar jede Verpflichtung zur Teilnahme an Veranstaltungen, dafür kam ein jährlicher finanzieller Beitrag hinzu.⁹³ Der Akademische Verein war seit 1870 zweigeteilt in die Aktivitas, welche aktive und inaktive Mitglieder umfasste sowie das Philisterium, das aus allen Philistern bestand. Beide Teile der Verbindung hatten ihre eigenen Konvente.⁹⁴ Auf den Aktivenkonventen durften Philister anwesend sein. Sie hatten jedoch nur eine beratende Funktion, durften also selbst nicht abstimmen.⁹⁵ Dies ist noch bis zum heutigen Tag der Fall und stellt einen Unterschied zu vielen anderen Verbindungen dar, bei denen Alte Herren auf den Konventen der Aktivitas Stimmrecht haben, und bisweilen sogar Stimmen von nicht anwesenden anderen Alten Herren sammeln dürfen. Hierdurch war es der Aktivitas des Akademischen Vereins möglich, relativ autark innerhalb ihres Aufgabenfeldes zu walten, ohne dass Philister hereinregieren können.

Das Philisterium war im Philisterverband zusammengeschlossen, bei dem es sich um einen eingetragenen Verein (e.V.) handelte, der somit die Verbindung rechtlich und nach außen vertrat.⁹⁶ Der Philisterverband hatte

⁹¹ HEIMBERGER, JOHANNES: Abzeichen, Fahne und Wichs. In: Geschichte des akademischen Vereins Adelpia, S. 50-56, hier S. 54.

⁹² Der Status des Inaktiven wurde erst 1886 eingeführt. Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 52. Jahrgang. September 1960. Nr. 2, S. 17.

⁹³ HEIMBERGER, JOHANNES: Zu- und Abgang an Mitgliedern. In: Geschichte des akademischen Vereins Adelpia, S. 37ff. §§ 6-9 Satzungen der Studentenverbindung Adelpia (Akademischer Verein) zu Würzburg. Gestiftet den 2. Dezember 1867. Würzburg, 1908.

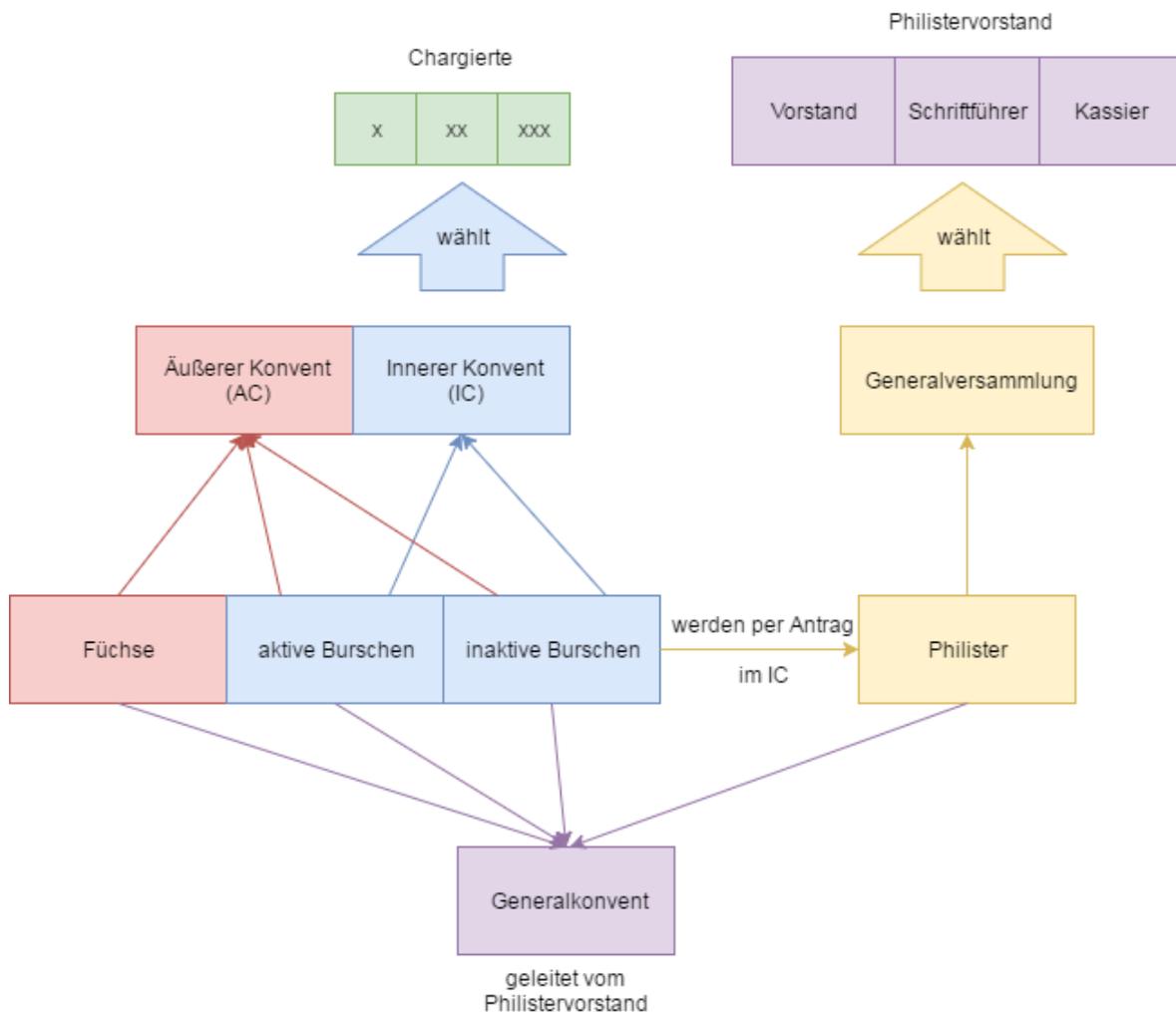
⁹⁴ HEIMBERGER, JOHANNES: Das Philisterium. In: Geschichte des akademischen Vereins Adelpia, S. 112-120.

⁹⁵ § 31f. Satzung der Studentenverbindung Adelpia (Akademischer Verein). Würzburg, 1908.

⁹⁶ §§ 1, 3 und 11 Satzungen des Philister-Verbandes der Studentenverbindung Adelpia. (Akademischer Verein) E. V. Würzburg, 1908.

seinen eigenen Konvent, die Generalversammlung, welche jährlich zum Gründungsfest der Verbindung Anfang Dezember tagte.⁹⁷

Der Generalkonvent, nach dem Ersten Weltkrieg Bundeskonvent genannt, fand ebenfalls am Wochenende des Gründungsfestes statt, konnte aber bei besonderen Anlässen auch außerordentlich einberufen werden. Er bestand aus dem Philisterium sowie der Aktivitas und wurde vom Philistervorstand geleitet. Auf dem Generalkonvent verhandelte man Bundesangelegenheiten, wie Satzungsänderungen oder die Aufnahme von Ehrenmitgliedern in das Philisterium.



Organigramm 1 Struktur der Studentenverbindung Adelpia (Akademischer Verein)

Auch wenn die Verbindung die Vaterlandsliebe⁹⁸ erst 1885 in einen Paragraphen der Statuten aufgenommen hatte,⁹⁹ betrachtete es eine überwiegende Mehrheit der Mitglieder des Akademischen Vereins als selbstverständlich, sich beim Feldzug gegen Frankreich in den Jahren 1870/71 zu

⁹⁷ § 35 Satzung der Studentenverbindung Adelpia, 1908.

⁹⁸ Zur Differenzierung von Patriotismus und Nationalismus siehe: WINKLER, HEINRICH AUGUST: Der Nationalismus und seine Funktion. In: WINKLER, HEINRICH AUGUST (Hrsg.): Nationalismus. 2. Auflage. Königstein, 1985, S. 5-46.

⁹⁹ MUNTSCHE: Entwicklung der Statuten, S. 15.

beteiligen. Im Krieg selbst kam keiner um, und fast alle kehrten als Offiziere zurück nach Hause.¹⁰⁰ Nur einer hatte nicht das Offizierspatent erlangt:

„[...] sein Körper und seine geistigen Eigenschaften waren den Strapazen des Feldzuges nicht gewachsen; gebrochen und geistig krank kehrte er mit der siegreichen Armee zurück und setzte im November 1871 seinem Leben selbst ein Ziel. Die Bundesbrüder brachten ihn in Heidingsfeld, in dessen Nähe man die Leiche gefunden hatte, in feierlicher Weise zu Grabe. Mögen künftige Adelpen nicht vergessen, alljährlich das Grab des freiwillig in den Tod gegangenen Bundesbruders zu schmücken!“¹⁰¹

Hierbei handelte es sich um *candidatus iuris* Joseph Schultheis, Jahrgang 1850. Dieser war 1868 dem Akademischen Verein beigetreten.¹⁰² Posttraumatische Belastungsstörungen und ähnliche psychische Erkrankungen nach Kriegserfahrungen waren zur damaligen Zeit noch medizinisches Neuland.¹⁰³ Umso interessanter ist es, dass seine Bundesbrüder für seine Krankheit Verständnis aufbrachten, anstatt ihn als einen Ausgestoßenen zu behandeln.

„Die Akademiker“¹⁰⁴, wie sie von den Würzburgern jener Zeit genannt wurden, waren couleurstudentisch relativ isoliert. Dies war zu einem guten Teil selbst verursacht. So sahen die Statuten von 1869 beispielsweise vor, dass mit anderen Studentenverbindungen, welche eine dem Verein fremde Tendenz verfolgen, keinerlei engere Kontakte gepflegt werden durften.¹⁰⁵ Da fast alle Würzburger Korporationen farbentragend waren und somit unter dieses Verbot fielen, war nur wenig couleurstudentischer Austausch möglich. Daher gründeten sie 1872 mit anderen deutschen schwarzen Verbindungen verschiedener Hochschulstädte den Weimarer Kartellverband. Als jedoch 1874 eine andere Korporation faktisches Duellverbot innerhalb des Kartells durchgesetzt hatte, sah der Akademische Verein seinen wichtigen Grundsatz der Freiheit bedroht. Nach Bundesmeinung beinhaltete die Freiheit auch das Recht, nach einer Beleidigung seine Ehre mit der Waffe zu verteidigen. Dies ist erstaunlich, denn das Duellwesen fand an sich nur sehr wenig Zuspruch innerhalb der Verbindung. So folgte nach bereits zwei

¹⁰⁰ LEIPOLD, JOSEF: Die Teilnahme der Bundesbrüder am Feldzuge 1870/71. In: Geschichte des akademischen Vereins Adelpia, S. 107-110.

¹⁰¹ LEIPOLD: Die Teilnahme der Bundesbrüder am Feldzuge 1870/71, S. 109f.

¹⁰² EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelpen, S. 72.

¹⁰³ Vgl.: TEGTMEIER, CARTI/TEGTMEIER, MICHAEL A.: PTBS – Das unsichtbare Leid: Posttraumatische Belastungsstörung; Handbuch für Einsatzkräfte und deren Angehörige. Regensburg, 2011.

¹⁰⁴ HEIMBERGER, JOHANNES: Der Name der Verbindung. In: Geschichte des akademischen Vereins Adelpia, S. 17-21, hier S. 17f.

¹⁰⁵ MUNTSCH: Entwicklung der Statuten, S. 11.

Jahren der Austritt des Akademischen Vereins aus dem Weimarer Kartellverband.¹⁰⁶ Dieser existierte schließlich auch nur noch bis 1877.¹⁰⁷

Hierauf versuchte der Akademische Verein sich mit anderen Würzburger Verbindungen zusammenzuschließen, um „[...] auf der Basis der Idee der Gleichberechtigung aller studentischer Korporationen ein einmütiges Vorgehen gegen die Ausschreitungen der Korps ins Werk zu setzen.“¹⁰⁸ Die Würzburger Corps traten nach der Sichtweise der Mitglieder des Akademischen Vereins besonders elitär und provozierend auf, weshalb man in ihrer Wesensart einen besonderen Antagonisten sah. Trotz regelmäßiger diesbezüglicher Treffen waren tatsächliche Freundschaftsverhältnisse oder Lokalverbände des Akademischen Vereins mit anderen Würzburger Studentenverbindungen nur von kurzer Dauer. Zu unterschiedlich waren die Auffassungen über das Korporationsleben, besonders in der Farbenfrage.¹⁰⁹

1877 entschied die Verbindung, sich umzubenennen. Grund hierfür war der namensähnliche „Akademische Gesangverein Würzburg“ (A.G.V.), der fünf Jahre zuvor gegründet worden war. So wurde aus dem „Akademischen Verein Würzburg“ die „Studentenverbindung Adelpia (Akademischer Verein)“. Der Name Adelpia rührt vom altgriechischen Wort *αδελφός* (*adelphos*) her und bedeutet „Bruder“. Verwendet wurde jedoch meistens die griffigere Bezeichnung „Akademischer Verein Adelpia“.¹¹⁰

Zum Universitätsjubiläum 1882 hatte man sich den Wahlspruch „*Semper prorsus*“ überlegt, der das Progressprinzip ausdrücken sollte. Schon bald wich er jedoch „*Amico semper amicus*“.¹¹¹ Nach langen und heftigen Diskussionen hatte Adelpia 1903 die Farben Weiß und Grün eingeführt, die aber ausschließlich zu Dekorationszwecken Verwendung finden durften. Sie wurden also nicht von den Mitgliedern getragen, sondern nur im Wappen und in der Fahne geführt.¹¹² Die Farbwahl hing wohl mit dem befreundeten Münchner Polytechnischen Club zusammen, der die gleiche Couleur führte. Mit ihm bestand ein langes Freundschaftsverhältnis. Von der Aktivitas Adelpias kam der Vorschlag zu orange-weiß-grün, welcher 1933 wieder aufgegriffen werden sollte.¹¹³ Woher die Farbe Orange kam, ist

¹⁰⁶ JUSTI, GUSTAV: Lokalverband- und Kartelle. In: Geschichte des akademischen Vereins Adelpia, S. 62-69, hier S. 64ff.

¹⁰⁷ GLADEN, PAULGERHARD: Die Deutschsprachigen Korporationsverbände. 4. Auflage. Hilden, 2014, S. 536.

¹⁰⁸ JUSTI: Lokalverband- und Kartelle, S. 64.

¹⁰⁹ Weitere 10 Jahre Adelpias, S. 8f.

¹¹⁰ HEIMBERGER: Der Name der Verbindung, S. 19f.

¹¹¹ HEIMBERGER: Abzeichen, Fahne und Wachs, S. 55.

¹¹² Weitere 10 Jahre Adelpias, S. 7.

¹¹³ MEMMEL, THEO: Aus der Geschichte der Adelpia. Zirkel, Fahne, Wahlspruch, Farben, Wachs. In: Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 54. Jahrgang. Januar 1962. Nr. 1, S. 9ff., hier S. 11.

Bundeszeitungen der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 53. Jahrgang. Nr. 2, April 1961, S. 15f.

unbekannt. Adelpia blieb bis dahin eine schwarze Verbindung, da weiß und grün nicht als Couleur getragen wurde.

Intern gab es schon kurz nach der Gründung Diskussionen über die Aufnahme eines geregelten Fechtbetriebes. Die Mensur war im Akademischen Verein freigestellt, man war also „frei schlagend“ und nicht „fakultativ schlagend“ oder „pflichtschlagend“. Fakultativ schlagend bedeutet, dass sich die Verbindungsmitglieder zwar im akademischen Fechten üben, aber nicht zu einer scharfen Mensur antreten müssen. Mindestens eine Mensur erfolgreich durchzustehen haben hingegen Angehörige von pflichtschlagenden Korporationen. Die Bezeichnung „Waffenstudent“ trägt *per se* jeder, der entweder einer fakultativ oder pflichtschlagenden Verbindung angehört oder aber als Mitglied einer frei schlagenden Korporation gefochten hat. Streng zu unterscheiden ist zwischen der Mensur, einem in der einschlägigen Verbindungsszene bezeichneten „Waffenspiel zu Zweien“¹¹⁴ mit scharfen, aber nicht tödlichen Waffen und dem Duell, welches durch eine Ehrverletzung bedingt ausgetragen wird und potenziell tödlich enden kann. Zu jener Zeit wurden beide Varianten als Mensur betitelt, da das Wort vom lateinischen *mensura* (Abmessung) stammt, und somit nur den beim Fechten einzunehmenden räumlichen Abstand zwischen zwei Personen beschreibt. Zum eindeutigen Verständnis soll die nicht tödliche Version als Mensur, Ehrenhändel hingegen als Duell bezeichnet werden.

Mensurwaffe ist in Würzburg bis heute der „Korbschläger“¹¹⁵, eine reine Hiebwaffe. Die Mensur ist eine studentische Fechtsportart, deren Zweck das damit behaftete Durchleben einer Extremsituation ist, das nach Ansicht von Waffenstudenten der Charakterbildung und Festigung der Verbindungsgemeinschaft dienen soll. Die Pflichtmensur ähnelt einer Art Mutprobe, die je nach Korporation ein- oder mehrere Male eingefordert wird. PETER GAY beschreibt die Mensur als „[...] einer durch anerkannte Regeln in Schach gehaltenen Aggression.“¹¹⁶ Diese „Paukkomment“ genannten Vorschriften variieren je nach Hochschulort. Hinterher wird die Leistung des als Paukanten betitelten Fechters vom Mensurkonvent seiner Verbindung beurteilt. Ausschlaggebend sind hierbei die gezeigte Technik und Haltung. Zeigt der Paukant während der Partie Angst oder Schmerzempfinden wird

¹¹⁴ HIELSCHER, FRIEDRICH/BARTHOLD, WERNER: Die Mensur. Herkunft, Recht und Wesen. Vierte Denkschrift des HKSCV. O.O., 1968, S. 5.

¹¹⁵ Der Korbschläger besitzt eine gerade, beidseitig geschliffene Klinge ohne Spitze. Das Gefäß, welches die Hand umfassend schützen soll, nennt sich Korb, und dient als Namensgeber der Waffe. Der stählerne Korb ist entweder mit schwarzem Stoff, oder in den Farben des Bundes eingezogen. Am Griff befindet sich eine Schlaufe für den Zeigefinger, welche eine größere Kontrolle ermöglicht. Die Waffe nennt sich Schläger, da mit ihr nur Hiebe durchgeführt werden dürfen. Zwei weitere regional unterschiedlich genutzte Mensurwaffen sind der Glockenschläger und die sogenannte Prager Plempe.

¹¹⁶ GAY, PETER: Kult der Gewalt. Aggression im bürgerlichen Zeitalter. München, 2000, S. 17.

er „auf Moral abgeführt“, also die Mensur abgebrochen. Hiernach muss der Betreffende erneut zu einer Mensur antreten, um die vorherige Partie zu „reinigen“, also seine von den Bundesbrüdern als Fehlverhalten beurteilte Handlung wieder gut zu machen und sich erneut zu beweisen.¹¹⁷

Am allgemeinen Ablauf der Mensur hat sich bis zum heutigen Tag kaum etwas geändert. Die Waffen sind zwar scharf geschliffen, die Letalität ist jedoch durch entsprechende Schutzmaßnahmen und mindestens einen anwesenden Arzt so gut wie ausgeschlossen. Legitime Trefferfläche bei der Schlägermensur ist nur der Kopf, Augen und Gehörgänge sind durch eine sogenannte „Mensurbrille“ geschützt.¹¹⁸

Zum Duell kam es hingegen in Folge einer Beleidigung oder (gefühlten) Ehrabschneidung, welcher Satisfaktion, also Genugtuung, zu geben war. Bis zum Waffengang existierte allerdings noch die Möglichkeit, die Beleidigung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen (Revozieren und Deprezieren). Bei einer Annahme dieser Entschuldigung durch den Beleidigten wurde ein Duell hinfällig. Als Austragungswaffen standen seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Säbel oder die Schusswaffe zur Verfügung. Als ehrenreinigend angesehen war und ist die Mensur auf Schläger hingegen nicht. In der Studentenschaft blieb der Säbel als Duellwaffe üblich, die Pistole bildete eher die Ausnahme. Je nach Beleidigung variierten bei Säbelpartien Schutzmaßnahmen und Schärfe der Austragung.¹¹⁹ Nach der Austragung des Zweikampfs – wobei der Ausgang irrelevant war – oder aber einer angemessenen Entschuldigung galt die Ehre

¹¹⁷ HEITHER, DIETRICH/ KURTH, ALEXANDRA: Bürgerliche Revolutionäre – Antisemitische Nationalisten. Der Weg zum Ersten Weltkrieg. In: HEITHER, DIETRICH/GEHLER, MICHAEL/KURTH, ALEXANDRA/SCHÄFER, GERHARD: Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften. Frankfurt a.M., 1997, S. 54-76, hier S. 66f. „Herausragende Bedeutung bei der Prägung dieses Charakters hatte [...] das Schlagen der Mensuren.“ HEITHER, DIETRICH: Burschenschaften – Weltbild und Habitus. In: BUTTERWEGGE, CHRISTOPH/HENTGES, GUDRUN (Hrsg.): Alte und Neue Rechte an den Hochschulen (= Agenda Politik. Band 19). Münster, 1999, S. 92-113, hier S. 108.

¹¹⁸ Zum Mensur- und Duellwesen siehe: ELIAS, NORBERT: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M., 1992. HIELSCHER/BARTHOLD: Die Mensur. Herkunft, Recht und Wesen. HUHLE, HENNER: Die Entwicklung des Fechtens an deutschen Hochschulen. Ein Beitrag zur Geschichte der Schläger- und der Säbelmensuren. 2. Auflage (= Historia Academica. Schriftenreihe der Studentengeschichtlichen Vereinigung des CC. Heft 5). Stuttgart, 1961. LUDWIG, ULRIKE/KRUGRICHTER, BARBARA, SCHWERHOFF, GERD (Hrsg.): Das Duell. Ehrenkämpfe vom Mittelalter bis zur Moderne. Konstanz, 2012. MCALEER, KEVIN: Dueling. The cult of honor in fin-de-siècle Germany. Princeton, 1994. Zu Mensurverletzungen empfiehlt sich: HAUSER, PETER (Hrsg.): Hat ein Schmiss gegessen... Medizinische Doktorarbeiten zum Thema Mensur. Hilden, 2007.

¹¹⁹ Hierbei wurde in der Studentenschaft zwischen sogenannten „commentmäßigen Beleidigungen“ und „incommentmäßigen Beleidigungen“ unterschieden. Erstere war beispielsweise die Anrede als „dummer Junge“ was eine Säbelmensur mit Binden und Bandagen (*sine*), welche denen der Schlägermensur glichen, zur Folge haben konnte. Schwerere Beleidigungen oder Tätlichkeiten (Realinjurien) konnten *sine sine* ausgetragen werden, das heißt mit wesentlich verringerten Schutzmaßnahmen. Eine weitere Verschärfung war die Verlängerung des Waffenganges durch Erhöhung der zeitlichen Dauer, bzw. Gang- oder Hiebzahl sowie der Menge der zur Abfuhr notwendigen Treffer.

beider Personen als wiederhergestellt. Gesetzesänderungen¹²⁰ und ein Wandel in der öffentlichen Meinung¹²¹ reduzierten die Duellzahlen allmählich.

Hinsichtlich des Fechtbetriebes haben beim Akademischen Verein gerade immer wieder Philister Bedenken geäußert, dass durch jede Änderung am Wesen der schwarzen Verbindung schnell alle Prinzipien zum Opfer fallen könnten. Erst um die Jahrhundertwende schlugen Adelpen häufiger Mensuren. Der Bund selbst hielt sich keine Waffen, Paukanten mussten sie sich privat beschaffen oder bei anderen Verbindungen ausleihen.¹²² Adelpia „[...] sah die sogenannte Satisfaktionsfrage als Privatsache, als vollständig nebensächlich und unwesentlich für die Vereinszwecke [an].“¹²³ In den Statuten von 1895 ist zu lesen, dass Adelpia Fechtübungen empfahl, „[...] ohne ihre Mitglieder zu solchen zu nötigen“.¹²⁴ Dieser Zusatz wurde 1908 gestrichen.¹²⁵ Adelpia blieb bis in die Endphase der Weimarer Republik eine frei schlagende Verbindung. Dies bedeutet, dass die Mensur nicht den Kern des Vergemeinschaftungsprozesses bildete.¹²⁶

Grundsätzlich stand man beim Thema Mensur und Duell vor folgender Problemstellung:

„Die Korps geben den Burschenschaften und Landsmannschaften und beide den sogenannten schwarzen schlagenden Verbindungen keine Satisfaktion, und besonders letztere sind häufig in Nöten bei der Frage, gegen wen sie fechten sollen [...]“¹²⁷

Die Satisfaktion, also die Möglichkeit, Genugtuung zu geben, beziehungsweise überhaupt so ernst genommen zu werden, dass man miteinander Partien stellen konnte, war für die Adelpen ein Problem. Die Satzung besagte hierzu bis zu einer Änderung im November 1919 das Folgende:

„Ehrenhändel und Streitigkeiten, in welche sich Aktive und Inaktive mit Nichtmitgliedern verwickeln, müssen sofort, jedenfalls aber binnen 24 Stunden dem inneren Convente angezeigt werden; dieser hat für jene Mitglieder, die sich nicht selbst schützen können, einzutreten, wacht

¹²⁰ §§ 201-210 Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nach den Gesetzen vom 15. Mai 1871 und 26. Februar 1876. Nördlingen, 1876. Hierbei wurden sowohl die Herausforderung, als auch die Durchführung eines Duells, hier als Zweikampf titulierte, unter Strafe gestellt. Wobei die Maximalstrafe selbst bei tödlichem Ausgang drei Jahre Festungshaft waren. Ein prinzipieller Unterschied zur studentischen Mensur wurde jedoch nicht gemacht.

¹²¹ Siehe hierzu: FREVERT, UTE: Ehrenmänner. Das Duell in der bürgerlichen Gesellschaft. München, 1991, S. 234-239.

¹²² HEIMBERGER, JOHANNES: Die Satisfaktions- und Waffenfrage. In: Geschichte des akademischen Vereins Adelpia, 26-37.

¹²³ HEIMBERGER: Die Satisfaktions- und Waffenfrage, S. 29.

¹²⁴ § 5 Statuten der Studentenverbindung Adelpia (Akademischer Verein) zu Würzburg. Gestiftet den 2. Dezember 1867. Würzburg, 1895, S. 4.

¹²⁵ § 5 Satzungen der Studentenverbindung Adelpia, 1908, S. 4.

¹²⁶ MÖLLER, SILKE: Studienzeit als prägende Lebensphase: Organisierte und nichtorganisierte Studenten im Kaiserreich. In: BRANDT/STICKLER: „Der Burschen Herrlichkeit“, S. 405-420, hier S. 416.

¹²⁷ HEIMBERGER: Die Satisfaktions- und Waffenfrage, S. 27.

darüber, dass die Ehrenhändel in streng ehrenhafter Weise, den Anforderungen guter, männlicher Sitte entsprechend ausgetragen werden, ist berechtigt, eine der Sache oder den Person nicht angemessene Austragung zu verbieten, enthält sich jedoch eines jeden weiteren Einflusses auf die Mittel, welche ein Mitglied zum Schutze anwenden will.

Jeder Aktive und Inaktive hat eine Zusage bezüglich der Art und Weise, in der ein Ehrenhandel ausgetragen werden will, von der Entscheidung seines Ehrengerichtes abhängig zu machen. [...]

Mitglieder, welche öfters Ehrenhändel selbst verschulden, hat der Convent aus der Verbindung zu entfernen.“¹²⁸

Adelphia war somit bedingt Satisfaktion gebend;¹²⁹ der innere Convent diente als Ehrengericht, das über die Austragung eines Duells entschied.

Wohlgermerkt waren sowohl das Duell als auch die studentische Mensur verboten. Dies resultierte, dass das Reichsstrafgesetzbuch nicht zwischen diesen beiden Zweikampffarten unterschied. So blieb die Mensur eine juristische Grauzone, und Pauktage wurden bisweilen von der Polizei gesprengt. An diesen Umständen änderte sich prinzipiell bis zum Ende der Weimarer Republik nichts, lediglich das Duellverbot wurde strenger ausgelegt.¹³⁰

In den 1895 verabschiedeten Statuten der Studentenverbindung Adelphia hieß es:

„Zweck der „Adelphia“ ist gegenseitige Förderung im allgemeinen Wissen, besonders durch Vortragsabende, Fortschritt in studentischen Angelegenheiten, Pflege der geselligen Künste, der Freundschaft und Vaterlandsliebe unter Ausschluss aller politischen, confessionellen und sozialen Sonderbestrebungen.“¹³¹

Der Akademische Verein bildete seit der Gründung Heimstätte für viele verschiedene Persönlichkeiten aller akademischen Fachrichtungen. Da in der Verbindung keine besonderen politischen oder konfessionellen Ziele herrschten, war es möglich auch Nichtchristen und Ausländer aufzunehmen (recipieren). Ebenso wenig relevant war eine mögliche

¹²⁸ § 18 Statuten der Studentenverbindung Adelphia, 1895, S. 10f.

¹²⁹ Unterschieden wird in dieser Sache zwischen „unbedingter Satisfaktion“, „bedingter Satisfaktion“ und „keine Satisfaktion gebend“. Das Prinzip der unbedingten Satisfaktion bedeutet, dass jede Herausforderung gleich welcher Art angenommen werden muss. Bei bedingter Satisfaktion ist es den Mitgliedern einer Verbindung freigestellt, ob sie eine Forderung annehmen, oder ablehnen. Nicht Satisfaktion gebend zeigt an, dass die Korporation oder aber ihr Dachverband ihren Mitgliedern verbietet, mit der Waffe Forderungen auszutragen.

¹³⁰ BAUMGARTEN, RALF: Zweikampf - §§ 201-210 a.F. StGB. Reformdiskussion und Gesetzgebung von 1870 bis zur Aufhebung der Zweikampfbestimmungen (=Juristische Zeitschichte. Abteilung 3, Band 8). Baden-Baden, 2002, S. 82-204. So gab etwa der Würzburger Pauk-Komment bei den Gründen zur Suspension einer Partie „Störung der Mensur durch die Polizei“ an. § 29 Pauk-Komment des Verbandes schlagender Korporationen zu Würzburg. Würzburg, 1909, S. 6.

¹³¹ § 2 Statuten der Studentenverbindung Adelphia, 1895, S. 1.

Parteizugehörigkeit.¹³² Hieraus resultierte eine große Toleranz bei der Aufnahme von Neumitgliedern. Beispiele hierfür sind der Jude Dr. Ignaz Freudenthal (1848-1919), der schweizer Politiker Theodor Curti (1848-1914), ein besonders eifriger Verfechter der studentischen Reformbewegung¹³³, oder Dr. *med.* Ataliba Florence (1855-1936), brasilianischer Konsul und Augenarzt¹³⁴. Aber auch lokale Prominenzen, wie etwa der als Ehrenphilister aufgenommene Siegfried Erbgraf von Castell-Rüdenhausen (1860-1903), gehörten zu Adelpia.¹³⁵ Trotz durchschnittlich nur 60 ausländischer Studenten an der Würzburger Universität¹³⁶ war der Ausländeranteil der Adelpen auffallend hoch. Alleine im Wintersemester 1889/90 wurden ein Rumäne, ein Franzose und zwei Griechen aktiv.¹³⁷ Dies zeugt von einer sehr toleranten und multikulturellen Atmosphäre.

Wie die meisten anderen Verbindungen des 19. Jahrhunderts besaß auch der Akademische Verein kein eigenes Haus. Stattdessen wurden Räumlichkeiten in Lokalen und Gaststätten gemietet, welche man meist nach eigenem Gutdünken ausgestalten konnte. In diesen hielten die Studenten ihre Konvente und vor allem Kneipen ab.¹³⁸ Des Weiteren verfügte der Akademische Verein seit 1868 über einen Diener, dessen Hauptaufgabe der Bierausschank war, aber auch kleine Erledigungen für einzelne Adelpen gehörten zu seinem Tagesgeschäft. Für diesen prägte sich der bis heute für seine Nachfolger verwendete Spitzname „Lordschaft“ oder kurz „Lord“ ein.¹³⁹

1903 wurde in Bayern das Frauenstudium erlaubt.¹⁴⁰ Adelpia zog es jedoch weiterhin vor, ein Männerbund zu bleiben. Die Aufnahme von Frauen spielte im internen Diskurs keine Rolle.¹⁴¹

¹³² HEIMBERGER: Kneipe, Exkneipen und Ausflüge, S. 91. Siehe außerdem § 7 Satzungen der Studentenverbindung Adelpia, 1908, S. 4.

¹³³ AMMANN, JOSEF: Theodor Curti der Politiker und Publizist. 1848-1914. Ein Beitrag zur neueren Schweizergeschichte. Rapperswil, 1930, S. 8ff.

¹³⁴ EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelpen, S. 78. Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpia“ im Rothenburger V.S.V. in Würzburg. 21. Jahrgang. Nr. 2. April 1929, S. 7.

¹³⁵ Recipiert am 29.12.1883. Geschichte des akademischen Vereins Adelpia, S. 131.

¹³⁶ Siehe hierzu die Personalbestände der königlich bayerischen Julius-Maximilians-Universität vom Winter-Semester 1874/75 bis zum Winter-Semester 1922/23.

¹³⁷ EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelpen, S. 69-99.

¹³⁸ HEIMBERGER, JOHANNES: Kneipausstattung. In: Geschichte des akademischen Vereins Adelpia, 102ff., außerdem S. 142f.

¹³⁹ HEIMBERGER, JOHANNES: Diener. In: Geschichte des akademischen Vereins Adelpia, S. 47f.

¹⁴⁰ MEISTER, MONIKA: Über die Anfänge des Frauenstudiums in Bayern. In: HÄNTZSCHEL, HILTRUD/BUßMANN, HADUMOND (Hrsg.): Bedrohlich gescheit. Ein Jahrhundert Frauen und Wissenschaft in Bayern. München, 1997, S. 35-56, hier S. 36.

¹⁴¹ Die erste gemischte Verbindung in Würzburg war die 1920 gegründete „Hochland“ im Hochland-Verband. GÄRDTNER, PETRA: „Wer lebt in unserm Kreise, und lebt nicht selig

II. Studentenzeit und Sozialisation

Nachdem ein Einblick in die Studentenverbindung Adelpia gegeben wurde, soll nun die Studienzeit zuerst von Paul May und dann von Theodor Memmel thematisiert werden. Untersucht wird hierbei ihre korporative Prägung, wie sie den Ersten Weltkrieg erfuhren sowie ihre Reintegration in das Zivilleben.

1. Vom *stud. rer. pol.* zum *Dr. rer. pol.* May

Im Jahr 1883 schlossen der Hauptlehrer Theodor Benjamin May und Anna Gabriele Franke den Ehebund.¹⁴² Ältester Sohn war der am 29. Dezember 1887 in Balgstädt an der Unstrut (Provinz Sachsen) geborene und einen Monat später evangelisch getaufte Paul Theodor May.¹⁴³ Zur Schule ging Paul May zunächst in die Schule seines Vaters im wenige Kilometer entfernten Ort Stößen, und ab 1898 ins näher gelegene Domgymnasium in Naumburg (Saale).¹⁴⁴ Da an Volks- und Mittelschulen Lehrermangel herrschte, gab es nach der Reichsgründung 1871 für diesen Beruf einige Gehaltserhöhungen.¹⁴⁵ Die Familie May dürfte daher über ein solides kleinstädtisches Einkommen verfügen.¹⁴⁶ Auf dem Domgymnasium lernte Paul neben den zwei klassischen Sprachen Latein und Altgriechisch auch Französisch. Sein Betragen beurteilte man dort als „lobenswert“ und den Fleiß als „recht gut“. So erhielt er am 16. März 1906 von der Königlichen Prüfungs-Kommission das Reifezeugnis.¹⁴⁷ Im gleichen Monat immatrikulierte sich Paul May an der Leipziger Universität für die Studienfächer Jura und Staatswissenschaften.¹⁴⁸ Die Zahl der Abiturienten und Studenten erhöhte sich seit der Reichsgründung stetig, da es besonders im öffentlichen Dienst immer mehr Stellen für Akademiker gab. Gerade unter Protestanten wurde des Weiteren die Bildung im Zeichen der Säkularisierung als ein höheres Gut und eine ganz besonders erstrebenswerte Lebensorientierung angesehen.¹⁴⁹ Nach drei Semestern erhielt May von einem seiner Professoren

drin?“ – Frauen in studentischen Korporationen. In: BRANDT/STICKLER: „Der Burschen Herrlichkeit“, S. 383-391, hier S. 384.

¹⁴² Beglaubigte Abschrift der Heiratsurkunde. Sangerhausen, 29.3.1883. Personalakte Dr. Paul May. Stadtarchiv Halle.

¹⁴³ Beglaubigte Abschrift der Geburtsurkunde. Balgstädt, 29.12.1887. Personalakte May.

¹⁴⁴ Handschriftlicher Lebenslauf des Theodor Paul May zur Bewerbung einer Volontärsstelle am Statistischen Amt der Stadt Halle. Undatiert. Personalakte May.

¹⁴⁵ WEHLER, HANS-ULRICH: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 3. Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914. München, 1995, S. 1199.

¹⁴⁶ Zu den Lehrern im 19. Jhd. siehe: SCHLUPP, KLAUS: Schule, Kirche und Staat im 19. Jahrhundert: Die katholische Volksschule im Bistum Mainz und Großherzogtum Hessen-Darmstadt von 1816 bis 1876. Nordhausen, 2005.

¹⁴⁷ Reifezeugnis Theodor Paul May. Ausgestellt vom Domgymnasium Naumburg an der Saale, am 16.3.1906. Personalakte May.

¹⁴⁸ Handschriftlicher Lebenslauf May.

¹⁴⁹ WEHLER: Deutsche Gesellschaftsgeschichte Band 3, S. 730ff.

den Rat, das Studium in Würzburg fortzusetzen und schrieb sich im Oktober 1907 in Würzburg als *stud. iur.* ein.¹⁵⁰ Hier wurde er im Fach Staatswissenschaft ein Schüler von Professor Doktor Georg von Schanz, der zu diesem Zeitpunkt auch Rektor der Universität war.¹⁵¹ Von Schanz genoss den Ruf eines Experten auf dem Gebiet der Finanzwissenschaft und entwickelte mehrere bahnbrechende Theorien, so etwa die Reinvermögenszugangstheorie, welche eine neue Basis für das Steuereinkommen bildete.¹⁵² Ebenso befasste er sich mit einer antizyklischen Finanzpolitik bei der öffentlichen Arbeitsbeschaffung.¹⁵³

Zwei Monate nach seiner Immatrikulation, am 23. November 1907 wurde Paul May als zweiter Fuchs (Neumitglied) des Wintersemesters in die Studentenverbindung Adelpia aufgenommen.¹⁵⁴ Zu dieser Zeit wohnte er in der Frühlingsstraße 21/II,¹⁵⁵ ab dem darauffolgenden Semester in der Blumenstraße 10/I.¹⁵⁶

Nach KURT LEWIN, einem der Begründer der Sozialpsychologie, ist es für die Existenz eines Klubs wichtig, dass die Gruppenmitglieder über eine ausreichende Ähnlichkeit zueinander verfügen. Andernfalls ist die Integration eines Neuzugangs nicht möglich.¹⁵⁷ Demzufolge muss sich May zum einen mit den bei Adelpia gelebten Grundsätzen und dem Progressgedanken identifiziert, und mit den angetroffenen Mitgliedern der Aktivitas entsprechend gut verstanden haben. Auffallend ist ferner, dass er in Leipzig nicht bei einer Verbindung aktiv wurde.

Mays Leibbursch war Peter Neff.¹⁵⁸ Diese interne und sehr persönlich zu bewertende Freundesgemeinschaft eines Leibverhältnisses wurde bei

¹⁵⁰ Handschriftlicher Lebenslauf May. Personalbestand der königlich-bayerischen Julius-Maximilians-Universität im Winter-Semester 1907/08. Würzburg, 1907, S. 52.

¹⁵¹ Handschriftlicher Lebenslauf May.

¹⁵² „Dr. Georg Schanz, lebenslänglicher Reichsrat der Krone Bayern, k. b. Geheimer Hofrat, ö.o. Professor der Nationalökonomie, Finanzwissenschaft und Statistik, Ritter des k. b. Verdienstordens vom hl. Michael III. Kl., *Doctor iuris honoris causa* der Universität Zürich.“ Personalbestand der königlich-bayerischen Julius-Maximilians-Universität im Sommer-Semester 1908. Würzburg, 1908, S. 7. WALDHOF, CHRISTIAN: Schanz, Georg von. In: HOCKERTS, GÜNTHER (Hrsg.): Neue Deutsche Biografie. Band 22. Rohmer – Schinkel. München, 2005, S. 559f. Zu seiner Arbeit siehe: ICKING, JAN: Deutsches Einkommensteuerrecht zwischen Quellen- und Reinvermögenszugangstheorie. Wiesbaden, 1993.

¹⁵³ SCHULZ, FRANK: Die Vorschläge von Georg von Schanz zur antizyklischen Finanzpolitik in der Tradition der öffentlichen Arbeitsbeschaffung. Ein Beitrag zur Dogmengeschichte der „*functional finance*“. In: Finanzarchiv N.F. Band 42, 1984, S. 542-552.

¹⁵⁴ EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelphen, S. 94.

¹⁵⁵ Personalbestand der Königlich Bayerischen Julius-Maximilians-Universität Würzburg im Winter-Semester 1907/08, S. 52.

¹⁵⁶ Personalbestand der Königlich Bayerischen Julius-Maximilians-Universität Würzburg im Sommer-Semester 1908, S. 52.

¹⁵⁷ LEWIN, KURT: Die Lösung sozialer Konflikte. 4. Auflage. Bad Nauheim, 1975, S. 55f.

¹⁵⁸ Meldebogen Dr. Paul May. Personalien. Angelegt 1965 von Theodor Memmel. Adelpiaarchiv.

Adelphia als „Bierfamilie“¹⁵⁹ bezeichnet, erst nach dem Zweiten Weltkrieg als „Leibfamilie“. Wird ein neues Mitglied in die Verbindung aufgenommen, so sucht sich dieses einen „couleurälteren“, also länger der Verbindung zugehörigen, aber nicht zwangsläufig älteren Bundesbruder als Leibburschen. Dieser agiert dann forthin als Mentor, bringt seinem Leibfuchsen das Verbindungsleben näher und nimmt Einfluss auf dessen Entwicklung. Ein Leibbursch kann mehrere Leibfuchse haben.¹⁶⁰ Der Leibbursch tauscht mit seinem Leibfuchsen üblicherweise einen sogenannten Bierzipfel. Hierbei handelt es sich um ein Accessoire, das aus einem Stück Couleurband besteht, und mit einem Anhänger an der Hose oder der Weste getragen wird. Da Adelphia keine Farben trug, bestand der Zipfel aus schwarzem Samt, auf dem ein emaillierter Streifen weiß-grün aufgesetzt war. Der älteste Zipfelbund Adelphias stammt aus dem Wintersemester 1902/03.¹⁶¹ Der älteste bekannte Zipfel aus weiß-grünem Band ist auf das Jahr 1926 datiert.¹⁶² Spätestens dieser stellte einen gewissen Bruch des früher so strengen Couleurtrageverbots dar. Durch besondere Verbindung eines Leibverhältnisses wuchs die ohnehin schon als Ersatzfamilie während der Vorlesungszeit fungierende Korporation noch näher an den Einzelnen heran. Da das Leibverhältnis einen Einfluss auf die Sozialisation der beiden in dieser Arbeit untersuchten Personen hat, folgt je eine kurze Vita dieser Personen.¹⁶³

Jener Peter Neff wurde 1885 in der Pfalz geboren und studierte in Würzburg Rechtswissenschaft. So hatte er im Bereich des Studiums direkte Interessensüberschneidungen mit Paul May und konnte ihm dabei möglicherweise sogar behilflich sein. Beim Gründungsfest Adelphias im Dezember 1904 wurde Neff recipiert und im Wintersemester 1905/06 wählten ihn seine Bundesbrüder zum Zweitchargierten. Ab Oktober 1908 war er Rechtspraktikant in Ludwigshafen sowie Affenheim und wurde im November 1910 philistriert. Hierauf folgte seine Promotion zum *Doctor iuris et rerum politicarum*, einen Abschluss, den es nur in Würzburg gab.¹⁶⁴ 1912 ging er als Regierungsakzessist (Anwärter) in der Kammer der Finanzen nach

¹⁵⁹ Dies belegen mehrere Fotografien und deren rückseitige Beschreibung auf dem Adelphenhaus.

¹⁶⁰ KLUGE/RUST: Deutsche Studentensprache, Band 2, S. 22f.

¹⁶¹ Bier- und Weinzipfel von Dr. *med. dent.* Martin Trittermann von seinem Leibburschen Josef Fleischmann gestiftet. Würzburg, Wintersemester 1902/03. Adelphenarchiv.

¹⁶² Weinzipfel von Dr. *med. dent.* Martin Trittermann mit fünf Schiebern vom Sommersemester 1926 bis zum Wintersemester 1929/30. Adelphenarchiv.

¹⁶³ LÖNNECKER, HARALD: „... dienten stets auch der freundlichen Zusammenkunft“ – Geselligkeit in Akademischen Verbindungen und Vereinen an deutschsprachigen Hochschulen im 19. und frühen 20. Jahrhundert. In: ASCHE/KLENKE: Professorenzirkel, Studentenknäulen und akademisches Networking, S. 123-146, hier S. 128f.

¹⁶⁴ NIEBLING, MAX: Vergessen und verpönt. Wingolf Hohenstaufia zu Würzburg. In: Wingolfsblätter. 139. Jahrgang, Heft 3/2020, S. 172-180, hier S. 174.

Ansbach.¹⁶⁵ Neff fiel als erster Adelphe im Weltkrieg bereits am 5. September 1914 bei einem Angriff in vorderster Linie. In seinem Nachruf in der Kriegs-Chronik Adelpias wurde seine Kühnheit als militärischer Führer hervorgehoben. Nicht nur seine Bundesbrüder achteten ihn sehr, sondern auch seine Kameraden. Diese setzten ihr eigenes Leben aufs Spiel, indem sie seinen Leichnam am Folgetag aus dem Niemandsland bargen. „Er war ein ruhiger, strebsamer und höchst charaktvoller Mensch, der bei allen, die ihn kannten, hoch geschätzt und beliebt war.“¹⁶⁶ May hatte sich also einen Leibburschen ausgesucht, dessen Charakter von seinen Bundesbrüdern als vorbildlich beschrieben wurde, der ihm jedoch durch seinen frühen Tod nicht lange erhalten blieb.

Paul May hatte zwei Leibfuchse: Richard Frenzel und Julius Vache.¹⁶⁷ Ersterer wurde 1888 in Schönbach bei Löbau geboren und war somit nur ein Jahr jünger als May. In Würzburg studierte Frenzel vom Sommersemester 1908 bis zum Sommersemester 1910 Medizin.¹⁶⁸ Frenzel konnte 1911 auch seinen Bruder Hellmuth, ebenfalls Medizinstudent, bei Adelpia aktiv machen.¹⁶⁹ Hierauf setzte Richard Frenzel sein Studium bis zum Staatsexamen 1913 in Leipzig fort, woraufhin er im Juni desselben Jahres philistriert wurde. Von August 1914 bis zum Februar 1919 war er Feldarzt, zuletzt im Range eines Oberarztes der Reserve. Im Laufe des Ersten Weltkrieges erhielt er für seine Tapferkeit das Eiserne Kreuz II. Klasse und außerdem das Ritterkreuz des sächsischen Albrechts-Ordens mit Schwertern II. Klasse. Nach seiner Entlassung aus dem Militär machte Frenzel eine fachärztliche Ausbildung für Kinderkrankheiten in Leipzig. Aus seiner 1921 geschlossenen Ehe gingen drei Söhne hervor. Seit 1922 wohnte er in Bautzen, von wo er am 18. April 1945 vor der Roten Armee fliehen musste. Hierauf ließ er sich in Helmstadt nieder, wo er im Januar 1946 eine eigene Praxis eröffnete.¹⁷⁰ Er verstarb am 27. April 1973.¹⁷¹

Der 1881 geborene Julius Vache war einige Jahre älter als May und kam ursprünglich aus Nürnberg. Er wurde im Oktober 1908 bei Adelpia aktiv und studierte Jura.¹⁷² Im Sommersemester 1910 wurde er zum Vorstand der Aktivitas gewählt.¹⁷³ Sein Examen machte er dann, in Passau

¹⁶⁵ Kriegs-Chronik der Studentenverbindung „Adelpia“ Würzburg. Jahrgang 1914. Nr. 1. Würzburg, November 1914, S. 6.

¹⁶⁶ Kriegs-Chronik der der Studentenverbindung „Adelpia“ Würzburg. Jahrgang 1914/15. Nr. 4. Mai 1915, S. 9.

¹⁶⁷ Meldebogen Dr. Paul May.

¹⁶⁸ Meldebogen Dr. med. Richard Frenzel. Personalien.

¹⁶⁹ Philister-Zeitung der Studentenverbindung „Adelpia“ Würzburg. Jahrgang 1911/12. Nr. 1. Nürnberg, November 1911, S. 2.

¹⁷⁰ Meldebogen Richard Frenzel.

¹⁷¹ EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelphen, S. 95.

¹⁷² Ebenda, S. 95.

¹⁷³ 60 Jahre Adelpia, S. 90.

wohnend, an der Universität Erlangen.¹⁷⁴ Im November 1913 wurde er philistriert und in Jura promoviert.¹⁷⁵ Im ersten Kriegsjahr erfolgte seine Beförderung zum Leutnant der Reserve; kurz darauf erhielt er eine Verwundung.¹⁷⁶ An der Ruhr erkrankt wurde er zu Kriegsende im Rang eines Oberleutnants entlassen.¹⁷⁷ Ab 1919 war er als Rechtspraktikant in Erlangen tätig. 1929 ging er dann nach Kemnath in der Oberpfalz und wurde Notar. Ab 1935 übte er diesen Beruf in Lauffen in Oberbayern aus. Vaches Todesdatum ist nicht überliefert, da mit dem Zweiten Weltkrieg der Kontakt zu ihm abbrach.¹⁷⁸

Da nur sehr wenige Philister-Zeitungen aus Mays Aktivenzeit überliefert sind, sind keine präzisen Aussagen dazu mehr möglich. So ist es auch nicht sicher, ob er Messuren oder Duelle austrug. May hatte keine Charge besetzt, was wohl mit seiner relativ kurzen Studienzeit in Würzburg zusammenhing.¹⁷⁹ Denn schon im Wintersemester 1909/10 war er nicht mehr an der Würzburger Universität immatrikuliert.¹⁸⁰ Dies erklärt wohl auch, warum er bereits nach nur drei Semestern den Status als Inaktiver hatte.¹⁸¹ Ein Foto der Semesterabschlusskneipe von 1908 in der damaligen Gemeinde Lengfeld zeigt die versammelten Adelphen samt May in einer gelösten Runde.¹⁸² Da sein Vater Schulbeamter war, dürfte es ihm in dieser Zeit nicht allzu sehr an Geld gemangelt haben. Eine Adelphenchronik gibt etwas Auskunft über das Leben der *studiosi* in jenen Tagen:

„Das C a f é , das früher täglich offiziell war, wurde seit W.S. 1906/07 auf 4 Tage in der Woche beschränkt; an den anderen Tagen fanden dafür Fechtübungen statt. Seit einigen Jahren besteht – trotz verschiedenen Versuchen zur Einführung eines zweiten Cafés – nur noch e i n offizielles Café am Samstag. [...]

Die Zahl der K n e i p e n wurde bald schon von zwei auf eine in der Woche vermindert; an Stelle der Mittwochs-Kneipe trat ein off. Abend, der auch mit einem Vortrag ausgefüllt werden konnte. Dazu kam als weitere off. Verpflichtung der Philisterabend am Montag.

Diese Regelung ist im großen und ganzen bis heute beibehalten worden: Philisterabend oder Vortrag am Montag, Konvent oder Spielkneipe (in der Regel Donnerstags) und Kneipe (Samstags) sind neben Paukboden, Sportstunden und Café die offiziellen Verpflichtungen während der Woche.

¹⁷⁴ Philister-Zeitung. November 1911, S. 3.

¹⁷⁵ EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelphen, S. 95.

¹⁷⁶ Kriegs-Chronik der Studentenverbindung „Adelphia“ Würzburg. Jahrgang 1914/15. Nr. 2. Würzburg, Januar 1915, S. 4.

¹⁷⁷ Kriegs-Chronik der Studentenverbindung „Adelphia“ Würzburg. Jahrgang 1914/19. Nr. 13. Würzburg, März 1919, S. 3.

¹⁷⁸ EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelphen, S. 95.

¹⁷⁹ Vgl. mit dem Verzeichnis der Chargierten in: 60 Jahre Adelfia, S. 90.

¹⁸⁰ Personalbestand der königlich-bayerischen Julius-Maximilians-Universität im Wintersemester 1909/10. Würzburg, 1909, S. 55

¹⁸¹ Bundeszeitung. September 1960, S. 18.

¹⁸² Siehe Anlage 1.

In früheren Jahren wurden daneben noch einzelne sonntägliche Ausflüge und die Veranstaltungen der Harmoniegesellschaft (Bälle und Gartenfest) für offiziell erklärt.¹⁸³

Möglich machte dieses Leben das damalige Humboldt'sche Universitätssystem, das keine Erziehungsanstalt, sondern ein Bildungsangebot darstellte. Hierbei ist von der „Humboldt'schen Lücke“ die Rede.¹⁸⁴ Obwohl sich der Autor der voranstehenden Zeilen zuvor über die „in hohem Maße gesteigerten Anforderungen der Prüfungen“¹⁸⁵ beschwerte, welche dem Verbindungsleben Beschränkungen auflegten, zeugen diese Aussagen vor allem im Vergleich zum heutigen Studienalltag von einer Fülle an Freizeit. Das war eine Zeit, die in der Verbindung unbeschwert mit dem Genuss von Alkohol und Tabak verbracht wurde – aber auch als postmaturale Erziehung fungierte und die Mitglieder in die höhere Gesellschaft einführte. Tanzveranstaltungen vom einfachen Kränzchen bis hin zum Ball boten ferner einen anerkannten Zugang zu Frauen, woraus langfristig häufig Beziehungen und Eheschließungen erwachsen. Da das Tanzen bei Adelpia recht eifrig gepflegt wurde, war schon bald kein Lehrer mehr von Nöten. Der Besuch dieser Veranstaltungen war für jeden Aktiven obligatorisch.¹⁸⁶

Die Jahre 1909 bis 1911 brachten für Adelpia eine große Diskussion um den Beitritt zu einem neuen schwarzen Dachverband mit sich. 1909 hatte die Aktivitas einstimmig, also auch mit der Stimme Mays, beschlossen, dem neugegründeten „Rudolstädter Verband schwarzer Korporationen“ beizutreten. Dieser forderte jedoch die unbedingte Satisfaktion seiner Mitglieder, das für Adelpia wenig problematische Maturitätsprinzip sowie das arische Prinzip, was für Adelpias jüdische Mitglieder ein Problem darstellte. Über eine hierfür nötige Satzungsänderung entbrannten im Bund heftige Diskussionen, woraufhin sogar der Vorstand des Philisteriums zurücktrat und sich vorerst keine neuen Wahlkandidaten finden lassen konnten. Es ist in Erinnerung zu rufen, dass die Philister Adelpias keinen direkten Einfluss auf die Aktivenentscheidungen nehmen konnten. Der Beitritt zum Dachverband schien der Aktivitas sehr wichtig zu sein, denn sie verfasste ein 18-seitiges Rundschreiben an die Philister. In diesem vertrat sie die Meinung, die Annahme des arischen Prinzips sei kein Hindernis, da schon seit Jahren kein Jude mehr um Aufnahme gebeten hatte, und es ihnen fern liege, jüdische Philister aus dem Bund auszuschließen. Bezüglich der unbedingten Satisfaktion hieß es darin, dass auch künftig kein Ehrenhandel ohne Ehrengericht durchgeführt werden würde. Beim Generalkonvent im Juli 1911

¹⁸³ GERLACH: Das Verbindungsleben, S. 45.

¹⁸⁴ STICKLER: Universität als Lebensform, S. 152f.

¹⁸⁵ GERLACH: Das Verbindungsleben, S. 45.

¹⁸⁶ HEIMBERGER: Adelpia und die Damen. In: Geschichte des akademischen Vereins Adelpia, S. 71-78.

SCHMITT, OSKAR: Adelpia und Würzburg. In: 60 Jahre Adelpia, S. 61-64, hier S. 61.

scheiterte der Antrag, die unbedingte Satisfaktion einzuführen, an einer Stimme. Schließlich sah die Aktivitas nach einer sehr hitzigen Debatte zum Wohle der Verbindung von ihrem Vorhaben ab, da sie maximal eine knappe Mehrheit der Fürststimmen gehabt hätte. Dies bedeutete vorläufig ein Ende der Dachverbandsfrage, die jedoch weiterhin gärte. Schlussendlich hatte der Streit um dieses gewichtige Thema eine mehrsemestrige Missstimmung zwischen Aktivitas und Philisterium zur Folge.¹⁸⁷

Am 30. Juni 1909 wurde Paul May bei Georg von Schanz über die bayerische Zementindustrie zum *Doctor rerum politicarum* mit *magna cum laude* promoviert.¹⁸⁸ Seine 77 Seiten umfassende Dissertationsschrift ließ er nicht in Würzburg, sondern in Naumburg an der Saale drucken, dem Ort wo er seinerzeit die Schule besucht hatte.¹⁸⁹

Ab Oktober 1909 diente May dann als Einjährig-Freiwilliger im 5. Infanterie-Regiment in Bamberg. Er beendete seinen Militärdienst im Rang eines Unteroffiziers.¹⁹⁰ Auf Anregung seines Doktorvaters wählte er den Beruf des Statistikers. Er bewarb sich noch während seines Militärdienstes für eine wissenschaftliche Volontärstelle am Statistischen Amt der Stadt Halle, mit der Empfehlung des Direktors des Amtes, Dr. *rer. pol.* Hellmuth Wolff.¹⁹¹ Diese Stelle war unvergütet, sodass sein Vater für den „standesgemäßen Unterhalt“¹⁹² seines Sohnes bürgen musste. Nachdem er die Stelle im Oktober 1910 angetreten hatte, leistete er offenbar ausgezeichnete Arbeit. Denn für seine Untersuchung der Milchversorgung der Stadt Halle erhielt er von der Statistischen Deputation eine einmalige Zuwendung von 300 Mark.¹⁹³ Er wechselte am 15. Juli 1911 zu einer nunmehr bezahlten Anstellung als wissenschaftlicher Assistent der Handelskammer zu Magdeburg. Dort blieb er bis zum Ende des Jahres tätig.¹⁹⁴ Ab dem 1. Januar 1912 bis zum 15. Juli 1912 war er in gleicher Funktion im Statistischen Amt der Stadtverwaltung Kiel beschäftigt.¹⁹⁵ Nach erfolgreicher Beendigung seiner Probezeit trat er rückwirkend zum 1. April 1912 in das

¹⁸⁷ ULSAMER, HUBERT: Aus Adelphias Geschichte. In: 60 Jahre Adelpia, S. 7-12, hier S. 10. Bundeszeitung. September 1960, S. 19f.

¹⁸⁸ Promotionsurkunde Paul May. Personalakte May.

¹⁸⁹ MAY, PAUL: Die bayrische Zementindustrie. Naumburg an der Saale, 1909.

¹⁹⁰ Beglaubigte Abschrift der Militär-Dienstzeitbescheinigung von Paul Theodor May. München, 25.9.1924. Vereinigte Reichdienststellen München. Zentralnachweisamt. Personalakte May.

¹⁹¹ Schreiben von Paul May an den Magistrat der Stadt Halle. Bamberg, 13. Juli 1910. Personalakte May.

¹⁹² Väterliche Erklärung von Theodor May. Stößen, Juli 1910. Personalakte May.

¹⁹³ Beglaubigter Auszug aus dem Sitzungsprotokoll der Statistischen Deputation vom 28. Februar 1911. Halle, 10.3.1911. Personalakte May.

¹⁹⁴ Schreiben der Industrie- und Handelskammer zu Magdeburg an den Oberbürgermeister der Stadt Halle. Magdeburg, 22.10.1934.

¹⁹⁵ Schreiben von Bürgermeister Dr. Paul May an den Oberbürgermeister der Stadt Kiel. Halle, 16.10.1934. Personalakte May.

Beamtenverhältnis ein.¹⁹⁶ Darauf war May vom Juli 1913 bis zum 30. November 1918 Referent in der Zentralstelle des Deutschen Städtetages. Hierbei hatte er einen Privatdienstvertrag mit Ansprüchen – etwa auf Ruhegehalt – wie ein preußischer Staatsbeamter.¹⁹⁷ Der kommunale Verband, für den er von da ab tätig war, hatte sich langsam im 19. Jahrhundert in verschiedenen Formen manifestiert und war 1905 reichsweit unter dem bis heute gültigen Namen gegründet worden. Er förderte den Austausch unter den Mitgliedsstädten, was zu Problemlösungen und einer Stärkung der Selbstverwaltung führte. Presseorgan waren seit 1907 die kostenlosen „Mitteilungen der Zentralstelle des Deutschen Städtetages“. Diese fanden regen Anklang und hatten Statistiken und Beschlüsse zum Inhalt. Durch dieses Blatt und seinen Informationsgehalt konnten kommunale Problematiken weiter besprochen und gelöst sowie der Austausch zwischen den Städten weiter verbessert werden.¹⁹⁸

May schlug also den beruflichen Weg in die kommunale Selbstverwaltung ein. Diese stellte einen elementarer Bestandteil der bürgerlichen Herrschaft dar und genoss dementsprechend hohes Ansehen.¹⁹⁹

Das Militär war ein gewichtiger Machtfaktor im durch Krieg geeinten Kaiserreich. Dementsprechend hochangesehen war die Zugehörigkeit zum Heer oder der Marine. Und dann auch noch dem Offizierskorps anzugehören, war besonders prestigeträchtig.²⁰⁰ Um Leutnant der Reserve zu werden, war nach dem Militärdienst die Teilnahme an mehreren Wehrübungen notwendig. Der jeweilige Arbeitgeber hatte für diese Zeit die Wehrübenden freizustellen. Zusammen mit dem Dokortitel würden sich mit dem Offizierspatent für May noch weitere Kreise in der gehobenen Gesellschaft seiner Tage eröffnen.²⁰¹ Er entschied sich folglich dazu, neben seiner Berufstätigkeit Reserveoffizier zu werden. So übte May im Königlich Preussischen Infanterie-Regiment Graf Barfuß (4. Westfälisches) Nummer 17 von März bis Mai 1911, wurde zum Vizefeldwebel befördert und übte hierauf noch einmal von August bis September 1912. Am 28. Oktober 1912 erhielt er das

¹⁹⁶ Fragebogen von Paul Theodor May zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933. Halle, 24.6.1933. Personalakte May.

¹⁹⁷ Personalbogen Dr. rer. pol. Paul May. Halle, 20.10.1938. Personalakte May.

¹⁹⁸ Zum Deutschen Städtetag siehe: ZIEBILL, OTTO: Geschichte des Deutschen Städtetages. Fünfzig Jahre deutsche Kommunalpolitik. Stuttgart, 1956. BECKSTEIN, HERMANN: Städtische Interessenpolitik. Organisation und Politik der Städtetage in Bayern, Preußen und im Deutschen Reich 1896-1923 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 93). Düsseldorf, 1991.

¹⁹⁹ Siehe hierzu: JESKE, REGINA: Kommunale Amtsinhaber und Entscheidungsträger – die politische Elite. In: GALL, LOTHAR (Hrsg.): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft (= Historische Zeitschrift. Band 16). München, 1993, S. 273-294.

²⁰⁰ WEHLER: Deutsche Gesellschaftsgeschichte Band 3, S. 873f.

²⁰¹ MERTENS, LOTHAR: Das Privileg des Einjährig-Freiwilligen Militärdienstes im Kaiserreich und seine gesellschaftliche Bedeutung. Zum Stand der Forschung. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen. Band 39, 1986, S. 59-66.

ersehnte Leutnantspatent. Die Beförderung zum Leutnant der Reserve erfolgte dann am 22. Februar 1913. Die letzte Wehrübung und einen damit verbundenen Ausbildungskurs absolvierte May vom 12. März bis zum 6. Mai 1914, zuerst beim II. Armeekorps, anschließend wieder beim 17. Infanterie-Regiment.

Als der Erste Weltkrieg ausbrach, zogen alle Aktiven der Studentenverbindung Adelpia ins Feld, nur drei Bundesbrüder blieben in Zivil daheim.²⁰² Man empfand es als eine Selbstverständlichkeit, sein Leben für Deutschland einzusetzen.²⁰³ In Punkto Vaterlandsliebe war Adelpia somit eine Gesinnungsgemeinschaft. Damit ist Adelpia eindeutig in das Gros der Verbindungen ihrer Zeit einzuordnen, die sowohl intern als auch an der Universität keine Parteipolitik wünschten.

„Andererseits galt aber die Liebe zum Vaterland nicht als Politik, sondern als Pflicht aller Gebildeten, so dass nationale Apelle für Selbstverständlich gehalten und keiner Kritik unterworfen wurden. Wegen dieser widersprüchlichen Einstellung war der akademische Nationalismus an deutschen Universitäten gleichzeitig unpolitisch und allgegenwärtig.“²⁰⁴

Mit der Mobilmachung trat der 26-jährige Leutnant d.R. Paul May am 4. August 1914 seinen Militärdienst bei der 3. Kompanie des 17. Infanterie-Regiments an, bei dem er schon zuvor seine Wehrübungen abgeleistet hatte. Bereits vier Tage später fand er sich als Zugführer an der Westfront wieder. Schon am 21. September 1914 wurde ihm für seine gezeigte Tapferkeit das Eiserne Kreuz II. Klasse verliehen.²⁰⁵ Doch bereits am 27. September war seine Zeit an der Front dauerhaft beendet. Im Dorf Chilly an der Somme war sein Regiment mehrere Tage lang französischem Artilleriefeuer ausgesetzt. Die Verluste stiegen und auch Paul May wurde am rechten Oberarm von einem Granatsplitter getroffen, der ihm eine schwere Verwundung einbrachte.²⁰⁶ Hierfür erhielt er später das Verwundetenabzeichen in schwarz.²⁰⁷ Nach einem Genesungsaufenthalt im Sanatorium Grüneisen in Naumberg war er in Germersheim stationiert.²⁰⁸ An Weihnachten 1914 erreichten ihn Liebesgaben, welche die daheimgebliebenen Adelphen ihren

²⁰² Kriegs-Chronik, November 1914, S. 6.

²⁰³ So liberal man bei Adelpia in Hinsicht der Mitgliederaufnahme war, das Vaterland und das Deutschtum spielten immer eine wichtige Rolle. Vgl. hierzu die Philisterzeitungen bis 1918.

²⁰⁴ JARAUSCH, KONRAD HUGO: Korporationen im Kaiserreich: Einige kulturgeschichtlichen Überlegungen. In: BRANDT/STICKLER: „Der Burschen Herrlichkeit“, S. 63-83, hier S. 76.

²⁰⁵ Militär-Dienstzeitbescheinigung May.

²⁰⁶ Handschriftlicher Lebenslauf von Dr. Paul May. Berlin, 10.4.1921. Personalakte May. HELD, KARL/STOBBE, OTTO: Das Kgl. Preuß. Infanterie-Reg. Graf Barfuß (4. Westf.) Nr. 17 im Weltkriege 1914/1918 (= Deutsche Tat im Weltkrieg. Geschichten der Kämpfe deutscher Truppen. Band 25). Berlin, 1934, S. 67ff.

²⁰⁷ Militär-Dienstzeitbescheinigung May.

²⁰⁸ Kriegs-Chronik, November 1914, S. 4.

Aktiven und Philistern schickten.²⁰⁹ Im Folgejahr überholte der ebenfalls mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichnete jüngere Bruder Mays ihn im Dienstgrad: Er war zum Oberleutnant und Kompanieführer ernannt worden.²¹⁰ Da May auch während des Krieges seinen Beamtenstatus behielt und quasi nur an das Militär „ausgeliehen“ wurde, gewährte man ihm ab dem 1. Juni 1915 die Alterszulage für Beamte.²¹¹ Am 6. April 1916 erhielt May relativ zeitgleich mit seinem Leibfuchs Vache den Bayerischen Militärverdienst-Orden 4. Klasse mit Schwertern.²¹² Dieser wird ihn jedoch kaum über den Tod seines Bruders, der kurz zuvor beim preußischen 46. Reserve-Infanterie-Regiment gefallen war, hinweggeholfen haben.²¹³ Infolge seiner Verwundung war May dem neu aufgestellten 2. Ersatzbataillon (Gronau in Westfalen) des 17. Infanterieregiments zugeteilt worden, welches die Rekrutenausbildung zur Aufgabe hatte. Hierauf erhielt er Anfang Juni 1916 ein Kommando bei der Linienkommandantur Ludwigshafen. Doch noch vor Ablauf des Monats wurde er nach Berlin versetzt. Dort kam er zur Heimatgruppe des Feldeisenbahnchefs im Stellvertretenden Generalstab.²¹⁴ In seinem Dienstbetrieb hatte er jedoch wenig mit Eisenbahnen zu schaffen, sondern versorgte seinen Vorgesetzten in dessen Eigenschaft als stellvertretenden Präsidenten des Kriegsernährungsamtes mit Material zu Nahrungsfragen. Durch diesen Aufgabenbereich kam er im November 1916 in den Stab des neu geschaffenen Kriegsamtes und erhielt das Referat Verkehrsabteilungen. Am 16. Januar 1917 beförderte man May zum Oberleutnant und Ende November 1918 wurde er wie viele andere aus dem Armeedienst entlassen.²¹⁵

Paul May kehrte, obwohl er nur einen Monat an Gefechtshandlungen teilgenommen hatte, mit einigem „Lametta“ aus dem Weltkrieg zurück. Neben den schon erwähnten Ehrenzeichen besaß er außerdem das Sächsische Kriegsverdienstkreuz, das Preußische Verdienstkreuz für Kriegshilfe und das Lippische Kreuz für treue Dienste 1914.²¹⁶ Der Weltkrieg hatte ihm zwar eine Verwundung eingebracht und den Bruder geraubt, abseits davon dürfte seine Zeit als Soldat verglichen mit anderen Frontkämpfern aber nicht sonderlich intensiv oder markant gewesen sein. Er tat während der

²⁰⁹ Kriegs-Chronik, Januar 1915, S. 14.

²¹⁰ Kriegs-Chronik, Mai 1915, S. 4.

²¹¹ Personalbogen May.

²¹² Kriegs-Chronik der Studentenverbindung „Adelphia“ Würzburg. Jahrgang 1914/15. Nr. 6. Würzburg, November 1915, S. 4 und 6. Der Eintrag „6.4.16“ in Mays Militär-Dienstzeitbescheinigung kann dementsprechend nicht stimmen, wenn sogar seine Bundesbrüder eher davon erfuhren.

²¹³ Ebenda, S. 13.

²¹⁴ Kriegs-Chronik der Studentenverbindung „Adelphia“ Würzburg. Jahrgang 1914/15/16. Nr. 8. Würzburg, Juli 1916, S. 2.

²¹⁵ Militär-Dienstzeitbescheinigung May.

Lebenslauf May 1921.

²¹⁶ Schreiben von May an OB Weidemann betreffend die Verfügung vom 23.7.1936 über Orden und Ehrenzeichen. Halle, 4.8.1936. Personalakte May.

ersten Monate des Bewegungskrieges seinen Dienst, als seine Einheit noch mit Kavallerieattacken, Musikkapellen und unter Fahنشwenken die Franzosen angriff.²¹⁷ Langjährige Materialschlachten in Schützengraben blieben ihm erspart. Im Kriegsamt dürfte er einen tiefen Einblick in die Organisation des Ernährungswesens bekommen haben. Diese Erfahrung sollte für sein künftiges Zivilleben noch von Vorteil sein.

Paul May fügte sich unverzüglich wieder in das Arbeitsleben ein. Schon am 1. Dezember 1918 trat er mit 30 Jahren seinen Dienst als besoldeter Stadtrat in der Stadt Zerbst an. Nun kümmerte er sich, der eben erst die Uniform gegen Zivilkleidung getauscht hatte, um die Angelegenheiten des Demobilisierungsausschusses und das Wohnungsamt.²¹⁸ Es war sicherlich keine einfache Aufgabe, die von den Fronten heimströmenden Massen in einigermaßen geordnete Bahnen zu lenken, zu versorgen und den ohnehin knappen und die letzten vier Jahre nicht vergrößerten oder sanierten Wohnraum irgendwie gerecht zu verteilen. In Zerbst merkte man immerhin von den reichsweiten revolutionären Umwälzungen recht wenig.²¹⁹

Das Jahr 1918 brachte für das Deutsche Reich einen gewaltigen staatlichen und gesellschaftlichen Umbruch. Aus dem 1871 geschlossenen Fürstenbund mit dem Haus Hohenzollern an der Spitze wurde ein republikanischer Bundesstaat. Statt des erhofften Waffenstillstands auf der Grundlage der 14 Punkte des amerikanischen Präsidenten erhielt das Deutsche Reich ein Jahr später in Versailles einen Friedensvertrag, der in der Bevölkerung wegen seiner harschen Bedingungen als Schmach angesehen wurde. Die Depression über den plötzlichen Zusammenbruch brachte auch ein Philister Adelpias auf der ersten Seite der Bundeszeitung im März 1919 zum Ausdruck:

„Trübe und freudenlos erscheint die Zukunft für das Reich, jede Festigkeit, jeder innere Zusammenhalt fehlt bis jetzt, wo doch die gemeinsame Not alle Volksgenossen zusammenschmiedeten sollte. Wie hat doch jeder, dem das Vaterland am Herzen lag, auf einen auch nur einigermaßen erträglichen Frieden gehofft und wie sind diese Hoffnungen so jämmerlich enttäuscht worden.“²²⁰

Diese Ansichten dürften viele geteilt haben. Allerdings rief der Autor dieser Zeilen auch dazu auf, nicht nach Schuldigen zu fragen, sondern vielmehr die Kraft in den Wiederaufbau zu stecken.

Der Übergang von der Monarchie zur Republik verlief für die deutsche Beamenschaft aus beruflicher Sicht ziemlich nahtlos. In der neuen Verfassung wurden ihnen weiterhin alle bisherigen Privilegien, wie etwa die

²¹⁷ HELD/STOBBE: Infanterie-Reg Nr. 17, S. 27, 33 und 44.

²¹⁸ Lebenslauf May 10.4.1921.

²¹⁹ SPECHT, REINHOLD: Geschichte der Stadt Zerbst. Band 2. Zerbst, 1998, S. 73.

²²⁰ RUMMEL, GEORG: Zum Geleite! In: Krieger-Chronik, März 1919, S. 1f.

Anstellung auf Lebenszeit und die Unverletzlichkeit der erworbenen Rechte gesichert.²²¹ Aber nicht jeder Beamte konnte sich mit dem neuen, ungekrönten Souverän namens Volk, respektive Parteien, anfreunden. Hieraus resultierte bei einigen eine kritische Haltung zum parlamentarischen System und der Demokratie bis hin zu einer Ablehnung. Dennoch arbeitete der Beamtenapparat nach wie vor reibungslos.²²² HANS FENSKE beschrieb diesen Zustand folgendermaßen:

„Es handelte sich dabei jedoch nur um ein Einverständnis auf Zeit. Beiden Seiten war das von vornherein klar. Die Mehrzahl der Beamten betrachtete die neuen Minister letztlich nur als Usurpatoren, denen man einzig im Interesse des Staates diene. Und nicht wenige hofften, dass die Verhältnisse sich wieder ändern würden.“²²³

Nachdem er so schnell wieder eine Arbeitsstelle gefunden hatte, verlobte May sich im Mai 1919 mit Hedwig (Heda) Schrader, der Tochter des verstorbenen Stößener Fabrikbesitzers und Stadtverordneten Otto Schrader. Da sie aus Stößen kam, ist anzunehmen, dass sich die beiden schon vor dem Weltkrieg kannten.²²⁴ Eine Bindung von May zu Stößen ist insofern bewiesen, als dass er 1908 beim Heimatfest der Stadt im Vergnügungsausschuss mitwirkte.²²⁵ Ehepläne schmiedeten die beiden möglicherweise aber erst nach 1909, denn ein Faschingsfoto von Adelpia aus diesem Jahr zeigt ihn zumindest mit einer anderen Dame.²²⁶ Otto Schrader gehörte die 1858 gegründete Stößener Zuckerfabrik, die für die regionale Entwicklung einen entscheidenden Einfluss hatte.²²⁷ Gemessen an der bereits erwähnten gesellschaftlichen Stellung von Paul May, war dies eine standesgemäße Ehe, die er im Mai 1919 mit 31 Jahren schloss. Die Hochzeitsreise des frisch vermählten Paares führte anschließend auch über Würzburg.²²⁸

²²¹ Die Verfassung des Deutschen Reiches (WRV). Artikel 129. Reichsgesetzblatt 1919, S. 1383-1418, hier S. 254.

²²² SPRANGER, TADE MATTHIAS: Die Stellung des Beamten in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zum verfassungsrechtlichen Verständnis des Art. 33 Abs. 5 GG. (= Rechtsgeschichte und Rechtsgeschehen – Kleine Schriften. Band 7). Berlin, 2007, S. 5f.

²²³ FENSKE, HANS: Monarchisches Beamtentum und demokratischer Staat. Zum Problem der Bürokratie in der Weimarer Republik. In: Demokratie und Verwaltung. 25 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (= Schriftenreihe der Hochschule Speyer. Band 50). Berlin, 1972, S. 117-136, hier S. 119.

²²⁴ Lebenslauf May 10.4.1921.

Festschrift zum Heimatfest der Stadt Stößen. 18.-21. Juli 1908. Osterfeld, 1908, S. 29.

²²⁵ Festschrift zum Heimatfest der Stadt Stößen, S. 13.

²²⁶ Siehe Anlage 2.

²²⁷ Festschrift zum Heimatfest der Stadt Stößen, S. 30.

²²⁸ Personalbogen May.

Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpia“ Würzburg. 11. Jahrgang. Nr. 1. Juli 1919, S. 7.

Nachdem die Weimarer Reichsverfassung in Kraft getreten war, leistete May auf sie am 28. Oktober 1919 den Treueschwur.²²⁹ Da dieser bis dato nur gegenüber dem Monarchen geleistet wurde, und die Loyalität zur Verfassung eigentlich stets eine Grundvoraussetzung für Beamte war, stellte jener Treueeid vor allem eine Verpflichtung gegenüber der Republik dar.²³⁰

Wie Paul May zur neuen Republik stand, lässt sich mangels entsprechender Quellen nicht nachvollziehen. Fest steht jedoch, dass er als Staatsdiener mit ganzer Kraft für das Gemeinwohl eintrat, was im Kapitel über sein Arbeitsleben gezeigt werden wird. Im Übrigen garantierte die Weimarer Reichsverfassung erstmals allen deutschen Gemeinden die Selbstverwaltung.²³¹

May blieb nicht lange in Zerbst. Im Januar 1920 rief ihn der Deutsche Städtetag als Beigeordneten nach Berlin. Wiederum hatte er einen Privatdienstvertrag und behielt somit dieselben Ansprüche wie zuvor als Stadtrat.²³² Dort beschäftigte er sich mit Wirtschafts- und Verkehrsfragen. Außerdem gehörte er dem Wirtschaftsrat des Reichswirtschaftsministeriums an. Hier kümmerte er sich um das Ernährungswesen, das Armen- und Fürsorgewesen sowie die Brennstoffwirtschaft. Des Weiteren war er der Schriftleiter der „Mitteilungen des Deutschen Städtetages“, wie diese nun hießen.²³³

Am 29. September 1920 gebar Mays Ehefrau das erste und einzige Kind, die gemeinsame Tochter Dorothea.²³⁴

²²⁹ Beglaubigte Abschrift der Vereidigung, Zerbst, 28.10.1919. Personalakte May.

²³⁰ MOMMSEN, HANS: Beamtentum und demokratischer Verfassungsstaat. In: BRANDT, EDMUND (Hrsg.): Die politische Treuepflicht. Rechtsquellen zur Geschichte des deutschen Beamtentums. Karlsruhe und Heidelberg, 1976, S. 17-36, S. 24.

²³¹ Artikel 127 Weimarer Reichsverfassung. RGBI I 1919, S. 1383-1418, hier S. 1407.

²³² Personalbogen May.

²³³ Lebenslauf May 10.4.1921.

²³⁴ Personalbogen May.

2. Lehrer über Umwege

a) *Stud. phil.* Memmel

Theodor Memmel, meist Theo gerufen, wurde am Heiligen Abend des Jahres 1891 in Schweinfurt geboren. Sein Vater Albin Theodor, Jahrgang 1865, war ursprünglich Müller von Beruf und bezog nach einem schweren Unfall eine kleine Rente. Die Mutter, Theresia Memmel, wurde 1869 als Seufert geboren und betrieb ein kleines Milchgeschäft. Der katholisch getaufte Theodor besuchte vier Jahre die Schweinfurter Volksschule und wechselte im Herbst 1902 an das dortige humanistische Gymnasium, das er am 14. Juli 1911 mit dem Abitur abschloss.²³⁵ Die bestandene Reifeprüfung ermöglichte ihm einen gänzlich anderen Lebensweg einzuschlagen als seine Eltern und gesellschaftlich aufzusteigen. Memmel beschloss, sich dem bis zum Kriegsausbruch anhaltenden allgemeinen Trend zum Studium anzuschließen und immatrikulierte sich für das Wintersemester 1911/12 an der nahe gelegenen Würzburger Universität für Philologie.²³⁶ Dort kam er am 1. November 1911 an, und wohnte als Untermieter in der Peterpfarrgasse 12.²³⁷ Das Studium umfasste unter anderem Kunstgeschichte und die beiden klassischen Sprachen Latein und Altgriechisch. Nur drei Monate später wurde Memmel am 26. Januar 1912 bei der Studentenverbindung *Adelphia* recipiert.²³⁸ Was genau Memmel dazu bewog, gerade dieser Verbindung beizutreten, während es in Würzburg noch 25 andere Korporationen gab, wovon zehn sogar ein eigenes Haus besaßen,²³⁹ bleibt offen. Sein Eintritt in die Verbindung änderte an seinen Wohnverhältnissen nichts, da die Verbindung noch über kein eigenes Haus verfügte. Zum damaligen Kneiplokal „Sandhof“²⁴⁰ waren es für Memmel nur ein paar Gehminuten.²⁴¹

Als Memmel sich am Ende des Wintersemesters 1911/12 der *Adelphia* anschloss, zählte ihre *Aktivitas* 38 Mitglieder. Der interne Zwist um einen neuen Dachverband war erst seit wenigen Monaten beigelegt worden. Bei Memmels Aufnahme wurde gerade diskutiert, ob man den Bierkonsum

²³⁵ Eigenhändiger Lebensabriss Memmels vom 2.2.1920. MK 33850. Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Heimat-Schein von Ambrosius Memmel. Altenmünster, 7.9.1891. Einwohnermeldebogen Ambrosius Memmel. Zeitgeschichtliche Sammlung. Biographische Mappe Memmel. SAW.

²³⁶ Personalbestand der Königlich Bayerischen Julius-Maximilians-Universität Würzburg im Winter-Semester 1911/12. Würzburg, 1911, S. 56.

²³⁷ Einwohnermeldebogen Theodor Memmel. ZGS Memmel.

²³⁸ *Philister-Zeitung* der Studentenverbindung „*Adelphia*“ Würzburg. Jahrgang 1911/12. Nr. 4. Nürnberg, Mai 1912, S. 21.

²³⁹ Rundschreiben. Würzburg, November 1908. *Adelphenarchiv*.

²⁴⁰ Das damalige Café-Restaurant „Sandhof“ befand sich in der Maulhardgasse 6. Würzburger Wohnungsbuch (offizielles Adressbuch). 37. Jahrgang, 1934. Würzburg, 1934, S. 256.

²⁴¹ *Philister-Zeitung*. November 1911, S. 4.

innerhalb des Bundes einschränken und mehr Leibesübungen einfordern sollte.²⁴²

In den Semesterferien zog es Theo Memmel regelmäßig zu seinen Eltern nach Schweinfurt.²⁴³ Memmels Verbindungsalltag sah im ausgehenden Wintersemester folgendermaßen aus: Im Januar fand ein Tanzkränzchen, im Februar ein Fastnachtskränzchen statt. Außerdem gab es jeden Montag einen Philisterabend im Café-Restaurant Alhambra, jeden Samstag eine Kneipe im Sandhof, ein offizielles Café jeden Dienstag, Donnerstag, Samstag und Sonntag im Alhambra.²⁴⁴ Somit verbrachte von Anfang an sehr viel Zeit mit seinen neuen Bundesbrüdern, was zu einer engen Bindung an die Korporation beitrug.

Memmels Leibbursch war der aus Simbach am Inn stammende Simpert Bauer. Der war seit dem 16. Juli 1910 bei Adelpia aktiv und studierte in Würzburg Medizin.²⁴⁵ Im Sommersemester 1911 wählten ihn seine Bundesbrüder zum Schriftführer.²⁴⁶ Im darauffolgenden Wintersemester erhielt er den Status eines Inaktiven und verlobte sich mit Mercedes Münch van Bömmel aus Würzburg.²⁴⁷ Während des Ersten Weltkrieges war er Feldarzt²⁴⁸ und erhielt 1915 das Eiserne Kreuz II. Klasse²⁴⁹. Am 22. Oktober 1919 ließ sich Bauer philistrieren und praktizierte als Arzt in Prichsenstadt.²⁵⁰ Wegen fortgesetzter Teilnahmslosigkeit wurde Memmels Leibbursch in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Philisterverbandes am 1. Dezember 1929 aus dem Bund ausgeschlossen.²⁵¹ Weshalb Memmel ihn als seinen Leibburschen gewählt hat, lässt sich nicht nachvollziehen.

Memmel hatte später insgesamt drei Leibfuchse.²⁵² Der Erste war Oskar Reiser aus Königseggwald. Er kam am 28. April 1913 zu Adelpia und studierte Pharmazie.²⁵³ 1914 meldete er sich freiwillig in den Krieg und wurde dem Ersatz-Infanterie-Regiment 124 zugewiesen.²⁵⁴ 1916 beförderte man Reiser zum Leutnant der Reserve, er erhielt das Eiserne Kreuz

²⁴² THEILHABER, ADOLF: Die Reform der Statuten der Adelpia. In: Philister-Zeitung. Mai 1912, S. 24ff.

²⁴³ EMB Memmel.

²⁴⁴ Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 53. Jahrgang. August 1961. Nr. 3, S. 11.

²⁴⁵ EICHELBAUER, PHILIP: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelphen, S. 96.

²⁴⁶ Philister-Zeitung der Studentenverbindung „Adelpia“ Würzburg. Jahrgang 1912/13. Nr. 1. Würzburg, April 1913, S. 3.

²⁴⁷ Philister-Zeitung. März 1914, S. 21.

²⁴⁸ Kriegs-Chronik, November 1914, S. 4.

²⁴⁹ Kriegs-Chronik der Studentenverbindung „Adelpia“ Würzburg. Jahrgang 1914/15. Nr. 1. Würzburg, März 1915, S. 2.

²⁵⁰ EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelphen, S. 96.

²⁵¹ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpia“ im Rothenburger V.S.V. in Würzburg. 21. Jahrgang. Nr. 4. November 1929, S. 6.

²⁵² Meldebogen Theo Memmel. Personalien. Adelphenarchiv.

²⁵³ EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelphen, S. 99. Philister-Zeitung, März 1914, S. 20.

²⁵⁴ Kriegs-Chronik, November 1914, S. 5.

II. Klasse, und noch in den letzten Kriegsmonaten das Eiserne Kreuz I. Klasse. Nach Kriegsende wählten ihn seine Bundesbrüder noch zum Kassier.²⁵⁵ Hiernach legte er sein Staatsexamen ab und wurde Philister.²⁵⁶ Reiser ließ sich anschließend in Stuttgart als Apotheker nieder.²⁵⁷ Am 9. April 1932 erklärte er aus heute unbekanntem Gründen seinen Austritt aus Adelpia.²⁵⁸

Memmels zweiter Leibfuchs war Karl Sagstetter, der am 9. Februar 1919 bei Adelpia aktiv wurde, und Chemie studierte.²⁵⁹ Biografische Angaben über die Zeit vor seiner Recipierung sind nicht überliefert. Schon ab der Mitte des Sommersemesters 1919 bekleidete er die Charge des Vorstandes.²⁶⁰ Im Folgejahr verlobte er sich mit Dora Diethelm aus Adlum bei Hannover und wurde inaktiviert.²⁶¹ 1923 zog es ihn nach Frankfurt, wo er zum Doktor der Chemie promoviert wurde.²⁶² Im Sommersemester 1924 ließ sich Sagstetter philistrieren und heiratete seine Verlobte.²⁶³ Er verstarb frühzeitig im November 1938 in Berlin.²⁶⁴

Der 1894 in Leipzig geborene Siegfried Wolf war der dritte Leibfuchs Memmels. Im Ersten Weltkrieg diente er als Leutnant und konnte eine Fülle an Orden aufweisen.²⁶⁵ 1920 trat er als Pharmaziestudent der Adelpia bei. 1924 wurde er philistriert, heiratete und verdiente fortan sein Geld als Apotheker. In der Folgezeit hatte er mit seiner Ehefrau drei Kinder und zog nach Berlin-Lichtenberg. Durch seine Mitgliedschaft im Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, kam er zur Sturmabteilung (SA), und schließlich zur NSDAP. Im Polenfeldzug nahm er 1939 als Oberleutnant einer Panzerdivision teil, wurde jedoch nach einer Verwundung im Herbst 1940 für die Apotheke als unabkömmlich (uk.) bewertet. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde aus seiner nunmehr Ostberlin zugehörigen Apotheke ein städtischer Betrieb. Spätestens mit Kriegsbeginn riss der Kontakt zu Memmel und Adelpia ab. Erst 1958 konnte er mit beiden wieder in eine enge Beziehung treten. Er litt jedoch sehr darunter, in Ostberlin von seinen Bundesbrüdern im Westen

²⁵⁵ Kriegs-Chronik, Juli 1916, S. 2. Kriegs-Chronik, März 1919, S. 4 und 22.

²⁵⁶ Philister-Zeitung. Juli 1919, S. 6.

²⁵⁷ EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelphen, S. 99.

²⁵⁸ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpia“ im Rothenburger V.S.V. in Würzburg. 24. Jahrgang. Nr. 3. Juli 1932, S. 7.

²⁵⁹ EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelphen, S. 99.

²⁶⁰ Philister-Zeitung. 1. Juli 1919, S. 6.

²⁶¹ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpia“ Würzburg. 12. Jahrgang. Nr. 3. September 1920, S. 7.

²⁶² Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpia“ Würzburg. 16. Jahrgang. Nr. 1. Januar 1923, S. 2.

²⁶³ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpia“ Würzburg. 16. Jahrgang. Nr. 2. Juni 1924, S. 5.

²⁶⁴ Mitteilungsblatt der Altherrenschaft Adelpia. Würzburg, März 1939, S. 6.

²⁶⁵ Er war mit dem EK II und I, dem Ritterkreuz des württembergischen Militärverdienstordens, der Goldenen Militärverdienstmedaille sowie dem Ritterkreuz des württembergischen Friedrichsordens 2. Klasse mit Schwertern hoch ausgezeichnet worden. Meldebogen Siegfried Wolf. Personalien. Adelpienarchiv.

abgeschnitten zu sein. Siegfried Wolf verstarb 1973 am Tag vor Heiligabend.²⁶⁶

Dass Memmel für insgesamt drei seiner Bundesbrüder als Leibbursch ausgewählt wurde, lässt den Rückschluss, dass man ihm Vertrauen und Sympathie entgegenbrachte. Da alle seine Leibfuchse etwas anderes studierten als er selbst, wird wohl Memmels Persönlichkeit ausschlaggebend dafür gewesen sein, gerade ihn als Leibburschen zu wählen. Lediglich die Frontkameradschaft (die auch bei Sagstetter anzunehmen ist), bildet eine Gemeinsamkeit.

Im Wintersemester 1913/14 übernahm Memmel bei Adelpia den neu geschaffenen Posten des Fechtwarts.²⁶⁷ Eine Charge hatte Memmel in seiner Aktivenzeit hingegen nie inne.²⁶⁸ Da aus der Zeit vor 1945 keine Mensurbücher Adelpias mehr existieren, gibt es somit auch keine Unterlagen über Memmels Partien. Da er als Erster das Amt des Fechtwartes bekleidete, ist davon auszugehen, dass er auf dem Paukboden Erfahrung vorwies und sich für das akademische Fechten begeistert hatte. Wie im vorhergehenden Kapitel geschildert wurde, war es schwierig für Adelphen, Partien mit anderen Verbindungen zu stellen. Wollte sich dennoch mit dem anderen unbedingt auf dem Paukboden messen, so meinte Memmel: „Noch kurz vor dem ersten Weltkrieg konnte man von einem Korpsstudenten nur Genugtuung erhalten, wenn man sie durch eine „Realinjurie“ erzwang.“²⁶⁹ Es ist denkbar, dass Memmel von dieser Option Gebrauch gemacht hatte. Denn eine Kriegsaufnahme von Weihnachten 1914 zeigt erstmals eine Narbe am Kinn.²⁷⁰ Diese wird von einem Schmiss, also einer bei einer Mensur oder Duell zugezogenen Wunde herrühren. Des Weiteren gab er bei seinem Fragebogen zur Entnazifizierung 1946 an, er habe „Hiebnarben auf dem Kopf“²⁷¹, was auf weitere Schmissee schließen lässt. Da die Würzburger Korbschlägermensur schon damals unbewegt war, dürften die weniger sichtbaren Narben auf Memmels Kopf von Schlägerhieben wie der Hochquart oder Hackenquart herrühren. Der Schmiss unten am Kinn wird hingegen anhand seiner Beschaffenheit von einer Säbelforderung stammen. Ergo muss Memmel mindestens je eine Partie auf Schläger und Säbel geschlagen haben. Letztere trug er wahrscheinlich auf den Paukcomment des

²⁶⁶ Meldebogen Siegfried Wolf. Brief von Siegfried Wolf an Theo Memmel. Berlin-Lichtenberg, 23.7.1958. Schriftverkehr Theo Memmel. Adelphenarchiv.

²⁶⁷ Der Fechtwart leitet den Paukbetrieb und kümmert sich um die Fechtuensilien. Philister-Zeitung. März 1914, S. 20. Die Würzburger Universität unterhielt damals noch einen Fechtmeister. Siehe hierzu die Rubrik Exercitienmeister in den Personalbeständen der kgl. bay. JMU Würzburg.

²⁶⁸ Vgl. mit dem Verzeichnis der Chargierten in: 60 Jahre Adelpia, S. 90f.

²⁶⁹ MEMMEL, THEO: Satisfaktion und Kartell. In: Bundeszeitung der Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 54. Jahrgang. Nr. 2, Mai 1962, S. 13-16, hier S. 13.

²⁷⁰ Siehe Anlage 3.

²⁷¹ Antwort Frage 10, Fragebogen Memmel.

„Verbandes schlagender Korporationen zu Würzburg“ aus.²⁷² Die Adelpen, bei denen Memmel 1911 aktiv wurde, schienen allgemein mehr fechten zu wollen, als es in der Vergangenheit der Fall gewesen war.²⁷³

Mit dem Schmiss im Gesicht war Memmel für jeden ersichtlich als Waffenstudent gekennzeichnet. Diese Narbe war quasi das Aushängeschild, das einen Personenkreis ebenso verband, wie es ihn von anderen abgrenzte. Der Schmiss bildete somit die Basis, auf der selbst einander unbekannte Personen sofort einen gemeinsamen Bezugspunkt aufbauen konnten. Eine kleine Schramme im Gesicht konnte so dem Wissenden die (möglicherweise gemeinsame) Wertegrundlage des Gegenübers offenbaren.

Memmels Fechtfreude lässt außerdem den Rückschluss zu, dass er sich dem katholischen Kirchenrecht nicht allzu sehr verhaftet sah, denn Papst Leo XIII. hatte 1891 das Duell, aber auch die Mensur verboten. Letztere deshalb, weil er sie als Vorbereitung für das potenziell tödlich verlaufende Duell ansah. Bei Nichtbeachtung drohte die Exkommunikation.²⁷⁴

Bedingt durch den Kriegsausbruch am 1. August 1914 musste Memmel sein Studium nach sechs Semestern unterbrechen. Über die letzten Monate vor dem Kriegsbeginn schrieb Memmel 1963, also mit einem großen zeitlichen Abstand, in der Bundeszeitung:

„Das letzte der so sorglosen Vorkriegssemester wurde am 18.4.1914 eröffnet. Damals gab es noch keine Überfüllung, kein hektisches Streben nach Schein und Plätzen, zudem war es begünstigt durch herrliches Sommerwetter; es war wirklich eine Lust, damals Student zu sein. [...]

Niemand dachte an Krieg. Selbst als die Ermordung des österreichischen Thronfolgers bekannt wurde (in Würzburg weilte gerade anlässlich einer landwirtschaftlichen Ausstellung zum Kilianifest der bayerische König Ludwig III.), bewirkte das durch die Abreise des Königs nur eine vorübergehende Störung der Festfreude. [...]

Und dann ging es in die Ferien; und erst die österreichische Kriegserklärung an Serbien am 28. Juli 1914 zerriss wie ein Blitz die ahnungslose Ruhe. Der Erste Weltkrieg hatte begonnen.“²⁷⁵

Demzufolge beurteile Memmel retrospektiv seine Studentenzeit als sehr schön, stressfrei und angenehm, auch wenn er über wenig Geld verfügte. Sofern die obige Beurteilung zutreffend ist, empfand er persönlich die letzten Friedensmonate als nicht von einem drohenden Waffengang

²⁷² Pauk-Komment des Verbandes schlagender Korporationen zu Würzburg. Würzburg, 1909.

²⁷³ Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 53. Jahrgang. Nr. 1, Januar 1961, S. 9.

²⁷⁴ HIELSCHER, FRIEDRICH: Das kanonische Urteil der katholischen Kirche über die Mensur im 19. Jahrhundert. In: Einst und Jetzt. Jahrbuch für corpsstudentische Geschichtsforschung. Band 7. Würzburg, 1962, S. 91-117.

²⁷⁵ MEMMEL, THEO: Vor hundert Semestern. In: Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 56. Jahrgang. April 1963. Nr. 2, S. 14.

überschattet. Umso größer mag dann der Schnitt durch den Kriegsausbruch für ihn gewesen sein.

Memmel meldete sich hierauf umgehend freiwillig, und suchte sich die Waffengattung der Artillerie aus. Ursprünglich hatte er in seiner Lebensplanung vorgehabt, sein Wehrdienstjahr erst nach dem Studium zu absolvieren.²⁷⁶ Die Studenten waren die am meisten überrepräsentierte soziale Gruppe der Kriegsteilnehmer sowohl in Deutschland als auch in fast allen anderen kriegsteilnehmenden Nationen.²⁷⁷ Es ist daher davon auszugehen, dass viele seiner ihm bekannten Kommilitonen ebenfalls ins Feld zogen.

Am 8. August 1914 wurde der 22-jährige Memmel als „Bummskopp“, „Pulversack“, „Protzkastenrutscher“ oder „Kartuschenfresser“²⁷⁸, wie die Soldatensprache die Artilleristen bezeichnet hatte, dem 2. bayerischen Feldartillerieregiment „Horn“ zugewiesen. Dieses war in Würzburg stationiert und kam Mitte September an die Westfront.²⁷⁹ Memmels Feldartillerieregiment unterstand der 4. bayerischen Feldartilleriebrigade der 4. bayerischen Infanterie-Division. Die Feldartillerie war die zweitgrößte Waffengattung des Heeres und setzte sich zu 46 Prozent aus nicht aktiven Soldaten zusammen, die bis zu 26 Jahre alt waren. Sie war mit der leichten Feldhaubitze Kaliber 10,5 cm und der Feldkanone Kaliber 7,7 cm ausgerüstet. Die Feldhaubitze diente zur Bekämpfung von Feldbefestigungen und bewährte sich hierbei sehr. Die Feldkanone war hingegen ihren französischen Pendanten bezüglich Reichweite und Wirkung unterlegen.²⁸⁰

Am 31. Oktober wurde Memmel in der Ersten Schlacht um Ypern schwer durch einen Unterleibsschuss verwundet.²⁸¹ Im Anschluss erhielt er für gezeigte Tapferkeit das Eiserne Kreuz II. Klasse. Die folgenden sieben Monate verbrachte Memmel in der Rotkreuzklinik in Würzburg und dem Reservelazarett Schweinfurt.²⁸² Hierauf kam er im Juli 1915 zum neu aufgestellten 6. bayerischen Landwehr-Feldartillerie-Regiment, welches zur 6. bayerischen Landwehr-Division gehörte. Die Landwehr-Feldartillerie-Regimenter bestanden ausschließlich aus Reservisten.²⁸³ In diesem schlug er als Gefreiter die Laufbahn des Reserveoffiziers ein, und wurde Mitte 1916

²⁷⁶ Protokoll der Verhandlung gegen Memmel Theo, geb. 24.12.91, wohnhaft Hilpertshausen. Verhandlungstag: 26.1.48, Blatt 1.

²⁷⁷ WEBER: Our Friend „The Enemy“, S. 224.

²⁷⁸ MÜTZEL, JOHANN: Unerschöpfliche Soldatensprache. In: „Unsere Feldpost“, Nr. 29, S. 12ff.

²⁷⁹ Lebensabriss Memmels.

²⁸⁰ BUSCHE, HARTWIG: Teil IX: Feldartillerie Band 1 (= Handbuch der Verbände und Truppen des deutschen Heeres 1914-1918). Wien, 2007, S. 136, 144 und 496.

²⁸¹ Lebensabriss Memmels.

²⁸² Kriegs-Chronik, März 1915, S. 3.

Kriegs-Chronik, Mai 1915, S. 3.

²⁸³ BUSCHE, HARTWIG: Teil IX: Feldartillerie Band 2 (= Handbuch der Verbände und Truppen des deutschen Heeres 1914-1918). Wien, 2007, S. 819.

Lebensabriss Memmels.

vom Unteroffizier zum Vizefeldwebel und später zum Leutnant befördert.²⁸⁴ Damit unterstand ihm ein Zug. Über sein Auftreten als Soldat und Vorgesetzter oder Berichte seiner Kameraden ist ebenfalls nichts bekannt. Anscheinend kam es auch später zu keinen Wiedersehenstreffen oder ähnlichem.

Immer wieder gab es bei Adelpia Sammlungen für sogenannte Liebesgaben, die den Bundesbrüdern im Feld, besonders den Aktiven und Inaktiven, zu Gute kamen. Diese enthielten Essen, Rauchwaren und Naschzeug. Des Weiteren trafen sich während der Kampfpausen nach Möglichkeit viele der feldgrauen Adelphen in Zusammenkünften. Hierbei war auch oft Memmel anwesend.²⁸⁵ Allgemein wurde registriert, dass die Studenten und vor allem die Korporierten während des Soldatenalltags gerne unter sich blieben. Dies war besonders innerhalb der Mannschaftsdienstgrade der Fall. Diese suchten Fühlung mit den Offizieren die sie unter einem akademischen beziehungsweise gehobenen Hintergrund eher als Gleichberechtigte für einen Austausch ansahen als ihre Kameraden im Mannschaftsdienst. Das Prestige, das die Studenten in ihren Heimatstädten hatten, blieb ihnen beim Militär auf einmal versagt. Hieraus entspross bisweilen auch tiefe Frustration.²⁸⁶ Wohl während eines Fronturlaubes zog es Memmel im Sommer 1916 nach Würzburg, wo er sogleich an den montäglichen Philisterabenden im Alhambra teilnahm.²⁸⁷

Im Oktober 1917 stürzte Memmel vom Pferd und zog sich hierbei Rippenbrüche und eine Wirbelsäulenverletzung zu. Er beschrieb den Hergang 1948 so:

„Beim Ritt in die Stellung bin ich in einen Artillerieüberfall gekommen. Eine Granate schlug 5 – 10 Meter vor mir ein. Das Pferd stieg in die Höhe und überschlug sich und ich fiel vom Pferde. Es war ein Blindgänger, doch die Wirkung ließ das Pferd in die Höhe steigen. Ich wurde nicht betreut danach.“²⁸⁸

Memmel hatte hierbei Glück im Unglück; bei einer Explosion der Granate wäre sein Leben an dieser Stelle höchstwahrscheinlich beendet gewesen. Diese unbehandelte Verletzung sollte ihn jedoch zeitlebens sehr quälen, im Anschluss an den Sturz zog er sich außerdem noch eine Gallenblasenentzündung zu.²⁸⁹

²⁸⁴ Kriegs-Chronik, November 1915, S. 8. Kriegs-Chronik, Juli 1916, S. 2. Kriegs-Chronik der Studentenverbindung „Adelpia“ Würzburg. Jahrgang 1914/17. Nr. 10. Würzburg, Juni 1917, S. 10.

²⁸⁵ Kriegs-Chronik, November 1916, S. 3.

²⁸⁶ KLAUSS, FRANK: Der „enttäuschende“ Krieg – Die Studenten an der Front. In: ZIRLEWAGEN, MARC (Hrsg.): „Wir siegen oder fallen“. Deutsche Studenten im Ersten Weltkrieg (= Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen. Band 17). Köln, 2008, S. 25-44, hier S. 39-42.

²⁸⁷ Kriegs-Chronik, Juli 1916, S. 17.

²⁸⁸ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.1.48, Blatt 1.

²⁸⁹ Vertrauensärztliches Gutachten Memmel.

Zur Genesung kam er in die Pension Wilke in Bad Kissingen. Während dieser Zeit verlobte er sich mit Mathilda (Tilla) Kraus, Tochter des königlichen Medizinalrates Dr. Kraus aus Deggendorf.²⁹⁰ Sie war am 5. Juli 1894 in Deggendorf geboren worden und katholisch getauft.²⁹¹ Im Januar erhielt Memmel den Status „garnisonsdienstverwendungsfähig“ und wurde nach Würzburg versetzt.²⁹² Mitte 1918, also nach dem Ende der deutschen Michaels-Offensive, wurde Memmel Lehrer beim Kommando der Schießlehrgänge für die Feldartillerie in Grafenwöhr. Außerdem erhielt er für seine Tapferkeit den Bayerischen Militärverdienstorden 4. Klasse mit Schwertern.²⁹³ Am 25. November 1918 erfolgte nach vier Jahren seine Entlassung aus dem Militärdienst.²⁹⁴ Wegen der Verletzung im Vorjahr wurde ihm nach eigenen Angaben angeboten, einen Antrag auf Invalidenrente zu stellen. Da Memmel zu diesem Zeitpunkt keine Beschwerden hatte, und ein Rentenantrag eine spätere Entlassung aus der Armee zur Folge gehabt hätte, entschied er sich dagegen, um möglichst bald sein Studium wieder aufnehmen zu können.²⁹⁵ Diese Entscheidung muss nicht im Gegensatz zu seiner späteren Teilnahme bei Freikorps stehen. Denn das Wintersemester 1918/19 lief bereits und er verpasste somit tagtäglich Seminare und Vorlesungen.

Theodor Memmel verbrachte als Kriegsfreiwilliger mehrere Jahre an der Front. Spätestens im Landwehr-Regiment war er hauptsächlich von anderen jungen Reservisten umgeben, Kriegsfreiwillige, wie auch er. Als Artilleristen bedrohten ihn eher feindliche Granaten und Gasangriffe als Gewehr-kugeln oder Handgranaten. Brenzlich wurde es vor allem, wenn der Feind die eigene Geschützstellung aufgeklärt hatte. Die Gefahr, unter Granatenbeschuss genommen zu werden, bestand in Memmels Waffengattung auch für Offiziere. Daher ist ausgeschlossen, dass er die Offizierslaufbahn nur einschlug, um seine Überlebenschancen zu erhöhen. Erst mit seiner Beordnung zum Schießlehrer kam er im letzten Kriegsjahr in sichere Gefilde. Als Geschützbediener nahm Memmels eher an einem indirekten Töten teil. Denn er konnte die direkte Trefferwirkung auf Menschen kaum beobachten. Und bei Sperrfeuer gab es keine einzelnen Ziele, sondern nur zu beschießende Gebiete. Hierdurch musste er nicht mit der Waffe in der Hand in

²⁹⁰ Kriegs-Chronik der Studentenverbindung „Adelphia“ Würzburg. Jahrgang 1914/17. Nr. 11. Würzburg, Dezember 1917, S. 5 und 8.

²⁹¹ EMB Memmel.

²⁹² Protokoll Verhandlung Memmel, 26.1.18, Blatt 1.

²⁹³ Kriegs-Chronik der Studentenverbindung „Adelphia“ Würzburg. Jahrgang 1914/18. Nr. 12. Würzburg, Juli 1918, S. 4.

²⁹⁴ Personalnachweis für Studienrat Memmel. 1928. MK 33850.

²⁹⁵ Protokoll: II. Tag der Verhandlung Memmel Theo am 26.11.1947. Nachmittag. Spruchkammerakte Memmel, Theodor. StAM, Blatt 4. Zum Thema Kriegsofopferversorgung siehe: PIRONTI, PIERLUIGI: Kriegsofopfer und Staat. Sozialpolitik für Invaliden, Witwen und Waisen des Ersten Weltkriegs in Deutschland und Italien (1914-1924) (= Italien in der Modern. Band 22). Köln/Weimar, 2015.

gegnerische Stellungen einbrechen und gegebenenfalls in Nahkämpfen die unmittelbaren tödlichen Auswirkungen seines Handelns erfahren. Aber auch Verbrüderungen mit dem Feind erlebte er dadurch nicht. Memmel ist schlussendlich ganz zweifellos der Generation der Frontkämpfer zuzuordnen. Allerdings gehörte er als Artillerist abseits von den weiterhin ausgesetzten Gefahren und Entbehrungen nicht zu denen, die in vorderster Linie das (eigenhändige) Töten und Grauen unmittelbar erlebten.²⁹⁶ Dies wiederum machte eine Heroisierung des Kampfes einfacher.

Da Memmel ab Mitte 1918 in Grafenwöhr stationiert war, musste er auch nicht mehr die alliierten Gegenoffensiven an der Westfront erleben, welche die Oberste Heeresleitung schließlich zu einem Ende der Kampfhandlungen bewegte. Dadurch sah er die tiefen Fronteinbrüche nicht mit eigenen Augen. Ebenso könnten ihm die frontnahen offen zutage tretenden Auflösungserscheinungen in der Kampfmoral entgangen sein.

Während seiner gesamten Militärdienstzeit blieb Memmel Adelphia stets verbunden. Regelmäßig sandte er Statusberichte an die Philisterzeitung und traf sich mit Bundesbrüdern im Feld oder beim Lazarettaufenthalt in der Heimat. So ist es nicht verwunderlich, dass einer seiner ersten Wege nach der Entlassung aus der Armee zu seinen Bundesbrüdern in der Aktivitas führte.²⁹⁷ Die Studentenverbindung hatte ihm während der Kriegszeit wohl einen Halt gegeben. Zehn seiner Bundesbrüder waren gefallen, darunter auch ein Mitglied der Aktivitas.²⁹⁸

Als Memmel, nunmehr 26 Jahre alt, wieder nach Würzburg kam, war die Welt nach vier Jahren Krieg eine andere geworden. Vom 7. auf den 8. November 1918 fand die jahrhundertelange Herrschaft des bayerischen Hauses der Wittelsbacher ein abruptes Ende. In München konstituierte sich ein Arbeiter- und Soldatenrat und der linke Politiker Kurt Eisner rief den Freistaat Bayern aus.²⁹⁹ Schließlich fanden am 12. Januar 1919 die Wahlen zum Bayerischen Landtag statt, am 19. Januar die zur Deutschen Nationalversammlung. Die Mehrheit für den Landtag errang die Bayerische Volkspartei (BVP) mit 40 Prozent, gefolgt von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) mit rund 31 Prozent. Eisners Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) erhielt nur 2,5 Prozent und stellte damit lediglich drei Abgeordnete.³⁰⁰ Das Wahlergebnis war für Eisner

²⁹⁶ Siehe hierzu auch: ZIEMANN, BENJAMIN: Soldaten. In: HIRSCHFELD, GERHARD/KRUMEICH, GERD/RENZ, IRINA (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Paderborn, 2009, S. 155-176, hier S. 157f.

²⁹⁷ Kriegs-Chronik, März 1919, S. 22.

²⁹⁸ RUMMEL, GEORG: Adelphia und der Weltkrieg. In: 60 Jahre Adelphia, S. 18-29.

²⁹⁹ SELIGMANN, MICHAEL: Aufstand der Räte. Die erste bayerische Räterepublik vom 7. April 1919 (= Reihe Libertäre Wissenschaft. Band 8). Grafenau, 1989, S. 58.

³⁰⁰ KRAUS, STEPHANIE: Würzburg 1918/1919 – Chronologie einer Revolution. In: Revolution! Der Übergang von der Monarchie zur Republik im Raum Würzburg 1918/19

eine Niederlage, die nicht bitterer hätte ausfallen können. Durch diesen völligen Machtverlust wurde auch die Legitimität seiner Regierung und des gesamten Rätessystems an sich fragwürdig, das ihn erst an die Spitze des neu geborenen Freistaats gebracht hatte. Verbunden mit der anhaltenden schlechten wirtschaftlichen Lage kam innerhalb der bayerischen Bevölkerung langsam Unmut gegen die neue Regierung auf. Die Situation eskalierte, als Eisner am 21. Februar 1919 erschossen wurde. In der Folge formierten die Räte sowie USPD und Gewerkschaften einen Zentralrat, der als erste Maßnahmen einen Generalstreik verhängte und Geiseln aus dem Bürgertum nahm. Mit der Ausrufung einer Räterepublik in München nahm eine zweite Revolution in Bayern ihren Lauf.³⁰¹ Auch in Würzburg spitzte sich die Situation zu. Einen Tag nach der Ermordung Eisners besetzten Soldaten auf Befehl der Räte das Würzburger Rathaus, um ihre Macht zu demonstrieren. Erst nach längeren Verhandlungen zogen sie wieder ab.³⁰²

Memmel selbst weilte während dieser ereignisreichen Tage bereits wieder in Würzburg, war jedoch erkrankt. Er beabsichtigte, im Zwischensemester³⁰³ 1919 sein Studium wiederaufzunehmen. Der Rest der Adelpen blickte derweil interessiert auf das politische Tagesgeschehen. So hielt der Philister Valentin Grimm am 10. Februar und am 17. März 1919 im vollbesetzten Café-Restaurant Alhambra einen Vortrag über die neue deutsche Reichsverfassung.³⁰⁴

Inzwischen hatte sich in Würzburg ein Soldatenrat konstituiert, dessen Forderungen auch in das Korporationsmilieu hineinreichten: Er lehnte die Mensuren ab.³⁰⁵ Nachdem der Zentralrat in München am 7. April 1919 die Räterepublik ausgerufen hatte, wurde dies in Würzburg wiederholt. Außerdem verhängte der Aktionsausschuss den Belagerungszustand und eine Pressezensur. In Erwartung von Widerstand bewaffnete er Arbeiterbattalione und organisierte einen Streik.³⁰⁶ In die Stadthalle war eine 600 Mann starke republikanische Schutzwache eingezogen.³⁰⁷ Als am 9. April der

(Sonderveröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg. Band 12). Würzburg, 2019, S. 9-28, hier S. 17f.

³⁰¹ SELIGMANN: Aufstand der Räte, S. 78-81.

³⁰² KÖTTNITZ-PORSCH, BETTINA: Novemberrevolution und Räteherrschaft 1918/19 in Würzburg (= Mainfränkische Studien, Band 35). Würzburg, 1985, S. 91f.

³⁰³ Die Würzburger Universität führte nach dem Krieg zwei Zwischensemester ein, um die entlassenen Soldaten, die durch den Krieg mehrere Semester verloren hatten, zu unterstützen. Das erste Zwischensemester dauerte vom 4.2.1919 bis 5.4.1919, das zweite vom 9.2.1920 bis 31.3.1920. Die Winter- und Sommersemester erfuhren eine dementsprechende Kürzung. DIEM, HANS: Die Turnerschaft Alemannia (= Beiträge zur Geschichte der Landsmannschaft Alemannia Makaria. Band 1). Würzburg, 1980, S. 83.

³⁰⁴ Lebensabriss Memmels. Kriegs-Chronik, März 1919, S. 22ff.

³⁰⁵ DIEM: Die Turnerschaft Alemannia, S. 83.

³⁰⁶ KRAUS: Würzburg 1918/1919, S. 20.

³⁰⁷ Der 9. April 1919 in Würzburg. Das Ende der Spartakistenherrschaft. Von Major a.D. Dreßler (Würzburg). WGA, Nr. 88, 8.4.1933, S. 4.

Würzburger Bürgermeister verkündete, dass die Räteregierung keine Legitimität habe, ließ der Revolutionäre Arbeitsausschuss 16 Geiseln nehmen. Davon betroffen waren unter anderem der Erste Bürgermeister Andreas Grieser und der Kommandeur des 9. Infanterie-Regiments „Wrede“. Unter den Geiseln waren auch drei Alte Herren der Würzburger Corps.³⁰⁸ Hierauf formierte sich in der Stadt Widerstand. In Würzburg waren zu dieser Zeit das 2. und 11. Feldartillerie-Regiment stationiert, die aber durch die Entlassungen auf sich gestellt zu schwach für einen Umsturz gewesen wären.³⁰⁹ Es kam jedoch anders:

„Die aktiven Artilleristen hatten Verstärkung durch kriegserfahrene Studenten, Maschinenbauschüler und jüngere Bürger aus allen Schichten erhalten, darunter Mitglieder des Akademischen Gesangvereins (AGV), welche dem Würzburger Artillerie-Regiment angehört hatten, und vor allem der Burschenschaft Arminia. Insgesamt haben etwa 100 Freiwillige im Lauf des Vormittags Einlass in die Kaserne gefunden, sie alle in halbsoldatischer Kleidung, höchstens mit Trommelrevolvern ausgestattet, also keine „Truppe“, vielmehr ein loser Haufen.“³¹⁰

Unter der Würzburger Studentenschaft fand die Räteherrschaft hingegen kaum Anhänger. Viel größer war unter ihnen hingegen die Zahl derer, die sich am Sturz der Revolutionäre beteiligten. Der Groll wuchs, nachdem unter anderem der Rechtshistoriker Professor Dr. Julius Binder (Corps Bavaria Würzburg) zur Geisel der Revolutionäre gemacht wurde. Denn hierauf erklärte die Würzburger Universität zuerst das Zwischensemester für beendet und forderte dann zum Kampf gegen die Räte auf.³¹¹ Allgemein ist zu beobachten, dass auch die Freikorps besonders gerne Studenten anwarben, da diese als äußerst zuverlässig galten. Unter diesen wiederum befanden sich viele Korporierte.³¹² Diesem neuerlichen Ruf zu den Waffen folgte auch Theodor Memmel am 9. April, der als Artillerist nun wieder bei seiner alten Waffengattung diente.³¹³

Schon bald wurde die Residenz, das Hauptquartier der Räte, von zwei Seiten aus angegriffen. Dort herrschte ein völliges Durcheinander, sodass der Sturm auf die Residenz glückte, und keine der dort festgehaltenen Geiseln verletzt wurde. Hierauf wollte man noch den Bahnhof erobern, wobei sich

³⁰⁸ JOHANNY, CARL: Corpsstudenten als Geiseln der Würzburger Räterepublik. In: *Einst und jetzt. Jahrbuch für corpsstudentische Geschichtsforschung*. Band 38. Würzburg, 1993, S. 151-154.

³⁰⁹ SALOMON, ERNST VON: *Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer*. Berlin, 1938, S. 98.

³¹⁰ KÖTTNITZ-PORSCH, BETTINA: *Novemberrevolution und Räteherrschaft 1918/19 in Würzburg (= Mainfränkische Studien, Band 35)*. Würzburg, 1985, S. 170.

³¹¹ ZIEGLER, WALTER: *Die Universität Würzburg im Umbruch*. In: BAUMGART, PETER (Hrsg.): *Vierhundert Jahre Universität Würzburg. Eine Festschrift (= Quellen und Beiträge zur Geschichte der Universität Würzburg. Band 6)*. Würzburg, 1982, S. 197-252, hier S. 189 und 202.

³¹² BARTH, BORIS: *Professoren, Studenten und die Legende vom Dolchstoß*. In: ZIRLEWAGEN: *„Wir siegen oder fallen“*, S. 377-396, hier S. 388f.

³¹³ *Lebensabriss Memmels*.

hierzu noch weitere Freiwillige anschlossen. Bald fiel auch der dritte und letzte Stützpunkt der Rätekommunisten: Die Festung Marienberg. Nach nur drei Tagen und wenigen Stunden Kampf war die Räteherrschaft in Würzburg beendet.³¹⁴ Am 9. April fand hierauf jährlich durch den Stadtrat von Würzburg eine Gedenkfeier auf dem Friedhof statt, nicht erst ab 1933 auf Betreiben Memmels, wie EYRING schreibt.³¹⁵

Als Reaktion auf die Räteregierung in München erließ Ministerpräsident Johannes Hoffmann (SPD) am 19. April 1919 die Weisung, dass Freikorps aufgestellt werden sollten. Hierfür ließ er die Hochschulen schließen (wobei die ausfallenden Wochen als Studienzeit angerechnet wurden), und plante, Professoren und Studenten für die Freikorps zu gewinnen. Rektoren und Bürgermeister sollten entsprechende Bekanntmachungen veröffentlichen.³¹⁶ Hierbei beteiligte sich auch der Rektor der Würzburger Universität, der seine Studenten zum Eintritt in das Freikorps aufforderte.³¹⁷ Nach einer geschickten Werbekampagne meldeten sich innerhalb von zehn Tagen in Würzburg bis zu 1.500 Mann freiwillig.³¹⁸ So wurde am 21. April das Freikorps Würzburg im Rathaus unter großer Anteilnahme der Bevölkerung ins Leben gerufen.³¹⁹ Ziel des Freikorps war die „Niederwerfung des Spartakusaufzugs in Südbayern“. Dessen Angehörige verpflichteten sich, hinter dem gewählten Landtag und der Regierung Hoffmann zu stehen.³²⁰ Von einer Einberufung ganzer Jahrgänge wollte das Generalkommando hingegen absehen, da „[...] damit auch unzuverlässige Elemente in die Truppe kommen würden.“³²¹

So ließ Theodor Memmel sein eben wieder angefangenes Studium erneut ruhen, und schloss sich dem Freikorps Würzburg an.³²² Bei der

³¹⁴ KRAUS: Würzburg 1918/1919, S. 21f.

³¹⁵ Lokal-Nachrichten. Dem Gedächtnis der Freiheitskämpfer vom 9. April 1919. WGA, Nr. 82, 7.4.1933, S. 3. EYRING: Theo Memmel, S. 75.

³¹⁶ Abdruck des Telegramms des Regierungspräsidenten an Würzburg. Bamberg, 19.4.1919. Freikorps Würzburg aufgestellt zur Niederkämpfung der Fremd- und Schreckensherrschaft in Südbayern. Magistratsakten Nr. 126. SAW.

³¹⁷ ZIEGLER: Die Universität Würzburg im Umbruch, S. 204f.

³¹⁸ KORZETZ, INGO: Die Freikorps in der Weimarer Republik: Freiheitskämpfer oder Landsknechthaufen? Aufstellung, Einsatz und Wesen bayerischer Freikorps 1918-1920. Marburg, 2009, S. 89f. und 127. Selbst die Geistlichkeit wurde vom Würzburger Bürgermeister dazu angehalten, für das Freikorps zu werben. Vgl. vier Schreiben des Würzburger Bürgermeisters vom 21.4.1919 an die Geistlichkeit. Magistratsakten Nr. 126. Ebenso rief die sozialdemokratische Zeitung „Fränkischer Volksfreund“ dazu auf gegen die „[...] unerhörte Gewaltherrschaft einer kleinen Minderheit landfremder bolschewistischer Terroristen [...]“ militärisch vorzugehen. Parteigenossen! Fränkischer Volksfreund. 22.4.1919, Nr. 90, S. 1.

³¹⁹ Brief des Würzburger Bürgermeisters an das Generalkommando II A.K. betreffend das Freikorps Würzburg. Würzburg, 21.4.1919. Magistratsakten Nr. 126.

³²⁰ Beitrittserklärung des Freikorps Würzburg. Beitritt Freikorps Würzburg. Manuskriptsammlung 443. SAW.

³²¹ Mitteilung des Generalkommandos II A.K. betreffend die Werbung für Freikorps. Würzburg, 25.4.1919. Magistratsakten 126.

³²² Lebensabriss Memmels.

Freiwilligenmeldung war ihm bewusst, dass dies nur eine vorübergehende Beschäftigung werden würde.³²³ Wiederum tat er als Kanonier seinen Dienst und gehörte der Batterie Dittmaier an.³²⁴ Am 4. Mai fand die Dislozierung nach Donauwörth statt, wo das Freikorps in Bereitstellung ging und die Zeit zur Ausbildung nutzte. Am 15. Mai rückte es in die Landeshauptstadt vor.³²⁵ Das Freikorps Würzburg kam jedoch zu spät, um an den eigentlichen Kampfhandlungen teilzunehmen. Schon am 2. Mai 1919 war München nach blutigen Kämpfen in die Hände der „weißen“ Truppen gefallen.³²⁶ Dem Freikorps Würzburg oblagen somit nur noch Sicherungsaufgaben. Am 11. Juni wurde es abgelöst, und im Anschluss an den Rücktransport in Würzburg am 15. Juni wieder demobilisiert.³²⁷

In den Reihen von Memmels beiden Freikorps kämpften im Übrigen auch mehrere Juden mit. So etwa Fritz Ruschkewitz, dessen Vater das bekannte Würzburger Warenhaus gehörte. Auch zwei lokale Rabbiner unterstützten den Aufruf zur Bildung des Freikorps Würzburg.³²⁸

Memmels Beteiligung an der Beendigung der Würzburger Räteherrschaft und am Freikorps sind aus mehrfacher Hinsicht interessant. Zum Ersten hatte er vier Jahre Weltkrieg hinter sich. Nach alledem noch weiterhin das eigene Leben aufs Spiel zu setzen ist sicherlich keine Selbstverständlichkeit. Zum Zweiten vernachlässigte Memmel sein Studium, obwohl er sich am 23. April zur Lehramtsprüfung in den philologisch-historischen Fächern angemeldet hatte. Sein Hauptaugenmerk lag hierbei auf den Klassikern von Horaz, Caesar, Sophokles und Isokrates.³²⁹ Zum Dritten ließ er sich beim Freikorps als einfacher Kanonier einschreiben, obwohl er den Rang eines Leutnants innehatte.³³⁰ Dies bedeutete nicht nur den Verlust der gewohnten Befehlsgewalt, sondern auch einen deutlich niedrigeren Sold.³³¹ Diese freiwillige Degradierung wird damit zusammenhängen, dass zu viele Offiziere vorhanden waren, er aber dennoch unbedingt am Freikorps teilnehmen wollte.

Alles zusammengenommen war Memmels Teilnahme am Freikorps Würzburg ein Zeichen für seinen offenbar tief empfundenen Willen, sich

³²³ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.1.48, Blatt 1.

³²⁴ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.11.1948 – nachmittags, Blatt 2.

³²⁵ KORZETZ: Die Freikorps in der Weimarer Republik, S. 91.

³²⁶ MITCHELL, ALAN: Revolution in Bayern 1918/1919. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik. München, 1967, S. 288f.

³²⁷ KORZETZ: Die Freikorps in der Weimarer Republik, S. 91.

³²⁸ FLADE: Die Würzburger Juden, S. 184ff.

³²⁹ Brief Memmels an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Schweinfurt, den 23.4.1919. MK 33850.

³³⁰ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 1. Eidesstattliche Erklärung von Wilhelm Krackhardt vom 10.9.1947. Spruchkammerakte Memmel, Theodor. StA München.

³³¹ Ein Gemeiner erhielt 35 Mark im Monat, ein Leutnant mindestens das Vierfache. KORZETZ: Die Freikorps in der Weimarer Republik, S. 132.

gegen die Räteherrschaft einzusetzen. KORZETZ beschreibt in seinem Buch über die bayerischen Freikorps drei Typen von Kämpfern:

„Neben den hehren Idealisten, die sich in einem tugendhaften Freiheitskampf zur Rettung des Vaterlandes sahen, standen sowohl die nüchternen Kämpfer, welche aus realistischer Lagebeurteilung die Notwendigkeit zum Eingreifen erkannt hatten, als auch die einfachen Landsknechtsnaturen, die lediglich ihr Auskommen suchten.“³³²

Rein materielle Gründe dürften bei Memmel angesichts des Verlusts seines Offiziersgehalts eher auszuschließen sein. Die Möglichkeit eines wenn auch nur befristeten Einkommens blieb dennoch ein gewisser Anreiz. Die zitierte Landsknechtsnatur könnte schon eher zutreffend sein, zumindest wenn man sein Interesse an der akademischen Fechtkunst bedenkt. Andererseits hatte er durch sein geplantes Lehramtsstudium einen relativ vielversprechenden und geradlinigen Lebensweg vor sich. Hauptantrieb, erneut zur Waffe zu greifen scheint die feste Überzeugung gewesen zu sein, etwas für seine Stadt und sein Heimatland unternehmen zu müssen. Unterstützt wurde dies durch Werbeaktionen der Würzburger Universität. Zu beachten ist auch der Umstand, dass Memmel nicht der einzige Freikorpskämpfer Adelphas war. Fast alle seine Bundesbrüder am Ort nahmen an der Niederschlagung der Räteherrschaft in Würzburg teil, woraus eine Gruppendynamik entstanden sein dürfte. Fünf weitere wurden im Anschluss Freikorpskämpfer, darunter auch Memmels Leibfuchs Sagstetter, der in Schweinfurt als Zugführer fungierte.³³³ Die kohäsive Kraft, mit seinen Bundesbrüdern und Kommilitonen weiterzukämpfen, könnte für Memmel also auch ein Grund für seine Freikorpszeit gewesen sein.

Das Sommersemester hätte am 6. Mai 1919 beginnen sollen, wurde aber wegen der Kämpfe und der damit verbundenen Abwesenheit vieler Studenten auf den 15. Juni verschoben.³³⁴ Somit wäre es für Memmel möglich gewesen, noch am Stichtag wieder in Zivil die Universität zu besuchen. Doch er entschied sich anders:

„Im Juni 1919 wurde von der Reichsregierung Ebert und Noske zum Eintritt in das 2000-Mann-Heer [sic!] auch in Würzburg geworben. Ich war schon 29 Jahre alt, hatte keinen Beruf und so ging ich zur Reichswehr zum Zweitausendmannheer [sic!]. Diese durften das Abzeichen des Freikorps Würzburg tragen. Der schwarzen Reichswehr habe ich nie angehört. Ich gehörte bis 1. November 1919 dem Freikorps an. Da wurde dann nur ein Eintausendmannheer [sic!] errichtet und ich schied am 1. Nov. 1919 aus der Reichswehr aus.“³³⁵

Möglicherweise nahm er gar nicht mehr an der Demobilisierung des Freikorps Würzburg teil, denn in seinem Lebensabriss von 1920 schreibt

³³² KORZETZ: Die Freikorps in der Weimarer Republik, S. 134.

³³³ Philister-Zeitung. Juli 1919, S 6.

³³⁴ Ebenda, S 6.

³³⁵ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 1.

Memmel, dass er schon in München in die Reichswehr eingetreten war. Er blieb seiner Waffengattung treu und kam nun als Offizier zur Infanteriebegleitbatterie 46, welche nach Bayreuth versetzt wurde. Bei ihr verblieb er bis zum 30. September 1919.³³⁶ Als Grund dafür, weiterhin Soldat zu sein, anstatt das Studium wieder aufzunehmen, sagte er 1948: „Es wurde damals versprochen, wer sich dazu melden würde, wird für dauernd übernommen werden. Ich war verlobt und glaubte, dadurch einen Beruf erlangen zu können.“³³⁷ In der Reichswehr wurde er auch wieder als Leutnant eingestellt. Nach der Verminderung auf das im Versailler Vertrag festgelegte 100.000 Mann Heer hatte er jedoch als Reserveoffizier keine Aussichten, Soldat bleiben zu können.³³⁸

Trotz der Distanz zu Bayreuth ließ es sich Memmel nicht nehmen, vom 16. bis 18. August 1919 mit seinen Bundesbrüdern in Würzburg das 52. Stiftungsfest Adelpias zu begehen, und am Generalkonvent teilzunehmen.³³⁹ Bei diesem stand vor allem die Dachverbandsfrage im Mittelpunkt. Es war ein Antrag gestellt worden, dass Adelpia in den Akademischen Turnbund eintreten solle. Vor allem die Aktiven, zu denen auch Memmel zählte, stellten sich gegen diesen Antrag, weil sie in Würzburg keine Zukunft für eine schwarze Turnerschaft sahen. Die Aktivitas war außerdem bereits dem Rotenburger Verband schwarzer Verbindungen (R.V.s.V.) beigetreten, der im nächsten Kapitel genauer untersucht werden wird.³⁴⁰

b) *Cand. phil.* Memmel

Nach dem Ausscheiden aus der Reichswehr wandte sich Theodor Memmel wieder seinem Studium zu. Immerhin war er auch während des Krieges immatrikuliert geblieben.³⁴¹ Am 13. Oktober 1919 verfasste er ein Schreiben an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus. In diesem bat er darum, sein schon erwähntes Zulassungsgesuch zur Prüfung in den philologisch-historischen Fächern vom 23. April für nichtig zu erklären. Diesen Schritt begründete er mit seiner Zugehörigkeit zum Freikorps Würzburg und der Reichswehr, die ihn am Lernen gehindert hatte.³⁴²

³³⁶ Lebensabriss Memmels.

³³⁷ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.11.47, Blatt 1.

³³⁸ Eidesstattliche Erklärung von Carl Zieglwalner vom 11.9.1947. Spruchkammerakte Memmel.

³³⁹ SAGSTETTER, KARL: 52. Stiftungsfest. In: Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpia“ Würzburg. 11. Jahrgang. Nr. 2. Oktober 1919, S. 2ff.

³⁴⁰ REUTER, JOSEPH: Bericht über Generalkonvent und Generalversammlung des 52. Bundestages (17. August 1919). In: Philister-Zeitung. Oktober 1919, S. 4-11.

³⁴¹ Vgl. den Personalbestand der Königlich Bayerischen Julius-Maximilians-Universität Würzburg von 1914-1919.

³⁴² Brief von Memmel an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Würzburg, 13.10.1919. MK 33850.

Von hier ab legte Memmel in seinem Studium einen großen Eifer zu Tage, möglicherweise getrieben von der Existenzangst. Immer wieder gab es Warnungen in der Presse, schließlich sogar vom Kultusministerium in München, dass es zu viele Lehramtsstudenten, aber zu wenige Plätze gäbe und lange Wartezeiten für Absolventen des Höheren Lehramts anfielen.³⁴³ Am Ende konnte Memmel vierzehn vornehmlich philologische Professoren angeben, bei denen er Übungen und Vorlesungen absolviert hatte.³⁴⁴ Darunter war auch der völkisch eingestellten Althistoriker Dr. Julius Kaerst, bei dem der spätere Propagandaminister Joseph Goebbels im Wintersemester 1918/19, damals noch als Mitglied des katholischen Unitas-Verbands, gehört hatte.³⁴⁵ Memmels Noten waren hervorragend. In der I. Lehramtsprüfung 1920 erhielt er die Note 1,75, in der II. im Jahr 1921 sogar die Note 1,25.³⁴⁶ Damit war er der Zweitbeste seines Jahrgangs.³⁴⁷

Das Studium haben mindestens in Teilen seine Eltern finanziert, denen dies sicherlich nicht leichtfiel. Ihr Anwesen in Schweinfurt, welches einen Schätzwert von 11.500 Reichsmark hatte, war bereits mit Hypothekenschulden in Höhe von 4.800 Reichsmark belastet. Jährlich stand der Familie nach dem Ersten Weltkrieg von der väterlichen Rente und dem Milchgeschäft ein Einkommen von insgesamt 2.160 Reichsmark zur Verfügung.³⁴⁸ Über die in jener direkten Nachkriegszeit als Verbindungsstudent anfallenden Kosten berichtet ein Adelphe im Oktober 1919 in der Philisterzeitung:

„Ein Zimmer mit Kaffee kostet monatlich 50 Mk., das Mittagessen täglich 2 Mk. (das Sattwerden bleibt dahingestellt), also monatlich 60 Mk., das Abendessen täglich 1 Mark, monatlich 30 Mk. Für Wäsche, Schuhe, Kleidung 20 Mk., für Studienzwecke 20 Mk., für kleinere Bedürfnisse (2mal Ausgehen in der Woche, 2mal Kaffee, gelegentlich auch eine Zigarre oder eine Pfeife Tabak) 20 Mk. Alles zusammen monatlich 170 Mk.“³⁴⁹

Das wäre bereits fast das gesamte Monatseinkommen von Memmels Eltern gewesen. Sein Leben als Student war somit sicherlich nicht von Luxus geprägt. Bei Adelphe gab es einen Unterstützungsfonds, um die Lage der finanziell schwächeren angehenden Akademiker ein wenig zu lindern.³⁵⁰ Ob Memmel hiervon profitierte, ist nicht mehr nachweisbar, aber gut möglich.

³⁴³ ZIEGLER: Die Universität Würzburg im Umbruch, S. 222.

³⁴⁴ Lebensabriss Memmels.

³⁴⁵ KATER, HERBERT: Dr. Joseph Goebbels als Korporationsstudent. In: Einst und jetzt, Band 38, S. 281-284, hier S. 283.

³⁴⁶ Personalnachweis. MK 33850.

³⁴⁷ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 1.

³⁴⁸ Auskunftsblatt des Finanzamtes Schweinfurt. 6.10.1920. MK 33850.

³⁴⁹ Philister-Zeitung. Oktober 1919, S. 20.

³⁵⁰ Philister-Zeitung. März 1920, S. 15.

Um in den Zeiten des politischen Umbruchs den Studenten eine Stimme zu geben, schlossen sich Ende 1918 alle Würzburger Verbindungen zu einem Zweckverband zusammen. Dieser sollte mit der Universität und den Behörden die dringenden Lebensfragen, etwa zur Wohnungssituation, klären. Aus ihm ging ein Jahr später der „Ring deutscher Korporationen“ hervor, dem auch Adelpia angehörte. Er koordinierte bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten die „vaterländischen“³⁵¹ und wirtschaftlichen Angelegenheiten der zusammengeschlossenen Verbindungen.³⁵² Ihm gehörten alle Würzburger Korporationen an. Nur die jüdischen mussten außen vor bleiben, ebenso die Damenverbindung.³⁵³

An den Universitäten hatte die junge Republik weder unter den Studenten noch unter den Dozenten viele Unterstützer. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass gerade das Lehrpersonal Krieg und Patriotismus bis hin zum Annexionismus noch wenige Monate vor der Kapitulation stark unterstützt hatten. So ist es nicht verwunderlich, dass die Dolchstoßlegende hier schnell auf offene Ohren stieß. Daran änderte sich auch nichts, als die ersten Generationen an die Hochschulen kamen, die nicht mehr am Krieg teilgenommen hatten. Im Gegenteil entpuppten sich diejenigen, denen das Erlebnis der Materialschlacht fehlte, als ein hierfür besonders höriges Publikum. Die durchschnittliche politische Einstellung an den Universitäten glitt somit mehr und mehr in das völkische Spektrum ab.³⁵⁴ Unterstützung erhielt die Dolchstoßlegende jedoch nicht nur von den Daheimgebliebenen, sondern auch von Memmels studentischer Frontkämpfergeneration. Obgleich sie den drohenden Zusammenbruch der Westfront oft hautnah miterlebt hatten, erblickten sie in der „verräterischen Heimat“ den Grund für die Niederlage.³⁵⁵ Unter der Studentenschaft wurde die Novemberrevolution von 1918 im Übrigen generell abgelehnt.³⁵⁶

Memmels Fleiß im Studium blieb durchaus nicht unbemerkt. Sein Zeugnis für ein pädagogisch-didaktisches Seminar, welches er im Schuljahr 1920/21 am Alten Gymnasium in Würzburg absolviert hatte, sagt über ihn:

³⁵¹ Etwa Aktionen gegen die Auswirkungen des Versailler Vertrags.

³⁵² DIES: Die Turnerschaft Alemannia, S. 83f.

³⁵³ GRÜN, BERNHARD: Die Würzburger Studentenschaft zwischen den Kriegen. In: GRÜN, BERNHARD/SHELLAKOWSKY, JOHANNES/STICKLER, MATTHIAS (Hrsg.): Zwischen Korporation und Konfrontation. Beiträge zur Würzburger Universitäts- und Studentengeschichte. Köln, 1999, S. 208-238, hier S. 154.

³⁵⁴ BARTH, BORIS: Professoren, Studenten und die Legende vom Dolchstoß. In: ZIRLEWAGEN: „Wir siegen oder fallen“, S. 377-396.

³⁵⁵ BLEUEL, HANS-PETER/KLINNERT, ERNST: Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologien – Programme – Aktionen 1918-1935. Güntersloh, 1967, S. 106.

³⁵⁶ SCHWARZ, JÜRGEN: Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik (= Ordo Politicus. Band 12). Berlin, 1971, S. 397.

„Er verriet gutes Auffassungsvermögen, geistige Frische und gesundes Urteil. Dem Lehrberuf brachte er aufrichtige Neigung entgegen und beteiligte sich lebhaft an den Aufgaben des Seminars. [...]

Die Unterrichtsstunden waren zielbewusst vorbereitet und übersichtlich gegliedert. Die lebendige und anschauliche Darbietung gewann die freudige Mitarbeit der Schüler; der Lehrer war frisch und heiter; dass hie und da der Dialekt zu sehr hervortrat, vermochte den guten Eindruck nicht wesentlich zu stören. Die Behandlung der Schüler war energisch, aber freundlich.“³⁵⁷

Somit hatte Memmel im Lehramt wohl einen passenden Beruf für sich entdeckt. Ab dem 1. Januar 1920 verdiente er auch erstmals eigenes Geld, er erhielt ein Grundgehalt von 4.380 Mark. Seine nun besseren finanziellen Verhältnisse erlaubten ihm, am 5. Februar seine Verlobte Mathilde Kraus zu heiraten.³⁵⁸

Während des eifrigen Studierens blieb Memmel weiterhin ein besonders „aktiver“ Inaktiver Adelphe. So bekleidete er im Wintersemester 1919/20 das Amt des Fuchsmajors. Aufgabe dessen ist die korporative Unterweisung neuer Mitglieder, was Memmel als Lehramtsstudenten entgegen kam. Am 29. April ließ er sich dann philistrieren,³⁵⁹ und wurde bereits am 11. Juli 1920 zum Kassier des Philisteriums gewählt.³⁶⁰

Als dann Memmels Abschied aus Würzburg nahte, beschrieb der Vorstand der Aktivitas diesen bei der Semesterantrittskneipe so:

„Doch war es so, als klänge in all dem wohligen feucht-fröhlichen Lärm eine wehmütige Stimme mit. Diese Stimme sang vom Scheiden unseres lieben Theo Memmel. Sein Name ist mit der Aktivitas innigst verknüpft. Die Älteren haben ihn schätzen gelernt bei mancher wichtigen Beratung und Verhandlung, alle haben ihn liebgewonnen als einen echten, treuen Bundesbruder, der auch, als er dann schon ins Philisterland gewandert war, sich noch als Aktiver fühlte und bei keiner Kneipe fehlte. Der Senior richtete im Namen der Aktivitas Worte des Scheidens und Worte großer Dankbarkeit an ihn. Memmel war mit der erste, der nach dem Kriege unserem Bund wieder emporhalf. [...] Für das Philisterium dankte dem scheidenden Philisterkassier der Vorstand Rummel. Er versicherte ihm die immerwährende Treue seiner Adelphe und überreichte ihm als letztes Erinnerungszeichen an seine Musenstadt Würzburg einen herrlichen, von den engeren Freunden gestifteten Stich vom „Stachel“, dessen Räume ja ihm wie so manchem Adelphen gar wohlvertraut sind. Alle, die mit uns gekneipt haben, schieden mit dem Bewusstsein, einen Abend in einem Kreise treuer Freunde verbracht zu haben.“³⁶¹

³⁵⁷ Zeugnis über Theodor Memmel vom Alten Gymnasium Würzburg. Unterzeichnet vom Seminarvorstand Dr. Sturm und dem Seminarlehrer Dr. Rheinfelder. MK 33850.

³⁵⁸ Personalnachweis. MK 33850.

³⁵⁹ EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelphe, S. 98.

³⁶⁰ Philister-Zeitung. September 1920, S. 6.

³⁶¹ WEIGELT, GEORG: Bericht aus der Aktivitas. In: Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelphe“ Würzburg. 13. Jahrgang. Nr. 1. Mai 1921, S. 2ff.

Dieses abschließende Zitat zeigt, wie eng Memmel mit Adelpia verknüpft war, dass er sich nach dem Ersten Weltkrieg tatkräftig an deren Widererstarben beteiligte, gerne seine Freizeit mit Bundesbrüdern verbrachte, und deren volles Vertrauen besaß.

3. Zwischenfazit

Dass May und Memmel einer Verbindung beitraten ist für ihre Zeit wenig verwunderlich. Korporierten Studenten stellten zu dieser Zeit die Regel und nicht die Ausnahme.³⁶² Die Epoche des Deutschen Kaiserreichs war die Blütezeit des deutschen Verbindungswesens. Entsprechend dürften auch die Erfahrungen der zu diesem Zeitpunkt korporierten Studenten gewesen sein.³⁶³ Die Auswahl an Verbindungen in Würzburg war zum Zeitpunkt ihres Beitritts bereits relativ groß. Umso bemerkenswerter ist es, dass sie sich der vergleichsweise jungen Progressverbindung Adelpia zuwandten, die kein eigenes Haus besaß und weit weniger elitär auftrat als die anderen Würzburger Korporationen. Weder May noch Memmel überlieferten der Nachwelt, weshalb sie sich gerade der Adelpia anschlossen, beziehungsweise aus Sicht der Verbindung erfolgreich bekeilt wurden. Hierzu gibt es drei mögliche Erklärungen:

1. Sie suchten sich bewusst Adelpia als Progressbund aus. Beide kamen aus kleinbürgerlichen Verhältnissen, in elitäre Verbindungen hätten sie daher keinen Eingang gefunden.

2. Interpersonale Attraktion:³⁶⁴ Bisweilen sind es die Menschen einer Gruppe, die einem so sympathisch sind, dass man sich höheren Zielen unterwirft, um zu ihnen zu gehören, selbst wenn man sich nicht mit deren Zielen vollständig identifizieren kann. Präziser ausgedrückt: Die Aktiven und Philister, die May und Memmel bei Adelpia antrafen, überzeugten beide so sehr, dass ihnen der Verbindungstypus, dem sie beitraten, gleichgültig war.

3. Duplizität: Sie fanden sowohl die Personen welche für sie die Verbindung repräsentierten als auch das Progressprinzip überzeugend. Natürlich könnten für May und Memmel auch je ein unterschiedlicher ebengenannter Faktor ausschlaggebend gewesen sein, der Studentenverbindung Adelpia beizutreten. Mangels Quellen lässt sich abschließend jedoch keine eindeutige Begründung festlegen.

Die Jugendphase kommt hinsichtlich der Sozialisation einer Person sowie ihrer Integration in die Gesellschaft eine besondere Bedeutung zu. Sowohl Memmel als auch May traten im Alter von 20 Jahren in die Adelpia ein. Die Prägungsmöglichkeit der Studentenverbindung auf diese beiden jungen Männer war somit gegeben. Beide wurden des Weiteren in ihrer Korporation vaterländisch, aber auch liberal sozialisiert. Sie hatten einige Juden,

³⁶² MÖLLER: Studienzeit als prägende Lebensphase, S. 412.

³⁶³ GRIESWELLE, DETLEF: Korporationen und Karrieren. Die soziale Rekrutierungsfunktion der Verbindungen. In: BRANDT/STICKLER: „Der Burschen Herrlichkeit“, S. 421-448, hier S. 421f.

³⁶⁴ Siehe hierzu: HASSEBRAUCK, MANFRED/KÜPPER, BEATE: Theorien interpersonaler Attraktion. In: FREY, DIETER/IRLE, MARTIN (Hrsg.): Theorien der Sozialpsychologie. Band 2. Gruppen-, Interaktions- und Lerntheorien. 2. Auflage. Bern/Göttingen, 2002, S. 156-177.

Freimaurer und Ausländer als Bundesbrüder. Also genau die Personengruppen, welche von völkischen Gruppierungen als verschwörerische Feinde des Deutschtums angesehen und ab der Machtübernahme der Nationalsozialisten entrechtet und verfolgt wurden. Wie sich diese ursprüngliche tolerante Prägung in ihren Lebenswegen weiter entwickelte, wird sich im weiteren Teil der Arbeit zeigen. Adelpia hinterließ noch in weiteren Aspekten ihre Spuren. Der Ehrbegriff etwa hatte sowohl bei der Studentenschaft als auch beim Militär einen sehr hohen Stellenwert und verlangte eine entsprechende Konsequenz hinsichtlich der Umgangsformen. Bei Memmel dürfte die Prägung durch seinen Bund tiefergehend als bei May gewesen sein. Dies hängt zum einen mit seiner deutlich längeren Aktivenzeit zusammen und zum anderen mit seinen Messuren beziehungsweise Duellen.³⁶⁵ Memmels waffenstudentische Prägung sah nicht nur sein Umfeld, sondern auch er selbst täglich bei der Rasur im Spiegel.

Paul May beschritt eine für das deutsche Kaiserreich optimale bürgerliche Karriere. Seine Familie war zwar nicht wohlhabend, dennoch konnte ihm sein verbeamteter Vater das Studium angemessen finanzieren. Der Eintritt in eine Studentenverbindung eröffnete ihm neue Kreise, der Dokortitel brachte ihm eine öffentlichkeitswirksame wissenschaftliche und fachspezifische Qualifizierung und der Rang eines Reserveoffiziers gesellschaftliche Anerkennung.³⁶⁶ Der Sozialwissenschaftler DIETRICH HEITHER und die Politologin ALEXANDRA KURTH gehen sogar so weit, zu sagen:

„Die schlagenden Studentenverbindungen waren daher eine vorbereitende Prägestation zur Entwicklung derjenigen Charakterzüge junger Männer, die sie bei der späteren Ausübung von akademischen Berufen – vor allem dem Staatsdienst – benötigten.“³⁶⁷

Nach Mays Verbeamtung war seine Stellung vollends gesichert. Der Staatsdienst bedeutete zwar anfangs kein üppiges Gehalt, auf längere Sicht aber ein relativ sorgenfreies Leben inklusive vieler kostenfreier Versicherungen. May hatte sich von dem Punkt an als Staatsdiener zu verstehen, der eben diesen auch entsprechend anerkennen musste.³⁶⁸ Den Ersten Weltkrieg überstand er abgesehen von der Verwundung gut und musste nur wenige Monate an der Front dienen. In den Folgejahren hatte er nur noch Truppendienst und Verwaltungsangelegenheiten fernab von der Kampflinie zu bestreiten. Dementsprechend fiel es Mays leicht, sich nach dem Ersten Weltkrieg wieder in das Zivilleben einzugliedern, da er als Staatsbediensteter sofort wieder eine Stelle bekam. Es ist daher davon auszugehen, dass May trotz seines Rangs als Reserveoffizier, den er bereits vor 1914

³⁶⁵ HASSEBRAUCK/KÜPPER: Theorien interpersonaler Attraktion, S. 164f.

³⁶⁶ WEHLER: Das Deutsche Kaiserreich, S. 131.

³⁶⁷ HEITHER/KURTH: Bürgerliche Revolutionäre – Antisemitische Nationalisten, S. 64.

³⁶⁸ SÜLE, TIBOR: Preußische Bürokratietradition (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Band 81). Göttingen, 1988, S. 72f. und 119-122.

innehatte, den Weltkrieg nicht als zentrales Ereignis in seinem Leben wahrnahm.

Als Theodor Memmel geboren wurde, war der Kulturkampf bereits beendet, eine tatsächliche Gleichberechtigung im gesellschaftlichen Leben des protestantisch geprägten Kaiserreichs gab es jedoch noch immer nicht. Als Katholik gehörte er in Bayern allerdings der Majorität an, weswegen sich dies nicht so massiv auf ihn und seine Berufspläne ausgewirkt haben dürfte.³⁶⁹ Um sich gegenüber der reichsweiten protestantischen Mehrheit und ihrer Obrigkeit zu profilieren und die Treue zum Staat zu unterstreichen, legten dafür viele Katholiken einen besonders eifrigen Nationalismus an den Tag.³⁷⁰

Memmels Studentenzeit, die er retrospektiv als wunderschön beschreibt, wurde durch den Weltkrieg abrupt unterbrochen. Sowohl für ihn als auch für May begann damit eine Kollektiverfahrung. 85 Prozent aller deutschen Wehrfähigen, also 13,2 Millionen Männer, erhielten eine Einberufung.³⁷¹ Im Unterschied zu May verbrachte er deutlich mehr Zeit an der Front und seine zweite Kriegsversehrung verursachte im Laufe der Zeit eine zunehmende und dauerhafte Pein. Aus diesen beiden Gründen lässt sich schlussfolgern, dass für Memmel der Kriegseinsatz, aber auch der Zusammenbruch, eine zentrale Erfahrung war, die ihn lebenslang prägen sollte. Als Artillerist ist er dennoch kein Vertreter jener Grabenkämpfer- beziehungsweise Sturmtruppengeneration, der etwa Ernst Jünger angehörte, die eine noch viel tiefergehende und prägendere Kriegserfahrung gemacht hatte.³⁷² Nichtsdestotrotz gehörte er definitiv zur Kriegsfreiwilligen- und Frontkämpfergeneration. Durch seinen erreichten Offiziersdienstgrad kann bei ihm wohl ebenso wie bei May von einer entsprechenden Erfahrung in der Menschenführung ausgegangen werden.

Der Sturz der Räteregierung wog für Memmel schwerer als die schnellstmögliche Erlangung seines Studienabschlusses, weswegen er sich

³⁶⁹ STRÖTZ, JÜRGEN: Der Katholizismus im deutschen Kaiserreich 1871 bis 1918. Strukturen eines problematischen Verhältnisses zwischen Widerstand und Integration. Teil 2. Wilhelminische Epoche und Erster Weltkrieg (1890-1918) (= Studien zu Religionspädagogik und Pastoralgeschichte. Band 6). Hamburg, 2005, S. 244-247.

³⁷⁰ WEHLER: Deutsche Gesellschaftsgeschichte Band 3, S. 902. DOWE, CHRISTOPHER: Auch Bildungsbürger. Katholische Studierende und Akademiker im Kaiserreich (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Band 171). Göttingen, 2006, S. 226-230

³⁷¹ WEHLER, HANS-ULRICH: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 4. Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949. München, 2003, S. 102f.

³⁷² JÜNGER, ERNST: In Stahlgewittern. Stuttgart, 2014. Ebenfalls hierzu empfehlenswert ist: KOCK, OLIVER (Hrsg.): Das Tagebuch des Leutnants Kurt Nilius 1916-1918. Bayreuth, 2013. Dieser berichtet beispielsweise von seinem kaltblütigen „waidmännischem“ Eifer: Am 28. und 30.7.1917 traf er sich noch im Niemandsland mit einigen französischen Soldaten, unterhielt sich und tauschte Geschenke aus. Einen Monat später legte er sich mit seinem neuen Scharfschützengewehr auf die Lauer und traf in der Folgezeit einige französische Posten mit tödlichen Kopfschüssen. Ebenda, S. 135-138 und 149.

nach Kriegsende zunächst zwei Freikorps anschloss bevor er seine Studien zu Ende führte. Dennoch darf dieser Entschluss nicht überbewertet werden. Wie bei seiner Freiwilligmeldung 1914 dürfte auch hier ein gewisser Gruppenzwang geherrscht haben.³⁷³ Hätte er die Chance gehabt, wäre er möglicherweise sogar bei der Reichswehr als Berufssoldat geblieben. Immerhin war es ihm dann nach dem Krieg möglich, mit einem hervorragenden Abschlusszeugnis die Lehrerkarriere zu beginnen. Seine an der Universität gezeigten herausragenden Leistungen öffneten ihm in der Nachkriegszeit einen recht zukunftssicheren Weg. Memmels Situation unterschied sich also von vielen anderen Deutschen, deren Leben nach dem verlorenen Krieg und der beginnenden Wirtschaftskrise in Elend und Arbeitslosigkeit endete. Auffallend bei beiden ist der zeitnahe Beitritt zu Adelphia nach der Immatrikulation in Würzburg. Außerdem schafften beide durch ihr Studium den Aufstieg vom Kleinbürgertum ihrer Eltern hin zum akademischen Bildungsbürger.³⁷⁴

Leider sind von beiden keine Feldpostbriefe oder andere Ego-Dokumente überliefert, die einen Einblick in ihren Kriegsalltag gegeben hätten.³⁷⁵ Weder Memmel noch May trugen abseits ihrer Verwundungen ein nachweisbares Trauma aus dem Fronteinsatz davon. Gemessen an Memmels späterer Identifikation mit dem Nationalsozialismus wird für ihn, der vier entbehrungsreiche Jahre im Feld stand, wohl eher das kollektive Trauma der Niederlage und des demütigenden Friedensvertrags einen bleibenden Eindruck hinterlassen haben.³⁷⁶ Die Zeit nach Krieg und Freikorps mag sich in Memmels Augen, der sich 1914 freiwillig zu den Fahnen gemeldet hatte, als wenig ruhmreich dargestellt haben. Eine Art „Haltlosigkeit“ in der neuen Friedenswelt könnte daher von Memmel Besitz ergriffen haben, was noch zu prüfen ist.

³⁷³ NEITZEL, SÖNKE: Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte. Berlin, 2020, S. 16.

³⁷⁴ KOCKA, JÜRGEN: Arbeiten an der Geschichte. Gesellschaftlicher Wandel im 19. und 20. Jahrhundert (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Band 200). Göttingen, 2011, S. 179.

³⁷⁵ Sehr interessante Erkenntnisse aus solchen Ego-Dokumenten zieht beispielsweise KNOCH, PETER: Kriegererlebnis als biografische Krise. In: GESTRICH, ANDREAS/Ders./MERKEL, HELGA (Hrsg.): Biographie – sozialgeschichtlich. Göttingen, 1988, S. 86-108.

³⁷⁶ Siehe hierzu auch: KRUMEICH, GERD: Die unbewältigte Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik. Freiburg im Breisgau, 2018.

III. Eintritt in den Rothenburger Verband schwarzer Verbindungen

Es ist erforderlich, den Rothenburger Verband schwarzer Verbindungen (R.V.s.V) und seine Prinzipien zu behandeln, da der Beitritt für Adelpia gravierende Satzungsänderungen erforderlich machte. Ich beschränke mich hier auf die Zeit bis 1921, da Memmel ab diesem Zeitpunkt nicht mehr in Würzburg war und sich auf Beruf und Familie konzentrierte.

Der Rothenburger Verband schwarzer Verbindungen geht auf den 1908 gestifteten „Schwarzen Verband“ zurück, der sich 1911 in den „Rothenburger Ersten-Convent“ (R.E.C.) umbenannte. Jener legte mit seinen Prinzipien bereits den Grundstein für den späteren Verband. Der R.E.C. bestand aus nicht farbtragenden Verbindungen, gab unbedingte Satisfaktion, führte schwere eigene Waffen, also Säbel und stellte den Mitgliedsbünden die Bestimmungsmensur³⁷⁷ frei. Außerdem verlangte er das Maturitätsprinzip, es durften also nur Studenten mit dem Reifezeugnis einer höheren Lehranstalt recipiert werden.³⁷⁸ Rein fachwissenschaftlichen, politischen, sportlichen und konfessionellen Verbindungen blieb die Aufnahme verwehrt. Außerdem vertrat er das „arischen Prinzip“.³⁷⁹ Die 1919 noch im R.E.C. vorhandenen neun Verbindungen gingen alle in den R.V.s.V. über. Jener wurde am 3. August 1919 gegründet und hatte die gleichen Grundsätze wie der R.E.C., inklusive des arischen Prinzips.

Bei Adelpia hielt man es Mitte des Jahres 1919 nach einer langen Zeit der couleurstudentischen Isolation für notwendig, sich einem schwarzen Verband anzuschließen, um weiterhin zukunftsfähig zu bleiben. Der R.E.C. als einzige größere nichtfarbtragende Organisation ohne religiöse Bindung erschien hierfür interessant. Ein erstes Treffen des R.E.C. am 8. Juni 1919 mit anderen schwarzen Verbindungen mit dem Ziel, einen noch größeren schwarzen Verband, den R.V.s.V., zu stiften, verpasste Adelpia, da sie die Einladung hierzu zu spät erreichte. Für den Generalkonvent am 17. August 1919 stellte die Aktivitas Adelpias, der Memmel als Inaktiver außer Orts (*extra loco*) noch immer angehörte, den Antrag auf Aufnahme.³⁸⁰ An jenem Generalkonvent wurde dieser Antrag in Anwesenheit Memmels fast einstimmig angenommen. Gegenstimmen kamen nur von denjenigen, die den Eintritt in den Akademischen Turnbund favorisierten.³⁸¹ Das vom

³⁷⁷ Der Begriff der Bestimmungsmensur bedeutet, dass die Konvente der Verbindungen festlegen, wer mit wem ficht, und nicht die Einzelperson. Des Weiteren liegt bei Bestimmungspartien keine Ehrverletzung zu Grunde und es wird versucht, zwei in Größe, Kraft und Können möglichst gleiche Paukanten gegenüber zu stellen.

³⁷⁸ SEIFFERT, PAUL: Geschichte und Entwicklung der studentischen Verbände. Breslau, 1913, S. 63.

³⁷⁹ §§ 2 und 5 Satzungen des Rothenburger E.C. Leipzig, 1913, S. 5f.

³⁸⁰ Philister-Zeitung. Juli 1919, S. 3 und 7.

³⁸¹ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpia“ Würzburg. 11. Jahrgang. Nr. 3. Dezember 1919, S. 2.

R.V.s.V. geforderte Maturitätsprinzip bedeutete für die Adelpen die geringste Veränderung. Das arische Prinzip und die unbedingte Satisfaktion stellten hingegen einen Bruch mit der Vergangenheit dar. Die Waffenfrage war bisher eher zweitrangig und die kulturelle und nationale Vielfalt einer der Grundzüge des Akademischen Vereines gewesen. Offensichtlich hatte sich in den vier Kriegsjahren, in denen das Aktivenleben beinahe stillstand, einiges getan. Seit 1910 wurde kein Jude mehr recipiert.³⁸² Die Grundsätze „Ariertum“ und unbedingte Satisfaktion erschienen für die Adelpen beim Generalkonvent im August 1919 eher als notwendige Richtlinien, um überhaupt einen großen nichtfarbentragenden Verband auf eigene Beine stellen zu können. Die Idee des Zusammenschlusses vieler schwarzer Verbindungen mit dem Ideal der farbenfreien Korporationen überwog die zwei damit einhergehenden Prinzipien, dem das Selbstverständnis der Adelpen eigentlich entgegenstand.

Ein Deputierter der Aktivitas Adelpen hatte auf einem Vertretertag des neuen Verbandes bereits Bedenken wegen der unbedingten Satisfaktion angekündigt. Man beruhigte ihn mit der Aussage, Adelpen könne auch ohne eine Änderung ihrer Satzung in den neuen Verband eintreten könne. Hierauf erklärte er bereits den Anschluss der Aktivitas Adelpen an den neuen Dachverband. Durch diesen ersten Schritt ohne Absprache mit dem Philisterium stand natürlich der Bundeskonvent schon vor halbvollendeten Tatsachen. Da jedoch keine Satzungsänderung erforderlich war und die als existentiell angesehene Suche nach einem schwarzen Verband sowieso im Raum stand, erklärte Adelpen nach langer Diskussion auf dem Generalkonvent den Eintritt mit überwiegender Mehrheit. Außerdem sah man die Stellung Adelpen als schwarze Verbindung in Deutschland und besonders am eigenen Hochschulort gestärkt.³⁸³ Zur Frage des arischen Prinzips äußerte sich der Schriftführer des Philisteriums, Dr. Joseph Reuter, folgendermaßen:

„Man könnte aus diesen Erwägungen heraus unter Umständen sogar einer Änderung unserer Prinzipien das Wort reden. Doch diese wird ja gar nicht von uns verlangt und ist auch, wie aus folgendem hervorgeht, gar nicht nötig. Wir können im Rahmen des Verbandes in derselben Weise fortbestehen, wie es bisher der Fall war. Insbesondere wird durch das arische Prinzip eine Änderung in keiner Weise herbeigeführt. Die Verbindung ist seit Jahrzehnten nicht mehr in der Lage gewesen, über das Eintrittsgesuch eines Juden entscheiden zu müssen. Dies ist aber nicht eine Folge unserer Stellungnahme in dieser Frage, sondern die an sämtlichen Universitäten bestehenden jüdischen Verbindungen ziehen die jüdischen Akademiker an sich. Dies wird auch künftig so bleiben. Und im Verhältnis der Verbindung zu ihren jüdischen Philistern wird der Eintritt der Verbindung in den Verband eine Änderung nicht herbeiführen. Dieser Wunsch wurde von den älteren Philistern auf dem

³⁸² ULSAMER: Aus Adelpen Geschichte, S. 10. Bundeszeitung, September 1960, S. 19f.

³⁸³ REUTER: Bericht über Generalkonvent und Generalversammlung, S. 4-8.

Generalkonvent, insbesondere von Cassimir und Kettemann, ausdrücklich ausgesprochen und von allen Anwesenden geteilt.“³⁸⁴

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das schwarze Prinzip und ein Dachverband für Adelpia nach dem Ersten Weltkrieg wichtiger erschienen als die Toleranz gegenüber der ethnischen und religiösen Herkunft sowie dem Waffenstandpunkt ihrer Mitglieder. Der Weg des Bundes ging also zwangsläufig eher in die nationale beziehungsweise völkische Richtung – auch durch den dann erfolgenden Austausch mit den anderen entsprechend eingestellten Rothenburger Verbindungen. Da Religion und Herkunft ebenso wie politische Zugehörigkeit, bei Adelpia an sich keine Rolle gespielt hatten, lassen sich nur noch schwer Rückschlüsse ziehen, wie viele Philister während der Verhandlungen zum Beitritt in den R.V.s.V. „Nicht-ariar“ waren. In Würzburg existierten mehrere jüdische Verbindungen, welche für diese Gruppe eher den ersten Anlaufpunkt darstellten.³⁸⁵ Bedingte Satisfaktion gab Adelpia bereits, und die unbedingte Satisfaktion war zu dieser Zeit durch zwingende Ehrengerichte vor Duellen schon stark reglementiert, wodurch der Übergang eher fließend beziehungsweise formal war.³⁸⁶ Der Preis, dem R.V.s.V. anzugehören, war also verglichen mit den sich dadurch scheinbar eröffnenden Möglichkeiten nicht sonderlich hoch. Zudem war der R.V.s.V. der einzige schwarze Dachverband, der Adelpia nicht unmittelbar zu einer Satzungsänderung zwang. Mit Adelpia waren 1919 dort insgesamt 18 deutsche Korporationen zusammengeschlossen.³⁸⁷

Bei einem außerordentlichen Generalkonvent am 16. November 1919 wollte man dennoch über eine Änderung des Satzungsparagraphen zur Satisfaktion abstimmen. Die darin zu vage festgehaltene Satisfaktionsfrage wurde als ungenügend erachtet und ließ Adelpia unter den anderen Korporationen nicht gut dastehen. Daher sollte der Satz „[...] enthält sich jedoch eines jeden weiteren Einflusses auf die Wahl der Mittel, welche ein Mitglied zum Schutze seiner Ehre anwenden will.“ gestrichen werden.³⁸⁸ Dieser Antrag wurde mit nur drei Gegenstimmen angenommen.

³⁸⁴ REUTER: Bericht über Generalkonvent und Generalversammlung, S. 8.

³⁸⁵ Nach dem Ersten Weltkrieg existierten in Würzburg sechs jüdische Korporationen, was eine beachtliche Zahl darstellte. Hierbei handelte es sich um die freie schlagende Verbindung Salia (gegr. am 1.11.1884), der Burschenbund Wirceburgia (gegr. am 7.11.1885), die Akademisch-wissenschaftliche Verbindung Veda (gegr. am 10.5.1896), der Verein Jüdischer Studenten Hatikwah im Kartell Jüdischer Verbindungen (gegr. am 2.2.1919), die Rheno-Palatia im Kartell-Convent (gegr. am 15.2.1919) und die Akademisch Zionistische Verbindung Ivriah im Bund Zionistischer Korporationen (gegr. am 5.1.1920). BECKER, ULRICH: Erloschene Würzburger Korporationen. In: BAUM: Studentenschaft und Korporationswesen, S. 202-212. STICKLER, MATTHIAS: Jüdische Studentenverbindungen. Anmerkungen zu einem wenig beachteten Thema der Universitäts- und Studentengeschichte. In: Einst und jetzt. Jahrbuch für corpsstudentische Geschichtsforschung. Band 61. Würzburg, 2016, S. 11-56.

³⁸⁶ REUTER: Bericht über Generalkonvent und Generalversammlung, S 8f.

³⁸⁷ Philister-Zeitung. Oktober 1919, S. 17.

³⁸⁸ Philister-Zeitung. Oktober 1919, S. 15.

Nach diesem Generalkonvent erwachte jedoch Kritik am Verbandsbeitritt. Insgesamt acht Philister, darunter auch der vorhin erwähnte Kettemann, sahen hierin zusammen mit der frischen Satzungsänderung des Satisfaktionsparagrafen eine Verletzung der Grundprinzipien (Freiheit) und erklärten deshalb ihr Ausscheiden aus der Verbindung.³⁸⁹ Bei einer Gesamtzahl von etwa 180 Philistern ist das keinesfalls eine Austrittswelle, ganz unbedeutend war dies jedoch ebenfalls nicht.³⁹⁰

Der Beitritt zum R.V.s.V. zeigte schon bald Veränderungen und einen regen Austausch. So kamen in Würzburg verweilende Verbandsbrüder zu Altherrenabenden, Veranstaltungen und Kneipen. Außerdem gab es regelmäßige Verbandstagungen in verschiedenen Städten. Für die bisher zwischen den katholischen Verbindungen und den Waffenringbünden isolierte Adelpia kam durch den Verbandseintritt schnell ein deutlich spürbarer positiver Umbruch.³⁹¹ Dieser Umstand hatte auch auf Memmel Auswirkungen, da er nun mit noch viel mehr Korporierten aus ganz Deutschland in Kontakt kam. Ein im Folgejahr erstelltes Mitgliederverzeichnis des gesamten R.V.s.V. förderte das Zusammenwachsen der Verbindungen noch mehr.³⁹² Vom 29. Juli bis zum 1. August 1920 fand die Verbandstagung in Würzburg bei Adelpia statt. Die Bayerische Landeszeitung beschreibt sie folgendermaßen:

„Die Beratungen waren getragen von hoher vaterländischer Gesinnung und bekundeten den ernsten Willen zur Mitarbeit am Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes. Ausdrücklich wurde betont, dass der Rothenburger V.s.V. keine bestimmte politische Richtung, sondern unter Ausschaltung jeder politischen und konfessionellen Sonderbestrebungen als höchstes Ziel das Wohl des Vaterlandes verfolgte.“³⁹³

Es war also von Anfang an ein nationaler Grundtenor im R.V.s.V. vorzufinden, der Adelpia zwar nicht fremd war, nun aber eine viel größere Rolle spielen sollte und nach rechts keine Grenze mehr kannte. Im Würzburger Universitäts-Almanach wurde der Dachverband 1928 folgendermaßen beschrieben:

„Seine Verbindungen geben unbedingte Genugtuung auf eigene Waffen, verlangen von ihren Mitgliedern eine deutsch-vaterländische Gesinnung und stehen auf dem Boden des arischen Prinzips.“³⁹⁴

³⁸⁹ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpia“ Würzburg. 12. Jahrgang. Nr. 4. Dezember 1920, S. 4.

³⁹⁰ Mitgliederverzeichnis des Rothenburger Verbandes schwarzer Verbindungen (V.-S.-V.). Berlin, 1920, S. 5-12.

³⁹¹ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpia“ Würzburg. 12. Jahrgang. Nr. 1. März 1920, S. 16.

³⁹² Mitgliederverzeichnis des R.V.s.V. 1920.

³⁹³ Philister-Zeitung. September 1920, S. 9.

³⁹⁴ Würzburger Universitäts-Almanach 1928/29. Würzburg, 1928, S. 92.

Völkische Ideen waren im R.V.s.V. gegenwärtig, wie schon das in ihm verankerte „Arierprinzip“ vermuten lässt. Davon zeugt unter anderem ein Artikel von Dr. Viktor Mittermann, dem Präsidenten des Nieder-Österreichischen Landtags, der von der Schriftleitung des Verbandsblatts ganz besonders empfohlen wurde:

„Primitive Regungen der Gewalttätigkeit, ein unbändiger Zerstörungstrieb und unbestrittene Sympathien für zweifellos kriminelle Elemente kennzeichnen diesen Ostsozialismus, dessen rassenmäßige Vorkämpfer sicherlich die zahlreichen Undeutschen sind, die in der österreichischen Sozialdemokratie Unterschlupf gefunden und von ihr mancherlei Förderung erhalten haben.“³⁹⁵

Mit jenen „Undeutschen“ wurden die Juden umschrieben und der Gedanke einer ethnisch-politischen Unterwanderung liegt dem Antisemitismus sehr nahe.

Im Wintersemester 1920/21 führten die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zum Akademischen Gesangverein zu einem Lokalverband namens „Schwarzer Ring“. Diesem gehörte neben Adelpia und dem A.G.V. auch der Verein Deutscher Studenten Würzburg (V.D.St.) an. Der „Schwarze Ring“ hielt sich jedoch nur einige Jahre.³⁹⁶

1927 regte Adelpia an, dem R.V.s.V. einen attraktiveren Namen zu geben und schlug den Namen „Rothenburger Verband. Akademische, schlagende Schwarzbündler“ vor. Eine Diskussion über mögliche Namen wurde in der Verbandszeitschrift ausgetragen. Letztendlich blieb man aber bei R.V.s.V.³⁹⁷

Auch wenn Paul May als Philister außer Orts kaum aktiv am Verbandsleben teilnahm, gab es auch für sie Berührungspunkte. Dem R.V.s.V. gehörten in Berlin die Verbindungen Askania und Fridericiana, in Halle die Verbindung Thuringia an.³⁹⁸ Somit hätte May stets eine R.V.s.V.-Korporation vor Ort gehabt. Ob er diese auch wirklich als Verkehrsbund nutzte, ist nicht mehr rekonstruierbar. Allerdings findet sich in der Chronik der Thuringia Halle der Hinweis: „In den Jahren 1921/23 konnten wir auch Verbands AHAH namentlich von [...] Adelpia-Würzburg bei uns begrüßen.“ Dies lässt vermuten, dass May tatsächlich dort vorstellig geworden war. Thuringia

³⁹⁵ MITTERMANN, VIKTOR: Der deutsche Akademiker und der Anschlussgedanke. In: Studentische Nachrichten. Monatsschrift des Rothenburger Verbandes schwarzer schlagender Verbindungen. Heft 1, Oktober 1927, S. 4f.

³⁹⁶ GERLACH: Das Verbindungsleben, S. 56.

³⁹⁷ Rothenburger Verbandsblatt des Rothenburger Verbandes schwarzer schlagender Verbindungen. Nr. 9, September 1927, S. 85-88.

³⁹⁸ Philister-Zeitung. Oktober 1919, S. 17.

trug jedoch ab 1924 Farben und schied somit aus dem R.V.s.V. aus.³⁹⁹ Zudem existierte in Halle eine monatliche Zusammenkunft von R.V.s.V.-Mitgliedern im Hotel „Rotes Ross“.⁴⁰⁰

Auch in Würzburg fanden auf dem Adelphenhaus monatliche Verbandsabende statt, die den Austausch zwischen den Aktiven und Philistern der jeweiligen Bünde befruchten sollten. An diesen nahm auch Memmel bisweilen teil.⁴⁰¹ So hielt er beispielsweise im Sommersemester 1924 an einem jener Abende einen Vortrag über „Familiennamen unter besonderer Bezugnahme auf Verbands- und Bundesbrüder“.⁴⁰² Allgemein engagierte sich Memmel im R.V.s.V., auch bei Verbandstreffen und -tagungen außerhalb Würzburgs.⁴⁰³

³⁹⁹ HEILIGENSTAEDT, FRITZ: Hundert Jahre Thuringia Halle a.S.: 1860-1960. Halle an der Saale, 1960, S. 32f.

⁴⁰⁰ Studentische Nachrichten. Heft 2. März/April 1931, S. 28. Ab 1928 war diese nicht mehr regelmäßig, sondern nur noch nach Vereinbarung. Studentische Nachrichten, März/April 1931, S. 21.

⁴⁰¹ Philister-Zeitung. Juni 1924, S. 7.

⁴⁰² 60 Jahre Adelpia, S. 94.

⁴⁰³ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpia“ im Rothenburger V.S.V. in Würzburg. 17. Jahrgang. Nr. 1. Januar 1925, S. 12. Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpia“ im Rothenburger V.S.V. in Würzburg. 17. Jahrgang. Nr. 4. September 1925, S. 6.

IV. Arbeitsleben

1. Stadtrat in Halle

Im März 1921 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, wie sich der Stadtrat in Halle damals nannte, neue besoldete Stadträte, also Dezernenten, einzustellen. Ein hierzu einberufener Ausschuss setzte fest, die Stellen nicht neu auszuschreiben, sondern auf eine bereits existierende Bewerberliste zurückzugreifen.⁴⁰⁴

An der Spitze des Hallenser Magistrats stand zu diesem Zeitpunkt Oberbürgermeister Dr. Richard Robert Rive, der die Stadt prägte und viele Jahre Mays Vorgesetzter war. Rive wurde am 26. Dezember 1864 als Sohn deutscher Auswanderer in Neapel geboren und wuchs nach dem Cholera-Tod des Vaters und Bruders 1868 in Breslau auf. Mit dem Abschluss seines Abiturs wollte Rive ursprünglich Soldat werden, doch die Stellung der Familie war für die Aufnahme als Offiziersanwärter nicht ausreichend. Enttäuscht begann er hierauf mit dem Theologiestudium, doch schon nach einem Semester wechselte er zur Rechtswissenschaft. Trotz schwerer Geldsorgen wurde er 1888 zum *Doctor iuris* promoviert. Nach seinem Wehrdienst kam er durch eine Anstellung bei einem örtlichen Rechtsanwalt erstmals mit der Kommunalverwaltung in Berührung. 1883 bestand er sein Assessorenexamen in Berlin und heiratete im Jahr darauf. 1899 begann dann Rives kommunale Karriere mit der Wahl zum besoldeten Stadtrat von Breslau. 1905 wurde er zum Oberbürgermeister von Halle gewählt.⁴⁰⁵

„Mit der Wahl zum Ersten Bürgermeister der Stadt Halle beeinflusste Rive die Entwicklung der Stadt von einer verschlafenen Provinzstadt hin zu einer modernen Großstadt nachhaltig [...]“⁴⁰⁶

Noch im letzten Kriegsjahr erfolgte seine Wiederwahl auf weitere zwölf Jahre. Halle war nach dem Krieg eine Hochburg linker Parteien. Von den 66 Stadtverordneten gehörte genau eine Hälfte bürgerlichen Parteien an, die andere marxistischen (SPD, USPD, KPD). Die Stadt war gezeichnet von den Kämpfen zwischen rechts und links. 1919 hatte das Freikorps Maercker den von der USPD gesteuerten Arbeiterrat abgesetzt und die Stadt besetzt. Die anschließende Niederschlagung von Streiks forderten dutzende Menschenleben. Eine weitere und noch blutigere Gewaltwelle zog genau ein Jahr später mit dem Kapp-Lüttwitz-Putsch durch die Stadt. Diesmal kam es zu einem regelrechten Bürgerkrieg mit über 100 Toten und Gefangenenerschießungen durch die weißen Truppen. In diesem Konflikt Rive

⁴⁰⁴ Protokolle der Sitzungen des Ausschusses für Stadtratswahlen vom 11. und 18.3.1921. Personalakte May.

⁴⁰⁵ RIVE: Lebenserinnerungen eines deutschen Oberbürgermeisters, S. 9-68.

⁴⁰⁶ JACOB, RALF: Dr. Richard Robert Rive – Oberbürgermeister zwischen Reaktion und Fortschritt. In: Ders.: Richard Robert Rive, S. 6-15, hier S. 8.

unterstütze Rive öffentlich weder die Putschisten noch die Regierung Ebert, was ihm hiernach zum Vorwurf gemacht wurde und ein Disziplinarverfahren zur Folge hatte. Nach entsprechenden Anschuldigungen und Meinungsverschiedenheiten stellte Rive am 29. Juni 1920 den Antrag, von seinem Posten zurückzutreten. Dieser Schritt überraschte alle. Während der beurlaubte Oberbürgermeister seine Ferien auskostete, ließ er einen völlig überumpelten Magistrat zurück. Rives mangelnde Kompromissbereitschaft ärgerte einige, andererseits war seine vierzehnjährige Amtsführung an sich makellos. So wurde am 5. Juli das Rücktrittsgesuch mit knapper Mehrheit angenommen. Die Pensionsforderungen Rives waren für die Stadtverordnetenversammlung letztendlich aber ausschlaggebend dafür, das Rücktrittsgesuch am 12. August in einer neuen Abstimmung einmütig abzulehnen. Diese Farce zeigte die Unerfahrenheit der neuen Stadtverordneten. Es war einerseits ein Triumph für Rive, andererseits ein Schlag ins Gesicht der neuen, jungen Demokratie. Rive ging gestärkt aus dem Konflikt hervor und tat kurzerhand so als wäre der Konflikt gar nicht vorgefallen – sehr zur Erleichterung der Stadtverordneten.⁴⁰⁷ Seine national-konservative Einstellung (Rive trat 1928 in die DNVP ein) sollte ihm jedoch dauernden Streit mit den linken Parteien einbringen, bisweilen sogar mit den bürgerlichen.⁴⁰⁸

Trotzdem gärte es in Halle weiterhin sehr zwischen den beiden extremen politischen Polen. Immer wieder kam es zu Zusammenstößen, auch wenn die KPD langsam an Rückhalt verlor.⁴⁰⁹ Dieser Zusammenhang erklärt, warum der Gemeindebeamtenausschuss bezüglich der Wahl eines neuen besoldeten Stadtratsmitglieds, bei der auch May zur Debatte stand, ausdrücklich darum bat „alle Parteiwünsche zurückzustellen“.⁴¹⁰ Der Wunsch „Freie Bahn dem Tüchtigen“⁴¹¹ zielte somit auf eine Entspannung der Lage für die Stadtverwaltung außerhalb von parteipolitischen Grabenkämpfen, gerade in der sich immer mehr verschlechternden Wirtschaftslage. Ein einberufener Ausschuss setzte fest, dass die Stadtratsstellen nicht neu auszuschreiben seien, sondern auf eine bereits existierende Bewerberliste zurückzugreifen sei.⁴¹² Die Fraktionen der Deutschen Demokratischen Partei (DDP)

⁴⁰⁷ RIVE: Lebenserinnerungen, S. 291 und 302-323.

⁴⁰⁸ JACOB: Dr. Richard Robert Rive, S. 12.

⁴⁰⁹ Siehe hierzu: SCHMUHL: Halle in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, S. 7-63. Die hallesche Studentenschaft war hierbei überwiegend dem rechten Spektrum zugeordnet. Siehe hierzu: WAGNER, PATRICK: Von der Couleur zum Braunhemd: Völkische Studentenbewegung(en) in Halle während der Weimarer Republik. In: RANFT, ANDREAS/RUPRECHT, MICHAEL (Hrsg.): Universität und Stadt. Sichtbarkeit, Lebensform, Transformation (= Forschungen zur hallischen Stadtgeschichte. Band 25). Halle, 2018, S. 174-193.

⁴¹⁰ Schreiben des Gemeindebeamtenausschusses an die Stadtverordneten-Versammlung, Halle, 16.3.1921. Personalakte May.

⁴¹¹ Der Gemeindebeamtenausschuss an die Stadtverordneten-Versammlung, Halle, 16.3.1921. Personalakte May.

⁴¹² Protokolle der Sitzungen des Ausschusses für Stadtratswahlen vom 11. und 18.3.1921. Personalakte May.

und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) schlugen am 16. März 1921 Paul May als ihren Kandidaten vor.⁴¹³ Es ist daher davon auszugehen, dass er bereits auf der Bewerberliste stand. Mit dazu beigetragen haben Empfehlungen und guten Zeugnisse seiner vorherigen Arbeitsstellen. May nahm die Kandidatur im darauffolgenden Monat an, stellte jedoch zwei Bedingungen monetärer Art. Er forderte, dass die Stadt Halle Umzugskosten aus Berlin übernehmen und er weiterhin das Gehalt entsprechend der 3. Stufe der 13. Besoldungsgruppe, also 20.000 Reichsmark, beziehen sollte, welches er schon beim Deutschen Städtetag bezogen hatte.⁴¹⁴ Am 4. April 1921 wählten die Halleschen Stadtverordneten Paul May mit 32 von 59 Stimmen gegen zwei andere Kandidaten zum neuen besoldeten Stadtrat. Die Amtsdauer sollte zwölf Jahre betragen.⁴¹⁵ Am 16. Juni 1921 trat er seinen Dienst als Stadtrat an und wurde am 27. Juni bei seiner ersten öffentlichen Stadtverordnetenversammlung förmlich in das Amt eingeführt.⁴¹⁶ Außerdem leistete er an diesem Tag mit folgenden Worten den Eid auf die neue preußische Verfassung:

„Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt unparteiisch nach bestem Wissen und Können verwalten und die Verfassung gewissenhaft beachten will.“⁴¹⁷

Wie sehr die Inflation bereits im Gange war, zeigen exemplarisch Mays Umzugskosten aus Berlin in Höhe von insgesamt 7.428,70 Mark. Alleine schon zwei Zugfahrkarten II. Klasse von Berlin nach Halle schlugen mit 154 Mark zu Buche.⁴¹⁸

Tabelle 8 im Anhang dieser Arbeit veranschaulicht Mays Aufgaben im Magistrat von Halle von seinem Dienstbeginn 1921 bis zum Jahr 1945. Man übertrug ihm von Beginn an eine beachtliche Fülle an wichtigen Aufgabebereichen, die vor allem im sozialen Sektor verordnet waren. So war er etwa für die nach dem Krieg so wichtige Wohlfahrtspolitik zuständig. Hierbei handelte es sich um keine leichte Aufgabe. Die Situation verschärfte sich von Jahr zu Jahr, vor allem mit der ab 1922 einsetzenden Hyperinflation.⁴¹⁹ Ein Jahr später kostete das Waschen eines Bettbezuges im Halleschen

⁴¹³ Protokolle der Sitzungen des Ausschusses für Stadtratswahlen vom 11. und 18.3.1921. Personalakte May.

⁴¹⁴ Annahmeerklärung von Dr. Paul May. Berlin, 11.4.1921. Personalakte May.

⁴¹⁵ Protokoll der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in Halle vom 4.4.1921. Personalakte May.

⁴¹⁶ Aktennotiz des Magistrats. Halle, 17.6.1921. Personalakte May.

Auszug aus dem Sitzungsprotokoll der Stadtverordneten-Versammlung zu Halle am 27.6.1921. Personalakte May.

⁴¹⁷ Vereidigungsnachweis von Paul May. Halle, 27.6.1921. Personalakte May.

⁴¹⁸ Ausgabe-Anweisung. Halle, September 1921. Der Magistrat. Personalakte May.

⁴¹⁹ KINDLEBERGER, CHARLES POOR: A Structural View of the German Inflation. In: FELDMAN, GERALD/HOLTFRICH, CARL-LUDWIG/RITTER, GERHARD (Hrsg.): Die Erfahrung der Inflation im internationalen Zusammenhang und Vergleich. Berlin, 1984, S. 10-33.

Stadtbad bereits 190.000 Mark.⁴²⁰ Auch nach der Währungsreform zeigten sich noch die langfristigen Folgen. Die Anzahl der auf Unterstützung angewiesenen Personen und Familien betrug im Jahr 1927/28 das Dreifache wie 1914.⁴²¹ Mays Doktorvater hatte sich schon vor dem Ersten Weltkrieg mit Methoden zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beschäftigt. Von diesen Kenntnissen könnte May in der Praxis profitiert haben. Ein weiteres schwieriges Arbeitsfeld war die Wohnraumversorgung. Die Knappheit an Unterkünften resultierte aus drei Ursachen:

1. Der Demobilisierung der Streitkräfte.
2. Dem Ausfall von Neubauten während des Krieges.
3. Der Nachholung von Eheschließungen und den damit verbundenen Hausstandsgründungen.

Der Wohnungsmangel war während der 1920er Jahre nicht zu beheben. In Halle kam noch die Schwierigkeit hinzu, dass viele Räumlichkeiten mangels Sanierung in einem kaum vermietbaren Zustand waren. Die Einführung eines Zuweisungssystems schaffte hierbei auch keine Entlastung.⁴²² Hinzu kam, dass Halle als Industriestadt für Arbeiterfamilien attraktiv geworden war, weshalb diese kontinuierlich zuzogen. Um dieser Bevölkerungsvermehrung Herr zu werden versuchte man es mit Zuzugsbeschränkungen und Umsiedelungen in die umliegenden Gemeinden. May sah in letzterer Maßnahme zu Recht keinen Sinn. Dennoch konnte er einige Erfolge im Sektor des sozialen Wohnungsbaus vorweisen, die auch außerhalb seiner Stadt für Anerkennung sorgten. So war er etwa 1922 der Mitgründer der „Kleinwohnungsbau A.G.“, die heute noch unter dem Namen „Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH“ existiert. Durch die gute Zusammenarbeit zwischen städtischen Stellen und Bauvereinen entwickelte der Wohnungsbau ab der Mitte der 1920er Jahre ein Eigenleben. Dies wiederum entlastete die städtische Bautätigkeit. May hatte 1924 einen jährlichen Neubau von 1.000 Wohnungen gefordert. 1927 konnte diese Zahl erstmals fast erreicht werden und 1929 wurde sie sogar um 600 überschritten. Damit endete jedoch der Aufschwung, bedingt durch die Kürzung von staatlichen Zuschüssen.⁴²³ Letztendlich war Mays Arbeit im Wohnungsdezernat trotz widriger Umstände erfolgreich. Zwischen 1919 und 1930 wurden in Halle fast 9.000

⁴²⁰ Generalverfügung über das Waschen im Stadtbad. Der Magistrat. Velthuysen. Halle, 21. August 1923. Generalverfügungen 1923. A 2.9 Kap. XI Abt. A Bd. 7. SAH.

⁴²¹ NEUSS, ERICH: Die Hallische Stadtverwaltung 1906-1931. Halle-Saale, 1931, S. 149-159.

⁴²² FÜHRER, KARL CHRISTIAN: Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmangel und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914-1960 (= Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Beihefte. Nr. 119). Stuttgart, 1995, S. 30f., 148 und 317.

⁴²³ KÜPPERBUSCH, KERSTIN: Von der Mietskaserne zur Gartenvorstadt. Siedlungs- und sozialer Wohnungsbau während der Weimarer Republik in Halle (= Forschungen zur hallischen Stadtgeschichte. Band 14). Halle, 2010, S. 69-74 und 101ff.

Schreiben von OB Lieser an May. Halle, 20.10.1945. Personalakte May.

neue Wohnungen geschaffen.⁴²⁴ Auch das sozialdemokratische Lokalblatt lobte 1932 seine auf diesem Gebiet vollbrachten Leistungen.⁴²⁵

Nach wie vor lag die Adelpia für May auch im fernen Halle noch immer am Herzen. Für den Verbindungshausbau spendete er im Frühjahr 1921 1.500 Mark.⁴²⁶ Bisweilen war er auch gemeinsam mit seiner Frau zu den Stiftungsfesten in Würzburg anzutreffen.⁴²⁷

In den Jahren 1922/23 wurde Halle zum Schauplatz eines Machtkampfes zwischen Reichsregierung und kommunaler Selbstverwaltung. Grund war die Verstaatlichung der Halleschen Polizei. Schon bei der Anzahl der in den Staatsdienst zu übernehmenden Polizeibeamten begann der Konflikt. Als keine Einigung erzielt werden konnte, erschien überraschend ein Ministerialdirigent in Halle, welcher kurzerhand verkündete, dass ab diesem Tage die Polizeiverwaltung auf den Staat übergehe. Oberbürgermeister Rive widersprach dem und bekräftigte, dass die Polizei in kommunaler Hand bleiben solle. Zum zweiten Akt kam es wenige Tage später. Diesmal stattete der Oberpräsident Halle einen Besuch ab und erklärte, dass die Polizeiverwaltung beschlagnahmt sei. Rive leitete hierauf eine Klage gegen diese Maßnahme ein, der nach langer (Nicht-)Bearbeitung im Frühjahr 1923 stattgegeben wurde. Das plump empfundene Auftreten des Staates, gepaart mit dem Mangel an Rechtsstaatlichkeit war eine Schlappe für die junge Republik. Hierauf einigten sich Stadt und Staat auf eine ordentliche Übernahme der Polizei, allerdings zugunsten von Halle.⁴²⁸

In seiner neuen Heimatstadt Halle nahm May auch am Vereinsleben teil. So wurde er im Herbst 1923 zum Vorsitzenden des „Ortsvereins zur Bekämpfung der Tuberkulose in Halle (Saale)“ gewählt.⁴²⁹ Dem Ausschuss dieses Verbandes gehörte auch Rive an, der allerdings nie an einer Veranstaltung teilnahm. Als der Verband 1927 die Verwaltungsform von einer parlamentarisch-demokratischen hin zu einer autoritativen wechselte, versuchte May vergebens, Rive zu einer Verhinderung dieser Vorgänge zu bewegen.⁴³⁰ Derweil verstarb Mays Vater am 22. August 1925 in Halle.⁴³¹

⁴²⁴ RIVE: Lebenserinnerungen, S. 388ff.

⁴²⁵ Die neuen Männer. Volksblatt Halle. Nr. 215, 13.9.1932.

⁴²⁶ RUMMEL, GEORG: Hausbauverein. In: Philister-Zeitung. Mai 1921, S. 17ff.

⁴²⁷ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpia“ Würzburg. 14. Jahrgang. Nr. 3. September 1922, S. 4.

⁴²⁸ RIVE: Lebenserinnerungen, S. 325-334

⁴²⁹ Schreiben des stellvertretenden Vorsitzenden des Ortsvereines zur Bekämpfung der Tuberkulose in Halle (Saale) an Dr. May. Halle, 23.11.1923. Personalakte May.

⁴³⁰ Schreiben von Dr. Blümel an OB Weidemann. Halle, 10.4.1933. A 2.9 Kap. X Abt. B Nr. 8 Bd. 2. SAH.

⁴³¹ Fragebogen Paul May zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.

1926 kam es bei der Stadtbank Halle zu einem Skandal, der noch lange Gesprächsthema in der Stadt bleiben sollte. Für May war dieser zwar mit viel Arbeit verbunden. Allerdings profitierte er von dem Skandal in seinem weiteren Berufsweg. In dem ihm unterstehenden Wohnungsamt gab es unter anderem auch eine Haussteuer-Hypotheken-Abteilung. Durch diese kam May erstmals in Kontakt mit der Finanzwirtschaft, weswegen er sich in den Augen seiner Vorgesetzten – zusammen mit seinem bisher gezeigten Fleiß – dafür qualifizierte, bei der Aufarbeitung des nun folgenden Skandals involviert zu werden.⁴³²

Die Hallesche Stadtbank war eine erst 1923 gegründete Abteilung der Stadtparkasse.⁴³³ Unter ihrem Direktor Berger litt sie unter äußerst schlechter Organisation und vergab Darlehen ohne die Kreditwürdigkeit zu prüfen. Berger führte die Stadtbank trotz seines Mangels an Sachkenntnis, Gewissenhaftigkeit und Sorgfalt. Seine vorgesetzten Instanzen täuschte er bis auf das Äußerste, wie die Treuhand- und Wirtschaftsberatungs-Aktien-Gesellschaft Hannover in einer außerordentlichen gutachtlichen Prüfung von September bis Oktober 1926 festgestellt hatte. Eine umfassende Aufarbeitung war notwendig, für die Oberbürgermeister Rive May vorsah. Dieser wurde dadurch Dezernent der Stadtbank und erarbeitete zusammen mit der Direktion die in Frage kommenden Konten. Der Bericht zeigt deutlich auf, welche mühevollen und zugleich höchst ärgerliche Arbeit dies darstellte.⁴³⁴ Im bis dahin längsten Prozess der Halleschen Justizgeschichte wurde Direktor Berger für die von ihm verursachte Misswirtschaft abgeurteilt. Unter seiner Verantwortlichkeit verschwanden 7,5 Millionen Mark an städtischen Geldern und das Gericht stellte einen effektiven Schaden von 3 Millionen Goldmark fest. Berger wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.⁴³⁵ Die Stadt Halle musste allerdings die Sicherheiten für die enormen Verbindlichkeiten stellen und der Vertrauensverlust wog schwer.⁴³⁶ Das Disziplinarverfahren gegen den für die Stadtbank zuständigen Dezernenten Dr. *iur.* Hans Seydel, der auch Zweiter Bürgermeister von Halle war, wurde zwar eingestellt,⁴³⁷ seinen Geschäftsbereich musste er aber an May abgeben.⁴³⁸

⁴³² Rive an May, 20.10.1945.

⁴³³ NEUSS, ERICH: Die Stadtparkasse zu Halle 1857-1932. Halle, 1932, S. 221.

⁴³⁴ Berichte über die Revision bei der Stadtbank Halle September – Oktober 1926. Treuhand- und Wirtschaftsberatungs-Aktien-Gesellschaft, Hannover. A 2.40 Nr. 4 Bd. 1. SAH. Handakte des Stadtrates Dr. Paul May zum Stadtbankskandal. A 2.40 Nr. 5 Bd. 1. SAH.

⁴³⁵ Das Rätsel des Stadtbankprozesses. „Wo sind die Millionen geblieben?“ – Eine Frage, aber keine Antwort – Millionenverluste: 2 Jahre Gefängnis! – Die öffentliche Meinung über das Strafmaß. Hallische Nachrichten vom 3.7.1928.

⁴³⁶ NEUSS: Die Stadtparkasse zu Halle, S. 222.

⁴³⁷ RIVE: Lebenserinnerungen, S. 339. Siehe hierzu auch: C 48 Ia Regierung Merseburg. Kommunalregistratur Nr. 658 Bd. 1–2 „Das Disziplinarverfahren gegen den 2. Bürgermeister Seydel in Halle a/S., 1926–1930“. LASA.

⁴³⁸ Siehe Tabelle 10 zu Mays Geschäftsbereichen ab 1926.

Die Schadensbeseitigung hierbei zu übernehmen war sicherlich keine leichte Aufgabe. Seitdem May die Geschicke leitete, konnte die Stadtparkasse aber einen enormen Aufschwung verzeichnen.⁴³⁹ 1935 überstieg die Höhe des Einlagenbestands erstmals das bisherige Maximum der Vorkriegszeit von 1913 um über eine Million und lag nun bei fast 58.700.000 RM.⁴⁴⁰ Die außerordentlichen Leistungen, die er bei der Hallenser Stadtbank erbrachte, führten dazu, dass May 1930 zum Kämmerer gewählt werden sollte. Bis dahin existierte für diesen wichtigen Geschäftsbereich nur eine Kämmerei-Deputation, in welcher der Oberbürgermeister den Vorsitz hatte. Mit der 1929 beginnenden Weltwirtschaftskrise musste May damit die Aufgaben von zwei hochbrisante Posten gleichzeitig meistern: Die Stadtfinanzen und die Wohlfahrt. Die damit einsetzende Situation war sogar noch ärger als während der Hyperinflation. Sie war von Massenarbeitslosigkeit und Gehaltskürzungen geprägt und hatte selbst in der Landwirtschaft katastrophale Folgen.⁴⁴¹ Waren im Mai 1919 in Halle nur 300 Erwerbslose gemeldet, wuchs deren Zahl in den beiden Folgejahren von 2.400 auf 5.800. Schließlich hatten im Mai 1932 11.100 Personen keine Arbeit.⁴⁴² Zudem war die Stadtkasse 1930 so leer, dass die Gelder nicht einmal mehr über den laufenden Monat hinaus reichten. May übernahm also einen schwierigen Posten in Zeiten der Krise. Die Werke der Stadt Halle A.G. (Wehag) schuldeten der Stadt zu diesem Zeitpunkt fünf Millionen Mark, die sie aber ohne ein günstiges Darlehen bei einer Bank nicht begleichen konnten. Ein erster Anlauf blieb erfolglos. Erst als sich May und Oberbürgermeister Rive einschalteten, gelang die Darlehensaufnahme. Hierdurch konnte die drohende Einstellung von Zahlungen durch die Stadtkasse abgewendet werden.⁴⁴³ Dennoch vermochte es May im Laufe der Zeit die enormen Schulden der Stadt erfolgreich abzubauen und sogar finanzielle Reserven zu schaffen. Als Herr über die Finanzen von Halle war es ihm von nun an möglich, in alle Dezernate einzugreifen.⁴⁴⁴

Im Zuge seines Arbeitsbereichs kam May in immer weitere Kreise der kommunalen Verwaltung. Am 8. Juni 1928 wählte der Aufsichtsrat der Mitteldeutschen Heimstätte ihn zum Mitglied des Arbeitsausschusses. Hierbei handelte es sich um eine Wohnungsfürsorge-Gesellschaft mit beschränkter

⁴³⁹ Die neuen Männer.

⁴⁴⁰ Geschäftsbericht der Stadtparkasse zu Halle für das Jahr 1935. A 2.21 000-1/6.3 Bd. 4.

⁴⁴¹ BLAICH, FRITZ: Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise (= Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart). 3. Auflage. Nördlingen, 1994, S. 58-115.

⁴⁴² RIVE: Lebenserinnerungen, S. 341 und 386.

⁴⁴³ RIVE: Lebenserinnerungen, S. 388ff.

⁴⁴⁴ Lieser an May, 20.10.45.

Haftung in Magdeburg.⁴⁴⁵ Außerdem wurde May im Sommer 1929 zum Vertreter des Vorsitzenden des Schulausschusses bestellt.⁴⁴⁶ Seinen bisherigen Leistungen im Gebiet der Sparkasse und Finanzverwaltung war es wohl geschuldet, dass May ab Januar 1930 in den Kreditausschuss der Landesbank entsandt wurde.⁴⁴⁷ Am 15. Mai 1930 wurde May darüber hinaus zum stellvertretenden Vorsitzenden des Gewerbesteuerausschusses für den Stadtkreis Halle ernannt.⁴⁴⁸

Mays gute Arbeit wurde auch monetär honoriert, denn die Stadtverordnetenversammlung vom 13. Juni 1929 beschloss, ihm und zwei weiteren Stadtverordneten eine einmalige Zuwendung von je 3.000 Reichsmark zu gewähren. Eine nähere Begründung wofür genau dies erfolgte gibt das Protokoll leider nicht an.⁴⁴⁹

Am 1. April 1930 endete die zweite Amtszeit von Oberbürgermeister Rive. Nur die KPD stellte einen Gegenkandidaten auf. Doch nach einem frisch verabschiedeten Kommunalbeamtenengesetz war nunmehr eine Zweidrittelmehrheit für einen Wahlerfolg notwendig. Rive brauchte daher die Stimmen der SPD. Am 27. Juni 1929 kam es dann zur Wahl des künftigen Oberbürgermeisters. Rive war bereits 65 Jahre alt, sodass er maximal drei weitere Jahre im Amt verbleiben durfte. Von 56 Stimmen erhielt der amtierende Oberbürgermeister 38, sein kommunistischer Gegenkandidat 17, eine Stimme war ungültig. Rive ging erneut als Sieger hervor, während zwischen der KPD und der SPD ein Konflikt wegen der mangelnden Unterstützung des Gegenkandidaten entbrannt.⁴⁵⁰ Diese Uneinigkeit sollt den Nationalsozialisten drei Jahre später bei ihrer Machtübernahme zu Gute kommen.

⁴⁴⁵ Abschrift des Schreibens des Landeshauptmanns Hübner an Stadtrat Dr. May. 18.6.1928. Personalakte May.

⁴⁴⁶ Auszugsweise Abschrift des Protokolls des Schulausschusses. Halle, 26. Juni 1929. Personalakte May.

⁴⁴⁷ Abschrift des Schreibens des Geschäftsführers der Landesbank an Stadtrat Dr. May. Magdeburg, 25.1.1930. Personalakte May.

⁴⁴⁸ Abschrift Ernennungsschreiben der Abteilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten der Regierung an Paul May. Merseburg, 15.5.1930. Personalakte May.

⁴⁴⁹ Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag, dem 13. Juni 1929, 16 Uhr. Sitzungsprotokolle 1929. A 2.44 Nr. 3 Bd. 12. SAH.

⁴⁵⁰ RIVE: Lebenserinnerungen, S. 393f.

2. Memmel als Lehrer

Ab April 1921 war Theodor Memmel im nahe der bayerischen Grenze gelegenen Ulm in Württemberg ansässig, wo er als Studienassessor⁴⁵¹ bis April 1922 am dortigen Reformpädagogium und der Reichsweherschule unterrichtete. Im Anschluss daran hatte er an der Würzburger Sophienschule bis April 1926 eine Lehrerstelle.⁴⁵² Hierbei handelte es sich um eine private höhere Lehranstalt für Mädchen. Mit seinen Klassen unternahm Memmel mehrfach Reisen, auch in das Ausland. Die am weitesten entfernte ging nach Lissabon.⁴⁵³

Für diese Arbeitsstelle war er wieder nach Würzburg gezogen, diesmal in die Huttenstraße 32.⁴⁵⁴ Von hier war es nicht weit bis zum neuen Verbindungshaus in der Sieboldstraße 12. Dieses vormalige Gasthaus „Zum Südbahnhof“ hatte der Hausbauverein Adelpia am 4. Juli 1921 gekauft.⁴⁵⁵ Somit blieb er weiterhin ein treuer Besucher der Veranstaltungen Adelpias, zu denen er auch immer wieder seine Frau mitnahm. Am 19. Juli 1922 wurde Memmel, mittlerweile Studienrat, abermals zum Kassier des Philistervorstandes gewählt.⁴⁵⁶ Diesem Posten blieb er treu, und erhielt ihn im Juli 1925 abermals.⁴⁵⁷

Am 30. April 1921 gebar seine Frau die Zwillinge Elisabeth (Lilli) Maria und Johann (Hans) Erich Maria, die das Paar katholisch taufen ließ.⁴⁵⁸ Der Vorname „Maria“ für die Tochter, vor allem aber beim Sohn, deutet auf eine tiefe katholische Verwurzelung bei mindestens einem der beiden Ehepartner hin.⁴⁵⁹ Am 5. Februar 1930 kam der Sohn Otto Heinrich zur Welt, der ebenfalls katholisch getauft wurde.⁴⁶⁰

Die Tochter Elisabeth vermählte sich am 21. September 1940 mit *cand. pharm.* Kurt Wald. Der Schwiegersohn war auch Memmels politischer Linie, denn der am 11. April 1917 geborene Wald bekleidete den Rang eines SS-Untersturmführer bei der Leibstandarte SS „Adolf Hitler“.⁴⁶¹ Auch nach

⁴⁵¹ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpia“ Würzburg. 13. Jahrgang. Nr. 2. August 1921, S. 4.

⁴⁵² Personalnachweis Memmel.

⁴⁵³ Die neuen Männer nach der Umstellung im Rathaus. Aus ihrem Leben... Oberbürgermeister Theo Memmel. WGA, Nr. 98, 28.4.1933, S. 4.

⁴⁵⁴ RUMMEL, GEORG: Hausbauverein. In: Philister-Zeitung. Mai 1921, S. 17ff.

⁴⁵⁴ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpia“ Würzburg. 14. Jahrgang. Nr. 2. Mai 1922, S. 8.

⁴⁵⁵ Philister-Zeitung. August 1921, S. 12.

⁴⁵⁶ Philister-Zeitung. September 1922, S. 9.

⁴⁵⁷ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpia“ im Rothenburger V.S.V. in Würzburg. 17. Jahrgang. Nr. 3. Juni 1925, S. 3.

⁴⁵⁸ EMB Memmel.

⁴⁵⁹ COESTER, MICHAEL: Vornamensrecht – international. In: Gesellschaft der deutschen Sprache e.V. (Hrsg.): Internationales Handbuch der Vornamen. Frankfurt a.M., 1986, S. V-XLIX, hier S. XII.

⁴⁶⁰ EMB Memmel.

⁴⁶¹ Mitteilungsblatt der Kameradschaft und Altherrenschaft Rudolf Berthold. Nr. 6 (Kriegsnummer). Juli, 2. Trimester 1940, S. 5

ihrer Hochzeit wohnte Elisabeth noch mehrere Jahre bei ihrem Vater.⁴⁶² Aus der Ehe gingen drei Kinder hervor.⁴⁶³

Memmels Sohn Hans Erich erlebte hingegen nicht einmal seinen 22. Geburtstag. Er fiel als Obergefreiter in einem Panzer-Kradschützen-Bataillon in Russland und wurde dort in Shisdra begraben.⁴⁶⁴ Der Alte Herr Dr. *med.* Karl Gruber besuchte schon bald darauf dessen Grab.⁴⁶⁵ Hier zeigt sich erneut die Verbundenheit innerhalb von Memmels Korporation.

Große Geldsorgen hatte die junge Familie Memmel anscheinend nicht, da sich Theo an einer von einigen Philistern Adelprias angeregten Unterstützungskasse für die jungen bedürftigen Bundesbrüder beteiligte. Monatlich steuerte er trotz der Wirtschaftskrise zwei Silbermark bei.⁴⁶⁶ Er wünschte seinen jungen Bundesbrüdern offenbar eine finanziell unbeschwerte Studentenzeit, die er selbst so nicht gehabt hatte. Noch mehrere Jahre lang zahlte er beständig in diesen Unterstützungsfonds ein.⁴⁶⁷

Als Folge seiner Kriegsverletzung machte er von 1923 bis 1943 stets mindestens einmal im Jahr eine Badekur, vornehmlich in Bad Mergentheim oder Karlsbad.⁴⁶⁸ Trotz seiner vierköpfigen Familie nahm sich Memmel immer wieder Zeit für seinen Bund in und außerhalb Würzburgs. So besuchte er beispielsweise im Frühling 1925 seine Konphilister in Schweinfurt und sogar in Hamburg.⁴⁶⁹

Am 16. April 1926 wurde Memmel dann als Studienrat am humanistischen Gymnasium⁴⁷⁰ in Weiden angestellt. Er unterrichtete dort die beiden klassischen Sprachen sowie Deutsch und Geschichte.⁴⁷¹ Mit dieser Versetzung gab er zwangsweise zum zweiten Mal seinen Vorstandsposten im Philisterium Adelprias auf.⁴⁷² Denn gemäß Philister-Satzung mussten

⁴⁶² Protokoll Verhandlung Memmel, 28.11.47, Blatt 5. Rechnung der Privat-Frauenklinik Würzburg an Frau Oberleutnant L. Wald, Würzburg, Maasweg 20. 27.10.1941. Magistratsakten Signatur 119 h. SAW.

⁴⁶³ Einwohnermeldebogen Elisabeth Maria geb. Memmel, gesch. Wald. Einwohnermeldeamt Würzburg.

⁴⁶⁴ Hans Erich Memmel hatte schon mehrere Kämpfe im Zweiten Weltkrieg überstanden, wie seine Auszeichnungen belegen: EK II, Panzerkampfabzeichen und Medaille für die Winterschlacht im Osten 1941/42. Todesanzeige Hans Erich Memmel. In: Völkischer Beobachter (süddeutsche Ausgabe). Nr. 86, 27.3.1943.

⁴⁶⁵ Mitteilungsblatt der Kameradschaft und Altherrenschaft „Rudolf Berthold“, Mai 1943, S. 6 und 8.

⁴⁶⁶ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelphia“ Würzburg. 15. Jahrgang. Nr. 3. Oktober 1923, S. 5.

⁴⁶⁷ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelphia“ im Rothenburger V.S.V. in Würzburg. 17. Jahrgang. Nr. 2. April 1925, S. 15.

⁴⁶⁸ Vertrauensärztliches Gutachten Memmel.

⁴⁶⁹ RUMMEL, GEORG: Etwas aus dem Philisterium. In: Philister-Zeitung. September 1925, S. 7.

⁴⁷⁰ Zur Geschichte dieser Schule siehe: RIES, HANS: Lateinschule und Gymnasium Weiden-Opf. 1930-1932. Weiden, 1932.

⁴⁷¹ Personalnachweis Memmel.

⁴⁷² Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelphia“ im Rothenburger V.S.V. in Würzburg. 18. Jahrgang. Nr. 1. Mai 1926, S. 1.

alle Vorstandsmitglieder in Würzburg wohnhaft sein.⁴⁷³ Dies hielt ihn jedoch nicht davon ab, 1927 zur Festschrift anlässlich des 60-jährigen Bestehens von Adelpheia einen Beitrag zu leisten. In diesem schrieb Memmel ein Kapitel über bedeutende Adelphen. Die Behandlung des im ersten Kapitel dieser Dissertation kurz erwähnten Bundesbruders jüdischen Glaubens und Freimaurers⁴⁷⁴ Freudenthal, war damals noch selbstverständlich. Hier schreibt Memmel über ihn:

„Auch Gründungsphilister Dr. Ignaz Freudenthal, Justizrat und Rechtsanwalt in Würzburg, Vorstandsmitglied der Anwaltskammer Bamberg, ist ein weit über Würzburgs Mauern hinaus bekannter Adelphe gewesen. Trauernd stand im Januar 1919 Aktivitas und Philisterium an seiner Bahre; denn bis zu seinem Tod hing er an seinem Bund, dem er auch lange Jahre Philistervorstand war.“⁴⁷⁵

Hier ließ sich noch keine offene Phobie vor Juden oder Freimaurern seitens Memmel erkennen. Sonst hätte er Freudenthal in seiner Abhandlung möglicherweise unter den Tisch fallen lassen oder seine Verdienste um die Verbindung geschmälert. Er verwendet auch nicht wesentlich weniger Worte als für andere Bundesbrüder. Zu diesem Zeitpunkt kann Memmel also nicht radikal antisemitisch eingestellt gewesen sein.

Derweil verstarb sein Vater am 4. Oktober 1927 an den Folgen eines Arbeitsunfalls.⁴⁷⁶

In seiner neuen Schule in Weiden zeigte Theo Memmel außerordentliche Leistungen. In einem Personalnachweis von 1928 steht:

„Fleiß und Eifer für die Schule, sowie eigene wissenschaftliche Fortbildung, Note I. Lehr- und Erziehungsgabe, Note I-II. Dienstliches und außerdienstliches Verhalten tadellos.“⁴⁷⁷

Des Weiteren attestierte man ihm die Befähigung, alle Klassen zu unterrichten, und hielt ihn für fähig zum Studienprofessor befördert zu werden. Abschließend heißt es:

„Ein recht strebsamer u. tüchtiger, in allen Sätteln gerechter Lehrer, der sich auch in gesellschaftlicher Beziehung großer Gewandtheit und Beliebtheit erfreut.“⁴⁷⁸

⁴⁷³ § 7 Satzungen des Philister-Verbandes, 1908.

⁴⁷⁴ Er gehörte seit 1888 der Würzburger Logenvereinigung "Zu den Zwei Säulen am Stein" an. Dort war er u.a. Redner der Loge und langjährig Meister vom Stuhl. Matrikel der gerechten und vollkommenen St. Johannis-Loge Zu den zwei Säulen am Stein im Orient Würzburg von 1871 bis 1927. Archiv des Deutschen Freimaurermuseums e.V. Bayreuth. FLADE, ROLAND: Juden in Würzburg 1918-1933 (= Mainfränkische Studien. Band 34). Würzburg, 1985, S. 219.

⁴⁷⁵ MEMMEL, THEO: Bedeutende Adelphen. In: 60 Jahre Adelpheia, S. 30-36, hier S. 32.

⁴⁷⁶ EMB Ambrosius Memmel. Vertrauensärztliches Gutachten zum Zweck der Ruhestandsversetzung von Theo Memmel. Würzburg, 21.8.1957. Magistratsakten Signatur 119 a. SAW.

⁴⁷⁷ Personalnachweis Memmel.

⁴⁷⁸ Personalnachweis Memmel.

Memmel scheint in seinem Beruf voll aufgegangen und ein ausgezeichneter Lehrer gewesen zu sein. Außerdem leitete er in Weiden den örtlichen Gesangsverein.⁴⁷⁹ Das Gesellschaftliche hatte er sicher in den Jahren bei seiner Verbindung gelernt, wohin er zu regelmäßigen „Auffrischungsprogrammen“ nach Würzburg reiste. Neben seinem Beruf unterstützte er auch die Jugend im Allgemeinen. So wurde Memmel Mitglied in einer Jugendherbergsorganisation und half 1928 dabei, eine Herberge in Weiden zu bauen.⁴⁸⁰

Am 1. September 1930 kam er schließlich zurück nach Würzburg und bekam eine Stelle am dortigen Realgymnasium.⁴⁸¹ Das 1864 eröffnete Realgymnasium war neuphilologisch angelegt und wurde zur Zeit Memmels von Dr. Richard Schiedermaier geleitet. Memmel selbst unterrichtete hier Latein, Deutsch, Geschichte sowie Erdkunde, und erhielt ein Nettogehalt von 9.000 Reichsmark.⁴⁸² Schiedermaier sagte über Memmels Dienstzeit dort später aus:

- „1. dass er in seinem Unterricht nie Politik getrieben hat,
2. dass er gegen jüdische Schüler stets korrekt war und
3. dass der beste Schüler der 1. Klasse des Jahres 1932, die Herr Memmel damals als Klassenleiter führte, ein Jude war.“⁴⁸³

Ein Würzburger Ratsherr sagte sogar über ihn: „Ich weiß nur, dass die Mutter eines jüdischen Schülers später erst erzählte, wie die Jungen und auch ihr Junge an Memmel hing.“⁴⁸⁴ Wenn diese Aussagen wirklich zutreffen, lässt sich schlussfolgern, dass Memmel zumindest in seiner Schule professionell auftrat, und seine nationalsozialistische Gesinnung nicht offen zeigte. Er besaß anscheinend sogar das Vertrauen seiner jüdischen Schüler, dem er jedoch schon bald nicht gerecht werden sollte.

⁴⁷⁹ Brief von Dr. Ludwig Eberth an Karl Hör. Weiden, 1.2.1934. Gestapo 1842. Staatsarchiv Würzburg.

⁴⁸⁰ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.1.48, Blatt 1.

⁴⁸¹ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 1.

⁴⁸² OHLHAUT, GEORG: Aus Vergangenheit und Gegenwart des Realgymnasiums Würzburg 1864-1939. Festschrift zur Feier des 75jährigen Bestehens des Realgymnasiums Würzburg. Würzburg, 1939, S. 15, 131 und 203. Meldebogen zur Entnazifizierung von Theodor Memmel. 4.7.1947. Spruchkammerakte Memmel. StAM.

⁴⁸³ Eidesstattliche Erklärung von Dr. Richard Schiedermaier. Uffenheim, 16.1.1947. Spruchkammerakte Memmel.

⁴⁸⁴ Protokoll der Verhandlung gegen Memmel Theo. 3. Verhandlungstag – 27.11.1947. Spruchkammerurteil Memmel, Blatt 7. Vom 27.11. existieren zwei Verhandlungsprotokolle. Da das Zweite keinen zeitlichen Zusatz (z.B. nachmittags) hat, wird es in dieser Arbeit durch seinen Originaltitel „3. Verhandlungstag“ gekennzeichnet.

3. Zwischenfazit

Festzustellen ist, dass sich weder May noch Memmel durch ihren Verbindungshintergrund explizite nachweisbare Vorteile im Studium oder dem bisher geschilderten Berufsleben sichern konnten. Bei diesen beiden Personen trifft also die öfters gehörte Aussage, „[...] dass sich die Stellenvermittlungen oft wie bei geheimen Orden hinter den Kulissen vollziehen [...]“ und die Karriere „generalstabsmäßig geplant“⁴⁸⁵ werde, nicht zu. So ist weder bei May noch bei Memmel in den überlieferten Lebensläufen zur Bewerbung auf Stellen von einer Verbindungszugehörigkeit etwas zu lesen.⁴⁸⁶ Allerdings erkannte man Memmels waffenstudentische Vergangenheit in seinem Gesicht.

Im Gegensatz zu May ist bei Memmel während des Berufslebens eine deutlich engere Bindung zu Adelpia nachweisbar, was aber sicherlich auch durch den mindestens zeitweiligen Wohnsitz in Würzburg gefördert worden sein dürfte.

Beide heirateten und bekamen Kinder, nachdem sie eine feste Arbeitsstelle hatten, was für eine sorgsame Familienplanung spricht.

⁴⁸⁵ SCHÄFER, GERHARD: Cliques, Klüngel und Karrieren. Beziehungen und Verbindungen. In: ELM, LUDWIG/HEITHER, DIETRICH/SCHÄFER, GERHARD: Füxe, Burschen, Alte Herren. Studentische Korporationen vom Wartburgfest bis heute (= Neue Kleine Bibliothek. Band 28). 2. Auflage. Köln, 1992, S. 307.

⁴⁸⁶ Handschriftlicher Lebenslauf May. Lebenslauf May 10.4.1921. Lebensabriss Memmels.

V. Parteizugehörigkeit

In der Weimarer Republik durften die Beamten politischen Parteien angehören.⁴⁸⁷ Dies stellte eine Neuerung im Vergleich zum wilhelminischen Kaiserreich dar. Im nun folgenden Kapitel wird die Parteizugehörigkeit und die damit verbundene politische Einstellung von May und Memmel untersucht werden.

1. May bei der DVP

Paul May trat 1925 in die Deutsche Volkspartei (DVP) ein.⁴⁸⁸ Diese entstand im November 1918 stellte die Nachfolgerin der Nationalliberalen Partei dar. Ihr Programm hatte rechtsliberalen Inhalt, und die Mitglieder bestanden zum Großteil aus Protestanten. Die Parteispitze war monarchisch eingestellt. Man sah sich als Vertreter des Bürgertums und Gegner der Sozialdemokratie. Ihr bestes Ergebnis mit 13,9 Prozent fuhr die DVP gleich zu Beginn der Weimarer Republik bei der Reichstagswahl am 6. Juni 1920 ein. Damit wurde sie aus dem Lager der alles negierenden Opposition in die Realpolitik der Regierung geholt. Wichtigstes Aushängeschild der DVP war der Außenpolitiker Gustav Stresemann.

Als May sein Parteibuch erhalten hatte, war die DVP nach der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 erneut an der Regierung beteiligt. In den Folgejahren verlor die Partei jedoch an Stimmen und Mitgliedern. Auf den Tod des prominenten Parteiführers Gustav Stresemann im Jahr 1929 folgte eine enorme Austrittswelle, May blieb ihr jedoch treu. Hieraus lässt sich schlussfolgern, dass er noch immer von den Grundsätzen der Partei überzeugt war. Da die DVP sich mit der Republik arrangierte, wird May ebenfalls dieser Staatsform nicht ablehnend gegenüber gestanden haben.

1933 waren die Geldmittel der DVP erschöpft, zudem häuften sich die Übergriffe von Nationalsozialisten auf Parteimitglieder. Die Wahl im März war für die DVP die größte Niederlage: sie erreichte nur 1,1 Prozent, weshalb man schnell über eine Auflösung der Partei diskutierte und die Austritte noch mehr anstiegen. Ende April 1933 begannen die ersten Wahlkreisverbände mit der Selbstliquidierung. Schließlich gab die DVP am 4. Juli 1933 auf Reichsebene ihre Auflösung bekannt.⁴⁸⁹ Wann genau May Anfang 1933 die DVP verließ, lässt sich mangels genauerer Daten nicht mehr ermitteln.⁴⁹⁰ Darauf, dass May keine höheren Posten innerhalb der DVP inne hatte deutet eine Beurteilung von Oberbürgermeister Rive über ihn hin:

⁴⁸⁷ Artikel 130 Weimarer Reichsverfassung, S. 1408.

⁴⁸⁸ Fragebogen May.

⁴⁸⁹ RICHTER, LUDWIG: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933 (=Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 134). Düsseldorf, 2002, S. 31-40, 46f., 66ff., 181, 797-819

⁴⁹⁰ Fragebogen May.

„Politisch ist er bürgerlich-rechtsgerichtet; betätigt hat er sich auf politischem Gebiet nicht.“⁴⁹¹

⁴⁹¹ Schreiben von OB Rive an den Regierungspräsidenten in Merseburg betreffend die Bestätigung der Wahl des Stadtkämmerers Dr. May in Halle zum Zweiten Bürgermeister der Stadt Halle. Halle, 13.9.1932. Personalakte May.

2. Parteigenosse Memmel

Memmels Weltkriegserfahrung war zusammen mit seinen Freikorpsentsätzen im Vergleich zu May deutlich intensiver. Über die Haltlosigkeit dieser Frontkämpfergeneration in der neuen Republik berichtet retrospektiv 1929 ein Burschenschafter:

„Als wir Frontkämpfer aus dem Kriege zurückkamen, traten wir in eine uns geistig fremde Heimat, die für unser Ringen und Kämpfen um Deutschlands Ehre und Bestand kein Verständnis mehr hatte, die in hochtönenden Phrasen von der beginnenden Weltenwende schwärmte. Wir hörten die Reden, aber sie trafen nicht unsere Seele, sie glitten ab an der Gewalt des Erlebnisses, das hinter uns lag, das unsere Träume noch monatelang, noch jahrelang fesselte. Wir sahen den neuen Staat und seine Propheten, wir nahmen sie auf mit dem Verstand und wenn wir von dem politischen Karneval ermüdet die Augen schlossen, dann kam eine andere Welt, da waren wir unter Männern im feldgrauen Rock, kommandierten unsere Batterien im Feuer, lagen im Drahtgewirr des Vorfeldes, schleuderten Handgranaten im Sturm und wenn uns das vermeintliche Gebrüll der Schlacht erweckte – dann strömte wieder das ganze Elend der Wirklichkeit der Niederlage, der Selbstzerfleischung auf uns ein, dann kam wieder der Geist der neuen Zeit, begründete, lockte, überzeugte, weckte neue Zweifel, gewann den einen dauernd, den andern zeitweise, machte alle misstrauisch als die Erfolge ausblieben. Mit dem Verstand sagten viele schließlich „Ja“, mit dem Herzen sagten alle „Nein“, und in der großen lauten Masse blieben wir Frontkämpfer stille Menschen, unter uns. Zu hart, zu ernst hatten wir dem Kriegsgott Tribut geleistet, um von heute auf morgen umlernen zu können, um von heute auf morgen glauben zu können, dass es unseren Feinden von gestern und vielleicht auch von Übermorgen Ernst sei mit den schönen Reden, mit denen der Völkerbund die Weltenwende einleiten sollte.“⁴⁹²

Hier ist zu prüfen, ob auch Memmel in die geschilderte „Generation der Haltlosen“ einzuordnen ist und ob das die Grundlage für seine Radikalisierung und Hinwendung zum Nationalsozialismus gebildet hat. MARTIN BROZAT charakterisiert die weltanschaulichen Strömungen der NSDAP folgendermaßen:

„Der Kernbestand der nationalsozialistischen Ideologie bildeten nationalistische, alldeutsche, völkisch-antisemitische, antimarxistische und antiliberalistische Vorstellungen, die in dieser oder anderer Zusammensetzung schon vor 1914 in Deutschland zu Wort gekommen waren, aber erst nach dem Erlebnis des Ersten Weltkrieges, der Niederlage und Revolution stark an Virulenz zugenommen hatten.“⁴⁹³

Eine mindestens nationale Grundhaltung Memmels steht fest. Diese hatte so auch seine Studentenverbindung getragen und gefördert. Wie er aber nun tatsächliche Anknüpfungspunkte zur NSDAP und ihrer eben zitierten

⁴⁹² SCHWAB, OTTO: Der deutsche Zustand und der Frontgeist. In: Burschenschaftliche Blätter. 43. Jahrgang, Heft 6. Eisenach, März 1929, S. 127f.

⁴⁹³ BROZAT, MARTIN: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung. 15. Auflage. München, 2000, S. 33.

Ideologie gefunden hatte und was ihn letztendlich zum Parteibeitritt bewog, ist zu klären. Gehörte er schon zuvor rechtsgerichteten Organisationen an oder stand ihnen nahe?

a) Memmels nationalsozialistisches Umfeld

In der Entnazifizierungs-Klageschrift gegen Theodor Memmel vom September 1947 beschuldigte man ihn, „Angehörige[r] [...] der Ritterflagge von 1922 – 1923“⁴⁹⁴ gewesen zu sein. Da ein Verband mit diesem Namen nicht nachweisbar existiert hatte, wie Memmel bei seinem ersten Verhandlungstag im November 1947 ebenfalls feststellte,⁴⁹⁵ könnte es sich hierbei um den „Wehrverband Reichsflagge“ gehandelt haben. EYRING vertritt folgenden Standpunkt: „Mommel muss bereits vor 1931 Mitglied radikaler völkischer Gruppierungen gewesen sein. Den noch vorhandenen Quellen ist jedoch nicht eindeutig zu entnehmen, welchem Verband er angehörte.“⁴⁹⁶ Zur Untermauerung zitiert sie aus der Zeitung „Münchner Neueste Nachrichten“ von 1938, welche die einzig auffindbare Quelle hierfür darstellt: „Von 1920 bis 1923 gehörte er [Mommel] dem „Schutz- und Trutzbund“ und der „Reichsflagge“ an.“⁴⁹⁷ Es ist davon auszugehen, dass die Spruchkammer ebenfalls diesen Zeitungsartikel zur Basis ihrer Anklage der Zugehörigkeit zu einer „Ritterflagge“ machte.

Der „Wehrverband Reichsflagge“ war Mitte 1919 im Zusammenhang mit den revolutionären Umwälzungen jener Zeit vom aktiven Hauptmann Adolf Heiß als paramilitärische Organisation gegründet worden. In diesem führte er von seiner Dienststelle in Nürnberg aus ein straffes Regiment mit elitärem Charakter. Dementsprechend war das Haupteinzugsgebiet der „Reichsflagge“ Mittelfranken. Ende 1921 kam eine weitere Ortsgruppe in München hinzu, die vom späteren SA-Führer Ernst Röhm geleitet wurde. Der Wehrverband sah sich als kleine Eliteeinheit und hatte ein strenges nationalistisches, völkisches und antisemitisches Programm mit dem Ziel der Wiedererrichtung der Monarchie. Außerdem trat er, vor allem protestantischen Bereichen entstammend, antikatholisch auf. Seit 1922 gehörte die „Reichsflagge“ dem eher losen Dachverband namens Vereinigte Vaterländische Verbände Bayerns (VVVB) an.⁴⁹⁸ In seinem stärksten Bezirk Mittelfranken hatte die „Reichsflagge“ 3.500 Mitglieder, in der Oberpfalz nur 462. Der Reichsflagge gehörten viele Offiziere, ältere und gut betuchte Personen an.

⁴⁹⁴ Klageschrift des öffentlichen Klägers gegen Theo Albin Memmel an die Spruchkammer IV. Aktenzeichen M/1886/47. Würzburg, den 1.9.1947. Spruchkammerakte Memmel.

⁴⁹⁵ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 7.

⁴⁹⁶ EYRING: Theo Memmel, S. 84.

⁴⁹⁷ Bürgermeister bayerischer Städte: Würzburgs Oberbürgermeister Theo Memmel. Münchner Neueste Nachrichten. Nr. 30, 30.1.1938.

⁴⁹⁸ FENSKE, HANS: Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918. Bad Homburg v.d.H., 1969, S. 166f.

Die Zusammenarbeit mit der örtlichen Polizei lief für den Wehrverband gut, außerdem verfügte er über große Waffenlager. 1923 spaltete sich Röhms südliche Abteilung ab und nannte sich nunmehr „Reichskriegsflagge“. Die „Reichsflagge“ konzentrierte sich daraufhin auf die Ortsgruppen in Ober- und Mittelfranken sowie die Oberpfalz. Grund für den Bruch war eine Abwendung Heiß' von der Bewegung um Hitler. Die „Reichskriegsflagge“ unter Röhms war sowohl personell als auch von der Ausrichtung her gut mit der späteren SA der Nationalsozialisten vergleichbar. Jüngere Mitglieder erhielten eine militärische Ausbildung, bevor sie in die Hauptkontingente kamen. Verglichen mit ihrem Ursprungsbund war die ca. 250-500 Mitglieder starke „Reichskriegsflagge“ von Röhms wesentlich kleiner und unterhielt insgesamt nur vier Ortsgruppen in München, Schleißheim, Augsburg und Memmingen. Die meisten Mitglieder kamen aus dem Mittelstand.⁴⁹⁹ Beim gescheiterten Hitler-Ludendorff-Putsch 1923 wirkte sie aktiv mit; zwei ihrer Mitglieder ließen sogar ihr Leben.⁵⁰⁰ ROLAND FLADE weist eine Würzburger Ortsgruppe der „Reichsflagge“ erstmals für April 1925 nach, geht aber von einer Existenz bereits seit 1923 aus.⁵⁰¹

Memmel belastete sich in seinem Entnazifizierungsverfahren verständlicherweise nicht selbst durch die Erwähnung einer Zugehörigkeit zu einer paramilitärischen oder völkischen Gruppierung.⁵⁰² Der Vorwurf, einem namentlich nicht existenten Bund namens „Ritterflagge“ zugehörig zu sein, ist angesichts der Tragweite der Gesamtvorwürfe (Einreihung in die Gruppe der Hauptschuldigen) eher irrelevant. Memmel befand sich im dort angegebenen Zeitraum 1922/23 zuerst in Ulm und anschließend in Würzburg. Beide Städte waren nach den oben gesammelten Informationen weder im direkten Einzugsgebiet der „Reichsflagge“ noch der „Reichskriegsflagge“. Es bleibt außerdem fraglich, warum er dort nur ein Jahr Mitglied gewesen sein soll sowie ob er zu einer tatsächlichen Aktivität in einem der beiden Verbände mit einjährigen Zwillingen zu Hause und zudem noch als frischgebackener Lehrer wirkliche Zeit und Willen dazu hatte. Die antikatholische Ausrichtung der Reichsflagge widerspricht außerdem der Taufe seines Sohnes auf den Zweitname Maria 1921.

Der „Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund“, auf den sich der Zeitungsartikel höchstwahrscheinlich bezieht, hatte seine Wurzeln bereits im Kaiserreich vor dem Ersten Weltkrieg. Als Verband mit diesem Namen wurde er dann im Februar 1919 gegründet. Mitglied konnten nur „Arier“ werden,

⁴⁹⁹ GORDON, J. HAROLD: Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924. Frankfurt a.M., 1971, S. 96-99.

⁵⁰⁰ Die Feier im Münchener Generalkommando. Himmler und General v. Schobert gedenken der Gefallenen der „Reichskriegsflagge“. Saale-Zeitung, Nr. 264, 10.11.1938, S. 10.

⁵⁰¹ FLADE, ROLAND: „Es kann sein, dass wir eine Diktatur brauchen“. Rechtsradikalismus und Demokratiefeindlichkeit in der Weimarer Republik am Beispiel Würzburg. Würzburg, 1983, S. 51.

⁵⁰² Vgl. Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47.

sein Programm war extrem antisemitisch und völkisch. Ferner vertrat das ein vom „Schutz- und Trutzbund“ gewünschte germanisch orientierte Christentum stark antikatholische Züge. Ende 1919 hatte er 30.000 Mitglieder, Ende 1920 bereits 110.000 und Mitte 1922 über 160.000. Gezielte und flächendeckende Propaganda bescherten diese gewaltigen Mitgliedszahlen, wobei im „Schutz- und Trutzbund“ besonders viele Studenten und Lehrer zu finden waren. Auch Franken gehörte zu seinem Einzugsgebiet.⁵⁰³ Er trat erstmalig im Herbst 1919 in Würzburg auf und verhielt sich von Beginn an sehr aggressiv.⁵⁰⁴ Doch der „Schutz- und Trutzbund“ kollabierte schließlich an seiner eigenen Propaganda: Die Zugehörigkeit führender Trutzbündler zu Freimaurerlogen bildete eine große Angriffsfläche für die Völkischen. Hinzu kam, dass einzelne Mitglieder Fememorde unterstützten, was zum Verbot des „Schutz- und Trutzbundes“ in einigen Ländern des Reiches führte. Mitte 1922 zerfiel die einstige Großorganisation langsam aus den eben genannten Gründen. Wiederbelebungsversuche scheiterten, und im Laufe des Jahres 1923 versandete dieser völkische Bund völlig.⁵⁰⁵ Auch er hatte dem VVVB angehört.⁵⁰⁶

Eine Mitgliedschaft im „Schutz- und Trutzbund“ scheint somit für Memmel – anders als bei der „Reichsflagge“ eher möglich. Der einzig auffindbare Hinweis hierfür ist jedoch jener Artikel der Münchner Neuesten Nachrichten. Sonderlich verlässlich ist dieser jedoch nicht, da er seinen NSDAP Eintritt auf 1930 statt 1931 datiert und auch seine Zeit in Weiden und an der Sophienschule verwechselt.⁵⁰⁷ Memmel befand sich jeweils von April 1921 bis 1922 in Ulm, war Berufseinsteiger und frischgebackener Vater. Wiederum ist die antikatholische Haltung des Verbandes eher ein Ausschlusskriterium für Memmel. Da der öffentliche Kläger der Spruchkammer mehr an einer möglichen paramilitärischen Zugehörigkeit interessiert war, nannte er den „Schutz- und Trutzbund“ vermutlich nicht.

Letztlich bleiben mangels eindeutigen Nachweisen nur EYRINGS Mutmaßungen und jener fragwürdige Zeitungsartikel. Ob sich Memmel überhaupt und falls doch, dann tatsächlich derart tief im radikalen völkischen Milieu vernetzt bewegt hat, bleibt daher mangels eindeutiger Quellen nach wie vor offen.

⁵⁰³ BREUER, STEFAN: Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik. Darmstadt, 2008, S. 148-158.

⁵⁰⁴ FLADE: Es kann sein, dass wir eine Diktatur brauchen, S. 14.

⁵⁰⁵ LOHALM, UWE: Der Deutschvölkische Schutz- und Trotz-Bund 1919-1923. Herkunft, Organisation und Wirkung eines antisemitischen Verbandes in der Frühzeit der Weimarer Republik. Hamburg, 1970, S: 256-273.

⁵⁰⁶ FENSKE: Konservatismus und Rechtsradikalismus, S. 165.

⁵⁰⁷ Würzburgs Oberbürgermeister Theo Memmel. Münchner Neueste Nachrichten.

Konkretere Informationen und Bezugspunkte ergeben sich seitens der Würzburger Ortsgruppe der NSDAP. Memmel selbst verlautbart im offiziellen Monatskalender der NSDAP für den Gau Mainfranken⁵⁰⁸ 1935:

„Die Gründung der Ortsgruppe Würzburg der NSDAP im Jahre 1922 durch den jungen Studenten Schillinger (Mitglied der „Adelphia“) schien ein aussichtsloses Unterfangen von schwärmenden, weltfremden Träumern zu sein.

Und doch erwuchs daraus der stolze Bau der heutigen Parteiorganisation im Kreise Würzburg und doch marschieren heute die Zehntausende in unseren Reihen, die ihn und seine treuen Mitkämpfer damals verlachten und bekämpften.“⁵⁰⁹

Abgedruckt befand sich darunter noch eine Zeichnung jenes Fritz Schillingers in einer Kneipjacke Adelphias.

Die NSDAP selbst sah den Ursprung für die Ortsgruppe in einem Vortrag von Hermann Esser⁵¹⁰ im Frühjahr 1921 in Würzburg. Die Studenten Fritz Schillinger und Ludwig Mölter riefen hierauf im Oktober 1922 zu einer Versammlung auf, um in Würzburg eine Ortsgruppe der NSDAP zu gründen. Die Gründungsversammlung fand am 6. Dezember 1922 statt. Der Vorschlag hierzu kam von Schillinger. Erster Vorsitzender wurde Hermann Rothenbucher. Anfang Januar 1923 bildete sich die erste Würzburger Sturmabteilung, der vor allem Studenten und Arbeiter angehörten. Dem Scheitern des Hitler-Ludendorff-Putsches vom 8. November 1923 und einem anschließenden deutschlandweiten Verbot der NSDAP geschuldet konnten sich die Würzburger Parteigenossen nur noch heimlich treffen. Nach der erlaubten Wiedergründung der Partei im Februar 1925 kam Adolf Hitler erstmals nach Würzburg, durfte allerdings keine Rede halten. Einen Aufschwung erhielt die Partei, als Hitler 1928 den Zahnarzt Dr. Otto Hellmuth aus Marktbreit, der auch Führer des völkischen Kampfbundes „Frankenland“ war, zum NSDAP Gauleiter Mainfrankens berufen hatte.⁵¹¹ Nicht nur das Wort „Gau“ hatte mittelalterliche Bezüge, auch dessen Leiter ähnelte spätestens ab 1933 einem Feudalherren. Er wurde von Hitler quasi mit einem Lehen ausgestattet, in dem er ab 1933 ziemlich eigenständig

⁵⁰⁸ Zum Begriff Mainfranken siehe: KEß, BETTINA: Das Konstrukt „Mainfranken“. Regionale Identität als Mittel zur Machtstabilisierung und Standortsicherung. In: GÖTTSCHE, SILKE/KÖHLE-HEZINGER, CHRISTEL (Hrsg.): Komplexe Welt. Kulturelle Ordnungssysteme als Orientierung. Münster, 2003, S. 249-255.

⁵⁰⁹ Mainfränkischer Kalender. Amtliches Jahrbuch der NSDAP Gau Mainfranken 1935, S. 34.

⁵¹⁰ Der 1900 geborene Hermann Esser war Gründungsmitglied der NSDAP, 1920 erster Schriftleiter des Völkischen Beobachters und seit 1923 Propagandaleiter. Noch vor dem Zweiten Weltkrieg wurde er jedoch als Staatssekretär in der Fremdenverkehrsabteilung kaltgestellt. 1950 wurde er nach seinem Untertauchen bei der Entnazifizierung zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt, wobei er jedoch schon 1952 entlassen wurde. Er starb 1981. Siehe hierzu: KLEE, ERNST: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945? Frankfurt a.M., 2003, S. 140.

⁵¹¹ Mainfränkischer Kalender. Amtliches Jahrbuch der NSDAP Gau Mainfranken 1939, S. 64-67.

herrschen konnte. In seinem Gau vertrat er dabei als politischer Leiter nicht nur die Partei, sondern auch Hitler persönlich.⁵¹² Am 9. Dezember 1928 veranstaltete die NSDAP erstmals einen Propagandamarsch in Memmels Geburtsstadt Schweinfurt.⁵¹³

Nach diesem kurzen Abriss zur Anfangsgeschichte der NSDAP-Ortsgruppe in Würzburg soll nunmehr auf die eben erwähnten Personen eingegangen werden. Fritz Schillinger zog als einer der Jüngsten mit nicht einmal 16 Jahren als Freiwilliger in den Ersten Weltkrieg. Hiernach schloss er sich als Feldwebel dem „Freikorps Epp“ an.⁵¹⁴ Diese im Frühjahr 1919 von Oberst Franz von Epp aufgestellte Einheit hatte das Ziel, die Münchner Räterepublik zu stürzen. Den Mitgliedern wurde die Übernahme in die Reichswehr in Aussicht gestellt. Vor dem Kampf um die bayerische Hauptstadt zählte das Freikorps Epp 1.000 Mann. Danach wurde es am 25. August 1919 tatsächlich in die vorläufige Reichswehr übernommen.⁵¹⁵ An einem offiziellen Soldatendienst schien Schillinger kein Interesse zu haben, denn er schloss sich nunmehr als Kompaniefeldwebel dem „fränkischen Arbeiter- und Bauern-Detachment, Eiserne Schar Berthold“ an.⁵¹⁶ Diese Ende April 1919 vom Hauptmann Rudolf Berthold im Raum Kitzingen ins Leben gerufene Einheit umfasste schon bald 1.200 Soldaten. Vom 10. bis zum 31. Mai 1919 bewachten seine Truppen in Schweinfurt festgenommene Spartakisten. Die „Eiserne Schar“ nahm nicht mehr an der Eroberung Münchens teil, zog aber dennoch am 1. Juni mit 800 Mann in der bayerischen Hauptstadt ein. Im Anschluss an eine Verlegung nach Bayreuth sollte das Freikorps in die Reichswehr eingegliedert werden. Berthold hatte jedoch von den Kämpfen im Baltikum gegen die russischen Bolschewisten gehört, und beschloss dort mit seinen Soldaten einzugreifen. Die „Eiserne Schar“ entging somit heimlich und befehlswidrig der Auflösung und setzte sich nach Kurland ab. Dort kämpfte sie im Großverband der „Eisernen Division“ bis Dezember 1919 im Raum Riga und Mitau.⁵¹⁷ In den hier stattfindenden Kämpfen erlangte die Einheit durch ihre Erfolge Bekanntheit. Zur Demobilisierung wurde die „Eisernen Division“ nach Stade disloziert, und nach dem gescheiterten Kapp-Lüttwitz-Putsch, bei dessen Vorbereitung Berthold mitgemischt hatte, vollends aufgelöst.⁵¹⁸ Am Ende des Putsches fand Berthold den Tod, als es nach der Kapitulation seiner „Eisernen Schar“ zu einem erneuten Schusswechsel in Hamburg gekommen war. Um ihn setzte nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten eine große Heldenverehrung

⁵¹² Siehe hierzu auch Organigramm 2.

⁵¹³ Mainfränkischer Kalender 1935, S. 37.

⁵¹⁴ Mainfränkischer Kalender. Amtliches Jahrbuch der NSDAP Gau Mainfranken 1937, S. 95.

⁵¹⁵ FENSKE: Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern, S. 58f.

⁵¹⁶ Mainfränkischer Kalender 1937, S. 97.

⁵¹⁷ KORZETZ: Die Freikorps in der Weimarer Republik, S. 99-103.

⁵¹⁸ FENSKE: Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern, S. 52f.

ein, bei der sich Hellmuth besonders hervortat. So wurde neben vielen Gedenkveranstaltungen die Würzburger Alleestraße in Bertholdstraße umbenannt, außerdem gab es eine „Eiserne Schaar Berthold“ bei der Hitlerjugend. Ihr wurde die Originalstandarte der „Eisernen Schaar“ vom Gauleiter Hellmuth am 24. März 1934 übergeben.⁵¹⁹

Das Freikorps Berthold und ihr Namensgeber sollte für Adelpheia und Memmel noch eine größere Rolle spielen. Am 20. Januar 1923 wurde der Wirtschaftsstudent Fritz Schillinger wenige Wochen nach der Gründung seiner Würzburger NSDAP Ortsgruppe bei Adelpheia recipiert.⁵²⁰ Das Wintersemester 1923/24 verbrachte er als aktiver Bursch in Reutin am Bodensee.⁵²¹ Wieder in Würzburg wohnte er nahe dem Adelphenhaus in der Elefantengasse 6.⁵²² Schillinger blieb jedoch nicht lange Adelphe. Am 1. Juni 1925 wurde ihm vom Konvent der Austritt genehmigt. Weshalb es dazu kam, ist nicht überliefert.⁵²³ Eine Charge hatte er nie inne.⁵²⁴ Schillinger engagierte sich gegen die französische Besetzung des Rheinlandes. Er wurde jedoch gefasst und zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Dort litt er unter Misshandlungen, die ihn zeitlebens quälten.⁵²⁵ Im Anschluss an sein Studium folgte die Promotion. Schillinger verstarb in jungen Jahren am 28. Mai 1932.⁵²⁶ 1936 wurde ihm zu Ehren ein Verwaltungsgebäude der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) in Würzburg „Fritz-Schillinger-Haus“ benannt.⁵²⁷

Der bei der Gründung der Würzburger NSDAP Ortsgruppe ebenfalls beteiligte gebürtige Königshofener⁵²⁸ Ludwig Mölter hatte einen ähnlichen Lebenslauf vorzuweisen. Auch er diente im Freikorps Epp, wo er Schillinger kennenlernte.⁵²⁹ Mölter kam erst ein Jahr später, am 17. Januar 1924, zu Adelpheia. An der Universität war er zu dieser Zeit als *stud. rer. pol.* eingeschrieben.⁵³⁰ Im Wintersemester 1924/ nahm er noch Jura in seinen Studienkanon mit auf.⁵³¹ Wie Schillinger hielt es Mölter nur zwei Jahre bei

⁵¹⁹ Bertholds Grabinschrift auf dem Berliner Invalidenfriedhof gab bereits den Umgang mit seiner Person vor: „Kämpfer für Deutschlands Ehre, Sieger in 44 Luftschlachten, Geehrt vom Feinde, Erschlagen von deutschen Brüdern [...].“ Rudolf Berthold zum Gedächtnis. Fränkischer Kurier. Nr. 73, 15.3.1937.

⁵²⁰ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpheia“ Würzburg. 15. Jahrgang. Nr. 2. Juni 1923, S. 3.

⁵²¹ Philister-Zeitung. Januar 1924, S. 1.

⁵²² Philister-Zeitung. Januar 1925, S. 2.

⁵²³ Philister-Zeitung. Juni 1925, S. 4.

⁵²⁴ Vgl. mit dem Verzeichnis der Chargierten in: 60 Jahre Adelpheia, S. 90f.

⁵²⁵ Unsere Feldpost“. Nachrichtenblatt der Stadtverwaltung Würzburg. Nr. 37, Januar 1942, S. 10.

⁵²⁶ EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelphen, S. 102.

⁵²⁷ GEHRING, LUDWIG: Würzburger Chronik 1933-1937. Personen und Ereignisse. Würzburg, 1937, S. 197f.

⁵²⁸ EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelphen, S. 103.

⁵²⁹ Mainfränkischer Kalender 1937, S. 95.

⁵³⁰ Philister-Zeitung. Januar 1924, S. 1.

⁵³¹ Philister-Zeitung. Januar 1925, S. 2.

Adelphia. Am 24. Juni 1926 verließ er ein Jahr nach Schillingers Austritt die Verbindung ohne abgeleistete Chargen. Auch bei ihm ist der Grund für das Verlassen des Bundes nicht bekannt.⁵³² Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde er Gaukulturwart, und verfasste unter anderem die in diesem Kapitel mehrfach zitierten Jahrbücher der NSDAP im Gau Mainfranken.⁵³³

Eine weitere wichtige Persönlichkeit der Würzburger NSDAP war Otto Hellmuth. Er wurde am 22. Juli 1896 im unterfränkischen Markt Einersheim als Sohn eines Bahnhofsvorstehers geboren und streng katholisch erzogen. 1914 meldete er sich freiwillig und erhielt 1918 nach einer Gasvergiftung eine Rückbeorderung in die Heimat. Wie Memmel nahm auch er am Freikorps Würzburg teil. Möglicherweise machten beide hierbei eine erste Bekanntschaft. 1920 begann Hellmuth mit dem Zahnmedizinstudium in Freiburg und Würzburg.⁵³⁴ Dort war er noch nicht politisch tätig.⁵³⁵ Erst in Freiburg kam Hellmuth mit dem „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund“ in Kontakt und wurde Mitglied. Nach seiner Promotion praktizierte er als Zahnarzt in Marktbreit. 1923 gründete er den völkischen Kampfbund „Frankenland“, der vor allem im Raum Kitzingen agierte und sich besonders durch radikale antisemitische Agitation hervortat. Den Aussagen von Hellmuths Tochter zufolge gefiel es ihm sehr, „Kämpfer“ einer Bewegung zu sein. Das genaue Datum seines NSDAP Eintritts ist unklar. Es könnte bereits 1922 oder erst im Dezember 1925 gewesen sein. Seine tiefe Vernetzung in das völkische Milieu führte zu einem raschen parteiinternen Aufstieg, den jedoch seine Unerfahrenheit in Organisations- und Führungsangelegenheiten überschattete. Am 21. Juni 1928 gewann er für die NSDAP ein Mandat im bayerischen Landtag und bekam damit sein erstes politisches Amt. Im Oktober 1928 ernannte Hitler Hellmuth zum Gauleiter von Unterfranken⁵³⁶, ein Amt, das damals noch mit wenig Arbeit und Macht verbunden war. Immer wieder machten er und sein Kampfbund durch antisemitische Umtriebe von sich reden.⁵³⁷ Mit der Machtübernahme der NSDAP kam es 1933 zu einigen Ehrenverleihungen für ihn. So wurde er unter anderem

⁵³² 60 Jahre Adelphia, S. 87.

Vgl. mit dem Verzeichnis der Chargierten in: 60 Jahre Adelphia, S. 90f.

⁵³³ Mainfränkischer Kalender 1937, S. 95.

⁵³⁴ FREYEISEN, ASTRID: Verbohrt bis zuletzt – Gauleiter Dr. Otto Hellmuth und das Ende des Nationalsozialismus in Unterfranken. In: Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst. Band 57. Würzburg, 2005, S. 280-328, hier S. 281.

⁵³⁵ ZIEGLER: Die Universität Würzburg im Umbruch, S. 226.

⁵³⁶ Die Umbenennung in Gau Mainfranken erfolgte erst im August 1935 auf Initiative Hellmuths. KES: Das Konstrukt „Mainfranken“, S. 250f.

⁵³⁷ FREYEISEN: Verbohrt bis zuletzt, S. 281-285.

Ehrenbürger von Lohr am Main⁵³⁸, Marktbreit und Versbach.⁵³⁹ Otto Hellmuth war in seiner Studentenzeit in Würzburg Verkehrsgast bei Adelpia.⁵⁴⁰ Am 16. Juli 1933 wurde der als Antisemit bekannte Zahnarzt vom Bundeskonvent zum Ehrenphilister Adelpias ernannt. Es kam und kommt in Korporationen vor, lokalen Prominenz eine Ehrenmitgliedschaft zu verleihen. Da das Protokoll hierzu nicht mehr existiert, lässt sich weder das Stimmverhältnis noch die Begründung darlegen. Wie genau Adelpia zu Gauleiter Hellmuth kam, bleibt somit offen. Ob dies daher nun aus Sympathie oder Opportunität geschehen war, darüber lässt sich nur spekulieren. Möglicherweise spielte hierbei Memmel eine Rolle, der mit seinem Parteigenossen auch dasselbe Band teilen wollte, oder aber – Stichwort Opportunismus – er erkannte, dass es in der kommenden Zeit von Vorteil sein würde, den Gauleiter in den eigenen Reihen zu wissen. 1933 befand sich die korporationsstudentische Welt durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten in einem großen Umbruch mit ungewissem Ausgang. Vielleicht hatten sich die Adelpen durch die Vereinnahmung des Gauleiters gewisse Vorteile bei der neuen Regierung erhofft.⁵⁴¹ Ungewöhnlich bleibt dennoch, dass man Mölter, den noch legenden Gründer der lokalen NSDAP-Ortsgruppe, nicht ebenfalls noch zum Ehrenmitglied machte. Vielleicht waren die Unstimmigkeiten bei seinem Austritt zu groß gewesen.

Otto Hellmuth dürfte allerdings bereits 1933 eine nicht unumstrittene Persönlichkeit gewesen sein. Neben seinem Antisemitismus war er ein entschiedener Gegner der katholischen Kirche und agierte entsprechend in seinem Gau. Aus Provokation nannte er seine Tochter Gailana. Die historische Herzogin Gailana hatte die Frankenapostel im 7. Jahrhundert hinrichten lassen. Hellmuths Ruf in der Bevölkerung war schlecht, und er kam nie über den Posten des Gauleiters hinaus.⁵⁴² Hinzu kam, dass er in der NSDAP mehrere mächtige Gegner hatte. Als 1945 das Ende des Dritten Reichs gekommen war, hätte er seine Familie am liebsten umgebracht. Am Kampfgeschehen hatte er nie teilgenommen und tauchte nach dem Zusammenbruch des Reiches unter. 1947 wurde er vom Militärgericht zunächst zum Tode verurteilt, da ihm der Befehl zum Lynchen einer abgestürzten Bomberbesatzung angelastet wurde. Das Gericht wandelte dies jedoch in eine Freiheitsstrafe um, und schon 1955 kam er wieder auf freien Fuß. Zuvor hatte

⁵³⁸ O.A.: Ehrenbürger der Stadt Lohr a. Main und der Stadtteile Pflöchsbad, Ruppertshütten, Sackenbach, Sendelbach, Steinbach, Wombach (Schriften des Geschichts- und Museumsvereins Lohr a. Main). Lohr am Main, 2007, S. 255-262.

⁵³⁹ Brief des 1. Bürgermeisters von Versbach an Hellmuth. Versbach, 29.12.1934. NSDAP-Ortsgruppe Versbach. Schriftverkehr 1934-1940. StAW.

⁵⁴⁰ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpia“ im Rothenburger V.S.V. in Würzburg. 25. Jahrgang. Nr. 3. September 1933, S. 3.

⁵⁴¹ Philister-Zeitung. September 1933, S. 4.

⁵⁴² Zum Vergleich: Hellmuth war schon 1922 der NSDAP beigetreten und ab 1928 Gauleiter. Rudolf Jordan kam erst 1925 zur NSDAP, wurde 1931 Gauleiter von Halle-Merseburg und 1937 zum Reichsstatthalter von Braunschweig und Anhalt befördert.

er im Gefängnis einen Selbstmordversuch unternommen. Seine anschließenden Geldforderungen gegenüber dem Staat, unter anderem als Kriegsheimkehrer, sorgten für Wut in der Bevölkerung. Am Geburtstag seines geliebten Führers beging er 1968 Selbstmord und schrieb mit seinem eigenen Blut „Heil Hitler“ an die Wand. Die Charakterisierung seitens seiner Tochter als „verbohrt bis zuletzt“, ist wohl die treffendste Aussage über Hellmuth.⁵⁴³

Die schwer zu beantwortende Frage bleibt, wie groß der Einfluss von Schillinger und Mölter als aktive Burschen auf Memmel als Philister war. Ungeachtet dessen bildeten sie für ihn die Möglichkeit der ersten persönlichen Kontaktaufnahme mit Nationalsozialisten. Auch wenn für Memmel die ausdrückliche Erwähnung von Schillingers Adelphenvergangenheit inklusive einer Zeichnung in einer Kneipjacke im NSDAP-Jahrbuch 1935 angemessen schien, sind beide nach nur zwei Jahren ohne nachweisbare Spuren zu hinterlassen aus der Verbindung ausgetreten. Dass Memmel jenen Artikel schrieb, könnte mit der korporationsfeindlichen Stimmung von NSDAP und dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund (NSDStB) zusammenhängen. Möglicherweise wollte er hiermit für die Existenzberechtigung der Studentenverbindungen werben, indem er sie als Vorkämpfer der nationalsozialistischen Bewegung darstellte, ohne den Austritt und die kurze Aktivenzeit zu erwähnen.

b) Parteieintritt

Memmels Weg zur NSDAP war durchaus nicht so geradlinig, wie eine mögliche Mitgliedschaft in der „Reichskriegsflagge“ oder dem „Schutz- und Trutzbund“ erahnen lassen könnten. Sehr interessant für Memmels Partei- beziehung ist Dr. Georg Heim.

Georg Heim war am 24. Mai 1865 in Aschaffenburg als Sohn eines Posamentierers geboren worden. Nach seinem einjährigen Wehrdienst studierte er zuerst in Würzburg, danach in München. Ähnlich wie Memmel belegte er die Fächer Geschichte, Literaturgeschichte, Kunstgeschichte und Pädagogik sowie Englisch und Französisch für das Realschullehramt.⁵⁴⁴ Dem Akademischen Verein Adelpia trat er am 21. Januar 1886 bei.⁵⁴⁵ „Der Überlieferung nach war er auf dem Paukboden ein gefürchteter Fechter.“⁵⁴⁶ Nach nur zwei Semestern verließ er Würzburg, und studierte in München

⁵⁴³ FREYEISEN: Verbohrt bis zuletzt, S. 289-292, 301 und 318-327.

⁵⁴⁴ DVORAK, HELGE: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft. Band 1: Politiker. Teilband 2: F-H. Heidelberg, 1999, S. 277.

⁵⁴⁵ EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelphen, S. 132.

Die bei DVORAK gemachte Angabe, er sei 1894 beigetreten, ist verkehrt. Zu diesem Zeitpunkt befand er sich schon gar nicht mehr in Würzburg.

⁵⁴⁶ WOLFSTEINER, ALFRED: Georg Heim. „Bauerngeneral“ und Genossenschaftler. Regensburg, 2014, S. 16. Einige lustige Schwänke aus Heims Würzburger Studentenzeit sind nachzulesen bei: RIEPL, WOLFGANG: Von Nachtwächtern, Sandschöpfern und meinem Busenfreund Heim. In: 60 Jahre Adelpia, S. 66-72.

weiter.⁵⁴⁷ Dort wurde er Verkehrsgast bei der Katholischen Süddeutschen Studentenverbindung Alemannia im Süddeutschen Kartellverband. Diese war erst 1881 unter anderem von einigen Angehörigen der Katholischen Studentenverbindung (K.St.V.) Normannia Würzburg gegründet worden. Wie Adelpia war die Alemannia eine schwarze Verbindung, lehnte allerdings als katholischer Bund das Mensur- und Duellwesen ab. Besonders gefiel Heim, dass sich diese Korporation aus dem Bauern- und Mittelstand zusammensetzte. Später wurde er dort Philister,⁵⁴⁸ außerdem Ehrenphilister bei der K.St.V. Erwinia München und der Katholischen Bayerischen Studentenverbindung Rhaetia, ebenfalls in München.⁵⁴⁹ Adelpia hingegen kehrte er aus heute nicht mehr nachvollziehbaren Gründen als *can. phil.* am 8. Januar 1889 den Rücken.⁵⁵⁰ Nach seinem Studium trat Heim der Zentrumsparterie bei, und zeigte schon früh separatistische Tendenzen und antisemitisches Denken. So brachte er 1901 im bayerischen Landtag den sogenannten „Juden-Antrag“ ein. In diesem forderte er, dass Israeliten möglichst nur im Verhältnis der israelitischen Bevölkerung zur Gesamtbevölkerung in der Justizverwaltung aufzunehmen seien. In seiner Fraktion begründete er diesen Quoten-Antrag folgendermaßen:

„Uns Katholiken geht es immer schlechter, wenn die Richter immer aus Juden bestehen und wenn das Judentum stets überhand nimmt. Das Judentum spekuliert immer auf die Destruktion aller Dinge. [Zwischenruf:] (Dem Juden immer eine aufs Maul, dann mucken sie nicht mehr! (Heiterkeit)) Die Juden sind [unter den Richtern] siebenmal so stark, als sie sein dürfen; es gibt in Bayern auch 32 Richter, die konfessionslos sind, das ist gleich! „Einer Sau, die hundert Jahre im Ochsenstall ist, wachsen doch keine Hörner“ (Große Heiterkeit).“⁵⁵¹

Der Antrag wurde schließlich mit der Begründung, der König allein dürfe über die Anstellung von Beamten entscheiden, abgelehnt.⁵⁵² Heim sah die Juden vor allem als eine fremde Rasse an, die versuchte, Deutschland zu unterwandern und zu zerstören.⁵⁵³ Nach dem Ersten Weltkrieg war er Mitbegründer der Bayerischen Volkspartei (BVP), wobei er sich dort besonders für eine Trennung Bayerns vom Reich stark machte und eine Hinwendung zu Österreich forderte.⁵⁵⁴

⁵⁴⁷ RENNER, HERMANN: Georg Heim. Der Bauern doktor. Lebensbild eines „ungekrönten Königs“. München, 1960, S. 21.

⁵⁴⁸ 75 Jahre Katholische Süddeutsche Studentenverbindung Alemannia-München (im KV). München, 1960, S. 3f., 13 und 50.

⁵⁴⁹ WOLFSTEINER: Georg Heim, S. 16.

⁵⁵⁰ EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelphen, S. 132.

⁵⁵¹ 25. Fraktionssitzung, 22.11.1901. ALBRECHT, DIETER: Die Protokolle der Landtagsfraktion der bayerischen Zentrumsparterie 1893-1914 (= Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte. Band 92). Band 2: 1899-1904, S. 105.

⁵⁵² Ebenda, S. 100.

⁵⁵³ LUDYGA, HANNES: Die Rechtsstellung der Juden in Bayern von 1819 bis 1918. Studie im Spiegel der Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags (= Juristische Zeitgeschichte. Abteilung 8, Band 3). Berlin, 2007, S. 386

⁵⁵⁴ FENSKE: Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern, S. 63f. und 113ff.

Am 17. August 1919 wurde Heim als Philister wieder bei Adelpia aufgenommen.⁵⁵⁵ In der Folgezeit wuchs Heims Ruf auch international, er wurde sogar als „ungekrönter König Bayerns“ betitelt. Die Politik machte ihm jedoch gesundheitlich schwer zu schaffen. Trotzdem war er schon Mitte der 1920er Jahre ein erbitterter Gegner der Nationalsozialisten. In der schon erwähnten Adelphenchronik von 1927 widmete Memmel auch Georg Heim einen anerkennenden und zugleich kritischen Absatz.⁵⁵⁶ Anfang der 1930er war Heims politische Stellung durch Angriffe von vielen verschiedenen Seiten geschwächt. So verließ er 1932 die BVP.⁵⁵⁷

Im April 1935 bekam Heim von seinen Würzburger Bundesbrüdern einen Brief, er müsse sich zwischen den katholischen Verbindungen im Kartellverband (K.V.), denen er als Ehrenmitglied angehörte, und Adelpia entscheiden, da es im Dachverband der Deutschen Burschenschaft nicht möglich sei, zwei verschiedenen Dachverbänden anzugehören. Heims Antwort ging direkt an Memmel, worin er betonte, ohne sein Zutun Ehrenmitglied in zwei katholischen Verbindungen geworden zu sein. Eine Zurückweisung dieser Mitgliedschaft betrachte er als kränkend und verletzend. Allerdings sei er bereit, seinen Austritt zu erklären, falls dies in Würzburg nicht auf Verständnis treffen sollte. Am 30. April genehmigte daraufhin Memmel als damaliger Bundesleiter Adelpias kurzerhand Heims Austritt.⁵⁵⁸ Datiert wurde dieser Abgang bei Adelpia auf den 15. März 1935.⁵⁵⁹ Heim starb am 17. August 1938 in Würzburg.⁵⁶⁰

Heim war nicht nur ein Bundesbruder Memmels, beide waren nach Aussage Memmels „[...] freundschaftlich in Verbindung gestanden.“⁵⁶¹ Weiter meinte er 1948:

„Ich war 1928 öfters mal bei Dr. Heim und da hat er auch einmal über politische Betätigung gesprochen. Er sagte damals wörtlich, darauf kann ich mich noch genau erinnern: Wer in der öffentlichen Front steht, muss sich so als Dreckschleuder benennen lassen. Er hat mich gefragt, ob ich mich nicht politisch betätigen wolle. Ich sagte ihm, ich habe noch nie daran gedacht. Da hat er mir ein paar Bücher mitgegeben politischen Inhalts. Ich habe sie gelesen, aber weiter ist nichts erfolgt.“⁵⁶²

⁵⁵⁵ REUTER: Bericht über Generalkonvent und Generalversammlung, S 4f.

⁵⁵⁶ „Jedem, der vor dem Kriege die Zeitungen aufmerksam durchlas, war die isolierte und exponierte Stellung Heims bekannt, die er als Reichs- und Landtagsabgeordneter des Zentrums einnahm. Jedem ist die gefürchtete Klinge bekannt, die er schlug im politischen Kampfe, sei es gegen seine Feinde, aber auch gegen seine Freunde, die abweichender Meinung waren.“ Ein Ausschnitt aus: MEMMEL, THEO: Bedeutende Adelpen, S. 34f.

⁵⁵⁷ WOLFSTEINER: Georg Heim, S. 108, 121f., 125 und 128.

⁵⁵⁸ RENNER: Georg Heim, S. 248.

⁵⁵⁹ Bundes-Zeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 27. Jahrgang. April 1935. Nr. 1, S. 5.

⁵⁶⁰ WOLFSTEINER: Georg Heim, S. 134.

⁵⁶¹ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.1.48, Blatt 1.

⁵⁶² Protokoll Verhandlung Memmel, 26.1.48, Blatt 1.

Nach der Aussage eines ehemaligen Adelphen, Ludwig Eberth,⁵⁶³ las Memmel zu diesem Zeitpunkt auch die der BVP nahestehende Zeitung „Bayerischer Kurier“. Auf Nachfrage Eberths meinte Memmel, der Schwiegersohn von Heim habe ihn dazu überredet. Memmel selbst erklärte ihm, dass er zwar im nationalen Lager stehe, politisch aber desinteressiert sei. Eberth war zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender der Deutschnationalen Ortsgruppe in Weiden, konnte Memmel aber nie zu einem Besuch derselben bringen.⁵⁶⁴

Etwas Anderes sagte Barbara Baumgart unter Eid als Zeugin in Memmels Entnazifizierungsprozess aus:

„Ich war Sekretärin bei der Zentralgenossenschaft Regensburg, deren 1. Chef Dr. Heim war. Eingehende Post musste ich ihm vorlesen. Es war kurz vor dem Ermächtigungsgesetz als von Memmel ein Schreiben kam, worin er sich um ein Mandat bei der Bayr. Volkspartei bewarb. Dr. Heim sagte zu mir „Der war doch Nationalsozialist und jetzt will er hier anfangen.“ Wir waren entsetzt, dass er sich um ein Mandat für den Bayr. Landtag bewarb. Dr. Heim lehnte ab und ich kann mich an das Schreiben gut erinnern; es bestand aus 3 – 4 Zeilen.
Nach Würzburg ging das Schreiben nicht.

[...] Es war im Januar 1933.

[...] Nach den Äußerungen von Dr. Heim kann es nicht so gewesen sein, dass Memmel erst nach der Ablehnung durch Dr. Heim zur NSDAP gegangen ist. Er konnte doch dann nicht sagen, dass „Mommel mit den Nat.-Soz. sympathisierte und jetzt zur Bayr. Volkspartei gehen will.“

Der Brief konnte nach Weiden oder Amberg gegangen sein.

Betroffener: Dieser Fall spielt aus dem Jahre 1929. [...]

Ich war öffentliches Mitglied bei der NSDAP und habe in Wahlversammlungen, im Wahlkampf, gegen die Bayr. Volkspartei gesprochen. Wenn ich mich im Januar 1933 für ein Mandat der Bayr. Volkspartei beworben hätte, wäre das ein Fressen gewesen. Das ist einfach unmöglich. Ich bitte, mich trotz meiner politischen Belastung nicht zum Charakterlumpen zu machen.

Die Zeugin muss sich in der Zeit irren. [...]

1931 fragte mich Dr. Heim: „Du bist bei den Nazi?“ Also hat er und auch seine Familie gewusst, dass ich bei der NSDAP bin. [...]

Dr. Heim fragte mich, ob ich nicht Politiker werden wolle. Ich war damals noch bei keiner Partei. Es wäre nichts Unrechtes, wenn ich mich 1928 zur Bayr. Volkspartei beworben hätte.

Glauben Sie mir, das ist eine Sache jetzt, die meine Ehre angeht!“⁵⁶⁵

Der Würzburger Augustinerpater Engelbert Eberhard schilderte wenige Tage nach der oben niedergeschriebenen Aussage als Zeuge den Hintergrund zu Memmels Antrag an Heim folgendermaßen:

⁵⁶³ Eberth war von 1909 bis 1925 bei Adelpia aktiv. 60 Jahre Adelpia, S. 85.

⁵⁶⁴ Brief von Ludwig Eberth an Karl Hör. Weiden, i.O., 1.2.34. Gestapo 1842. StAW.

⁵⁶⁵ Verhandlungsprotokoll in Sachen Theo Memmel, ehem. Oberbürgermeister, vom 26.1.1948 – nachmittags. Spruchkammerakte Memmel, Theodor. StAM, Blatt 1.

„Ich lernte Memmel kurz nach dem 1. Weltkrieg als Student der Philologie kennen.

Als ich einmal bei Dr. Heim zu Besuch war, zeigte er mir einen Brief Memmels, worin sich dieser um ein Mandat in der Bayr. Volkspartei beworben hatte. Memmel führte darin an, dass ihm der Beruf Zeit lasse und er innerlich den Drang fühlte, sich für die Öffentlichkeit zu betätigen. In diesem Zusammenhang sagte er mir, dass dieser Brief dem Betroffenen jetzt Schwierigkeiten bereiten könne, in seiner jetzigen Stellung.

Wann es war, weiß ich nicht mehr genau; soweit es in meiner Erinnerung ist, war es nicht lange vor der Machtergreifung.

Ich hatte den Eindruck, als wollte mir Dr. Heim sagen, dass er jetzt so quasi ein Argument gegen ihn hätte; Memmel hatte wohl eines Tages den Ehrgeiz gehabt, sich politisch zu betätigen und nachdem es auf der einen Seite nicht klappte, ging er auf die andere.

Der Brief, den mir Dr. Heim bei meinem Besuch zeigte, war schon älter und nicht erst kurz vorher geschrieben.“⁵⁶⁶

Die genaue Rekonstruktion dieser Sache gestaltet sich aufgrund der gegenteiligen Aussagen als schwierig. 1928 mag jener Vorschlag von Heim an Memmel erstmals gekommen sein, sich politisch zu betätigen. Wenn man Memmel glaubt, was Pater Eberhard indirekt bestätigt, könnte er im Zeitraum bis 1929 jenen Antrag geschrieben haben. Zu diesem Zeitpunkt waren seine beiden Kinder mit acht Jahren bereits eingeschult und seine eigene Stellung als Lehrer gefestigt. Freie Zeit zur politischen Betätigung wäre somit tatsächlich gegeben. Fraglich bleibt jedoch, warum die Bayerische Volkspartei (BVP) seinen Antrag nicht annahm. War er mit seinem Beruf sowie als Kriegsteilnehmer und Offizier doch gut situiert, und Heim konnte als Fürsprecher wirken. Ebenso seltsam ist es, dass Memmel seine Bewerbung bei der BVP nie als Entlastungsversuch in seinem Entnazifizierungsprozess angab, um den Vorwürfen einer nationalistischen Grundhaltung seit dem Ersten Weltkrieg entgegenwirken zu können.

Dass er als Kreisleiter im Januar 1933 zur BVP wollte, ist hingegen äußerst unwahrscheinlich, würde aber dafür die Ablehnung des Antrags durch Heim erklären. Allerdings war Heim 1932 bereits aus der BVP ausgetreten, er hätte bei dieser Angelegenheit also maximal die Rolle eines Vermittlers einnehmen können. Vermutlich hat Heim jenen Brief, dessen undatierte Existenz durch zwei Personen bezeugt ist, nicht gegen Memmel verwendet, vielleicht, weil er sich nichts davon versprach.

Memmel bestätigte nicht direkt, jemals um Aufnahme in die BVP gebeten zu haben. Durch die beiden Zeugenaussagen und Memmels bloße Entgegnung, dass ein solcher im Jahr 1933 nicht möglich gewesen sei, ist dessen bloße Existenz sehr wahrscheinlich. Den Aussagen einiger Zeitgenossen zufolge war Memmel vor seinem NSDAP-Beitritt politisch nicht aktiv, sondern eher desinteressiert. Folglich ist es auch umso mehr

⁵⁶⁶ Verhandlungsprotokoll in Sachen Theo Memmel, ehem. Oberbürgermeister, vom 29.1.1948 – vormittags. Spruchkammerakte Memmel, Theodor. StAM, Blatt 2.

fragwürdig, ob er zuvor in jenen vermuteten radikalen völkischen Vereinen Mitglied war. Memmels einstiges Verhältnis zur BVP sorgte dann im Dritten Reich noch einmal für etwas Unruhe. Hierauf wird im Kapitel über seine Bürgermeisterzeit eingegangen werden.

Es bleibt nun zu klären, wie Memmel Nationalsozialist wurde. Hierzu sagte er 1947 im Verhör:

„Bis zur Septemberwahl 1930 hatte ich keine Beziehung zur NSDAP. Am Abend des 1. Septembers, als die Nachricht von dem überraschenden Wahlerfolg der NSDAP kam, habe ich zu einem mir bekannten Nationalsozialisten gesagt, jetzt werdet ihr zeigen können was ihr könnt. Als die Verhandlungen im Reichstag waren und sich viele für die NSDAP begeisterten, habe ich mich auch dafür interessiert und habe studiert was die Nationalsozialisten wollen.

Im Januar 1931 hat Gottfried Feder hier einer Versammlung im Platzschen Garten abgehalten. Die guten Forderungen und Ansichten haben mich bewogen am 1.1.1931 in die NSDAP einzutreten.

Ich bin nicht aus egoistischen Gründen zur Partei gegangen um etwas zu werden, ich war ja schon Studienrat in Würzburg und das war schon etwas. Man konnte damals auch nichts in der Partei gewinnen. Ich wollte nichts anderes [sic!], als das, was ich durch studieren der Literatur anerkannte und was ich für richtig hielt.

Ich habe das, was Hitler in „Mein Kampf“ geschrieben hat tatsächlich als Wahrheit gehalten und geglaubt, dass Deutschland dadurch geholfen würde.

[...] Hätten die anderen Parteien mehr für das Volk getan, wäre wahrscheinlich kein Nationalsozialismus gekommen.“⁵⁶⁷

Später fügte er noch hinzu: „Ich war Idealist und glaubte helfen zu können.“⁵⁶⁸ Das sind interessante Einblicke in Memmels Gedankenwelt der Nachkriegszeit über seinen NSDAP Eintritt. Es dürfte den öffentlichen Kläger sicherlich nicht gewogener gestimmt haben, dass Memmel nicht aus Opportunismus, sondern aus tatsächlicher Überzeugung Nationalsozialist geworden war. Er hatte sich offenbar ausgiebig mit der Ideologie des Nationalsozialismus‘ und „Mein Kampf“ beschäftigt und dessen Programmpunkte für gut befunden. Die Reichstagswahl fand jedoch nicht am 1., sondern am 14. September 1930 statt. In dieser fuhr die NSDAP zur allseitigen Überraschung ein sehr gutes Ergebnis ein und wurde mit 18,3 Prozent die zweitstärkste Partei im Reichstag. In Würzburg hingegen verfügte Hitlers Partei im Januar 1930 nur über 406 Mitglieder, im gesamten Gau Unterfranken waren es 1.455.⁵⁶⁹ Damit bildete die regionale NSDAP das nationalsozialistische Schlusslicht in Bayern.⁵⁷⁰ Zu gewinnen hatte Memmel dort also zunächst nichts. Umso mehr ist davon auszugehen, dass es Memmel

⁵⁶⁷ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 1.

⁵⁶⁸ Ebenda, Blatt 7.

⁵⁶⁹ Weidisch: Würzburg im „Dritten Reich“, S. 234.

⁵⁷⁰ ROTH, CLAUDIA: Parteikreis und Kreisleiter der NSDAP unter besonderer Berücksichtigung Bayerns. Würzburg, 1997, S. 33.

bei diesen Aussagen ehrlich meinte. Dies war überraschenderweise in den Spruchkammerverfahren eine häufige Erscheinung.⁵⁷¹

Der Erdrutschsieg bei der Reichstagswahl bescherte der NSDAP eine Vielzahl an neuen Mitgliedern, was diese zunächst auch kritisch beäugt hatte. Memmel war keineswegs der Einzige, der vom erfolgreichen Urnengang im September 1930 so tief beeindruckt war, dass er ein Parteibuch anstrebte. Goebbels prägte für diese Neuparteigenossen bereits Anfang November 1930 den Begriff „Septemberlinge“ und warnte vor Konjunkturrittern.⁵⁷²

Der NSDAP-Reichstagsabgeordnete Gottfried Feder hielt am 23. Januar 1931 einen Vortrag über „Finanz und Wirtschaft im dritten Reich“. Dieser wurde von der Hochschulgruppe Würzburg des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbunds (NSDStB) organisiert. Er fand allerdings im Huttensaal, nicht im Platz'schen Garten statt.⁵⁷³ Dennoch dürfte es sich hierbei um den von Memmel erwähnten Vortrag gehandelt haben. Am 3. Januar 1931 hielt ein katholischer Lehrer im Huttensaal die erste Versammlungsrede im neuen Jahr mit dem Titel: „Muss ich als Katholik Nationalsozialist sein?“⁵⁷⁴ Vielleicht war Memmel bei diesem Vortrag ebenfalls anwesend.

Da eher nicht davon auszugehen ist, dass Memmel am Tag nach Silvester unvermittelt einfiel, sofort Parteimitglied zu werden, ist der 1. Januar 1931 als tatsächliches Eintrittsdatum unglaublich. Der Reichsschatzmeister der NSDAP hatte 1929 festgelegt, dass nicht der Tag des Mitgliedschaftsantrags maßgeblich sei, sondern immer der erste Tag des Monats, in dem der Aufnahmeschein eingegangen war.⁵⁷⁵ Es ist daher davon auszugehen, dass Memmel im Januar 1931, möglicherweise tatsächlich nach jenem Vortrag Feders am 23. des Monats einen Antrag auf Eintritt in die NSDAP gestellt hatte. Er erhielt schließlich die Mitgliedsnummer 414.175.⁵⁷⁶

Allerdings hatte er schon vor der Reichstagswahl vom 14. September 1930 ein Interesse am Programm der NSDAP. Denn er bezog schon ab Juli 1930 die „Nationalsozialistischen Monatshefte“ im Abonnement.⁵⁷⁷ Zu diesem Zeitpunkt befand er sich noch in Weiden. In seiner ersten Ausgabe der Nationalsozialistischen Monatsheft ging es (wie so oft) unter anderem

⁵⁷¹ NIETHAMMER: Die Mitläuferfabrik, S. 611.

⁵⁷² GOEBBELS, JOSEPH: Wetterleuchten. Aufsätze aus der Kampfzeit. Band 2. „Der Angriff“. München, 1939, S. 213ff.

⁵⁷³ Inserat des NSDStB. WGA, Nr. 17, 22.1.1933, S. 9.

⁵⁷⁴ Inserat der NSDAP. WGA, Nr. 1, 1.1.1931, S. 12.

⁵⁷⁵ FALTER, JÜRGEN WILFRIED: Wer durfte NSDAP-Mitglied werden und wer musste draußen bleiben? In: FALTER, JÜRGEN WILFRIED (Hrsg.): Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945. Frankfurt a.M., 2016, S. 15-39, hier S. 16f.

⁵⁷⁶ Personal-Blatt der NSDAP von Theo Memmel. VBS-1-1080006311. Bundesarchiv.

⁵⁷⁷ Memmels Abonnements der Monatshefte der NSDAP und ihrer Gliederungen. Magistratsakten Sign. 119 i.

um die angebliche jüdische Weltverschwörung, diesmal spezifisch die „jüdische Hochfinanz“.⁵⁷⁸ Memmel kam aus ärmlichen Verhältnissen, war als Jugendlicher in einen Weltkrieg geraten, wurde anschließend aus der Überzeugung heraus, etwas für sein tief getroffenes Vaterland tun zu müssen, Freikorpskämpfer, und schließlich Lehrer. Das geschah in einer Republik, deren Wirtschaft zu Grunde ging, und anscheinend keine Partei den Niedergang des Deutschen Reiches zu stoppen vermochte. In dieser Situation offenbarten die Nationalsozialisten nicht nur einen Plan zur Verbesserung der allgemeinen Lage, sondern auch eine Erklärung für die gesamte Misere: Die jüdisch (-bolschewistische) Weltverschwörung. Damit wurde der Niedergang des wirtschaftlich, militärisch und technologisch so hochstehenden Kaiserreichs auf einmal erklärbar und Zufälle und gravierende geschichtliche Ereignisse Teil eines böartigen, verschwörerischen Plans. Dass er dies nicht vor der Spruchkammer als Grund für seinen Parteieintritt angab, ist verständlich. Allerdings muss nicht unbedingt der Antisemitismus die hauptsächliche Antriebskraft gewesen sein, sich der NSDAP zu verschreiben. Einige Personen wurden durch den Kampf gegen den Marxismus, der Revanche für Versailles oder aber das generelle Versprechen, die Parteipläne unverzüglich umzusetzen, NSDAP-Mitglieder. Antisemitismus war ein weit verbreitetes Phänomen und kein Alleinstellungsmerkmal der NSDAP.⁵⁷⁹ Zudem bot der in der NSDAP verankerte völkische Sozialismus die Chance, alle Deutschen dauerhaft in ein Boot zu holen, was im ständisch ausgerichteten Kaiserreich abseits des Vaterlandsbegriffs kaum realisierbar gewesen war.

Falls Memmel tatsächlich Ende der 1920er Jahre einen Antrag auf Mitgliedschaft in der BVP gestellt haben sollte und dieser von der Partei abgelehnt worden war, könnte dies ebenfalls eine Motivation dafür gewesen sein, sich einer radikaleren Organisation anzuschließen. Vielleicht war es Memmel zu peinlich, diese Ablehnung vor der Spruchkammer zuzugeben.

Nun sollte Memmel unter dem Aspekt seines akademischen Hintergrunds klar gewesen sein, dass etwa seine jüdischen Bundesbrüder keine Weltverschwörer gewesen sein können, die das deutsche Volk ausrotten wollten. Es könnte daher eher ein abstrakteres Feindbild von Juden an den Spitzen von Staat und Wirtschaft gewesen sein, denen er derartiges zutraute. Die übrigen Juden sah er dann eher als Mitläufer und eben Ausländer an. Angesichts seiner Sozialisierung bei Adelpia dürfte der Antisemitismus kein hauptsächlicher Grund für Memmel gewesen sein, sich der NSDAP anzuschließen. Allerdings dürfte es Mitte der 1920er Jahre keine

⁵⁷⁸ HITLER, ADOLF (Hrsg.): Nationalsozialistische Monatshefte. Heft 4. München, 1930. Zu diesem Thema siehe auch: SCHARF, WILFRIED: Nationalsozialistische Monatshefte (1930-1944). In: FISCHER, HEINZ-DIETRICH (Hrsg.): Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts (= Publizistik-Historische Beiträge. Band 3). München, 1973, S. 409-419.

⁵⁷⁹ KELLERHOFF, SVEN FELIX: Die NSDAP. Eine Partei und ihre Mitglieder. Stuttgart, 2017, S. 133ff.

Angehörigen jüdischen Glaubens mehr in seinem Bund gegeben haben. Vermutlich hatte sich Memmels Antisemitismus erst nach oder kurz vor seinem Parteieintritt manifestiert.

Die Mitgliedschaft in der NSDAP war für Memmel als Beamten im Übrigen durchaus nicht ungefährlich. So war die Parteizugehörigkeit zur NSDAP sowie der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) für preußische Beamte seit 1930 verboten worden.⁵⁸⁰ Es wäre durchaus im Bereich des Möglichen gewesen, dass diese Anordnung auch auf Bayern Ausweitung gefunden hätte.

c) Parteikarriere

Schnell machte Memmel trotz seines Status als „Septemberling“ innerhalb der Partei Karriere. Sein Studium, der Lehrberuf und sein gutes gesellschaftliches Auftreten⁵⁸¹ mögen ihm dabei zu Gute gekommen sein. Zudem verfügte die unterfränkische NSDAP nur über wenige Mitglieder. So konnte Memmel auch leichter hervorstechen. Ob die Bekanntschaften zu Schillinger, Mölter und Hellmuth seinen Aufstieg in der Partei beschleunigten, ist durchaus möglich, aber nicht nachweisbar. Im September 1931 wurde Memmel zum Leiter der Würzburger NSDAP-Ortsgruppe „Mitte“ ernannt, die damals die Altstadt umfasste. Auf Grund von Ämteränderungen innerhalb der Struktur der NSDAP gab Memmel seinen Ortsgruppenleiterposten im Dezember 1932 auf.⁵⁸² Als politischer Leiter der NSDAP musste er den folgenden Eid ablegen: „Ich schwöre Adolf Hitler unverbrüchliche Treue. Ich schwöre ihm und den Führern, die er mir bestimmt, unbedingten Gehorsam.“⁵⁸³

Memmel blieb im Gegensatz zu 100.000 anderen Parteigenossen der NSDAP auch nach der Wahlschlappe im Jahr 1932 treu.⁵⁸⁴ Allgemein besaß Hitlers Partei vor der Machtübernahme eine hohe Mitgliederfluktuation.⁵⁸⁵

Um Memmel weiterhin als politischen Leiter behalten zu können, gab Hellmuth ihm im Dezember 1932 den Posten eines Kreisleiters, den dieser am

⁵⁸⁰ Teilnahme von Beamten an der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und der Kommunistischen Partei Deutschlands. Runderlass des Ministers des Innern vom 3.7.1930 auf den Beschluss des Staatsministeriums vom 25.6.1930. Dokument 34. Abgedruckt in: BRANDT: Die politische Treuepflicht, S. 105.

⁵⁸¹ Dieses wurde ihm auch von seiner Schule attestiert. Personalnachweis Memmel.

⁵⁸² Protokoll der Verhandlung Memmel, 26.1.48, Blatt 2.

Schreiben von Regierungspräsident Dr. Hölzl an den Stadtrat Würzburg. Würzburg, 16.4.1955, S. 2. Magistratsakten Signatur 119 c. SAW.

⁵⁸³ LEY: Organisationsbuch der NSDAP, S. 16.

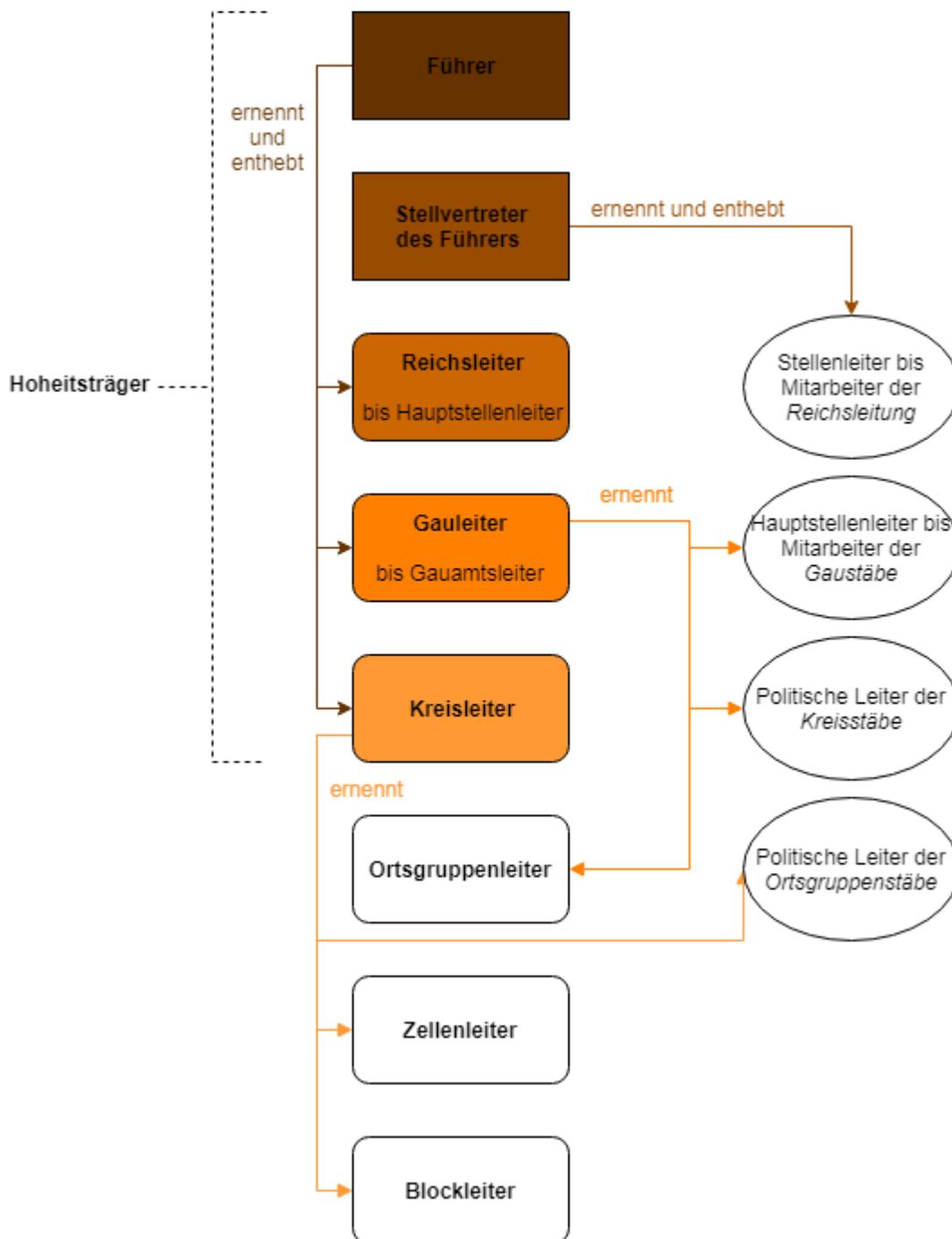
⁵⁸⁴ FALTER, JÜRGEN WILFRIED/KHACHATRYAN, KRISTINE: Wie viele NSDAP-Mitglieder gab es überhaupt und wie viele davon waren überzeugte Nationalsozialisten? In: FALTER: Junge Kämpfer, Alte Opportunisten, S. 177-195, hier S. 187.

⁵⁸⁵ KELLERHOFF: Die NSDAP, S. 162-168.

1. Januar des Folgejahres antrat.⁵⁸⁶ Damit war er nun Hoheitsträger und unterstand direkt seinem Gauleiter. Memmel untergeordnet waren die Ortsgruppenleiter, die aber ebenfalls vom Gauleiter berufen wurden. Das Amt des Kreisleiters in der NSDAP war erst am 13. Juli 1932 auf Grund des enormen Mitgliederzuwachses der Partei neu definiert worden und stellte dort im Hinblick auf die Struktur das vierhöchste Amt dar. Wie schon die mangelnde Berufungsbefugnis der Ortsgruppenleiter zeigt, war die Macht des Kreisleiters beschränkt. Er fungierte als lokaler Stellvertreter des Gauleiters.⁵⁸⁷ Das folgende Organigramm verdeutlicht die Machtbereiche der politischen Leiter innerhalb der Hierarchie der NSDAP:

⁵⁸⁶ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 1.

⁵⁸⁷ ROTH: Parteikreis und Kreisleiter der NSDAP, S. 24ff.



Organigramm 2 Machtstruktur innerhalb der NSDAP-Hierarchie bis 1941⁵⁸⁸

Demzufolge zufolge hatte Memmel auf der unteren Organisationsebene der Partei also relativ große Kompetenzen. Bemerkenswert an der Struktur der NSDAP ist vor allem, dass meistens nicht die direkt übergeordnete Stelle die direkt untergeordnete einsetzte. So konnten die Hoheitsträger viel tiefer in die unteren Strukturen eingreifen. Memmel spielte seine Funktion als Kreisleiter vor der Spruchkammer herunter:

⁵⁸⁸ Vgl. LEY, ROBERT (Hrsg.): Organisationsbuch der NSDAP. 3. Auflage. München, 1937, S 19 und 97.

„Ich glaube, es gibt wenige Würzburger die überhaupt wissen, dass ich Kreisleiter war. Ich bin nach außen hin, sehr wenig in Erscheinung getreten.

Die Kreisleitung selbst habe ich so klein gehalten, dass sie in einem Zimmer untergebracht war, wo ein Ortsgruppenleiter ehrenamtlich Geschäftsführer war.“⁵⁸⁹

Es stand um die interne Organisation des Gaus Unterfranken vor 1933 sowieso nicht zum Besten. Es war also nicht dergestalt, wie Memmels Aussage vermuten lässt, dass er die Kreisleitung bewusst klein gehalten hat – es gab schlicht wenig zu tun. Die geringe Mitgliederstärke wurde bereits erwähnt, ihre Struktur unter Hellmuth war ebenso wenig beeindruckend, wie auch die höhere Parteiführung bemerkte.⁵⁹⁰ Darüber hinaus existierten Spannungen zwischen dem Kreisleiter und der SA.⁵⁹¹ Ob Memmel den Würzburgern tatsächlich kaum in seiner Funktion als Kreisleiter bekannt war, wie er behauptete, lässt sich mangels entsprechender Quellen nicht überprüfen.

Memmel brachte sich nicht nur als Kreisleiter in die Partei ein. Außerdem wurde er Leiter der Kulturabteilung, Gauhauptabteilungsleiter III (politische Abteilung) und Leiter der Abteilung Volksbildung.⁵⁹² Zu seinen genauen Tätigkeiten dort gibt es jedoch keine Unterlagen mehr.

Von 1934 bis 1935 war Memmel Gauinspekteur für Mainfranken-Mitte.⁵⁹³ Der Gauinspekteur erhielt die Berufung durch den Gauleiter. In dessen Auftrag sollte er Beschwerden sachlicher und politischer Natur nachgehen. Zu bearbeiten hatte er außerdem Gnaden-, Unterstützungs- und Darlehensgesuche.⁵⁹⁴ Laut Memmels Aussage vor der Spruchkammer war dieses Amt mehr eine Formalität, da diese Position mit jemandem besetzt werden musste. Dafür spricht, dass die Oberbürgermeister der beiden nächstgrößten Städte Aschaffenburg (Gauinspektion Mainfranken-West) und Schweinfurt (Gauinspektion Mainfranken-Ost) ebenfalls zu Gauinspektoren ernannt worden waren.⁵⁹⁵ Außerdem meinte Memmel, er habe keine Tätigkeit in dieser Funktion ausgeübt, was mangels Quellen jedoch nicht untersucht werden kann. Als nach 1935 ein anderer Gauinspekteur wurde, sei er noch nicht einmal benachrichtigt worden.⁵⁹⁶ Hierbei handelte es sich wohl tatsächlich um keinen sonderlich wichtigen Posten, denn der stellvertretende

⁵⁸⁹ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 1.

⁵⁹⁰ ROTH: Parteikreis und Kreisleiter der NSDAP, S. 33.

⁵⁹¹ Verhandlungsprotokoll Memmel, 26.1.48, nachmittags, Blatt 5.

⁵⁹² Die neuen Männer nach der Umstellung im Rathaus.

⁵⁹³ Verhandlungsprotokoll Memmel, 26.11.47, Nachmittag, Blatt 2.

⁵⁹⁴ LEY, ROBERT (Hrsg.): Organisationsbuch der NSDAP. 1. Auflage. München, 1936, S. 142.

⁵⁹⁵ Verhandlungsprotokoll Memmel, 26.11.47, Nachmittag, Blatt 2.

⁵⁹⁶ Verhandlungsprotokoll Memmel, 26.1.48, nachmittags, Blatt 2.

Gauleiter Ludwig Pösl hatte diesen zweitweise in Personalunion ebenfalls inne.⁵⁹⁷

Im Januar 1933 ließ Memmel durch eines seiner regelmäßigen Rundschreiben als frisch ernannter Kreisleiter verkünden:

„Hauptaufgabe des Jahres 1933 wird sein, jeden Parteigenossen zum Nationalsozialisten, d.h. zum fanatischen Kämpfer zu erziehen. Redner- und Schulungskurse werden in kürze [sic!] eingerichtet werden. Hauptgewicht ist auf die Tätigkeit der Blockwarte zu legen; hierzu nur ganz gewandte und überzeugte Parteigenossen zu nehmen. Ferner ist auf die Werbung von Mund zu Mund Gewicht zu legen. Allen Leuten einhängern: „Hitler hat immer Recht gehabt!“.“⁵⁹⁸

Offenbar war Memmel bereits selbst zu einem jener fanatischen Kämpfer geworden.

Nach dem Krieg behauptete er, während seiner Zeit als Kreisleiter nie einen Menschen angezeigt zu haben.⁵⁹⁹ Für die Weitergabe von Anzeigen an die Geheime Staatspolizei war jedoch die Kreisleitung zuständig. Das hierfür eine Grundlage bildende sogenannte „Heimtückegesetz“ wurde jedoch erst am 20. Dezember 1934 verabschiedet.⁶⁰⁰ Über von Memmel verschuldete Anzeigen aus seiner Zeit ist aber nichts bekannt. Allerdings rief er als Kreisleiter 1933 mehrfach zum Kampf gegen politische Gegner auf. Kommunistische Flugblattverteiler sollten festgenommen und der Polizei übergeben werden. Außerdem ordnete er an, „[...] alles Belastungsmaterial gegen rote und schwarze Gegner, die jetzt wieder offen den Kampf aufnehmen, zu sammeln und mit Angabe des Gewährsmannes und der Zeugen der Kreisleitung vorzulegen.“⁶⁰¹ Beachtenswert ist hierbei auch, dass er das Zentrum beziehungsweise die BVP (die „Schwarzen“) auf derselben Stufe sah wie die KPD.

Nach der Machtübernahme fühlte sich Memmel anscheinend für eine kurze Zeit ganz besonders dem Germanenkult verbunden. So trugen einige seiner Schreiben die alten deutschen Monatsbezeichnungen wie „Lenz“ für März oder „Ostermond“ für April. Offenbar war dies auf Dauer doch zu unpraktisch, sodass er im Sommer 1933 wieder die üblichen Monatsbezeichnungen lateinischen Ursprungs verwendete.⁶⁰²

⁵⁹⁷ Gaustab. NSDAP Gau Mainfranken 1. StAW.

⁵⁹⁸ Rundschreiben Nr. 1/33 von Memmel. Würzburg, 2.1.1933. NSDAP Gau Mainfranken 705. StAW.

⁵⁹⁹ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 1.

⁶⁰⁰ RGBl I 1934, S. 1269ff.

⁶⁰¹ Rundschreiben Nr. 11/33 von Theo Memmel. Würzburg, 15.3.1933. Sowie Rundschreiben Nr. 19/33 von Theo Memmel. Würzburg, 19.6.1933. NSDAP Gau Mainfranken 705.

⁶⁰² NSDAP Gau Mainfranken 705. StAW.

1934 nahm Memmel in seiner Eigenschaft als Kreisleiter an einem Lehrgang der Reichsführerschule teil.⁶⁰³ Diese Schulungsstätte und ihre Lehrinhalte sind übrigens noch ein Desiderat der Forschung.

d) Rednertätigkeit

Vor der Spruchkammer sagte Memmel aus, Gauleiter Hellmuth habe ihn ab 1932 als Gauredner bei Wahlkampfveranstaltungen eingesetzt.⁶⁰⁴ Die erste überlieferte Rede von Memmel stammt jedoch bereits vom 28. Oktober 1931. Einige Reden sind auszugsweise im Würzburger Generalanzeiger abgedruckt, sechs Manuskripte sind vollständig erhalten geblieben.⁶⁰⁵ Diese sind alle aus der Zeit vor der Machtübernahme und haben folgende Titel:

- Katholizismus und Nationalsozialismus vom 28. Oktober 1931
- Goldwährung als Machtinstrument des Leihkapitals 1931
- Die Herrschaft des Leihkapitals 1932
- Volk in Not 1932
- Bauer in Not vom Februar/März 1932
- Präsidentenwahl 1932

Vor welchem Publikum und zu welchem Anlass er diese Reden gehalten hatte, ist nicht zu rekonstruieren. Memmel sprach in keinem hochgestochenen Deutsch, aber rhetorisch sehr geschickt und unter Verwendung vieler bekannter Allegorien und Bezüge.

Als Ausgangspunkt dienten ihm die gedruckten Rednerinformationen der Partei.⁶⁰⁶ Memmels Ausgabe vom 28. September 1932 ist erhalten und weist viele Unterstreichungen auf. Da diese Rednerinformation außer Unterstreichungen über keine Marginalien verfügt, ist sie daher betreffend Memmels persönlicher politischer Positionen nicht interpretierbar.⁶⁰⁷

Dennoch sollen nun Memmels vollständig überlieferte Reden näher ob ihres Inhaltes beleuchtet werden, um einen Einblick in Memmels parteipolitische öffentliche Äußerungen zu geben.

In der Rede „Katholizismus und Nationalsozialismus“ vom 28. Oktober 1931 lobt Memmel als Einstieg den katholischen Priester Wilhelm Maria

⁶⁰³ Protokoll Verhandlung Memmel, 28.11.47, Blatt 4.

⁶⁰⁴ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 1.

⁶⁰⁵ Reden und Aufsätze Memmels. Spruchkammerakte Memmel.

⁶⁰⁶ Siehe hierzu auch: METZGER, JOCHEN: Rednermaterial und Rednerinformation. Kompetenzstreitigkeiten in der NS-Propaganda von 1929 bis 1934. In: NEUBER, WOLFGANG/OESTERREICHER, PETER/UEDING, GERT: Rhetorik. Ein internationales Jahrbuch. Band 16 1997, S. 16-25.

⁶⁰⁷ Memmels Ausgabe von: Reichspropagandaleitung der N.S.D.A.P.: Rednerinformation Nr. 10 1932. München, 1932. Magistratsakten Signatur 119 f. SAW.

Senn, der sich vor den Karren der Nationalsozialisten hatte spannen lassen, und entsprechend gepredigt hat.⁶⁰⁸ In diesem willigen Instrument seiner Partei sieht Memmel jenen „positiven Katholizismus“, den sich die NSDAP gewünscht hat. Allerdings sei der „kleine Pfarrer“ von den mächtigen deutschen Bischöfen ausgebremst und zum Schweigen gebracht worden. Ja sie seien sogar noch weiter gegangen, und untersagten ihren Gläubigen, NSDAP-Mitglied zu werden, so Memmel. Hierbei legt er geschickt die Kritik nicht auf den Papst selbst, dessen Unfehlbarkeit in Glaubensfragen er in dieser Rede gar nicht bezweifelt, sondern bezieht das Problem ausschließlich auf die gegen Hitlers Partei agierenden deutschen Bischöfe. Memmel bekräftigt sogar, dass „[...] die Religion [...] wichtigste Grundlage des 3. Reiches sein [wird].“⁶⁰⁹ Er geht noch weiter und lobt die Errungenschaften der Religion in der deutschen Geschichte, Kultur und Bildung. „Die Kirche ist ja nun seit zwei Jahrtausenden Mutter unserer Kultur – Erzieherin der Menschheit.“⁶¹⁰ Wie jung und klein sei da doch der erst zehn Jahre bestehenden Nationalsozialismus, „[...] geboren aus dem Chaos! Und er ist ein Christenkind!“⁶¹¹ Und ab diesem Punkt schwingt Memmels Lob an der Religion im Allgemeinen plötzlich um in Kritik an der katholischen Kirche; er unterstellt ihr Pflichtversäumnis und nennt sie eine „Rabenmutter“, da sie die Zentrumsparterie unterstütze. Und ab da sei dann die bisherige positive Leistung der Kirche beendet. Dem Zentrum wirft er vor, auf dem linken Auge blind zu sein, und die Gefahr des Marxismus fahrlässig zu unterschätzen und kleinzureden. Damit baut Memmel eine Bedrohungslage auf. Und weiter: Wenn dereinst der Tag komme, an dem der Bolschewismus sein wahres, radikales Gesicht zeige, und anfange, die Kirchen zu stürmen, könnten alleine die Nationalsozialisten eine Wehr dagegen bilden.⁶¹² Die Zentrumsparterie, laut Memmel ohnehin zu 2/3 von Frauen gewählt,⁶¹³ wäre hierbei keine Hilfe. Antikatholische Aussagen von protestantischen Parteimitgliedern verharmlost Memmel als Einzelmeinungen, und erklärt: „Muss man das tragisch nehmen, wenn in einer 10 Millionenpartei einzelne Nationalsozialisten sich für das germanische Sittenideal begeistern, wenn im

⁶⁰⁸ Vgl.: SENN, WILHELM MARIA: Katholizismus und Nationalsozialismus. Eine Rede an den deutschen Katholizismus von Wilhelm Maria Senn, Pfarrer. Münster, 1931.

⁶⁰⁹ Rede: Katholizismus und Nationalsozialismus, Blatt 1.

⁶¹⁰ Rede: Katholizismus und Nationalsozialismus, Blatt 1.

⁶¹¹ Ebenda, Blatt 1.

⁶¹² Tatsächlich waren es die Nationalsozialisten, welche nur weniger Jahre später am 7. und 28. April 1934 die Pforte des Würzburger Bischofspalais stürmten. STICKLER, MATTHIAS: Würzburg in der Zeit des Nationalsozialismus. Ein historisch-politischer Überblick. In: LAUTER, MARLENE/KEß, BETTINA: Tradition & Propaganda. Eine Bestandsaufnahme. Kunst aus der Zeit des Nationalsozialismus in der Städtischen Sammlung Würzburg. Würzburg, 2013, S. 38-53, hier S. 46.

⁶¹³ Die Nachkriegsforschung hat herausgefunden, dass die NSDAP von 1928 bis 1930 einen überproportionalen Zuwachs an weiblichen Stimmen bekam. Memmel war dies offensichtlich nicht bewusst. Siehe hierzu: FALTER, JÜRGEN WILFRIED: Die Wähler der NSDAP 1928-1933: Sozialstruktur und parteipolitische Herkunft. In: MICHALKA, WOLFGANG (Hrsg.): Die Nationalsozialistische Machtergreifung. Paderborn, 1984, S. 47-59, hier S. 49.

Kampf gegen das Judentum auch das Alte Testament ein wenig dran glauben muss?“⁶¹⁴ Trotz aller Verfehlungen von Zentrum und ihrer Presse, strecke der Nationalsozialismus zum Wohle aller die Hand zum Frieden aus. Bedingung hierfür sei jedoch ein Richtungswechsel des Zentrums. Denn: „Die Partei der deutschen Katholiken sucht mit denselben Mächten, Freimaurertum und Marxismus, die den Karren in den Abgrund stürzten, die das Chaos verursacht haben, wieder aufzubauen.“⁶¹⁵ Die Lösung hierfür sei: „Dem Radikalismus des jüdisch – bolschewistischen Satansreiches muss ein Radikalismus des Christenreiches entgegengesetzt werden. Also muss das Zentrum nach rechts.“⁶¹⁶

Auch das Judentum behandelt Memmel: „Ist unsere Zeit verjudet? Ist sogar das Christentum, der Katholizismus verjudet? Ohne Bedenken können wir mit einem lauten Ja antworten. Wir sind verjudet, in ganz entsetzlichem Umfang verjudet.“⁶¹⁷ Völlig ungerechtfertigt würden Zentrumspolitiker und –presse den Antisemitismus verurteilen sowie Gefahr und Einfluss des Weltjudentumes unterschätzen. „Wo ist der Kampf der Kirche gegen diese Pest?“⁶¹⁸ fragt Memmel. Den jüdischen Sexualforscher Dr. Magnus Hirschfeld sieht er als „Kinder-Seelenmörder“ und wünscht wegen der ihm vorgeworfenen Sittenwidrigkeiten: „Ja, den Galgen verdient er! Und den Mühlstein⁶¹⁹ um den Hals!“⁶²⁰ Weiter schimpft Memmel auf die jüdischen Warenhäuser, die er als Raubritterburgen stilisiert, die den christlichen Kaufmanns- und Handwerkerstand erwürgten. Außerdem greift er namentlich die lokalen Würzburger Familien an, denen diese gehörten, wie etwa Ruschkewitz, da diese trotz der Wirtschaftskrise Profit machten. In diesem Punkte sieht er denselben Feind, wie sein Bundesbruder Heim dereinst in einer Rede im bayerischen Parlament 1899, der dort besonders den jüdischen Warenhausbesitzer Oskar Tietz angegriffen hat.⁶²¹ Das Parteiprogramm der NSDAP richtete sich aber auch allgemein gegen die großen Warenhäuser und forderte deren Auflösung zugunsten des gewerbetreibenden Mittelstandes.⁶²²

Ausführlich beschwört Memmel die angeblichen Gefahren, die von einem modernen und nicht ghettoisierten Judentum für Volk und

⁶¹⁴ Rede: Katholizismus und Nationalsozialismus, Blatt 2. Wobei er hier die Mitgliederzahlen verzehnfachte, oder aber Sympathisanten ohne Parteibuch miteinrechnet.

⁶¹⁵ Ebenda, Blatt 3.

⁶¹⁶ Ebenda, Blatt 4.

⁶¹⁷ Ebenda, Blatt 4.

⁶¹⁸ Ebenda, Blatt 4.

⁶¹⁹ Die Bestrafung mit dem Mühlstein dürfte im Markusevangelium begründet liegen: „Wer einen von diesen Kleinen, die an mich glauben, zum Bösen verführt, für den wäre es besser, wenn er mit einem Mühlstein um den Hals ins Meer geworfen würde.“ Mk. 9,42.

⁶²⁰ Rede: Katholizismus und Nationalsozialismus, Blatt 5.

⁶²¹ LUDYGA: Die Rechtsstellung der Juden in Bayern, S. 375-379.

⁶²² Die 25 Punkte des Programms der NSDAP. München, den 24. Februar 1920. In: HOFER, WALTHER (Hrsg.): Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933–1945. 50. Auflage. Frankfurt, 2011, S. 28-31, hier S. 29.

Christentum ausgingen. Wie viel negativen Einfluss dieses scheinbar hatte, macht er an diversen Beispielen fest. Schlussendlich appelliert er dramatisch zur Versöhnung von Nationalsozialismus und Katholizismus, um das Hauptproblem vereint lösen zu können: „Die Hitlerbewegung bietet die letzte große Gelegenheit, das jüdische Joch abzuschütteln.“⁶²³

Somit präsentiert Memmel stets geschickt nicht den Katholizismus als direkten Feind, sondern die deutschen Bischöfe. Deutliche Worte richtet er dafür gegen die Zentrumspartei und vor allem das Judentum, das er sogar als „Pest“ bezeichnet. An seinen vorher zitierten Aussagen gemessen, wie er Nationalsozialist wurde, ist es durchaus wahrscheinlich, dass er zu hundert Prozent hinter der in der Rede formulierten Verheißung, alleine der Nationalsozialismus könne das deutsche Volk erretten, gestanden hat. Eifrig, rhetorisch geschickt und dennoch radikal vertritt er einen Antisemitismus, in dem er parteigetreu in den Juden die Hauptursache für alles Übel sah. Durch die namentliche Nennung und direkte Beschuldigung von jüdischen Familien in Würzburg betreibt er außerdem eine Spaltung der Bevölkerung, deren Stadtoberhaupt er noch werden soll.

Diese vorgestellte Rede soll des Weiteren als Aufhänger dienen, um bei Memmel die Gretchenfrage bezüglich seines Verhältnisses zur Religion zu stellen. Er, seine Ehefrau sowie seine drei Kinder, geboren 1921 und 1930, waren katholisch getauft.⁶²⁴ Vor seinem Parteieintritt scheint seine Abneigung gegenüber der Kirche noch nicht so tief gewesen zu sein. Ab einem unbekanntem Zeitpunkt nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten gab er als Glaubensrichtung nur noch das von der NS-Regierung erfundene Wort „gottgläubig“ an.⁶²⁵ Er hatte seit seinem Oberbürgermeisteramt keinen Laufbahnaufstieg mehr vor sich, was eine Änderung der Konfessionszugehörigkeit aus politischer Motivation heraus rechtfertigen würde. Es wird also das Resultat eines Abwendungsprozesses von der Kirche gewesen sein. Memmel sah wohl in der katholischen Kirche keine Institution, derer er angehören wollte, da er ihren Weg und ihre „Verjudung“ als falsch ansah, wie in der behandelten Rede auch zum Ausdruck kommt. Memmel sagte später, er sei am 1. Januar 1939 ohne Aufsehen aus der Kirche ausgetreten, nachdem er sich länger ausgiebig mit antikirchlicher Literatur beschäftigt habe.⁶²⁶ Tatsächlich fand man nach dem Krieg zwei Dutzend Exemplare

⁶²³ Rede: Katholizismus und Nationalsozialismus, Blatt 6.

⁶²⁴ EMB Memmel.

⁶²⁵ Personal-Blatt Memmel. Bezeichnung der religiösen Bekenntnisse. Runderlass des Ministers des Innern zuzüglich im Namen des Stellvertreters des Führers und Reichsministers für kirchliche Angelegenheiten vom 26.11.1936. Ministerialblatt des Reichs- und Preussischen Ministeriums des Innern. Nr. 51, 2.12.1936, S. 1575.

⁶²⁶ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.11.47, Nachmittag, Blatt 5.

Protokoll Verhandlung Theo Memmel – 28.1.48 – Nachmittag. Blatt 3.

von derartigen Büchern und Schriften bei ihm.⁶²⁷ Damit gehörte er zu den 0,5 Prozent der sich als „gottgläubig“ bezeichnenden Personen im katholisch geprägten Gau Mainfranken, der hier das Schlusslicht des Reiches bildete.⁶²⁸ Memmel schreibt im Fragebogen der Alliierten 1946:

„19. Religion *gottgläubig*. 20. Welcher Kirche gehören Sie an? / [keiner]
21. Haben Sie je offiziell oder inoffiziell Ihre Verbindung mit der Kirche gelöst? *ja*. 22. Falls ja, geben Sie Einzelheiten und Gründe an. *Aus Überzeugungsgründen.*“⁶²⁹

Schon im Mai 1934 verbot er als Kreisleiter den NSDAP-Mitgliedern, in Uniform an kirchlichen Feiern teilzunehmen. Eine offizielle Beteiligung an den Fronleichnamsprozessionen sollte ebenfalls nicht mehr stattfinden.⁶³⁰ Ganz offensichtlich brauchte man nicht mehr um die Gunst der Katholiken zu buhlen. Dennoch war nach eigenen Angaben sein Sohn Hans Erich bis 1935 in einer nicht näher benannten Klosterschule.⁶³¹ Mathilde Memmel blieb bis zu ihrem Lebensende katholisch.⁶³²

Als 1939 die Erneuerung des Pachtvertrags mit der Kongregation der heiligen Kindheit Jesu für das städtische Klostergut anstand, lobte Memmel zwar die Schwestern als sehr angenehme Pächter und wies drauf hin, dass es schwer sei, einen geeigneten Nachfolger zu finden.

„Er stehe aber trotzdem auf dem Standpunkt, dass eine nationalsozialistische Stadtverwaltung nicht mit einem katholischen Schwesternorden Pachtverträge abschließen könne.“⁶³³

Das Ergebnis der Aussprache unter den Ratsherren war, dass eine Erneuerung des Pachtverhältnisses aus weltanschaulichen Gründen selbst unter Inkaufnahme von Nachteilen zu vermeiden sei. Memmel ließ also seiner antiklerikalen Haltung selbst in seinen Amtsgeschäften freien Lauf.

1942 kam vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus die Anordnung, alle Kruzifixe in städtischen Anstalten möglichst unauffällig abzuhängen. Grund hierfür sei die Benachteiligung anderer Konfessionen, besonders der „Gottgläubigen“. Für die Durchführung in Würzburg war Theodor Memmel verantwortlich. In einem Gespräch mit dem staatlichen Schulrat von Würzburg, Josef August Eichelsbacher, beschwerte sich

⁶²⁷ Broschüren Nazi-Hetz-Literatur gegen Geistliche. Magistratsakten. Signatur. 119 I. SAW.

⁶²⁸ Nur die Bayerische Ostmark hatte mit 0,4 Prozent noch weniger „Gottgläubige“. KOOP, VOLKER: Martin Bormann. Hitlers Vollstrecker. Köln/Weimar, 2012, S. 141f.

⁶²⁹ Beim kursiv Gedruckten handelt es sich um Memmels handschriftliche Antworten. Military Government of Germany. Fragebogen Theo Memmel. Spruchkammerakte Memmel.

⁶³⁰ Rundschreiben Nr. 17/34 von Theo Memmel. Würzburg, 29. Mai 1934. NSDAP Gau Mainfranken. StAW.

⁶³¹ Protokoll der öffentlichen Verhandlung der Berufungskammer Würzburg gegen Theo Memmel am 25.8.1949. Spruchkammerakte Memmel, Blatt 2.

⁶³² Sterbeurkunde von Mathilde Memmel. Würzburg, 15.10.1980. Magistratsakten. Signatur 119 a. SAW.

⁶³³ Protokoll der Ratssitzung am 15.2.1939 (Nichtöffentlich).

Memmel, dass die Ausführung dieser Anordnung auf die unteren Behörden abgewälzt wurde. Dieser berichtete 1947 darüber weiter:

„Im Verlaufe des Gesprächs brachte Obgm. M. auch zum Ausdruck, dass es unverständlich und fahrlässig sei, gerade jetzt in der Zeit der schweren Kriegsnot den christl. Halt der Bevölkerung rauben zu wollen. Obgm.M. erklärte mir wörtlich: „An unseren Schulen bleibt die Sache beim alten [sic!]“. Damit war der Erlass des Min. für die Volksschule Wzbg. gegenstandslos geworden. Die Kruzifixe blieben in den Schulhäusern und wurden am 16.3.45 zerstört.“⁶³⁴

Ob Memmel die Kruzifixe nun aus religiöser Toleranz, Achtung vor der Religion, oder um das Durchhaltevermögen der Bevölkerung nicht zu schwächen hängen ließ, ist nicht mehr nachvollziehbar.

Ansonsten ging die Arbeit gegen die beiden Konfessionen aber weiter. So hatte der Stadtrat etwa im Januar 1943 den Vertrag für den evangelischen Kindergarten nicht mehr verlängert. Stattdessen sollte der NSV ihn übernehmen.⁶³⁵

Bei der Überprüfung der sechs vollständig überlieferten Reden Memmels ist Folgendes auffallend: Er verwendete eine Fülle an Zahlen und Fakten, um seine Punkte zu untermauern. Da diese nur zu einem kleinen Teil von der Partei der bereitgestellten Rednerinformation entstammen, dürfte er diese selbst aus Zeitungen recherchiert haben.

Als Ursache allen Übels präsentierte er das Judentum, das hinter Kapitalismus sowie Bolschewismus stecken und gegen das deutsche Volk arbeiten würde. Die Juden hätten erst Russland ins Chaos versetzt und dann Deutschlands Niederlage im Weltkrieg beschworen. Durch diese Verschwörungstheorie konnte die militärische Niederlage im Weltkrieg und die anschließenden Wirtschaftskrisen erklärt werden. Nun war alles „verjudet“: „Daher ist die Börse jüdisch, jüdisch die Konjunktur, jüdisch die Goldwährung.“⁶³⁶ Dass die Juden hinter allem Negativen steckten, war eine simple Methode, um die Vielzahl an verschiedensten ausschlaggebenden Faktoren populistisch auf einen Sündenbock zu fokussieren. Hatte man erst einmal mit der Beschuldigung begonnen, konnte damit quasi alles erklärt werden.⁶³⁷ Um unabhängig vom „internationalen Finanzjudentum“ zu werden, fordert Memmel eine vollständige Autarkie Deutschlands sowohl auf dem Gebiet des Warenverkehrs als auch in Bezug auf die Goldwährung. Immer wieder betont er die Einheit des Volkes, das durch Parteien und Religionen getrennt würde. Des Weiteren beschwört er zwei Ideale: Den „ehrbaren

⁶³⁴ Eidesstattliche Erklärung von Josef August Eichelsbacher, ehemaliger Schulrat in Würzburg. Stadelhofen, 26.11.1947. Spruchkammerakte Memmel.

⁶³⁵ Protokoll Ratssitzung 26.1.1943 (Nichtöffentlich), S. 81f.

⁶³⁶ Rede: Die Goldwährung als Machtinstrument des Leihkapitals. Magistratsakten Sign. 119 e, Blatt 15.

⁶³⁷ KÜHNEL, REINHARD: Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus. Hamburg, 1971, S. 93ff.

Kaufmann⁶³⁸ und den Kleinbauernstand. Diesen will er fördern und gegen eine Mechanisierung der Landwirtschaft vorgehen. Dies untermalte er mit romantisierenden Worten aus der „Blut und Boden“-Ideologie:⁶³⁹ „Boden, das ist etwas Besonderes, da steckt das Blut und Schweiß unserer Väter und Ahnen darin [...]“⁶⁴⁰ Diese Ideen mögen zwar für den betreffenden Teil der Bevölkerung erstrebenswert gewesen sein, mussten aber entgegen der auf Autarkie zustrebenden Kriegswirtschaft des NS-Regimes laufen. Denn das Kleinbauerntum und Verweigerung gegenüber dem technischen Fortschritt war und ist nicht wirtschaftlich. Bei der Untersuchung der Reden von Memmel ist festzustellen, dass diese keinen Millimeter vom Parteiprogramm und der Rednerinformation abwichen.

Memmel präsentiert einen ausgeprägten Antisemitismus, den er mal mehr und mal weniger radikal vermittelte:

„Wir sind die Gegner der Juden. Wir verurteilen den Radau-Antisemitismus; mit dem Niederschlagen der Juden ist die Frage nicht gelöst. Nein, wir sind Antisemiten, weil wir Deutsche sind; wir sind in Notwehr, wir folgen dem Selbsterhaltungstrieb, wir wollen uns frei machen und rein erhalten von dem Art- und Rassefremden;“⁶⁴¹

„Wir werden aufräumen mit [...] diesem Judengesindel [...]“⁶⁴²

„Höhnisch grinsend ist er im Hintergrund, der Jude [...]. Wir werden unser Volk von dieser Wanze befreien“⁶⁴³

Allerdings zeigt Memmel dem Zuhörer keine exakte Möglichkeit oder Lösung, wie mit „den Juden“ zu verfahren sei. Auffällig ist besonders, dass er in den öffentlichen Reden im Jahr 1933 nach dem Antritt seines Bürgermeisteramts nicht mehr nachweislich gegen die Juden hetzte.⁶⁴⁴

Während Memmels Schulleiter Schiedermaier nach dem Krieg noch dessen korrektes Verhalten zum Besten der ersten Klasse, der Jude war, lobte, verwandte Memmel sein internes Wissen unvermittelt in der Präsidentenwahlrede zu Propagandazwecken, um die angebliche Unterwanderung Deutschlands durch das Judentum zu unterstreichen: „In den ersten Klassen der Realgymnasien 12% Juden!“⁶⁴⁵

⁶³⁸ Siehe hierzu: GRAF, CHRISTIAN/STOBER, ROLF (Hrsg.): Der Ehrbare Kaufmann und Compliance. Zur Aktivierung eines klassischen Leitbilds für die Compliancediskussion (= Schriften aus dem Forschungsinstitut für Compliance, Sicherheitswirtschaft und Unternehmenssicherheit. Band 3). Hamburg, 2010.

⁶³⁹ Vgl. hierzu: CORNI, GUSTAVO/GIES, HORST: „Blut und Boden“. Rassenideologie und Agrarpolitik im Staat Hitlers (= Historisches Seminar – Neue Folgen. Band 5). Idstein, 1994.

⁶⁴⁰ Rede: Bauer in Not. Magistratsakten Sign. 119 e, Blatt 12.

⁶⁴¹ Rede: Volk in Not. Magistratsakten Sign. 119 e, Blatt 3.

⁶⁴² Rede: Bauer in Not, Blatt 6.

⁶⁴³ Ebenda, Blatt 14.

⁶⁴⁴ Siehe hierzu die abgedruckten Ausschnitte in den lokalen Zeitungen von 1933 bis 1945.

⁶⁴⁵ Rede: Präsidentenwahl 1932. Magistratsakten Sign. 119 e, Blatt 2. Wobei diese Zahl wohl übertrieben ist. „Am Realgymnasium betrug der jüdische Anteil in den ersten Jahren der Republik etwa 10, später nur noch 5 bis 6 %.“ FLADE: Juden in Würzburg, S. 166.

Memmel spielte später 1947 im Verhör seine Rolle als Redner stark herunter und meinte, die oben behandelten Reden habe er nur intern in den Ortsgruppen gehalten, niemals öffentlich.⁶⁴⁶ Der Würzburger Generalanzeiger hingegen schreibt im April 1933 nach Memmels Wahl zum Oberbürgermeister: „Seit mehreren Jahren ist er in hunderten von Orten Unterfrankens als zündender Redner bekannt geworden.“⁶⁴⁷ Tatsächlich zeugen die Manuskripte von ihm von einer guten Rhetorik, die sicherlich eine entsprechende Wirkung im Publikum hervorrief. Als Memmel mit seinen dort geäußerten Worten im Spruchkammerverfahren konfrontiert wurde, meinte er: „Ich bestreite nicht [...] dass ich in Reden die Judenfrage angeschnitten habe. Ich stand auf dem Boden des [NSDAP-] Programms 1932/33. Für eine Gewaltpolitik gegen die Juden bin ich nicht eingetreten.“⁶⁴⁸ Das „Anschneiden“ der Judenfrage ist nun alleine schon anhand der oben entnommenen Zitate eine bösertige Untertreibung. Keine seiner Reden kommt ohne sie aus. Sein in einem Verhör 1947 getätigter Satz „Ich habe niemals antisemitistische Propaganda gemacht.“⁶⁴⁹ ist anhand der untersuchten Reden ganz eindeutig eine dreiste Falschaussage. In seinem ersten Rundschreiben vom 2. Januar 1933 schreibt Memmel in seiner Eigenschaft als Kreisleiter: „Wer in Judengeschäften kauft, ist kein Nationalsozialist; wer seine Frau nicht davon abbringen kann, ist kein Mann!“⁶⁵⁰ Am 15. März 1933 erließ er in einem Rundschreiben die Anordnung:

„Der Pg. muss eingehämmert werden, dass sie nur bei christlichen Geschäften kaufen. Aktionen gegen Judengeschäfte sind vom Führer untersagt. Die ganze Judenfrage wird durch den Führer geregelt werden.“⁶⁵¹

Von seinen Parteigenossen forderte er somit ein konsequentes Eintreten für den Boykott jüdischer Geschäfte, wies aber auch darauf hin, dass direkte Aktionen gegen diese verboten waren. Sicherlich tat er dies nicht aus Menschenfreundlichkeit, sondern Befehlsgehorsam.

Memmel war durch seine antisemitische Hetze einer von vielen Wegbereitern für einer Politik, die letztendlich unter anderem hinter den Toren von Auschwitz endete.

⁶⁴⁶ Protokoll der Verhandlung gegen Memmel Theo, ehem. Oberbürgermeister. I. Verhandlungstag [25.11.47] – Nachmittag, Blatt 1.

⁶⁴⁷ Die neuen Männer nach der Umstellung im Rathaus.

⁶⁴⁸ Protokoll: IV. Verhandlungstag gegen Memmel Theo am 28.11.47. Spruchkammerakte Memmel, Theodor. StAM, Blatt 4.

⁶⁴⁹ Protokoll der Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 7.

⁶⁵⁰ Rundschreiben Nr. 1/11 von Theo Memmel. Würzburg, 2.1.1933. NSDAP Gau Mainfranken 705. Staatsarchiv Würzburg.

⁶⁵¹ Rundschreiben Nr. 11/33 von Theo Memmel. Würzburg, 15.3.1933. Ebenda.

Am 11. März 1933 kam es in Würzburg zu größeren Übergriffen auf die Würzburger jüdische Bevölkerung. Memmel sagte zu diesem Vorfall 1947 aus:

„Damals sprach der Gauleiter in der Schönbornstraße. Es kam die Meldung, dass sich Leute am C[entral-]C[afé] ansammelten. Er gab mir den Auftrag hinzugehen und unter allen Umständen Ruhe zu verlangen. Es ist dort auch nichts geschehen. Ich ging hin, es war Nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr. Ich habe nicht zu Gewaltmaßnahmen aufgefordert. Ich habe die Leute daraufhin-gewiesen [sic!], dass in Würzburg bis jetzt noch keine Fensterscheibe zerbrochen wurde, dass diese Aktion so vorbei gehen müsse, dass man sich keinen Vorwurf zu machen braucht. Niemand drang in das Geschäft ein, kein Gast wurde belästigt, auch Jakob Strauß⁶⁵² nicht.“⁶⁵³

Diese Version bestätigte ihm auch sein Parteigenosse Rudolf (genannt Rolf) Schmitt, selbst überzeugter Nationalsozialist:

„Mommel hat dabei beruhigend auf die Massen gesprochen und vor jeder Gewalttat gewarnt. Dass Memmel damals sich nicht nur in der Öffentlichkeit von den negativen Maßnahmen gerade der NS Hago⁶⁵⁴ distanziert, beweisen verschiedene zum Teil heftige Auseinandersetzungen mit den damaligen Leitern dieser Organisation. Ich war damals zugegen, wie Memmel immer wieder betonte, dass er verlangen müsse, alles in ruhigen geordneten Bahnen zu erledigen. Gewalttaten werde er sich mit seiner ganzen Person entgegenstemmen.“⁶⁵⁵

Mommels Reden zeigen jedoch seine geäußerte Abneigung gegen die Warenhäuser, welche ebenfalls ein Ziel der NS Hago waren. Außerdem liegt der Verdacht nahe, dass der eine Nationalsozialist den anderen nach dem Kriege deckte. Memmel und Schmitt kannten einander gut, und hatten während der Inhaftierungszeit auch Briefverkehr.⁶⁵⁶ Im Würzburger General-Anzeiger jener Tage war nur zu lesen, dass Memmel unter den wachen Augen der motorisierten Schutzpolizei vor dem Central-Café (CC) eine Ansprache hielt, und die jüdischen Firmen derweil geschlossen waren.⁶⁵⁷ Zur Klärung von Mommels Rolle bei den Aktionen gegen Juden in Würzburg vom 11. März 1933 soll daher die Version eines Opfers, Dr. Karl Rosenthal, Erwähnung finden:

„Bald sammelte sich die Menge zu mehreren Hunderten an. Die Gäste wurden gewaltsam aus dem Lokal gewiesen. Man bildete eine ganz

⁶⁵² Der 1891 geborene Strauß war erfolgreicher Metzgermeister und außerdem Besitzer des CC. FLADE: Die Würzburger Juden, S. 219 und 227.

⁶⁵³ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 5.

⁶⁵⁴ Nationalsozialistische Handwerks-, Handels-, und Gewerbeorganisation.

⁶⁵⁵ Eidesstattliche Erklärung von Rudolf Schmitt. Würzburg, 27.9.1947. Spruchkammerakte Memmel.

⁶⁵⁶ Abschrift eines Briefs von Rudolf Schmitt an Theodor Memmel. Moosburg, 24.9.1947. Spruchkammerakte Memmel.

⁶⁵⁷ Lokal-Nachrichten. Der neue Kurs in Würzburg. WGA, Nr. 68, 18.3.1933, S. 3.

schmale Gasse, durch welche die Leute nur aus dem C.C. herausgehen konnten. Jüdische Leute belästigte man dabei und riss ihnen die Hüte vom Kopf. Man hörte auch Worte „Juda verreckel!“ Man bemerkte 3 Offiziere der SA mit einem Anhang besserer Leute und eine große Menge hinter sich. Herr Studienrat Memmel hielt eine Ansprache. Seine Rede hatte den Charakter einer antisemitischen Hetzrede. Er forderte auf, nicht in die jüdischen Geschäfte zu gehen. Die Läden sollten drei Stunden geschlossen werden; daran lernten die Leute das Arbeiten. Man sollte auch nicht zu jüdischen Rechtsanwälten gehen. Herr Stud.-Rat Memmel sagte weiter, die Juden könnten als Ausländer bei uns bleiben, wir tun ihnen nichts.“⁶⁵⁸

Memmel beteiligte sich durch seine Hetzrede aktiv am Boykott jüdischer Geschäfte. Dies verharmlosten er und Schmitt nicht nur vor der Spruchkammer, sondern verkehrten es dreist sogar noch ins Gegenteil: Memmel habe die Versammlung beruhigt und von Übergriffen abgehalten.⁶⁵⁹

Es verbleibt somit nur noch die Frage, ob er diese antisemitische Einstellung durchgehend beibehielt. Noch kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs kaufte sich Memmel am 31. Juli 1939 das Buch „Wieder Weltkrieg um Juda?“.⁶⁶⁰ Besonders im Jahr 1941 erweiterte er seine Bibliothek um auffallend viel antisemitische Literatur.⁶⁶¹ An seinem Antisemitismus änderte sich auch während des Krieges nichts, denn er äußerte beispielsweise noch im März 1942 bei einer Sängertagung:

„Ebenso war es im Weltkrieg, in den Zeiten schwerer Not und noch mehr in den Zeiten des Systems, als die Juden die letzten Bastionen zu stürmen versuchten, die sie noch davor abhielten, das ganze deutsche Volk hinaus in das Nichts der Bedeutungslosigkeit zu stoßen, damals, als die jüdischen Gazetten und Witzblätter alles in den Schmutz zogen, was noch irgendwie den Begriff „deutsch“ hochhielt, denn was war es denn, was man damals in den Kot hinabstieß – die deutschen Stände sind es, ob es die Offiziere oder die Studenten, die deutschen Beamten, Turner oder Sänger waren. Die Juden wussten, dass in diesen Ständen die letzte Widerstandskräfte staken, die Juden wussten, dass man diese erst vernichten musste, um dann die letzte und endgültige Herrschaft anzutreten.“⁶⁶²

Memmel blieb also auch während des Krieges bei der nationalsozialistischen Überzeugung, dass die Juden das Unglück der Deutschen waren.

⁶⁵⁸ Zitiert nach: FLADE: Juden in Würzburg, S. 355.

⁶⁵⁹ Die genauen Anordnungen zur Durchführung des Boykotts wurden am 29. März 1933 im Würzburger Generalanzeiger veröffentlicht: Aufruf zur Abwehr gegen die Gräueltette. Die nationalsozialistischen Programmpunkte zur Abwehr der Gräueltette- und Boykottpropaganda. WGA, Nr. 74, 29.3.1933, S. 2.

⁶⁶⁰ Rechnung von der Buchhandlung Siegfried Perschmann Würzburg. 1.3.1940. Magistratsakten Sign. 119 g.

⁶⁶¹ Rechnung der Buchhandlung Siegfried Perschmann Würzburg. 30.8.1941 und 12.5.1942. Ebenda.

⁶⁶² Rede von Theodor Memmel am 8. März 1942 anlässlich des Sängertages des Sängerkreises Wien, S. 2. Magistratsakten Sign. 119 f.

In Verbindung mit seinen vorher vorgestellten Reden ergibt sich ein recht vollständiges Bild von Memmels Verhältnis zum Judentum. Er war spätestens ab 1930 antisemitisch eingestellt und sah die Juden als volksfremde Ausländer an, die nicht zum Wohle der Deutschen handelten. Von der Theorie der „jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung“ zeigte er sich so überzeugt, dass er sie auch propagierte. Ein Boykott und weitere Maßnahmen gegen die jüdischen „Umtriebe“ und Wirtschaftsmacht waren seiner Ansicht nach von Nöten, damit Deutschland wirtschaftlich und kulturell wieder prosperieren konnte. Memmel offenbarte genauso wenig wie die Partei seinerzeit einen Plan, wie tatsächlich mit den Juden längerfristig umgegangen werden sollte. Er war möglicherweise der Ansicht, sie durch einen steten Boykott aus dem Lande treiben zu können. Ihm wäre es wohl am liebsten gewesen, die Juden schön geordnet und langsam ohne großes Aufheben aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen. Dass seine geistige Brandstiftung auch noch radikaleren Elementen Vorschub leistete, sah er nach dem Krieg nicht ein: „Tätigkeit als Antisemit? In dieser Form, wie er sich später auswirkte, bestimmt nicht.“⁶⁶³

⁶⁶³ Protokoll der Verhandlung gegen Memmel Theo, geb. 24.12.91, wohnhaft Hilpertshausen. Verhandlungstag: 26.1.1948. Spruchkammerakte Memmel, Blatt 3.

e) Zwischenfazit

Jugendliche sind besonders leicht von radikalen Urteilen zu überzeugen.⁶⁶⁴ Im Fall Memmel ist jedoch bis zu seinem Studienabschluss keine Mitgliedschaft in einer rechtsgerichteten Vereinigung eindeutig nachweisbar. Im Gegenteil, seine ihn prägende Studentenverbindung förderte zwar die Vaterlandsliebe, war durch den Progressgedanken jedoch bis 1914 hauptsächlich liberal und keineswegs rassistisch eingestellt. Eine gerade Linie vom Kriegsfreiwilligen Front- und Freikorpskämpfer über die Mitgliedschaft in völkischen radikalen Vereinigungen bis hin zum Beitritt zur NSDAP und dem Aufstieg zu einem führenden Nationalsozialisten Mainfrankens, wie sie bei EYRING zu lesen ist, ist nicht zu belegen. Vielmehr ist von einem jahrelangen Prozess auszugehen, bei dem die Weltkriegserfahrung den Anfang bildete.

Durch Schillinger, Mölter und Hellmuth hatte Memmel zwar durch seine Studentenverbindung Kontakt und möglicherweise sogar einen politischen Diskurs mit überzeugten Nationalsozialisten und Antisemiten. Da er aber erst 1931 der Partei beigetreten war, kann ihr Einfluss auf ihn maximal als ein schleichender beziehungsweise punktueller gewertet werden. Vielmehr erscheint Memmel bis Ende der 1920er Jahre politisch desinteressiert, wengleich er sicherlich eine national-konservative Grundhaltung hatte. Dieses Desinteresse könnte in der langen nicht vorhandenen Partizipationsmöglichkeit an Wahlen eine Ursache haben. Denn das Wahlrecht erhielt man im Deutschen Kaiserreich erst mit 25 Jahren. Dieses Alter hatte Memmel 1916 erreicht, Soldaten waren jedoch hiervon ausgenommen.⁶⁶⁵ Damit durfte er erstmals mit 28 Jahren bei der Wahl zur Weimarer Nationalversammlung 1919 teilnehmen.

Memmels Kokettieren mit der BVP um 1928/29 ist eher ein weiteres Gegenargument zu einer vorherigen Mitgliedschaft in völkisch-radikalen Verbänden. Denn an deren Ideologie gemessen, hätte er sich eher der nationalistischen DNVP zugehörig fühlen müssen. Stattdessen interessierte er sich für die katholisch-konservative Partei seines Bundesbruders Heim. Es erscheint tatsächlich so, als habe sich Memmel erst im Anschluss an diese Episode radikalisiert. In seinem Lebenslauf lässt sich durch den NSDAP-Beitritt also ein Bruch erkennen: Vom unpolitischen und der BVP nicht abgeneigten Lehrer zum politischen Leiter der NSDAP. Ausschlaggebend für seinen Eintritt waren, beruhend auf seinen Aussagen vor der Spruchkammer, die verfahrenere gesamtpolitische Lage und das gefühlte Unvermögen der anderen, weniger radikalen Parteien. Memmel war gleichzeitig von den Wahlerfolgen der NSDAP fasziniert und beschäftigte sich hierauf mit deren Programm. Er ist somit klar der Gruppe der „Septemberlingen“ zuzuordnen.

⁶⁶⁴ LEWIN, KURT: Feldtheorie in den Sozialwissenschaften. Bern, 1963, S. 176.

⁶⁶⁵ §1 und 2 Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes. Vom 31.5.1869. Bundes-Gesetzblatt des Norddeutschen Bundes. Nr. 17, S. 145-148, hier S. 145.

Es kann ferner vermutet werden, dass er auch erst hierdurch eine gefestigte antisemitische Einstellung bekam.

Memfels politische Entwicklung ist bis zum Parteieintritt durchaus parallel zu Adelphia zu sehen. Der Weltkrieg zerstörte die einst so tolerante Einstellung und die völkischen Kontakte erstarkten.

Zuletzt soll noch der Frage nachgegangen werden, inwieweit Theodor Memmel in Hinblick auf seinen Hintergrund ein typisches NSDAP-Mitglied war. Hitlers Partei hatte ungewöhnlich viele junge Mitglieder, die vor allem vom Aktionismus begeistert wurden. Fast ein Viertel war weniger als 23 Jahre alt, und Memfels Generation der 31 bis 40 Jährigen machte nur ein weiteres Viertel aus.⁶⁶⁶ Die Majorität der NSDAP kam aus der unteren Mittelschicht. Auch in der Position als Politischer Leiter gehörte Memmel nicht zum dortigen Durchschnitt: Über die Hälfte der Kreisleiter war 1934 im Alter von 31 bis 40 Jahren. Memmel gehörte der zweitgrößten Altersgruppe von 41 bis 50 Jahren an.⁶⁶⁷ Gemessen an den beiden am ehesten statistisch erfassbaren Fakten Alter und Beruf ist Memmel weder ein durchschnittliches NSDAP-Mitglied noch ein typischer Politischen Leiter. Schlussendlich bildet Memfels Teilnahme am Ersten Weltkrieg beziehungsweise an Freikorps die größte gemeinsame Basis mit anderen Nationalsozialisten.

⁶⁶⁶ KELLERHOFF: Die NSDAP, S. 161.

⁶⁶⁷ KATER, MICHAEL HANS: The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945. Oxford, 1983, S. 244f. und 261.

VI. Die Bürgermeisterwahl

Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler hatte die NSDAP in Koalition mit der Deutschnationalen Volkspartei erstmals ab dem 30. Januar 1933 die Gelegenheit, ihre radikalen Pläne praktisch umzusetzen. Das Kabinett Hitler sollte keine weitere kurzlebige Regierung sein, wie die vorherigen, sondern eine Revolution anführen und Volk samt Staat vollends umkrem-peln.

Auch wenn der 30. Januar gerne als ein singulärer Wendepunkt an-gesehen wird, war die tatsächliche Machtübernahme der Nationalsozialis-ten ein mehrere Monate andauernder Prozess.⁶⁶⁸ Die am 28. Februar 1933 in Kraft tretende Reichstagsbrandverordnung sowie das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 eröffnete der NSDAP erstmals bisher ungeahnte und formal legale Möglichkeiten. Der Reichstag läutete das Ende der Wei-marer Republik ein, indem er die Grundrechte der Verfassung suspendierte. Was danach folgte, bildete die reelle Machtübernahme. In Windeseile wur-den neue Gesetze verabschiedet und *de facto* vieles unter erstaunlich gerin-gem Widerstand umgesetzt. All das lässt schnell die Vermutung aufkom-men, das Dritte Reich habe nahtlos und unumgänglich an die Weimarer Republik angeknüpft. Ausschlaggebend für die Diktatur seien im Besonde-ren die Reichstagswahl vom 5. März 1933 sowie die Notverordnungen, wo-mit das Schicksal Deutschlands unumkehrbar besiegelt wurde. Dies ist je-doch ein Trugschluss. Denn im Januar 1933 befand sich Hitlers Partei in einem kritischen Zustand. Nach dem Wahlsieg am 31 Juli 1932 mit 37,3 Prozent war die NSDAP bei der zweiten Reichstagswahl 1932, am 6. November 1932 auf 33,1 Prozent geschrumpft, war aber dennoch stärkste Partei. Zudem wurde Hitlers Credo „alles oder nichts“ nicht von jedem Parteigenossen – vor allem in der Führung – als sinnvoll und zielfüh-rend erachtet. Das Verhältnis zur DNVP war ein reines Zweckbündnis, das nicht gerade auf gegenseitiger Sympathie beruhte.

Umso mehr wollte und musste Hitler, endlich an der Macht, sein Pro-gramm schnellstmöglich durchsetzen. Der 30. Januar ist insofern bedeu-tend, da die NSDAP erstmals die Möglichkeit bekam, die Instrumente der Staatsgewalt für ihre Zwecke auszunutzen. Dies betraf zunächst die Exe-kutive, später den Propagandabereich, wie etwa den Rundfunk. Hermann Göring gab den Polizisten in seiner Funktion als kommissarischer preußi-scher Innenminister die Ermunterung, von der Schusswaffe im Dienst Ge-brauch zu machen. Außerdem rekrutierte er aus SA, SS und dem „Stahl-helm, Bund der Frontsoldaten“ eine 50.000 Mann starke Hilfspolizei.

Dadurch verlor die politische Opposition einen Großteil ihres Hand-lungsspielraumes. Es folgten Bedrohungen und Zeitungsverbote. Die SA

⁶⁶⁸ FRITZSCHE, PETER: Hitler's first hundred days. When Germans embraced the Third Reich. New York, 2020.

wurde von der Kette gelassen und durfte unter den Augen der tatenlosen Polizei wüten und die Straßen beherrschen. Dies war eine in Deutschland seit den Räteherrschaften kaum gekannte Zeit der Rechtlosigkeit, bei der NS-Gegner kaum eine andere Möglichkeit hatten, als unterzutauchen, wollten sie nicht den Horden der SA in die Hände fallen.

Die Beteiligung an der Reichstagswahl vom 5. März 1933 war mit 89 Prozent außergewöhnlich hoch. Bei ihr erreichte die NSDAP 43,9 Prozent, wobei es sich sicherlich nicht mehr um eine Wahl handelte, die das Attribut „frei“ verdiente. Gerade die SPD und die KPD waren zwar noch nicht offiziell verboten, aber im Vorfeld massiv behindert worden. Zusammen mit seinem deutschnationalen Koalitionspartner verfügte Hitler jetzt über eine Mehrheit im Reichstag und konnte immer tiefergehender und unkontrollierter über die Geschicke des Deutschen Reiches entscheiden. Innerhalb weniger Wochen war somit schließlich das Schicksal der Weimarer Republik besiegelt.

Immer wieder begingen die Zeitgenossen den Fehler, die NSDAP als eine normale Partei anzusehen, mit der eine Kooperation möglich sei. Innerhalb ihres totalitären Machtanspruchs konnte es jedoch keinen Platz für eine Konkurrenz irgendeiner Art geben. Der Berliner Berichterstatter der „The Times“ schreibt am 10. April 1933 hierzu treffend:

„Am erstaunlichsten sei die Ahnungslosigkeit der Oppositionsparteien gewesen, die wie hypnotisierte Kaninchen zusahen, wie eine Stellung nach der anderen den Gegnern in die Hände fiel und noch immer nicht glauben wollten, was sie mit eigenen Augen sahen.“⁶⁶⁹

Die Charakterisierung „Republik ohne Republikaner“ ist bereits ein geflügeltes Wort. Außerdem glaubten einige Teile der Bevölkerung infolge der militant geführten Kämpfe zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, dass ein radikaler Umschwung in der Politik ohnehin vorprogrammiert sei. Und da erschien die national auftretende NSDAP als das geringere Übel.⁶⁷⁰

1. Zweiter Bürgermeister von Halle

Für das Jahr 1933 waren einige Neubesetzungen im Magistrat von Halle vorgesehen. Oberbürgermeister Dr. *iur. et Dr. med. h.c.* Richard Robert Rive stand unmittelbar vor der Pensionierung. Seine Stelle sollte am

⁶⁶⁹ „Kreuzfahrergeist.“ Englische Anerkennung für den Nationalsozialismus. WGA, Nr. 85, 11.4.1933, S. 1. The German Upheaval. Nazi crusade analysed. I. Staff work. The Times. Nr. 46.415, 10.4.1933, S. 13.

⁶⁷⁰ Sehr treffend geschildert und gut zusammengefasst sind diese schwerwiegenden Veränderungen bei: GRÜTTNER, MICHAEL: Brandstifter und Biedermänner. Deutschland 1933-1939. Stuttgart, 2015, S. 26-39. Siehe hierzu auch auf regionaler Ebene: SPITZNAGEL, PETER: Wähler und Wahlen in Unterfranken 1919-1969 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte des Bistums und Hochstifts Würzburg. Band 32). Würzburg, 1979.

1. April 1933 neubesetzt werden.⁶⁷¹ Als Nachfolger war der amtierende Zweite Bürgermeister Bernhard Hieronymus Velthuysen vorgesehen.⁶⁷² Somit musste auch dessen Posten für zwölf Jahre neu besetzt werden. Außerdem endete Mays Dienstzeit am 16. Juni 1933.⁶⁷³ Zunächst wurde er am 27. Juni 1932 einstimmig für weitere zwölf Jahre zum Stadtkämmerer gewählt.⁶⁷⁴ Anschließend folgte am 12. September 1932 die Wahl des Oberbürgermeisters und des Zweiten Bürgermeisters. Der gleichzeitige Antrag der NSDAP- und KPD-Fraktion auf Vertagung der Wahl sowie eine geheime Abstimmung wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Fraktionsvorsitzende der NSDAP erklärte hierauf, dass seine Fraktion künftig nicht mehr mit dem Magistrat zusammenarbeiten würde, sondern nur noch gegen ihn. Velthuysen erhielt mit 27 Stimmen schon im ersten Wahlgang die erforderliche Mehrheit an Stimmen. Der Kandidat der SPD, Geschäftsführer Klemm, konnte nur 8 Stimmen erzielen. Auch May war vorgeschlagen worden, bekam jedoch nur eine Stimme. Da Velthuysen das Oberbürgermeisteramt ausüben sollte, musste die Neuwahl eines Zweiten Bürgermeisters erfolgen. Vorgeschlagen wurden hierfür May und Klemm.⁶⁷⁵ Die Saale-Zeitung schreibt hierzu, May sei bisher ein treuer Sachwalter des städtischen Vermögens gewesen und würde als Bürgermeister noch besser die städtischen Finanzen betreuen können. Damit werde dann auch wieder der frühere Brauch aufgenommen, dass immer der Bürgermeister zugleich der Finanzdezernent gewesen sei.⁶⁷⁶

⁶⁷¹ Abschrift einer Aktennotiz von OB Rive. Halle, 20.6.1932. Personalakte May.

⁶⁷² Velthuysen, geboren 1881 in Dehringhausen (Waldeck), machte in Cleve sein Abitur und legte 1906 seine erste juristische Staatsprüfung ab. Anschließend erlangte er als Gerichtsreferendar Praxiserfahrung. Seine zweite juristische Staatsprüfung bestand er 1911, im Folgejahr wurde er Prozessrichter in Marburg. 1913 startete er seine Laufbahn im Kommunalbereich. Während des Krieges kümmerte er sich im nordwestlichen Teil der Front um kriegswichtige Verwaltungs- und Logistikaufgaben, auch im maritimen Bereich. 1918 wählte ihn der Magistrat von Halle zum Stadtratsmitglied, wo er ähnlich May unverzüglich wichtige Dezernate übernahm. Velthuysen vereinte auf sich eine langjährige juristische und kommunale Praxiserfahrung. 1911 war er eingeschriebenes Mitglied bei der konservativen Partei. Nach dem Ersten Weltkrieg unterstützte er die DNVP, der er im Februar 1932 auch beitrug. Er starb 1969 mit 88 Jahren in Kiefersfelden. Velthuysen zum Oberbürgermeister der Stadt Halle gewählt. Hallische Nachrichten. Nr. 215, 13.9.1932, S. 5. Fragebogen von OB i.R. Velthuysen zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933. Halle, 3.8.1933. Die Personalien des II. Bürgermeisters Velthuysen in Halle S. A 2.33 Nr. 1489. Karton 150. SAH. Schreiben von Kilian Nauhaus an Prof. Neuß. Halle, 27.1.1981. Velthuysen, Bernhard Hieronymus. S 26.1 FA 750. SAH.

⁶⁷³ Abschrift einer Aktennotiz von OB Rive. Halle, 20.6.1932.

⁶⁷⁴ Aktennotiz der Stadtverordneten-Versammlung. 27.6.1932. Personalakte May.

⁶⁷⁵ Die hallischen Stadtväter werden in ihrer Ferienruhe gestört. Das Ergebnis der Magistratswahlen. Bürgermeister Velthuysen zum Oberbürgermeister, Stadtkämmerer Dr. May zum Bürgermeister gewählt. Volksblatt Halle. Nr. 215, 13.9.1932.

⁶⁷⁶ Stadtratswahlausschuss beschließt: Bürgermeister Velthuysen: Oberbürgermeister. Arbeitsgemeinschaft schlägt den Stadtkämmerer als Bürgermeister vor. Saale-Zeitung. Nr. 213, 10.9.1932.

May gewann die Wahl mit 29 zu 8 Stimmen und war damit Zweiter Bürgermeister, ohne das Amt des Stadtkämmerers abzugeben. Dass er allerseits als qualifiziert für das Amt des Finanzdezernenten angesehen wurde zeigt der Umstand, dass es keinen Gegenkandidaten gab.⁶⁷⁷ Oberbürgermeister Rive unterstützte seine Wahl, weil er von ihm eine hohe Meinung hatte: „Er hat sich in diesen Ämtern vorzüglich bewährt und ist nach Charakter, Kenntnissen und praktischer Erfahrung als durchaus geeignet für das Amt des Bürgermeisters anzusehen.“⁶⁷⁸ Wenige Wochen später wurde May vom Preußischen Staatsministerium in seinem künftigen Amt bestätigt.⁶⁷⁹ Zu diesem Zeitpunkt erhielt May mit 45 Jahren ein monatliches Grundgehalt von 1.250 Reichsmark.⁶⁸⁰

Das neue Jahr 1933 begann in Halle mit großen und ausschreitenden Demonstrationen von rechts und links. Der gesamte Januar war hiervon geprägt. Die politische Linke in Halle war zerstritten, was ein gemeinsames Engagement gegen rechts unmöglich machte. Und so kämpften SPD und KPD einen politischen Zweifrontenkrieg.⁶⁸¹

Die Beamtenschaft registrierte derweil den Machtwechsel bis Ende Februar 1933 in ihren Zeitschriften und Verbänden kaum. Es war sogar eine gewisse Interessenlosigkeit gegenüber dem neuen Kabinett zu bemerken.⁶⁸² Am 6. Februar wurde durch eine Notverordnung der preußische Landtag aufgelöst.⁶⁸³ Im Rest des Reiches erfolgte die Eliminierung der Landtage und Bürgerschaften am 31. März desselben Jahres.⁶⁸⁴

Am 30. Januar 1933 wurden die Stadtverordnetenvorsteher von Halle im üblichen jährlichen Turnus neu gewählt. Vor den Wahlakt kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der KPD und der SPD-Fraktion, was ihre Aussichten auf einen Posten nicht gerade vergrößerte. Schließlich wählten die Kommunisten ihren Kandidaten, die Sozialdemokraten gaben weiße Stimmzettel ab. Das Ergebnis dieser Zankereien war ein

⁶⁷⁷ Aktennotiz der Stadtverordneten-Versammlung. Halle, 12.9.1932. Personalakte May.

⁶⁷⁸ Rive an den Regierungspräsidenten, 19.3.32.

⁶⁷⁹ Schreiben des Regierungspräsidenten an den Magistrat in Halle. Merseburg, 30.9.1932. Personalakte May.

⁶⁸⁰ Auszugsweise Abschrift einer Aktennotiz von OB Rive. Halle, 10.12.1932. Personalakte May.

⁶⁸¹ SCHMUHL: Halle in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, S. 127-131

⁶⁸² MÜHL-BENNINGHAUS, SIGRUN: Das Beamtentum in der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Zu Entstehung, Inhalt und Durchführung der einschlägigen Beamtengesetze (= Schriften des Bundesarchivs. Band 48). Düsseldorf, 1996, S. 105f.

⁶⁸³ Verordnung des Reichspräsidenten zur Herstellung geordneter Regierungsverhältnisse in Preußen. Vom 6. Februar 1933. RGBl I 1933, S. 43.

⁶⁸⁴ Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich. Vom 31. März 1933. RGBl I 1933, S. 153.

„Sozialistenreiner Stadtverordnetenvorstand“, wie die Saale-Zeitung schreibt.⁶⁸⁵ Den Vorstand stellten nun die bürgerlichen und rechtsgerichteten Parteien.

Schon bald zeigten die Nationalsozialisten ihre neue Macht. Der Anfang war am 7. März, als sie zuerst das Polizeipräsidium und anschließend das Rathaus demonstrativ mit einer Hakenkreuzflagge versahen. Göring deckte diese Aktion. Er hatte als preußischer Innenminister angeordnet, dem Hisen der Hakenkreuzflagge auf öffentlichen Gebäuden nichts entgegenzustellen. Oberbürgermeister Rive weigerte sich, stand jedoch mangels Unterstützung auf verlorenem Posten.⁶⁸⁶ Wie Mays Meinung zu dieser Aktion war, bleibt mangels Quellen unbekannt. Im Anschluss an diese Machtdemonstration verkündete der in diesem Unterkapitel noch vorzustellende Gauleiter von Halle-Merseburg, Rudolf Jordan, bereits den weiteren Ablauf: „[...] ein neuer Oberbürgermeister werde in Kürze hier Einzug halten und es werde ein Nationalsozialist sein.“⁶⁸⁷

Für den 12. März 1933 war eine Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung angesetzt. Hierbei errangen bei einer vergleichsweise geringen Wahlbeteiligung von etwa 65 Prozent die folgenden Listen Sitze:

Tabelle 1 Sitzverteilung der Stadtverordnetenversammlung Halle März 1933

Liste	Sitze	
NSDAP	28	
KPD	12	
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot (DNVP und Stahlhelm)	9	} Fraktion Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft
Haus- und Grundbesitzer Halle	2	
Zentrum	1	
SPD	6	
Gesamt	58	

Die Nationalsozialisten waren klarer Sieger. Nicht einmal eine Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten hätte etwas an ihrer Vormachtstellung geändert. Die Kampffront behielt zwar ihre neun Sitze wie in der letzten Stadtverordnetenwahl. Die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft zeigte sich dennoch stark geschwächt. Mays DVP ging ohne ein einziges Mandat aus der Wahl.⁶⁸⁸

⁶⁸⁵ Sozialistenreiner Stadtverordnetenvorstand. Arbeitsbeschaffungsantrag genehmigt – Heiße Köpfe um die Gemeindefinanzordnung. Heute neue Sitzung. Saale-Zeitung, Nr. 26, 31.1.1933, S. 6.

⁶⁸⁶ SCHMUHL: Halle in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, S. 135f.

⁶⁸⁷ JORDAN, RUDOLF: Erlebt und Erlitten. Weg eines Gauleiters von München bis Moskau. Leoni am Starnberger See, 1971, S. 103.

⁶⁸⁸ Stadtverordnetenwahl. Gesamtergebnis aus der Stadt Halle. Saale-Zeitung, Nr. 61, 13.3.1933, S. 6.

Der preußische Staatssekretär im Innenministerium Herbert von Bismarck verfügte derweil am 25. März 1933 per Schnellbrief, dass der Regierungspräsident für die Zeit zwischen dem Ausscheiden von Oberbürgermeister Rive am 1. April und der Neuwahl eines ersten Bürgermeisters einen kommissarischen Oberbürgermeister zu bestimmen habe. Bis dahin sollten Velthuysen und May in ihren alten Ämtern bleiben.⁶⁸⁹ Am 27. März 1933 wurde der NSDAP-Funktionär und Rechtsanwalt Dr. Ing. Dr. *phil.* Johannes Weidemann nach einer mündlichen Besprechung am selben Tag durch den Regierungspräsidenten ab dem 1. April des Jahres als kommissarischen Oberbürgermeister von Halle eingesetzt.⁶⁹⁰ Erst drei Tage nach jener Unterredung wurden Velthuysen und May über diese Vorgänge informiert.⁶⁹¹ „Oberbürgermeister geht – Staatskommissar kommt“ urteilte die Saale-Zeitung am 29. März lapidar.⁶⁹²

Johannes Weidemann wurde am 15. August 1897 in Pforten (Niederlausitz) geboren und evangelisch getauft. Sein Vater, der ebenfalls den Namen Johannes trug, war Oberpostkassenrendant, sein Großvater Conrad Gutsbesitzer und Bürgermeister.⁶⁹³ In Kassel besuchte er das Realgymnasium und bestand 1915 sein Abitur.⁶⁹⁴ Anschließend meldete er sich freiwillig zum Kriegsdienst und kam zur Gebirgsartillerie. Ab Dezember 1915 diente er dann in den Vogesen, Rumänien und Mazedonien an der Front und nahm sowohl an Stellungskämpfen als auch an zahlreichen Schlachten teil. Er erhielt im Juli 1917 das Eiserne Kreuz 2. Klasse und das Bulgarische Tapferkeitskreuz 4. Klasse. Nach Kriegsende erfolgte im Dezember seine Beförderung zum überzähligen Unteroffizier. Erst am 30. Januar 1919 wurde er aus dem Militärdienst nach Marburg entlassen.⁶⁹⁵ Dort begann er dann sein Studium und wurde im April 1922 zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert. Im Mai 1923 legte Weidemann seine erste juristische Staatsprüfung ab. Im Frühjahr 1926 folgte die zweite juristische Staatsprüfung und die Ernennung zum Gerichtsassessor. Weidemann blieb in Kassel

⁶⁸⁹ Abschrift eines Schreibens vom OB an Bürgermeister Velthuysen und Stadtkämmerer May. Halle, 30.3.1933. Personalakte May.

⁶⁹⁰ Schreiben des Regierungspräsidenten an Weidemann. Merseburg, 27.3.1933. Personalakte Weidemann.

⁶⁹¹ Schreiben des Magistrats an Velthuysen und May. Halle, 30.3.1933. Personalakte Weidemann.

⁶⁹² Oberbürgermeister geht – Staatskommissar kommt. Saale-Zeitung, Nr. 75, 29.3.1933, S. 5.

⁶⁹³ Fragebogen von Johannes Weidemann zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933. Halle, den 31.7.1933. Dr. rer. pol. Dr. iur. Johannes Weidemann. A 2.33 Personalakten. Karton 159. SAH

⁶⁹⁴ Ein Kommissarischer Oberbürgermeister für Halle. Hallische Nachrichten vom 30.3.1933.

⁶⁹⁵ Beglaubigte Abschrift aus dem Militärpass des überzähligen Unteroffiziers Johannes Weidemann. Personalakte Weidemann

und arbeitete ab Juni desselben Jahres als Rechtsanwalt.⁶⁹⁶ Seine erste Dissertation schrieb er über die Finanzwissenschaft der Stadt Kassel, seine zweite über das Staats- und Verwaltungsrecht des Königreiches Westphalen.⁶⁹⁷ Er heiratete 1927 die 1899 geborene Margarete Hildebrand. Aus dieser Ehe ging am 20. März 1933 der Sohn Hans Friedrich hervor.⁶⁹⁸

Weidemann trat am 1. August 1931 unter der Mitgliedsnummer 593.845 der NSDAP bei. Schon ab diesem Jahr war er an führender Stelle im Gau Hessen-Nassau-Nord tätig, unter anderem als Gauorganisationsleiter II, Leiter der Abteilung für Rasse und Kultur, Gauobmann des Bundes nationalsozialistischer Deutscher Juristen, kommissarischer Kreisleiter von Kassel-Stadt sowie Gauhauptabteilungsleiter III.⁶⁹⁹ Er war demnach schon früh ein nationalsozialistischer Multifunktionär geworden. Am 12. März 1933 erfolgte seine Wahl in die Kasseler Stadtverordnetenversammlung.⁷⁰⁰ Ob diese Qualifikation dazu ausreichte, eine Stadt von 200.000 Menschen vorzustehen, sei dahingestellt. Angeblich hatte es Weidemann seiner Freundschaft mit Staatssekretär Roland Freisler, dem späteren Präsidenten des Volksgerichtshofes, zu verdanken, dass er zum kommissarischen Oberbürgermeister von Halle berufen wurde.⁷⁰¹

So erfolgte dann am 1. April 1933 unter der Anwesenheit der Stadtverordneten die Amtseinführung von Johannes Weidemann, welcher von Bürgermeister Velthuysen begrüßt werden musste.⁷⁰²

Bei der Hallenser Stadtverordnetenversammlung vom 4. Mai 1933 stand schließlich die Wahl zwölf neuer Magistratsmitglieder und des Oberbürgermeisters auf der Tagesordnung. Zuvor hatten aus nicht mehr nachvollziehbaren Gründen der Fraktionsführer Dr. Hans Hirsch (Kampffront SWR) und der Stadtverordnete Otto Rickel (SPD) ihr Mandat niedergelegt, ein Stadtrat war im Vorjahr verstorben, und Mays Stelle als besoldetes Magistratsmitglied fiel am 16. Juni des Jahres ebenfalls weg. Die Verteilung der 42 Sitze im Stadtrat von Halle sah zu diesem Zeitpunkt folgendermaßen aus:⁷⁰³

⁶⁹⁶ Ein Kommissarischer Oberbürgermeister für Halle.

⁶⁹⁷ Fragebogen Weidemann zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. WEIDEMANN, JOHANNES: Städtische Finanzwirtschaft im Wandel der Zeiten. Die Finanzwirtschaft der Stadt Kassel. Berlin, 1936. WEIDEMANN, JOHANNES: Neubau eines Staates. Staats- und verwaltungsrechtliche Untersuchung des Königreiches Westphalen (= Schriften der Akademie für Deutsches Recht). Leipzig, 1936.

⁶⁹⁸ Personalbogen von Johannes Weidemann. Personalakte Weidemann.

⁶⁹⁹ Lebenslauf Weidemann. 8.8.1935. Personalakte Weidemann.

⁷⁰⁰ Ein Kommissarischer Oberbürgermeister für Halle.

⁷⁰¹ Huhold, Karl: Die Errettung der Stadt Halle, S. 64. ZG 23 a Nr. G 18. SAH.

⁷⁰² Verhandlungsprotokoll. Halle, 1.4.1933. Personalakte Weidemann.

⁷⁰³ Abschrift einer Aktennotiz von OB Rive. Halle, 20.6.1932

Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag, dem 4. Mai 1933, 17 Uhr. Sitzungsprotokolle 1933. A 2.44 Nr. 3 Bd. 16. SAH.

Tabelle 2 Sitzverteilung der Stadtverordnetenversammlung Halle Mai 1933

Liste	Sitze
NSDAP	30
Deutschnationale Front, Kreisgruppe Halle (zuvor DNVP in der Fraktion Kampffront „Schwarz-Weiß-Rot“)	8
SPD	3
Zentrum	1
Gesamt	42

Diese Verhältnisse unterscheiden sich deutlich von denen in Tabelle 1, was vor allem mit dem zeitlichen Abstand zu erklären ist. Die zuvor zweitstärkste Kraft, die KPD, war mittlerweile zerschlagen und die SPD stark geschwächt. So hatte die NSDAP nun die absolute Mehrheit, auch wenn sie nun in der Stadtverordnetenversammlung über nur zwei Sitze mehr verfügte.

Nach dem Verhältniswahlsystem entfielen in Halle nun neun der neu zu wählenden Sitze auf die NSDAP-Fraktion, zwei auf die Deutschnationale Front. Die SPD hatte keinen Wahlvorschlag eingereicht, sodass nur noch elf neue Magistratsmitglieder zur Wahl standen. Die Vorschlagsliste wurde einstimmig mit einer ungültigen Stimme gewählt.⁷⁰⁴

Anschließend erfolgte die Wahl des neuen Oberbürgermeisters von Halle. Bei dieser Sitzung waren nur 39 Stadtratsmitglieder anwesend. Die Deutschnationale Front erklärte hierzu, dass sie die Wahl Velthuysens als rechtskräftig ansah, sie aber dennoch durch den „Umschwung der allgemeinen Verhältnisse“ die Kandidatur Weidemanns unterstützen würde. Unverzüglich rügte der neue Stadtverordnetenvorsteher Dr. Noack (NSDAP) dies aufs schärfste als Kritik am neuen nationalsozialistischen Ministerium.⁷⁰⁵ Die anschließende Wahl des Oberbürgermeisters war einstimmig, mit einer ungültigen Stimme, die sicherlich vom SPD-Mitglied kam. Die NSDAP stellte somit den neuen Oberbürgermeister von Halle an der Saale. Weidemann erhielt von da an wie Rive ein Grundgehalt von 17.000 RM zuzüglich 1.728 RM Wohnungsgeld und 3.000 RM Dienstaufwandsentschädigung. Der bisherige Bürgermeister Velthuysen hatte zuvor geschrieben:

„Allem Anschein nach stößt die Zusammenarbeit zwischen der großen Partei der N.S.D.A.P. und mir in der Zukunft auf Schwierigkeiten. Ich bitte deswegen um meine alsbaldige Pensionierung auf gesetzlicher Grundlage.“⁷⁰⁶

⁷⁰⁴ Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung, 4.5.1933.

Für die Namensliste siehe Tabelle 9 im Anhang.

⁷⁰⁵ Sturm gegen die Wehag-Direktion. Haftbefehl gegen Generaldirektor Lambertin, Faustmann und Schaumburg vom Stadtparlament erwirkt. Kommissar Dr. Dr. Weidemann wird zum Oberbürgermeister gewählt. Neue unbesoldete Stadträte. Saale-Zeitung, Nr. 104, 5.5.1933, S. 7.

⁷⁰⁶ Beglaubigte Abschrift des Schreibens von Velthuysen an Weidemann. Halle, 4.5.1933. Personalakte May.

In der Sitzung wurde daraufhin sein Ruhestandsantrag ab dem 1. Juni 1933 verhandelt; er sollte die ihm gesetzlich zustehenden Pensionen erhalten. Erstmals schloss der Stadtverordnetenvorsteher Noack die Versammlung mit einem dreifachen Heilruf auf Adolf Hitler.⁷⁰⁷

Da die SPD-Mitglieder bereits fast vollständig aus dem politischen Leben ausgeschlossen waren, kann bei dieser Bürgermeisterwahl von sonderlich demokratischen Verhältnissen keine Rede mehr gewesen sein. Allerdings muss man sagen, dass die drei Stimmen der Sozialdemokraten auch nichts am Wahlausgang geändert hätten.

Velthuysen war höchst empört darüber, wie mit ihm als eigentlich gewählten, bestätigten und bestellten Oberbürgermeister umgegangen wurde.⁷⁰⁸ An ihm, der gemäß Parteibuch eine deutschnationale Einstellung vertrat und auf seinem Gebiet tadellose Leistungen erbracht hatte, zeigte die NSDAP in Halle erstmals ihre Zähne. Allen Anbiederungen der DNVP, die sich nunmehr in Deutschnationale Front umbenannt hatte, waren ganz offensichtlich umsonst gewesen: Am Ende ging es den Nationalsozialisten nur um die absolute Kontrolle. Lediglich Parteigenossen durften die Geschicke lenken. So wurde ein völlig Fremder und Unbekannter aus Kassel zuerst als kommissarischer Oberbürgermeister der Stadt oktroyiert und zum „gewählten“ Oberbürgermeister durchgedrückt. Dieser Akt musste für die Stadtverwaltung von Halle, ganz besonders aber für den verdienten Velthuysen ein Schlag ins Gesicht gewesen sein.

Vor dem Amtsantritt Mays als neuer Zweiter Bürgermeister von Halle wurde beim mittlerweile der NSDAP angehörigen Regierungspräsidenten Dr. Robert Sommer mündlich angefragt, ob etwas dagegenspräche. Dies war aber weiterhin nicht der Fall.⁷⁰⁹ So führte der frischgebackene Oberbürgermeister den neuen Zweiten Bürgermeister am 22. Juni 1933 förmlich in das Amt ein.⁷¹⁰

Unter der Schirmherrschaft des Universitätsrektors, des Halleschen Polizeipräsidenten sowie Oberbürgermeister Weidemann fand am 12. Mai eine Bücherverbrennung auf dem Universitätsplatz statt. Vernichtet wurde hierbei der NSDAP unliebsame Literatur aus dem linken Spektrum und von jüdischen Autoren. Untermalt von einer Rede Weidemanns, dem Chor der farbentragenden Sängerschaft „Fridericiana“ und zwei großen

⁷⁰⁷ Niederschrift der Stadtverordnetenversammlung, 4.5.1933.

⁷⁰⁸ Beglaubigte Abschrift eines Schreibens von Velthuysen. Halle, 5.5.1933. Personalakte Velthuysen.

⁷⁰⁹ Aktennotiz vom Juni 1933. Personalakte May.

⁷¹⁰ Von May und Weidemann unterschriebener Verhandlungsausschnitt aus der Magistratssitzung. Halle, 22.6.1933. Personalakte May.

Filmscheinwerfern nahmen hierbei auch Chargenabordnungen der Halle-schen Verbindungen Aufstellung.⁷¹¹

Einen Tag nach Heiligabend 1931 war seine Ehefrau verstorben.⁷¹² Mitten in den politischen Umwälzungen heiratete er nun am 15. April 1933 erneut. Bei seiner neuen Frau handelte es sich um Charlotte Walther, die aus ihrer ersten Ehe einen dreizehnjährigen Sohn mit dem Namen Gerhard mitbrachte. Sie war am 9. August 1894 als Tochter des verdienten späteren Stadtrates und Stadtältesten Pfautsch geboren worden. „Nach schweren Tagen trauernden Alleinseins [...]“, beglückwünschte das Magistratskollegium May zu diesem Schritt.⁷¹³ Angesichts Mays zeitintensiver Stelle im Magistrat und der beim Tod seiner Frau zehn Jahre alten Tochter wird seine erneute Heirat eine Erleichterung seines Privatlebens bedeutet haben.

Ab dem 6. Juli 1933 lag die Macht im Magistrat von Halle endgültig bei den Nationalsozialisten. Die Deutschnationale Front hatte sich selbst aufgelöst um Aufnahme in die NSDAP-Fraktion als Hospitanten gebeten. Dies begründeten sie damit, dass sie den Parteienstaat als überwunden betrachteten, und Hitler auch als ihren Führer ansahen. Die Stadtverordneten Dr. Starke (Hausbesitzerliste und Hospitant der NSDAP) und Noah (NSDAP) legten hingegen ihre Mandate nieder.⁷¹⁴ Da somit nur noch ein einzelner Delegierter der Zentrumspartei die „Opposition“ bildete, wurden die Sitzungen ganz im nationalsozialistischen Sinne abgehalten: „Stadtverordnetenversammlung ohne Debatte.“⁷¹⁵

Mays Position als Zweiter Bürgermeister war vor Ablauf des Jahres noch einmal ernsthaft gefährdet. Am 25. September rief Oberregierungsrat Dr. Eichhorn May an und teilte ihm mit, dass der Preußische Minister des Innern Göring den Standpunkt vertrete, dass in Halle eine Neuwahl des Zweiten Bürgermeisters stattfinden müsse.⁷¹⁶ Ausschlaggebend dafür war die Annahme, dass Mays Bürgermeisterwahl nicht rechtswirksam gewesen sei, da deren Bestätigung weder ihm noch der Stadtverordnetenversammlung bisher zugestellt worden sei. Das Regierungspräsidium nahm hierauf

⁷¹¹ SCHMITT, DOROTHEA: Halle an der Saale. In: SCHOEPS, JULIUS HANS/TRESS, WERNER (Hrsg.): Orte der Bücherverbrennungen in Deutschland 1933. Hildesheim, 2008, S. 210-426. Reinigung durch sühnende Flammen. Feierliche Verbrennung undeutschen Schrifttums vor der Universität. Saale-Zeitung, Nr. 111, 13.5.1933, S. 5.

⁷¹² Sterbeurkunde Hedwig May. Halle, 28.12.1931. Personalakte May.

⁷¹³ Schreiben von Paul May an den Oberbürgermeister. Halle, 20.4.1933. Personalakte May. Schreiben an Stadtkämmerer Dr. May vom Magistratskollegium. Ebenda.

⁷¹⁴ Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten am Donnerstag, dem 6. Juli 1933, 18 Uhr im Stadthause. Sitzungsprotokolle 1933. A 2.44 Nr. 3 Bd. 16.

⁷¹⁵ Stadtverordnetenversammlung ohne Debatte. Die Deutschnationale Fraktion tritt in ein Hospitantenverhältnis zu den Nationalsozialisten. Saale-Zeitung, Nr. 156, 7.6.1933, S. 6.

⁷¹⁶ Vermerk von May. Halle, 27.9.1933. Personalakte May.

Mays Amtsbestätigung zurück und empfahl, eine Neuwahl anzusetzen.⁷¹⁷ Eine Recherche ergab, dass die Bestätigung Mays aber doch im Magistrat am 30. September 1932 verkündet und im Amtsblatt veröffentlicht worden war. Daher revidierte der Regierungspräsident die Rücknahme seiner Bestätigung. Hierdurch wurde May nun endgültig in seinem Amt bestätigt.⁷¹⁸

Aus diesem Vorgang lässt sich der Schluss ziehen, dass Oberbürgermeister Weidemann sehr an May als seinen Zweiten Bürgermeister gelegen war. Denn dieser Vorgang wäre die ideale Gelegenheit gewesen, ihn doch noch durch einen Nationalsozialisten zu ersetzen. Dies dürfte auch die Intention von Görings Intervention gewesen sein.

⁷¹⁷ Schreiben des Regierungspräsidenten an den Preußischen Minister des Innern. Merseburg, 22.9.1933. Ebenda.

⁷¹⁸ Schreiben des Regierungspräsidenten in Merseburg an den Preußischen Minister des Innern. Merseburg, 25.11.1933.

2. Oberbürgermeister von Würzburg

Die eingangs geschilderte Machtübernahme der Nationalsozialisten fand auch in Würzburg ihren Niederschlag. WEIDISCH gliedert diesen von März bis Juli 1933 andauernden Prozess in zwei Formen: Die scheinlegale Macht-ergreifung von oben und die gewaltsame von unten, welche besonders durch die SA durchgeführt wurde.⁷¹⁹

Am 9. März 1933 verlangte die Leitung der lokalen NSDAP, unter ihnen Hellmuth und Memmel, nach einer Ansprache vor dem Rathaus vom Oberbürgermeister das Hissen der Hakenkreuzflagge. Der zu dieser Zeit amtierende Würzburger Oberbürgermeister Löffler weigerte sich jedoch, eine Parteiflagge an einem öffentlichen Gebäude hochziehen zu lassen. Die Nationalsozialisten brachten hierauf eigenhändig unter dem Protest Löfflers eine Flagge am Rathaus an. Anders als in Preußen gab es für diese Aktion in Bayern keine rechtliche Legitimierung. Die tatsächliche Gewalt lag bei der NSDAP, und diese sah für ihre Aktionen vorerst keine weitere Notwendigkeit von Legitimationen durch Gesetze. Im Anschluss an das Flaggenhissen hielt auch Memmel eine Rede, in der er eine bessere Revolution als die von 1918 versprach.⁷²⁰ In den folgenden Tagen wurden auf allen weiteren wichtigen Gebäuden in Würzburg die Hakenkreuzflagge gehisst.⁷²¹

Memmel war es ab März 1933 besonders wichtig, dass seine Parteimitglieder stets öffentlichkeitswirksam in Uniform zu Veranstaltungen erschienen und die „Beflaggung mit der Fahne der Revolution unserer schönen Hakenkreuzfahne“ in den Straßen Würzburgs viel mehr gepflegt werden sollte.⁷²²

Löffler erklärte bei der darauffolgenden Stadtratssitzung am 16. März 1933 das Folgende:

„Seit wir in diesem Saale das letztmal [sic!] versammelt waren, haben sich Geschehnisse größten Ausmaßes ereignet. Es zittert noch starke Erregung im Volke nach; sie ist nicht bei allen freudig. Aber es gibt für alle wahren Vaterlandsfreunde ein einigendes: das ist die Arbeit für das öffentliche Wohl. Wir sind durch besondere Pflicht besonders an diese Arbeit gebunden. Arbeit ist Sachlichkeit; sie soll beschwingt sein von seelischen Regungen, aber sie kann der Ruhe und kühlen Erwägung nie entbehren.

In diesem Vorsatz wollen wir unsere Arbeit fortsetzen bis wir nach Recht und Gesetz abgelöst werden.

⁷¹⁹ WEIDISCH: Würzburg im „Dritten Reich“, S. 196.

⁷²⁰ Würzburg im Zeichen des Hakenkreuzes. ...und der Farben Schwarz-weiß-rot. WGA, Nr. 58, 10.3.1933, S. 3.

⁷²¹ WEIDISCH: Die Machtergreifung in Würzburg, S. 73-80.

⁷²² Rundschreiben Nr. 1/33 von Memmel. Würzburg, 2.1.1933. NSDAP Gau Mainfranken 705. StAW. Rundschreiben Nr. 11/33 von Memmel. Würzburg, 15.3.1933. Ebenda. Rundschreiben Nr. 15/33 von Memmel. Würzburg, 31. Lenz 1933. Ebenda.

Glück und Heil unserer lieben Stadt und unserem deutschen Vaterland!“⁷²³

Sehr neutral und fast unangreifbar bewertete hier Löffler die damaligen Verhältnisse, die innerhalb weniger Wochen unter dem Ruf „Deutschland erwache!“ ein neues System erschufen. Löfflers Werdegang soll im nun Folgenden kurz wiedergegeben werden.

Hans Löffler wurde am 22. Juni 1872 in Karlstadt geboren. 1886 zog er mit seinen Eltern nach Würzburg, wo er das humanistische Gymnasium besuchte. Nach dem Abitur studierte er fünf Jahre lang Jura und wurde schon bald Mitglied beim Corps Bavaria Würzburg. Hier hatte er dreimal die Schriftführercharge inne, die ihm jeweils geklammert wurde. 1898 bestand er die große juristische Staatsprüfung. Im Jahr darauf wurde Löffler Ratsassessor bei der Stadtverwaltung, wodurch er mit dem Rathaus in Kontakt kam. 1914 wurde er Polizeireferent und kam mit der Mobilmachung in die Verwaltung der Kriegswirtschaft. Löffler war schließlich eine der Geiseln, welche die Würzburger Räte im April 1919 genommen hatten. 1921 löste er den in das Reichsarbeitsministerium abberufenen Ersten Bürgermeister Andreas Grieser ab. Grieser war ebenfalls korporiert, er gehörte der K.St.V. Alemannia München im K.V. an. Löffler war Mitglied der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei und überzeugter Demokrat. Er verrichtete sein Bürgermeisteramt sehr zur Zufriedenheit der Würzburger. In seiner Amtszeit wurden mehrere für die Stadt wichtige Großprojekte fertiggestellt, so etwa das Luitpoldkrankenhaus oder die Eingemeindung Heidingsfelds. Löffler erhielt die Ehrendoktorwürde der Medizinischen Fakultät und wurde Ehrensenator der lokalen Universität. 1930 erfolgte seine erneute Bestätigung im Amt als Oberbürgermeister. Die Nationalsozialisten taten sich deshalb schwer, Löfflers Amtszeit zu kritisieren; diese war zu erfolgreich, und zu sehr stand er in der Gunst der Würzburger Bevölkerung.⁷²⁴ Löfflers Rolle als Oberbürgermeister ist hierbei gut mit der von Rive in Halle vergleichbar.

An Löfflers Seite stand sein Zweiter Bürgermeister Julius Zahn. Geboren 1872 konnte er auf eine lange Berufslaufbahn im Dienst der Stadt Würzburg zurückblicken. Bereits 1915 gehörte er dem Gemeindegremium an, 1919 wurde er ehrenamtlicher Dritter Bürgermeister und schließlich seit 1921 zum Zweiten Bürgermeister gewählt. Er war Mitglied in der Zentrums- partei und der K.St.V. Normannia Würzburg. Zahn leitete seit 1921 das

⁷²³ Stadtratsprotokoll vom 16.3.1933, S. 95. Rp 398. SAW.

⁷²⁴ Oberbürgermeister a.D. Dr.h.c. Hans Löffler †. Er war Ehrenbürger Würzburgs und Gründungsmitglied der CSU. MP, 8.9.1955. Würzburg trauert um einen seiner besten Söhne. Oberbürgermeister Dr. Löffler gestorben. Volksblatt, 8.9.1955. STICKLER, MATTHIAS: Dr. h.c. Hans Löffler – Corpsstudent, demokratischer Politiker und Oberbürgermeister – ein Würzburger Lebensbild. In: METTENLEITER, ANDREAS (Hrsg.): Tempora mutantur et nos? Festschrift Walter M. Brod. Pfaffenhofen, 2007, S. 251-256.

schwierige Finanzreferat. Ihm war es zu verdanken, dass die Stadt trotz der Wirtschaftskrisen ohne Schulden geblieben war. Außerdem wurde er Vorsitzender des unterfränkischen Sparkassenverbandes und Vorstandmitglied des bayerischen Sparkassen- und Giroverbandes. Dass er das vollumfassende Vertrauen des Stadtrats hatte, beweist der Umstand, dass er 1930 ohne Gegenstimmen in seine zweite Amtsperiode gewählt wurde.⁷²⁵

Die Stadt Würzburg wurde also von zwei sehr erfahrenen und geschätzten Männern geleitet. Zahns Aufgabenbereich und Fähigkeiten sind gut mit May vergleichbar.

Die Selbstverwaltung der bayerischen Gemeinden regelte die Gemeindeordnung von 1927. Sie bestimmte ein Ein-Kammer-System mit einem relativ mächtigen Bürgermeister an der Spitze. Der Gemeinderat konnte eigenständig beschlussfähige Ausschüsse ins Leben rufen und so eine flexible Arbeitsteilung garantieren. Im Falle Würzburgs bestand er aus dem berufsmäßigen Ersten und Zweiten Bürgermeister, sieben berufsmäßigen Stadträten und 40 ehrenamtlichen Stadträten. Die ehrenamtlichen Stadträte wurden von den Bürgern gewählt, die berufsmäßigen Stadträte sowie die Anzahl und Art der Bürgermeister wiederum von den ehrenamtlichen Stadträten.⁷²⁶ Die NSDAP erhielt 1929 erstmals drei Sitze im Stadtrat.⁷²⁷ Ab dem 31. März 1933 setzte sich der Rat aus folgenden Parteien zusammen:

Tabelle 3 Sitzverteilung im Würzburger Stadtrat 1933 vor der Gleichschaltung

Partei	Sitze	
BVP	16	
SPD	10	
Deutsche Staatspartei	4	
NSDAP	4	
Mittelstandspartei	3	} Fraktion Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft
Nationale Rechte	2	
Christlich-Soziale Reichspartei	1	
Gesamt	40	

Dominant waren BVP und SPD, während die NSDAP in Würzburg vor 1933 nur wenige Stimmen bekam. Die Großstadt im sogenannten Maindreieck besaß keinerlei nationalsozialistische Basis und war tief katholisch

⁷²⁵ Julius Zahn bleibt unvergessen. Vor 30 Jahren starb der ehemalige 2. Bürgermeister – ein untadeliger Charakter. MP, Nr. 153, 7.7.1964.

⁷²⁶ Die Gemeindeordnung vom 17. Oktober 1927. Abgedruckt in: KNEMEYER, FRANZ-LUDWIG: Die bayerischen Gemeindeordnungen 1808-1945. Köln, 1994, S. 183-242.

⁷²⁷ XXVIII. Verwaltungs-Bericht der Stadt Würzburg für 1. April 1928 mit 31. März 1930. Würzburg, 1932, S. 71.

geprägt.⁷²⁸ Kreisleiter Memmel hatte kein Stadtratsmandat.⁷²⁹ Gemäß dem Gesetz zur Gleichschaltung der Gemeinden und Gemeindeverbänden mit Land und Reich vom 7. April 1933 musste der Stadtrat den lokalen Ergebnissen der Reichstagswahl vom 5. März angeglichen werden.⁷³⁰ Die KPD blieb hierbei unberücksichtigt.⁷³¹ Die Sitzzahl wurde auf 28 reduziert, welche sich folgendermaßen verteilten:

Tabelle 4 Sitzverteilung im Würzburger Stadtrat 1933 nach der Gleichschaltung

Partei	Sitze
BVP	11
NSDAP	10
SPD	5
Kampffront Schwarz-Weiß-Rot	2
Gesamt	28

Der Vergleich mit Tabelle 3 zeigt einen Verlust von einem Dutzend der Sitze. Die BVP blieb zwar weiterhin stärkste Kraft im Stadtrat, allerdings mit nur noch einem Sitz mehr als die NSDAP. Diese profitierte wenig überraschend am meisten von der Gleichschaltung während die SPD die Hälfte ihrer Sitze verlor. Letztere bildete zusammen mit der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot eine technische Fraktionsgemeinschaft, die zur stärksten Kraft des Gremiums avancierte.⁷³²

Bei der Stadtratssitzung am 16. März, von der Löfflers einleitende Worte bereits zitiert wurden, stellte die NSDAP-Fraktion den Antrag, dass die nach dem verstorbenen Reichspräsidenten benannte Friedrich-Ebert-Straße wieder ihren alten Namen Grombühlstraße erhalten solle. Im Sozialdemokraten Ebert sahen die siegessicheren Nationalsozialisten einen Landesverräter. Löffler war gegen den Antrag, der dann auch nicht angenommen wurde. Nur die NSDAP-Fraktion und die Bürgerlicher Arbeitsgemeinschaft stimmten dafür.⁷³³ Löfflers ablehnende Haltung sollte Konsequenzen haben.

⁷²⁸ WEIDISCH: Die Machtergreifung in Würzburg, S. 37.

⁷²⁹ Für die NSDAP saßen im Stadtrat: Oberlehrer a.D. Karl Wolz, Oberzollsekretär August Münich, Oberpostsekretär Fritz Rüdinger und Verwaltungsassistent Hans Streller. XXVIII. Verwaltungs-Bericht, S. 77.

⁷³⁰ Gesetze zur Gleichschaltung der Gemeinden und Gemeindeverbänden mit Land und Reich. Vom 7. April 1933. Gesetz- und Verordnungs-Blatt für den Freistaat Bayern 1933, S. 105ff.

⁷³¹ Bekanntmachung des Staatsministers des Innern vom 7.4.33 Nr. 240 I 7 über die Neubildung der Gemeinderäte sowie der Bezirks- und Kreistag. Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger, Nr. 84, 9./10.4.1933.

⁷³² XXX. Verwaltungsbericht, S. 1f.

⁷³³ Der Ausdruck des Umschwungs im Stadtrat Würzburg. Eine Erklärung des Oberbürgermeisters. Keine Mehrheit für die Umbenennung der Friedrich-Eberstraße. WGA, Nr. 64, 17.3.1933, S. 3.

Wie kam nun der 41-jährige Memmel ohne jegliche Kommunalerfahrung zum Posten des Oberbürgermeisters von Würzburg, zumal er noch nicht einmal einen Sitz im Stadtrat hatte? Laut eigener Aussage war er „Lehrer aus innerstem menschlichen Bedürfnis.“⁷³⁴ Im Frühjahr 1933 brachen binnen Wochen das Gros der bestehenden politischen Verhältnisse und Machttektonik ein. Die Nationalsozialisten strebten nach einer Diktatur, zu der Hitler durch die Reichstagsbrandverordnung vom 28. Februar und das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 Tür und Tor geöffnet wurde. Einen ersten Schritt hierzu bildete die Gleichschaltung der Länder mit dem Reich. Hierzu wurden die Landtage aufgelöst und nach dem Wunsch der NSDAP ohne Wahlen gemäß dem Reichstagswahlergebnis neu besetzt. Als nächstes setzte man Reichsstatthalter ein, die der Reichspräsident Paul von Hindenburg auf Vorschlag des Reichskanzlers ernannte. Generalleutnant Franz Ritter von Epp erhielt den Statthalterposten für Bayern. Somit wurden die Verfassungen der Länder nichtig, ihre Souveränität gebrochen und die gewählten Volksvertreter entmachtet.⁷³⁵ Ziel war es, alle relevanten Posten im Staat mit Nationalsozialisten zu besetzen.

So dauerte es nach der Machtübernahme nicht lange, bis gegen den Würzburger Oberbürgermeister Löffler von Seiten der NSDAP Kritik geäußert wurde, die allerdings völlig substanzlos war.⁷³⁶ Aber noch nicht einmal der Regierungspräsident von Unterfranken und Aschaffenburg, Dr. h.c. Bruno Günder, hielt zu Löffler. Stattdessen äußerte er dem Würzburger Oberbürgermeister gegenüber dieselben Vorwürfe, die schon die Nationalsozialisten vorgebracht hatten: Er sei durch seine Stellungnahme bei der Umbenennung der Friedrich-Ebert-Straße, der Rathausbeflaggung und überhaupt durch seine politische Exposition untragbar geworden.⁷³⁷ Diese sehr schwachen Argumente zeigen, dass der Unmut vor allem von der NSDAP ausging, und sich eigentlich auf die Tatsache begrenzte, dass Löffler kein Parteigenosse war. Dennoch war die Macht der neuen Herren im Deutschen Reich so groß, dass Löffler unter dem Druck der örtlichen SA-Führung seinen Rücktritt vom Bürgermeisteramt einreichte.⁷³⁸ Hierauf wurde Löffler zunächst „[...] entsprechend seinem Antrage vom 23.3.33 im Einvernehmen mit dem Beauftragten der Obersten SA.Führung [sic!]

⁷³⁴ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 2. Das Gleiche sagte er bereits 1933 beim Abschied von seiner Schule: Oberbürgermeister Memmels Abschied von Realgymnasium. Pflanzung der Hindenburg-Eiche und Hitler-Linde. Würzburger General-Anzeiger, Nr. 110, 13.5.1933.

⁷³⁵ SCHWEND, KARL: Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur Bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933. München, 1954, S. 544f.

⁷³⁶ Oberbürgermeister Dr. Löffler beurlaubt. WGA, Nr. 70, 24.3.1933.

⁷³⁷ Eine Feststellung des Oberbürgermeisters Dr. Löffler. WGA, Nr. 71, 25.3.1933, S. 3.

⁷³⁸ Brief von Dr. Hans Löffler an das Präsidium der Regierung Unterfranken und Aschaffenburg. Würzburg, 23.3.1933. Einheitsaktenplan (EAPL.) 025/3 „Dr. h.c. Hans Löffler, Oberbürgermeister. 1946-1967“. SAW.

beurlaubt.“⁷³⁹ 1946 meinte Löffler, der Gauleiter habe ihm bei einer Ablehnung seines Rücktritts mit Haft gedroht.⁷⁴⁰

Doch mit der Beurlaubung des Oberbürgermeisters sollte es nicht genug sein. Auch der Zweite Bürgermeister Zahn erhielt am 25. März die Aufforderung, ein Urlaubsgesuch einzureichen. Zwei Tage später willigte er schließlich ein. Was war der Grund dafür, dass Löffler und Zahn plötzlich untragbar geworden waren und keine Rückendeckung von höheren Stellen bekamen? Das Fränkische Volksblatt schrieb diesbezüglich:

„Sowohl ihm [Zahn] gegenüber, wie dem Oberbürgermeister Löffler gegenüber wurde von nationalsozialistischer Seite ausdrücklich anerkannt, dass keinerlei Vorwurf der Pflichtverletzung gegen die beiden Herren erhoben werden könne und wolle und dass in der Verwaltung der Stadt Würzburg keine Korruption sondern Sauberkeit und Ehrlichkeit geherrscht habe. [...] Als Grund solcher Beurlaubungen gab Studienrat Memmel an, dass diese Männer deshalb beurlaubt werden, „weil sie als Vertreter einer vergangenen Zeit für das erwachende Deutschland nicht mehr tragbar sind.““⁷⁴¹

Da die zuvor geäußerten Kritikpunkte ganz offensichtlich zu schwach gewesen waren, versuchte man es mit einer neuen Methode, um die Absetzungen der beiden integren Personen zu rechtfertigen. Aus nationalsozialistischer Sicht hatte das Alte also dem Neuen zu weichen. Und das geschah auch ohne Protest oder Umstände – sehr zur Befriedigung der neuen Machthaber. Würzburg gehörte damit zu den wenigen Fällen, in denen durch die Machtübernahme beide Stadtoberhäupter gleichzeitig abgingen.⁷⁴²

Doch fast hätte Bürgermeister Zahn es sich noch einmal anders überlegt. Denn der Staatsminister des Innern gab am 20. April 1933 bekannt:

„In Gemeinden, in denen ein berufsmäßiger Bürgermeister vorhanden ist, dessen Dienstvertrag noch nicht abgelaufen ist, [...] findet eine Neuwahl des ersten Bürgermeisters nicht statt. Dies gilt auch dann, wenn der berufsmäßige erste Bürgermeister zwangsweise beurlaubt ist und wenn ein kommissarischer Bürgermeister für ihn eingesetzt ist. Das gleiche gilt entsprechend für die etwa vorhandenen berufsmäßigen zweiten und dritten Bürgermeister und berufsmäßigen Gemeinderatsmitglieder.“⁷⁴³

Der weitere Verlauf der Bekanntmachung war als Warnung zu verstehen, von diesem Zugeständnis nicht allzu leichtfertig Gebrauch zu machen. Denn der Staatsminister erinnerte daran, dass die Bürgermeister dem

⁷³⁹ Beglaubigter Abdruck des Briefs von Dr. h.c. Bruno Günder an Dr. Hans Löffler. Würzburg, 24.3.1933. MK 33850.

⁷⁴⁰ Schreiben von Löffler an den bayerischen Regierungspräsidenten betreffend sein Wahlrecht. Würzburg, 17.5.1946.

⁷⁴¹ Auch Bürgermeister Zahn vorläufig beurlaubt. Fränkisches Volksblatt, Nr. 69, 27.3.1933.

⁷⁴² WEIDISCH: Die Machtergreifung in Würzburg, S. 97.

⁷⁴³ Bekanntmachung des Staatsministers des Innern vom 20.4.33 Nr. 240 I 18 über die Neubildung der Gemeinderäte sowie der Bezirks- und Kreistage. BStA, Nr. 92, 21.4.1933.

Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums unterlagen und deren Entlassung ihm persönlich zuständen.

Noch am Tag der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung zog Zahn daher sein Beurlaubungsgesuch zurück.⁷⁴⁴ Doch schon am Folgetag bat er erneut nach reiflicher Überlegung um die Versetzung in den Ruhestand, da er die Überzeugung gewonnen hatte, „[...] dass unter Umständen meine Person für eine gedeihliche Arbeit im Stadtrat hinderlich sein kann.“⁷⁴⁵ Damit war nun endgültig der Weg für die Nationalsozialisten frei, beide Würzburger Bürgermeisterstellen neu zu besetzen.

Am 25. März 1933 setzte Regierungspräsident Gründer Theodor Memmel als kommissarischer Bürgermeister von Würzburg ein, zum Zweiten kommissarischer Bürgermeister-Stellvertreter wurde Stadtsekretär Rudolf Schmitt ernannt.⁷⁴⁶ Memmel selbst sagte zu diesem Vorgang vor der Spruchkammer:

„Durch Regierungsentscheidung wurde ich zum kommissarischen Oberbürgermeister. Ich habe den Posten als Oberbürgermeister nicht angestrebt. Ich war Lehrer aus innersten menschlichen Bedürfnis. Ich habe nie daran gedacht, diesen Beruf aufzugeben. Ich habe das Amt kommissarisch übernommen, in dem Glauben, dass es vorübergehend sei.“⁷⁴⁷

„Ich habe gesagt, ich übernehme das Amt so lange kommissarisch, bis ein Jurist das übernehmen wird.“⁷⁴⁸

Seine Korrespondenz mit dem Realgymnasium zeugt davon, dass er sich auf jeden Fall beruflich absichern wollte. Noch am selben Tag hatte er bei seinem Direktor um Dienstbefreiung gebeten, die ihm gewährt wurde.⁷⁴⁹ Am 7. April ersuchte Memmel um eine weitere Befreiung für das Schuljahr 1933/34, da „[...] es als ausgeschlossen gelten muss, dass ich im April oder Anfangs Mai den Dienst wieder aufnehmen kann [...]“.⁷⁵⁰ Erst nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister und der Bestätigung durch das Staatsministerium bat Memmel um ein Ausscheiden aus dem Staatsdienst, rückwirkend zum 1. Mai 1933. Allerdings wünschte er sich folgende Bedingung:

⁷⁴⁴ Schreiben von Zahn an den Stadtrat Würzburg. 21.4.1933. EAPI 025/4 „Zahn, Julius, rechtsk. 2. Bürgermeister. In Ruhestand versetzt ab 1. Mai 1933. Gestorben 7.7.1934.“ SAW.

⁷⁴⁵ Schreiben von Zahn an den Stadtrat Würzburg. 22.4.1933. EAPI 025/4 „Zahn, Julius“.

⁷⁴⁶ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.1.48, Blatt 2. Brief Gründer an Löffler. Gerüchte in Würzburg besagten, dass Stadtrat Münch (NSDAP) kommissarischer Zweiter Bürgermeister werden würde. Auch Bürgermeister Zahn vorläufig beurlaubt.

⁷⁴⁷ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 2.

⁷⁴⁸ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.1.48, Blatt 2.

⁷⁴⁹ Brief des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus an das Direktorat des Realgymnasiums Würzburg. München, 3.4.1933. MK 33850.

⁷⁵⁰ Brief von Theo Memmel an das Direktorat des Realgymnasiums Würzburg. Würzburg, 7.4.1933. MK 33850.

„[...] mit der Anwartschaft auf jederzeitigen Rücktritt in den Staatsdienst; ferner bitte ich um Anrechnung der im Gemeindedienst verbrachten Jahre vom 1.5.33 bis zum zukünftigen Zeitpunkt des Rücktritts in den Staatsdienst auf Besoldungs- und Pensionszeit.“⁷⁵¹

Auffallend ist, dass es Memmel gleich in dreifacher Weise an der üblichen Qualifikation zum Oberbürgermeister gemangelt hatte. Er verfügte als Lehrer weder über die juristische Vorbildung, die Befähigung zum Richteramt, noch brachte er kommunale Erfahrung oder überhaupt Verwaltungskompetenz mit. Das dürfte auch den entscheidenden Stellen bewusst gewesen sein. Er hätte somit die Gefahr mit sich gebracht, abseits aller Linientreue als Stadtoberhaupt ohne entsprechende Qualifikationen zu versagen und damit den lokalen Parteiruf zu schädigen. Weshalb man sich dennoch für Memmel entschied, verrät ein Ehrenschutzverfahren, ausgehend von den Parteigenossen und Würzburger Stadträten Dr. Hermann Griehl und Julius Biermann gegen Rudolf (Rolf) Schmitt Anfang des Jahres 1936. Schmitt war unterstellt worden, er habe in einer Besprechung 1933 das Amt des Bürgermeisters für sich beansprucht.⁷⁵² Memmel widersprach dieser Schilderung:

„Die fragliche Sitzung fand am 23. oder 24. März 1933 unter dem Vorsitz des damaligen stellvertretenden Gauleiters Pg.Haidn statt. Nach kurzer Schilderung der politischen Lage in Bezug auf die Verhältnisse im Rathaus Würzburg beauftragte Pg.Haidn mich als den damaligen Kreisleiter, die Stelle des kommissarischen Bürgermeisters zu übernehmen. Da ich bei dieser mich völlig überraschenden Wendung zögerte und Bedenken äußerte, hat sich Pg.Rolf Schmitt ganz besonders dafür ausgesprochen, dass ich das Amt übernehmen solle. Schließlich habe ich, unter besonderer Betonung des „kommissarischen“ Zustandes, angenommen und unter der Voraussetzung, dass der Gauleiter mich bestätige und mit der Erklärung, dass, falls ein anderer Parteigenosse zum endgültigen Bürgermeister bestimmt würde, ich ohne weiteres in meinen eigentlichen Beruf zurückkehren würde.

Als weitere Bedingung verlangte ich, dass Pg. Rolf Schmitt mit seinen Kenntnissen in den eigentlichen Verwaltungsdingen zum kommissarischen Bürgermeisterstellvertreter bestellt würde.“⁷⁵³

Dies alles spricht dafür, dass Memmel tatsächlich von einer nur kurzen Dauer seines kommissarischen Bürgermeisteramts ausging und von der Idee, die Geschicke der Stadt leiten zu dürfen eher überrascht wurde. Dass er plötzlich Bürgermeister werden sollte, hatte machtpolitische Gründe innerhalb der NSDAP. Denn hier stand die SA vor einer Machtprobe mit den Parteileitern. Rudolf Schmitt meinte hierzu nach 1947:

⁷⁵¹ Schreiben von Theo Memmel an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Würzburg, 29.5.1933. MK 33850.

⁷⁵² Brief des Vorsitzenden des Gaugerichts Mainfranken an Theodor Memmel. Würzburg, 12.2.1936. EAPL. 030/19, „Schmitt Rolf, berufsmäßiger Stadtrat“. SAW.

⁷⁵³ Brief von Theo Memmel an das Gaugericht Mainfranken. Würzburg, 15.2.1936. EAPL. 030/19, „Schmitt Rolf“.

„Ich habe damals bei einer Besprechung selbst auf die Wahl Memmels gedrängt, der durchaus ablehnen wollte, weil mir die Gewaltpläne der SA bekannt geworden waren. [...] Hacker⁷⁵⁴ verlangte Reg. Präsident, Biermann Oberbürgermeister und Zech Polizeidirektor zu werden [sic!]. Durch unser energisches Dazwischentreten gingen ihre Pläne nicht in Erfüllung, die Schlüsselstellungen kamen nicht in ihre Hände. Memmel hat immer wieder zur Ruhe gemahnt und überall eingegriffen, wo noch Unheil zu vermeiden war.“⁷⁵⁵

Sofern Schmitts Aussagen alle der Wahrheit entsprechen, ist es jedoch ein interessanter Umstand, dass Memmel als Oberbürgermeisterkandidat nicht nur wegen seines Kreisleiterpostens aufgestellt wurde, sondern wohl vor allem, damit diesen Posten kein SA-Angehöriger bekam.

Memmel war sich offensichtlich im Klaren darüber, dass ihm seine mangelnden Erfahrungen in der Kommunalverwaltung zum Nachteil gereichen konnten, weswegen er sich auch Schmitt als Zweiten Bürgermeister an seiner Seite wünschte. Dieser verfügte zumindest über eine Expertise im Staats- und Gemeindeverwaltungsdienst.⁷⁵⁶ Memmel hatte die Absicherung, nach dem Ende seiner Amtszeit (die noch nicht feststand), wieder als Lehrer weiterzuarbeiten. Stringente Ambitionen, den Bürgermeisterposten zum einen zu erhalten und zum anderen dauerhaft inne zu haben, sind aus alledem nicht direkt ersichtlich.

Memmels Stellvertreter Rudolf Schmitt stand ihm nahe, hatte im Gau wichtige Positionen und gab in dessen Spruchkammerverfahren einige relevante Informationen, weshalb er nun kurz vorgestellt wird.

Rudolf Schmitt wurde am 27. November 1904 in Würzburg geboren. Nach dem Besuch der Oberrealschule machte er eine Lehre bei der Städtischen Sparkasse Würzburg. Wegen der Wirtschaftskrise wurde er jedoch schnell wieder arbeitslos. Da er schon länger Halbwaise war, musste er jedoch seiner Familie ein Auskommen bescheren.⁷⁵⁷ Vom 1. April bis 15. August 1924 diente er daher als Kanonier in der „Schwarzen Reichswehr“.⁷⁵⁸ Am 10. September 1924 wurde er schließlich Angestellter bei den Stadtwerken, ein Jahr später erhielt er bereits den Beamtenstatus. Die Prüfung für den mittleren Staats- und Gemeindeverwaltungsdienst bestand Schmitt

⁷⁵⁴ Der Würzburger SA-Standartenführer Heinrich Hacker (Oberleutnant a.D.) war Sonderkommissar bei der Regierung von Unterfranken. Lokal-Nachrichten. WGA, Nr. 217, 21.9.1933, S. 3.

⁷⁵⁵ Eidesstattliche Erklärung von Rudolf Schmitt. Moosburg, 27.9.1947. Spruchkammerakte Memmel.

⁷⁵⁶ Ob es sich bei ihm allerdings einen Verwaltungstechnokraten handelte, wie ihn Weidisch charakterisierte, sei dahingestellt. WEIDISCH: Die Machtergreifung in Würzburg, S. 97.

⁷⁵⁷ Eigenhändig geschriebener Lebenslauf von Rudolf Schmitt. EAPL. 030/19. „Schmitt Rolf, für: Wiederberufung als hauptamtlicher Stadtrat“. SAW.

⁷⁵⁸ Fragebogen über Wehrdienstverhältnisse des Rolf Schmitt. EAPL. 030/19 „Schmitt Rolf“.

1928 als einer der Besten. Schon im Januar 1923 trat er der Reichsflagge bei und beteiligte sich an Aufmärschen und Munitionstransporten.⁷⁵⁹

„Beim Hitlerputsch unterstellte ich mich der SA-Führung und nahm so an den Ereignissen in Würzburg teil. Nach Auflösung der SA führte ich zunächst als Adjutant, dann selbstständig die getarnte Formation der „Freischar Körner“ bis zur Wiedergründung der Partei im Jahre 1925. Gleichzeitig war ich Mitglied des Deutschen Bundes, der Tarnorganisation der NSDAP.“⁷⁶⁰

Dies zeigt, dass Schmitt schon frühzeitig ein eifriger Nationalsozialist war. Der Partei trat er dann schließlich am 1. Mai 1928 bei, der SA zwei Jahre später. Seit März 1932 war er außerdem sehr häufig als Gauredner tätig. Ab dem 28. Dezember 1932 leitete er die nationalsozialistische Beamtenabteilung, später war er Gauamtsleiter des Reichsbunds der Deutscher Beamten in Mainfranken.⁷⁶¹ Im Anschluss an seine Zeit als kommissarischer Stellvertreter Memmels wurde Schmitt am 27. September 1934 zum berufsmäßigen Stadtrat gewählt.⁷⁶² Am 1. Mai 1934 setzte ihn Reichsminister Hans Heinrich Lammers als Leiter der Verwaltungsakademie Würzburg ein, seit 1939 gehörte Schmitt sogar dem Führerrat an. 1935 heiratete er und hatte mit seiner Ehefrau Anna Karoline Keppler drei Kinder. Nach dem Kriegsausbruch nahm Rudolf Schmitt als Artillerist am Polenfeldzug teil. Dort wurde er am 18. September 1939 zum Tapferkeits-Unteroffizier befördert, und am 1. Oktober verlieh man ihm das Eiserne Kreuz II. Klasse. Auf Antrag des „Stellvertreters des Führers“, Rudolf Heß, wurde Schmitt am 14. Juni 1940 als Wachtmeister und Offiziersanwärter aus dem Heeresdienst entlassen. Schon 1939 war er der SS beigetreten. Beim Westfeldzug war er kurzzeitig einem Einsatzkommando des Sicherheitsdienst (SD) der SS während des Frankreichfeldzuges zugeteilt.⁷⁶³ Ein weiterer Lazarettaufenthalt beendete seine dortige Tätigkeit jedoch schon bald. Hierauf übernahm Schmitt die SD-Außenstelle Würzburg als SS-Sturmbannführer. Im Herbst 1940 nahm er seine Tätigkeit bei der Würzburger Stadtverwaltung wieder auf.⁷⁶⁴ Im Januar 1941 übernahm Schmitt die Leitung des Wirtschafts- und Ernährungsamts, das er bis zum Kriegsende inne hatte.⁷⁶⁵ Vermutlich für seinen dortigen Einsatz erhielt er im September 1942 das

⁷⁵⁹ Lebenslauf Rudolf Schmitt.

⁷⁶⁰ Ebenda.

⁷⁶¹ Ebenda.

⁷⁶² Aktennotiz betreffend die Amtszeit der hauptamtlichen Beigeordneten. Würzburg, 14.6.1944. EAPL 030/19 „Schmitt Rolf“.

⁷⁶³ Hierüber berichtete er Memmel später nur knapp und geheimnisvoll: „Mein Einsatz beim Sicherheitsdienst der SS – Lothringen ist nur kurzfristig. Es dient im wesentlichen [sic!] der Vorbereitung einer Aktion, die ich später ehrenamtlich im Auftrage des Reichsführers SS durchzuführen habe.“ Brief von Rolf Schmitt an den OB der Stadt Würzburg. Würzburg, 5. September 1940. EAPL 030/19. „Schmitt Rolf“. In seinem Personal-Blatt steht hierzu: „Einsatzführer des SC. im Westen (SS-Sturmbannführer)“. Ebenda.

⁷⁶⁴ Lebenslauf Rudolf Schmitt.

⁷⁶⁵ Abschrift der eidesstattlichen Erklärung mehrerer Mitarbeiter des Ernährungsamts. Würzburg, 7. Januar 1948. EAPL 030/19, „Schmitt Rolf“.

Kriegsverdienstkreuz (KVK) 2. Klasse.⁷⁶⁶ Im Juni 1944 genehmigte der Gau-
leiter nach Schmitts abgelaufener zehnjähriger Amtszeit die Wiederberu-
fung als Stadtrat ohne öffentliche Ausschreibung.⁷⁶⁷

Schon in der Nacht des 30. April 1945 flüchtete mit Sack und Pack
kurz vor dem Einmarsch der Amerikaner. Nach dem Krieg kam er zunächst
in ein Gefangenenlager in Bremen. Am 30. Mai 1945 wurde er wegen seiner
NSDAP-Mitgliedschaft aus dem Angestelltenverhältnis bei der Stadt offiziell
entlassen.⁷⁶⁸ Die Berufungskammer III Nürnberg stufte Schmitt als Minder-
belasteten in die Gruppe der Mitläufer ein und verhängte keine Bewäh-
rungsfristen oder Sühnemaßnahmen.⁷⁶⁹ Erst später stand er im Verdacht,
1943 das Wehrkraftersetzungsverfahren gegen Max Mährlein eingeleitet zu
haben, woraufhin dieser am 26.9.1944 zum Tode verurteilt wurde. Es kam
aber nie zu einer Anklage.⁷⁷⁰

1951 erhob Schmitt erstmals Anspruch auf Versorgungsbezüge bei
der Stadt Würzburg.⁷⁷¹ Es folgte ein jahrelanger Rechtsstreit, an dessen
Ende man ihm 1954 wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzte
und ihm ein Übergangs- und später ein Ruhegehalt gewährte.⁷⁷² Schmitt
verstarb am 11. August 1972.⁷⁷³

In Memmels erster Stadtratssitzung am 27. April wurde bezüglich Löffler
und Zahn nur noch deren dauernde Ruhestandsversetzung ab dem
1. Mai 1933 genehmigt.⁷⁷⁴ Zu ihrer Pensionierung sagte er:

„Wir müssen Achtung vor den beiden Herren haben, da beide festen
Willens waren, Würzburgs Geschick nach besten Kräften zu lenken und
ich glaube behaupten zu können, dass das Schicksal Würzburgs in den
letzten 10 Jahren von beiden Herren bestimmt worden ist. Wir können,
und zwar im Namen sämtlicher Fraktionen, den Herren unseren Dank
aussprechen für die Mühe und verantwortungsvolle Arbeit, die sie ge-
leistet haben, und das Bewusstsein, die Pflicht getan zu haben wird den
Beiden wohl der beste Dank sein. Ich möchte nicht, dass der Wandel,
der in Würzburg eingetreten ist, zu einer Verstimmung oder Verärge-
rung der Herren führt, bei Oberbürgermeister Löffler der eine Lebens-
arbeit dem Dienste der Stadt gewidmet hat, oder, bei Bürgermeister
Zahn, der das schwierige Kapitel der Finanzen in einwandfreier Art

⁷⁶⁶ Brief von Dr. Dengel an den OB der Stadt Würzburg. Würzburg, 10. September 1942. EAPL. 030/19 „Schmitt Rolf“.

⁷⁶⁷ Abschrift des Schreibens von Oberbereichsleiter Conrad an den OB von Würzburg. Würzburg, 21. Juni 1944. EAPL. 030/19, „Schmitt Rolf“.

⁷⁶⁸ Schreiben des OB an Rolf Schmitt. Würzburg, 30.5.1945. Magistratsakten Sign. 163. SAW.

⁷⁶⁹ Abschrift des Spruchs der Berufungskammer Nürnberg – Senat III. Nürnberg, 1.2.1950. Ebenda.

⁷⁷⁰ Schreiben des öffentlichen Klägers Skripka an die Stadtverwaltung Würzburg. München, 21.3.1951. Ebenda.

⁷⁷¹ Schreiben von Rudolf Schmitt an den Stadtrat. Partenstein, 27.6.1951. Ebenda.

⁷⁷² Beschluss des Personalausschusses vom 2.2.1954. Ebenda. Aktennotiz betreffend Schmitt Rudolf, ehem. Berufsm. Stadtrat, Ruhegehalt. Ebenda.

⁷⁷³ Sterbeurkunde von Rudolf Schmitt. Lohr am Main, 11.8.1972. Ebenda.

⁷⁷⁴ Stadtratsprotokoll vom 27.4.1933, S. 120.

durch zehn Jahre hindurch geleitet hat. Im Namen aller Fraktionen möchte ich den beiden Herren den Dank aussprechen und wünsche ihnen einen ruhigen Lebensabend.“⁷⁷⁵

Für diesen Tag war auch die Wahl des neuen berufsmäßigen Ersten Bürgermeisters angesetzt. Stadtrat August München von der NSDAP schlug Theodor Memmel vor und lobte dessen absolute Objektivität, welche auch den Gegnern die Möglichkeit gäbe, für ihn zu stimmen.⁷⁷⁶ In der anschließenden Wahl wurde Memmel einstimmig mit 28 von 28 Stimmen gewählt. Seine eigene war dementsprechend auch darunter, keiner der Stimmen war ungültig.⁷⁷⁷ Allerdings hatte Memmel vier Wochen lang vor seiner Wahl mit allen Fraktionsvorsitzenden des Stadtrates und dem noch amtierenden Ersten und Zweiten Bürgermeister über die zukünftigen Entwicklungen und zur Sondierung gesprochen.⁷⁷⁸ Das Ergebnis war somit keinesfalls überraschend, sondern gut vorbereitet. Nach dem Wahllakt untermalte man verbal die an der Wahlurne gezeigte Einhelligkeit mit allerseitigen Glückwünschen:

„St.-R. M ü n c h [...] Möge G o t t e s S e g e n über Ihnen und Ihrem Werke ruhen. (Bravorufe)

St.-R. S c h w a b (Bayer. Vp.): Wir schließen uns diesen Wünschen von ganzem Herzen an.

St.-R. B r a n d m a n n (Soz. Partei) erklärte, die einstimmige Wahl zeige, dass Oberbürgermeister Memmel in kurzer Zeit das Vertrauen des gesamten Stadtrates und der Stadt gewonnen habe. Man habe einen Mann gefunden, der sein Amt nach seinen eigenen Worten nicht nur als Partei-Oberbürgermeister führen werde, sondern als Mensch und Mann, der die Nöte der gesamten Bevölkerung kennt. Redner schloss mit dem Wunsche auf eine gedeihliche Zusammenarbeit.“⁷⁷⁹

Es war klar, dass die NSDAP einen Oberbürgermeister aus ihren Reihen forderte. Die anfängliche Frage war jedoch, welcher Nationalsozialist diesen Posten bekleiden durfte. Memmel erschien den Stadtratsmitgliedern zumindest gemäßiger als Rolf Schmitt und auch gebildeter. Man entschied sich somit für das kleinere Übel und stimmte entsprechend ab. Allerdings wäre es interessant gewesen, welchen Inhalt Memmels vorhergehende Sondierungsgespräche hatten. Es kann nur vermutet werden, dass hierbei zugesichert wurde, dass die BVP den Zweiten Bürgermeister stellen durfte. GERKEN und WEIDISCH schreiben, dass die anderen Parteien unter anderem für Memmel gestimmt hätten, da ein Oberbürgermeister vom Staatsminister

⁷⁷⁵ Würzburgs neue Bürgermeister. Volksblatt, Nr. 96, 28.4.1933, S. 3.

⁷⁷⁶ Die Stadt unter neuer Führung. Die Bürgermeisterwahl durch den neuen Stadtrat. WGA, Nr. 98, 28.4.1933, S. 3.

⁷⁷⁷ Stadtratsprotokoll vom 27.4.1933, S. 120. Der 27. April stellte im Übrigen den letztmöglichen Tag für die Neuwahl dar. Bekanntmachung des Staatsministers des Innern vom 7.4.33. BStA, Nr. 83, 8.4.1933. Die beiden kommissarischen Bürgermeister waren bei diesem Wahlgang ebenfalls stimmberechtigt. Artikel 2 der Bekanntmachung d. Staatsministers d. I. v. 20.4.1933 Nr. 240 I 18.

⁷⁷⁸ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 2.

⁷⁷⁹ Die Stadt unter neuer Führung.

des Innern bestätigt werden musste.⁷⁸⁰ Die Gefahr der Ablehnung eines BVP-Oberbürgermeisters war angesichts der politischen Lage also akut. Ob die Wahl Memmels vornehmlich durch Druck erfolgte oder aber schlichtweg keine besseren Alternativen ersichtlich waren, bleibt schlussendlich offen.

Memmel meinte in seiner Spruchkammerverhandlung, es hätte über Löffler Korruptionsgerüchte gegeben, die er aber bereits in seiner ersten Stadtrats-sitzung dementiert habe.⁷⁸¹ Gleiches verkündete er als kommissarischer Bürgermeister bei einer Kundgebung des „Kampfbundes für den gewerblichen Mittelstand“⁷⁸² und einen Tag später vor der Gemeindebeamtenkam-mer:

„Wenn auch einzelne ihre Stelle aufgeben mussten, so kann ich doch feststellen, dass nicht Korruption die Ursache war, dass sich Personen in leitenden Stellen beurlauben lassen mussten. I n d e r W ü r z b u r g e r G e m e i n d e v e r w a l t u n g i s t e s s t e t s s a u b e r u n d e h r l i c h z u g e g a n g e n“⁷⁸³

Memmel setzte sich also in der Tat für den Ruf seines Amtsvorgängers und der Würzburger Stadtverwaltung ein. Seine Partei hätte ihn wohl nicht da-von abgehalten, das Gegenteil zu tun.⁷⁸⁴ Gleichwohl handelte es sich um die üble Nachrede, die seine eigene Partei zuvor gestreut hatte. Denn die Korruptionsvorwürfe gehörten zum üblichen Duktus der Nationalsozialis-ten gegenüber den Vertretern des „Systems“.⁷⁸⁵ Allerdings war es auch ge-genüber der Bevölkerung taktisch klüger, den beliebten Löffler nicht schlechtzureden. Ob Memmels Absichten, Löfflers Ruf zu unterstützen, nun ehrlicher Natur waren, oder politischem Kalkül entsprangen bleibt offen.

Der einstige Zweite Bürgermeister Zahn starb bereits im Juli 1934. Bei dessen Beerdigung ließ Memmel feststellen,

„[...] dass der Rücktritt Zahns bei der Machtergreifung durch die Natio-nalsozialisten nicht aus persönlichen Gründen, sondern einzig und al-lein aus politischer Notwendigkeit erfolgt sei. Rein und makellos stehe das Bild dieses hervorragenden Mannes da.“⁷⁸⁶

Auch hier entschied sich Memmel nicht wie viele seiner Amts- und Partei-genossen für einen klaren und rufschädigenden Schnitt mit den kommu-nalen Wahlbeamten der „Systemzeit“. Er bevorzugte das weniger

⁷⁸⁰ GERKEN: Die Selbstverwaltung der Stadt Würzburg, S. 244.

WEIDISCH: Machtergreifung in Würzburg, S. 105f.

⁷⁸¹ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 2.

⁷⁸² Das deutsche Handwerk im dritten Reich. Imposante Kundgebung des Würzburger Handwerks. WGA, Nr. 72, 27.3.1933, S. 3.

⁷⁸³ Der kommissarische I. Bürgermeister Memmel vor der Gemeindebeamtenkammer. WGA, Nr. 73, 28.3.1933, S. 3.

⁷⁸⁴ Derartiges geschah beispielsweise in Frankfurt, wo es sogar nicht nur bei Worten blieb sondern sogar zu einer handfesten Prügelei auf die Kommunalpolitiker während einer Stadtparlamentssitzung kam. DRUMMER: Friedrich Krebs, S. 232f.

⁷⁸⁵ HÜTTENBERGER: Die Gauleiter, S. 92.

⁷⁸⁶ Am Grabe von Bürgermeister a.D. Zahn. 8 Uhr Blatt, Nr. 158, 10.7.1934.

kämpferische Narrativ von der „Systemerneuerung“, nach der die alten demokratischen Volksvertreter schlichtweg ausgedient hatten und ohne böses Blut ersetzt werden mussten, um die neue Zeit herbeizuführen. Durch diese weniger radikale und dafür versöhnlichere Variante konnte er zwar nicht bei den Betroffenen, aber dafür bei den Würzburger Bürgern Pluspunkte sammeln.

Im Anschluss an seine Wahl stellte Memmel den Antrag, wie Löffler die Amtsbezeichnung „Oberbürgermeister“ statt „Erster Bürgermeister“ führen zu dürfen, was einstimmig angenommen wurde.⁷⁸⁷ Zum Zweiten Bürgermeister wurde dann tatsächlich Dr. Franz Stadelmayer von der BVP gewählt, und kein Nationalsozialist. Auch Stadelmayer gehörte einer Studentenverbindung an, er war Alter Herr im Akademischen Gesangverein München.⁷⁸⁸ Da der neue Zweite Bürgermeister nun also kein Nationalsozialist war, stellt sich die Frage, weshalb man nicht einfach Zahn in seinem Amt beließ. In Halle wurde ja ebenfalls nur der Erste Bürgermeister ersetzt. Leider gibt es hierzu keinerlei Quellen.

Memmels Wahl zum Oberbürgermeister von Würzburg ging formal nach demokratischen Grundsätzen und gemäß der geltenden Gemeindeordnung von statten – die ein paar Wochen später stattfindende Wahl in Halle ist auf diesem Gebiet deutlich fragwürdiger. Da die NSDAP in Würzburg nicht alleine die Stimmenmehrheit hielt, hätte ein Gegenkandidat *per se* gute Chancen gehabt. Auch für Memmel war die Wahl ein unerwarteter Vorgang. Ohne die Machtübernahme der Nationalsozialisten und der damit verbundenen Absetzung Löfflers wäre er wohl kaum Oberbürgermeister oder überhaupt Kandidat hierfür geworden.

Im Anschluss ließ sich Memmel noch nachträglich die Umbenennung der Theaterstraße in Adolf-Hitler-Straße und der Friedrich-Ebert-Straße in Horst-Wessel-Straße genehmigen. Das hatte er zuvor ohne eine Legitimation in seiner Funktion als kommissarischer Erster Bürgermeister eigenständig angeordnet.⁷⁸⁹ Bei Adelpia wurde seine Wahl mit großem Beifall aufgenommen:

„Zur besonderen Freude und Ehre gereicht es unserer Adelpia, dass unser Philistervorstand Memmel bei dem Kampfe um die Erneuerung des deutschen Reiches in erster Reihe gestanden ist und dass seine viele Arbeit dadurch gekrönt wurde, dass er vom Stadtrat Würzburg einstimmig, also auch mit den Stimmen der Bayer. Volkspartei und der Sozialdemokraten zum berufsmäßigen 1. Bürgermeister mit dem Titel Oberbürgermeister gewählt wurde.“

⁷⁸⁷ Würzburgs neue Bürgermeister.

⁷⁸⁸ Anschriftenbuch. Mitgliederverzeichnis sämtlicher Alten Herren. Hannover, 1937, S. 184.

⁷⁸⁹ Stadtratsprotokoll vom 27.4.1933, S. 121.

Diese einstimmige Wahl war nur dadurch möglich, dass Memmel nach seiner Berufung zum kommissarischen 1. Bürgermeister trotz der kurzen Zeit seiner Tätigkeit sich in allen Kreisen der Bevölkerung das volle Vertrauen erworben hat. Dasselbe Vertrauen zeigte sich bei den Mitgliedern des unterfränkischen Kreistages, welche Memmel einstimmig zu ihrem Präsidenten wählten.“⁷⁹⁰

Viel ist in dem Monat, während dessen Memmel als kommissarischer Bürgermeister fungierte, nicht geschehen. Die Straßenumbenennungen wurden bereits erwähnt – und das war es dann schon alles an Dingen, die ihm anzurechnen waren. Es wird wohl eher sein öffentliches Auftreten gewesen sein, das für Aufsehen gesorgt hatte. Memmels Bundesbrüder waren offenbar wegen des Wahlausgangs völlig euphorisch. Auch für sie war es überraschend, dass nun ein Adelphe völlig unvermittelt den Oberbürgermeister von Würzburg stellte. Memmels Stand bei der Bevölkerung mag durch einen untadeligen Lebenslauf und seine Berufsstellung prinzipiell nicht schlecht gewesen sein, keinesfalls aber besser als das Ansehen des ehemaligen verdienstreichen Oberbürgermeisters Löffler. Selbstverständlich konnte er innerhalb eines Monats nicht vollumfassend von seiner Person überzeugen, zumal er auf der kommunalen Ebene keinerlei Erfahrungen vorzuweisen gehabt hatte. Offenbar hatte der Großteil von Memmels Bundesbrüdern kein Problem damit, dass er einer radikalen Partei angehörte. Doch nicht nur die Adelphe zeigten sich von ihrem neuen Oberbürgermeister überzeugt, auch der Würzburger Generalanzeiger schreibt:

„Theo Memmel hat sich in der verhältnismäßig kurzen Zeit seiner kommissarischen Verwaltung des verantwortungsvollen Amtes geradezu glänzend bewährt. Aus den vorsorglichen Maßnahmen, die er bisher getroffen hat, aus seinem Auftreten bei Kundgebungen in Tagungen und Versammlungen, weiß Würzburg, dass Oberbürgermeister Memmel das Herz am rechten Fleck hat. Das Feuer ungewöhnlicher Beredsamkeit aufrechtes mannhaftes Wesen und die Frische und Überzeugungskraft seiner Darlegungen, ein klares gesundes Urteil, unbeeinflusst von Stimmungen und frei von Bürokratenhemmnissen – das sind Besonderheiten, die der Person Memmels ein charismatisches Gepräge geben.“⁷⁹¹

Der Würzburger Generalanzeiger stand also voll hinter Memmel. Aus dem Zitat erschließt sich jedoch, dass dieser nicht durch seine Maßnahmen während der kurzen Zeit als kommissarischer Erster Bürgermeister glänzte, sondern vor allem durch seine Reden und sein Auftreten.

Im Schwung der um sich greifenden Ehrungen der neuen Machthaber wurde auf Antrag von Memmel einstimmig am 2. Mai sowohl Paul von

⁷⁹⁰ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelphia“ im Rothenburger V.S.V. in Würzburg. 25. Jahrgang. Nr. 2. Mai 1933, S. 1.

⁷⁹¹ Die neuen Männer nach der Umstellung im Rathaus. Aus ihrem Leben... WGA, Nr. 98, 28.4.1933, S. 4.

Serenade und Ehrenabend der Würzburger Liedertafel für Oberbürgermeister Memmel. WGA, Nr. 123, 30.5.1933, S. 8

Hindenburg als auch Adolf Hitler „[...] in dankbarer Anerkennung der großen Verdienste um Volk u. Vaterland [...]“⁷⁹² das Ehrenbürgerrecht der Stadt Würzburg verliehen.

Zusätzlich stand Memmel am 2. Mai 1933 zur Wahl zum Präsidenten des neuen stark verkleinerten unterfränkischen Kreistages. In diesem bildete die BVP mit sechs Mitgliedern die stärkste Kraft, gefolgt von fünf der NSDAP und zweien der SPD. Von den Sozialdemokraten befand sich jedoch einer (Georg Groha) zu diesem Zeitpunkt in Schutzhaft. Im ersten Wahlgang gab es einen Stimmengleichstand (sechs zu sechs) zwischen Memmel und dem Kandidaten der BVP, Dr. Wilhelm Matt. Dieser war erst wenige Wochen zuvor von seinem Oberbürgermeisterposten in Aschaffenburg zurückgetreten und hatte bisher den Posten des Kreistagspräsidenten innegehabt. Er stellte somit einen ernst zu nehmenden und zudem kompetenten Gegenkandidaten dar. Interessanterweise hatte Kreisrat Johann Maag von der SPD ebenfalls für Memmel gestimmt, wodurch es überhaupt erst zu dieser Pattsituation gekommen war. Es wäre also auch bei dieser Wahl durchaus möglich gewesen, keinen Nationalsozialisten die Wahl gewinnen zu lassen. Für den nun auftretenden Fall der Stimmengleichheit gab es keine Regelung, wem das Amt anzuvertrauen sei. Memmel erklärte hierauf:

„Innerlich ist die Lage klar. Nach der Erklärung des Vertreters der Sozialdemokratischen Partei, die mich veranlasst, ihm meine Hochachtung auszusprechen, dass er als Mann es über sich bringt, obwohl wir seinen Freund in Schutzhaft haben, mir seine Stimme zu geben. Wenn in der nächsten Sitzung der 2. Vertreter der Sozialdemokratischen Partei anwesend sein wird, ist es anzunehmen, dass auch er mir seine Stimme geben wird, sodass die Entscheidung nicht mehr zweifelhaft ist. Ich ersehe deshalb die Bayerische Volkspartei, der Sachlage Rechnung zu tragen und ihren Kandidaten zurückzuziehen.“⁷⁹³

Nach einer kurzen Besprechung gab der Vorsitzende der BVP-Fraktion tatsächlich Memmels Ausführungen Recht und erklärte den Rücktritt ihres Kandidaten. Im zweiten Wahlgang, der nur noch durch Zuruf erfolgte, wurde Memmel nun einstimmig gewählt. In seiner Antrittsrede beschwor Memmel im Anschluss eine gemeinschaftliche Mitarbeit ungeachtet der Parteiunterschiede. Am Ende wünschte er, dass ihre gemeinsame Arbeit sich zum Wohle des Kreises auswirken möge, wozu Gott seinen Segen geben solle.⁷⁹⁴ Somit war Memmel formell zweimal mit den Stimmen der Sozialdemokraten gewählt worden, während seine Partei in beiden Situationen über keine Mehrheit verfügte.

⁷⁹² Stadtratsprotokoll vom 2.5.1933, S. 123.

⁷⁹³ Die Konstituierung des neuen unterfränkischen Kreistages. Würzburger Generalanzeiger. Nr. 100, 2.5.1933

⁷⁹⁴ Ebenda.

Am 11. Mai wurden im Würzburger Stadtrat die Ruhestandsbezüge für den ehemaligen Ersten und Zweiten Bürgermeister verabschiedet. Diese betragen bei Löffler 80 Prozent des vorherigen Gehaltes, bei Zahn 75 Prozent, also jährlich für Ersteren 14.752 Mark und für Zweiteren 12.330 Mark.⁷⁹⁵ Löffler verzichtete jedoch auf seine Bezüge, und auch Zahn verzichtete auf 1.000 Mark. Memmel freute sich, „[...] dass die beide Herren einer Anregung folgend, auf diese Gehaltssätze verzichtet haben.“⁷⁹⁶ Wie freiwillig diese Geste tatsächlich war, bleibt offen. In der Polizei- und Verwaltungs-Senats-Sitzung am 24. Mai 1933 verkündete Memmel, dass seine Wahl zum Oberbürgermeister vom bayerischen Innenministerium bestätigt worden war. Seine Stelle als ehrenamtlicher Stadtrat ging an den nächsten Ersatzmann der NSDAP, Rolf Schmitt.⁷⁹⁷

Memmel gab im Stadtrat am 20. Juni 1933 bekannt, dass sich fortan SPD-Mitglieder von Stadtrats- und Ausschusssitzungen fernhalten sollten, da diese auf ihr Stadtratsmandat verzichtet hätten.⁷⁹⁸ Die NSDAP erschlich sich somit die Mehrheit im Rathaus, indem sie die Sitze der SPD übernahm.⁷⁹⁹ Zuvor hatte er sich den Sozialdemokraten gegenüber als der versöhnungsbereite Sieger gegeben:

„Die einzelnen Kämpfer aus den Reihen der SPD. möchten die Tragik erkennen, die darin bestehe, dass sie, die ehrlich und überzeugt für ihre Ideale gekämpft haben, merken müssen, dass das, wofür sie lebenslang gekämpft haben, ein Irrtum gewesen ist.“⁸⁰⁰

Nicht nur die Sozialdemokraten sollten verschwinden. Die BVP-Fraktion nahm seit dem 27. Juni nicht mehr an den Stadtrats- und Senatssitzungen teil, da ihre Partei in einem großen Umbruch sei, wie Memmel verkündete.⁸⁰¹ Am 14. Juli legten sie ihre Mandate im Stadtrat endgültig nieder, da sich die BVP aufgelöst hatte.⁸⁰² Der Stadtrat wurde hierauf auf 26 Mandate verkleinert und bestand nunmehr homogen aus NSDAP-Mitgliedern.⁸⁰³ Damit hatten die Nationalsozialisten die absolute Macht im Rathaus. Nur noch der Zweite Bürgermeister war kein Parteigenosse. Doch auch das sollte sich noch ändern.

⁷⁹⁵ Stadtratsprotokoll vom 11.5.1933, S. 147.

⁷⁹⁶ Die Ruhegehälter der letzten Bürgermeister. Neue Bayerische Landeszeitung, Nr. 109, 12.5.1933.

⁷⁹⁷ Protokoll der Polizei- u. Verwaltungs-Senats-Sitzung vom 24.5.1933, S. 151.

⁷⁹⁸ Stadtratsprotokoll vom 20.6.1933, S. 187.

⁷⁹⁹ XXX. Verwaltungsbericht, S. 3.

⁸⁰⁰ Die Ruhegehälter der letzten Bürgermeister.

⁸⁰¹ Protokoll der öffentlichen Senats-Sitzung vom 27.6.1933, S. 197.

⁸⁰² Protokoll der öffentlichen Polizei- u. Verwaltungs-Senats-Sitzung vom 14.7.1933, S. 215.

⁸⁰³ XXX. Verwaltungsbericht, S. 3.

In der geheimen Sitzung vom 27. Juli 1933 ließ Stadelmayer Memmels Dienstvertrag genehmigen. Bei dieser Abstimmung hatte Memmel kein Sitzrecht.

„Die Erklärung des H. Oberbürgermeisters, dass er auf die Dauer der gegenwärtigen außergewöhnlichen Notzeit nur eine Berechnung seiner Bezüge unter Zugrundelegung eines Grundgehaltes von 15000,- M beansprucht, dient zur befriedigenden Kenntnis.“⁸⁰⁴

Zum Vergleich: Löffler hatte zuvor 17.000 RM verdient,⁸⁰⁵ Stadelmayer begnügte sich unter denselben Bedingungen mit einem Grundgehalt von 12.800 RM.⁸⁰⁶ Memmel sah diese außergewöhnliche Notzeit offenbar zwei Jahre später als beendet an, denn ab dem 1. April 1935 erhielt er die vollen 17.000 RM.⁸⁰⁷ Die Reichsregierung genehmigte beide Verträge nach gewissen Änderungen am 27. Juli 1933.⁸⁰⁸

Am 4. August 1933 stellte das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus Memmel noch eine Wiederanstellung als Studienrat in Aussicht, wenn er darum innerhalb von vier Jahren ersuchte.⁸⁰⁹ Dazu sollte es jedoch nicht mehr kommen.

Im Gau Unterfranken entwickelte sich die Biarchie aus Staat und Partei auf eine besondere Weise. Der machtbewusste Gauleiter Hellmuth griff immer mehr in die Befugnisse des Regierungspräsidenten Gündler ein. Das ging so weit, dass dieser im September 1933 schließlich um die Versetzung in den Ruhestand bat. Hellmuth sah damit seine Chance gekommen, auch wenn er weder die juristische noch verwaltungstechnische Qualifikation dafür hatte: Am 1. Juli 1934 erhielt er vom Innenminister den Posten als Regierungspräsident von Unterfranken und Aschaffenburg. Dies war im NS-Staat sehr ungewöhnlich – allerdings nicht etwa, weil eine Vermengung der beiden Machtbereiche unerwünscht war, sondern weil die Gauleiter meist auf den Posten des Regierungspräsidenten als ein unwürdiges Überbleibsel herabsahen. Mit der Übernahme eines staatlichen Amtes eröffnete Hellmuth außerdem eine zweite Front im Kampf um Kompetenzen, Macht und Verteilungsmittel. Allerdings war dies auch sein letzter Schritt auf der Karriereleiter.⁸¹⁰ Für Memmel als Oberbürgermeister der Gauhauptstadt bedeutete

⁸⁰⁴ Stadtratsprotokoll vom 20.6.1933, S. 193.

⁸⁰⁵ Stadtratsprotokoll vom 11.5.1933, S. 147.

⁸⁰⁶ Stadtratsprotokoll vom 20.6.1933, S. 193.

⁸⁰⁷ Schreiben von Bürgermeister Sittig an die Berufungskammer Würzburg betreffend die Berufungssache Theo Memmel. Würzburg, 8.11.1948. Magistratsakten Sign. 119 a.

⁸⁰⁸ Stadtratsprotokoll vom 27.7.1933, S. 233.

⁸⁰⁹ Abschrift des Schreibens vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus an Theodor Memmel betreffend die Entlassung aus dem Staatsdienst. München, 4.8.1933. MK 33850.

⁸¹⁰ FREYEISEN: Verbohrt bis zuletzt, S. 286f.

diese Personalunion allerdings, dass er Hellmuth vollends ausgeliefert war.⁸¹¹

⁸¹¹ Der Oberbürgermeister von Köln sagte 1940 hierzu: „Was macht der arme Teufel von Bürgermeister oder Oberbürgermeister, der erstens mit dem Gauleiter nicht gut steht, zweitens nicht alter Parteigenosse ist und drittens einen bestigen Regierungspräsidenten hat. Da möchte ich die Selbstverwaltung sehen!“ Zitiert nach: NOAKES: Oberbürgermeister and Gauleiter, S. 194.

3. Fazit der beiden Wahlen

In Halle ging die Auswechslung der Stadtoberen wesentlich reibungsloser für die Nationalsozialisten von statten als in Würzburg. Dies hatte zwei Gründe: Zum einen stand das Ausscheiden des verdienten Oberbürgermeister Rive altersbedingt bereits fest. Zum anderen besaß die NSDAP durch die Gleichschaltung bereits die Stimmenmehrheit. So konnte sie, ohne großen Druck anzuwenden, ihren Parteigenossen Weidemann erst als kommissarischen Oberbürgermeister durch den Regierungspräsidenten und anschließend in einer einstimmigen Wahl einsetzen.

In Würzburg war die Sache nicht so einfach, denn die NSDAP hatte nicht mal ansatzweise die Mehrheit im Stadtrat. Zudem forderte die SA ihren eigenen Oberbürgermeister.⁸¹² Der Kompromisskandidat Memmel konnte zwar dem Ruf seines Amtsvorgängers nicht das Wasser reichen, war aber dennoch ein angesehener Mann und gefestigter Nationalsozialist mit Redebegehung. Es genügte auffallend wenig Druck, um die beiden altverdienten Bürgermeister zum Rücktritt zu bewegen.

Sowohl in Halle als auch in Würzburg bekleidete das Amt des gewählten zweiten Bürgermeisters eine Person ohne NSDAP-Parteibuch. In der Mainmetropole wird dies eher ein politischer Kompromiss gewesen sein, welcher den für die NSDAP ungünstigen Verhältnissen im Stadtrat geschuldet war. In Halle hingegen ist anzunehmen, dass May durch seine lange Dienstzeit und sein fachliches Können zu schwer zu ersetzen war. Seine DVP-Mitgliedschaft sahen die Nationalsozialisten anscheinend nicht sonderlich negativ an, zudem hatte May sich dort nicht an Aktionen gegen die NSDAP beteiligt. Er erscheint eher als der fachlich gebildete Beamte, der seine Arbeit im Magistrat vorzüglich und gewissenhaft erledigte.

Während der Umstand, dass Memmel auch von seinen politischen Gegnern gewählt wurde, heraussticht, erscheint dies in Halle weniger verwunderlich, da dort die SPD-Fraktion nicht mit abstimmte. Zum diesem Zeitpunkt wurden die Sozialdemokraten bereits verfolgt.⁸¹³

Zur Frage der formellen Legitimität der Wahlen von Memmel und May gibt es zwei Interpretationsmöglichkeiten:

1. Die durchgedrückte Beurlaubung von Memmels Amtsvorgänger war bereits rechtswidrig. Durch das Charakteristikum des Dritten Reichs als Unrechtsstaat⁸¹⁴ konnte ergo die Neuwahl keine Rechtsgültigkeit haben. May war hingegen bereits 1932 in sein Amt gewählt worden, die Neuwahl bedeutete also keine Veränderung für ihn.

⁸¹² Siehe hierzu S. 148.

⁸¹³ SCHÖNHOFEN, KLAUS: Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. Das Schicksal der 1933 gewählten SPD-Reichstagsabgeordneten. Bonn, 2017, S. 81ff.

⁸¹⁴ Siehe hierzu: STRENGE, IRENE: 30. Januar 1933 bis 2. August 1934. Juristische Aspekte der Revolutionszeit des NS-Regimes (= Zeitgeschichtliche Forschungen. Band 53). Berlin, 2020.

2. Lässt man die Umstände des Ausscheidens ihrer Vorgänger außer Acht, wurden beide nach damals gültigen Gesetzen formal demokratisch gewählt. Bei Memmels Wahl im März ist dies besonders deutlich und bei May hätten die drei Stimmen der SPD-Fraktion auch keinen Unterschied gemacht.

VII. Die Dachverbandsfrage bei Adelp^hia

Im folgenschweren Jahr 1933 änderte sich auch für Adelp^hia Grundlegendes. In diesem Kapitel soll nun beschrieben werden, wie aus der schwarzen Studentenverbindung die bis heute bestehende Burschenschaft Adelp^hia wurde und welche Rolle Memmel dabei spielte.

Die Studentenverbindung Adelp^hia hatte Anfang der 1930er Jahre schwere Zeiten hinter sich. Die Aktivitas bestand 1929, von mehreren sehr alten Inaktiven abgesehen, nur noch aus drei aktiven Burschen. Am 6. April 1929 wurde daher ein außerordentlicher Bundeskonvent abgehalten, der sich damit befusste, ob Adelp^hia suspendiert werden und ob sie in diesem Falle im R.V.s.V. verbleiben würde.⁸¹⁵ Der Bundeskonvent traf den Entschluss, den Bund unbedingt am Leben zu erhalten.⁸¹⁶ Tatsächlich war es durch große Anstrengungen der Bundesbrüder möglich, die Personallage in den folgenden Semestern wieder zu stabilisieren. Außerdem suchte der Bund erfolgreich Kontakt zu den anderen drei schwarzen schlagenden Würzburger Verbindungen.⁸¹⁷

Da der bisherige Vorstand des Philister-Verbandes Adelp^hias, Dr. Georg Rummel wegen einer Versetzung nach Pasing von seinem Posten zurückgetreten war, musste schnell ein neuer gefunden werden. So kam es, dass der vorstandserfahrene Theo Memmel am 19. Juli 1931 außerhalb der Tagesordnung zum Vorsitzenden des Philisteriums gewählt wurde. Zusätzlich übernahm er den Vorsitz des Ehrenrates, ein Ausschussmandat im Hausbauvereines die Schriftleitung der Bundeszeitung.⁸¹⁸ Das entsprach den Gepflogenheiten im Bund. Der Philistervorstand war sogar standardmäßig und ohne Wahl Vorsitzender des Ehrenrates. Damit hatte Memmel das höchste Amt inne, und noch drei andere wichtige Funktionen im Bund. Memmel war zu diesem Zeitpunkt bereits Mitglied der NSDAP.

Adelp^hia integrierte sich in den R.V.s.V. gut, und es bestand ein reger Austausch mit den anderen dort zusammengeschlossenen Verbindungen. Das Miteinander funktionierte gut. Der alle zusammenführende Dachverband war jedoch zunehmend der Kritik ausgesetzt. Beim Verbandstag 1930 wurde offen die Frage nach dessen Existenzberechtigung aufgeworfen.⁸¹⁹

Dennoch blieb bei Adelp^hia der Wunsch, den R.V.s.V. zu erweitern, um das Gewicht des schwarzen Dachverbandes zu erhöhen und

⁸¹⁵ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelp^hia“ im Rothenburger V.S.V. in Würzburg. 21. Jahrgang. Nr. 1. März 1929, S. 1ff.

⁸¹⁶ Philister-Zeitung. April 1929, S. 2.

⁸¹⁷ MEMMEL: Chronik der Burschenschaft Adelp^hia, S. 10f.

⁸¹⁸ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelp^hia“ im Rothenburger V.S.V. in Würzburg. 23. Jahrgang. Nr. 2. November 1931, S. 1-4.

⁸¹⁹ Studentische Nachrichten. Zeitschrift des Rothenburger Verbandes schwarzer schlagender Verbindungen R.V.S.V. Heft 4. Juli/August 1930, S. 55.

zukunftsfähig zu bleiben. Interessant hierfür war der ebenfalls schwarze Akademische Turnbund (A.T.B.). Eine Fühlungnahme in Richtung A.T.B. wurden jedoch bei einer Verbandsausschusssitzung am 21. Februar 1931 zunichtegemacht. Man beschloss, die Ausrichtung des R.V.s.V. mehr auf das akademische Fechten und die Hochschulpolitik zu legen.⁸²⁰ Zu dieser Zeit begann der Nationalsozialistische Studentenbund bereits, die Politik an die Universitäten zu tragen. Dies beklagte *cand. iur.* Hans Jörg Maier in der Zeitschrift des R.V.s.V.:

„Mit unheimlicher Wucht hat der politische Aktionismus unsere studentischen Organisationen erfasst. Die parteimäßige Politisierung der Deutschen Studentenschaft⁸²¹ ist heute vollendete Tatsache. Unter dem Druck des NS-Studentenbundes haben an fast allen deutschen Hochschulen für das Sommersemester 1931 politische Listenwahlen stattgefunden. Der gewählte Astavertreter⁸²² ist nicht mehr neutraler Sachverständiger, sondern „Parlamentarier“. Auch die wenigen Studentenschaften, die bisher noch am alten Wahlsystem (Wahl nach Fakultäten und Fachschaften) festgehalten haben, werden in den nächsten Semestern unter dem Zwang der Umstände die Politisierung des Astas durchführen müssen. [...]

Die Einführung der politischen Listenwahl hat innerhalb der einzelnen Korporationen und Verbände zu schweren Auseinandersetzungen geführt. Die Korporationen sahen sich gezwungen, wenn sie ihre Korporationsbelange an der Hochschule noch weiter vertreten wollten, eigene Listen in scharfem Gegensatz zu den politischen Listen des NS-Studentenbundes und der weltanschaulich gebundenen Korporationen (C.V.⁸²³ und K.V.⁸²⁴) aufzustellen. Dabei tauchten schwierige Fragen von grundsätzlicher Natur auf: Können die Bundesbrüder durch Konventsbeschluss dazu gezwungen werden, die Korporations- oder Waffenringliste zu wählen oder soll man jedem Bundesbruder die Wahl für den Asta als seine Privatsache freigegeben.“⁸²⁵

Der NS-Studentenbund brachte also mit seiner Parteipolitik an den Hochschulen Unruhe in die Korporationen. Diese hatten zwar mehrheitlich eine staatspolitische Förderung ihrer Mitglieder im Sinn, die eigentliche Parteipolitik sollte aber in einer auf Freundschaft und Zusammenarbeit beruhenden Verbindung außen vor bleiben. Nicht nur die Politisierung, auch der grundsätzliche Umgang mit dem Nationalsozialismus spaltete die Geister. Gerade die katholischen Studentenverbindungen grenzten sich scharf

⁸²⁰ Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelphia“ im Rothenburger V.S.V. in Würzburg. 23. Jahrgang. Nr. 1. Mai 1931, S. 9f.

⁸²¹ Diese 1919 gegründete Studentenvertretung war ein Zusammenschluss der Allgemeinen Studentenausschüsse an allen deutschen Hochschulen auch im Ausland.

⁸²² AStA = Allgemeiner Studentenausschuss.

⁸²³ Cartellverband. Dachverband der farbentragenden und nichtschlagenden katholischen Studentenverbindungen in Deutschland und Österreich (bis 1933).

⁸²⁴ Kartellverband. Dachverband der nichtfarbentragenden und nichtschlagenden katholischen Studentenverbindungen in Deutschland und Österreich (bis 1933).

⁸²⁵ MAIER, HANS JÖRG: Die Politisierung der studentischen Organisationen. In: Studentische Nachrichten. Heft 2. März/April 1931, S. 17-24, hier S. 17.

davon ab. Aber auch viele andere taten sich mit der radikalen Haltung der NSDAP schwer, andererseits traten die Nationalsozialisten im Reichstag offen für die Straffreiheit der Mensur ein, was bisher noch keine andere Partei getan hatte. Die Leitsätze des R.V.s.V. schrieben vor, dass dieser keiner Parteipolitik unterliegen dürfe, das staatsbürgerliche Interesse aber zu fördern habe.⁸²⁶ So hatten die Artikel in der Verbandszeitschrift vornehmlich korporativen Inhalt. Dies wandelte sich Anfang der 1930er Jahre. Der Studienrat Dr. K. Drück von der Verbindung Lichtenstein Tübingen behandelte etwa in einem Beitrag in den „Studentischen Nachrichten“ den Sozialismus. Drück sah sich als Teil der nationalsozialistischen Bewegung und hatte seinen Artikel als Vortrag geplant. In diesem versuchte er, den Sozialismus, den ja auch die NSDAP vertrat, vom Marxismus abzugrenzen. Drück sieht es als erwiesen an, dass Karl Marx fest im Judentum verwurzelt gewesen sei.⁸²⁷ Seine weiteren Gedanken sind:

„Wen wundert es da noch, dass oft dieselben Menschen, mindestens aber dasselbe Volk (die Juden) im Marxismus und im internationalen Kapitalismus führend sind?! Der internationale Sozialismus ist Wegbereiter und Diener des internationalen Kapitalismus, dieser aber bleibt Herr und Sieger.“⁸²⁸

Es zeigt sich also, dass sich der R.V.s.V. trotz seines unpolitischen Anspruchs mit diesem Beitrag als Propagandainstrument für die NSDAP missbrauchen ließ. Dass der Autor „Mein Kampf“ als Lektüre wärmstens empfahl, um die gegenwärtige Zeit verstehen zu können, zeigt das deutlich.⁸²⁹ Das, was sein Vorredner, Hans Jörg Maier, noch beklagt hatte, nutzt Drück nun schamlos aus und förderte die Politisierung.

Die Verbandstagung des R.V.s.V. im Jahre 1931 musste wegen der akuten wirtschaftlichen Verhältnisse ausfallen.⁸³⁰ Bei Adelpia wurde dies mit großem Bedauern aufgenommen. Man sprach dort bereits von einer Verbandskrise. Memmel schrieb hierzu in der Bundeszeitung:

„Die Stellung unserer Verbindung zum Verband ist allmählich sehr eindeutig geworden: Ein Gefühl grenzenloser Enttäuschung. Keine der großen Erwartungen, die man an den Verband fasste, ist in Erfüllung getreten. Unsere Aktivitas ging durch eine Krise, die den Bestand unserer Adelpia zum ersten Male in ihrer Geschichte ernstlich gefährdete. Und nur dem Opfermut einzelner Aktiver und Philister, nicht etwa einer

⁸²⁶ MAIER: Die Politisierung der studentischen Organisationen, S. 21f.

⁸²⁷ Dass der evangelisch getaufte Marx, wenngleich er einer angesehenen Rabbinerfamilie entstammte, sich sogar publizistisch als Antisemit betätigte, war offenbar außerhalb von Drücks Recherche geblieben. Siehe hierzu: SILBERNER, EDMUND: Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus. Opladen, 1983, S. 16-42.

⁸²⁸ DRÜCK, K.: Sozialismus! In: Studentische Nachrichten. Heft 3/4. Mai/August 1931, S. 38-46, hier S. 40.

⁸²⁹ Ebenda, S. 38.

⁸³⁰ Ebenda, S. 37.

Unterstützung durch den Verband, ist es zu verdanken, dass Adelpheia heute noch besteht. Die Vorstandschaft des Philisterverbandes steht auf dem Standpunkte, dass den finanziellen Ansprüchen des Verbandes – sie belaufen sich auf jährlich 1100-1200 RM. – keinerlei auch nur im geringsten entsprechende Leistungen gegenüberstehen. Von unseren auswärtigen Philistern hören wir die fast einstimmige Klage, dass sie nicht das Geringste vom Verbands hätten, dass sie oft fast mit Neid zuschauen müssten, wenn die anderen großen Verbände machtvoll sich zeigten.

Tatsache ist, dass eine Verbands-korporation nach der anderen abspringt und eine Heimstätte in einem anderen Verbands sucht und findet.⁸³¹

Memmel beklagt hier, dass der bereits erwähnte, in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre bei Adelpheia einsetzende Mitgliederschwund nicht durch sogenannte Stützburschen anderer Verbindungen aus dem R.V.s.V. abgefördert wurde. Niemand kam Adelpheia in diesen schweren Zeiten zur Hilfe. Von 17 Gründungsverbindungen waren zu diesem Zeitpunkt noch zwölf im Verband geblieben. Damit konnte er anderen großen schlagenden Dachverbänden, wie etwa dem Köseener Senioren-Konvents-Verband, der Deutschen Landsmannschaft oder der Deutschen Burschenschaft von der Mitgliederstärke her keinesfalls auch nur annähernd das Wasser reichen. Hinzu kamen die nicht unerheblichen Verbandsbeiträge. Memmel schreibt über das aktuelle Wesen des schwarzen Prinzips in der Philisterzeitung:

„Es ist einfach eine nicht zu leugnende Tatsache, dass die schwarzen Verbände zumindest stillstehen oder zurückgehen. Der Gründe sind mancherlei. [...] Ihnen allen gegenüber stehen die schwarzen Verbindungen, die, wie unsere Adelpheia, als „Reform- oder Progressverbindungen“ gegründet wurden. Deren Losung lautete: Kampf gegen die übermächtige Vorherrschaft der Korps. Aus diesem Kampf heraus entwickelte sich die Abneigung gegen die „leere Form“, gegen „Band und bunte Mütze“. [...] Dieser Kampf wurde Jahrzehnte hindurch aufs bitterste gekämpft und kurz vor dem Krieg siegreich beendet: Die großen Farbenverbände mussten die Gleichberechtigung aller Studenten, vor allem der „schwarzen“ Korporationen anerkennen. Freilich mussten auch die schwarzen Korporationen ein sehr schwerwiegendes, eigentlich die Wurzel ihres Wesens treffendes Zugeständnis machen: [...] mit der Einführung der unbedingten Satisfaktion. [...] Auch die Einführung des arischen Prinzips verstieß gegen den Willen der Gründer. Heute unterscheidet sich unser Korporationsleben in nichts von dem der anderen Verbände, außer in dem Fehlen von Mütze und Band. Und dieses rein Negative wird heute als „schwarzes Prinzip“ bezeichnet. Die Reformverbindungen haben also ihr Ziel erreicht, teils haben sie sich selbst den Forderungen der anderen angeglichen. Wo ist ihr Ziel? Wo der begeisterte, begeisterungsfähige Jugend mit fortreißende Gedanke? Es gibt viele Adelphen, die nicht von einer Verbandskrise sprechen, sondern von einer Krise des schwarzen Prinzips.“⁸³²

⁸³¹ MEMMEL, THEODOR: Verbandskrise. In: Philister-Zeitung. November 1931, S. 8ff., hier S. 8.

⁸³² MEMMEL: Verbandskrise, S. 8f.

Memmel äußert hier also Kritik am bei Adelpia gelebten schwarzen Prinzip, und sieht es – bewusst ganz anders als dereinst die Gründungsphilister – als nicht mehr zeitgemäß, ja sogar als Hindernis bei der Nachwuchsgewinnung. Es ist interessant, dass er hier noch die Einführung des arischen Prinzips als eine Aufweichung der Grundsätze der Verbindung, und gegen den Willen der Gründer einstuft. Das ursprüngliche Ziel, nämlich die Anerkennung in der Korporationswelt, sei erreicht und nun fehle ein tatsächliches Ziel. Weiter schreibt er, dass junge Studenten nicht wegen des schwarzen Prinzips bei Adelpia eintreten, sondern wegen der ihnen vorgelebten Gemeinschaft.

So kam es am 6. Dezember 1931 zu einem außerordentlichen Bundeskonvent. Die Hauptfrage bestand darin, ob Adelpia im Rothenburger Verband verbleiben solle. Das Würzburger Philisterium und der Innere Konvent der Aktivitas waren fast einstimmig der Meinung, dass sie für Adelpia im R.V.s.V. keine Zukunft sahen. Die Suche nach einem Alternativverband vor einem Verbandsaustritt zeigte sich hierbei von zweitrangiger Bedeutung und sollte keinen Einfluss auf die Abstimmung nehmen. Memmel rief dazu auf, auch über den Tellerrand zu blicken und farbentragende Verbände ins Auge zu nehmen. Ein starres Festhalten am schwarzen Prinzip sei nicht förderlich. Memmel sah in Adelpia vor allem einen Freundschaftsbund; am schwarzen Prinzip hing sein Herz hingegen nicht.⁸³³

In einem Punkt irrte sich Memmel jedoch. Die Aktivitas Adelpias mag den R.V.s.V. zwar nicht als ideal angesehen haben, sich einem farbentragenden Dachverband mit Mensurzwang anzuschließen, lag ihr jedoch noch zu fern. Die Abstimmung ergab: 66 Stimmen gegen den Verband und 39 Stimmen für ihn. Damit war die nötige 2/3 Mehrheit von 70 Stimmen für einen Austritt knapp nicht gegeben. Hierfür war vor allem die Aktivitas aus den genannten Gründen verantwortlich. Auch das Geld, das in dieser Zeit durch die Wirtschaftskrise bei Studenten besonders knapp war, spielte eine Rolle, da man entsprechendes Couleur hätte anschaffen müssen. Der Philisterkassier Ludwig Streit sah für Adelpia im schwarzen Prinzip sogar ein Alleinstellungsmerkmal, wodurch sich die Verbindung positiv von anderen abheben würde.⁸³⁴ Memmel betrachtete die gescheiterte Abstimmung als ein Misstrauensvotum gegen ihn als Vorstand, weil er sich für den Verbandsaustritt stark gemacht hatte. Er legte alle seine Ämter nieder, da er „[...] nicht gewillt war, die Führung des Philisteriums im Sinne der Minderheit beizubehalten“.⁸³⁵ Ob dies nun aus Trotz oder Konsequenz geschah, sei dahingestellt. Es fand sich jedoch kein Philister vor Ort, der unmittelbar die freigewordenen Ämter übernehmen wollte. Daher blieben sie bis zum

⁸³³ Philister-Zeitung. November 1931, S. 10f.

⁸³⁴ STREIT, LUDWIG: A.o. Bundeskonvent v. 6.12.31. In: Philister-Zeitung. Studenten-Verbindung „Adelpia“ im Rothenburger V.S.V. in Würzburg. 24. Jahrgang. Nr. 1. Januar 1932, S. 1ff.

⁸³⁵ MEMMEL: Chronik der Burschenschaft Adelpia, S. 12.

nächsten ordentlichen Bundeskonvent vakant.⁸³⁶ Die Verbandsfrage hatte also allerhand Zündstoff in sich, auch wenn sich ziemlich jeder einig war, dass der R.V.s.V. kein optimaler Dachverband für Adelpia war. Ganz ohne wollte man aber dennoch nicht dastehen.

Trotz alledem stellte sich Memmel am 15. Mai 1932 zur Wiederwahl als Vorstand des Philisterverbandes und wurde in alle bisherigen Ämter wieder eingesetzt.⁸³⁷

Im Mai 1933 war nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten dann unter dem Titel „Die nationale Erhebung“ in der Philister-Zeitung Adelpias folgendes zu lesen:

„Eine Morgenröte ist im deutschen Reiche durch Übertragung der Macht seitens des Reichspräsidenten von Hindenburg an den Reichskanzler Adolf Hitler und durch die Bildung einer nationalen Regierung aufgegangen. Durch Brechung der bisherigen marxistischen Machtstellung haben wir alle Hoffnung, dass sich nun die Verhältnisse in Deutschland immer mehr zum Besseren wenden. Wir hoffen, dass das neue deutsche Reich bald wieder im Kreise der Völker die Stellung einnimmt, die ihm seiner Größe und seiner Kultur nach zusteht und dass auch im Innern ein wirtschaftlicher Aufschwung eintritt. In Verbindung hiermit wollen wir weiter hoffen, dass auch bei unserer Adelpia die finanziellen Schwierigkeiten gehoben werden, so dass wir mit Zuversicht der Zukunft entgegensehen können.“⁸³⁸

Offensichtlich setzte man im Philistervorstand einiges auf die „neue nationale Regierung“, die gegen den Marxismus kämpfen wolle, und einen wirtschaftlichen Aufschwung samt glanzvoller Zukunft versprach. Gerade die schwierige Wirtschaftslage hatte den Bundesbrüdern in den letzten Jahren sowohl in persönlicher als auch in Verbindungshinsicht zugesetzt. Anscheinend engagierte sich Memmel trotz seiner Fülle an Ämtern auf seinem Posten als Philistervorstand. Der Semesterbericht der Aktivitas lobt ausdrücklich sein häufiges Erscheinen bei Veranstaltungen trotz seines Bürgermeisteramtes.⁸³⁹ Auch die Aktivitas schien dem Nationalsozialismus sehr positiv und offengegenüber zu stehen. So ist im Semesterbericht aus dem Mai 1933 zu lesen:

„An den Veranstaltungen der Studentenschaft nehmen wir regelmäßig geschlossen teil, so an dem Propagandamarsch am Tag der Arbeit, an zwei Fackelzügen und an der Übergabe des Studentenrechts durch Se. Magnifizenz Professor Dr. Wunderle.

In der Zeit der nationalen Erhebung und des Wiederaufstiegs wurden auch für unseren Bund wichtige Fragen akut; so mussten wir uns auf dem letzten Konvent entscheiden, wie wir uns zu einem eventuellen geschlossenen Eintritt in die N.S.D.A.P. stellen. Es wurden hierbei

⁸³⁶ Philister-Zeitung. Januar 1932, S. 3

⁸³⁷ Philister-Zeitung. Juli 1932, S. 4.

⁸³⁸ Philister-Zeitung. Mai 1933, S. 1.

⁸³⁹ Ebenda, S. 5.

folgende Beschlüsse gefasst: 1. Es wird jedem Bbr. zur Ehrensache gemacht, in einen nationalen Verband einzutreten. 2. Es erfolgt hiervon Eintrag in die Urschrift des Mitgliederverzeichnisses. Außerdem wurde auch die Wehrsportfrage erörtert und nachstehendes beschlossen: Jeder Aktive (Bursch und Fuchs) hat ein Wehrsportlager (Dauer 3 Wochen) während der kommenden Semesterferien zu besuchen. Von dieser Betätigung wird die Inaktivierung abhängig gemacht.⁸⁴⁰

Es scheint, als sei die Aktivitas innerhalb kurzer Zeit völlig von der nationalsozialistischen Bewegung vereinnahmt worden. Die in den Grundsätzen Adelphias verankerte Freiheit wurde in einem Konventsbeschluss kurzum über den Haufen geworfen, und der Eintritt in einen nicht näher benannten „nationalen Verband“ verpflichtend. Dass dieses Ergebnis einstimmig gewesen sein mag, zusammen mit der Überlegung, gesamtheitlich in die NSDAP einzutreten, ist bezeichnend für den massenpsychologischen Effekt, der von Hitlers Regierung ausging. Offenbar war die „begeisterungsfähige Jugend“, die Memmel zwei Jahre zuvor gefordert hatte, tatsächlich innerhalb kurzer Zeit vom Nationalsozialismus und nationalistischem Geist in den Bann gezogen worden. Nun steht es jeder Aktivengeneration anheim, eine eigene Dynamik zu entwickeln, was das Aussuchen neuer Mitglieder, die Grundstimmung und die gefassten Beschlüsse betrifft. Es ist zu vermuten, dass die Aktiven vor der Machtübernahme noch keine NSDAP-Mitglieder waren, da man einen noch zu erfolgenden geschlossenen Eintritt in die Partei thematisierte. Es scheint somit tatsächlich dem Aufbruchsschwung und dem Tatendrang geschuldet, den die Nationalsozialisten im Frühling 1933 verbreitete, dass deren Aktionismus bei den jungen Studenten Adelphias so großen Anklang fand. Möglich wäre, dass Memmel, der ja immerhin Kreisleiter war, einen gewissen Anteil daran hatte. Eine patriotische Grundstimmung war bei Adelpia durchgängig zu finden. Die Parolen der Nationalsozialisten schienen nach Jahren des wirtschaftlichen Niederganges und dem gefühlten Leiden des deutschen Volkes der Nachkriegszeit hier auf fruchtbaren Boden zu treffen. Im zitierten Abschnitt wird auch ein verpflichtendes Wehrsportlager erwähnt. Es ist möglich, dass dieses von der Hitlerjugend (HJ) inspiriert war und dem Zeitgeist der „Wehrhaftmachung der deutschen Jugend“. Denn noch immer galten die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die eine Wehrpflicht verhinderten. Durch eine solche paramilitärische Sportertüchtigung konnte dies aber umgangen werden. Die Institution des Wehrsportlagers erinnert jedenfalls an den völkisch ausgerichteten studentischen Dachverband „Deutsche Wehrschaft“, die dem Nationalsozialismus sehr nahestand.⁸⁴¹

⁸⁴⁰ Philister-Zeitung. Mai 1933, S. 5.

⁸⁴¹ Zur Deutschen Wehrschaft siehe: GLADEN, PAULGERHARD/BERTRAMS, KURT U.: Die deutsch-völkischen Korporationsverbände. Hilden, 2009. Sowie: GEISLER, ERICH: Erlöschene Korporationsverbände. II. Folge. Die Deutsche Wehrschaft (DW) im Teutoburger Vertretertag (TVT) 1919-1935. In: Einst und Jetzt. Jahrbuch für corpsstudentische

Schon seit mehreren Semestern herrschte bei Adelpia sowohl auf Säbel als auch auf Schläger ein lebhafter Paukbetrieb. Die Mensurfahrten in andere Hochschulstädte waren jedoch kostspielig. Dennoch wuchs Anfang 1933 in der Aktivitas der Wunsch, Pflichtpartien einzuführen. Daher schloss sich Adelpia einem Würzburger Paukverband an, dem je zwei Landsmannschaften und Turnerschaften sowie die Sängerschaft Saxo-Thuringia angehörten. Die Corps und Burschenschaften hatten ihre eigenen Waffenringe. In diesen wurden die Bestimmungspartien ausgemacht und der Paukcomment festgelegt.⁸⁴²

Die Einstellung der Aktivitas Adelpias zu Beginn des Sommersemesters 1933 unterschied sich grundsätzlich von den bisherigen Generationen. Sie hatte eine starke Affinität zum Nationalsozialismus, missachtete den Grundsatz der Freiheit, fand Begeisterung am Schlagen von Mensuren und setzte Wehrsport als Pflichtprogramm ein. Dennoch wollte sie bei der Verbandsabstimmung am schwarzen Prinzip festhalten.

Um die Stimmung in den Würzburger Korporationen während jener Tage exemplarisch wiederzugeben, sollen zwei Zeitungsartikel vom März 1933 Erwähnung finden. Man dachte wohl zur Wiedereröffnung des Deutschen Reichstages am 21. März 1933, die alten Zeiten ähnlich dem vergangenen Kaiserreich würden nun wiederkehren. Daher ließ der Würzburger Waffenring durch ihre präsidierende (vorsitzende) Korporation folgendes Telegramm an Generalfeldmarschall von Hindenburg senden:

„Die im Würzburger Waffenring vereinigten studentischen Verbindungen entbieten Eurer Exzellenz zum heutigen Tage ehrerbietigste Grüße und g e l o b e n, getreu ihren alten Idealen, u n b e d i n g t e G e f o l g s c h a f t bei dem Neubau des Reiches.

Der Akademische Gesangverein Würzburg im Sonderhäuser Verband.“⁸⁴³

Man war der Ansicht, die Krisenjahre der ungeliebten Weimarer Republik seien damit nun vorbei und wollte sich in den Dienst der neuen Regierung unter dem berühmten Feldherren stellen.

Die Katholische Deutsche Studentenverbindung (K.D.St.V.) Gothia teilte in einem Beitrag mit, dass sie es aufs tiefste bedauere, nicht an dem Fackelzug in Potsdam teilnehmen zu können. Grund hierfür sei, dass sie zweimal eine Hausdurchsuchung über sich ergehen lassen musste, bei der nach Waffen gesucht wurde. Sie sehe sich dadurch mit den Kommunisten

Geschichtsforschung. Band 9. Würzburg, 1964, S. 166-178. Außerdem: FÖRSTER, STEVEN M.: Das Werden und Wirken der Deutschen Wehrschaft 1919-1935. Potsdam, 2008.

⁸⁴² Philister-Zeitung. Mai 1933, S. 5.

⁸⁴³ Ein Telegramm des Würzburger Waffenrings. WG, Nr. 68, 22.3.1933.

auf eine Stufe gestellt, und hoffte, dass dies sich nun ändern werde. Denn jener Vorgang hatte sie tief in ihrer Ehre gekränkt.⁸⁴⁴

Beide Zeitungsartikel lassen zumindest auf ein gewisses Stimmungsbild innerhalb der Korporationsszene Würzburgs schließen. Man hoffte auf erneute „vaterländische Größe“, ähnlich der im deutschen Kaiserreich und wollte sich in den Dienst der neuen nationalen Regierung stellen. Ob diese das auch so wollte, ist eine andere Frage. Nicht zu vergessen ist hierbei, dass die NSDAP eine Koalition mit der DNVP eingegangen war. Es war somit zunächst kein Bruch mit der Vergangenheit, sich für die Regierung, bestehend aus NSDAP und DNVP, sowie für den Reichspräsidenten auszusprechen.

Die Nationalsozialisten hatten schon frühzeitig Anhänger in der Studentenschaft gefunden. Bereits nach dem gescheiterten Hitler-Ludendorff-Putsch formierten sich erste nationalsozialistische Studentenzirkel mit sehr geringer Mitgliederzahl. Die Parteiführung hatte die Universitäten hingegen nicht im Blick, daher lag es an Studenten, eine eigene NS-Organisation zu gründen. Nach der Erlaubnis von Adolf Hitler und Rudolf Heß gründete sich der NSDStB offiziell am 26. Januar 1926. Im Dezember existierten bereits 21 Gruppen des NSDStB an verschiedenen Hochschulen, umfassten aber nur 290 Mitglieder. Der NSDStB stieß an den Universitäten schnell auf Widerstand, bisweilen, da er jüdischen Studenten den Beitritt verwehrte, vor allem aber weil er Parteipolitik in den Hochschulalltag brachte, was dort wenig erwünscht war.⁸⁴⁵ Schon früh trat der NSDStB in Konkurrenz zu den Verbindungen, auch zu den völkisch eingestellten. GEOFFREY GILES beschreibt dies treffend:

„Since the NSDStB shared ideological common ground with the fraternities, it was up to the Nazis to justify themselves by offering something either greater than or different from the latter. The fraternities had no need of a group of socially unacceptable demagogues to urge them to beliefs that they already held.”⁸⁴⁶

In Würzburg wurde die Hochschulgruppe des NSDStB am 20. Juli 1927 gegründet.⁸⁴⁷ Trotz anfänglicher Schwierigkeiten machten sich ab 1928 deutliche Erfolge des NSDStB bemerkbar. Auf Reichsebene gesehen war dieser bei den Hochschulwahlen prozentual sogar erfolgreicher als die NSDAP.⁸⁴⁸ So kam es, dass sich die schlagenden Verbindungen 1929

⁸⁴⁴ Die kath. Studenten-Verbindung Gothia. WG, Nr. 68, 22.3.1933. Für den Hintergrund dieses Vorfalls siehe: BAUMANN, RICHARD: Gothia sei's Panier. 100 Jahre KDSt.V Gothia zu Würzburg im CV 1895-1995. Würzburg, 1995, S. 85f.

⁸⁴⁵ GILES, GEOFFREY J.: Students and National Socialism in Germany. Princeton, 1985, S. 27-35.

⁸⁴⁶ Ebenda, S. 42f.

⁸⁴⁷ SPITZNAGEL, PETER: Studentenschaft und Nationalsozialismus in Würzburg. 1927 – 1933. Würzburg, 1975, S. 15.

⁸⁴⁸ GRÜTTNER, MICHAEL: Studenten im Dritten Reich. Paderborn, 1995, S. 21f.

erstmalig mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen.⁸⁴⁹ Um von den Korporationen eher anerkannt zu werden, verabschiedete der Führer des NSDStB, Baldur von Schirach, am 1. Mai 1930 eine Ehrenordnung des NSDStB. Hierin war festgelegt, dass jeder Angehörige des NSDStB. unbedingte Satisfaktion geben musste. Innerhalb des eigenen Verbandes waren Duelle jedoch untersagt.⁸⁵⁰ Neben dem NSDStB hatte die NSDAP noch einen weiteren Mitkämpfer an den Hochschulen, der sogar Verbindungscharakter hatte: Die Deutsche Wehrschaft.⁸⁵¹

Am Jahrestag der Unterzeichnung des Versailler Vertrages, dem 28. Juni 1919, war dieser Dachverband gegründet worden.⁸⁵² Er vertrat eine völkische Ideologie und hatte paramilitärische Züge. Durch die heimliche Heranziehung einer ideologisch gefestigten wehrhaften Jugend wollte man die Streitkräftebegrenzungen des Versailler Vertrags umgehen. Außerdem hatte er drei erklärte Hauptfeinde: Marxisten, Freimaurer und Juden. Wehrschafter trugen wie andere Verbindungsstudenten Couleurbänder und nahmen das Hakenkreuz als Symbol an. Juden und Freimaurern verweigerte die Deutsche Wehrschaft die Satisfaktion, wodurch sie schnell mit anderen schlagenden Verbindungen in Konflikt geriet. Bereits frühzeitig war die Deutsche Wehrschaft eine Brutstätte des Nationalsozialismus. Hermann Göring erhielt sogar eine Ehrenmitgliedschaft und Adolf Hitler übernahm die Schirmherrschaft über die Deutsche Wehrschaft als Dachverband.⁸⁵³ Trotz allem zählte sie 1933 mit gerade einmal 1.215 Mitgliedern zu den kleinsten Dachverbänden der deutschen Korporationsszene.⁸⁵⁴ In Würzburg gab es seit 1925 die Wehrschaft „Hohenstaufia“ mit Sitz im Gasthaus „Letzter Hieb“ in der Rottendorfer Straße.⁸⁵⁵

Der NSDStB stand in starker Konkurrenz zu den studentischen Verbindungen. Mangels Couleur, Tradition und Satisfaktionsfähigkeit kämpfte der NSDStB unter ihnen daher verzweifelt um Anerkennung. Viele Angehörige der Korporationsszene sahen im NSDStB – richtiger Weise – hauptsächlich ein abhängiges Parteiinstrument, das den Hochschulen unnötige Politikämpfe bringen würde. Eine oft aggressive Propaganda der NSDAP gegen die Verbindungen, in denen sie vor allem Standesdünkel, Weltfremdheit und überlebte Traditionen sahen, trug keineswegs zu einer Verbesserung der Lage bei. Andererseits trat die NSDAP offen für die Straffreiheit der Mensur ein, und hatte ein völkisches Grundgerüst, was für die

⁸⁴⁹ SPITZNAGEL: Studentenschaft und Nationalsozialismus in Würzburg, S. 95.

⁸⁵⁰ Ehrenordnung des N.S.D.St.B. Gezeichnet von Baldur von Schirach. München, 1.5.1930. NS/38 4231. BArch.

⁸⁵¹

⁸⁵² Würzburger Universitäts-Almanach 1928/29, S. 90.

⁸⁵³ Dr. H. Schmidtkamp, Verbandsführer der Deutschen Wehrschaft an Dr. O. Stäbel, Bundesführer des NSDStB. Gelsenkirchen, 23.6.1933. NS/38 46. BArch.

⁸⁵⁴ Tabellen: Studentische Verbände. NS/38 46.

⁸⁵⁵ Würzburger Universitäts-Almanach 1928/29, S. 90. Zur wechselvollen Geschichte dieses ursprünglichen Wingolfsbundes siehe: NIEBLING: Vergessen und verpönt, S. 172-180.

deutschnationalen und antirepublikanischen Verbindungsstudenten – vornehmlich in schlagenden Korporationen – wiederum ansprechend war. Es war also eine schwierige Beziehung. Hinzu kam, dass die NSDAP für die deutschen Hochschulen und Korporationen lange Zeit kein exaktes Ziel hatte. Nach der Machtübernahme versuchte die Partei, den Nationalsozialismus möglichst weit in die Gesellschaftsbereiche hinein zu streuen. Als sich der NSDStB im Jahr 1932 stark genug fühlte, seine Macht an den Hochschulen zu zeigen, kam es zu einem Bruch mit den großen studentischen Dachverbänden, die plötzlich um ihren Einfluss fürchteten. Der NSDStB versuchte hierauf, einzelne Verbindungen zu unterwandern, was zu noch mehr Konflikten führte. Weitere Rückschläge erlitt der NSDStB durch die die Wahlniederlage der NSDAP bei der Reichstagswahl im November 1932. Eine vollkommene Verdammung der anderen Seite traute sich aber keiner zu. Offensichtlich waren Opportunismus und gemeinsame Ambitionen zu groß. Schlussendlich blieben die Korporationen trotz aller nationalsozialistischen Unterwanderung eine ungewollte starke Konkurrenz für den NSDStB.⁸⁵⁶ Mit der Machtübernahme der NSDAP mussten sich die Verbindungen jedoch unweigerlich mit dem Nationalsozialismus auseinandersetzen.

Einen großen Sympathiepunkt bei den schlagenden Korporationen bekam die NSDAP, als sie am 26. Mai 1933 die Mensur aus der bisherigen Illegalität beziehungsweise juristischen Grauzone herausholte und legalisierte. Der Schlägerzweikampf (der Säbel blieb unerwähnt) wurde damit erstmals im Deutschen Reich vollends straffrei.⁸⁵⁷

In Würzburg war der NSDStB mangels geeigneterer und erfahrenerer Mitglieder auf Verbindungsstudenten bei der Organisation angewiesen. Der lokale NSDStB zählte im April 1933 gerade einmal 45 Mitglieder – eine eigentlich fast schon zu vernachlässigende Zahl, bedenkt man, dass die NSDAP nun die Regierung stellte. Der anschließende enorme Zuwachs im Würzburger NSDStB ist wohl nur bedingt auf politische Überzeugung zurückzuführen, da schon bald fast ein Viertel der Mitglieder ihrer Beitragspflicht nicht nachkamen.⁸⁵⁸

Nach der Machtübernahme hatte die NSDAP schließlich die Möglichkeit, auf eine ganz andere Weise in die Korporationsszene einzugreifen. Anfang April 1933 begann die Gleichschaltung des gesamten Deutschen Reichs auch im nichtpolitischen Bereich. Der Plan gemäß nationalsozialistischer Ideologie war, jede Form von innerer Trennung in Deutschland zu überwinden. So sollte die Wehrhaftigkeit erhöht werden. Die Partei erlangte eine immer tiefergehende Kontrolle über die Bürger. Es ist zu bemerken,

⁸⁵⁶ Siehe hierzu: GRÜTTNER: Studenten im Dritten Reich, S. 32-39.

⁸⁵⁷ RGBI I 1933, S. 296.

⁸⁵⁸ SPITZNAGEL: Studentenschaft und Nationalsozialismus, S. 169.

dass seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten eifrig in allen möglichen Vereinen das Führerprinzip⁸⁵⁹ eingesetzt wurde. Eine gesetzliche Bestimmung, Legitimierung oder Verordnung von der Regierung aus gab es hierzu allerdings nicht. Das heißt, die Einführung des Führerprinzips ist vor allem als vorausseilender Gehorsam und Zeitgeist zu bewerten. Im Vergleich zu Adelpia wurde bei vielen anderen studentischen Korporationen oder Dachverbänden das Führerprinzip schneller eingeführt, und meist ohne große Satzungsänderung oder demokratischen Beschluss oktroyiert.⁸⁶⁰ Die meisten Korporationen hatten das Führerprinzip nicht nur auf Drängen der von den Nationalsozialisten beeinflussten Deutschen Studentenschaft eingeführt. Opportunismus und vorausseilender Gehorsam spielen ebenso eine Rolle wie die Tatsache, dass das die Chargen oft von Personen besetzt waren, die dem Nationalsozialismus nahestanden.⁸⁶¹ Am 20. Juni 1933 änderte die Aktivitas Adelpias „unter Ausschaltung der bisherigen parlamentarisch-demokratischen Einrichtung“⁸⁶² später als viele andere studentische Verbände⁸⁶³ die Konventsverfassung in das Führerprinzip.⁸⁶⁴ Dies überrascht etwas angesichts der Anfang des Jahres in der Philisterzeitung geäußerten Begeisterung über den Nationalsozialismus. Gleiches sollte auch im Philisterium und dem Hausbauverein erfolgen. Hierzu war eine Satzungsänderung und anschließende Ernennung eines Bundesführers nötig, wofür am 22. Oktober 1933 ein außerordentlicher Bundeskonvent einberufen wurde. Die Umsetzung des Führerprinzips sollte möglichst schnell erfolgen, „[...] damit die Verbindung keine Schwierigkeiten mit der Deutschen Studentenschaft bekommt.“⁸⁶⁵ Man war also darum bestrebt, nicht ins Abseits zu geraten. Es wurde außerdem bereits die künftige Anerkennung des R.V.s.V. durch die Deutsche Studentenschaft angezweifelt. Selbst die Idee der Umwandlung der Verbindungshäuser in Kameradschaftshäuser stand schon im Raum.

⁸⁵⁹ „[...] die wahrhaftige germanische Demokratie der freien Wahl des Führers, mit dessen Verpflichtung zur vollen Übernahme aller Verantwortung für sein Tun und Lassen. In ihr gibt es keine Abstimmung einer Majorität zu einzelnen Fragen, sondern nur die Bestimmung eines einzigen, der dann mit Vermögen und Leben für seine Entscheidung einzutreten hat.“ HITLER, ADOLF: Mein Kampf. 851.-855. Auflage. München, 1943, S. 99. Das Führerprinzip besagt, dass nicht die Basis ihren jeweiligen Führer wählt, sondern dieser von einem ihm vorgesetzten Führer eingesetzt wird. Der Führer an der Spitze dieser Hierarchie wurde dann gemäß Hitlers zitierter Idee von der „germanischen Demokratie“ wiederum von der Gesamtbasis gewählt.

⁸⁶⁰ HERRLEIN, JÜRGEN: Zur „Arierfrage“ in Studentenverbindungen. Die akademischen Korporationen und der Prozess der Ausgrenzung der Juden vor und während der NS-Zeit sowie die Verarbeitung dieses Vorgangs nach 1945. Baden-Baden, 2015, S. 84ff. und 98f.

⁸⁶¹ GRÜTTNER, MICHAEL: Die Korporationen und der Nationalsozialismus. In: BRANDT/STICKLER: „Der Burschen Herrlichkeit“, S. 125-143, hier S. 129f.

⁸⁶² Philister-Zeitung. September 1933, S. 1.

⁸⁶³ GRÜTTNER: Die Korporationen und der Nationalsozialismus, S. 129.

⁸⁶⁴ Zusammenfassung der Bundesgeschichte der Burschenschaft Adelpia zu Würzburg. Satzungen u. Ordnungen der WB Adelpia des DC, WR u. der DB. Adelpenarchiv.

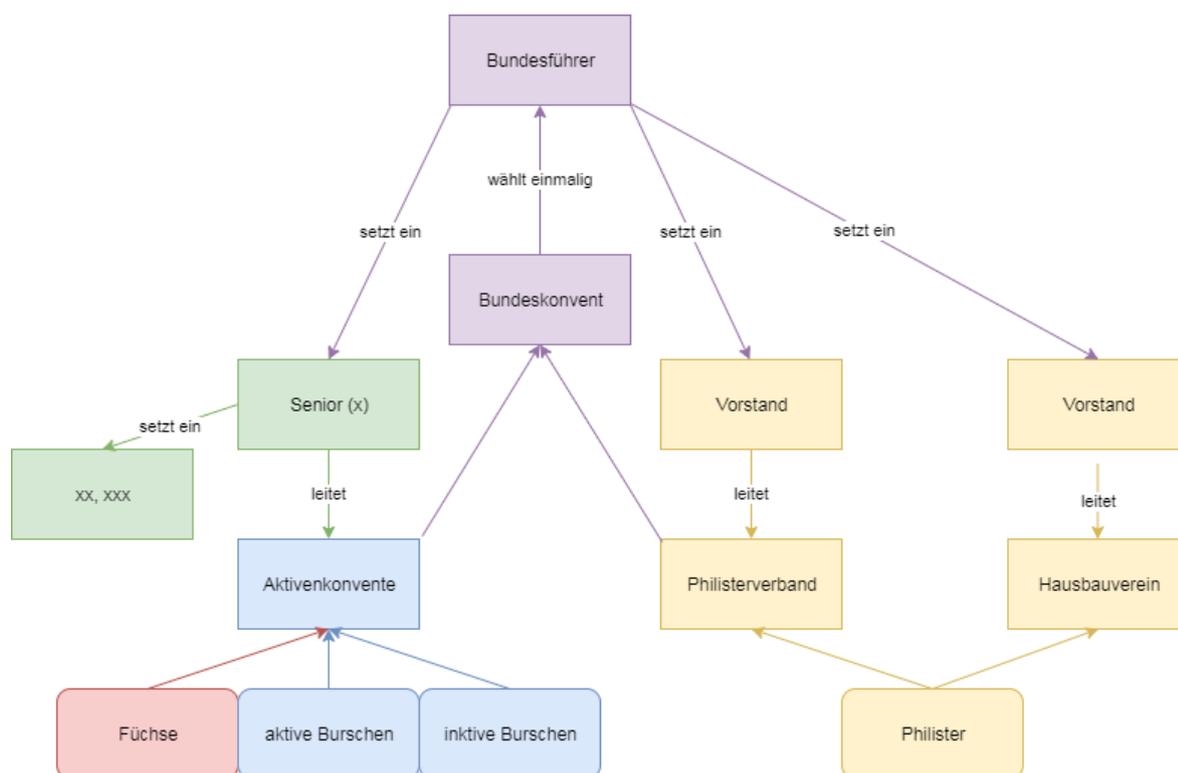
⁸⁶⁵ Ebenda, S. 1.

„Alles geht auf Konzentration. Man spricht davon, dass die kleinen Verbände gar nicht anerkannt werden. Man befürchtet eine Hintansetzung der nichtfarbentragenden Verbände. Tatsächlich haben sich schon verschiedene Verbände zusammengeschlossen [...]. Wer hätte je gedacht, dass der Akademische Gesangverein, die Hochburg des schwarzen Prinzips, Farben trägt!“⁸⁶⁶

Alles befand sich in Bewegung, nichts war mehr gewiss. Auch der Rothenburger Verband suchte plötzlich verstärkt Anschluss an andere schwarze Verbände, wobei bereits Auflösungserscheinungen eintraten, da erste R.V.s.V.-Korporationen austraten und ihre Verbindungsart wechselten.

Die Satzungsänderung Adelprias beinhaltete vor allem die Einsetzung eines mächtigen Bundesführers. Dieser war als eine alles überragende Person *qua* Satzung berechtigt, den Aktivensenioren, sowie die Vorstände des Philisteriums und des Hausbauvereins nach eigenem Ermessen zu ernennen. Der Senior hatte nach wie vor die gleichen Befugnisse innerhalb der Aktivitas, wobei der Bundesführer seine übergeordnete Instanz war. Die Konvente wurden damit ausgeschaltet und dienten nur noch der Interessensbekundung. Lediglich der Bundeskonvent besaß noch die Macht, den Bundesführer zu wählen oder zu ersetzen sowie die Satzung oder Ausführungsbestimmungen zu ändern. Das in der Aktivitas eingesetzte Führerprinzip galt nun auch für den Philisterverband und den Hausbauverein. Es handelte sich um einen konstitutionellen Führergrundsatz, da der erste Bundesführer gewählt wurde und nach wie vor eine Satzung existierte. Theo Memmel, der zuvor bereits Vorstand des Philisteriums war, wurde nun vom Bundeskonvent zum Bundesführer gewählt.

⁸⁶⁶ Philister-Zeitung. September 1933, S. 2. Es ist jedoch äußerst unwahrscheinlich, dass der A.G.V. 1933 (kurzzeitig) Farben trug. Siehe hierzu: GRÜN, BERNHARD: Vom Niedergang zum Neuanfang. Der Akademische Gesangverein Würzburg und die Kameradschaft „Florian Geyer“ im Nationalsozialismus (= GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte. Beiheft 11). Köln, 2000.



Organigramm 3 Struktur der Studentenverbindung Adelpia ab dem 22.10.1933

Der Vollständigkeit halber bleibt noch zu erwähnen, dass Adelpia Mitte 1933 fast bankrott war. Dies hing mit der gesamtwirtschaftlichen Lage, dem relativ kleinen Philisterium, zahlungssäumigen Mitgliedern und den Verbandsbeiträgen zusammen. Der Philisterkassenwart musste gestehen, dass er nicht wusste, wie das Jahr 1934 monetär zu bestreiten war.⁸⁶⁷

Nachdem das Führerprinzip bei Adelpia umgesetzt worden war, stand als weitere tiefgreifende Entscheidung wieder die Dachverbandsfrage an. Der Verbandsführer des R.V.s.V. hatte bei einem Besuch auf dem Adelphenhaus verkündet, dass der Verband zum 1. November 1933 aufgelöst werden würde. Die Gefahr, nun ganz ohne Dachverband dazustehen war somit Antriebsgrund, farbentragende Dachverbände in die Überlegungen mit einzuschließen. Vor allem die Deutsche Burschenschaft stand hierbei im Fokus. In einem Rundschreiben vertrat Memmel erneut die Ansicht, dass sich das schwarze Prinzip nach dem Erreichen seiner Ziele überlebt hätte. Der Zug der Zeit gehe zu den Farben. Memmel berichtete davon, dass die Regierung bestrebt sei, die zersplitterte Studentenschaft in große und einheitliche Verbände einzugliedern. An großen nichtkonfessionellen schwarzen Dachverbänden existierten zu dieser Zeit der A.T.B., der Sonderhäuser Verband (S.V.) und der Verein Deutscher Studenten (V.D.St.). Der A.T.B. war vor allem in Norddeutschland präsent, was einer Annäherung im Wege stand.

⁸⁶⁷ STREIT, LUDWIG: Kassenwesen. In: Philister-Zeitung. September 1933, S. 6f.

Die Einführung des Turnprinzips wäre umständlich, außerdem war der A.T.B. nicht pflichtschlagend. Mit der Alsatia existierte bereits ein Turnbund in Würzburg. Schlussendlich betonte Memmel, dass Adelpia stets stolz darauf war, als Korporation und nicht als bloßer Verein zu gelten wie der V.D.St. Beim musisch ausgerichteten S.V. zeigte Memmel eine ähnliche Problematik auf: Mit dem A.G.V. existierte bereits ein gut situiertes Gesangsverein vor Ort.⁸⁶⁸ Den Verein Deutscher Studenten⁸⁶⁹ beurteilte Memmel folgendermaßen:

„Der V.D.St., von welchem hier schon ein schwer um seine Existenz ringender Verein besteht, kommt wegen seiner Eigenheiten (monarchische Tendenz) nicht in Frage. Wir müssten hier auch direkt den Vereinscharakter annehmen und unseren Namen aufgeben.“⁸⁷⁰

Den Miltenberger Ring⁸⁷¹ betrachtete er ebenfalls als unbefriedigend, da er genauso klein wie der R.V.s.V. und in Bayern kaum verbreitet war. Zudem wandelte er sich zu einem Dachverband von Corps. „Die corpsstudentischen Ideen wurden aber bisher stets von uns abgelehnt.“⁸⁷² Hieraus schloss Memmel, dass kein geeigneter schwarzer Dachverband für Adelpia zur Verfügung stand. Die Zukunft der Studentenverbände sah Memmel hingegen in der Deutschen Burschenschaft (D.B.). Durch seinen nationalen Tenor war dies der wachstumsintensivste Dachverband. Hierdurch versprach er, einen schnellen Anschluss an die schon bestehenden Verbindungen zu ermöglichen. Außerdem wurden auswärtigen Bundesbrüdern durch die vielen örtlichen Stammtische der Vereinigung Alter Burschschafter die Möglichkeit geboten, sich am korporativen Leben zu beteiligen, auch wenn sie nicht mehr vor Ort waren. Schon vor dem Bundeskonvent hatte Memmel Verhandlungen mit der D.B. aufgenommen, welche positiv

⁸⁶⁸ Rundschreiben vom 6.11.1933, S. 1ff.

⁸⁶⁹ Der ursprüngliche Zweck des 1881 gegründeten Verband der Vereine Deutscher Studenten (V.V.D.St.) war es, Juden aus dem universitären Leben zu drängen. Er zeichnete sich besonders durch seinen Antisemitismus aus, und war nichtschlagend und farbenführend. Er wandte sich offen gegen die Weimarer Republik und zeigte sich sehr völkisch. Dementsprechend hoch war die Zahl der Nationalsozialisten in seinen Reihen. Siehe hierzu: HEITHER, DIETRICH/GOTTSCHALDT, EVA/LEMLING, MICHAEL: „Wegbereiter des Faschismus“. Aus der Geschichte des Marburger Vereins Deutscher Studenten (= Marburger Beiträge zur Geschichte und Gegenwart studentischer Verbindungen. Band 1). Marburg, 1992. ZIRLEWAGEN, MARC (Hrsg.): 125 Jahre Vereine Deutscher Studenten. Ein historischer Rückblick. Band 1. Bad Frankenhausen, 2006. ROOS-SCHUMACHER, HEDWIG: Der Kyffhäuserverband der Vereine Deutscher Studenten 1880-1914/18. Ein Beitrag zum nationalen Vereinswesen und zum politischen Denken im Kaiserreich. (= Deutsche Akademische Schriften, Neue Folge. Band 7). Gifhorn, 1986.

⁸⁷⁰ Rundschreiben vom 6.11.1933, S. 3.

⁸⁷¹ Der Miltenberger Ring wurde 1920 von sechs Bünden als Dachverband für schwarze schlagende Korporationen mit unbedingter Satisfaktion gegründet. Alle ihm angehörenden Verbindungen wandelten sich 21.9.1933 in Corps um. Er löste sich am 15.10.1935 selbst auf, zuletzt gehörten ihm noch zwölf Corps an. Der Miltenberger Ring wurde 1951 wiedergegründet und fusionierte 1973 mit dem Wernigeroder Schwarzen Verband zum Miltenberger-Wernigeroder Ring. GLADEN, PAULGERHARD: Geschichte der studentischen Korporationsverbände. Band 1. Würzburg, 1981, S. 221f.

⁸⁷² Ebenda, S. 3.

verliefen. Er schlug daher dem Bundeskonvent die D.B. als neuen Dachverband vor. Etwaigen kritischen Stimmen ob der Tradition Adelprias hielt er entgegen:

„Sie berücksichtigen aber dabei nicht, dass die Umstellung zur Erhaltung des Bundes notwendig ist. Der innere Kern der „Adelphia“ bleibt. Wir bleiben die alten Adelphen mit unserem obersten Wahlspruch „*Amico semper amicus*“.“⁸⁷³

Zur Klärung der Verbandsfrage fand ein weiterer außerordentlicher Bundeskonvent für den 13. November 1933 statt. Ein Beitritt der D.B. bedeute für Adelpria ein noch „konsequenteres arisches Prinzip“. Das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“,⁸⁷⁴ welches „Nichtariern“ die Beamenschaft untersagte, wurde in der D.B. als Grundlage genommen. Allerdings galt dort nicht der Zusatz im Gesetz, dass „Nichtarier“, die im Weltkrieg für das Deutsche Reich gekämpft hatten, ihren Beamtenstatus behalten durften. Die D.B. war in dieser Hinsicht radikaler. Am Bundeskonvent von Adelpria wurde der Austritt aus dem Rothenburger Verband einstimmig beschlossen, die Eingliederung in die Deutsche Burschenschaft fast ebenfalls einstimmig mit 164 gegen 7 Stimmen. Ein eindeutiges Ergebnis also bei enormer Anteilnahme. Der Vorschlag der Aktivitas, künftig die Farben grün-schwarz-orange zu tragen, ging ebenfalls einstimmig durch. Besondere Fuchsenfarben sollte es jedoch nicht geben. Somit war Adelpria nun farbentragend. Die bisherigen Grundsätze „Freiheit, Freundschaft, Wissenschaft“ änderte man in die der D.B.: „Ehre, Freiheit, Vaterland“. Adelpria reihte sich damit in die Gemeinschaft dreier anderer Burschenschaften in Würzburg ein.⁸⁷⁵ Der Eintritt in den Dachverband der Deutschen Burschenschaft stellte in kürzester Zeit eine radikale Abkehr von den bisherigen Traditionen und Grundsätzen dar. Umso erstaunlicher ist die Einmütigkeit der Bundesbrüder, diesem Verband beizutreten. Nur zwei Philister traten bis zum Jahresende wegen der Umstellung aus.⁸⁷⁶ Theo Memmel hatte als geschätzter Bundesbruder und Philistervorstand als Werber für die D.B. einen großen Anteil am erfolgreichen Beitritt, wovon seine Beiträge in der Philisterzeitung zeugen. Schon an Pfingsten 1933 und im September desselben Jahres hatte er auf den Burschentagen in Eisenach mit dem Bundesführer der D.B. über einen möglichen Beitritt Adelprias verhandelt. Hier konnte er festlegen, dass Adelpria Altherrenschaft, Namen und Zirkel behalten durfte, und nur eine der drei burschenschaftlichen

⁸⁷³ Rundschreiben vom 6.11.1933, S. 4.

⁸⁷⁴ Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Vom 7. April 1933. RGBl I 1933, S. 175ff.

⁸⁷⁵ Dies waren Arminia, Cimbria und Germania. Philister-Zeitung. Burschenschaft Adelpria in der Deutschen Burschenschaft „DB“. 25. Jahrgang. November 1933. Nr. 4, S. 1f.

⁸⁷⁶ Bundes-Zeitung der Burschenschaft Adelpria Würzburg in der Deutschen Burschenschaft (D.B.). 26. Jahrgang. Februar 1934. Nummer 1, S. 5.

Farben Schwarz, Rot oder Gold in Adelpias Couleur aufgenommen werden musste.⁸⁷⁷

Damit wurde aus dem Akademischen Verein Adelpia am 13. November 1933 die Burschenschaft (abgekürzt B!) Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. Die D.B. forderte von ihren Mitgliedsbänden vier Pflichtpartien innerhalb der ersten fünf Semester.⁸⁷⁸ Das stellte eine erhebliche Steigerung des Paukbetriebs im Vergleich zu früher dar.

Hier ist ein kurzer Exkurs zur Geschichte der burschenschaftlichen Bewegung erforderlich: Die urburschenschaftliche Bewegung entstand durch die Befreiungskriege gegen Napoleon und dem Wunsch nach einer einigen deutschen Nation. Ziel der 1815 gestifteten Jenaischen Urburschenschaft war es, die deutsche Studentenschaft zu einen, die Zersplitterung der deutschen Staaten zu beenden, vaterländisches Denken an die Universitäten zu bringen, und das Regierungssystem zu reformieren. Einen großen Nachhall fand das burschenschaftliche Wartburgfest 1817. Auch am Hambacher Fest der antirestaurativen Opposition 1832 wirkten Burschenschafter tatkräftig mit. Nichtsdestotrotz scheiterte die urburschenschaftliche Bewegung in ihrem Bestreben, eine gesamtdeutsche Studentenvertretung zu formen. Die Burschenschaft war liberal und national gesonnen, was sich beispielsweise in den vielen burschenschaftlichen Abgeordneten in der Paulskirche und bei der Deutschen Revolution 1848/49 zeigt. Stellenweises radikales Verhalten, demokratische Denkweise und gegen die Fürsten gerichtete Forderungen machten Burschenschafter vielerorts zum Feind der Obrigkeit bis hin zu Verbot und Verfolgung ihrer Korporationen. Größte Konkurrenz stellten für die Burschenschaften die Landsmannschaften und die unpolitischen Corps dar. Mit der Reichsgründung 1871 standen die Burschenschaften vor einem ideologischen Problem: Die deutsche Einheit war (ohne ihre große Mitwirkung) errungen, wenn auch Österreich ein separater Staat blieb. Eines ihrer Hauptziele war somit Wirklichkeit geworden. Dennoch existierten die Burschenschaften weiter, und zeigten sich als besonders patriotische Untertanen des Kaisers. Aus den Revolutionären von einst wurde eine staatstragende Gruppierung, die den Vaterlandsbegriff als geradezu heilig erachtete. 1881 wurde der Dachverband „Allgemeiner Deputierten-Convent“ gegründet, der 1902 den noch heute gültigen Namen „Deutsche Burschenschaft“ erhielt. Der ursprüngliche liberale und demokratische Geist wich nach dem Ersten Weltkrieg einer Republikfeindlichkeit. Durch die dazukommende nationale bis völkische Haltung taten sich die meisten Burschenschaften schwer damit, den Nationalsozialismus eindeutig abzulehnen. Ein damals ebenfalls oft zu findender antisemitischer Geist

⁸⁷⁷ MEMMEL: Chronik der Burschenschaft Adelpia, S. 16.

⁸⁷⁸ HOFFMANN, KURT: Bericht der Aktivitas. In: Bundes-Zeitung der Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft (D.B.). 25. Jahrgang. Dezember 1933. Nr. 5, S. 5ff.

brachte weitere Sympathie zu Hitlers Bewegung. Dennoch war gerade der Dachverband Deutsche Burschenschaft zu sehr korporationsstudentisch, als dass man das Couleurband allzu leichtfertig gegen die Hakenkreuzbinde getauscht hätte. Durch die genannten sich ähnelnden Grundwerte sollte es jedoch nicht lange dauern, bis die sich die Burschenschafter und Nationalsozialisten miteinander vermengten.⁸⁷⁹

Im Laufe der Zeit hatte sich also der Nationalbegriff der burschenschaftlichen Bewegung gewandelt. War er zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch freiheitlicher Natur und gegen den Obrigkeitsstaat gerichtet, änderte sich dies mit der Nationenbildung „von oben“ 1871. Er mutierte quasi von einem „linken“ zu einem „rechten“ Nationalbegriff, der dann vom Staat und der politischen Rechten als Kampfbegriff adaptiert wurde und gegen politische Kontrahenten wie Liberale und Sozialisten, aber auch Juden eingesetzt werden konnte. Und da sich die Burschenschaften mit der Reichseinigung als nunmehr staatstragend verstanden, nahmen sie diese Begriffsneudeutung mit in sich auf.⁸⁸⁰

Es ist festzustellen, dass der Übergang von einer liberalen Progressverbindung zu einer DB-Burschenschaft bei Adelpia nicht ohne Zwischenschritte vor sich ging. Einzelne wichtige Etappen hierbei waren:

1. Um 1900: Tragen von Zipfelbündeln.
2. 1903: Einführung der Farben weiß-grün.
3. Um 1913: Einführung eines geregelten Fechtbetriebs samt Fechtwart.
4. Um 1914: Die Einführung des Fuchsmajors als Amt und die spätestens damit verbundene Deklaration der Neumitglieder als Füchse.
5. 1919: Der Eintritt in den R.V.s.V. und das damit verbundene Satzungsaufnahme des „Ariertums“ und der unbedingten Satisfaktion. Außerdem der hierdurch mögliche Austausch mit nationalistischem Gedankengut anderer Verbandsbrüder.
6. 1920er: Tragen von farbigen Zipfelbündeln.
7. Anstieg der Mensuren Ende der 1920er

⁸⁷⁹ Zur burschenschaftlichen Bewegung siehe: SCHULZE-WESTEN: Das Vermächtnis der Urburschenschaft. Verlauf und Gedankenwelt einer studentischen Bewegung nach zeitgenössischen Lebensdokumenten dargestellt. Bochum, 1952. KAUPP, PETER (Hrsg.): Burschenschafter in der Paulskirche. O.O., 1999. BRUNCK: Die Deutsche Burschenschaft. HEITHER/GEHLER/KURTH/SCHÄFER: Blut und Paukboden. LÖNNECKER, HARALD (Hrsg.): „Deutschland immer gedient zu haben ist unser höchstes Lob!“. Zweihundert Jahre Deutsche Burschenschaften. Eine Festschrift zur 200. Wiederkehr des Gründungstages der Burschenschaft am 12. Juni 1815 in Jena (= Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert. Band 21). Heidelberg, 2015.

⁸⁸⁰ WINKLER, HEINRICH AUGUST: Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1915. In: WINKLER, HEINRICH AUGUST/KAELBLE, HARTMUT (Hrsg.): Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität (= Industrielle Welt. Band 53). Stuttgart, 1993, S. 12-33, hier S. 12f.

So blieb Adelpia im entscheidenden Jahr 1933 von den Progressgedanken nur noch die Ablehnung der Pflichtmensur, des Pennalismus sowie des Tragens von Bändern und Mützen übrig. Zwei dieser Überbleibsel der Fortexistenz des Bundes zu opfern, war dann ganz offenbar nicht mehr so schwer.

Zusammenfassend lässt sich nach diesem Kapitel feststellen, dass Memmel, wie seinen Beiträgen in der Philister-Zeitung zu entnehmen ist, nicht allzu sehr am schwarzen Prinzip seiner Verbindung hing. Für ihn stand der Freundschaftsbund im Vordergrund, ob Couleur nun getragen wurde oder nicht, war hierbei für ihn nicht von großer Relevanz. Den vaterländischen Geist der Burschenschaften hingegen teilte er. Somit ist es nicht verwunderlich, dass Memmel den Beitritt zur D.B. auch aus seinen Interessen heraus förderte. Am 19. November hielt Memmel in einem großen Altherrenabend eine Rede über den bisherigen Weg der D.B. und ihre künftigen Ziele. Es ist es wohl Memmels politischer Prominenz geschuldet, dass hierbei auch der Gauleiter Otto Hellmuth, Offiziere der Wehrmacht und Landespolizei sowie Führer der SA und SS anwesend waren. Davon abgesehen zeigte dieser Vortrag, dass sich Memmel in der neuen Rolle als Burschschafter sehr wohl fühlte, und er von dem neuen Weg Adelpias ganzheitlich überzeugt war.

Seine Zeit als Bundesführer Adelpias währte jedoch nicht lange. Durch sein Bürgermeisteramt und die Parteiposten war er stark überlastet und legte die Stelle als Bundesführer noch im selben Jahr nieder. Sein Nachfolger wurde nicht mehr vom Bundeskonvent gewählt, sondern gemäß Führerprinzip nur noch von Memmel ernannt.⁸⁸¹ Hierbei handelte es sich um AH Dr. Wilhelm Bockemüller.⁸⁸²

⁸⁸¹ Bundes-Zeitung. Dezember 1933, S. 3.

⁸⁸² Bockemüller, geboren am 26.11.1901, kam am 20.7.1921 zu Adelpia und wurde am 27.4.1926 philistriert. Er war Doktor der Chemie und ab 1941 Honorarprofessor an der Würzburger Universität. Der NSDAP und SA trat er 1934 bei. Bei seiner Entnazifizierung wurde er 1948 als Mitläufer ohne Sühnemaßnahmen eingestuft. In den 1930er Jahren war er einer der Befürworter, Couleur zu tragen. Nach dem Krieg vertrat er hingegen eine Rückbesinnung auf die alten Werte: kein Couleur, Studentenverbindung statt Burschenschaft und keine Bestimmungsmensuren. Siehe hierzu: EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelphen, S. 101. Spruchkammerurteil Prof. Dr. Wilhelm Bockemüller. 30.7.1948. Wü 13 T 2 Nr. 2526/054. Landesarchiv Baden-Württemberg. Brief von Wilhelm Bockemüller an Theo Memmel. Frankfurt a.M., 8.2.1958. Schriftverkehr Theo Memmel. Adelphenarchiv.

VIII. Von der Korporation zur Kameradschaft

Der Beitritt zur Deutschen Burschenschaft und die Umwandlung Adelprias in eine Burschenschaft mit Führerprinzip stellten gewaltige Veränderungen für den Bund dar. All das war vor allem der nationalsozialistischen Regierung geschuldet, welche vorhatte, die Studentenwelt kräftig umzugestalten. In welche Richtung dies genau gehen sollte, wusste jedoch noch niemand.

1. Burschenschaft des Dritten Reiches

Die Vernetzung durch die Zugehörigkeit zur D.B. war für Adelpria ungleich größer als im Rothenburger Verband. Die Altherrenschaften der Verbindungen waren in einem lockeren eigenen Verband zusammengeschlossen, der „Vereinigung aller Burschenschafter“. Deren Programm bestand hauptsächlich aus Stammtischen, bei denen man sich austauschte, aber auch aus kulturellen Aktivitäten. Die Adelphen sahen es als notwendig an, den Austausch mit den bereits existierenden Burschenschaften stark auszuweiten, um selbst möglichst bald „echte“ Burschenschafter zu werden.⁸⁸³ Die D.B. zeigte zu Beginn der 1930er Jahre Merkmale einer paramilitärischen studentischen Wehrschaft. So wurde im Dezember 1930 die „Akademische Fliegerabteilung Deutscher Burschenschafter e.V.“ gegründet. Mit der zivilen Segelfliegerei umging die D.B. das Verbot für Deutschland, eine motorisierte Luftwaffe zu besitzen. Des Weiteren wurden im Verband Wehrlager zum Pflichtprogramm. Dort gab es für die Studenten Geländeübungen, Schießunterricht, aber auch Reitunterricht und Kraftfahrzeugkunde. Zweck war eine Wehrhaftmachung der deutschen Jugend, um in einem neuen Krieg geeignete Soldaten zu stellen und die Beschränkungen des Versailler Vertrags zu umgehen. Dies bedeutete zwar eine Verbindung zum Ursprung der Burschenschaften aus den Freiheitskriegen, arbeitete jedoch den Nationalsozialisten in die Hände. Denn diese wünschten sich Studenten, die schon vor ihrer Einberufung zum Militär mit dem Soldatendienst vertraut waren.⁸⁸⁴ Dass viele ehemalige Verbindungsstudenten Mitglied bei der NSDAP wurden, hängt nicht nur damit zusammen, dass die meisten Korporationen konservativ geprägt waren, sondern auch damit, dass Anfang der 1930er Jahre über die Hälfte der Studenten einer Verbindung angehörten.⁸⁸⁵

Derweil ging bei Adelpria die Umgestaltung weiter voran. Als nächstes wurde am 14. Januar 1934 der Philisterverband einstimmig aufgelöst und ging im Hausbauverein auf. Durch den Wegfall eines Bundesorgans hat die Adelpria einen eingetragenen Verein und somit Gerichtsgebühren eingespart. Der Hausbauverein sollte dann künftig den Namen „Hausbauverein

⁸⁸³ Bundes-Zeitung, Dezember 1933, S. 2.

⁸⁸⁴ BRUNCK: Die Deutsche Burschenschaft, S. 254-266.

⁸⁸⁵ GRÜTTNER: Die Korporationen und der Nationalsozialismus, S. 125.

Adelphia“ tragen. Auch die Statusbezeichnung der Bundesbrüder sollte sich durch die Mitgliedschaft in der D.B. ändern. Die Aktivitas teilte sich nunmehr in Füchse, Jungburschen und Altburschen. Die Philister nannte man ab jetzt Alte Herren (AH).⁸⁸⁶ Der Bundesführer sollte gleichzeitig Vorstand des Hausbauvereins werden. Auch die Deutsche Studentenschaft, der Zusammenschluss aller Allgemeinen Studentenausschüsse (AStA) hatte die Satzung geändert. Diese schrieb ab dem 7. Februar 1934 den Studenten vor, dass sie einer Arbeitsdienst- und SA-Pflicht unterlagen, und regelte näheres zur Wohnkameradschaft. Hierdurch war der Kontakt zum Nationalsozialismus unumgänglich geworden.⁸⁸⁷ Da Adelphia den Oberbürgermeister und Gauleiter stellte, konnte die Aktivitas stolz in der Bundeszeitung berichten:

„Den Höhepunkt des gesellschaftlichen Lebens [...] bildete wie alljährlich der Universitätsball, der von uns geschlossen besucht wurde [...]. Die traditionelle Polonaise wurde von seiner Magnifizenz mit der Gemahlin unseres Alten Herrn Memmel eröffnet, als zweiter bzw. dritter folgten unsere A.H. A.H. Hellmuth und Memmel, die beide unser grün-schwarz-orangenes Band trugen.“⁸⁸⁸

Das Verbindungsleben schien also gut zu gedeihen, im Gegensatz zu früher mit vielen neuen Füchsen, mehr Mensuren, zwei hochrangigen NSDAP-Mitgliedern in den eigenen Reihen und SA-Uniform mit Couleurband.⁸⁸⁹ Die Einführung des Führerprinzips wurde in der Bundeszeitung positiv gewertet:

„Die Punkte der Tagesordnung zu den beiden Versammlungen des 67. Bundestages sind im Vergleich zu früheren Bundestagen auf das Kleinste zusammengeschrumpft. Durch die Verfolgung des Führergedankens ist fast die gesamte Arbeit, welche früher den Hauptversammlungen vorbehalten war, nunmehr auf die Vorstandschaft und den Bundesleiter abgewälzt und den Versammlungen kommt nur noch untergeordnete Bedeutung zu. Hierüber werden die Besucher des Bundesfestes sicherlich nur erfreut sein, denn zu den ungetrübten Freuden haben sie die früheren ausgedehnten Sitzungen wohl kaum gerechnet.“⁸⁹⁰

Mit einer gewissen Freude sah man also den Verlust der zeitintensiveren Demokratie und gab sein Mitbestimmungsrecht gerne für mehr Feierstunden auf. Auch die Aktivitas äußerte sich im Stil der neuen Herren:

„Die Osterferien verbrachten acht Bundesbrüder im Arbeitslager, wo sie ihrer 10wöchigen Arbeitsdienstpflicht, zu der alle vierten

⁸⁸⁶ Bundes-Zeitung, Dezember 1933, S. 4f.

⁸⁸⁷ Bundes-Zeitung, Februar 1934, S. 1f

⁸⁸⁸ HOFFMANN, KURT: Bericht der Aktivitas. In: Bundes-Zeitung, Februar 1934, S. 3f.

⁸⁸⁹ „(Verordnungsblatt d. Osaf. [Oberste SA-Führung] 1.12.33. Nr. 16, Ziff. 15) Bei rein studentischen Veranstaltungen in geschlossenen Räumen dürfen farbentragende Studenten zum SA-Dienstanzug Studentenmütze und Couleurband tragen.“ Bundes-Zeitung, Februar 1934, S. 6.

⁸⁹⁰ Bundes-Zeitung der Burschenschaft Adelphia Würzburg in der Deutschen Burschenschaft. 26. Jahrgang, Nr. 2, Juni 1934, S. 2.

Studiensemester eingezogen waren, genügten. Sie halfen dort mit die Ziele des Deutschen Arbeitsdienstes, Pflege der Volksgemeinschaft und Er kämpfung der Brotfreiheit des Deutschen Volkes zu erreichen.“⁸⁹¹

Hier ist bereits eine deutliche nationalsozialistische Rhetorik herauszuhören. Alles schien aber noch mit dem Rahmen der bisherigen Korporationen vereinbar zu sein. Im Hintergrund regte sich jedoch bei manchem älteren Burschenschafter die Befürchtung, ob dieses friedliche Miteinander auch weiterhin so bleiben würde. Daher gab es auch bei Adelpia einen Aufruf an die Alten Herren, Nachweise für die „burschenschaftliche Kampf t ä t i g k e i t vor und in der nationalen Revolution“⁸⁹² zu erbringen. Hierdurch sollte gezeigt werden, dass die Deutsche Burschenschaft stets dem Nationalsozialismus zugearbeitet hätte, und ganz in dessen Fahrwasser stehe. Man bat daher

„[...] um umgehende Mitteilung, ob Bbr. beteiligt waren an den Spartakuskämpfen, an den Grenzlandkämpfen in Oberschlesien, im Baltikum oder in der schwarzen Reichswehr oder am Kapp-Putsch oder beim Hitler-Putsch in München [...].“⁸⁹³

Die Deutsche Burschenschaft wollte so nicht nur ein Ruhmesblatt für ihre Mitglieder erschaffen, sondern auch Linientreue beweisen, um weiterhin eine Existenzberechtigung zu haben. Allerdings schaufelten sich die eigenen Mitglieder hiermit schon frühzeitig das Grab. So verkündete EUGEN SCHMAHL in den Burschenschaftlichen Blättern, dem Nachrichtenorgan der D.B., schon im Oktober 1933:

„Die K o r p o r a t i o n ist gesprengt. Eine Restauration überlebter Zustände gibt es nicht mehr. Aber die B u r s c h e n s c h a f t lebt.“⁸⁹⁴

Auch sonst sind die Burschenschaftlichen Blätter dieser Zeit mit Artikeln gefüllt, die die neue Ordnung im Nationalsozialismus lobpreisen, und anderen Korporationsformen die Zukunft absprechen. In der März Ausgabe 1934 finden sich auch erstmals Beiträge zur „Rassenhygiene“ und „Judenfrage“. Man war krampfhaft bemüht, sogar Verbindungen von Urburschenschaft und Nationalsozialismus zu suchen. Natürlich hat man da auch etwas gefunden.⁸⁹⁵ In der Aprilausgabe 1934 taucht zum ersten Mal das Hakenkreuz Einzug auf. Das Titelblatt leitet ein Gedicht mit den Worten „Heilrune Du im Silberschild“ ein, und schließt mit „Siegheil dem Führer

⁸⁹¹ Hoffmann, Kurt: Bericht der Aktivitas. In: Bundes-Zeitung. Juni 1934, S. 2ff., hier S. 2.

⁸⁹² Bundes-Zeitung. Juni 1934, S. 8.

⁸⁹³ Ebenda, S. 8.

⁸⁹⁴ SCHMAHL, EUGEN: Burschenschaft oder Korporation? In: Burschenschaftliche Blätter. Zeitschrift der Deutschen Burschenschaft. 48. Jahrgang. Eisenach, Oktober 1933. Heft 1, S. 11f.

⁸⁹⁵ BLUMENBERG, WALTER: Rassenhygiene und Weltanschauung. In: Burschenschaftliche Blätter. Zeitschrift der Deutschen Burschenschaft. 48. Jahrgang. Eisenach, März 1934. Heft 6, S. 165ff. KRÖSING, L.: Ein Beitrag zur Judenfrage. In: Burschenschaftliche Blätter. März 1934, S. 168ff. KIRSTEIN, H.: Urburschenschaft und Nationalsozialismus. In: Burschenschaftliche Blätter. März 1934, S. 170f.

gottgesandt!“⁸⁹⁶ Noch immer wurden die Zeichen der Zeit verkannt, dass im Dritten Reich kein Platz für Korporationen war, auch nicht für Burschenschaften. Bilder in der Ausgabe zum 1. Mai 1934 der Berliner Illustrierten Zeitung, welche Hitlerjungen zeigen, die das Kopfcouleur ihrer Schülerverbindung aufspießen und im Anschluss verbrennen, wurden in den Burschenschaftlichen Blättern stark verharmlost und heruntergespielt. Man habe für diesen Vorgang volles Verständnis, da die Schülermütze ein Vorrecht gegenüber Mitschülern symbolisiere, diese sich jedoch von den Mützen schlagender Verbindungen unterscheide, da selbige kein Zeichen einer Elite seien. Nein im Gegenteil, das studentische Kopfcouleur bedeute die freiwillige erhöhte Bindung und Pflichten ihres Trägers an eine erzieherische Lebensgemeinschaft.⁸⁹⁷ Diese sich selbst widersprechende Argumentationsweise zeugt von der eigenen Machtlosigkeit. Auch Übergriffe von Nationalsozialisten auf Korporierte wurden nicht ernst genommen. Der Bundesführer der D.B., Otto Schwab, äußert sich zu Angriffen auf Verbindungsstudenten im Sommer 1934:

„Nur ein Irrtum und seine Irreleitung des Geistes kann einzelne Gruppen der Hitler-Jugend, der SA oder der Freistudenten heute veranlassen, gegen das Farbenstudententum allgemein als solches Missdeutungen und Angriffe in die Welt zu setzen, die durch nichts berechtigt sind und nur dazu beitragen, eine hehre und heilige Verpflichtung vieler Zehntausender, ja, hunderttausender begeisterter Nationalsozialisten und Waffenstudenten aufs tiefste zu verletzen.“⁸⁹⁸

Schwab erhoffte sich vergebens ein Machtwort des Staates gegen ein derartiges Vorgehen. Auch bei Adelpia konnte man 1934 erste Töne von Skepsis. Wichtig schien zu sein, die Wohnkameradschaft Adelpia gut zu pflegen, um den Bund im NS-Staat zu bewahren, denn:

„Wir sind der Ansicht, dass eines Tages die NSDAP. die studentischen Verbände und Verbindungen darnach beurteilen wird, wie sie sich an der Lösung der studentischen Erziehungsfrage bewährt haben.“⁸⁹⁹

Adelpia engagierte sich weiterhin in der Verbandsarbeit, an der auch Memmel interessiert war. So war er beim Burschentag in Eisenach am 3. Dezember 1934 anwesend. Beim Würzburger Korporationsleben zeigten sich derweil erste Anzeichen des Niedergangs. Von den Anfang des Jahres 1934 bestehenden 38 Verbindungen existierten am Jahresende nur noch

⁸⁹⁶ Burschenschaftliche Blätter für Ehre, Freiheit, Vaterland. 48. Jahrgang. Eisenach, April 1934. Heft 7, S. 193.

⁸⁹⁷ Burschenschaftliche Blätter für Ehre, Freiheit, Vaterland. 48. Jahrgang. Eisenach, Mai 1934. Heft 8, S. 237f.

⁸⁹⁸ SCHWAB, OTTO: Für und wider das Farbentragen der Studenten. Eine Auseinandersetzung mit den gegen das Farbenstudententum gerichteten Angriffen im Sommersemester 1934. In: Burschenschaftliche Blätter für Ehre, Freiheit, Vaterland. 48. Jahrgang. Eisenach, August 1934. Heft 11, S. 310ff., hier S. 311.

⁸⁹⁹ Bundes-Zeitung der Burschenschaft Adelpia Würzburg in der Deutschen Burschenschaft. 26. Jahrgang. Dezember 1934. Nr. 3, S. 2.

30.⁹⁰⁰ Auch bei Adelpia sah man die dringende Notwendigkeit, seine Regimetreue zu beweisen. Auf der Grundlage der Bestimmungen der Deutschen Burschenschaft verkündete daher der Bundesführer Wilhelm Bockemüller:

„Als Bundesleiter der Burschenschaft Adelpia erkläre ich, dass ich persönlich und die von mir geführte Burschenschaft politisch und völkisch auf dem Boden der NSDAP. stehen. Ich erkläre hiermit, dass ich und meine Bundesbrüder sämtlich arischer Abstammung sind, insbesondere also, dass in meiner Burschenschaft, d. h. in der Jungburschenschaft sowie in der gesamten Altherrenschaft, sich kein Volljude, kein Judenstämmling und auch kein jüdisch Versippter befindet.

Ich erkläre weiterhin, dass ich jedem Angehörigen meiner Burschenschaft entsprechend den Bestimmungen der NSDAP. die Mitgliedschaft in einer Freimaurerloge oder einem nicht ausdrücklich von der NSDAP. anerkannten Christlichen Orden untersagt habe.

Ich verpflichte mich, meinen Bundesbrüdern diese von mir abgegebene Erklärung in vollem Wortlaut bekanntzugeben und darauf hinzuweisen, dass alle diejenigen, die für sich persönlich glauben, diese Bedingungen als Mitglieder der Burschenschaft des Dritten Reiches nicht erfüllen zu können, ohne weitere Erklärung sich aus meiner Burschenschaft und damit aus der Deutschen Burschenschaft als ausgeschieden zu betrachten haben. Ich werde jeden meiner Bundesbrüder noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, dass er verpflichtet ist, seine und seiner Ehefrau Ahnentafeln, zurückreichend bis zum Jahre 1800, dem amtierenden Bundesleiter meiner Burschenschaft vorzulegen.

Ich persönlich bin nie Mitglied einer Freimaurerloge gewesen.“⁹⁰¹

Dies stellt einen finalen Bruch mit der Vergangenheit des Bundes dar. Es durften nicht mehr nur „Arier“ aufgenommen werden, alle Bundesbrüder mussten ihre Ahnenreihe offenlegen. Wer damit nicht einverstanden war, hatte aus Bockemüllers Burschenschaft des Dritten Reiches zu verschwinden. Ein Aufschrei aus der Altherrenschaft hierzu blieb aus, ebenso eine mögliche Austrittswelle unter den 150 Alten Herren.

Entsprechend dieser Vorgaben waren auch die Vorträge bei Adelpia im Jahr 1935: Lichtbildvortrag eines SA-Brigadeführers über „Grenzlandkämpfe in Oberschlesien 1921“, „Blut und Rasse“ und „Koloniale Politik“.⁹⁰² Doch die Tage der Studentenverbindungen waren ungeachtet ihres Eifers, sich zum Nationalsozialismus zu bekennen, bereits gezählt.

⁹⁰⁰ Bundes-Zeitung, Dezember 1934, Nr. 3, S. 3f.

⁹⁰¹ BOCKEMÜLLER, WILHELM: An alle Bundesbrüder. In: Bundes-Zeitung. Dezember 1934, S. 8f.

⁹⁰² Bundes-Zeitung. April 1935, S. 4.

2. Der letzte Gang zur Wartburg

Trotz aller Loyalitätsbekundungen gegenüber dem Nationalsozialismus blieben die Korporationen für die NSDAP ein Hindernis auf dem Weg zum totalitären Staat, egal wie sehr diese sich bei ihr anbiederten. Dem NSDStB wurde schnell bewusst, dass die Verbindungen trotz der nationalsozialistischen Unterwanderung zu tief in ihren Traditionen verwurzelt waren, um diese gänzlich aufzugeben. Würzburg war hier keine Ausnahme. Im Mai 1935 beschwerte sich der Gaustudentenbundsführer Mainfrankens Rolf Schenk beim Reichsführer des NSDStB über die hiesigen Korporationen: „Nach außen hin triefen sie vor Mitarbeitsbereitschaft und im Innern treiben sie nichts als Opposition.“⁹⁰³ Der NSDAP fiel es somit noch immer schwer, die gewünschte volle Kontrolle über diese festgefügtten Gemeinschaften zu erlangen, die sich auf ihren eigenen Häusern zu traditionsreichen Veranstaltungen trafen. Ein Gegenspieler zum NSDStB war jedoch unerwünscht. Daher war es aus NS-Sicht erforderlich, die Korporationen langsam aber sicher zu eliminieren. Wurde im Wintersemester 1934/35 die Zusammenarbeit noch als „gut“ bewertet, kippte die Stimmung langsam durch den zunehmenden Druck auf die Korporationen.⁹⁰⁴ Schwierig erwies sich hierbei, dass die NSDAP noch keinen konkreten Plan hatte, wie sie mit den Hochschulen und den dortigen Kommilitonen umgehen wollte.⁹⁰⁵ Außerdem stand der NSDStB vor einem weiteren Problem, „[...] denn sowie man sich auf Verhandlungen einlässt, glauben die Herrschaften, man würde sie als gleichberechtigt betrachten.“⁹⁰⁶ Und das sollte natürlich vermieden werden. Eine starke Opposition zum NSDStB kam in Würzburg hauptsächlich aus den Reihen der katholischen Verbindungen.⁹⁰⁷ In einem Bericht der Reichsamtsleitung des NSDStB vom 27. Mai 1935 wurde geschlussfolgert:

„Aus den dargelegten Fällen geht hervor, dass sich an der Geisteshaltung der Korporationen im allgemeinen [sic!] seit der nationalsozialistischen Revolution nur wenig geändert hat. Zwar wurde das Führerprinzip eingeführt, doch blieb dies eine äußere Maßnahme, die sich auf das innere Leben der Verbände und Korporationen nicht umgestaltend ausgewirkt hat. Das Ziel der Verbände und Korporationen ist nicht nationalsozialistische Erziehung sondern jeweils nach dem Charakter des einzelnen Verbandes corpsstudentische, landsmannschaftliche, katholische bzw. christliche usw.usw. Erziehung. Einig sind die Verbände

⁹⁰³ Interessanterweise schrieb dieser aus der Gaugeschäftsstelle Hellmuths, der ja selbst des Öfteren seine Zugehörigkeit zur Burschenschaft Adelpia zeigte. Gaustudentenbundsführer Rolf Schenk an den Reichsführer des NSDStB Albert Derichsweiler. Würzburg, 4.5.1935. NS/38 3654. BArch.

⁹⁰⁴ Bericht über die Arbeit im W.S. 34/35 Gebiet Süd. NS/38 3653. BArch.

⁹⁰⁵ Dies belegen für Mainfranken die Monatsberichte des Gaustudentenbundsführers. Siehe hierzu: NS/38 3654.

⁹⁰⁶ Monatsbericht Mai 1935. Gaustudentenbundsführer Rolf Schenk an den Reichsführer des NSDStB Albert Derichsweiler. Würzburg, 31.5.1935. NS/38 3654.

⁹⁰⁷ Vgl. die Monatsberichte des Gaustudentenbundsführers. NS/38 3654.

nur in ihrem Streben nach Erhaltung des sogenannten studentischen Brauchtums und nach gesellschaftlicher Erziehung [...].“⁹⁰⁸

Die Deutsche Burschenschaft inklusive Adelpia war bisher eifrig darin, sich nationalsozialistisch zu gebärden. Man könnte daher meinen, dass diese im Vergleich zu anderen studentische Verbänden nun eher das Wohlwollen der Staatspartei haben sollte. Doch es kam anders. Die Nationalsozialisten nutzten die Kollaborationsbereitschaft der D.B. aus, um sie ohne großen Widerstand öffentlichkeitswirksam zur Selbstliquidierung zu bringen. Die Deutsche Burschenschaft gehörte sogar zu den ersten Dachverbänden die sich auflösten. Selbst die der NSDAP ausgesprochen missliebigen katholischen Verbindungen existierten länger.⁹⁰⁹

Die Burschenschaften waren durch ideologische Überschneidungen besonders empfänglich für nationalsozialistisches Gedankengut. Zudem befand sich die burschenschaftliche Bewegung seit dem Erreichen ihres ursprünglichen Ziels, der Reichseinheit, seit 1871 vor einem ideologischen Problem: Welchen Zweck wolle man verfolgen. Der Erste Weltkrieg und die Ruhrkrise boten in der Treue zum und Stärkung des Vaterlandes zumindest ein vorläufiges Ziel.⁹¹⁰ Als nach der Machtergreifung langsam klar wurde, dass die traditionellen Korporationen keinen Platz im Nationalsozialismus hatten, war es für die Betroffenen dringend notwendig, eine neue Existenzberechtigung für ihre Burschenschaften zu erarbeiten. Der Gauleiter von München-Oberbayern, Adolf Wagner, Angehöriger der Burschenschaft Teutonia Aachen, bemerkte hierzu auf einem außerordentlichen Burschentag in Eisenach am 5. Mai 1935:

„Es bedarf also dann, wenn man sich zu dem Ziel bekennt, das Korporationsstudententum und hier insonderheit die Deutsche Burschenschaft wieder mit neuem Leben zu erfüllen der Aufsuchung eines großen geistigen seelischen Zieles, das imstande ist, auch junge Menschen anzuziehen und zu begeistern.“⁹¹¹

In diesem neuen Ziel sah er, dass die Burschenschafter „[...] die fanatischen Soldaten Adolf Hitlers werden.“⁹¹² Große Wellen, auch in der D.B., hatte zuvor das sogenannte „Heidelberger Spargelessen“ geschlagen. Angehörige des Corps Saxo-Borussia Heidelberg feierten unter Alkoholeinfluss am 21. März 1935 die Recipierung eines Fuchsen in einem Lokal, statt einer

⁹⁰⁸ Reichsamltsleitung des NSDStB. Bericht über das Verhältnis des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes zu den studentischen Vereinigungen. München, 27.5.1935, S. 8. NS/38 4176. BArch.

⁹⁰⁹ GRÜTTNER: Studenten im Dritten Reich, S. 312.

⁹¹⁰ Die Sezessionsgefahr spiegelte sich beispielsweise in den Wahlprüchen einiger Burschenschaften nieder. So etwa bei der 1920 gegründeten B! Germania Köln in der D.B.: „Halt faß am Rich!“

⁹¹¹ Burschenschaftliche Blätter für Ehre, Freiheit, Vaterland. 49. Jahrgang. Eisenach, Mai 1935. Heft 8, S. 200.

⁹¹² Burschenschaftliche Blätter. Mai 1935, S. 201.

Hitlerrede zu lauschen. Einige Tage später trieben sie in einem anderen Lokal darüber Scherze, wie Hitler wohl „commentgemäß“ seinen Spargel essen würde, „mit Messer, Gabel oder Pfoten“.⁹¹³ Dieses Ereignis wurde schnell in der gleichgeschalteten Presse aufgebauscht und vom NSDStB aufgegriffen, um gegen die Korporationen und ihre Geisteshaltung zu hetzen. Diese Vorgänge beunruhigten auch die D.B. stark. Die an diesen Vorfällen Beteiligten der Saxo-Borussia wanderten ins Konzentrationslager. Infolge dessen entzog der Chef des SA-Stabes Viktor Lutze die Erlaubnis, zum SA-Dienstanzug Couleur zu tragen.⁹¹⁴ Außerdem verbot der Reichsjugendführer allen HJ-Angehörigen die Zugehörigkeit zu einer Korporation. Das war für diese ein schwerer Schlag, da so ein guter Teil der Keilkandidaten unvermittelt wegbrach.⁹¹⁵ Das „Heidelberger Spargeessen“ war somit ein willkommener Ansatzpunkt, um eine regelrechte Kampagne gegen die Verbindungen zu starten, die das baldige Ende der Korporationswelt einleitete.⁹¹⁶

Die D.B. fiel durch eine bizarre Situation weiter in Ungnade. Sie war am 1. Mai 1935 in die „Gemeinschaft Studentischer Verbände“ (G.St.V.) eingetreten. Diese war der einzige offiziell von der NSDAP anerkannte Verband, den Studentenschaftsführer Dr. Hans Heinrich Lammers, selbst Angehöriger einer Korporation, initiiert hatte. So versuchte er die Verbindungen gegen die destruktiven Bestrebungen des NSDStB zu protegieren. In der G.St.V. herrschten jedoch keine so strengen „Arierregelungen“, wie es sich der neue Bundesführer der D.B., Hans Glauning, wünschte. Glauning griff in seiner mangelnden Weitsicht und seinem nationalsozialistischen Eifer daher nicht nur öffentlich die G.St.V. an, sondern auch Lammers, dessen Intention der Fortbestand der Korporationen war. Infolge Glaunings Handlungen schloss Lammers die D.B. am 23. August 1935 aus der Gemeinschaft Studentischer Verbindungen aus.⁹¹⁷ Damit hatte sich die Deutsche Burschenschaft selbst ins Aus geschossen. Ohne Protektion durch die viel mehr korporativ als politisch ausgeprägte G.St.V. blieb ihr nur die Annäherung an den NSDStB. Damit schritt die Selbsteliminierung einher:

„Am 18. Oktober 1935 wird sich die Deutsche Burschenschaft wiederum auf der Wartburg versammeln. Sie wird sich zur Idee der Urburschenschaft bekennen. Mit diesem Bekenntnis aber wird sie sich nunmehr auch äußerlich endgültig in den Dienst der Bewegung Adolf Hitlers stellen. In feierlicher Form wird sich die Deutsche Burschenschaft

⁹¹³ GRÜTTNER: Studenten im Dritten Reich, S. 306f.

⁹¹⁴ Burschenschaftliche Blätter für Ehre, Freiheit, Vaterland. 49. Jahrgang. Eisenach, Juli 1935. Heft 10, S. 253ff. GLAUNIG, HANS: Kritische Betrachtung der Lage. In: Ebenda, August 1935. Heft 11, S. 281-284. Ebenda, S. 307.

⁹¹⁵ BRUNCK: Die Deutsche Burschenschaft, S. 341.

⁹¹⁶ GRÜTTNER: Studenten im Dritten Reich, S. 307.

⁹¹⁷ GLAUNIG: Kritische Betrachtung der Lage.

Burschenschaftliche Blätter für Ehre, Freiheit, Vaterland. 49. Jahrgang. Eisenach, September 1935. Heft 12, S. 309-319.

auflösen und werden die aktiven Burschenschaften als Kameradschaften in den NSDStB. übernommen werden [...].“⁹¹⁸

Man sah also die Ziele der Urburschenschaft im Dritten Reich erfüllt: Somit hatten die Burschenschaften ihren Existenzzweck verloren. Ein letztes Mal trugen die Burschenschafter ihre Fahnen zur Wartburg, um sie anschließend dauerhaft in den Rüstungssaal zu verbringen. Die Fahne der Urburschenschaft vor dem Burschenschafterdenkmal in Eisenach wurde eingezogen und die Hakenkreuzfahne stattdessen gehisst. Beim letzten Gang der Burschenschaften war auch Theodor Memmel an der Spitze seiner Bundesbrüder anwesend.⁹¹⁹

⁹¹⁸ Burschenschaftliche Blätter für Ehre, Freiheit, Vaterland. 50. Jahrgang. Eisenach, Oktober 1935. Heft 1, S. 1.

⁹¹⁹ Siehe Anlage 2.

3. Das Ende alter Burschenherrlichkeit

Der Burschentag bedeutete auch das Ende für Adelpheia als Burschenschaft. In der Bundeszeitung des sich nunmehr „Kameradschaft Adelpheia“ nennenden Konstrukts war folgende Zielsetzung zu lesen:

„Es gibt nur noch e i n e n Weg und e i n Ziel und wir dürfen stolz darauf sein, dass die Deutsche Burschenschaft als Wegbereiter für den NSDStB. sich eingesetzt hat. [...]

Die Aufgabe aber lautet: Im Verein mit dem NSDStB. auf der einen Seite und der Mithilfe unserer Altkameraden auf der anderen Seite den jungen auf die Hochschule kommenden Akademiker zu dem zu erziehen, was er nach dem Willen unseres Führers Adolf Hitler sein muss: Der deutsche politische Student.

[...] wer zu uns kommt, kommt aus freier Wahl zu uns. Er wird damit Adelphe und außer dem Bande der Freundschaft, welches ihn an uns kettet, sind es die vielen Eindrücke, die das Leben des jungen Studenten gestalten und ist es das Blut, welches er auf dem Mensurboden für die Farben Adelpheias vergießt. Der Standpunkt, den Adelpheia in Bezug auf Satisfaktionsfragen und Schlägerfechten eingenommen hatte, bleibt nach wie vor unberührt.“⁹²⁰

Bei Adelpheia sollte also alles wie bisher weitergehen, auch ohne B! vor dem Namen. Man war davon überzeugt, sich im neuen Deutschland als kleine akademische Gemeinschaft weiterhin behaupten zu können.⁹²¹ Eine Fotografie einer Kneipe aus dem Wintersemester 1934/35 zeigt Memmel im Kreise seiner Bundesbrüder. Kopfcouleur wurde nicht mehr getragen, wohl aber das Parteiabzeichen zum Band.⁹²² Auch Gauleiter Hellmuth schreibt in der Bundeszeitung:

„Was mich vor 15 Jahren an unserer Adelpheia so begeisterte, der bedenkenlose Einsatz für das Vaterland, weshalb ich mich auch mit Stolz einen Adelphe nenne, das findet heute seine folgerichtige Fortsetzung in der ehrenvollen Überführung in den Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund. Wir alten Adelphe wollen die Jungen auch weiterhin unterstützen, wollen wünschen, dass Adelphegeist und die Ziele des NSDStB. sich vermählen zu erfolgreichem Wirken im Dienste unserer studentischen Jugend.“⁹²³

Hier zeigt sich, dass Hellmuth, der nie wirklich in der Verbindung aktiv war, nur am Gerüst Interesse hatte, das, wie er glaubte, nun in nationalsozialistischer Form so weiterexistieren konnte. Die Aktivitas nannte sich nunmehr Jungkameradschaft Adelpheia, der Bund „Würzburger Kameradschaft Adelpheia im NSDStB“. Weiterhin war man dennoch fleißig auf dem Paukboden. An den Mensuren zeigte Memmel als Oberbürgermeister weiterhin starkes Interesse, wovon seine häufigen Pauktagbesuche zeugen. Beim

⁹²⁰ Bundes-Zeitung der Würzburger Kameradschaft „Adelpheia“ des NS. Deutschen Studentenbundes. 28. Jahrgang. Januar 1936. Nr. 1, S. 1f.

⁹²¹ FRICK, ERNST: Lieber Bundesbruder! In: Bundes-Zeitung. Januar 1936, S. 3-6.

⁹²² Siehe Anlage 5.

⁹²³ HELLMUTH, OTTO: Liebe Adelphe! In: Bundes-Zeitung. Januar 1936, S. 2.

Stiftungsfest Adelprias am 2. Dezember 1935 fanden sich neben Memmel unter anderem auch der Stadtrat Hans Streller und andere städtische Honoratioren ein.⁹²⁴ Bald schon änderte sich jedoch die Lage.

Am 7. Dezember 1935 zog der Hochschulgruppenführer von Würzburg, Otto Kreppel, die Zügel an. In einer vertraulichen Anweisung an die örtlichen Kameradschaftsführer hieß es, dass jeder, der aus seiner „katholischen Bindung heraus“ eine abweichende Stellung der Satisfaktionsfrage einnehme, aus der Kameradschaft zu streichen sei. Der Hochschulgruppenführer erwartete eine strenge Auslese in den ersten Semestern, da das Ziel eine zahlenmäßig beschränkte Elitemannschaft sei. Dies hatte für Adelpria, die schon seit mehreren Jahren eifrig am Pauken war, weniger Relevanz. Wichtig war hingegen der Hinweis, dass für Jungkameraden das Tragen von Verbandsnadeln oder Bierzipfeln strengstens verboten war. Zuwiderhandlungen sollten als Sabotage betrachtet, und mit einem sofortigen Ausschluss aus der Kameradschaft geahndet werden. Den Kameradschaftsführern drohte er damit, dass sie abgesetzt und von ihm persönlich zum Ausschluss aus der NSDAP vorgeschlagen und ein universitäres Disziplinarverfahren eröffnet werden würde, wenn sie seine Anweisungen nicht restlos befolgten.⁹²⁵ Diese hier so hart vorgetragenen Strafen waren jedoch nicht so einfach durchzusetzen. Am 14. Februar 1936 gab es eine Beschwerde, dass zwei Angehörige der Kameradschaft Adelpria beim Medizinerball die Burschenschafternadel getragen hätten. Es blieb bei einem Hinweis, dass dies verboten sei.⁹²⁶ Das war jedoch erst der Anfang.

Am 14. Mai 1936 verbot Rudolf Heß allen noch studierenden Parteigenossen und Angehörigen ihrer Gliederungen die Mitgliedschaft in einer studentischen Verbindung.⁹²⁷ Das bedeutete das endgültige Ende für alle Korporationen, da fast schon zwangsläufig jeder Student einer Unterorganisation der NSDAP angehörte. Die Konkurrenz zum NSDStB war somit Geschichte. Nur die Altherrenschaften existierten noch. Entsprechend niedergeschlagen liest sich die nur eine Seite umfassende „Bundes-Zeitung der „Adelpria“ Würzburg“:

„Die deutsche Studentenkorporation ist tot; die aus einer Anzahl studentischer Korporationen hervorgegangenen Jungkameradschaften des

⁹²⁴ POHL, HELMUT: Aus der Jungkameradschaft Adelpria. In: Bundes-Zeitung. Januar 1936, S. 7f.

⁹²⁵ Vertrauliches Schreiben des Hochschulgruppenführers Otto Kreppel an die Kameradschaftsführer I und II, HJ-Kameradschaften Alemannia, Adelpria, Akademischer Gesangsverein Würzburg, Arminia, Cimbria und Germania. Würzburg, 7.12.1935. Karton A6 39. Archiv der Deutschen Gesellschaft für Hochschulkunde (DGfH) e.V.

⁹²⁶ Mitteilung des Kameradschaftsführers Longwitz. Würzburg, 14.2.1936. A6 39.

⁹²⁷ Anordnung 72/36. Zusammenstellung aller bis zum 31. März 1937 erlassenen und noch gültigen Anordnungen des Stellvertreters des Führers. München, 1937, S. 297f.

NSD-Studentenbundes wurden aufgelöst, die „Aktivitas“ mit ihrem Einfluss auf das hochschulpolitische Leben hat aufgehört zu bestehen.“⁹²⁸

Die Tagesordnung des 69. Bundestages umfasste nur einen Punkt: Die Zukunft Adelphias. Hierbei wurde festgestellt, dass die Aktivitas nicht mehr existent war. Der Hausbauverein blieb existent und nannte sich von nun an „Altherrenschaft Adelpia“. Ein Großteil des Hauses wurde vermietet.⁹²⁹ Der Verlust der Aktivitas stellte das Ende von Memmels geliebter Verbindung dar. Die Zukunftsaussichten waren mehr als trüb. Um die ehemaligen Verbindungen zu demütigen, strich man den Kameradschaften die Namen und nummerierte sie durch. Die ehemalige Aktivitas Adelphias war nunmehr die „Kameradschaft VI“. Memmel war nicht der einzige, dessen Lebensbund aufgelöst war und sich daher vom NSDStB verraten fühlte. Der hatte zwar die Studentenkorporationen als Konkurrenz ausgelöscht, damit aber auch viel an Sympathie verspielt und Einfluss verloren. Erstmals zeigte sich, wie weit die Verbindungsstudenten in der Gesellschaft verbreitet waren. Der Reichsleiter des NSDStB, Albert Derichsweiler, wurde für die NSDAP untragbar und im November 1936 zum Rücktritt gezwungen.⁹³⁰ MICHAEL GRÜTTNER schreibt hierbei von einem Pyrrhussieg des Nationalsozialismus gegen die Korporationen:

„Ende 1936 herrschte unter den nationalsozialistischen Hochschulpolitikern erkennbare Ratlosigkeit. Der Kampf gegen die Korporationen hatte zu einer schweren Loyalitätskrise geführt, nicht nur unter den männlichen Studenten, sondern auch im akademisch gebildeten Bürgertum, unter den Alten Herren der Korporationen. Intern räumte der neue Reichsstudentenführer Scheel ohne Umschweife ein, dass „zahlreiche Alte Herren sich durch gebrochene Verträge gegenüber der Bewegung nicht zu Unrecht verärgert fühlen.“ Manchmal führte diese Verärgerung offenbar zu einer grundsätzlichen Abkehr vom Nationalsozialismus. Im August 1939 notierte Ulrich von Hassell, Alter Herr eines Tübinger Korps, in seinem Tagebuch: „Gerade die alten, einst begeisterten Nazis unter den Korpsbrüdern sind jetzt völlig umgewandelt und von tiefstem Misstrauen erfüllt. Sie setzen bei allen Parteischritten von vornherein das Gegenteil von Integrität und von Wahrheitsliebe voraus.“⁹³¹

Das Ende Adelphias als traditionsreiche Korporation machte auch Memmel schwer zu schaffen. Auch wenn er sich keinesfalls vom Nationalsozialismus abwandte, bildete die Eliminierung der Korporationen für ihn dennoch einen Einschnitt im Verhältnis zur Partei. Der seit Kindheitstagen mit ihm

⁹²⁸ Bundes-Zeitung der „Adelpia“ Würzburg, 28. Jahrgang, Mai 1936, Nr. 2, S. 1.

⁹²⁹ Mitteilungsblatt der Altherrenschaft Adelpia, Juli 1936.

⁹³⁰ GRÜTTNER: Die Korporationen und der Nationalsozialismus, S. 138f. Siehe zu Derichsweiler, der im Übrigen der C.V.-Verbindung Sauerlandia angehörte: FELZ, SEBASTIAN: Albert Derichsweiler (1909-1997) – Die Karriere eines Brandstifters. In: GUSSEK, ANJA/SCHMIDT, DANIEL/SPIEKER, CHRISTOPH (Hrsg.): Öffentliche Zensur und Bücherverbrennung in Münster. Münster, 2009, S. 21-37.

⁹³¹ GRÜTTNER: Die Korporationen und der Nationalsozialismus, S. 139.

bekannte Toni Haas aus Schweinfurt sagte 1947 in einer eidesstattlichen Erklärung über Memmel:

„Seine Begeisterung erhielt im Jahre 1934 einen schweren Schlag, als die Nazi mit ihm liebgewonnenen Studentenverbindungen in unsanfter Weise aufräumten. Von diesem Schock hat er sich der einmal spontan politisch gewordene Mann nie mehr erholt.“⁹³²

Später fügte Haas noch hinzu: „Darin habe er [Memmel] die erste Enttäuschung über die Entwicklung des Nationalsozialismus gesehen.“⁹³³ Haas mag wegen der Bekanntschaft zu Memmel zwar nicht unbedingt die neutralste Person gewesen sein, kann hierbei aber dafür einen interessanten inneren Einblick liefern.

Die Korporationswelt war (und ist) in ihrer Art vergleichbar mit dem Zustand Deutschlands vor der Reichsgründung 1871: zersplittert und zerstritten, uneinheitlich und bunt. Da der Nationalsozialismus jene Epoche der Kleinstaaterie zutiefst verachtete und zentralistisch eine Gleichschaltung aller Lebensbereiche anstrebte, musste das Verbindungsstudententum zwangsläufig zum Feindbild werden und einem uniformen Kameradschaftswesen weichen. Es hätte klar sein müssen, dass die NSDAP langfristig nur eine bedingungslose Unterwerfung akzeptierte, keinen Platz für Eigenwilligkeit hatte und Kompromisse stets nur zeitlich begrenzt waren. Dies hätten diejenigen Korporierten wissen müssen, die sich in nationaler Euphorie allzu eifrig dem Nationalsozialismus hingaben. Die Burschschafter sahen sich hierbei an der Spitze und erkannten vor lauter „Deutschland erwache“ nicht, dass ihr Verbindungswesen als rückständig verteufelt wurde und gar keinen Platz im „neuen Deutschland“ haben konnte. Dennoch muss hinzugefügt werden, dass sich am Schicksal der deutschen Korporationswelt nichts geändert hätte, wenn die NSDAP dort über weniger Unterstützer verfügt, oder es gar einen mehr oder weniger geschlossenen Widerstand gegen den NS-Studentenbund gegeben hätte. Am Ende wurden alle noch aktiven Verbindungen zwangsweise aufgelöst, auch die dem Regime deutlich unbequemen Corps und katholischen Verbindungen.

⁹³² Abschrift der Eidesstattliche Erklärung von Toni Haas. Zeil am Main, 25.8.1947. Spruchkammerakte Memmel.

⁹³³ Protokoll Verhandlung Memmel, 27.11.47, Blatt 8.

IX. Bürgermeister im Frieden

Mit der Machtübernahme begann eine „Biarchie“ zwischen Partei und Staat. Deren Kopf bildete Adolf Hitler, der die Nation ab 1934 durch seine Personalunion als Reichspräsident und Reichskanzler sowie die Partei als Führer vertrat. So existierten in diesem Doppelstaat⁹³⁴ die Parteigauen neben den noch immer fortbestehenden Ländern. Erstere wurden von Gauleitern regiert, letztere von Reichsstatthaltern.⁹³⁵ Mit diesem Dualismus war Konkurrenz bei der Kompetenz vorprogrammiert.⁹³⁶ Gleichzeitig entspross aus dieser Polykratie die Macht Hitlers, der durch die Maxime *divide et impera* stets die alleroberste Kontrolle behielt.⁹³⁷ Denn zum einen gab stets er selbst die grobe Zielrichtung vor, und bei Streitigkeiten entschied sein Wort. Man könnte daher sogar von einer gelenkten Polykratie sprechen. Der Gauleiter rangierte als regionaler Statthalter innerhalb der Hierarchie der NSDAP sehr hoch und fungierte als Stellvertreter Hitlers in seinem Gau (Vgl. auch Organigramm 2). Eine entsprechende Rückendeckung konnte er dadurch auch stets gegenüber anderen Institutionen aufweisen. Mit der Machtübernahme erhielt er quasi über Nacht eine Fülle an neuen Aufgaben und Befugnissen. Außerdem ernannte Hitler seine Gauleiter häufig auch zu staatlichen Funktionären, etwa zu Ministern.⁹³⁸ Die nun über das Land und insbesondere die Verwaltung hereinbrechende nationalsozialistische Polykratie sorgte laut der neueren Forschung nicht ausschließlich für Lähmungen. Bisweilen konnte sie sogar das Gegenteil erreichen. Denn die Rivalität belebte den Wettbewerb um den Erfolg von Maßnahmen, die man den höheren Instanzen wiederum stolz weitermelden konnte, sodass letztendlich diese ebenfalls gut dastanden. Außerdem gelang es bisweilen sehr unbürokratisch und damit schnell, Entscheidungen umzusetzen. Dies alles machte im Dritten Reich denjenigen in seinem Verantwortungsbereich erfolgreich, der es gut verstand zu netzwerken.⁹³⁹

⁹³⁴ Diese Begrifflichkeit für den nationalsozialistischen Normen- und Maßnahmenstaat geht zurück auf die Studie FRAENKEL, ERNST: Der Doppelstaat. Frankfurt a.M., 1974.

⁹³⁵ Wobei die Länder mit weniger als 2 Millionen Einwohnern zusammengefasst wurden. § 2 Abs. 2. Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich. Vom 7. April 1933. RGBl I 1933, S. 173.

⁹³⁶ JOHN, JÜRGEN: Die Gaue im NS-System. In: JOHN, JÜRGEN/MÖLLER, HORST/SCHAARSCHMIDT, THOMAS (Hrsg.): Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“ (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Sondernummer). München, 2007, S. 22-55, hier S. 25.

⁹³⁷ Dies ging sogar so weit, dass er untersagte, dass sich mehr als zwei Gauleiter treffen durften. Diskussionen mit Hitler waren ihnen ab 1941 ebenfalls nicht mehr vergönnt, weshalb sie trotz ihrer Machtfülle kaum mehr direkten Einfluss auf die Geschehnisse des Gesamtreiches nehmen konnten. HÖFFKES, KARL: Hitlers politische Generale. Die Gauleiter des Dritten Reiches. Ein biographisches Nachschlagewerk (= Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Nachkriegsgeschichte. Band 12). 2. Auflage. Tübingen, 1997, S. 17ff. MOLL, MARTIN (Hrsg.): Führer-Erlasse 1939-1945. Stuttgart, 1997, S. 11f.

⁹³⁸ HÖFFKES: Hitlers politische Generale, S. 20f.

⁹³⁹ REICHARDT, SVEN/SEIBEL, WOLFGANG: Radikalität und Stabilität. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus. In: REICHARDT, SVEN/SEIBEL, WOLFGANG (Hrsg.): Der prekäre

1. May in Halle

a) Politische Ereignisse im Halle unter neuer Führung

Das Amt des Gauleiters von Halle-Merseburg bekleidete von 1931 bis 1937 Rudolf Jordan. 1902 geboren hatte er nicht mehr am Ersten Weltkrieg teilgenommen und trat 1925 in die NSDAP ein.⁹⁴⁰ In Hitler sah er den Propheten einer neuen gesellschaftlichen Ordnung, der „deutschen Volksgemeinschaft“⁹⁴¹. Jordan schlug die Laufbahn eines Volksschullehrers ein, wurde jedoch 1929 wegen seiner Wahl zum NSDAP-Abgeordneten in den Provinzial-Landtag der preußischen Provinz Hessen-Nassau unverzüglich aus dem Schuldienst entlassen. Seitdem betrieb er eine selbstgegründete Parteizeitung, bis ihn Hitler 1931 zum Gauleiter von Halle-Merseburg ernannte.⁹⁴² Mit seinen 28 Jahren war er damit der jüngste Gauleiter des Reiches.⁹⁴³ Ab März 1933 hatte er einen Sitz im Stadtrat inne.⁹⁴⁴ Nach der Machtübernahme der NSDAP zeigte sich Jordan besonders um die sogenannte „Arbeitsschlacht“ bemüht, also um die wirtschaftliche Belebung und die damit verbundene Reduzierung der Arbeitslosenzahlen in seinem sehr industriell geprägten Gau. Im April 1937 wurde Jordan von Hitler zum Reichsstatthalter in den Ländern Braunschweig und Anhalt und gleichzeitig zum Gauleiter von Magdeburg-Anhalt ernannt. Damit endete seine Zeit in Halle.

Am 7. Mai 1945 geriet Jordan im östlichen Harz in britische Gefangenschaft, man lieferte ihn jedoch im Sommer 1946 an die Sowjetunion aus. In Moskau verurteilte ihn 1950 ein Tribunal zu 25 Jahren Haft. Am 13. Oktober 1955 kam Jordan als „Spätheimkehrer“ in die Bundesrepublik.⁹⁴⁵

Die Machtübernahme der Nationalsozialisten und die Einsetzung ihrer Funktionsträger an vielen Schlüsselstellen des Staates und der Gesellschaft brachte eine gewisse Euphorie hinsichtlich der nun beginnenden „nationalen Revolution“.⁹⁴⁶ So dauerte es auch in Halle nicht lange, bis Straßen ihre Namen wechselten und neue Ehrenbürger ernannt wurden.

Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus. Frankfurt a.M., 2011, S. 7-28, hier S. 9f.

⁹⁴⁰ JORDAN, RUDOLF: Im Zeugenstand der Geschichte. Antworten zum Thema Hitler. Offenbach am Main, 1974, S. 9 und 86ff.

⁹⁴¹ Siehe zu diesem Thema die neunbändige Reihe: KNOCH, HABBO/NIEMANN, HANS-WERNER, OLTMER, JOCHEN (Hrsg.): Nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“. Studien zu Konstruktion, gesellschaftlicher Wirkungsmacht und Erinnerung.

⁹⁴² JORDAN: Erlebt und Erlitten, S. 7.

⁹⁴³ SCHICK, ELMAR: Der jüngste Gauleiter kam aus Fulda. In: Buchenblätter. Beilage der Fuldaer Zeitung für Heimatfreunde. Nr. 7, 28.3.2006, S. 1.

⁹⁴⁴ Stadtverordnetenwahl.

⁹⁴⁵ JORDAN: Erlebt und Erlitten, S. 122, 145f., 157, 277ff., 310, 350 und 364.

⁹⁴⁶ KETTENACKER, LOTHAR: Sozialpsychische Aspekte der Führer-Herrschaft. In: HIRSCHFELD/KETTENACKER: Der „Führerstaat“, S. 98-132, hier S. 103f.

Der Anfang wurde mit der Friedrich-Ebert-Straße (heute Paul-Suhr-Straße) gemacht, welche im Andenken an den von Kommunisten erschossenen SS-Mann auf Antrag der Angehörigen in Paul-Berck-Straße umbenannt wurde.⁹⁴⁷ Anschließend war die Peißnitz-Brücke an der Reihe, die auf Antrag der NSDAP-Fraktion in der Stadtverordneten-Versammlung am 31. Mai 1933 in „Schlageter-Brücke“ umbenannt wurde.⁹⁴⁸

Am 26. Juli 1933 war die Verleihung von Ehrenbürgerrechten durch Gemeindeverbände nicht mehr gestattet. Grund hierfür war die exzessive Verteilung des Ehrenbürgerrechts an nationalsozialistische Hoheitsträger nach der Machtübernahme.⁹⁴⁹ Halle hatte jedoch schon zuvor beantragt, Hitler und Hindenburg zu Ehrenbürgern zu ernennen. Der Reichspräsident nahm dies am 10. Juni und der Reichskanzler am 21. November 1933 an.⁹⁵⁰

Am 26. März 1934 schlug ein Stadtrat vor, SA-Stabschef Ernst Röhm aus Anlass seines Besuchs in Halle am 16. Juni 1934 das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Diese Anregung wurde im Magistrat mit besonderer Freude aufgegriffen, wie das entsprechende Protokoll ausdrücklich vermerkte. Denn Halle sei bis 1931 eine Hochburg des Kommunismus und Marxismus gewesen, und die SA habe sie hiervon befreit.⁹⁵¹ Außerdem wurde am 17. April 1934 in der Beigeordnetenbesprechung beantragt, Ministerpräsident Hermann Göring ebenfalls das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Denn bei ihm handle es sich um „den treuesten Paladin des Führers“.⁹⁵²

Mit dem sogenannten „Röhm-Putsch“ änderte sich Ende Juni 1934 jedoch unvermittelt die politische Lage im jungen NS-Staat. Die sich noch immer wild gebärdende SA samt ihrer Vorstellung von einer Volksmiliz war Hitler sowie der Wehrmachtsführung zu mächtig und unkontrollierbar geworden und stellte für die weiteren Bestrebungen eine Konkurrenz und Gefahr dar. Während Hitler die „nationale Revolution“ Mitte 1933 als abgeschlossen betrachtete und nun eine ruhige Evolution forderte, hatten Röhm und die SA eine „zweite Revolution“ im Sinn. Denn viele Umwälzungen gingen ihnen nicht schnell und umfassend genug. So fiel das Parteiorgan unter dem erfundenen Vorwurf einer Revolte gegen Hitler in Ungnade, und die oberste SA-Führung – inklusive Röhm – wurde ermordet. Man nutzte die Gelegenheit, um auch weitere unliebsame Personen aus der Politik wie etwa

⁹⁴⁷ Niederschrift Stadtverordnetensitzung 4.5.1933.

⁹⁴⁸ Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordneten am Mittwoch, den 31.3.1933, 18 Uhr, S. 8. A 2.44 Nr. 3 Bd. 16.

⁹⁴⁹ Ernennung von Ehrenbürgern durch Gemeindeverbände. Runderlass des Ministers des Inneren vom 17.7.1933. Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung vom 26. Juli 1933 Nr. 40.

⁹⁵⁰ Schreiben des OB an Regierungspräsidenten. Halle, 6. April 1934. A 2.9 Kap. X Abt. A Nr. 1 Bd. 3.

⁹⁵¹ Vorbericht über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Halle an Stabschef Röhm. Weidemann, 5. April 1934. Ebenda.

⁹⁵² Entscheidung. Unterzeichnet i.V. von May. Halle, 19. April 1934. Ebenda.

den NSDAP-Politiker Georg Strasser, aber auch den ehemaligen Reichskanzler General Kurt von Schleicher oder den katholischen Aktivisten Erich Klausener zu beseitigen. Aus dieser Aktion heraus erwuchs die Bedeutung der Schutzstaffel (SS) als neues loyales Machtinstrument, das nur noch der Person Hitler anstatt der gesamten nationalsozialistischen Bewegung loyal gegenüberstand. Waren die Sturmabteilungen für Hitler einst eine wichtige Unterstützungskraft auf dem Weg zur Macht gewesen, sollten sie künftig nur noch ein machtloses Anhängsel der Partei darstellen. Gleichzeitig stellte der gnadenlose Umgang mit den Gegnern im „Röhm-Putsch“ das erzwungene Ende jeglichen innerparteilichen Richtungsdiskurses dar.⁹⁵³

Beeinflusst durch diese überraschende politische Wendung sah Oberbürgermeister Weidemann von der Ernennung Röhrs dann doch stillschweigend am 23. Juli 1934 ab. Seine kleinlauter Begründung war, dass „[...] eine Aushändigung des Ehrenbürgerbriefes bzw. eine Mitteilung noch nicht erfolgt war.“ Die Aushändigung der Ehrenbürgerwürde an Göring erfolgte hingegen am 20. Juli 1934.⁹⁵⁴

Zuletzt erhielt noch Reichsinnenminister Frick am 25. Februar 1937 das Ehrenbürgerrecht der Stadt Halle.⁹⁵⁵ Hindenburg, Hitler und Göring wurde dieses 1991 wieder aberkannt.⁹⁵⁶

Anfangs wurden Rives Leistungen vom neuen Regime noch geschätzt. Mit 27 Jahren im Amt übertraf er alle bisherigen Oberbürgermeister der Stadt. Am 31. März 1933 erhielt er noch ein Anerkennungsschreiben des Preussischen Ministerpräsidenten Hermann Göring. Am 6. April ernannte ihn die Berliner Universität sogar zum Honorarprofessor.⁹⁵⁷ Bereits das Anerkennungsschreiben führte zu Kritik aus den Reihen der Nationalsozialisten. Das Hallenser NSDAP-Mitglied Ernst Reining sandte am 2. April an Göring ein Beschwerdeschreiben, das er auch erfolglos in der lokalen NSDAP-Zeitung „Der Kampf“ zu veröffentlichen suchte. Als dies trotz einer Nachfrage unbeantwortet blieb, erreichte Weidemann am 2. Mai 1933 ein Brief jenes Reining, der sich sehr darüber echauffierte, dass Minister Göring „[...] den Ehren-Rive ein sehr warm gehaltenes Dank- und Anerkennungsschreiben gesandt [...]“⁹⁵⁸ habe. Als einzigen Grund, warum Rive keine Ehrenprofessur, sondern der Prozess gemacht gehöre, nannte er den Umstand, dass

⁹⁵³ Siehe zu diesem Thema: BLOCH, CHARLES: Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934. Frankfurt a.M., 1970. KERSHAW, IAN: Hitler. Band 1: 1889-1936. Stuttgart, 1998, S. 627-662. SCHULZE, DIETMAR: Der „Röhm-Putsch“ in der Provinz Sachsen. In: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte. Heft 15. Halle, 2005, S. 9-33.

⁹⁵⁴ Schreiben OB Weidemann. Halle, 23. Juli 1934. A 2.9 Kap. X Abt. A Nr. 1 Bd. 3.

⁹⁵⁵ Entscheidungen nach Anhören der Ratsherren in der Sitzung am 25.2.1937. A 2.21 000-1/6.4 Bd. 2. SAH.

⁹⁵⁶ Auszug aus der Niederschrift der Tagung der Stadtverordnetenversammlung am 29.5.1991. Ebenda.

⁹⁵⁷ RIVE: Lebenserinnerungen, S. 399, 401 und 410.

⁹⁵⁸ Schreiben von Ernst Reining an OB Weidemann. Halle, 2.5.1933. A 2.9 Kap. X Abt. B Nr. 8 Bd. 2.

dieser seiner Tochter im Magistrat Arbeit verschafft habe. Weidemann sah von einer Beantwortung des Schreibens ab. Tatsächlich war Rives Tochter Renate ab 1930 zwei Jahre lang als Praktikantin und Leiterin zweier Kindergärten tätig, allerdings unentgeltlich.⁹⁵⁹ Dieses Beispiel zeigt, welche übeler Nachrede Rive durch Nationalsozialisten ausgesetzt war.

Schon am 27. Juni 1932 hatte die Stadtverordnetenversammlung beschlossen, Rive bei seinem Ausscheiden aus dem Dienst für seine Verdienste das Ehrenbürgerrecht zu verleihen.⁹⁶⁰ Doch bereits am 20. Juni 1933 meinte der neue Oberbürgermeister Weidemann, man solle zunächst von einer Ausstellung des Ehrenbürgerbriefes Abstand nehmen.⁹⁶¹ Schließlich wurde die Ernennung zwar durchgeführt, jedoch ohne Anteilnahme der Öffentlichkeit. Obwohl die lokalen Parteispitzen nichts an Rives Amtsführung bemängeln konnten, ordneten sie dessen Isolierung an. Er wurde zu keinerlei Veranstaltungen eingeladen, und der Ehrenbürgerbrief wurde ihm nicht überstellt. Diese Behandlung traf Rive tief. Er ließ sich als „Städtischer Angestellter a.D.“ in die Adressbücher eintragen. Dennoch blieb er bei Nachfragen im Kommunalbereich stets hilfsbereit.⁹⁶² Für die Partei war Rive hingegen ein sehr unbequemes Erbe. Immer wieder gab es Beschwerden über Rives Verhalten gegenüber der NSDAP und ihren Gliederungen. Diese endeten schließlich nicht mehr nur beim Kreisleiter, sondern sogar in der preußischen Ministerialkanzlei. Dort wurde jedoch nüchtern festgestellt, dass Rive sich im Ruhestand befinde. Mangels Dienstaufsicht könne man nichts mehr gegen ihn veranlassen.⁹⁶³ Erst kurz vor Kriegsbeginn trat Rive wieder öffentlich in Erscheinung. May war es, der seinem ehemaligen langjährigen Vorgesetzten im Namen der Stadt Halle zum 75. Geburtstag gratulierte.⁹⁶⁴

Wie es in vielen anderen Städten, etwa auch in Würzburg, üblich war, erschien in Halle ein jährlicher Verwaltungsbericht. Für den Bericht zum Jahr 1933 wünschte sich Weidemann, dass dieser fortan lebendiger als bisher zu gestalten sei. Er sollte ein Rechenschaftsbericht über die geleistete kommunale Aufbauarbeit im ersten Jahr der nationalsozialistischen Erhebung werden.

⁹⁵⁹ Aktennotiz von OB Weidemann. Halle, 12.5.1933. A 2.9 Kap. X Abt. B Nr. 8 Bd. 2.

⁹⁶⁰ Schreiben des Magistrats an OB Rive. Halle, 25.III.1933. Das Ehrenbürgerrecht und die Verleihung des Titels „Stadtältester“. A 2.9 Kap. X Abt. A Nr. 1 Bd. 3. SAH.

⁹⁶¹ Aktennotiz Weidemann. Halle, 20. Juni 1933. Das Ehrenbürgerrecht und die Verleihung des Titels „Stadtältester“.

⁹⁶² MAY, PAUL: Nachwort. In: RIVE: Lebenserinnerungen, S. 415-420, hier S. 415f.

⁹⁶³ Siehe hierzu mehrere Schreiben in: Richard Robert Rive. A 2.33 Nr. 1628. SAH.

⁹⁶⁴ MAY: Nachwort, S. 418.

„Nicht trockene, sondern volkstümliche Berichte schlagen Brücken zwischen Verwaltung und Bürgerschaft. Langatmigkeit und schwer lesbare Schriftsätze müssen unter allen Umständen vermieden werden.“⁹⁶⁵

Während man also den Bürger völlig seiner Mündigkeit enthob, sollten die Verwaltungsberichte für selbigen leichter verständlich sein und als Propagandainstrument dienen. Der Volksnähe und Rechenschaftspflicht wurde man offenbar jedoch schon bald überdrüssig. Denn bereits für das Verwaltungsjahr 1934 sah man es nicht mehr als notwendig an, dem Bürger einen Bericht zu präsentieren.

Während des Dritten Reichs ging die Zahl der Studenten kontinuierlich zurück. Waren 1931 noch 138.010 Personen immatrikuliert, reduzierte sich diese Zahl im Altreich bis zum Sommersemester 1939 auf nur noch 40.717, also weniger als 40 Prozent des Standes von 1931. Dies hing neben anderen Faktoren auch mit der nationalsozialistischen Hochschulpolitik zusammen, die seit der Machtübernahme eine Verminderung der Studentenzahlen anstrebte. Teilweise wurde dies aber auch durch andere Maßnahmen *nolens volens* erreicht.⁹⁶⁶ Hinzu kam die Entlassung von jüdischen und politisch nicht geduldeten Professoren samt entsprechenden Studenten. Die Hochschulen erfuhren alleine durch diese Maßnahmen einen enormen Aderlass beim Lehrkörper. Bis 1938 verlor ein Drittel aller Hochschullehrer erzwungenermaßen ihre Anstellung.⁹⁶⁷ Dies, gepaart mit der Umstellung von Lehrstühlen, bedrohte sogar die Existenz einiger Hochschulstandorte. Auch in Halle standen Lehrstuhlzusammenlegungen mit Leipzig im Raum.⁹⁶⁸ Dabei war die „Vereinigte Universität Halle-Wittenberg“ erst am 31. Oktober 1933

⁹⁶⁵ Schreiben von OB Weidemann an alle Dienststellen. Halle, 27.4.1934. A 2.13 Nr. 1058. SAH.

⁹⁶⁶ GRÜTTNER: Studenten im Dritten Reich, S. 101-107. Ein weiterer Grund war die zeitliche Belastung, was der Führer des Köseener Senioren-Convents-Verbandes, Dr. Max Blunck, Angehöriger des Corps Franconia Jena im KSCV 1934 zusammenfasste: „Wer heute einen akademischen Beruf ergreifen will, muss mindestens 13 Jahre lang die Schule besuchen und sich dabei in der HJ bewähren, soll ein Jahr lang Arbeitsdienst leisten, ein weiteres Jahr beim Heer dienen und soll nun, nachdem er womöglich noch ein weiteres halbes praktisches Jahr abgeleistet hat, welches fast allen technischen Fakultäten als Mindestmaß verlangt wird, ein weiteres Jahr der politischen Grundschulung durch die DST neben dem SA-Dienst widmen. Wer wird unter solchen Umständen noch studieren können? [...] In welchem Alter sollen Männer heiraten, die erst mit 30 Jahren in ihren Beruf eintreten können mit der Aussicht, nur erst wenig Geld zu verdienen? Und welche Eltern können ihren Söhnen eine derartige Ausbildung wirtschaftlich ermöglichen? Es wird doch durch solche Maßnahmen eine Auslese gefördert, die alles andere als nationalsozialistisch bezeichnet werden kann.“ Schreiben von Max Blunck an die anderen studentischen Verbände. Hamburg, 20.9.1934. Abgedruckt in: KATER, HERBERT (Hrsg.): Geschichte der Markaria zu Würzburg 1850-1950. O.O., 1963, S. 328-332, hier S. 331.

⁹⁶⁷ TITZE, HARTMUT: Hochschulen. In: LANGEWIESCHE, DIETER/TENORTH, HEINZ-ELMAR: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band 5. 1918-1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur. München, 1989, S. 209-258, hier S. 225.

⁹⁶⁸ Abschrift eines Vorberichts von May. Halle, 5.8.1936. A 2.21 000-1/6.3 Bd. 5. SAH.

anlässlich des Lutherjahres in „Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg“ umbenannt worden.⁹⁶⁹

Sowohl der Gauleiter als auch Oberbürgermeister Weidemann befürchteten mit diesem ersten Schritt einen Abbau. Auch May behandelte im August 1936 dieses Thema in einem Bericht an den Stadtrat. So beantragte er für den Oberbürgermeister einen einmaligen Zuschuss von 100.000 RM zum Ausbau der Universität. Die Hälfte davon sollte zur Schaffung eines eigenen Instituts für Pflanzenernährung und Mikrobiologie verwendet werden, indem das Grundstück der Turnerschaft Saxo-Thuringia Halle samt einem angrenzenden Grundstück gekauft wurde.⁹⁷⁰

Mit dem Weggang von Rudolf Jordan wurde 1937 der bisherige stellvertretende Gauleiter von Magdeburg-Anhalt, Joachim Albrecht Eggeling, zu dessen Nachfolger in Halle-Merseburg ernannt. Er übte das Amt bis zum Kriegsende aus.⁹⁷¹

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 brach die Reichspogromnacht über die jüdischen Gemeinden. Als Auslöser für diesen organisierten Aufruhr deklarierte das NS-Regime das Attentat auf den deutschen Diplomaten Ernst Eduard vom Rath, der zwei Tage zuvor in Paris durch den emigrierten Juden Herschel Grynszpan verübt worden war. Dessen Verwandte waren im Oktober 1938 im Zuge der sogenannten „Polenaktion“ aus dem Reich deportiert worden und vegetierten seitdem im Niemandsland zwischen beiden Ländern.

In Halle hatte der von den Nationalsozialisten aufgewiegelte Mob in der Nacht zunächst das Interieur der Synagoge zerstört und diese anschließend angezündet. Die Feuerwehr konnte das Gebäude nicht mehr retten. Auch im jüdische Gemeindezentrum und einigen jüdische Geschäfte hinterließ der Mob eine Spur der Zerstörung.⁹⁷² Selbst die Privatwohnungen blieben nicht verschont. 150 Juden nahm man vorerst im Polizeigefängnis in Schutzhaft. Später wurden aber fast alle von ihnen in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Buchenwald überführt. Erst nach einigen Wochen der Drangsalierung kamen sie wieder frei.⁹⁷³ Ob Weidemann oder May etwas von diesen Vorgängen wussten oder gar mitwirkten, kann nicht

⁹⁶⁹ EBERLE, HENRIK: Die Martin-Luther-Universität in der Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945. Halle (Saale), 2002, S. 49f.

⁹⁷⁰ Abschrift eines Vorberichts von May. Halle, 5.8.1936. A 2.21 000-1/6.3 Bd. 5. SAH.

⁹⁷¹ JORDAN: Erlebt und Erlitten, S. 158.

⁹⁷² Die Vergeltung. Hallische Nachrichten, Nr. 264, 10.11.1938, S. 1.

⁹⁷³ KRAUSE, CLEMENS/MEINCKE, SUSANNE: Zur Geschichte der Juden in Halle (1933-1945) – eine Bilanz. In: DIETZEL VOLKER/KAISER, WOLFRAM (Hrsg.): 300 Jahre Juden in Halle. Leben – Leistung – Leiden – Lohn. Halle, 1992, S. 83-273, hier S. 134 und 136.

mehr rekonstruiert werden. Ihre Anwesenheit wurde zumindest nicht in den lokalen Nachrichten erwähnt.⁹⁷⁴

b) Exkurs zu Weidemann

Dr. Dr. Johannes Weidemann war durch seinen Oberbürgermeisterposten ein sehr begehrter Mann. Am 20. Mai 1933 bot man ihm das Amt des Universitätskurators an der Hallenser Universität an. Bei der Annahme hätte er jedoch sein Kommunalamt niederlegen müssen. Dazu war er nicht bereit.⁹⁷⁵

Als stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Gemeindetages war Weidemann auch in die Diskussion um das „Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens“ vom 3. Juli 1934 involviert, welches für sinnlos hielt.⁹⁷⁶ Sein Einfluss innerhalb des Gremiums war jedoch unter der strengen Führung des Münchner Oberbürgermeisters Karl Fiehler gering. Außerdem galt Weidemann als sehr ehrgeizig aber auch eitel, weswegen ihm der Leipziger Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler trotz seines Könnens keine Zukunft voraussagte.⁹⁷⁷ Nichtsdestotrotz erhielt Weidemann nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister innerhalb von zwei Jahren eine außerordentliche Fülle von weiteren Posten.⁹⁷⁸ Außerdem wurde er im Juli 1937 zum Honorarprofessor in der Rechts- und Staatswissenschaftlichen

⁹⁷⁴ Die Vergeltung.

⁹⁷⁵ Schreiben des Preußischen Ministers des Innern an den Regierungspräsidenten Merseburg. Berlin, 20.5.1933. C 48 Ia Regierung Merseburg. Kommunalregistratur Nr. 659 „Die Personalien des Oberbürgermeisters Dr. Johannes Weidemann in Halle a/S., 1934–1946“. LASA. Schreiben von Oberregierungsrat Dr. Eichhorn an den Minister des Innern betreffend die Bestätigung der Wahl des kommissarischen Bürgermeisters Dr. Dr. Weidemann zum Oberbürgermeister. Merseburg, 19.6.1933. Ebenda.

⁹⁷⁶ LABISCH, ALFONS/TENNSTEDT, FLORIAN: Der Weg zum „Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens“ vom 3. Juli 1934. Teil 2 (= Schriftenreihe der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf. Band 13). Düsseldorf, 1985, S. 288.

⁹⁷⁷ Siehe hierzu Anmerkung 377 in: LABISCH, ALFONS/TENNSTEDT, FLORIAN: Der Weg zum „Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens“ vom 3. Juli 1934. Teil 2 (= Schriftenreihe der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf. Band 13). Düsseldorf, 1985, S. 592.

⁹⁷⁸ So war Weidemann „Verbandsvorsitzender der Mitteldeutschen Gemeindeverwaltungs- und Sparkassenschule, stellvertretender Vorsitzender des Deutschen Gemeindetages, Vorsitzender des Bundes Deutscher Kunstvereine, stellvertretender Hauptabteilungsleiter der Reichsleitung im Hauptamt für Kommunalpolitik, Preußischer Provinzialrat, Vorstandsmitglied des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik, Aufsichtsratsmitglied der Wirtschaftsberatung Deutscher Gemeinden A.G., ordentliches Mitglied der Akademie für Deutsches Recht, Mitglied des Beirats der Gesellschaft zur Vorbereitung der Reichsautobahnen e.V., Mitglied des Verwaltungsbeirates der Reichstheaterkammer, Mitglied des Führerrates des Reichsverbandes Deutscher Verwaltungsakademien, Mitglied der Reichskammer der Bildenden Künste, Mitglied des Reichsfachgruppenrats der Verwaltungsjuristen im Führerstab der Reichsführung des B.N.S.D.J. Aufsichtsrat, Beirat und Mitglied in einer weiteren Reihe von Organisationen und Ausschüssen öffentlich-rechtlicher Körperschaften.“ Lebenslauf Weidemann. 8.8.1935. Personalakte Weidemann.

Fakultät der Martin-Luther-Universität ernannt.⁹⁷⁹ Es ist schwer vorstellbar, dass er noch ausreichend Zeit für seine eigentliche Arbeit im Magistrat von Halle fand, zumal er zwar Jurist war, aber über wenig Erfahrungen bei der Leitung einer Großstadt verfügte. Zumindest anfangs brachte dies auch Schwierigkeiten mit sich.⁹⁸⁰ Dies bedeutet, dass die Erledigung der Tagesgeschäfte umso mehr vom Zweiten Bürgermeister und Stellvertreter des Oberbürgermeisters Paul May abhing. Einige Zeitzeugen berichteten auch darüber, dass Weidemann gerne die repräsentativen Aspekte als stellvertretender Reichsleiter des Reichsstädtebundes und als Oberbürgermeister wahrnahm und die eigentliche Verwaltungsarbeit Paul May überließ.⁹⁸¹

Weidemann zeigte sich als eifriger Autor im Bereich Verwaltungsrecht auf kommunaler und staatlicher Ebene und gab die Reihe „Schriften zur deutschen Gemeindepolitik“ heraus.⁹⁸² Auch an der Erarbeitung der Deutschen Gemeindeordnung war er beteiligt und verfasste deren Kommentar.⁹⁸³ Von ihm stammen allein zwei Beiträge in der Handbuchreihe „Die Verwaltungsakademie.“⁹⁸⁴ In seinen Schriften unterfütterte er die Machtbestrebungen der NSDAP mit ideologisierten Begründungen.

Beim Gehalt war er unmäßig. Er forderte dasselbe Grundgehalt wie Rive in Höhe von 18.000 RM sowie 8.000 RM Dienstaufwandsentschädigung. Hierbei handelte es sich jedoch um den Höchstsatz, den Rive nur erhalten hatte, da er sich bereits in seiner dritten Wahlperiode befand. Der preußische Innenminister versuchte daher auf Weidemann einzuwirken, sich mit dem üblichen Grundgehalt von 16.000 RM und einer jährlichen Aufwandsentschädigung von 4.000 RM zu begnügen, worauf dieser sich mit Unterstützung des Merseburger Regierungspräsidenten nicht einließ. Weidemann war allerdings bereit auf 2.000 RM Aufwandsentschädigung zu verzichten, der Regierungspräsident blieb jedoch bei der ursprünglichen Forderung. Denn der hatte recherchiert, dass es keinen anderen geeigneten nationalsozialistischen Ersatzkandidaten für Weidemann gab, weswegen er ihn nicht wegen ein paar Tausend Reichsmark verlieren wollte. Dies ist auch

⁹⁷⁹ Schreiben von OB Weidinger an den Regierungspräsidenten in Merseburg. Halle, 29.7.1937. Personalakte Weidemann.

⁹⁸⁰ Schreiben von Oberregierungsrat Dr. Eichhorn an den Minister des Innern in Berlin betreffend die Wahl des kommissarischen Bürgermeisters Dr. Dr. Weidemann zum Oberbürgermeister. Merseburg, 20.7.1933. C 48 Ia Nr. 659.

⁹⁸¹ Huhold: Errettung der Stadt Halle, S. 64.

⁹⁸² WEIDEMANN, JOHANNES: Die Aufsicht des Staates über die Gemeinden (= Schriften zur deutschen Gemeindepolitik. Band 2). München, 1936.

⁹⁸³ KERRL, HANNS (Hrsg.): Die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935. Textausgabe mit Kurz-Kommentar. Berlin, 1935.

⁹⁸⁴ WEIDEMANN, JOHANNES: Deutsches Verwaltungsrecht (= Die Verwaltungs-Akademie. Ein Handbuch für den Beamten im nationalsozialistischen Staat. Band 2. Der Aufbau des nationalsozialistischen Staates. Gruppe 1. Der verwaltungsrechtliche Aufbau. Beitrag 24). Berlin, 1935. WEIDEMANN, JOHANNES: Gemeinde und Staat, Partei, Volk und Wirtschaft (= Ebenda, Beitrag 25a). Berlin, 1935.

vor dem Hintergrund zu betrachten, dass Halle in kommunaler Konkurrenz zur benachbarten Universitätsstadt Leipzig stand. Der preußische Innenminister bot schließlich im Oktober 1933 17.000 RM Grundgehalt und 3.000 Aufwandsentschädigung – andernfalls solle Weidemann sich überlegen, die Wahl zum Oberbürgermeister doch noch auszuschlagen. Dieser zeigte sich damit schlussendlich im Dezember 1933 einverstanden und konnte endlich offiziell in das Amt eingeführt werden.⁹⁸⁵

Damit endete die Debatte um Weidemanns Vergütung jedoch nicht vollständig. Erst im März 1935 konnte eine endgültige Vereinbarung bezüglich des ruhegehaltsfähigen Dienstalters zwischen der Stadtgemeinde Halle und Oberbürgermeister Weidemann getroffen werden. Grund hierfür waren juristische Differenzen zwischen dem Besoldungsdienstalter (Staatsdienst inkl. Dienstzeit als Rechtsanwalt) und dem Ruhegehaltsdienstalter. Immer neue Runderlasse der NS-Regierung erleichterten die Situation nicht.⁹⁸⁶

Weidemann setzte sich stark für die Martin-Luther-Universität ein, deren Wert er als Kulturinstitution schätzte, war Halle doch die einzige Industriestadt Deutschlands mit einer Traditionsuniversität. Möglicherweise lag ihm hier auch mehr am städtischen Prestige als an der Wissenschaft. Dennoch drohte der Universität die Schließung, da dringend nötige Renovierungen viel Geld in Anspruch nehmen würden. Hinzu kam das reichsweit erwartete Absinken der Studentenzahlen. Aus diesem Grund lag Hitler im Wintersemester 1935/36 eine Denkschrift zur Auflösung der Martin-Luther-Universität vor.⁹⁸⁷ Weidemann konnte jedoch Reichsleiter Alfred Rosenberg⁹⁸⁸ für seine Sache begeistern, sodass dieser ab Februar 1938 zum Anfang eines jeden Semesters und daneben besondere wissenschaftliche Ansprachen vom Katheder der halleschen Universität aus zu halten versprach. Außerdem wurde er der Schirmherr der neu gegründeten „Hallischen wissenschaftlichen Gesellschaft“. Damit nicht genug installierte man einen „Alfred-Rosenberg-Fonds“ zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an der Martin-Luther-Universität. Dieser Fonds sollte von der „Hallischen

⁹⁸⁵ Siehe hierzu die Korrespondenz zwischen dem Preußischen Ministers des Innern und den Regierungspräsidenten in Merseburg von Mai bis Dezember 1933. C 48 Ia Nr. 659.

⁹⁸⁶ Vereinbarung zwischen der Stadtgemeinde Halle a.S. und OB Weidemann. Halle, 30.7.1934. Personalakte Weidemann.

Nachtrag zu der Vereinbarung vom 30.7.1934. Halle, 19.3.1935. Ebenda.

⁹⁸⁷ HEIBER, HELMUT: Universität unterm Hakenkreuz. Teil 2. Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen. Band 1. München, 1992, S. 153.

⁹⁸⁸ Der 1892 geborene Alfred Rosenberg war gebürtiger Deutschbalte trat schon Anfang der 20er Jahre als Antisemitischer Schriftsteller auf und fand so den Zugang zu NSDAP. 1933 übertrug man ihm das Außenpolitische Amt und er wurde zum Reichsleiter ernannt. Rosenberg ist als einer der wichtigsten Publizisten und Ideologen des Nationalsozialismus anzusehen, dessen Theorien von Hitler in höchstem Maße geschätzt wurden. Er tat sich zudem der Frontmann des Kirchenkampfes der NSDAP hervor. 1941 übertrug Hitler ihm das Ministerium für die besetzten Ostgebiete. Rosenberg wurde 1946 in Nürnberg in allen Anklagepunkten für schuldig befunden und hingerichtet. PIPER, ERNST: Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe. München, 2005.

wissenschaftlichen Gesellschaft“, der der Gauleiter vorstand, verwaltet werden.⁹⁸⁹

Mitglied in der NSDAP zu sein war keine Garantie, nicht von seinen eigenen Parteigenossen bei höchsten Instanzen beschuldigt zu werden. So schrieb der Kaufmann Willy Feigler im März 1937 eine Eingabe direkt an Reichsinnenminister Wilhelm Frick. In dieser beschwerte er sich über den Oberbürgermeister, der ihm eine Steuerschuld aus dem Jahre 1931 gepfändet hatte. In seinem Anschreiben verlautbarte er:

„[...] es ist bedauerlich, wenn man feststellen muss, dass der Oberbürgermeister noch heute bedeutende Steuerschulden nicht etwa aus der Systemzeit, sondern der Jetztzeit den jüdischen Unternehmen erlässt, bezw. niederschlägt.“⁹⁹⁰

Diese Anschuldigung ließ sich Weidemann nicht bieten und stellte deswegen einen Strafantrag gegen Feigler, da er sich als Leiter der Stadtverwaltung beleidigt fühlte. Hierauf kam es zur Verhandlung vor dem Landgericht.

„Der Staatsanwalt betonte in seiner Anklagerede, dass der nationalsozialistische Staat und seine Organe vor derartig groben Beleidigungen mit allem Nachdruck geschützt werden müssten, und er hielt aus diesem Grunde eine Geldstrafe nicht für ausreichend [...]. Er beantragte aus diesem Grunde eine Gefängnisstrafe von 1 Monat.“⁹⁹¹

Das Gericht belegte ihn zwar nur mit einer Geldstrafe, doch der Fall zeigt exemplarisch zwei Aspekte der nationalsozialistischen Verwaltung auf: Zum einen gab es einfache Parteigenossen, die mit ihrem politischen Eifer und unter entsprechendem Jargon sowie polemisierten Beschuldigungen Vorteile im neuen Staat für sich erhofften, und hierfür Forderungen bis an höchste Stellen eingaben. Zum anderen war der Oberbürgermeister nicht nur ein Wahlbeamter, sondern er repräsentierte den nationalsozialistischen Staat. Ein Angriff auf den Bürgermeister bedeutete einen Angriff auf den Staat und folglich auch auf dessen Ideologie. Diese aber durfte nicht diskutiert oder in Frage gestellt werden. Dank dieser Kausalkette konnte jedwede Kritik schnell zum Schweigen gebracht werden, unabhängig von ihrer Berechtigung.

Auf dem Gebiet der Kunst wich Oberbürgermeister Weidemann etwas vom offiziellen Weg ab. So wollte im Juni 1937 ein Museumsdirektor im Ruhestand ein Bild des Künstlers Emil Nolde⁹⁹² für einen Freund dem

⁹⁸⁹ Niederschrift über die Sitzung der Ratsherren am 16.2.1938. Halle, 23.2.1938. A 2.21 000-1/6.4 Bd. 2. SAH.

⁹⁹⁰ Abschrift eines Schreibens von Willy Feigler an Reichsminister Frick. Halle, 26.3.1937. A 2.34 001-2/5 Nr. 9 N Bd. 1. SAH.

⁹⁹¹ Aktenvermerk zu Feigler. Halle, 29.7.1937.

⁹⁹² Zu Nolde siehe: JÜNGLING, KIRSTEN: Emil Nolde. Die Farben sind meine Noten. Berlin, 2013.

Halleschen Museum abkaufen. Bei Nolde handelte es sich zwar um einen Nationalsozialisten, seine Kunst war zu diesem Zeitpunkt jedoch als „entartet“ deklariert worden. Weidemann sprach sich gegen den Verkauf des Bildes aus mit der Begründung:

„Das Bild von Nolde „Das Abendmahl“ ist ein wichtiges Zeitdokument. Wahrscheinlich besteht in gewissen Kreisen die Absicht, die Bilder von Nolde und seiner Geistesgenossen aus öffentlichen Besitz in Privathand zu überführen. Es besteht auch die Gefahr, dass dann die durch die Bewegung abgelehnten Bilder ins Ausland auf irgend einem Wege gelangen.“⁹⁹³

Weidemann war offenbar klug genug, zu wissen, dass sich die Marschvorgaben aus Berlin auch immer wieder einmal änderten. Dies hing unter anderem damit zusammen, wer gerade in Hitlers Kamarilla größeren Einfluss hatte. Weidemann müsste intelligent genug gewesen sein, um zu wissen, dass auch die nationalsozialistische Weltanschauung nicht in Stein gemeißelt war, sondern sich in einem gewissen Rahmen stets im Wandel befand. So war er möglicherweise davon überzeugt, dass eine Zeit kommen würde, in der das von ihm als „Zeitdokument“ betitelte Bild nicht mehr als entartet angesehen würde. Hier zeigt sich, dass Weidemann über die bestehenden Verhältnisse hinaus realistisch und langfristig dachte. Nichtsdestotrotz zeigte er in diesem Fall Vorsicht und informierte erst die übergeordnete Stelle. Diese riet ebenfalls vom Verkauf ab.⁹⁹⁴

May brachte kurz nach dem Krieg zum Ausdruck, dass sich Weidemann nicht allzu sehr mit der NSDAP verbunden gefühlt hätte. Außerdem habe es andauernde Spannungen und Auseinandersetzungen sowohl mit dem Gauleiter als auch mit Kreisleiter Carl Julis Dohmgoergen gegeben.⁹⁹⁵ Während letzteres typisch im Dritten Reich war, erscheint eine Distanz Weidemanns zur Partei angesichts seiner enormen Ämterfülle dort nur schwer vorstellbar. Diese dürfte aber auch auf seinen großen Ehrgeiz zurückzuführen sein.

c) Entlassungen und Einstellungen

In die Personalpolitik des Magistrats war May offenbar nur wenig involviert, zumindest gibt es hierüber keine schriftlichen Zeugnisse. Er berechnete lediglich die Ruhebezüge derjenigen, die aus dem Dienst schieden. Dennoch werden im Folgenden die Entlassungen und Stellenbesetzungen in Halle

⁹⁹³ Eiliges Schreiben von OB Weidemann an das Überwachungsamt beim Beauftragten des Führers für die gesamte weltanschauliche und geistige Schulung der NSDAP. Halle, 28.6.1937. A 5.6 Nr. 93. SAH.

⁹⁹⁴ Schreiben des Beauftragten des Führers für die gesamte weltanschauliche und geistige Schulung der NSDAP an OB Weidemann. Berlin, 1.7.1937. A 5.6 Nr. 93.

⁹⁹⁵ May, Paul: Vom Bürgermeisteramt in der Zeit des Zusammenbruchs 1945. Halle, 23.4.1946, S. 6. ZG 23 a Nr. 2. SAH.

behandelt. Dies dient neben der erstmaligen Aufarbeitung dieser Vorgänge als Vergleichsbeispiel für Würzburg. Dort sind nur sehr wenige und bei weitem nicht so ausführliche Akten betreffend das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums und Personalentscheidungen vorhanden.

Am 26. Mai 1933 schrieb der Fachschaftsleiter der NS-Beamtenabteilung einen Brief an den Magistrat von Halle und die örtliche NSDAP-Fraktion. In diesem bemängelt er die mangelnden Anstellungen und Beförderungen der vergangenen Jahre. Dies habe eine gewisse Unruhe in die Beamenschaft der Stadt getragen. Er rät von Sparsamkeit im Personalsektor ab und bittet dringend um möglichst baldige Änderung dieser Verhältnisse.⁹⁹⁶ Augenscheinlich hofften die der Partei nahestehenden Beamtenkreise auf schnelle für sie positive Veränderungen durch die neue Regierung ungeachtet der schwierigen finanziellen Verhältnisse von Halle.

Im Verwaltungsbericht der Stadt Halle von 1933 ist zu lesen:

„Im Jahr 1933 musste als Folge der nationalsozialistischen Erhebung die Grundlage der Verwaltung neu gebaut werden. Der Parlamentarismus musste dem Führertum weichen. Das beeinflusste wesentlich die Zusammensetzung des leitenden Beamtentums. Um eine unbedingte Gewähr für die Durchdringung der Verwaltung mit den Ideen des Nationalsozialismus zu erreichen, mussten unter den leitenden Beamten überwiegend die vertreten sein, die für diese Ideen schon vor der Erhebung gekämpft hatten und mit ihnen verwachsen waren.“⁹⁹⁷

Die Marschrichtung war also klar vorgegeben. Schon mit dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums versuchten die Nationalsozialisten 1933 die Verwaltung des Reiches von ihnen missliebigen Personen zu säubern. Zuerst sortierte man nach „Rasse“, dann nach Parteizugehörigkeit aus.⁹⁹⁸ Der § 6 des Berufsbeamtengesetzes ermöglichte die Entlassung zur Vereinfachung der Verwaltung, wodurch viele missliebige Beamte recht einfach entfernt werden konnten. Es liegt in der ureigenen Natur von Diktaturen, dass ihr oberstes Ziel stets der eigene Machterhalt um jeden Preis ist. So war die Partei Hitlers darum bemüht, dass die Staatsdiener nicht nur nicht zu ihren Gegnern zählten, sondern auch die nationalsozialistische Weltanschauung und am besten noch das Parteibuch teilten. Dementsprechend zeigte sie sich darum bestrebt, selbst auf der untersten Verwaltungsebene, dem Stadtrat, möglichst viele Parteigenossen zu haben. Dies sicherte

⁹⁹⁶ Schreiben des Fachschaftsleiters der NS-Beamtenabteilung an den Magistrat Halle. Halle, 26.5.1933. A 2.34 001-2/4 Nr. 17 N Bd. 1. SAH.

⁹⁹⁷ Verwaltungsbericht des Zentralbüros 1933, S. 1. A 2.9 Kap. II Abt. E Nr. 160 Bd. 2. SAH.

⁹⁹⁸ Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Vom 20. Juli 1933. RGBl I 1933, S. 518. Zugehörigkeit von Beamten usw. zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Runderlass des Ministers des Innern zugleich im Namen des Ministerpräsidenten und sämtlicher Staatsminister vom 24.7.1933. Dokument 43. BRANDT: Die politische Treuepflicht, S. 123.

zum einen deren Loyalität gegenüber der Regierung und ihrem Programm (ab Februar 1936 war es Beamten sogar untersagt, die Partei zu verlassen)⁹⁹⁹, zum anderen konnten die örtlichen Parteispitzen stolz die „Nazifizierung“ ihrer lokalen Verwaltungen nach oben weitermelden. Allerdings stellte sich die NSDAP hierbei selbst ein Bein. Hitler höchstpersönlich hatte im zweiten Band von „Mein Kampf“ geschrieben, dass auf zehn Anhänger der Bewegung nur ein bis zwei Parteimitglieder kommen würden.¹⁰⁰⁰ Denn um Opportunisten von der gerade erst erstrittenen Macht über Deutschland fernzuhalten und sogenannte „Alte Kämpfer“ nicht zu verärgern, schloss die Partei ab Mai 1933 von wenigen Ausnahmen abgesehen ihre Pforten für Neuaufnahmen. Erst 1937 öffnete sie sich wieder für gewisse Personengruppen, ohne aber eine wirkliche Massenpartei werden zu wollen. Zuerst galt die Maximalgrenze von fünf Prozent, später von zehn Prozent der Staatsbürger, die Parteigenosse werden durften. Hierdurch hätte neben den bereits genannten Gründen auch die Gefahr der Unterwanderung durch Personen bestanden, die den Kurs der Partei beeinflusst hätten. Damit stand die NSDAP vor einem Dilemma, weil sie gerade den Beamten, die man sehr gerne ins Boot geholt hätte, durch Aufnahmestopp den Zutritt verweigerte. Ein weiteres Fenster für alle Interessierten entstand erst wieder zwischen 1939 und 1942, nur um sich danach wieder umso rigider für Neuaufnahmen zu verschließen.¹⁰⁰¹ Das Ziel war stets, die Deutschen in möglichst viele NS-Organisationen einzubinden. Die Partei sollte aber den überzeugten Nationalsozialisten vorbehalten bleiben.

In Halle mussten alle Beamten zunächst den vorgegebenen Fragebogen zum Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums bis zum 6. Juli 1933 im Personalbüro abgeben.¹⁰⁰² Zu diesem Zeitpunkt konnte bereits vermeldet werden, dass in Halle kein nichtplanmäßiger Beamter ohne arische Abstammung mehr beschäftigt wurde.¹⁰⁰³ Auf Reichsebene gesehen stand die nicht betroffene Beamenschaft dem neuen Gesetz positiv gegenüber. Man hoffte damit, die eigene privilegierte Stellung wiederzugewinnen und zu zementieren, unliebsame Kollegen loszuwerden und gleichzeitig auf Beförderungschancen durch die freigewordenen Stellen. Dieser Zustand währte jedoch nur so lange, bis man realisierte, dass die plötzliche

⁹⁹⁹ Austritt von Beamten aus der NSDAP. Runderlass des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 27. Februar 1936. Dokument 45. BRANDT: Die politische Treuepflicht, S. 126.

¹⁰⁰⁰ HITLER: Mein Kampf, S. 652.

¹⁰⁰¹ FALTER: Wer durfte NSDAP-Mitglied werden, S. 15.

¹⁰⁰² Schreiben des OB an die Dienststellenleiter. Halle, 29. Juni 1933. Maßnahmen auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Sammlung der Anträge. Personalamt 1933-1940. A 2.34 001-2/6.1 N Bd. 3.

¹⁰⁰³ Vermerk, 6.6.1934. A 2.34 001-2/4 Nr. 1 N Bd. 1. SAH.

Rechtsunsicherheit und die Möglichkeit der Entlassung ohne Rechtsmitteleinlegung jeden treffen konnte.¹⁰⁰⁴

Oberbürgermeister Weidemann schrieb noch an den Regierungspräsidenten: „Die Beantwortung der Fragebogen gibt in keiner Hinsicht zu Bedenken Anlass, auch soweit einzelne Beamte der SPD. oder USPD. angehört haben.“¹⁰⁰⁵ Er selbst schien also mit der ihm unterstellten Beamtenschaft zufrieden zu sein, und hatte scheinbar anfangs nicht vor, größere Entlassungswellen zu veranlassen, wohlwissend, dass ein ähnlich qualifizierter Ersatz nicht leicht zu finden war. Die Bearbeitung der abgegebenen Fragebögen übernahm der am 4. Mai 1933 zum unbesoldeten Stadtrat gewählte Laborant und Nationalsozialist Bruno Czarnowski aus der Personalabteilung.¹⁰⁰⁶ Er entschied dann *de facto* über Personalentlassungen nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Denn fast alle Entlassungsvorschläge, die er an Oberbürgermeister Weidemann weiterleitete, setzte dieser auch um. Hierbei nahm sich Weidemann Vordrucke zu Hilfe, bei denen für die sofortigen Beurlaubung und die Entlassung aus dem städtischen Dienst entweder das nicht gegebene „rückhaltlose Eintreten für den nationalen Staat“¹⁰⁰⁷ oder aber „Betätigung im marxistischen Sinne“¹⁰⁰⁸ als Begründung herhielten.¹⁰⁰⁹ In Ausnahmefällen empfahl Czarnowski eine erneute Prüfung; hierbei hatte der Kreisfachschaftsleiter der NSDAP-Beamtenabteilung auch mitzureden.¹⁰¹⁰ Die Entlassungen galten immer zum 31. August 1933. Die Betroffenen hatten also nur sehr kurz Zeit, um zu reagieren, und sich auf den bevorstehenden Verdienstausfall einzustellen. Die verpflichteten Fragebögen hatten auch einen Einschüchterungscharakter, der bei der Beamtenschaft nicht ohne Wirkung blieb.¹⁰¹¹ Wohlgermerkt wandte man durch eine entsprechende Durchführungsverordnung vom 4. Mai 1933 das Berufsbeamtengesetz auch auf Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst an.¹⁰¹²

¹⁰⁰⁴ MÜHL-BENNINGHAUS: Beamtentum in der NS-Diktatur, S. 107ff.

¹⁰⁰⁵ Schreiben des OB an Regierungspräsidenten in Merseburg. Halle, 14. Juli 1933. Maßnahmen auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Sammlung der Anträge. Personalamt 1933-1940. A 2.34 001-2/6.1 N Bd. 3.

¹⁰⁰⁶ Verwaltungsbericht des Zentralbüros 1933, S. 2.

¹⁰⁰⁷ Dies ist ein Zitat aus § 4 vom Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums: „Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden.“ RGBl I 1933, S. 175.

¹⁰⁰⁸ Zitat aus § 2a (2) der Ergänzung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Vom 20.7.1933. „Zu entlassen sind auch Beamte, die sich in Zukunft im marxistischen (kommunistischen oder sozialdemokratischen) Sinne betätigen.“ RGBl I 1933, S. 518.

¹⁰⁰⁹ A 2.34 001-2/6.1 N Bd. 1-3.

¹⁰¹⁰ Schreiben des Kreisfachschaftsleiters der NSDAP-Beamtenabteilung an den Magistrat. Halle, 14.8.1933. A 2.34 001-2/6.1 N Bd.1.

¹⁰¹¹ MÜHL-BENNINGHAUS: Beamtentum in der NS-Diktatur, S. 110.

¹⁰¹² § 1 Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Vom 4.4.1933. RGBl I 1933, S. 233.

Die Entlassungen gestalteten sich in Halle bis zum Abschluss der Maßnahmen im Oktober 1934 wie folgt:¹⁰¹³

-23 Arbeiter auf Grund von **§ 2a**

„Zu entlassen sind auch Beamte, die sich in Zukunft im marxistischen (kommunistischen oder sozialdemokratischen) Sinne betätigen.“¹⁰¹⁴

-10 Beamte auf Grund von **§ 6**

„Zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte in den Ruhestand versetzt werden, auch wenn sie noch nicht dienstunfähig sind.“¹⁰¹⁵

-4 Beamte, 1 Angestellter und 11 Arbeiter auf Grund **§ 4**

„Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden.“¹⁰¹⁶

-1 Angestellte wegen **§ 3** („Arierparagraph“)

„Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand [...] zu versetzen;“¹⁰¹⁷

Insgesamt entließ Halle auf Grund dieses Gesetzes 14 Beamte, 2 Angestellte und 34 Arbeiter, also 50 Personen. Das Fazit des Verwaltungsberichts von 1933 lautete dazu: „Der Bestand der aktiven städtischen Beamten wurde von den Maßnahmen auf Grund des B.B.G. nur wenig beeinflusst.“¹⁰¹⁸ Es ist jedoch davon auszugehen, dass dies auch in einem anderen Fall keine andere Beurteilung gefunden hätte. Allerdings nennt der Verwaltungsbericht auch nur fünf wegen des Gesetzes ausgeschiedene, bzw. in den Ruhestand versetzte Beamte. Neun weitere Verfahren schwebten zum Jahreswechsel noch, was wieder zur Gesamtzahl von 14 entlassenen Beamten bis Oktober 1934 führt. Ein Verlust an Beamten in dieser Größenordnung muss für eine Stadtverwaltung gewichtige Auswirkungen gehabt haben. Hierzu fehlen entsprechende Quellen. Zieht man die Arbeiter von der Gesamtzahl der durch das Berufsbeamtengesetz Entlassenen ab, da diese, da minder qualifiziert, leichter zu ersetzen sind, bleiben 37 Personen übrig, was gemessen am Personalbestand vom 1. April 1933 eine Quote von 3,5 Prozent ergibt.¹⁰¹⁹

1933 schieden aus unterschiedlichen Gründen insgesamt 37 Beamte aus dem Magistrat aus, 30 neue kamen hinzu. Damit verfügte die Stadt

¹⁰¹³ Nachweisung zur Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten vom 29.9.1934. Der OB, i.V. May. Halle, 9.10.1934. Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Personalamt 1934-1937. A 2.34 001-2/6.1 H Bd. 2.

¹⁰¹⁴ RGBI I 1933, S. 518.

¹⁰¹⁵ RGBI I 1933, S. 176.

¹⁰¹⁶ Ebenda, S. 175.

¹⁰¹⁷ Ebenda, S. 175.

¹⁰¹⁸ Verwaltungsbericht des Zentralbüros 1933, S. 7.

¹⁰¹⁹ Am 1. April 1933 verfügte Halle über 490 Beamte und Wartestandsbeamte, 50 Beamtenanwärter, 521 Angestellte, was addiert 1.061 Personen ergibt. Verwaltungsbericht des Zentralbüros 1933, S.7ff.

1934 noch über 483 Beamte. Bis Ende März 1934 befanden sich unter diesen 29 „Alte Kämpfer“ (sechs Prozent). Auch bei den städtischen Angestellten wurden offen „Alte Kämpfer“ bei der Einstellung bevorzugt. Unter den im Vergleich zum Vorjahr um 66 Personen angestiegenen 587 Angestellten der Stadt Halle, waren 1934 65 „Alte Kämpfer“ (elf Prozent).¹⁰²⁰

Wer politisch oder durch seine Abstammung „belastet“ erschien und im Dienst blieb, dem wurde zumindest die Beförderung verweigert. Dies regelte ein Runderlass vom 21. Juni 1934 für Beamte, die der SPD angehört oder sich gegen die Erhebung gestellt hatten, nicht rein arischer Abstammung waren oder mit „Nichtarierinnen“ verheiratet waren.¹⁰²¹

Die Ausfüllung der Fragebögen betreffend der „Ariernachweis“ zog sich in Halle sehr hin. Anfang 1936 musste festgestellt werden, dass zwar nach den bisherigen Erkenntnissen keine nach dem Gesetz zu entlassende Juden mehr in der Stadtverwaltung tätig waren, die beschäftigten Beamten und Angestellten jedoch noch immer nicht vollständig ihre Fragebögen abgegeben hatten. Dies hing unter anderem damit zusammen, dass dies 1933 für Frontkämpfer noch nicht zur Pflicht gemacht worden war, und bei einigen die Vermittlung durch Konsulate notwendig war. Zwei als „Mischlinge ersten Grades“ eingestufte Personen blieben auf Wunsch Weidemanns weiterhin beschäftigt: Der ständig angestellte Techniker Benno Heynemann und der Branddirektor Martin Rohr. Beide gehörten einer christlichen Konfession an.¹⁰²² Die Arbeitsstelle von Heynemann und Rohr blieb zwar gesichert, dies schützte sie jedoch nicht vor übler Nachrede. So beschwerte sich etwa im Juli 1935 ein Stadtobersekretär lautstark, dass besagter Branddirektor als Jude noch weiterhin seinen Posten habe, und dessen Sohn zur HJ gehen dürfe.¹⁰²³ Nachdem ein Zeuge dies meldete, kam es immerhin zu einer Entschuldigung des Mitarbeiters gegenüber Rohr.¹⁰²⁴

Drei gemäß Nürnberger Rassegesetz als „Mischlinge“ beziehungsweise mit einem „Mischling“ verheiratet eingestufte Personen blieben weiterhin im Dienst. Erst die sich verschärfende Gesetzeslage machte deren

¹⁰²⁰ Verwaltungsbericht des Zentralbüros 1933, S. 7ff.

¹⁰²¹ Keine Beförderung von Beamten, die früher zur SPD gehörten usw. Nachrichtendienst des Deutschen Gemeindetages. Nr. 22, 21.7.1934.

¹⁰²² Vermerk von May zum Ariernachweis der Beamten und Angestellten. Halle, 6.1.1936. A 2.34 001-2/4 Nr. 1 N Bd. 1. Schreiben von May an den Regierungspräsidenten in Merseburg. Halle, 14.1.1936. Ebenda. Schreiben von OB Weidemann an den Regierungspräsidenten in Merseburg. Halle, 29.6.1934. C 48 Ia Regierung Merseburg. Kommunalregistrierung Nr. 578 Bd. 19 „Das Magistratspersonal zu Halle, 1934–1947“. LASA.

¹⁰²³ Erklärung von Feuerwehrmann Gerhard Lindner. Halle, 5.8.1935. A 2.34 001-2/3 Nr. 8 N Bd. 1.

¹⁰²⁴ Erklärung von Stadtobersekretär Ernst Greiner. Halle, 5.9.1935. Ebenda.

Beschäftigung schwieriger.¹⁰²⁵ Dennoch verblieben die drei nachweislich bis mindestens Januar 1945 im Öffentlichen Dienst.¹⁰²⁶

Rive war nicht die einzige Person, der die Anerkennung nach dem vollzogenen Machtwechsel versagt wurde. Für 25 Jahre ununterbrochene Tätigkeit bekamen Beamte, Angestellte und Arbeiter der Stadt Halle eine Ehrengabe zur Würdigung ihrer Verdienste. Als im Oktober 1933 mehrere Beamte ihr 25-jähriges Dienstjubiläum feierten, untersagte es Weidemann, drei Feuerwehrbeamten ein Glückwunschsreiben zukommen zu lassen, da gegen sie wegen Paragraph 4 des Berufsbeamtengesetzes ein Verfahren eingeleitet worden war. Den Fall von fünf weiteren Feuerwehrbeamten, die vormalig der SPD angehört hatten, wollte Weidemann zunächst prüfen lassen.¹⁰²⁷ Dies war bereits das erste Anzeichen dafür, dass auch in Halle der politische Hintergrund künftig sehr wichtig sein würde.

In den Verzeichnissen der demnächst ihr 25. Dienstjahr feiernden Personen findet sich hierauf mehrfach der rote Vermerk „SPD“, „Reichsbanner“ und einmal „USPD“. Diese 32 hiervon betroffenen Beamten und Angestellten wanderten schließlich in eine spezielle Liste, von der sie wiederum bis auf zwei Personen gestrichen wurden: Direktor Prof. Hellmuth Wolff und der ehemaligen Oberbürgermeister Rive. Daraus lässt sich folgern, dass nur diese beiden berücksichtigt wurden, für die anderen stellte die ehemalige Zugehörigkeit zu einer verbotenen Partei bzw. Vereinigung ein Ausschlusskriterium für die Würdigung ihrer Leistung im Dienste der Stadt dar. Zwei weiteren Beamten wurde 1937 eine Ehrung durch ihre Zugehörigkeit zu einer Freimaurerloge verwehrt.¹⁰²⁸ Wer also in Halle nicht vollständig auf der Linie der Nationalsozialisten (gewesen) war, der sollte künftig auch keine Anerkennung erhalten – selbst für 25 Jahre im Dienst der Stadt.

Auch wenn der gewählte Oberbürgermeister Velthuysen zugunsten des NSDAP-Kandidaten Weidemann weichen musste, so blieben seine über viele Jahre hinweg erbrachten Leistungen bei der Regierung noch immer geschätzt. Man versuchte, ihn in einer anderen leitenden Stellung weiter zu

¹⁰²⁵ Aktenvermerk vom 19.8.1937. A 2.34 001-2/4 Nr. 1 N Bd. 1.

¹⁰²⁶ Vertrauliches Schreiben von OB Weidemann an den Regierungspräsidenten betreffend jüdische Mischlinge und jüdisch Versippte im öffentlichen Dienst. Halle, 3.1.1945. A 2.34 001-2/4 Nr. 1 N Bd. 1.

¹⁰²⁷ Vermerk von OB Weidemann. Halle, 20.9.1933. A 2.34 001-4/2.1 H Bd. 1. SAH.

¹⁰²⁸ Verzeichnis der Ruhestandsbeamten, die 25 Jahre und länger im Dienste der Stadt Halle gewesen sind. Dienstprämien. Ehrengabe an städtische Bedienstete. Hauptakten. Personalamt 1925-1937. A 2.43 001-4/2.1 H Bd. 1. Beamte, Angestellte u. Arbeiter, die seit mindestens 25 Jahren im Dienst der Stadt Halle stehen. Ebenda. Handschriftliche Liste der fraglichen Beamten und Angestellten. Ebenda. Aktenvermerk. Halle, 29. Mai 1937. Dienstprämien. Ehrengabe an städtische Bedienstete. Hauptakten. Personalamt 1925-1937. Ebenda.

beschäftigen. Hierzu gab Velthuysen im Juli 1933, nunmehr offiziell Oberbürgermeister im Ruhestand, auch seine Zustimmung.¹⁰²⁹

Unter das neue Berufsbeamtengesetz sollte nachträglich jedoch auch er fallen. Obwohl Velthuysen bereits im Mai seine Ruhestandsversetzung beantragt hatte – was von den Stadtverordneten genehmigt worden war – stellte der neue Oberbürgermeister Weidemann am 26. Juni 1934 den rückwirkenden Antrag, ihn auf Grund von § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums in den Ruhestand zu versetzen.¹⁰³⁰ Grund hierfür war die Auffassung, dass die städtischen Körperschaften gar nicht dazu berechtigt gewesen wären, Velthuysen ohne nachgewiesene Dienstunfähigkeit in den Ruhestand zu versetzen. Der Regierungspräsident in Merseburg plante jedoch eine einfache Lösung: Der rechtsungültige Beschluss sollte mit rückwirkender Kraft einfach für rechtsgültig erklärt werden. Damit „[...] Velthuysen, dessen Wiederverwendung in Aussicht genommen ist, [...] nicht mit dem Odium behaftet wird, nach § 6 des Wiederherstellungsgesetzes in den Ruhestand versetzt worden zu sein.“¹⁰³¹ Der preußische Minister des Innern wartete aber mit einem noch simpleren Weg auf: Solange niemand den Rechtsvorgang angriff, müsste auch nichts daran geändert werden.¹⁰³² Dieser Vorgang ist ein denkwürdiges Beispiel dafür, wie führenden Nationalsozialisten das Recht brachen, beugten und ignorierten.

Damit jedoch nicht genug. Im Jahr 1937 war Velthuysen, mittlerweile Bürgermeister von Altona, als der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein bei der Prüfung seiner Personalien feststellte, dass dieser angeblich eine kurze Zeit in Halle Beziehungen zur Demokratischen Partei unterhalten habe. Da der Oberpräsident hierauf unverzüglich eine Untersuchung für einen Vorgang von vor 17 Jahren anordnete, zeigt sich das enorme Misstrauen selbst gegenüber deutschnationalen Beamten.¹⁰³³

Auch nach dieser Entlassungswelle blieb die NSDAP der Beamtenschaft gegenüber vorsichtig. So fand der Hallesche Kreisamtsleiter bei einer Befragung unter den Beamten Ende 1934 überrascht und entsetzt zugleich heraus, dass Interessensvereine für Magistratsbeamte existierten. Diesen unterstellte er sofort, sich gegenseitig bei Beförderungen zu unterstützen. Daher bat er um deren Auflösung durch den Oberbürgermeister.¹⁰³⁴ Eine

¹⁰²⁹ Brief von Velthuysen an den Regierungspräsidenten in Merseburg. St. Jacob im Defereggental, 8.7.1933. Personalakte Velthuysen.

¹⁰³⁰ Schreiben von OB Weidemann an den Regierungspräsidenten in Merseburg. Halle, 26.6.1934. Personalakte Velthuysen.

¹⁰³¹ Schreiben des Regierungspräsidenten an den Minister des Innern. Merseburg, 14.8.1934. Personalakte Velthuysen.

¹⁰³² Schreiben des Preußischen Ministers des Innern an den Regierungspräsidenten in Merseburg. Berlin, 6.9.1934. Personalakte May.

¹⁰³³ Vertrauliches Schreiben des Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein an den Regierungspräsidenten in Merseburg. Kiel, 16.10.1937. Personalakte Velthuysen.

¹⁰³⁴ Schreiben des Kreisamtsleiters Hartmann an OB. Halle, 6.12.1934. Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Personalamt 1934-1937. A 2.34 001-2/6.1 H Bd. 2.

davon identifizierte der Kreisamtsleiter als „Wettinia und Hansa“, der sogar mehrere Parteigenossen angehörten. Er befürchtete, die Beamten würden sich in dieser Vereinigung Posten zuschieben und sich gegenseitig unterstützen. Bei diese „Vereinigung“ handelte es sich jedoch um ein 1864 gegründetes Hallenser Corps namens Wettinia et Askania. Oberbürgermeister Weidemann hielt es jedoch „[...] nicht für erforderlich und mich auch nicht für berechtigt, die Auflösung der Vereinigung zu betreiben.“¹⁰³⁵ Dies zeigt erneut das starke Misstrauen der lokalen NSDAP gegenüber Beamten und das gleichzeitige Unwissen von den halleschen Verhältnissen.

Der Kaufmann Willy Hopf war am 4. Mai 1933 zum Mitglied des Sparkassen- und Hospitalvorstandes gewählt worden. Er wurde aber am 19. Dezember 1934 durch Beschluss des Obersten Parteigerichts aus der NSDAP ausgeschlossen. Oberbürgermeister Weidemann entschied daher:

„Da Hopf somit das Vertrauen der Partei nicht mehr besitzt und die Voraussetzungen nicht mehr erfüllt, unter denen er zum Mitglied des Sparkassen- und Hospitalvorstandes gewählt worden ist, habe ich ihn am 15. Februar 1935 gemäß § 21 Abs. 2 GVG. Mit sofortiger Wirkung von der Tätigkeit [...] entbunden.“¹⁰³⁶

Die Begründung dieser Entscheidung erschien dem Regierungspräsidium jedoch als zweifelhaft, da es keine satzungsmäßig zwingende Verbindung von Ehrenamt und Parteimitgliedschaft sah. Stattdessen wurde eine Überprüfung der Grundlagen des Parteiausschusses und hiernach eine etwaige Entlassung aus dem Amt mangels Ehrhaftigkeit empfohlen.¹⁰³⁷ Da zu diesem Vorgang keine weiteren Akten existieren, erhob Hopf offenbar aber keine Beschwerde.

Am 29. April 1935 forderte ein Erlass des Reichsministers des Innern, dass zehn von 100 der im Rechnungsjahr 1935 frei werdenden Planstellen im unteren und einfachen mittleren Dienst mit verdienten Nationalsozialisten zu besetzen seien. In Halle waren 19 Stellen frei, von denen 14 zu diesem Zeitpunkt schon durch planmäßige Anstellung belegt waren. Für die fünf übrigen Stellen befanden sich aber bereits elf Versorgungsanwärter in der Probendienstleistung. Daher stellte man fest, dass der Runderlass nicht befolgt werden konnte.

Am selben Tag, ein Jahr später, kam der gleiche Erlass noch einmal, diesmal für 1936. Zu diesem Zeitpunkt waren acht Stellen frei, für die aber bereits 17 Versorgungsanwärter im Probendienst standen. Daher konnte wiederum kein verdienter Nationalsozialist einen Posten erhalten. Dennoch

¹⁰³⁵ Schreiben des OB an Kreisamtsleiter Hartmann. Halle, 4.4.1935. Ebenda.

¹⁰³⁶ Schreiben von OB Weidemann an den Regierungspräsidenten in Merseburg betreffend Beschwerde des Kaufmanns Willy Hopf. Halle, 22.2.1935. C 48 Ia Nr. 578 Bd. 19.

¹⁰³⁷ Schreiben vom Regierungspräsidenten an OB Weidemann. Merseburg, 1.3.1935. Ebenda.

hat die Stadt trotz der Schwierigkeiten einen einzigen verdienten Parteigenossen eingestellt.¹⁰³⁸

Erst ein vertraulicher Brief des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 19. November 1937, mit der Forderung, die Maßnahmen zur Unterbringung von verdienten Nationalsozialisten mit tunlichster Beschleunigung zum Abschluss zu bringen, zeigte mehr Wirkung.¹⁰³⁹ So wurden erst mit reichlicher Verspätung bis zum 1. Juni drei und bis zum 1. Juli 1938 neun weitere „Alte Kämpfer“ in Halle in das Beamtenverhältnis überführt.¹⁰⁴⁰

In Halle tat man sich offenbar schwer, NSDAP-Mitglieder gegenüber länger auf eine Stelle wartenden und möglicherweise qualifizierteren Personen vorzuziehen.

Bis zum 1. September 1935 musste jeder Beamte einen Bogen ausfüllen, ob er einer zu diesem Zeitpunkt bereits verbotenen Freimaurerloge angehörte.¹⁰⁴¹ In Halle waren dies 14 Beamte und sieben Ehrenbeamte.¹⁰⁴²

Auch der Rotary-Club wurde trotz seiner Anbiederungsversuche der NSDAP verdächtig, weshalb der Reichsminister des Innern am 24. Juni 1937 den leitenden Beamten nahelegte, eine entsprechende Mitgliedschaft zu beenden. Dies galt auch für Bürgermeister und Beigeordnete der Gemeinden.¹⁰⁴³ Dementsprechend gab Weidemann seinem Bürgermeister May anheim, eine eventuelle Mitgliedschaft aufzuzeigen und sobald als möglich aufzugeben. May gehörte dem Rotary-Club jedoch nicht an.¹⁰⁴⁴

Die NS-Beamtenabteilung für den Stadtkreis Halle und Saalekreis, eine Organisation der NSDAP, war stets bemüht, ihre Ideologie in der Beamenschaft zu verwurzeln. In ihrem Eifer und der selbstprojizierten Wichtigkeit mischte sie sich gerne in höhere Belange ein. So beschwerte sich die örtliche NS-Beamtenabteilung am 1. März 1934 bei Bürgermeister May, dass bei der Aufstellung des Stellenplans für das laufende Rechnungsjahr keine alten bewährten Parteigenossen berücksichtigt wurden und regte zur Nachbesserung an.¹⁰⁴⁵ May erwiderte, dass der vom Oberbürgermeister (!)

¹⁰³⁸ Aktenvermerk vom 28.1.1937. A 2.34 001-2/4 Nr. 18 N Bd. 1. SAH.

¹⁰³⁹ Schreiben von Pfundtner an die Regierungspräsidenten. Berlin, 19.11.1937. A 2.34 001-2/4 Nr. 18 N Bd. 1.

¹⁰⁴⁰ Aktenvermerk von Ob Weidemann. Halle, 2.7.1938. A 2.34 001-2/4 Nr. 18 N Bd. 1.

¹⁰⁴¹ Umdruck an die Dienststellen. Halle, 24.7.1935. A 2.34 001-2/4 Nr. 3 N Bd. 1. SAH.

¹⁰⁴² Liste der Halleschen Beamten, die einer Freimaurerloge angehörten. A 2.34 001-2/4 Nr. 3 N Bd. 1.

¹⁰⁴³ Abschrift des Schreibens von Pfundtner. Berlin, 24.6.1937. A 2.34 001-2/4 Nr. 3 N Bd. 1. Zu Rotary siehe: SCHÄFER, HERMANN/DIEPOLD, PETER/HAUPTMEYER, CARL-HANS (Hrsg.): Rotary unter dem Nationalsozialismus. Lehren aus der Geschichte – für die Zukunft. Stuttgart, 2019.

¹⁰⁴⁴ Abschrift des Schreibens von Weidemann an May. Mit Marginalie von May. A 2.34 001-2/4 Nr. 3 N Bd. 1.

¹⁰⁴⁵ Schreiben der NS-Beamtenabteilung an May. Halle, 1.3.1934. A 2.34 001-2/4 Nr. 17 N Bd. 1.

verabschiedete Stellenplan lediglich einen Rahmen darstelle, in welchem nach dem dienstlichen Bedürfnis späterhin Stellenbesetzungen vorgenommen werden sollten.¹⁰⁴⁶

Damit nicht genug versandte der Kreisamtsleiter Hartmann am 10. März 1934 eigenmächtig ein Rundschreiben an alle Leiter des Amtes für Beamte in den Ortsgruppen. In diesem forderte er dazu auf, über die allgemeinen Verhältnisse samt des Personalwesens bei den Behörden, der Zugehörigkeit der wichtigsten Dienststellenleiter zur NSDAP, insbesondere der Amtsleiter, Haupt- und Generalienbüroinhaber und der Kassenleiter sowie „[...] über die etwa entstandenen Schwierigkeiten bei Durchführung der Gesetze, Verordnungen und Erlasse der nationalsozialistischen Regierung [...]“ zu berichten. Dies sollte binnen einer Woche geschehen.¹⁰⁴⁷

Vier Tage später kam die erste und einzige Rückmeldung. Sie war von der Steuerverwaltung. In dieser beklagte sich ein Beamter, dass die dortigen meisten Beamten und Angestellten noch wenig von der Idee des Nationalsozialismus erfasst seien. Das „Heil Hitler“ falle vielen noch schwer, vor allem dem Dezernent und Mitgliedern des „Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten“.¹⁰⁴⁸

Derartige Einmischungen und Bespitzelungen in seinen Geschäftsbereich durch die Partei duldeten Oberbürgermeister Weidemann jedoch nicht. Nachdem ihm jenes Schreiben Hartmanns drei Monate später vorgelegt worden war, verfasste er einen Brief an ihn, in dem er klarstellte, dass derartige Rundschreiben keineswegs mit den zwingenden Bestimmungen der Regierung zu vereinbaren seien. Er forderte eine Bestätigung, dass von derartiger Tätigkeit künftig Abstand genommen würde.¹⁰⁴⁹ Höflich bezugnehmend auf Weidemanns Brief, teilte Hartmann zwei Monate später hierauf

„[...] ergebenst mit, dass sich das Amt für Beamte jeglichen Eingriffs in innere Beamtenangelegenheiten entsprechend des Ministerialerlasses enthält, dagegen sich stets erlauben wird, dem Herrn Oberbürgermeister Anregung zur Beseitigung evtl. auftauchender Missshelligkeiten pp. mündlich oder schriftlich vorzutragen.“¹⁰⁵⁰

Immer wieder glaubten Beamte, auf Grund ihrer politischen Betätigung eine Sonderrolle zu haben. So fühlten sich die NSDAP-Mitglieder Supernumerar Krenzel und die Verwaltungssekretäre Mühle und Köhler mangels

¹⁰⁴⁶ Schreiben von May an die NS-Beamtenabteilung. Halle, 3.3.1934. A 2.34 001-2/4 Nr. 17 N Bd. 1.

¹⁰⁴⁷ Rundschreiben Nr. 18/34 von Kreisamtsleiter Hartmann an alle Leiter des Amtes für Beamte bei den Ortsgruppen. Halle, 10.3.1934. A 2.9 Kap. X Abt. B Nr. 8 Bd. 5. SAH.

¹⁰⁴⁸ Antwortschreiben von Otto [unleserlich] an Kreisamtsleiter Hartmann. Halle, 14.3.1934. A 2.9 Kap. X Abt. B Nr. 8 Bd. 5.

¹⁰⁴⁹ Schreiben von OB Weidemann an Kreisamtsleiter Hartmann. Halle, 13.6.1934. A 2.9 Kap. X Abt. B Nr. 8 Bd. 5.

¹⁰⁵⁰ Schreiben von Kreisamtsleiter Hartmann an OB Weidemann. Halle, 4.6.A 2.9 Kap. X Abt. B Nr. 8 Bd. 5

Beförderungen zurückgesetzt, wie einer Beschwerde des „Amts für Beamte für den Stadtkreis Halle und Saalkreis“ bei Oberbürgermeister Weidemann zu entnehmen ist.¹⁰⁵¹ Dies stellte eine Missachtung des Dienstweges dar, wie Weidemann feststellte. Er wies

„[...] darauf hin, dass alle Beamten und Angestellten sich an mich als ihren Vorgesetzten zu wenden haben, wenn sie sich irgendwie zurückgesetzt fühlen. Ich gebe deshalb auch anheim, in Zukunft Beamte, die sich entgegen den bestehenden Bestimmungen an Sie zwecks Intervention wenden, unmittelbar zurück an mich verweisen.“¹⁰⁵²

In den entsprechenden drei Fällen sah er des Weiteren keine Zurücksetzungen oder Benachteiligungen, weswegen die erwünschten Beförderungen auch ausblieben.

In Halle wurden Listen geführt, wer im Magistrat der NSDAP und ihren Gliederungen angehörte. So gibt eine Liste der ehrenamtlichen Beigeordneten und Ratsherren Auskunft über Parteieintritt, Mitgliedsnummer und NS-Organisationen. Nur ein Ratsherr hatte 1937 kein Parteibuch, dafür war er Mitglied im Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps.¹⁰⁵³ Auch bei einer von May weitergeleiteten Vorschlagsliste für neue Ratsherren gab es Spalten für Parteieintrittsdatum und Mitgliedsnummer. Von 32 darauf vermerkten Personen hatten nur zwei kein Parteibuch.¹⁰⁵⁴ Umso erstaunlicher ist es, dass May trotz seines hohen Postens in der Stadtverwaltung lange Zeit keine NSDAP-Mitgliedschaft vorweisen musste.

1937 waren im Deutschen Reich 90 Prozent der Assessoren Parteigenossen, 70 Prozent davon sogar „Alte Kämpfer“. Dies lässt darauf schließen, dass deutlich darauf geachtet wurde, möglichst nur noch NSDAP-Mitglieder zu verbeamten. Im letzten Friedensjahr gehörten sogar 99 Prozent der Regierungsreferendare der Partei oder einer ihrer beiden Kampforganisationen an.¹⁰⁵⁵

Die Ausschreibung der Stelle eines Stadtoberinspektors bei der Steuerverwaltung im Januar 1935 gibt jedoch Grund zur Annahme, dass zumindest bis zu diesem Zeitpunkt in Halle das Parteibuch keine Verpflichtung war. Hierin schrieb Oberbürgermeister Weidemann:

„Nach dem nationalsozialistischen Grundsatz, dass bei der Besetzung von höheren Beamtenstellen höchster Wert auf Leistung zu legen ist

¹⁰⁵¹ Schreiben des Kreisamtsleiters Hartmann an OB Weidemann. Halle, 14.12.1934. A 2.34 001-2/4 Nr. 17 N Bd. 1.

¹⁰⁵² Schreiben von OB Weidemann an Kreisamtsleiter Hartmann. Halle, 18.1.1935. A 2.34 001-2/4 Nr. 17 N Bd. 1.

¹⁰⁵³ Verzeichnis der Ratsherren. Stand vom 20.8.1937. Berufung der Ratsherren. Personalamt 1935-1939. A 2.34 001-3/6.2 N Bd. 1.

¹⁰⁵⁴ Vorschläge für Ratsherren der Stadt Halle. September 1935. Berufung der Ratsherren. Personalamt 1935-1939. A 2.34 001-3/6.2 N Bd. 1.

¹⁰⁵⁵ HATTENHAUER, HANS: Geschichte des Beamtentums (= Handbuch des Öffentlichen Dienstes. Band 1). Köln, Berlin und Bonn, 1980, S. 386.

neben voller Einsatzbereitschaft für den nationalsozialistischen Staat, soll die Auswahl auf breiter Grundlage und insbesondere nach strenger Prüfung der Leistung vorgenommen werden.

[...] Die Vorschläge sind sowohl bezüglich der bisherigen Tätigkeit der Beamten als auch der Eignung für die Beförderungsstelle nach strengem Maßstabe und mit größter Vorsicht abzugeben. Nicht zu berücksichtigen sind andere Gesichtspunkte, wie Parteizugehörigkeit, Alter, Gesundheitszustand. Das ist Sache besonderer Prüfung, die ich anderweit veranlasse.“¹⁰⁵⁶

Dem zuvor gegangen war im November 1934 ein Antrag der Steuerverwaltung, den Stadtinspektor Bender zur später ausgeschriebenen Stelle des Stadtoberinspektors. Hierin wurde ausdrücklich erwähnt, dass Bender Alter Kämpfer war.¹⁰⁵⁷

Die zitierte Quelle und weitere Ausschreibungen mit gleichem Textinhalt lässt dennoch darauf schließen, dass zumindest bis Mitte 1935 trotz der geführten Partei- und Organisationslisten die Mitgliedschaft in der NSDAP für Beförderungen keine *conditio sine qua non* war.¹⁰⁵⁸ Zum einen rang noch immer der Normenstaat mit dem Maßnahmenstaat, zum anderen war der Pool an qualifizierten Nationalsozialisten noch gering.

Ein weiterer Hinweis darauf, dass man auch ohne Parteibuch in der Halle'schen Stadtverwaltung die Gunst des Oberbürgermeisters erlangen konnte, ist der Fall des Verwaltungssekretärs Ernst Claus, der keiner der Kampforganisationen oder der NSDAP angehörte, nur dem Reichsbund Deutscher Beamter. Er hatte mehrere Eingaben gemacht, um seine Besoldungsgruppe zu verbessern. Claus war zuvor Stahlhelmmitglied gewesen, hatte sich jedoch geweigert, nach dessen erzwungener Auflösung in die SA überzutreten. Weidemann bemängelte zwar die in den Eingaben vorgebrachten Argumente, befürwortete aber dennoch gegenüber dem Regierungspräsidenten eine endgeldliche Besserstellung des Antragsstellers.¹⁰⁵⁹

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Halle durch die Vorgaben der Parteispitze einigen Ärger hatte. Neben der Entlassung fähigen Personals musste man sich mit Beschwerden von Beamten mit Parteibuch auseinandersetzen, die durch ihre politische Betätigung Vorteile einforderten. Hinzu kamen Bespitzelungen und Meldungen von Nichtigkeiten, mit denen man sich herumschlagen musste sowie die Einmischung von Parteiorganisationen in fremde Sachgebiete. All das haben die Nationalsozialisten in Kauf

¹⁰⁵⁶ Vertrauliches Schreiben von OB Weidemann. Halle, 7.1.1935. A 2.34 001-2/4 Nr. 17 N Bd. 1.

¹⁰⁵⁷ Schreiben der Steuerverwaltung an OB Weidemann. Halle, 19.11.1934. A 2.34 001-2/4 Nr. 17 N Bd. 1.

¹⁰⁵⁸ Schreiben von OB Weidemann an Stadtamtman Hohmuth bezüglich der Beförderung von Verwaltungssekretär Pötsch. Halle, 6.4.1935. A 2.34 001-2/4 Nr. 17 N Bd. 3.

¹⁰⁵⁹ Schreiben von OB Weidemann an den Regierungspräsidenten. Halle, 11.8.1936. A 2.34 001-2/4 Nr. 17 N Bd. 3.

genommen, um ihre Macht zu stabilisieren. War die Parteimitgliedschaft in den ersten zwei Jahren des Dritten Reichs für die Hallenser Stadtverwaltung wünschenswert aber noch nicht verpflichtend, änderte sich dies mit der Etablierung der Macht 1935. Der Normenstaat befand sich auf dem steilen Rückzug und ein Neuzuwachs an Nationalsozialisten bot Ersatz für altgediente Nichtparteimitglieder. Eine der letzten Ausnahmen bildete bis 1938 hierbei Paul May.

d) Der Stadtrat

Innerhalb weniger Monate wurde der Magistrat komplett umgewälzt und mit Nationalsozialisten besetzt. Dies ging folgendermaßen vor sich:

Der Stadtschulrat Dr. Truschel wurde bereits am 4. Mai 1933 zunächst beurlaubt und hiernach wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt. Auf seinen Posten folgte ihm der Studienrat und Nationalsozialist Dr. Grahmann aus dem 80 Kilometer entfernten Torgau am 24. Juli nach. Offenbar war der Mangel an halbwegs qualifizierten lokalen NSDAP-Mitgliedern so groß, dass man im weiteren Umfeld suchen musste. Von den zwölf unbesoldeten Stadträten schieden sieben am 22. Mai wegen des Ablaufs ihrer Wahlperiode aus, ein weiterer war bereits seit dem 3. April beurlaubt. Sodann wurden in der Sitzung am 4. Mai elf neue unbesoldete kommissarische Stadträte gewählt. Dass es sich bei diesen Personen allesamt um NSDAP-Mitglieder handelte, dürfte nicht überraschen. Die Zusammenlegung der Hoch- und Tiefbauverwaltung nahm man zum Anlass, um den bisherigen Stadtbaurat für Tiefbau ab dem 22. Juni erst zu beurlauben und im Folgejahr in den Ruhestand zu versetzen.¹⁰⁶⁰ Dessen Posten übernahm der Stadtbaurat und Architekt Wilhelm Jost, der als einer der ganz wenigen in der Stadtverwaltung ohne Parteibuch blieb (allerdings war er dafür Angehöriger der Reichskammer für Kultur und des Reichsbunds der deutschen Beamten).¹⁰⁶¹ Am 19. Juli 1933 erließ Weidemann ein zwei Paragraphen umfassendes Ortsstatut, in dem die Zahl der besoldeten Magistratsmitglieder (inklusive Ersten und Zweiten Bürgermeister) auf sieben festgelegt wurde. Davon war Ende des Monats jedoch bereits eine Stelle unbesetzt und eine kommissarisch verwaltet.¹⁰⁶² Auf Grund von § 6 des Beamtengesetzes (Vereinfachung der Verwaltung) versetzte man den Stadtrat Dr. Hiller und den Stadtsyndikus Hans Fischer in den Ruhestand. Dafür wählte man am 31. Juli den unbesoldeten kommissarischen Stadtrat Walter Tießler¹⁰⁶³

¹⁰⁶⁰ Verwaltungsbericht des Zentralbüros 1933, S. 2f.

¹⁰⁶¹ HOMAGK, MATHIAS: Wilhelm Jost. Architekt und Stadtbaurat in Halle an der Saale 1912-1939. Weimar, 2017, S. 311f.

¹⁰⁶² Vermerk. Halle, 29.7.1933. C 48 Ia Nr. 578 Bd. 19.

¹⁰⁶³ Tießler war bereits 57 Jahre alt und Oberpostinspektor. Es ist zu bemerken, dass er bereits seit 1922 NSDAP-Mitglied war, und sein ältester Sohn Gaugeschäftsführer und stellvertretender Gauleiter in Halle. Lebenslauf des Oberpostinspektors Walter Tießler. Halle, 6.5.1933. Ebenda.

zum besoldeten Stadtrat. Er nahm aber am 19. Oktober die Wahl an und wurde erst am 19. Dezember in sein Amt eingeführt.¹⁰⁶⁴ Bis zum Jahreswechsel folgten noch einige weitere Zu- und Abgänge im Magistrat. Damit nicht genug, erfuhr die Zahl der Stadträte eine Verkleinerung. Dies geschah durch eine in der Anfangszeit des Dritten Reichs übliche Methode: Aus einer Übergangslösung machte man eine dauerhafte. In Halle wählte man am 6. Juli einen Ferienausschuss, bestehend aus acht Personen. Mit dem Ende der Sommerferien löste sich dieser jedoch nicht auf, sondern blieb weiterhin installiert, bis aus dessen Mitgliedern am 1. Januar 1934 die vorläufigen Gemeinderäte wurden. Die überzähligen Stadträte beurlaubte man kurzerhand, bis sie noch vor Jahresende ausschieden. Weitere Gemeinderäte stammten aus der Parteinomenklatur: Der oberste örtliche Leiter der NSDAP, Kreisleiter Dohmgoergen und der rangälteste SA-Führer, Oberführer Alfred Ernst. Dass deren zeitintensive Parteibetätigung ihren kommunalen Verpflichtungen im Wege stehen könnte, war eigentlich voraussehbar. Dennoch rechtfertigte Weidemann diese reine machtpolitische Postenschacherei sogar im Handbuch der Verwaltungs-Akademie.¹⁰⁶⁵

Diese ganzen gravierenden Personalveränderungen zugunsten von Nationalsozialisten brachten natürlich auch viel Durcheinander und Übergangsbesetzungen mit sich, welche die kommunale Verwaltung behinderten. Ende 1933 besaß Halle nur noch 14 leitende Beamte. Diese setzten sich aus dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister und gleichzeitigen Stadtkämmerer, dem Stadtbaurat, dem Stadtschulrat, einem kommissarischen Stadtrechtsrat, zwei besoldeten Stadträten und sieben unbesoldeten kommissarischen Stadträten zusammen.

Von den 47 städtischen Deputationen, Kuratorien und Beiräten wurden zehn zu anderen zusammengefasst, sodass am 1. Januar 1934 nur noch 36 städtische Verwaltungsdeputationen existierten, deren Mitglieder zunächst die Aufgaben der Beiräte wahrnahmen.¹⁰⁶⁶

¹⁰⁶⁴ Schreiben von Tieföler an den Magistrat Halle. Halle, 19.10.1933. Ebenda. Schreiben von OB Weidemann an den Regierungspräsidenten Merseburg betreffend Stadtrat Tieföler. Halle, 19.12.1933. Ebenda.

¹⁰⁶⁵ „In dieser Rechtseinrichtung der ehrenamtlichen Beigeordneten bietet sich Gelegenheit, auch hauptamtlich tätige Amtsträger der örtlichen Bewegung in die Gemeindeverwaltung einzuschalten. Zwar werden sie regelmäßig nur ein kleines Dezernat führen können oder unter Umständen zeitweise auch gar keines, so dass sie in diesem Fall nur in den Beigeordnetenbesprechungen und sonstigen Beratungen tätig werden. Aber auf den Umfang der Tätigkeit kommt es viel weniger an als auf die Tatsache, dass in ihrer Person Partei und Gemeindeverwaltung eng verknüpft werden. Das ist für die Belange der Partei wie der Gemeinde in gleicher Weise bedeutsam. Die Partei erlangt hierdurch einen Einfluss auf die Gemeindeverwaltung, der ständig wirksam ist und sich nicht, wie die Tätigkeit des Parteibeauftragten, auf die erst nach Jahren wiederkehrenden Fälle der Personalbesetzung usw. beschränkt. Andererseits genießt die Gemeinde den Vorteil, dass sich Parteistellen in enger Weise mit ihr verbinden, was nicht nur das Amtsansehen steigert, sondern auch in den Parteikreisen ein erhöhtes Verständnis für die Besonderheiten der Verwaltung herbeiführt.“ WEIDEMANN: Gemeinde und Staat, Partei, Volk und Wirtschaft, S. 69f.

¹⁰⁶⁶ Verwaltungsbericht des Zentralbüros 1933, S. 3-6.

Das preußische Gemeindeverfassungsgesetz vom 15. Dezember 1933 verfügte, dass die Stadträte ihrer Stellung als Magistratsmitglieder enthoben wurden und nur noch als Beigeordnete fungierten. Damit degradierte man die einstige Bürgervertretung zu dem Oberbürgermeister deutlich untergeordneten Hilfskräften, auch wenn sie in Halle weiterhin den Namen Stadträte behielten, beziehungsweise den Titel Ratsherr führten. Die Paragraphen 32 und 34 der Gemeindeverfassung regelten das Führerprinzip: „Der Bürgermeister führt die Verwaltung in voller und ausschließlicher Verantwortung [...]“. ¹⁰⁶⁷ Sowie: „Der Bürgermeister kann jede Angelegenheit an sich ziehen.“ ¹⁰⁶⁸

Damit war Weidemann nun der Führer der Gaustadt Halle und nur dem über ihn stehenden Gauleiter verpflichtet. Auch die Stadtratssitzungen wurden hierdurch hinfällig. Weidemann erachtete es jedoch als sinnvoll, die nunmehrigen Beigeordneten weiterhin zu regelmäßigen wöchentlichen Besprechungen einzuberufen. Diese sollten entweder von ihm oder May geleitet werden. ¹⁰⁶⁹ Ein Jahr später reduzierte Weidemann „zur Geschäftseinfachung“ die zu besprechenden Tagesordnungspunkte. ¹⁰⁷⁰

Von den Jahren 1934 und 1935 sowie 1937 bis 1945 sind Anwesenheitslisten der Hallenser Gemeinderatssitzungen überliefert. May gehörte zu den Personen, die am häufigsten präsent waren. Von den 18 Sitzungen des Jahres 1934 fehlte er nur ein Mal. Oberbürgermeister Weidemann hingegen war nur bei sieben Sitzungen anwesend, Gauleiter Jordan als Beauftragter der NSDAP bei keiner einzigen. 1935 gab es nur noch 14 Sitzungen, bei denen May wiederum nur einmal nicht anwesend war. Jordan kam nur zu einer einzigen Sitzung, Weidemann zu zehn. Bei den 1937 bis 1945 überlieferten 31 Sitzungen war Weidemann nur bei 17 anwesend. May hingegen fehlte nur bei einer einzigen. ¹⁰⁷¹ Der Gauleiter beanspruchte zwar den Posten als Parteibeauftragter in seiner Gauhauptstadt für sich, nahm ihn aber nicht sichtbar wahr.

Die Anzahl und Besetzung der Stadträte waren in Halle ein ständiges und bis zum Kriegsende ungelöstes Thema. ¹⁰⁷² Nach der Machtübernahme

¹⁰⁶⁷ § 32 Absatz 1 DGO.

¹⁰⁶⁸ § 35 Absatz 2 DGO.

¹⁰⁶⁹ Anordnung des OB zu Beigeordnetenbesprechungen. Halle, 30.12.1933. A 2.36 Nr. 1372 Bd. 1. SAH.

¹⁰⁷⁰ Anordnung des OB zu Beigeordnetenbesprechungen. Halle, 11.8.1934. A 2.36 Nr. 1372 Bd. 1.

¹⁰⁷¹ Anwesenheitsliste für die Sitzung der Gemeinderäte 1934. A 2.21 000-1/6.3 Bd. 10. Anwesenheitsliste für die Sitzung der Gemeinderäte 1935. Ebenda. Anwesenheitsliste der Magistratsmitglieder 1937-1945. KS 36 a.

¹⁰⁷² Gleiches war übrigens auch in Frankfurt a.M. zu beobachten. TÜFFERS, BETTINA: Politik und Führungspersonal der Stadtverwaltung Frankfurt am Main. Die personelle

hatten die Bürgermeister noch einen großen Gestaltungsspielraum bei ihrer Personalpolitik in den Gemeindeparlamenten gehabt. Dies änderte sich jedoch 1934. Von nun an mussten sie eine Kandidatenliste an den Regierungspräsidenten übergeben, der dann zusammen mit dem Gauleiter die genehmen Gemeinderäte aussuchte. Durch diese Maßnahme konnten die Gauleitungen ihren Einfluss sichern, gleichzeitig aber auch die anderen NS-Organisationen berücksichtigen.¹⁰⁷³

Die Hallenser Ortssatzung vom 23. April 1934 sah sieben hauptamtlich tätige Beamte (inklusive Oberbürgermeister) und acht Stellen für ehrenamtlich tätige Beamte vor.¹⁰⁷⁴ Weidemann wünschte sich im April 1934 einen 22-köpfigen ständisch aufgestellten Stadtrat, wobei natürlich die beiden ranghöchsten Leiter von NSDAP und SA/SS nicht fehlen durften.¹⁰⁷⁵ Die Aufstellung zog sich jedoch Monate hin, da Weidemann dies nicht alleine entscheiden konnte, sondern der Genehmigungen des Regierungspräsidenten und des Gauleiters bedurfte.¹⁰⁷⁶

Nach der am 1. April 1935 in Kraft getretenen deutschen Gemeindeordnung konnten bis zu 36 Stadträte berufen werden.¹⁰⁷⁷ Weidemann genügten aber 30 bis 32 Stadträte. Hierfür bat er den Beauftragten der NSDAP, Gauleiter und Staatsrat Jordan am 30. April 1935 um Genehmigung. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten nur 21 Gemeinderäte eine Berufung erhalten, waren aber noch nicht angestellt worden. Aus diesem Grund blieben nach wie vor die sieben alten Gemeinderäte aus der Zeit der Stadtverordnetenversammlung tätig. Da einer davon Kreisleiter, ein weiterer ranghöchster SA-Führer vor Ort war, kam es zu häufigen Verhinderungen der beiden. Mangels eindeutiger Anweisungen aus Berlin war dieser eigentlich kommunalverwaltungstechnisch unhaltbare Zustand nicht zu ändern.¹⁰⁷⁸

Der notwendige „Ariernachweis“ der Gemeinderäte nahm jedoch weitere Zeit in Anspruch, ferner musste man ein paar Kandidaten aus beruflichen Gründen streichen. Mittlerweile schrieb man September 1935.¹⁰⁷⁹

Zusammensetzung des Magistrats. In: MECKING/WIRSCHING: Stadtverwaltung im Nationalsozialismus, S. 51-76, hier S. 56ff.

¹⁰⁷³ HÜTTENBERGER, PETER: Die Gauleiter. Studie zum Machtgefüge in der NSDAP (= Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Nummer 19). Stuttgart, 1969, S. 69.

¹⁰⁷⁴ Ortssatzung über die Zahl der leitenden Gemeindebeamten der Stadtverwaltung Halle. Halle, 23.4.1934. C 48 Ia Regierung Merseburg. Kommunalregistratur Nr. 579 „Berufung der Beigeordneten und der Ratsherren in Halle a/S., 1934–1947“. LASA.

¹⁰⁷⁵ Vorschlagsliste für die Berufung der Gemeinderäte (Ratsherren) der Stadt Halle. C 48 Ia Nr. 579. Hitler hatte bereits in „Mein Kampf“ geschrieben, dass die künftigen Gremien beruflich ständisch aufzustellen waren, anstelle von gewählten Entscheidungsträgern. HITLER: Mein Kampf, S. 502.

¹⁰⁷⁶ Schreiben des Regierungspräsidenten in Merseburg an den Gauleiter Halle-Merseburg. Merseburg, 31.7.1934. C 48 Ia Nr. 579.

¹⁰⁷⁷ § 49 der Deutsche Gemeindeordnung (DGO). Vom 30. Januar 1935. In: Reichsgesetzblatt 1935, Teil I, S. 49-64, hier S. 55

¹⁰⁷⁸ Schreiben von Weidemann an Gauleiter Jordan. Halle, 30.4.1935. A 2.21 000-1 6.2 H Bd. 1. SAH.

¹⁰⁷⁹ Aktennotiz von May. Halle, 21.9.1935. A 2.21 000-1 6.2 H Bd. 1.

Erst im Frühling 1936 konnten 30 Ratsherren berufen und in ihr Amt eingeführt werden. Somit fehlten noch zwei zur ordentlichen Besetzung. Eine davon sollte auf Wunsch des Gauleiters zur besonderen Verwendung, etwa für Ehrungen, unbesetzt bleiben.¹⁰⁸⁰

Mit den beiden Fehlstellen blieb es jedoch nicht genug: Bis zum Jahresende 1936 waren bereits fünf Ratsherren wieder ausgeschieden.¹⁰⁸¹ Im Sommer 1937 verblieben noch immer drei Stadtratsposten unbesetzt. Man ging bereits dazu über, erst kurz in Halle wohnhaften Personen das Bürgerrecht zu erteilen, sodass sie gemäß Gemeindeordnung Ratsherr werden konnten.¹⁰⁸² Diese Maßnahme zeugt auch davon, dass der Anspruch einer ständischen Aufstellung des Stadtrats mit der Realität nicht mithalten konnte. Denn einem ortsfremden Nationalsozialisten ohne Wissen über die lokalen Begebenheiten der Stadt dürfte es kaum möglich sein, sich so effektiv im Magistrat einzubringen wie einem Einheimischen ohne Parteibuch. Und trotz ihrer Entmündigung mussten die Ratsherren dem Oberbürgermeister mindestens zuarbeiten. Der Fokus bei der Auswahl lag also durchgehend auf Parteiloyalität. Alles andere blieb Augenwischerei und Verklärung.

Die Änderungswünsche des Gauleiters bezüglich der Stadtratskandidaten machten die Stellenbesetzung nicht einfacher.¹⁰⁸³ Es entwickelte sich seit 1934 ein Pingpongspiel zwischen Stadtverwaltung, Regierungspräsidenten und Gauleitung. Kandidaten wurden von Weidemann vorgeschlagen und vom Gauleiter verworfen. Dieser brachte wiederum seine eigenen Wünsche ein. Einverständnis wurde gegeben und wieder zurückgenommen.

Im Oktober 1937 berichtete May, dass noch immer drei Beigeordneten- und drei Ratsherrenstellen zu besetzen seien. Da Logenmitglieder nicht berufen werden durften, erschwerte dies die Suche weiter.¹⁰⁸⁴ Im November 1937 konnte man zwei weitere Stadträte in ihr Amt einführen, somit fehlten zum Jahresende noch zwei.¹⁰⁸⁵

Im Juli 1937 meldete ein Stadtrat kurzfristig seine Amtsniederlegung, weil er durch eine Beförderung nach Darmstadt versetzt wurde.¹⁰⁸⁶ Weil die Besetzung des Hallenser Stadtrates nach wie vor mangelhaft war, schlug Kreisleiter Dohmgoergen vor, den ältesten Ortsgruppenleiter am Ort, Rudolf Köhler, wenigstens vorläufig als Ratsherrn zu berufen. Da die Wiederbesetzung der Stellen wegen Eingemeindungsverhandlungen verschoben worden war, stimmte auch May dieser Idee zu. Der Gauleiter hatte mit Köhler

¹⁰⁸⁰ Schreiben von Weidemann an den Beauftragten der NSDAP. Halle, 2.3.1936. A 2.21 000-1 6.2 H Bd. 1.

¹⁰⁸¹ Bericht von May an den Gauleiter. Halle, 12.1.1937. A 2.21 000-1 6.2 H Bd. 1.

¹⁰⁸² Aktenvermerk. 29.6.1937. A 2.21 000-1 6.2 H Bd. 1.

¹⁰⁸³ Aktenvermerk des OB vom 20.9.1937. A 2.21 000-1 6.2 H Bd. 1.

¹⁰⁸⁴ Aktennotiz von May. Halle, 9.10.1937. A 2.21 000-1 6.2 H Bd. 1.

¹⁰⁸⁵ Aktennotiz des OB. Halle, 16.12.1937. A 2.21 000-1 6.2 H Bd. 1.

¹⁰⁸⁶ Schreiben von Gauamtsleiter Hartmann an den OB von Halle. Halle, 7.7.1938. A 2.21 000-1 6.2 H Bd. 1.

bezüglich eines Stadtratspostens bereits im Vorjahr Kontakt aufgenommen. Weil seitdem aber nichts passierte, vermutete Köhler nun bereits, dass gegen ihn etwas vorläge.¹⁰⁸⁷ Im August 1937 schlug Weidemann die Besetzung Köhlers dem Gauleiter vor, der dies wiederum im September genehmigte.¹⁰⁸⁸ Drei Monate dauerte es also im Führerstaat, bis aushilfsweise ein bereits ein Jahr zuvor für adäquat befundener Stadtrat in sein Amt eingeführt werden konnte.

Im Juni 1939 fehlten noch immer fünf Ratsherren.¹⁰⁸⁹ Dies änderte sich dann auch während des Krieges nicht. Mittlerweile hatte sich Oberbürgermeister Weidemann mit dem Zustand abgefunden.¹⁰⁹⁰

Der Berufsakt der Ratsherren in der nationalsozialistischen Halle offenbart sich hier als Sisyphusarbeit. Zuerst war man abhängig von immer wieder neu hereinkommenden Verordnungen aus Berlin, bis 1935 die Deutsche Gemeindeordnung in Kraft trat. Das Verfahren gestaltete sich nun folgendermaßen:

Kandidatenvorschlag des Oberbürgermeisters -> Genehmigung durch
Regierungspräsidenten -> „Ariernachweis“ -> Änderungswunsch des
Gauleiters -> Berufung -> Amtseinführung

Dieses Prozedere war so lang, dass bereits neue Stellen frei wurden, ohne dass die alten besetzt werden konnten. Die Hallesche Stadtverwaltung hatte mit diesem umständlichen System bis zum Kriegsbeginn zu schaffen. Es lässt sich daher feststellen, dass es der nationalsozialistischen Regierung im Gegensatz zur Stadtverordnetenversammlung der Weimarer Republik in Halle nicht gelang, die Stadtratsposten ordentlich zu besetzen und die Entscheidungswege sich verlängerten. Dies erhält durch den Umstand, dass ausgerechnet Weidemann eine der führenden Personen bei der Erarbeitung der Deutschen Gemeindeordnung war, eine besondere ironische Würze.

Im September 1935 wurde nach Beratung der Ratsherren und des Beauftragten der NSDAP eine neue Hauptsatzung der Stadt Halle verabschiedet. Dieses nur sieben Paragraphen umfassende Stück regelte, dass der Oberbürgermeister hauptamtlich angestellt war und ihm fünf hauptamtliche Beigeordnete (Stadtkämmerer, Stadtrechtsrat, Stadtbaurat, Stadtschulrat und ein Stadtrat) sowie acht ehrenamtliche Beigeordnete zur Seite standen. Die Zahl der Ratsherren wurde auf 32 festgelegt.¹⁰⁹¹

Die Umstellungen und damit verbundenen sich teilweise überschneidenden, aufhebenden oder redundanten Anordnungen des

¹⁰⁸⁷ Schreiben von May an Weidemann. Halle, 12.7.1938. A 2.21 000-1 6.2 H Bd. 1.

¹⁰⁸⁸ Schreiben von Ob Weidemann an den Gauleiter Eggeling betreffend die Berufung eines Ratsherrn. Halle, 26.8.1938. A 2.21 000-1 6.2 H Bd. 1. Aktenvermerk. 19.9.1938. Ebenda.

¹⁰⁸⁹ Aktennotiz des Hauptamts. Halle, 30.6.1939. A 2.21 000-1 6.2 H Bd. 1.

¹⁰⁹⁰ Vermerk. Halle, 26.5.1944. A 2.21 000-1 6.2 H Bd. 1.

¹⁰⁹¹ Hauptsatzung der Stadt Halle. Halle, 28.9.1935. A 2.36 Nr. 1372 Bd. 1.

Oberbürgermeisters und Gesetzgebers machten 1936 eine genaue und endgültige Regelung der Mitwirkung der Ratsherren und Beiräte nötig. Die Beiräte übernahmen grob gesagt die Aufgaben der bisherigen Deputationen.¹⁰⁹² Weiter wurde darin aufgezählt, welche Geschäfte May als Bürgermeister, Stadtkämmerer und Vertreter des Oberbürgermeisters übernahm.¹⁰⁹³

Die Entmündigung der Stadträte gefiel nicht jedem, doch war an ihr nicht zu rütteln. Im Sommer 1936 regte ein Ratsherr während einer Beigeordnetensitzung an, dass zu den Beratungen auch die in den Verwaltungszweigen nicht direkt tätigen Beigeordneten eingeladen werden mögen. Diesem Anstoß wollte Weidemann jedoch nicht entsprechen. Er beschwichtigte mit den Worten:

„Vielmehr bieten die Beigeordnetenbesprechungen die Möglichkeit, dass sich alle Beigeordneten dort freimütig äußern und ihre Auffassung offen zum Ausdruck bringen können, gerade auch, wenn es sich nicht um ihr Aufgabengebiet handelt.“¹⁰⁹⁴

Wenn die Ratsherren so wenig Einfluss besaßen, weshalb war dann ihre Besetzung so ein langwieriges und umständliches Thema? Hierbei ging es um die Schaffung von Abhängigkeiten und Machtpolitik. Durch ihre penible Auswahl erhofften sich der Gauleiter und sicherlich auch der Oberbürgermeister vollen Einfluss auf das eigentlich machtlose Gremium.¹⁰⁹⁵ Offenbar funktionierte der Hallenser Magistrat auch irgendwie mit teils stark vermindertem Stadtrat. Doch auch ohne Entscheidungsmöglichkeiten blieben sie ein wichtiges Organ an das Aufgaben delegiert werden konnten und in dem Ideen gesammelt wurden.

Im Frühjahr 1939 war die Neubesetzung der Stelle des Stadtbaurats Jost in Halle notwendig, da dieser auf eigenen Antrag wegen Altersgründen aus dem Dienst schied.¹⁰⁹⁶ Eigentlich hätte dies nun öffentlich ausgeschrieben werden müssen. Doch Weidemann beantragte erfolgreich beim Oberpräsidenten, dass auf die Ausschreibung verzichtet werden konnte. Hierauf wurde eine Ratsherrensitzung unter der Leitung des Beauftragten der NSDAP einberufen und ein für geeignet befundener Kandidat gewählt.¹⁰⁹⁷

¹⁰⁹² Die Mitwirkung der Beigeordneten, Ratsherren und Beiräte bei der Verwaltung der Stadtgemeinde Halle. In: Dienstliche Mitteilungen für die Stadt Halle. Nr. 5, 15.3.1936, S. 40-64. A 2.36 Nr. 1372 Bd. 1.

¹⁰⁹³ Siehe Tabelle 8 im Anhang.

¹⁰⁹⁴ Schreiben des OB an die Beigeordneten. Halle, 19.6.1936. A 2.36 Nr. 1372 Bd. 1.

¹⁰⁹⁵ TÜFFERS: Politik und Führungspersonal der Stadtverwaltung Frankfurt am Main, S. 59f.

¹⁰⁹⁶ HOMAGK: Wilhelm Jost, S. 313.

¹⁰⁹⁷ Abschrift eines Schreibens von OB Weidemann an den Gauleiter Eggeling. Halle, 21.4.1939. A 2.21 000-1/6.3 Bd. 12. SAH.

Weidemann verfügte ausdrücklich, dass über diese nichtöffentliche Sitzung Verschwiegenheit zu wahren sei.¹⁰⁹⁸

Zum Verzicht der Ausschreibung offener Stadtratsstellen und der Reduktion ihrer Kompetenzen kam Anfang 1937 noch ein weiterer Aspekt hinzu, der die Charakteristik des früheren Magistrats änderte: Oberbürgermeister Weidemann schlug vor, künftig mit der Ratsherrensitzung abwechselnd eine Besichtigung und einem kameradschaftlichen Beisammensein zu verbinden.¹⁰⁹⁹ Dies vermittelt die Botschaft: War der Stadtrat schon kein relevantes Entscheidungsgremium mehr, so konnte man auch gleich in der dadurch ersparten Zeit Bier trinken.

Bei der Stadtratssitzung im März 1939 stellte Bürgermeister May bezüglich der Haushaltssatzung für das laufende Jahr fest, dass die Stadt Halle beim Wohnungsbau zusammen mit München an der Spitzenposition sei. Ratsherr Dohmgoergen forderte unter diesem Tagesordnungspunkt die Unterstützung der konfessionellen Einrichtungen weiter einzuschränken. Sollte dies nicht unverzüglich möglich sein, so wünschte er eine Prüfung, inwieweit deren Leistungen zukünftig durch die Stadtkasse getragen werden könnten. Künftig sollte dann die NSV von den Zuschüssen profitieren. May fügte hinzu, dass die konfessionellen Kindergärten in Halle seit jeher keinen großen Anklang gefunden hätten. Allerdings vertrat er die Meinung, dass auf die konfessionellen Einrichtungen insgesamt noch nicht verzichtet werden könne. Außerdem war er gegen eine Übernahme der Einrichtungen durch die NSV. Allerdings begrüßte er die von Dohmgoergen angeregte Prüfung der Angelegenheit. Hierbei brachte Stadtrat Czarnowski zum Ausdruck, dass er grundsätzlich die Förderung konfessioneller Verbände ablehne und die Partei die Jugend erziehen solle. Oberbürgermeister Weidemann wies jedoch darauf hin, dass konfessionelle Angestellte, wie etwa Krankenschwestern, günstiger, und zum aktuellen Zeitpunkt noch zu schwer zu ersetzen seien. „Die Partei werde den Dingen schon zu gegebener Zeit die gewünschte Richtung geben.“¹¹⁰⁰

Aus dem Sitzungsprotokoll erschließt sich, dass die führenden Männer in Halle gemäß ihrer nationalsozialistischen Ideologie in den konfessionellen Einrichtungen nicht nur etwas Lästiges, sondern sogar eine Gefahr für die Erziehung der Jugend sahen, die zu beseitigen war. Nur durch die nüchterne Feststellung, dass konfessionelle Ordensschwwestern und Diakonen ohne Gehalte arbeiteten und momentan zu schwer zu ersetzen seien,

¹⁰⁹⁸ Einladung von OB Weidemann für die nichtöffentliche Sitzung der Ratsherren am Mittwoch, den 26.4.1939, 10 Uhr. Halle, 22.4.1939. A 2.21 000-1/6.3 Bd. 12.

¹⁰⁹⁹ Niederschrift über die Sitzung der Ratsherren am 28.1.1937. A 2.21 000-1/6.4 Bd. 2. SAH.

¹¹⁰⁰ Niederschrift über die Sitzung der Ratsherren am 29.3.1939. A 2.21 000-1/6.5 Bd. 1. SAH.

setzte man dem kein Ende. May ging wohlgermerkt nicht auf diese Stimmen ein, und versucht sachlich zu bleiben.

e) Ein Blick auf May im Dienst und privat

Als Vertreter des Oberbürgermeisters redigierte May auch dessen Schreiben. Ein solches, adressiert an alle Beigeordneten und Dienststellen mit dem Inhalt, wie mit Belobigungen von Beamten und Angestellten zu verfahren sei, ist überliefert. In diesem zeigt sich, dass May über Wortgewandtheit verfügte und manchen Satz seines Vorgesetzten zu glätten verstand. Übertreibungen milderte er und änderte beispielsweise die Bezeichnung des Beamten als „Wächter des Staates“ in einen „Sachwalter des Staates“ um. An der nationalsozialistischen Rhetorik in Form von „Führer und Volk“ und dem „nationalsozialistischen Staat“ änderte er nichts.¹¹⁰¹

Am 28. August 1934 legte May gemäß des eine Woche zuvor erlassenen Gesetzes seinen Eid auf Hitler ab.¹¹⁰² Dieser lautete für ihn als Beamten:

„Ich schwöre: Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflicht gewissenhaft erfüllen, so wahr Gott mir helfe.“¹¹⁰³

Da May unter anderem das Wohnungsamt unterstand, hatte er sich mit der nach wie vor akuten Wohnungsnot zu befassen. Die nationalsozialistische Regierung bot durch Gesetze einige Möglichkeiten, diese zu vermindern. So stellte sie reichsweit ab August 1935 einen Betrag von 35 Millionen Reichsmark für den Bau von billigen sogenannten „Volkswohnungen“ zur Verfügung. Noch im selben Monat – die Ausführungsbestimmungen waren noch nicht einmal erlassen – stellte May dieses Programm dem Gemeinderat vor und beantragte eine Bereitstellung von 500.000 Reichsmark aus den Mitteln des ihm ebenfalls unterstehenden Jugend- und Fürsorgeamtes zur Förderung der Errichtung der Volkswohnungen. Das für den Erwerb des Baugrundes notwendige Kapital sollte aus dem vom Reich gestellten Substanzgelderfonds stammen. Er hatte sich bereits informiert: Sein Bezirk sollte eine Million Reichsmark bekommen, womit man im günstigsten Fall 1.000 Volkswohnungen fördern konnte. Der Bau von 500 Wohnungen könne bereits angemeldet werden.¹¹⁰⁴

Der weiträumige Aufgabenbereich Mays gab ihm für Projekte wie dieses einige praktische Kompetenzen und Möglichkeiten. Durch das ihm

¹¹⁰¹ Entwurf eines Schreibens von OB Weidemann an alle Beigeordneten und Dienststellen, handschriftlich redigiert von May. Halle, Mai/Juni 1934. A 2.34 001-4/2.1 H Bd. 1.

¹¹⁰² Gesetz über die Vereidigung der Beamten und Soldaten der Wehrmacht. Vom 20.8.1934. RGBI I, S. 785.

¹¹⁰³ Vereidigungsnachweis von Paul May. Halle, 28.8.1934. Personalakte May.

¹¹⁰⁴ Bericht von May zu Punkt 2 der Tagesordnung der Sitzung der Gemeinderäte. Halle, 19.8.1935. A 2.21 000-1/6.3 Bd. 2. SAH.

unterstehende Wohnungsamt hatte er eine Übersicht über die Baumöglichkeiten, als Stadtkämmerer wusste er genau über die Finanzen Bescheid und als Bürgermeister hatte er die entsprechende Stellung und Kontakte außerhalb Halles.

Am 9. November 1935 teilte der Vizepräsident des deutschen Gemeindetags May mit, dass dieser in die Mitteldeutsche Arbeitsgemeinschaft für Wohlfahrtspflege berufen worden war.¹¹⁰⁵

Als Vorsitzender des Fürsorgeamtes stellte May im Frühjahr 1936 einen ständigen Rückgang der Zahl der männlichen Wanderer und Obdachlosen seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus fest.¹¹⁰⁶ Dies scheint allerdings nicht nur auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zurückzuführen zu sein. Schon 1933 wurden große Razzien gegen die Bettelei durchgeführt und mittels Gesetzesänderungen die Dauerinternierung von Betroffenen möglich gemacht. Außerdem konnten ohne richterlichen Beschluss Arbeitshauseinweisungen vorgenommen werden, was schnell zu einer häufigen Anwendungspraktik avancierte. 1938 kamen erstmals als „asozial“ deklarierte Personen, worunter die Nationalsozialisten unter anderem sogenannte „Arbeitsscheue“ und Obdachlose verstanden, ins Konzentrationslager.¹¹⁰⁷ Durch diese rigorosen Maßnahmen benötigte Halle die Fürsorgeeinrichtungen aus der Zeit vor 1933 nur noch in sehr geringem Umfang, weshalb May eine Neuregelung vorschlug. Das bisherige Männer-Obdach in der Artilleriestraße sollte eingeschränkt werden und deren Aufgaben an die christliche „Herberge zur Heimat“ übertragen werden.¹¹⁰⁸

Der Niederschrift über die Ratsherrensitzung vom 28. Januar 1937 ist folgendes zu entnehmen (May war hierbei nicht anwesend):

„Der Oberbürgermeister teilt mit, dass Bürgermeister Dr. May Anfang Januar 1937 auf eine 25jährige Tätigkeit im Gemeindedienst zurückblicken konnte. Er habe in Aussicht genommen, diesen verdienstvollen Beamten aus diesem Anlass zu ehren.

Stadtrat Czarnowski und Stadtrat Dohmgoergen äußern sich in gleich anerkennenden Worten, wobei vor allem das gute und verständnisvolle Zusammenarbeiten mit der Partei zum Ausdruck kommt.“¹¹⁰⁹

¹¹⁰⁵ Schreiben von Dr. Zeitler an May betreffend die Mitteldeutsche Arbeitsgemeinschaft für Wohlfahrtspflege. Berlin, 4.11.1935. Personalakte May.

¹¹⁰⁶ Vorbericht von May zur Neuregelung der Fürsorge für männliche Wanderer und Obdachlose ab 1.4.1936. Halle, 24.3.1936. A 2.21 000-1/6.3 Bd. 4.

¹¹⁰⁷ AYAB, WOLFGANG: „Asoziale“ im Nationalsozialismus. In: SEDLACZEK, DIETMAR/LUTZ, THOMAS/PUVOGEL, ULRIKE (Hrsg.): „Minderwertig“ und „asozial“. Stationen der Verfolgung gesellschaftlicher Außenseiter. Zürich, 2005, S. 51-64.

¹¹⁰⁸ Vorbericht von May zur Neuregelung der Fürsorge für männliche Wanderer und Obdachlose ab 1.4.1936. Halle, 24.3.1936. A 2.21 000-1/6.3 Bd. 4.

¹¹⁰⁹ Niederschrift über die Sitzung der Ratsherren am 28. Januar 1937. A 2.21 000-1/6.4 Bd. 2. SAH.

Es ist zu bedenken, dass May zu diesem Zeitpunkt noch immer kein Parteimitglied war. Der warmen Worte nicht genug, plante Weidemann seinem Bürgermeister als äußeres Zeichen der Anerkennung ein Faksimile des Bürgermeisterspiegels von Johannes Frauenburg aus dem Jahre 1476 zu überreichen. Diesen hatte er im Vorjahr in editierter Form herausgegeben. Das Faksimile sollte Widmungen von Dohmgoergen für die Ratsherren als Vertreter der Partei, dem Ratsherren und Handwerkskammerpräsidenten Sehnerth als Vertreter des schaffenden Mittelstandes sowie des Ratsherrn und Rektors der Universität Prof. Dr. Johannes Weigelt als Vertreter der Wissenschaft enthalten.¹¹¹⁰ Weidemanns ständischer Duktus ist hierbei erneut erkennbar. May war die zweite Person, die mit dieser Ehrengabe bedacht wurde. In einem Aktenvermerk schrieb Oberbürgermeister Weidemann im Winter des Vorjahres über ihn:

„Zu jeder Zeit hat Herr Bürgermeister Dr. May im wahrsten Sinne des Wortes seine ganze Kraft dem Wohle der Stadt Halle gewidmet; niemals hat er auf sich Rücksicht genommen. Durch seinen vornehmen Charakter, sein überragendes Wissen und Können, seine stetige Hilfsbereitschaft und sein Geschick zur Lösung schwierigster Angelegenheiten ist er mit dem ihn hochverehrenden städtischen Personal auf das innigste verbunden. Es kann mit Rücksicht auf das hohe Ansehen, das dieser ausgezeichnete Bürgermeister weit und breit genießt, darauf verzichtet werden, auf Einzelheiten einzugehen. Das würde der Bescheidenheit Dr. Mays nicht entsprechen.

Mir ist Herr Bürgermeister Dr. May ein zuverlässiger, nie versagender und überaus treuer Berater, dem ich in jeder Beziehung restlos Vertrauen entgegenbringe. Er ist der Bürgermeister der Pflichterfüllung und Dienstauffassung im Sinne der geist- und kraftvollen Gedankengänge von Johannes Frauenburg.“¹¹¹¹

Diese Worte offenbaren, dass Oberbürgermeister Weidemann seinem Stellvertreter sehr gewogen war, und dieser sein volles Vertrauen in allen Belangen genoss. Außerdem erscheint er als der Idealtypus des traditionellen Beamten, des bescheidenen, nie rastenden und durch Können glänzenden Stadt- und Staatsdieners. Interessanterweise erwähnte Weidemann hier mit keinem Wort den sonst so präsenten Nationalsozialismus in irgendeiner Form.

Der Arbeitseifer ging allerdings nicht spurlos an May vorüber. Vom 14. September bis zum 5. Oktober 1936 war er wegen Kreislaufschwäche und Überarbeitung dienstunfähig krankgeschrieben.¹¹¹² Seine Personalakte in Halle weist bis zu diesem Zeitpunkt nur drei Erkrankungen auf. Insgesamt waren

¹¹¹⁰ Niederschrift über die Sitzung der Ratsherren am 28. Januar 1937.

¹¹¹¹ Aktenvermerk von OB Weidemann. Halle, 23.11.1936. Personalakte May.

¹¹¹² Ärztliches Zeugnis von Dr. med. Gerhard Rammelt. Halle, 14.9.1936. Personalakte May.

dies zehn Fehltag in 15 Jahre. Zum Vergleich: Heute sind es im Durchschnitt über 12 krankheitsbedingte Fehltag im Jahr.¹¹¹³

Mays Kinder waren Mitglied im Deutschen Jungvolk, beziehungsweise dem Bund Deutscher Mädel.¹¹¹⁴ Die Tochter Dorothea besuchte die Helene-Lange-Schule in Halle, eine höhere Lehranstalt für Mädchen.¹¹¹⁵ Hierzu sei bemerkt, dass es sich nach einem Runderlass des Preußischen Ministers des Inneren nicht ziemte, dass ein Beamter des nationalsozialistischen Staates seine Kinder ohne zwingende Gründe auf eine private Schule schickte. Soweit wurde den Beamten also bereits in das Privatleben hineinreguliert.¹¹¹⁶ Von diesem Runderlass war auch May betroffen, da sein Stiefsohn Gerhard die Busse'sche höhere Privatschule in Halle besuchte und Ostern 1938 das Abitur dort ablegen wollte. May bat daher, ihn auf dieser Schule belassen zu dürfen mit dem Hinweis, dass Gerhard bis Februar 1936 am Stadtgymnasium war, die dortigen großen Klassen ihn aber am Lernen hinderten.¹¹¹⁷ Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Abteilung höheres Schulwesen, genehmigte May hierauf dessen Anliegen.¹¹¹⁸ Dennoch wechselte Gerhard im Januar 1938 auf das Stadtgymnasium, das mittlerweile den Namen „Christian-Thomasius-Schule“ trug.¹¹¹⁹

Dorothea May bestand im Frühjahr 1939 ihr Abitur und trat im April ihr landwirtschaftliches Pflichtjahr und die anschließende landwirtschaftliche Beschäftigung an. Hiernach begann sie 1940 eine Berufsausbildung am Physiologischen Institut der Universität Halle.¹¹²⁰

Mays Arbeitsbereich erweiterte sich immer wieder. So wurde er im Januar 1938 von der Universität gebeten, den Vorsitz im Halleschen Beirat für Wirtschaftspraktikanten zu übernehmen.¹¹²¹ Außerdem berief man ihn im Dezember zum ordentlichen Mitglied des Vorstandes des Mitteldeutschen Sparkassen- und Giroverbandes.¹¹²²

¹¹¹³ DAK-Gesundheitsreport 2018. Hamburg, 2018.

¹¹¹⁴ Ergänzung Personalbogen von Paul May. Halle, 10.5.1936. Personalakte May.

¹¹¹⁵ Aktenvermerk zu May. Halle, 13.4.1937. Personalakte May.

¹¹¹⁶ Runderlass des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern zugleich im Namen sämtlicher Reichsminister, des Preußischen Ministerpräsidenten, des Preußischen Finanzministers und sämtlicher Preußischer Staatsminister vom 9.9.1937, betreffend Besuch von Privatschulen durch Kinder von Beamten. Preußisches Besoldungsblatt 1937, S. 221.

¹¹¹⁷ Abschrift eines Schreibens von May an den OB betreffend den Besuch von Privatschulen durch Kinder von Beamten. Halle, 4.10.1937. Personalakte May.

¹¹¹⁸ Schreiben von Edert an den OB von Halle. Magdeburg, 11.10.1937. Personalakte May.

¹¹¹⁹ Schreiben von May an den OB betreffend seinen Stiefsohn. Halle, 30.5.1938. Personalakte May.

¹¹²⁰ Schreiben von May an das Personalamt. Halle, 1.10.1940. Personalakte May.

¹¹²¹ Schreiben des Instituts für angewandte Wirtschaftswissenschaften Halle an May. Halle, 31.1.1938. Personalakte May.

¹¹²² Abschrift des Schreibens vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, von Ulrich, an May. Magdeburg, 20.12.1938. Personalakte May. DOLGNER, DIETER: Das Stadtgymnasium. In: DOLGNER, DIETER (Hrsg.): Historische Schulgebäude der Stadt Halle/Saale. Halle, 2003, S. 73-84.

Die NSDAP führte Paul May ab dem 1. Mai 1937 unter der Nummer 4.979.095 als Mitglied.¹¹²³ Er trat aber tatsächlich erst 1938 bei und sein Eintrittszeitpunkt wurde zurückdatiert. May schrieb in seinem Fragebogen von der amerikanischen Militärregierung, er sei wegen einer Aufforderung des Kreisleiters in die Partei eingetreten.¹¹²⁴ Dies sagte May auch im September 1945 dem neuen Oberbürgermeister von Halle, Prof. Dr. Ing. Dr. phil. Theodor Lieser und meinte, er sei nur nominelles Mitglied gewesen.¹¹²⁵

Zu beachten ist wiederum, dass es einen Aufnahmestopp für Neumitglieder bei der NSDAP bis 1937 gab. May schrieb wohlgermerkt von einer „Aufforderung“, nicht von „Drohungen“. Dies legt nahe, dass er zwar eine Parteimitgliedschaft von sich aus nicht in Erwägung zog, gleichzeitig aber auch kein großes Problem damit hatte. Denn sonst hätte er sicherlich eine genauere Begründung in seinem Fragebogen vermerkt und wäre auf entsprechende und mehrmalige Drohungen oder Druck eingegangen. Es ist sehr auffallend und ungewöhnlich, dass May es so lange ohne Mitgliedschaft in der NSDAP, SA oder SS an einer kommunalen Spitzenposition aushielt.¹¹²⁶ Allein optisch musste er als einer der wenigen ohne Uniform stets herausstechen. Entweder wurde er von Weidemann dahingehend protegert oder aber er hielt dem Druck stand. Weshalb aber gerade der nationalsozialistische Oberbürgermeister seinen Stellvertreter vor einem Parteieintritt „bewahren“ wollen würde, ist sehr fraglich.

1938 und 1939 waren im Übrigen die einzigen beiden Jahre nach der Machtübernahme – sowohl in Bezug auf das Reich als auch auf die deutschen Großstädte – in denen ein Anstieg der Neuaufnahmen in die NSDAP durch Angehörige der oberen Mittelklasse, der auch May zuzurechnen ist, zu verzeichnen sind.¹¹²⁷

Im Falle Mays ist im Übrigen anhand der gesichteten Quellen weder nach 1933 noch nach seinem Parteieintritt eine Verwendung von nationalsozialistischer Redeweise oder Propaganda erkennbar. Hierbei ist jedoch auch zu beachten, dass von ihm keine öffentlichen Auftritte überliefert sind.

Der ehemalige Oberbürgermeister Rive plante ursprünglich schon 1936 seine Memoiren zu veröffentlichen.¹¹²⁸ Aus ungeklärten Gründen kam es dazu jedoch nicht. 1941 zeigte er sein Werk auch Paul May, der sich davon tief bewegt zeigte.

¹¹²³ Durchschlag einer Bescheinigung über May vom Stadtbürodirektor. Halle, 6.12.1940. Personalakte May.

¹¹²⁴ Military Government of Germany. Fragebogen Dr. Paul May. Halle, 1.9.1945. Personalakte May.

¹¹²⁵ Schreiben von May an OB Lieser. Halle, 9.9.1945. Ebenda.

¹¹²⁶ MATZERATH: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 252-257.

¹¹²⁷ KATER: The Nazi Party, S. 264f.

¹¹²⁸ Brief von Julius Springer an Rive. Berlin, 12.8.1936. N 79,4 Nr. 34. SAH.

„Voll tiefer Ergriffenheit, aber auch mit großer Freude und Erhebung habe ich die Niederschrift über Ihr Leben gelesen, und ich bin Ihnen dankbar dafür, dass Sie mich vertrauensvoll in dieses Werk haben Einblick nehmen lassen. Hier berichtet ein wahrhaft großer Mann über sein Lebenswerk.“¹¹²⁹

May versuchte die Lebenserinnerungen in das städtische Archiv zu überführen und dies zum Anlass zu nehmen, eine Aussöhnung zwischen Rive und Weidemann anzubahnen. Dies klappte jedoch zu seinem großen Bedauern nicht. Rive ließ daraufhin seine 1.473 Schreibmaschinenseiten umfassenden Memoiren in der Universitätsbibliothek einlagern.¹¹³⁰

Dies zeigt, dass May seinem alten Oberbürgermeister nach wie vor sehr verbunden war und ihn für seine Leistungen bewunderte. Dass er überzeugt war, eine Versöhnung zwischen Rive und Weidemann erwirken zu können, ist jedoch eher ein Zeichen für politische Naivität.

¹¹²⁹ Brief von May an Rive, Halle, 13.7.1941. Ebenda.

¹¹³⁰ Brief des Kurators der Martin Luther-Universität an Rive. 27.7.1942. N 79,4 Nr. 34. SAH.

2. Memmel in Würzburg

„Parteienzwietracht und parlamentarische Engstirnigkeit hemmten an allen Ecken und Enden. Die Leichenstarre der Systemzeit befiel auch die Stadtverwaltung Würzburg in immer stärkerem Maße. Es ist gut, dass der März 1933 mit lautem Knall das verstaubte Buch der städtischen „Selbstverwaltung“ im Parteienstaat zuschlug und der neue Geist der Verantwortlichkeit und des Führergrundsatzes einziehen konnte.“¹¹³¹

Mit diesen Worten leitete Memmel den Verwaltungsbericht über das Wirken seines Amtsvorgängers ein. Wie er sich ohne jegliche Erfahrung als Oberbürgermeister einer Groß- und Gauhauptstadt schlug, ist genauer zu betrachten. Einen Schwerpunkt bildet die Personalpolitik, da sie am ehesten ein Indikator dafür ist, wie nationalsozialistisch seine Kommunalpolitik ausgefallen ist.

a) Erste Schritte als neuer Oberbürgermeister

Bisher war die Kreisgeschäftsstelle der NSDAP-Ortsgruppe Würzburg-Stadt in der Semmelstraße 15 untergebracht. In dringenden Fällen lud Memmel allerdings auch in seine Privatwohnung in der Hindenburgstraße 18/II.¹¹³² Dies zeigt, wie wichtig ihm die Parteiarbeit war. Ab dem 10. Mai 1933 hatte die Kreisgeschäftsstelle dank Memmel jedoch eine neue Anschrift: Zimmer 21 im Würzburger Rathaus.¹¹³³ Abseits des damit verbundenen Prestiges versuchte er wohl durch die räumliche Nähe seinen beiden Aufgabenfeldern als Oberbürgermeister und politischer Leiter gerecht zu werden. Gleichzeitig war dies – ob bewusst oder unbewusst – ein Zeichen für die nun anbrechende Verquickung von Staat und Partei.

In Würzburg kam es früher als in Halle und gleich zweimal zu einer Bücherverbrennung, die vornehmlich vom NSDStB und der HJ durchgeführt wurde. Die zweite fand am 10. Mai 1933 vor dem Platz'schen Garten statt. Dort marschierten SA, Stahlhelm und eine Gruppe Studenten auf, untermalt von der Artillerie-Kapelle. Nach der Bücherverbrennung gab es noch einen Fackelzug Durch die Stadt.¹¹³⁴ Zu diesem Zeitpunkt war Memmel bereits Bürgermeister. Hierzu berichtet die Leiterin der Stadtbücherei, Maria Orth:¹¹³⁵

¹¹³¹ XXIX. Verwaltungs-Bericht der Stadt Würzburg für 1. April 1930 mit März 1933. Würzburg, 1935, S. III.

¹¹³² Rundschreiben Nr. 1/33 von Memmel. Würzburg, 2.1.1933. NSDAP Gau Mainfranken 705.

¹¹³³ Rundschreiben Nr. 18/33 von Memmel. Würzburg, 10. Wonnemond 1933. Ebenda.

¹¹³⁴ WEIDISCH, PETER: Würzburg. In: SCHOEPS/TRESS: Orte der Bücherverbrennungen, S. 771-795.

¹¹³⁵ Maria Orth, geboren 1900, leitete die Stadtbücherei seit 1930. 1934 erhielt sie vom Reichspropagandaministerium ein Redeverbot, 1938 wurden ihre internen Leseabende verboten. Durch ihre Zugehörigkeit zu einer katholischen Jugendbewegung lud sie die Gestapo mehrfach vor. Sie war eine der wenigen Personen, die den persönlichen Aufruf der Gauleitung zum Parteibeitritt im Mai 1937 ablehnte. „Oberbürgermeister Memmel machte

„Als 1933 die Verbrennung der Bücher angeordnet wurde, kam Oberbürgermeister Memmel zu mir und sagte, dass wir Bücher verbrennen sollen.

Ich habe Einwendungen gemacht.

Er frug mich, ob ich fachlich dazu gewillt sei, die Verantwortung zu übernehmen. Ich habe dazu ja gesagt und kein Buch verbrennen brauchen.

Es war etwas ungewöhnlich, dass solche Schriften belassen werden konnten.

Er hat mir die Bücher bis 1945 belassen. Es war ein großer Teil der Bücher die heute wieder ausgegeben werden, das verdanke ich Herrn Memmel.“¹¹³⁶

Auch wenn Memmel in diesem Fall anordnete, dass der Bestand der Stadtbücherei Würzburg unangetastet blieb, wusste er zum einen von dieser Aktion, und unterband sie zum anderen nicht. Allerdings schien er anders als Weidemann in Halle, an dieser nicht selbst teilgenommen zu haben.¹¹³⁷ Nach Aussage Memmels war für diese Vorgänge nicht die Kreisleitung, sondern die Gauleitung zuständig.¹¹³⁸ Es ist dennoch davon auszugehen, dass er nichts dagegen hatte, dass als „undeutsch“ verunglimpft Literatur in seiner Stadt verbrannt wurde.

Da Memmel zuletzt Lehrer gewesen war, stand noch die Verabschiedung aus dem Schuldienst am Realgymnasium aus. Dies geschah am 12. Mai 1933 in einer großen Zeremonie. Mit einer umfassenden Verabschiedungsfeier, begleitet vom Musikkorps des Würzburger Artillerieregimentes, gedachte man dem Ende von Memmels Lehrtätigkeit. Außerdem wurden zwei Bäume zu Ehren Hindenburgs und Hitlers gepflanzt. Oberstudiendirektor Schiedermaier lobte in einer Rede vor allem Memmels Pflichtbeflissenheit. Memmel selbst sagte bei dieser Veranstaltung in einer Rede:

„Ich kann Ihnen versichern, **ich bin schweren Herzens von meinem Berufe weggegangen.** Manch schlaflose Nacht hat mich dieser Entschluss gekostet. Ich war aus innerstem Bedürfnis Lehrer und es war meine schönste Stunde, zu fühlen, wenn meine Schüler an mir hingen. **Der Nationalsozialist aber geht dahin, wohin er befohlen wird,** und

ihr aber durch telefonischen Anruf klar, dass sie als Dienststellenleiter schon längst bei der Partei zu sein habe.“ Ernst nach einer Drohung durch den Zweiten Bürgermeister Dr. Dengel trat sie am Ende des Sommers 1937 der NSDAP bei. „März 1943 sollte sie als ‚konzentrationslagerreif‘ verhaftet werden, weil sie infolge ihrer antinationalsozialistischen und defaschistischen [sic!] Haltung durch [zwei Personen] denunziert wurde. Nur der Fürsprache des Bürgermeisters Dr. Dengel hatte sie es zu danken, dass diese Verhaftung vorläufig aufgeschoben wurde.“ Prüfungsausschuss zur Wiederbelassung von Maria Orth in ihrem Amte als Leiterin der Stadtbücherei Würzburg. Würzburg, 10.2.1946. Prüfungsausschuss für Wiedereinstellung bzw. Wiedezulassungen M-Z. 1945-1946. Einwohneramt 147. SAW.

¹¹³⁶ Protokoll Verhandlung Memmel, 28.11.47, Blatt 7.

¹¹³⁷ Der Scheiterhaufen für undeutsches Schrifttum. WGA, Nr. 108, 11.5.1933, S. 4.

¹¹³⁸ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.1.48, Blatt 4.

so musste ich meinen Beruf aufgeben und einen Beruf übernehmen, der mich vor eine ganz andere Verantwortung gestellt hat. [...]

Und die **Schüler**: Bleibt, was Ihr seid, gute Deutsche.“¹¹³⁹

Memmel benutzte hier 1933 dieselbe Beschreibung, „innerstes Bedürfnis“, wie 1947. Offensichtlich war die Schule stolz darauf, dass der neue Oberbürgermeister aus ihrem Lehrerkollegium kam, und ebenso erpicht, sich zum Nationalsozialismus zu bekennen. Sie war hierbei eine von vielen Institutionen, die sich gerne zum neuen Staat mittels Ehrenmitgliedschaften bekannten. Selbst beim Würzburger Fußballverein „Kickers“ wurde Memmel Ehrenvorsitzender und Hellmuth Ehrenmitglied. Bei dieser Veranstaltung lobte Memmel die Härte des, seiner Ansicht nach zu Unrecht, lange verkannten Fußballsportes.¹¹⁴⁰

Generell schien Memmel sehr gut in bürgerlichen Kreisen vernetzt gewesen zu sein. Seit 1930 gehörte Memmel dem 2. Tenor der Würzburger Liedertafel an.¹¹⁴¹ Diese widmete ihm am 29. Mai 1933 eine Serenade und einen Ehrenabend. Hierbei verkündete Memmel, dass die Sänger seit jeher die Volksgemeinschaft pflegten. „Sie brauchen darum auch nicht umgeschaltet und gleichgeschaltet zu werden.“¹¹⁴² In einem Bereich, der ihm persönlich wichtig war, stellte sich Memmel anscheinend gegen die Parteilinie. Da er außerdem Führer-Stellvertreter des Fränkischen Sängerbundes war, hatte er auch dank seiner beruflichen und politischen Stellung zumindest lokal in diesem Vereinsbereich eine entsprechend weitgehende Befugnis und verfügte zudem über gute Kontakte. Wohin die Reise ging, zeigte sich dennoch schnell: Am 17. September 1933 wurde ein neuer Vorstand eingesetzt, der gänzlich der NSDAP angehörte. Memmel gab hierbei seinen Posten als Beisitzer auf.¹¹⁴³ Dies dürfte mit seiner ohnehin großen Arbeitslast sowie seinem Amt im Fränkischen Sängerbund zusammenhängen. Im Folgejahr stieg er noch weiter auf und wurde in den Führerrat des Deutschen Sängerbundes berufen.¹¹⁴⁴ Tatsächlich protegierte Memmel seine Liedertafel so weit, dass sie nicht durch Gleichschaltungen von anderen Vereinen geschluckt wurde. Dennoch machte sich ein Mitgliederschwund bemerkbar. Betrag der Höchststand 1932 noch 1.782 Sängerinnen und Sänger, waren es 1935 nur noch 1.310.¹¹⁴⁵

¹¹³⁹ Oberbürgermeister Memmels Abschied von Realgymnasium. Pflanzung der Hindenburg-Eiche und Hitler-Linde. WGA, Nr. 110, 13.5.1933.

¹¹⁴⁰ Oberbürgermeister Memmel Ehrenvorsitzender Gauleiter Dr. Hellmuth Ehrenmitglied der Würzburger Kickers. WGA, Nr. 125, 1.6.1933.

¹¹⁴¹ Jahres-Bericht der Würzburger Liedertafel e.V. 1930, S. 57.

¹¹⁴² Serenade und Ehrenabend der Würzburger Liedertafel für Oberbürgermeister Memmel. WGA, Nr. 123, 30.5.1933, S. 8.

¹¹⁴³ Jahres-Bericht der Würzburger Liedertafel e.V. 1933, S. 26-29.

¹¹⁴⁴ Jahres-Bericht der Würzburger Liedertafel e.V. 1934, S. 15.

¹¹⁴⁵ 140-Jahrfeier Würzburger Liedertafel von 1842 e.V. Würzburg, 1982, S. 9.

Am 10. August 1933 wurde im Würzburger Stadtrat der Umbau der Kanzlei Rosenthal in der Eichhornstraße 10 in eine Wohnung beschlossen. Es ist bezeichnend für Memmels antisemitische Haltung, dass er innerhalb der ersten Monate seiner Amtszeit die Kanzlei seines verstorbenen Bundesbruders Freudenthal auflösen ließ. Der kinderlose Freudenthal hatte seine Rechtsanwaltskanzlei seinem Neffen Dr. *jur.* Karl Samuel Rosenthal¹¹⁴⁶ überlassen.¹¹⁴⁷

Entweder hielt Memmel viel von Reichsstatthalter Epp, oder er wollte sich mit ihm gutstellen. Denn im Juli 1933 verlieh er ihm das Ehrenbürgerrecht der Stadt und ließ im September eine Straße nach ihm benennen.¹¹⁴⁸ Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten setzte auch eine noch größere Heldenverehrung ein, bei der auch Memmel als neuer Oberbürgermeister fleißig mitwirkte. So organisierte er beispielsweise im November 1933 eine Wiedersehensfeier der Angehörigen des Freikorps „Würzburg“ in München.¹¹⁴⁹ Auch der Festakt anlässlich der Niederschlagung der Räterepublik entwickelte unter Memmel deutlich imposantere Züge.¹¹⁵⁰

Am 19. August 1934 fand auf Hitlers Wunsch die Volksabstimmung über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reichs statt. In diesem Plebiszit wollte der Diktator die Verschmelzung der Ämter des Reichskanzlers und Reichspräsidenten legitimieren. In Würzburg lag die Wahlbeteiligung bei 92,58 Prozent, 87,1 Prozent davon gaben davon ihre „Ja“-Stimme ab.¹¹⁵¹ Damit lag das Ergebnis leicht unter dem Reichsdurchschnitt von 89,93 Prozent.¹¹⁵² Im Würzburger Stadtrat kam Theodor Memmel „[...] auf das gewaltige Treuebekenntnis zum Führer zu sprechen [...]. Der Oberbürgermeister

¹¹⁴⁶ Der 1879 geborene Karl Rosenthal war wie Freudenthal Jude und Angehöriger der Logenvereinigung "Zu den zwei Säulen" Würzburg. Nach zwei Festnahmen, der einwöchigen Einweisung in das Konzentrationslager Buchenwald und dem Suizid seiner Frau emigrierte er zunächst 1939 in die Schweiz und anschließend in die Vereinigten Staaten. Dort erlangte er 1945 die Staatsbürgerschaft. 1949 kehrte er nach Würzburg zurück und engagierte sich in Rückerstattungsverfahren. 1953 zog er nach New York und starb 1970. STRÄTZ, REINER: Biographisches Handbuch Würzburger Juden 1900-1945. Zweiter Teilband (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg. Band 4, I-II). Würzburg, 1989, S. 481.

¹¹⁴⁷ Stadtratsprotokoll vom 10.8.1933, S. 253. FLADE: Die Würzburger Juden, S. 216.

¹¹⁴⁸ Lokal-Nachrichten. WGA, Nr. 216, 20.9.1933, S. 3. XXX. Verwaltungsbericht, S. 10.

¹¹⁴⁹ Aufruf an alle ehemaligen Angehörigen des mobilen Freikorps Würzburg und der aus ihnen hervorgegangenen Zeitfreiwilligen-Verbände. WGA, Nr. 254, 4.11.1933, S. 4.

¹¹⁵⁰ Wiedersehensfeier der Spartakuskämpfer von 1919. WGA, Nr. 80, 9.4.1934, S. 3.

Würzburg ehrt die Gefallenen aus den Reihen der Kämpfer vom 9. April 1919. WGA, Nr. 81, 10.4.1934, S. 3.

¹¹⁵¹ XXX. Verwaltungsbericht, S. 15.

¹¹⁵² Siehe zu dieser Thematik: JUNG, OTMAR: Plebiszit und Diktatur: die Volksabstimmungen der Nationalsozialisten. Die Fälle „Austritt aus dem Völkerbund“ (1933), „Staatsoberhaupt“ (1934) und „Anschluss Österreichs“ (1938). Tübingen, 1995.

hob mit Stolz das freudige Ergebnis hervor und dankte allen, die durch ihr ‚Ja‘ gezeigt haben dass sie für das Volk fühlen.“¹¹⁵³

Nach der Machtkonsolidierung begann Memmel damit, die Verwaltung Würzburgs umzugestalten. Personell zeugt von diesem Vorgang der konstante Anstieg der Stadtangestellten. Memmel modernisierte die Geschäftsverteilung und passte sie damit dem Status Würzburgs als Großstadt an. Dabei durfte natürlich NS-Ideologie nicht fehlen, sodass er auch ein Amt für Leibesübungen einführte. Die in seinen zitierten Reden propagierten wirtschaftspolitischen Veränderungen setzte sein 1934 eingeführtes zentrales Beschaffungsamt schließlich um. Dieses regelte die Auftragsvergabe seitens der Stadt und sollte dabei zunächst vor allem von Christen geführte Betriebe des lokalen Mittelstandes berücksichtigen. An Warenhäuser und Großbetriebe durften hingegen gar keine Aufträge erteilt werden. Anfang September 1935 verschärfte Memmel diese Richtlinien dahingehend, dass auch keine Betriebe, die mit jüdischen Geschäften in Beziehung standen, Aufträge bekamen. Stattdessen mussten diese an Firmen vergeben werden, die eine Mitgliedschaft in der DAF oder NSV vorweisen konnten.

„Bei der Vergebung städt. Aufträge sind [...] solche Geschäfte vorzuziehen, deren Inhaber offenkundig auf dem Boden des Nationalsozialismus stehen. Dies wird bewiesen entweder durch tätige Mitgliedschaft bei der NSDAP. oder durch echte nationalsozialistische Führung des Betriebes und Angehörigkeit der Gefolgschaft zur HJ. oder zu anderen NS-Gliederungen.“¹¹⁵⁴

Das städtische Beschaffungsamt setzte somit auf kommunaler Ebene die nationalsozialistische Ideologie durch und agierte als Memmels verlängerter lokaler wirtschaftspolitischer Arm.

Um dem angespannten Wohnungsmarkt aus juristischer Sicht ein wenig Erleichterung zu bringen, errichtete Memmel eine Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten. Ein Stiftungsamt sicherte den Einfluss des Oberbürgermeister auf die zahlreichen städtischen Stiftungen. Ähnliches geschah bei den städtischen Werken, die Memmel 1935 einem Generaldirektor unterstellte. Um die Fühlung mit der lokalen Wehrmachtsvertretung besser zu koordinieren, schuf er das Wehramt. Würzburgs Eigenschaft als Garnisonsstadt war nicht nur ein Prestigestatus, sondern auch mit vielerlei wirtschaftlichen Interessen verbunden. Eher der Propaganda zuzurechnen dürfte das 1935 geschaffene Presseamt sein. Memmels kommunale Tätigkeiten sollten schließlich auch entsprechend durch die lokale Presse untermauert und hervorgehoben werden. Interessant ist ebenfalls das 1935 errichtete Personalamt, welches von Anfang an Verwaltungsoberinspektor Karl Zeißner unterstand. Im Folgejahr erhielt es die neue Bezeichnung Personal-

¹¹⁵³ Stadtrats-Sitzung vom 23.8.1934, S. 129.

¹¹⁵⁴ XXX. Verwaltungsbericht, S. 9.

und Verwaltungsstelle und wurde weiter ausgebaut.¹¹⁵⁵ Ferner gründete er Ende 1935 sogar ein eigenes Statistisches Amt, dessen Arbeiten reichsweit positive Rückmeldungen erhielten. Würzburg erhielt 1936 sogar einen eigenen Stadtchronisten, Dr. HANS OPPELT.

Auch im Bildungsbereich – überraschender Weise vor allem bei Mädchen und Frauen – tat sich unter Memmel einiges. Hierbei konnte er erstmals auf seine praktische Erfahrung als Lehrer zurückgreifen. Zunächst einmal schuf er 1934 die Stelle eines Stadtschuldirektors. Zu Beginn des Schuljahres 1937 öffneten gleich drei neue städtische Bildungseinrichtungen ihre Pforten: Die Höhere Lehranstalt für Mädchen, die Haustöchter-schule (Mädchenmittelschule) und eine Kindergärtnerinnenschule. 1939 übernahm die Stadt die Schule des Polytechnischen Zentralvereins und führte sie als Fachschule für Handwerk und Handel weiter. Im selben Jahr ließ Memmel die Musikschule für Jugend und Volk errichten, die aber erst 1941 mit dem Unterrichtsbetrieb begann. In diesem Jahr gliederte er außerdem das Berufsschulwesen der Stadt neu in Gewerbliche, Kaufmanns- und Hauswirtschaftsschulen.¹¹⁵⁶ Memmel war an einer Zentralisierung beziehungsweise Gleichschaltung der Bildungseinrichtungen unter dem Mantel der Stadt interessiert und erweiterte deutlich das Lehrangebot Würzburgs.

Memmel war besonders in der Kulturförderung engagiert. Schon 1933 richtete er ein Kulturreferat ein, das er zwei Jahre später zu einem eigenen Amt ausbaute. 1936 ermöglichte er dem größten Teil des Personals des Stadttheaters eine durchgehende Beschäftigung, da er es in den Sommermonaten an das Kurtheater Bad Kissingen auslieh. In diesem Jahr schuf er außerdem die Stelle eines Städtischen Musikbeauftragten. Auch hier ist wieder die Zentralisierung erkennbar. Memmel ließ mit Fördergeldern von Stadt und Staat die Festung Marienberg zunächst renovieren und nach dem Abschluss der Tätigkeiten 1937 für die Öffentlichkeit zugänglich machen. Dort brachte er im Folgejahr außerdem das stadtgeschichtliche Museum sowie das Institut für Studentengeschichte und Hochschulkunde unter.¹¹⁵⁷

Hier ist ein knapper Vergleich mit Halle angebracht, das bereits seit 1890 Großstadt war und die von Memmel neu geschaffenen Strukturen bereits besaß. Die Saalestadt verzeichnete nach der Machtübernahme der NSDAP jedoch Rückschritte. Sie musste im Juni 1933 ihr Kulturamt an den Regierungssitz Merseburg abgeben.¹¹⁵⁸ Außerdem sah sie sich auf Grund

¹¹⁵⁵ XXX. Verwaltungsbericht, S.7-10.

¹¹⁵⁶ XXX. Verwaltungsbericht, S. 9f. XXXI. Verwaltungsbericht, S. 3f.

¹¹⁵⁷ XXX. Verwaltungsbericht, S. 8-11. MEYER, NIELS: Das Institut für Hochschulkunde 1919-1982. Geschichte und Legitimation eines Fachs und seiner Institutionen zwischen Weimar, Nationalsozialismus und Bundesrepublik. Würzburg, 2023, S. 123f.

¹¹⁵⁸ Verlegung des Kulturamts bedeutet wirtschaftliche Schädigung. Saale-Zeitung, Nr. 76, 30.3.1933, S. 5.

ihres großen Haushaltsdefizits gezwungen, ihr Statistisches Amt und ihre Archivverwaltung zu verkleinern und zusammenzulegen.¹¹⁵⁹ Dass Memmel seine Stadtverwaltung so sehr erweitern konnte hing auch mit den entsprechenden finanziellen Mitteln seiner Kommune zusammen. Die Stadt erwirtschaftete 1933 einen Überschuss von 509.000 RM, im Folgejahr sogar 748.000 RM.¹¹⁶⁰ Die gute Verfassung des Stadtsäckels, die Memmel bei seiner Amtsübernahme vorfand, ermöglichten ihm so die Verwaltungsreformen. Halle hingegen kämpfte noch immer mit dem Schuldenberg aus der Wirtschaftskrise.

b) Das Ende als Politischer Leiter

Die NS-Regierung strebte Anfangs eine Personalunion von Kreis- oder Ortsgruppenleiter und dem Gemeindeoberhaupt an.¹¹⁶¹ Dies kam in den bayerischen Städten besonders häufig vor. So bekleideten allein in der Bayerischen Ostmark 51 Prozent der Bürgermeister gleichzeitig das Amt des Kreisleiters. Im Gau Mainfranken waren es 33 Prozent.¹¹⁶² Umso seltsamer erscheint Memmels Entlassung als Kreisleiter. 1935 kam es zu einem Vorgang, den Memmel vor der Spruchkammer als den ausschlaggebenden Punkt seiner angeblichen Gegnerschaft zu Gauleiter Hellmuth und sogar der Partei konstruierte. Im Mai oder Juni 1935 wurde Memmel unvermittelt durch Hellmuth seines Postens als Kreisleiter enthoben. Dies geschah nicht wie sonst üblich mit einer großen Zeremonie und ohne die Anwesenheit eines Vertreters der Gauleitung. Memmel erhielt lediglich einen Telefonanruf, dass er die Geschäfte an seinen Nachfolger Karl Clement¹¹⁶³ übergeben sollte, da er seine Arbeit in dieser Position völlig vernachlässigen würde. Diese Amtsenthebung wurde ihm noch nicht einmal schriftlich bestätigt. So nahm Memmel nur im kleinen Kreis seiner Mitarbeiter Abschied.¹¹⁶⁴ Die Absetzung bedeutete für ihn die unmittelbare Degradierung vom politischen Leiter hin zu einem einfachen Parteigenossen und war in ihrer Art und Weise für ihn sicherlich demütigend.¹¹⁶⁵

¹¹⁵⁹ Halles Stadtetat für 1933 angenommen. Zahlreiche Änderungen des Haushaltsausschusses zur Vereinfachung und Verbilligung. Saale-Zeitung, Nr. 126, 1.6.1933, S. 5.

¹¹⁶⁰ XXX. Verwaltungsbericht, S. 25.

¹¹⁶¹ DIEHL-THIELE, PETER: Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933-1945 (= Münchner Studien zur Politik. Band 9). München, 1969, S. 137-141.

¹¹⁶² ROTH: Parteikreis und Kreisleiter der NSDAP, S. 234ff.

¹¹⁶³ Clement war bereits Kreisleiter von Würzburg-Land. ROTH: Parteikreis und Kreisleiter der NSDAP, S. 34.

¹¹⁶⁴ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 1.

¹¹⁶⁵ Wie wankelmütig die Gunst Hellmuths sein konnte, zeigte sich auch beim Direktor des Bayerischen Staatskonservatoriums in Würzburg Hermann Zilcher. Als Vater des Würzburger Mozartfestes und Parteimitglied seit 1935 wurde er im Dritten Reich mit vielen, teils sogar sehr exklusiven Ehrungen überhäuft. Nichtsdestotrotz entzog ihm Hellmuth 1943 die Organisation des Mozartfestes. WAGNER, MATTHIAS: Geheimrat Prof. h.c. Hermann Zilcher (1881-1948) – Aspekte seiner Würzburger Jahre im Spiegel neuer Aktenfunde. In:

Die Behauptung, er habe als Kreisleiter nicht ausreichend Engagement gezeigt, sollte natürlich das Herunterspielen von Memmels Eigenschaft als nationalsozialistischer Aktivist in seinem Entnazifizierungsverfahren unterstützen. Zudem war es ein Leichtes, sich nachträglich als Gegner des ohnehin unbeliebten Gauleiters darzustellen. Da kaum andere Quellen hierzu existieren, sind die Aussagen in der Spruchkammerverhandlung 1947/48 mit Vorsicht zu interpretieren.

Allerdings ist es angesichts der geschilderten Aufgabenfülle Memmels durchaus denkbar, dass er seine Pflichten als Kreisleiter vernachlässigte. Memmel hatte seit Anfang 1933 eine große Macht- und vor allem Ämterfülle auf seine Person vereint. Er war Oberbürgermeister, Präsident des Kreistages und Kreisleiter der NSDAP. Am 24. Mai 1935 wurde er zudem vom Staatsministerium des Innern zum Mitglied des Vorstandes der Landesstelle Bayern des Deutschen Gemeindetages ernannt.¹¹⁶⁶ Es wäre daher nicht verwunderlich, wenn Memmel nicht allen Posten gleichzeitig genügend Aufmerksamkeit schenken konnte. Schließlich hatte Memmel auch keine Erfahrung in der praktischen Kommunalarbeit vorzuweisen. „Alle 8 Tage kam er einmal ins Geschäftszimmer“, wie einer seiner Mitarbeiter vor der Spruchkammer aussagte.¹¹⁶⁷ Ein mangelndes Engagement musste Gauleiter Hellmuth missfallen, war man doch gerade nach der Machtübernahme schwer damit beschäftigt, die breite Bevölkerung von der neuen Ideologie zu überzeugen. Einige Stücke des noch erhaltenen Briefverkehrs der Kreisleitung aus jener Zeit belegen, dass Memmel anscheinend wirklich nicht gerade eifrig arbeitete und wenig im Geschäftszimmer der Kreisleitung zu finden war.¹¹⁶⁸ Vor der Spruchkammer beschwerte sich Memmel, dass man ihm als Kreisleiter angeblich viele Informationen vorenthalten habe. Denn die Gauleitung habe gewusst, dass er gegen einige Maßnahmen wie etwa die Auflösung der Gewerkschaften nicht befürwortet hätte.¹¹⁶⁹ Falls die interne Kommunikation tatsächlich so mangelhaft war, dann dürfte dies kaum mit Memmels angeblicher gemäßigter Einstellung zusammenhängen, sondern eher mit der schlechten lokalen Organisation der Partei. Allerdings konnte der Vorwurf der ungenügenden Arbeit als Kreisleiter auch als

Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst. Band 50. Würzburg, 1998, S. 114-135.

¹¹⁶⁶ Unser Oberbürgermeister im Vorstand des Gemeindetages. WGA, Nr. 120, 25.4.1935, S. 3. Ehrenvolle Ernennung von Oberbürgermeister Memmel. Mainfränkische Zeitung, 25.4.1935, S. 6.

¹¹⁶⁷ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 5. Es ist nicht zwangsläufig davon auszugehen, dass der Entlastungszeuge Georg Hümpfner diese nur Aussage traf, um Memmels Rolle als Kreisleiter herunterzuspielen. Denn er war eine der wenigen Personen, die vor der Spruchkammer von einem freundschaftlichen Verhältnis zwischen Memmel und Gauleiter Hellmuth ausging.

¹¹⁶⁸ Brief des Baureferendars Anton Graf an die Kreisleitung. Würzburg, 31.8.1933. Sowie: Brief des *cand. med.* Joseph Hörig an die Parteileitung der NSDAP in Würzburg. Bonn, 3.5.1934. NSDAP Gau Mainfranken 703. Staatsarchiv Würzburg.

¹¹⁶⁹ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 1.

Vorwand dienen. Möglicherweise wurde Memmel dem Gauleiter schlichtweg zu mächtig. Hier wäre er nicht der Erste gewesen. Auch der Essener Oberbürgermeister Theodor Reismann-Grone, der sein Amt vornehmlich seinem Gauleiter zu verdanken hatte, bemerkte ab 1935 eine stetige Verschlechterung der ursprünglich guten gegenseitigen Beziehung. Reismann-Grone unterhielt vergleichsweise enge Kontakte zu Göring und Hitler, weswegen er seinem Gauleiter zu einflussreich erschien.¹¹⁷⁰ Georg Hümpfner, der Memmel seit 1930 kannte und Ortsgruppenleiter war, sagte zu diesem Vorgang vor der Spruchkammer aus:

„Wir waren damals überrascht, dass er ohne jeglichen Grund abgesetzt wurde. Er sagte damals selbst zu mir: Ich war gestern noch mit dem Otto zusammen und er hat mir kein Wörtchen davon gesagt. Und heute steht es schon in der Zeitung. Er war selbst sehr überrascht.“¹¹⁷¹

Memmel könnte sich von seinem Parteigenossen und Bundesbruder Hellmuth verraten gefühlt haben, da er ihn ohne jegliche Vorwarnung seines Postens enthoben hatte. Memmels Nachfolger Clement wurde nach nur einem Jahr im Amt durch Franz Xaver Knaup¹¹⁷² ersetzt, der diesen Posten bis Sommer 1944 innehatte. Dann übernahm ihn bis zum Kriegsende Dr. Heinz Wahl.¹¹⁷³ Der Ortsgruppenleiter Wilhelm Kühnreich wunderte sich: „Wenn der Gauleiter in Memmel den Garanten sah, verstehe ich nicht, dass Clement sein Nachfolger wurde, der geistig Memmel nicht gewachsen war.“¹¹⁷⁴ Dies wiederum deutet darauf hin, dass – unter der Annahme einer tatsächlichen Antipathie – Hellmuth Memmel nicht seines Oberbürgermeisterpostens entheben konnte, da kein anderes ausreichend qualifiziertes Personal zur Verfügung stand. Als Kreisleiter konnte er hingegen eine schwächere und ihm möglicherweise hörigere Figur einsetzen. Bezugnehmend auf den eingangs geschilderten Exkurs war eine Personalunion von politischem Leiter und Oberbürgermeister höchst wünschenswert. Stadelmayer meinte allerdings 1953, Memmels Amtsenthebung sei einer Richtlinie der NSDAP entsprungen, nach der reichsweit zwischen die Positionen eines Oberbürgermeisters sowie Landrats von dem eines Kreisleiters zu

¹¹⁷⁰ FRECH: Wegbereiter Hitlers, S. 351f.

¹¹⁷¹ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.1.48, nachmittags, Blatt 4.

¹¹⁷² Der 1893 in Altona geborene Knaup war 1930 bis 1936 Kreisleiter in Alzenau und wohnte in Kahl am Main. Er vertrat seit 1932 die NSDAP im Landtag und ab Ende 1933 im Reichstag. Von 1941 bis 1943 fungierte er als Berater in Norwegen. Er starb 1950 in Würzburg. STOCKHORST, ERICH: 5000 Köpfe. Wer war was im 3. Reich. Kiel, 2000, S. 238.

¹¹⁷³ WEIDISCH: Würzburg im Dritten Reich, S. 241. Wahl wurde 1912 in Schönbeck an der Elbe geboren. Er studierte Chemie und Medizin. Mit Erreichen der Volljährigkeit trat er in die NSDAP ein und bekleidete 1935-37 das Amt des Gaustudentenführers. In dieser Zeit leitete er außerdem den Würzburger SA-Sturmabteilung I/9. Mit Kriegsbeginn rückte er als Truppenarzt zum Heer ein, wo er vielerlei Auszeichnungen erhielt: Infanterie-Sturmabzeichen, EK II und I, Ostmedaille, Verwundetenabzeichen in Silber und Krimschild. „Unsere Feldpost“, Nr. 54, Juli 1944, S. 6.

¹¹⁷⁴ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.1.48, nachmittags, Blatt 5.

trennen sei.¹¹⁷⁵ Eine entsprechende Anordnung gab es aber erst 1937 durch Rudolf Heß.¹¹⁷⁶ Diese wurde zudem bis zum Kriegsende nicht flächendeckend umgesetzt.¹¹⁷⁷ Grundlage hierfür konnte auch nicht die ab dem 1. April 1935 gültige Deutsche Gemeindeordnung sein. Die fügte dem Stadtrat den Posten des Beauftragten der NSDAP hinzu. Der musste Kreisleiter sein und wurde vom Gauleiter ernannt. Sollte der Kreisleiter aber wie im Falle Memmels hauptamtlicher Beamter der Gemeinde sein, hatte er den Gauinspektor (Gaubeauftragten) zum Parteibeauftragten zu benennen.¹¹⁷⁸ In den Gauhauptstädten durfte diesen Posten der Gauleiter selbst einnehmen. Die Praxis zeigt, dass in Würzburg durchgehend ein Vertreter der Gauleitung das Amt des Parteibeauftragten bekleidete, nie aber ein Kreisleiter. Eine gesetzliche Grundlage für die Amtsenthebung Memmels im Jahr 1935 war somit nicht gegeben.

Einen anderen Hinweis gibt die die Mainfränkische Zeitung. Sie berichtet, dass die Kreise Stadt und Land in Würzburg und Schweinfurt zusammengelegt wurden. In diesem Zuge seien für beide Städte auch neue Kreisleiter ernannt worden. Möglicherweise nutzte Hellmuth diese Umgestaltungsmaßnahmen, um Memmel und Philipp Günkel, den Kreisleiter von Schweinfurt, zu ersetzen.¹¹⁷⁹ Diese Amtsenthebungen waren jedenfalls keine Entscheidung, die alleine der Gauleiter treffen konnte. Entsprechende Anträge mussten an Rudolf Heß gerichtet werden, der dann über die Absetzung entschied.¹¹⁸⁰ Fest steht, dass Memmels Amtsenthebung sowohl hinsichtlich der Notwendigkeit als der Durchführung einen höchst ungewöhnlichen Vorgang bildete. Möglich ist auch, dass er diese Sache vor der Spruchkammer nur aufbauschte, um eine Gegenposition zu Hellmuth und der NSDAP zu konstruieren.

Weiter berichtete Memmel vor der Spruchkammer:

„Dass man meine Tätigkeit als Kreisleiter in der Partei nicht anerkannt hat, hat gezeigt, dass ich keinen Rang bekam, dass ich keine Uniform bekam, dass ich nicht das goldene Parteiabzeichen bekam, dass ich fast der einzige Oberbürgermeister in Deutschland war, der keinen Rang bekam.“¹¹⁸¹

In Bayern hatte mindestens jeder vierte Kreisleiter gleichzeitig einen Dienstrang in der SA oder SS.¹¹⁸² Memmel war in diesen Organisationen jedoch

¹¹⁷⁵ Stadelmayer an die Regierung von Unterfranken, 17.12.1953.

¹¹⁷⁶ Anordnung Nr. 29/37. Anordnungen des Stellvertreters des Führers, S. 403-408.

¹¹⁷⁷ ROTH: Parteikreis und Kreisleiter der NSDAP, S. 238f.

¹¹⁷⁸ Verordnung zur Ausführung des § 118 der Deutschen Gemeindeordnung. Vom 26. März 1935. RGBl. RGBl I 1935, S. 470.

¹¹⁷⁹ Die Stadtkreise Würzburg und Schweinfurt aufgelöst. Eine Anordnung des Gauleiters. Mainfränkische Zeitung, Nr. 138, 18.6.1935, S. 5.

¹¹⁸⁰ Verfügung Nr. 79/35. Anordnungen des Stellvertreters des Führers, S. 109-112. Siehe hierzu auch Organigramm 2.

¹¹⁸¹ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 1.

¹¹⁸² ROTH: Parteikreis und Kreisleiter der NSDAP, S. 177.

nie Mitglied.¹¹⁸³ Im Oktober 1937 versuchte der SA-Standartenführer und Würzburger Stadtrat Ludwig Leist,¹¹⁸⁴ Memmel den Rang eines Sturmbannführers wegen seiner angeblichen großen Verdienste um die SA zu geben. Als Begründung schrieb er:

„M. ist als vorbildlicher Führer anzusprechen. Er hat sich während u. nach der Kampfzeit um die SA sehr verdient gemacht, insbesondere haben bei ihm SA-Männer stets den Vorzug.“¹¹⁸⁵

In Memmels SA-Führerbeurteilung ist zu lesen:

„Geistige Veranlagung	sehr gut
Körperliche Veranlagung	gewandt
Charakter	sehr zuverlässig
Verhalten gegen Vorgesetzte	vorbildlich
Verhalten gegen Kameraden und Untergebene	sehr guter Kamerad
Soldatische Veranlagung und Kenntnisse	ist ehem. Offizier
Auftreten im Dienst	bestimmt
Weltanschauliche Festigung	alter Nationalsozialist
Für welche besondere Verwendung geeignet	ist als Führer voll geeignet.“ ¹¹⁸⁶

Wer diese Beurteilung schrieb, und wann er sie aufsetzte, ist nicht ersichtlich, vermutlich stammt sie von Leist selbst. Der Aussteller war offensichtlich von Memmel derart überzeugt, dass er dem Kriegsinvaliden sogar „körperliche Gewandtheit“ attestierte. Der Antrag Leists wurde allerdings ohne weitere Begründung zurückgezogen. Es fällt auf, dass Memmel als Oberbürgermeister einer der größten bayerischen Städte nicht einmal ehrenhalber in die SA oder SS aufgenommen wurde.

Als aus dem aktiven Dienst geschiedener politischer Leiter stand Memmel eine eigene Uniform zu. Er monierte jedoch, diese nicht erhalten zu haben. Es ist allerdings davon auszugehen, dass er sie bekam, ausschlaggebend dürfte eher der Zeitpunkt gewesen sein. Da sich die Uniform eines ausgeschiedenen Kreisleiters von der eines aktiven nur durch silber-schwarze Kragenspiegel statt der braun-goldenen sowie andersfarbige

¹¹⁸³ Personal-Blatt Memmel und Meldebogen zur Entnazifizierung Memmel. Bei der SS war er seit etwa 1936 lediglich Förderndes Mitglied, was nur eine geringfügige finanzielle Verpflichtung von 2 Reichsmark im Monat mit sich brachte. Die quellenlose Angabe bei GERKEN und die Fußnote bei WEIDISCH, Memmel sei 1935 der Allgemeinen SS beigetreten, ist ergo falsch. GERKEN: Die Selbstverwaltung der Stadt Würzburg, S. 253. WEIDISCH: Macht-ergreifung in Würzburg, S. 42.

¹¹⁸⁴ XXX. Verwaltungsbericht, S. 5.

¹¹⁸⁵ Personal-Antrag. Würzburg, 8.10.1937. NS-6-820. BArch.

¹¹⁸⁶ SA-Führerbeurteilung. SA-4000002851. BArch.

Mützenpassepoils unterschied, ist eine entsprechende Untersuchung anhand der nur in Schwarz-Weiß überlieferten Fotografien von Memmel nicht möglich. Um diese Uniform verliehen zu bekommen, war ein schriftlicher Antrag zu stellen, über den dann Hitler persönlich entschied.¹¹⁸⁷ Durch die kurzfristige Amtsenthebung mussten Antrag und Umänderung Zeit in Anspruch nehmen. Derweil durfte Memmel aber seine Kreisleiterkluft nicht mehr tragen und mangels Dienstposten gab es auch keine andere Uniform. Er war somit „nackt“ in der militaristischen Welt des Nationalsozialismus. Dass ihm dieser zeitweilige Zustand höchst unangenehm gewesen sein dürfte, ist nachvollziehbar.

Das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP erhielt Memmel hingegen aus gutem Grund nicht. Selbiges wurde am 13. Oktober 1933 von Adolf Hitler gestiftet und sollte an alle Parteimitglieder bis zur Mitgliedsnummer 100.000 von der Reichsleitung verliehen werden. Memmel hatte hingegen die Nummer 414.175 und war somit nicht verleihungsberechtigt. Eine Verleihung ehrenhalber war ab 1934 möglich, jedoch erhielten es auf diesem Wege nur 1.000 Personen, die meisten davon Nichtparteiengenossen.¹¹⁸⁸ Memmels Meinung, er habe das Goldene Ehrenzeichen der NSDAP nur deshalb nicht bekommen, weil er in Ungnade gefallen war, ist somit nicht korrekt. Vermutlich hat er diese Aussage gemacht, um seine Stellung als unliebsamer Parteiengenosse beim Entnazifizierungsverfahren weiter zu untermauern.

Das Zitat Memmels zeigt jedoch vor allem eines: Vor der Spruchkammer versuchte er immer wieder, seine persönliche Verbitterung und Enttäuschung darüber auszurücken, wie Hellmuth und die Parteileitung mit ihm umgegangen waren. Hieraus wiederum sollte seine angebliche Abkehr von der Partei resultieren.

Memmels Verhältnis zu seinem Gauleiter wurde nach dem Kreisleiterwechsel von fast allen Zeugen mindestens als kühl, oft als sehr schlecht und spannungsreich bezeichnet.¹¹⁸⁹ Memmel behauptete, dass es schon seit 1933 Spannungen mit Hellmuth gegeben habe, wenn auch in geringerem Maße.¹¹⁹⁰ Ein Verwaltungssekretär meinte, der Gauleiter sei nie gut auf Memmel zu sprechen gewesen.¹¹⁹¹ Potentielle Gegensätze entstanden bereits durch die unterschiedlichen Positionen: Helmuth vertrat die höhere

¹¹⁸⁷ LEY: Organisationsbuch der NSDAP 1936, S. 30f. und 58.

¹¹⁸⁸ PATZWALL, KLAUS-DIETER: Das Goldene Parteiabzeichen und seine Verleihungen ehrenhalber 1933-1945 (= Studien zur Geschichte der Auszeichnungen. Band 4). Norderstedt, 2004.

¹¹⁸⁹ Vgl. die Zeugenaussagen und eidesstattlichen Erklärungen in der Spruchkammerakte Memmel.

¹¹⁹⁰ Protokoll der Verhandlung gegen Memmel Theo. 3. Verhandlungstag – 27.11.47, Blatt 5.

¹¹⁹¹ Protokoll Verhandlung Memmel, 27.11.47, Blatt 5.

Parteebene, Memmel die Interessen der Stadt. Der Verwaltungsamtmann Hermann Mayerhöfer führte als ein alltägliches Beispiel folgendes an:

„Wenn es sich um Repräsentationen gehandelt hat, wie z.B. um Fah-nenschmuck, Bocksbeutel u.dergl. hat man dies nur von der Stadt ver-langt und dagegen hat sich der Betroffene [Mommel] gestellt. Er sagte, die sollen sich ihren Schmuck selber anschaffen.“¹¹⁹²

Tatsächlich war Gauleiter und Regierungspräsident Hellmuth mehr auf seine Repräsentationspflichten konzentriert als auf die damit verbundene Arbeit. Er war ein großer Freund pompöser Auftritte, für die seine Unterge-benen zu sorgen hatten.¹¹⁹³ Ein kurzes Beispiel für die schwierige Bezie-hung zwischen Gauleiter und Bürgermeister aus den noch vorhandenen Akten stellt die genauer zu untersuchende Besetzung einer Stadtratsstelle dar. Hierbei wurde Dr. Adalbert Wolpert aus Lohr ausgewählt. Der Gauleiter hatte jedoch unter Angabe von schwammigen Gründen dessen Berufung nach Würzburg verhindert. Dies zeigt, dass mindestens gewisse Reibungen zwischen Gauleiter und Oberbürgermeister tatsächlich existierten.¹¹⁹⁴ An-dererseits wäre es auch eine Erklärungsvariante, dass Memmel nach dem Krieg den ohnehin unbeliebten und zunächst untergetauchten Hellmuth beschuldigte und Differenzen mit ihm aufzeigte, um so die eigene Person besser dastehen zu lassen. Andererseits waren Spannungen zwischen Gau-leitung und Magistrat im Dritten Reich häufig vorzufinden. Aber Memmels Kreisleiterabsetzung kann in ihrer Art und Weise durchaus tiefen inneren Groll verursacht haben. Die wankelmütige Gunst des Gauleiters untermalt auch der Fall des Zweiten Bürgermeisters Dr. Oskar Dengel.¹¹⁹⁵ Hellmuth

¹¹⁹² Protokoll Verhandlung Memmel, 3. Verhandlungstag – 27.11.47, Blatt 3.

¹¹⁹³ FREYEISEN: Verbohrt bis zuletzt, S. 287ff.

¹¹⁹⁴ Brief von Dr. Wolpert an Theodor Memmel. Lohr am Main, 10.3.1938. EAPl. 030/19 „Besetzung einer hauptamtlichen Beigeordnetenstelle (Nachfolger des Dr. Umhau. Vorver-handlungen über die Berufung“. SAW. Brief des stellv. Gauleiter Wilhelm Kühnreich an den Oberbürgermeister der Stadt Würzburg. O.O., 11.3.1938. Ebenda.

¹¹⁹⁵ Oskar Rudolf Dengel wurde am 27.12.1899 in Waldbüttelbrunn geboren. Nach seinem Jurastudium bekam er 1929 eine Stelle als Regierungsassessor in Alzenau. Am 1.11.1931 trat er der NSDAP bei und wurde nach der Machtübernahme 1933 der Stellvertreter Mem-mels, Gaukulturwart und Gauamtsleiter des Ständischen Aufbauamtes. Ab dem 1.10.1934 hatte er zusätzlich zu seinem Bürgermeisterposten die Stelle des Stadtkämmerers inne. Bei Kriegsbeginn zog man ihn zunächst zur Wehrmacht ein. Ab dem 1.10.1939 übernahm Hellmuth die Zivilverwaltung Warschaus und holte Dengel als seinen Stellvertreter zu sich. Dort sollte er zusammen mit anderen Würzburger eine deutsche Stadtverwaltung auf-bauen. Endziel war das Projekt „Warschau, die neue Deutsche Stadt“. Dieses beinhaltete die fast vollständige Zerstörung der Metropole. Da Dengel nicht den Dienstweg einhielt, verscherzte er es sich jedoch mit der Verwaltung. So musste er am 5.3.1940 Warschau wieder verlassen – mit gestohlenen Kunstwerken im Gepäck. Im Anschluss kam er nach Brüssel und wurde Stadtkommissar von Lille. 1940 bekam er den Posten eines Verwal-tungschefs im Wehrmachtstab, im Oktober kam er als kommissarischer Regierungsvize-präsident auf Wunsch des Gauleiters zurück nach Würzburg. Ein Disziplinarverfahren in-klusive Verwerfung mit Hellmuth brachte 1944 seiner Karriere einen weiteren Knick und die Versetzung in das Sudetenland. 1947 erfolgte seine Verhaftung und Anklage in Polen, wo man ihn zu elf Jahren Haft verurteilt. 1956 kam er zurück in seinen Geburtsort, wo er

hatte ihn während des Krieges zurück nach Würzburg geholt, nur um dann 1944 mittels eines Dienststrafverfahrens seine Karriere als Regierungs-Vizepräsident zu beenden.¹¹⁹⁶ Schlussendlich ist ein Zwist von Hellmuth und Memmel wahrscheinlich und auch nicht ungewöhnlich. Eine möglicherweise daraus erwachsene Gegnerschaft zur NSDAP und ihrer Ideologie hingegen ist Schönfärberei, die Memmel der Spruchkammer zu verkaufen versuchte.

Memmel war zu keinem Zeitpunkt Mitglied der SA. Er sagte später sogar aus, die SA habe 1933 gegen ihn revoltiert.¹¹⁹⁷ Da Memmel nie nachweislich gegen deren Aktionen eingeschritten war, könnte ein tatsächlicher möglicher Unmut der SA aus rein machtpolitischen Gründen herrühren. Eine irgendwie geartete Revolte gab es jedenfalls definitiv nicht. Bei Memmels Aussage hierzu dürfte es sich, selbst wenn es einen wahren Kern gegeben hat, um eine Übertreibung handeln. Allerdings meinte der damalige Kreisleiter Hümpfner, das Verhältnis von Gauleitung zur SA sei nicht gut gewesen sei und dass immer Reibungen existierten. Wilhelm Kühnreich formulierte diese Zustände in seiner Vernehmung etwas genauer aus:

„In den Jahren 1933/34 stand die Gauleitung zur SA-Führung sehr schlecht. Ich kann es nicht aus eigenem Erleben sagen, aber ich weiß, dass zwischen dem SA-Führer H a c k e r und dem Gauleiter sehr ernsthafte Differenzen bestanden. Es wurde oft von einer dramatischen Sitzung in der Regierung erzählt. Hacker strebte nach Selbstständigkeit und vertrat durchaus die damalige Tendenz der SA, da er sich unter keinen Umständen der politischen Leitung unterordnen wollte.“¹¹⁹⁸

Es ist hierbei in Erinnerung zu rufen, dass die lokale SA Memmel trotz seines Postens als Kreisleiter nicht unterstand und er sich auch nicht in ihre Aufgabenbereiche einmischen durfte.¹¹⁹⁹ Rudolf Schmitt meinte zusätzlich:

„Vor allem die SA war es, deren Abneigung sich Memmel bereits bei seiner Wahl als Oberbürgermeister zuzog. [...] Ich vermag die Einzelheiten nicht mehr zu schildern, weiß aber aus eigenem Miterleben, dass sich die Dinge soweit steigerten, dass es im Juli zu einem Versammlungsskandal im Huttenschen Garten kam. Dr. Hellmuth, Memmel auch ich sollten damals von der SA verhaftet werden. Diese Zuspitzung erfolgte, das betone ich nochmals, weil die politische Führung, vor allem Memmel als Oberbürgermeister die verschiedenen „Aktionen“ der SA verurteilte und diese ohne das Wissen und gegen den ausdrücklichen Willen der politischen Leitung erfolgte.“¹²⁰⁰

am 12.3.1964 starb. Siehe hierzu: GUTSCHOW, NIELS/KLAIN, BARBARA: Vernichtung und Utopie. Stadtplanung Warschau 1939-1945. Hamburg, 1994, S. 154ff.

¹¹⁹⁶ GUTSCHOW/KLAIN: Vernichtung und Utopie, S. 154ff.

¹¹⁹⁷ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.1.48, Blatt 3.

¹¹⁹⁸ Protokoll in Sachen Theo Memmel, ehem. Oberbürgermeister, vom 28.1.1948 – vormittags. Spruchkammerakte Memmel, Blatt 1.

¹¹⁹⁹ LEY: Organisationsbuch der NSDAP 1937, S. 70f.

¹²⁰⁰ Eidesstattliche Erklärung Schmitt. Moosburg, 27.9.1947.

Dies zeigt, dass in Würzburg ähnliche machtpolitische Streitigkeiten mit der SA herrschten, wie auch in den anderen Teilen des Reiches.¹²⁰¹ Memmel hatte nicht als Einziger Probleme mit der SA, sondern die gesamte Gauleitung Unterfrankens. Der Zwist zwischen Hellmuth und der SA währte schon mindestens seit 1932 und artete fast schon in einen offenen Kampf aus.¹²⁰² In Bayern ging dieser Konflikt sogar bis zum Ministerpräsidenten Ludwig Siebert, der selbst die SA als Konkurrenz sah und sie entsprechend mittels der Gauleiter zu zügeln versuchte.¹²⁰³

Des Weiteren meinte Schmitt, Memmel habe Kreisleiter Knaup 1943 zu Fall gebracht.¹²⁰⁴ Dieser war anfangs Beauftragter der NSDAP im Würzburger Stadtrat. Der Justizbeamte und ehemalige Geschäftsführer der Kreisleitung August Söldner sagte aus, es habe zwischen Memmel und Knaup Feindschaft gegeben. Letzterer habe sich unhöflich gegenüber dem Oberbürgermeister geäußert. Außerdem sei Memmel mit Knaups Auftreten und Entscheidungen nicht einverstanden gewesen. Söldner sagte aus, Knaup habe überhaupt kein Interesse am Stadtrat gehabt. Wenn Memmel mit Knaup eine Meinungsverschiedenheit gehabt habe, habe der Kreisleiter nicht gezögert, dies dem Gauleiter zu melden.¹²⁰⁵ Ob Memmel aber tatsächlich etwas mit dem Kreisleiterwechsel zu tun hatte, bleibt abseits der Aussagen offen.

Ab dem 1. Oktober 1938 erhielt die Würzburger Kreisleitung der NSDAP auf Entschließung Memmels einen monatlichen stets widerruflichen Zuschuss von 250 RM, „[...] als Entgelt für die von der Kreisleitung im Interesse der Stadt geleistete Arbeit [...]“¹²⁰⁶ Da er als Initiator dafür anzusehen ist, kann sein Ärger auf die lokale Kreisleitung also nicht so groß gewesen sein, wenn er deren vor Ort geleistete Arbeit so sehr wertschätzte. Wenn er dies nicht auf höhere Anweisung getätigt hatte, ist dieser Zuschuss ein Zeichen dafür, dass Memmel die Verquickung von Staat/Kommune und Partei nach wie vor als sinnvoll erachtete und förderte.

Vor der Spruchkammer meinte Memmel, dass er nach seiner Kreisleiterabsetzung keine öffentlichen Reden mehr gehalten habe.¹²⁰⁷ Dies stellt aber nicht das Resultat einer Abwendung gegenüber der Partei dar, wie er dem Spruchkammergericht weißmachen wollte, sondern war lediglich die

¹²⁰¹ Siehe hierzu: GRÜTTNER: Brandstifter und Biedermänner, S. 100ff.

¹²⁰² HÜTTENBERGER: Die Gauleiter, S. 97f.

¹²⁰³ RITTENAUER, DANIEL: Das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten in der NS-Zeit (= Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte. Band 169). München, 2018, S. 206-219.

¹²⁰⁴ Eidesstattliche Erklärung Schmitt, S. 70f.

¹²⁰⁵ Abschrift der Eidesstattlichen Erklärung von August Söldner. Hammelburg, 15.9.1947. Magistratsakten Sign. 119 I. Protokoll Verhandlung Memmel, 27.11.1947, Blatt 5.

¹²⁰⁶ Protokoll der nichtöffentlichen Stadtratssitzung vom 19.10.1938. Rp 400, S. 161.

¹²⁰⁷ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.11.47, Nachmittag, Blatt 5.

Konsequenz aus seiner parteiinternen Degradierung. Als einfacher Parteigenosse hatte er nicht mehr den Gaurednerstatus inne, zudem dürfte die Stadt Würzburg genug Zeit von ihm abverlangt haben.

Memmels plötzliche Enthebung vom Kreisleiterposten durch den Gauleiter Hellmuth neben dem Ende Adelphias als Korporation bedeutete zweifellos einen tiefen Einschnitt in seinem Dasein als Parteigenosse. Ob diese beiden Punkte jedoch tatsächlich zu der von ihm später behaupteten Abkehr von der Partei führten, ist stark zu bezweifeln.

Gleichzeitig offenbart dieser Vorgang die größte Schwäche des Führerprinzips: Der Mangel an geeignetem Nachwuchs lässt sich unter anderem darauf zurückführen, dass die Vorgesetzten Konkurrenz fürchteten und zum Machterhalt darauf fixiert waren, ihre Untergebenen klein zu halten. Wurde eine engagierte Person wie etwa Memmel zu mächtig, nahm man ihr sein Amt wieder ab und besetzte es mit einer fügsameren.

c) Bautätigkeiten

Schon kurz nach der Amtsübernahme Memmels begann in Würzburg eine rege Bautätigkeit. Die Bauwerke dieser Zeit sind bereits umfassend bei WEIDISCH, EYRING und GERKEN geschildert. Hier geht es daher um die Umstände bei deren Errichtung.

Memmel sagte über seine Leistungen als Oberbürgermeister Würzburgs 1948:

„Größere Bauvorhaben wurden 1933 in Angriff genommen. Waldfriedhof, neuer Hafen usw. Durch diese Maßnahmen sank die Arbeitslosigkeit im Jahre 1933 schon von 3000 auf 2000. Es wurden ständig Arbeiter für sechs Wochen als Hilfsarbeiter eingeteilt um so für sie eine Verdienstmöglichkeit zu beschaffen. Bei Bauvorhaben wurden Baugebühren erlassen oder gemindert. 1933 auf 34 wurden 200 Wohnungen gebaut. 1934 wurden 2 Millionen Mark dafür eingesetzt. Kleinsiedlungen wurden gebaut, durch die Baugenossenschaften wurden schöne Häuser gebaut. Auch die Tiefbau- und Straßenarbeiten wurden nicht vernachlässigt. Auch das Riedinselbad wurde gebaut.

1935 wuchs die Lehmgrubensiedlung auf über hundert Wohnungen. Die Sparkasse errichtete in allen Teilen der Stadt Zweigstellen. Das lang ersehnte Hallenschwimmbad wurde erbaut.“¹²⁰⁸

Seine aufgezählten Maßnahmen und die seit 1933 errichteten Bauten sind tatsächlich umfangreich und beachtlich. Wie schon bei seiner Verwaltungsmodernisierung profitierte Memmel auch in diesem Sektor von den hervorragenden finanziellen Verhältnissen, die er 1933 angetroffen hatte. EYRING bemerkt, dass der Arbeitsdienst in Würzburg schon seit 1931 existierte, und viele Bauvorhaben bereits von Memmels Vorgänger geplant worden

¹²⁰⁸ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 3.

waren.¹²⁰⁹ Dass die Nationalsozialisten die Umsetzung von Plänen, die noch aus der Weimarer Republik stammten, für sich reklamierten, war typisch. Das bekannteste Beispiel hierfür sind Hitlers Autobahnen.¹²¹⁰ Ähnlich ging es bei der Lehmgrubensiedlung in Heidingsfeld vonstatten. Deren Bau war bereits 1932 vom Großkaufmann Bernhard Kupsch unter Mithilfe der Stadt Würzburg in Angriff genommen worden. Der Großteil wurde tatsächlich erst zur Zeit des Nationalsozialismus durchgeführt. Der von Memmel erwähnte Nachlass von Baugebühren für Kleinsiedlungen war kein städtischer Verdienst, sondern durch ein Reichsgesetz vom September 1933 geregelt.¹²¹¹ Aus der Lehmgrube sollte eine nationalsozialistische Mustersiedlung werden. Die Häuser waren zwar an sich günstige Einheitsbauten, konnten aber erweitert werden. Als lokalen Schritt in Richtung Nahrungsmittelautarkie und Blut-und-Boden-Ideologie sollten die Bewohner kostenlos Nutzvieh erhalten. Hierfür organisierte die Stadt Beratungen zum Umgang mit Geflügel und Kleintieren, etwa Kaninchen. Hinzu kamen Obstbäume und Beeresträucher.

Am Galgenberg entstand nach dem Vorbild der umliegenden Städte eine kleine „Frontkämpfersiedlung“, bestehend aus 20 Einfamilienhäusern. Denn der NS-Staat hatte den Ansatz, besonders die Kriegsoffer zu honorieren. Der Würzburger Generalanzeiger vermittelte seinen Lesern im Übrigen durchgehend das Bild, dass irgendwo gebaut wurde und sich Dinge in Bewegung befanden. So wurden selbst kleine Bauvorhaben in der Presse hervorgehoben, um die Tätigkeiten des neuen Regimes zu unterstreichen.¹²¹² Außerdem gründete die Stadt 1934 als Hauptgesellschafter die „Gemeinnützige Baugesellschaft für Kleinwohnungen mbH“, die heute noch als „Stadtbau Würzburg GmbH“ existiert.¹²¹³

Wie aus Memmels Aussage ersichtlich wird, konnten durch die vielen Bauprojekte etliche Personen in Lohn und Brot kommen. Das restliche Arbeitspersonal wurde vom Reichsarbeitsdienst gestellt, der günstig viele Aufgaben realisieren konnte.¹²¹⁴ Umgehend wurde 1933 ein Arbeitsdienstlager auf der Festung Marienberg errichtet und wenig später ein weiteres im September nahe Lohr am Main eingeweiht.¹²¹⁵ Für den Arbeitsdienst hatte

¹²⁰⁹ EYRING: Theo Memmel, S. 96ff.

¹²¹⁰ Siehe hierzu: SCHÜTZE, ERHARD/GRUBER, ECKHARD: Mythos Reichsautobahn. Bau und Inszenierung der „Straßen des Führers“ 1933-1941. Berlin, 2012.

Ähnliches galt für den Reichsarbeitsdienst, der ebenfalls schon in der Weimarer Republik eingeführt wurde.

¹²¹¹ RGBI I 1933, S. 652f.

¹²¹² BRENNER, ANNEMARIE: Die sozialen Aktivitäten der Nationalsozialisten in Würzburg nach Darstellungen in der Presse in den Jahren 1933-1937. Unveröffentlichte Zulassungsarbeit. Würzburg, 1985, S. 25-29.

¹²¹³ XXX. Verwaltungsbericht, S. 11. Die Stadtbau Würzburg hat fusioniert. MP, 30.1.2012.

¹²¹⁴ Siehe hierzu: DUDEK, PETER: Erziehung durch Arbeit. Arbeitslagerbewegung und freiwilliger Arbeitsdienst 1920-1935. Opladen, 1988.

¹²¹⁵ Stadtratssitzungen vom 27.4.33 und vom 7.9.33. Rp 398.

Memmel sich bereits seit 1932 eingesetzt, weshalb er im Januar 1935 Ehrenmitglied im Verband der Förderer der Arbeitsdienstlager wurde und als tragbares Zeichen hierfür eine silberne Nadel erhielt.¹²¹⁶

Zum Bauvorhaben in der Lehmgrubensiedlung in Heidingsfeld erklärte ein Zeuge bei Memmels Spruchkammerverfahren:

„Nach meiner Erinnerung wurden vom damaligen Oberbürgermeister Memmel bei der Besetzung der Siedlerstellen auch Nichtparteimitglieder oder solche Bewerber, die einer der später verbotenen Parteien angehört oder ihr nahegestanden hatte, berücksichtigt.

Nach der Besetzung der Siedlerstellen liefen von Parteimitgliedern oder von Parteidienststellen einige Male Beschwerden ein, dass die Leute der Siedlung teilweise nicht politisch zuverlässig seien, es wurde sogar von einer roten Siedlung gesprochen.

Der damalige Oberbürgermeister Memmel hat auf diese Beschwerden hin nie eine Untersuchung gefordert.“¹²¹⁷

Im Falle von eidesstattlichen Erklärungen, die Memmel bei seinem Entnazifizierungsverfahren in einem guten Licht erscheinen ließen, sind die Marginalien des öffentlichen Klägers, Otto Exinger, interessant. Er hinterließ auf vielen seinen Dokumenten, die sich heute im Staatsarchiv München befinden, Bemerkungen in Kurrentschrift. In diesem Falle relativiert er die Aussage des Zeugen mit folgenden Worten:

*„Die nicht zuverlässigen Nicht Pg's wurden damals möglichst weit an den Stadtrand verlegt! Das ist von damals noch bekannt!!“*¹²¹⁸

Möglicherweise ist Exinger hier einem in Würzburg damals umgehenden Gerücht aufgesessen, mit dem sich die Bevölkerung versuchte zu erklären, warum plötzlich Nichtparteigenossen in der NS-Mustersiedlung wohnhaft waren. Bei den Bewohnern handelte es sich ausschließlich Handwerker und Arbeiter.¹²¹⁹ Der Verwaltungssekretär Baptist Martin bestätigte die oben zitierte Zeugenaussage in seiner Vernehmung:

„Beim Siedlungswesen war Memmel auf dem Grundsatz gestanden: Immer den Arbeitern und Kinderreichen!

Da waren sogar Kommunisten dabei, die dafür vorgeschlagen waren.

Ja, ich meine dabei die Siedlungshäuser in Heidingsfeld.

Die Namen der Kommunisten weiß ich nicht, aber aus den Akten weiß ich, dass auch sie vorgeschlagen waren.“¹²²⁰

¹²¹⁶ Urkunde für Theo Memmel vom Verband der Förderer der Arbeitsdienstlager im Arbeitsgau 28 (Franken) e.V. Würzburg, 30.1.1935. Spruchkammerakte Memmel. Brief von Theodor Memmel an den Arbeitsgauführer Schinnerer. Würzburg, 29.4.1935. Spruchkammerakte Memmel.

¹²¹⁷ Abschrift der eidesstattlichen Erklärung von Karl Rauschert. Würzburg, 1.10.1947. Spruchkammerakte Memmel.

¹²¹⁸ Ebenda.

¹²¹⁹ Würzburger Wohnungsbuch (Offizielles Adressbuch) 1937. 40. Jahrgang. Nach dem Stand vom 1. Oktober 1936. Würzburg, 1936, S. 247f.

¹²²⁰ Protokoll Verhandlung Memmel, 3. Verhandlungstag, 27.11.47, Blatt 5.

Ob die erwähnten Kommunisten dann auch ein Haus erhielten, wusste Martin nicht mehr. Allerdings sagte er aus, dass Kommunisten beim Siedlungsbau beschäftigt wurden.¹²²¹ Falls dies tatsächlich der Fall gewesen sein sollte, wurde vermutlich entweder versucht, durch diese Maßnahmen auch die politischen Gegner vom neuen Regime zu überzeugen oder aber man benötigte schlichtweg Arbeitskräfte.

In den lokalen Zeitungen wurde zwar reichlich über den Wohnungsneubau berichtet, die tatsächlichen Zahlen zeigen aber, dass das eklatante Wohnungsnotproblem in Würzburg nicht gelöst wurde.¹²²²

Die bald um sich greifenden Prachtbauten des Nationalsozialismus gipfelten in den Plänen zum Umbau ganzer Städte. Bald schon wollte jeder Gauleiter, Oberbürgermeister und Architekt sein eigenes „NS-Versailles“. ¹²²³ Am 17. Februar 1939 war es schließlich soweit: Hitler gab Würzburg den Status „Neugestaltungsstadt“. Mehrere Umbaupläne wurden hiernach erstellt, wobei es selbstverständlich dem „Hobbyarchitekten“ Hitler oblag, über die endgültige architektonische Fassung Würzburgs zu entscheiden. Am 20. Juli pilgerten Hellmuth, Memmel und Stadtbaurat Hubert Groß zu ihrem Führer auf den Obersalzberg und zeigten ihm die Entwürfe zur Genehmigung.¹²²⁴ Hitler entschied sich für folgende Variante: Eine bis zu 10.000 Menschen fassende Volkshalle, Schulungsburgen für die Parteioorganisationen und eine Ehrenhalle sollten neu gebaut werden. Auch für das Stadttheater nebst Rathaus war am Marktplatz eine Neuerrichtung vorgesehen. Außerdem sollten drei neue Museen, eine Musikhochschule und eine Kunsthalle neu gebaut werden. Auch ein großes Stadion sollte errichtet und die städtischen Grünanlagen neugestaltet werden. Da man schon seit Dekaden nicht der Wohnungsnot Herr werden konnte, sollten innerhalb der nächsten fünf Jahre 3.000 Wohnungen neu gebaut werden. Die Hälfte davon würde allein durch die geplante Neugestaltung Würzburgs nötig werden. Die Neubauten und vor allem die Mainfassade sollten im klassizistischen Stil realisiert werden.¹²²⁵ Bis Ende 1940 waren die Grundstückskäufe und Vorarbeiten hierzu erledigt und im Oktober 1941 lag eine finale Fassung zur Stadtumgestaltung vor. Die Kriegsentwicklung machte bauliche Umsetzungen unmöglich, dennoch plante Groß ungeachtet dessen bis zum Sommer 1943 eifrig weiter.¹²²⁶

¹²²¹ Protokoll Verhandlung Memmel, 3. Verhandlungstag, 27.11.47, Blatt 6.

¹²²² BRENNER: Die sozialen Aktivitäten der Nationalsozialisten in Würzburg, S. 32f.

¹²²³ DÜLFFER, JOST/THIES, JOCHEN/HENKE, JOSEF: Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Köln, 1978, S. 12.

¹²²⁴ WEIHMANN, HELMUT: Bauen unterm Hakenkreuz. Architektur des Untergangs. Wien, 1998, S. 912.

¹²²⁵ „Unsere Feldpost“, Nr. 14, Dezember 1940, S. 8f. PACZKOWSKI, JÖRG: Der Wiederaufbau der Stadt Würzburg nach 1945 (= Mainfränkische Studien. Band 30). Würzburg, 1982, S. 45-55.

¹²²⁶ WEIHMANN: Bauen unterm Hakenkreuz, S. 912f.

Die angeführten Bauprojekte waren nicht allein Memmels Verdienst, sie wurden aber in seiner Zeit als Oberbürgermeister realisiert und waren in ihrer Zahl und Wirkung durchaus beachtlich. Schon in den ersten Jahren ihrer Herrschaft konnten die Nationalsozialisten große Erfolge erringen und propagieren. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen trugen schnell Früchte und ein wirtschaftlicher Aufschwung erfasste das Land. Es gab Infrastrukturmaßnahmen und eine immerhin mäßige Verbesserung der Wohnsituation. So entstand bei der breiten Masse, unterstützt durch außenpolitische Erfolge, innerhalb weniger Jahre ein durchaus positives Bild von der neuen nationalsozialistischen Herrschaft. Memmel erschien für die Würzburger als das Gesicht dieser Politik.

d) Personalpolitik

Wer wann in der Würzburger Stadtverwaltung welchen Posten während des Dritten Reichs innehatte, ist bereits bei EYRING und GERKEN sowie im Verwaltungsbericht behandelt worden. In diesem Abschnitt behandelt den Einfluss Memmels auf die Stellenbesetzungen. Er betonte immer wieder sein professionelles Auftreten und das Streben, stets zum Wohle Würzburgs zu handeln sowie das bei ihm herrschende Leistungsprinzip im Personalbereich. Letzteres Ziel propagierte auch die NSDAP bei der gesetzlichen Neuordnung des Berufsbeamtentums.¹²²⁷ Wie wenig dies der Realität entsprach zeigen die unzähligen Fälle, in denen verdiente Parteimitglieder in Beamtenstellungen erhoben wurden, für die ihnen eigentlich die Qualifikation fehlte. Würzburg hatte seit dem Beginn von Memmels Amtszeit einen steten Zuwachs an Beamten und Angestellten. Am 1. April 1933 waren es noch 464 Beamte und 137 Angestellte, zur selben Zeit im Jahre 1939 waren es bereits 544 Beamte und 422 Angestellte.¹²²⁸ Gerade die Stadtangestellten verzeichneten also einen enormen Zuwachs. Dies war übrigens ein reichsweiter Trend. Die Gesamtzahl der deutschen Beamten verdoppelte sich, bei der Zahl der Angestellten war eine Vervierfachung festzustellen.¹²²⁹ Damit lag Würzburg also ganz im deutschlandweiten Durchschnitt.

¹²²⁷ ERRAS, MAXIMILIAN: Die Regelung des Versorgungsanspruchs kommunaler NS-Wahlbeamter in der Nachkriegszeit. Eine Analyse am Beispiel des Amberger Oberbürgermeisters Josef Filbig (= Rechtsgeschichtliche Studien. Band 37). Hamburg, 2010, S. 92.

¹²²⁸ XXX. Verwaltungsbericht, S. 24.

XXX. Verwaltungsbericht, S. 16.

¹²²⁹ WEHLER: Deutsche Gesellschaftsgeschichte Band 4, S. 725. Dies ist paradox, da sich die Nationalsozialisten in früheren Jahren über einen übertrieben großen Staatsapparat echauffiert hatten und gerade Hitler sich gerne abfällig über die Verwaltung und ihre Beamten äußerte. Die Notwendigkeit und die Vorteile von klaren festgelegten Regeln und Normen, die von einer entsprechend versierten Bürokratie umgesetzt wurden, erkannten weder er noch viele seiner Mitstreiter. REBENTISCH, DIETER: Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945 (= Frankfurter Historische Abhandlungen. Band 29). Stuttgart, 1989, S. 30ff.

aa) Parteiwerbung

Fast alle Stadtangestellten, die nach dem Krieg eine Zeugenaussage machten, unterstrichen Memmels gute Personalpolitik. Er habe tatsächlich vornehmlich nach Leistung befördert und nicht nach politischer Überzeugung oder Loyalität. Außerdem betonten sie immer wieder, dass Memmel niemanden direkt zum Eintritt in die Partei oder eine ihrer Organisationen aufgefordert habe.¹²³⁰

Der Beamte Georg Otto erinnerte sich zwar daran, dass Memmel dem Gauleiter einmal freudig mitteilte, dass jeder Beamter der Stadt bei der Partei sei oder dort eine Tätigkeit ausübe. Gleichzeitig relativierte Otto diese Aussage aber wieder: „Ja, es waren welche da, die bei der Partei garnichts [sic!] machten.“¹²³¹ Memmel meinte, er habe dies so formuliert, damit keine weiteren Mitarbeiter entlassen werden.¹²³² Bei den Ansprachen zum 1. Mai und 8. November scheint Memmel geäußert zu haben, dass ein guter Beamter auch Parteigenosse zu sein habe. Ein anderer Zeuge sagte allerdings aus, Memmel habe bei diesen Betriebsappellen gemeint, die bloße Mitgliedschaft in der Partei reiche ihm nicht, man solle sich in ihr auch engagieren.¹²³³ Etwas ausführlicher schilderte der Verwaltungsamtmann Hermann Mayerhöfer die Worte Memmels bei jenen regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen:

„In den Betriebsappellen ist gesagt worden, dass die blanke Mitgliedschaft in der Partei nicht genügt, sondern man müsste in der Partei eine Betätigung haben, tätig sein.“

¹²³⁰ Folgende Personen beurteilten Memmels Personalpolitik in dessen Entnazifizierungsprozess positiv und unabhängig von Parteiinteressen: Anna Wirth, Stadtratswitwe; Bernhard Großmann, Gewerbe-Studienrat; Anton Seisser, Ratsherr; Rudolf Schmitt, Stadtrat; Franz Kreisel, Stadtrat; Hermann Mayerhöfer, Verwaltungsamtmann; Baptist Martin, Verwaltungssekretär; Dr. Hans Lill, Stadtmedizinalrat; Karl Müller, Leiter des Wohlfahrtsamtes; Ferdinand Jüllich, Justizrat und Vorsitzender des deutschen Sängerbundes; Heiner Dikreiter, Studienrat und Leiter der städt. Galerie; Dr. Josef Englert, Kulturamtsleiter; Georg Otto, Standesbeamter; Emil Rossdeutsch, Stadtangestellter. Eine gegenteilige Einschätzung machten drei Zeugen: Andreas Eusemann über seinen Betrieb, er war beim Würzburger Wasserwerk beschäftigt. Wobei Eusemann herbei vor allem seinen direkten Vorgesetzten, Rechnungsamtmann Flurschütz, belastete. Studienrat Ludwig Müller sagte aus, Memmel habe im März 1933 gegenüber ihm und anderen geäußert, dass künftig nur noch Pgg. Beamte werden sollten. Außerdem meinte er, Memmel habe ihm eine persönliche schriftliche Aufforderung geschickt; aus Opportunität sei er dann in die Partei eingetreten. Erwin Suppinger, Oberbaurat, meinte, Memmel habe bei den Ansprachen zum 1. Mai und 8. November gesagt, die Beamten, die nicht bei der Partei seien, wären untragbar.

¹²³¹ Protokoll Verhandlung Memmel, 27.11.47, Blatt 4.

¹²³² Protokoll Verhandlung Memmel, 25.8.49, Blatt 2.

¹²³³ Protokoll Verhandlung Memmel, 3. Verhandlungstag, 27.11.47, Blatt 3.

Eine Betätigung irgendwo in einer sportlichen Vereinigung hat Memmel gesagt, halte er einer Betätigung in einer anderen politischen Gliederung gleich!“¹²³⁴

Die meisten Zeugen konnten jemanden aus der Stadtverwaltung nennen, der sie unmittelbar aufforderte, der NSDAP beizutreten. Im Spruchkammerverfahren war jedoch Druckausübung seitens Memmel auf seine „Gefolgschaftsmitglieder“, der NSDAP beizutreten, nicht nachzuweisen. GERKEN liefert für seine Aussage, „Anscheinend versuchten insbesondere Oberbürgermeister Memmel, Rechtsrat Dr. Dengel und Stadtrat Hans Streller immer wieder, kommunale Beamte, Angestellte und Arbeiter für die NSDAP zu werben“¹²³⁵, keine Belege.

Von durchschnittlich 476 Würzburger Beamten waren laut Verwaltungsbericht bis 1938 50 „[...] alte Pg. oder Kämpfer der NSDAP.“¹²³⁶ Mit diesen zehn Prozent lag Würzburg hierbei gleichauf mit Halle. Eine Überprüfung sämtlicher Prüfungsausschüsse Würzburgs, die über die Berufserlaubnis von ehemaligen Angehörigen der NSDAP oder ihrer Gliederung entschied, ergab, dass von mehreren hundert Personen nur drei Memmel nannten, der sie in seiner Person als Kreisleiter oder Oberbürgermeister aktiv zum Beitritt in die Partei aufgefordert hatte.¹²³⁷ Die meisten belasteten ihren Ortsgruppen- oder Blockleiter. Daher kann Memmels Werbungstätigkeit für die NSDAP tatsächlich so groß nicht gewesen sein. Dies erscheint ungewöhnlich, da er als Kreisleiter und Oberbürgermeister besonders um Neuaufnahmen bemüht gewesen sein musste. Der Verwaltungsamtmann Otto meinte bezüglich Memmels Verständnis von einem Beamten:

„Eines steht fest, dass der Staat die Partei und die Partei der Staat war. Der Beamte ist der Diener des Staates und der Beamte muss bei der Partei sein, so hieß es. Das war die Ansicht des Betroffenen.“¹²³⁸

¹²³⁴ Protokoll Verhandlung Memmel, 3. Verhandlungstag, 27.11.47, Blatt 1.

¹²³⁵ GERKEN: Die Selbstverwaltung der Stadt Würzburg, S. 281.

¹²³⁶ XXX. Verwaltungsbericht, S. 22.

¹²³⁷ Der in der Lichtbildstelle tätige städtische Angestellte Georg Christ gab 1946 an, Memmel habe ihn 1943 aufgefordert, zur Partei zu gehen. In seinem späten Parteibeitritt sah er es auch geschuldet, dass er im Folgejahr trotz seines Alters (51) noch zur Wehrmacht eingezogen wurde. Prüfungsausschuss von Georg Christ zur Belassung als städtischer Angestellter. Würzburg, 28.1.1946. Prüfungsausschuss für Wiedereinstellung bzw. Wiederzulassungen. A-L. 1945-1946. Einwohneramt 146. SAW. Heiner Dikreiter, der von 1910 bis 1933 Mitglied der SPD war, meinte, er sei 1934 auf Drängen von Memmel der NSDAP beigetreten, um seine Schulstellung nicht zu verlieren. Dies ist interessant, da er 1947 als Fürsprecher Memmels auftrat. Prüfungsausschuss zur Wiederzulassung von Heiner Dikreiter als freischaffender Künstler. Würzburg, 7.3.1946. Ebenda. Auch der Architekt und freischaffende Künstler August Gerstner belastete Memmel. Der Prüfungsausschuss schrieb 1946: „Im Jahre 1934 wurde er vom Oberbürgermeister Memmel veranlasst zur Partei zu gehen. Durch Eintritt in die Partei war ihm die Möglichkeit gegeben sein Lebenswerk fortzusetzen und seinen Einfluss auf die innere Gestaltung der [Handwerker- und Zeichen]Schule zu behalten.“ Prüfungsausschuss von August Gerstner zur Wiederbelassung als Architekt und freischaffender Künstler. Würzburg, 5.3.1946. Ebenda.

¹²³⁸ Protokoll Verhandlung Memmel, 3. Verhandlungstag, 27.11.47, Blatt 4.

Vor der Spruchkammer versuchte er allerdings die Nichtbewerbung der Parteimitgliedschaft als einen Wesenszug seiner toleranten Grundhaltung zu verkaufen. Dies hatte jedoch ganz andere Gründe. Zum einen existierte die bereits geschilderte Problematik, dass die NSDAP über weite Strecken gar keine Neuaufnahmen zugelassen hatte. Eine genauere Antwort ergibt sich aus Memmels Verständnis eines Parteigenossen. Auskunft darüber gibt die Aussage eines seiner Bundesbrüder vor der Spruchkammer, Dr. *med.* Hans Bootz.¹²³⁹ Seine generellen Angaben sind natürlich an sich aus dem Umstand des gemeinsamen Lebensbundes – was dem Gericht allerdings nicht bekannt war – heraus kritisch zu betrachten.¹²⁴⁰ Bootz war nie Parteimitglied geworden und hatte öfters Diskussionen mit Memmel über Politik:

„Er wurde dabei nicht abweisend, sondern ich merkte, wie er auf meine Ansichten einging und nachdenklich wurde. Als ich von anderer Seite schriftlich aufgefordert wurde (von wem? Warum teilte er Memmel dies mit?) in die Partei einzutreten und Wert darauf legte, dies nicht zu tun, teilte ich ihm meine Gründe zur Ablehnung mit und fand sein Verständnis. Er riet mir aber sogar von sich aus ab, der Aufforderung Folge zu leisten. [...] Ich habe aber auch deutlich gemerkt, dass er sich für mich einsetzte und mich vor schon beginnenden Angriffen hasserfüllter Parteimitglieder beschützte, welche darauf aus waren, mich beruflich zu schädigen“¹²⁴¹

Kritisch bemerkt der öffentliche Kläger Exinger in seinen hier mitzitierten Marginalien, dass sich Bootz wegen der Parteizugehörigkeit ausgerechnet an Memmel gewandt hatte. Wahrscheinlich vermutete er, dass es eben dieser war, der Bootz zur Partei bringen wollte. Unter dem Exinger nicht bekannten Aspekt der gemeinsamen Bundeszugehörigkeit ist es jedoch nachvollziehbar, dass Bootz sich an den ihm nahestehenden und gleichzeitig sehr bekannten NSDAP-Angehörigen wandte. Des Weiteren war er Memmels Augenarzt.¹²⁴² Die erwähnte Parteiwerbeaktion kam von anderer Seite. 1937/38 schickte der Gauinspekteur Friedrich (Fritz) Conrad im Auftrag des Gauleiters in einer großen Propagandawelle bestimmten Bürger ein Rundschreiben zu, in welchem er den Parteibeitritt bewarb. Diesem war zu entnehmen, dass die jeweilige Person für würdig befunden worden sei, der NSDAP beizutreten. Sehr viele folgten diesem Aufruf, da kaum einer dieser direkten und persönlichen Aufforderung widerstehen konnte oder

¹²³⁹ Der gebürtige Würzburger Hans Bootz, Jahrgang 1891, trat ein Jahr vor Memmel am 3.9.1910 Adelphe bei. Sein Vater Albert Bootz war ebenfalls Adelphe. 1919 wurde er philistriert und war seitdem Augenarzt in Würzburg. EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelphe, S. 97.

¹²⁴⁰ So schloss Bootz seine eidesstattliche Erklärung etwa mit den Worten: „Ich würde mich der Treulosigkeit schuldig fühlen, wenn ich diese zu seinen Gunsten sprechenden Aussagen nicht machen würde, nachdem er jetzt ins Unglück gekommen ist.“ Ob er hierbei die Treue zu Memmel als Bundesbruder oder aber als aus seiner Sicht verdienten Bürgermeister meinte, bleibt offen. Abschrift der beglaubigten eidesstattlichen Erklärung von Dr. Hans Bootz. Würzburg, 25.3.1947. Spruchkammerakte Memmel.

¹²⁴¹ Eidesstattlichen Erklärung Bootz.

¹²⁴² Siehe hierzu mehrere Rechnungen in den Magistratsakten. Signatur 119 h. SAW.

wollte.¹²⁴³ Hierauf wird sich wohl auch Bootz bezogen haben. Ähnliches berichtet auch der Stadtmedizinalrat Dr. *med.* Hans Lill:

„Mommel war stets sehr anständig gegen mich. Im Frühjahr 1935 habe ich zum erstenmal [sic!] über meine Stellung zur Partei mit ihm gesprochen.

Ich habe ihm erklärt, dass ich es als untragbaren Gedanken betrachten würde zur Partei zu gehen wegen meiner Stellung. Ich sagte ich würde lieber die Konsequenzen ziehen.

[...] Es hat ihm an mir besonders gefallen, dass ich nicht wie die anderen 1933 gleich der Partei beigetraten bin.“¹²⁴⁴

Dass Mommel gegen einen Parteieintritt seines Bundesbruders und des Stadtmedizinalrats war, muss jedoch nicht darauf zurückzuführen sein, dass er sich von der NSDAP abgewandt hatte, oder aber so sonderlich tolerant war, ganz im Gegenteil. 1946 schrieb Mommel an die Spruchkammer, die ihn später verurteilen sollte:

„Tatsache aber ist, dass ich mich von März 1933 bis April 1935, wo ich des Amtes als Kreisleiter enthoben wurde, weder in meinem Amtszimmer noch in meiner Privatwohnung retten konnte vor den vielen vielen, die plötzlich ihr nat.soz.-Herz entdeckt hatten und um Aufnahme in die Partei ersuchten. Da das Aufgabe der Ortsgruppenleiter war, habe ich in den wenigsten Fällen solche Anträge entgegengenommen. Ich habe damals nie meine Gegnerschaft verhehlt, dass man nur aus finanziellen Gründen damals die Partei öffnete für solche, die zumeist nur aus egoistischen Gründen sich zur Partei drängten. [...]

Manche der Herren, die heute stolz auf ihre völlige „Entlastung“ hinweisen, danken es meiner Ablehnung oder sogar meinem Abraten, dass sie trotz ihres Antrags auf Aufnahme in die NSDAP damals nicht aufgenommen wurden.“¹²⁴⁵

Mit dieser Aussage und einem entsprechenden Rundschreiben seinerseits vom 8. März 1933¹²⁴⁶ belastete Mommel sich selbst. Denn er wollte nur tatsächlich von der Ideologie des Nationalsozialismus überzeugte Personen als Parteigenossen aufnehmen lassen und keine Opportunisten. Sein Bundesbruder Bootz gehörte ganz offensichtlich nicht zu diesem Personenkreis, weswegen Mommel ihm daher auch hiervon abgeraten haben wird. Weder die Spruchkammer noch die höheren Instanzen erkannten offenbar anhand der Aussage Mommels, dass er nur wahrhaft überzeugte Nationalsozialisten

¹²⁴³ Einwohneramt 146 und 147.

¹²⁴⁴ Protokoll Verhandlung Mommel, 28.11.47, Blatt 2.

¹²⁴⁵ Brief Mommel an die Spruchkammer IV.

¹²⁴⁶ „Bei Neuaufnahmen ist von jetzt ab Vorsicht walten zu lassen. Nur ganz zuverlässige und für die Bewerbung nützliche Leute, SA- und SS-Leute, sind aufzunehmen. Die Neuaufgenommenen dürfen keinen Nachlass der Aufnahmegebühr erhalten, im Gegenteil, ich stelle es den Ortsgruppen anheim, im Einzelfall erhöhte Aufnahmegebühren zu fordern, die der Ogru [Ortsgruppe] zufallen. Den Neuaufgenommenen ist vor Jahresfrist kein Parteiamt zu übertragen, außer solchen, die viel undankbare Arbeit erfordern. „Konjunktur“-menschen brauchen wir nicht. Auf der anderen Seite gegen alle säumigen Pg. vorgehen, die sonst nichts (als SA- SS) leisten in der Ogru.“ Rundschreiben Nr. 10/33 von Theo Mommel. Würzburg, 8.3.1933. NSDAP Gau Mainfranken 705. StAW.

in seiner NSDAP geduldet und sich damit gegen eine Massenpartei gestellt hatte. Somit wird auch plausibel, weshalb er in der Stadtverwaltung oder bei Würzburger Bürgern nicht aktiv die Parteimitgliedschaft bewarb. Diese Sache beruhte nicht nur auf Memmels Privatmeinung, sondern wurde von höchster Stelle angeordnet. Denn die NSDAP erlebte seit der Wahl vom 5. März 1933 einen derartigen Sturm an Neuaufnahmen, dass sie ab dem 1. Mai einen Aufnahmestopp verhängte. Dieser Zustrom überforderte zum einen die Parteiverwaltung, zum anderen geriet das Ziel der NSDAP, einen elitären Kreis im Reich zu bilden, in Gefahr. Hinzu kam die Furch vor Opposition in den eigenen Reihen und die Vernachlässigung der Altmitglieder.¹²⁴⁷ Im Umkehrschluss bedeutet dieses Thema, dass Memmel versucht haben muss, mit bereits bewährten Nationalsozialisten die bisherige Belegschaft auszutauschen, beziehungsweise mit ihnen Stellen neu zu besetzen.

bb) Politisch bedingte Entlassungen

Fotografien aus dem Mai und April 1933 zeigen Memmel und seinen zweiten Bürgermeister Franz Stadelmayer noch nebeneinander in die Kamera lächeln.¹²⁴⁸ Bald schon wurde Stadelmayer jedoch zu unbequem. Am 4. März 1934 erhielt er ein Schreiben des Gauleiters, in welchem dieser seinen Rücktritt forderte. Ob oder inwieweit Memmel hierbei im Hintergrund mitgewirkt hatte, verbleibt im Dunkeln. Gegenüber Stadelmayer hieß es, er habe nicht die Hoffnung erfüllt, rückhaltlos für den neuen Staat zur Verfügung zu stehen. Aus der Überprüfung von Beschwerden habe sich ergeben, dass er dem nationalsozialistischen Denken und Wollen weltfern und weltfremd gegenüberstehe.¹²⁴⁹ Memmel stellte ihm dennoch am 19. April 1934 ein sehr gutes Arbeitszeugnis aus, in dem er dessen Verdienste um die Stadt deutlich machte und besonders lobte. In diesem schrieb er außerdem:

„Bürgermeister Stadelmayer trat am 1. April 1934 einen 6 monatlichen Erholungsurlaub an und wird am 1. Oktober 1934 in den Ruhestand treten, da er den politischen Stellen auf seinem exponierten Posten als 2. Bürgermeister der Stadt Würzburg nicht mehr tragbar erscheint.“¹²⁵⁰

¹²⁴⁷ WEIGEL, BJÖRN: „Märzgefallene“ und Aufnahmestopp im Frühjahr 1933. In: BENZ, WOLFGANG (Hrsg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder. Frankfurt am Main, 2009, S. 91-109.

¹²⁴⁸ Foto: „Oberbürgermeister Memmel u. Bürgermeister Stadelmayer bei der Einweihung des Arbeitsdienstlagers auf der Feste Marienberg am 30. April 1933.“

Foto: „1. Mai 1933“. Memmel und Stadelmayer marschieren auf diesem Foto nebeneinander auf gleicher Höhe blumengeschmückt durch Würzburg. Fotos. Biographische Mappe Dr. Stadelmayer, Franz. SAW.

¹²⁴⁹ Beglaubigte Abschrift von beglaubigter Abschrift des Spruchs der Spruchkammer X München betreffend Dr. Franz Stadelmayer. München, 22.8.1946. Personal A bis 2002. Signatur 846b. Stadelmayer, Franz. 1949-1960. SAW

¹²⁵⁰ Beglaubigte Abschrift des Zeugnisses von Franz Stadelmayer. Würzburg, 19.4.1934. Personal A bis 2002. Sign. 846b.

Stadelmayers Nachfolger wurde dank einstimmiger Wahl vom 27. September 1934 der berufsmäßige Stadtrat und Jurist Oskar Dengel. Dessen Stadtratsstelle übernahm hierauf wiederum nach einstimmiger Wahl der Verwaltungsinspektor Rolf Schmitt.¹²⁵¹ Dies ist etwas überraschend, da der einstige kommissarische Zweite Bürgermeister Rudolf Schmitt hierbei außen vorgelassen wurde. Offenbar war man nach der Machtetablierung wieder eher an der Eignung der Kandidaten interessiert.

Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April und dessen Ergänzung vom 20. Juli 1933 fand auch in der Würzburger Stadtverwaltung Niederschlag. Mit dessen Hilfe konnte sich die neue nationalsozialistische Regierung reichsweit unliebsamer Staatsdiener entledigen und ihre Macht somit weiter ausbauen. In Würzburg wurde einem Stadtrat das Ruhegehalt entzogen, drei Personen in den Ruhestand versetzt und sieben aus dem Dienst entlassen. Abseits des Stadtrats verloren damit durch das Berufsbeamtengesetz neun Personen ihre, was ohne die fünf Arbeiter eine verschwindend geringe Quote von 0,7 Prozent ergibt, deutlich weniger also als in Halle.¹²⁵²

Etwas über zwei Monate nach der Gesetzesverabschiedung wurden die Vertragsangestellten Josef Kern und Ernst Hufnagel auf Beschluss des Stadtrats fristlos entlassen.¹²⁵³ Kern wurden bis zum 15. Oktober 1933 noch die vollen Bezüge gewährt.¹²⁵⁴ Grund für seine Entlassung war seine Zugehörigkeit zur SPD, außerdem warf ihm die unterfränkische Regierung „Hetze gegen die NSDAP“ vor und dass er „[...] nicht fähig und willens [sei], rückhaltlos für den nationalen Staat einzutreten.“ Daher könne er froh sein, wenn er mit der Entlassung aus seinem Arbeitsverhältnis davongekommen sei.¹²⁵⁵ Memmels persönliche Sicht zu diesem Fall lässt sich aus der noch vorhandenen Korrespondenz nicht entnehmen. Die Entlassungsanweisung kam von der Unterfränkischen Regierung. Memmel, beziehungsweise der Stadtrat, waren als Kerns Vorgesetzter wohl nur die durchführende Instanz. Eine Beschwerde Kerns lehnte die Regierung von Unterfranken ab.¹²⁵⁶ Das Gesetz sah bei einer Entlassung wegen politischer Betätigung nur die

¹²⁵¹ Öffentliche Stadtrats-Sitzung vom 27.9.1934, S. 143f. Rp 399.

¹²⁵² Würzburg hatte am 1.4.1933 464 Beamte und 137 Angestellte, was addiert 601 ergibt. XXX. Verwaltungsbericht, S. 21.

¹²⁵³ Protokoll der Geheimen Stadtratssitzung vom 14.7.1933, S. 217.

¹²⁵⁴ Beglaubigte Abschrift des Briefs von Theo Memmel an Josef Kern. 15.7.1933. Spruchkammerakte Memmel.

¹²⁵⁵ Beglaubigte Abschrift des Schreibens der Regierung von Unterfranken, Kammer des Innern an Josef Kern. Würzburg, 28. Februar 1934. Spruchkammerakte Memmel. Der letzte Satz ist ein Zitat aus § 4 vom Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. RGBI I 1933, S. 175.

¹²⁵⁶ Regierung Unterfranken an Kern.

dreimonatige Weiterzahlung von drei Viertel des Ruhegehaltes vor, Kern bekam immerhin seine vollen Bezüge.

Ernst Hufnagel wurde nach § 4 des Berufsbeamtengesetzes wegen seiner Zugehörigkeit zur SPD, dem sozialistisch orientierten Zentralverband der Angestellten und dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold entlassen. Auch er erhielt noch drei weitere Monate sein Gehalt. Dennoch traf ihn die Entlassung besonders hart, denn er blieb hierauf 16 Monate arbeitslos. Darüber hinaus wurde ihm sechs Wochen jede Unterstützung gesperrt mit der Begründung, dass er ja selbst an seiner Lage schuld sei. Erst im November 1934 fand er Arbeit im Überlandwerk Unterfranken. Bis dahin war ihm durch die Entlassung ein Schaden von 2.000 RM entstanden.¹²⁵⁷

Unter dasselbe Gesetz fiel auch der berufsmäßige Stadtrat außer Dienst (a.D.) Jakob Schäfer, Jahrgang 1868. Ihm wurden ab dem 1. Oktober 1933 der Anspruch auf Ruhegehalt, Hinterbliebenenversorge und der Titel entzogen.¹²⁵⁸ Diese Entscheidung traf der Reichsstatthalter auf Vorschlag der Bayerischen Staatsregierung.¹²⁵⁹ Nur eine „stets widerrufliche Rente“¹²⁶⁰ in Höhe von einem Drittel des zuletzt bezogenen Grundgehaltes gewährte man ihm. Durch den Zusatz des „jederzeit widerruflich“ machte man Schäfer klar, dass er sich damit zufrieden zu geben hätte und man ihm bei zu viel Beschwerde auch noch diese wegnehmen könne. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums ermöglichte das. Grund für all das war Schäfers Zugehörigkeit zur SPD.¹²⁶¹ Welche Rolle Memmel in diesem Prozess spielte, bleibt mangels Quellen im Dunklen.

Am 19. Juli 1943 ließ Memmel seine Glückwünsche zu Schäfers 75. Geburtstag zusammen mit einem Bocksbeutel übermitteln.¹²⁶² Dieser dankte ihm dafür in einem zweiseitigen handschriftlichen Brief und schrieb: „[...] dass gerade diese mir vor allen anderen, die mir zukamen, die größte Freude bereitet haben.“¹²⁶³ Memmels Zutun hierbei beschränkte sich jedoch auf das maschinelle Ausfüllen einer standardisierten Vorlage für entsprechende Gratulationen, was dann seine Mitarbeiter umsetzten. Schäfers

¹²⁵⁷ Hiernach versuchte er auch durch die Mitgliedschaft in der DAF und der NSV sich in das nationalsozialistische Deutschland einzuordnen. Nach dem Krieg erhielt er zur Wiedergutmachung eine Anstellung bei der Stadt Würzburg und wurde mit Sonderbedingungen verbeamtet. Er wurde jedoch bereits Ende 1950 wegen Verletzung seiner Dienstpflichten entlassen. Personal A bis 2002. Signatur 69. Hufnagel, Ernst Stadtoberinspektor. SAW.

¹²⁵⁸ Schreiben von Theo Memmel an Jakob Schäfer. Würzburg, 19.10.1933. Personalakten Beamte 037/1. „Schäfer Jakob Stadtrat. Versetzung in den Ruhestand ab 10.9.29“. SAW.

¹²⁵⁹ Weitere Veränderungen im Würzburger Gemeindedienst. WGA, Nr. 218, 22.9.1933, S. 4.

¹²⁶⁰ Rückschreiben eines Stadtrates an Jakob Schäfers Schwiegersohn. Würzburg, 9.10.1933. Personalakten Beamte 037/1 „Schäfer Jakob.

¹²⁶¹ Brief von Jakob Schäfer an den Oberbürgermeister der Stadt Würzburg. Versbach, 17. Juni 1945. Personalakten Beamte 037/1 „Schäfer Jakob.

¹²⁶² Brief von Theo Memmel an Jakob Schäfer. Würzburg, 19.7.1943. Ebenda.

¹²⁶³ Brief von Jakob Schäfer an Theo Memmel. Würzburg, 22.7.1943. Ebenda.

freudiger Reaktion ist jedoch zu entnehmen, dass er dies als persönliche Aufmerksamkeit des Oberbürgermeisters wertete. Auch zur Goldenen Hochzeit der Familie Schäfer gratulierte das Stadtoberhaupt.¹²⁶⁴ Durch diese dem Automatismus zuzuordnenden Vorgänge erreichte es Memmel, bei einem entlassenen Stadtratsmitglied gut dazustehen, da dieser die erwiesene Geste völlig überschätzt hatte. Ob Schäfer ungeachtet seiner Entlassung und seiner einstigen Zugehörigkeit zu SPD mit Glückwünschen bedacht wurde, oder aber die darüber entscheidenden Stellen zehn Jahre nach dem Vorfall schlichtweg nicht über die Umstände der Person informiert waren, bleibt letztendlich offen. Letzteres dürfte aber wahrscheinlich sein. In Halle unter Weidemann bekamen ehemalige SPD-Angehörige schon seit 1933 nicht einmal für ein 25-jähriges Dienstjubiläum eine sonst übliche Ehrung.

Am 20. September 1933 wurde der parteilose Stadtschulrat Gustav Walle¹²⁶⁵ seines Postens als Fachberater des städtischen Schulwesens enthoben. Sein Nachfolger, der Lehrer Eichelsbacher, gehörte der NSDAP an.¹²⁶⁶ Walle vermutete 1948, dass diese Sache aus dem Vorzimmer des bayerischen Kultusminister Hans Schemm gekommen sei.¹²⁶⁷ Laut Würzburger Generalanzeiger geschah die Ruhestandsversetzung auf Vorschlag der Bayerischen Staatsregierung.¹²⁶⁸ Am 1. Januar 1934 ging Walle in den Zwangsruhestand, den der Reichsstatthalter in Bayern, Franz Ritter von Epp, auf Vorschlag der Bayerischen Staatsregierung auf Grund des § 6 des Gesetzes zur Vereinfachung der Verwaltung angeordnet hatte. Die gegnerische Einstellung des Stadtschulrats zur NSDAP war bekannt, weswegen auch die Entlassung erfolgte.¹²⁶⁹ Walle war fest davon überzeugt, dass Memmel hierbei keinen Anteil hatte, seine Amtsenthebung jedoch ein rein politischer Akt war. Die Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Oberbürgermeister sei problemlos gewesen.¹²⁷⁰ Außerdem sah Walle es als

¹²⁶⁴ Brief von Jakob Schäfer an Theo Memmel. Würzburg, 27.7.1943. Ebenda.

¹²⁶⁵ Gustav Walle wurde 1880 in Rittersmühle in der Pfalz geboren. 1898 legte er ein sehr gutes Examen am Lehrerbildungsseminar in Speyer ab. Anschließend unterrichtete er an mehreren Volksschulen. 1909 erhielt er eine Beurlaubung, um in Würzburg Psychologie und Philosophie zu studieren. Dort trat er der K.D.St.V. Normannia bei. 1913 wurde der mittlerweile verheiratete Walle als Stadtschulinspektor in den Schuldienst von Würzburg berufen. Von 1915 bis 1933 war er dann Stadtschulrat. Hiernach widmete er sich vielfach ehrenamtlicher Tätigkeit. Unmittelbar nach der Besetzung Würzburgs durch die Amerikaner erhielt der 65-jährige Walle noch die erneute Berufung zum Stadtschulrat. Bis 1948 engagierte er sich am Wiederaufbau des lokalen Schulwesens. Er starb 1954, heute ist nach ihm eine Schule im Würzburger Stadtteil Lindleinsmühle benannt. SPITZNAGEL, PETER: Gustav Walle (1880-1954). Aufsatz vom 12.11.2008. Nicht paginiert. Biographische Mappe Walle, Gustav. Stadtschulrat.

¹²⁶⁶ Protokoll Verhandlung Memmel, 28.11.47, Blatt 1f.

¹²⁶⁷ Protokoll Verhandlung Memmel, 28.1.48, Blatt 5.

¹²⁶⁸ Stadtschulrat Walle im Ruhestand. Auf Grund des Gesetzes zur Vereinfachung der Verwaltung. WGA, Nr. 218, 22.9.1933, S. 4.

¹²⁶⁹ SPITZNAGEL: Gustav Walle.

¹²⁷⁰ Protokoll Verhandlung Memmel, 28.11.47, Blatt 1f.

fraglich an, ob Memmel ihm in seiner Situation überhaupt hätte helfen können. „Diese Sache ist vom Ministerium herunter gekommen, und er wurde vor die vollendete Tatsachen gestellt meines Erachtens.“, wie Walle sagte.¹²⁷¹ Nichtsdestotrotz beruht eine Unschuld Memmels bei dieser Personalentscheidung nur auf Vermutungen. Als 1940 die beiden Söhne von Gustav Walle gefallen waren, sandte Memmel ihm ein persönliches Beileidsschreiben. Walle schloss daraus, dass er ihn nach wie vor positiv im Gedächtnis hatte.¹²⁷² Er dürfte dabei aber vermutlich denselben Automatismus hereingefallen sein, wie Jakob Schäfer.

Ebenfalls aus politischen Gründen wurde am 1. Oktober 1933 der Beamte Paul Wuenschel (1892-1975) in den Ruhestand versetzt. Er hatte bereits 1909 seine Beamtenlaufbahn bei der Stadt Würzburg eingeschlagen und war zu diesem Zeitpunkt Rechnungsinspektor bei den Stadtwerken. Für die Entlassung war sein SPD-Parteibuch ausschlaggebend, das Wuenschel seit 1920 besaß. Er erhielt bis zum Jahresende noch die vollen Bezüge, von da an die Versorgungsbezüge.¹²⁷³

Der berufsmäßige Stadtrat Dr. Albert Franz wurde 1935 mit nur 44 Jahren vorzeitig zwangspensioniert. Er stand bereits seit 1919 als Fürsorgereferent im Dienst der Kommune.¹²⁷⁴ Hans Streller setzte jedoch als Führer der NSDAP-Stadtratsfraktion ein Schreiben gegen Franz auf, in welchem er dessen Loyalität zum neuen Staat anzweifelte.¹²⁷⁵ Memmel schloss sich diesem Urteil in seiner Funktion als Kreisleiter an und forderte ihn auf, einen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand zu stellen.¹²⁷⁶ Die Sache dürfte auf Franz vormaliger Zugehörigkeit zum Zentrum beziehungsweise der Bayerischen Volkspartei zurückzuführen sein.¹²⁷⁷

Der Standesbeamte Georg Otto wurde am 17. Oktober 1939 als Leiter ins Wohnungsamt versetzt. Dies beurteilte NSDAP-Mitglied Otto als eine Strafversetzung. Den Grund hierfür sah er 1947 darin, dass er als politisch unzuverlässig und nicht tragbar bezeichnet wurde. Otto sagte aus, dass schon 1937 Helmut Umhau gegen ihn eine Hetzkampagne gestartet hatte, da er

¹²⁷¹ Ebenda, Blatt 5.

¹²⁷² Ebenda, Blatt 1.

¹²⁷³ Personal-Fragebogen Paul Wuenschel. Würzburg, 14.9.1945. Personal A Sign. 55 „Wuenschel Paul“. SAW. Entschließung des Oberbürgermeisters betreffend der Regelung der Dienst- und Besoldungsverhältnisse des wieder im Dienst befindlichen Rechnungsinspektors Paul Wuenschel. Würzburg, 17.5.1946. Ebenda.

¹²⁷⁴ Personal-Fragebogen Dr. Albert Karl Franz. EAP I HG 0 Sign. 1045 „Dr. Franz Albert Karl, berufsm. Stadtrat“. SAW.

¹²⁷⁵ Beglaubigte Abschrift des Schreibens von Fraktionsführer Hans Streller an Kreisleiter OB Memmel. Würzburg, 17.1.1935. Ebenda.

¹²⁷⁶ Beglaubigte Abschrift eines Briefs von OB Memmel an Albert Franz. Würzburg, 17.1.1935. Ebenda.

¹²⁷⁷ Personal-Fragebogen Franz.

parteipolitisch nicht mehr tragbar sei. Die durchführende Person bei seiner Strafversetzung 1939 war zwar Memmel, die Schuldigen hierfür sah Otto jedoch an anderer Stelle, nämlich bei Rudolf Schmitt der noch schärfer gegen ihn gegangen war als zuvor Umhau. Otto nahm Memmel trotz seiner Versetzung vor der Spruchkammer in Schutz: „Ich habe hier den Eindruck, dass der Oberbürgermeister ein höriges Werkzeug dieser Männer sein musste. Rolf Schmitt und Streller haben ihn geleitet.“¹²⁷⁸ „Er [Mommel] sagte zu mir, sind sie froh, dass es so gut ausging, es hätte auch anders kommen können.“¹²⁷⁹ Nun erscheint Memmel nicht als ein sonderlich characterschwacher Mensch, der sich leicht von anderen leiten ließe. Nach Ottos Aussage war Memmel jedoch in dieser Sache nicht der Urheber seiner Strafversetzung.

Schlussendlich lassen sich – teils auch durch die schlechte Quellenlage – keine Entlassungen direkt mit Memmels Einwirken verbinden. Andererseits ist nur in der Personalie Lill ein Einmischen zugunsten eines Betroffenen ersichtlich. Fakt ist aber, dass in Würzburg in den zwei Jahren nach der Machtergreifung alle ehemaligen Angehörigen des Zentrums, der BVP sowie der SPD systematisch aus ihren Ämtern gedrängt wurden. Es ist schon angesichts Memmels Agitation als Kreisleiter davon auszugehen, dass gerade die Entlassungen von Sozialdemokraten ganz in seinem Sinne geschahen, selbst wenn er sie nicht persönlich angestoßen hatte. Hinzu kommt, dass das Berufsbeamtengesetz eine Entfernung aus der Beamtenstellung so einfach machte, dass der eigentliche Urheber von einzelnen Fällen kaum zu ermitteln ist. In Halle behandelte Stadtrat Dohmgoergen diese potentiellen Entlassungen. Der Oberbürgermeister schien letztendlich nur die Unterschrift – und damit die Einwilligung – auf dem Entlassungspapier beizusteuern. Mangels Akten können etwaige ähnliche Vorgänge in Würzburg nicht beobachtet werden.

cc) Wie man in Würzburg „Gefolgschaftsmitglied“ wurde

Nach dem Tod des Rechtsrats Erich Graf war im Juni 1934 eine Juristenstelle im Stadtrat freigeworden. Hierbei wandte sich Memmel unverzüglich an den ihm bekannten Dr. Helmut Umhau und umwarb ihn mit den Worten: „[...] ich persönlich würde es sehr begrüßen, einen alten Kämpfer zum Mitarbeiter zu gewinnen“.¹²⁸⁰ Dem 1905 in Oberbayern geborene Umhau attestierte einer seiner Gymnasiallehrer bereits frühzeitig eine „ausgesprochen antisemitische Abneigung“¹²⁸¹. Nach seinem Abitur studierte er in

¹²⁷⁸ Protokoll Verhandlung Memmel, 27.11.47, Blatt 4.

¹²⁷⁹ Ebenda, Blatt 4.

¹²⁸⁰ Abschrift des Schreibens von OB Memmel an Pg. Umhau. Würzburg, 26.6.1934. EAPI I HG 0 Signatur 1007 „Umhau Dr. Hellmuth, juristischer Hilfsarbeiter, Vertragsangestellter, rechtsk. Stadtrat. SAW.

¹²⁸¹ Beglaubigte Abschrift des Zeugnisses für Hellmut Umhau von Studienprofessor Waigand. Weilheim, 10.7.1937. Ebenda.

München, Erlangen und auch Würzburg Jura. Umhau war Mitglied in der Burschenschaft Arminia München. Mehrere Schmissen im Gesicht zeigten seine waffenstudentische Herkunft. Schon 1923 kam er wegen seiner nationalsozialistischen Haltung mit dem Gesetz in Konflikt. 1929 trat Umhau in die Partei und die SA ein. Bald kam er auch zur SS und wurde Gauredner. Spätestens mit Umhaus Übernahme des Kreisleiterpostens für Würzburg-Land, kam er mit Memmel persönlich zusammen. Nach der Machtübernahme bekleidete Umhau zwei Leitungsposten in der Verwaltung, im Mai 1934 wurde er zum Doktor der Jurisprudenz promoviert. Umhau war ergo überzeugter und eifriger Nationalsozialist.¹²⁸² Obwohl er erst kürzlich eine andere Stelle angetreten hatte, zeigte er sich offen für Memmels Angebot.¹²⁸³ Sodann beschloss der Würzburger Stadtrat am 4. September, Umhau als Vertragsangestellten ab dem 1. Oktober 1934 einzuberufen.¹²⁸⁴ Am 13. Dezember des Jahres erfolgte dann seine einstimmige Wahl zum rechtskundigen berufsmäßigen Stadtrat.¹²⁸⁵ Seine Geschäftsbereiche umfassten: Presse und Propaganda, Leibesübungen, Verbindung mit Partei, Arbeitsdienst und Wehrmacht, Statistik sowie Bevölkerungswesen.¹²⁸⁶ Dies war nicht der Geschäftsbereich des verstorbenen Stadtrats Graf, sondern ein völlig neues Aufgabengebiet. Beim Aufbau des Instituts für Hochschulkunde fungierte Umhau zunächst als Memmels rechte Hand schon bald konnte er dieses aber nach eigenem Gusto gestalten.¹²⁸⁷ Wie der spätere Oberbürgermeister Stadelmayer außerdem feststellte, ist auffällig, dass Memmel von Umhau keinerlei fachliche Nachweise oder gar Noten verlangte und er vorher auch bei keiner kommunalen Instanz tätig gewesen war. Persönliche Bekanntschaft und politische Haltung waren wichtiger für die nationalsozialistische Kommunalverwaltung. Durch seinen Verdienst um die „nationale Erhebung“ bot Memmel Umhau sogar eine bessere Besoldungsgruppe an, was jedoch letztendlich nicht zu realisieren war.¹²⁸⁸

Die Personalie Umhau ist in drei Punkten interessant: Zum einen wollte Memmel die Stelle schnellstmöglich noch vor der Verabschiedung der neuen Deutschen Gemeindeordnung besetzen. Dies stellte die letzte Möglichkeit

¹²⁸² Am 1. Februar 1938 kam er dann als städtischer Amtsdirektor und persönlicher Referent des dortigen OB nach München. Am 10. Juni 1940 fiel er als Leutnant in Frankreich. Ratsassessor Dr. Umhau. WG, Nr. 223, 28.9.1934. Amtsdirektor Dr. Umhau gefallen. Münchner Neueste Nachrichten. Nr. 180, 28.6.1940.

¹²⁸³ Schreiben von Umhau an OB Memmel. Berlin, 7.7.1934. EAPI I HG 0 Sign. 1007.

¹²⁸⁴ Beschluss betreffend Dr. Hellmut Umhau. Würzburg, 4.9.1934. Ebenda.

¹²⁸⁵ Wahlprotokoll von Umhau zum berufsmäßigen rechtskundigen Stadtrat. Würzburg, 13.12.1934. Ebenda.

¹²⁸⁶ Zeugnis für Dr. Hellmut Umhau. Würzburg, 9.7.1937. Ebenda.

¹²⁸⁷ MEYER: Das Institut für Hochschulkunde, S. 116-119.

¹²⁸⁸ Schreiben von OB Dr. Stadelmayer an den Stadtrat von München. Würzburg, 17.11.1953. EAPI I HG 0 Sign. 1007.

für ihn dar, auf den Personalstamm maximalen Einfluss zu nehmen.¹²⁸⁹ Denn noch galt das alte Recht, welches eine Wahl durch den Stadtrat vorsah. Mit Inkrafttreten der DGO ging die hauptsächliche Entscheidungskompetenz an den der Gauleitung unterstehenden „Beauftragten der NSDAP“. Zum zweiten fällt auf, dass Umhau trotz seiner akademischen Karriere und seinem früheren Parteieintritt lediglich ein Memmel untergeordnetes Stadtratsmitglied war. Und drittens war er ebenfalls Waffenstudent. Letzteres kann ein Zufall gewesen sein, soll aber bei den weiteren Personalentscheidungen untersucht werden.

Wie bereits erwähnt richtete Memmel 1935 ein Personalamt im Rathaus ein. Das ursprüngliche Ziel dieses neuen Geschäftsbereich war es, den Oberbürgermeister zu entlasten und eine bessere Übersicht über das Personalwesen zu erhalten. Der Verwaltungsamtmann Baptist Martin meinte hierzu:

„Am Anfang war es nicht so, da war der Personalchef da, der richtete sich nur nach den Richtlinien (Dir. Zeißner). Memmel hat es dann selbst in die Hand genommen und nur nach der Leistung geschaut.

Zeißner wurde von Memmel abgesetzt, weil er nicht so gearbeitet hatte, wie es Memmel wollte.“¹²⁹⁰

Zeißner blieb jedoch bis in den Krieg hinein für das Personalamt zuständig. Darüber hinaus verlieh ihm Memmel bereits 1933 eine unwiderrufliche Anstellung.¹²⁹¹ Die beiden kannten sich aus der Kreisleitung, in der Zeißner kommunalpolitischer Fachberater und Leiter des Amtes für Beamte gewesen war.¹²⁹² Damit nicht genug erhielt Zeißner im Dritten Reich gleich drei Beförderungen: 1934 wurde er Verwaltungsoberinspektor, 1936 mit 38 Jahren Verwaltungsamtmann und 1940 Verwaltungsdirektor. Somit besteht der Verdacht der Nutznießerschaft aus dem NS-Regime. Martins Hinweis könnte auf einem anderen Umstand beruhen. Wenn man den Aussagen zu Zeißners *post mortem* Entnazifizierungsverfahren Glauben schenken mag, prüfte er bei vielen Einstellungen nicht die politische Zuverlässigkeit der Kandidaten.¹²⁹³ Zeißner stellte 1939 Hans Berthel als Angestellten der Stadt ein, obwohl dessen Schwiegermutter durch die Nürnberger Gesetze belastet war.¹²⁹⁴ Außerdem übernahm er eine Angestellte einer jüdischen

¹²⁸⁹ „Da die neue Gemeindeordnung in absehbarer Zeit erscheinen wird, es heute aber noch nicht genau bekannt ist, ob es in Zukunft noch Wahlbeamte geben wird, soll diese Stelle zunächst, bis zum Erscheinen der GO. im Angestelltenverhältnis besetzt werden A2f (Regierungsrat).“ Schreiben Memmel an Umhau, 26.6.1934.

¹²⁹⁰ Protokoll Verhandlung Memmel, 28.11.47, Blatt 6.

¹²⁹¹ Beglaubigte Abschrift der Aktennotiz von Memmel. Würzburg, 27.6.1933. Personal A Sign. 56. „Zeißner Karl, Verw. Direktor“. SAW.

¹²⁹² Kreis Würzburg-Stadt. NSDAP Gau Mainfranken 1.

¹²⁹³ Beglaubigte Abschrift des Spruchkammerurteils gegen Karl Zeißner. Würzburg, 3.2.1949. Ebenda.

¹²⁹⁴ Beglaubigte Abschrift der Eisesstattlichen Erklärung von Hans Berthel. Würzburg, 27.8.1947. Ebenda.

Firma sowie zwei Angestellte des jüdischen Rechtsanwalts Rosenthal. Zeißner kam aus einer katholischen Familie und schien seinem Glauben auch weiterhin treu geblieben zu sein.¹²⁹⁵ Er fiel 1944 an der Invasionsfront.¹²⁹⁶ Möglicherweise war eher Zeißner die potentielle liberale Kraft bei Neueinstellungen im Rathaus, mit dessen Federn sich Memmel in seinem Entnazifizierungsverfahren schmückte. Er setzte Zeißner zwar nicht ab, dafür blieb Memmel ungeachtet des dafür zuständigen Personalamts weiterhin als Oberbürgermeister Personalreferent.¹²⁹⁷ Offenbar wollte er die Zügel nicht vollständig aus der Hand geben.

Nun mag es zwar der Fall gewesen sein, dass wie Memmel aussagte, innerhalb der Beamtenlisten in Würzburg keine Spalte für die Parteizugehörigkeit existierte – bei der Aufnahme von neuen Stadtangestellten spielte sie jedoch definitiv eine Rolle. Dies hat allerdings auch rechtliche Gründe. Am 30. Januar 1935 schuf die Deutsche Gemeindeordnung (DGO) erstmals ein reichsweite einheitliches Kommunalrecht. Sie untermauerte das Führerprinzip, die Verquickung von Verwaltung und Partei und zementierte den Einfluss der NSDAP auf den Magistrat. Letzteres geschah, indem das Novum des „Beauftragten der NSDAP“ geschaffen wurde. Diese Person war künftig für die Besetzung der Beigeordneten und Gemeinderäte zuständig, und der Bürgermeister wurde hierbei zum Zuschauer degradiert. Auch die Verabschiedung der Hauptsatzung sowie die Verleihung von Ehrenbürgerrechten bedurfte seiner Zustimmung.¹²⁹⁸ Bei der Personalauswahl hatte er auf „nationale Zuverlässigkeit“, Eignung und Leumund zu achten.¹²⁹⁹ Meistens übernahmen der Kreisleiter oder der Gauinspekteur den Posten, nur in ganz besonderen Ausnahmefällen, etwa in der Gauhauptstadt, konnte der Gauleiter diesen Posten selbst übernehmen.¹³⁰⁰ In Würzburg hatte Gauinspekteur Conrad diesen Posten inne, in Halle war es Gauleiter Jordan persönlich.¹³⁰¹

Als Praxisbeispiel dient nun die Neubesetzung einer hauptamtlichen Beigeordnetenstelle für Helmut Umhau, der nach München versetzt worden war. Am 8. April 1938 erließ Memmel die Weisung, diese Stelle öffentlich auszusprechen, und zwar folgendermaßen:

¹²⁹⁵ Beglaubigte Abschrift der Eidesstattlichen Erklärung von Therese Krug. Würzburg, 2.9.1947. Ebenda.

¹²⁹⁶ Schreiben von Maria Zeißner an den Stadtrat Würzburg. Würzburg, 2.6.1947. Personal A Sign. 56. SAW.

¹²⁹⁷ Aktennotiz von Stadtrat Sittig. Würzburg, 4.4.1949. Personal A Sign. 56. Ebenda.

¹²⁹⁸ § 33 DGO.

¹²⁹⁹ § 51 DGO.

¹³⁰⁰ WEIDEMANN: Gemeinde und Staat, Partei, Volk und Wirtschaft, S. 61.

¹³⁰¹ Dementsprechend muss hierbei HÜTTENBERGER widersprochen werden, welcher schreibt, dass der Gauleiter in Großstädten nicht Parteibeauftragter werden konnte. HÜTTENBERGER: Die Gauleiter, S. 101.

„Der Bewerber muss die Voraussetzungen für die Bekleidung eines gemeindlichen Ehrenamtes erfüllen und die Gewähr dafür bieten, dass er jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintritt. Alter Pg. erwünscht.“¹³⁰²

Die Klausel mit dem rückhaltlosen Eintreten ist das übliche Zitat aus dem im Januar 1937 in Kraft getretenen Deutschen Beamtengesetz.¹³⁰³ Ob dieser auch ein alter Parteigenosse sein sollte, oblag hingegen den Stadtoberen. In diesem Fall ist Memmels Wunsch offensichtlich. Darüber hinaus befand sich in der Auswahlliste der Bewerber eine Spalte „Partei“. Bei denjenigen, die vor 1933 der NSDAP angehörten, wurde diese grün unterstrichen, bei Parteianwärtern hingegen rot. Alle 18 Kandidaten waren Mitglied oder mindestens Anwärter der NSDAP oder der SA. Ebenfalls relevant war, ob der Kandidat bereits etwas im Bereich der Kultur vorzuweisen hatte, wie den entsprechenden farblichen Markierungen ersichtlich ist.¹³⁰⁴ Das Auswahlverfahren sah schließlich folgendermaßen aus:

„Es wäre also die Stelle auszuschreiben, die eingehenden Gesuche wären dem Beauftragten der NSDAP sämtlich zuzuleiten; der Oberbürgermeister hat Gelegenheit zur Stellungnahme.; in nichtöffentlicher Sitzung schlägt der Beauftragte der NSDAP nach Beratung mit den Ratsherren bis zu 3 Bewerber vor und übermittelt seine Vorschläge über die Aufsichtsbehörde (Regierung) an den Herrn Reichsstatthalter.“¹³⁰⁵

Es ist augenfällig, dass der Oberbürgermeister in diesem Prozess relativ wenig Einfluss auf die Besetzung seiner Stadtverwaltung hatte. Demgemäß liefen die Personalentscheidung auch in Würzburg ab.

Den Vorsitz bei der nichtöffentlichen Beratungssitzung führte Gauinspekteur Fritz Conrad als Beauftragter der NSDAP. Oberbürgermeister Memmel war lediglich unter den Anwesenden. Die Gründe für die Ablehnungen von Kandidaten war meist deren mangelnde Praxiserfahrung. Drei wurden aber auch wegen ihrer kurzen Zugehörigkeit zur NSDAP nicht akzeptiert. „Mit Rücksicht auf eine so lange Referendarzeit, wird auch er neben der mangelnden Partei-Mitgliedschaft nicht als der geeignete Mann vom Gaubeauftragten angesehen.“¹³⁰⁶ Dies zeigt, dass die ordentliche

¹³⁰² Schreiben von Memmel bzgl. der Besetzung einer hauptamtlichen Beigeordnetenstelle. Würzburg, 8.4.1938. EAPL 030/19 „Besetzung einer hauptamtlichen Beigeordnetenstelle“.

¹³⁰³ In diesem war der entsprechende Satz aus dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums betreffend das rückhaltlose Eintreten für den nationalen Staat umgewandelt worden in: „Der Beamte hat jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einzutreten [...]“. Deutsches Beamtengesetz (DGB) vom 26.1.1937. RGBl I 1937, S. 39-70, hier S. 41.

¹³⁰⁴ Bewerber-Liste für die ausgeschriebene Beigeordnetenstelle. EAPL 030/19 „Besetzung einer hauptamtlichen Beigeordnetenstelle“.

¹³⁰⁵ Memorandum bezüglich des Dienstverhältnisses des Stadtmedizinalrates Dr. Hans Lill. Würzburg, 16.7.1936. EAPL I HG 0 Signatur 990 „Dr. Lill Hans, Stadtmedizinalrat. Wiederberufung als hauptamtlicher Beigeordneter.“ SAW.

¹³⁰⁶ Niederschrift über die am Dienstag, den 19.7.38 im Rathaussitzungssaale stattgefundene Beratung des Beauftragten der NSDAP mit den Gemeinderäten (Ratsherren) der

Parteimitgliedschaft spätestens ab 1935 eine *conditio sine qua non* für die Übernahme als Beamter oder Angestellter in der Würzburger Stadtverwaltung war. In die letzte Auswahl kamen:

- Dr. Erich Lauterbach, Pg. seit 1933
- Ernst Walter, Pg. seit 1926
- Dr. Gerhard Leinveber, Pg. seit 1933

Bei Lauterbach wurde besonders hervorgehoben, dass dieser neben seiner langen Verwaltungspraxis und regionalen Herkunft der „Schwarzen Reichswehr“ angehört hatte, und „ein nationalsozialistischer Aktivist zu sein“¹³⁰⁷ schien. Die Stadträte Fritz Rüdinger und Michael Langguth meinten, Lauterbach sei eine Kämpfernatur, und eine solche bräuchte man in dieser Zeit. Auch Conrad bevorzugte Lauterbach, der die Stelle schließlich auch bekam.¹³⁰⁸

Eine Ausnahme stellt der Stadtmedizinalrat Lill dar, zu dem umfangreiches Aktenmaterial zu finden ist. Er wurde am 8. Mai 1882 in Würzburg geboren und studierte in Würzburg und Göttingen Medizin. Seine Approbation als Arzt erhielt er 1906 mit der Note I, woraufhin er anfangs als Assistenzarzt zu arbeiten. 1909 erreichte er die Approbation für den ärztlichen Staatsdienst ebenfalls mit der Note I. Noch im selben Jahr heiratete er eine Würzburgerin und ließ sich als praktischer Arzt in Dettelbach nieder. Nach seinem Kriegsdienst wurde er 1920 als Stadtschularzt nach Würzburg gerufen und 1922 zum Stadtarzt ernannt. Seine Laufbahn als berufsmäßiger Stadtrat und Stadtmedizinalrat begann er im Jahr 1926.¹³⁰⁹ Lill gehörte seit 1926 der Bayerischen Volkspartei an.¹³¹⁰ Am 28. Juni 1933 informierte er jedoch Oberbürgermeister Memmel, dass er aus der BVP ausgetreten sei.¹³¹¹ Lill gehörte anschließend der NSV an, was wohl seinem Engagement in der Tuberkulosebekämpfung zuzuschreiben ist.¹³¹² So war er bis 1942 deren Gau-Tuberkulosebeauftragter.¹³¹³ Außerdem war er Mitglied des NS-Reichskriegerbundes („Kyffhäuserbund“) und ebenso wie Memmel beim Reichskolonialbund und dem Reichsluftschutzbund.¹³¹⁴

Stadtverwaltung Würzburg in Anwesenheit des Oberbürgermeisters. Ohne Paginierung. Ebenda.

¹³⁰⁷ Niederschrift der Beratung des Beauftragten der NSDAP mit den Gemeinderäten, 19.7.38.

¹³⁰⁸ Ebenda.

¹³⁰⁹ Handschriftlicher Lebenslauf von Dr. Hans Lill. Würzburg, 3.10.1939. „Dr. Hans Lill, berufsmäßiger Stadtrat, Stadtarzt u. Stadtschularzt, Stadtmedizinalrat“. EAP I HG 0. Sign. 989.

¹³¹⁰ Personal-Fragebogen von Dr. Hans Lill. Würzburg, 9.10.1945. Ebenda.

¹³¹¹ Handschriftliches Schreiben von Dr. Lill an OB Memmel bezüglich der Einrichtung einer Zentralstelle zur Tuberkulosebekämpfung in Mainfranken. Würzburg, 28.6.1933. Ebenda.

¹³¹² Siehe hierzu beispielsweise: Schreiben von Dr. Lill an OB Memmel. Würzburg, 4.1.1938. Ebenda.

¹³¹³ Personal-Blatt von Dr. Hans Lill. Ebenda.

¹³¹⁴ Schreiben von Dr. Lill an das Personalamt. Würzburg, 21.9.1938. Ebenda.

Am 30. Juni 1936 endete Lills Dienstvertrag. Damit stand im Raum, ob er wiederberufen werden sollte, und ob als Beigeordneter oder sogar als Beamter.¹³¹⁵ Diese Frage wurde jedoch erst nach dem Ablauf seines Dienstvertrages erörtert. Memmel wünschte sich, dass Lill ohne öffentliche Ausschreibung wieder als hauptamtlicher Beigeordneter berufen werden sollte.¹³¹⁶

Den entsprechenden Antrag stellte dann wiederum Gauinspekteur Conrad bei der Stadtratssitzung. „Seinen“ Vorschlag begründete er damit, dass Lill mit all seiner Erfahrung kaum ersetzbar sei und er das Vertrauen aller städtischen Stellen und Betriebe besäße. Außerdem hob er dessen Bemühungen um die Tuberkulosefürsorge hervor. „Er bietet auch ferner Gewähr, dass er sich jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einsetzt.“¹³¹⁷ Da von den Ratsherren keine Bedenken oder abweichenden Meinungen geäußert wurden, erging ein entsprechender Vorschlag an den Reichstatthalter.

Nun handelte bereits die Würzburger Stadtverwaltung mit ihrem Wiederberufungsverfahren zu spät, denn Lills Dienstvertrag war im Vormonat ausgelaufen. Die daraufhin zuständigen Behörden trieben diesen Zustand jedoch an die Spitze. Erst waren die Unterlagen nicht auffindbar, dann wurden sie dem Reichsstatthalter nicht vorgelegt und schließlich forderte das Staatsministerium eine Erklärung, ob Würzburg einen Stadtmedizinalrat überhaupt bräuchte.¹³¹⁸ So kam es, dass Lill erst drei Jahre später im September 1939 einen neuen Dienstvertrag erhielt. Immerhin setzte sich Memmel dafür ein, dass Lill die Dauer dieser vertragslosen Beschäftigung voll als Dienstzeit angerechnet wurde.¹³¹⁹ Theodor Memmel schrieb 1938 über ihn:

„Dr. Lill stand weltanschaulich in der Nachkriegszeit bis zur Machtübernahme der Bayerischen Volkspartei nahe, allerdings ohne sich irgendwie parteipolitisch zu betätigen. Ich glaube annehmen zu dürfen, dass seine Einstellung zum heutigen Staat durchaus positiv ist.“¹³²⁰

1941 fiel dem mainfränkischen Gauinspekteur jedoch auf, dass Lill noch kein Parteigenosse war. Daher wünschte er vom Oberbürgermeister, über

¹³¹⁵ Memorandum betreffend das Dienstverhältnis des Stadtmedizinalrates Dr. Lill. EAPI I HG 0 Sign. 990.

¹³¹⁶ Schreiben von Memmel an den Beauftragten der NSDAP. Würzburg, 15.7.1936. EAPI I HG 0 Sign. 990.

¹³¹⁷ Niederschrift über die am 21. Juli 1936 im Rathaussaale stattgefundene nichtöffentliche Beratung des Beauftragten der NSDAP mit den Gemeinderäten/Ratsherren der Stadt Würzburg in Anwesenheit des Oberbürgermeisters. Ohne Paginierung. EAPI I HG 0 Sign. 990.

¹³¹⁸ Niederschrift einer Beratungssitzung der Ratsherren mit dem OB und Beauftragten der NSDAP. Würzburg, 15.2.1939. Ebenda.

¹³¹⁹ Schreiben von OB Memmel an die Bayerische Versicherungskammer. Würzburg, 13.9.1939. EAPI I HG 0 Sign. 990.

¹³²⁰ Schreiben von OB Memmel an das Wehrbezirks-Kommando Würzburg. Würzburg, 13.6.1938. Ebenda.

entsprechende Hindernisse oder gar Zweifel in der politischen Zuverlässigkeit unterrichtet zu werden.¹³²¹ Lill rechtfertigte sich auf Anfrage hierbei gegenüber Memmel:

„Ich habe bereits zweimal mit Herrn Oberbürgermeister selbst über Aufnahme in die NSDAP gesprochen, das erstemal [sic!] im Frühjahr 1935, das zweitemal [sic!] im Mai 1939. Im Herbst 1937 bekamen hunderte Würzburger Volksgenossen von der Kreisleitung ein Schreiben, dass ihr Eintritt in die NSDAP genehm sei. Darunter auch meine eigenen vier Fürsorgerinnen; ich selbst wurde übergangen. Ich habe dies als eine große Zurücksetzung empfunden und glaubte daraufhin nichts weiter mehr tun zu können.“¹³²²

Dieses Schreiben untermauert seine Aussage vor der Spruchkammer. Die Empörung, dass er bei jener Beitrittswerbungswelle nicht erfasst worden war, dürfte hingegen, wenn überhaupt nur zu einem Teil der Wahrheit entsprechen haben. Memmel meldete nun an den Gauinspekteur folgendes weiter: „Stadtmedizinalrat Dr. Lill gibt an, dass er einmal 1935 um Aufnahme ersucht habe; da war aber die Aufnahme gesperrt.“¹³²³ Außerdem schilderte er die Episode mit Lills gefühlter Zurücksetzung und schloss mit den Worten:

„Ich selbst war der Meinung, dass Dr.Lill Parteigenosse sei. Irgendwelche Zweifel in seine politische Zuverlässigkeit können meines Erachtens nicht gesetzt werden.“¹³²⁴

Interessanterweise ließ er in diesem Schreiben den zweiten Besuch von Lill bezüglich NSDAP-Mitgliedschaft bei ihm im Jahr 1939 weg. Dies ermöglichte es Memmel dem Gauinspekteur vorzuspielen, dass er von einem Parteibuch bei Lill ausgegangen wäre. Außerdem sprach er sein Vertrauen in ihn aus. Dies schien dem Gauinspekteur zu genügen, zumindest ist kein weiteres Nachhaken überliefert. Der geschilderte Vorgang zeigt, dass Memmel tatsächlich seinen Stadtmedizinalrat schützte und unterstützte, obwohl dieser nicht Parteigenosse war. Er hielt ihn offensichtlich für politisch zuverlässig genug und schätzte seine Arbeit zumal ein geeigneter Ersatz nicht verfügbar war. Dies war kein Einzelfall in der nationalsozialistischen Kommunalpolitik. Auch der Augsburger Oberbürgermeister Josef Mayr protegierte beispielsweise ihm gegenüber loyale und leistungsstarke Beamte in Führungspositionen ohne Parteibuch und „arische“ Herkunft selbst vor Goebbels.¹³²⁵ Derartige, gerade später vor der Spruchkammer hochgespielte Ausnahmen dürfen jedoch nicht über die generelle nationalsozialistische Personalpolitik hinwegtäuschen.

¹³²¹ Schreiben des Gauinspektors an OB Memmel. Würzburg, 27.8.1941. Ebenda.

¹³²² Schreiben von Dr. Lill an OB Memmel. Würzburg, 3.9.1941. Ebenda.

¹³²³ Schreiben von OB Memmel an den Gauinspekteur der Gauleitung Mainfranken. Würzburg, 4.9.1941.

¹³²⁴ Ebenda.

¹³²⁵ GORTO: Stabilisierung von unten, S. 43.

Die Personalie des Stadtmedizinalrats Lill weist viele Parallelen zu Paul May auf. Beide verfügten über weitgehende Kompetenzen in ihrem Fachbereich und gehörten der Gemeindeverwaltung schon seit Anfang der 1920er Jahre an. Außerdem arrangierten sie sich mit dem Regime, in dem sie in dessen Organisationen wie die NSV eintraten. So wurden die beiden auch ohne Parteimitgliedschaft an wichtigen Stellen der Verwaltung weiterhin geduldet. Hier lässt sich schlussfolgern, dass alte und verdiente Personen in der nationalsozialistischen Kommunalverwaltung ihre Stelle behalten durften, sofern sie Willen zur Anpassung zeigten, keinen unerwünschten Parteien oder Vereinen angehörten und zu schwer zu ersetzen waren. Stellenneubesetzungen nach 1935 waren hingegen von einer ordentlichen Mitgliedschaft in NSDAP, SA oder SS abhängig.

Der Verwaltungsamtmann Mayerhöfer sagte 1947 vor der Spruchkammer aus:

„Bis zuletzt war es möglich, dass Leute nicht bei der Partei waren, die bei der Stadt angestellt waren.
Der Theaterintendant, der 1936 hierher kam, war kein Pg., und auch sein Nachfolger nicht.“¹³²⁶

Bei jenem Intendanten handelte es sich um Otto Reimann, der 1936 Eugen Keller nachgefolgt war. Der Schweizer Keller war 1930 gegen den Willen der NSDAP-Stadtratsfraktion gewählt worden, blieb aber bis 1936 auf seinem Posten. Reimann überführte das Würzburger Theater noch im selben Jahr in die Hände der Stadt Würzburg. Diese besaß damit zwar die völlige Kontrolle über den Spielplan, dafür war dessen finanzielle Existenz gesichert. 1941 gab Keller aus Altersgründen seinen Posten ab, den Helmut Ebbs übernahm.¹³²⁷ Den hatte Memmel persönlich unter vielen Bewerbungen ausgewählt. Allerdings schloss das Stadttheater kriegsbedingt 1944. Tatsächlich waren weder Reimann noch Ebbs Mitglieder in der NSDAP.¹³²⁸

Nun lässt sich anhand der geschilderten Fälle schlussfolgern, dass man in der Würzburger Stadtverwaltung während des Dritten Reichs nicht zwingend ein Parteibuch bei der NSDAP besitzen musste, um seine Stellung zu behalten. Diese „Freizügigkeit“ beschränkt sich jedoch auf einen sehr kleinen Kreis von schwer ersetzbare Personen, die in der Gunst von Honoratioren wie etwa Memmel standen. Mindestens bei der Neubesetzung von wichtigen Stellen in der Stadtverwaltung war die Parteizugehörigkeit von enormer Relevanz.

¹³²⁶ Protokoll Verhandlung Memmel, 3. Verhandlungstag, 27.11.47, Blatt 1.

¹³²⁷ SCHULZ, WOLFGANG: Das Würzburger Theater. In: WAGNER: Geschichte der Stadt Würzburg, S. 1007-1035, hier S. 1027ff.

¹³²⁸ RISCHBIETER, HENNING: NS-Theaterpolitik. In: RISCHBIETER, HENNING (Hrsg.): Theater im „Dritten Reich“. Theaterpolitik, Spielplanstruktur, NS-Dramatik. Leipzig, 2000, S. 9-278, hier S. 256f.

Nach der Einführung der Deutschen Gemeindeordnung finden sich im Würzburger Stadtrat auffällig viele Parteigenossen aus der Gauleitung. Hellmuth wollte wohl ein waches Auge über die Vorgänge in seiner Gauhauptstadt haben.¹³²⁹ Offensichtlich versuchte aber auch Memmel seine eigenen Favoriten in das Rathaus einzuschleusen. Im neuen nach der Deutschen Gemeindeordnung aufgestellten Stadtrat war zum Beispiel ab 1. Oktober 1935 auch der Universitätsdruckereibesitzer Michael Becker als Ratsherr vertreten.¹³³⁰ Becker war seit Juli 1930 Verkehrsgast bei Adelpia gewesen und wurde am 22. Oktober 1933 in das Philisterium übernommen.¹³³¹ Als Universitätsdruckereibesitzer war er sicherlich eine wichtige Person in Würzburg, die dementsprechend in den ständisch aufgestellten nationalsozialistischen Stadtrat passte. Dennoch ist es gut möglich, dass Memmel hier bewusst einen Bundesbruder in den Stadtrat gebracht hatte. Da wie eben festgestellt die Berufung aber vor allem vom Beauftragten der NSDAP ausging, musste Memmel auch ein paar gute Argumente für Becker gehabt haben, sofern dieser Vorschlag tatsächlich von ihm kam. Leider existieren zu Becker keine Akten mehr, er fiel am 19. April 1945.¹³³²

Rudolf Heß hatte in seiner Eigenschaft als „Stellvertreter des Führers“ am 10. April 1935 die Anordnung erlassen, dass bei Stellenbesetzungen und -vermittlungen insbesondere die Zugehörigkeit zu studentischen Verbindungen keine Rolle zu spielen habe.¹³³³ Angesichts der überproportionalen Anzahl an Kameradschaftsmitgliedern, Verbindungs- und vor allem Waffenstudenten in Memmels Nähe liegt der Verdacht nahe, dass er diese bewusst anhand dieser Eigenschaft auswählte. Memmel bot auf Grund jener Anordnung eine große Angriffsfläche, die offenbar aber keinem Zeitgenossen auffiel. „Die Personalpolitik war der Schlüssel zur Machtpolitik.“, konstatiert BERNHARD GOTTO hinsichtlich der Kommunalverwaltung in Hitlers Doppelstaat.¹³³⁴ Es ist somit nicht verwunderlich, dass Memmel und Hellmuth jeweils ihre Kandidaten in den Magistrat einschleusen wollten. Nichtöffentliche Reibungen außerhalb des Sitzungsprotokolls sind hierbei durchaus denkbar.

Der Personalstamm der Stadt vergrößerte sich unter Memmel stetig. Zu seinem Amtsbeginn zählte die Würzburger Verwaltung 464 Beamte, 137

¹³²⁹ WEIDISCH: Würzburg im Dritten Reich, S. 223.

¹³³⁰ XXX. Verwaltungsbericht, S. 5.

¹³³¹ Bundes-Zeitung. Dezember 1933, S. 8.

¹³³² EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelphen, S. 109.

Siehe auch Anlage 4.

¹³³³ Anordnung Nr. 62/35. Zusammenstellung aller Anordnungen des Stellvertreters des Führers, S. 96f.

¹³³⁴ GOTTO, BERNHARD: Stabilisierung von unten. Die Personalpolitik der Stadtverwaltung Augsburg 1933-1939. In: MECKING/WIRSCHING: Stadtverwaltung und Nationalsozialismus, S. 23-50, hier S. 23.

Angestellte und 877 Arbeiter. Kurz vor Kriegsbeginn waren dies 1939 bereits 544 Beamte, 422 Angestellte und 1.220 Arbeiter. Kurz vor Kriegsende verzeichnete die Stadt 522 Beamte, 834 Angestellte und 2.354 Arbeiter.¹³³⁵ Der Personalzuwachs war also enorm. Dies hing jedoch nicht nur mit einer Verbesserung der Verwaltung zusammen, sondern ist zu einem Teil auch dem Bemühen geschuldet, verdiente Parteimitglieder in Lohn und Brot zu bringen. Schon im Juni 1933 startete auf höheren Befehl der Versuch, arbeitslosen Parteigenossen mit Mitgliedsnummern unter 100.000 und im Dezember 1933 denjenigen unter 500.000 durch den Stadtrat Arbeit zu verschaffen. Die Alten Kämpfern hatten dank ihres Status durchaus Vorteile in der Arbeitsvermittlung.¹³³⁶ Hierdurch konnten aus Sicht der Partei gleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: Die Alten Kämpfer wurden für ihre Aufopferung belohnt und die Stadtverwaltung mit loyalen Nationalsozialisten unterfüttert. Dies war nicht nur auf eine Einzelaktion des Oberbürgermeisters zurückzuführen, sondern eine reichsweite Agenda. Wie tiefgreifend letztendlich die verordnete Verankerung der Würzburger Stadtverwaltung in NS-Organisationen war, zeigen die Entlassungszahlen durch die Amerikaner 1945:

- 207 Beamte (70 Prozent)
- 92 Angestellte (19 Prozent)
- 21 Arbeiter (2 Prozent)

Besonders belastet war die Würzburger Lehrerschaft mit 92 Prozent.¹³³⁷

cc) Beförderungen

Der Verwaltungsamtmannt Baptist Martin meinte 1947 über Memmel:

„Ich kann unter Eid sagen, bei allen seinen Beförderungen hat er nur auf die Leistung gesehen.

Mir ist ein Fall bekannt, es waren vier Inspektoren zu befördern, sie hatten alle das gleiche Alter [sic], die gleichen Noten und alles gleich. Er war in der großen Wahl, welchen befördere ich nun. Er sagte, jetzt muss ich halt doch nach meinen Richtlinien gehen.

Es war aber auch der einzige Fall. Ich habe mich selbst oft gewundert.¹³³⁸

Um zu prüfen, ob diese Aussage gegenüber Memmel zutrifft und dieser tatsächlich stets ungeachtet der Parteizugehörigkeit befördert hatte, ist ein besonders aussagekräftiger Fall zu betrachten: Hans Streller. Durch eine Verwundung im Ersten Weltkrieg hatte er den Status eines Schwerbeschädigten inne. Schon seit dem 10. Dezember 1922 gehörte Streller der NSDAP an

¹³³⁵ XXXI. Verwaltungsbericht, S. 16.

¹³³⁶ Rundschreiben Nr. 19/33 von Theo Memmel. Würzburg, 19. Juni 1933. Sowie Brief von Theo Memmel an alle Ortsgruppenleiter und Zellenwarte. Würzburg, 23. Dezember 1933. NSDAP Gau Mainfranken 705.

¹³³⁷ OPPELT: Würzburger Chronik, S. 228.

¹³³⁸ Protokoll Verhandlung Memmel, 28.11.47, Blatt 6.

und erhielt dementsprechend das Goldene Parteiabzeichen. Zusätzlich war er Obmann der Alten Garde. Zur Stadtverwaltung von Würzburg kam Streller im Dezember 1919 als Angestellter, seine Verbeamtung erfolgte 1923/24. Da seine Leistungen unbefriedigend blieben, war er zur Zeit der Machtübernahme noch Assistent. Ab 1933 erging jedoch dank seiner Parteizugehörigkeit ein plötzlicher Beförderungsregen. Stadelmayer meinte in einer Beurteilung über Streller nach dem Krieg, selbst im Dritten Reich hätte der es normalerweise nur bis zum Inspektor gebracht – Streller schaffte es 1943 allerdings sogar zum Verwaltungsdirektor.¹³³⁹ In der Partei war er der Stellvertreter des Kreisleiters Memmel.¹³⁴⁰

Strellers Stellung im Rathaus war ein Jahr nach der Machtübernahme gesichert worden. Am 1. März 1934 beantragte der Stadtrat Schmitt in einer geheimen Sitzung, dem Obersekretär Streller eine unwiderrufliche Anstellung gemäß Artikel 88 der Gemeindeordnung zu geben. Dies wurde einstimmig im Stadtrat angenommen. Ein Zutun Memmels ist, von seiner Zustimmung abgesehen, hier noch nicht erkennbar.¹³⁴¹ Deutlicher wurde es in einer Geheimen Sitzung anderthalb Monate später. Memmel brachte hier den Antrag ein, Streller zum Verwaltungsinspektor zu befördern. Auch dies ging einstimmig durch. „Mit Rücksicht auf die Verdienste im Kampf um die nationale Erhebung [...]“, wie das Stadtratsprotokoll hinzufügte.¹³⁴² Damit ist klar, dass Strellers Beamtenkarriere nur durch seine Parteizugehörigkeit möglich war, in diesem Falle sogar auf Antrag Memmels. Dass er schneller befördert wurde, gab Memmel vor der Spruchkammer zu; er hielt Streller für einen fanatischen Kämpfer. Allerdings vertrat er 1948 die Ansicht, dass Streller „[...] bestimmt fähiger [war], als er vor 1933 eingestuft [...]“ worden sei.¹³⁴³ Kurz darauf widersprach er sich jedoch selbst, indem er meinte: „Streller hatte als Ober- und Inspektor nichts zu sagen in der Leitung.“¹³⁴⁴ So fähig konnte Streller also doch nicht gewesen sein. Im geheimen Teil der Sitzung des vorläufigen Gemeinderates vom 24. Mai 1935 offenbarte sich sehr deutlich, dass Memmel ein Unterstützer Strellers war.

„Der Oberbürgermeister unterbreitet den Vorschlag, den Pg. Oberlehrer a.D. Karl W o l z und Verw.Inspektor Hans S t r e l l e r für ihren langjährigen Einsatz für den Nationalsozialismus im Stadtrat Würzburg in den schwersten Kampffahren die Ehrenbezeichnung „Ehrenratsherr zu Würzburg“ zu verleihen.

Der Vorschlag fand begeisterten Widerhall und einmütige Billigung.

Nachdem der Beauftragte der Partei ebenfalls seine Zustimmung gemäß § 33 DGO. gegeben hat, verkündet der Oberbürgermeister unter dem

¹³³⁹ Brief von Oberbürgermeister Dr. Franz Stadelmayer an die Regierung von Unterfranken betreffend den Antrag des früheren Verwaltungsdirektors Streller auf Gewährung eines Übergangsgehaltes. Würzburg, 13.7.1953. B/037/1. „Streller Hans“.

¹³⁴⁰ Kreis Würzburg-Stadt.

¹³⁴¹ Geheime Stadtratssitzung vom 1.3.1934, S. 41. Rp 399.

¹³⁴² Geheime Stadtratssitzung vom 12.4.1934, S. 74. Rp 399.

¹³⁴³ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.1.48, Blatt 3.

¹³⁴⁴ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.1.48, Blatt 3.

Beifall aller Anwesenden dass den Pg. Wolz und Streller als dem ersten und dem letzten Fraktionsführer der nationalsozialistischen Stadtratsfraktion in Würzburg die Ehrenbezeichnung „Ehrenratsherr zu Würzburg“ verliehen wird.

Gemeinderatsmitglied Pg. Rüdinger dankte dem Oberbürgermeister im Namen aller Parteigenossen für diese EntschlieÙung.¹³⁴⁵

Auch wenn es sich hierbei um keine Beförderung handelte, zeigt sich, dass Memmel von Streller durch seinen Status als Alter Kämpfer viel hielt, und diesen besonders ehrte. Es ist daher davon auszugehen, dass Memmel ihn dementsprechend auch in seiner Beamtenlaufbahn unterstützte.

Der Verwaltungsamtmann Mayerhöfer sagte aus:

„Die Beförderungen war bei dem Betroffenen immer der Grundsatz der Leistung im Vordergrund gestanden.

Dann war das politische Gutachten der Gauleitung maßgebend. (Von Inspektoren aufwärts.) Über ein negatives Urteil der Gauleitung ist hinweggegangen worden. Wenn das Urteil positiv lautete, auch für einen Nicht-Pg., dann ist er befördert worden.

Ich kann mich an einen Fall erinnern, dass ein Gewerbelehrer, der Pg. war, schlechter beurteilt wurde als ein Nicht-Pg.“¹³⁴⁶

Außerdem beförderte Memmel am 1. Juni 1942 Bernhard Großmann zum Gewerbestudienrat und Felix Ofenstein zum Handelsstudienrat, obwohl beide weder der NSDAP noch einer ihrer Gliederungen angehörten.¹³⁴⁷ Sollte Mayerhöfers Aussage der Wahrheit entsprechen setzte sich Memmel bisweilen auch über die Weisungen der Gauleitung im Personalbereich hinweg. Dies wäre ein weiterer Aspekt, der die Spannungen zwischen Memmel und Hellmuth zeigt. Gleichzeitig gab Mayerhöfer offen zu, dass „Alte Kämpfer“ eher befördert wurden:

„Eine Bevorzugung insofern, dass Alt-Parteigenossen etwas rascher befördert zum Zug kamen, oder besser beurteilt wurden, oder in einigen Fällen sogar Ehrenbesoldung bekamen, das stimmt.

Ich weiß nur, dass diese Dinge aufgegriffen wurden vom Personalamt. Ob dazu ein ausgesprochener Antrag der Gauleitung dalag, das weiß ich nicht!“¹³⁴⁸

dd) Fazit

In Memmels Würzburg wurden nur sehr wenige Personen 1933/34 durch das Berufsbeamten-gesetz aus der Stadtverwaltung entlassen. Ebenso war es streckenweise möglich, ohne Parteibuch in die Reihen der „Gefolgschaftsmitglieder“ aufgenommen und befördert zu werden. Beides hatte jedoch

¹³⁴⁵ Protokoll der Sitzung des vorläufigen Gemeinderats am 24.5.1935. Geheimer Teil, S. 246. Rp 399. SAW.

¹³⁴⁶ Protokoll Verhandlung Memmel, 3. Verhandlungstag, 27.11.47, Blatt 1.

¹³⁴⁷ Eidesstattliche Erklärung von Bernhard Großmann und Felix Ofenstein. Würzburg, 25.2.1947. Spruchkammerakte Memmel.

¹³⁴⁸ Protokoll Verhandlung Memmel, 3. Verhandlungstag, 27.11.47, Blatt 1.

gute Gründe, die nicht aus einer toleranten Geisteshaltung Memmels resultierten. Das von ihm gerade bei seinem Entnazifizierungsprozess propagierte angeblich von ihm gelebte strenge Leistungsprinzip fand bei „verdienten“ Parteigenossen beispielsweise keine Anwendung. Ebenso kam die Aufnahme von Spezialisten ohne Parteimitgliedschaft zwar vor, blieb aber eine Seltenheit, bedingt durch den Mangel an qualifizierteren Kandidaten mit Parteibuch. Bei diesen Personalentscheidungen darf auch nie vergessen werden, dass Memmel an einer funktionierenden Verwaltung schon aus eigenem Interesse heraus interessiert war. Ein völliges Umkrempeln der Verwaltung 1933/34 hätte zwar zunächst Eindruck gemacht, aber seinen Geschäftsbereich gelähmt. Ohne vorzeigbare Erfolge hätte Memmel seinen Entscheidungsspielraum als Oberbürgermeister der Gauhauptstadt gegenüber Hellmuth nicht weiter durchsetzen können. Zudem brauchte man für größere Projekte Staatsgelder und die Gunst der Führung. Außerdem hätte Memmel persönlich bei seinem Gauleiter und den Parteiebenen schlecht dagestanden.

Nachweislich drängte er seine Mitarbeiter nicht zu einem Parteibeitritt. Erneut jedoch nicht aus Gründen der Toleranz, sondern weil er nur wahrhaft von der Ideologie überzeugte Personen als seine Parteigenossen wissen wollte und keine Mitläufer. Durch die fast ausnahmslose Neueinstellung von NSDAP-Angehörigen hätte sich das Problem der mangelnden Parteimitgliedschaft unter seinen Beamten und Angestellten auf Dauer ohnehin erledigt.

e) Memmels Verhältnis zum Denunziantentum

Am 28. März 1933 hatte Memmel vor der Gemeindebeamtenkammer verkündet:

„D e n u n z i a n t e n t u m u n d G e s i n n u n g s s c h n ü f f e l -
e i s i n d b e i u n s v e r p ö n t , a n o n y m e Z u s c h r i f t e n w a n d e r n i n d e n
P a p i e r k o r b . E i n f l ü s s e p e r s ö n l i c h e r A r t k e n n e n w i r n i c h t ;“¹³⁴⁹

Anknüpfend an diese Aussage wird untersucht, wie Memmel bis 1939 Denunziationen behandelte, bei denen es entweder in seine Person ging, oder die in seinen Geschäftsbereich fielen.

Schon kurz nach seiner Wahl ist folgender Fall verzeichnet: Der Justizinspektor Hans Haag meldete am 28. Juli 1933, der Justizinspektor Hans Herterich habe in seinem Dienstzimmer gesagt:

„[...] dass bei der Feier anlässlich der Ernennung des Herrn Dr. Hellmuth zum Ehrenphilister der Studentenverbindung Adelpia sowohl Dr. Hellmuth, als auch Oberbürgermeister Memmel furchtbar betrunken gewesen seien, und zwar Oberbürgermeister Memmel derart, dass

¹³⁴⁹ Das Deutsche Handwerk im dritten Reich, WGA.

er sich mit einem Wagen nach Hause fahren lassen musste, aus dem er wiederholt herausgekotzt habe.“¹³⁵⁰

Der Tag der Bandaufnahme Hellmuths war das 66. Stiftungsfest Adelphias am 16. Juli 1933. An dieser Feier nahmen fast 120 Personen teil.¹³⁵¹ Dass Memmel und Hellmuth dabei ordentlich einen über den Durst getrunken hatten, ist sehr gut möglich, der von Herterich so geschilderte Hergang wohl ebenso. Noch am Tag der Meldung verhängte die Polizeidirektion wegen ehrenrührigen Behauptungen gegen Herterich Schutzhaft. Damit sollte wohl sichergestellt werden, dass er seine Geschichte nicht weiterverbreiten konnte. Laut Haftbefehl meinte Memmel, dass dessen Aussagen „[...] vollkommen aus der Luft gegriffen sind.“¹³⁵² Da Herterich zu diesem Zeitpunkt krank war, bekam er Hausarrest. Noch am selben Tag verfasste er eine Erklärung, dass er sich von der Unwahrheit seiner Behauptung überzeugt habe und sie mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme.¹³⁵³ Hierauf zog Memmel den Strafantrag gegen Herterich zurück. Noch immer am gleichen Tag, den 28. Juli 1933, bedankte sich auch Justizinspektor Haag hierfür bei Memmel.¹³⁵⁴ Dieser nutzte unvermittelt die lokale Exekutive um für ihn unliebsame Geschichten zu unterbinden und sein Personal zu disziplinieren. Immerhin ließ Memmel nach einer Entschuldigung Herterichs die Sache auf sich beruhen. Der Vorfall zeigt, welche Machtmittel und Einschüchterungsmethoden einem Oberbürgermeister schon am Anfang der nationalsozialistischen Diktatur zur Verfügung standen.

Das nun folgende Beispiel im Zusammenhang mit Memmel zeigt, dass Amtsträger mit entsprechenden Methoden auch störende alte Parteigenossen zum Schweigen bringen konnten. Für den bei der Fliegerschule Würzburg angestellten Studenten Karl Hör schien schon kurz nach der Machtübernahme 1933 die nationalsozialistische Bewegung in Gefahr zu sein. Der Grund hierfür: Oberbürgermeister Theodor Memmel. Hör war seit 1926 NSADP und SA-Angehöriger sowie Träger des Goldenen Parteiabzeichens. Seine Brüder besuchten in Weiden eine Schule. Über sie hatte er vermutlich erfahren, dass Memmel mit „dem berüchtigten Bauerndoktor Heim“¹³⁵⁵ eine Bekanntschaft pflegte. Um weitere Informationen zu erlangen kontaktierte er der Oberbürgermeister von Weiden, Hans Harbauer, der ihn an den Lehrer Dr. Ludwig Eberth verwies. Eberth war bis 1925 Adelphe gewesen.¹³⁵⁶

¹³⁵⁰ Aussage von Hans Haag. Würzburg, 26.7.1933. Gestapo 1288. StAW.

¹³⁵¹ Philister-Zeitung. September 1933, S. 4.

¹³⁵² Schutzhaftbefehl Hans Herterich. Gezeichnet von Dr. Monglowsky. Würzburg, 27.7.1933.

¹³⁵³ Erklärung von Hans Herterich. Würzburg, 28.7.1933. Gestapo 1288.

¹³⁵⁴ Brief von Hans Haag an Oberbürgermeister Memmel. Würzburg, 28.7.1933. Gestapo 1288.

¹³⁵⁵ Brief von Karl Hör an Dr. Ludwig Ebert. Würzburg, 29.1.34. Gestapo 1842.

¹³⁵⁶ Eberth, geboren in Renndorf, kam am 15.11.1909 zu Adelphe. Am 20.11.1913 wurde er aus der Verbindung ausgeschlossen, nachdem ihm der Austritt nahegelegt wurde. Am

Ihm war Memmel daher bekannt, und er gab Hör die Information, dass dieser um 1928 Heim nahegestanden habe, und politisch desinteressiert gewesen sei. Umso mehr wundere sich Eberth, dass aus Memmel hierauf ein so eifriger Nationalsozialist geworden sei, der nun zudem so hohe Stellungen innehatte. Dennoch riet Eberth, ohne tiefgründige Beweise die Sache ruhen zu lassen, da Memmel schon zu fest im Sattel säße.¹³⁵⁷ Ungeachtet dieses Ratschlags begann Hör einen Privatfeldzug gegen den Würzburger Oberbürgermeister. Der ursächliche Grund hierfür war recht banal: Hörs Anfrage, als alter Pg. eine Anstellung bei der Stadt zu bekommen, wurde von Memmel nur damit beantwortet, dass er auf die Bewerberliste käme. Große Hoffnungen sollte Hör sich jedoch nicht machen, da bereits viele andere Personen die gleiche Anfrage gestellt hätten.¹³⁵⁸ Daraufhin erzählte Hör den Parteigenossen Theodor Baumann und Nicola von seinen Vermutungen über Memmel. Schließlich wurde die Sache auch zu dem Betroffenen getragen, der daraufhin zuerst Nicola anschrieb:

„Sie haben vor Zeugen, die bereit sind, ehrenwörtlich und eidlich ihre Angaben zu härten, u.a. folgende Äußerungen gemacht:

1. Memmel war noch bis zum Oktober 1929 bei den Schwarzen, wie kann er da richtig nationalsozialistisch handeln und fühlen.

2. Memmel hat dem Juden Wolf, Buchdruckereibesitzer, einen Auftrag über 75.- RM erteilt und zwar nach telef. Anfrage bei Oberamtmann Reiss bei Memmel. Memmel hat gesagt, wenn er ein anständiger Jude ist, dann liegt gegen diesen Auftrag nichts vor. Memmel hat halt ein doppeltes Gesicht. Solange er nicht weg ist, wird es in Würzburg nicht anders.

Ich ersuche Sie, schriftlich den Beweis für diese Behauptung anzutreten bis 22. Dezember 1933.

Es liegen mir noch eine ganze Anzahl von Äußerungen Ihrerseits vor, die ich als hundsgemeine Lügen und Verleumdungen bezeichnen muss. Ich behalte mir vor, wegen dieser Äußerungen in anderer Weise gegen Sie vorzugehen.“¹³⁵⁹

Das Vorkommnis zeigt, dass Memmel durch seine hohe Stellung innerhalb der NSDAP – nicht nur in Würzburg selbst – auch auf Missgunst stieß. Besonders dann, wenn es um den Umgang mit nun politisch Verfolgten oder dem neuen Regime unliebsamen Personen ging. Memmel konfrontierte hierauf auch Hör mit dem von ihm verbreiteten Gerüchten:

17.7.1921 wurde der Studienreferendar Eberth als Philister wieder aufgenommen. 1925 verkündete er im Zuge der Verbandsfrage, er würde nur bei Adelpia bleiben, wenn dieses ein Corps würde. Hierauf stellte der Ehrenrat der Verbindung den Antrag auf Ausschluss Eberths. Dieser ging am 12.7.1925 durch. Philister-Zeitung, Juni 1925, S. 3. EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelpen, S. 96.

¹³⁵⁷ Brief von Ludwig Eberth an Karl Hör. Weiden, 11.3.1933. Gestapo 1842. Bei der Abschrift dieses Briefes muss ein Datierungsfehler passiert sein. Denn Eberth schrieb: „[...] ganz besonders jetzt nach vollzogener Vereidigung des Herrn ObBürgMeisters und Ortsgruppenleiters Memmel auf seine Ämter.“ Memmel wurde aber erst am 24. März kommissarischer Bürgermeister und am 27. April Oberbürgermeister.

¹³⁵⁸ Brief von Theo Memmel an Karl Hör. Würzburg, 8.8.1933. Gestapo 1842.

¹³⁵⁹ Brief von Theo Memmel an Pg. Nicola. Ohne Datum. Gestapo 1842.

„Sie werden hiermit aufgefordert für diese ungeheuerliche Behauptung schriftliche Beweise zu liefern, widrigenfalls ich gegen Sie als einen gemeinen Verleumder oder Verbreiter gemeiner Verleumdungen vorgehen werde.“¹³⁶⁰

Hör antwortete darauf nur jedoch nur schnippisch:

„Andererseits kann ich mir vorstellen ohne eingeschriebenes Mitglied der BVP zu sein, dass jemand zu den Schwarzen gerechnet wird. Dass Sie die von mir getroffenen, tatsächlichen Feststellungen, dass Sie nämlich Ihren Urlaub 1928 im Landhause des Separatistenhauptlings Dr. Heim verbracht haben und auch beim Konvent vor etwa 3 Wochen im Adelphenhaus denselben Herrn begrüßt haben, als ungeheuerliche Behauptung zu bezeichnen und drohen gegen mich als gemeinen Verleumder oder Verbreiter gemeiner Verleumdungen vorzugehen, ist für mich eine derartige Ehrenkränkung, dass ich mir als tatsächlicher alter Parteigenosse diese Kränkung, nachdem die Behauptungen, die von mir aufgestellt sind und von Ihnen als richtig anerkannt wurden, nicht gefallen lassen kann. Ich überlasse es Ihnen, wie Sie diese Ehrenkränkung bereinigen wollen.“¹³⁶¹

Hör schien sich seiner Sache sehr sicher zu sein, sodass er Memmel indirekt sogar zum Duell aufforderte. Es ist auffallend, wie leicht man Memmel die Bekanntschaft zu Heim bis hin zum bloßen Begrüßen auf dem eigenen Verbindungshaus zum Vorwurf machen konnte. Memmel schrieb hierauf auch seinen ehemaligen Bundesbruder Eberth an, der ihm bereitwillig anbot, den gesamten Briefverkehr zwischen ihm und Hör offenzulegen.¹³⁶² Diesen forderte Memmel ein und erhielt ihn auch.¹³⁶³ Daraufhin übersprang Hör alle Instanzen, und schrieb am 3. Juli 1934 direkt an den „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Heß:

„Herr Oberbürgermeister Memmel von Würzburg hat für die Alte Garde kein Verständnis. Er hat das Vertrauen der Alten verloren. Sein Verhalten ist nicht nationalsozialistisch wie wir es in den Jahren des Kampfes gelernt haben. Memmel hat Alte abgewiesen, während er für Vettern, Günstlinge und Märzgefallenen Stellen hatte. [...]

Zumeist verbittert uns Alte die Tatsache, dass Memmel so dicke Freundschaft hat mit dem Lumpen Dr. Heim. Haben wir tatsächlich darum gekämpft, dass diese Schurken in Ehren noch begrüßt werden? [...]

Herr Pg. Hess! Memmel hat sich das Vertrauen vieler Pg.Pg. verscherzt. Wir die Alte Garde erwartet, dass uns Alten Rechnung getragen wird und mit diesen geheimnisvollen Schiebereien ein Ende gemacht wird. Nebenbei möchte ich noch erwähnen, dass der Alkoholismus [sic!] Zuspuch Memmels einem Oberbürgermeister unwürdig ist.“¹³⁶⁴

¹³⁶⁰ Brief von Theo Memmel an Karl Hör. Würzburg, 23.2.1934. Gestapo 1842.

¹³⁶¹ Brief von Karl Hör an Oberbürgermeister Memmel. Würzburg, 27.2.1934. Gestapo 1842.

¹³⁶² Brief von Theo Memmel an Karl Hör. Würzburg, 6.4.1934. Gestapo 1842.

¹³⁶³ Brief von Karl Hör an Familie Eberth. Würzburg, 27.4.1934. Gestapo 1842.

¹³⁶⁴ Brief von Karl Hör an Heß. 3.7.1934. Gestapo 1842.

Dies brachte jedoch Steine ins Rollen, die Hör nicht mehr aufhalten konnte und unter die er schlussendlich selbst geriet. Gauleiter Hellmuth wurde über diese Vorgänge verständigt und ließ ihn am 2. August 1934 kurzerhand in Schutzhaft nehmen. Grund hierfür war nicht nur die Gerüchteverbreitung über Memmel, sondern auch grobe Beschwerden des Flugplatzleiters, bei dem er angestellt war, bis hin zum militärischen Geheimnisverrat. Bei der Polizeistelle sagte Hör aus, wie er Memmel folgendermaßen öffentlich bloßgestellt hatte:

„Als im Frühjahr 1934 im Huttenschen Garten eine Versammlung der NS-Lehrerschaft [...] stattfand, habe ich Oberbürgermeister Memmel im Saale des Huttenschen Gartens getroffen, weil er zufällig an den Tisch, an welchem ich saß herankam. Oberbürgermeister Memmel, der mich persönlich sehr gut kennt, hat mich bei dieser Gelegenheit genau wie die anderen Personen, die am Tische anwesend waren, mit einem Händedruck begrüßt. Bei dieser Gelegenheit fragte ich Oberbürgermeister Memmel, ob die Sache weiterlaufe, – damit die Angelegenheit Heim Memmel meinend –, ich hätte hierüber gerne Bescheid gewusst. Bemerkte habe ich auch, dass hier wohl nicht der richtige Ort und auch nicht die gegebene Zeit sei, über diese Sache zu sprechen, er möchte einen ihm gelegenen Zeitpunkt und Ort hierfür zur Aussprache bestimmen. Oberbürgermeister Memmel ging auf mein Angebot überhaupt nicht ein, bzw. gab mir keine Antwort. Auf irgend eine Redewendung des Oberbürgermeisters, die mir aber heute nicht mehr erinnerlich ist, habe ich gesagt: [...] „Sie haben den bayerischen Kurier gelesen.“ Oberbürgermeister Memmel erwiderte mir darauf und zwar so, dass die noch am Tisch sitzenden Personen vernehmen konnten: „Das haben Sie zu beeden.“ Ich habe nur noch gesagt: „Jawohl, das kann ich auch.“ Damit war unser Gespräch beendet.“¹³⁶⁵

„Einige Zeit später bin ich dann einmal zu Oberbürgermeister Memmel in das Rathaus gegangen, um die ganze Angelegenheit beizulegen. Nach einer Aussprache von etwa ½ Stunde, erklärte Memmel unter Berufung auf sein Ehrenwort als ehemaliger Offizier, dass er nie schwarz gewesen sei. Daraufhin erwiderte ich ihm: „Auf Grund dieser Ehrenerklärung kann ich die Behauptung, dass Sie schwarz gewesen sind, nicht mehr aufrecht erhalten. Dagegen bleiben aber die vorliegenden Tatsachen bestehen. (Lesen des bayer. Kuriers und Verkehr mit Dr. Heim).“¹³⁶⁶

Da die erwähnten „Vorwürfe“ wohl der Wahrheit entsprachen, konnte Memmel nichts Weiteres mehr unternehmen. Diese hatte er im Briefverkehr auch nie bestritten – im Gegenteil. Er hatte nur die Annahme, er sei bei der BVP gewesen oder habe Juden unterstützt, als Verleumdung aufgefasst, da sie seine Stellung als Nationalsozialist und politischer Leiter untergaben hatten. Des Weiteren sagte Hör aus, er habe den Brief an Heß auf Grund von Beschwerden von dutzenden alten Parteigenossen geschrieben, die sich vor allem von Memmel, aber auch vom Gauleiter Hellmuth im Stich

¹³⁶⁵ Aussage Karl Hör. Polizeidirektion Würzburg. Dienststelle 9. Würzburg, 2.8.1934. Gestapo 1842.

¹³⁶⁶ Ebenda.

gelassen fühlten. Wenn nicht er ihn verfasst hätte, dann wohl ein anderer alter Pg. Das Gerücht, Memmel trinke viel, hatte Hör vom Kellermeister des Bürgerspitals:

„Dieser hat mir nämlich über ein Trinkgelage im Kelterraum des Bürgerspitals, bei dem auch Oberbürgermeister Memmel anwesend war, erzählt [...]. Der Vorfall hat sich am Tage des Besuchs Röhms in Würzburg abgespielt.“¹³⁶⁷

Wohl um weiter Druck auf Memmel auszuüben, und Karl Hörs Anschuldigungen zu unterstreichen, schrieb dessen Bruder, Rudi Hör, am 4. August 1934 einen Brief an den Oberbürgermeister. In diesem zählte er seine vielen Verdienste um die NSDAP trotz großer Widrigkeiten auf, und bat um Arbeit jeglicher Art.¹³⁶⁸ Eine Antwort Memmels ist nicht überliefert.

Durch die Aussagen von Karl Hör bei der Polizei fühlte sich nun auch Gauleiter Hellmuth angegriffen. Daher verfügte er, dass Hör vorerst aus der NSDAP ausgeschlossen wurde. Als Begründung nahm er die Schutzhaft und die Beschwerde über Memmel bei Heß.¹³⁶⁹ Einige Tage später bat der Bruder Karl Hörs erst bei der Gauleitung, dann bei der Polizei darum, diesen freizulassen. Doch:

„Herr Gauleiter Dr. Hellmuth erklärte auf telefonischen Anruf, dass er die Zeit zur Entlassung noch nicht für gekommen erachte, weil Hör ein charakterloser Lump sei, den auch sein goldenes Parteiabzeichen nicht vor der Schutzhaft bewahren könne.“¹³⁷⁰

Hierauf erklärte sich Hör am 24. August 1934 bereit, den Gau Unterfranken sofort zu verlassen, und jede Tätigkeit gegen den Gauleiter und Oberbürgermeister einzustellen, sowie die über diese Herren gemachten Äußerungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen. Außerdem nahm er noch seine Beschwerden gegen den ihm vorgesetzten Flugkapitän zurück.¹³⁷¹ Schließlich legte die Polizeidienststelle 9, bei der Hör inhaftiert war, ein gutes Wort für ihn ein, und meinte, er sei schon genug gestraft.¹³⁷² Wann genau er wieder freigekommen war, ist nicht bekannt, das Oberste Parteigericht beschloss aber am 24. September 1935, dass der einstweilige Ausschluss auf eine Verwarnung und dreijährige Ämteraberkennung reduziert wurde.¹³⁷³

¹³⁶⁷ Ebenda.

¹³⁶⁸ Brief von Rudi Hör an Oberbürgermeister Memmel. Thumsenreuth, 4.8.1933. Gestapo 1842.

¹³⁶⁹ Einwendung gegen die Schutzhaft von Karl Hör. Würzburg, 6.8.1934. Gestapo 1842.

¹³⁷⁰ Personalakt des Karl Hör bei 9. Unterzeichner unleserlich. Polizeidirektion Würzburg, 16.8.1934. Gestapo 1842.

¹³⁷¹ Erklärung von Karl Hör. Würzburg, 24.8.1934. Gestapo 1842.

¹³⁷² Schreiben der Würzburger Polizeidienststelle 9 an die Bayerische Politische Unterzeichner unleserlich. Würzburg, 19.9.1934. Gestapo 1842.

¹³⁷³ Schreiben an die Gestapo Außenstelle Würzburg vom Gauhautstellenleiter (unleserlich). Würzburg, 3.5.1938. Gestapo 1842.

Der Hergang dieser Angelegenheit zeigt drei verschiedene Auffälligkeiten. Zum einen verdeutlicht es exemplarisch, dass Altparteigenossen sehr schnell ihren privilegierten Status einbüßen konnten, wenn sie bei einem lokalen Hoheitsträger in Ungnade fielen.¹³⁷⁴ Zum anderen verdeutlicht sie, dass Memmel Angriffsfläche gegenüber seinen eigenen Parteimitgliedern bot. Und drittens ist Hellmuths Einmischung interessant, durch die Hör letztendlich zum Schweigen gebracht wurde. Zwar könnte sie alleine dadurch verursacht sein, dass Hör den Fehler begangen hatte, auch den Gauleiter zu kritisieren. Allerdings wäre ein Sturz Memmels auch auf ihn selbst als dessen Vorgesetzten zurückgefallen und hätte ihn schlecht dastehen lassen.

Toni Haas fasst seine persönlichen Fälle, bei denen Memmel ihn unterstützte, folgendermaßen zusammen:

„1933: rief ich ihn als Politisch Verfolgten um Hilfe. Wegen eines Pres-seartikels gegen den Nationalsozialismus wurde ich zu 10 Tagen Gefängnis, ersatzweise zu 100 M Geldstrafe verurteilt. Der stellv.-Gauleiter Pösl, der Memmel als nichtnazistisch bekämpfte, trachtete mich aus dem Lehrerberuf zu bringen. Memmel setzte sich rückhaltlos bei den Partei- und Regierungsstellen für mich ein und erreichte sogar, dass ich in Schweinfurt verbleiben konnte.

1937: sollte ich nach einer Erklärung der Regierung Würzburg entlassen werden, weil ich mich zweimal für den wegen angeblicher Rassen-schande verurteilten Juden Nordschild bei der Gestapo eingesetzt habe. Memmel brachte es nach einjährigem Bemühen dahin, dass es bei meiner Strafversetzung nach Zeil blieb.

Memmel hat mich in diesen beiden Fällen vor größtem Missgeschick bewahrt durch sein mutiges und selbstloses Eintreten gegen geifernde Parteidienststellen.“¹³⁷⁵

„Ich habe mich für den Juden N o r d s c h i l d eingesetzt. Er wurde wegen seiner Haushälterin angezeigt. Ich wurde als Zeuge benannt, weil ich bei ihm immer verkehrte. Ich habe ihn in Schutz genommen. Dann wurde ich als Erzieher abgelehnt erneut.

Ich bin dann wieder zu Memmel und habe es ihm gesagt. Er hat die Regierung angerufen und da wurde gesagt: Er muss unbedingt versetzt werden. Darauf sagte Memmel zu mir: Ich Sorge, dass Du nach Randersacker kommst! Aber das habe ich abgelehnt, weil ich dorthin nicht wollte.

An der Regierung ist mir gesagt worden, dass ich entlassen gehöre. Auf Grund des Telefongesprächs blieb es bei der Strafversetzung. Memmel hat sich nochmal eingeschaltet, dass ich wenigstens einen anständigen Platz erhielt.“¹³⁷⁶

¹³⁷⁴ BAJOHR: Parvenüs und Profiteure, S. 21f.

¹³⁷⁵ Eidesstattliche Erklärung Toni Haas.

¹³⁷⁶ Protokoll Verhandlung Memmel, 3. Verhandlungstag, 27.11.47, Blatt 8.

Ob Memmel seinem Heimatgenossen Haas wegen der langen Bekanntschaft half oder, nur um dem Stellvertretenden Gauleiter Ludwig Pösl¹³⁷⁷ zu schaden, sei dahingestellt. Auffallend ist, dass Memmel trotz seiner ideologischen Überzeugung jemandem half, der diese offenbar nicht teilte und sogar gegen sie arbeitete. Ausschlaggebend hierfür dürfte die Bekanntschaft gewesen sein. Derartige Handlungen, die nicht der NS-Ideologie entsprachen, dürfen jedoch nicht überschätzt werden, sie kommen in jeder Diktatur vor. Auch Memmel als überzeugter Nationalsozialist hatte in seiner zwölfjährigen Amtszeit aus unterschiedlichen Gründen entgegen der Parteirichtlinie gehandelt. Diese Akte blieben aber jedoch definitiv die Ausnahmen, motiviert durch Bekanntschaften oder schlichtweg aus Willkür. Bei den Entnazifizierungsverfahren wurden diese einzelnen Taten dann als Leuchtfeuer der Menschlichkeit emporstilisiert, welche die ansonsten tagtägliche nationalsozialistische Handlungsweise überstrahlen sollten. Derartige Zeugnisaussagen sind mit Vorsicht zu genießen und dürfen selbstverständlich nicht als Beispiel für eine allgemeine Verhaltensweise gedeutet werden.

Der schon erwähnte Bernhard Großmann berichtete vor Memmels Spruchkammer:

„Als mein Sohn, Architekt Willi G r o ß m a n n , im Jahre 1943 wegen seiner Zugehörigkeit zur kommunistischen Jugendorganisation und Abhörnung ausländischer Sender unter Anklage des Hochverrates stand, hat Herr Theo Memmel [...] für meinen Sohn in uneigennütziger Weise ein weitgehend entlastendes Zeugnis ausgestellt, das dem Staatsgerichtshof in München vorgelegt wurde.“¹³⁷⁸

Im Staatsarchiv München liegt ein Verfahrensakt des besagten Verfahrens archiviert, das allerdings im Jahr 1934 stattfand. Bei Großmanns Aussage könnte es sich um einen Zahlendreher gehandelt haben. Leider handelt es sich nur noch um einen Restakt, in dem die Aussage Memmels nicht überliefert ist, was eine Überprüfung der Angabe unmöglich macht.¹³⁷⁹

Josefine Grünewald berichtete, sie sei von einem Hans Heimbeck denunziert worden, da sie es vorzog, nicht der nationalsozialistischen Kleiderspende etwas zu geben, sondern selbst Sachen an Bedürftige zu verteilen.

¹³⁷⁷ Ludwig Pösl wurde 1903 in Scheinfeld geboren. Nach seinem Abitur begann er 1918 eine kaufmännische Lehre. Er war 1920 Mitbegründer der Schweinfurter Ortsgruppe des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes. 1929 trat er in die NSDAP ein und wurde noch im selben Jahr Ortsgruppenleiter und ehrenamtlicher Stadtrat in Schweinfurt. 1930 bekam er den Posten des Kreisleiters in Schweinfurt, von 1931 bis 1937 fungierte er als Stellvertretender Gauleiter von Mainfranken. Außerdem bekleidete er von 1933 bis 1945 das Amt des Ersten Bürgermeisters in Schweinfurt. Am 11.4.1945 beging er in Gefangenschaft Selbstmord. LILLA, JOACHIM: Die Stellvertretenden Gauleiter und die Vertretung der Gauleiter der NSDAP im „Dritten Reich“ (= Materialien aus dem Bundesarchiv. Heft 13). Bremerhaven, 2003, S. 68f.

¹³⁷⁸ Eidesstattliche Erklärung Bernhard Großmann.

¹³⁷⁹ Generalstaatsanwaltschaft 3056. StAM.

Memmel als Kreisleiter sandte ihrem Vater daraufhin einen Brief, mit dem Zusatz: „Es liegt in Ihrem eigensten Interesse, bei Ihrer Familie eine andere Einstellung dem neuen Staate gegenüber herbeizuführen.“¹³⁸⁰ Hierauf begründete Fräulein Grünewald ihre Vorgehensweise gegenüber Memmel, und die Unannehmlichkeiten hatten ein Ende. Der Kreisleiter zeigte darüber hinaus Verständnis.¹³⁸¹ Nichtsdestotrotz zeigt dieser Fall aus dem Jahr 1934 deutlich, dass selbst eine derartige Belanglosigkeit sofort bei Memmel landete.

Der von Memmel trotz seiner Parteilosigkeit zum Gewerbestudienrat ernannte Bernhard Großmann hatte ebenfalls etwas zugunsten Memmels zu berichten:

„Als besondere Charakterisierung der Haltung und Gesinnung Herrn Memmels diene folgender Vorfall aus dem Jahre 1936. Der spätere verstorbene Gewerbeoberlehrer Schütze, ein eifriger nationalsozialistischer Propagandist, der auch mich wiederholt beim Direktor der Berufsschule denunzieren wollte, hatte den Kollegen, Studienrat Ulrich Religionslehrer an der Berufsschule Würzburg, wegen nationalsozialistischer Unzuverlässigkeit bei der Stadtverwaltung angezeigt. Herr Theo Memmel empörte sich darüber, dass ein Kollege den anderen denunzierte. Er ließ Schütze kommen und hat ihn im Beisein des Schulreferenten Dr. E. Lauterbach in schärfster Form zurechtgewiesen. Dieser Vorgang war einer Reihe von Kollegen der Berufsschule bekannt.“¹³⁸²

Die aus diesem Zitat hervorgehenden Informationen sind ein Indiz dafür, dass Memmel beim Thema der Denunziation zwiegespalten war. Einerseits landeten sie auf seinem Kreisleiterschreibtisch, wenn sie politischer Natur waren. Hier verspürte er den deutlichen Drang, selbst Kleinigkeiten nachzugehen, wovon der Vorfall mit der Kleiderspende zeugt. Sollten ihm negative Gerüchte über seine eigene Person zu Ohren kommen, ging Memmel unverzüglich dagegen vor. Andererseits war ihm offenbar bewusst, dass eine zu große Verbreitung des Denunziantentums in seinem eigenen Arbeitsbereich unweigerlich das interne Klima schädigen konnte, wovon der letzte Fall zeugt. Das wiederum würde die die Effizienz seiner Kommunalverwaltung hemmen. Nichtsdestotrotz kann man das einleitende Zitat, es würde unter ihm keine Gesinnungsschnüffelei geben, anhand der vorgebrachten Gegenbeispiele dem Reich der Propaganda zuordnen.

Einige der vorgebrachten Einzelfälle zeigen, dass sich Memmel dennoch für ein paar Personen einsetzte, die mit Partei nationalsozialistischen Staat Probleme hatten. Einige davon waren mit ihm persönlich bekannt,

¹³⁸⁰ Abschrift eines Briefes vom Kreisleiter Theo Memmel an Josefine Grünewald. 4.12.1934. Spruchkammerakte Memmel.

¹³⁸¹ Vernehmungsprotokoll von Josefine Grünewald. Würzburg, 22.2.1948. Spruchkammerakte Memmel.

¹³⁸² Eidesstattliche Erklärung von Bernhard Großmann. Würzburg, 11.11.1947. Spruchkammerakte Memmel.

weshalb er ihnen möglicherweise vor allem deshalb half. Diese Hilfsbereitschaft hatte jedoch Grenzen, vor allem sobald es um Juden ging.

f) Die Würzburger Juden

Hierzu berichtete Hedwig Hermann in einer Vernehmung:

„Es war im Jahre 1933 als meine Tochter verhaftet wurde weil sie zu der damaligen Zeit einen jüdischen Bräutigam hatte. Daraufhin begab ich mich zu mehreren Parteistellen unter anderem auch zu dem damaligen Kreisleiter Memmel Theo. Dieser wies mich ab. In den Reden, dass dies ganz in Ordnung wäre und eine deutsche Frau keine Beziehungen zu Juden haben darf. Meine Tochter bekam im Gefängnis auch Schläge, sie wurde krank, (Basedow) und es mag sein, dass durch diese Drüsenkrankheit, die sich auswirkt und in der heutigen Zeit meine Tochter Knochentuberkulose hat.

Memmel hätte bei etwas menschlichem Verständnis meine Tochter ohne weiteres aus dem Gefängnis entlassen können, da zu der Zeit noch keine Gestapo oder sonstige Behörden bestanden.“

Dieser Fall zeigt, dass sich Memmel 1933 linientreu verhalten hatte und unterstreicht, dass er das, was er in seinen Reden über Juden gesagt hatte, auch ernst meinte. Er war vom „Rassenkampfgedanken“ überzeugt.

Den Stadtrat passierte in der Geheimen Sitzung vom 23. August 1934 der Antrag des Israelitischen Kinderhort e.V., einen eigenen Kinderhort zu führen.¹³⁸³ Diese widerrufliche Genehmigung muss jedoch kein Zeichen von Toleranz sein. Es ist eher davon auszugehen, dass man die jüdischen Kinder von den deutschen frühzeitig separieren wollte.

Am Im Juli 1935 beschwerte sich ein Ortsgruppenleiter bei Memmel:

„Es dürfte auch Ihnen, verehrter Herr Oberbürgermeister, nicht unbekannt sein, dass die Judenschaft frecher denn je ihr Unwesen treibt. Parteidienststellen und Stadtverwaltung gehen nun allorts daran, den Kampf dagegen aufzunehmen. Es wäre also unter anderem vor allem in Erwägung zu ziehen, ob nicht auch in Würzburg, gleich anderen Städten, den Juden der Zutritt zu den öffentlichen Badeanstalten verboten wird.

Man kann fast täglich beobachten, wie schon die kleinsten Judenbengels mit geilen Augen, deutsche Frauen und Mädels anglotzen. Es besteht die Gefahr, dass man sich einmal vergisst und dieser Sippschaft ein paar nationalsozialistische Fäuste in die Augen setzt.

Ich bitte deshalb, verehrter Herr Oberbürgermeister, diese Anzeige zu prüfen.“¹³⁸⁴

¹³⁸³ Geheime Stadtratssitzung vom 23.8.1934, S. 136. Rp 399. SAW.

¹³⁸⁴ Brief des Leiters der Ortsgruppe „Daniel Sauer“, Jakob Mühlbauer. Würzburg, 23.7.1935. Spruchkammerakte Memmel.

Memmel behandelte dieses Schreiben nicht, sondern gab es an den Kreisleiter weiter. Dieser teilte dem Ortsgruppenleiter daraufhin nur knapp mit, „[...] dass bereits bei den städtischen Badeanstalten entsprechende Maßnahmen getroffen worden sind.“¹³⁸⁵ Memmel war offenbar an derartigen Beschwerden seit seiner Amtsenthebung vom Kreisleiterposten nicht mehr interessiert. Ob tatsächlich, wann und durch wen die Würzburger Badeanstalten für Juden verboten wurden, bleibt offen.¹³⁸⁶

Von 1935 bis 1943 kaufte die Stadt Grundbesitz von Juden und Freimaurern auf, wobei dies seitens der ursprünglichen Eigner meist nicht freiwillig geschah. Dies war beispielsweise 1938 bei der Villa Mandelbaum in der Rottendorfer Straße 26 der Fall. Hellmuth erwarb sie und der repräsentative Bau diente ihm künftig als seine „Gauleitervilla“, wobei er aber nur ein Viertel des Kaufpreises sofort beglich. Beim Rückerstattungsverfahren sagte Memmel 1950 als Zeuge unter Eid aus, die Stadt habe hierbei nur als „Strohmann“ für den Gauleiter agiert, da dieser nicht über den vollen Kaufpreis verfügte.¹³⁸⁷ Memmel hat sich keine Immobilie auf diese Weise besorgt.¹³⁸⁸

Am 9. November 1938 traf sich die Parteispitze zur Gedenkfeier des Hitlerputsches in München. Abends wurde dann bekannt, dass der von Herschel Grynszpan angeschossene Diplomat vom Rath seinen Wunden erlegen sei. Goebbels und Hitler hatten daraufhin eine eindringliche Unterredung. Im Anschluss gab es eine Zusammenkunft der bei den Feierlichkeiten anwesenden Parteiführer, denen Goebbels mitteilte, dass bereits überall im Reich „Vergeltungsmaßnahmen“ gegen die Juden begonnen hätten. Die Partei habe sich hieran nicht zu beteiligen, allerdings auch nichts dagegen zu unternehmen. Sein auserlesenes Publikum verstand dabei: Unbedingt aktiv mitmischen, aber so, dass es nicht auf die NSDAP zurück verfolgbar ist. Im unmittelbaren Anschluss an die Versammlung gingen bereits die ersten entsprechenden Befehle der Gauleiter und SA-Führer an ihre

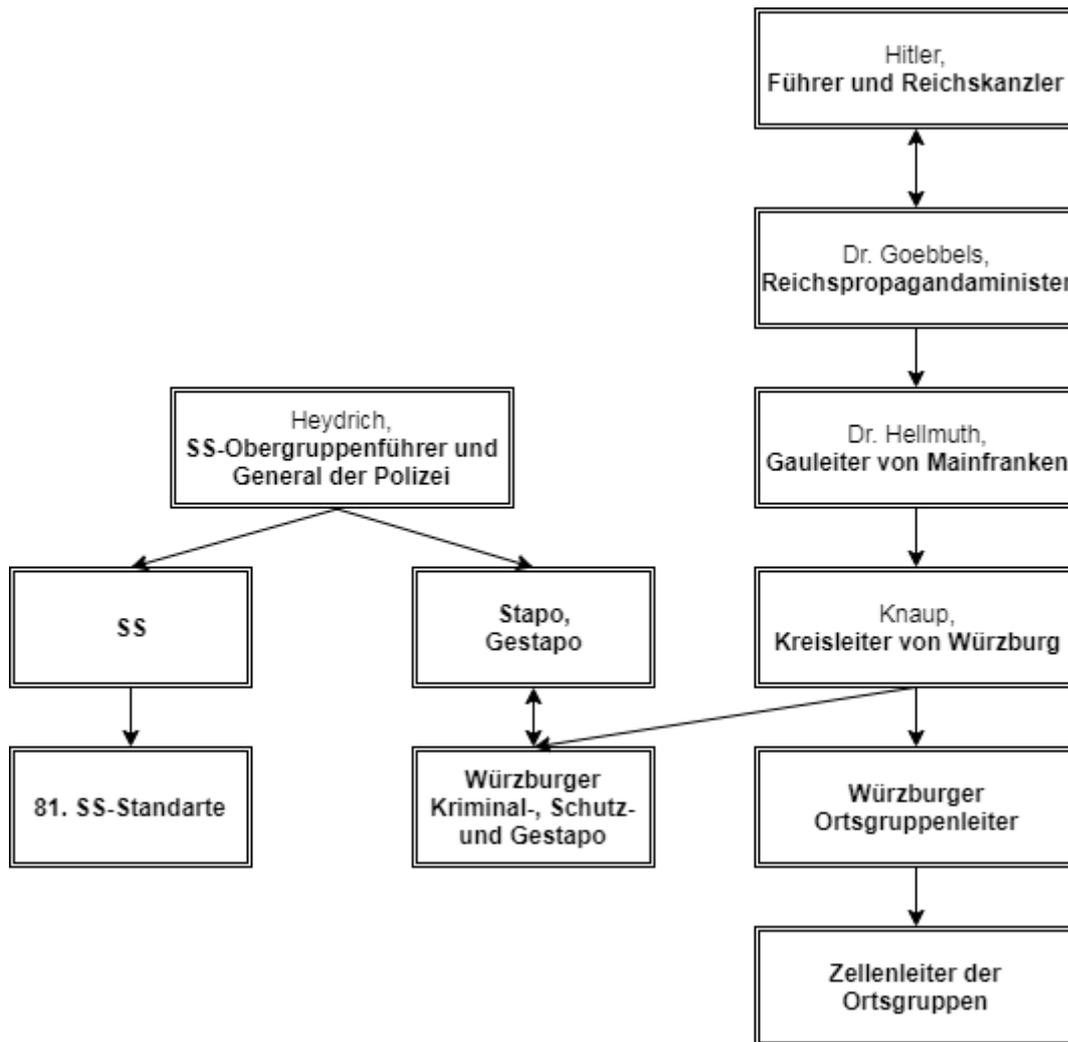
¹³⁸⁵ Brief des Kreisleiters an Ortsgruppenleiter Jakob Mühlbauer. Würzburg, 31.7.1935. Spruchkammerakte Memmel.

¹³⁸⁶ Eine reichsweite Regelung, ob Juden die Badeanstalten nutzen durften, gab es erst am 28.12.1938. Göring gab hierzu geheime Richtlinien heraus. Dokument 215. Richtlinien (geheim) des Beauftragten für den Vierjahresplan, gez. Göring, Ministerpräsident Generalfeldmarschall, vom 28.12.1938. In: HEIM, SUSANNE (Hrsg.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Band 2. Deutsches Reich 1938-August 1939. München, 2009, S. 583f. Halle hatte den Juden die Benutzung der städtischen Bäder bereits einige Monate früher verboten. Benutzung der städtischen Bäder für Juden untersagt. Saale-Zeitung, 29.4.1938, S. 7.

¹³⁸⁷ Heute ist dies der Sitz der K.D.St.V. Gothia im C.V. REINHARD, MARIE-THÉRÈSE: Kontinuität nach der Katastrophe? Die Israelitische Kultusgemeinde in Würzburg von 1945 bis 1992 (= Schriften des Johanna-Stahl-Zentrums für jüdische Geschichte und Kultur in Unterfranken. Band 2). Würzburg, 2017, S. 115-121.

¹³⁸⁸ XXXI. Verwaltungsbericht, S. 45ff.

untergeordneten Dienststellen. Heinrich Himmler war bei alledem nicht anwesend. Seine SS und auch die Polizei erfuhren erst relativ spät von diesem geplanten Pogrom.¹³⁸⁹ Gauleiter Hellmuth verständigte seinen Kreisleiter Knaup, der in einer Besprechung mit den meisten Ortsgruppenleitern und Polizeidienststellen die Befehle weitergab. Die Würzburger Polizei blieb beim Pogrom passiv, und holte sich zusätzliche Anweisungen von den in München weilenden Polizeichef und dessen Stellvertreter. Hierbei lässt sich im Falle des Gaues Mainfranken folgende Befehlskette ermitteln:¹³⁹⁰



Organigramm 4 Befehlskette des Pogroms vom 9./10.11.1938 in Würzburg

Die Würzburger SS-Standarte griff sehr spät ein, da die SS nicht in der Gesprächsrunde um Goebbels vertreten war. Erst um 3:10 Uhr erging an

¹³⁸⁹ DÖSCHER, HANS-JÜRGEN: „Reichskristallnacht“. Die Novemberpogrome 1938. Frankfurt a.M. und Berlin, 1988, S. 78ff.

¹³⁹⁰ Rekonstruiert nach: SCHULTHEIS: Juden in Mainfranken, S. 75ff.

sie ein Befehl, die jüdischen Schulen und Synagogen in Zivil gekleidet zu zerstören und alle Akten zu beschlagnahmen.¹³⁹¹

Der Verlauf der Pogromnacht in Würzburg wurde bereits von mehreren Autoren behandelt. Die Frage ist, welche Rolle Memmel hierbei spielte. Er feierte den 9. November bei einer Kundgebung im Platz'schen Garten und hielt eine Rede. Was er nach dieser Veranstaltung tat, ist unbekannt. Die oben aufgezeigte Befehlskette involviert jedoch nicht den Oberbürgermeister, der keinen politischen Posten mehr innehatte, und weder bei der SA noch der SS Mitglied war.¹³⁹² Neben Streitigkeiten mit Hellmuth und Knaup fiel diese Aktion auch nicht unbedingt in seinen Zuständigkeitsbereich. Es ist also möglich, dass Memmel vom Pogrom erst am nächsten Morgen erfuhr. Er selbst sagte darüber vor der Spruchkammer aus:

„Ja, die Aktion 1938 habe ich erst am anderen Morgen erfahren.

Ich wusste nichts davon. Ich kann Ihnen natürlich nicht beweisen, dass ich davon nichts gewusst habe, ich kann Ihnen das nur sagen: Ich kann Ihnen nur sagen, dass ich am andern Tag, als ich ins Rathaus kam, mich darüber empörte und als ich hörte, dass sogar die Synagogen brennen, habe ich sofort Herrn Prof.Schenk [sic!] angerufen, damit wenigstens die Kunstschatze geborgen würden. Ich habe mich dann mit dem Kreisleiter in Verbindung gesetzt, dass die Synagoge nicht zerstört wird.“¹³⁹³

Eine Beteiligung Memmels am Pogrom in irgendeiner Art ist nicht nachweisbar. Es ist möglich, dass er tatsächlich erst am nächsten Morgen davon erfuhr. Vor der Spruchkammer meinte Memmel über diesen Pogrom: „Ich bezeichnete das damals schon als Verbrechen.“¹³⁹⁴ Hierfür erbrachte er jedoch keine Nachweise und es ist sehr wahrscheinlich, dass diese Aussage der Hoffnung entsprang, seinen Urteilsspruch damit günstig zu beeinflussen. Selbst wenn Memmel damals die Ausschreitungen von 1938 nicht gutgeheißen hätte, muss dies nicht von Mitgefühl herrühren. Als Beauftragter des Vierjahresplans sprach sich beispielsweise selbst Hermann Göring wenige Tage nach dem Novemberpogrom scharf gegen diese und weitere Gewalttaten aus. Dies tat er aber aus rein wirtschaftlichen Gründen. Denn durch den Pogrom seien wichtige (Kommissions-)Warengüter zerstört worden, deutsche Versicherungsgesellschaften mussten für Schäden aufkommen und künftig noch zu „arisierende“ Geschäfte wurden beschädigt.¹³⁹⁵

¹³⁹¹ Abschrift des geheimen Telefonbefehls von Hauptsturmführer Jäger an die 81. SS-Standarte. 10.11.1938, 3:10 Uhr. Spruchkammerakte Memmel.

¹³⁹² MOMMSEN, HANS/OBST, DIETER: Die Reaktionen der deutschen Bevölkerung auf die Verfolgung der Juden 1933-1943. In: MOMMSEN, HANS (Hrsg.): Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte. Düsseldorf, 1988, S. 374-426, hier S. 389.

¹³⁹³ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.1.48, Blatt 3.

¹³⁹⁴ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 5.

¹³⁹⁵ „Göring: Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet.“ Stenographische Niederschrift von einem Teil der Besprechung über die Judenfrage unter Vorsitz von Feldmarschall Göring im RLM am 12. November 1938, 11 Uhr. Dokument 1816-PS. Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem

Sowohl der Leiter der freiwilligen Feuerwehr als auch ein Feuerwehrmann sagten aus, dass sie viel zu spät alarmiert worden seien, nämlich erst in den frühen Morgenstunden. Zudem war die Polizei der Ansicht, dass keine Eile geboten sei. Dennoch habe man alles versucht, um die Brände in der Heidingsfelder Synagoge und der jüdischen Schule zu löschen. Ob Memmel überhaupt vom Brand informiert worden war, ist unklar. Jedenfalls existierte kein Befehl, den Brand nicht zu löschen.¹³⁹⁶

Des Weiteren behauptete Memmel, er habe entgegen von Anweisungen verhindert, dass der jüdische Friedhof geschändet wurde, und ihn in den Schutz der Stadt gestellt. So sei dieser unangetastet geblieben.¹³⁹⁷ Ein Vorkaufsrecht für jüdischen Besitz sicherte sich die Stadt Würzburg aber erst im Dezember 1942.¹³⁹⁸ Den Heidingsfelder Judenfriedhof erwarb die Stadt Würzburg auf Geheiß Memmels erst Mitte 1943 für knapp 4.000 Reichsmark, den in der Faulenbergstraße für 18.000 RM.¹³⁹⁹ Der jüdische Grundbesitz in der Dürrenbergstraße Nummer 4, 6 und 8 mit der Synagoge wurde am 3. Februar 1943 mit der Zustimmung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD in Berlin der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland durch die Stadt Würzburg zum Preis von 13.500 RM abgekauft.¹⁴⁰⁰

Der Leiter des Würzburger Wohlfahrtsamtes, Karl Müller sagte in Memmels Spruchkammerverfahren aus:

„Es kam mal eine Bestimmung von oben, dass die Juden nicht mehr von uns unterstützt werden durften, weil die Reichsverordnung der Juden, die Betreuung selbst übernommen hat.

Von dem Betroffenen wurden keine diesbezüglichen Anweisungen gegeben.

Ich habe für die Familien der Kzler gesorgt und sorgen müssen.“¹⁴⁰¹

Über ähnliche Vorgänge berichtete der Stadtrat Franz Kreisel:

„Die Judenkonten wurden bei der Sparkasse behalten. Der Bürgermeister ging von dem Standpunkt aus, dass die Sparkasse ein Geschäft ist und dass im Geschäft keinerlei Rücksicht genommen werden darf. Es wurde nicht nach Partei oder religiösen Grundsätzen gehandelt, sondern es wurde einer wie der andere behandelt.“¹⁴⁰²

Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. November – 1. Oktober 1946. Urkunden und anderes Beweismaterial. Band 27. S. 499-540, hier S. 518.

¹³⁹⁶ Protokoll Verhandlung Memmel, 28.1.48 – Nachmittag, Blatt 1f.

¹³⁹⁷ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 5. Protokoll Verhandlung Memmel, 28.1.48 – Nachmittag, Blatt 5.

¹³⁹⁸ Protokoll der Ratssitzung am 1.12.1942 (Nichtöffentlich).

¹³⁹⁹ Protokoll Ratssitzung 10.6.1943 (Nichtöffentlich). Rp 402, S. 92. SAW.

¹⁴⁰⁰ Nichtöffentliche Ratssitzung am 2.3.1943. Rp 402, S. 86.

¹⁴⁰¹ Protokoll Verhandlung Memmel, 28.11.47, Blatt 3. Müller sah im Übrigen bei Memmel eine besondere sozialistische Einstellung. Eidesstattliche Erklärung von Karl Müller. Würzburg, 25.3.1947. Spruchkammerakte Memmel.

¹⁴⁰² Ebenda, Blatt 3.

Als Oberbürgermeister von Würzburg war Memmel, wie Löffler zuvor auch, automatisch Vorsitzender der Städtischen Sparkasse.¹⁴⁰³ Er hätte unter Umständen die Geldzahlungen des Wohlfahrtsamtes oder die Konten von Personen, die nicht ins System passten, einbehalten können. Davon machte er aber keinen Gebrauch. Die NS-Führung hatte zunächst kein Interesse an einer unkontrollierten Verarmung der jüdischen Bevölkerung. So regelten die Nürnberger Gesetze ab 1935, dass die städtische Fürsorgepflicht auch für „Nichtarier“ gelten sollte. Denn das angestrebte Ziel war die Auswanderung der Juden, welche für gänzlich mittellose Personen nicht möglich war. Außerdem konnte so eine andernfalls drohende Radikalisierung der nicht unterstützten Armen verhindert werden.¹⁴⁰⁴

Anfang 1933 hatte Memmel in seiner Funktion als Kreisleiter bereits seine lokalen Parteigenossen zu einem strikten Boykott jüdischer Geschäfte aufgefordert. Die Familie eines pensionierten Beamten der Stadt hatte geschäftliche Beziehungen zum Kaufhaus des Juden Karl Simon Zapff unterhalten, was offenbar an Memmel weitergemeldet worden war. Am 27. Februar 1939 schickte Memmel daher an diesen Ruhestandsbeamten einen Brief, der auch unter dem Aspekt der Sippenhaft bezeichnend ist:

„Nach den Erhebungen gelegentlich der Überprüfung und Auflösung des jüdischen Kaufhauses Wilhelm Zapff, Würzburg, Kaiserstraße 1, wurde unter anderem festgestellt, dass geschäftliche Beziehungen Ihrer Familienmitglieder zu dem jüdischen Kaufhaus vorgelegen haben. Bei Ihrer Einvernahme gaben Sie diese Möglichkeit auch zu.

Das Verbot des Einkaufs in jüdischen Geschäften bestand und besteht nicht nur für den aktiven Beamten. Es erstreckt sich vielmehr auch auf den in Ruhestand befindlichen. [...] Deshalb muss auch von einem Ruhestandsbeamten verlangt werden, dass er und seine Familienmitglieder sich eines Verhaltens befleißigen, das den Grundsätzen des von der NSDAP getragenen Staates Rechnung trägt.

[...] Es wäre wohl überhaupt nicht in Erscheinung getreten, wenn im Kreise Ihrer Familienangehörigen dem Gedanken Ausdruck verliehen worden wäre, dass die NSDAP in unlösbarer Verbundenheit mit dem Volke die Trägerin des deutschen Staatsgedankens ist und bleibt. Auch für Ruhestandsbeamte und deren Familien gilt die nationalsozialistische Forderung: „Kauft nichts beim Juden!“ Es muss daher Ihr eingangs erwähntes Verhalten schärfstens missbilligt werden.

Mit Rücksicht auf die einwandfreie Führung während Ihres Dienstverhältnisses bei der Stadtverwaltung Würzburg wird von einer besonderen Bestrafung abgesehen.“¹⁴⁰⁵

¹⁴⁰³ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.1.48 – nachmittags, Blatt 3.

¹⁴⁰⁴ GRUNER, WOLF: Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkung lokaler und zentraler Politik im NS-Staat (1933-1942) (= Studien zur Zeitgeschichte. Band 62). München, 2002, S. 11f.

¹⁴⁰⁵ Zitiert nach: ROCKENMAIER: Das Dritte Reich und Würzburg, S. 243f. Leider erwähnt ROCKENMAIER weder den Namen des Beamten noch die Quelle für diesen Brief.

Seiner Boykottlinie gegen jüdische Geschäfte blieb Memmel also auch nach seiner Kreisleiterabsetzung treu und nutzte sogar seinen Status als Oberbürgermeister, um die ihm unterstellten Beamten samt ihrer Familien ebenfalls zu einem solchen Handeln zu verpflichten. Damit nicht genug weitete er dies auch auf die bereits pensionierten Beamten aus und nutzte die Androhung von Strafen zur Disziplinierung in dieser Angelegenheit. Eine Abkehr vom Antisemitismus in irgendeiner Form ist bei Memmel ergo nicht ersichtlich. Vielmehr zeigt die Länge und Wortwahl des Briefes, dass es Memmel sehr wichtig mit dieser Sache war.

g) Sonstiges

Memmel engagierte sich stets für das Winterhilfswerk des deutschen Volkes (WHW). Schon im Dezember 1933 erhielt er einen Anerkennungs-Brief für seine persönlichen Leistungen beim Aufbau der Sammlungsaktion.¹⁴⁰⁶ Bis zum Kriegsende ging er persönlich mit der Sammelbüchse durch die Straßen.¹⁴⁰⁷

DOMARUS schrieb über Memmel in seiner Chronik zum Würzburger Verschönerungsverein:

„Wäre es nur auf den gemäßigten neuen Oberbürgermeister Theo Memmel angekommen, so hätte keine Gefahr für die weitere Existenz des Verschönerungsvereins Würzburg bestanden. Er hatte durch seine Tätigkeit in der Organisation der deutschen Gesangsvereine ein positives Verhältnis zu kulturellen und gemeinnützigen Vereinigungen und war dem Verschönerungsverein wohl gesonnen.“¹⁴⁰⁸

DOMARUS bewertete Memmels kulturelle Leistungen positiv, er beschrieb ihn sogar als „gemäßigt“. Am 4. Oktober 1933 wählte der Ausschuss des Verschönerungsvereins Oberbürgermeister Memmel, wie schon zuvor Löffler, als Mitglied in den Ausschuss. Damit hatte man sich zwar dessen Unterstützung und Gunst gesichert; die Gleichschaltungen der Vereine zogen immer weitere Kreise. Er hatte jedoch einen Gegenspieler in den eigenen Reihen: Den Rechtsrat und Kultur- und Theaterreferenten Dr. Oskar Dengel. Dieser versuchte durch Gleichschaltungen alle lokalen Vereine unter seine Kontrolle zu bekommen. Nach Domarus versäumte es der 1. Vorstand, Memmel einzuschalten und für den Verein um Hilfe zu bitten. Schließlich löste sich der Verein am 9. Februar 1934 selbst auf und wurde in den aus 18 Vereinen bestehenden neu gegründeten „Verein für Verschönerung und Gartenkultur Würzburg“ überführt.

¹⁴⁰⁶ Abschrift eines Anerkennungs-Briefs an OB Memmel vom Landesführer und der Landesleiterin des WHW. München, 24.12.1933. Magistratsakten Sign. 119 I. SAW.

¹⁴⁰⁷ Siehe hierzu die Sammlungsausweise Memmels. Magistratsakten Sign. 119 I.

¹⁴⁰⁸ DOMARUS, MAX: Hundert Jahre Verschönerungsverein Würzburg 1874-1974. Ein Jahrhundert Wirken für Würzburg. Würzburg, 1974, S. 172.

Im August 1939 kaufte Memmel zu Gunsten der Stadt die Grünanlagen des Vereins für 63.000 RM ab. Dies konnte er relativ eigenmächtig als „Entschließung des Oberbürgermeisters“ tätigen. Der Kaufpreis lag zwar weit unter Wert, war aber immerhin in der Höhe der Verbindlichkeiten des Vereins. In einem darauffolgenden Brief schrieb Memmel, dass er wünsche, dass der Verein auch künftig schuldenfrei bleibe und sicherte ihm die weitgehendste Förderung durch die Stadt zu.¹⁴⁰⁹

Kulturarbeit – die selbstverständlich nationalsozialistisch geprägt war – war Memmel stets wichtig. Daher unterstand ihm persönlich auch neben dem Stadtarchiv das gesamte Kulturamt, die Städtische Galerie, das Stadttheater sowie das Mainfränkische Museum.¹⁴¹⁰ In diesen Bereich ist auch Memmels Bestreben einzuordnen, den Karneval in Würzburg ab 1935 wieder tatkräftig zu beleben.¹⁴¹¹

Am 12. Mai 1936 verabschiedeten die Würzburger Ratsherren auf Grund der Bestimmungen der Deutschen Gemeindeordnung eine neue Hauptsatzung für die Stadt. Diese hatte mit sechs Paragraphen sogar einen weniger als die der Stadt Halle. Sie schrieb fest, dass dem Oberbürgermeister neun hauptamtliche Beigeordnete (Stadträte) zur Seite stehen und die Zahl der Ratsherren 32 betragen sollte.¹⁴¹²

Wie wenig Einfluss den Ratsherren aber geblieben war, zeigt eine Episode, deren Inhalt an sich recht banal ist: Es ging um die Genehmigung eines Konzertcafés im Februar 1939. Bisher war davon Abstand genommen worden, da ein Bebauungsplan noch nicht feststand. Durch Gerüchte erfuhr ein Ratsherr, dass Memmel eigenständig die Konzessionsgenehmigung erteilt hatte, was er in einer Beratung vorbrachte. Der Großteil der Ratsherren lehnte aus teils unterschiedlichen Gründen ebenfalls das neue Café ab. Memmel beendete diese Diskussion mit dem Hinweis, dass die Genehmigung auf ausdrücklichen Wunsch des Gauleiters erfolgt sei.¹⁴¹³

Im Stadtratsprotokoll vom 19. Juli 1938 ist zu lesen: „Der Oberbürgermeister gibt die Absicht bekannt, zwei um die Partei, um Volk und Staat hochverdienten Männern das Ehrenbürgerrecht der Stadt Würzburg zu verleihen.“¹⁴¹⁴ Hierbei handelte es sich um den Reichsstatthalter in Bayern, General Ritter von Epp und den bayerischen Ministerpräsidenten Ludwig

¹⁴⁰⁹ DOMARUS: Hundert Jahre Verschönerungsverein, S. 172-180 und 194ff.

¹⁴¹⁰ Geschäftsverteilung der Stadtverwaltung Würzburg gültig ab 1.1.1944. Rp 402, S. 132.

¹⁴¹¹ Närrische Orden mit Geschichten. Den diesjährigen Orden der KaGe zierte die Symbolfigur „der Blaue Affe“. Doch das ist nur einer von 50 Orden, die Burkard Pfrenzinger im Laufe der Jahre kreierte hat. MP, Nr. 28, 4.2.2021, S. 27.

¹⁴¹² §2 und 3 Hauptsatzung der Stadt Würzburg. Würzburg, 12.5.1936. EAP I HG 0. Signatur 991 „Dr. Hans Lill 1936-1939“. SAW.

¹⁴¹³ Ratsprotokoll 15.2.1939.

¹⁴¹⁴ Protokoll der nichtöffentlichen Ratssitzung vom 19.7.1938. Ratsprotokoll Jahrgang 1936 bis 1938. Rp 400, S. 150.

Siebert. Dieses sollte ihnen jeweils zum 70. und 64. Geburtstag des Jahres am 16. und 17. Oktober verliehen werden. Als Begründung gab Memmel folgendes an:

„Ritter von Epp begann in Würzburg seine militärische Laufbahn beim k.9.Inf.Regt. „Wrede“. Seine Verdienste während des Weltkrieges, seine Einsatzbereitschaft als Freikorpsführer und sein Wirken in der Kampfzeit der NSDAP. sind überragende Leistungen eines Mannes, der sein ganzes Leben in den Dienst für Volk und Vaterland gestellt hat.

Des Weiteren hieß es, General von Epp fühlte sich mit Würzburg und Mainfranken sehr verbunden.

Ministerpräsident Siebert hat in Würzburg studiert, er gilt als besonderer Freund und Förderer der Gaustadt Würzburg und des Gaues Mainfranken. Den Gedanken der Wiederherstellung der Festung Marienberg hat er in entschlossener Weise aufgenommen und durch Bereitstellung namhafter Mittel zur Tat werden lassen. Seine Verdienste um die Partei und um das Land Bayern sind bleibende und werden überall anerkannt.“¹⁴¹⁵

Ein Einverständnis des Gauleiters lag bereits vor. In Anbetracht dessen, dass Würzburg mit Adolf Hitler nur einen lebenden Ehrenbürger habe, bekundeten die Ratsherren volles Einverständnis und begrüßten den Antrag sehr. Hierauf gab Memmel bekannt, dass er nach Lage der Fälle die beiden hochverdienten Männer nicht um ihre vorherige Zustimmung befragen wolle.¹⁴¹⁶

Zumindest laut Stadtratsprotokoll kam die Idee, jene beiden Regierungsmitglieder und NSDAP-Funktionäre das Ehrenbürgerrecht zu verleihen, von Memmel. Es ist davon auszugehen, dass die von ihm vorgetragene Begründungen für die Wahl der zwei auch persönlicher Natur waren. Beide weisen gewisse Gemeinsamkeiten mit Memmel auf. Alle drei waren etwa erst spät zur NSDAP gekommen, dort aber schnell aufgestiegen. Zudem besaß Siebert ein Band bei der Burschenschaft Apollo München.¹⁴¹⁷ Ob Memmel die beiden persönlich näher kannte, ist nicht feststellbar.

WEIDISCH attestiert dem nationalsozialistischen Stadtoberhaupt von Würzburg:

„Unter Federführung von Oberbürgermeister Memmel gelang es in kurzer Zeit, eine „moderne“ Stadtverwaltung aufzubauen, Lücken im Organisationsgefüge zu schließen, damit gleichzeitig Akzente und Maßnahmen insbesondere auf den Feldern Öffentlichkeitsarbeit und Propaganda, Fremdenverkehr und Kultur zu setzen und den forcierten Ausbau der inneren Verwaltung mit neu errichteten Ämtern zu flankieren.“¹⁴¹⁸

¹⁴¹⁵ Protokoll der nichtöffentlichen Ratssitzung vom 19.7.1938, S. 150f.

¹⁴¹⁶ Ebenda, S. 151f.

¹⁴¹⁷ DVORAK, HELGE: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft. Band 1: Politiker. Teilband 5: R-S. Heidelberg, 2002, S. 429f.

¹⁴¹⁸ WEIDISCH: Würzburg im „Dritten Reich“, S. 232.

Tatsächlich kamen alleine 1935 die folgenden fünf Ämter hinzu: Personalamt, Kulturamt, Statistisches Amt, Presseamt, Wehramt. Ein Jahr später wurde das Personalamt weiter ausgebaut und mit der neuen Dienststellenbezeichnung Personal- und Organisationsamt versehen.¹⁴¹⁹

¹⁴¹⁹ XXX. Verwaltungsbericht, S. 9.

3. Zwischenfazit

Sowohl in Bezug auf Halle als auch auf Würzburg sind die für das Dritte Reich typischen Differenzen zwischen Gauleiter und Oberbürgermeister der Gauhauptstadt zu beobachten. Diese blieben jedoch den meisten Personen und ganz besonders der Öffentlichkeit verborgen. Allerdings ist auch zu bemerken, dass mangels Amtserfahrung weder Memmel noch Weidemann der kommunale *status quo ante* der Gleichschaltung bekannt war und sie somit keinen Vergleich aus eigenen Erfahrungen schließen konnten. Umso auffälliger ist es daher, dass sie die quasi vorgefundenen Machtverhältnisse, die ja von ihrer Partei geschaffen worden waren, zwar nicht öffentlich kritisierten, sich aber darin bisweilen unwohl fühlten und es zu Reibereien und Lähmungen kam. Da die Parteimitgliedschaft im Dritten Reich üblicherweise wichtiger war als die Qualifikation aus beruflicher und bildungstechnischer Hinsicht kam es vor, dass ein zweifach promovierter Weidemann einem Volksschullehrer Jordan unterstellt wurde. Dies dürfte für zusätzlichen Unmut seitens des Untergebenen geführt haben. In Würzburg war die Situation in dieser speziellen Hinsicht unkomplizierter, da Hellmuth hinsichtlich seines Berufs- und Bildungsweges mit Memmel gleichauf stand, was die Fronten bezüglich des Status in dieser Hinsicht von vorneherein klarer machte.

Weder Memmel noch Weidemann waren völlig unbeschränkte Herrscher über ihre Stadt, sondern abhängig von ihrem Gauleiter. Die Deutsche Gemeindeordnung bildete hierbei mit ihrer Einführung im Jahr 1935 die Zäsur für zwei Phasen während des Dritten Reichs. Der Staat hatte 1933 das Gemeindeparlament entmündigt, sodass alle Macht zunächst beim Oberbürgermeister lag. Mit der DGO war es dem Gauleiter dann aber möglich, direkten Einfluss auf die gesamte Personalbesetzung nehmen, während das Stadtoberhaupt in diesem Prozess zum Zuschauer degradiert wurde. Zwar konnte der Oberbürgermeister auch nach 1935 eigenständig Bauprojekte anordnen und neue Dienststellen einrichten, die Hoheit über seinen Personalstamm war ihm jedoch genommen worden. In Halle hatte das die negative Auswirkung, dass sich die Besetzung der Ratsherrenstellen lange hinzog und nie zum Abschluss kam. Hatten sich die Nationalsozialisten durch die Ersetzung der Demokratie durch das Führerprinzip eine effizientere Verwaltung propagiert, so zeigt sich an diesem Beispiel, dass eher das Gegenteil an der Tagesordnung war. Dies wurde unterstützt vom Kompetenzwirrwarr und der Bevorzugung von Parteimitgliedern trotz mangelnder Qualifikation.

Ins Auge sticht, dass die Stadtverwaltung von Halle 1933/34 deutlich tiefere Einschnitte durch die politisch begründeten Personalumwälzungen durchmachte als die Würzburger Administration. Dies dürfte auf die stärkere linke Präsenz in der Saalestadt zurückzuführen sein. Es bleibt aber ein auffälliger Faktor, da in der Gauhauptstadt am Maindreieck beide

Bürgermeisterstellen neu besetzt wurden, wobei Stadelmayer, der Zahn beziehungsweise Schmitt nachfolgte, auch bereits nach einem Jahr aus dem Amt entfernt wurde. Der Verwaltungskern hatte hingegen keine derart tiefen Einschnitte zu verkraften. Nur wenige Personen wurden durch das Berufsbeamtenengesetz entlassen.

In Halle blieb May zwar ein beständiger Ruhepol der Kompetenz. Um ihn herum wurde dafür umso eifriger ausgetauscht. Mit Oberbürgermeister Weidemann kam eine ortsfremde Persönlichkeit, die zwar im Gegensatz zu Memmel über eine gewisse kommunale Erfahrung und ein juristisches Studium verfügte, dafür aber durch seine vielen aufgabenfremden Ämter und Tätigkeiten die meisten Stadtgeschäfte an seinen Zweiten Bürgermeister delegierte. Auf Grund des Berufsbeamtenengesetzes wurden viele Mitarbeiter entlassen und der Stadtrat – auch wenn er keine dezisive Funktion mehr hatte – war nie vollständig besetzt. Eine umso größere Aufgabenbürde musste damit auf May lasten, der allerdings durch die Personalunion als Zweiter Bürgermeister und Stadtkämmerer auch über weitgehende Entscheidungskompetenzen verfügte. GOTTO bemerkt, dass „die als grau und anpassungsbereit geltende Beamtenschaft [...] die politischen Vorgaben ihrer Vorgesetzten in Parteiuniform in administrativ handhabbare Formen“ gossen, und damit „letztendlich sogar die Effektivität der nationalsozialistischen Herrschaft“ stärkten.¹⁴²⁰ Hier ist auch May einzuordnen.

Memmel gelang es trotz seiner Unerfahrenheit, die Stadt Würzburg hinsichtlich der Verwaltung auf das Niveau einer Großstadt zu heben. Dafür sprechen die beachtliche Neuordnung und Vergrößerung des Verwaltungsapparates. Ein Beispiel ist das von ihm eingerichtete Statistische Amt. Nach dem Zweiten Weltkrieg dauerte es Jahrzehnte, bis man wieder die Notwendigkeit für neue Geschäftsbereiche sah und die Geldmittel bereitstellen konnte und wollte. Hinzu kam, dass Memmel deutliche Visionen für seine Heimatstadt hatte und diese teilweise noch vor Kriegsende umsetzte. Er wollte Würzburg als Studenten- und Fremdenverkehrsstadt prägen und ihr auch in baulicher Hinsicht ein neues Bild geben. Gerade das Ankurbeln des Tourismus bildete einen modernen Ansatz. Auffallend sind außerdem seine Bestrebungen im kulturellen und Bildungsbereich. Weidemann zeigte hingegen nicht derartige große Ambitionen in Halle. Er schien sich mit dem Erhalt der lokalen Universität zu begnügen. Zu bedenken ist allerdings auch, dass er kein gebürtiger Hallenser war und durch seine mannigfaltigen anderen Tätigkeiten, gerade als Jurist, anderweitige Beschäftigungs- und Profilierungsfelder besaß.

¹⁴²⁰ GOTTO: Stabilisierung von unten, S. 25.

X. Kommunale Entwicklungen im Dritten Reich

Die Deutsche Gemeindeordnung gab den Gauleitern die Möglichkeit, in ihrer Gauhauptstadt selbst das Amt des Parteibeauftragten wahrzunehmen. Außerdem gingen von der Gauleitung entsprechende Prestigeansprüche an die Gauhauptstadt aus. Dies lässt die Schlussfolgerung zu, dass die Funktion als Gauhauptstadt für die dortigen Oberbürgermeister und Verwaltungen ein besonderes Unterstellungsverhältnis bedeuteten. Diese standen zwar unter einem größeren Druck, konnten dafür aber dank der Bedeutung ihrer Stadt auf eine größere Förderung hoffen. Unter diesen Bedingungen hingen die Möglichkeiten der Selbstverwaltung von der Durchsetzungsfähigkeit und Stellung des jeweiligen Oberbürgermeisters ab.¹⁴²¹

Würzburg und Halle waren Großstädte; das soll hinsichtlich der Vergleichbarkeit neben dem Merkmal Gauhauptstadt für die nachfolgenden Untersuchungen ein weiteres Auswahlkriterium darstellen.¹⁴²² Als Vergleichsobjekte dienen aufgrund der angeführten Charakteristika und der Voraussetzung von jeweils substantieller Forschung die Städte Augsburg, Bochum, Bremen, Düsseldorf, Dresden, Essen, Frankfurt am Main, Hamburg, München, Nürnberg und Stuttgart.

Die erste Auffälligkeit bei der Wahl der nationalsozialistischen Bürgermeister im Jahr 1933 ist, dass weder Memmel noch Weidemann über die typischen Qualifikationen verfügten. Außerdem waren sie im Vorfeld nicht auf das Amt erpicht. Die alten Hallenser und Würzburger Bürgermeister May, Löffler, Rive und Velthuysen hatten abseits ihres jeweiligen Parteibuchs den üblichen *cursus honorum* durchlaufen, der sie schließlich zu ihrem Amt als Stadtoberhaupt qualifizierte. Mit Personen wie Weidemann und Memmel kam durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten erstmals eine heterogene Vielzahl von Personen an städtische Spitzenpositionen, die oft über wenig bis keine kommunale Erfahrung verfügten und im Fall Memmels noch nicht einmal ein juristisches Studium vorweisen konnten. Die sogenannte Laufbahnbefähigung, also die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst, für Stadtoberhäupter war vor 1932 üblicherweise ein notwendiges Kriterium. MATZERATH gliedert die 1933 gewählten Oberbürgermeister in vier Gruppen:

1. Parteimitglieder vor 1933 mit juristischem Studium: 66 Personen.
2. Parteimitglieder vor 1928 („Alte Garde“) ohne juristisches Studium: 26 Personen.
3. Nichtparteimitglieder: 24 Personen.
4. Parteimitglieder vor 1933 mit nichtjuristischem Studium: 17 Personen.

¹⁴²¹ BRAUN: Die Verwaltung der Stadt Nürnberg im Nationalsozialismus, S. 293.

¹⁴²² Der Nationalsozialismus stand dem Typus der Großstadt ambivalent bis negativ gegenüber. Siehe hierzu: BERGMANN, KLAUS: Agrarromantik und Großstadtfeindschaft. Meisenheim, 1970.

Bei dieser Einordnung gehört Memmel zu der untypischsten, weil kleinsten Gruppe der Oberbürgermeister mit Parteibuch nach 1928, aber ohne Jura-studium, Weidemann hingegen zählt zu der am meisten vertretenen Kategorie.¹⁴²³

Auffallend ist, welche Gewichtung die NSDAP den Stadtoberhäuptern zu-maß, da sie zu den ersten Eliten gehörten, die durch Nationalsozialisten beinahe vollständig ausgetauscht wurden. Von den 53 deutschen Groß-städten besaßen 51 einen Oberbürgermeister, der vor 1933 der NSDAP bei-getreten war. In den Kommunen wollte man also aus politischer Sicht nichts dem Zufall überlassen. Dies ist umso überraschender, da die Natio-nalsozialisten bis 1927 über kein kommunales Programm verfügten und sich hauptsächlich auf nationale Probleme konzentriert hatten. Und selbst danach blieb ihre kommunalpolitische Arbeit lange Jahre ohne einheitliche Struktur. Entsprechend gering waren ihre Erfolge bei Kommunalwahlen.¹⁴²⁴ Dennoch war die Parteiführung 1933 davon überzeugt, dass die Oberbürgermeister eine strategisch wichtige Position bei ihrer Machtüber-nahme darstellten, die es unbedingt so schnell wie möglich durch loyale Personen zu sichern galt. Hierbei ging es weniger darum, die lokalen Reprä-sentanten des „Systems“ der Weimarer Republik auszutauschen, sondern schnell die Kontrolle über die wirtschaftlich wichtigen Großstädte zu gewin-nen.¹⁴²⁵ Für die nationalsozialistische Regierung waren die in ihre Sinne fast reibungslosen Bürgermeisterwahlen von 1933 auch aus anderer Hin-sicht ein Gewinn. Denn schon bald entbrannte ein mehrere Jahre anhal-tender innerparteilicher Kompetenzstreit, wie künftig Gemeindeleiter ohne Wahl einzusetzen seien, und vor allem durch welche Instanz.¹⁴²⁶

Die nun folgenden Abschnitte zeigen auf, wie Oberbürgermeister anderer wissenschaftlich erschlossener Groß- und Gauhauptstädte 1933 zu ihrem Amt kamen, um Parallelen zu erschließen:

In Augsburg kam es nach 1933 zu häufigen Wechsel in der Stadt-spitze. Zunächst blieb der Oberbürgermeister und BVP-Politiker Dr. Otto Bohl im Amt. Der sozialdemokratische Zweite Bürgermeister Friedrich Ackermann musste hingegen am 25. April zurücktreten. Seinen Posten übernahm kommissarisch der Nationalsozialist Josef Mayr. Dieser war nach seiner Zeit als Kriegsfreiwilliger und Freikorpskämpfer bereits 1922 der NSDAP beigetreten und arbeitete als verbeamteter Sekretär in der

¹⁴²³ MATZERATH: Oberbürgermeister im Dritten Reich, S. 237-240.

¹⁴²⁴ MATZERATH: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 33-39, 61 und 251.

¹⁴²⁵ REBENTISCH: Die politische Stellung der Oberbürgermeister, S. 127.

¹⁴²⁶ LÖW, PETER: Kommunalgesetzgebung im NS-Staat am Beispiel der Deutschen Gemein-deordnung 1935 (= Archiv der deutschen Hochschulwissenschaften. Abteilung I, Rechts-wissenschaftliche Schriften. E, Rechtsgeschichte Band 4). Baden-Baden, 1992, S. 172-176.

Augsburger Stadtkämmerei. Seit 1929 hatte er außerdem einen Sitz im dortigen Stadtrat. Interessanterweise erhielt Mayr politische Schützenhilfe von Oberbürgermeister Bohl gegen den radikaleren Alten Kämpfer Dr. *iur.* Adolf Frank, der in der Gunst des Gauleiters von München-Oberbayern, Adolf Wagner, stand. Da Mayr gemäßigter erschien und über Verwaltungserfahrung verfügte, schlug Bohl ihn als kommissarischen Zweiten Bürgermeister vor. Mit diesem Zugeständnis erhoffte sich Bohl, weiterhin die Regierungsgewalt zu behalten, während er gleichzeitig der NSDAP einen Eintritt in die Stadtverwaltungselite verschaffte. Er hoffte darauf, dass mit einem kleinen Verwaltungsbeamten, der nicht ganz so radikale Manieren zeigte, eine gute Koexistenz im neuen Staat machbar sei. Zwischen den beiden kam es zu einem regelrechten Einvernehmen, die Karriere des jeweils anderen zu protegierten. Am 28. April erfolgte schließlich Mayrs Wahl zum Zweiten Bürgermeister von Augsburg, obwohl er nicht die gesamte NSDAP-Stadtratsfraktion hinter sich hatte. Bohls Tage im Amt waren jedoch bereits gezählt. Am 3. August 1933 wurde Dr. *iur.* Edmund Stoeckle neuer Oberbürgermeister. Stoeckle war Kriegsfreiwilliger und Freikorpskämpfer gewesen und besaß Erfahrung in der Kommunalverwaltung. Er war jedoch erst nach der Machtergreifung der NSDAP beigetreten und trug somit den Makel, kein Alter Kämpfer zu sein. Auf Stoeckle einigte man sich als Kompromisskandidat, da Mayr nicht über genügend Rückendeckung innerhalb der Partei verfügte, um im Amt auf Bohl nachzurücken.¹⁴²⁷

In Bochum verlangte der Kreisleiter am 11. März 1933 den Rücktritt des amtierenden parteilosen Oberbürgermeisters Dr. Otto Ruer. Die anschließend über ihn hereinbrechende Diffamierungskampagne der Nationalsozialisten trieb ihn wenige Monate später in den Selbstmord. Die Stelle des Bochumer Stadtoberhaupts blieb zunächst vakant. Dr. Otto Leopold Piclum wurde am 15. März zunächst nur zum Staatskommissar der Stadt ernannt und mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt. Der 1899 geborene gebürtige Bochumer war seit 1931 Chefredakteur der Westfälischen NSDAP-Zeitung. Im Ersten Weltkrieg hatte sich Piclum freiwillig gemeldet und anschließend bis zur juristischen Doktorwürde studiert. Hiernach arbeitete er für die Städtische Sparkasse und zog 1929 als Erster Nationalsozialist im Westen des Reiches in den Stadtrat ein. Durch den preußischen Beamtenerslass verlor er aber seine Stelle bei der Sparkasse. Am 15. Mai 1933 wurde er zum kommissarischen Oberbürgermeister ernannt und im Juli durch die Stadtverordnetenversammlung bestätigt. Abseits seines Vorgehens gegen ihm unterstellte Beamte galt er eher als moderat und setzte keine besonderen kommunalpolitischen Akzente. Er verlor 1943

¹⁴²⁷ OTTO: Nationalsozialistische Kommunalpolitik, S. 22, 39 und 47-52.

seinen Posten an den radikaleren Friedrich Hesseldieck und ging mit nur 44 Jahren in Pension.¹⁴²⁸

Am 14. März 1933 wurde der Dresdner Oberbürgermeister Wilhelm Külz (DDP) durch Reichskommissar Manfred von Killinger beurlaubt, nachdem er bereits kommunistischen und sozialdemokratischen Stadträten ihre Amtsausübung untersagt hatte. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Stadtoberhaupts wurde zunächst der Zweite Bürgermeister Eduard Bühler betraut, der als einer der wenigen Nationalsozialisten entsprechend qualifiziert war. 1882 geboren hatte er als Dritter beziehungsweise Zweiter Bürgermeister von Offenburg, Pforzheim und Dresden Erfahrung sammeln können. Zudem war Bühler Jurist und eine Zeit lang Richter. 1932 verlor er wegen Unregelmäßigkeiten in seinem Arbeitsbereich seinen Posten als Leiter des Dresdner Finanzamtes. Seit 1919 hatte er der SPD angehört, wechselte daraufhin aber zur NSDAP. Doch Bühler erhielt schließlich am 3. Juli 1933 trotz seiner Qualifikation nicht das Amt des Oberbürgermeisters von Dresden. Stattdessen wählte man den Braunschweiger Ernst Zörner auf diesen Posten. Dieser war der 3. Vizepräsident des Reichstags und seit 1928 der einzige Nationalsozialist im Braunschweiger Stadtrat.¹⁴²⁹

Düsseldorf wurde bis 1933 vom DNVP-Politiker Robert Lehr geleitet und litt unter Haushaltsschwierigkeiten. Da er der Reichstagskoalition angehörte, taten sich die Nationalsozialisten anfangs schwer, ihn durch einen Parteigenossen zu ersetzen. Stattdessen erhöhten sie zuerst den Druck auf ihn und stellten ihm im März den Gauleiter Karl Florian als Staatskommissar zur Seite. Möglicherweise fühlte sich dieser jedoch einem direkten Machtkampf mit dem erfahrenen Kommunalpolitiker nicht gewachsen und delegierte seine Aufgaben daher an einen unerfahrenen Gerichtsreferendar namens Hans Windgassen. Dieser ließ sich nicht von seinem mangelnden kommunalen Erfahrungsschatz daran hindern, mit Übereifer an seine Aufgabe zu gehen, Oberbürgermeister Lehr aus dem Amt zu drängen. Da er in dessen Arbeitsbereich keine Mängel finden konnte, versuchte er es über die persönliche Schiene. Bald schon erhob Windgassen die Vorwürfe der Untreue, Bestechung und des Betrugs, sodass Lehr mitten aus einer Sitzung am 12. April in Schutzhaft genommen wurde. Dies geschah auf Geheiß von Gauleiter Florian und Regierungspräsidenten Karl Bergmann, die auch schon mit dem Finanzbeamten Dr. *iur.* Hans Wagenführ einen Nachfolger für Lehr auserkoren hatten. Der war Weltkriegsveteran, Corpsstudent, Parteigenosse seit 1931 und stellvertretenden Fraktionsführer der NSDAP in

¹⁴²⁸ WAGNER, JOHANNES VOLKER: Hakenkreuz über Bochum. Machtergreifung und nationalsozialistischer Alltag in einer Revierstadt. Bochum, 1983, S. 201-204.

¹⁴²⁹ ULBRICHT, GUNDA: Errichtung der NS-Herrschaft. In: STARKE, HOLGER (Hrsg.): Geschichte der Stadt Dresden. Band 3. Von der Reichsgründung bis zur Gegenwart. Stuttgart, 2006, S. 413-424. BECHT, HANS-PETER/KREMER, HANS-JÜRGEN (Hrsg.): Die „Chronik der Stadt Pforzheim“ 1891-1939 (= Materialien zur Stadtgeschichte. Band 10). Ubstadt-Weiher, 1996, S. 84.

der Düsseldorfer Stadtverordnetenversammlung. Damit besaß Wagenführ zwar die juristische Befähigung und verfügte über Einblicke in den Magistrat, im Rathaus war er aber unbekannt. Praktische Erfahrungen in der Kommunalverwaltung konnte er nicht vorweisen und einige für ihn potentiell nützliche und kompetente städtische Beamte waren zu diesem Zeitpunkt bereits entlassen. Zudem wusste er im Voraus nichts von seiner Nominierung zum neuen kommissarischen Bürgermeister. Nichtsdestotrotz war die Erwartungshaltung ihm gegenüber groß. Seine eigentliche Wahl zum Oberbürgermeister fand erst am 14. August 1933 statt.¹⁴³⁰

Essen war Hauptstadt des nach ihr benannten Gaus. Hier sollte ab 1933 der Millionär Theodor Reismann-Grone das Amt des Oberbürgermeisters übernehmen. Er war 1863 geboren worden und hatte sich während seines Geschichts- und Staatswissenschaftenstudiums der Fachverbindung „Historisch Akademischer Verein Berlin“ angeschlossen. Reismann-Grone sah sich nicht als „Frontmann“, sondern arbeitete umso aktiver im Hintergrund. 1891 gründete er den später als „Aldeutschen Verband“ bekannten völkischen Verein, in dem er jahrelang auf Reichsebene den Vorsitz hatte. Er war Journalist und Chefredakteur der umsatzstarken nationalistischen Rheinisch-Westfälischen Zeitung. Nach dem Ersten Weltkrieg wandte er sich Hitler und der NSDAP zu, scheiterte aber zunächst daran, in Essen eine Ortsgruppe zu gründen. Der Partei trat er aber vermutlich aber erst 1932 bei, um verdeckt besser für sie werben zu können. Mit Hitler unterhielt er schon seit Anfang der 1920er Jahre eine persönliche Beziehung. Durch sein arrogantes Auftreten als „Vorkämpfer der völkischen Bewegung“ hatte er es jedoch schwer, in der NSDAP Geltung zu erlangen. Der Essener Gauleiter Josef Terboven hatte 1933 weder ein Interesse an den Kandidaturbestrebungen Reismann-Grones für den Provinziallandtag, noch seiner angebotenen Wahlkampfunterstützung. Diese bittere Enttäuschung hinderte ihn nicht daran, seine antisemitische Propaganda auf die Bereiche Kultur und Wissenschaft auszuweiten und zu verschärfen. Zu dieser Zeit stellte noch die in Essen sehr starke Zentrumspartei den Oberbürgermeister. Am 3. April 1933 wurde Reismann-Grone vom Gauleiter in einer vertrauten Runde gefragt, ob er ihn zum kommissarischen Oberbürgermeister ernennen könnte. Auch in diesem Falle ging also keinerlei Bestrebung seitens des künftigen nationalsozialistischen Stadtoberhaupts aus, Reismann-Grone eröffnete sogar noch in diesem Gespräch, dass er lediglich vier bis fünf Jahre dieses Amt übernehmen würde. Von diesen Planungen wussten nach aktuellen Erkenntnissen nur Terboven und Göring. Dieser Vorgang wirft umso mehr Fragen auf, wenn man bedenkt, dass das Verhältnis zwischen Gauleiter und Reismann-Grone nicht gut war, dieser über keinerlei Kommunalerfahrung verfügte und in diesem Jahr 70 Jahre alt werden sollte. Möglicherweise waren seine Verdienste um die völkische

¹⁴³⁰ HÜTTENBERGER: Die Industrie- und Verwaltungsstadt, S. 463-470.

Bewegung, seine guten Kontakte zum Essener Bürgertum sowie der Industrie von ausschlaggebender Bedeutung. Durch sein neues Amt geriet er zwischen die Fronten im Kompetenzgerangel von Staat und Partei, wobei sich sein später Parteibeitritt, seine bürgerliche Herkunft und sein allgemeines Auftreten als hinderlich erwiesen. Gauleiter Terboven hielt jedoch bis 1935 zu ihm. Dann wurde ihm Reismann-Grone etwas zu mächtig und das Verhältnis verschlechterte sich zunehmend.¹⁴³¹

Friedrich Karl Krebs, späterer Oberbürgermeister von Frankfurt, war Burschenschafter und hatte nach der Teilnahme am Ersten Weltkrieg das juristische Staatsexamen abgelegt und war promoviert worden. Danach trat er 1922 der NSDAP und einigen völkischen Gruppierungen bei. Im Anschluss an den Hitler-Ludendorff-Putsch blieb er der NSDAP aus Furcht vor dem Verlust seiner Landgerichtsratsstelle fünf Jahre lang fern. Nach seinem neuerlichen Parteibeitritt übernahm er mehrere Parteiämter und wurde 1932 in den Preußischen Landtag gewählt. Gauleiter Jakob Sprenger hegte starke Ressentiments gegen Akademiker und hatte während der Machtergreifung ursprünglich einen anderen Parteigenossen für den Posten des Oberbürgermeisters im Sinn. Da Krebs aber die formale Bedingung der Befähigung zum Richteramt vorweisen konnte, kam er doch eher in Betracht, die Geschicke einer Großstadt zu leiten. Er wurde am 13. März 1933 – auch hier ohne sein aktives Zutun – als kommissarischer Oberbürgermeister eingesetzt. Als kommissarischer Bürgermeister stand ihm sein Parteigenosse Karl Linder zur Seite. Die offizielle Wahl erfolgte dann am 31. März. Auch Krebs war als gemäßigter Nationalsozialist bekannt. Ihm gelang es trotz vieler Bemühungen um die ihm unterstellte Stadt während seiner Amtszeit weder in der Parteihierarchie aufzusteigen (von einem SA-Ehrenrang während des Krieges einmal abgesehen) noch einen Förderer für seine Stadt zu finden.¹⁴³² Seit seinem Amtsantritt gab es zudem zwischen ihm und Gauleiter Sprenger erhebliche Reibungen.¹⁴³³

Hannover war eine der wenigen deutschen Städte, die ihren alten Oberbürgermeister 1933 behalten hatte. Dies ist besonders auffallend, da die Provinzialhauptstadt die einzige Großstadt war, in der die Sozialdemokraten seit 1929 über die absolute Mehrheit in der Bürgerversammlung verfügten. Dem Magistrat stand seit 1925 Dr. Arthur Menge vor. Er war nicht nur studierter Jurist, sondern hatte auch Kommunalerfahrung seit 1914. Dem Stadtparlament stand er negativ gegenüber, die Bürgerschaft unterstützte ihn jedoch. Der NSDAP gegenüber zeigte er sich aufgeschlossen und unterhielt schon vor 1933 sehr gute Beziehungen zum Gauleiter von Hannover sowie dem Reichspräsidenten von Hindenburg. Dies alles sorgte

¹⁴³¹ FRECH: Wegbereiter Hitlers.

¹⁴³² DRUMMER: Friedrich Krebs, S. 220-234. REBENTISCH, DIETER: Frankfurt am Main und das Reich in der NS-Zeit. In: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst. Frankfurt am Main, 1980, S. 243-267.

¹⁴³³ GOTTO: Stabilisierung von unten, S. 29.

dafür, dass er nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten nicht ausgetauscht wurde. Ihm wurde mit Heinrich Müller lediglich ein Alter Kämpfer als Zweiter Bürgermeister zur Seite gestellt. Allgemein blieb es im Hannoveraner Magistrat ungewöhnlich ruhig. Nur ein sozialdemokratischer Senator wurde entlassen, die übrigen traten noch nicht einmal in die NSDAP ein. Selbst Menge stellte keinen Aufnahmeantrag. Ausschlaggebend dafür war offenbar die allgemeine konservative Stimmung, die sich gegen die Weimarer Republik und linke Politik wandte. Menge konnte sich somit zusammen mit seinem Magistrat als Vorkämpfer in Szene setzen, unterstützt durch die geballte Masse an Fachkompetenz.¹⁴³⁴

Am 20. März erklärte der Münchner Oberbürgermeister und BVP-Angehörige Karl Scharnagl nach entsprechendem Druck, er werde der Gewalt weichen und trat zurück. Noch am selben Tag wurde der Nationalsozialist Karl Fiehler vom Gauleiter und zeitgleichen bayerischen Innenminister Adolf Wagner zum kommissarischen Bürgermeister von München ernannt; die Wahl am 26. April bestätigte ihn ohne Gegenstimme im Amt. Der 1895 geborene Fiehler arbeitete nach seinem Kriegsdienst bereits seit 1919 im Verwaltungsdienst der bayerischen Hauptstadt. Er hatte zwar nur eine Anstellung in einer niederen Position, und seine Verbeamtung ließ auf sich warten. Dafür gehörte er ab 1924 der NSDAP-Stadtratsfraktion an, wurde später sogar deren Vorsitzender und war Mitglied im Werkausschuss. Im Stadtrat war er allerdings relativ unauffällig und zeigte sich gemäßigter als andere dortige Parteigenossen. Da er bereits 1923 am Hitler-Putsch teilgenommen hatte, gehörte er zu den Alten Kämpfern der NSDAP.¹⁴³⁵

In Münster trieben die Nationalsozialisten ihre typischen Korruptionsvorwürfe so weit, dass der preußische Innenminister Hermann Göring nach einer entsprechenden Kampagne am 19. Mai sowohl den Oberbürgermeister Karl Zuhorn als auch den Zweiten Bürgermeister in Zwangsurlaub schickte. Einen Tag später berief der Regierungspräsident im Auftrag des Innenministers Pg. Albert Hillebrand zum kommissarischen Stadtoberhaupt. Der 1890 geborene Obersteuerinspektor gehörte erst seit dem 1. August 1932 der NSDAP an. Am 3. April 1933 hatte ihn die Stadtverordnetenversammlung zu ihrem Vorsteher gewählt. Erst am 27. September fand seine offizielle Amtseinführung statt. An diesem Tag erhielt außerdem der parteilose ehemalige Landrat Günther van Endert den Posten als Zweiten Bürgermeister. Hierzu kam es, da van Endert sich mit den neuen Machthabern arrangierte und als juristischer Verwaltungsexperte geschätzt

¹⁴³⁴ MLYNEK, KLAUS: Machtübernahme und Kommunalpolitik. In: O.A.: Hannover 1933. Eine Großstadt wird nationalsozialistisch. Hannover, 1981, S. 100-133, hier S. 100-109.

¹⁴³⁵ HAERENDEL: Kommunale Wohnungspolitik, S. 34f. und 45-50. HEUSLER, ANDREAS: Karl Fiehler. Oberbürgermeister der „Hauptstadt der Bewegung“ 1933-1945. In: HETTLER, FRIEDRICH H./SING, ACHIM (Hrsg.): Die Münchner Oberbürgermeister. 200 Jahre gelebte Stadtgeschichte. München, 2008, S. 117-134. NEUBAUER, JAN: Nationalsozialistische Herrschaft vor Ort. Die Rolle der Münchner Stadtverwaltung im „Dritten Reich“. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht. Nr. 11/12 2023, S. 597-614, hier S. 600.

wurde.¹⁴³⁶ Als von Moers im Juni 1934 in den Staatsdienst wechselte, folgte ihm Dr. *jur.* Constantin Terhardt nach. Dieser besaß zwar ebenfalls kein NSDAP-Parteibuch, war aber immerhin seit drei Monaten Mitglied der SA.¹⁴³⁷ So groß konnte also Hillebrands kommunale Erfahrung trotz seiner Tätigkeit als Beamter des gehobenen Dienstes beim Münsteraner Finanzamt nicht gewesen sein, da man ihm Monate nach der Machtübernahme noch einen Nichtnationalsozialisten zur Seite stellte. Nicht einmal dessen Weggang ein Jahr später wurde genutzt, um einen Parteigenossen auf den Posten des Zweiten Bürgermeisters zu hieven. Erneut musste ein Fachmann ohne Parteibuch dem Oberbürgermeister assistieren.

Der DDP-Angehörige Dr. Hermann Luppe und Oberbürgermeister von Nürnberg reichte unter den politischen Umständen am 12. März 1933 ein Urlaubsgesuch ein. Bereits wenige Tage später kam er in Schutzhaft. Kommissarisch übernahm dessen Amtsgeschäfte der dienstälteste Referent Dr. Johannes Merkel. Doch er erhielt denselben Druck wie sein Vorgänger, sodass er am 15. März um eine Entbindung von seinen Aufgaben bat. Am Abend desselben Tages übergab die Regierung von Ober- und Mittelfranken das Amt an den Vorsitzenden der lokalen NSDAP-Stadtratsfraktion Willy Liebel. Der Weltkriegsteilnehmer war Parteigenosse seit 1925, leitete die Druckerei seiner Familie und besaß keinerlei übliche Qualifikation für das Amt. Dafür verstand er sich aber gut mit seinem Gauleiter Julius Streicher¹⁴³⁸. Am 18. März stellte man ihm den Stadtkämmerer Dr. Walter Eickemeyer als kommissarischen Zweiten Bürgermeister zur Seite. Wie in Halle und Würzburg kam damit ein Verwaltungsexperte aus dem bürgerlichen Lager auf den zweitwichtigsten Posten der Stadt. Da die Augen der Parteigrößen durch die Reichsparteitage besonders auf Nürnberg ruhten, war Liebel darum bemüht, den Verwaltungsapparat möglichst reibungslos weiterlaufen zu lassen. So kam es in seinem Rathaus nur zu sehr wenigen politischen Entlassungen. Unter ihm konnten sogar ehemalige SPD-Angehörige befördert werden, wenn sie der NSDAP beitraten. Liebel war der einzige Oberbürgermeister einer Groß- und Gauhauptstadt, der aus seiner Dienststelle heraus einen höheren Posten erhielt. 1942 setzte der mit ihm befreundete Albert Speer ihn als Amtschef im Rüstungsministerium ein.

¹⁴³⁶ MECKING, SABINE: „Immer treu“. Kommunalbeamte zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Essen, 2003, S. 121 und 124-128.

¹⁴³⁷ HARTMANN: Verwaltung vor Ort, S. 96f.

¹⁴³⁸ Streicher (1885-1946) war von Beruf Lehrer und kam über den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund über die Deutschsozialistische Partei 1922 zur NSDAP, wo er sich frühzeitig engagierte. Er nahm am Hitler-Ludendorff-Putsch teil, weshalb er aus dem Schuldienst entlassen wurde. Ab 1924 saß er im Nürnberger Stadtrat, bis er 1932 einen Sitz im Reichstag bekam. 1925 bis 1940 war er Gauleiter von Mittelfranken bzw. Franken. Besondere Bekanntheit erlangte er durch die antisemitische Hetzzeitung „Der Stürmer“. Nach dem Krieg wurde er als Hauptkriegsverbrecher hingerichtet. PÖGgeler, Franz: Der Lehrer Julius Streicher. Zur Personalgeschichte des Nationalsozialismus. Frankfurt am Main, 1991. Roos, Daniel: Julius Streicher und „Der Stürmer“ 1923-1945. Paderborn, 2006.

Dieser Aufgabe ging er gerne nach, da ihm seine kommunalen Gestaltungsmöglichkeiten kriegsbedingt zu stark eingeengt erschienen. Seinen Oberbürgermeisterposten behielt er bis zum nicht mehr fernen Ende des Dritten Reichs, wenn auch seine Amtsgeschäfte Eickemeyer übernahm.¹⁴³⁹

Eine Abweichung von den bisher vorgestellten Abläufen bildete Stuttgart. Schon bei der Oberbürgermeisterwahl im April 1931 suchte die durch lokale innerparteiliche Streitigkeiten geschwächte NSDAP hier händeringend nach einem passenden Kandidaten. Erst kurz vor dem Urnengang stellte sie ihrem Parteigenossen Dr. *iur.* Karl Strölin auf. Dieser hatte bereits vor dem Ersten Weltkrieg die Offizierslaufbahn eingeschlagen, verlor aber durch die Bestimmungen des Versailler Vertrags seine Stelle bei der stark verkleinerten Reichwehr. 1923 trat er der NSDAP bei und nach deren Verbot erneut im Januar 1931. Denn bis dahin hatte die Stuttgarter Stadtverwaltung ihren Beamten die Zugehörigkeit zu Hitlers Partei untersagt, und Strölin fiel als Amtmann beim Gaswerk unter diese Regelung. Gegen den amtierenden Oberbürgermeister Karl Lautenschlager musste er 1931 jedoch eine Wahlschlappe hinnehmen. Dies hing nicht nur mit Strölin's kurzfristiger Nominierung zusammen, sondern auch damit, dass er mit einem zu allgemein gehaltenen Programm in die Wahl ging. Zudem war die Stuttgarter NSDAP sehr schwach aufgestellt und zerstritten. Immerhin wurde Strölin Vorsitzender seiner Fraktion im Gemeinderat, die dort jedoch nicht gerade souverän auftrat. Der parteilose Oberbürgermeister von Stuttgart, wurde im März 1933 zunächst nicht abgesetzt. Stattdessen ernannte der Innenminister den Nationalsozialisten Strölin zum Staatskommissar und gab ihm die Aufgabe der kommissarischen Verwaltung der Landeshauptstadt. Strölin hatte mittlerweile Erfahrungen in der Kommunalpolitik gemacht. Seine Bekanntschaften im Rathaus erleichterten ihm die Amtsübernahme. Die Befugnisse des Gemeinderats gingen am 18. März auf seine Person über. So entstand in Stuttgart eine bizarre Situation: Ein Staatskommissar hatte nun die uneingeschränkte Macht inne, während der eigentliche Oberbürgermeister keinerlei Amtsgewalt mehr besaß und auch der Gemeinderat bei alledem quasi ohnmächtig zusehen musste. Diese groteske Konstellation währte jedoch nicht lange, da Strölin das Gemeindeparlament samt seiner Ausschüsse am 1. April auflöste. Am 9. Mai tagte daraufhin erstmals der neue gleichgeschaltete Gemeinderat. In dieser Sitzung verkündete Oberbürgermeister Lautenschlager – nach vorheriger Absprache mit dem Staatskommissar – seine Pensionierung und gab damit seinen Posten frei. Per Akklamation übernahm hierauf wenig überraschend Karl Strölin das Amt als Stadtoberhaupt. Seine damit *de facto* überflüssige Personalunion als Stadtoberhaupt und Staatskommissar endete erst am 1. Juli, als er zum Oberbürgermeister auf Lebenszeit ernannt wurde.¹⁴⁴⁰

¹⁴³⁹ BRAUN: Hitlers liebster Bürgermeister, S. 367- und 810-814.

¹⁴⁴⁰ MÜLLER: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 27-33, 43ff. und 49-53.

Aus der Art und Weise, wie die nationalsozialistischen Oberbürgermeister 1933 in diesen vorgestellten Groß- und Gauhauptstädten zu ihrem Amt kamen, lässt sich Folgendes schließen, wenn nicht wie in Stuttgart bereits ein NSDAP-Kandidat aus einer vergangenen Wahl zum Stadtoberhaupt parat stand: Die formelle Qualifikation (Befähigung zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst sowie Erfahrung in der Kommunalverwaltung) und das Praxiswissen der nationalsozialistischen Oberbürgermeisterkandidaten waren nebensächlich. Die schnelle Ausbreitung der Macht stand an oberster Stelle, die Eignung der Kandidaten beschränkte sich hauptsächlich auf die Loyalität. Ausschlaggebend war vor allem die jeweilige Machttektonik vor Ort (Parteienlandschaft, Gauleitung, lokale NSDAP-Fraktion und SA), woraus meistens weniger radikal auftretende Kompromisskandidaten entstanden. Ferner erhielten die 1933 gewählten Oberbürgermeister unter der anfangs genannten Voraussetzung zwar ihr Amt ausschließlich, weil sie ein NSDAP-Parteibuch besaßen, jedoch nicht auf ihr eigenes Bestreben. Außerdem wurden sie als Stadtoberhäupter kurzfristig ausgewählt und waren nicht als solche von längerer Hand geplant. Darüber hinaus profitierten alle hier aufgeführten zum Oberbürgermeister gewählten bzw. ernannten Nationalsozialisten persönlich durch die eingeleiteten Schritte, da dieses Amt für sie eine ungewöhnlich hohe Beförderung bedeutete, mit der ein enormer Gehaltszuwachs einherging.

Als weiteren Vergleichspunkt zwischen den deutschen Groß- und Gauhauptstädten bieten sich die durch das Berufsbeamtengesetz bedingten Entlassungszahlen von 1933/34 an. In der nachfolgenden Tabelle sind alle Personen inkludiert, die mindestens zeitweilig ihren Arbeitsplatz bei der jeweiligen Stadt verloren, inklusive erzwungener Ruhestandsversetzungen. Wiedereinstellungen der betroffenen Personen wurden hierbei nicht berücksichtigt. Beachtung fanden nur die Beamten und Angestellten, da deren Wegfall für die Stadtverwaltung schwerer zu kompensieren war im Gegensatz zu Arbeitern. Als Ausgangspunkt für die prozentuale Berechnung diente die Belegschaft von 1933, deren Stand üblicherweise am 1. April erhoben wurde.

Tabelle 5 Politische Säuberungen 1933/34

Stadt	Beamte		Angestellte		Beide Gruppen	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Augsburg ¹⁴⁴¹						>1
Bochum ¹⁴⁴²	9		3		12	
Bremen ¹⁴⁴³	319	5,3				
Düsseldorf ¹⁴⁴⁴	127	8,5				
Essen ¹⁴⁴⁵					44	1,4
Frankfurt ¹⁴⁴⁶		>3				
Halle	14	3	2	0,4	16	1,6
Hamburg ¹⁴⁴⁷	1.642	9,6				
Hannover ¹⁴⁴⁸	31		72		103	
München ¹⁴⁴⁹	83	1				
Münster ¹⁴⁵⁰	8	1,5	9	0,4	17	0,6
Nürnberg ¹⁴⁵¹	131	ca. 3,5	3	2	134	ca. 3,5
Stuttgart ¹⁴⁵²	33	1,5	6	0,9	39	1,3
Würzburg	3	0,6	3	2,2	6	1

¹⁴⁴¹ OTTO: Nationalsozialistische Kommunalpolitik, S. 112f.

¹⁴⁴² Die Zahlen beziehen sich nur auf das Jahr 1933. WAGNER: Hakenkreuz über Bochum, S. 228.

¹⁴⁴³ Die Freie Hansestadt Bremen beschäftigte 1933 6.000 Beamte und 1.400 Staatsangestellte. Wie viele von den Angestellten auf Grund des Berufsbeamtengesetzes entlassen wurden, bleibt unerwähnt. SCHWARZWÄLDER: Bremen in der NS-Zeit, S. 79ff. MARSOLEK, INGE/OTT, RENÉ: Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung. Bremen, 1986, S. 120.

¹⁴⁴⁴ Düsseldorf verfügte 1933 über 1.500 Beamte und 2.400 Angestellte. HÜTTENBERGER: Die Industrie- und Verwaltungsstadt, S. 462 und 472.

¹⁴⁴⁵ Essen zählte 1933 über 3.200 Beamte und Angestellte. Im Folgejahr kamen noch weitere Entlassungen hinzu, die aber nicht mehr genau nachvollziehbar sind. OB Reismann-Grone widersetzte sich oft gegen den Druck von Gau- und Kreisleitung, wenn ihm der Mitarbeiter zu unentbehrlich schien. Ihm unsympathische Personen hingegen entließ er eigenmächtig. FRECH: Wegbereiter Hitlers, S. 331ff.

¹⁴⁴⁶ REBENTISCH, DIETER: Nationalsozialismus und öffentliche Verwaltung. In: Institut für Stadtgeschichte (Hrsg.): Frankfurt am Main, Lindenstraße. Gestapozentrale und Widerstand. Frankfurt a.M., 1996, S. 53-85, hier S. 58.

¹⁴⁴⁷ Für Hamburg waren zu diesem Zeitpunkt 17.114 Beamte tätig. LOHALM, UWE: „...anständig und aufopferungsbereit“. Öffentlicher Dienst und Nationalsozialismus in Hamburg 1933 bis 1945, S. 10.

¹⁴⁴⁸ MECKING: „Immer treu“, S. 158.

¹⁴⁴⁹ 1933 verfügte München über rund 8.000 Beamte und 7.000 Arbeiter. HANKO, HELMUT: Die nationalsozialistische Machtübernahme im Münchner Rathaus. In: BAUER, RICHARD/SCHÜTZ, BRIGITTE/TILL, WOLFGANG (Hrsg.): München – „Hauptstadt der Bewegung. Bayerns Metropole und der Nationalsozialismus.“ München, 2002, S. 196-211, hier S. 199ff.

¹⁴⁵⁰ Münster besaß 519 Beamte und 2.132 Verwaltungsangestellte. Für die Überprüfung waren drei junge Juristen zuständig, die erst kurz der NSDAP angehörten und nicht aus Münster kamen. MECKING: „Immer treu“, S. 146 und 157.

¹⁴⁵¹ 1933 arbeiteten für die Stadt Nürnberg 147 Angestellte. Für die Beamtenzahlen gibt es leider nur eine Angabe für das Jahr 1935, dort waren es 3671. RÜHM, JULIUS: Die Personalpolitik der Stadtverwaltung. In: Nürnberg. Rechenschaftsbericht 1934/35. Nürnberg, 1935, S. 60-65.

Die vielen Fehlstellen zeigen, dass in Bezug auf die Zahlen der politischen Säuberungen durch die Nationalsozialisten in vielen Städten noch weiterer Forschungsbedarf besteht. Aus dieser Vergleichstabelle lässt sich für Würzburg schlussfolgern, dass unter Memmel 1933/34 vergleichsweise ganz besonders wenige Personen in der Stadtverwaltung ihre Arbeit verloren. Würzburg war hinsichtlich der Beamten sogar die Stadt mit den geringsten Entlassungen.

Abseits der reinen Zahlenvergleiche sind Erklärungs- oder Interpretationsversuche jedoch schwierig. Die politischen Säuberungen der Kommunalverwaltungen waren nicht nur willkürliche Akte, sondern im Großteil durch eine „falsche“ Parteimitgliedschaft und die „rassische“ Abstammung des Personals quantifizierbar. Diese wiederum variierten stark von Stadt zu Stadt. Wie rigoros tatsächlich gegen den Personalbestand von Seiten der entscheidenden Stellen vorgegangen wurde, ist aufgrund der derzeitigen Quellenlage schwierig zu beurteilen. Es kann daher beispielsweise nicht eindeutig beantwortet werden, ob in Halle die Zahl der vom Gesetz betroffenen Personen so hoch war, weil die Bearbeitung der Fälle vor allem von Czarnowski durchgeführt wurde. Die geringe Summe der vom Berufsbeamten-gesetz Betroffenen in der Würzburger Stadtverwaltung lässt somit auch keinen direkten Rückschluss auf Memmel als Oberbürgermeister zu. Demzufolge wäre auch eine Gegenüberstellung der Anzahl an Alten Kämpfern in den Stadtverwaltungen wenig zielführend. Ihre Anzahl wäre ebenfalls zu sehr von den jeweiligen Basisverhältnissen im Gau abhängig, in diesem Fall von der lokalen Stärke der NSDAP.¹⁴⁵³

Auffällig ist hingegen, dass die deutschen Großstädte offenbar die Einsetzung von nationalsozialistischen Oberbürgermeistern mit wenig oder gar keiner Kommunalenerfahrung gut verkraftet hatten. Der Wechsel an der Spitze des Magistrats bildete weder in Würzburg noch in Halle einen sicht- oder messbaren Einschnitt. Es sind auch keine umfassenden Formen von organisierten Lehrgängen für die frisch ins Amt gehobenen Stadtoberhäupter bekannt.¹⁴⁵⁴ Erst 1935 erhielt das Reichsschulungsamt eine Hauptstelle „kommunalpolitische Schulung“.¹⁴⁵⁵ Die nationalsozialistischen Oberbürgermeister wurden also ohne veranlasste Unterstützung seitens ihrer Partei in aller Eile vor die neuen Aufgaben gestellt. Dementsprechend dürften sie auch mindestens in der Anfangszeit auf eine große Mithilfe ihrer Untergebenen angewiesen gewesen sein. Hieraus lässt sich schließen, dass die

¹⁴⁵² Am 1. April 1933 arbeiteten für die Stuttgarter Verwaltung 2.260 Beamte und 647 Angestellte. MÜLLER: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 53f.

¹⁴⁵³ Vgl. GOTTO: Stabilisierung von unten, S. 27 und 46

¹⁴⁵⁴ Lediglich in Thüringen mussten die Bürgermeister und Beigeordneten einen Kurs an der nationalsozialistischen Staatsschule für Führertum und Politik in Egendorf absolvieren, um in ihrem Amt bestätigt zu werden. DIEHL-THIELE: Partei und Staat im Dritten Reich, S. 135.

¹⁴⁵⁵ MATZERATH: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 258.

Nationalsozialisten 1933 bei den deutschen Großstädten eine so gut geölte Kommunalmaschinerie vorfanden, dass diese selbst die Einsetzung von unerfahrenen Oberbürgermeistern problemlos verkraften konnte. Ob die Parteiführung sich dessen bewusst war, kann jedoch eher bezweifelt werden. Der Drang zu schneller und umfassender Kontrolle dürfte hierbei vorrangig gewesen sein.

Sowohl in Würzburg als auch in Halle existierten Differenzen zwischen dem Gauleiter und dem Oberbürgermeister. Dieser Umstand ist zwar bei sehr vielen Großstädten zu beobachten, dennoch gibt es einige Ausnahmen. Beispielsweise in München pflegte der Oberbürgermeister samt seines Magistrats gute Kontakte zu seinem Gauleiter Adolf Wagner. Dieser wird in der Forschung des Öfteren als das eigentliche Stadtoberhaupt von München gesehen. Tatsächlich hatte der radikal auftretende Wagner einen weitgehenden Einfluss auf den dortigen Magistrat und der Münchner Oberbürgermeister Fiehler mag gegenüber dem starken Gauleiter schwach gewirkt haben. Das Stadtoberhaupt nahm jedoch eine geschickte Vermittlerrolle zwischen den beiden Institutionen Kommune und Gauleitung ein. Aus seiner Kompromissbereitschaft erblühte eine gute Zusammenarbeit, gerade wenn es gegen dritte Stellen und um Finanzen ging.¹⁴⁵⁶ In Düsseldorf stützte der Gauleiter den Oberbürgermeister Wagenführ ebenfalls. Dessen Nachfolger hingegen hatte es hingegen umso schwerer.¹⁴⁵⁷

Zuletzt wird noch abgeglichen, ob das 1933/34 erlangte Oberbürgermeisteramt in einer Groß- und Gauhauptstadt gleichzeitig den höchsten Punkt und gleichzeitig das Ende der Karriereleiter im Dritten Reich und der Nachkriegszeit für die betreffenden Nationalsozialisten bedeutete. Weidemann hatte zwar eine Vielzahl an Ämtern und Ehrenrängen inne, erreichte jedoch abseits davon weder in der Partei noch in kommunaler oder staatlicher Hinsicht höhere Positionen; Memmel ebenso wenig. An ihre einstige Gehaltsstufe konnten beide in der Bundesrepublik nicht mehr anknüpfen. Gleiches ist bei den Oberbürgermeistern von Frankfurt am Main,¹⁴⁵⁸ Düsseldorf¹⁴⁵⁹ und Augsburg¹⁴⁶⁰ zu beobachten. Selbst das besonders bemühte und eifrige Stuttgarter Stadtoberhaupt Karl Strölin schaffte es trotz intensiver

¹⁴⁵⁶ RABE, PAUL-MORITZ: Die Stadt und das Geld. Haushalt und Herrschaft im nationalsozialistischen München (= München im Nationalsozialismus. Band 3). Göttingen, 2017, S. 146f., 164ff. und 184.

¹⁴⁵⁷ GOTTO: Stabilisierung von unten, S. 29.

¹⁴⁵⁸ DRUMMER: Friedrich Krebs, S. 233-252.

¹⁴⁵⁹ OB Hans Wagenführ hatte sich 1937 beim sogenannten „Esch-Skandal“, in dem es um jahrelange Korruption in der Stadtverwaltung ging, unverschuldet verdächtig gemacht. Hierdurch geriet er in den Strudel des Machtkonflikts zwischen seinem Gauleiter Florian und dem Oberpräsidenten sowie Gauleiter Josef Terboven. Wagenführ verlor schließlich seinen Posten und wurde in den Ruhestand versetzt. Er fiel 1944 an der Westfront. HÜTTENBERGER: Die Industrie- und Verwaltungsstadt, S. 517-522.

¹⁴⁶⁰ OTTO: Nationalsozialistische Kommunalpolitik, S. 401-406.

Lobbyarbeit und internationaler Erfolge nicht, im Dritten Reich weiter in Rang oder Gehalt aufzusteigen. Seine Verwicklung in den Widerstandskreis, der 1944 das Attentat auf Hitler durchführte sowie die kampflöse Übergabe Stuttgarts kompensierten in den Augen der Öffentlichkeit und der Spruchkammer nicht seine Rolle und Taten als Nationalsozialist. So gelang es ihm nicht, im Nachkriegsdeutschland eine gut bezahlte Anstellung zu finden, woran auch seine publizistische Betätigung nichts änderte.¹⁴⁶¹ Eine einzige Ausnahme bildete lediglich Willy Liebel, der 1942 in das Reichsrüstungsministerium berufen wurde. Dieser Sonderfall ist gleich doppelt brisant, da sich Reichsinnenminister Wilhelm Frick ab 1942 durch die immer bedrohlicheren Auswirkungen des Luftkriegs gegen jegliche anderweitige Verwendung von Beamten wandte.¹⁴⁶² Der Oberbürgermeister von München brachte es immerhin auf kommunalpolitischer Ebene weiter als seine Amtskollegen: Er stand dem Deutschen Gemeindetag als Präsident vor und bekleidete das Amt des Reichsleiters des NSDAP-Hauptamtes für Kommunalpolitik. Bisher wurde er dennoch als schwache Persönlichkeit charakterisiert, erst die neuere Forschung erkannte in ihm einen geschickten Hinterzimmerstrategen.¹⁴⁶³ Dennoch darf bezweifelt werden, dass er die besagten Ämter erhalten hätte, wenn er nicht Oberbürgermeister der „Hauptstadt der Bewegung“ gewesen wäre.¹⁴⁶⁴

Das Oberbürgermeisteramt im Dritten Reich stellte somit einen doppelten Bruch mit der Vergangenheit dar: Zum einen konnte man ohne Qualifikationen zum Wahlbeamten einer Großstadt aufsteigen, andererseits bedeutete dies auch das Karriereende. Ganz im Gegensatz zur Weimarer Republik, in der viele Stadtoberhäupter nach ihrer Amtszeit in den Reichstag gewählt wurden, sodass von einer regelrechten „Oberbürgermeisterecke im Regierungsviertel“ gesprochen wurde.¹⁴⁶⁵ Die einstigen nationalsozialistischen Oberbürgermeister hingegen gehörten zu einer kleinen Minderheit von Personen, die zudem nach ihrem Spruchkammerurteil einen dauerhaften beruflichen Statusverlust erlitten.¹⁴⁶⁶

Damit lässt sich feststellen, dass die 1933 erfolgte Wahl oder Ernennung zum nationalsozialistischen Oberbürgermeister einer Groß- und Gauhauptstadt sowohl im Dritten Reich als auch in der Nachkriegszeit grundsätzlich der höchste erreichte Karrierepunkt für die betreffenden Personen

¹⁴⁶¹ NACHTMANN: Karl Strölin, S. 356-370.

¹⁴⁶² BRAUN: Hitlers liebster Bürgermeister, S. 813.

¹⁴⁶³ NEUBAUER: Nationalsozialistische Herrschaft vor Ort, S. 601.

¹⁴⁶⁴ „Vom aufstiegsorientierten Kleinbürger zum einflussreichen Oberbürgermeister, vom demokratiefeindlichen Antisemiten zum willfähigen Vollstrecker einer menschenverachtenden Ideologie, schließlich der Verlust aller Ämter und der Absturz ins gesellschaftliche Nichts – so könnte knapp die Biografie von Karl Fiehler skizziert werden.“ HEUSLER: Karl Fiehler, S. 118.

¹⁴⁶⁵ HOFMANN: Zwischen Rathaus und Reichskanzlei, S. 189-288.

¹⁴⁶⁶ NIETHAMMER: Die Mitläuferfabrik, S. 576.

darstellte. Dies dürfte auf mehrere Gründe zurückzuführen sein: Zum einen liefen ihre Dienstverträge üblicherweise zwölf Jahre und spätestens während des Krieges waren qualifizierte Nachwuchskandidaten äußerst rar. Die Berufung in höhere Stellungen blieb somit mangels neuer geeigneter Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt schwer möglich. Zum anderen waren sie, wie zuvor erläutert, 1933 meist als Kompromisskandidaten durch die jeweilige lokale Machttektonik zum Stadtoberhaupt geworden und nicht durch ihre herausragende Qualifikation. Somit lässt sich abschließend sagen: Der Karriere- und Gehaltssprung zum Oberbürgermeister einer Groß- und Gauhauptstadt war für die eingesetzten Nationalsozialisten zwar enorm, bedeutete aber gleichzeitig fast ausschließlich das Karriereende und einen definitiv einmaligen Höhepunkt in ihrem Berufsleben.

XI. Die Kameradschaft „Rudolf Berthold“

Die Zerschlagung der Studentenverbindungen hatte die nationalsozialistische Hochschulpolitik in eine schwere Krise gestürzt. Einem kleinen, aber einflussreichen Teil der Bevölkerung war ein tief verbundener Freiraum genommen worden, während das Modell der Kameradschaften kaum Zuspriech fand. Im Wintersemester 1936/37 waren nur 14 Prozent der männlichen Studenten in einer solchen Mitglied, und auch der NSDStB blieb trotz nunmehr fehlender Konkurrenz unpopulär.¹⁴⁶⁷

Der neue Reichsstudentenführer, Gustav Adolf Scheel,¹⁴⁶⁸ gab öffentlich zu: „Wir haben Wunden geschlagen, die heute noch bluten.“¹⁴⁶⁹ Gleichzeitig spornte er zur Versöhnung an. Dass Scheel selbst dem satisfaktionsgebenden V.D.St. angehörte, erleichterte die Sache deutlich und brachte ihm gleichzeitig Sympathiepunkte bei den Betroffenen ein. Mit der Unterstützung Heß‘ versuchte er, die Alten Herren zu motivieren, sich in den Kameradschaften als Nachfolgeorganisationen der Verbindungen zu engagieren. Ziel war, die Geldmittel und Immobilien der Altherrenschaften nutzbar zu machen. So hatte der NSDStB ab Anfang 1937 die bisher übliche harte Kritik an den studentischen Korporationen eingestellt und stattdessen langsam deren Vorzüge gepriesen. Dieser Umschwung in der Behandlung beschwichtigte tatsächlich einige Alte Herren. Um die Ernsthaftigkeit der Bemühungen weiter aufzuzeigen, erließ Scheel im Sommer 1937 eine neue Ehrenordnung für den NSDStB, in welcher die unbedingte Satisfaktion vorgeschrieben wurde. Dies war jedoch wiederum ein Hindernis für die katholischen Studenten, denen ja der Zweikampf in jeglicher Art verboten war. Diese blieben somit bei den Plänen der Reichsstudentenführung außen vor. Unterstützt durch die rege Mithilfe der Alten Herren wurden schon bald

¹⁴⁶⁷ GRÜTTNER: Studenten im Dritten Reich, S. 314.

¹⁴⁶⁸ Scheel gehörte zum Jahrgang 1907 und studierte von 1928-1934 Theologie und Medizin in Tübingen sowie Heidelberg. In letzterer Hochschulstadt wurde er Mitglied beim V.D.St. 1930 trat er der NSDAP bei und engagierte sich erfolgreich in der Studentenschaft. Neben seiner Parteimitgliedschaft gehörte er auch dem NSDStB an, was ihm vor allem nach der Machtübernahme eine dortige Karriere bescherte. Diese mündete in den Beförderungen zum Reichsstudentenführer 1936 und zwei Jahre später zum Leiter des Reichsstudentenwerks. Auch im SD war Scheel ab 1934 sehr aktiv. Er wurde 1940/41 Leiter des SD-Oberabschnitts Bayern. 1941 erhielt er die Ernennung zum Gauleiter und Reichsstatthalter von Salzburg. Ende 1940 verlieh ihm die Würzburger Universität die Ehrensensatorwürde. 1948 wurde Scheel zunächst als Hauptschuldiger verurteilt, aber noch im selben Jahr nur noch als Mitschuldiger eingestuft. Ab 1949 war er bereits wieder als Arzt tätig. Gustav Scheel starb 1979 in Hamburg. ARNOLD, BIRGIT: „Deutscher Student, es ist nicht nötig, dass Du lebst, wohl aber, dass Du deine Pflicht gegenüber Deinem Volk erfüllst“. Gustav Adolf Scheel, Reichsstudentenführer und Gauleiter von Salzburg. In: KISENER, MICHAEL/SCHOLTYSECK, JOACHIM (Hrsg.): Die Führer der Provinz. NS-Biografien aus Baden und Württemberg (= Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus. Band 2). Konstanz, 1997, S. 567-594.

¹⁴⁶⁹ Dr. Scheel übernimmt die Führung der deutschen Studenten. Die Parteigenossen Derichsweiler und W. Müller verabschieden sich von den Studentenföhren. Die Bewegung. 4. Jahrgang, 47. Folge, 18.11.1936, S. 1.

einige Kameradschaften zu Pseudo-Verbindungen, statt zu Kaderschmieden einer nationalsozialistischen Elite.¹⁴⁷⁰ Hier bildete Adelpheia keine Ausnahme.

Im Juli 1936 war dem Mitteilungsblatt der Altherrenschafft Adelpheia noch zu entnehmen, dass man nicht versuche, heimlich weiterhin eine Studentenverbindung weiter zu betreiben, sondern dieselben Ziele wie der NSDStB verfolge. Daher sei für keinen Parteigenossen, selbst wenn er in einer höheren Stellung sei, der Anlass gegeben, Adelpheia zu verlassen, oder ihre Veranstaltungen zu meiden. Am Abend eines jeden Montag sollte es einen Adelphenstammtisch geben. Derweil nutzte die NSDAP-Ortsgruppe Würzburg das Adelphenhaus als „Wochenstube“.¹⁴⁷¹

Das 70. Stiftungsfest Adelpheias an Pfingsten 1937 ließ die Alten Herren wieder positiver in die Zukunft sehen. Auch Memmel hielt eine längere Rede und zeigte sich sehr optimistisch. In der Bundeszeitung erging der Aufruf, man solle nicht immer auf Fehlern herumreiten, welche die frühere Studentenführung gemacht habe. Mit den Verhandlungen zwecks Hausüberlassung an den NSDStB wurde Memmel betraut, obwohl er keinen Posten in der Vorstandschaft innehatte. Im Überlassungsvertrag wurde geregelt, dass die Studentenführung Würzburg das Haus mietfrei nutzen durfte, dafür aber für alle Nebenkosten aufkommen musste. Außerdem durfte nur eine Kameradschaft das Adelphenhaus nutzen. Der Vertrag konnte jederzeit von einer Seite bei einer vierzehntägigen Frist gekündigt werden. Damit hatte Memmel den kostengünstigen Weiterbestand des Hauses sowie die Nutzungsrechte gesichert. Am 14. Juni 1937 wurde das Adelphenhaus offiziell der Kameradschaft VI (Mainfranken) übergeben. Anwesend war hierbei auch der Kreisleiter Knaup.¹⁴⁷² Im Mitteilungsblatt der Altherrenschafft war über diese Feier zu lesen:

„Bundesbruder Memmel leitete den Abend ein, schilderte die Entwicklung und das Wesen der Adelpheia und erörterte, wie er sich das Zusammenleben der Kameradschaft 6 und deren Altherrenschafft sowie der Altherrenschafft der Adelpheia denke und wünsche. Seine Ausführungen fanden allgemeinen Beifall. Gauinspektor Konrad übermittelte die Grüße des Gauleiters Dr. Hellmuth und verwies auf dessen Beziehung zu Adelpheia. Bbr. Förtsch¹⁴⁷³ übergab in teils ernsten teils launigen

¹⁴⁷⁰ GRÜTTNER: Die Korporationen im Nationalsozialismus, S. 139f.

¹⁴⁷¹ Mitteilungsblatt der Altherrenschafft Adelpheia, Juli 1936, S. 1f.

¹⁴⁷² Mitteilungsblatt der Altherrenschafft Adelpheia. Oktober, 1937, S. 1-4.

¹⁴⁷³ Dr. *jur.* Johann (Hans) Adam Förtsch (1885-1950) wurde 1904 bei Adelpheia recipiert und 1935 Landgerichtsdirektor. Außerdem bekleidete er den Posten des Gaugruppenwalters im NSRB und arbeitete im Gaurechtsamt. Förtsch stand bei seinem Bundesbruder und Gauleiter Hellmuth hoch im Kurs, sodass er ihn 1942 als Vorsitzenden des neuen Sondergerichts Würzburg einsetzte. Dort verhängte er 23 der insgesamt 34 durch das Sondergericht Würzburg ausgesprochenen Todesurteile. Von der Spruchkammer wurde er als Mitläufer eingestuft und in den Ruhestand versetzt. MATERNA, MARKUS: Richter in eigener Sache. Die „Selbstexkulpation“ der Justiz nach 1945, dargestellt am Beispiel der

Worten die unteren Räume des Adelphenhauses zur pfleglichen Benützung.“¹⁴⁷⁴

Nachdem die Zusammenarbeit zwischen NSDStB und den Altherrenschaften Fortschritte machte, sollten langsam auch die simple Durchnummerierung der Kameradschaften eigenen Namen weichen. Es ist nun zu klären, wie die Kameradschaft VI ihren neuen Namen bekam.

Ende des Jahres 1937 beantragte Theo Memmel den Namen „Rudolf Berthold“ bei der Reichsstudentenführung. Im Monatsbericht der Kameradschaft vom 30. November 1937, das von nun an auch der Altherrenschaft zugesandt wurde, hieß es, der Namensantrag sei der Vorschlag Memmels.¹⁴⁷⁵ Der Kameradschaftsführer Wilhelm Hötte hingegen formulierte einen Monat später einen eigenen Antrag. In diesem schrieb er:

„Der Name wird von den Angehörigen sowohl der Jungkameraden als auch der Altherrenschaft gemeinsam vorgeschlagen. Zur Begründung dienen folgende Tatsachen:

[...] Er [Berthold] sammelt um sich Arbeiter, Bauern und Studenten zum Freikorps, zur „Eisernen Schar Berthold“. Unter seiner Fahne, die als Spitze ein auf 4 Patronen ruhendes Hakenkreuz trägt, kämpfen entschlossene Deutsche für ein freies Vaterland. Dass auch Studenten unter ihnen waren, verbindet uns besonders mit der Eisernen Schar, die von Hammelburg (Ufr) aufbrach und vor allem in Kissingen, München, Bayreuth und im Baltikum siegreiche Kämpfe bestand. Am 15. März 1920 wird Rudolf Berthold im Bruderkampf von roten Mördern erschlagen. Seine Fahne aber rettet der Freikorpskämpfer Fritz Schillinger, indem er sie unter seinem Hemd unversehrt in die Heimat bringt. Hier verbirgt sie der jetzige Gauleiter Dr. Hellmuth in seinem Hause bis zum Jahre 1933.

Fritz Schillinger, zugleich der Gründer der Ortsgruppe Würzburg der NSDAP, war Student und hat der ehemaligen Burschenschaft Adelphe angehört, deren Alte Herren heute Mitglieder der Studentenkampfhilfe sind und als erste in Würzburg ihr Haus dem NSDStB zur Verfügung gestellt haben. Mit Rudolf Berthold verband ihn enge Freundschaft. So ist der Name Rudolf Berthold uns allen als Symbol unseres Schaffens geworden – uns Jungen durch seinen fanatischen Glauben an Deutschland [...], den Alten Herren aber besonders durch seine Freundschaft mit Schillinger, der durch ihn als Korporationsstudent den Weg zur neuen Bewegung gefunden und sein Leben dafür eingesetzt hat. [...] Dieser Name entspricht auch dem Wunsche des Gauleiters von Mainfranken, Dr. Hellmuth, der selber als alter Adelphe Mitglied der Altherrenschaft der Kameradschaft ist und als Hüter der Tradition Rudolf Bertholds auftrat, indem er seine Fahne dem Dritten Reich erhielt.“¹⁴⁷⁶

Hötte, der selbst erst 1937 der Kameradschaft beitrug, hat hierbei einige Dinge zu knapp dargestellt. Die Geschichte mit der Fahne, die Schillinger

Todesurteile bayerischer Sondergerichte. Baden-Baden, 2021, S. 115, 118f, 467f. und 528. EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelphen, S. 93.

¹⁴⁷⁴ Ebenda, S. 4f.

¹⁴⁷⁵ Monatsbericht Nr. 1 (November 1937) der Kameradschaft VI. 30.11.1937. A6 39.

¹⁴⁷⁶ Antrag des Kameradschaftsführers Wilhelm Hötte. Würzburg, 23.12.1937. A6 39.

gerettet haben soll, und daraufhin von Hellmuth verwahrt wurde, ist allerdings sehr interessant. Sie deutet weiter darauf hin, dass der Namenswunsch eher von Hellmuth als von Memmel kam. Jener war ein großer Verehrer Bertholds und inszenierte regelmäßig Feiern zu dessen Ehren.¹⁴⁷⁷ Allerdings unterschlug Hötte in seiner Mitteilung die Information, dass Schillinger nur zwei Jahre der Adelpia – die damals noch keine Burschenschaft war – angehört hatte und dann wieder ausgetreten war. Einen so großen Einfluss, wie von Hötte behauptet, kann er also auf die Alten Herren nicht ausgeübt haben. Außerdem konnte man Hellmuth mit seiner erst vierjährigen Mitgliedschaft kaum als „alten Adelphen“ bezeichnen.

Der Reichsstudentenführer ließ durch den Leiter des Amtes für Politische Erziehung am 5. Januar 1938 mitteilen, dass der Namensantrag Höttes angenommen sei und der Name am 26. Januar 1938 verliehen werden sollte.¹⁴⁷⁸ Auf einen Antrag von Memmel bezog er sich nicht. Sofern Memmel diesen selbst gestellt hatte, wurde dieser nicht beachtet, da nur solche von den Kameradschaftsführern bearbeitet wurden.¹⁴⁷⁹ Ob die Namensidee nun von Memmel, Hellmuth oder beiden stammt, ist nicht mehr zu klären. Memmel schrieb im Mitteilungsblatt der Altherrenschaft, Hellmuth habe ursprünglich den Namen „Mainfranken“ favorisiert. Dies sei jedoch nicht umsetzbar gewesen, da zwischendurch die Anordnung erlassen worden sei, dass nur Männernamen legitim seien.¹⁴⁸⁰ Bei der feierlichen Namensverleihung stiftete Memmel ein Bild Bertholds für das Adelphenhaus.¹⁴⁸¹ Zumindest zeitweise führte die Kameradschaft auch einen eigenen Zirkel, welcher aus den Buchstaben R und B bestand.¹⁴⁸²

Die Versöhnungspolitik Scheels machte derweil weiter Fortschritte. Sein Ziel war nach wie vor, alle ehemaligen Korporationen weiterhin im NSDStB zu belassen, da er die vielen vorherigen Dachverbände als negatives Beispiel der deutschen inneren Zersplitterung sah. Das Lebensbundprinzip wollte er jedoch erhalten, da es unter anderem einen enormen monetären Vorteil versprach. Die NS-Studentenkampfhilfe nannte sich nunmehr Altherrenbund der Deutschen Studenten. Diesem konnten die einzelnen Altherrenschaften beitreten. Memmel warb nun darum, dass möglichst viele Adelphen Mitglied des Altherrenbundes wurden; der Altherrenschaft der

¹⁴⁷⁷ Die Jugend gedachte Rudolf Bertholds. Eine Gedächtnisrede unseres Gauleiters. Mainfränkische Zeitung. Nr. 64, 16.3.1935, S. 7.

¹⁴⁷⁸ Brief des Leiters des Amtes Politische Erziehung an den Kameradschaftsführer Wilhelm Hötte. München, 5.1.1938. A6 39.

¹⁴⁷⁹ Mitteilungsblatt für die Kameradschaft. Nr. 2. Vom Leiter des Amtes Politische Erziehung, Gerhard Mähner. München, 7.2.1938, S. 10f. A6 39.

¹⁴⁸⁰ MEMMEL, THEO: Lieber Bundesbruder! In: Mitteilungsblatt der Altherrenschaft Adelpia. Februar 1938, S. 1-4, hier S. 3.

¹⁴⁸¹ Mitteilungsblatt der Altherrenschaft Adelpia. März, 1939, S. 4.

¹⁴⁸² RETTELBACH, EDUARD: 100 Jahre Adelpia. Geschichte und Wandlung einer studentischen Korporation. In: 100 Jahre Burschenschaft Adelpia, S. 9-64, hier S. 58.

Kameradschaft „Rudolf Berthold“ traten sie damit automatisch ebenfalls bei. Allgemein engagierte er sich intensiv, sodass ihn Scheel am 1. August 1939 zum Altherrenschaffsführer Adelphas berief.¹⁴⁸³ Außerdem übernahm Memmel die Schriftleitung für eine Ausgabe des Mitteilungsblatts. Durch seinen Posten als Altherrenschaffsführer war Memmel Mitglied der Reichsführung des Altherrenbundes. Dort nahm er an den entscheidenden Sitzungen teil und konnte sich von den Absichten Scheels überzeugen. Dessen Zukunftspläne für die ehemaligen Korporationen waren:

„Ein einziger großer Verband, Wiederherstellung des Couleurs in Gestalt einer allen Korporationen gemeinsamen dunkelroten Mütze, die alten Farben der Einzelverbindungen an Mütze und Band, Zusammenfassung aller Alten Herren in einem großen Altherrenbund, als Mensur die leichte Säbelpartie [...], Verbot jeglicher konfessionellen und gesellschaftlichen Sonderbünde.

Einen solchen Weg hätte jeder alte Waffenstudent mitgemacht, aber leider machten Widerstände in der politischen Führung eine sofortige Durchführung dieser Pläne und dann der Krieg endgültig unmöglich.“¹⁴⁸⁴

Die Ansichten Scheels fanden also Memmels Beifall. Dass Memmel nicht nur weiterhin eifrig die Adelphenveranstaltungen besuchte, sondern sich trotz seines zeitraubenden Oberbürgermeisteramtes auch noch im Altherrenbund fleißig engagierte, zeigt, wie wichtig ihm sein Bund nach wie vor war. Seine erneute Enttäuschung ist daher nachvollziehbar, als die Pläne Scheels dann auf Grund anderer Wünsche in der Parteiführung doch nicht verwirklicht wurden. Scheel dachte bei seinen Ideen hauptsächlich an die waffenstudentischen Verbindungen. Nichtschlagende oder konfessionelle Bünde sollten so keine Möglichkeit eines Wiedererstehens bekommen. Das verpflichtende Mensurenfechten in den Kameradschaften mag für Adelpia kein Hindernis gewesen sein, für Mitglieder anderer Korporationen hingegen schon, wie beispielsweise viele Austrittsgesuche aus der Kameradschaft des ehemaligen Akademischen Gesangsvereins Würzburgs belegen.¹⁴⁸⁵

Trotzdem herrschte bei den ehemaligen Studentenverbindungen zunächst Aufbruchsstimmung. Um weitere Sicherheit für den Fortbestand des Hauses zu gewährleisten, schloss Memmel einen weiteren Vertrag. Partner waren die NSDAP, der Hausbauverein und die Altherrenschaff der Kameradschaft. Dieser Vertrag hatte einen anderen Inhalt als der mit dem NSDStB. Die durch das Adelphenhaus entstehenden Kosten sollten dreigeteilt werden: Die Unterhaltungskosten (Steuern, Versicherungen,

¹⁴⁸³ Beglaubigte Abschrift der Berufung Memmels zum Altherrenschaffsführer der Altherrenschaff „Rudolf Berthold“ durch Reichsstudentenführer Scheel. München, 1.8.1939. Adelphenarchiv.

¹⁴⁸⁴ MEMMEL: Chronik der Burschenschaft Adelpia, S. 24.

¹⁴⁸⁵ Im Karton A6 39 ist auch eine Aktenmappe zum Akademischen Gesangsverein und der Abteilung Zahnklinik des NSDStB aus dem Wintersemester 1935/36 archiviert. Hierin befinden sich mehrere interne Mitteilungen über die Austrittsgesuche und ihre Gründe.

Kanalgebühren, etc.) sollte der Hausbauverein tragen; Die Betriebskosten (Lordschaft, Strom, Wasser, etc.) übernahm die Altherrenschaft der Kameradschaft; Die Urkundensteuer sollte von der NSDAP bezahlt werden. Dieser Vertrag sicherte ebenfalls den Fortbestand der Altherrenschaft. Denn nach dem Studienabschluss waren die Kameradschaftsmitglieder verpflichtet, in den Altherrenbund einzutreten. Außerdem konnten der Altherrenschaft auch Akademiker beitreten, die zuvor nicht Teil der Kameradschaft „Rudolf Berthold“ gewesen waren. Damit konnten die Hauskosten gedeckt, und der lebensnotwendige Nachwuchs gesichert werden. Mit diesem Vertrag hatte Memmel für Adelpia als erste ehemalige Würzburger Korporation äußerst günstige Bedingungen ausgehandelt. Memmel meinte, dass 75 Mitglieder in der Altherrenschaft genügen würden, um alle laufenden Kosten zu begleichen. Entsprechend eifrig warb er um Beitritte.¹⁴⁸⁶

Nach dem Studententag 1938 in Heidelberg erreichte Memmel, dass alle zukünftigen in Würzburg stattfinden sollten. Infolge dessen bekam er auch das Amt des Hochschulringführers des NS-Altherrenbundes. Damit hatte er einen gewissen Einfluss auf die Würzburger Hochschulpolitik. Durch diese Aktion mag er sich bei seinen Heidelberger Parteigenossen nicht gerade beliebt gemacht haben.¹⁴⁸⁷ Memmels Bestreben war, der Stadt die offizielle Bezeichnung „Würzburg – die Stadt der deutschen Studenten“ zu geben. Für diesen Plan hatte er auch bereits die Unterstützung des Reichsstudentenführers. Memmel sah die Zukunft der Stadt im Fremdenverkehr, wobei dieser Status helfen sollte.¹⁴⁸⁸ Der Krieg verhinderte die beantragten Stadtbezeichnung.¹⁴⁸⁹ Das Institut für Hochschulkunde unterstellte Memmel 1939 der Reichsstudentenführung. Was auf den ersten Blick nach einer Kompetenzabgabe anmutete, war in Wirklichkeit ein geschickter Schachzug. Denn Memmel hatte zu Scheel einen guten Draht und mit dem Wechsel der Schirmherrschaft entzog er es dem Zugriff seines Gauleiters. Außerdem konnte die Stadt weiterhin auf die Gestaltung des Instituts Einfluss nehmen, während die Reichsstudentenführung eine entsprechend weitläufige Werbung dafür machte.¹⁴⁹⁰

Gauleiter Hellmuth war bei Veranstaltungen Adelpias deutlich seltener anzutreffen und ließ sich öfters entschuldigen. Dies mag entweder mit mangelndem Interesse oder seinen vielen Tätigkeiten als Gauleiter zu tun gehabt haben.

In der Oktoberausgabe 1937 des Mitteilungsblatts der Altherrenschaft war eine Liste mit den Alten Herren der Kameradschaft abgedruckt.

¹⁴⁸⁶ MEMMEL: Lieber Bundesbruder!, S. 3f.

¹⁴⁸⁷ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 4.

¹⁴⁸⁸ Protokoll der Ratssitzung am 8. April 1941 (Nichtöffentlich).

¹⁴⁸⁹ Protokoll der Ratssitzung am 26.11.1941 (Nichtöffentlich).

¹⁴⁹⁰ MEYER: Das Institut für Hochschulkunde, S. 112 und 123f.

In dieser finden sich vier interessante neue Namen: Der Assistenzarzt und spätere Gaugeschäftsführer Dr. Karl Hellmuth sowie die Gauamtsleiter Ferdinand (Fred) Martin, Dr. Theodor Ulrich und Fritz Conrad (bisweilen auch Konrad geschrieben).¹⁴⁹¹

1900 in Otterberg geboren, war Conrad nach dem Ersten Weltkrieg bei der Chemiefabrik Bavaria Würzburg als Bilanzbuchhalter und Werbeleiter tätig.¹⁴⁹² Er trat am 1. März 1931 in die NSDAP ein, laut Aussage seiner Ehefrau deshalb, weil er die sozialistische Idee bejahte. Conrad war nach der Machtübernahme Blockleiter und später Zellenleiter, wodurch er mit der Gauleitung in Kontakt gekommen war.¹⁴⁹³ Dort war er dann zunächst Gaugeschäftsleiter und ab Juli 1934 als Gauamtsleiter tätig.¹⁴⁹⁴ Er gehörte kurzzeitig der SA-Reserve an. Außerdem war er Mitglied der NSV, der Deutschen Arbeitsfront (DAF), des Reichsluftschutzbundes (RLB) und des Reichskolonialbundes (RKB) ohne Amt und Rang. Er war Träger des Goldenen Parteiabzeichens.¹⁴⁹⁵ Etwa bis 1937 sei sein Verhältnis zum Gauleiter einigermaßen gut gewesen, wie seine Ehefrau in dessen Entnazifizierungsverfahren aussagte. Danach aber habe es immer mehr Meinungsverschiedenheiten gegeben, die sich stets verschärften.¹⁴⁹⁶ Ob diese tatsächlich so gravierend waren sei dahingestellt, denn er blieb bis zuletzt Parteibeauftragter im Stadtrat.

Karl Hellmuth hatte denselben Namen wie der Gauleiter, was zu häufigen Verwechslungen führte, und ihm bisweilen die Bezeichnung „Dr. Hellmuth II“ zur besseren Unterscheidung einbrachte. Er war im Oktober 1940 als Gaeinsatzführer der Volksdeutschen Mittelstelle für Transporte im Rahmen der Euthanasieaktion T4 verantwortlich.¹⁴⁹⁷

Gauamtsleiter Martin war Inhaber des Goldenen Parteiabzeichens und der Dienstauszeichnung der NSDAP in Silber für 15 Jahre Zugehörigkeit.¹⁴⁹⁸

¹⁴⁹¹ Mitteilungsblatt der Altherrenschaft Adelpia. Oktober 1937, S. 3f. Außerdem zu finden ist in dieser Liste der Universitäts-Professor und vormalige Angehörige des ATB Dr. Karl Lothar Wolf.

¹⁴⁹² Arbeitsblatt des öffentlichen Klägers zu Friedrich Conrad. Würzburg, 21.3.1947. Spruchkammer Würzburg 1258. StAW.

¹⁴⁹³ Protokoll der öffentlichen Sitzung der Spruchkammer Würzburg Stadt I im Verfahren gegen Friedrich Conrad vom 18.5.1948. Spruchkammer Würzburg 1258.

¹⁴⁹⁴ Arbeitsblatt des öffentlichen Klägers.

¹⁴⁹⁵ Spruch der Spruchkammer Würzburg Stadt I betreffend Friedrich Conrad. Würzburg, 19.5.1948. Spruchkammer Würzburg 1258.

¹⁴⁹⁶ Brief von Anny Conrad an die Spruchkammer I Würzburg. Neunkirchen-Wellesweiler, 20.2.1947. Spruchkammer Würzburg 1258.

¹⁴⁹⁷ FIEBRANDT, MARIA: Auslese für die Siedlergesellschaft. Die Einbeziehung Volksdeutscher in die NS-Erbgesundheitspolitik im Kontext der Umsiedlungen 1939-1945. Göttingen, 2014, S. 410f.

¹⁴⁹⁸ Ferdinand Martin fiel am 8. September 1941 am Dnjepr als Leutnant. Er war Inhaber des EK II und I sowie des Infanterie-Sturmabzeichens in Silber. *Post mortem* wurde er noch zum Oberleutnant befördert. Mitteilungsblatt der Kameradschaft und Altherrenschaft Rudolf Berthold. Nr. 9 (Kriegs-Nummer). Januar 1942, S. 2. Mitteilungsblatt der Kameradschaft und Altherrenschaft „Rudolf Berthold“. Nr. 15. April 1944, S. 10.

Alle vier waren zuvor weder bei Adelpia, noch der Kameradschaft aktiv gewesen und hatten ihr Studium schon länger hinter sich. Da sie direkt dem Gauleiter unterstanden, könnte man vermuten, dass sie der Altherrenschaft entweder beigetreten waren, um bei ihrem Vorgesetzten gut dastehen zu können, oder aber Memmel sie bewusst dort einführte, um Kontakt in das Büro des Gauleiters zu haben. Dass Memmel sie bewarb, um das Haus finanzieren zu können, wäre allerdings ebenso eine Möglichkeit. Gerade der Hinweis, dass Conrad angeblich seit 1937 mit Hellmuth in Zwist geraten war und im selben Jahr Memmels Adelpia beitrug, ist auffällig. Interessanterweise finden sich in der 1957 von Memmel für die Chronik aufgestellten Liste der Mitglieder, einschließlich der Ausgeschiedenen, nur Gauleiter Hellmuth und der gefallene Martin – Dr. Hellmuth II, Ulrich und Conrad hingegen nicht.¹⁴⁹⁹ Entweder hatte Memmel sie vergessen oder aber sie nicht als Adelphen angesehen. Im Archivkarton der Kameradschaft „Rudolf Berthold“ sind 27 Zuteilungsschreiben aus dem Zeitraum vom 6. Januar 1938 bis zum 8. März 1938 erhalten. In diesen wurde „auf seinen Wunsch“ der jeweilige Alte Herr offiziell der Kameradschaft zugeteilt. Das Ausfüllen und Unterschreiben übernahm Memmel in seiner Eigenschaft als Hochschulringführer Würzburgs. Von den vier Genannten ist keiner unter den Adressaten, auch nicht bei neun weiteren Briefen, die der Kameradschaftsführer an Alte Herren schickte, um ihnen formell mitzuteilen, dass sie der Kameradschaft zugeteilt worden waren. Die im Mitteilungsblatt abgedruckte Altherrenliste umfasst nur 41 Namen, wobei lediglich 15 davon ursprünglich schon Adelphen waren. Dass zu den vier fraglichen, dem Gauleiter nahestehenden Personen, keine Zuweisungsunterlagen vorhanden sind, kann entweder ein Zufall sein, oder aber sie gingen nie über Memmels Hochschulringführerschreibtisch. Letzteres würde die These stützen, dass sie möglicherweise am offiziellen Briefverkehr vorbei und nur durch persönliche Kontakte in die Kameradschaft kamen.

Etwas später im Jahr 1937 kam noch der Studienprofessor und Ratsherr Franz Friedrich in die Kameradschaft.¹⁵⁰⁰ Ein Kontakt von Friedrich zu Adelpia vor seinem Beitritt ist nicht nachweislich aber möglich. Er verstarb bereits am 25. Juni 1939 durch einen Unglücksfall.¹⁵⁰¹ Memmel hatte um seine ehemalige Korporation ein Netzwerk aus Personen von seinem beruflichen Umfeld errichtet.

Die Mitgliedszahlen blieben trotz aller Bemühungen noch wenig rühmlich. 1935 hatte das Altherrenverzeichnis Adelpias noch 150 Namen umfasst.¹⁵⁰² Von diesen waren im Jahr 1937 vorerst nur die erwähnten 15 in

¹⁴⁹⁹ MEMMEL: Chronik der Burschenschaft Adelpia, S. 41.

¹⁵⁰⁰ Mitteilungsblatt der Altherrenschaft Adelpia, Februar 1938, S. 10.

¹⁵⁰¹ Mitteilungsblatt der Kameradschaft und Altherrenschaft Rudolf Berthold. Nr. 2, Sommer-Semester 1939, S. 13. Friedrich ist in der Todesanzeige falsch geschrieben.

¹⁵⁰² Bundes-Zeitung. April 1935, S. 7-11.

die Altherrenkameradschaft „Rudolf Berthold“ übernommen.¹⁵⁰³ Memmel hatte also noch einiges an Überzeugungsarbeit zu leisten. Die Mitgliedszahlen waren für das Überleben wichtig, denn um das Korporationshaus zu behalten, und nicht mit anderen ehemaligen Verbindungen zusammengewürfelt zu werden, musste es einen Altherrenverband von mindestens 150 zahlenden Mitgliedern geben. Für viele ehemalige Korporationen stellte dies ein schwieriges Problem dar.¹⁵⁰⁴

Seitdem Reichsstudentenführer Scheel die Zügel wieder gelockert hatte, versuchten viele ehemaligen Verbindungen, dies auszunutzen. Adelpia und Memmel waren hierbei keine Ausnahme. Ein Schreiben vom 22. November 1937 an den Gauamtsleiter, der zu dieser Zeit offenbar in Sonthofen weilte, enthält einige brisante Informationen. Leider ist der Brief nicht unterschrieben und ohne Absender. Jedoch wird als Absendeort „Würzburg, Jahnstraße 1“ angegeben. Dies war damals die Anschrift des Gaustudentenführers Adam Hoos.¹⁵⁰⁵ Da das Schreiben an Hoos gerichtet ist, wird wohl einer seiner Mitarbeiter diesen Brief verfasst haben, oder aber der Kameradschaftsführer ist zu dieser Dienststelle gegangen, um dort den Brief aufzusetzen. Hier eine vollständige Edition des Schriftstücks:

„Lieber Kamerad Hoos!

Nachdem ich erst heute genau über das Schreiben des Kameraden Siber¹⁵⁰⁶ unterrichtet bin, sehe ich mich gezwungen, in einigen Zeilen in rein objektiver Weise hierzu Stellung zu nehmen:

Siber behauptet in seinem Schreiben, Oberbürgermeister Memmel hätte erklärt, dass wir jungen Kameraden uns den Adelphengeist zu eigen machen sollten und wir seien offiziell nicht Adelphenfüchse, aber

Ich muss dazu bemerken, dass Memmel derartiges nie und nimmer gesagt hat. Dagegen hat er in seiner Rede u.a. (nicht wörtlich!) ausgeführt: Wir freuen uns, wieder junges Blut um uns zu sehen, wie damals, als noch junge Füchse neben uns saßen.-

Kann man hieraus ableiten, wir seien junge Füchse?

Wenn weiter von Siber behauptet wird, aus der Begeisterungstimmung hätte ich meine Zusage gegeben, so kann ich nur entgegnen, dass ich dies aus einem ganz anderen Motiv getan habe. Ich musste mir sagen: wenn die Alten Herren einmal eine Feier haben- und um auch das Äußere zu verwischen, nicht in Couleur- so müssen wir daran teilnehmen, wollen wir nicht den Kontakt zu ihnen verlieren. Oder sonst müssen wir – was bestimmt nicht im Sinne der RSF¹⁵⁰⁷ liegt – auf sie

¹⁵⁰³ Mitteilungsblatt der Altherrenschaft Adelpia. Oktober 1937, S. 3f.

¹⁵⁰⁴ DIES: Die Turnerschaft Alemannia, S. 98f.

¹⁵⁰⁵ Fragebogen über Führung und Zusammensetzung der Kameradschaft. Ausgefüllt vom Kameradschaftsführer Wilhelm Hötte. Würzburg, 15.7.1937. A6 39.

¹⁵⁰⁶ Den Mitgliedslisten der Kameradschaft „Rudolf Berthold“ ist kein Siber zu entnehmen. Somit war er wohl Angehöriger einer anderen Kameradschaft und nur zu Besuch. Später hatte er den Posten des stellvertretenden Gaustudentenführers inne. Mitteilungsblatt der Kameradschaft und Altherrenschaft „Rudolf Berthold“. Nr. 10. Oktober 1942, S. 5.

¹⁵⁰⁷ Abkürzung für Reichsstudentenführung.

verzichten. Wir sind stolz darauf, dass gerade zu unserer Einweisungsfeier – im Gegensatz zu anderen Kameradschaften – so viele Alte Herren erschienen waren.

Wenn es weiter heißt, der Abend hätte in einer ordinären Sauferei geendet, so ist das eine Beschuldung ohnegleichen. Das kann ich offen und ehrlich eingestehen, dass kein Kamerad besoffen war oder sich irgendwie unrühmlich benommen hätte. Ich habe hierauf besonders geachtet und kann es von keinem aussagen, zumal ich als letzter der Kameraden das Adelphenhaus verlassen habe.

Dass wir aus Liederbüchern der Adelphen gesungen haben, stimmt. Aus welchen Büchern sollten wir sonst singen? Aber auch hier habe ich die Lieder passend am Vortage ausgewählt.

Dem Kameraden Alzheimer¹⁵⁰⁸ erklärte Siber, wir hätten durch die Unterschrift auf den Adelphenkarte sozusagen unsere Zugehörigkeit zur Verbindung gegeben.

Ich frage Dich, kann man so etwas daraus ableiten und haben wir vielleicht damit die Ehre des Studentenbundes angegriffen?

Die Aussage des Hausmeisters der Adelphen scheint mir ein sehr trauriges Argument Sibers, zumal Erstgenannter Geburtstag hatte und demzufolge schon sehr gut getrunken hatte.

Ich hoffe, dass mündlich die ganze Angelegenheit geklärt wird.“¹⁵⁰⁹

Leider ist weder das Beschwerdeschreiben Sibers, noch eine Antwort von Hoos erhalten. Dennoch lässt sich aus diesem Brief einiges herauslesen. Zur Datierung der fraglichen Veranstaltung lässt sich folgendes sagen: Am 16. November 1937 hatte eine Einweisungsfeier der neuen Semester stattgefunden. Hierbei waren laut Monatsbericht auch viele Alte Herren erschienen.¹⁵¹⁰ Daher scheint diese Veranstaltung für den Vorfall am Plausibelen.

Der Absender negiert die angebliche Aussage Memmels, dass die Alten Herren den jungen Kameraden den Adelphengeist zu Eigen machen sollten. Nun ist der Ausdruck „Adelphengeist“ ein Wort, das sich – von einer bereits zitierten kurzen Mitteilung des Gauleiters abgesehen – ausschließlich in den Beiträgen von Theo Memmel in der Bundeszeitung findet.¹⁵¹¹ Da dies Herrn Siber sicher nicht bewusst sein konnte, er aber ein so spezielles Detail überlieferte, kann diese Schilderung durchaus der Wahrheit entsprechen. Auch sonst lassen Memmels Worte, ebenso seine bisher aufgezeigte Einstellung zu Adelpheia, sehr wohl darauf schließen, dass er die jungen Kameradschaftsmitglieder als „junge Füchse“ betrachtete, aus denen der noch zu vermittelnde Adelphengeist richtige Bundesbrüder formen werde. Des Weiteren versichert der Absender einerseits, kein Kamerad sei

¹⁵⁰⁸ Max Alzheimer trat Adelpheia am 2.11.1935 bei. Er studierte Jura und war zu diesem Zeitpunkt bereits Mitglied der Altherrenschaft. Später wurde er Rechtsreferendar in Münsterstadt. Er fiel am 19.7.1943. EICHELBAUER: Verzeichnis der Namen sämtlicher Adelphen, S. 109.

¹⁵⁰⁹ Brief an den Gauamtsleiter Adam Hoos, Sonthofen. Ohne Absender. Würzburg, 22.11.1937, Jahnstr. 1. A6 39

¹⁵¹⁰ Monatsbericht Nr. 1.

¹⁵¹¹ Beispielsweise: Philister-Zeitung. November 1931, S. 10; Philister-Zeitung. Januar 1933, S. 1.

betrunken gewesen, andererseits erzählt er, dass die Lordschaft nicht mehr so ganz zurechnungsfähig gewesen sei. Daraus lässt sich schließen, dass mindestens bei einigen der Anwesenden jener Abend recht bierselig verlaufen war. Und es wäre recht unwahrscheinlich gewesen, wenn sich nur der Couleuriener in einem betrunken Zustand befunden hätte. Dass die Kommerzbücher Adelprias mangels anderer Liederhefte genutzt wurden, ist zum einen ein Zeichen dafür, wie wenig entwickelt das junge Kameradschaftsgebilde noch war, und zum anderen, dass auf dem Adelphenhaus versucht wurde die Jugend an die alten Kneipgesänge heranzuführen. Dass Couleurkarten mit den Unterschriften der jungen Kameraden versandt wurden, ist zwar tatsächlich keine Beitrittserklärung, dafür aber eine deutliche Botschaft, dass die alte Tradition des Versendens von Kneipkarten an nicht bei der Veranstaltung Anwesende, meist Alte Herren, noch immer gepflegt und den neuen Studenten weitergegeben wurden.

Kurzum lässt der Inhalt des behandelten Briefs darauf schließen, dass wohl eher die von Siber angeklagten Zustände wahr gewesen sind, als dass die versammelten Herrschaften ruhig am Bier nippend einen reinen, „kernigen“ nationalsozialistischen Kameradschaftsabend verbrachten, bei dem zwar viele Alte Herren anwesend waren, sich diese aber völlig unkorporativ benahmten. Dem Absender ging es wohl um Relativierung der Vorfälle, um den Gaustudentenführer zu beschwichtigen. Dies mag auch damit zu tun haben, dass die Feier völlig von den kurz zuvor erst erlassenen Vorstellungen des Leiters des Amtes für Politische Erziehung von einer Einweihungsfeier abgewichen war:

- „1.) Feierlied der Bewegung
- 2.) Kernspruch oder Gedicht
- 3.) Verlesung der 10 Gesetze des deutschen Studenten
- 4.) Gemeinsame Verpflichtung durch die auf Seite 9 festgelegte Formel
- 5.) Verpflichtung der einzelnen Kameraden durch Handschlag
- 6.) Horst Wessel-Lied (alle Strophen)

Anschließend ist ein Kameradschaftsabend, der in Dauer und Form der Würde der vorangegangenen Feier entspricht, abzuhalten.

Der Kameradschaftsführer ist dafür verantwortlich, dass Ausartungen jeder Art unterbleiben.“¹⁵¹²

Eben jene Verantwortung war der Kameradschaftsführer wohl nicht bereit zu übernehmen. Und sofern der zitierte Brief von ihm stammt, hat er wohl die tatsächlichen Vorkommnisse stark heruntergespielt.

Um derartiges zukünftig zu vermeiden, verzichtete man bei der Feier zur Aufnahme und Vereidigung der Jungkameraden am 28. April 1938 auf einen anschließenden Kameradschaftsabend mit der Altherrenschaft. Als Grund gegenüber der Gaustudentenführung nannte der

¹⁵¹² Schreiben des Leiters des Amtes für Politische Erziehung an alle Kameradschaftsführer. Würzburg, 10.11.1937. A6 39.

Kameradschaftsführer, dass er es „[...] nicht für richtig halte, nach einer Feierstunde einen Bierabend abzuhalten.“¹⁵¹³ Der einige Tage später stattgefundenen Altherrenschäftsabend sei daraufhin „nett“ verlaufen.

Allgemein ist festzustellen, dass die Gaustudentenführung Mainfrankens mit ihren Kameradschaften sehr unzufrieden war. In vielen überlieferten Schreiben an die Kameradschaftsführer beschwerte sie sich über zu wenig Engagement, fehlende Berichte und Teilnahmemeldungen, geringe Partizipation bei Veranstaltungen und Projekten, Nichteinhaltung von Terminen sowie das Abhalten von nicht gemeldeten Veranstaltungen.¹⁵¹⁴

Es ist zu bedenken, dass die aktive Kameradschaft „Rudolf Berthold“ lediglich 18 Mitglieder hatte. Ihr standen Ende des Sommersemesters bereits 130 Alte Herren gegenüber.¹⁵¹⁵ Wie das Kräfteverhältnis dann bei gemeinsamen Veranstaltungen war, ist vorstellbar. Wie kam es dazu, dass aus dem kleinen Kreis von 41 Alten Herren schließlich so viele wurden? Nicht jede Altherrenschaft hatte das Glück, mit einer Kameradschaft verbunden zu werden. So geschah es, dass Alte Herren von anderen Verbindungen auch der Altherrenschaft „Rudolf Berthold“ zugeteilt wurden. Der steten Werbung Memmels, aber sicherlich auch seinem Posten als Hochschulringführer war es geschuldet, dass noch 29 Alte Herren der Sängerschaft Saxo-Thuringia und neun vom Akademischen Turnverein Alsatia hinzukamen. Viele davon verband mit Adelpia schon zuvor eine Freundschaft. Bis 1944 zählte die Altherrenschaft Adelpia über 250 Mitglieder. Sie war damit sogar noch deutlich stärker als vor der Zerschlagung der Korporationen 1935.¹⁵¹⁶ Auch an dem neuen Fechtstil, der bewegten Säbelmensur, zeigten die Alten Herren Interesse.¹⁵¹⁷

Im Mai 1938 lud der Vorstand des Hausbauvereins die Alten Herren dazu ein, das 71. Stiftungsfest Adelpias möglichst zahlreich zu begehen, damit die Bundesbrüder wieder einmal mit ihren Leibburschen und Leibfüchsen zusammenkämen. Denen, die meinten, dies sei keine „Adelpia“ mehr, riet er, sich den Bundesbetrieb vor Ort einmal anzusehen. Denn: „Dieser steht dem zu den besten Zeiten der Adelpia gewiss nicht nach.“¹⁵¹⁸ Memmel rief hiernach die Adelphen dazu auf, dem NS-Altherrenbund beizutreten. Hierzu schrieb er:

¹⁵¹³ Semesterbericht der Kameradschaft „Rudolf Berthold“ für das Sommer – Semester 1938 vom Kameradschaftsführer Oskar Berndt. Würzburg, 27.6.1938. A6 39.

¹⁵¹⁴ Vgl. mehrere Briefe der Gaustudentenführer an die Kameradschaftsführer im Wintersemester 1937/38. A6 39.

¹⁵¹⁵ Semesterbericht Kameradschaft „Rudolf Berthold“, Sommersemester 1938.

¹⁵¹⁶ MEMMEL: Chronik der Burschenschaft Adelpia, S. 26

¹⁵¹⁷ Monatsbericht 2/WS 37/38. (Dezember 1937) Vom Kameradschaftsführer Oskar Berndt. A6 39.

¹⁵¹⁸ FÖRTSCH, HANS: Auf zum 71. Stiftungsfest. In: Mitteilungsblatt der Altherrenschaft Adelpia. Mai 1938, S. 1f.

„Die neue Altherrenschaft der Kameradschaft „Rudolf Berthold“ könnte freilich auch ohne Adelphen bestehen; der Zudrang aus uns fremden Kreisen wird von mir als dem Altherrenführer noch gedrosselt, weil ich will, dass wir Adelphen in diesem neuen Bund an erster Stelle stehen sollen, dass u n s e r Geist, dessen wir uns in keiner Sekunde zu schämen brauchen, darin wirken soll. Die jungen Kameraden fügen sich mit Begeisterung in unsere Gemeinschaft [...].“¹⁵¹⁹

Dementsprechend war sein Plan also tatsächlich, Adelpia zu konservieren und die jungen Kameradschaftsmitglieder entsprechend einzugliedern. Dies stellt einen klaren Widerspruch zu den Ideen der Parteileitung dar, die sich vor allem eine nationalsozialistische Erziehung, frei von Korporationsgedanken in ihren Kameradschaften wünschte. So wurde dann auch das 71. Stiftungsfest Adelpias gefeiert wie in alten Tagen. Der Alte Herr Bockemüller wies als Festredner darauf hin,

„[...] dass Adelpia ihren Wahlspruch auch in der Kameradschaft nicht ändern brauche, da sie stets auf dem Boden der jetzigen Forderung stand, und dass unser herrlicher Wahlspruch: ‚amico semper amicus‘ weiterlebe ebenso wie ‚Ehre, Freiheit, Vaterland‘.“¹⁵²⁰

Man bemühte sich also weiterhin, die alte Verbindung in möglichst vielen Facetten beizubehalten und der Kameradschaft überzustülpen. BERNHARD GRÜN beschreibt diesen Prozess als Korporativierung, der ab 1940 reichsweit zu beobachten war.¹⁵²¹ Doch genau das versuchten die Stellen in der NS-Studentenführung zu verhindern. Der neue Wahlspruch der Kameradschaft „Rudolf Berthold“ sollte ein Hitlerzitat sein: „Wer sein Volk liebt, beweist es einzig durch die Opfer, die er für dieses zu bringen bereit ist.“¹⁵²² Außerdem schickte der Leiter des Amtes für Politische Erziehung, Gerhard Mähner, am 7. Februar 1938 ein scharfes Schreiben an die Kameradschaften. In diesem war zu lesen, wie sehr sich die Kameradschaften von den Studentenverbindungen zu unterscheiden hätten:

„Die vom Reichsstudentenführer herausgegebenen „Richtlinien für die Kameradschaftserziehung“ enthalten das Erziehungsprogramm des NSDStB. Sie sind nicht nur Anregung für die Kameradschaftsführer, sondern Befehl. [...]

Eine politische Erziehung kann nicht schon darin erblickt werden, wenn wir die früher in den Korporationen üblich gewesene Kneipe heute Kameradschaftsabend nennen. Wenn heute hier und da Kameradschaften wieder das Schwergewicht auf gesellige Abende (sogar Kegelabende) legen, so beweist uns das, dass die in der Kameradschaft und in ihren Mitgliedern von Natur aus vorhandenen Kräfte kein geeignetes Betätigungsfeld im Rahmen unserer (!) Erziehung finden. [...]

¹⁵¹⁹ Memmel, Theo: Lieber Bundesbruder! In: Mitteilungsblatt der Altherrenschaft Adelpia. Mai 1938, S. 2-7, hier S. 7.

¹⁵²⁰ Mitteilungsblatt der Altherrenschaft Adelpia. Juni 1938, S. 1.

¹⁵²¹ GRÜN: Zwischen Fronteinsatz und Freiheitsklang, S. 61.

¹⁵²² Ordnung der Kameradschaft „Rudolf Berthold“. Angenommen am 17.2.1938. A6 39. Das Zitat stammt aus: HITLER: Mein Kampf, S. 474.

Es ist in einem Fall versucht worden, einen Uhrzipfel (Bierzipfel) „in zeitgemäßer Form“ herzustellen, wiederum ein Beweis dafür, dass die Phantasie der jungen Kameraden von dem Kameradschaftsführer nicht auf ernste und wichtige Gegenstände gelenkt worden ist. Die Herstellung oder das Tragen von den alten Bierzipfeln, ähnlichen Abzeichen wie auch das Tragen von Schlägernadeln ist allen Mitgliedern und Anwärtern des NSDStB. verboten. [...]

Die Bildung von Altherrenschaften hat in einigen Fällen dazu geführt, dass Bezeichnungen von in den Kameradschaften wieder verwendet wurden, für die wir überhaupt kein Verständnis haben.

- a) Folgende Ausdrücke dürfen in Zukunft nicht mehr gebraucht werden: „Aktive – Inaktive“, „Fuchsenstunde“, „Füchse“ (als Ausdruck für junge Kameraden), „Füchse annociieren“ u.ä.
- b) Man hört bisweilen, dass in den Kameradschaften „gekeilt“ wird. Wir erachten es als Nationalsozialisten unter unserer Würde, von „Keilen“ zu reden, wenn es darum geht, junge deutsche Menschen für unsere Idee und für unsere Arbeit zu werden. [...]
- d) [...] Der NSDStB. ist eine Gliederung der NSDAP. und ihre Gesetze finden auf ihn in vollstem Umfang Anwendung. Wir bitten die Kameradschaftsführer, sich zu überlegen, ob das, was sie vorhaben, auch in einem SA-Sturm vorstellbar ist.

Der Reichsstudentenführer hat durch den Erlass vom 5.10.37 den Aus-
trag von Bestimmungsmensuren unter Studenten untersagt. [...] Mit
dem Ausdruck Bestimmungsmensur war sinngemäß jede Schlägerpar-
tie gemeint.¹⁵²³

Mit dem erhofften Freiraum für studentische Traditionen war es somit offiziell wieder vorbei, gleichzeitig offenbart das Schreiben, wie schwer es sich darstellte, die genannten Traditionen durch Druck von oben vollständig zu tilgen. Nebenbei ist zu bemerken, dass auch die Gaustudentenführung Mainfrankens¹⁵²⁴ sowie die Kameradschaft „Rudolf Berthold“¹⁵²⁵ Kegela-
bende unter anderem mit Alten Herren abhielt. Die Kameradschaften streng nationalsozialistisch wie „in einem SA-Sturm“ durchzuziehen, blieb ein schwer umsetzbares Unterfangen. So sah sich Mähner gezwungen, in seinem nächsten Mitteilungsblatt vom 21. März 1938 haargenau die abzuhaltenen Veranstaltungen und deren Inhalte für die Kameradschaften auf 14 Seiten vorzuschreiben, bis hin zum Ablauf des gemeinsamen Mittagessens.¹⁵²⁶ Es ist verständlich, dass die derartige Durchorganisation eines Lebensabschnitts von der Parteileitung aus nur auf wenig Gegenliebe bei den

¹⁵²³ Mitteilungsblatt für die Kameradschaft, 7.2.1938, S. 1-8.

¹⁵²⁴ Einladungsschreiben des Leiters des Führungsamtes Scholtze an die Kameradschaften. Würzburg, 8.12.37. A6 39.

¹⁵²⁵ Kameradschaft „Rudolf Berthold“ Wochenplan vom 6.2. – 13.2.1938. Würzburg, 3-2-1938. A6 39.

Im Mitteilungsblatt der Altherrenschaft Adelpia vom März 1939 ist auf Seite 5 sogar zu lesen: „Alle Donnerstag abends fanden Kegela-
bende im Studentenhaus statt.“

¹⁵²⁶ Mitteilungsblatt für die Kameradschaft. Nr. 3. Vom Leiter des Amtes Politische Erziehung, Gerhard Mähner. München, 21.3.1938. A6 39.

jungen Studenten stoßen musste. Zur Masse an Pflichtveranstaltungen für Kameradschaftsmitglieder kam somit noch ein Mangel an Vergnügen. Studentenführer Hoos beschwerte sich über das Antreten der Kameradschaftsstudenten und den Gesamtappell der Studentenbundsgruppe: „Von ungefähr 500 Studentenbundskameraden des Gaues waren nur 147 bei einer hohen Beteiligung der HfL [Hochschule für Lehrerbildung] angetreten.“¹⁵²⁷ Ähnliches kritisierte der Leiter des Wirtschafts- und Sozialamtes Schenk:

„Für den 15. Mai war Termin zur Werbung der Hitler-Freiplatzspende angesetzt. Das Ergebnis war mehr als kümmerlich. Der größte Teil der Obengenannten [Kameradschaftsführer] hat überhaupt keine Meldung erstattet, oder Fehlanzeige erteilt. Der Gaustudentenführer ist über dieses Ergebnis empört.“¹⁵²⁸

Darüber hinaus legte ein Großteil der Mitarbeiter der Studentenführung bis zum Ende des Sommersemesters 1938 ihre Ämter nieder.¹⁵²⁹ Je mehr Druck und Reglementierung von oben kam, umso weniger zeigte sich Interesse von unten.

Dass die strengen Auflagen kaum umgesetzt wurden, zeigt ein weiterer Bericht aus dem Mitteilungsblatt der Altherrenschaft Adelpia vom März 1939:

„Wenn wir den Blick auf die jüngste Vergangenheit unseres Bundes richten, dann sehen wir eine frohe studentische Jugend, die wieder die Räume unseres Hauses mit ihrem Leben füllt, wir Adelphen sehen, dass die Arbeit und die Liebe, die wir unserem Lebensbund gewidmet haben, fruchtbar gewesen ist – die Jungkameradschaft, welche später die Last, die heute noch auf unseren Schultern ruht, tragen wird, steht in ehrlicher Freundschaft zu uns. Ein sichtbares Zeichen dieser Verbundenheit von guter studentischer Tradition und dem heutigen Studentenleben bot der würdige Verlauf der 72. Stiftungskneipe im vergangenen Wintersemester.“¹⁵³⁰

Somit war man bei Adelpia noch immer recht zuversichtlich, die Korporationsstrukturen trotz der Anordnungen aus der Reichsstudentenführung aufrechterhalten zu können. Das Mitgliederverzeichnis umfasste mittlerweile 152 Namen. Offensichtlich blieben die jungen Kameradschaftsmitglieder an den von der Altherrenschaft vermittelten Traditionen nach wie vor interessiert. Allerdings kamen aus München bereits neue Drohungen. Bis zum 1. Juni 1939 sollten alle Altherrenschaften, denen nicht wenigstens 60

¹⁵²⁷ Abschrift eines Briefes des Studentenführers Adam Hoos an alle Kameradschaftsführer. Ohne Datum. A6 39.

¹⁵²⁸ Brief des Leiters des Wirtschafts- und Sozialamtes H. Schenk an alle Kameradschaftsführer. Würzburg, 16.5.1938. A6 39.

¹⁵²⁹ Brief des Studentenführers Adam Hoos an seine Mitarbeiter. Würzburg, 9.5.1938. A6 39.

¹⁵³⁰ BOCKEMÜLLER, WILHELM: Zum 72. Stiftungsfest. In: Mitteilungsblatt der Altherrenschaft Adelpia. März, 1939, S. 1f.

Prozent der Mitglieder dem NS-Altherrenbund beigetreten sind, aufgelöst werden.¹⁵³¹

1939 wurden das Mitteilungsblatt der Kameradschaft „Rudolf Berthold“ und das der Altherrenschaft zusammengefasst. Es ist davon auszugehen, dass hierdurch auch stets ein Exemplar an die lokale Studentenführung ging, weshalb es unmöglich war, offene Kritik am NSDStB zu äußern oder gar über Korporationsaktivitäten zu berichten. Für den Teil der Altherrenschaft war Memmel verantwortlich. Trotz der Kriegszeiten nahm er weiterhin eifrig an den Kameradschaftsveranstaltungen teil. 1940 erhielt er von Scheel den Posten des Gauverbandsleiters des NS-Altherrenbundes. Nach eigenen Aussagen geschah dies jedoch angeblich, ohne ihn zu fragen, und er lehnte diese Ernennung sogar ab.¹⁵³² Am 17. Oktober 1941 wurde der NS-Altherrenbund feierlich im Braunen Haus in München in das Vereinsregister eingetragen. Hiermit und durch die Verabschiedung einer neuen Satzung in Würzburg am 18. Oktober 1941 bekam der NS-Altherrenbund eine eigene Rechtspersönlichkeit samt eigener Vermögensverfügung und dem Recht auf Selbstverwaltung. Auch Memmel nahm an beiden Veranstaltungen teil. Mit diesem neuen Zugeständnis der Parteiführung warb Memmel weiterhin um neue Alte Herren für seine Kameradschaft. Dies war durch den kriegsbedingten Einbruch an Beitragszahlungen auch notwendig.¹⁵³³ Im Mitgliederverzeichnis vom 1. Mai 1941 taucht auch erstmals wieder Paul Mays Name in der Mitgliederliste auf.¹⁵³⁴ Er wurde zuletzt im Mitgliederverzeichnis des Hausbauvereins vom Juni 1938 erwähnt.¹⁵³⁵

Im März 1941 war es gelungen, den Zweiten Bürgermeister Würzburgs, Dr. Oskar Dengel, für die Altherrenschaft Adelpias zu werben.¹⁵³⁶ Durch die berufliche Nähe zu Theo Memmel ist es wohl diesem zuzuschreiben, dass Dengel „gekeilt“, also für die Verbindung begeistert und aktiv gemacht werden konnte.

Im Laufe der Zeit verfügte Memmel ein beeindruckendes Netzwerk an lokal einflussreichen Persönlichkeiten, welche zum einen Adelpia protegierten, zum anderen auch neue Mitglieder werben konnten. Auf Würzburg bezogen sind dies folgende Personen:

¹⁵³¹ Mitteilungsblatt der Altherrenschaft Adelpia. März, 1939, S. 2ff.

¹⁵³² Protokoll Verhandlung Memmel. 25.11.47, Blatt 4 und 3. Verhandlungstag 27.11.47, Blatt 7. Der Gaustudentenführer Ernst Döller bestätigte dies vor der Spruchkammer.

¹⁵³³ MEMMEL, THEO: Liebe Kameraden und Alte Herren! In: Mitteilungsblatt der Kameradschaft und Altherrenschaft Rudolf Berthold, Januar 1942, S. 3f.

¹⁵³⁴ A. H. der Kameradschaft „Rudolf Berthold“ Würzburg. Stand am 1. Mai 1941. Ohne Paginierung.

¹⁵³⁵ Hausbauverein Adelpia e.V. Würzburg. Mitgliederverzeichnis nach dem Stande vom 1. Juni 1938, S. 4. Adelphenarchiv.

¹⁵³⁶ A. H. der Kameradschaft „Rudolf Berthold“ 1941.

**Gauleitung
Mainfranken**

Dr. Otto Hellmuth 1933
Gauleiter
Regierungspräsident

Fritz Conrad 1937
Gauinspekteur

Dr. Karl Hellmuth II 1937
Gaustabsamtsleiter

Martin Ferdinand 1937
Gauamtsleiter

Dr. Theodor Ulrich 1937
Gauamtsleiter

**Justiz in
Würzburg**

Dr. Johann Förtsch 1904
Landgerichtsdirektor,
Vorsitzender des Würzburger
Sondergerichts

Walter Weigand 1929
Amtsgerichtsrat

Landkreis Würzburg

Dr. Ludwig Rückert 1942
Landrat

**Stadtverwaltung
Würzburg**

Theo Memmel 1912
Oberbürgermeister
Hochschulringführer

Dr. Oskar Dengel 1941
Zweiter Bürgermeister
**Stellvertretender
Regierungspräsident von
Mainfranken**

Dr. Helmut Umhau
Stadtrechtsrat
Bl Arminia München

Dr. Erich Lauterbach 1938
Stadtrechtsrat

Michael Becker 1933
Ratsherr

Franz Friedrich 1937
Ratsherr

Robert Langguth 1943
Bauamtsdirektor
*(Stammkameradschaft "Neumark",
München)*

Erwin Suppinger 1943
Städtischer Oberbaurat
*(Stammkameradschaft "Carl Benz",
Karlsruhe)*

**Julius-Maximilians
Universität
Würzburg**

Prof. Dr. Wilhelm Bockemüller 1921
Institutsleiter Organische Chemie

Prof. Dr. Ernst Seifert 1937
Rektor

Prof. Dr. Arnold Brüggmann 1941
Institutsleiter deutsche Studentengeschichte

Prof. Dr. Eduard Eichler 1938
Hochschule für Musik
städtischer Beauftragter für Musik
(Akademischer Gesangverein)

Prof. Dr. Josef Münch 1938
Ordinarius im Direktorat des Zahnärztlichen Instituts

Prof. Dr. Martin Reichardt 1939
Lehrstuhlinhaber und Direktor der Psychiatrischen Universitätsklinik
(Saxo-Thuringia)

Prof. Dr. Eduard Eichler 1938
Medizin
(Akademischer Gesangverein)

Prof. Dr. Alfred Hart 1941
Medizin

Prof. Dr. Franz Schieck 1943
Lehrstuhl für Augenheilkunde
(Stammkameradschaft "Achim von Arnim", Heidelberg)

Dr. Alfons Schöberl 1938
a.o. Universitäts-Professor

Dr. Günther Briegleb 1939
a.o. Universitäts-Professor am Chemischen Institut

Dr. Rudolf H. Fritsch 1939
Zoologisches Institut

Dr. Ernst Döller 1937
Gaustudentenführer

Rolf Schenk 1938
Direktor des Vereins Studentenhilfe,
Leiter des Studentenwerks

Organigramm 5 Memmels lokales Kameradschaftsnetzwerk

Blau markiert sind bereichsübergreifende Positionen, kursiv und in Klammern die Ursprungsbünde. Die Jahreszahl steht für das Eintrittsdatum bei Adelpia, beziehungsweise der Kameradschaft „Rudolf Berthold“.

Ferner waren der Zweite Bürgermeister Wolpert und der Stadtrechtsrat Eugen Wirth korporiert, nicht aber Mitglied in Memmels Kameradschaft. Wolpert gehörte der Sängerschaft Saxo-Thuringia Würzburg an, Wirth war bei der fakultativ schlagenden und farbenführenden Fridericiana Erlangen,

Sängerverbindung im Sonderhäuser Verband und der Kameradschaft „Florian Geyer“ Würzburg aktiv.¹⁵³⁷

Am 6. Dezember 1941 gab Memmel mit einer anschließenden Diskussion die neue Satzung des NS-Altherrenbundes und die damit verbundenen Neuerungen auf dem Adelphenhaus bekannt.¹⁵³⁸ Zu seinem 50. Geburtstag fand am 17. Januar 1942 eben dort ein großer festlicher Abend statt. Bei diesem war auch der stellvertretende Gaustudentenführer Siber anwesend.¹⁵³⁹

Ausgerechnet der Krieg brachte für die ehemaligen Korporationen mehr Gestaltungsfreiraum. Neben der neuen NS-Altherrenbundsatzung wurden im Mitteilungsblatt vom Oktober 1942 die Angehörigen der Kameradschaft „Rudolf Berthold“ nunmehr in 37 „Jungburschen“ und 34 „Burschen und Altburschen“ eingeteilt, statt in Kameraden. Diese Benennung war eine Rückkehr zur korporativen Nomenklatur. Außerdem ist diesen Zahlen zu entnehmen, dass das Kameradschaftsleben auf dem Adelphenhaus prosperierte. Die wöchentlichen Stammtische zusammen mit Alten Herren waren ebenfalls gut besucht.¹⁵⁴⁰ Die Kameradschaft hatte nun auch den alten Wahlspruch Adelphias „*amico semper amicus*“ angenommen.¹⁵⁴¹ Allerdings wurden auch Opfer in Punkten der Tradition gebracht. In einer außerordentlichen Hauptversammlung des Hausbauvereins am 27. Juni 1942 beschloss man, den Namen der Altherrenschaft nun ebenfalls in „Rudolf Berthold“ umzuändern, und die Mustersatzung des NS-Altherrenbundes anzunehmen.

„Im 75. Jahre ihres Bestehens hat die ehemalige Burschenschaft Adelpheia diesen entscheidenden Schritt getan in der Erkenntnis, dass nur so eine Mitarbeit „am Neuaufbau des deutschen Studenten- und Altherrentums möglich sei, um die hohen inneren Werte, die es in der Vergangenheit geschaffen, gepflegt und von Geschlecht zu Geschlecht überliefert hat, dem studentischen Nachwuchs zu erhalten“.¹⁵⁴²

Wir wissen dieses Opfer zu schätzen; doch wenn auch Name und Form verschwunden sind, der Geist der alten Gemeinschaft soll weiterleben. Mit diesem Beschluss hat unsere Altherrenschaft die Eigenschaft eines eingetragenen Vereins und ist Eigentümerin des Hauses geworden.“¹⁵⁴³

¹⁵³⁷ Abschied von Stadtrechtsrat Wirth. Mainfränkische Zeitung, Nr. 228, 29.9.1942.

¹⁵³⁸ Mitteilungsblatt der Kameradschaft und Altherrenschaft Rudolf Berthold, Januar 1942, S. 5 und 10.

¹⁵³⁹ Mitteilungsblatt der Kameradschaft und Altherrenschaft „Rudolf Berthold“. Oktober 1942, S. 2f.

¹⁵⁴⁰ Ebenda, S. 2f.

¹⁵⁴¹ Mitteilungsblatt der Kameradschaft und Altherrenschaft „Rudolf Berthold“. Nr. 11. März 1943, S. 2.

¹⁵⁴² Hierbei handelt es sich um ein Zitat aus der Präambel Scheels zur neuen Satzung.

¹⁵⁴³ Memmel, Theo: Bericht des Altherrenschaftsführers. In: Mitteilungsblatt der Kameradschaft und Altherrenschaft „Rudolf Berthold“. Oktober 1942, S. 4.

Durch dieses Zugeständnis, zu dem aber anscheinend alle bei dieser Versammlung Anwesenden bereit waren, konnte ein Stück Freiheit wiederverkauft werden. Die Altherrenschafft war nun auch Heimstätte für Teile der ehemaligen Verbindungen Saxo-Thuringia und Alsatia. Gründungsdatum für die Altherrenschafft „Rudolf Berthold“ sollte der 11. Juni 1937 werden, der Tag, an dem das Haus der Kameradschaft übergeben worden war. Die neue Satzung der Altherrenschafft „Rudolf Berthold“ als Nachfolger der zu fusionierenden waffenstudentischen Verbindungen Burschenschaft Adelpia, Sängerschaft Saxo-Thuringia und der Akademischen Turnverbindung Alsatia genehmigte der Reichsstudentenführer Scheel am 24. August 1942. Über die Neuaufnahme von Mitgliedern in die Altherrenschafft entschied laut Satzung allein der Altherrenschafftsführer nach den Richtlinien des NS-Altherrenbundes. Dieser benannte auch einen Schriftführer als seinen Stellvertreter, den Kassenverwalter und Beiräte. Die Organe der Altherrenschafft waren der Altherrenschafftsführer und die jährlich einzuberufende Mitgliederversammlung. Der Altherrenschafftsführer wurde vom NS-Altherrenbundsführer bestellt und abberufen, die Mitgliederversammlung hatte lediglich Vorschlagsrecht.¹⁵⁴⁴ Wie zu erwarten war, hatte Memmel somit auch mit der neuen, weiterhin nach dem Führerprinzip ausgerichteten Satzung eine große Machtfülle.

1942 schrieb Memmel den 1865 geborenen und 1887 recipierten Apotheker Hans Winkelmann in Illertissen an, und bat ihn, der Altherrenschafft der Kameradschaft „Rudolf Berthold“ beizutreten. Winkelmann antwortete ihm jedoch, dass er, der schon bei seiner Recipierung Freimaurer gewesen war, nicht einer Organisation des NSDStB angehören könne. Memmel gab die Korrespondenz hierauf an zwei andere Bundesbrüder weiter, die Winkelmann am 27. Dezember 1942 mitteilten, dass für alte Adelphen die Türe zur Verbindung niemals verschlossen sei.¹⁵⁴⁵ Der Lebensbund scheint für Memmel Priorität gegenüber dem Reglement der Partei besessen zu haben, oder er sah das Freimaurertum entgegen der herrschenden Ideologie als nicht verwerflich an. Memmel war bezüglich seiner Studentenverbindung – ganz ideologiefremd – tolerant.

Dennoch sah Winkelmann zu diesem Zeitpunkt von einem Beitritt ab.¹⁵⁴⁶ Ein Jahr vor seinem Tod bat er Memmel im Jahr 1954 dann, der wiedergegründeten Adelpia beitreten zu dürfen.¹⁵⁴⁷

¹⁵⁴⁴ Satzungen der Altherrenschafft „Rudolf Berthold“ Würzburg. München, 24.8.1942. In: Mitteilungsblatt der Kameradschaft und Altherrenschafft „Rudolf Berthold“. Oktober 1942, S. 16-20.

¹⁵⁴⁵ Brief von Hans Winkelmann an Theo Memmel. Illertissen, 17.3.1954. Schriftverkehr Theo Memmel. Adelpenarchiv.

¹⁵⁴⁶ Jedenfalls taucht er in keinem Mitgliederverzeichnis bis zum letzten Mitteilungsblatt vom September 1944 auf.

¹⁵⁴⁷ Brief Winkelmann an Memmel.

Am 9. März 1943 fiel Memmels Sohn Hans Erich im 22. Lebensjahr als Obergefreiter bei einem Panzer-Kradschützenbataillon in Russland und wurde in Shisdra begraben.¹⁵⁴⁸ Er war noch nicht einmal 22 Jahre alt geworden. 1940 hatte er noch die Prüfung zum Drogisten bestanden.¹⁵⁴⁹ Der Alte Herr Dr. *med.* Karl Gruber besuchte schon bald darauf dessen Grab in Russland.¹⁵⁵⁰ Man kann sich vorstellen, wie schwer es sein muss, den eigenen Sohn irgendwo in einem fremden Land zu verlieren, oder die Möglichkeit, sich wenigstens vom Leichnam zu verabschieden. Dementsprechend wichtig muss der Besuch des Grabes durch AH Gruber für Memmel gewesen sein. Auch hier zeigt sich wieder die Verbundenheit der Korporation.

Trotz der Aufgabe des Namens Adelpia stabilisierte sich das korporative Zusammenleben weiterhin. So feierte die Kameradschaft eigenständig in Verbindung mit der Altherrenschaft eine Semesterantrittskneipe. Derartige von den Kameradschaftsmitgliedern ausgehende war wenige Jahre zuvor noch streng verboten gewesen.¹⁵⁵¹ Derweil verbot Reichsstudentenführer Scheel die Austragung von Messuren mit scharfen Waffen in jeglicher Art bis zum Kriegsende.¹⁵⁵² Zuwiderhandlungen betrachtete die Wehrmacht als Selbstverstümmelung, also Wehrkraftzersetzung.¹⁵⁵³ Bestraft wurde dies mindestens mit Gefängnis oder Zuchthaus.¹⁵⁵⁴ Doch darum schien sich niemand so recht zu scheren. Den Anfang machten in Würzburg die Burschenschaften Arminia und Germania sowie die Corps Rhenania und Moenania. 1941 stellten sie wieder die ersten Partien. Eine Fotografie etwa zeigt Mitglieder der Kameradschaft „Ulrich von Hutten“, vormals Burschenschaft Arminia Würzburg, mit frischen Schmissen. Alle tragen Uniform und darüber das Verbindungsband. Diese Aufnahme wurde am 21. Juli 1941 gemacht, einen Tag vor dem Angriff auf die Sowjetunion.¹⁵⁵⁵ Der Drang zur Messur überschritt sogar die sonst üblichen Grenzen, dass Burschenschafter und Corpsstudenten nicht miteinander fochten. Aus dieser Zusammenarbeit dürfte auch die unübliche Konstellation begründet sein, dass im

¹⁵⁴⁸ Todesanzeige Hans Erich Memmel. In: Völkischer Beobachter (süddeutsche Ausgabe). Nr. 86, 27.3.1943.

¹⁵⁴⁹ Schreiben des Geschäftsführers der Industrie- und Handelskammer Würzburg an OB Memmel. Würzburg, 5.4.1940. Magistratsakten Sign. 119 h.

¹⁵⁵⁰ Mitteilungsblatt der Kameradschaft und Altherrenschaft „Rudolf Berthold“, Mai 1943, S. 6 und 8.

¹⁵⁵¹ BRUNN, VALENTIN: Liebe Kameraden! In: Mitteilungen der Kameradschaft und Altherrenschaft „Rudolf Berthold“. Nr. 12. Mai 1943, S. 2.

¹⁵⁵² Mitteilungen der Kameradschaft und Altherrenschaft „Rudolf Berthold“. Mai 1943, S. 9.

¹⁵⁵³ GOLÜCKE: Das Kameradschaftswesen in Würzburg, S. 188.

¹⁵⁵⁴ § 5 Verordnung über das Sonderstrafrecht im Kriege und bei besonderem Einsatz (Kriegssonderstrafrechtsverordnung). Vom 17. August 1938. RGBl I 1939, S. S.1455ff.

¹⁵⁵⁵ Anlage 6.

Würzburger Waffenring bis heute Burschenschaften, Landsmannschaften und Corps zusammengeschlossen sind.¹⁵⁵⁶

1941 suchte auch die Kameradschaft „Rudolf Berthold“ Fühlung mit dem neuen Kreis fechtender Kameradschaften. Die erste Mensur focht im Wintersemester 1941/42 der Kameradschaftsführer Hans Börning selbst.¹⁵⁵⁷ Schon bald fanden sich weitere ehemalige waffenstudentische Verbindungen in Würzburg wieder zu einem richtigen Waffenring zusammen, in dem Messuren und Pauktage verabredet wurden. Selbst zwei Berliner Bünde an der militärärztlichen Akademie stellten in Würzburg Partien.¹⁵⁵⁸ Zwei noch erhaltene Fotografien zeigen beispielsweise Waldmessuren zwischen Angehörigen der Burschenschaft Arminia und der Corps Rhenania und Moenania.¹⁵⁵⁹ Die Neuaufnahme von Paukanten musste der Waffenring genehmigen, um das Messurwesen vor Verfolgungen zu schützen, weswegen besonders politisch aktive Studenten abgelehnt wurden. So war es möglich, dass bis 1944 kein einziger Pauktag gestört wurde. Die Mitglieder der Kameradschaft „Rudolf Berthold“ hatten zunächst zwei, später sogar vier Pflichtpartien zu bestreiten. Wer sich weigerte, trat entweder aus oder wurde als nicht zur Kameradschaft passend ausgeschlossen.¹⁵⁶⁰ Die Kameradschaft „Rudolf Berthold“ stellte bis mindestens März 1944 etwa 60-70 Partien; bis in das Wintersemester 1944/45 existierte ein Paukbetrieb.¹⁵⁶¹ Gefochten wurde allerdings nur auf Korbschläger, die Austragung von Säbelmessuren erschien doch zu gefährlich. Die meisten Pauktage hielt man auf den Verbindungshäusern ab, ebenso im Wald und sogar auf dem Waldfriedhof. Sogar ein Allgemeiner Waffenring war angedacht, doch dieser Plan wurde im Wintersemester 1943/44 fallen gelassen. Mittlerweile waren die Teilnehmerzahlen zu groß geworden, man fürchtete ein Aufliegen von Pauktagen.¹⁵⁶² Gerüchte sickerten durch. Schließlich sollte 1943 sogar die Geheime Staatspolizei wegen über 300 nachgewiesener Messuren ermitteln. Die unterband jedoch der Stellvertreter des Amtschefs des NS-Altherrenbundes, Gerhard Pallmann.¹⁵⁶³ Im Sommersemester 1944 kam eigens ein Leiter des politischen Amtes der Reichsstudentenführung für eine Woche nach Würzburg, um gegen das Fechten vorzugehen. Er nötigte den

¹⁵⁵⁶ NACHREINER, FRITZ: Corpsstudenten im Kampf gegen NS-Gewalten (1940-45). In: Der Convent. Akademische Monatsschrift. Jahr 13, Heft 5. Mai 1962, S. 114-120, hier S. 116.

¹⁵⁵⁷ RETTELBACH: 100 Jahre Adelpia, S. 59.

¹⁵⁵⁸ NACHREINER: Corpsstudenten im Kampf gegen NS-Gewalten, S. 116.

¹⁵⁵⁹ GLADEN, PAULGERHARD: Gaudeamus igitur. Die studentischen Verbindungen einst und jetzt. München, 1986, S. 202.

¹⁵⁶⁰ RETTELBACH: 100 Jahre Adelpia, S. 59f.

¹⁵⁶¹ RETTELBACH: 100 Jahre Adelpia, S. 59.

¹⁵⁶² NACHREINER: Corpsstudenten im Kampf gegen NS-Gewalten, S. 116f.

¹⁵⁶³ MEMMEL: Chronik der Burschenschaft Adelpia, S. 24. Pallmann (1906-1956) gehörte der Verbindung Lunaburgia im Miltenberger Ring an. Er war begeisterter Sänger und eine wichtige Person der Jugendmusikbewegung. LÖNNECKER, HARALD: „... den Kern dieses ganzen Wesens hochzuhalten und ... zu lieben.“ Theodor Litt und die studentischen Verbindungen. Frankfurt a.M., 2005, S. 46.

Kameradschaftsführern das Versprechen ab, nicht mehr zu pauken. Am 17. Juli 1944 wurde auf dem Huttenschlösschen, dem einstigen Haus des Corps Rhenania, der Waffenringkommers gefeiert, während zur gleichen Zeit eine Tagung des NSDStB in Anwesenheit Scheels in Würzburg stattfand. Als der Consenior des Corps Rhenania auf jenem Kommers eine Rede über die Unvereinbarkeit des Waffenstudentischen Prinzips mit dem des NSDStB hielt, wurde er anschließend festgenommen. Jemand hatte ihn verraten. Er schrieb es den Wirren durch die alliierte Invasion zu, dass es zu keinem Kriegsgerichtsprozess kam. Misstrauen war dennoch gesät worden.¹⁵⁶⁴

Die relative Sicherheit vor Verfolgung garantierte unter anderem auch der Alte Herr Dr. *med.* Ernst Döller, denn dieser war seit Juni 1944 Gaustudentenführer von Mainfranken geworden.¹⁵⁶⁵ Memmel schrieb 1957 in seiner Chronik:

„Da aber in Würzburg Gauleiter und Kreisleiter, HJ- und SA-Führer, Gaustudenten- und Hochschulringführer dieser Entwicklung zumeist wohlwollend, zum Teil sogar aktiv mitwirkend gegenüberstanden, konnte man hier bis zum Ende des Krieges ein Verbindungsleben, einschließlich des Fechtens, führen, das sich kaum von dem aus der Zeit vor 1936 unterschied.“¹⁵⁶⁶

Die positive Einstellung der lokalen Machthaber kam nicht von ungefähr, sondern war ein Produkt, das Memmel maßgeblich beeinflusst hatte. Man lud zunächst wichtige Persönlichkeiten zu Festivitäten ein. Diese erschienen dann auch, weil auf dem Adelphenhaus andere einflussreiche Personen wie etwa der Gauleiter oder Memmel vorzufinden waren. Denn wenn die eigenen Vorgesetzten an einer derartigen Vergemeinschaftungsform partizipierten, konnte dies nichts Schlechtes sein. Außerdem war es opportun und bot Möglichkeiten für vertrauliche Gespräche und zum Netzwerken. In vielen Fällen gelang es dann sogar noch, die Verkehrsgäste in den Bund zu überführen. Zudem hätte ein Aufliegen des geheimen Korporationswesens angesichts seiner Ausmaße eine vollständige Bankrotterklärung der Verantwortlichen bedeutet.

Die große Anzahl an ausgetragenen Messuren in Würzburg während des Krieges, bei denen nicht nur die körperliche Unversehrtheit aufs Spiel gesetzt, sondern auch strenge Verbote missachtet wurden, zeigen wie sehr die als nationalsozialistische Kadenschmiede angedachten Kameradschaften von den ehemaligen Korporationen mit ihrem Geist und ihren Traditionen durchdrungen waren. Dies war unter anderem auch dadurch möglich, da die überzeugten Nationalsozialisten der Anfangsjahre durch Krieg und

¹⁵⁶⁴ NACHREINER: Corpsstudenten im Kampf gegen NS-Gewalten, S. 118.

¹⁵⁶⁵ MODEL, BERT: Bericht der Kameradschaft vom Sommer-Semester 1944. In: Mitteilungsblatt der Kameradschaft und Altherrenschaft „Rudolf Berthold“. Nr. 16. September 1944, S. 3f.

¹⁵⁶⁶ MEMMEL: Chronik der Burschenschaft Adelpheia, S. 26.

Studienende aus den Kameradschaften verschwanden, während die Altherrenschafft stetigen Einfluss auf die nachkommenden jungen Mitglieder ausübte. Diesen schien das Verbindungsleben sehr zu gefallen. Es ist ein äußerst interessanter Umstand, dass während in den letzten beiden Kriegsjahren der Umgang mit dem eigenen Volk immer radikaler wurde, die NSDAP nicht sonderlich gegen ihre Studenten einschritt, die anfangen immer mehr ein unkontrolliertes Eigenleben zu führen.¹⁵⁶⁷

EDUARD RETTELBACH schrieb in seiner Chronik zum 100-jährigen Bestehen Adelphias, dass mit der Wiederaufnahme des Fechtbetriebs auch der Ausdruck „Kameradschaft“ aus dem internen Sprachgebrauch verschwand. Dort hieß man wieder „Burschenschaft Adelpia“, andere schlagende Kameradschaften wurden ebenfalls wieder mit ihrem üblichen Verbindungsnamen titulierte. In Rücksprache und Billigung Memmels beschloss man, die Tradition Adelphias fortzuführen, inklusive deren Abzeichen, die auch bei allen Veranstaltungen auf dem Haus getragen wurden. Auch das Konventsprinzip ersetzte wieder das Führerprinzip. Die Chargierten wurden gewählt und der Sprecher hiernach als Kameradschaftsführer bei der Studentenführung vorgeschlagen. Nach außen hin mimte man weiterhin den Kameradschaftsbetrieb.¹⁵⁶⁸ Von alledem berichtete der Kameradschaftsführer Leo Hegwein in vielen, dafür aber recht vagen Worten im Mitteilungsblatt vom April 1944:

„Das beste Zeichen für die Richtigkeit unseres Kurses war für mich die Tatsache, dass alle von Euch Soldaten, die uns als Urlauber besuchten und sich auf dem Haus wieder umsahen, restlos begeistert waren und sich mit dem Geist der Kameradschaft immer noch, vielleicht sogar in erhöhtem Maße einverstanden erklärten. Seit ihr weg seid, hat sich manches geändert! Es herrscht eine etwas andere Auffassung von unseren Pflichten und Aufgaben bei uns! Auch die Methoden und Wege sind teilweise andere geworden. Ich glaube aber, gerade aus dem begeisterten Mitgehen unserer Frontsoldaten und den Urteilen unserer am Kameradschaftsleben interessierten Alten Herren, und das sind zum Glück nicht gerade wenige, zeigt sich am deutlichsten, dass dieser unser neuer Kurs richtig ist auf dem Wege zur Verwirklichung des Wahlspruches unserer Traditionsverbindung „Amico semper amicus“, und dass dieser unser neuer Aufschwung all der Dinge, die uns zutiefst bewegen, der Ausdruck der Frontgeneration ist, der wir alle angehören. Und dieser Geist soll bei uns weiterbestehen und immer weiter ausgebaut werden. Es wird mancher von Euch bei seiner Rückkunft andere Zustände antreffen, als er sie von seinem letzten aktiven Semester vor Jahren in Erinnerung hat.“¹⁵⁶⁹

Das Adelphenhaus wurde während des Krieges für die Studenten, Heimkehrer, Verwundeten und Beurlaubten sowie die Alten Herren zu einem

¹⁵⁶⁷ GOLÜCKE: Das Kameradschaftswesen in Würzburg, S. 188.

¹⁵⁶⁸ RETTELBACH: 100 Jahre Adelpia, S. 60f.

¹⁵⁶⁹ HEGWEIN, LEO: Semesterbericht der Kameradschaft. In: Mitteilungsblatt der Kameradschaft und Altherrenschafft „Rudolf Berthold“, April 1944, S. 2ff., hier S. 2.

ungestörten Mittelpunkt des Austausches sowie des kriegsfernen Frohsinns, bei dem wieder alten studentischen Traditionen gehuldigt wurde. Darunter befanden sich gerade auch all jene bei der NS-Studentenführung verpönten Sitten. Mitten im Krieg begann das Korporationsleben heimlich wieder zu blühen. Hegwein wünschte seinen Kameraden und Alten Herren zum Abschluss seines Semesterberichts sogar weiterhin viel „Waffenschwein“.¹⁵⁷⁰ Hierbei handelt es sich eigentlich um einen Gruß, der dem Paukanten bei der Mensur viel Glück wünschen soll. Schon wenige Monate später wurden die Worte des neuen Kameradschaftsführers noch deutlicher: „Wir können heute schon sagen, dass wir die Bestimmungsmensur als ein studentisches Erziehungsmittel nicht missen wollen.“¹⁵⁷¹

Memfels Bestrebungen, die lokalen Machteliten in seinen Bund einzuarbeiten waren für den Bestand der Verbindung erfolgreich. So wurde auch bei Adelpia unter dem Deckmantel der Kameradschaft die alte Korporation regelrecht wiedergegründet, wie dies beispielsweise ebenfalls beim Corps Guestphalia geschehen war.¹⁵⁷² Der Gaustudentenführer und Bundesbruder Memfels, Ernst Döller, sagte:

„Ich kann nur sagen, dass er [Memfel] für den Studentenbund gar nichts übrig hatte, wie mir damals die Studenten alle sagten.

Im Jahre 1944 war ein Geheimbund gegen den damaligen Studentenbund entstanden, dessen ursprünglicher Geist wohl Memfel war.

Vorsitzender verliest aus Reden des Memfel, die das Gegenteil behaupten und bezeugen.

Döller: Ich weiß, dass er den Studentenbund als Nachfolger der „alten Waffen“ abgelehnt hat, denn ich weiß, dass er sagte, dass er sich eindeutig hinter die Studenten stellt, die gegen den Studentenbund sind und die ihn ablehnten.“¹⁵⁷³

Natürlich müssen das geschriebene und das gedachte Wort nicht immer Hand in Hand gehen. Bei Memfel wird dies in jenem speziellen Punkt ähnlich gewesen sein. Er war seit dem Wiedererstehen der ehemaligen Verbindungen in Form von Kameradschaften der Mann und das Gesicht Adelpias, der alles zusammenhielt und eifrig förderte. Die Freundschaft, die er im Bund kennengelernt hatte, war ihm hierbei offensichtlich wichtiger als die Bestimmungen des NSDStB. Auf diesem Wege – und nur diesem – handelte er gegen die Parteilinie. Dies geschah, indem er als

¹⁵⁷⁰ HEGWEIN: Semesterbericht der Kameradschaft, S. 4.

¹⁵⁷¹ MODEL, BERT: Bericht der Kameradschaft vom Sommer-Semester 1944. In: Mitteilungsblatt der Kameradschaft und Altherrenschaft „Rudolf Berthold“. Nr. 16. September 1944, S. 3f. Diese Satz strich Memfel mehrfach rot an; das Fechten blieb für ihn ein wichtiger Bestandteil des Verbindungslebens.

¹⁵⁷² WESKAMP, MANUEL: Auflösung und Neubeginn im Krieg: Von der Weimarer Republik ins „Dritte Reich“. In: SCHMITT, PETER-PHILIPP (Hrsg.): Corps Makaria-Guestphalia zu Würzburg 1863-2013. Festschrift zum 150. Stiftungsfest. Würzburg, 2013, S. 41-108, hier S. 100-104.

¹⁵⁷³ Protokoll Verhandlung Memfel. 3. Verhandlungstag. 27.11.47, Blatt 7.

Altherrenschaffsführer und Oberbürgermeister das Leben alter verbotener Traditionen förderte und protegierte.

Derweil war es am 20. Juli 1944 zum Stauffenbergattentat gekommen. Im Mitteilungsblatt seiner Kameradschaft „Rudolf Berthold“ sah Memmel die Notwendigkeit, über dieses Geschehnis zu berichten:

„Wir alle stehen unter dem Eindruck des ruchlosen Mordanschlages auf den Führer. „Rotfront“ war uns allen zum Begriff und zur vollen Klarheit geworden, über das Wort „Reaktion“ hatte vielleicht mancher gelächelt, mancher geglaubt, dass dahinter nichts stecke. Nun war offenkundig geworden, zu welcher gemeinen Feigheit und gangsterhaften Banditentum sich Reaktionäre, Angehörige alter Adelsgeschlechter, versteigen konnten. Klar wurde aber auch, welche geringe Gefolgschaft diese Clique hinter sich hatte. Als das deutsche Volk in tiefster Dankbarkeit und Erlösung erfahren hatte, dass der Führer lebe, ging es über den ganzen Spuk zur Tagesarbeit über. Wir Akademiker aber wollen darüber wachen, dass sich in unsere Reihen keine Zweifler, keine Halben und Lauen einschleichen. Der Reichsstudentenführer hat in einem feierlichen Appell die Altherrenschaften verpflichtet, dass für Leute, „die ihr Bekenntnis von Bedingungen abhängig machen wollen, die sich nicht bedingungslos und vorbehaltlos zum Führer und seiner Weltanschauung bekennen, in seinen Reihen kein Platz ist“. „Die Treue zum Führer ist heiliger als jede persönliche Freundschaft, und nur in ihr allein kann das Bekenntnis zu unseren Lebensgemeinschaften gipfeln.“¹⁵⁷⁴

Hier zeigt sich Memmel recht deutlich als noch immer führertreuer Nationalsozialist, der viele negative Adjektive fand, um die Attentäter zu beschreiben. Selbst unter der Prämisse, dass Memmel nur sehr wenig über Verlauf und Umfang des Umsturzversuchs wusste, sind dies recht deutliche Worte. Damit nicht genug, rief er auch zur Wachsamkeit auf. Allerdings ist zu bemerken, dass viele Deutsche das Attentat nicht als Möglichkeit der Befreiung sahen, sondern als Verrat in einer Zeit höchster Not.¹⁵⁷⁵

Derweil träumte man noch von dem Neubau eines größeren Kameradschaftshauses nach dem Krieg. Schon seit dem Stiftungsfest 1943 wurden hierfür Spenden gesammelt, an denen sich auch Memmel beteiligte.¹⁵⁷⁶ Doch es kam anders: „Mit der Vernichtung des Hauses in der Brandnacht des 16.3.1945 verlosch auch die Kameradschaft.“¹⁵⁷⁷

Die Kameradschaft „Rudolf Berthold“ stand im Krieg nicht in Opposition zur NS-Regierung, wohl aber zum NS-Studentenbund und dessen

¹⁵⁷⁴ MEMMEL, THEO: Aus der Altherrenschafft. In: Mitteilungsblatt der Kameradschaft und Altherrenschafft „Rudolf Berthold“. September 1944, S. 5f.

¹⁵⁷⁵ FINKER, KURT: Der 20. Juli 1944. Militärputsch oder Revolution? Berlin, 1994, S. 280ff.

¹⁵⁷⁶ MEMMEL, THEO: Neubau eines Kameradschaftshauses nach dem Kriege. In: Mitteilungsblatt der Kameradschaft und Altherrenschafft „Rudolf Berthold“. September 1944, S. 13f.

¹⁵⁷⁷ Bundeszeitung. August 1961, S. 11.

Vorgaben, indem man verbotene Abzeichen trug und alte Traditionen bis hin zum Messurenfechten hochhielt. Dies meint auch RETTELBACH:

„Alle beteiligten Adelphen, soweit sie zu diesen Fragen überhaupt Stellung genommen haben, erklärten übereinstimmend, dass ihr Verhalten mit einem „Widerstand“ im politischen Sinne absolut nichts zu tun hatte. Die aus dem Fronteinsatz zurückgekehrten Studenten hatten es nach Hitlerjugend, Arbeitsdienst und sonstiger Schulung einfach satt, ewig am Gängelband geführt zu werden und fühlten sich berechtigt, ihr studentisches Leben nach eigenem Gutdünken zu gestalten, wobei sich die Studentenführung gegenüber diesen fronterfahrenen, kriegsversehrten und zum Teil hochdekorierten Soldaten von vornherein höchst unsicher fühlte.“¹⁵⁷⁸

RETTELBACH geht davon aus, dass es vor allem eben jene Frontgeneration war, die eigenständig das Verbindungswesen wieder zum Erblühen brachten und weniger die finanzielle Hilfe oder gar Druck der Alten Herren.¹⁵⁷⁹ Dem ist insofern Recht zu geben, als dass die jungen Kameradschaftsmitglieder aktiv einen Freiraum suchten, in dem sie sich abseits von militärischen oder parteipolitischen Hierarchien, Diensten und Verpflichtungen bewegen konnten. Andererseits müssen Alte Herren mitgewirkt haben, denn sonst hätten die alten Traditionen nicht erneut wieder gelebt werden können.

Einige Korporationen konnten sich durch ihr bei der Auflösung erlittenes Unrecht gegen den NSDStB und die NSDAP behaupten und erhielten durch einen Politikwechsel wieder Freiräume, die sie eifrig ausnutzten. Diese wiedergewonnene Teilfreiheit, die seltsamerweise gerade in den schwersten Kriegsjahren blühte, wurde jedoch nicht auf andere Lebensbereiche ausgeweitet. Um beim früher genannten Vergleich der deutschen Kleinstaaterei und der zersplitterten Korporationswelt zu bleiben: War die Reichseinigung aus staatspolitischer Hinsicht ein Erfolgsmodell, fanden viele junge Männer die Gleichförmigkeit der Kameradschaften als öde und langweilig. Umso interessanter – gerade weil verboten – konnte da eine Gemeinschaft wirken, in der gerne gesellig und alkoholgestärkt ein alter Geist wider die Obrigkeit besungen wurde, man seine Männlichkeit an der Klinge unter Beweis stellen konnte und sich die *studiosi* durch bunte Bänder unterschieden und miteinander konkurrierten. Die geheime Korporationswelt unter dem Deckmantel der Kameradschaften bot somit Studenten und Fronturlaubern nicht nur den Reiz des Verbotenen, sondern auch einen relativ ungestörten Freiraum fernab des von oben durchgeregelten Alltags, zumindest für einige Stunden. Abseits dieses Tuns schlüpfte jedoch jeder wieder brav in seine ihm zugewiesene Rolle als Volks- oder Parteigenosse.

¹⁵⁷⁸ RETTELBACH: 100 Jahre Adelpheia, S. 61.

¹⁵⁷⁹ Ebenda, S. 61.

In Bezug auf Memmel konnte in diesem Kapitel ein Widerspruch in seinem Lebenslauf festgestellt werden. In der auf Adelpia fußenden Kameradschaft „Rudolf Berthold“ wurde nicht nur dank ihm eklatant gegen die Richtlinien des NSDStB und der NSDAP verstoßen. Memmel trat klar als nationalsozialistischer Oberbürgermeister auf und stand auch stets voll hinter der Ideologie seiner Partei. In seiner Studentenverbindung hingegen blieb er weiterhin recht tolerant gegenüber Andersdenkenden und einigen dem Regime unliebsamen Personen.

XII. Zugehörigkeit zu NS-Organisationen und Vereinen

Der Nationalsozialismus spannte ein weites Netz aus Organisationen über die deutsche Bevölkerung, dem sich niemand leicht entziehen konnte. Je höher die Position war, die man erreichte, desto mehr Parteigliederungen gehörte man auch an. Gründe sind Opportunismus, Gleichschaltung alter Vereine (z.B. Stahlhelm), tatsächliche Überzeugung oder Ehrenränge. Auch May und vor allem Memmel gehörten einer Vielzahl von NS-Organisationen an. Deren Verquickungen in das System sind unten tabellarisch dargestellt. Anschließend werden einige Organisationen zum besseren Verständnis ihrer Rolle vorgestellt. Vereinigungen, in denen sowohl May als auch Memmel Mitglied waren, sind fett hervorgehoben. Falls nicht anders markiert sind die Angaben Memmels und Mays Entnazifizierungsfragebögen entnommen. Bei Memmel sind einige Mitgliedschaften nur durch einen *terminus ante quem* datierbar.

Tabelle 6 Memmels Mitgliedschaften in NS-Organisationen und Vereinen

Theodor Memmel		
Organisation	Mitglied seit	Höchstes Amt/Rang
NSDAP	1931	Kreisleiter 1933-1935
Förderndes Mitglied der SS	1936 (?)	
RDB	1933 (?)	
NSV	1933 (?)	
NS-Altherrenbund	1937	Altherrenschafftsführer ab 1938
Deutscher Gemeindetag	1935 (?)	
Deutsche Akademie München	1934 (?)	Stellvertretender Ortsgruppenleiter ab 1937 (?)
Deutsches Rotes Kreuz ¹⁵⁸⁰	1934 (?)	Kreismitarbeiter
Reichskolonialbund	1934 (?)	
Reichsluftschutzbund	1934 (?)	
Volksbund für das Deutschtum im Ausland	1937 (?)	
Deutscher Sängerbund	1926	Bundesführer seit 1942
Würzburger Liedertafel	1930	Ehrenmitglied ¹⁵⁸¹
Deutscher Alpenverein	vor 1940 ¹⁵⁸²	

¹⁵⁸⁰ Siehe hierzu: MORGENBROD, BRIGITT/MERKENICH, STEPHANIE: Das Deutsche Rote Kreuz unter der NS-Diktatur 1933-1945. Paderborn, 2008.

¹⁵⁸¹ Ehrungsabend in der Würzburger Liedertafel. Drei neue Ehrenmitglieder des Vereins. WGA, Nr. 225, 27.9.1938, S. 6.

¹⁵⁸² Rundschreiben des Deutschen Alpenvereins 1940. Magistratsakten Sign. 119 h.

Wolfram-von-Eschenbach-Bund	vor 1941 ¹⁵⁸³	
Historischer Verein von Mainfranken	vor 1943 ¹⁵⁸⁴	
Verband der Förderer der Arbeitdienstlager im Arbeitsgau 28 (Franken)	30.1.1935 ¹⁵⁸⁵	Ehrenmitglied
Gesellschaft für Familienforschung in Franken	vor 1940 ¹⁵⁸⁶	
Kyffhäuserbund	1935 (?) ¹⁵⁸⁷	Bezirks-Ehrenmitglied

Außerdem gab Memmel an, zahlendes Mitglied bei zahlreichen anderen Würzburger Vereinen gewesen zu sein.¹⁵⁸⁸

Tabelle 7 Mays Mitgliedschaften in NS-Organisationen und Vereinen

Paul May		
Organisation	Mitglied seit	Höchstes Amt/Rang
NSDAP	1938, Rückdatierung auf 1.5.1937	
RDB	1933-1936 (?) ¹⁵⁸⁹	
NSV	14.5.1934	
NS-Rechtswahrerbund	1933-1943	
NS-Altherrenbund	1939	
Reichsluftschutzbund	13.1.1935	
Ortsvereins zur Bekämpfung der Tuberkulose in Halle (Saale)	mindestens 1923	Vorsitzender

Memmel und May gehörten seit der Machtübernahme dem **Reichsbund Deutscher Beamter** (RDB) an. Diese Organisation war dem Hauptamt für Beamte unterstellt war, welches das politische Kontrollorgan für die Staatsdiener darstellte. Eine der Hauptaufgaben des RDB waren Schulungen, um

¹⁵⁸³ Rundschreiben des Wolfram-von-Eschenbach-Bundes. Würzburg, Juni 1941. Magistratsakten Sign. 119 h.

¹⁵⁸⁴ Rundschreiben des Historischen Vereins von Mainfranken e.V.. Würzburg, Mai 1943. Magistratsakten Sign. 119 h.

¹⁵⁸⁵ Urkunde OB Memmel zur Ehrenmitgliedschaft im Verband der Förderer der Arbeitdienstlager im Arbeitsgau 28 (Franken) e.V. Würzburg, 30.1.1935. Spruchkammerakte Memmel.

¹⁵⁸⁶ Schreiben des Schatzmeisters der Gesellschaft für Familienforschung an Theo Memmel. Nürnberg, 9.11.1940. Magistratsakten Sign. 119 h.

¹⁵⁸⁷ O.A.: Das Deutsche Führerlexikon 1934/1935. Berlin, 1935, S. 306.

¹⁵⁸⁸ Fragebogen Memmel.

¹⁵⁸⁹ In seinem Entnazifizierungsfragebogen schrieb May, er sei nur bis 1936 beim RDB gewesen. Bei einer Zugehörigkeitsanzeige 1938 gab er hingegen an, noch dort Mitglied zu sein.

die Mitglieder zu politisch zuverlässigen Beamten zu formen. 1935 umfasste dieser Verband über 1.023.000 Mitglieder.¹⁵⁹⁰

Beide teilten außerdem die Mitgliedschaft in der **Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt** (NSV). Bei dieser handelte es sich um die zweitgrößte Massenorganisation des Dritten Reichs, die durch das Winterhilfswerk (WHW) im öffentlichen Leben stark präsent war. Bis zur Machtergreifung war die 1932 gegründete NSV keine ernstzunehmende Konkurrenz der etablierten Wohlfahrtsorganisationen aus Kirche und Arbeiterbewegung. Die meisten davon wurden allerdings ab 1933 gleichgeschaltet und in die NSV überführt. So wurde aus einer Selbsthilfegruppe für Parteigenossen ein umspannendes und komplexes Sozialnetzwerk, welches dank des WHW im Laufe der Zeit über Milliarden von Spendengeldern verfügte. Aus der NSV sprossen Unterstützungs- und Erholungsangebote, verbunden mit nationalsozialistischer Erziehung. Ziel war es, durch Wohlfahrt eine festgefügte Volksgemeinschaft im Sinn der Ideologie zu schaffen. Dementsprechend positiv wurde sie trotz einer gewissen Aufdringlichkeit in der Bevölkerung wahrgenommen.¹⁵⁹¹ In Würzburg war die NSV ebenfalls sehr präsent, nachdem die hiesigen Wohlfahrtsorganisationen in ihr aufgegangen waren.¹⁵⁹²

Während die Mitgliedschaft in der NSV für Memmel nur eine weitere Zugehörigkeit zu einer NS-Organisation bedeutete, dürfte May 1934 wegen seines Arbeitsbereichs in der Fürsorge beigetreten sein.

Sowohl May als auch Memmel waren Mitglied des **Reichsluftschutzbundes** (RLB). Dieser entstand aus Luftschutzvereinen der Weimarer Republik und unterstand Hermann Görings Luftwaffe. Obwohl der RLB ein sehr mitgliederstarker Verband war, blieb er ohne Einfluss und konkurrierte in seinen Aufgabenfeldern immer mit der NSDAP, der Polizei und der Luftwaffe.¹⁵⁹³ Laut seiner 1940 verabschiedeten Satzung hatte er die Aufgabe, „[...] das Deutsche Volk von der lebenswichtigen Bedeutung des Luftschutzes zu überzeugen und es für die Mitarbeit im Selbstschutz zu gewinnen.“¹⁵⁹⁴

Der **NS-Rechtswahrerbund** existierte seit 1928 zunächst unter dem Namen Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen und bestand zunächst

¹⁵⁹⁰ SCHÄFER, WOLFGANG: NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches (= Schriftenreihe des Instituts für wissenschaftliche Politik in Marburg/Lahn. Nr. 3). Hannover und Frankfurt a.M., 1956, S. 59.

¹⁵⁹¹ VORLÄNDER, HERWART: Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation (= Schriften des Bundesarchivs. Band 35). Boppard am Rhein, 1988. SCHÄFER: NSDAP, S. 62ff.

¹⁵⁹² WEIDISCH: Würzburg im „Dritten Reich“, S. 216f.

¹⁵⁹³ BRINKHUS, JÖRN: Ziviler Luftschutz im „Dritten Reich“. In: SÜß, DIETMAR (Hrsg.): Deutschland im Luftkrieg. Geschichte und Erinnerung (= Zeitgeschichte im Gespräch. Band 1). München, 2007, S. 27-40, hier S. 30.

¹⁵⁹⁴ § 1 der Satzung des Reichsluftschutzbundes. Vom 28. Juni 1940. Reichsgesetzblatt 1940, Teil I, S. 992ff., hier S. 992.

nur aus einigen hundert Mitgliedern, zum Jahreswechsel 1932/33 1374, im April 1933 300 mehr. Es handelte sich bis dato also um keine attraktive und große Gliederung der Partei. Erst durch die Zwangsauflösung aller anderen Juristenorganisationen stiegen die Zahlen. So hatte er 1936 85.000 und kurz vor Kriegsbeginn 104.200 Mitglieder. Der Beitritt war freiwillig, weshalb nicht jeder Richter, Staatsanwalt oder Rechtsanwalt ein Mitgliedsbuch besaß. Gravierende Benachteiligungen für Juristen, die nicht Teil des NS-Rechtswahrerbundes waren, sind zumindest nicht bekannt. Austritte waren selten. In Halle zählten zu dieser Organisation im Jahr 1941 1.339 Personen. Einige Juristen versuchten durch einen Beitritt zum NS-Rechtswahrerbund einem NSDAP-Parteibuch zu entgehen, weshalb dort verstärkt Werbung für die SA und SS betrieben wurde. Der NS-Rechtswahrerbund sah sich als eine ständische Organisation, welche das Formaljuristentum bekämpfte und seine Mitglieder zum Richten nach „gesundem Volksempfinden“¹⁵⁹⁵ schulen sollte. In Bezug auf die Beamten konkurrierte er mit dem RDB.¹⁵⁹⁶

In ihrem Kern hatten der **Volksbund für das Deutschtum im Ausland** (VDA) und die **Deutsche Akademie** während des Dritten Reichs trotz ihres unterschiedlichen Ursprungs einiges gemeinsam: Die Bindung der Auslandsdeutschen an ihr Mutterland und das Bewusstwerden ihrer Existenz für die Reichsbürger, stets unter dem Deckmantel der Volksgemeinschaft. Beiden Vereinen gehörte Memmel an. Der Ursprung des VDA war der 1880 in Wien gegründete „Deutsche Schulverein“. Er war zwar keine staatliche Organisation, aber er verstand es dennoch gut, mit den Reichsministerien und preußischen Landesbehörden während der Weimarer Republik zusammenzuarbeiten und hieraus zu profitieren. Durch die Gleichschaltung erhielt der NS-Staat einen gut ausgebauten überregionalen Verein, der sich hervorragend für künftige Expansionspläne und Propaganda nutzen ließ. Dass der VDA einen zuvor überparteilichen Charakter hatte, störte hierbei nicht.

Die „Deutsche Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und Pflege des Deutschtums“ in München wurde im Jahr 1925 gegründet. Sie hatte dieselben Ziele wie der VDA und war eng mit der Münchner Universität vernetzt. Dennoch lag ihr Schwerpunkt eher bei der wissenschaftlichen Erforschung der Auslandsdeutschen. Auch die Deutsche Akademie hatte den Anspruch, überparteilich zu sein.¹⁵⁹⁷

¹⁵⁹⁵ Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuchs. Vom 28. Juni 1935. RGBl I 1935, S. 839-843, hier S. 839.

¹⁵⁹⁶ SUNNUS, MICHAEL: Der NS-Rechtswahrerbund (1928-1945) (= Rechtshistorische Reihe. Band 78). Frankfurt a.M., 1990, S. 21-31, 34, 40f. und 63.

¹⁵⁹⁷ LUTHER, TAMMO: Volkstumspolitik des Deutschen Reiches 1933-1938. Die Auslandsdeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalisten und Nationalsozialisten (= Historische Mitteilungen. Band 55). München, 2004, S. 43ff., 55f. und 67-72. KATHE, STEFFEN R.:

Es ist auffallend, dass Memmel jenen beiden volkstumsbezogenen Vereinen erst nach ihrer nationalsozialistischen Gleichschaltung beitrug, obwohl diese schon lange vorher ohne Parteibindung existierten. Offenbar teilte er erst dann deren Ziele, beziehungsweise wurde eine Mitgliedschaft für ihn opportun.

Der **Reichskolonialbund** (RKB) war strukturell gesehen keine Parteiorganisation, wenngleich er auf nationalsozialistischer Grundlagen (Ideologie und Aufbau) beruhte. Er wurde im Juni 1933 als Dachverband für die schon lange bestehenden Kolonialgesellschaften gegründet, um einer erzwungenen Gleichschaltung zuvorzukommen. Seitdem gab es Kämpfe um die Kontrolle und Vereinnahmung der Kolonialvereine. Diese fanden erst 1936 ein Ende, als die Einzelorganisationen des RKB aufgelöst wurden. In diesem Zuge wählte man den Reichsstatthalter von Bayern und Reichsleiter des Kolonialpolitischen Amtes der NSDAP, Franz Ritter von Epp, zum Bundesführer. Gemäß Satzung hatte der RKB als gemeinnütziger Verein die Aufgabe, den kolonialrevisionistischen Gedanken auf der Grundlage des Nationalsozialismus im deutschen Volk zu verbreiten.

Der RKB blieb jedoch weiterhin ein Verein ohne direkte Anbindung zur NSDAP. Aus diesem Grund und wegen seines geringen Mitgliedsbeitrags war er auch eine beliebte Ausweichlösung für diejenigen, die sich gezwungen fühlten, einer NS-Organisation beizutreten und hierbei versuchten das kleinste Übel zu wählen. Auch verlangte er praktisch kein Engagement. Aus diesen Gründen und unterstützt durch Werbung steigerte sich ab 1936 die Zahl von 100.000 Angehörigen des RKB auf eine Million innerhalb von zwei Jahren. Den Höchststand hatte sie 1943 mit 2,1 Millionen Mitgliedern. 1942 stellte man jedoch erschrocken fest, dass nicht einmal 60 Prozent seiner Amtsträger Parteigenossen waren. Hitler befahl im Januar 1943 die Einstellung aller kriegsunwichtigen Tätigkeiten, unter die auch der RKB fiel. Daher wurde er am 15. Februar 1943 aufgelöst.¹⁵⁹⁸

Der **Historische Verein von Unterfranken und Aschaffenburg** hat eine lange Geschichte, die bis in das Jahr 1831 zurückreicht. Sein Ziel ist bis heute die Sammlung, Bewahrung und Bearbeitung von geschichtlichen Materialien. Hierzu verfügt der Verein über eine eigene Bibliothek. Nach dem Ersten Weltkrieg gingen seine Mitgliederzahlen zurück und schrumpften im Dritten Reich auf nur noch 250. 1933 sah man sich veranlasst, eine neue Satzung mit Führer- und „Ariergrundsatz“ zu verabschieden. 1937 wurde Gauleiter Hellmuth Präsident des Vereins, ein Jahr später erfolgte die dem

Kulturpolitik um jeden Preis. Die Geschichte des Goethe-Instituts von 1951-1990. München, 2005, S. 66-76.

¹⁵⁹⁸ SCHÖFER, ARNE: Der Reichskolonialbund und seine kolonialrevisionistische Propagandatätigkeit zwischen 1933 – 1943. Greiz, 2012, S. 22-31 und 139.

Gaunamen entsprechende Umbenennung in „Historischer Verein von Mainfranken“.¹⁵⁹⁹

Der mittelalterliche fränkische Dichter Wolfram von Eschenbach (ca. 1170-1220) ist der Schöpfer des Parzival. Der **Wolfram-von-Eschenbach-Bund** wurde 1935 gegründet und hatte seinen Sitz in Würzburg. Er sah es als seine Aufgabe, die musikalische und lyrische Volkskunst zu fördern. Eine Idee also, die dem nationalsozialistischen Ideal entspricht und zu Memmels Sangesbegeisterung passt. Als zentrales Werk der deutschen Geschichte sah der Verein eben jene Parzival-Sage an, in der er einen Vorläufer der „wehrhaften Volksgemeinschaft“ zu erkennen geglaubt hat.¹⁶⁰⁰

Memmel gehörte weitaus mehr nationalsozialistischen Gliederungen und Vereinen an als May. Wenn die Angaben im Entnazifizierungsfragebogen des Letzteren korrekt sind, war dieser sogar aus zwei NS-Organisationen wieder ausgetreten, was für einen Beamten im Dritten Reich einen äußerst unüblichen und riskanten Vorgang darstellte. Außerdem sind alle NS-Organisationen, in denen May Mitglied war, mit seinem Arbeitsbereich verbunden. Dies spricht dafür, dass er ihnen eher aus praktischen Gründen oder infolge äußeren Drucks beigetreten war.

Auch wenn Memmel den meisten Vereinen offenbar erst nach 1933 beitrug, dürfte er in der Stadtgesellschaft Würzburgs gut verankert gewesen sein. Somit handelte es sich nicht um einen gesellschaftlichen Außenseiter, der erst durch sein Partei- und Oberbürgermeisteramt einen entsprechenden Aufstieg erfuhr.

Dass er so einer Vielzahl an Vereinigungen angehörte, dürfte auf drei Gründe zurückzuführen sein. Zum einen schickte es sich natürlich für jeden Verein, den Oberbürgermeister einer Groß- und Gauhauptstadt in seinen Reihen zu wissen. Es kann daher sein, dass Memmel häufig eine Ehrenmitgliedschaft angetragen wurde. Zum Zweiten zeigte Memmel Interesse an Mainfränkischer Kunst, Kultur und Geschichte, weswegen auch Eigeninteresse ausschlaggebend für einige Mitgliedschaften gewesen sein dürfte. Und zu guter Letzt dürfte es auch in Memmels kommunalpolitischem Interesse gewesen sein, im Sinne der Gleichschaltung ein wachendes Auge, wenn nicht sogar Lenkungsfunktionen über die Würzburger Vereine zu haben.

¹⁵⁹⁹ MUTH, HANSWERNFRIED: 1831-1981. 150 Jahre Historischer Verein. Volkach, 1981, S. 50, 55 und 65.

¹⁶⁰⁰ O.A.: Der Wolfram-von-Eschenbach-Bund. Würzburg, 1943.

XIII. Bürgermeister im Krieg

Die meisten Großmächte hatten aus dem verlustreichen Ersten Weltkrieg ihre Konsequenzen gezogen. Die Kriegsbereitschaft in den demokratischen europäischen Staaten war im Vergleich zur Zeit vor 1914 nur noch gering. Das ermöglichte Adolf Hitler, gegen eine Bestimmung des Versailler Vertrages nach der nächsten zu verstoßen, massiv aufzurüsten und sich immer neue Gebiete einzuverleiben. Die britische Appeasementpolitik konnte unmöglich mit jemandem funktionieren, der Vabanque spielte und eine militärische Auseinandersetzung nicht scheute. Erst mit dem Angriff auf Polen am 1. September 1939 war endlich das Maß für die Alliierten voll, und sie erklärten dem Deutschen Reich den Krieg. Hitler hatte sich zwar darin verschätzt, dass er folgenlos Polen besetzen könnte. Sein Pokerspiel an der Westfront hingegen ging dennoch auf. Frankreich und Großbritannien hielten sich nicht an ihr Versprechen, dem bedrohten Polen mittels einer Bodenoffensive beizustehen. Stattdessen verschanzte man sich hinter der Maginot-Linie. So kam es, dass Warschau binnen einer Woche fiel, während man sich an der Westfront im „Sitzkrieg“ befand. Doch nach kurzen und siegreichen Feldzügen kamen Jahre der Entbehrungen, was die deutschen Städte vor immer neue Aufgaben und Probleme stellte.

1. Halle

a) Stadtverwaltung

Die folgenden Ausführungen befassen sich mit einzelnen Bereichen der Verwaltung Halles während des Zweiten Weltkriegs.

Seit Mitte 1939 plante das Regime die Konzentration der jüdischen Bevölkerung in sogenannten „Judenhäusern“. Damit wollte man die Juden separieren und gleichzeitig Wohnraum einsparen. Die Organisation oblag einem Gau-Treuhänder, der sich für dieses Projekt erstmals am 26. Juli 1939 mit Oberbürgermeister Weidemann und Vertretern der lokalen jüdischen Gemeinde getroffen hatte. Die tatsächliche Umsiedlung in sieben dieser Häuser begann dann im September desselben Jahres, wobei es immer wieder zu Umquartierungen der betroffenen Personen kam. Für diese Angelegenheiten war bis 1941 Mays Wohnungsamt zuständig. Die Deportationen in die Vernichtungslager begannen am 30. Mai 1942 mit mindestens 98 Hallenser Juden. Der genaue Verlauf ist mangels Quellen nicht mehr vollständig rekonstruierbar.¹⁶⁰¹ Wenig überraschend berichtete die lokale Presse nichts über diese Vorgänge.

An anderer Stelle war man nicht ganz so konsequent. Wie die Akten des Hallenser Moritzburg-Museums zeigen, wollte im April 1941 ein

¹⁶⁰¹ KRAUSE/MEINCKE: Zur Geschichte der Juden in Halle, S. 168-171. und 255f.

Hallenser Rechtsanwalt vom Moritzburgmuseum ein Gemälde des bekannten Impressionisten Max Liebermann kaufen. Da es sich bei dem 1935 verstorbenen Künstler um einen Juden gehandelt hatte, konnte das seit 1910 im Besitz des Kunstmuseums befindliche Werk nicht mehr ausgestellt werden. Auch eine anderweitige Verwertung war wegen der damaligen Verhältnisse im internationalen Kunsthandel nicht möglich, weshalb der Stadtschulrat den Verkauf vorschlug.¹⁶⁰² Ratsherr Dohmgoergen sprach sich jedoch gemäß einer Aufzeichnung von May dagegen aus. Er begründete dies damit, dass das Gemälde aus technischer Sicht einwandfrei sei und man es mit einigen Jahren Distanz wieder als Gegenstück zur deutschen Malerei ausstellen könne.¹⁶⁰³ Im Juni desselben Jahres zeigte der Hamburger Kunsthändler Hildebrand Gurlitt ebenfalls Interesse an Gemälden von Liebermann. May erlaubte hierauf in Absprache mit dem Museumsdirektor den Verkauf eines Bildes.¹⁶⁰⁴

Halle verfügte über zwei jüdische Friedhöfe, einer in der Humboldt- und einer in der Boelckestraße. Das Finanzamt von Halle verwaltete diese für die „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ und bot sie zum Verkauf an. Die letzte Beerdigung auf einem der beiden Friedhöfe fand 1941 statt. Allerdings hatte der Regierungspräsident festgelegt, dass das Gräberfeld erst 30 Jahre nach dieser finalen Beisetzung profaniert werden dürfe. Oberbürgermeister Weidemann empfahl im Juli 1944 den Kauf, ungeachtet der eingeschränkten Bebauungsmöglichkeiten für insgesamt 100.100 RM.¹⁶⁰⁵

Derweil machte sich der Krieg mehr und mehr im frontfernen Halle bemerkbar. Schon 1940 erörterte der Stadtrat, dass von den sieben öffentlichen Bronzedenkmälern zwei zum Einschmelzen freigegeben werden sollten. Der Regierungspräsident verfügte am 8. Mai 1942, dass die restlichen Denkmäler ebenfalls bis zum 30. Juni des Jahres abzuliefern seien. In dieser Zeit sollten Abdrücke erstellt werden.¹⁶⁰⁶ Der Großteil der metallenen

¹⁶⁰² Vorbericht von Stadtschulrat Grahmann zur Abgabe eines Gemäldes des Moritzburgmuseums an Herrn Rechtsanwalt Dr. Fritz Lange zum Preise von 3.000 RM. Halle, 30.4.1941. A 2.21 000-1/6.3 Bd. 15.

¹⁶⁰³ HÜNEKE, ANDREAS: „Ein Vermögensabgang tritt somit nicht ein“. Werke jüdischer Künstler im Moritzburg-Museum. In: DIETZEL/KAISER: 300 Jahre Juden in Halle, S. 381-395, hier S. 390.

¹⁶⁰⁴ Ebenda, S. 389.

¹⁶⁰⁵ Vorbericht von OB Weidemann über den Erwerb der beiden Judenfriedhofsgrundstücke Humboldtstr. 52 und Boelckestr. 24. Halle, 13.7.1944. A 2.21 000-1/6.3 Bd. 16. SAH.

¹⁶⁰⁶ Bei den Denkmälern handelte es sich um die Bronzefigur des Siegesbrunnens auf dem Steintorplatz, das Standbild des Kolonialkriegerdenkmals, das Kaiser-Wilhelm-Denkmal, den Eselsbrunnen auf dem alten Markt, das Reildenkmal am Steintorplatz, das Maerkerdenkmal der Landesbauernschaft sowie den Gänsebrunnen in Kröllwitz. Außerdem eine Anzahl Gedenktafeln aus Bronze oder getriebenem Kupfer, wie etwa Tafeln für Händel, Schleiermacher, Herzberg, Ludwig-Wucherer, Faulmann, Thomasius, Blümel und andere. Nur das Händeldenkmal sollte bestehen bleiben. Vorbericht der Verwaltung des

Halleschen Denkmäler ging schließlich an die Metallspende des Deutschen Volkes. Nur das Händel-Denkmal und der Eselsbrunnen am Alten Markt durften auf Wunsch des Gauleiters verbleiben.¹⁶⁰⁷

In der Familie May gab es 1942 ein freudiges Ereignis. Die Tochter Dorothea heiratete Hermann Schütthoff, dessen Nachnamen sie annahm.¹⁶⁰⁸ Dieser sollte später ihre Fahrkarte aus der DDR in den Westen darstellen, wie in einem späteren Kapitel noch geschildert werden wird.

Dass Paul May auch eine sehr gute Miene zum bösen Spiel machen konnte, zeigte sich bei Weidemanns Amtsjubiläum. Dieses jährte sich am 1. April 1943 zum zehnten Mal. Hierzu hielt May in der Ratsherrensitzung eine später auch gedruckte Ansprache, die aus einer Fülle an Lobpreisungen bestand. Als Ehrengabe erhielt Weidemann den von ihm transkribierten Bürgermeisterspiegel des Johannes Frauenburg. Diese Ehrung konnte er jedoch zu seinem Bedauern nicht persönlich entgegennehmen, da er sich zu diesem Zeitpunkt auf einer Kur befand.¹⁶⁰⁹

Am 15. Juni 1945 wäre Mays Amtszeit abgelaufen. Daher wurde diese schon am 16. Juni 1944 „bis auf weiteres“ verlängert. Die Grundlage hierzu gab die Kriegsgesetzgebung betreffend Zeitbeamte.¹⁶¹⁰ Weidemann schrieb dem Beauftragten der NSDAP als Begründung:

„Bürgermeister Dr. May hat, mit großem Wissen und Können ausgestattet, sein Amt vorbildlich und mit großem Erfolge verwaltet.

[...] Die großen und schwierigen Aufgaben, die in der heutigen Zeit mit dem Amte des Bürgermeisters und Kämmerers verbunden sind, können nur von einem besonders befähigten und einsatzbereiten Beamten erfüllt werden.“¹⁶¹¹

Trotz geringer Kriegszerstörungen war Halle nicht als offizielles Aufnahmegebiet für Flüchtlinge und Evakuierte vorgesehen. Trotzdem strömten diese aus West und Ost 1944/45 in die Saalestadt. Innerhalb einer Woche mussten 1945 vier Schulen in Lazarette umgewandelt werden. Zusätzlich

Bauwesens betreffend die Ablieferung von Bronzedenkmälern und -tafeln an die Metallspende des deutschen Volkes. Halle, 13.5.1942. A 2.21 000-1/6.3 Bd. 15. SAH.

¹⁶⁰⁷ Zusammenstellung der Entscheidungen nach Anhören der Ratsherren in der Sitzung am 21.5.1942. A 2.21 000-1/6.4 Bd. 4.

¹⁶⁰⁸ Abschrift des Antrags auf Übersiedelung von Paul und Charlotte May. Halle, 14.12.1955. 13661/19Z. Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Ministerium für Staatssicherheit, Außenstelle Halle.

¹⁶⁰⁹ Ansprache zur zehnten Wiederkehr des Amtsantrittes des Oberbürgermeisters Reichsamtleiters Professor Dr. Dr. Weidemann, gehalten in der Ratsherrensitzung am 1. April 1943 im Rathause zu Halle von Bürgermeister Dr. May. A 2.21 000-1/6.4 Bd. 4.

¹⁶¹⁰ Aktenvermerk vom 16.6.1944. Personalakte May.

¹⁶¹¹ Schreiben von OB Weidemann persönlich an den Beauftragten der NSDAP. Halle, 21.1.1945. Personalakte May.

benötigte man Platz für viele Behörden und Dienststellen, die aus dem Regierungssitz Merseburg nach Halle verlegt worden waren.

Währenddessen tobten weitab von Halle im Karpatenbecken erbitterte Kämpfe um die Hauptstadt eines der letzten Verbündeten des Deutschen Reiches: Budapest. Die ungarische Wehrmacht („Honvéd“) war zuvor an unterschiedlichen Abschnitten der Ostfront eingesetzt worden, bis die Rote Armee ab September 1944 schrittweise ungarisches Staatsgebiet besetzte. So kam es, dass sich der Stadtrat von Halle am 7. Februar 1945 trotz der 800 Kilometer Distanz zur ungarischen Grenze mit der Unterbringung von 362 Ungarn zu befassen hatte. Während sich die Verteidigung Budapests in den letzten Zügen befand, sollte auf Befehl Hitlers die Einquartierung der Ungarn in Halle der Aufstellung einer neuen Honvéddarmee dienen und ungarische Ärzte die lokalen Lazarette unterstützen. Diese Unterbringung stieß jedoch auf Ablehnung in der halleschen Bevölkerung. Seit Dezember 1944 existierte bereits eine ungarische pro-alliierte Gegenregierung, und es stand um die Moral vieler ungarischer Truppen mittlerweile schlecht.¹⁶¹²

Ein Blick auf die personelle Entwicklung der Hallenser Stadtverwaltung ergibt Folgendes: Am Stichtag für die statistische Erfassung des Personalbestands, dem 31. März 1945, waren 3.072 Beamte, Angestellte und Arbeiter beschäftigt. 1934 waren es noch 2.186 gewesen. Dies bedeutet einen Anstieg von fast 1.000 Personen innerhalb von elf Jahren nationalsozialistischer Regierung. Die Kriegsgefangenen im städtischen Dienst spielten dagegen eine sehr untergeordnete Rolle. 1940 waren es 34, im letzten Kriegsjahr 98. Durchschnittlich arbeiteten somit 62 Kriegsgefangene für die Stadt Halle etwa bei der Müllabfuhr oder in der Forstverwaltung.¹⁶¹³

b) Das Kriegsende in Halle

Anders als die anderen deutschen Großstädte blieb Halle vom strategischen Flächenbombardement verschont. Dennoch kam es zu einigen nennenswerten Luftangriffen. Im Juli 1944 gab es einen Angriff auf die Siebel-Flugzeugwerke und am 31. März 1945 einen schweren auf das Bahnhofsviertel mit etwa 800 Toten. Der letzte Luftangriff erfolgte am 6. April und forderte über 100 Opfer.¹⁶¹⁴

Halle verfügte anders als Würzburg über einige Luftschutzbunker. Oberbürgermeister Weidemann und die Ratsherren Dohmgoergen und

¹⁶¹² Abschrift des Sitzungsprotokolls zur Unterbringung ungarischer Staatsangehöriger im Stadtgebiet. Halle, 7.2.1945. A 2.21 000-1/6.4 Bd. 4. Zum Hintergrund der Ungarn siehe: GOSZTONY, PETER: Endkampf an der Donau 1944/45. Wien/München/Zürich, 1969, S. 58-158. ADONYI-NAREDY, FRANZ VON: Ungarns Armee im Zweiten Weltkrieg. Deutschlands letzter Verbündeter. Neckargemünd, 1971, S. 203.

¹⁶¹³ Statistik des Personalamts von Halle 1945. A 2.34 001-1/1 Nr. 5 H Bd. 1. SAH.

¹⁶¹⁴ BOCK: Übergabe oder Vernichtung, S. 7.

Prof. Weigelt empfahlen dennoch statt den langen und materialaufwendigen Bunkerbau zu forcieren, lieber die privaten Keller und Splittergräben auszubauen. Diese Maßnahmen böten den Bürgern sogar einen besseren Schutz als die Bunker. Außerdem wollte man der Stollenbau fördern. Weidemann wies darauf hin, dass der Bunkerbau keine Selbstverwaltungsangelegenheit, sondern Reichssache sei.¹⁶¹⁵ Der Kellerausbau war jedoch in einigen Gegenden durch den hohen Grundwasserspiegel unmöglich, weshalb Oberbaurat Leonhardt neben Löschwasserteichen noch mehr Deckungsgräben, die besonders gegen Luftminen Schutz böten, anlegen lassen wollte.¹⁶¹⁶ Bei diesen Luftschutzdeckungsgräben handelte es sich um langgestreckte, schmale und überdeckte Gräben in gebrochener Linienführung. Sie konnten in Eisenbeton, in Fertigbauteilen aus Eisenbeton und in Mauerwerk ausgeführt werden.¹⁶¹⁷ 1943 begann der Bau der Gräben und Löschwasserteiche, der Luftschutzstollen Anfang 1944. Ihr Fortschritt und weitere Luftschutzmaßnahmen wurden alle paar Monate in den Ratsherrensitzungen behandelt.¹⁶¹⁸

Im Vergleich zu anderen Städten blieb Halle wenig zerstört. Ein Umstand, der sich kurz vor Kriegsende beim Anmarsch der Amerikaner noch einmal fast ins Gegenteil verkehrt hätte.

Für die Verteidigung Halles war der Standortälteste Generalleutnant Anton Rathke zuständig. Als Kampfkommandant¹⁶¹⁹ unterstand er dem Gauleiter Joachim Eggeling in dessen Funktion als Reichsverteidigungskommissar (RVK)¹⁶²⁰ des Gaues und gleichzeitigen Wehrkreises Halle-

¹⁶¹⁵ Niederschrift über die Sitzung der Ratsherren am 15. März 1943. A 2.21 000-1/6.4 Bd. 4.

¹⁶¹⁶ Referat von Obbrt. Leonhardt in der Sitzung der Ratsherrn am 22. Mai 1943. A 2.21 000-1/6.4 Bd. 4.

¹⁶¹⁷ Bericht über die neuen LS.-Maßnahmen „Ausbau von Deckungsgräben“ anlässlich der nichtöffentlichen Sitzung der Ratsherren am Sonnabend, dem 22. Mai 1943. A 2.21 000-1/6.4 Bd. 4.

¹⁶¹⁸ Siehe hierzu die entsprechenden Niederschriften. A 2.21 000-1/6.4 Bd. 4.

¹⁶¹⁹ „Die Aufgabe des Kampfkommandanten ist: den Ortsstützpunkt mit allen Mitteln zäh zu verteidigen und dadurch die Voraussetzung für erfolgreiche Weiterführung des Kampfes in seinem Frontabschnitt zu schaffen. Der Befehl der vorgesetzten Dienststelle hat klar zu regeln, ob der Kommandant sich ggf. einschließen lassen oder rechtzeitig ausweichen soll.“ Anlage 2 zu OKH/Genst. d. H./Op. Abt. (I) Nr. 2434/44 g. Kdos. v. 8.3.44. Aufgaben und Richtlinien für den Kampfkommandanten. HUBATSCH, WALTHER (Hrsg.): Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht. Bonn, 2000, S. 247ff. Siehe hierzu auch die Stichprobenstudie von: FÜGEN, MAXIMILIAN: „Bis zum letzten Mann“? Die Rolle der Kampfkommandanten deutscher Großstädte 1945 (=Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag. Reihe Geschichtswissenschaft. Band 38). Baden-Baden, 2018.

¹⁶²⁰ Jeder Wehrkreis des Großdeutschen Reichs war mit Kriegsbeginn einem RVK unterstellt, der sich aus dem Kreis der Gauleiter rekrutierte. Die Wehrkreise orientierten sich allerdings weder an den Gauen, noch an den staatlichen Verwaltungsbezirken. Durch daraus erwachsende Gebietsüberschneidungen waren Streitigkeiten vorprogrammiert. Das Aufgabengebiet der RVK umfasste die zivile Reichsverteidigung und die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht. Sie stellten einen Mittler zwischen Wehrmacht und Zivilverwaltung

Merseburg. Dessen Vorgesetzter wiederum war Reichsleiter Martin Bormann. In einer Besprechung Ende März 1945 war Eggeling dem Reichsstatthalter Jordan bereits als „bleich und voll schwermütiger Gedanken“ aufgefallen, und „er schien mit dem Leben schon abgeschlossen zu haben.“¹⁶²¹ Eggeling hatte sich schon vergeblich beim Kampfkommandanten Rathke dafür eingesetzt, von einer Verteidigung der Stadt abzusehen. Er fuhr hierauf sogar am 12. April in die Reichshauptstadt, nur um von Hitlers Privatsekretär Martin Bormann darauf hingewiesen zu werden, dass der Führerbefehl zur Verteidigung der Stadt unbedingt gelte. Anschließend eröffnete ihm Hitler allerdings, dass keine neuen Wunderwaffen zur Verfügung stehen würden. Damit war Eggeling die Aussichtslosigkeit der Lage ebenso vollkommen klar gemacht worden, wie der Befehl zur sinnlosen Verteidigung seiner Gauhauptstadt. Dass er dies im Führerhauptquartier als Wahnsinnstat und unverantwortlich vor der Geschichte bezeichnete, änderte daran auch nichts.¹⁶²² Und während das Schicksal von Halle fast schon besiegelt war, fantasierte Hitler beim Chef des Generalstabes der 12. Armee „Wenck“ von nun einsetzbarem hervorragenden (Menschen-) Material und davon, in die alliierten Divisionen einen Keil zu treiben und sie zurück an den Rhein zu drängen.¹⁶²³

Oberbürgermeister Weidemann überlegte ebenfalls, wie man Halle vom Krieg verschonen könne. Erschwerend kam hinzu, dass in den örtlichen Lazaretten 50.000 Verwundete lagen.¹⁶²⁴ Im April erhielt er mehrere Briefe von Hallensern, die ihn anflehten, von einer Verteidigung anzusehen.¹⁶²⁵ Daher trat er an den prominenten Graf Felix von Luckner heran. Luckner, ein Seeheld des Ersten Weltkriegs, hatte durch seine abenteuerlichen Geschichten als „Freibeuter des Kaisers“ internationalen Ruhm erlangt. Da er es unter anderem mit seinem Seemannsgarn über seine Kaperfahrten übertrieben hatte, war er beim NS-Regime in Ungnade verfallen. So blieb er bis zum Frühling 1945 ein zur Untätigkeit verdammt verarmter Privatier.¹⁶²⁶

dar, der nicht umgangen werden durfte. So verfügten sie über großen Einfluss, der mit der Dauer des Krieges wuchs. So erhielt die NSDAP Zugriff auf militärische Belange, allerdings stellte die Instanz der RVK eine weitere Zersplitterung der Machttektonik dar. Da es wie im Nationalsozialismus üblich zu keiner genauen Arbeitsbereichsabtrennung kam, musste es zu Kompetenzstreitigkeiten kommen. Hinzu kam, dass sie keinen neuen Stab erhielten, sondern sich an der bestehenden Verwaltung bedienten. REBENTISCH: Führerstaat und Verwaltung, S. 132-137.

¹⁶²¹ JORDAN: Erlebt und Erlitten, S. 261.

¹⁶²² Huhold: Errettung der Stadt Halle, S. 1.

¹⁶²³ BRADLEY, DERMONT: Walther Wenck. General der Panzertruppe (= Soldatenschicksale des 20. Jahrhunderts als Geschichtsquellen. Band 3). 3. Auflage. Osnabrück, 1985, S. 338f.

¹⁶²⁴ Graf Luckner berichtet: Um Stunden ging es. Liberal-Demokratische Zeitung, Nr. 33, 17.4.1946.

¹⁶²⁵ ZG 23 a G 29. SAH.

¹⁶²⁶ Luckner war auch Ehrenmitglied in einigen Studentenverbindungen. Nach ihm wurde in Würzburg auch ein kleiner Weiher benannt. Zu Luckner siehe: FRANKENSTEIN, NORBERT

Weidemann wollte Luckners Prominenz nutzen, um Halle vor einer Zerstörung durch die Amerikaner zu bewahren. Daher plante er Anfang April 1945, dass Luckner einen international anerkannten städtischen Ordnungsdienst aufbauen und leiten sollte. Das zweite Aufgebot des Volkssturms sollte die Basis für diesen Sicherheitsdienst bilden, ergänzt durch Werk- und Luftschutz. Als helfende Hand stand Luckner der frisch aus der Wehrmacht entlassene Hallenser Major a.D. Karl Huhold zur Seite.¹⁶²⁷

Das NS-Regime versuchte bis zum Ende die immer aussichtsloser werdende Kriegslage in den offiziellen Medien zu verschleiern. Anfänglich waren es „Frontbegrüßungen“, und bis ins letzte Kriegsjahr siegte man sich in heldenhaften Abwehrkämpfen zu Tode unter den stetigen Versprechen des Einsatzes immer neuer Wunderwaffen für den Endsieg. May hatte im Universitätsprofessor und Corpsstudenten Dr. Emil Woermann innerhalb seines Dienstbetriebs einen Informanten über die tatsächliche Lage gefunden. Da dieser im Zug des 20. Juli 1944 verhaftet worden war, stützte er sich von da an auf den Regierungsbaumeister a.D. Heinrich Faller und den Oberverwaltungsrat Heßling, die illegal die alliierten Radiosender hörten. May war also über den unaufhaltbaren Vormarsch der Anti-Hitler-Koalition gut unterrichtet. Dadurch wusste er auch von der Zerstörung Eisenachs, nachdem sich dessen Kampfkommandant geweigert hatte, die Stadt an die Amerikaner zu übergeben. Faller drängte daher May, sich für die kampflose Übergabe von Halle einzusetzen. Davon inspiriert begab sich May zu seinem Oberbürgermeister. Dieser eröffnete ihm, dass er ebenfalls heimlich über derartiges nachgedacht habe und erwähnte den bereits geschilderten Plan mit Graf Luckner. May blieb ihm gegenüber hartnäckig und sprach die Sache mehrfach an. Es zeigte sich jedoch schon bald, dass Weidemann nicht den Mut hatte, von selbst größere Schritte zur Rettung der Stadt zu übernehmen, und dies lieber anderen überließ.

Frühzeitig war die Stadtverwaltung Halle darum bemüht, unnötige Schäden zu vermeiden. So sandte sie am 7. April den Stadtbaurat zum Kampfkommandanten, um die Anlage von Panzersperren und Verteidigungsanlagen möglichst zu minimieren. Unter dem Vorwand, dass bei Straßenaufgrabungen den Unwissenden große Gefahr durch unterirdische Kabel und Wasser- sowie Gasleitungen bestünde, fand er im dafür zuständigen General der Luftnachrichtentruppe Friedrich Fahnert einen verständnisvollen Zuhörer,

VON: „Seeteufel“ Felix Graf Luckner. Wahrheit und Legende. Hamburg, 1997. SPERK, ALEXANDER/BOHSE, DANIEL: Legende, Opportunist, Selbstdarsteller. Felix Graf Luckner und seine Zeit in Halle (Saale) 1919-1945. Halle (Saale), 2016.

¹⁶²⁷ Huhold: Errettung der Stadt Halle, S. 1ff.

May: Vom Bürgermeisteramt in der Zeit des Zusammenbruchs, S. 1.

der ihm eine entsprechende Zusammenarbeit zusicherte.¹⁶²⁸ Kampfkommandant Rathke hingegen erwies sich als hartnäckiger. Zweimal hatte May eine Unterredung mit, um unnötige Sprengungen etwa des Elektrizitätswerkes zu verhindern. Doch mehr als beruhigende Worte und ein Verweis auf den Kreisleiter brachte er nicht aus diesem heraus. So ging May am 10. April zu Kreisleiter Dohmgoergen, der ihm seine Suizidgedanken eröffnete. Dennoch versprach er, von Zerstörungen abzusehen.¹⁶²⁹

Zum besseren Verständnis der Handlungsweise jener geschilderten Akteure ist die 1945 geltende Befehlslage wichtig. Hitler hatte im Februar angeordnet, „keinen Fußbreit deutschen Bodens“ preiszugeben und dementsprechend keine noch so kleine Ortschaft kampfflos zu übergeben. Jede noch so kleine Zurücknahme der Front bedurfte der Zustimmung des Oberbefehlshabers West. Die Konsequenz war die Zerstörung unzähliger deutscher Städte und Gemeinden.¹⁶³⁰ Damit nicht genug, erließ Hitler am 7. April 1945 den sogenannten „Nero-Befehl“, nachdem an diesem Tag US-Truppen die unzerstörte Ludendorff-Brücke über den Rhein einnehmen konnten und sich ihr Vormarsch damit eklatant beschleunigte:

„Operativ wichtige Brückenwerke müssen so zerstört werden, dass eine Benutzung durch den Gegner unmöglich wird. [...] Es sind schärfste Strafen auszusprechen, wenn diese Brückenbauwerke nicht zerstört werden.“¹⁶³¹

Außerdem galt ab dem 5. März 1945 Sippenhaft:

„Wer in Gefangenschaft gerät, ohne verwundet zu sein oder nachweisbar bis zum äußersten gekämpft zu haben, hat seine Ehre verwirkt. Die Gemeinschaft der anständigen und tapferen Soldaten stößt ihn von sich. Seine Angehörigen haften für ihn. Jede Zahlung von Gebühren oder Unterstützung an die Angehörigen fällt fort. Das ist sofort bekanntzugeben.“¹⁶³²

Rathke befürchtete, dass nicht nur ihm der Galgen drohe, sondern er auch seine in Mecklenburg lebende Familie in höchste Gefahr bringe, wenn er die

¹⁶²⁸ Bericht über den Besuch beim Kampfkommandanten West, General Fahnert, am 7.4.45 von Stadtbaurat Spannuth. ZG 23 a Nr. G7. SAH.

¹⁶²⁹ May: Vom Bürgermeisteramt in der Zeit des Zusammenbruchs, S. 1f.

¹⁶³⁰ ZIMMERMANN, JOHN: Pflicht zum Untergang. Die deutsche Kriegsführung im Westen des Reiches 1944/45 (= Zeitalter der Weltkriege. Band 4). Paderborn, 2009, S. 351.

¹⁶³¹ Durchführung des Erlasses vom 19.3.1945. 7.4.1945. In: MOLL: Führer-Erlasse, S. 486f.

¹⁶³² Fernschreiben vom 8.3.1945. In: JACOBSEN, HANS-ADOLF: 1939-1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten. Darmstadt, 1961, S. 590. Umfassend zur Sippenhaft im Dritten Reich siehe auch: SALZIG, JOHANNES: Die Sippenhaft als Repressionsmaßnahme des nationalsozialistischen Regimes. Ideologische Grundlagen – Umsetzung – Wirkung (= Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V. Band 20). Augsburg, 2015.

Stadt nicht bis zuletzt verteidigen würde.¹⁶³³ Hinzu hatte der Reichsführer SS Heinrich Himmler befohlen:

„2. Gegen das Heraushängen weißer Tücher, das Öffnen bereits geschlossener Panzersperren, das Nichtantreten zum Volkssturm und ähnliche Erscheinungen ist mit härtester Maßnahme durchzugreifen.

3. Aus einem Haus, aus dem eine weiße Fahne erscheint, sind alle männlichen Personen zu erschießen. Es darf bei diesen Maßnahmen in keinem Augenblick gezögert werden.“¹⁶³⁴

Schlussendlich waren es den Verwaltungsbehörden unter Androhung der Todesstrafe untersagt, ihren Dienort vor dem Herannahen der Fronttruppen zu verlassen. Himmler ließ am 30. Januar 1945 in der Stadt Bromberg (Westpreußen) ein entsprechendes Exempel statuieren und den lokalen Polizeipräsidenten exekutieren, der sich aus Furcht vor den Sowjets abgesetzt hatte. Zudem wurden Regierungspräsident, Bürgermeister und Kreisleiter abgesetzt und einem Strafbataillon zugeordnet.¹⁶³⁵ Am 3. April 1945 versuchte der Kampfkommandant und Standortälteste Oberstleutnant Josef Ritter von Gadolla die ihm unterstellte Stadt Gotha den Amerikanern zu übergeben. Hierbei wurde er festgenommen und zwei Tage später zum Tode verurteilt.¹⁶³⁶

Aufgrund dieser Befehle lässt sich vielleicht manche hartnäckige Haltung von verantwortlichen Personen in den letzten Wochen des Krieges nachvollziehen.

Da der höheren Führung der Druck, welcher auf dem Hallenser Kampfkommandanten Rathke lastete, bewusst war, schickte man zur „Unterstützung“ seines Durchhaltewillens einen jungen und energischen Hauptmann von der Heeresgruppe Rundstedt als Sonderbeauftragten. Damit wurde die Einflussnahme der Hallenser Bürger auf Rathke fast vollständig unterbunden.¹⁶³⁷

Am 11. April 1945 – fünf Tage nach dem Fall von Würzburg – ging das Generalkommando des XXXXI. Panzerkorps davon aus, dass der amerikanische Vorstoß Berlin zum Ziel habe. Zwischen ihren Armeespitzen und der Hauptstadt lagen Halle und Leipzig, welche durch die Straßenanbindung nach Torgau strategische Brisanz hatten. Da die beiden Großstädte leicht umgangen werden konnten und über keine Befestigungen verfügten, war ein verbissenes „Einigeln“ nicht sinnvoll. Ihre Verteidigung sollte somit nur

¹⁶³³ GEHLEN: Wie die Stadt Halle vor der Vernichtung bewahrt wurde, S. 361.

Huhold: Errettung der Stadt Halle, S. 8.

¹⁶³⁴ „Flaggenbefehl“. Funkspruch vom Kommandeur der Ordnungspolizei beim Regierungspräsidenten an Kdo. Würzburg, Regensburg, Ansbach. Regensburg, 3.4.1945. In: JACOBSEN: Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, S. 591f.

¹⁶³⁵ REBENTISCH: Führerstaat und Verwaltung, S. 530.

¹⁶³⁶ ROOB, HELMUT: Kleine Geschichte der Residenzstadt Gotha von den Anfängen bis 2000. Bad Langensalza, 2011, S. 114ff.

¹⁶³⁷ Huhold: Errettung der Stadt Halle, S. 8.

hinhaltenden Charakter haben, bis der Stellungsbau anderswo vollendet würde. Diese strategische Lageeinschätzung sollte zusammen mit anderen glücklichen Faktoren die Stadt Halle vor ihrer Vernichtung bewahren, die ihr andernfalls gedroht hätte.¹⁶³⁸

In Halle existierte seit 1942 eine geheime Widerstandgruppe um den Chemiker Prof. Dr. Dr. Theodor Lieser. Diese war zwar klein, aber gut vernetzt und wusste daher frühzeitig vom Vormarsch der US-Truppen.¹⁶³⁹ Major Huhold beschrieb Lieser als einen entschlossenen und glühenden Idealisten und Pazifisten.¹⁶⁴⁰ Lieser sandte schon am 11. April 1945 einen Arzt zu den anrückenden Amerikanern, um eine erste Fühlung mit den Alliierten aufzunehmen. Jenem wurde jedoch erklärt, dass eine Schonung der Stadt nur bei einer kampflosen Übergabe möglich sei.

Sodann versuchte Lieser, die Zerstörung der Saalebrücken zu verhindern. Noch am Nachmittag desselben Tages ging er zu May, weihte diesen in seine Widerstandsbewegung ein und bat ihn um Hilfe bei seinen Bemühungen. Dieser wiederum stellte ihm einen Kontakt zu Weidemann her. Es kam zu mehreren Treffen zwischen Lieser und dem Oberbürgermeister, bei dem jedoch keine Brückenrettung ausgehandelt werden konnte. Immerhin erlaubte Weidemann, dass Lieser und seine Institutsangehörigen „Ordnungsdienst“-Armbinden tragen durften.

Doch selbst wenn Weidemann sich gegen eine Brückensprengung eingesetzt hätte, wäre dies doch ein recht aussichtsloses Unterfangen gewesen. Denn derartige Dinge standen weit über den Kompetenzen eines zivilen Oberbürgermeisters und waren alleine in der Hand der Wehrmacht, in diesem Fall bei Rathke.¹⁶⁴¹ Weidemann hatte nicht vor, bei der Übergabe von Halle aktiv mitzuwirken, hätte aber das Hissen einer weißen Flagge auf dem Rathaus geduldet.¹⁶⁴² An Rathke wandte sich nun auch Lieser. Dieser war jedoch zu keinerlei Zugeständnissen bereit und drohte mit dem Einsatz von Waffengewalt wenn er irgendwo weiße Fahnen sehen sollte. So kam es, dass am 14. April die meisten Saalebrücken gesprengt wurden.¹⁶⁴³ Bis dahin hatte May auch keine Aussprachen mehr mit Weidemann. Er war zu sehr damit beschäftigt, die Ernährungslage der Bevölkerung zu sichern.¹⁶⁴⁴

¹⁶³⁸ GELLERMANN, GÜNTHER WALTER: Die Armee Wenck – Hitlers letzte Hoffnung. 2. Auflage. Koblenz, 1990, S. 65f.

¹⁶³⁹ GEHLEN, HEINRICH: Wie die Stadt Halle vor der Vernichtung bewahrt wurde. In: DROBISCH, KLAUS/FISCHER, GERHARD (Hrsg.): Ihr Gewissen gebot es. Christen im Widerstand gegen den Hitlerfaschismus. Berlin (Ost), 1980, S. 358-366, hier S. 359.

¹⁶⁴⁰ Huhold: Errettung der Stadt Halle, S. 9.

¹⁶⁴¹ Dies sagte auch der Stadtbaurat Heilmann zu Lieser. Er war der Erbauer der Giebichensteinbrücke über die Saale. GEHLEN: Wie die Stadt Halle vor der Vernichtung bewahrt wurde, S. 360.

¹⁶⁴² May: Vom Bürgermeisteramt in der Zeit des Zusammenbruchs, S. 3.

¹⁶⁴³ BOCK: Übergabe oder Vernichtung, S. 10 und 13-16.

¹⁶⁴⁴ May: Vom Bürgermeisteramt in der Zeit des Zusammenbruchs, S. 3f.

Zum Angriff auf Halle waren die 104. US Infanterie-Division mit dem Spitznamen „Timberwölfe“ und die 3. US Panzer-Division abgestellt. Am Abend des 14. April erreichten die ersten Einheiten die Stadt.¹⁶⁴⁵ Zuvor waren die US-Truppen auf das Konzentrationslager Mittelbau-Dora bei Nordhausen gestoßen. Um den dort noch lebenden halb verhungerten Häftlingen unverzügliche medizinische Hilfe geben zu können, war ein Großteil des medizinischen Personals der 104. US Inf.-Div. vor Ort geblieben.¹⁶⁴⁶ Daher war ihr Kommandeur, General Terry Allen de la Mesa, trotz der gebotenen Eile bestrebt, verlustreiche Häuserkämpfe zu vermeiden.¹⁶⁴⁷

Die Amerikaner hatten die Verteidiger auf etwa 4.000 Soldaten geschätzt. Tatsächlich dürften es aber nur etwa 1.700 größtenteils unerfahrene Männer und Jugendliche ohne schwere Waffen gewesen sein. Am Morgen des 15. April startete der Angriff auf den Norden von Halle. Trotz des stärker werdenden Widerstandes gelang es den Amerikanern, bis zum Ende des ersten Kampftages ein Achtel der Stadt und 800 Gefangene zu nehmen. Hierauf erhielten die US-Soldaten den Befehl, das Feuer einzustellen, um den Deutschen zu ermöglichen, Halle zur offenen Stadt¹⁶⁴⁸ zu erklären. General Allen war darum bemüht, unnötiges Blutvergießen zu vermeiden. Da es jedoch zu keinen Verhandlungen kam, ging der amerikanische Vorstoß am kommenden Morgen weiter. Dabei verzichteten die Amerikaner auf Luft- und Artillerieunterstützung, da ihnen bekannt war, dass sich auch verwundete amerikanische Gefangene in den Lazaretten der Stadt befanden.¹⁶⁴⁹

Am Nachmittag des 15. April besetzten US-Soldaten Mays Haus und untersagten ihm, dieses zu verlassen. Erst am Morgen des 17. April war es ihm wieder möglich, seine Dienststelle in der Moritzburg zu erreichen.¹⁶⁵⁰

Die Widerstandsgruppe Lieser hatte in der Nacht vom 15. auf den 16. April 10.000 Flugblätter gedruckt, die zur Übergabe der Stadt aufriefen. Tatsächlich zeigten sich hierauf vereinzelt weiße Fahnen an den Häusern, Rathke bestand jedoch weiterhin auf die Verteidigung der Stadt. Am 16. April ließ Allen ein Flugblatt über der Stadt abwerfen, welches ein Ultimatum enthielt. Sollte die Stadt nicht bedingungslos übergeben werden, drohe die Vernichtung durch Artillerie und Luftangriffe am kommenden Tag. „*Surrender or destruction*“ war das Gebot der Stunde. Hierfür ließ Allen um 18 Uhr das Feuer einstellen.

¹⁶⁴⁵ GELLERMANN: Die Armee Wenck, S. 66.

¹⁶⁴⁶ HOEGH, LEO ARTHUR/DOYLE, HOWARD J.: Timberwolf Tracks. The History of the 104th Infantry Division 1942-1945. O.O., 1946, S. 329.

¹⁶⁴⁷ KÖNNEMANN, ERWIN: Die Bewahrung Halles vor der totalen Vernichtung im April 1945. In: JACOB, RALF (Hrsg.): Jahrbuch für hallische Stadtgeschichte 2005, S. 65-76, hier S. 65.

¹⁶⁴⁸ Eine als offene deklarierte Stadt darf nicht verteidigt und im Gegenzug weder bombardiert noch angegriffen werden. Allerdings gab es keine eindeutige juristische Regelung für diesen Begriff. SCHMITZ, ERNST: Die „offene Stadt“ im geltenden Kriegsrecht. In: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht. Band 10. München, 1940, S. 618-628.

¹⁶⁴⁹ HOEGH/DOYLE: Timberwolf Tracks, S. 339f. Huhold: Errettung der Stadt Halle, S. 4.

¹⁶⁵⁰ May: Vom Bürgermeisteramt in der Zeit des Zusammenbruchs, S. 5.

Ein großflächiger Luftangriff unter Einsatz von Brandbomben wäre für Halle verheerend gewesen. Die Altstadt war durch die enge Bauweise feuergefährdet und es stand nicht mehr genügend Löschwasser zur Verfügung. Aufgerüttelt vom amerikanischen Ultimatum formierte sich ein Demonstrationzug aus Frauen und Kindern zum Marktplatz und dem Befehlsbunker. Dort erreichten die Demonstranten Weidemann, der sich jedoch weigerte, ihre Forderungen bei Gauleiter Eggeling oder Kreisleiter Dohmgoergen vorzubringen.

Derweil hatte Lieser durch einen Mittelsmann direkten Kontakt zu den Amerikanern aufgenommen. Hierdurch wusste er, dass die US-Truppen nicht zögern würden, am Morgen des nächsten Tages mit ihrem Vernichtungsangriff zu beginnen, sollte das Ultimatum nicht eingehalten werden. Es war also höchste Eile geboten.

Ebenfalls ohne Erfolg sprach Graf Luckner bei Generalleutnant Rathke vor. Luckner, dessen Name auch in den USA Bedeutung hatte, sandte einen weiteren Unterhändler zum Führungsstab der 104. US Infanterie-Division. Im Gepäck hatte dieser ein Empfehlungsschreiben Luckners. Damit war Luckners Rolle aber noch nicht beendet.

Auch die Ärzteschaft warnte derweil den immer mehr bedrängten und langsam schwankenden Generalleutnant Rathke davor, den Häuserkampf trotz überfüllter Lazarette weiterzuführen. Den gordischen Knoten durchschlug letztendlich der Standortarzt, Oberfeldarzt Dr. Seeland. Dieser eröffnete Rathke die Idee, den Großteil der Stadt zu räumen, in dem sich auch die Lazarette befanden. Den verbliebenen Abschnitt könne man dann gemäß Führerbefehl gesichtswahrend verteidigen, gleichzeitig aber eine Zerstörung der gesamten Stadt verhindern. Am Nachmittag verkündete Rathke endlich die Annahme dieses Plans, was Seeland unverzüglich Weidemann in der Moritzburg mitteilte. Man einigte sich im Dienstzimmer des Oberbürgermeisters darauf, den prominenten „Seeteufel“ Graf Luckner zusammen mit Major Huhold zu den Amerikanern zu schicken. Der Kampfkommandant sollte über diese Maßnahme informiert werden. Nach deren Rückkehr unterrichtete man Rathke davon, dass 700 schwere Bomber und 260 Jagdbomber bereitstanden, sollten sich die Truppen nicht in den Südteil Halles zurückziehen.¹⁶⁵¹ Der amerikanische General hatte gesagt:

„Die erste Welle mit Sprengbomben, um die Bevölkerung in die Keller zu bringen. Die zweite und Dritte Welle werfen die neuen dreiteiligen Phosphorbomben ab, die die Häuser vom Dach bis zum Erdgeschoss durchschlagen und anzünden. Durch den Sauerstoffmangel wird alles ersticken. Ich breche damit wie in Nordhausen und Halberstadt jeden militärischen Widerstand.“¹⁶⁵²

¹⁶⁵¹ BOCK: Übergabe oder Vernichtung, S. 24-33. Huhold: Errettung der Stadt Halle, S. 25.

¹⁶⁵² Ebenda, S. 25.

Bei der Unterredung mit General Allen waren auch einige Journalisten anwesend. Da sie schon bald über die Ereignisse berichteten, setzten sie die daran beteiligten Deutschen der Gefahr aus, als nunmehr offiziell bekannte Verräter vor das Kriegsgericht zu kommen. Derweil versuchte Weidemann, den Verhandlungserfolg als seinen Hauptbeitrag zur Rettung der Stadt zu deklarieren. Als jedoch im deutschen Radio angeblich verkündet wurde, dass alle Beteiligten der Delegation zum Tode verurteilt worden waren, verlor er die Nerven.¹⁶⁵³

Möglicherweise bestärkt durch den Selbstmord der lokalen NS-Hoheitsträger, Gauleiter Eggerling und Kreisleiter Dohmgoergen, befahl Rathke tatsächlich den Abzug der Soldaten aus den betreffenden Stadtteilen, welcher in der Nacht abgeschlossen war.¹⁶⁵⁴ In dieser Nacht versuchten Graf Luckner, Huhold und Weidemann, sich zu den Amerikanern durchzuschlagen, um der ihnen drohenden Verhaftung zu entgehen. Nach Huholds Schilderung verhielt sich Weidemann hierbei feige, egoistisch und hinterhältig und hegte noch immer den Plan, Oberbürgermeister zu bleiben. Dennoch gelang es ihnen unter mehrfacher Lebensgefahr, heil zum amerikanischen Stab durchzukommen. Dort wurde ihnen versprochen, für den Schutz ihrer Familien zu sorgen.¹⁶⁵⁵

Am 17. April war das Rathaus von den Amerikanern eingenommen worden. Weidemann weigerte sich jedoch trotz des Drängens Liesers, seinen Posten freiwillig aufzugeben. Er hätte es durch geschicktes Taktieren fast geschafft, Oberbürgermeister zu bleiben. Erst nachdem Huhold über ihn aufgeklärt wurde, sich dann an Graf Luckner wandte, der wiederum die Amerikaner beeinflusste, konnte Weidemann aus dem Amt entfernt werden.¹⁶⁵⁶

Mit dem Rückzug der deutschen Truppen aus den ausgehandelten Stadtteilen reduzierte sich das Kampfgebiet um zwei Drittel. Nach heftigen Gefechten hatten die Amerikaner am Mittag des 19. Aprils die gesamte Stadt eingenommen und 2.640 Gefangene gemacht.¹⁶⁵⁷ Kampfkommandant Rathke, der bis dahin unter so enormem Druck gestanden hatte, verteidigte den Süden Halles noch bis zur letzten Patrone.¹⁶⁵⁸

¹⁶⁵³ Huhold: Errettung der Stadt Halle, S. 30, 37, 39 und 41f.

¹⁶⁵⁴ BOCK: Übergabe oder Vernichtung, S. 35.

¹⁶⁵⁵ Huhold: Errettung der Stadt Halle, S. 44-59.

¹⁶⁵⁶ May: Vom Bürgermeisteramt in der Zeit des Zusammenbruchs, S. 5. Huhold: Errettung der Stadt Halle, S. 69. Dass der Nationalsozialist Weidemann zunächst Oberbürgermeister bleiben durfte, ist kein Einzelfall. Auch in Münster trafen die Amerikaner auf eine intakte Stadtverwaltung und beließen so den alten Stadtvorsteher trotz seines Status als Alter Kämpfer für ein paar Tage noch im Amt. MECKING, SABINE: „Beamte mit sportgestähltem Körper, hellem Geist und einem soldatischen Herzen“? Städtische Personalpolitik während des Krieges in Münster. In: MECKING/WIRSCHING: Stadtverwaltung im Nationalsozialismus, S. 77-103, hier S. 77.

¹⁶⁵⁷ HOEGH/DOYLE: Timberwolf Tracks, S. 341.

¹⁶⁵⁸ Huhold: Errettung der Stadt Halle, S. 8.

Der Historiker GÜNTHER GELLERMANN resümierte dennoch über die Schlacht um Halle aus gesamtstrategischer Hinsicht der 12. Armee „Wenck“:

„Die Verteidiger hatten ihren Auftrag, vorgeschobene Stellung zu sein, voll erfüllt. Durch ihren Widerstand hatte das XXXXVIII. Pz.Korps für den Ausbau der Muldestellung einen Zeitgewinn von etwa sechs Tagen erzielen können. Unter diesem Gesichtspunkt ist der verbissene Abwehrkampf der Verteidiger von Halle durchaus sinnvoll gewesen.“¹⁶⁵⁹

Für das Kriegsende in Halle ergibt sich folgendes Bild von Paul May: Er war über die drohende Niederlage gut informiert und versuchte durch persönliches Einwirken auf andere Stellen, die Zerstörung der Stadt zu verhindern. Lieser muss viel von ihm gehalten und ihm vertraut haben, da er ihn in seine geheime Widerstandsbewegung eingeweiht hatte. Trotzdem ist sein Anteil an der Rettung der Stadt gering, was jedoch wohl weniger an seinem Willen gehangen hat, als an seinen Möglichkeiten. Zudem war er ab dem 15. April durch die amerikanische Besetzung zeitweise handlungsunfähig. Interessanterweise erhielt der 57-jährige May keine Einberufung zum Volkssturm. Außerdem wurde die Stadtverwaltung von Halle zu keinem Zeitpunkt aufgelöst.

Im Gesamtbild zeigt sich, dass hochgestellte Hallenser Nationalsozialisten wie Gauleiter Eggeling und Oberbürgermeister Weidemann ebenfalls die Sinnlosigkeit des Kampfes einsahen und mit unterschiedlichem Engagement versuchten, die drohende Vernichtung der Stadt abzuwenden. Letztendlich scheiterten alle Versuche am Kampfkommandanten, der von seinem Sonderbeauftragten „auf Linie“ gehalten wurde. Mit anderen Worten: Die entscheidende Stelle zur Entscheidung von Sprengungen und Verteidigung lag hauptsächlich in der Hand der Wehrmacht. Oberbürgermeister und selbst der Gauleiter als Reichsverteidigungskommissar konnten nichts gegen anderslautende Befehle aus Berlin ausrichten.

Am 20. April 1945 wurde Weidemann schließlich von den Amerikanern seines Postens als Oberbürgermeisters enthoben und Paul May an diese Stelle gesetzt. Dafür waren drei Faktoren ausschlaggebend: Der Posten als Zweiter Bürgermeister, sein guter Ruf als Fachmann und seine geringfügige Verstrickung in den Nationalsozialismus.¹⁶⁶⁰

¹⁶⁵⁹ GELLERMANN: Die Armee Wenck, S. 67.

¹⁶⁶⁰ KÖNNEMANN: Die Bewahrung Halles vor der totalen Vernichtung, S. 72f.

2. Würzburg

a) Stadtverwaltung

„1939 kam der unselige Krieg“¹⁶⁶¹, bemerkte Memmel retrospektiv gegenüber der Spruchkammer. Dieser brachte für die Stadtverwaltung von Würzburg vor allem drei Veränderungen: Personaleinbußen, einen Baustopp und die Errichtung von Kriegsämtern. Schon am 27. August 1939 – also noch wenige Tage vor Kriegsausbruch – wurden auf höheren Befehl Wirtschaftsämter eingerichtet. Diese kümmerten sich fortan um die Verteilung von Lebensmitteln, Treibstoff, Brennstoff, Kleidung, Gebrauchsgegenständen, Waren und Verarbeitungstoffen. Besonders durch die im Verlauf des Krieges zunehmende Warenrationierung waren diese Ämter herausgefordert.¹⁶⁶² Die Wehrmacht und andere kriegswichtige Organisationen forderten ihren menschlichen Tribut. So wurden städtische Dienststellen gestrichen oder zusammengelegt und Pensionierungen aufgeschoben. Am 1. April 1939 unterstanden der Stadt 544 Beamte, 422 Angestellte und 1220 Arbeiter. Davon wurden 230 Beamte und 195 Angestellte einberufen.¹⁶⁶³

Mit Kriegsbeginn wurden die Baustoffe für relevantere Projekte rationiert, gleichzeitig waren durch die Einberufungen weniger Bauleute verfügbar. Dadurch konnten in Würzburg während des Krieges keine zivilen NeuBaumaßnahmen mehr durchgeführt werden. Hiervon ausgenommen war zunächst der Luftschutz. So erhielten alle öffentlichen Gebäude Luftschutzräume, ebenso einige Wohngebäude.¹⁶⁶⁴ Trotz der Baumittelknappheit wurde 1940 noch der für Würzburg wichtige Neue Hafen in der Dürrbachau fertiggestellt. Memmel betrachtete dieses Projekt als seinen Verdienst, das er gegen den Widerstand der konkurrierenden Stadt Nürnberg realisiert hatte.¹⁶⁶⁵

Um die Wohnungsnot besser in den Griff zu bekommen, mussten die Vermieter ab Herbst 1942 alle größeren freiwerdenden Wohnräume an Memmel melden. Bei der darauffolgenden von ihm mitgesteuerten Vermietung wurden kinderreiche Familien und Kriegsversehrte gemäß vorgegebener Richtlinien bevorzugt. Die Zwangsbewirtschaftung war damit wieder eingeführt. Die Gau- bzw. Kreisleitung übte Druck auf das Wohnungsamt, um ihre eigenen Kandidaten durchzusetzen.¹⁶⁶⁶

Ab 1940 konnten mangels Treibstoff die Straßen nicht mehr mit Sprengwägen gesäubert werden. Daher wurden den Straßenreinigern von der Gestapo Juden als Zwangsarbeiter „zur Verfügung gestellt“, die diese Aufgabe händisch übernehmen mussten. Im Laufe der Zeit wurden durch

¹⁶⁶¹ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 3.

¹⁶⁶² Ebenda, S. 213f.

¹⁶⁶³ XXXI. Verwaltungsbericht, S. 14-17.

¹⁶⁶⁴ Ebenda, S. 101ff.

¹⁶⁶⁵ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 3.

¹⁶⁶⁶ XXXI. Verwaltungsbericht, S. 195f.

das Wegbrechen von männlichen Arbeitern und Rationierungen aller Art zunehmend Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und ausländische Hilfswillige zu öffentlichen Arbeiten in Würzburg herangezogen. Deren Leistungen waren jedoch bisweilen zum Ärger der Einwohner nicht immer zufriedenstellend.¹⁶⁶⁷

Seit Oktober 1936 waren die deutschen Gemeinden zum Führen einer Ortschronik verpflichtet.¹⁶⁶⁸ Memmel legte großen Wert darauf, dass das zeitgeschichtliche Archiv Würzburgs mit besonderer Sorgfalt geführt wurde.¹⁶⁶⁹ Die Zeitschrift „NS-Gemeinde“ empfahl bei Kriegsbeginn das Führen einer separaten Kriegschronik.¹⁶⁷⁰ Diese Idee nahm Memmel unverzüglich auf. Hierfür ließ er sich große Mengen an Material von Feldpostbriefen, Fotografien, Illustrierten und Propagandamaterial von Würzburgern im Kriegsdienst zusenden, die noch heute im Stadtarchiv auffindbar sind. Die Chronik diente auch dem Gefallenengedenken:

„Im Rahmen unserer Kriegschronik soll das Andenken an die gefallenen Söhne der Stadt (einschl. Heidingsfeld) besonders betreut werden; es ist beabsichtigt, auch die Photographien der Gefallenen in jene Chronik einzureihen.

Aus diesem Grunde möchte ich bitten, dem Stadtarchiv, Abtlg. Stadtchronik, eine Anschriftenliste der Hinterbliebenen zu übermitteln und diese Aufstellung etwa alle 2-3 Monate zu ergänzen.“¹⁶⁷¹

Memmel ließ Anfang Oktober 1939 mehrere hundert Bocksbeutel an die im Feld stehenden Würzburger versenden. Darüber kam ihm die Idee eines Nachrichtenblatts „Unsere Feldpost“, das die Stadtverwaltung ab November 1939 herausgab. In ihr wurden Lokalereignisse geschildert, aber auch Feldpostbriefe fanden Eingang.¹⁶⁷² Würzburg war damit eine der ersten Städte, die eine Zeitung an ihre im Felde stehenden Mitarbeiter herausgab.¹⁶⁷³ Dort machte Memmel auch Werbung für sein Kriegsarchiv. Die „Feldpost“ erfreute sich schnell großer Beliebtheit, weshalb ihre Auflage stetig wuchs und die Ausgaben von Mal zu Mal professioneller wurden.¹⁶⁷⁴ Sie erschien bis Februar 1945 monatlich.

¹⁶⁶⁷ XXXI. Verwaltungsbericht, S. 115.

¹⁶⁶⁸ Erlass des Reichsministers des Innern vom 31.10.1936. (RMBliV. Nr. 48). Sammlung Kriegschronik-2. SAW.

¹⁶⁶⁹ Aktennotiz von Memmel. Würzburg, 31.8.1939. Sammlung Kriegschronik-2.

¹⁶⁷⁰ Die Anlegung von Gemeindechroniken. Von Walter Händel. Die nationalsozialistische Gemeinde (Zentralblatt der N.S.D.A.P. für Gemeindepolitik). 1.9.1939, Folge 17.

¹⁶⁷¹ Memmel an die Stadtkommandantur Würzburg. Würzburg, 29.12.1939. Sammlung Kriegschronik-2.

¹⁶⁷² „Unsere Feldpost“, Nr. 1, November 1939.

¹⁶⁷³ DEICHL, KONRAD: Aus dem Rathaus. Betriebsappell der Stadtverwaltung. In: „Unsere Feldpost“, Nr. 30, S. 2.

¹⁶⁷⁴ „Unsere Feldpost“, Nr. 7, Mai 1940.

Von Anfang an zelebrierte Memmel den Schulterschluss zwischen Front und Heimat. Er engagierte sich sehr für die in Würzburg liegenden Verwundeten, besuchte sie regelmäßig und organisierte Bockbeutel und Freizeitaktivitäten für sie. Außerdem gratulierte er allen aus dem Gau Mainfranken stammenden Trägern des Ritterkreuzes und des Deutschen Kreuzes zur Ordensverleihung.¹⁶⁷⁵

1933 lebten in Würzburg rund 3.000 Juden, 1939 waren es noch 1.200.¹⁶⁷⁶ Da trotz des Drucks und der Gewalt durch die Nationalsozialisten nicht alle Juden Deutschland verlassen hatten, wurde ab 1941 mit deren Zwangsumsiedlung begonnen. Hiervon war auch der Gau Mainfranken und speziell Würzburg als Eisenbahnknotenpunkt betroffen. In sechs großen Deportationswellen am 27. November 1941, 24. März 1942 und 25. April 1942, 10. und 23. September 1942 sowie am 17. Juni 1943 wurden die mainfränkischen Juden durch die Stadt zum Würzburger Bahnhof gebracht, in Züge gepfercht und gemäß „Endlösungsplan“ in osteuropäische Konzentrationslager gebracht. Das Vermögen der Betroffenen beschlagnahmte die Staatspolizei, die auch den Plan für die Aktion aufgestellt hatte. Durchzuführen war er von der Gestapo Außenstelle Würzburg, das Begleitkommando stellte die SS. Über die erste Deportationsaktion wurde die Gestapo Außenstelle Würzburg am 4. November 1941 informiert, die zu evakuierenden Personen erst am 17. November, also nur zehn Tage vor dem Stichtag, um ihnen ein Untertauchen zu erschweren. Etwa in diesem Zeitraum dürfte auch Memmel über die geplante Aktion informiert worden sein, da die Gestapo die Stadthalle von ihm „für dienstliche Zwecke“ anforderte. Dort sollten sich die Juden vor der Evakuierung versammeln. Den Betroffenen wurde aufgetragen, neben Verpflegung auch Baumaterial mitzubringen. Ihre Deportation verkaufte man ihnen als „Aussiedlung“.

Wer auf der Evakuierungsliste stand, hatte keine Möglichkeit, aus medizinischen oder Beschäftigungsgründen vom Transport befreit zu werden. Für die Ablehnung von entsprechenden Anträgen war die Gestapo Außenstelle Würzburg verantwortlich. Die erste Deportation aus Würzburg betraf 202 Juden fast jeden Alters. Die leergewordenen Wohnungen fielen der Stadt Würzburg zu, die in Absprache mit der Gauleitung darüber verfügen durfte. Im Februar 1942 waren in Würzburg noch 593 Juden gemeldet, von denen dann 18 bei der zweiten Deportationswelle abtransportiert wurden. Im März 1942 bereitete man den dritten Transport vor. Die Gestapo Außenstelle Würzburg trug hierzu dem Personalamt der Stadt Würzburg auf, neun für die kommende Deportation Vorgesehene aus dem Arbeitsverhältnis zu entlassen. Für die Versammlung der zu Evakuierenden beschlagnahmte die

¹⁶⁷⁵ „Unsere Feldpost“, Nr. 11, S. 6 und Nr. 12, S. 5.

¹⁶⁷⁶ ROCKENMAIER, DIETER WILHELM: Aus den Akten der Würzburger Gestapo. Buchführung des Todes. Die „Endlösung der Judenfrage“ im damaligen Gau Mainfranken. Würzburg, 1981, S. 9.

Gestapo mit der Genehmigung Hellmuths den Platz'schen Garten. Am 25. April wurden schließlich 78 Juden abtransportiert. Die vierte Deportationswelle deklarierte die Gestapo offiziell als „Wohnsitzverlegung nach Theresienstadt“, welches die Nationalsozialisten als „Altersghetto“ propagierten, tatsächlich aber für viele ein Durchgangslager nach Auschwitz darstellte. 77 Würzburger Juden mussten mitfahren.

Am 23. September 1942 wurden weitere 562 mainfränkische Juden, davon 496 Würzburger, deportiert. Die sechste und letzte große Transportwelle mit 64 Würzburgern hatte neben Theresienstadt auch Auschwitz als Ziel. Lediglich 29 Würzburger Juden, die mit einem „Arier“ verheiratet waren, sind von den Deportationen verschont geblieben.¹⁶⁷⁷

Bei diesen Vorgängen war die Würzburger Stadtverwaltung stets zur Amtshilfe verpflichtet, der sie auch nachkam. Memmel informierte man immer mindestens kurzfristig darüber, dass teilweise hunderte seiner Bürger deportiert wurden. Die Mehrheit der Würzburger Bevölkerung und vor allem die betroffenen Juden wussten zumindest anfangs nichts Genaueres über das tatsächliche Schicksal, das im Osten auf die Deportierten wartete.¹⁶⁷⁸ Während Massenerschießungen der Einsatzgruppen in der Mitte des Krieges langsam in der Bevölkerung bekannt wurden, waren genauere Informationen über Vernichtungslager selten.¹⁶⁷⁹

Wie Memmel zu diesen Vorgängen gestanden hatte, lässt sich mangels Quellen nicht mehr feststellen. Die Deportationen sind mit keinem Wort in den Stadtratsprotokollen oder Zeitungen erwähnt. Es ist höchst auffällig, dass dieses Thema nicht einmal in Memmels Spruchkammerprozess angeschnitten wurde. Dort behauptete er, während seiner Zeit als Oberbürgermeister seien ihm nur die Konzentrationslager Dachau und Oranienburg bekannt gewesen.¹⁶⁸⁰ Allerdings wurde ganz offen in einer „unsere Feldpost“ abgedruckt, dass die SS im August 1941 in Lemberg¹⁶⁸¹ und Tarnopol¹⁶⁸² die jüdische Bevölkerung ausrottete:

„Auch die Gräueltaten der Roten haben wir in Lemberg und Tarnopol mit eigenen Augen gesehen. Diese an Soldaten, Volksdeutschen und Ukrainern verübte viehische Grausamkeit lässt sich nicht mit Worten schildern. Allerdings durften wir auch die Vergeltung der SS miterleben. Ich glaube, es lebt von den Tausenden Juden kein einziger mehr. In

¹⁶⁷⁷ REINHARD: Kontinuität nach der Katastrophe, S. 50.

¹⁶⁷⁸ SCHULTHEIS: Juden in Mainfranken, S. 534-545, 557, 561-564, 576, 583-587, 602ff., 611ff. und 623ff.

¹⁶⁷⁹ MOMMSEN/OBST: Die Reaktionen der deutschen Bevölkerung auf die Verfolgung der Juden, S. 403ff.

¹⁶⁸⁰ Protokoll Verhandlung Memmel, 28.11.47, Blatt 5.

¹⁶⁸¹ Siehe hierzu: SCHENK, DIETER: Der Lemberger Professorenmord und der Holocaust in Ostgalizien. Bonn, 2007, S. 76-102.

¹⁶⁸² Siehe hierzu: MUSIAL, BOGDAN: „Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen“. Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941. München, 2000, S. 128, 204 und 235f.

jedem Haus, auf allen Straßen lagen die Judenleichen, dazu trieben die Ukrainer immer neue Judenhaufen zusammen.“¹⁶⁸³

Nach Kriegsbeginn fand eine reichsweite Förderung der Kulturarbeit statt. Dies sollte Normalität vorspielen und dem Volk Ablenkung bieten. Hierzu ist auch die Gründung der Würzburger Galerie zu verorten. Der unterfränkische Maler Heiner Dikreiter hatte Memmel bereits in der Vorkriegszeit bei Kunstkäufen für die Stadt beraten.¹⁶⁸⁴ Die Personalie Dikreiter ist recht interessant. Nicht nur dessen Vater, sondern auch er selbst waren bis 1933 Mitglied der SPD. 1934 trat Heiner Dikreiter jedoch der NSDAP bei, vermutlich um seine Lehrerstelle bei der städtischen Handwerkerschule nicht zu verlieren. Dikreiter setzte sich in Memmels Entnazifizierungsverfahren sehr für ihn ein.¹⁶⁸⁵ Er rechnete es Memmel hoch an, dass jener trotz des Krieges im Jahr 1941 damit begann, eine städtische Galerie zu einzurichten und ihn als Mitarbeiter hierbei wünschte. Eine solche hatte Dikreiter schon seit 1924 angeregt.¹⁶⁸⁶ Außerdem wollte Hellmuth die Bedeutung seiner Gauhauptstadt dadurch stärken. Memmel holte Dikreiter als ehrenamtlichen Berater und Mitarbeiter und ließ ihm – sehr zu dessen Freude – bei der Auswahl der Kunstwerke vollkommen freie Hand und stellte beachtliche Summen zur Verfügung.¹⁶⁸⁷ Viele Werke kaufte Dikreiter von seinem geschäftstüchtigen Freund Wolfgang Gurlitt. Durch die Freiheit bei der Mittelverwendung war Dikreiter nicht daran gebunden, nur nationalsozialistische Kunst aufzunehmen und beschaffte sogar Werke von jüdischen Malern. Hierunter befand sich auch Raubkunst, allerdings ist steht die Provenienzforschung mangels ordentlicher Nachweise in dieser Sache noch relativ am Anfang.¹⁶⁸⁸ Memmels Reaktion auf den Ankauf von Werken jüdischer Künstler sei laut Dikreiter gewesen:

¹⁶⁸³ FISCHER, HANS: Verkehrsregelung im Osten. In: „Unsere Feldpost“, Nr. 22, August 1941, S. 12f.

¹⁶⁸⁴ KEß, BETTINA: Kunstleben und Kulturpolitik in der Provinz. Würzburg 1919 bis 1945 (= Veröffentlichungen zur Volkskunde und Kulturgeschichte. Band 76). Würzburg, 2001, S. 247.

¹⁶⁸⁵ Eidesstattliche Erklärung von Heiner Dikreiter. Würzburg, 1.2.1947. Spruchkammerakte Memmel.

¹⁶⁸⁶ HENRIKE HOLSING schreibt sogar, dass Würzburg ohne Heiner Dikreiter keine Städtische Galerie hätte. HENRIKE HOLSING: „Um diese Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen, war mir jedes Mittel recht...“ Der Galeriebegründer und Maler Heiner Dikreiter. In: LAUTER/KEß: Tradition & Propaganda, S. 62-93, hier S. 63. HOLSING, HENRIKE: Wolfgang Gurlitt und Heiner Dikreiter in Würzburg – Geschäftsbeziehungen und Freundschaft. In: SCHMUTZ, HEMMA (Hrsg.): Wolfgang Gurlitt Zauberprinz. Kunsthändler – Sammler. Linz, 2020, S. 311-316, hier S. 311.

¹⁶⁸⁷ KEß, BETTINA: Gründungsjahr 1941. Die Städtische Galerie Würzburg, ihre Gründungsgeschichte und die Folgen. In: BAENSCH, TANJA/KRATZ-KESSEMEIER, KRISTINA/WIMMER, DOROTHEE (Hrsg.): Museen im Nationalsozialismus. Akteure – Orte – Politik. Köln, 2016, S. 235-243, hier S. 237ff.

¹⁶⁸⁸ Piezonka, Beatrix: Letzter Vorbesitz: Galerie Gurlitt. Erwerbungen der Städtischen Sammlung Würzburg bei einem Geschäftsfreund. In: SCHMUTZ: Wolfgang Gurlitt Zauberprinz, S. 321-324.

„Wir brauchen ja die Öffentlichkeit von diesen Erwerbungen vorerst nichts wissen lassen. Warten wir ab, wie man in einigen Jahren darüber denkt. Vielleicht kommt auch wieder einmal eine andere Zeit.“¹⁶⁸⁹

„Und als schließlich durch Parteibefehl die Bilder der „entarteten Kunst“ und Werke jüdischer Maler rigoros aus den Sammlungen entfernt und vernichtet werden mussten, wurde Dikreiter bei Memmel vorstellig: Augenzwinkernd wurde ihm bedeutet, dass es eine „Städtische Galerie“ ja noch nicht gäbe und dass er in seinem Depot doch sicher einen verschließbaren Schrank hätte.“¹⁶⁹⁰

Selbst wenn diese Aussagen nicht der Wahrheit entsprechen sollten,¹⁶⁹¹ ging Memmels Antisemitismus offensichtlich während der Kriegszeit nicht so weit, Malerei von jüdischen Künstlern vollständig zu verachten oder gar zu zerstören. Auch im Allgemeinen spielte die als „entartet“ deklarierte Kunst in Würzburg fast keine Rolle. So gab es weder „Schreckenskammern“, noch war die Stadt eine erwähnenswerte Produktionsstätte oder ein markanter Ausstellungsort für rein nationalsozialistische Kunst oder entsprechende namhafte Künstler.¹⁶⁹²

Die Gauleitung Mainfrankens konkurrierte im Bereich der Kultur mit der Stadt Würzburg.¹⁶⁹³ Daher hatte sie bei der Besetzung der Stellen für die neue städtische Galerie ihre eigenen Wünsche. Memmel wählte jedoch zusammen mit den Stadträten den bei der Gauleitung weniger beliebten Studienprofessor Dr. Josef Englert. Nach der Aussage Dikreiters machte die Gauleitung daher schon bald ihm und Englert das Leben schwer. Memmel unterstützte jedoch die beiden. Auch sonst habe sich Dikreiter mit vielen Künstlern beschäftigt, die dem Gauleiter nicht genehm waren. Die Gauleitung bezeichnete er 1947 als „Kunstnullen“. Memmel habe davon gewusst, sei jedoch nie eingeschritten. Eine später von Memmel geplante Beförderung Dikreiters zum Direktor der Galerie sei dann von der Gauleitung vereitelt worden.¹⁶⁹⁴

1944 übersiedelte wohl aus Kriegsgründen die „Galerie Gurlitt“ nach Würzburg. Der Kunsthändler Wolfgang Gurlitt hatte selbst jüdische Vorfahren, außerdem waren zwei seiner Mitarbeiter als „jüdisch versippt“ deklariert. Einer von ihnen, Erik Berger, und Dikreiter sagten später aus,

¹⁶⁸⁹ Eidesstattliche Erklärung Dikreiter, Blatt 1.

¹⁶⁹⁰ SCHNEIDER, HANS: H. Dikreiter (1893-1966). Ein Leben für die fränkische Kunst. Würzburg, 1988, S. 18.

¹⁶⁹¹ HOLSING verweist diese Anekdote ins Reich der Legenden. Da Dikreiter dies jedoch bereits 1947 schilderte, mag dieses Gespräch doch so oder zumindest so ähnlich von Statten gegangen sein. Memmel äußerte sich nicht zur Aussage Dikreiters als Entlastungszeuge im Verfahren. HOLSING: Der Galeriebegründer und Maler Heiner Dikreiter, S. 68.

¹⁶⁹² KEß: Kunstleben und Kulturpolitik in der Provinz, S. 334ff.

¹⁶⁹³ KESS, BETTINA: Gründungsjahr 1941 Die Städtische Galerie Würzburg und die Umstände ihres Aufbaus. In: LAUTER/KEß: Tradition & Propaganda, S. 58-61, hier S. 59.

¹⁶⁹⁴ Eidesstattliche Erklärung Dikreiter.

Memmel habe trotz dieses Hintergrundes die Galerieübersiedlung gefördert, und ihnen niemals Schwierigkeiten gemacht.¹⁶⁹⁵

Da Oskar Dengel im Oktober 1942 aus dem Amt des zweiten Bürgermeisters geschieden war, musste man einen Nachfolger suchen. Hier kam Dr. Adalbert Wolpert (Jahrgang 1897) ins Spiel, den Memmel bereits im Jahr 1938 erfolglos als Stadtrat vorgeschlagen hatte. Er war 15 Jahre lang hauptamtlicher Erster Bürgermeister in Rodalben, Lohr und Bad Kissingen gewesen, konnte also auf eine langjährige Gemeindetätigkeit zurückblicken. Zu seiner Vita ist zu sagen, dass Wolpert nach dem Ersten Weltkrieg Freikorpskämpfer und Mitglied in der „Reichskriegsflagge“ gewesen war. Außerdem gehörte er der Sängerschaft Saxo-Thuringia Würzburg an. Seit dem 15. April 1933 besaß er ein Parteibuch der NSDAP und agierte im Gaustab des Gaues Unterfranken als Gauamtsleiter für Kommunalpolitik. Gauinspekteur Conrad meinte daher, eine öffentliche Ausschreibung könne auch keinen besseren Kandidaten bringen. „Dr. Wolpert besitzt das besondere Vertrauen des Gauleiters Dr. Hellmuth, dessen Wunsch es ist, dass sein Gauamtsleiter für Kommunalpolitik auch am Sitz der Gauleitung tätig ist.“¹⁶⁹⁶ Wolpert war ferner vom Gauleiter dazu aufgefordert worden, sich für die Bürgermeisterstelle zu bewerben.¹⁶⁹⁷ Eine weitere Personalie also mit der Hellmuth seinen Einfluss auf Würzburg sichern wollte. Dies bedeutet jedoch nicht, dass Memmel ein Gegner Wolperts war:

„Dem Oberbürgermeister erscheint Dr. Wolpert sowohl als Parteigenosse wie als Fachmann und als Mensch hundertprozentig als der gegebene allgemeine Vertreter, Bürgermeister und Stadtkämmerer in Würzburg.“¹⁶⁹⁸

Für diese Entschließung war noch nicht einmal seine Unterschrift notwendig. Wolperts Arbeit in Würzburg blieb jedoch überschaubar, da er als Bataillonskommandeur die meiste Zeit an der Ostfront verbrachte.¹⁶⁹⁹

b) Wiederberufung auf Lebenszeit

1936 klagte Memmel über Nervenschmerzen und Lähmungserscheinungen in den Beinen. Er ging zu drei verschiedenen Ärzten, die ihm nicht helfen konnten aber einen Gehirntumor ausschlossen.¹⁷⁰⁰ 1937 kam Memmel in

¹⁶⁹⁵ Eidesstattliche Erklärung Dikreiter, Blatt 2. Erklärung von Erik Berger. Würzburg, 10.9.1947. Spruchkammerakte Memmel.

¹⁶⁹⁶ Protokoll nichtöffentliche Ratssitzung am 26.1.1943. Rp 402, S. 67f. Verdienste um den Wiederaufbau. Viele Trauergäste würdigten bei der Aussegnung von Dr. Wolpert Leben und Werk. MP, Nr. 106, 8.4.1968.

¹⁶⁹⁷ Schreiben von Adalbert Wolpert an den OB von Würzburg. Bad Kissingen, 7.1.1943. Personal A bis 2002. Signatur 842a. Dr. Wolpert, Adalbert 1943.

¹⁶⁹⁸ Ebenda, S. 69.

¹⁶⁹⁹ Dr. Wolpert ein Sechziger. Er hat besondere Verdienste um den Wiederaufbau. MP, Nr. 225, 30.9.1957.

¹⁷⁰⁰ Protokoll Verhandlung Memmel, 27.11.47, Blatt 1.

ambulante Behandlung ins König-Ludwig-Haus, da die Schmerzen immer schlimmer wurden. In Würzburg kursierten hiernach Gerüchte, er habe sich durch einen Sturz im Rausch verletzt. Diese konnte jedoch der ihn behandelnde Arzt vor der Spruchkammer widerlegen, da er als Ursache die alte Wirbelsäulenverletzung aus Kriegszeiten erkannte.¹⁷⁰¹ Hinzu kommt, dass sich Memmel nachweislich Ende 1917 in einem Sanatorium befunden hatte. Nach eigener Aussage legte die Partei Memmel nahe, sich krankheitsbedingt in den Ruhestand versetzen zu lassen.

„Die Ersuchung lag für mich sehr nahe. Ich hätte mein Ruhegehalt beziehen können genau wie meine Vorgänger und ein ruhiges Leben führen können. Wenn ich es damals nicht getan habe, so war das kein Ehrgeiz, sondern ich überlegte mir, wer wird mein Nachfolger, wird es ein Mann wie wir schon einen in der Kreisleitung haben. Ich sagte mir ich habe das Vertrauen der Bevölkerung und darauf bin ich stolz. Ich werde es nicht enttäuschen.“¹⁷⁰²

Ein Ruhestandsvorschlag seitens der Partei ist nicht mehr ermittelbar, andere Umstände hingegen schon. Zunächst einmal stand es um Memmels Gesundheit tatsächlich nicht zum Besten. Seit 1937 trug er ein Stützkorsett und konnte nicht mehr mitmarschieren. Nach eigenen Angaben war es ihm nur noch möglich, eine halbe Stunde am Stück zu laufen. Von einem Gehstock riet ihm sein Arzt ab, da dieser zu einer einseitigen Belastung geführt hätte.¹⁷⁰³

Memmels Amtszeit hätte nach zehn Jahren am 30. April 1943 geendet. In einer nichtöffentlichen Sitzung beschloss der Stadtrat unter Ausschluss des Oberbürgermeisters am 21. Dezember 1942, die Hauptsatzung der Stadt Würzburg zu ändern. In der anschließenden Sitzung wurde ohne Einwände beschlossen, Memmel zum Oberbürgermeister auf Lebenszeit zu ernennen. Eine öffentliche Ausschreibung sollte es nicht geben. Grund hierfür war die ausdrückliche Anordnung des Gauleiters, Memmel auf Lebenszeit zum Oberbürgermeister zu berufen.¹⁷⁰⁴ Nun könnte man meinen, die Beziehung Hellmuths zu Memmel sei doch nicht so schlecht gewesen, wie angenommen, da er ihm zu einer lebenslangen Stellung verholfen hatte. Die Anzahl geeigneter Parteigenossen, die für ein Oberbürgermeisteramt zu Verfügung standen, war allerdings sehr gering. Zudem verkleinerte sich der Personenkreis durch die fortschreitende Kriegsdauer immer weiter. Hierbei handelte es sich um kein reines mainfränkisches Problem, sondern um ein reichweites. Denn ähnliche Personalengpässe gab es ebenso bei den Gauleitungen. So stellte die Parteiführung Ende 1943 fest, dass keine Gauleiter-

¹⁷⁰¹ Aussage von Dr. Fritz Schmitt. Würzburg, 4.9.1947. Spruchkammerakte Memmel.

¹⁷⁰² Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 3.

¹⁷⁰³ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.11.47, Blatt 4. Dieses Korsett trug er auch noch ins letzte Kriegsjahr, wie mehrere Reparaturrechnungen bezeugen. Siehe hierzu die Rechnung der Orthopädischen Klinik König-Ludwig-Haus an Theo Memmel. Magistratsakten Sign. 119 g.

¹⁷⁰⁴ Protokoll Ratssitzungen vom 21.12.1942 (Nichtöffentlich). Rp 402.

Nachwuchsmänner mehr zu Verfügung ständen.¹⁷⁰⁵ Memmel war durch seine Kriegsverwundung aus dem Ersten Weltkrieg bereits wehruntauglich und somit uneingeschränkt verfügbar. Auch wenn es Differenzen zwischen Hellmuth und ihm gab, machte Memmel ansonsten eine gute Arbeit und hatte einen weitaus besseren Stand in der Bevölkerung als der Gauleiter. Somit ist diese Handlung weniger als Freundschaftsdienst, sondern mangels anderer Optionen zu verstehen. Außerdem hätte eine Absetzung des Oberbürgermeisters der eigenen Gauhauptstadt eine öffentlich sichtbare Schwächung Hellmuths im Wettstreit unter den Gauleitern bedeutet. Durch die Kriegslage wurden selbst deutlich unbequemere Oberbürgermeister als Memmel im Amt belassen, wie etwa Friedrich Krebs oder Karl Strölin.¹⁷⁰⁶ Letzterer blieb sogar trotz seiner Verwicklung in den Widerstand gegen Hitler unangetastet.¹⁷⁰⁷ Gerade in ländlichen konfessionell geprägten Gegenden, in denen die NSDAP über wenig Rückhalt und entsprechend dünnes und geeignetes Personal verfügte, verlängerte man sogar die Amtszeit von ehrenamtlichen Bürgermeistern, die vor 1933 nicht der Partei angehört hatten.¹⁷⁰⁸ Trotz allen Nachwuchsmangels stellte die Lebenszeitberufung einen weitaus größeren Schritt dar, als nur eine weitere Amtszeit von zwölf Jahren oder bis zum Kriegsende zu gewähren.

Auch für Memmel gab es sehr gute Gründe, nicht allzu rebellisch gegenüber dem Gauleiter aufzutreten und die Oberbürgermeisterkette zu behalten. Zunächst einmal sollte ein psychologischer Aspekt nicht vernachlässigt werden. Denn es ist häufig für Menschen nicht so einfach, von der Macht wieder loszulassen, wenn man einmal ausgiebig von ihr gekostet hat. Hätte Memmel seinen Oberbürgermeisterposten abgegeben, wäre ihm zunächst nur noch der Lehrberuf geblieben. Der Schritt vom Bürgermeister einer Großstadt zurück zum Lateinlehrer wäre somit ein großer gewesen. Und eine Ruhestandsversetzung hätte für den 51-jährigen deutliche Abschlüge bei den Bezügen bedeutet. Wie hätte er zudem die plötzliche freie Zeit füllen sollen? Durch seine Kreisleiterabsetzung war eine weitere Parteikarriere schwierig. Die eingangs zitierten Worte Memmels, er habe **nur** aus Rücksicht auf die Bevölkerung einer Wiederberufung zugestimmt, da andernfalls ein radikalerer oder unfähigerer Nationalsozialist an seine Stelle gerückt wäre, dürften daher der Atmosphäre der Spruchkammerverhandlung entsprungen sein.

Die Tatsache der Wiederberufung Memmels als Oberbürgermeister ist somit selbst unter der Annahme von Unstimmigkeiten zwischen ihm und Hellmuth am wenigsten auffällig. Viel eher ist es die Berufung auf Lebenszeit. Memmel war klar, dass er vom Gauleiter abhängig war, der über ihn

¹⁷⁰⁵ LILLA: Die Stellvertretenden Gauleiter, S. 9.

¹⁷⁰⁶ DRUMMER: Friedrich Krebs, S. 242f.

¹⁷⁰⁷ NACHTMANN: Karl Strölin, S. 325-337.

¹⁷⁰⁸ MATZERATH: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, S. 269f.

frei entscheiden konnte, wie er es ihm bei seiner Kreisleiterabsetzung deutlich gezeigt hatte. Möglicherweise pokerte er und machte die Wiederberufung auf Lebenszeit gegenüber Hellmuth zur Bedingung für eine weitere Amtszeit. Hier hätte er dann auch seine körperlichen Beschwerden als vorgelieblichen Interessensgrund für eine Pensionierung vorbringen können. Und mangels geeigneter Alternativkandidaten wäre der Gauleiter dann gezwungen gewesen, darauf einzugehen. Dies bleibt jedoch mangels Nachweisen eine Vermutung.

Nachdem weder Memmel noch der Zweite Bürgermeister Wolpert die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst hatten, wurde in die Hauptsatzung der Stadt eine entsprechende Ausnahmeregelung eingefügt.¹⁷⁰⁹ Am 12. März 1943 erklärte der Reichsminister des Inneren sein Einverständnis hinsichtlich der Wiederberufung Memmels auf Lebenszeit. Diese trat dann am 1. Mai des Jahres in Kraft.¹⁷¹⁰

c) Memmels Haltung zum Nationalsozialismus

Mit Kriegsbeginn nahmen die Partei und ihr verlängerter Arm, die Gestapo, kritische Meinungsäußerungen immer ernster. Zudem wurden die zu erwartenden Strafen mit der zunehmenden Dauer und dem misslichen Verlauf des Krieges immer härter.

Am 10. September 1940 wurde die Würzburgerin Paula Sohn, die als Kriegsaushilfe beim städtischen Wohlfahrts- und Jugendamt beschäftigt war, denunziert. Über die letzte Hitlerrede habe sie auf Nachfrage gesagt:

„Ich meine die war doch weniger als schön; mir (Sohn) hat sie gar nicht gefallen. Das Zweite, was er brachte war Churchill und Chamberlain. Er soll doch den alten kranken Mann in Ruhe lassen. Das ist so pietätlos. Das will ein Staatsmann sein, ihm hört doch die andere Welt das Ausland zu. Wie unfair drückt er sich immer aus. Was denken die denn von ihm? Das gefällt mir gar nicht, dass er immer wieder den Chamberlain mit seinem Schirm charakterisiert. Das ist so unfair, ich weiß nicht, wie ich das nennen soll. Als seinerzeit Daladier ihm einen Brief schrieb, wie war der so fein und vornehm abgefasst und wie derb hat er ihm geantwortet. Und er hatte ihn doch nur gefragt? Ich wollte mal sehen, wenn heute der Krieg für uns ungünstig ausginge (da war die Rede von der Flucht des engl. Königs) wer von all denen zum Volk stehen würde. Vom Führer nehme ich es noch an, aber von den Anderen nicht. Welcher Staatsmann hat noch nicht gelogen?‘ (Damit wollte sie ausdrücken, dass auch der Führer lügt.)“¹⁷¹¹

¹⁷⁰⁹ Nichtöffentliche Ratssitzung am 2.3.1943. Rp 402, S. 84.

¹⁷¹⁰ Protokoll Ratssitzung 10.6.1943 (Nichtöffentlich). Rp 402.

¹⁷¹¹ Abschrift eines Schreibens an die Gestapo. Würzburg, 10.9.1940. Spruchkammerakte Memmel.

Zunächst kam Paula Sohn für drei Wochen in Haft. Währenddessen unterrichtete man Memmel von dem Fall, denn er war in seiner Eigenschaft als Oberbürgermeister der Vorgesetzte Sohns.¹⁷¹² Memmel schrieb ihr daher:

„Sie bieten keine Gewähr, dass sie jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat eintreten. Ich sehe mich daher veranlasst, das mit Ihnen bestehende Beschäftigungsverhältnis als Kriegsaushilfe mit sofortiger Wirksamkeit aus einem wichtigen Grund zu lösen.“¹⁷¹³

Memmel befließigte sich hier der sonst für Beamte üblichen Gesetzesklausel des rückhaltlosen Eintretens für den NS-Staat.¹⁷¹⁴ Es zeigt sich ganz deutlich, dass er an seiner Arbeitsstätte keinerlei Kritik an Hitler duldete.

Am 21. August 1941 erhielt Memmel von der Gestapo eine Mitteilung, dass zwei Postfacharbeiter ihren Kollegen folgendes über ihn erzählt hätten:

„Sie [Memmel] hätten sich im Ratskeller als Gast befunden und wären betrunken gewesen. Beim Verlassen des Lokales hätten Sie geäußert: „Wir sind nun endlich soweit, dass uns der Arbeiter nichts mehr zu sagen hat.“ Sie hätten hierauf Schläge bekommen. Auch in Mergentheim hätten Sie früher schon einmal Schläge bekommen.“¹⁷¹⁵

Dieses Gerücht hatte ein weiterer Postfacharbeiter am Gemüsemarkt im Vorbeigehen aufgeschnappt. Hierauf stellte Memmel wenige Tage später Strafantrag gegen beide Postmitarbeiter. Nachdem sich die Beschuldigten förmlich bei ihm entschuldigten, zog er den Strafantrag wieder zurück. Vom Würzburger Oberstaatsanwalt wurden sie dennoch verwarnt.¹⁷¹⁶

Hans Lill war nach eigenen Angaben der einzige Beigeordnete Bayerns, der im Dritten Reich nicht der NSDAP angehörte. 1936 wurde seine Stelle als Leiter des städtischen Gesundheitsamtes gestrichen, gleichzeitig lief seine zehnjährige Dienstzeit aus. Hierauf war er ein dreiviertel Jahr ohne Betätigung, da die Regierung immer wieder Gründe fand, ihm keine Stelle zu geben. 1939 sollte Lill wiederum seinen neuen Posten im Gesundheitsamt räumen, da er nicht genügend Arbeitsaufwand habe. Daraufhin gab ihm Memmel noch die Leitung über das Jugend- und Wohlfahrtsamt, um diesen Vorwurf zu entkräften. Lill berichtete vor der Spruchkammer, dass zu Anfang des Krieges der für ihn zuständige Zellenleiter ihn immer wieder bedrängte habe, der Partei beizutreten. Darüber hatte er sich bei Memmel beschwert, woraufhin diese Bedrängung aufhörte. 1943/44 stellte der

¹⁷¹² Vernehmungsprotokoll von Paula Sohn. Würzburg, 26.1.1948. Spruchkammerakte Memmel.

¹⁷¹³ Abschrift eines Briefs von Theo Memmel an Paula Sohn. Würzburg, 25.9.1940.

¹⁷¹⁴ DGB, S. 41.

¹⁷¹⁵ Brief der Gestapo Außenstelle Würzburg an Oberbürgermeister Memmel. Würzburg, 20.8.1941. Gestapo 15007. StAW.

¹⁷¹⁶ Schreiben des Oberstaatsanwaltes von Bamberg an die Gestapo Außendienststelle Würzburg. Bamberg, 20.3.1942. Gestapo 15007.

Gauinspekteur der NSDAP eine Anfrage an den Stadtrat, warum Lill noch kein Pg. sei. Trotzdem blieb er bis zum Kriegsende in seiner Stellung.¹⁷¹⁷

Toni Haas berichtete bei Memmels Entnazifizierungsprozess:

„1943: unterhielt ich mich stundenlang mit Memmel über die Kriegs- und allgemeine Politik. Er fragte mich, der ich als Nicht-Pg. nach Lothringen abgeschoben wurde, ob ich denn bei der Partei sei. Ich sagte ihm, dass ich 1937 abgelehnt worden sei, worauf Memmel erwiderte: „Sei froh. Ein Beitritt kommt für Dich gar nicht in Frage“. „Du siehst ja, was gespielt wird“. Er war sehr erregt über den Nazikrieg und seine ungeheuren Kriegsoffer.“¹⁷¹⁸

Sofern dies der Wahrheit entspricht, sah Memmel im erneuten Weltkrieg spätestens ab 1943 (also nach Stalingrad) eine Fehlentwicklung. Es ist wahrscheinlich, dass der Tod seines Sohnes an der Front damit hineinspielte. Dies scheinen recht offene Worte gegenüber einem guten Bekannten gewesen zu sein.

Von einer sehr prekären Situation berichtete Franziska Weyrich bei Memmels Spruchkammerverhandlung. Sie war nie NSDAP-Mitglied gewesen, und arbeitete als Sekretärin des im April 1944 verstorbenen Direktors Rohrbacher bei der Überlandwerke Mainfranken AG.

„Im Herbst 1943 anlässlich einer Aufsichtsratssitzung der Überlandwerke Mainfranken A.G. [...] kam nach dem Essen Herr Direktor Reinhard der Überlandwerke zu mir in mein Bürozimmer und sagte zu mir: „Denken Sie sich nur, was sich Rohrbacher heute geleistet hat: er sprach mit Oberbürgermeister Memmel und den anderen Herren des Aufsichtsrates ganz offen über seine Einstellung gegen den Nationalsozialismus und auch darüber, dass der Krieg nicht gewonnen werden könne. Wenn das nur gut ausgeht, denn sonst bin ich der Leidtragende mit.“ Als Direktor Rohrbacher dann am Nachmittag ins Büro kam, sagte ich ihm dies in meiner Sorge um ihn. [...] Darauf sagte Direktor Rohrbacher zu mir: „Das wird Oberbürgermeister Memmel niemals tun, er ist kein Denunziant, sondern ein Mann von Charakter, der selbst sieht, dass der Weg, den wir heute gehen, in den Abgrund führt, denn Hitler ist ein Verbrecher an der Menschheit. Ich habe vor Oberbürgermeister Memmel große Achtung, aber er kann nicht handeln, wie er will.“ Die nächsten 14 Tage lebte ich in beständiger Sorge, ob für Direktor Rohrbacher die Angelegenheit gut ausgehen möchte [...]. Als aber dann 14 Tage um waren, war ich beruhigt, denn ich konnte feststellen, dass Direktor Rohrbacher die Persönlichkeit des Oberbürgermeisters Memmel richtig eingeschätzt hatte.“¹⁷¹⁹

¹⁷¹⁷ Protokoll Verhandlung Memmel, 28.11.47, Blatt 2.

¹⁷¹⁸ Eidesstattliche Erklärung Haas.

¹⁷¹⁹ Erklärung von Franziska Weyrich. Würzburg, 15.9.1947. Spruchkammerakte Memmel. Der Hergang wurde vom ehemaligen Direktor Reinhard bestätigt. Protokoll Verhandlung Memmel, 29.1.48 – vormittags, Blatt 2.

Wenn diese Situation so stattgefunden hat, war sie nicht nur für Rohrbacher gefährlich, sondern auch für Memmel. Denn hätte einer der anderen Anwesenden diese schwerwiegenden Aussagen weitergemeldet, Memmel hingegen nicht, hätte er sich dadurch ebenfalls mitschuldig gemacht.

Alle drei Aussagen, die eine Negativbeurteilung des Krieges seitens Memmel belegen wollen, sind durch ihren Zusammenhang mit dem Spruchkammerverfahren natürlich mit einer gewissen Vorsicht zu genießen, da keine anderen Belege dafür vorhanden sind. Sollte tatsächlich ein Umdenken Memmels hinsichtlich des Krieges erfolgt sein, so dürfte dies auch mit dem Tod seines Sohnes im März 1943 zusammengehangen haben.

Gemäß der Aussage Memmels sollten nach dem gescheiterten Attentat vom 20. Juli 1944 unter anderem auch der ehemalige Oberbürgermeister Löffler verhaftet werden. Memmel meinte, er habe dies dann verhindert.¹⁷²⁰ Ob das in irgendeiner Form tatsächlich zutrifft, bleibt mangels Quellen offen.

Eine Resignation Memmels bezüglich der NSDAP durch die stetigen Machtkämpfe, die Korporationsauflösung sowie seine Absetzung als Kreisleiter ist durchaus möglich, aber nicht nachweisbar. Es kann ebenfalls der Fall gewesen sein, dass er durch den Tod seines Sohnes und die sich verschlechternde Frontlage den Angriffskrieg, den das Deutsche Reich führte, kritisch gesehen hat. Dies alles ändert jedoch definitiv nichts an seiner nationalsozialistischen Überzeugung.

Dass es Memmel gelang, sowohl in der Würzburger Bevölkerung, als auch bis heute in der Literatur nicht als „Scharfmacher“ oder sogar gar „gemäßigt“ wahrgenommen zu werden liegt in zwei Umständen begründet. Zum einen profitierte er vom schlechten Ruf des Gauleiters, zum anderen wurde ihm mangels Parteiamt die politische Bühne genommen. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Beisetzung der Toten nach einem Luftangriff.... Dem Programm hierzu ist zu entnehmen, dass nur Hellmuth und Kreisleiter Wahl Reden hielten. Memmel war sicherlich auch anwesend – doch die NS-Propaganda und Endsiegeparolen gaben andere Parteigrößen öffentlichkeitswirksam von sich. Wenn er hingegen in seltenen Fällen auswärts ähnliches von sich gab, wie etwa 1942 beim Sängertag in Wien, bekamen die Würzburger dies kaum mit.¹⁷²¹ So profitierte Memmel von seiner Kreisleiterabsetzung sowohl was seinen Ruf anging, als auch bei seinem Entnazifizierungsverfahren. Letzteres wird später noch genauer untersucht.

¹⁷²⁰ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 6.

¹⁷²¹ Rede von Theodor Memmel am 8. März 1942 anlässlich des Sängertages des Sängerkreises Wien.

e) Oberbürgermeister einer Trümmerstadt

Zuletzt bleibt zu beschreiben, wie sich Memmel in den letzten Tagen der Stadt verhielt. Außerdem steht die Frage im Raum, warum es im Falle Würzburgs keine Übergabeverhandlungen mit den Alliierten gab, wie dies etwa in Halle geschah.

ea) Würzburg im Luftkrieg

Im Januar 1940 war ein Kriegsschädenamt eingerichtet worden, welches die lokalen Auswirkungen des Luftkriegs registrieren sollte. Den ersten Luftangriff erfuhr Würzburg am 21. Februar 1942, woraufhin es zwei Jahre lang ruhig blieb.¹⁷²² Seitdem wurden nur bei den Stadtwerken nur wenige Luftschutzvorkehrungen getroffen. So beschloss man beispielsweise die Tarnung des Gaswerkes.¹⁷²³ Außerdem wurden in Randersacker und Estenfeld Möbellager errichtet, um damit die Ausgebombten zu versorgen. Dieses Mobiliar stammte aus geraubtem jüdischen Besitz.¹⁷²⁴ Anfang März 1943 untersuchte eine außerordentliche Kommission die Luftschutzmaßnahmen Würzburgs. Diese war mit den Vorbereitungen seitens der Stadtverwaltung zufrieden. Stattdessen kritisierte sie die staatlichen Einrichtungen, wie etwa Krankenhäuser, die noch nicht evakuiert waren. Die Polizei kam bei einem Planspiel ebenfalls gut weg. Das zu leichtfertige Verhalten der Bevölkerung mahnte dafür zur Sorge. Derweil ging in der Stadt das Gerücht um, dass Würzburg evakuiert werden solle. Memmel dementierte im März 1944 derartige Pläne, wünschte jedoch, dass man den Senioren nahe legen solle, außerhalb der Stadt Unterkunft zu suchen.¹⁷²⁵

In seiner Spruchkammerverhandlung beteuerte Memmel immer wieder, er habe Würzburg zur Lazarettstadt machen wollen, damit sie so vom Krieg verschont worden wäre.¹⁷²⁶ Einem Ratsprotokoll vom Dezember 1944 ist jedoch das genaue Gegenteil zu entnehmen:

„Der Oberbürgermeister tritt energisch den Gerüchten entgegen, die in unserer Stadt im Umlauf sind und denen zufolge Würzburg als Lazarettstadt erklärt sein soll, um dadurch von feindlichem Luftterror verschont zu bleiben. An diesem Gerücht ist nicht ein wahres Wort. Der Oberbürgermeister fordert die Ratsherren auf, nach Kräften diesem Unsinn entgegen zu wirken. Wahrscheinlich beruht er auf feindlicher Propaganda, um die Würzburger Bevölkerung in einen möglichst sorglosen Zustand zu versetzen, damit im Ernstfalle die Verluste umso größer sind.

¹⁷²² XXXI. Verwaltungsbericht, S. 221.

¹⁷²³ Protokoll Ratssitzung 1.10.1942 (Nichtöffentlich), S. 38. Rp 402.

¹⁷²⁴ Protokoll Ratssitzung 1.12.1942 (Nichtöffentlich), S. 54f. Ebenda.

¹⁷²⁵ Protokoll Ratssitzung 7.3.1944 (Nichtöffentlich), S. 141. Ebenda.

¹⁷²⁶ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 6. Protokoll Verhandlung Memmel, 26.11.47, Nachmittag, Blatt 1. Tatsächlich gab es Lazarettstädte, welche dem militärischen Gegner auch als solche bekannt gegeben wurden, so beispielsweise im März/April 1945 im nicht verteidigten Harzgebiet. Vgl.: JORDAN: Erlebt und Erlitten, S. 261.

Alle amtlichen Stellen der Partei, des Reiches und der Stadt haben sich zwar bemüht, jede Verlagerung von Industrie nach Würzburg abzubiegen, um die Luftbedrohung unserer Stadt auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Aus diesem Grunde wurde andererseits der Neueröffnung von Reservelazaretten durch Überlassung und Einrichtung von Schulhäusern größtes Entgegenkommen gewährt. Eine Sicherheit gegen feindliche Terrorangriffe besteht aber dadurch in keiner Weise.“¹⁷²⁷

Hier prallen zwei grundverschiedene Versionen aufeinander, wobei die Stadtratssitzung dem Gericht nicht bekannt war. Offiziell dementierte Memmel demzufolge heftig, dass Würzburg zur Lazarettstadt werden sollte, während er nach dem Krieg dies als sein Vorhaben erklärte, um die Stadt zu retten. Nun wird er sich damit vor der Spruchkammer gut darzustellen versucht haben. Allerdings besitzt das im Stadtrat vorgebrachte Argument, dass sich die Zivilbevölkerung durch eine Erklärung Würzburgs zur Lazarettstadt zu sehr in Sicherheit wiegen würde, eine gewisse Relevanz. Sowohl Polizei als auch Luftschutzleitung kritisierten oft, dass die Würzburger die Luftalarme nicht ernst genug nähmen.¹⁷²⁸ Gleichzeitig wurde im Stadtrat allerdings verkündet, man habe sich bemüht, jede Verlagerung von Industrie nach Würzburg zu verhindern und stattdessen Räumlichkeiten für weitere Lazarette geschaffen. Fest steht nur, dass dies nie offiziell gemacht und den Alliierten nicht gemeldet wurde. Ein von Memmel initiiertes bewusstes Zusammenziehen von Lazaretten, um Würzburg zu schonen, dürfte ins Reich der Legenden zu verweisen sein, zumal es – gerade ohne den anerkannten Status – letztendlich nichts an der Lage änderte. Die Sekretärin des stellvertretenden Gauleiters und eine Mitarbeiterin der Gauleitung erklärten 1946 unabhängig voneinander dem Stadtchronisten OPPELT, dass Gauleiter Hellmuth Ende Januar/Anfang Februar Würzburg nicht zur Lazarettstadt freigeben wollte, da dort Erzeugnisse von Fichtel & Sachs aus Schweinfurt gelagert waren. Angeblich sei damals sogar eine dementsprechende Anweisung aus Berlin vorgelegen.¹⁷²⁹ Schlussendlich kann der angebliche Status Würzburgs als Lazarettstadt mit dem vorhandenen Quellenmaterial nicht abschließend geklärt werden.¹⁷³⁰

Auf die Anfragen, warum Würzburg keine Bunker besäße, gab Memmel gegenüber dem Stadtrat im Dezember 1944 folgende Antworten:

¹⁷²⁷ Protokoll Ratssitzung 12.12.1944 (Nichtöffentlich), S. 170. Rp 402.

¹⁷²⁸ DOMARUS, MAX: Der Untergang des alten Würzburg im Luftkrieg gegen die deutschen Großstädte. 6. Auflage. Würzburg, 1985, S. 47ff.

¹⁷²⁹ Aktennotiz von Dr. Hans Oppelt. Würzburg, 21.11.1946. Nachlass Oppelt-4. SAW.

¹⁷³⁰ 1948 berichtete die Main-Post, der Wehrkreisbefehlshaber General Karl Weisenberger habe die Erklärung Würzburgs als Lazarettstadt gegenüber Gauleiter Hellmuth abgelehnt, da er Würzburg als Truppenstadtort behalten wollte. Ob diese Geschichte so stimmt, sei allerdings angesichts der vielen Gerüchte um diese Sache dahingestellt. Lazarettstadt Würzburg? Auch der ehemalige General Weisenberger war dagegen. MP, Nr. 8, 30.1.1948, S. 3.

„1. Für den Bau von Bunkern ist in Würzburg nicht der Oberbürgermeister, sondern der Polizeipräsident als örtlicher Luftschutzleiter zuständig.

2. Unter Androhung von Zuchthaus war es in den vergangenen Jahren der Stadt Würzburg verboten auch nur ein kg Eisen oder einen Sack Zement für den Bau von Bunkern zu verwenden, weil Würzburg nicht als besonders luftgefährdet galt.

3. Wären vor Jahren Bunker gebaut worden, so wären sie den heutigen Bombenbelastungen nicht mehr gewachsen.

4. Der Bau von Bunkern ist in erster Linie nötig für die Bevölkerung in der Altstadt. Wären dort Bunker gebaut worden, so müssten sie nach den heutigen Erfahrungen als völlig wertlos betrachtet werden. Die Bunker in den Altstädten anderer Städte dürfen wegen der drohenden Gefahr überhaupt nicht mehr benützt werden.

5. Bunker an den Stadträndern zu errichten ist in Würzburg nicht nötig, da dort gelockerte Bauweise besteht.

6. So viele Bunker zu bauen, dass die ganze Bevölkerung von Würzburg bombensicher untergebracht werden könnte, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Die Erfahrung in anderen Städten hat gezeigt, dass die Verteilung von Bunkerscheinen größte Unruhen hervorgerufen hat.“¹⁷³¹

Tatsächlich war der Bunkerbau genehmigungspflichtig und wurde nur stark luftgefährdeten Städten erlaubt. So blieb die Luftschutz-Befehlsstelle am Gasthaus „Zum Letzten Hieb“ der einzige Bunker Würzburgs – mit kürzester Distanz zur Gauleitervilla. Auch wenn die Wahl dieses hochgelegenen Ortes seine Berechtigung hatte, blieb es für die Würzburger Bevölkerung ein Ärgernis, dass der Gauleiter so quasi über einen „Privatbunker“ verfügte. Der Durchschnittsbürger musste hingegen mit Luftschutzkellern und Splittergräben vorliebnehmen. Feuerlöschteiche an zentralen Plätzen sollten als schnell verfügbare Wasserreservoirs dienen, boten aber in der Brandnacht vor allem eine „Oase im Feuersturm“.¹⁷³² Außerdem wurde an vier Stollen gearbeitet, die mehrere Tausend Menschen aufnehmen sollten.¹⁷³³ Halle besaß Luftschutzbunker. Dennoch setzte der dortige Stadtrat ebenfalls mehr auf Deckungsgräben, da diese einfacher zu bauen waren und angeblich sogar mehr Sicherheit boten. Von einer Pflichtverletzung im Hinblick auf den unterlassenen Bunkerbau seitens Memmels, wie GERKEN behauptet, kann anhand der Erkenntnisse nicht gesprochen werden.¹⁷³⁴ Dieser lag schlichtweg außerhalb von Memmels Zuständigkeitsbereich und Möglichkeiten. Außerdem war auch nicht er der Luftschutzleiter, sondern der Polizeipräsident. Damit unterstand dem Oberbürgermeister noch nicht einmal mehr die städtische Feuerwehr. Im August 1944 verkündete Hellmuth II, dass der Reichsluftschutzbund nun der NSDAP unterstellt sei, und

¹⁷³¹ Protokoll Ratssitzung 22.12.1944 (Nichtöffentlich), S. 181f. Rp 402.

¹⁷³² DOMARUS: Der Untergang des alten Würzburg, S. 34f.

¹⁷³³ Protokoll Ratssitzung 22.12.1944 (Nichtöffentlich), S. 182.

¹⁷³⁴ GERKEN: Die Selbstverwaltung der Stadt Würzburg, S. 307.

der gesamte Selbstschutz nun voll verantwortlich in den Händen der Partei sei.¹⁷³⁵ Damit war dieser Bereich dem direkten Zugriff Memmels, der keinen Leitungsposten mehr in der NSDAP innehatte, versperret, und er konnte nur noch als Bittsteller auftreten.

Im Jahr 1945 kam es dann zu mehreren kleineren Probebombenangriffen auf Würzburg, die den großen ankündigten. Die Stadt besaß – von den Häfen und dem Hauptbahnhof abgesehen – keinerlei relevante strategische Ziele. Über den Grund, warum die Stadt dennoch in das Visier der Royal Air Force geraten war, wurde nach dem Angriff viel spekuliert und verzweifelt nach einem Sinn und Schuldigen gesucht. Die Erklärung ist letztendlich einfach: Die Liste der noch zu zerstörenden Großstädte wurde im Laufe der Zeit immer kürzer, und schließlich erhielt Würzburg mit seinen über 100.000 Einwohnern Relevanz.¹⁷³⁶ Das Töten von Zivilisten und die Zerstörung von Wohnraum waren schließlich keine unvermeidbaren Kollateralschäden, sondern das erklärte Hauptziel der britischen Royal Air Force gemäß der „Trenchard-Doktrin“:

„Analog zu den imperialen Strafexpeditionen gegen die Dörfer indigener Stämme sollten unterschiedsloser Massentod und Verwüstung dem deutschen Volk zugleich Strafe, Drohung und Warnung sein.“¹⁷³⁷

So kam es, dass der 16. März 1945 zum *dies ater* der Stadt wurde und sich am Abend durch einen knapp 20-minütigen britischen Luftangriff Würzburg in das „Grab am Main“ verwandelte. Grund für den enormen Feuersturm, der die historische Stadt aufgefressen hatte, war die große Anzahl an Brandbomben, die auf sie herniederregnete. In kürzester Zeit waren bis zu 3.600 Menschen tot, nahezu 90 Prozent der Stadt zerstört und damit der Großteil der Bewohner obdachlos.¹⁷³⁸ Die Feuer wüteten noch tagelang. Militärisch relevante Ziele, wie etwa die Kaserne in der Zellerau, der Neue Hafen oder der Bahnhof, blieben von diesem Angriff nahezu unversehrt. Er galt hauptsächlich der Stadt an sich. Aus militärischer Hinsicht war dieser Luftangriff auf Würzburg somit sinnlos, die RAF verlor sogar einen ihrer

¹⁷³⁵ Protokoll des Vortrags von Dr. Karl Hellmuth II, gehalten am 5.8.1944 auf der Gauschulungsborg in Gelchsheim. NSDAP Gau Mainfranken Nr. 27. StAW.

¹⁷³⁶ KNELL, HERMANN: Untergang in Flammen. Strategische Bombenangriffe und ihre Folgen im Zweiten Weltkrieg (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg. Band 12). Würzburg, 2006, S. 10ff. DOMARUS: Der Untergang des alten Würzburg, S. 218ff.

¹⁷³⁷ WILLMY, LUKAS: Operation Donnerschlag. Imperiale Aufstandsbekämpfung aus der Luft und das „Morale Bombing“ deutscher Städte durch die britische Royal Air Force 1945. Göttingen, 2024, S. 498.

¹⁷³⁸ BAUM, HANS-PETER: Die Toten des 16. März 1945 und der letzten beiden Kriegsmonate in Würzburg. Ihre Bergung, Registrierung und Bestattung im Massengrab am Hauptfriedhof und an anderen Orten. In: Stadtarchiv Würzburg (Hrsg.): "Dreitausend Männer, Frauen und Kinder haben wir hier zur letzten Ruhe bestattet": eine Dokumentation zu den Toten des Massengrabs vor dem Würzburger Hauptfriedhof und zu den Kriegstoten in Würzburg während der Endphase des Zweiten Weltkriegs (= Sonderveröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg. Band 14). Würzburg, 2020, S. 13-80, hier S. 17 und 35.

Bomber.¹⁷³⁹ Er stellte nichts anderes dar als einen gezielten Terrorangriff auf die Bevölkerung.¹⁷⁴⁰ Und als die Amerikaner knapp einen Monat später nach heftigen und umso beschwerlicheren Ruinenkämpfen die Stadt als Befreier besetzten, mussten sie eine humanitäre Katastrophe managen, ohne in der Steinwüste Quartiere für ihre eigenen Soldaten zu finden. Bis heute finden sich Blindgänger. In seiner tausendjährigen Geschichte hatte Würzburg noch nie eine derartig verheerende Katastrophe ereilt.

In der Brandnacht weilte Memmel zu Hause im Maasweg 20. Sein Haus wurde von vier Brandbomben getroffen, die er aber löschen konnte. Hier nach ging er vermutlich noch vor Mitternacht zum Befehlsbunker des Gauleiters, und dann zusammen mit Ortsgruppenleiter Kühnreich in die Stadt und beteiligte sich an den Bergungen. Beide gerieten nach der Schilderung Kühnreichs später lautstark mit der Polizei aneinander, weil diese ihrem Präsidium bei den Löscharbeiten den Vorzug gab, während die Residenz abbrannte. Bei Morgengrauen kam Memmel wieder in der Befehlsstelle an. Seine Tochter Lilli, die mittlerweile Mutter von drei Kindern war, hatte im Bombenhagel alles verloren.¹⁷⁴¹ Auch das Adelphenhaus wurde in dieser Nacht zu 80 Prozent zerstört, mehrere Bundesbrüder starben.¹⁷⁴²

Nun galt es, die verbliebenen Menschen innerhalb von zwei Wochen aus der Stadt in das Umland zu evakuieren. Außerdem mussten die Leichen geborgen und die Grundversorgung wiederhergestellt werden. Tag und Nacht war die Stadtverwaltung damit beschäftigt, ihrer Aufgaben unter widrigsten Umständen halbwegs Herr zu werden. Zu diesem Zeitpunkt war es nach Aussage Memmels noch nicht vorgesehen, die Stadt zu verteidigen, stattdessen sei eine Verteidigungslinie bei Waldbüttelbrunn vorgesehen gewesen.¹⁷⁴³ Er selbst und einige Ämter der Stadtverwaltung zogen behelfsmäßig im Gebäude des Lehrerseminars ein.¹⁷⁴⁴ Gauleiter Hellmuth verkündete in der Mainfränkischen Zeitung anlässlich des Luftangriffs auf Würzburg: „Unbeirrbar und hasserfüllt! Wir kennen nur noch eins: alles tun für den Tag der Rache“¹⁷⁴⁵

¹⁷³⁹ DOMARUS: Der Untergang des alten Würzburg, S. 103-109. Der Hauptbahnhof war bereits bei einem Angriff am 23.2.1945 zerstört worden, die Zellerau wurde am 22.3.45 bombardiert. Der Neue Hafen hingegen blieb bis Kriegsende nahezu unversehrt. KNELL: Untergang in Flammen, S. 10f., 20f. und 32.

¹⁷⁴⁰ „The basic principle emerging [...] is that to provoke a state of terror by air attack, the attacks, when launched, must be of such density that there is created in the mind of the individual the conviction that if he is in the area attacked his chances of escaping death or serious injury are remote.“ Zitiert nach: WILLMY: Operation Donnerschlag, S. 13f.

¹⁷⁴¹ Protokolle Verhandlung Memmel, 26.11.47, Blatt 1f.

¹⁷⁴² 1. Rundschreiben. Würzburg, 10.11.1948. Adelphenarchiv.

¹⁷⁴³ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.11.47, Nachmittag, Blatt 1.

¹⁷⁴⁴ Befehlsstellen. Mainfränkische Zeitung, Nr. 65, 19.3.1945, S. 1.

¹⁷⁴⁵ Unbeirrbar und hasserfüllt! Wir kennen nur noch eins: alles tun für den Tag der Rache. Ebenda, S. 1.

Der spätere Präsident der Bundesanstalt für zivilen Luftschutz und Generalmajor a.D. ERICH HAMPE hat eine Verhältnisrechnung für die deutschen Luftkriegsverluste erstellt. Hierbei wird die Zahl der Luftkriegstoten durch die Zahl der total zerstörten Wohngebäude dividiert. Mit dieser Rechnung kann die Effektivität des deutschen Luftschutzes gemessen werden. Von Oktober 1940 bis Juni 1941 war die Relation von Toten und Wohngebäudezerstörungen am höchsten, nämlich 3,3. Von März 1942 bis Januar 1945 betrug sie nur noch 0,4 bis 0,6. Die Luftschutzmaßnahmen trugen somit reichsweit deutlich zu einer Minimierung der Opfer bei¹⁷⁴⁶. In Würzburg wurden durch den Angriff am 16. März 1945 etwa 4.123 Wohngebäude als Totalschäden klassifiziert, ungefähr 4.503 fanden den Tod.¹⁷⁴⁷ Dies ergibt eine Quote von 1,1, die damit ungefähr doppelt so hoch war, wie der reichsweite Durchschnitt. Der Würzburger Luftschutz erwies sich ergo als ungenügend.

Wäre es nun für Memmel möglich gewesen, diese Katastrophe durch entsprechende Maßnahmen abzumildern? Der Bunkerbau war ihm bereits untersagt worden und die Luftverteidigung durch Flugabwehrkanonen oder Jagdgeschwader war für ihn als Zivilisten weit außerhalb der Befehlsgewalt. Hinzu kam der Umstand, dass Würzburg keine militärische oder industrielle Relevanz besaß. Immer wieder kamen vor allem nach dem Krieg Gerüchte auf, es habe im Vorfeld des Angriffs Verhandlungen über den Status Würzburgs als neutrale Stadt gegeben. DOMARUS behandelte dieses Thema bereits ausführlich und kam zu dem Schluss, dass nichts davon der Wahrheit entspreche.¹⁷⁴⁸ Demzufolge kann Memmel in seiner Funktion als Oberbürgermeister beim Luftkrieg und besonders der Zerstörung der Stadt am 16. März keine augenscheinliche Verfehlung nachgewiesen werden.

eb) Das Kriegsende in Würzburg

Am 20. Oktober 1944 wurde im Reichsgesetzblatt die Aufstellung des „Deutschen Volkssturms“ verkündet. Dieser sollte regional aus allen noch nicht eingezogenen waffenfähigen Männern im Alter von 16 bis 60 Jahren ausgehoben werden. Für die Durchführung waren die Gauleiter verantwortlich, für die Organisation der Reichsführer SS. Die tatsächliche Befehlsgewalt lag dann bei den Gaustabsführern, die wiederum Martin Bormann eigenständig auswählte. Für die Ausbildung waren die Kreisleiter

¹⁷⁴⁶ HAMPE, ERICH: Der Zivile Luftschutz im Zweiten Weltkrieg. Dokumentation und Erfahrungsberichte über Aufbau und Einsatz. Frankfurt a.M., 1963, S. 145-149.

¹⁷⁴⁷ OPPELT: Würzburger Chronik, S. 37 und 41. Wobei in dieser Zahl auch einige Dutzend Nichtwohngebäude versteckt sind, angesichts ihrer Marginalität aber vernachlässigt werden können.

¹⁷⁴⁸ DOMARUS: Der Untergang des alten Würzburg, S. 61-75.

zuständig.¹⁷⁴⁹ Die Volkssturmangehörigen galten während des Einsatzes als Kombattanten, also Soldaten gemäß Haager Landkriegsordnung. Zur Erkennung und Mangels Uniformen trugen sie eine entsprechende Armbinde, welche sie als Wehrmachtsangehörige kenntlich machte.¹⁷⁵⁰ Der Volkssturm war bis zum Kampfeinsatz der NSDAP unterstellt und somit zunächst ein Parteiorgan. Dies ermöglichte der Partei unvermittelt den Zugriff auf eine breite Personenmasse. Die Volkssturmangehörigen konnten durch das Kriegsrecht, dem sie damit unterstanden weiter diszipliniert werden. Mit diesen auf bis zu sechs Millionen Mann geschätzten Einheiten wollte man den Traum einiger Parteigrößen von einem Volkskrieg verwirklichen.¹⁷⁵¹

Der Volkssturm bestand aus vier Aufgeboten, die sich nach Alter, Tauglichkeit und Abkömmlichkeit richteten und entsprechend unterschiedliche Verwendung fanden. Das vierte Aufgebot sollte nur heimatnah eingesetzt werden und umfasste alle, die nicht kampffähig waren, aber noch Wach- und Sicherungsaufgaben übernehmen konnten.¹⁷⁵² Am 5. November 1944 starteten in Würzburg die Einschreibungen in den Ortsgruppen der NSDAP.¹⁷⁵³ Hierbei hatte Memmel zunächst einen Vorteil, da er nicht mehr Politischer Leiter war. Diese kamen automatisch in das erste Aufgebot.¹⁷⁵⁴ Ab Dezember 1944 war Memmel offiziell dem vierten Aufgebot des Volkssturms zugehörig. Den höchsten Rang, den er dort laut seines Fragebogens innehatte, war Bataillonsführer, jedoch ist nicht klar, ab wann er diesen bekleidete.¹⁷⁵⁵ Da er im Ersten Weltkrieg Offizier gewesen war, ist dies nicht verwunderlich. Alle Zeugen seines Spruchkammerverfahrens und er selbst sagten allerdings aus, beim Kampf um Würzburg sei er nur einfacher Volkssturmmann gewesen.¹⁷⁵⁶ Als Bataillonsführer unterstanden Memmel in der Theorie bis zu vier Volkssturmkompanien. Die Bataillonsführer bestimmte der Gauleiter.¹⁷⁵⁷ Rolf Schmitt war Ende 1944 ebenfalls zum Bataillonsführer ernannt worden.¹⁷⁵⁸ Dennoch erklärte Memmel eidesstattlich, Schmitt sei

¹⁷⁴⁹ YELTON, DAVID K.: Hitler's Volkssturm. The Nazi Militia and the Fall of Germany, 1944-1945. Lawrence, 2002, S. 59f.

¹⁷⁵⁰ RGBI I 1944, S. 253f.

¹⁷⁵¹ HENKE: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, S. 128ff.

¹⁷⁵² SEIDLER, FRANZ W.: „Deutscher Volkssturm“. Das letzte Aufgebot 1944/1945. Augsburg, 1999, S. 81.

¹⁷⁵³ Würzburgs Volksturmmänner melden sich. Mainfränkische Zeitung, Nr. 262, 7.11.1944, S. 3.

¹⁷⁵⁴ SEIDLER: „Deutscher Volkssturm“, S. 82.

¹⁷⁵⁵ Fragebogen Memmel.

¹⁷⁵⁶ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.11.47, Nachmittag, Blatt 1.

¹⁷⁵⁷ Zweite Ausführungsbestimmung zum Führererlass zur Aufstellung des Volkssturms von Marin Bormann vom 12.10.1944. Abgedruckt in: NEMITZ, WERNER: Kriegsende eines HJ-Volkssturmsoldaten 1945-48. Erlebnisbericht und Recherche. O.O., 2000, S. 44.

¹⁷⁵⁸ Schreiben von Memmel an den Kreisleiter der NSDAP Würzburg betreffend Bataillonsführer Rolf Schmitt. Würzburg, 30.12.1944. EAPL 030/19, „Schmitt Rolf“. Memmel bat darin, Schmitt dem zweiten Aufgebot, statt dem ersten zuzuteilen, da er eine doppelte uk-Stellung innehatte.

ebenfalls nur als einfacher Volkssturmsoldat eingesetzt worden.¹⁷⁵⁹ Der Verdacht liegt also nahe, dass beide ihre tatsächliche Rolle im Volkssturm herunterspielten und sich dabei gegenseitig unterstützten.

Am 19. März und am 7. April 1945 hatte Hitler befohlen, nur verbrannte Erde zu hinterlassen, und jegliche Infrastruktur, Industrie- und Versorgungsanlagen zu zerstören, bevor sie dem Feind in die Hände fallen konnten.¹⁷⁶⁰ Schon im Herbst 1944 waren Pläne für eine Verteidigungslinie westlich vor Würzburg entworfen worden. Diese wäre jedoch durch das für die Stadt wichtige Wassereinzugsgebiet bei Oberzell verlaufen. Das wollte Memmel verhindern. So schickte er die sachkundigen Ingenieure Erich Karsch und Lechmann zum zuständigen Generalleutnant Bornemann, um eine Verlegung der Verteidigungslinie zu erreichen, was auch gelang.¹⁷⁶¹

Mit der Ernennung eines Kampfkommandanten und dem Vorrücken des Feindes endete jedoch Memmels Zuständigkeit als Oberbürgermeister. Er hatte von da an nur noch eine beratende Funktion. Nachdem die Ludendorff-Brücke über den Rhein und am 25. März 1945 eine Mainbrücke bei Aschaffenburg nicht rechtzeitig gesprengt worden waren, gab der Oberbefehlshaber West, Generalfeldmarschall Albert Kesselring, den Befehl, alle Brücken bis nach Ochsenfurt zu sprengen. So befestigten Pioniere am 27. März schwere Fliegerbomben an allen Würzburger Mainbrücken. Noch am selben Tag sollten diese zusammen mit den Mainstauwerken zerstört werden. Memmel intervenierte sofort und konnte die Brückensprengungen bis zur Feindberührung hinauszögern.¹⁷⁶² Auch dass schließlich nur ein Bogen der Alten Mainbrücke gesprengt wurde, vereinnahmte er vor der Spruchkammer als seinen Verdienst.¹⁷⁶³ Am 31. März ging er zum Oberingenieur Erich Karsch und setzte ihn davon in Kenntnis, dass der Gauleiter die Zerstörung des Gas- und Wasserwerkes befohlen hatte, damit sie nicht in amerikanische Hände fallen würden. Beide einigten sich jedoch darauf, weiter

¹⁷⁵⁹ Eidesstattliche Erklärung Memmel.

¹⁷⁶⁰ Erlass des Führers vom 19.3.1945, sowie Befehl des Führers vom 7.4.1945. Abgedruckt in: FAUST, MARTIN (Hrsg.): Der totale Krieg. Theorie und Praxis 1943-1945. Dresden, 2011, S. 152f.

¹⁷⁶¹ Eidesstattliche Erklärung von Oberingenieur a.D. Erich Karsch. Würzburg, 18.9.1947. Spruchkammerakte Memmel.

Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 6.

¹⁷⁶² DOMARUS: Der Untergang des alten Würzburg, S. 134f. „Oberbürgermeister Mem[m]el kam auch des öfteren [sic] zur Befehlsstelle. Einmal hörte ich, dass er dafür sei, dass die Zellerbrücke nicht bzw. Zulezt gesprengt werden solle, weil sonst die Wasserversorgung der STADT Würzburg gefährdet sei. Schließlich wurde die Sprengung sämtlicher Brücken vom Generallt.Bornemann an den anwesenden Pionier Offz. Weiter gegeben mit dem Bemerkem, dass er über das Gelingen mit seinem Kopf büрге.“ Beitrag für die „Würzburger Chronik 1945“ die Darstellung des Schicksalsjahres der Würzburger Geschichte vom ehemaligen Rittmeister Graubner, Wehrmachtskommandantur Würzburg. Thüngen; 28.10.1946. Graubner. Nachlass Oppelt 116. SAW. Die Vorbereitung der Sprengung von Brücken war gemäß Führerbefehl die Pflicht des Kampfkommandanten. Aufgaben und Richtlinien für den Kampfkommandanten, S. 247.

¹⁷⁶³ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 6.

zu melden, dass dies unnötig sei, da diese ohnehin schon unbrauchbar wären. So wurde eine weitere Zerstörung verhindert.¹⁷⁶⁴

Als die Alliierten im letzten Kriegsjahr langsam die Grenzen des Großdeutschen Reiches überschritten, verlangte die Parteiführung von jedem vollen Einsatz. Wer diesen nicht, oder vermeintlich nicht gab, konnte durch entsprechende Gesetze vor ein Standgericht gestellt werden. Diese wurden am 15. Februar 1945 für die Reichsverteidigungsbezirke eingerichtet. Auch Memmel gehörte in einem nachgewiesenen Fall einem solchen an.

Die Reichsverteidigungskommissare, also die Gauleiter, beriefen Standgerichte ein und benannten deren Mitglieder. Ein solches bestand stets aus:

- einem Staatsanwalt als Anklagevertreter,
- einem Strafrichter als Vorsitzenden,
- einem Politischen Leiter oder Gliederungsführer der NSDAP,
- je einem Offizier der Wehrmacht, Waffen-SS und Polizei als Beisitzer.

Standgerichte konnten auf alle Soldaten und Zivilisten angewendet werden, denen Wehrkraftzersetzung oder Sabotage vorgeworfen wurde. Es konnte nur über drei Entscheidungen beschließen: Todesstrafe, Freilassung oder Überweisung an die ordentliche Gerichtsbarkeit.¹⁷⁶⁵

Am 28. März 1945 kam in Arnstein ein Standgericht zusammen, um über den 62-jährigen Bürgermeister und Ortsgruppenleiter der Stadt, Leonhard Herbst, zu verhandeln. Die Zusammensetzung war jedoch nicht nach Vorschrift und zeigt die Eile des Ganzen. So fungierten Memmel und der NS-Führungsoffizier Hauptmann Ludwig Höck aus Würzburg als Beisitzer. Vorsitzender war der Pg. und Oberstaatsanwalt Dr. Kuffer aus Würzburg, die Anklage vertrat Pg. Gaurichter Messer, ebenfalls aus Würzburg.¹⁷⁶⁶ Hellmuth hatte Memmel kurzfristig dazu aufgefordert, am Standgericht an Stelle des Landgerichtsrat Iffner teilzunehmen, da dieser durch Krankheit verhindert war. Nach Aussage Memmels handelte es sich hierbei um das erste und einzige Mal, dass er bei einem Standgericht fungierte. Etwas Gegenteiliges ist nicht nachweisbar. Hellmuth habe darauf gedrängt, dass er unverzüglich teilnehme, mit der Begründung, der Termin sei nicht verschiebbar.¹⁷⁶⁷ Vor der Spruchkammer deutete Memmel eine böse Absicht Hellmuths an, ihn absichtlich in dieses Standgericht zu verwickeln.¹⁷⁶⁸ Es war allerdings nicht unüblich, Bürgermeister als Beisitzer von Standgerichten zu verwenden. Bei einer Weigerung konnte sich der Betroffene auch

¹⁷⁶⁴ Vernehmung von Erich Karsch. Würzburg, 12.12.1947. Spruchkammerakte Memmel.

¹⁷⁶⁵ RGBl I 1945, S. 30.

¹⁷⁶⁶ Protokoll des Standgerichts Würzburg. Arnstein, 28./29.3.1945. Spruchkammerakte Memmel.

¹⁷⁶⁷ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 6 und 26.11.47, Blatt 8.

¹⁷⁶⁸ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Nachmittag, Blatt 1.

plötzlich selbst vor einem Standgericht wiederfinden – und zusammen mit der Person hingerichtet werden, über die er eigentlich hätte richten sollen.¹⁷⁶⁹

Grund für all das war eine Meldung des Leutnants Hans Meister von einer Luftsperr-Flugabwehrkanonen-Abteilung an das Wehrkreiskommando Würzburg. Dieser hatte mehrere Auseinandersetzungen mit Bürgermeister Herbst über die Verteidigung Arnsteins. Herbst meinte, Verteidigungsmaßnahmen seien sinnlos, da keine Bewaffnung vorhanden wäre und die Stadt bei Kampfhandlungen unnötig in Mitleidenschaft gezogen würde. Leutnant Meister beriet sich mit einigen seiner Offiziere und meinte hierauf, Herbst müsse für diese Aussagen wegen Wehrkraftzersetzung und Feigheit vor dem Feind angeklagt werden.

Die Verhandlung wurde bis zum Folgetag, den 29. März, ausgesetzt, da der Zeuge Meister nicht verfügbar war. Herbst ließ man derweil wieder laufen.¹⁷⁷⁰ Er erschien jedoch nicht wieder, weshalb Haftbefehl gegen ihn erlassen wurde. Die Verhandlung ging dennoch weiter, bis um 15:30 Uhr die Ehefrau des verschollenen Angeklagten beim Gericht eintraf, und vermeldete, dass ihr Mann sich erschossen hatte. Ein Beschluss war bis dahin noch nicht gefasst worden.¹⁷⁷¹

An diesem Tag notierte Goebbels in sein Tagebuch:

„Morgens läuft bei uns ein Bericht aus Würzburg ein, der etwas hoffnungsvoller klingt. Die Gauleitung teilt mit, dass man dort völlig der Lage Herr sei und dass auch Aschaffenburg wieder vom Feind freigekämpft worden wäre. Unser Reichspropagandaamtsleiter Dr. Fischer hat sich besonders liebevoll derjenigen angenommen, die beim Herannahen des Feindes weiße Fahnen gehisst haben. Sie werden im Gau Mainfranken einer rabiaten Behandlung unterworfen, die sie auch verdienen. Jedenfalls müssen wir jetzt in diesem Punkte sehr viel strenger vorgehen, als wir das leider im Rheinland getan haben, da sich sonst diese Art von Defaitismus wie eine Seuche ausbreitet.“¹⁷⁷²

Diese zynisch-morbide Bemerkung des Reichspropagandaministers zeigt, dass in Mainfranken anscheinend auffallend hart gegen mangelnden Kriegswillen vorgegangen wurde. Dies könnte ein Grund dafür gewesen sein, weshalb in Bezug auf Würzburg nie eine friedliche Übergabe von

¹⁷⁶⁹ So geschehen im April 1945 bei den „Männern von Brettheim“. Ortsgruppenleiter Leonhard Wolfmeyer und Bürgermeister Leonhard Gackstatter weigerten sich als Beisitzer, ein Todesurteil zu unterschreiben, weshalb sie zusammen mit dem Angeklagten gehängt wurden. BERTRAM, JÜRGEN: Das Drama von Brettheim. Eine Dorfgeschichte am Ende des zweiten Weltkriegs. Frankfurt am Main, 2005.

¹⁷⁷⁰ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 7.

¹⁷⁷¹ Protokoll des Standgerichts Würzburg. Arnstein, 28./29.3.1945. Spruchkammerakte Memmel.

¹⁷⁷² FRÖHLICH, ELKE: Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil II Diktate 1941-1945. Band 15 Januar-April 1945. München, 1995, S. 625.

deutscher Seite aus geplant war. Außerdem zeigt es, welche weltfremden Berichte die Gauleitung nach Berlin sandte. Denn „völlig der Lage Herr“ bedeutete einfach nur, dass die Gegenden **noch** nicht vom Feind überrollt worden waren und rigoros gegen Friedenswillige vorgegangen wurde.¹⁷⁷³

Schon am 26. März 1945 hatten die amerikanischen Streitkräfte den Rhein überquert und die letzten Tage des Dritten Reiches waren angebrochen. Die 7. US-Armee hatte es eilig, nach Süddeutschland vorzudringen, um der Errichtung der gefürchteten Alpenfestung zuvor zu kommen. Hierfür sollte unter anderem zuerst Würzburg und danach die Industriestadt Schweinfurt eingenommen werden.¹⁷⁷⁴ Damit war der Gau Mainfranken zum Frontgebiet geworden. Am 28. März wurde in der lokalen NSDAP-Zeitung neben einem Aufruf zur Ruhe von Hellmuth auch die Bedienungsweise der Panzerfaust abgedruckt.¹⁷⁷⁵

In der Nacht auf den 1. April 1945 besetzten die Alliierten den Flugplatz bei Giebelstadt, auf welchem deutsche Düsenbomber vom Typ Me 262 stationiert waren. Am 2. April bezogen US-Panzer- und Infanterieverbände bereits ihre Stellungen zum Angriff auf das im Maintal gelegene Würzburg.¹⁷⁷⁶ Daran änderte auch eine Dementierung der Lage durch die Mainfränkische Zeitung nichts.¹⁷⁷⁷ In ihrer letzten Ausgabe warben Gauleiter Hellmuth und der Befehlshaber des Wehrkreises noch für den Schulterschluss zwischen Partei und Kampftruppe:

„Der deutsche Offizier und Soldat kämpft zusammen mit dem Hoheits-träger, mit den Angehörigen der Partei, Schulter an Schulter neben dem deutschen Volkssturmmann. Jeder Hof muss eine Burg, jede Fabrik eine Festung, jedes Haus ein Bollwerk sein.“¹⁷⁷⁸

Kampfkommandant Würzburgs war seit dem 1. April 1944 der aus Österreich stammende Generalleutnant Karl Bornemann, ab dem 1. April 1945 bekam jedoch der Ritterkreuzträger Oberst Richard Wolf dessen Posten. Letzterer fand eine völlig unorganisierte deutsche Verteidigung vor. Zudem arbeiteten mehrere Stellen gegeneinander, und Gauleiter Hellmuth¹⁷⁷⁹

¹⁷⁷³ FREYEISEN: Verbohrt bis zuletzt, S. 310f.

¹⁷⁷⁴ WAGNER, ULRICH: Die Eroberung Würzburgs im April 1945. In: WAGNER: Geschichte der Stadt Würzburg, S. 296f.

¹⁷⁷⁵ Mainfranken! Die Stunde unserer Bewährung ist gekommen! MZ, Nr. 74, 28.3.1945, S. 1.

¹⁷⁷⁶ WAGNER: Die Eroberung Würzburgs, S. 297-314.

¹⁷⁷⁷ Das Beispiel von Hammelburg. MZ, Nr. 76, 31.3., 1./2. April 1945, S. 1.

¹⁷⁷⁸ Es geht um Heimat und Vaterland! Ebenda, S. 1

¹⁷⁷⁹ Während Hellmuths Unfähigkeit von einem Militär vor Ort kritisiert wurde, erhielt er Lob von einem Politiker aus Berlin; So schrieb Goebbels plötzlich euphorisch über seinen Parteigenossen am 3.4.1945 in seinem Tagebuch: „Erfreulich ist, dass auch vonseiten der Wehrmacht zugegeben wird, dass die Gauleiter Hellmuth und Gerland sich großartig benehmen. Sie organisieren Widerstand über Widerstand. und schaffen damit in ihren Gauen

führte als Reichsverteidigungskommissar seinen Privatkrieg. Obwohl er über kein militärisches Wissen verfügte, gab er eigene Befehle – selbst an die wenigen verbliebenen Kampfpanzer – und hatte eine eigene Befehlsstelle im Bunker am Letzten Hieb. Erst später wurde am Letzten Hieb ein zentraler Befehlsstand eingerichtet. Zu Luftangriffen kam nun auch noch die amerikanische Artillerie, welche die Reste der Stadt weiter zerstörte.¹⁷⁸⁰

Laut des Verwaltungsberichts der Stadt Würzburg aus dem Jahr 1951 ließ Memmel am 2. April 1945 folgende Bekanntmachung anschlagen:

„Die Stadtverwaltung Würzburg ist bis auf weiteres aufgelöst. Alle wehrfähigen Männer melden sich zum Volkssturm, die übrigen Gefolgschaftsangehörigen suchen sich ein Notquartier auf dem Lande in Richtung Schweinfurt, wo eine Abwicklungs- und Lohnzahlstelle der Stadtverwaltung Würzburg eingerichtet wird.“¹⁷⁸¹

Allerdings ist noch eine andere Version überliefert. OTTO STEIN schreibt:

„Am gleichen Tage (Ostermontag) machte Oberbürgermeister Memmel einen Anschlag an der Mozartschule, in der die Stadtverwaltung Unterschlupf gefunden hatte, und in dem u.a. zu lesen war:

„Die wehrfähigen Mitglieder der Stadtverwaltung melden sich beim Volkssturm. Ich selbst bleibe in Würzburg zur Verteidigung der Stadt. Wer für den Feind arbeitet, wird gehängt!“¹⁷⁸²

Wahrscheinlich aus derselben Quelle zitiert DIETER ROCKENMAIER, jedoch lässt er das erläuternde „u.a.“ weg, welches auf einen längeren Text hindeutet und darauf hinweist, dass der Anschlag nicht wortgetreu wiedergegeben wurde.¹⁷⁸³ STEIN bezog sich auf seine eigenen Erinnerungen, während ROCKENMAIER keine Quelle nennt. Möglicherweise hat STEIN jedoch den Anschlag Memmels mit dem stilistisch ähnlichen Tagesbefehl von Oberst Wolf vom 4. April 1945 vermischt, den er ebenfalls zitierte:

„Ich habe mich entschlossen, Würzburg im nächtlichen Handstreich zurückzuerobern. Wer den Befehl nicht ausführt, wird gehängt!“¹⁷⁸⁴

Daher ist die von der Stadtverwaltung nach dem Krieg veröffentlichte Bekanntmachung Memmels eher als Originaltext anzusehen. Denn der Magistrat hatte kein Interesse daran, Memmel in irgendeiner Weise zu decken. Hierfür würde auch die eidesstattliche Aussage des Ochsenfurter Apothekers Rudolf Speth sprechen. Laut seiner Aussage vor der Spruchkammer

eine wesentlich bessere Lage als in den anderen Westgauen.“ FRÖHLICH: Die Tagebücher von Joseph Goebbels, S. 669.

¹⁷⁸⁰ Bericht über den Kampf um Würzburg von Oberst Richard Wolf. Abgedruckt in: SPIWOKS, ERICH/STÖBER, HANS: Endkampf zwischen Mosel und Inn. XIII. SS-Armee Korps. Osnabrück, 1976, S. 190-207, hier S. 191-199.

¹⁷⁸¹ XXXI. Verwaltungsbericht, S. 5.

¹⁷⁸² STEIN, OTTO: Offen gesagt. Erlebnisse, Erkenntnisse 1945-1963. Würzburg, 1963, S. 12.

¹⁷⁸³ ROCKENMAIER: Das Dritte Reich und Würzburg, S. 244.

¹⁷⁸⁴ STEIN: Offen gesagt, S. 13.

kam Memmel Ende März 1945 zu ihm in die Lazarettapotheke und bat um Tabletten gegen seinen starken Husten. Hierbei äußerte er ungefähr folgendes, als die aktuelle Lage thematisiert wurde:

„Ich soll jetzt überall die Standgerichte errichten und die Leute erschießen lassen, ich denke nicht daran, es ist doch alles umsonst, ich tue da nicht mit.“¹⁷⁸⁵

Am Tag des behandelten Anschlages, dem 2. April, ließen Memmel und Rolf Schmitt die Gelder der Stadt Würzburg nach Schweinfurt verbringen; als Ausweichziel gaben sie Bamberg an.¹⁷⁸⁶ Hierbei ließ sich Memmel einen Gehaltsvorschuss in Höhe von 2.000 Reichsmark auszahlen. Als Grund gab er 1947 an, seine Tochter sei vor der Entbindung gestanden. Er habe es ihr zukommen lassen wollen, da er zu diesem Zeitpunkt über kein Bargeld mehr verfügte.¹⁷⁸⁷ Da sich auch der Zweite Bürgermeister Wolpert am 27. März 1945 einen Gehaltsvorschuss für Februar und März in Höhe von 2.200 RM auszahlen ließ, ist davon auszugehen, dass die beiden mit einem baldigen Verlust Würzburgs rechneten.¹⁷⁸⁸

Angesichts der geschilderten Handlungsweise von Memmel zeigt sich, dass er durchaus darum bemüht war, weitere Zerstörungen von seiner Stadt abzuwenden. Dass ihm dies vielerorts letztendlich nicht möglich war, hängt zum einen mit der mangelnden Befehlskompetenz zusammen, zum anderen mit der Präsenz eines fanatischen Kampfkommandanten und Gauleiters.¹⁷⁸⁹

Der Gauleiter hatte – angeblich auf Hitlers Befehl – die Stadt samt seinem Stab bereits in der Nacht auf den 2. April 1945 nach Untermerzbach verlassen.¹⁷⁹⁰ Als Verbindungsmann ließ er den Kreisleiter Wahl zurück.¹⁷⁹¹ Noch am selben Tag gab Martin Bormann, den Befehl heraus, dass alle politischen Leiter und Führer in ihrem Raum oder Kreis bis zuletzt zu kämpfen hätten: „Siegen oder fallen!“ Wer seinen angegriffenen Gau ohne ausdrücklichen Befehl Hitlers verlasse, würde als Fahnenflüchtiger betrachtet. Diese Anordnung wurde durch den Rundfunk und Zeitungen verbreitet.¹⁷⁹²

¹⁷⁸⁵ Eidesstattliche Aussage von Rudolf Speth. Ochsenfurt, 29.11.1948. Spruchkammerakte Memmel.

¹⁷⁸⁶ Vernehmungsniederschrift von Josef Hersam. Würzburg, 4.8.1947. Spruchkammerakte Memmel.

¹⁷⁸⁷ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Nachmittag, Blatt 6.

¹⁷⁸⁸ Schreiben der Stadtkämmerei an den OB von Würzburg. Würzburg, 3.VII.1945. Personal A bis 2002. Sign. 842b.

¹⁷⁸⁹ In Frankfurt konnten beispielsweise OB und Stadträte die Zerstörung von Versorgungsbetrieben und die Auflösung der Stadtverwaltung nur aufhalten, da sich der Gauleiter bereits weit abgesetzt hatte. Der Einmarsch der Amerikaner verhinderte weiteres. DRUMMER: Friedrich Krebs, S. 243.

¹⁷⁹⁰ WAGNER: Die Eroberung Würzburgs, S. 309.

¹⁷⁹¹ SPIWOKS/STÖBER: Endkampf zwischen Mosel und Inn, S. 201.

¹⁷⁹² KOOP, VOLKER: Himmlers letztes Aufgebot. Die NS-Organisation „Werwolf“. Köln/Weimar/Wien, 2008, S. 46.

Derweil packte Memmel seine wichtigsten Habseligkeiten, unter anderem auch die ihm viel bedeutenden vollständigen Ausgaben der Philisterzeitungen, die er seit dem Wintersemester 1911/12 gesammelt hatte.¹⁷⁹³ Dass er diese in jener düsteren Stunde als so wichtig erachtete, zeigt erneut seine tiefe Verbundenheit zu Adelpia. Wohin er sie gebracht hatte, ist unbekannt. Ferner hatte er das Stadtratsprotokollbuch von 1942 bis 1944 vor dem 16. März 1945 in Sicherheit gebracht. Im Februar 1962 gab er es an Rechtsrat Pfeuffer und somit der Stadt Würzburg wieder zurück. Warum dies erst so spät geschah, bleibt mangels Provenienzhinweisen unbekannt.¹⁷⁹⁴

Tags darauf, also am 3. April, begab er sich nach Lengfeld zum Sammelplatz des Volkssturmes. Derweil wurden die Würzburger Mainbrücken gesprengt.¹⁷⁹⁵ Zu diesem Zeitpunkt nahmen US-Truppen gegen zunächst unerwartet heftigen Widerstand die Zellerau und das Mainviertel ein.¹⁷⁹⁶ Der Luftangriff vom 16. März zeigte sich hierbei erneut als militärisch sinnlos: Die alliierten Truppen hatten nun eine schwer zugängliche Ruinenlandschaft vor sich, die für die Deutschen wesentlich besser zu verteidigen war als eine intakte Stadt.¹⁷⁹⁷

In seiner am Nikolausberg gelegenen Privatwohnung hatte Memmel einige Werke der städtischen Galerie in Sicherheit gebracht. Bevor er sich beim Volkssturm gemeldet hatte, setzte Memmel seine Frau davon in Kenntnis, dass sie die Bilder an Heiner Dikreiter, den Leiter der Galerie, weitergeben sollte, damit sie nicht verloren gingen. Dies funktionierte auch reibungslos.¹⁷⁹⁸ Memmel war hierbei kein Einzelfall. Dikreiter hat viele Kunstschätze mangels sicherem Aufbewahrungsort dezentral an Mitbürger verteilt.¹⁷⁹⁹

Am Vormittag des 3. April 1945 kam es in Würzburg zu einer lokal einzigartigen Handlung, die jedoch bisher kaum Niederschlag in der Literatur gefunden hat. Auf einem Haus in der Hindenburgsiedlung, die heutige Gartenstadt Keesburg, wehte eine weiße Fahne. Dies ist der einzige belegte

¹⁷⁹³ MEMMEL, THEO: Bitte des Schriftleiters. In: Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 51. Jahrgang. Dezember 1959. Nr. 3, S. 7f.

¹⁷⁹⁴ Schreiben von Wolpert an OB Zimmerer. Würzburg, 30.11.1962. Personal A bis 2002. Sign. 842b.

¹⁷⁹⁵ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Nachmittag, Blatt 6.

¹⁷⁹⁶ WAGNER: Die Eroberung Würzburgs, S. 302.

¹⁷⁹⁷ TAYLOR, FREDERICK: Dresden. Tuesday, February 13, 1945. New York, 2004, S. 374.

YELTON: Hitler's Volkssturm, S. 145.

¹⁷⁹⁸ Eidesstattliche Erklärung Dikreiter.

¹⁷⁹⁹ Siehe hierzu: Museum im Kulturspeicher. Depots 1944-1946. Signatur 26. SAW. Bei Memmel fanden ab dem 16. August 1944 Verwahrung: Ein Skizzenbuch von Ludwig Hartmann, drei Notizbücher von Carl Scharold, Briefe von Futterer, Feisheit, Trübner und Slevogt, elf Radierungen von Wilhelm Leibl, sowie Akademie-Diplome.

Waffenstillstandsversuch im Kampf um Würzburg. Gehisst hatte diese Flagge der Gauamtsleiter und Bundesbruder Memmels: Friedrich Conrad. Am Frühmorgen des Tages war er laut einer Zeugenaussage schwer enttäuscht über die Nachricht, dass sich Gau- und Kreisleitung samt Oberbürgermeister ohne eine Meldung an ihn abgesetzt hätten. Dass ihn seine beherzte Tat den Kopf kosten würde, war ihm bewusst. Sie hatte immerhin Wirkung: Der Artilleriebeschuss der Amerikaner auf das noch bewohnte Viertel hörte schlagartig auf.¹⁸⁰⁰ Conrad flüchtete hierauf mit dem Fahrrad nach Haßfurt, wo er den Würzburger Kreisleiter Wahl antraf. Dieser hätte eigentlich bei seiner Volkssturmarteilung in Höchberg sein sollen, weshalb Conrad ihn und die Partei aufs übelste beschimpfte und dabei seine Flaggenhissung erwähnte. Während Conrad hierauf nach Burgpreppach weiterfuhr, meldete Wahl den Vorfall der Gauleitung in Untermerzbach. In Burgpreppach erhielt Conrad hierauf Besuch von dem Ritterkreuzträger Josef Schneider¹⁸⁰¹ und SS-Hauptsturmführer Friedrich. Beide zwangen Conrad, sich innerhalb weniger Minuten zu erschießen, denn das Standgericht von Gauleiter Hellmuth habe ihn wegen Feigheit vor dem Feind zum Tode verurteilt. So suchte Friedrich Conrad seine Pistole und setzte seinem Leben ein Ende.

Am kommenden Tag erschien Hellmuth und befahl Stillschweigen über die ganze Sache, erst am Folgetag wurde Conrad verscharrt. Seine Frau, Mutter dreier minderjähriger Kinder, erfuhr erst durch Gerüchte am 29. Mai von den Begebenheiten und konnte sich erst am 1. Juni vor Ort von diesen Begebenheiten überzeugen.¹⁸⁰²

Conrads tiefe Verflechtungen im Nationalsozialismus wurden seiner Witwe nach dem Krieg zum Verhängnis. Die Spruchkammer Würzburg-Stadt I stufte ihn *post mortem* am 19. Mai 1948 in die Gruppe der Entlasteten ein.¹⁸⁰³ Dieser Spruch wurde jedoch am 29. März 1949 durch einen Kassationshofbeschluss aufgehoben und eine erneute Durchführung des Verfahrens angeordnet. Die Flaggenhissung bewertete die Spruchkammer nun nicht als Widerstandsakt, da die nationalsozialistische Herrschaft zu diesem Zeitpunkt bereits fast am Ende gewesen sei, und sie sich nicht aus Überzeugung gegen selbige richtete. Conrad habe zwar niemals ehrlos gehandelt, sei aber ein Fanatiker und Idealist der nationalsozialistischen

¹⁸⁰⁰ Siehe hierzu die eidesstattlichen Erklärungen von Johann Siebenlist, Eidesstattliche Erklärung von Hedwig und Valtina Thomas, Josef Brünstler, Otto Ranft und J.M. Fritsch. Spruchkammer Würzburg 1258.

¹⁸⁰¹ Schneider war militärischer Adjutant des Gauleiters und Reichsverteidigungskommissar von Unterfranken. SD-Chef Friedrich wird gesucht. MP, Nr. 38, 14.5.1948, S. 5.

¹⁸⁰² Brief von Anny Conrad an die Spruchkammer.

¹⁸⁰³ Dies war nicht ungewöhnlich, da die Spruchkammer auch über den der Vermögenssperre unterliegenden Nachlass entschied. NIETHAMMER: Die Mitläuferfabrik, S. 569.

Ideologie gewesen.¹⁸⁰⁴ Damit blieb der Familie Conrad ein Anspruch auf das Erbe verwehrt.

Erst am 4. April kam der Befehl für die Bevölkerung, Würzburg zu evakuieren. Dennoch verblieben viele Einwohner in der Stadt.¹⁸⁰⁵ Es ist ferner zu vermerken, dass trotz gegenteiliger Gerüchte von Seiten der Alliierten zu keinem Zeitpunkt Kapitulationsaufforderungen irgendeiner Art gegenüber den Verteidigern der Stadt gemacht wurden.¹⁸⁰⁶

Oberst Wolf schätzte die deutschen Kräfte um Würzburg zu diesem Zeitpunkt auf 3.500 Mann und um die acht Panzer. Es dürften jedoch maximal 1.500 deutsche Verteidiger gewesen sein. Der Volkssturm habe wenn überhaupt Kompaniestärke, also um die 100 Mann betragen.¹⁸⁰⁷ Von ebenso vielen ging auch Memmel aus. Der Volkssturm wurde zweigeteilt.¹⁸⁰⁸ Schon bei der Aufstellung des Volkssturms 1944 hatte sich gezeigt, dass dessen Bewaffnung kaum über ein bis zwei Prozent (!) seiner Sollstärke hinauskommen könnte.¹⁸⁰⁹ Beim Rückeroberungsversuch Würzburgs war der Waffen- und Munitionsmangel der Truppe augenscheinlich.¹⁸¹⁰ Es ist daher zu vermuten, dass Memmel abseits seiner Dienstpistole keine Bewaffnung mit sich führte. Der Kampfkommandant war fest entschlossen, die Stadt nicht dem Feind preis zu geben: „Oberst Wolf und sein eifriger Stab [...] gingen rücksichtslos mit schussbereiter Pistole auf Suche nach Verteidigungspersonal, ganz gleich, ob der Mann in der Lage war, oder nicht.“¹⁸¹¹ In der Nacht zum 5. April befahl er einen aus drei Stoßkeilen bestehenden Gegenangriff unter der Parole „Hie Würzburg“. Der Auftrag lautete: „Es ist geplant, in die zum Angriff mainaufwärts sich bereitstellenden Panzerkräfte

¹⁸⁰⁴ Vom Nachlass Conrads sollte das Land Bayern 10 % erhalten, außerdem hatte die Witwe die Verfahrenskosten zu tragen. Da fast der gesamte Besitz der Conrads jedoch von den Besatzungstruppen requiriert worden war, überstiegen selbst die Verfahrenskosten die Mittel der Witwe. Diese Situation brachte die Familie in große Not, wovon mehrere Gnadengesuchte von Anny Conrad in jener Spruchkammerakte zeugen. Spruch der Spruchkammer IV. Würzburg, 10. Würzburg, 19.5.1949. Spruchkammer Würzburg 1258.

¹⁸⁰⁵ KAHN, ARTHUR DAVID: *Experiment in Occupation. Witness to the Turnabout Anti-Nazi War to Cold War, 1944-1946.* University Park, 2004, S. 195.

¹⁸⁰⁶ DOMARUS: *Der Untergang des alten Würzburg,* S. 138.

Siehe hierzu auch die Aussagen in Nachlass Oppelt 116 und 117. SAW.

¹⁸⁰⁷ SPIWOKS/STÖBER: *Endkampf zwischen Mosel und Inn,* S. 197f. WAGNER: *Die Eroberung Würzburgs,* S. 299f.

¹⁸⁰⁸ *Protokoll Verhandlung Memmel, 26.11.47, Nachmittag, Blatt 1.*

¹⁸⁰⁹ HENKE: *Die amerikanische Besetzung Deutschlands,* S. 135.

¹⁸¹⁰ Der an den Kämpfen um Würzburg ebenfalls teilnehmende Rittmeister Graubner schrieb hierzu: „Als einzige Waffe wurden uns Panzerfäuste zugewiesen. Die meisten Leute hatten keine Ahnung davon, es waren zusammengetrommelte a v Mannschaften und Zivilisten von Fliegerhorst und Schreibstuben. Ich selbst konnte auch keine Auskunft geben, da ich ebenfalls eine Panzerfaust noch niemals in der Hand hatte. Die einzige Waffe war meine Pistole mit 5 Patronen. In mir stieg ein widerliches Gefühl auf und war empört über die Sinnlosigkeit dieses Einsatzes. Auf der einen Seite ein best ausgerüsteter Gegner, auf der anderen Seite a v Leute ohne Waffen.“ Bericht Graubner.

¹⁸¹¹ Ebenda.

hineinzustoßen und sie im Nahkampf noch bei Dunkelheit zu vernichten, noch ehe sie kampfbereit sind.“¹⁸¹² Wolf setzte also auf den Überraschungseffekt und plante eine Art Husarenstreich, was sich aber vielmehr als verlustreiches Hasardspiel entpuppte. DOMARUS schreibt darüber:

„Die südliche Gruppe, der als Volkssturm-Wegweiser Oberbürgermeister Memmel und Stadtrat Schmitt zugeteilt waren, rückte vor Tagesanbruch über Edelstraße-Kantstraße zur Randersackerer Straße vor, geriet dort aber schon bei Beginn des Angriffs in so starkes feindliches Feuer, dass das Unternehmen mit starken Verlusten aufgegeben wurde. Die zweite Gruppe, die über Rottendorfer Straße – „Klein-Nizza“ vorging und den später vermissten Sohn des Oberbürgermeisters zum Wegweiser hatte, kam nur bis zum Justizgebäude.“¹⁸¹³

An mehreren Stellen erreichten die Deutschen zwar den Main, doch bereits am Morgen des 5. April drängten die Amerikaner die Kampfgruppen in die Ausgangsstellungen zurück. Das Unternehmen war gescheitert.¹⁸¹⁴

Memmels Sohn Heinrich war zu diesem Zeitpunkt gerade einmal 15 Jahre alt. Vermutlich nahm er als HJ-Volkssturmsoldat an den Kämpfen teil. Memmel wusste auch nach Kriegsende nicht sicher, ob und wo genau sein Sohn in diesem sinnlosen letzten Ringen gefallen war.¹⁸¹⁵ Durch eigene intensive Recherche konnte eruiert werden, dass dieser sehr wahrscheinlich in der Nacht des 4. Aprils im Bereich Hauptfriedhof/Brücke Rottendorfer Straße den Tod gefunden hatte. Ein amerikanischer Panzer war in eine Gruppe Hitlerjungen geraten, wobei nur einer körperlich unbeschadet davonkam. Alle anderen wurden verwundet oder ließen in diesem nächtlichen Gemetzel ihr Leben.¹⁸¹⁶

Im Anschluss an den fehlgeschlagenen Angriff befand sich ein Teil des Volkssturms in einem Graben an der Faulenbergkaserne, der andere mit Schmitt an der Waltherstraße.¹⁸¹⁷ Am 5./6. April lag Memmel nach Aussage Schmitts zusammen mit ihm passiv in der Waltherstraße, wo die Einheit durch Feindbeschuss Verluste erlitt. Von der Waffe wurde angeblich nicht Gebrauch gemacht.¹⁸¹⁸

¹⁸¹² SPIWOKS/STÖBER: Endkampf zwischen Mosel und Inn, S. 205.

¹⁸¹³ DOMARUS: Der Untergang des alten Würzburg, S. 145.

¹⁸¹⁴ Ries, Otto: Aus meinem Kriegstagebuch, S. 8. Nachlass Oppelt 107. SAW.

¹⁸¹⁵ In seinem Entnazifizierungsfragebogen vom März 1946 gab er ihn als vermisst an. Auch während des Spruchkammerprozesses in den Folgejahren wusste er nicht mehr zu seinem Tod. Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 7.

¹⁸¹⁶ Dass Heinrich am Friedhof gefallen sei, sagte ein Stadtmitarbeiter aus, siehe Vernehmungsniederschrift Hersam. Über das Zusammentreffen mit einem Panzer bei der Brücke an der Rottendorfer Straße berichtete ein anderer Würzburger, Philip Hollerbach: Wie die „sonntägliche Stadt“ zur Stadt der Toten und der Trümmer wurde. Nachlass Oppelt 98. Die Informationsüberschneidung zusammen mit dem Bericht von DOMARUS ergibt dann diese Schlussfolgerung des „wo“ und „wie“, die Memmel wohl bis zu seinem Lebensende verborgen blieb.

¹⁸¹⁷ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.11.47, Nachmittag, Blatt 1. Eidesstattliche Erklärung Memmels über Schmitt. Internierungs- und Arbeitslager Langwasser, 5.8.1948. EAPL 030/19, „Schmitt Rolf“.

¹⁸¹⁸ Eidesstattliche Erklärung Schmitt.

In diesem Zeitraum nahmen die US-Truppen die Würzburger Altstadt ein und waren oftmals gezwungen, die sich hartnäckig wehrenden Widerstandsnester einzeln auszuräuchern. Für die Verteidigung Würzburgs und anschließend Nürnbergs erhielt Oberst Wolf die Schwerter zu seinem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes mit Eichenlaub.¹⁸¹⁹ In keiner anderen Stadt rechts des Rheins, abgesehen von Heilbronn, trafen die westlichen Alliierten auf derart heftigen Widerstand.¹⁸²⁰ Diese Kämpfe kosteten nach neuesten Forschungen bis zu 320 deutsche Militärangehörige, Hilfskräfte und Zivilisten das Leben.¹⁸²¹

Oberst Wolf hatte am 5. April seine Sachen gepackt. Für die übrigen versprengten deutschen Truppen war nur noch ein Rückzugsweg offen: Über den Flugplatz am Galgenberg Richtung Nürnberger Straße. In der Faulenbergkaserne erhielten sie den Abmarschbefehl Richtung Bamberg.¹⁸²² Dass Würzburg gefallen war, wurde mehrere Tage in der deutschen Presse verschleiert. Die Mitteldeutsche National-Zeitung berichtete am 5. April, der Feind habe die Stadt noch nicht einmal erreicht.¹⁸²³

In der Nacht vom 5. auf den 6. April traf der Leutnant und Adjutant des Landeschützenbataillons II/13, Kurt Scherer, Memmel im nördlich von Würzburg gelegenen Oberdürrbach, also auf dem Rückzug aus der Stadt.¹⁸²⁴ Am 6. April war die Schlacht von Würzburg um 9 Uhr morgens beendet.¹⁸²⁵ Am Mittag wurde die Stadt vom neuen geschäftsführenden Oberbürgermeister Gustav Pinkenburg offiziell an die Alliierten übergeben.¹⁸²⁶ Somit verließ Memmel tatsächlich als einer der Letzten die Stadt. Dass er zusammen mit Hellmuth bereits frühzeitig aus Würzburg geflohen sei, wie es in einigen Publikationen behauptet wird,¹⁸²⁷ ist somit nicht wahr, was auch schon EYRING und WAGNER feststellten.¹⁸²⁸

Nach dem Fall Würzburg zog sich der Volkssturm in das drei Kilometer nordöstlich von Schweinfurt gelegene Dorf Mainberg zurück. Vermutlich

¹⁸¹⁹ WAGNER: Die Eroberung Würzburgs, S. 308f.

¹⁸²⁰ DOMARUS: Der Untergang des alten Würzburg, S. 140-143.

¹⁸²¹ BAUM: Die Toten des 16. März 1945, S. 66.

¹⁸²² Bericht über den Einsatz zur Verteidigung Würzburgs Ostern 1945. Bericht über den Einsatz. Nachlass Oppelt 110. SAW.

¹⁸²³ Bewegungsschlacht hält an. Deutsche Gegenangriffe hemmen feindlichen Raumfortschritt. Mitteldeutsche National-Zeitung, Nr. 79, 5.4.1945, S. 1.

¹⁸²⁴ Brief von Kurt Scherer an Dr. Hans Oppelt. Urphar, 25.11.1946. Scherer, Kurt: Bericht. Nachlass Oppelt-109.

¹⁸²⁵ Fritz Bauer: Das Kreuz über Würzburg. Tagebuchaufzeichnungen während des Kampfes um Würzburg, S. 24. Nachlass Oppelt 74.

¹⁸²⁶ WAGNER: Die Eroberung Würzburgs, S. 309.

¹⁸²⁷ ROCKENMAIER: Das Dritte Reich und Würzburg, S. 244. STEIN: Offen gesagt, S. 12. SCHOTT, HERBERT: Die Eroberung Unterfrankens durch die Amerikaner 1945. In: WICZLINSKI, VERENA VON: (Hrsg.): Kirche in Trümmern? Krieg und Zusammenbruch 1945 in der Berichterstattung von Pfarrern des Bistums Würzburg. Würzburg, 2005, S. 23-48, hier S. 34. FREYEISEN: Verbohrt bis zuletzt, S. 315.

¹⁸²⁸ EYRING: Theo Memmel, S. 150. WAGNER: Die Eroberung Würzburgs, S. 310.

war vorgesehen, ihn ebenfalls bei der Verteidigung der Industriestadt einzusetzen. Ob diese Verlegung auf Memmels oder höheren Befehl geschah, ist unbekannt. Jedenfalls hoffte er nach eigenen Angaben vergeblich, dort seinen Sohn zu finden.¹⁸²⁹ Am 9. April beschloss Hellmuth derweil in Untermerzbach, die Gauleitung und Regierung aufzuheben.¹⁸³⁰

Um den 10. April herum traf Memmel in Schonungen auf den Verwaltungsoberinspektor Hersam, welchen er mit dem Geldtransport der Würzburger Stadtkasse beauftragt hatte.

„Herr R a u s c h e r t und ich haben ihn dann aufgesucht und gebeten uns von unseren Auftrag zu entbinden. Er erklärte, wir sollten unsere Sache zu ende [sic] führen, er habe [sic] an der Sache kein Interesse.“¹⁸³¹

Nach zwei taktischen Luftschlägen nahmen die amerikanischen Truppen am Morgen des 11. April Schweinfurt ein.¹⁸³² Ob sich Memmel und sein Volkssturmtrupp an den Kämpfen um diese Stadt ebenfalls beteiligte, ist nicht bekannt.

Über die letzten Kriegstage sagte Memmel aus:

„Ich wurde in Bad-Reichenhall von den Amerikanern verhaftet. Wir kamen mit dem Volkssturm runter, es war jedem freigestellt sich zu ergeben, oder sich zu retten. Ein großer Teil hat sich ergeben und kam dann zurück nach Eiblingen [gemeint ist Bad Aibling]. [...]

Die Volkssturmkompanie hat den Rückzug gemacht. Wir wussten nicht wohin und versuchten so weit als möglich zurückzukommen. Wir dachten dass vielleicht inzwischen der Waffenstillstand kam. Wir glaubten dass mit diesem Tag die Gefangennahme aufhören würde wie es im 1. Krieg war. Wir haben versucht, ohne je einen Schuss zu tun, möglichst lange der Gefangenschaft auszuweichen. Das ist zum großen Teil auch gelungen.“¹⁸³³

Seiner Akte der Military Intelligence Division (MID) ist hingegen zu entnehmen, dass er am 26. Juni in Baldham, einem Gemeindeteil von Vaterstetten in Oberbayern, verhaftet wurde.¹⁸³⁴ Dort gab es ab Ende Mai 1945 ein Gefangenenlager für deutsche Soldaten.¹⁸³⁵ Vermutlich ergab er sich in Bad-Reichenhall und kam dann in das Gefangenenlager in Baldham, wo er dem

¹⁸²⁹ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Nachmittag, Blatt 6.

¹⁸³⁰ DOMARUS: Der Untergang des alten Würzburg, S. 154.

¹⁸³¹ Vernehmungsniederschrift Hersam.

¹⁸³² KÜHNEL, DANIELA: Schweinfurt und seine Amerikaner (= Schweinfurter Museumsschriften. Nr. 204/2014). Schweinfurt, 2014. Auch dies blieb zunächst ein Geheimnis. „Bei Schweinfurt hielten unsere truppen dem starken Druck weiterhin stand.“ Die Festung Breslau behauptet sich weiter. Erneute Durchbruchversuche in Nordwestdeutschland abgewiesen. Mitteldeutsche National-Zeitung, Nr. 85, 12.4.1945, S. 2.

¹⁸³³ Protokoll Verhandlung Memmel, 28.11.47, Blatt 4f.

¹⁸³⁴ Auszug aus den MID-Akten. Magistratsakten Signatur 119 i.

¹⁸³⁵ Erinnerungen an das Kriegsende 1945 von Frau Therese Hetzel. In: MANDEL, ERICH: Baldham 1055-1980. Eine Ortschronik von der Entstehung bis zur Gegenwart. Baldham 1982, S. 65ff., hier S. 66.

MID auffiel. Als Gründe, warum er bis zuletzt in Würzburg verblieb, gab Memmel folgendes an:

„Ich glaubte im Idealismus, nicht ausreißen zu müssen.

Ich bin mit als Letzter aus der Stadt Würzburg gegangen, ich würde mich schämen, wenn ich es anders gemacht hätte.“¹⁸³⁶

„Ich weiß nicht was für mich besser gewesen wäre, ob ich hätte ausreißen sollen, oder bei denen zu bleiben, die ihre Heimat verteidigen wollten. Diese Frage stellte ich mir.

Ich habe geglaubt, dass wenn ich mit dem einfachen Mann im Dreck liege, es für mich und mein Gewissen besser ist, als wenn ich bei der Leitung (Bunker des Gauleiters) eine gewisse Lebensversicherung habe.“¹⁸³⁷

Memmel war offensichtlich pflichtbewusst, ein Pflichtgefühl, das auch Oberst Wolf verspürte, als er Würzburg verteidigen sollte, und damit noch mehr Zerstörung, Leid und Tod über die ihm Anvertrauten gebracht hatte.¹⁸³⁸ Es ist allerdings auch anzumerken, dass Memmel angesichts der drohenden Strafen keine sonderlich große Wahl blieb, als sich als Volksturmangehöriger seinen Befehlen zu unterwerfen.

Zusammengefasst zeigte sich Memmel im Rahmen seiner Möglichkeiten um eine Schonung seiner Stadt während der letzten Kriegstage bemüht – wenn auch meist erfolglos. Dem Stuttgarter Oberbürgermeister Karl Strölin hingegen gelang es 1945 nicht nur, den Nerobefehl an mehreren Stellen zu verhindern, sondern auch noch die Stadt kampfflos zu übergeben. Mangelte es Memmel zu einem ähnlichen Vorgehen nun an Wagemut oder Willen? Dass er dahingehend nicht aktiv wurde, dürfte jedoch auch der ungünstigeren Situation zuzuschreiben sein. Zum einen war der Stuttgarter Kampfkommandant Oberstleutnant Paul Marbach von der militärischen Sinnlosigkeit einer Verteidigung der Stadt überzeugt, was er auch schon beim Verlust von Karlsruhe bewiesen hatte. Zum anderen ging eine Bürgerbewegung auf Strölin zu und zeigte Mitinteresse an einer Schonung der Stadt. Darüber hinaus kontaktierten beide Seiten unabhängig voneinander die alliierten Verbände. Schließlich blieb die Stadtverwaltung ununterbrochen

¹⁸³⁶ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 7.

¹⁸³⁷ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.11.47, Blatt 1.

¹⁸³⁸ Wolf schrieb hierzu: „Ein seelischer Kampf tobt in meinem Innern. Hier ruft die Pflicht, sich dem Vaterland in schwerster Stunde nicht zu entziehen, sondern getreu dem Fahnen-eide seine Kraft, wenn auch bis zum bitteren Ende, zur Verfügung zu stellen. Dort dringen Stimmen an mein Ohr: Bleib, es hat ja keinen Zweck mehr. Deutschland ist doch verloren! Du kannst das Schicksalsrad auch nicht aufhalten! Weitere Opfer sind sinnlos! Blutenden Herzens folge ich der Stimme der Pflicht – weil ich noch immer an eine politische Wendung der Lage und an den Einsatz der versprochenen Sonderwaffen glaube, die – das ist mir klar – uns keinen Sieg mehr bringen, wohl aber vor der bedingungslosen Auslieferung an die Feine vielleicht bewahren können.“ SPIWOKS/STÖBER: Endkampf zwischen Mosel und Inn, S. 191.

intakt und Strölin überwachte persönlich die Übergabe.¹⁸³⁹ Eine vergleichbare Situation war auch in Halle zu beobachten. Memmel hatte hingegen einen zur Verteidigung entschlossenen Gauleiter samt Kampfkommandanten vor Ort und keine Bürgerbewegung in der schwerstzerstörten Stadt. Zudem wusste er durch seine Teilnahme am Standgericht von Arnstein genau, was ihn erwartet hätte, hätte er anders gehandelt.

Memmels Rolle bei der Verteidigung Würzburgs und der Zeit bis zu seiner Gefangennahme bleibt trotz allem nur lückenhaft. War er nun als Volkssturmführer im Endkampf Mainfrankens doch aktiv mit der Waffe in der Hand beteiligt – wofür er sogar noch die Spange zum Eisernen Kreuz 2. Klasse bekam – und ließ sogar seinen minderjährigen Sohn mitkämpfen, wie es ihm der öffentliche Kläger später vorgeworfen hat? Oder war er tatsächlich nur der einfache Volkssturmsoldat mit ausgeprägtem Pflichtgefühl, der für seine Wegweiserdienste ausgezeichnet wurde, aber nicht aktiv am Kampfgeschehen teilnahm? Durch die Umstände der Endphase dieses Krieges existieren hierüber keine eindeutigen Quellen mehr. So bleiben nur Bruchstücke und die für Memmel aussagenden Zeugen seines Entnazifizierungsprozesses, welche die zweite Variante wahrscheinlicher erscheinen lassen. Dass Memmel aus reinem nationalsozialistischem Fanatismus am Endkampf teilgenommen hat, ist trotz allem aufgrund mehrerer Argumente unwahrscheinlich. Zum einen hätte er dann wie viele andere seiner Parteigenossen für sich und möglicherweise sogar noch seine Familie den Selbstmord der totalen Niederlage vorgezogen. Außerdem trat er im letzten Kriegsjahr zumindest nicht nachweisbar als Durchhalteprediger in Erscheinung, anders als beispielsweise Gauleiter Hellmuth in der Mainfränkischen Zeitung. Ebenso dagegen spricht die Aussage Memmels gegenüber dem Apotheker, dass der Krieg ohnehin verloren sei.

Eine weitere Frage bleibt ungelöst: Wie stand er zur Kampfteilnahme seines Sohnes? Bei einer Einziehung von HJ-Volkssturmsoldaten wurden die Eltern nicht nach ihrem Einverständnis gefragt.¹⁸⁴⁰ Eigentlich waren für den Volkssturm erst 16-jährige vorgesehen, doch es gab kurz vor Kriegsende noch eine Ausnahme: In Heinrich Memmels Geburtsmonat im Februar 1945 hatte Himmler befohlen, auch noch 15-jährige einzuziehen.¹⁸⁴¹ Hieß Memmel nun auch in seinem Falle das Pflichtbewusstsein gut, oder forderte es sogar von ihm? Falls dies nicht der Fall gewesen sein sollte, so sind drei Gründe nachvollziehbar, weshalb er ihn nicht an der Teilnahme am Endkampf hinderte: Entweder war Heinrich selbst so ideologisiert, dass er sich nicht aufhalten ließ. Oder aber Memmel war es angesichts der zu erwartenden Strafen zu riskant, ihn von einer Pflichtteilnahme am Kampfgeschehen

¹⁸³⁹ NACHTMANN: Karl Strölin, S. 339-345

¹⁸⁴⁰ STARGARDT, NICHOLAS: „Maikäfer flieg!“ Hitlers Krieg und die Kinder. München, 2006, S. 342.

¹⁸⁴¹ KELLER, SVEN: Volksgemeinschaft am Ende. Gesellschaft und Gewalt 1944/45 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Band 97). München, 2013, S. 152.

fernzuhalten. Zuletzt ist es möglich, dass er seiner in den Kriegswirren schlichtweg nicht mehr habhaft wurde.

Memmel unterschied sich durch sein Verbleiben im Frontgebiet und der Teilnahme an der Verteidigung seiner Heimatstadt von einigen anderen NS-Funktionären. Neben Selbstmord gaben diese gerne allzu schnell und gegen ihre Befehle Fersengeld vor dem Feind – oft nicht ohne zuvor kernige Parolen von sich gegeben zu haben, allen voran sein Gauleiter höchstpersönlich.¹⁸⁴² Memmels Teilnahme am Endkampf lässt zwei Interpretationen zu: Entweder war er Fanatiker oder aber er funktionierte lediglich bis zum Schluss. Falls er tatsächlich gehofft haben sollte, durch eine Teilnahme an den Kampfhandlungen und indem er „mit dem einfachen Mann im Dreck liege“, seinen Ruf im letzten Moment noch zu retten, so ging diese Rechnung nicht auf. Denn gerade die Würzburger sahen in der Verteidigung ihrer Stadt nicht den Hauch einer militärischen Notwendigkeit, sondern nur eine weitere unnötige Vernichtung von Leben und Gebäuden kurz vor Kriegsende. Memmel war so lange das Aushängeschild eines menschenverachtenden Regimes, dass kein Platz mehr für eine Anerkennung eines vermeintlich tapferen Verhaltens sein konnte.

¹⁸⁴² HENKE: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, S. 825-838.

3. Orden und Auszeichnungen

Im folgenden Unterkapitel sollen die Orden und Auszeichnungen behandelt werden, die May und Memmel im Dritten Reich erhielten. Denn diese können sie einen guten Einblick geben, wie groß ihr Engagement und ihre Anerkennung im nationalsozialistischen Staat war, sowohl für politische als auch amtsbezogene Tätigkeiten.

a) von Paul May

Am 16. Dezember 1939 erhielt May auf Vorschlag vom 14. Juni 1938 das Treuedienst-Ehrenzeichen 2. Stufe. Durch den Kriegsausbruch verlieh ihm Oberbürgermeister Weidemann dieses aber erst am 7. März 1940.¹⁸⁴³ Diese Stufe des Treuedienst-Ehrenzeichens erhielten Beamte, Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes für eine 25-jährige Dienstzeit. Die Militärdienstzeit im Ersten Weltkrieg und ein berufsbedingtes Studium wurden angerechnet. Bei der Verleihung handelte es sich um einen Automatismus. Die Nichtannahme wurde seit 1942 sogar mit der Entlassung geahndet.¹⁸⁴⁴

Am 18. Dezember 1941 ordnete Hitler an, dass Vorschläge für das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ohne Schwerter „[...] – in beschränktem Umfange – auch im Bereich der Heimat für solche Beamten, Angestellten und Arbeiter, die mit Aufgaben der Reichsverteidigung, insbesondere der Kriegswirtschaft, betraut sind, Vorschläge eingereicht werden können.“¹⁸⁴⁵ Wie der Name impliziert, wurde das Kriegsverdienstkreuz „[...] für besondere Verdienste bei Durchführung von sonstigen Kriegsaufgaben, bei denen ein Einsatz unter feindlicher Waffenwirkung nicht vorlag [...]“¹⁸⁴⁶ verliehen. Hierbei handelte es sich um eine Massenauszeichnung, die wohl über zwei Millionen Personen erhielten.¹⁸⁴⁷ Im zitierten Schreiben wurden dem Oberbürgermeister von Halle ein einziger Vorschlag für das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ohne Schwerter bis zum 23. Dezember 1941 freigegeben. Weidemann schien sehr von Mays Arbeit überzeugt gewesen zu sein, denn er schlug ihn trotz der kurzen Frist unverzüglich zur Verleihung vor. Als Begründung schrieb er:

„Bürgermeister Dr. May erfüllt als Dezernent des Ernährungs- und Wirtschaftsamt der Stadt Halle seit Beginn des gegenwärtigen Krieges vorbildlich alle leitenden Geschäfte dieses kriegswichtigen Amtes. Seiner Initiative ist es in erster Linie zu danken, dass die diesem Amte übertragenen Aufgaben reibungslos durchgeführt worden sind. Zwar

¹⁸⁴³ Aktenvermerk. Personalakte May.

¹⁸⁴⁴ NIMMERGUT: Deutsche Orden und Ehrenzeichen, S. 1948ff.

¹⁸⁴⁵ Schnellbrief des Reichsministers des Inneren. Weitergeleitet vom Regierungspräsidenten. Merseburg, 18.12.1941. Vorschläge für die Verleihung von KVKs u. KVMs. Personalamt 1941-1945. A 2.34 001-4/2.3 N Bd. 3.

¹⁸⁴⁶ Verordnung über die Stiftung des Kriegsverdienstkreuzes. RGBl I 1939, S. 2069f.

¹⁸⁴⁷ NIMMERGUT: Deutsche Orden und Ehrenzeichen, S. 2171f. und S. 2191.

kam ihm dabei seine besondere wirtschaftliche Erfahrung zugute, allein für das hervorragende Gelingen der Aufgaben des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes waren insbesondere seine vorbildliche Einsatzbereitschaft und seine Arbeitskraft ausschlaggebend, die sich auf alle in diesem Amte beschäftigten Kräfte übertrug.“¹⁸⁴⁸

Die geschilderten Umstände lassen zum einen darauf schließen, dass May in seinem Bereich hervorragende Arbeit leistete, was Weidemann bewusst war, und zum anderen, dass er sich mit diesem recht gut verstand. So wurde May (und Weidemann ebenfalls) am 6. März 1942 vom Regierungspräsidenten das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ohne Schwerter verliehen.¹⁸⁴⁹ Damit war May neben Weidemann der Erste in der Stadtverwaltung, der diese Auszeichnung erhielt.

Aus der Kriegsverdienstverleihung an May lässt sich zwar schließen, dass Weidemann ihm sein Engagement in der Stadtverwaltung hoch anrechnete, eine besondere Nähe zum Nationalsozialismus lässt sich daraus jedoch nicht ableiten.

b) von Theodor Memmel

Auch dank seines hohen Postens erhielt Memmel einige Orden und Ehrenzeichen. So besaß er beispielsweise das SA-Sportabzeichen.¹⁸⁵⁰ Dieses konnte man zwar auch ohne SA-Mitgliedschaft erwerben, allerdings war hierzu neben der körperlichen Tauglichkeit eine dreiteilige sportlich-militärische Leistungsprüfung bestehen.¹⁸⁵¹ Wie Memmel nun als Kriegsversehrter an dieses Abzeichen kam, konnte er sich selbst nicht so ganz erklären: „Dass man als Oberbürgermeister eine Auszeichnung bekommt von der man eigentlich nicht recht weiß warum, das war schon immer so.“¹⁸⁵² Damit versuchte er allerdings auch, vor der Spruchkammer die nicht unbeachtliche Fülle an Auszeichnungen die er im Dritten Reich erhalten hatte, herunterzuspielen.

Zu einem unbekanntem Zeitpunkt vor Kriegsbeginn erhielt Memmel vom Gauleiter die Ehrenpistole des Gaus Mainfranken. Dieses Geschenk bekam er allerdings später als die meisten anderen, selbst als seine Untergebenen.

¹⁸⁴⁸ Vorschlagsliste für die Verleihung des KVK 2. Kl (ohne Schwerter) von OB Weidemann. Halle, 23.12.1941. Vorschläge für die Verleihung von KVKs u. KVMs. Personalamt 1941-1945. A 2.34 001-4/2.3 N Bd. 3.

¹⁸⁴⁹ Aktennotiz des OB. Halle, 11.3.1942. Vorschläge für die Verleihung von KVKs u. KVMs. Personalamt 1941-1945. A 2.34 001-4/2.3 N Bd. 3.

¹⁸⁵⁰ Im Oktober 1943 erweiterte Hitler das SA-Sportabzeichen um das SA-Wehrabzeichen für Kriegsversehrte. Doch sowohl in Memmels Entnazifizierungsbogen als auch in seinem Personal-Blatt ist jedoch vom SA-Sportabzeichen die Rede, ohne eine Stufe (Bronze, Silber, Gold) zu nennen. Da außerdem dieses Abzeichen zu Kriegsbeginn in SA-Wehrabzeichen umbenannt wurde, muss er es wohl vor 1939 erhalten haben. Fragebogen Memmel. Personal-Blatt Memmel.

¹⁸⁵¹ LEY: Organisationsbuch der NSDAP 1936, S. 369ff.

¹⁸⁵² Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 4.

Er Begründete dies vor der Spruchkammer mit der Missgunst seines Gauleiters.¹⁸⁵³ Damit war er berechtigt, die Dienstpistole auch außer Dienst zu tragen.¹⁸⁵⁴

Am 29. November 1938 erhielt Memmel das Treuedienst-Ehrenzeichen 2. Stufe für seine ihm angerechnete 25-jährige Dienstzeit.¹⁸⁵⁵ Für die Ausrichtung des Studententages 1939 in Würzburg bekam er – ironischerweise vom NSDStB, den er eigentlich ablehnte – das Silberne Ehrenzeichen.¹⁸⁵⁶

Am 20. April 1940 wurde Memmel die Dienstauszeichnung der NSDAP 1. Stufe in Bronze verliehen.¹⁸⁵⁷ Diese hatte Hitler am 2. April 1939 in drei Stufen für 10, 15 und 25 Jahre dauerhafte Mitgliedschaft in der NSDAP, einer ihrer Gliederungen oder einem ihr angeschlossenen Verbände gestiftet. Memmel war jedoch erst 1931 Parteigenosse geworden, somit wäre er 1941 zur Verleihung berechtigt gewesen. Anderen NS-Organisationen gehörte er bis dahin ebenfalls nicht an. Ferner wurde die Dienstauszeichnung immer am 30. Januar verliehen, wobei generell die erste Verleihung im Jahr 1940 stattfand. Allerdings durfte die aktive Tätigkeit, beispielsweise als Politischer Leiter vor dem 30. Januar 1933, doppelt gerechnet werden. Unter diese Regelung fiel Memmel als Ortsgruppenleiter beziehungsweise Kreisleiter. Die Anrechnungszeiten waren recht großzügig ausgelegt.¹⁸⁵⁸ Die Verleihung geschah auch hier automatisch, es war keine besondere Leistung dafür nötig. Die Dienstauszeichnung der NSDAP bedeutete für Memmel somit keine Ausnahme oder besondere Auszeichnung für ihn, die ihn mit einem Pg. von 1929 gleichsetzte, wie es Memmel in der Anklageschrift zum Entnazifizierungsprozess vorgeworfen wurde, sondern war durch das Reglement gedeckt.¹⁸⁵⁹

Um die Personen im Altreich zu ehren, die sich um den Anschluss Österreichs verdient gemacht hatten, stiftete Adolf Hitler die Medaille zur Erinnerung an den 13. März 1938. Bis Ende 1939 waren die Verleihungen

¹⁸⁵³ Protokoll Verhandlung Memmel, 28.11.47, Blatt 4. Kreisleiter Kühnreich vermutete, dass Memmel die Ehrenpistole anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Gaus im Juni 1937 erhielt. Protokoll Verhandlung Memmel, 26.11.47, Blatt 10. Anders als bei Rudolf Schmitt befindet sich hierzu auch kein Eintrag in dessen Personal-Blatt. EAPL 030/19 „Schmitt Rolf“.

¹⁸⁵⁴ Brief von Theo Memmel an die Ortsgruppenleiter. Würzburg, 12.4.1935. NSDAP Gau Mainfranken 705.

¹⁸⁵⁵ Beglaubigte Abschrift der Verleihungsurkunde des silbernen Treuedienst-Ehrenzeichens an Theo Memmel. Magistratsakten Sign. 119 a.

¹⁸⁵⁶ Fragebogen Memmel.

¹⁸⁵⁷ „Unsere Feldpost“, Nr. 7, Mai 1940, S. 8.

¹⁸⁵⁸ NIMMERGUT: Deutsche Orden und Ehrenzeichen, S. 2061ff.

¹⁸⁵⁹ Der öffentliche Kläger ging fälschlicherweise davon aus, dass Memmel die Dienstauszeichnung bereits 1939 erhalten hatte. Anhang mit weiterer Begründung zur Klage.

abgeschlossen.¹⁸⁶⁰ Dennoch erhielt Memmel Mitte 1940 noch diese Medaille. Als Begründung diente sein „[...] Einsatz in Österreich vor dem Anschluss an das Reich, wo er als Sprecher bei Sängerveranstaltungen in verschiedenen österreichischen Städten für den großdeutschen Gedanken warb.“¹⁸⁶¹ Vorschläge zur Verleihung kamen vom Reichsminister des Innern.¹⁸⁶² Beim Entnazifizierungsfragebogen gab Memmel an, auf eigene Kosten zur Erholung und zum Bergsteigen zwischen 1928 und 1938 fünf Mal in Österreich gewesen zu sein, darunter auch 1938.¹⁸⁶³ Dass er mit seinen Rückenproblemen ab Mitte der 30er Jahre groß „kraxeln“ ging, ist schwer vorstellbar, ein Erholungsurlaub wahrscheinlicher. Möglicherweise betätigte er sich gerade auf seiner letzten Reise abseits von reiner Erholung für den Deutschen Sängerbund. Dies wiederum könnte mit viel gutem Willen dann als „Verdienst um den Anschluss Österreichs“ gewertet worden sein.

Im Sommer 1944 erhielt Memmel das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse ohne Schwerter.¹⁸⁶⁴ Beim Kriegsverdienstkreuz handelte es sich um die höchste Auszeichnung, die Nichtkombattanten im Dritten Reich für ihren Einsatz erwerben konnten. Es ist davon auszugehen, dass es Memmel als Oberbürgermeister einer Großstadt ohne viel Zutun bekam. Auf Vorschlag des Gauleiters wurde Memmel wie Millionen anderen¹⁸⁶⁵ am 6. März 1944 das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse ohne Schwerter verliehen.¹⁸⁶⁶ Auch hier dürften keine sonderlichen Bemühungen Memmels dahintergesteckt haben. Sein Fall ist vergleichbar mit Weidemann. Dieser war mindestens bis März 1944 die einzige Person im Regierungsbezirk Merseburg, der das Kriegsverdienstkreuz I. Klasse ohne Schwerter besaß.¹⁸⁶⁷ Das lässt darauf schließen, dass höher gestellte Persönlichkeiten wie der Oberbürgermeister leichter an diese Auszeichnung kamen. Memmel bekam den Orden allerdings spät verliehen. Gauinspekteur Conrad bekam beispielsweise deutlich vor ihm beide Kriegsverdienstklassen, nämlich 1942 und 1943.¹⁸⁶⁸ Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass Hellmuth die Angehörigen seiner Gauleitung bei Ordensverleihungen bevorzugte und Memmel etwas benachteiligte.

¹⁸⁶⁰ NIMMERGUT: Deutsche Orden und Ehrenzeichen, S. 1941f.

¹⁸⁶¹ „Unsere Feldpost“, Nr. 10, August 1940, S. 8.

¹⁸⁶² Satzung der Medaille zur Erinnerung an den 13. März 1938. Vom 1. Mai 1938. Reichsgesetzblatt 1938, Teil I, S. 431f.

¹⁸⁶³ Fragebogen Memmel.

¹⁸⁶⁴ „Unsere Feldpost“, Nr. 54, Juli 1944, S. 4.

¹⁸⁶⁵ NIMMERGUT: Deutsche Orden und Ehrenzeichen, S. 2188

¹⁸⁶⁶ Vorläufiges Besitzeugnis von Theo Memmel für das KVK 1. Klasse. Spruchkammerakte Memmel.

¹⁸⁶⁷ Schreiben des Regierungspräsidenten an den OB. Merseburg, 25.4.1944. Vorschläge für die Verleihung von KVKs u. KVMs. Personalamt 1941-1945. A 2.34 001-4/2.3 N Bd. 3.

¹⁸⁶⁸ Mitteilungsblatt der Kameradschaft und Altherrenschaft „Rudolf Berthold“. Oktober 1942, S. 8 und Dezember 1943, S. 5.

Noch vor der Zerstörung Würzburgs erhielt Memmel vom Oberbefehlshaber der Luftwaffe Hermann Göring am 10. März 1945 das Kriegsverdienstkreuz II. Klasse mit Schwertern.¹⁸⁶⁹ Dieses wurde für besondere Verdienste bei Einsatz unter feindlicher Waffenwirkung – auch bei Luftangriffen – oder für besondere Verdienste in der militärischen Kriegsführung verliehen.¹⁸⁷⁰ Die Vergabe einer Klasse des KVKs mit Schwertern an jemanden, der die entsprechende Stufe ohne Schwerter bereits besaß, war möglich und üblich, nur anders herum nicht. Da er sich diesen Orden mit sechs Millionen anderen Personen teilte, war die Verleihung alles andere als eine Seltenheit.¹⁸⁷¹ Dass die Auszeichnung von Göring als Oberbefehlshaber der Luftwaffe und außerhalb der üblichen Verleihungsfristen vergeben wurde, deutet darauf hin, dass Memmel das KVK II. Klasse mit Schwertern wohl für seinen Einsatz während der Luftangriffe auf Würzburg erhielt.¹⁸⁷²

Zwischen der Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes II. Klasse ohne Schwerter und des Kriegsverdienstkreuzes I. Klasse ohne Schwerter (also im Zeitraum von 1944/45) erhielt Memmel das Luftschutz-Ehrenzeichen 2. Stufe.¹⁸⁷³ Diese 1938 in zwei Stufen gestiftete Auszeichnung sollte an Personen vergeben werden, die sich seit mindestens vier Jahren auf dem Gebiete des zivilen Luftschutzes betätigt und dabei besondere Verdienste erworben hatten. Vorschläge hierfür wurden vom Reichsminister der Luftfahrt gemacht.¹⁸⁷⁴ Memmel war lediglich Mitglied des Reichsluftschutzbundes. Ein Einverständnis des Gauleiters war für diese Auszeichnung nur in Ausnahmefällen (etwa bei Zugehörigkeit zu einer Freimaurerloge) nötig.¹⁸⁷⁵ Memmel hat das Luftschutz-Ehrenzeichen wie schon das

¹⁸⁶⁹ Vorläufiges Besitzeugnis zum Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse mit Schwertern. ZGS Memmel.

¹⁸⁷⁰ „Besondere Voraussetzung für Verleihung anlässlich von Luftangriffen: Bewährung und Verdienst bei mehrfachen Luftangriffen. Verleihung mit Schwertern nur bei persönliche tapferem Einsatz unter unmittelbarer feindlicher Waffenwirkung.“ Abschrift der Richtlinien für die Verleihung von Auszeichnungen und Abzeichen für persönlichen Einsatz bei feindlichen Luftangriffen. Berlin, 13. Nov 1940. Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht Keitel und der Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei des Führers und Reichskanzler Meißner. Orden und Ehrenzeichen anderer Art. Personalamt 1933-1945. A 2.34 001-4/2.3 H Bd. 1.

¹⁸⁷¹ NIMMERGUT: Deutsche Orden und Ehrenzeichen, S. 2171 und S. 2190.

¹⁸⁷² Ein beschleunigtes Auszeichnungsverfahren außerhalb der üblichen Verleihungszeiträume (30.1., 1.5. und 1.9.) war nur bei Luftangriffen möglich, um vor der Bevölkerung schnell vorbildliches Verhalten zu ehren. Hierfür hatte der Gauleiter ein besonderes Kontingent für Vorschläge zur Verfügung. Richtlinien für die Verleihung von Orden und Ehrenzeichen, insbesondere des Kriegsverdienstkreuzes für besonderen Einsatz bei feindlichen Luftangriffen. Unterschrieben vom Gaupersonalamtsleiter. Halle a.S. 1. Juni 1944. Orden und Ehrenzeichen anderer Art. Personalamt 1933-1945. A 2.34 001-4/2.3 H Bd. 1.

¹⁸⁷³ Personal-Blatt Memmel.

¹⁸⁷⁴ Durchführungsverordnung zur Verordnung über die Stiftung des Luftschutz-Ehrenzeichens. Vom 30.1.1938. RGBl I 1938, S. 73f.

¹⁸⁷⁵ Verleihung des Luftschutz-Ehrenzeichens an ehemalige Angehörige von Freimaurerlogen. Runderlass des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei im Reichsministerium des Inneren vom 21.5.1940, S. 993.

Kriegsverdienstkreuz zuvor, wohl seiner Stellung als Oberbürgermeister einer Großstadt zu verdanken.

Nach eigenen Angaben erhielt Memmel 1945 die Spange zum Eisernen Kreuz II. Klasse.¹⁸⁷⁶ Die Spange anstelle des 1939 neu gestifteten Eisernen Kreuzes verlieh man denjenigen, die bereits im Ersten Weltkrieg eine entsprechende Stufe bekommen hatten und nun im Zweiten Weltkrieg besondere Tapferkeit vor dem Feind oder hervorragende Verdienste in der Truppenführung zeigten. Da das Kriegsverdienstkreuz nicht verliehen werden durfte, wenn man bereits im Besitz der gleichen Stufe des Eisernen Kreuzes war, muss Memmel seine Spange nach dem 10. März 1945 erhalten haben.¹⁸⁷⁷ Es ist daher davon auszugehen, dass er sie für den Kampf um Würzburg oder danach erhielt. Als Volkssturmangehöriger konnte er genauso ausgezeichnet werden, wie ein Wehrmachtssoldat.¹⁸⁷⁸ Wie schon im vorangegangenen Unterkapitel festgestellt, hinterlässt gerade diese Auszeichnung einige Fragen zu seiner Zeit als Volkssturmsoldat. Anhand der Spruchkammerprotokolle ist nicht zu ermitteln, wie Memmel zu dieser Auszeichnung kam.¹⁸⁷⁹

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Memmel bei der Partei nicht unbeliebt gewesen sein konnte, sonst hätte er nicht so viele Orden und Auszeichnungen erhalten. Denn er bekam einiges an „Lametta“, bei dem der tatsächliche Verdienst nicht ganz ersichtlich ist, und eher seiner Position als Oberbürgermeister einer Großstadt geschuldet war, oder aber guten Beziehungen. Offenbar enthielt ihm Hellmuth auch keine potentiell möglichen Auszeichnungen vor, nur die Ehrenpistole erhielt er später.

¹⁸⁷⁶ Fragebogen Memmel.

¹⁸⁷⁷ NIMMERGUT: Deutsche Orden und Ehrenzeichen, S. 2108 und 2171.

¹⁸⁷⁸ Bundesarchiv, Abteilung Zentralnachweisstelle (Hrsg.): Der Deutsche Volkssturm. Idee, Bildung, Organisation und Einsatz. Die Rechtsstellung der Angehörigen des Deutschen Volkssturmes. Kornelimünster, 1956, S. 14.

¹⁸⁷⁹ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.1.48 – nachmittags, Blatt 2.

4. Zwischenfazit

Wie nationalsozialistisch haben Memmel und Mey ihr Amt ausgeführt? Bei May gestaltet sich die Beantwortung dieser Frage als schwierig, da keine Reden überliefert sind und sich sein ausgeübter Geschäftsbereich auf Hintergründarbeit und die Finanzen beschränkte. Da in seinem Briefverkehr selbst nationalsozialistische Floskeln nur selten zu finden sind, unterstützt dies die Annahme, dass sich mit der Machtübernahme nicht viel an seiner Amtsführung änderte. May arbeitete kontinuierlich weiter. Die einzige bemerkbare Änderung scheint das obligatorische „Heil Hitler“ am Ende seiner Briefe gewesen zu sein. May arrangierte sich mit dem Nationalsozialismus, war aber nicht in seiner Ideologie verwurzelt.

Bei Theodor Memmel war das anders. Dass er sich als nationalsozialistischer Oberbürgermeister sah und auftrat, ist weniger seinen programmatischen Reden und den öffentlichkeitswirksamen Appellen der Stadtverwaltung zum 1. Mai und 9. November zu entnehmen.¹⁸⁸⁰ Viel deutlichere Zeichen dafür sind die Vorgaben des von ihm gegründeten städtischen Beschaffungsamts und die Disziplinierung seiner Beamten. Auch andere Merkmale sind greifbar. Die Lehmgrubensiedlung war in ihrer Ausführung ein nationalsozialistisches Vorzeigeprojekt. Die kleinen Häuser mit eigenem Nutzvieh sollten ideologiegemäß den Arbeitern ein billiges Einheitsheim samt Selbstversorgung bieten. Damit einhergehend hieß es im Stadtrat, die bisherige willkürliche Bebauung müsse ein Ende haben, und solle stattdessen staatlich gelenkt werden. 1935 wurde außerdem der Bereich „Verbindung mit Partei“ in den Geschäftsverteilungsplan der Stadt Würzburg mit aufgenommen.¹⁸⁸¹ Auch bei antisemitischen Maßnahmen von Seiten der Kommunalverwaltung unterschied sich Würzburg nicht von anderen Städten: Jüdischer Grundbesitz wurde billig verschleudert, wobei selbst vor dem Friedhof nicht haltgemacht wurde.

Es sind nur wenige Punkte erkennbar, in denen Memmel anders handelte als viele vergleichbare Parteigenossen. Einer davon ist sein Einsatz für den Ruf Löfflers. Es wäre typischer und billiger gewesen, den das alte System repräsentierenden Oberbürgermeister a.D. vollkommen kaltzustellen oder den Rufmord weiter fortzusetzen. Die größte von der Parteirichtung abweichende Handlung ist schließlich die Protektion der lokalen waffenstudentischen Verbindungen. In Bezug auf Memmels Verhältnis zum Nationalsozialismus ist festzustellen, dass seine Differenzen mit Hellmuth als sein ihm übergeordneter Gauleiter und Regierungspräsident sowie die Enthebung vom Kreisleiterposten struktureller oder persönlicher Natur waren

¹⁸⁸⁰ Zu den nationalsozialistischen Feiertagen siehe auch: KOCH, JÖRG: Dass du nicht vergessest der Geschichte. Staatliche Gedenk- und Feiertage in Deutschland von 1871 bis heute. Darmstadt, 2019, S. 101-192.

¹⁸⁸¹ XXX. Verwaltungsbericht S. 8.

und nicht die Ideologie betrafen. Auch Memmels Ablehnung des NSDStB und die Förderung des verbotenen Couleurstudententums richteten sich nur gegen einen sehr speziellen Aspekt der Parteirichtung.

Memmel suchte unmittelbar nach Kriegsbeginn gezielt den Schulterschluss zwischen Front und Heimat und versuchte so lange wie möglich ein Kulturleben fortzuführen. Der Faktor der zehntausenden Verwundeten, die Würzburg in ihren Lazarettaufenthalten besichtigten, darf übrigens für Memmels Plan, Würzburg als Fremdenverkehrsstadt zu etablieren, nicht unterschätzt werden. Einige kulturelle Projekte wie die Städtische Galerie wurden sogar erst in den Kriegsjahren verwirklicht. Dies sollte allerdings nicht ausschließlich auf die übliche kriegsbedingte Politik der *panem et circenses* reduziert werden. In Teilen dürfte dies auch auf einen dem gesangsbegeisterten Memmel inne wohnenden Förderungsgedanken der Mainfränkischen Kultur zurückzuführen sein.

Auffällig ist, dass sowohl Weidemann und May als auch Memmel bis zum Kriegsende Bürgermeister ihrer jeweiligen Stadt blieben, was eine eher ungewöhnliche Tatsache darstellt.¹⁸⁸² Der Vergleich der beiden Stadtverwaltungen im Endkampf des Dritten Reichs zeigt des Weiteren, dass ein Oberbürgermeister kaum einen Einfluss darauf hatte, welche Zerstörungen angerichtet und ob seine Stadt verteidigt werden sollte. Selbst wenn sie den Willen zur kampflosen Übergabe hatten, half ihnen dies nichts, wenn der Kampfkommandant nicht mitspielte. Dieser war der entscheidende Dreh- und Angelpunkt hinsichtlich Zerstörungen und Übergaben.

¹⁸⁸² MATZERATH: Oberbürgermeister im Dritten Reich, S. 233f. und 249.

XIV. Halle unter den Besatzungsmächten

Oberbürgermeister Weidemann wurde von den Amerikanern am 20. April 1945 seines Postens enthoben, die schriftliche Bestätigung kam am 30. Mai.¹⁸⁸³ Die Amerikaner fragten direkt nach der Besetzung der Stadt bei Richard Rive an, ob er trotz seines Alters Oberbürgermeister, Regierungspräsident oder Landeshauptmann werden wolle. Er lehnte dies ab, bot aber weiterhin seine Hilfestellung als Ratgeber an. Die spätere Sowjetregierung ignorierte ihn hingegen. Immerhin wurde Rive noch am 12. August 1945 nachträglich feierlich der Ehrenbürgerbrief überreicht eine von ihm angelegte Promenadenstraße nach ihm benannt. Seine Begeisterung darüber war wie er selbst stets auftrat: bescheiden. Doch das „Rive-Ufer“ behielt seinen Namen nicht lange. 1958 wurde es zu Gunsten eines 1925 erschossenen Kommunisten umbenannt. Am 31. Dezember 1945 stellte die Sowjetregierung alle Pensionszahlungen ein. Rive erhielt somit nur noch eine kümmerliche monatliche Rente aus der Sozialversicherung in Höhe von 75 RM, ab Mai 1947 90 RM. Auch alles Ersparte war dahin, da die Banken und Sparkassen zwangsgeschlossen wurden. Geschwächt und enttäuscht verschied er ohne Unterstützungsleistungen durch die Stadt Halle am 23. November 1947 im Alter von 82 Jahren. May schrieb schließlich 1960 das Nachwort zu seinen im Westen erschienenen Memoiren.¹⁸⁸⁴ Erst nach der Wende beschloss die Hallesche Stadtverordnetenversammlung 1992, die Straße wieder in Rive-Ufer umzubenennen.¹⁸⁸⁵

May blieb nach der Besetzung der Stadt durch die Amerikaner weiterhin auf seinem Posten und unterstellte sich der Militärregierung. Ob er dies aus eigenem Antrieb tat oder von dem entsprechend lautenden Befehl des obersten Militärgouverneurs General Dwight Eisenhower wusste, ist nicht zu ermitteln.¹⁸⁸⁶ Als Dolmetscher für die Sitzungen mit dem Gouverneur Captain Murphy und Colonel Reeves diente ihm am dem 18. April ehrenamtlich der Studienrat Dr. Ferdinand Schulze, der in Oxford studiert hatte. Die erste Unterredung mit der Militärregierung fand am 19. April statt. Weidemann nahm daran allerdings nicht mehr teil, da er bereits verhaftet war.¹⁸⁸⁷ May suspendierte sofort alle parteigebundenen Beigeordneten. Dadurch verblieben mit ihm an der Spitze nur noch der Stadtrechtsrat

¹⁸⁸³ Übersicht über die Personalveränderungen bei den leitenden Kommunalbeamten der Bezirksverwaltung seit dem 1.4.1945. A 2.34 011-17 Nr. 2 N Bd. 1. SAH.

¹⁸⁸⁴ MAY: Nachwort, S. 418f. Siehe auch die angeregte Diskussion im Protokoll der Sitzung des Rates der Stadt Halle vom 4.11.1947. Rive, Richard Robert Dr. iur. S 26.1 FA 588. Hierbei wurde Rives Fall ausführlich behandelt und trotz dessen schlechter Verfassung und unter Anerkennung seiner Leistungen keine Änderung an seiner Rente beschlossen.

¹⁸⁸⁵ JACOB: Dr. Richard Robert Rive, S. 14.

¹⁸⁸⁶ Proklamation Nr. 1. Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Kontroll-Gebiet der zwölften Armeegruppe. Nr. 2. O.O., 1945, S. 1.

¹⁸⁸⁷ Erinnerungen eines Dolmetschers. 17.4. bis 1.7.1945 von Dr. Schulze. Halle, im Juni 1961. ZG 23 a Nr. 9. SAH.

Hans Baumgart, Stadtrat Dr. Hermann Lindrath und vertretungsweise Prof. Dr. Ing. Heilmann.¹⁸⁸⁸ Das war für die herausfordernden Aufgaben eine völlig unzureichende Besetzung.

May wurde im Anschluss an die Absetzung Weidemanns am 20. April von den Amerikanern „bis auf weiteres“ als Oberbürgermeister der Stadt Halle eingesetzt. Damit war er nun Vermittler zwischen der Militärregierung und allen Unterbehörden von Reichsstellen sowie der Polizei. Die dementsprechenden Bezüge lehnte er jedoch ab und führte auf eigenen Wunsch den Zusatz „mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt“.¹⁸⁸⁹ In seiner plötzlichen Beförderung durch die Militärregierung sah May nur eine Übergangslösung und keinen Dauerzustand. Außerdem lässt sich an seinem Verhalten bezüglich Dienstbezügen und Titeln ablesen, dass er nicht bestrebt war, den Posten eines Oberbürgermeisters auf Dauer zu beanspruchen. Er hatte noch nie einen so exponierten Posten mit derart viel Verantwortung innegehabt. Vermutlich fühlte er sich an der Spitze nicht wohl.

May wurde als einer der ersten am 22. April eingehend überprüft und für politisch tragbar erklärt.¹⁸⁹⁰ Der Gouverneur betrachtete ihn also trotz seines Parteibuchs als frei von „Nazi contamination“, beziehungsweise stellte Mays Expertise darüber.¹⁸⁹¹ Üblicherweise bevorzugte die amerikanische Militärregierung Juristen, Parteilose oder ehemalige Angehörige von bürgerlichen Parteien als Bürgermeister.¹⁸⁹² May fiel jedoch unter keine dieser Kategorien. Das kommissarische Bürgermeisteramt wurde allerdings im direkten Anschluss an die Einnahme eines Orts durch alliierte Truppen bisweilen auch an NSDAP-Mitglieder vergeben, sofern sie nicht zeitgleich politischer Leiter gewesen waren.¹⁸⁹³ Die Übergabe des Oberbürgermeisteramts an May stellt somit keine Ausnahme dar.

Alle Personalentscheidungen mussten vom Gouverneur genehmigt werden, lediglich über die Einstellung von einfachen Arbeitern durfte die Stadt eigenständig entscheiden. Allerdings waren die Amerikaner bei ehemaligen NSDAP-Mitgliedern großzügig. Nicht nur May blieb in seinem Amt, auch der Stadtsyndikus Fischer konnte trotz seines Parteibuchs wieder für

¹⁸⁸⁸ Die Verwaltung der Landeshauptstadt Halle 15.4.1945-31.5.1948. A 2.34 001-1/1 Nr. 5 H Bd. 1, S. 9.

¹⁸⁸⁹ Schreiben von May an das Personalamt. Halle, 25.4.1945. Personalakte May.

¹⁸⁹⁰ May: Vom Bürgermeisteramt in der Zeit des Zusammenbruchs, S. 7. Der Rest des Magistrats wurde erst am 24. April vom Counter-Intelligence-Corps überprüft. BOHSE: Demokratischer Neuanfang versus Kontinuität, S. 355.

¹⁸⁹¹ § 248. Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force, Office of the Chief of Staff (Hrsg.): Handbook for Military Government in Germany. Prior to Defeat or Surrender. Washington D.C., 1944.

¹⁸⁹² BLUMBERG, NORA: Mitteldeutschland unter amerikanischer Besatzung. In: SCHMEITZNER, MIKE/VOLLNHALS, CLEMENS/WEIL, FRANCESCA: Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949 (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung. Band 60). Göttingen, 2016, S. 189-203, hier S. 193.

¹⁸⁹³ RICK, SEBASTIAN: Die Entwicklung der SED-Diktatur auf dem Lande. Die Landkreise Liebenwerda und Schweinitz in der Sowjetischen Besatzungszone 1945-1949 (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung). Göttingen, 2016, S. 108.

den Magistrat arbeiten.¹⁸⁹⁴ Als seinen Stellvertreter bestimmte May den ehemaligen Stadtrat Lindrath, der am 15. Mai von der Militärregierung zum Stadtkämmerer berufen wurde. Mays Arbeitsgebiet umfasste damit die Leitung der Gesamtverwaltung und der Ortspolizeibehörde sowie des Hauptamts, des Besatzungsamts, des Rechnungsprüfungsamts und der Stadtsparkasse.¹⁸⁹⁵ Außerdem hatte er die Oberleitung über alle lokalen Reichs- und Staatsbehörden, wovon es in Halle 50 gab. Alleine diese zu überblicken bedeutete eine außerordentlich umfangreiche Aufgabe. Zudem erwartete die Militärregierung stets eine schnellstmögliche Bearbeitung ihrer Wünsche. Die Ernährungslage konnte zunächst halbwegs gesichert werden, doch die weiterhin steigende Zahl von 20.000 Ausländern, „*displaced persons*“, die nach Zwangsarbeit oder Konzentrationslagerhaft in Deutschland verblieben waren, sorgten für großes Kopfzerbrechen. Nicht nur deren Unterbringung entpuppte sich als ein Ding der Unmöglichkeit. Auch die durch sie begangenen Plünderungen, denen sich bisweilen auch Deutsche und amerikanische Soldaten anschlossen, verschlimmerten die Lage. Zudem zeigten sich die „*displaced persons*“ nicht Arbeits- oder Hilfwillig, was angesichts ihrer Vergangenheit als Zwangsarbeiter oder Konzentrationslagerhäftling in einem fremden Land nicht verwundern sollte. So kam es zu einem Abbruch der Kohleversorgung, da „*displaced persons*“ die Braunkohlegruben besetzt hatten und erst durch den Einsatz amerikanischer Truppen abzogen. Da das Schienennetzwerk schwer zerstört war, konnte May erwarten, länger über keinen geordneten Bahnverkehr zu verfügen. Damit blieb nur der kümmerliche Fuhrpark der Stadt übrig, der zudem keinen Betriebsstoff seitens der Besatzungsmächte erhielt. Immerhin nahm bald ein beschränkter Straßenbahnverkehr den Betrieb wieder auf. Der wirtschaftliche Güteraus-tausch und Personenverkehr blieb durch die regional eingegrenzten Militär-regierungen sehr gehemmt. Gerade diese Problematik versuchte May als Oberbürgermeister einer Pendlerstadt dem Gouverneur verständlich zu machen. Bei einer Weiterführung dieser Kreiswirtschaft drohte Halle eine Hungersnot. Die Brückenzerstörungen bildeten ein großes Hindernis für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, da sie nicht nur für den Personen- und Güterverkehr unerlässlich waren, sondern auch Gas-, Wasser- und Elektrizitätsleitungen beherbergten.¹⁸⁹⁶

Bereits am 28. April erschienen wieder die Amtlichen Nachrichten der Stadt Halle und des Saalkreises, mit deren Hilfe die Stadtverwaltung den Kontakt mit der Bevölkerung wieder aufnehmen konnte. Anfang Mai stellte

¹⁸⁹⁴ BOHSE: Demokratischer Neuanfang versus Kontinuität, S. 355 und 360.

¹⁸⁹⁵ Geschäftsverteilungsplan. Halle, 25.4.1945. In: Dienstliche Mitteilungen für die Stadtverwaltung Halle (Saale). Nr. 8, 25.4.1945, S. 53f. A 3.25 Nr. 246 Bd. 6. SAH. Schreiben von OB Lieser an den Regierungspräsidenten in Merseburg betreffend die Berufung des Stadtrats Dr. Lindrath. Halle, 8.6.1945. C 48 Ia Regierung Merseburg. Kommunalregistra-tur Nr. 578 Bd. 20 „Das Magistratspersonal zu Halle, 1934–1947“. LASA.

¹⁸⁹⁶ Vortrag von OB May in der Stadtverwaltung. Vom 29.4.1945. ZG 23 a Nr. G 23. SAH.

May mit Hilfe des vormaligen Stadtverordneten Albert Müller eine Verbindung zu den Gewerkschaften her. Lieser blieb weiterhin eine einflussreiche Person und nahm an den regelmäßigen Aussprachen teil. May hatte viele Führungspositionen zu besetzen, für die er auf seine Bekanntschaften aus der Stadtverwaltung zurückgriff. Ihm fiel in seiner Zeit als kommissarischer Oberbürgermeister auf, dass niemand daran Anstoß genommen hatte, dass er 1938 der NSDAP beigetreten war. Im Gegenteil, er traf überall auf rückhaltlose Unterstützung für seine Aufbauarbeit.¹⁸⁹⁷

Noch immer stellten Werwolfseinheiten und fanatische Nationalsozialisten selbst in den besetzten Gebieten eine gewisse Gefahr dar.¹⁸⁹⁸ Daher waren für zwei Monate ein bis zwei Polizeibeamte zur Sicherheit von May abgestellt worden.¹⁸⁹⁹ Dieser zeigte sich auch um den Schutz von Graf Luckner bemüht. Denn es gab Gerüchte, dass Luckner von der Wehrmacht für seine Verhandlungen mit den Amerikanern zum Tode vorurteilt worden sei.

Während Hitler am 30. April 1945 Selbstmord beging, bemühte sich May in einer Besprechung mit der amerikanischen Militärregierung darum, die wirtschaftliche Einheit und den Verkehr zwischen der Stadt- und den Landkreisen zu bewahren, mit dem Ziel Misswirtschaft entgegenzuwirken. Auch sonst geben die Notizen von May für Besprechungen mit der Militärregierung ausführlich Aufschluss über die vielfältigen Probleme der Stadt. So waren etwa die Lager der ausländischen Zivilarbeiter in einem unhaltbaren Zustand, dass diese aufbegehrten. May machte sich daher gegenüber dem Gouverneur stark, diese möglichst umgehend in ihre Heimatländer abzuschicken. So waren etwa die Lager der ausländischen Zivilarbeiter in einem unhaltbaren Zustand, dass diese aufbegehrten. May machte sich daher gegenüber dem Gouverneur stark, diese möglichst umgehend in ihre Heimatländer abzutransportieren.

Durch das Gesetz Nr. 52 war sämtliches Vermögen der staatlichen und kommunalen Behörden beschlagnahmt.¹⁹⁰⁰ Hierdurch konnte die Stadt die entlassenen Konzentrationslagerhäftlinge nur mit Lebensmittelkarten und Unterkunft versorgen, nicht aber mit Geld. May schlug daher vor, einen beschlagnahmten Fonds der NSDAP zur Auszahlung der ehemaligen politischen Gefangenen zu verwenden. Die Häftlinge stammten vornehmlich aus Buchenwald und Sachsenhausen. May bat die Militärregierung darum, die aus dem Westen stammenden Häftlinge mit Passierscheinen auszustatten, um ihnen die Weiterreise zu ermöglichen. In diesem

¹⁸⁹⁷ May: Vom Bürgermeisteramt in der Zeit des Zusammenbruchs, S. 8.

¹⁸⁹⁸ KOOP: Himmlers letztes Aufgebot, S. 137-244.

¹⁸⁹⁹ May: Vom Bürgermeisteramt in der Zeit des Zusammenbruchs, S. 7.

¹⁹⁰⁰ Militärregierungsgesetz Nr. 52. NEHLERT, GERHARD (Hrsg.): Die Beschränkungen der deutschen Gerichtsbarkeit. Die Gesetzgebung der Besatzungsmächte, insbesondere Gesetze Nr. 2 und Nr. 52 und Befehl 124 nebst Ausführungsbestimmungen. Berlin, 1948, S. 42-58.

Zusammenhang beschwerte sich der Gouverneur, dass in Halle noch immer führende Nationalsozialisten in ihren alten Wohnungen untergebracht seien, während Juden unzulänglich wohnten. Daher sollten die Parteimitglieder mit den Juden die Unterkünfte tauschen. Außerdem sollte das Vermögen der jüdischen Religionsgemeinde zurückgegeben werden.

Die Amerikaner pflanzten Anfang Mai eine Wiedereinsetzung der Bezirksregierung. Hierbei setzte sich May für Dr. Robert Sommer ein, der von 1932 bis 1943 Regierungspräsident in Merseburg gewesen war und 1945 Oberbürgermeisteramt von Merseburg geworden war.¹⁹⁰¹ Dies spricht für ein gutes Verhältnis zwischen den beiden. Sommer war im Übrigen bei der Burschenschaft Alemannia Freiburg aktiv gewesen und wie May vor 1933 bei der DVP. 1933 war er jedoch der NSDAP beigetreten.¹⁹⁰²

Ab dem 9. Mai hatten die Stadtverwaltungsangehörigen von Halle Personalfragebögen für die Besatzungsmacht auszufüllen. Jeder Fragebogen musste außerdem von einem Zeugen unterschrieben werden, der nicht der NSDAP oder ihren Gliederungen angehört hatte.¹⁹⁰³ Die Besetzung der offenen Posten blieb derweil ein ungelöstes Problem. Mays setzte daher den 1933 auf Grund des Berufsbeamtengesetzes entlassenen Stadtsyndikus Fischer an die Spitze der Schulverwaltung. Ihm zur Seite stellte er den Rektor a.D. Bernhardt. Mit dem Lehrer Max Heinemann konnte ein weiterer durch das Berufsbeamtengesetz entlassener Beamter seine alte Tätigkeit wieder aufnehmen.¹⁹⁰⁴ Dafür entließ May am 15. Mai mit der Genehmigung der Militärregierung sechs ehrenamtliche Stadträte und zwei Ratsherren aus ihrem Dienst, da ihre Amtszeit abgelaufen war.¹⁹⁰⁵ Bei der ebenso an diesem Tag stattfindenden Beigeordnetenbesprechung wurde die dringende Notwendigkeit der Besetzung aller 32 Stadtratsposten erörtert.¹⁹⁰⁶

Die Situation änderte sich am 17. Mai 1945, als der amerikanische Gouverneur den ehemaligen Widerstandskämpfer Lieser als neuen Oberbürgermeister und drei weitere Personen als ehrenamtliche Stadträte einsetzte.¹⁹⁰⁷ Der Gouverneur hatte May von diesem Amt entbunden, da er ihm diese Bürde in Hinsicht auf sein Alter nicht weiter zumuten wollte. Dies

¹⁹⁰¹ Notizen Mays zur Besprechung bei der Militärregierung am 30.4.1945, 1.5.1945, 4.5.1945 und 20.6.1945. A 3.25 Nr. 245 Bd. 1. SAH.

¹⁹⁰² DVORAK: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft. Band 1 R-S, S. 455f.

¹⁹⁰³ Rundschreiben von OB May an alle Behördenleiter der Stadt Halle. Halle, 6.5.1945. Personalakte May.

¹⁹⁰⁴ Mays Notizen zur Besprechung mit dem Gouverneur am 11.5.1945. A 3.25 Nr. 245 Bd. 1.

¹⁹⁰⁵ Schreiben von May betreffend die Beendigung der Amtszeit der ehemaligen ehrenamtlichen Stadträte und Ratsherren der Stadt Halle. Halle, 15.5.1945.

¹⁹⁰⁶ Auszugsweise Abschrift aus der Niederschrift der Beigeordnetenbesprechung am 15.5.1945. A 2.21 000-1 6.2 H Bd. 1.

¹⁹⁰⁷ Die Verwaltung der Landeshauptstadt Halle vom 15.4.1945 bis zum 31.5.1948. A 2.34 001-1/1 Nr. 5 H Bd. 1, S. 9.

dürfte May sehr recht gewesen sein. Seinen vormaligen Posten samt Ernährungsamt sollte er jedoch auch auf Wunsch von Lieser behalten:

„Der Gouverneur erwartet, dass Bürgermeister Dr. May als Bürgermeister in gleicher Weise sich der Stadtverwaltung Halle zur Verfügung stelle, wie es seit 1933 in der Ära Weidemann und seit der Besetzung gegenüber dem Gouverneur selbst geschehen sei. Das gegenseitige Verhältnis möge durch persönliche Aussprache geklärt werden.

Bürgermeister Dr. May dankt den leitenden Herren für ihren bisherigen Einsatz unter seiner Führung und für ihre wertvolle Mitarbeit. Er spricht die Erwartung aus, dass die Mitarbeiter sich künftig unter dem neuen Oberbürgermeister in gleicher Weise bei der Lösung der Aufgaben der Stadtverwaltung einsetzen.“¹⁹⁰⁸

Dies zeugt davon, dass man in May trotz seines einstigen Parteibuchs Vertrauen setzte. Das wiederum lässt die Schlussfolgerung zu, dass er durch sein Können und seine Erfahrung auch nach dem Krieg eine nur schwer zu ersetzende kompetente Persönlichkeit in der Halleschen Stadtverwaltung war. Dem Gouverneur war es daher wichtig, dass May weiterhin Lieser unterstützte, da dieser eher Wissenschaftler war als Kommunalpolitiker.¹⁹⁰⁹ Gleichzeitig schien May nicht an einer großen Machtfülle interessiert gewesen zu sein. Er gab seinen kommissarischen Oberbürgermeisterposten reibungslos ab und zeigte keinerlei Ambitionen, dieses Amt erneut zu erhalten.

Am 18. Mai 1945 kamen Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald in Halle an und wurden vom Oberbürgermeister in der Moritzburg offiziell empfangen.¹⁹¹⁰ Ende des Monats wurde für den Regierungsbezirk Merseburg eine überörtliche amerikanische Militärregierung sowie ein deutscher Regierungspräsident eingesetzt. Mangels Fernsprechverbindung musste zunächst zur Informationsweitergabe mit Kurieren vorliebgenommen werden. May schien derweil noch sehr in seinen bürokratischen Denkmustern verhaftet. So war ein wichtiger Punkt seiner Besprechung mit dem Gouverneur, die Amtsenthebung von Weidemann schriftlich zu bestätigen, damit nach deutschem Recht dessen Pensionierung eingeleitet werden konnte.¹⁹¹¹ Dies ist allerdings auch ein Hinweis darauf, dass er selbst keinen großen Groll gegen ihn hegte.

In der Beigeordnetenbesprechung am 28. Mai stellte man fest, dass die DGO noch immer Gültigkeit habe, selbige jedoch Frauen vom Stadtratsdienst ausschloss. Dies erschwerte nun die Besetzung der 16 freien

¹⁹⁰⁸ Abschrift eines Auszugs aus der Niederschrift über die Beigeordnetenbesprechung am 16.5.1945. A 2.33 Karton 86.

¹⁹⁰⁹ May: Vom Bürgermeisteramt in der Zeit des Zusammenbruchs, S. 9.

¹⁹¹⁰ Schreiben von Georg Lehmann-Hangew an OB Lieser. Halle, 26.5.1945. ZG 23 Nr. 8. SAH.

¹⁹¹¹ Mays Notizen zur Gouverneursbesprechung am 28.5.1945. A 3.25 Nr. 245 Bd. 1.

Stadtratsstellen.¹⁹¹² Des Weiteren sah sich Lieser nur als ehrenamtliches Stadtoberhaupt. Dies entsprach jedoch nicht dem Wunsch des Gouverneurs, der anordnete, dass Lieser hauptamtlicher Oberbürgermeister sei, und hielt ihn dazu an, auch eine entsprechende Bezahlung entgegenzunehmen.¹⁹¹³

Am 7. Juni 1945 kamen die neuen Ratsherren zu ihrer ersten Arbeitstagung zusammen. Zwei Saalebrücken waren zu diesem Zeitpunkt bereits wieder befahrbar, bei der Gimritzer Gutsbrücke sollte eine Gedenktafel an ihre sinnlose Zerstörung erinnern. Das lokale NSDAP-Vermögen war in ein Treuhandamt übergegangen und ein erster Arbeitseinsatz für die männliche Bevölkerung zur Trümmerbeseitigung hatte am 14. Mai stattgefunden. Bei diesem kamen jedoch nicht genügend freiwillige Helfer zusammen, sodass man den Männern bis 45 Jahren die Teilnahme zur Pflicht machte.¹⁹¹⁴

Die Provinz Sachsen befand sich derweil, ebenso wie die anderen amerikanisch besetzten Teile Mitteldeutschlands, in einem Schwebestand. Noch war nicht sicher, ob die US-Truppen bleiben, oder aber die Rote Armee einmarschieren würde. Als sich dann Anfang Juni die Gerüchte über eine Übergabe der betroffenen Regionen an die Sowjetunion erhärteten, versuchten einige diese letzte Chance zu einer Flucht in die westliche Besatzungszone zu nutzen. Es kam unter dem Eindruck des Besatzungswechsels sogar zu Sabotageakten in der Industrie und der gezielten Abwanderung von Werkstätten und Mitarbeitern. Hinzu kam, dass die Amerikaner tausende Wissenschaftler und Ingenieure unter anderem aus Halle und Umgebung zwangsevakuierten. Dies alles sorgte nicht nur akut für Nachteile, sondern auch langfristig.¹⁹¹⁵

Am 10. Juni 1945 erschien die neue Hauptgeschäftsordnung der Stadt Halle. Gemäß nach wie vor gültiger DGO führte der Oberbürgermeister nach dem Führerprinzip „die Verwaltung in voller und ausschließlicher Verantwortung“. Besprechungen mit den Beigeordneten sollte es daher auch nur „nach Bedarf“ geben.¹⁹¹⁶

Mays zwölfjährige Amtszeit endete am 16. Juni 1945. Aus diesem Grund setzte sich Oberbürgermeister Lieser bereits wenige Tage nach der Übernahme seiner Amtsgeschäfte für eine Wiederberufung ein. Er schätzte ihn sehr und wünschte sich einen „besonders befähigten, erfahrenen und

¹⁹¹² Auszugsweise Abschrift aus der Niederschrift der Beigeordnetenbesprechung am 28.5.1945. A 2.21 000-1 6.2 H Bd. 1.

¹⁹¹³ Auszug aus der Niederschrift der Beigeordnetenbesprechung am 19.5.1945. OB Lieser. A 2.33 Karton 86. SAH.

¹⁹¹⁴ Protokoll der ersten Arbeitstagung der Ratsherren am 7.6.1945. Halle, 8.6.1945. A 2.21 000-1/6.4 Bd. 3.

¹⁹¹⁵ HENKE: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, S. 729-736 und 758-765.

¹⁹¹⁶ Hauptgeschäftsordnung der Stadt Halle. In: Dienstliche Mitteilungen für die Stadtverwaltung Halle (Saale). Sondernummer. Nr. 12, 10.6.1945, S. 77ff. A 3.25 Nr. 246 Bd. 6.

einsatzbereiten“ Zweiten Bürgermeister an seiner Seite und betonte gegenüber dem Regierungspräsidenten, dass nur May diesen Posten ausfüllen könne.¹⁹¹⁷ Es ist beachtlich, dass sich hier ein Widerstandskämpfer so sehr für ein einstiges NSDAP-Mitglied einsetzte. Liesers Bemühungen waren von erfolgreich: Am 13. Juli 1945 erfolgte Mays neuerliche zwölfjährige Wiederberufung als Bürgermeister durch den Gouverneur der amerikanischen Militärregierung.¹⁹¹⁸

Derweil drängte die Spitze der Stadtverwaltung darauf, die Entnazifizierung ihres eigenen *corpus* weiter voranzutreiben. Am 24. Juni stellte Oberbürgermeister Lieser dem Stadtrat und dem Gouverneur den Plan vor, alle Funktionäre der NSDAP und ihrer Organisationen fristlos zu entlassen.¹⁹¹⁹

Noch ein letztes Mal sollten die alten Blockleiter in Erscheinung treten. Sie hatten vom Magistrat den Auftrag, für die Stadt Halle von den ehemaligen NSDAP-Mitgliedern und ihren Gliederungen einen einmaligen Zwangsbeitrag in der Höhe eines Jahresbeitrags einzutreiben. Altparteigenossen sollte der doppelte Betrag abgenommen werden. Diese Zwangsabgabe wurde auch in einigen anderen Städten durchgeführt.¹⁹²⁰

Der Wechsel der Besatzungsmächte begann schließlich am 30. Juni 1945 und ging sehr schnell von statten. Dem Abzug der Amerikaner schlossen sich einige deutsche Flüchtlinge an, die panisch versuchten, der sowjetischen Besatzungsmacht zu entrinnen. Am 1. und 2. Juli erfolgte dann die Übergabe des restlichen Teils der im Februar 1945 in Jalta ausgemachten Besatzungszonen an die Sowjetunion. Die Angst vor Gräueltaten durch die Rote Armee erwies sich im Wesentlichen als unbegründet.¹⁹²¹ Von dieser Zonenübergabe war auch Halle betroffen, was die dortige politische Lage grundlegend änderte. Damit war auch die Entnazifizierung in sowjetische Hände gefallen. Diese verfügten jedoch anders als die Amerikaner zu diesem Zeitpunkt weder über ein eigenes Konzept noch über geschultes Personal. Außerdem versuchte die KPD in das neue Machtvakuum einzubrechen, ohne ein Interesse an einem wahrhaft demokratischen Neuanfang zu haben.¹⁹²² Einen kleinen Vorgeschmack auf den kommenden Kontrollstaat, der nichts dem Zufall überlassen wollte, lieferte die KPD, indem sie die

¹⁹¹⁷ Schreiben von OB Lieser an den Regierungspräsidenten in Merseburg betreffend die Wiederberufung des Bürgermeisters Dr. May. Halle, 19.5.1945. Personalakte May.

¹⁹¹⁸ Übersicht Personalveränderungen seit 1.4.1945.

¹⁹¹⁹ BOHSE: Demokratischer Neuanfang versus Kontinuität, S. 360.

¹⁹²⁰ Protokoll der Gouverneursbesprechung am 29.6.1945. A 3.25 Nr. 245 Bd. 1.

¹⁹²¹ HENKE: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, S. 738ff.

¹⁹²² SPERK, ALEXANDER: Entnazifizierung und Personalpolitik in Köthen/Anhalt 1945 bis 1948 In: RUIEPER, HERMANN-JOSEF (Hrsg.): Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte. Heft 6. Halle, 1999, S. 22-57, hier S. 23f.

Aufschriften der beim Einmarsch der Roten Armee zu hissenden Plakate und Transparente vorschrieb.¹⁹²³

Halle war nun unter der Kontrolle des russischen Stadtkommandanten Generalmajor Gustyschew und seines Stellvertreters Generalmajor Wladimir Afanasjewitsch Tschistow, der ihn Ende August 1945 in diesem Posten beerbte.¹⁹²⁴ Das Dolmetschen übernahm die Professorin Sowade.¹⁹²⁵ Die erste Sitzung mit dem stellvertretenden russischen Stadtkommandanten fand am 4. Juli statt. Dort wurde den Vertretern von Halle eröffnet, dass das bisherige Leben und Wirtschaften fortgesetzt werden sollte. Außerdem wurde verkündet, dass Übergriffen durch die russische Armee unverzüglich dem Stadtkommandanten zu melden seien. Dessen Ziel sei, dass sich die Bevölkerung wieder sicher fühle und nicht um Besitz und Leben bangen müsse. Außerdem war es dem Kommandanten wichtig, dass alle Wirtschaftsbetriebe wieder geöffnet und die Ernte eingeholt wurde. Alle ausländischen Arbeiter sollten bis spätestens zum 10. Juli 1945 die Stadt verlassen haben.¹⁹²⁶ Zuvor hatte sich die amerikanische Militärverwaltung gegen einen Abtransport der deutschen Flüchtlinge ausgesprochen. Der neue sowjetische Kommandant schloss sich dieser Meinung an. Er begründete dies damit, dass der Reiseverkehr zwischen den Siegermächten noch nicht geklärt sei.

Immerhin war die Stadtverwaltung in ihrer Personalpolitik nun fast wieder souverän. Dementsprechend durfte sie sich selbst entnazifizieren, wobei Bürgermeister May hierbei mitentscheiden durfte.¹⁹²⁷ Als einzige Regel bei der Neueinstellung galt: „Es können auch frühere Mitglieder der NSDAP. eingestellt werden, wenn sie keine aktiven Nationalsozialisten waren.“¹⁹²⁸ Nur Entlassungen bedurften des Einverständnisses des Gouverneurs.

Einen Tag später kam es zu einem ersten Treffen mit dem Stadtkommandanten. Er eröffnete den vier anwesenden Hallenser Stadtoberen, dass diese Unterredung vertraulich sei und erkundigte sich bei Oberbürgermeister Lieser, ob der Verwaltungsapparat einwandfrei laufe, oder aber sich Hemmungen bemerkbar machten. Nach Liesers Erwiderung, dass alles in Ordnung und die Säuberung noch im Gange sei, schloss der Stadtkommandant dieses Thema mit den Worten, dass jeder, der die Arbeit hemme, ihm

¹⁹²³ Flugblatt der Antifaschistischen Bewegung von Halle und Umgebung. ZG 23 Nr. 4. SAH.

¹⁹²⁴ Namen, die unvergessen sind. Der Neue Weg, Nr. 116, 17.5.1975.

¹⁹²⁵ May: Vom Bürgermeisteramt in der Zeit des Zusammenbruchs, S. 7.

¹⁹²⁶ Niederschrift über die Besprechung bei dem russischen Kommandanten am 4.7.1945. A 3.25 Nr. 245 Bd. 2. SAH.

¹⁹²⁷ BOHSE, DANIEL: Personeller Neuanfang, politische Instrumentalisierung und Elitenkontinuität – Entnazifizierung in Halle 1945/46. In: FREITAG/MINNER: Geschichte der Stadt Halle, S. 327-342, hier S. 335.

¹⁹²⁸ Protokoll Mays von der Gouverneursbesprechung am 4.7.1945. A 3.25 Nr. 245 Bd. 2. SAH.

unverzüglich zu melden sei. Anschließend erkundigte er sich nach Schwierigkeiten, die sich aus der amerikanischen Besatzung ergeben hätten. Lieser teilte ihm mit, dass viele Kraftfahrzeuge, Mobilien und Wertgegenstände entfernt worden seien. Hierauf bot der Kommandant an, bei der Wiederbeschaffung dieser Dinge behilflich zu sein. Weitere Requirierungen durch verbliebene Amerikaner seien ihm unverzüglich zu melden, sodass er einschreiten könne.¹⁹²⁹ Da die Rote Armee andernorts vor allem nach der direkten Beendigung der Kampfhandlungen alles andere als positiv in Erscheinung getreten war, versuchte der neue Stadtkommandant die neue Besatzungsmacht nun in einem besseren Licht zu präsentieren und konnte sogar noch den Amerikanern Verfehlungen anlasten. Dies hinderte seine Soldaten jedoch nicht daran, in ihrem neuen Territorium für Unruhe durch Beschlagnahmungen zu sorgen. Der Stadtkommandant versprach in allen Fällen eine Untersuchung.¹⁹³⁰ Allerdings ließ er nicht zu, dass die lokale Apothekerwaren-Großhandlung benötigte Arzneimittel aus den britischen und amerikanischen Sektoren bezog. Schulen für höhere Jahrgänge durften ebenfalls nicht wiedereröffnet werden, da der Kommandant der politischen Einstellung der Pädagogen noch misstraute. Bezüglich des Übergangswunschs von Flüchtlingen in andere Besatzungszonen drückte er zwar sein Mitgefühl aus, konnte dies aber mangels Weisung seiner Vorgesetzten nicht erlauben.

In der SBZ wurde derweil geplant, die Provinz Sachsen neu ins Leben zu rufen. Ihr sollten die beiden Regierungsbezirke Halle-Merseburg sowie Magdeburg-Anhalt angehören. An der Verwaltungsspitze standen die Männer, die schon in der Weimarer Republik tätig gewesen waren. Der von May favorisierte Dr. Sommer befand sich allerdings nicht darunter.¹⁹³¹

Abseits der politischen Umwälzungen machte den halleschen Einwohnern die Nahrungsmittelknappheit nach wie vor zu schaffen. Besonders betroffen war die Fettversorgung, weswegen der russische Stadtkommandant 220.000 Fleischdosen ausgeben ließ. Hinzu kam, dass die Ausländerlager trotz der Frist noch immer nicht geräumt worden waren, der Platz jedoch für deutsche Flüchtlinge benötigt wurde. Als neues Datum zur endgültigen Räumung der Lager gab der Stadtkommandant den 22. Juli 1945 bekannt.¹⁹³²

Oberstleutnant Gradussow beschwerte sich bei Vertretern der Stadt, dass bei der Entnazifizierung zu viele Anzeigen zu Unrecht ergangen seien und entsprechend häufig Verhaftungen vorgenommen würden. Wer nur einfaches Parteimitglied gewesen war, sollte nicht behelligt werden.

¹⁹²⁹ Vermerk über die Besprechung bei dem Stadtkommandanten am 5.7.1945. A 3.25 Nr. 245 Bd. 2. SAH.

¹⁹³⁰ Protokoll der Besprechung beim Stadtkommandanten am 11.7.1945. Ebenda.

¹⁹³¹ Protokoll der Besprechung beim Stadtkommandanten am 12.7.1945. Ebenda.

¹⁹³² Protokoll der Besprechung bei dem Herrn Stadtkommandanten am 17.7.1945. Ebenda.

Relevant für Verhaftungen seien nur aktive Nationalsozialisten oder Personen mit vormaligen NSDAP-Ämtern.¹⁹³³

Lieser und May wurden vom Stadtkommandanten darauf aufmerksam gemacht, dass sie als Bürgermeister auf allen Gebieten des zivilen Lebens kontrollierend und leitend tätig werden müssten. Gutmütigkeit und Mitgefühl helfe nichts, vielmehr müssten die beiden mit Härte auftreten und ihre ganze Macht nutzen. Außerdem verlangte er vom Oberbürgermeister, dass dieser künftig einmal pro Woche mit dem Kraftfahrzeug einen Kontrollgang durch die Stadt mache.¹⁹³⁴

Offenbar war der von der amerikanischen Besatzungsmacht einen Monat zuvor genehmigte Zwangsbeitrag von ehemaligen Mitgliedern der NSDAP und ihren Gliederungen doch nicht erhoben worden. Der sowjetische Stellvertreter des Chefs der Administration, Generalmajor Alexander Georgiewitsch Kotikow, war für den Bereich Zivilangelegenheiten zuständig und sprach sich überraschenderweise entschieden dagegen aus. Ihm ging es hierbei um die Finanzhoheit der noch zu gründenden Provinzialverwaltung. Auch die Universitäten sollten bis zur Nachprüfung des Lehrkörpers geschlossen bleiben und die Studenten in der Zwischenzeit zu „anderem Einsatz kommen“. Bezüglich der Einquartierungen meinte Generalmajor Kotikow, dass vor allem die Wohnungen von ehemaligen Nationalsozialisten hierfür hergenommen werden sollten. Juden und Konzentrationslagerhäftlinge sollten bei ihm hingegen keinerlei Vorrechte genießen.¹⁹³⁵

Zunächst schienen bei May alles beim Alten zu bleiben. Am 24. Juli legte er den folgenden Eid ab:

„Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen, dass ich die Gesetze jederzeit zu Niemandes Vorteil und zu Niemandes Nachteil mit Gerechtigkeit und Billigkeit gegenüber jedermann, ohne Rücksicht auf Religion, Rasse, Abstammung oder politische Überzeugung anwenden und handhaben werde, dass ich die deutschen Gesetze und alle Rechtsvorschriften der Militärregierung sowohl ihrem Wortlaute als auch ihrem Sinne nach befolgen werde und dass ich stets mein Bestes tun werde, um die Gleichheit aller vor dem Gesetze zu wahren. So wahr mir Gott helfe.“¹⁹³⁶

Damit begann auch seine Verpflichtung zu einer neuerlichen zwölfjährigen Amtszeit.¹⁹³⁷ Wie brisant die Lage war, in der er als Zweiter Bürgermeister agieren sollte, zeigt ein Blick in die Haushaltsbücher: Im ersten Halbjahr des Haushaltsjahres hatte Halle 21 Millionen RM Ausgaben bei nur 13

¹⁹³³ Niederschrift über die Besprechung bei Oberstleutnant Gradussow am 19.7.1945. A 3.25 Nr. 245 Bd. 2. SAH.

¹⁹³⁴ Niederschrift über die Besprechung beim Stadtkommandanten am 20.7.1945. Ebenda.

¹⁹³⁵ Protokoll der Besprechung mit Herrn General Kotikow am 24.7.1945. A 3.25 Nr. 245 Bd. 1.

¹⁹³⁶ Eidablegung von May. Halle, 24.7.1945. Personalakte May.

¹⁹³⁷ Amtsverpflichtung von May. 24.7.1945. Ebenda.

Millionen Einnahmen. Mit einem weiteren Anwachsen des Defizits wurde gerechnet.¹⁹³⁸

May hatte Mitte Juli 1945 in einer Ratssitzung erläutert, dass eine neue Hauptsatzung der Stadt notwendig geworden sei.¹⁹³⁹ Denn die aktuelle war noch auf der Grundlage der DGO verfasst. Paragraph 1 regelte, dass der Oberbürgermeister gemäß Führerprinzip die Verwaltung „in voller und ausschließlicher Verantwortung“ führte.¹⁹⁴⁰ Bei der Sitzung hierzu äußerte Oberbürgermeister Lieser Bedenken darüber, dass die Ratsherren künftig nicht mehr nur beratend, sondern auch beschließend tätig werden sollten. Schließlich waren diese noch nicht demokratisch gewählt. Dem pflichtete auch May zu, da es in der aktuellen schwierigen Lage noch nicht einmal möglich sei, in wichtigen Angelegenheiten die Beigeordneten anzuhören. Weiter sagte er:

„Die Bevölkerung und damit auch die Ratsherren müssten zu den leitenden Persönlichkeiten der Stadtverwaltung in der heutigen Zeit unbedingtes Vertrauen haben. Es geschehe alles, was dem Wohl der Bürgerschaft diene. Nur so sei über die Schwierigkeiten der jetzigen Notzeit hinwegzukommen.“¹⁹⁴¹

Schon in den ersten Monaten nach dem Krieg hatte sich May der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) angeschlossen. Er wollte ergo am jungen politischen Wiederaufbau in der sowjetisch besetzten Zone teilnehmen.¹⁹⁴² Die LDP wurde am 5. Juli 1945 von ehemaligen Mitgliedern der DDP gegründet. Sie lehnte den Nationalsozialismus als „undeutsch“ ab und bildete mit ihrem freiheitlichen Parteiprogramm einen Gegenpol zu dem von der Sowjetunion geförderten Sozialismus samt seinen Enteignungen. Gerade deren Vorsitzender Wilhelm Külz war von Anfang an darum bemüht, die Einheit Deutschlands nicht aus den Augen zu verlieren und zu fördern. Die LDP wandte sich außerdem gegen den Verlust der Ostgebiete.¹⁹⁴³ Sie stand seit ihrer Gründung für eine Beibehaltung eines unabhängigen

¹⁹³⁸ Auszug aus der Niederschrift über die Beigeordnetenbesprechung am 23.8.1945. ZG 23 Nr. 9. SAH.

¹⁹³⁹ Abschrift des Vorberichts von May betreffend die Hauptsatzung der Stadt Halle. Halle, 14.7.1945. A 2.21 000-1 6.2 H Bd. 1.

¹⁹⁴⁰ § 1 der Hauptgeschäftsordnung der Stadt Halle. Halle, 1.10.1945. In: Dienstliche Mitteilungen für die Stadtverwaltung Halle. Sondernummer. 10. Jahrgang, Nr. 12, 10.6.1945, S. 77-108, hier S. 77. A 2.36 Nr. 1372 Bd. 1.

¹⁹⁴¹ Auszugsweise Abschrift aus der Niederschrift über die Sitzung der Ratsherren am 19.7.1945 im Rathaus. A 2.21 000-1 6.2 H Bd. 1.

¹⁹⁴² Übersicht Personalveränderungen seit 1.4.1945.

¹⁹⁴³ BODE, BERNHARD: Liberal-Demokraten und „deutsche Frage“. Zum politischen Wandel einer Partei in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR zwischen 1945 und 1961 (= Europäische Hochschulschriften. Reihe III Geschichte und ihre Hilfswissenschaften. Band 733). Frankfurt a.M., 1997, S. 37, und 41ff. Siehe auch: BOGISCH, MANFRED (Hrsg.): LDPD in der Übergangsperiode 1945-1961. Dokumente. Teil I (= Schriften der LDPD. Heft 16/1). Berlin, 1976.

Berufsbeamtentums, um eine geordnete und zugleich demokratische Verwaltung gewährleisten zu können. Diese Forderung lief gegen die Bestrebungen der nicht an Gewaltenteilung interessierten Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), zu der SPD und KPD am 22. April 1946 zwangsvereinigt worden waren.¹⁹⁴⁴ Trotzdem wurde die LDP seit dem Tag ihrer Gründung im Geheimen von der Sowjetischen Militäradministration geleitet. Denn diese wünschte sich eine einzelne liberale Partei, die sie entsprechend überwachen und lenken konnte. Konkurrierende liberale Gruppierungen wurden hingegen unterbunden oder zur Eingliederung in die LDP gezwungen. Aus dieser Abhängigkeit resultierte auch der Beitritt der LDP in den „Block der antifaschistischen demokratischen Parteien“, der wiederum schon bald von der SED dominiert wurde.¹⁹⁴⁵ Diese Vorgänge dürften May, wie den meisten anderen zunächst auch, verborgen geblieben sein, und so ließ er sich vom Schein des freiheitlichen Programms der LDP und ihrer Opposition zum Sozialismus blenden. Da das inhaltliche Programm der LDP mit dem der einstigen DDP vergleichbar ist, lässt sich bei der politischen Meinung Mays eine Kontinuität feststellen. Dies erhärtet auch die These, dass er nicht aus ideologischer Überzeugung der NSDAP beigetreten war.

Ende 1945 verfügte die LDP über 90.000 Mitglieder, die sich bis 1948 auf 200.000 steigerten. Sie schnitt außerdem bei den Kommunal- und Landtagswahlen 1946 mit durchschnittlich 21 Prozent beziehungsweise 24,6 Prozent sehr gut ab. Dies machte sie zur drittstärksten Kraft neben der Christlich Demokratischen Union (CDU) und der SED.¹⁹⁴⁶ Dies ist umso bemerkenswerter, da diese Wahlen bereits von der Militäradministration manipuliert worden waren. Die von ihr favorisierte SED wurde etwa großzügig unterstützt. Um gegenüber der Besatzungsmacht und der Parteibasis flexibel zu bleiben, gab es mehrere Jahre lang kein schriftlich fixiertes Parteiprogramm. Als sich die LDP 1948 auf einen offenen Konflikt mit der SED einließ, wurde sie schnell auf ihre politischen Grenzen hingewiesen. Es folgten zuerst Einschüchterungen und dann Verhaftungen, weswegen tausende Parteimitglieder in den Westen flüchteten. Dies wiederum hatte zur Folge, dass die offene Opposition zur SED aufgegeben wurde. Die junge LDP war ihrer von der Sowjetunion gestützten sozialistischen Konkurrenz unterlegen und litt bis zur Wende als Blockpartei unter Verfolgung und Bedeutungsverlust.¹⁹⁴⁷

¹⁹⁴⁴ SCHWANENGEL, WITO: Die Wiedereinführung des Berufsbeamtentums in den neuen Ländern (= Beiträge zum Beamtenrecht. Band 6). Berlin, 1999, S. 38ff.

¹⁹⁴⁵ SOMMER, ULF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Eine Blockpartei unter der Führung der SED (= agenda Geschichte. Band 10). Münster, 1996, S. 43f.

¹⁹⁴⁶ FRÖHLICH, JÜRGEN: Die LDPD 1945-1990: Liberaldemokraten in der DDR zwischen hoffnungsvollem Beginn, langer Agonie und überraschender Wende. In: SCHEEL, WALTER/LAMBSDORFF, OTTO GRAF (Hrsg.): Freiheit in Verantwortung – Deutscher Liberalismus seit 1945. Geschichte, Personen, Perspektive. Gerlingen, 1998, S. 125-140, hier S. 126.

¹⁹⁴⁷ SOMMER: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, S. 45, 47f. und 52f.

Mit der Etablierung einer neuen Stadtverwaltung endete nicht die Säuberung innerhalb des dort tätigen Personals. Generell ist zu bemerken, dass es nicht ungewöhnlich für die direkte Nachkriegszeit in der SBZ war, ehemalige NSDAP-Mitglieder für einige Monate in ihrem Posten zu belassen und ihnen wichtige Aufgaben zu übertragen. Voraussetzung hierfür war, dass es sich um einfache Parteimitglieder gehandelt hatte und am Ort keine starke kommunistische Bewegung vorhanden war. Vieles hing jedoch mangels eindeutiger Vorgaben der Besatzungsmacht vom örtlichen Kommandanten ab.¹⁹⁴⁸ Das Ziel der Sowjets war die vollständige Ausschaltung aller ehemaligen NSDAP-Mitglieder im öffentlichen Dienst und ihre Austausch durch „antifaschistische“ Personen. Bis zum Jahreswechsel wurde die Säuberungen unter der Hoheit der Sowjetadministration in der SBZ rigoros durchgeführt, ohne aber entsprechenden qualifizierten Nachwuchs zu haben. Erst ab 1946 ging man weniger radikal vor. Dies war eine Reaktion auf die alarmierende Beschwerdezahl von Städten und Gemeinden wegen der enormen Lähmung ihrer Verwaltungsapparate. Ebenfalls relevant waren die sich abzeichnenden Gemeinde- und Landtagswahlen im Herbst 1946. Hierbei fürchtete die KPD eine Niederlage durch die Stimmen ehemaliger NSDAP-Mitglieder, wie sie ihre österreichischen Genossen erfahren hatten. Trotz sowjetischer Unterstützung erhielten diese bei den Nationalratswahlen im November 1945 gerade einmal 5,42 Prozent. So kam es in der SBZ zu einem regelrechten Stopp bei der Entnazifizierung. Da außerdem alle Parteien um die Stimmen der ehemaligen NSDAP-Mitglieder warben und entsprechende Zugeständnisse versprachen, setzte sich in der Bevölkerung die Sichtweise durch, dass die Entnazifizierung zu Ende sei. Nachdem die in der SED vereinigten KPD und SPD jedoch nicht den erwünschten Wahlerfolg verbuchen konnte, wurden die Säuberungsmaßnahmen ab November 1946 wieder aufgenommen. Bis zum Ende der Maßnahmen wurden in der SBZ 520.000 Personen aus politischen Gründen entlassen.¹⁹⁴⁹

Im Blick auf Halle entwickelte sich die Lage folgendermaßen: Von den am 1. April 1945 beschäftigten 1.755 Angestellten waren allein 46 Prozent politisch belastet, 45 Prozent der Beamten hatten ein Parteibuch der NSDAP gehabt. Da es für eine funktionierende Verwaltung nicht möglich war, diese sofort aus ihren Stellungen zu entfernen, musste man schrittweise vorgehen. Vor allem im Gesundheitswesen waren die alten Parteigenossen durch den Mangel an Fachkräften und die gleichzeitige angespannte medizinische Lage praktisch unentbehrlich. Innerhalb von zwei Jahren wurden 757 politisch belastete Dienstkräfte entlassen, von denen 47 in leitender Funktion

¹⁹⁴⁸ RICK: Die Entwicklung der SED-Diktatur auf dem Lande, S. 132ff.

¹⁹⁴⁹ SPERK: Entnazifizierung und Personalpolitik in Köthen, S. 32-35.

SCHWANENGEL: Die Wiedereinführung des Berufsbeamtentums, S. 34-39.

waren. Innerhalb des Magistrats hatten bis zum 3. Oktober 1945 64 Beamte, 76 Angestellte und zehn Arbeiter aus politischen Gründen ihren Arbeitsplatz verloren.

Die Einstellung von neuem Personal war jedoch sehr schwierig und Experimente glückten nicht immer. Bis einschließlich 1948 wurden 1.480 Personen entlassen und 2.107 neu eingestellt. Dies bedeutete eine gewaltige Umwälzung des Personalbestandes der Stadt, der zu vielfältigen Schwierigkeiten führen musste.¹⁹⁵⁰ Die KPD bildete durch ihre Sozialstruktur nur eine unzureichende Quelle an qualifiziertem Personal für Leitungsfunktionen. Doch wie einst die NSDAP sah sie in loyalen, aber dafür weniger qualifizierten Parteimitgliedern eine ausreichende Kompensation. Dies musste einen Qualitätsverlust mit sich bringen. Insgesamt verliefen die Säuberungen und Stellenneubesetzungen radikaler als in den westlichen Besatzungszonen.¹⁹⁵¹ Dennoch versuchten viele ehemalige NSDAP-Anhänger, sich mit großem Eifer in den Dienst des neu entstehenden Staates zu stellen, um ihre neue Loyalität zu beweisen.¹⁹⁵²

Als erster nahm Stadtrechtsrat Baumgart seinen Hut, er verzichtete am 14. Juli „mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse“ auf sein Amt.¹⁹⁵³ Am 18. September 1945 wurden die letzten zehn notwendigen Ratsherren in ihr Amt eingewiesen.¹⁹⁵⁴ Von den 24 sich nun wieder Stadtverordnete nennenden Ratsherren waren je sechs von der LDP, der CDU, der KPD und der SPD.¹⁹⁵⁵

Die Militärregierung verkündete 1948, dass sie sich politisch denkende und politisch handelnde Angestellte wünsche. Die Zeiten des unpolitischen Berufsbeamtentums sollten vorbei sein, da dieses zum Werkzeug der Reaktion geworden sei. Der Angestellte im öffentlichen Dienst könne seine Aufgaben nur dann lösen, wenn er politisch denke – natürlich im Sinne der die Macht an sich reißen den SED.¹⁹⁵⁶ Dies entspricht letztendlich den gleichen Forderungen der Nationalsozialisten nach ihrer Machübernahme.

Die Säuberungen zogen immer weitere Kreise und bedrohten schon bald auch die beiden Bürgermeister. Eine auf der Konferenz von Potsdam am 17. Juli 1945 beschlossene Regelung besagte:

¹⁹⁵⁰ Die Verwaltung Halle vom 15.4.1945 bis 31.5.1948, S. 1ff. und 8. A 2.34 001-1/1 Nr. 5 H Bd. 1. BOHSE: Demokratischer Neuanfang versus Kontinuität, S. 354 und 364.

¹⁹⁵¹ SPERK: Entnazifizierung und Personalpolitik in Köthen, S. 24.

¹⁹⁵² WILLE, MANFRED: Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-48 (= BNR Ereignisse, Tatsachen, Hintergründe). Magdeburg, 1993, S. 213.

¹⁹⁵³ Abschrift eines Schreibens von Baumgart an den OB. Halle, 14.7.1945. C 48 Ia Nr. 578 Bd. 20.

¹⁹⁵⁴ Aktennotiz. Halle, 24.9.1945. A 2.36 Nr. 1372 Bd. 1.

¹⁹⁵⁵ Verzeichnis der Stadtverordneten (Ratsherren) der Stadt Halle. Halle, 9.10.1945. A 2.36 Nr. 1372 Bd. 1.

¹⁹⁵⁶ Die Verwaltung Halle 15.4.1945 – 31.5.1948, S. 15.

„Alle Mitglieder der Nazipartei, die mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, [...] sind aus öffentlichen und halböffentlichen und von verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmen zu entfernen.“¹⁹⁵⁷

Somit wäre Mays Verbleiben auf seinem Posten davon abhängig gewesen, ob man ihn wirklich nur als nominelles Parteimitglied ansah. Unter den politischen Umständen jener Zeit konnte es sich jedoch nur noch um eine Frage der Zeit handeln, wann er zu unbequem geworden wäre. Generalmajor Kotikow eröffnete am 11. Oktober 1945 Präsident Hübener, dass sowohl Lieser als auch May nicht mehr tragbar seien und ersetzt werden müssten.¹⁹⁵⁸ Am 10. beziehungsweise 12. Oktober 1945 erörterte May zuerst mit dem Oberbürgermeister und dann mit dem Präsidenten der Provinz Sachsen die politische Lage und erkannte, dass seine Stunde in der Stadtverwaltung geschlagen hatte. Noch am selben Tag bat er schließlich darum, in den Ruhestand versetzt zu werden. Damit aber eine ordentliche Übergabe seiner bedeutenden Aufgaben erfolgen konnte, wünschte er bis zum 30. November des Jahres seine Geschäfte als amtierender Bürgermeister fortführen zu dürfen.¹⁹⁵⁹ Eigentlich wäre May erst mit dem Erreichen des 65. Lebensjahrs Ende Dezember 1952 in Ruhestand getreten.¹⁹⁶⁰ Dass er sich plötzlich zu alt für den Bürgermeisterposten fühlte, wird wohl kaum der Fall gewesen sein. Aufschluss gibt einer seiner Briefe an Lieser vom 9. September 1945. In diesem drückt May seine Befürchtung aus, dass er bei einer Durchsetzung der „Verordnung über die Säuberung der Verwaltung“ als Bürgermeister ebenfalls von einer Amtsenthebung betroffen sein könnte. Dieser war zu entnehmen, dass grundsätzlich alle Mitglieder der NSDAP aus den Beamten- und Verwaltungskörpern zu entfernen seien. Die Entlassung sollte ohne jeden Rechtsanspruch auf Fortzahlung von Gehalt oder Pension erfolgen. Außerdem hieß es:

„[...] Bürgermeister [...] kann nur sein, wer nie der NSDAP oder ihren Gliederungen angehört hat, es sei denn, dass er sich noch während der Herrschaft des Naziregimes kämpfend gegen die Nazis bewährt hat.“¹⁹⁶¹

Im Zweifel konnte der Präsident der Provinz bestimmen, wer unter die Verordnung fiel. Daher bat May seinen Oberbürgermeister darum, über eine zuständige Stelle vollständige Klarheit über seine Situation in Erfahrung zu bringen.¹⁹⁶² Der Präsident der Provinz Sachsen konnte in diesem Fall nicht weiterhelfen, er meinte, es sei von einer Würdigung des Einzelfalles

¹⁹⁵⁷ Mitteilung über die Berliner Konferenz der drei Mächte. FISCHER, ALEXANDER (Hrsg.): Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“ (Dokumente zur Außenpolitik. Band 1). Köln, 1968, S. 391-404, hier S. 394f.

¹⁹⁵⁸ BOHSE: Personeller Neuanfang, S. 336.

¹⁹⁵⁹ Schreiben von May. Halle, 12.10.1945. Personalakte May.

¹⁹⁶⁰ Aktenvermerk. Halle, 1.8.1945. Ebenda.

¹⁹⁶¹ Absatz II der Verordnung über die Säuberung der Verwaltung vom 6.9.1945. In: Vorordnungsblatt für die Provinz Sachsen. Halle, 1945, S. 38ff, hier S. 39.

¹⁹⁶² May an Lieser, 9.9.1945.

abhängig.¹⁹⁶³ Ganz offensichtlich war diese Antwort für May in jenen Zeiten des politischen Umbruchs nicht befriedigend. Mit seinem Ruhestandsantrag versuchte er einer Entlassung zuvorzukommen und hoffte auf Pensionsansprüche.

May war im Übrigen nicht der Einzige, der zu diesem Zeitpunkt eine Ruhestandsversetzung beantragt hatte. Stadtrat Dr. Lindrath, Prof. Dr. Ing. Heilmann, Rechtsanwalt Fischer (der ehemalige Stadtsyndikus) und Dr. Heinicke hatten dasselbe bei Oberbürgermeister Lieser beantragt. Es gab also eine regelrechte Austrittswelle von altverdienten Mitgliedern der Stadtverwaltung, die auch beim Oberbürgermeister nicht Halt machte: Am 19. Oktober 1945 beantragte er, aus dem Dienst entlassen zu werden, was ihm der Bezirkspräsident eine Woche später genehmigte.¹⁹⁶⁴ Ob dadurch die Hoffnung auf Pensionsansprüche gerechtfertigt war, sollte sich allerdings noch zeigen.

Am 20. Oktober verfasste Lieser ein Schreiben an May, in dem er dessen enorme Verdienste um die Stadt Halle würdigte:

„Seit dieser Zeit haben Sie ohne Unterbrechung und unablässig mit vorbildlichem Eifer und außerordentlichen Fleiß mit den allerbesten Erfolgen für die Einwohnerschaft unserer Stadt gewirkt. [...]

In Ihrer neuen Stellung oblag Ihnen gleichzeitig die ständige Vertretung des Oberbürgermeisters der Stadt Halle. In dieser Eigenschaft haben Sie während der vergangenen 12 Jahre die Leitung der Stadtverwaltung völlig in der Hand gehabt und deren Aufgaben hervorragend gemeistert. Sie erfreuten sich der Wertschätzung der gesamten Bürgerschaft und insbesondere aller Arbeiter, Angestellten und Beamten der Stadt Halle. Sie sind stets ein gerechter und helfender Vorgesetzter gewesen. Mit menschlichem Verständnis haben Sie sich stets aller Sorgen und Nöte Ihrer Nachgeordneten angenommen. Ihre große Pflichttreue und Ihr aufopfernder Arbeitseinsatz ist das Vorbild aller bei der Stadtverwaltung Halle beschäftigten Personen stets gewesen.

[...] Wenn in Halle das kommunal-politische Leben in dieser Zeit keinen Stillstand zu verzeichnen hatte, dann ist das allein Ihr Verdienst. Ihre Sachlichkeit und die Reinheit Ihrer Gesinnung haben es verhindert, dass in der Stadtverwaltung Halle nazistische Politik betrieben wurde. Sie sind es gewesen, der verhindert hat, dass die Arbeiter, Angestellten und Beamten nazistisch beeinflusst wurden. Jedweder Druck, der von nazistischer Seite kam, ist von Ihnen durch Ihre Energie, Sachlichkeit und Sachkunde abgewehrt worden.

Ich möchte feststellen, dass Sie stets, aber insbesondere während der Zeit nazistischer Herrschaft das gute Gewissen der Stadtverwaltung Halle gewesen sind. [...]

Während der leider verhältnismäßig kurzen Zeit, in der ich die Freude haben durfte, mit Ihnen zusammen zu arbeiten, habe ich Ihre Treue,

¹⁹⁶³ Schreiben des Präsidenten der Provinz Sachsen an den OB von Halle. Halle, 19.9.1945. Personalakte May.

¹⁹⁶⁴ Abschrift des Schreibens vom Bezirkspräsidenten in Merseburg an OB Lieser. 25.10.1945. K12 Merseburg. Bezirksverwaltung Merseburg. Nr. 216. Landesarchiv Sachsen.

Ihren Pflichteifer, Ihre Einsatzbereitschaft und Ihre Arbeitskraft kennen und schätzen gelernt. Es ist mir Bedürfnis, Ihnen für die außerordentliche Unterstützung, die Sie mir während meiner Amtstätigkeit zuteil werden ließen, auch am Tage Ihres Ausscheidens aus der Stadtverwaltung Halle von ganzem Herzen zu danken. [...]

Sie haben Ihr Leben unter die Devise der Arbeit gestellt.“¹⁹⁶⁵

Mittlerweile war es auch für Lieser an der Zeit zu gehen. Schon seit mehreren Wochen betrieben die kommunistischen und sozialdemokratischen Zeitungen und Politiker erfolgreich Propaganda gegen ihn. Als seinen Nachfolger empfahl Präsident Hübener den Präsidialdirektor Heinrich Mertens.¹⁹⁶⁶ Dieser wurde in Liesers letzter Stadtverordnetenversammlung am 22. Oktober von Hübener zum neuen kommissarischen Oberbürgermeister berufen.¹⁹⁶⁷ Der gebürtige Düsseldorfer Mertens gehörte zum Jahrgang 1906 und arbeitete bis 1945 als Journalist. Vor 1933 war SPD-Mitglied gewesen, nun gehörte er der LDP an.¹⁹⁶⁸ Er geriet in Konflikt im dem NS-Regime, was ihm 1936 eine mehrmonatige Schutzhaft einbrachte. Während des Krieges kam er innerhalb seines Zeitungsverlags in einen antifaschistischen Zirkel. Da er politisch unbelastet war und sich beim Einmarsch amerikanischer Truppen in Eisleben befand, wurde er dort nach einer kurzen Tätigkeit in der Stadtverwaltung kurzerhand zum Bürgermeister ernannt. Anfang August 1945 erhielt er eine Berufung nach Halle als Präsidialdirektor.¹⁹⁶⁹ Paul May blieb ein gefragter Fachmann, weshalb ihn der neue Hallenser Oberbürgermeister Mertens noch am 22. Oktober dringend um eine Unterredung bat.¹⁹⁷⁰ An seine Stelle rückte mit Karl Pretsch ein Kommunist, der im Folgejahr sogar noch Oberbürgermeister werden sollte.¹⁹⁷¹

Der Präsident der Provinz Sachsen, Prof. Dr. Erhard Hübener – ebenfalls Mitglied der LDP – plante derweil, May als Verwaltungsdirektor der Universität einzusetzen.¹⁹⁷² Hübener war mit May persönlich befreundet, weshalb er versuchte, ihm zu helfen.¹⁹⁷³

Am 1. November 1945 kam es schließlich zur Ruhestandsversetzung von May mit einer jährlichen Pension von 12.352 RM.¹⁹⁷⁴ Zehn Tage zuvor

¹⁹⁶⁵ Lieser an May, 20.10.45.

¹⁹⁶⁶ BOHSE: Personeller Neuanfang, S. 335f.

¹⁹⁶⁷ Schreiben vom Bezirkspräsidenten in Merseburg an den Präsidenten der Provinz Sachsen. Halle, 24.11.1945. K12 Merseburg. Bezirksverwaltung Merseburg. Nr. 217. LAS.

¹⁹⁶⁸ Personalien des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters der Stadt Halle. A 2.34 011-17 Nr. 2 N Bd. 1.

¹⁹⁶⁹ Lebenslauf von Heinrich Mertens. K12 Merseburg Nr. 217.

¹⁹⁷⁰ Schreiben von OB Mertens an Bürgermeister May. Halle, 22.10.1945. Ebenda.

¹⁹⁷¹ Liste der entlassenen Dienstkräfte. A 2.34 001-1/1 Nr. 5 H Bd. 1.

¹⁹⁷² Schreiben des Präsidenten der Provinz Sachsen an OB Lieser. Halle, 19.10.1945. Ebenda.

¹⁹⁷³ Unterredung mit dem Genossen Scholz, Sparkasse Rathausstraße. Charakteristik Dr. May. 13661/19Z.

¹⁹⁷⁴ Aktennotiz von OB Lieser. Halle, 20.10.1945. Personalakte May.

hatte er an seine Mitarbeiter ein Abschiedsschreiben verfasst. In diesem war zu lesen:

„Ich scheidet aus dem Amt, dem meine ganze Arbeitskraft geweiht war, zwar schweren Herzens, aber ohne Bitternis. Meine Versetzung in den Ruhestand habe ich selbst beantragt. Ich bin glücklich darüber, dass ich an anderer Stelle dem Neuaufbau dienen kann.“¹⁹⁷⁵

Ob das mit der Bitternis so blieb, sei dahingestellt. Denn sein ihm zustehendes Ruhegehalt sollte er nie erhalten.¹⁹⁷⁶ Mays Amtsnachfolger war der gebürtige Hallenser Karl Pretsch. 1896 geboren entstammte er einer Arbeiterfamilie und gehörte seit 1920 der KPD an. 1929 wurde er in die Stadtverordnetenversammlung gewählt und hatte sich nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches um den Wiederaufbau der KPD verdient gemacht.¹⁹⁷⁷

Aus dem Plan, May als Verwaltungsdirektor der Universität einzusetzen, war nichts geworden. Stattdessen erhielt May am 22. November 1945 den Posten eines kommissarischer Verbandsvorsteher des Mitteldeutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Bis zum Antritt dieser neuen Arbeitsstelle hatte er jedoch keinerlei Bezüge erhalten. Erst am 6. Dezember erhielt er für die Monate November und Dezember von der Stadtverwaltung Halle 834 RM Ruhegehalt – deutlich weniger als vereinbart.¹⁹⁷⁸ Doch auch die Zahlung dieses Betrags wurde am 10. Januar des neuen Jahrs auf Geheiß des Oberbürgermeisters eingestellt.¹⁹⁷⁹ Schon am 21. Dezember 1945 hatte der Präsident der Provinz Sachsen bestimmt, dass an ehemalige Mitglieder der NSDAP oder ihrer Gliederungen keine Versorgungsbezüge oder Unterstützungen mehr fließen durften. „Bürgermeister a.D. May“ wurde dies jedoch erst am 20. März 1946 mitgeteilt.¹⁹⁸⁰

Immerhin beschloss der Politische Kreisausschuss der antifaschistischen Parteien in seiner Sitzung am 19. März 1946, Dr. May als „politisch tragbar“ zu erklären. Hierdurch sollte er keinen politischen, wirtschaftlichen oder beruflichen Sondermaßnahmen mehr unterliegen und konnte weiterbeschäftigt werden. Außerdem wurde er hierdurch vollwertiges Mitglied der LDP.¹⁹⁸¹

Dies änderte jedoch nichts an den ausstehenden Bezügen aus der Stadtverwaltung. Am 17. April schrieb ein Angehöriger des Hallenser Personalamts, dass zunächst Anordnungen abzuwarten seien, wie mit rehabilitierten ehemaligen NSDAP-Mitgliedern umzugehen sei. Für May käme allerdings das Ruhegehalt eines Bürgermeisters a.D. ohnehin nicht in

¹⁹⁷⁵ Schreiben von May an seine bisherigen Mitarbeiter. Halle, 20.10.1945. Personalakte May.

¹⁹⁷⁶ Aktennotiz von OB Mertens: „Über die Zahlung der Versorgungsbezüge für den Monat November 1945 ist bisher noch keine Verfügung eingegangen.“ Halle, 12.11.1945. Ebenda.

¹⁹⁷⁷ Personalblatt von Karl Pretsch. A 2.34 011-17 Nr. 2 N Bd. 1.

¹⁹⁷⁸ Schreiben von May an das Personalamt Halle. Halle, 31.12.1945. Personalakte May.

¹⁹⁷⁹ Aktennotiz von OB Mertens. Halle, 10.1.1945. Ebenda.

¹⁹⁸⁰ Schreiben des Personalamts an Bürgermeister a.D. Dr. May. Halle, 20.3.1946. Ebenda.

¹⁹⁸¹ Schreiben des Vorstands der LDP an OB Mertens. Halle, 4.4.1946.

Betracht, da er noch Einkünfte aus seiner Tätigkeit beim Mitteldeutschen Sparkassen- und Giroverband habe.¹⁹⁸² Dies geschah auf die Anordnung der Sowjetischen Militäradministration. Renten sollten nur bei Bedürftigkeit ausgezahlt werden, um Gelder einzusparen. Dass May noch arbeite, war sein Glück, denn viele andere Pensionäre jener Zeit waren von der Sozialfürsorge abhängig, da ihnen mangels Nachweis von Beiträgen in die Sozialversicherung keine Rente gewährt wurde.¹⁹⁸³

¹⁹⁸² Aktennotiz des Personalamts. Halle, 17.4.1946. Personalakte May.

¹⁹⁸³ CARIUS, SANDRA: Projekt: Einheitssozialversicherung. Entstehung einer einheitlichen Sozialversicherung in der SBZ/DDR von 1945 bis 1952 am Beispiel Thüringens. Berlin, 2008, S. 107 und 286.

XV. Memmels Internierung, Entnazifizierung und Pensionierung

Memmel wurde nach dem Krieg verhaftet und musste sich drei Spruchkammerverfahren stellen. Hier ist es relevant zu prüfen, wie er sich bei den Prozessen verhielt, ob er sich schuldig fühlte und wie die Kammern mit ihm als prominentem lokalen Vertreter des Regimes umgingen. Den Prozessen folgte ein langer Kampf um seine Pensionsansprüche. Auch andere Funktionäre des Regimes wie der zweite Bürgermeister Adalbert Wolter und Hans Streller forderten Pensionen ein.

Durch sein Oberbürgermeisteramt sahen die Alliierten in Memmel zu Recht einen gewichtigen Träger des nationalsozialistischen Regimes, sodass ihn die Amerikaner nicht als „normalen“ Kriegsgefangenen behandelten oder ihn gar entließen, wie er es bei Kriegsende erhofft hatte. Stattdessen kam er in „*automatic arrest*“ und wurde im zivilen Internierungslager Moosburg bei Freising untergebracht. Wegen seines Rückenleidens gestand man ihm ein Einzelzimmer zu.¹⁹⁸⁴ Die allgemeinen Zustände im Lager waren gerade zu Anfangszeiten erbärmlich.¹⁹⁸⁵ In Moosburg war auch Rolf Schmitt interniert.¹⁹⁸⁶ Ihre einstigen Parteigenossen, die noch auf freiem Fuß waren und sich in Würzburg befanden, mussten sich derweil unter der Aufsicht von ehemaligen Konzentrationslagerhäftlingen in einem Totenbergungs- und Arbeitskommando mehrere Wochen lang Trümmer räumen.¹⁹⁸⁷ In Memmels gut erhaltenem Haus im Maasweg 20 wohnten jetzt Amerikaner.¹⁹⁸⁸ Hierdurch verlor er alles, was er in 25-jähriger Ehe besessen hatte. Auch seine Frau durfte das Haus nicht betreten.¹⁹⁸⁹

In der Main-Post war am 26. November 1946 ein Artikel erschienen, in dem Max Härtlein¹⁹⁹⁰ gegenüber der über ihn richtenden Spruchkammer

¹⁹⁸⁴ Vernehmungsprotokoll vom 6.9.1947 in Sachen Memmel Theo. Spruchkammerakte Memmel.

¹⁹⁸⁵ Siehe hierzu: PFLANZ, HEINRICH: Das Internierungslager Moosburg 1945-1948. Wie es Zeitzeugen erlebten. 4. Auflage. Landsberg, 2014. Erbärmliche Zustände. Damals in Moosburg: Das Internierungslager „Civilian Interncamp No. 6“. Moosburg Heute. 1.2.2014, S. 22.

¹⁹⁸⁶ Brief Schmitt an Memmel.

¹⁹⁸⁷ OPPELT: Würzburger Chronik, S. 200ff.

¹⁹⁸⁸ Nachtrag einer Meldung des Bürgermeisters an die Polizeidirektion Würzburg. Würzburg, 17.8.1945. Entnazifizierung, Ermittlungen über Personen wegen Zugehörigkeit zur NSDAP, Beschlagnahmungen 1945-1951. Polizeidirektion-13.

¹⁹⁸⁹ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.1947, Blatt 7.

¹⁹⁹⁰ Härtlein wurde 1882 als Sohn eines Polizeiwachtmeisters geboren. Nach dem Besuch des Alten Gymnasiums trat er in den Dienst der Stadt Würzburg. Bald wurde er Leiter des städtischen Einwohnermeldeamts, später Verwaltungsdirektor des städtischen Wohlfahrts- und Jugendamtes. Er trat 1907 dem „Würzburger Sängerverein 1847“ bei. Von 1920 bis 1924 war er dort erster Vorsitzender. 1929 erfolgte seine Wahl zum ersten Vorsitzenden des Sängermittelgaues, der 107 Sängervereine umfasste. Der Gleichschaltung der Sängervereine trat er stets – wenn auch erfolglos – entgegen. Über die Sänger dürfte er auch den ebenfalls Gesangsbegeisterten Memmel näher kennengelernt haben.

aussagte, er sei auf Drängen Memmels Pg. geworden. Hierdurch sah sich Memmel angeregt, aus seinem Internierungslager heraus folgende eidesstattliche Erklärung abzugeben:

„Ich habe in keinem einzigen Fall in meiner Eigenschaft als Oberbürgermeister einen meiner Untergebenen veranlasst, aufgefordert oder gar gezwungen, in die NSDAP einzutreten. Keiner der städtischen Gefolgschaftsmitglieder hat einen Nachteil gehabt davon, dass er nicht bei der NSDAP war. In der Rangliste der Beamten und Angestellten, die ich durch das von mir gegründete Personalamt erstellen ließ, fehlt eine Spalte über Parteizugehörigkeit. Die Beamten und Angestellten wurden nach Leistung, Prüfungsnote und Dienstalter befördert, wobei eine Parteizugehörigkeit nach dem 30.1.1933 überhaupt keine Rolle spielte. Nichtparteigenossen wurden auch in bevorzugte Ausnahmestellen befördert, wie z.B. die Gewerbeoberlehrer Ofenstein und Großmann zu Gewerbestudienräten ernannt wurden. Ich habe in den meisten Fällen überhaupt nicht gewusst und mich auch gar nicht darum gekümmert, ob ein Beamter Parteigenosse war oder nicht. Ich habe auch die Beamten, die nach den Nürnberger Gesetzen „Mischlinge“ waren (z.B. Crejei, Walther) oder jüdisch versippt waren, nicht entlassen.“¹⁹⁹¹

Memmel arbeitete also aus dem Internierungslager heraus aktiv daran, seinen Ruf zu verteidigen. Dafür muss Memmel mindestens einen gewissen Kontakt nach außen gehabt haben.

1. Das Entnazifizierungsverfahren

Nachdem die Sicherheit in den besetzten Zonen Deutschlands hergestellt war, brach die Zeit der geregelten Entnazifizierung der Bevölkerung an. Vor allem um Kosten einzusparen, sollten stufenweise die Deutschen diese Aufgabe übernehmen. Mittels Fragebögen, die jeder erhielt, wurden die Deutschen eingestuft und gegebenenfalls angeklagt.¹⁹⁹²

Einen der 6,7 Millionen bayerischen Bögen füllte am 14. März 1946 auch Theodor Memmel im Internierungslager Moosburg aus.¹⁹⁹³ Dieser umfasst 131 Fragen, wobei die Nummer 25 lautet: „Welchen Universitäts-Studentenburschenschaften haben Sie je angehört?“. Mit der Nomenklatur taten sich jedoch nicht nur die deutschen, sondern auch die englischsprachigen Stellen schwer. „*List any German University Student Corps to which you have ever belonged*“,¹⁹⁹⁴ lautet die Originalfrage. Die Alliierten maßen der Zugehörigkeit zu einer Korporation also ein gewisses Maß an Bedeutung bei.

Stadtamtman a.D. Max Härtlein †. 20 Jahre lang Sängerkreisvorsitzender – ein Leben für das deutsche Lied. Volksblatt, 23.10.1958.

¹⁹⁹¹ Brief von Theo Memmel an die Spruchkammer IV der Stadt Würzburg. Interniertenlager Moosburg, 12.12. 1946. Spruchkammerakte Memmel.

¹⁹⁹² HOSER: Die Entnazifizierung in Bayern, S. 481f.

¹⁹⁹³ NIETHAMMER: Die Mitläuferfabrik, S. 540.

¹⁹⁹⁴ Frage 25, Fragebogen Memmel.

Am selben Tag stellte Memmel auch ein Gesuch um Wiederaufnahme in den bayerischen Staatsdienst als Studienrat. Hierzu gab er fünf Bürgen an.¹⁹⁹⁵ Drei der genannten Gewährsmänner lehnten es jedoch ohne bekannte Begründung ab, sich gutachtlich zu äußern.¹⁹⁹⁶ In seiner Spruchkammerverhandlung sagte er aus, er habe zusammen mit vielen anderen ehemaligen Lehrern im Lager Moosburg auf Verlangen des Bayerischen Staatsministeriums diesen Antrag verfasst. Tatsächlich war der Lehrermangel nach Kriegsende groß. Dass er nicht wieder in den Staatsdienst zurückkehren konnte, sei ihm aber klar gewesen.¹⁹⁹⁷

Die Spruchkammerverfahren für Internierte starteten erst am Anfang des Jahres 1947.¹⁹⁹⁸ Hierzu musste Memmel im Juli einen Meldebogen mit 14 Fragen ausfüllen, einer Kurzfassung des vorherigen amerikanischen Fragebogens. In einem Feld sollte man sich selbst in eine Personengruppe einordnen, oder aber Gründe dafür angeben, warum man nicht davon betroffen sei. Memmel aber ließ beide leer, obwohl er den Rest umfänglich ausgefüllt hatte. In der abschließenden Bemerkung äußert er sich folgendermaßen: „Schwerkriegsbeschädigter Stufe III; an keiner Gewaltmaßnahme beteiligt; als Oberbürgermeister oft im Gegensatz zur Partei.“¹⁹⁹⁹ Sein altes Rückenleiden zeigte sich im Internierungslager wieder, weshalb er nach zwei Jahren und zwei Monaten entlassen wurde.²⁰⁰⁰ Sein Status als Kriegsbeschädigter wurde jedoch mancherorts in Frage gestellt. So vermutete der Stadtrat und Leiter des Fürsorgeamtes Eugen Eberle, dass die Verschlimmerung durch einen Sturz im Rausch herrührte und riet ihm daher, sich in Würzburg nicht mehr blicken zu lassen. Als Konsequenz hieraus verweigerte er ihm einen Beschädigtenausweis.²⁰⁰¹

Am 1. September 1947 war schließlich die Klageschrift gegen Theodor Memmel fertig. Sein Lebensweg wurde vom öffentlichen Kläger, dem Angestellten²⁰⁰² Otto Exinger, analysiert. Durch Memmels freiwillige Teilnahme am Ersten Weltkrieg, der Zugehörigkeit zu Freikorps und der angeblichen

¹⁹⁹⁵ Schreiben von Theo Memmel an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus betreffend die Wiedereinstellung in den Bayerischen Staatsdienst. Civ. Int. Camp Moosburg, 14.3.1946. Spruchkammerakte Memmel.

¹⁹⁹⁶ Aktennotiz vom Vorsitzenden des Vorprüfungsausschusses für Würzburg-Stadt, Stadtschulrat Walle. Würzburg, 16.12.1946.

¹⁹⁹⁷ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.47, Blatt 5 und 28.11.47, Blatt 2. FÜHR, CHRISTOPH: Zur deutschen Bildungsgeschichte seit 1945. In: FÜHR, CHRISTOPH/FURCK, CARL-LUDWIG (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band 6. 1945 bis zur Gegenwart. Erster Teilband. Bundesrepublik Deutschland. München, 1998, S. 1-26, hier S. 3.

¹⁹⁹⁸ NIETHAMMER: Die Mitläuferfabrik, S. 579.

¹⁹⁹⁹ Meldebogen zur Entnazifizierung Memmel.

²⁰⁰⁰ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.1947, Blatt 7.

²⁰⁰¹ Aussage von Eberle, Leiters der Fürsorgestelle. Würzburg, den 16.7.1947. Spruchkammerakte Memmel.

²⁰⁰² Würzburger Adressbuch 1947. Würzburg, 1946, S. 20.

Mitgliedschaft in einer „Ritterflagge“ sah er in ihm einen Militaristen. Sein NSDAP-Beitritt vor der Machtübernahme, die Posten als Kreisleiter und Gauinspekteur, die verfrühte zehnjährige Dienstausszeichnung sowie seine Mitgliedschaft in einer Vielzahl von Parteiorganisationen „[...] zeigen an, dass wohl selten bei einem Betroffenen die Aktivität gesteigert werden konnte.“²⁰⁰³ Nicht nur bei der „Ritterflagge“ irrte sich Exinger, auch Memmels Dienstpistole beschrieb er fälschlich als Ehrengabe der SA. Ferner klagte er ihn als Anführer bei den Judenpogromen an und beschuldigte ihn der Ausländerverschleppung. In letzterem Fall ging es um Dienstmädchen aus der Sowjetunion. Memmels vollkommene Ergebenheit gegenüber dem NS-Regime sah Exinger schließlich in der Verteidigung Würzburgs bis zur letzten Minute bewiesen. Er vermutete sogar, dass Memmels eigener Sohn in dessen unmittelbarer Nähe gefallen sei. Somit wäre eigentlich die Einreihung in die Gruppe II „Belastete“ gegeben.²⁰⁰⁴ Doch unter der Prämisse, dass „Nationalsozialismus und Militarismus in Deutschland zwölf Jahre die Gewaltherrschaft ausübten, schwerste Verbrechen gegen das deutsche Volk und die Welt begingen, Deutschland in Not und Elend gestürzt und das Deutsche Reich zerstört haben, reihte der öffentliche Kläger Memmel in die Kategorie der Hauptschuldigen ein. „Hauptschuldiger deshalb, weil er an der Begründung, Stärkung und Erhaltung des NS-Staates sich in hervorragender Art und Weise betätigt hat.“²⁰⁰⁵ Der Streitwert belief sich auf 22.000 Reichsmark.²⁰⁰⁶

Durch die Klage auf Einreihung in die Hauptgruppe I wurde Memmel wegen Fluchtgefahr am 6. September 1947 in die Strafanstalt Würzburg überführt. Einen Tag später kam es zur ersten Vernehmung. Dort beschwerte sich Memmel, durch die Verhaftung seien seine Möglichkeiten einen Verteidiger zu wählen sehr beschränkt. Denn er durfte weder Stift noch Papier besitzen, weshalb sich seine Frau um einen Rechtsanwalt bemühen musste und den Würzburger Dr. Josef Haubach engagierte.²⁰⁰⁷ Allerdings hatte er das Glück, dass sein Spruchkammerverfahren nicht im Lager durchgeführt wurde. Denn hier waren die Möglichkeiten der Betroffenen für eine ordentliche Verteidigung zu sorgen noch viel weiter eingeschränkt.²⁰⁰⁸ Memmels

²⁰⁰³ Anhang mit weiterer Begründung zur Klage. Würzburg, 1.9.1947. Spruchkammerakte Memmel.

²⁰⁰⁴ Klageschrift gegen Theo Albin Memmel. Würzburg, 1.9.1947.

²⁰⁰⁵ Anhang mit weiterer Begründung zur Klage.

²⁰⁰⁶ Ebenda.

²⁰⁰⁷ Vernehmungsprotokoll Memmel.

²⁰⁰⁸ NIETHAMMER: Die Mitläuferfabrik, S. 579. Dafür war aber beispielsweise die Lager-spruchkammer Dachau als „Mitläuferfabrik“ auf Grund ihrer milden urteile bekannt. HAMMERMANN, GABRIELE: Verteidigungsstrategien der Beschuldigten in den Dachauer Prozessen und im Internierungslager Dachau. In: EIBER/SIGEL: Dachauer Prozesse, S. 86-108, hier S. 97f.

Invalidität beziehungsweise Haftunfähigkeit wurde erneut thematisiert. Ein Medizinalrat diagnostizierte ihm:

„Der derzeitige Untersuchungsbefund ergibt eine deutlich erkennbare Knickung der Wirbelsäule an der Grenze ihres Brust und Lendenteiles. Es besteht ferner eine teilweise Lähmung des re. Beines mit ausgeprägten Muskelatrophien, wodurch der Untersuchte auf die Benützung eines Gehstockes, sowie zum Tragen eines Stützkorsettes angewiesen ist.“²⁰⁰⁹

Der Medizinalrat urteilte daher, dass Memmel selbst unter strengster Auslegung der Bestimmungen aus der Untersuchungshaft zu entlassen sei. Außerdem attestierte er ihm 66 Prozent Invalidität, was auch schon in Moosburg festgestellt worden war.²⁰¹⁰ Trotzdem blieb Memmel sechs weitere Wochen in Haft.²⁰¹¹

Letztendlich vertrat Memmel doch nicht Rechtsanwalt Haubach, sondern der Würzburger Freiherr Hermann von Castell, was recht erstaunlich ist. Geboren 1914, besuchte dieser 1933 die Universität München und trat dem Stahlhelm bei. Durch dessen Gleichschaltung im Folgejahr wurde er zwangsweise²⁰¹² in die SA überführt und setzte sein Studium in Würzburg fort, wo er der K.St.V. Normannia im K.V. beitrug. Im Sommer 1937 ließ er sich nach eigener Aussage zum NSDAP-Beitritt nötigen. Ab 1938 war von Castell als Anwalt beim Landgericht und Amtsgericht Würzburg tätig. 1940 wurde er Assessor und setzte sich besonders für politische Häftlinge ein, die er häufig vertrat. Der Würzburger Prüfungsausschuss Wiedereinstellung beziehungsweise Wiederezulassungen genehmigte ihm daher am 4. März 1946 einstimmig die Wiederezulassung als Rechtsanwalt.²⁰¹³ Freiherr von Castell war eine prominente Person, die sich energisch und mutig für die vom NS-Regime Verfolgten eingesetzt hatte. Umso erstaunlicher ist es, dass er nun einen als Hauptschuldigen angeklagten Nationalsozialisten juristisch vertrat, den er sogar zu seiner Amtszeit erlebt hatte.

Der Klageschrift erwiderte Freiherr von Castell am 16. September 1947, dass Memmel nicht als Hauptschuldiger einzureihen sei, da er keiner der gemäß Nürnberger Urteil als „verbrecherisch“ erklärten Organisationen wie dem SD oder der SS angehört habe. Anklagepunkte wie etwa die

²⁰⁰⁹ Schreiben eines Medizinalrats an den Vorsitzenden der Spruchkammer IV betreffend der Untersuchung des Theo Memmel auf Haftunfähigkeit. Würzburg, 15.9.1947. Spruchkammerakte Memmel.

²⁰¹⁰ Ebenda.

²⁰¹¹ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.1947, Blatt 7.

²⁰¹² Der Stahlhelm wurde ab Januar 1934 schrittweise automatisch in die SA überführt. KLOTZBÜCHER, ALOIS: Der politische Weg des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der „Nationalen Opposition“ 1918-1933. O.O., 1964, S. 304ff.

²⁰¹³ Prüfungsausschuss zur Wiederezulassung von Freiherr Hermann von Castell als Rechtsanwalt. Würzburg, 4.3.1946. Einwohneramt 146.

Zugehörigkeit zu einer „Ritterflagge“, oder die Tatsache dass Memmel als Offizier beim Freikorps tätig gewesen war, bestritt von Castell, ebenso die Teilnahme Memmels an Judenpogromen im Jahr 1938.²⁰¹⁴ Während er Klageerwiderung verfasste, weilte sein Klient in Dachau, wo er an einer Zeugenvernehmung teilnahm.²⁰¹⁵ Da Hellmuths Verhandlung im Rahmen der Fliegerprozesse vom 17. September bis zum 17. Oktober lief, ist zu vermuten, dass Memmel hierzu als Zeuge geladen wurde. Im Gau Mainfranken wurden 1944/45 sechs alliierte Flieger gelyncht und Hellmuth sollte dafür zur Verantwortung gezogen werden. Das Urteil lautete Tod durch den Strang, wurde aber im Juni 1948 zu lebenslänglicher Haft abgemildert.²⁰¹⁶ Memmel dürfte hierdurch bereits einen Vorgeschmack für seinen eigenen Entnazifizierungsprozess auch bezüglich der jeweiligen Verteidigungsstrategien bekommen haben.

Da der Gauleiter Hellmuth anderswo abgeurteilt wurde, blieb Memmel die einzige prominente NS-Größe Würzburgs, die nun vor die Spruchkammer geladen werden sollte. Dennoch fand die Verhandlung wenig Widerhall in der lokalen Presse.²⁰¹⁷

Bei der Ermittlungsarbeit gegen Memmel traf der öffentliche Kläger Exinger offenbar auf einige Schwierigkeiten. Der Regierungsangestellte²⁰¹⁸ Anton Nerl, Vorsitzende der Spruchkammer I, vertrat gegenüber dem öffentlichen Kläger die Ansicht, dass dessen Recherchen ungenügend seien. Exinger beteuerte jedoch, dass es schwierig sei, belastendes Material gegen Memmel zu finden.

„Schon über 4 Wochen ist ein Aufruf an den Plakatsäulen angebracht, aber ohne dass von Personen (auch Ermittlern anderer Spruchkammern) meiner Dienststelle irgendwelche Kenntnisse zugeleitet worden sind, die zu Ungunsten des Betroffenen gewesen wären.“²⁰¹⁹

Außerdem beschwerte sich Exinger, dass er Schwierigkeiten habe, Akten von der Stadt und sogar von der Justizbehörde zu bekommen. Er vermutete hierbei eine gezielte Sabotage seiner Arbeit, zum einen um Memmel zu helfen und zum anderen aus Missgunst gegenüber der Spruchkammer. Trotzdem ging er davon aus, anhand der bereits gesammelten Unterlagen Memmel in die Gruppe I einreihen zu können.²⁰²⁰ Nerl ermahnte Exinger, dass

²⁰¹⁴ Schreiben von Freiherr von Castell an den Vorsitzenden der Spruchkammer IV. Würzburg, 16.9.1947. Spruchkammerakte Memmel.

²⁰¹⁵ Schreiben von Freiherr von Castell an den Vorsitzenden der Spruchkammer Würzburg – Stadt I. Würzburg, 7.10.1947. Spruchkammerakte Memmel.

²⁰¹⁶ FREYEISEN: Verbohrt bis zuletzt, S. 319ff.

²⁰¹⁷ Nur kurze Artikel finden sich in den Ausgaben der Main-Post Nr. 95ff. 28.-30.11.1947 und Nr. 9 3.2.1948.

²⁰¹⁸ Würzburger Adressbuch 1947, S. 60.

²⁰¹⁹ Schreiben des öffentlichen Klägers an den Vorsitzenden der Spruchkammer I betreffend die Sache Memmel. Würzburg, 9.10.1947. Spruchkammerakte Memmel.

²⁰²⁰ Ebenda.

„[...] in diesem Verfahren das Augenmerk aller Würzburger auf den schon stark misskreditierten [sic] Spruchkammern liegt.“²⁰²¹

Am 14. Oktober 1947 wurde Memmel durch die Spruchkammer aus der Haft entlassen. Er durfte zu seiner Frau nach Hilpertshausen ziehen und hatte sich dort alle zwei Tage bei der Landespolizeibehörde zu melden.²⁰²² Damit endete nach zwei Jahren erstmals seine Haft.

Die Verhandlung sollte am 25. November 1947 vor der Spruchkammer IV Würzburg-Stadt im Hofbräuhaus beginnen.²⁰²³ Zeit genug für den Aufbau einer Verteidigung hatte Memmel somit. Schon in seiner ersten Vernehmung am 6. September hatte Memmel jedoch bereits bemerkt, dass er keine große Vorbereitungszeit benötige.²⁰²⁴ Er schien sich seiner Sache also recht sicher zu sein, oder aber sie war ihm – entweder aus Apathie, Trotz oder mangelndem Respekt – gleichgültig.

Für die Entnazifizierungsmaßnahmen mussten deutsche Richter gefunden werden, die zwar keine juristische Qualifikation benötigten, aber keine Verbindung mit der NSDAP haben durften. Dies stellte sich als keine leichte Aufgabe heraus, weswegen nur wenige ordentliche Juristen gefunden werden konnten.²⁰²⁵ Eine Spruchkammer setzte sich aus einem Vorsitzenden, mindestens zwei Beisitzern, einem öffentlichen Kläger und einem Protokollführer zusammen. Außerdem gab es eine Berufungskammer. Die Spruchkammern teilten die Betroffenen in fünf verschiedene Gruppen ein:

- I. Hauptschuldige
- II. Belastete (Aktivisten, Militaristen und Nutznießer)
- III. Minderbelastete (Bewährungsgruppe)
- IV. Mitläufer
- V. Entlastete

Für die Gruppen I und II galt eine umgekehrte Beweislast: Die entsprechend eingestufteten mussten nachweisen, dass sie in eine günstigere Gruppe gehörten, während der öffentliche Ankläger den anderen Gruppen nachweisen musste, dass sie höher einzustufen waren. Für die automatische Einteilung in die Gruppe I diente eine Liste mit Organisationen. So

²⁰²¹ Schreiben des Vorsitzenden Nerl an den öffentlichen Kläger betreffend das Verfahren gegen Memmel. Würzburg, 9.10.1947. Spruchkammerakte Memmel.

²⁰²² Meldung an den Chef der Landespolizei vom öffentlichen Kläger. Würzburg, 14.10.1947. Spruchkammerakte Memmel.

²⁰²³ Würzburger Umschau. MP, Nr. 93, 21.11.1947, S. 3.

²⁰²⁴ Vernehmungsprotokoll vom 6.9.1947.

²⁰²⁵ HOSER: Die Entnazifizierung in Bayern, S. 487f.

genügte beispielsweise die aktive Zugehörigkeit zum SD, oder der Allgemeinen SS, um dort eingestuft zu werden.²⁰²⁶

In Bayern war man mit der Entnazifizierung eher zurückhaltend. 23 Prozent der Meldepflichtigen, also 1,58 Millionen Betroffene, kamen durch die Jugend- oder Weihnachtsamnestie gar nicht erst vor die Kammer. Lediglich rund 33.000 Personen mussten sich überhaupt in einem öffentlichen Spruchkammerverfahren verantworten, was 0,5 Prozent der volljährigen bayerischen Bevölkerung entsprach. Die Verfahren waren von Zeitdruck und Personalmangel bestimmt, was gerade die erste Instanz, die aus Laien bestand, vor unmögliche Anforderungen stellte. Oft ging es nur darum, Fälle schnell abzuarbeiten, woraus durchschnittlich ein Geldsühnebetrag von knapp 700 RM beziehungsweise 70 DM folgte. Die Berufungsinstanz bestand hingegen aus mindestens einem Juristen, und revidierte häufig die Urteile. Hatte der öffentliche Kläger gegen eine Entlastung Berufung eingelegt, wurde diese meist einer besonderen Prüfung unterzogen. In der überwiegenden Anzahl dieser Fälle stufte die zweite Instanz die Betroffenen in eine für sie ungünstigere Gruppe ein. Bei einer Berufung seitens des Angeklagten aus den Stufen I bis III kam es hingegen zu etwa 80 Prozent zu einer Herabstufung.²⁰²⁷ In Memmels Heimatstadt ging die Entnazifizierung folgendermaßen von statten:

„In Würzburg begann es in der Schillerschule. Rund 100.000 Fragebogen mussten gesichtet und in die Kategorien [...] eingeteilt werden. Bald war der Raum in der Schillerschule zu klein, und man suchte und fand neue Möglichkeiten am Ludwigs kai (Militärregierung). Hier etablierte sich zunächst die Kammer eins, bald mussten eine zweite, eine dritte, eine vierte und auch eine fünfte Kammer gegründet werden, wobei das Hochhaus in der Augustinerstraße und die Räume des Würzburger Hofbräukellers belegt wurden.

Immerhin: 25.000 Akten wurden angelegt und warteten auf Erledigung durch einen rechtskräftigen Spruch.

Bei etwa 33 Prozent kam es zu einer Verfahrenseinstellung, 30 Prozent fielen in die Kategorie V, der Gruppe IV (Mitläufer) wurden 28 Prozent zugerechnet und der Rest wurde den Kategorien I – III zugeteilt.

Die Vorsitzenden der Berufungskammer und deren Senate – in Würzburg gab es eine Kammer mit vier Senate, am Ludwigs kai untergebracht – mussten die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst nachweisen.

Sensationelle Fälle gab es in Würzburg nicht. Der Gauleiter wurde hier nicht verhandelt und die anderen sogenannten führenden Nationalsozialisten waren entweder untergetaucht oder aber nicht so belastet, dass sie zu einem großen Prozess geeignet waren.

²⁰²⁶ Artikel 4f., Artikel 24-28 und Artikel 41. Gesetz zur Befreiung von Nationalismus und Militarismus. München, 1946.

²⁰²⁷ NIETHAMMER: Die Mitläuferfabrik, S. 540ff.

So gab es in Würzburg nur wenige Hauptschuldige, einige Jahre Bewährung und nur sehr wenige Berufsverbote. Das große Heer der vom Gesetz Betroffenen stellten die Mitläufer, die mit Geldbußen ab DM 20,-- belegt wurden.“²⁰²⁸

Über Memmel richteten nun als Vorsitzender der Kaufmann und Tapeziermeister Oskar Albert und als Beisitzer der Buchdruckermeister Richard Biontsch, der Werkvertreter Georg Schweigert, der Justizsekretär im Ruhestand Friedrich Grischy und Gregor Martin.²⁰²⁹ Bis auf Grischy mit juristischen Kenntnissen waren dies also Laien.

Memmel konstruierte dafür vor der Spruchkammer eine bereits eingehend untersuchte Abwendung von der Partei und Gegnerschaft zur Gauleitung. Hierfür nutze er durchgehend die folgenden Argumente, die er immer wieder vorbrachte und mit Zeugenaussagen unterfütterte:

- Kreisleiterabsetzung
- Ende als Parteiredner
- Kriegsgegnerschaft

Dies tat er jedoch recht unkoordiniert. Immer wieder streute er zudem einzelne für ihn sprechende Episoden an, wie etwa die angebliche SA-Revolte gegen ihn, oder das Parteigerichtsverfahren, ohne diese aber näher auszuführen oder zu belegen. Dies wirkt recht dilettantisch, wenn man diese Ausführungen mit seinen einstigen Reden vergleicht. Auffälligerweise zog er nicht seine korporativen Gegensätze zum NSDStB ins Feld. Deutlich unterstrich er dafür immer wieder das Leistungsprinzip, welches in seiner Stadtverwaltung unter ihm geherrscht habe. Ansonsten gab Memmel sich vor Gericht als der ganz normale fleißige Oberbürgermeister, dessen Amtszeit nun einmal in das Dritte Reich gefallen war.

„Ich habe mich weder in Wort noch in der Tat für die Gewaltherrschaft der NSDAP eingesetzt.

Ich war nie Fanatiker.

Ich habe niemals antisemitische Propaganda gemacht.

Ich habe niemals meine Stellung als Oberbürgermeister missbraucht.

Ich habe niemanden ins KZ. gebracht.

Ich habe als Oberbürgermeister nur meine Pflicht getan und nach meinen Kräften für die Stadt gearbeitet.

[...] Was ich als Oberbürgermeister getan habe, kann ich jedem Würzburger ins Gesicht sagen“²⁰³⁰

²⁰²⁸ O.A.: Entnazifizierung in Würzburg (masch. Schriftl. Manuskript, drei lose Blätter). Nachlass Oppelt-14.

²⁰²⁹ Abschrift des Protokolls der öffentlichen Sitzung am 25., 26., 27., 28.11. u. 2.12.1947. Magistratsakten Sign. 119 i. Würzburger Adressbuch 1947, S. 3, 9, 29 und 80.

²⁰³⁰ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.1947, Blatt 7.

Zusammengefasst konstruierte Memmel die Rolle eines Idealisten, der stets objektiv zum Wohle Würzburgs gehandelt und im Gegensatz zu vielen Maßnahmen und Vertretern des Regimes gestanden habe. Das war sehr häufig bei exponierten Nationalsozialisten zu sehen, unter anderem etwa beim posthumen Entnazifizierungsprozess des bayerischen Ministerpräsidenten Ludwig Siebert.²⁰³¹ Memmels Verteidigung zeigt einige Parallelen zu denjenigen der Angeklagten der Dachauer Prozesse, bei denen er als Zeuge ausgesagt hatte. Auch dort sahen sich die Betroffenen keiner Schuld bewusst und gaben häufig an, nur aus Idealismus der NSDAP beigetreten zu sein.²⁰³² Memmel gab sich vor seinem Spruchkammergericht pathetisch:

„Wenn Sie glauben mich verurteilen zu müssen, weil ich glaubte das Beste zu wollen, und weil Männer, an die auch ich geglaubt habe und vertraut habe durch ihre politische Tätigkeit in den Abgrund stürzten, sich der Sühne entzogen haben oder schon sühnten.

Ich nehme das Urteil auch an mich im Rahmen des furchtbaren Opfers des deutschen Gesamtschicksals.“²⁰³³

Das Gericht zeigte sich jedoch von diesen Ablenkungsmanövern gänzlich unbeeindruckt. Ebenso wenig war es an Memmels vorgebrachten Leistungen in seinem Amt interessiert.

Bei einigen Aussagen vor dem Gericht bleibt fraglich, ob Memmel nur schauspielerte, oder tatsächlich auf eine naive Art und Weise über den Umgang mit seiner Person gekränkt war. So führte er beispielsweise an, dass er seinen Amtsvorgänger Löffler gegen Korruptionsgerüchte verteidigt und mit Lobesworten und vollem Ruhegehalt verabschiedet habe. „Als 1945 das Gerücht in Würzburg ging, ich sei mit der Stadtkasse durchgebrannt, hat sich für mich kein Mensch eingesetzt und für meine Ehre.“²⁰³⁴

Am Nachmittag des 25. Novembers nahm der Kläger den ehemaligen Oberbürgermeister ins Verhör. Viele Ausrufezeichen bei Memmels Aussagen im Protokoll bezeugen hitzige Wortgefechte. Tatsächlich zeigte es sich abseits der formellen Belastungen als keine leichte Aufgabe, Memmel etwas strafrechtlich Relevantes nachzuweisen. Der Vorsitzende las aus einigen von Memmels Reden vor, die auch in dieser Arbeit behandelt wurden. Der dort deutlich geäußerte Antisemitismus schien jedoch seltsamerweise im Gegensatz zum Antiklerikalismus kaum eine Rolle für das Gericht zu spielen. Memmel hatte sich in seinen Reden jedoch stets an die Parteilinie gehalten, die geschickt eine direkte Konfrontation mit der Kirche vermieden hatte. So hatte Memmel nie den Katholizismus an sich angegriffen, sodass er entsprechende Vorwürfe leicht entkräften konnte. Außerdem versuchte er sich

²⁰³¹ RITTENAUER: Das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten, S. 11ff.

²⁰³² HAMMERMANN: Verteidigungsstrategien der Beschuldigten, S. 91.

²⁰³³ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.1947, Blatt 7.

²⁰³⁴ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.1947, Blatt 2.

einer persönlichen Verantwortung zu entziehen, indem er sich und seine Aussagen häufig hinter dem Parteiprogramm versteckte, an das er sich stets gehalten habe.²⁰³⁵ Generell sah er keinen Zusammenhang zwischen seiner Propagandatätigkeit und dem menschenverachtenden Endresultat: „Sie werden mich doch um Gottes Willen nicht für die 11 Mill.Tote im KZ verantwortlich machen?“²⁰³⁶

Schließlich kam das Standgericht von Arnstein zur Sprache, bei dem Memmel durchgängig log, nie ordentliches Mitglied hiervon gewesen zu sein.²⁰³⁷ Ob es sich hierbei nun um ein Stand-, Schnell-, oder Parteigericht handelte war Gegenstand einer längeren Debatte. Memmels Verteidiger beantragte die Vorladung des einstigen Standgerichtsvorsitzenden Oberstaatsanwalt Kuffer, womit er beweisen wollte, dass Memmel nur zufällig zum Standgericht zugezogen wurde. Dies wurde jedoch von der Kammer abgelehnt, da nur Memmels Teilnahme am Standgericht von Relevanz sei, nicht aber der Grund hierfür, oder aber dessen Urteil. Zunächst lehnte Memmel es ab, den Namen der Person zu nennen, die er krankheitsbedingt vertreten hatte, „[...] weil dann wieder einer vors Gericht käme.“²⁰³⁸ Schließlich nannte er ihn aber doch. Neben der Bürgermeisterwitwe wurde auch der ehemalige Gauoffizier Hauptmann Höck vorgeladen, der beim Arnsteiner Standgericht ebenfalls beteiligt war. Da er Angst hatte, sich selbst zu belasten, gab er nur sehr ausweichende Auskunft. Deshalb wurde die Verhandlung unterbrochen, „[...] um den Zeugen Gelegenheit zu bieten, sich an die Wahrheit zu erinnern.“²⁰³⁹ Nach einer erneuten Ermahnung zur Wahrheit, und der Drohung „Wir lassen uns unter keinen Umständen weiterhin so ein Benehmen der Nazi gefallen.“²⁰⁴⁰ durch den Vorsitzenden wurde Höck sehr ausführlich. Schlussendlich war er sogar bereit, seine Aussagen zu beedigen, was der Vorsitzende jedoch als unnötig erachtete.

Als der Untergang der Stadt thematisiert wurde, traf Memmel die Aussage:

„Man kann sich vorstellen, dass der Oberbürgermeister einer solchen Stadt, der nur für die Stadt gearbeitet hat, nicht an Würzburg denken kann, ohne dass ihm die Tränen kommen. Aber trotzdem fühle ich mich genau so unschuldig wie sie sich fühlen.“²⁰⁴¹

Der Vorsitzende protestierte sofort und Memmels Nachsatz, „Können Sie mir eine persönliche Schuld aufladen, wenn die Politik der Reichsführung zu diesen Unglück geführt hat?“²⁰⁴², entspannte die Lage keineswegs. Die

²⁰³⁵ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.1947, Blatt 5

²⁰³⁶ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.1947, Nachmittag, Blatt 1.

²⁰³⁷ Protokoll Verhandlung Memmel, 25.11.1947, Blatt 6.

²⁰³⁸ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.11.1947, Blatt 8.

²⁰³⁹ Protokoll Verhandlung Memmel, 27.11.1947, Blatt 2.

²⁰⁴⁰ Ebenda, Blatt 2.

²⁰⁴¹ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.11.1947, Nachmittag, Blatt 2.

²⁰⁴² Ebenda.

Verhandlung wurde unterbrochen, eine Erklärung Memmels zu diesem Vorfall fand Ablehnung. Für seine Aussage erhielt Memmel eine Ordnungsstrafe von drei Tagen.²⁰⁴³ Ein Einwand seines Verteidigers, die Freiheitsstrafe wegen Memmels Haftunfähigkeit in eine Geldbuße umzuwandeln wurde abgelehnt. Das Gericht begründete dies damit, dass die Schwere der getätigten Äußerung auch eine dementsprechende Sühne erfordere, die nicht durch eine Geldstrafe ersetzt werden könne.²⁰⁴⁴ Anschließend stellte der Kläger den Antrag, dass die Vernehmung Memmels beschleunigt durchgeführt werde:

„Der Betroffene glaubt, weil die Kammer sich bemüht, auch die kleinsten Punkte restlos zu klären und er das nicht versteht als Nazi, er betrachtet dies als Schwäche.
Er hat bis zum heutigen Tage nichts gelernt und wird es auch nicht lernen.“²⁰⁴⁵

Außerdem beantragte er die erneute Festnahme Memmels bis zur Urteilsverkündung, beziehungsweise gegebenenfalls bis zum Haftantritt im Arbeitslager. Ersterem Antrag wurde stattgegeben, den Zweiten zog der öffentliche Kläger zurück. Dieser Vorfall zeigt, wie spannungsgeladen die Spruchkammerverhandlung war und welchen Eindruck Memmel dort hinterlassen hatte.

Anschließend behandelte die Kammer zunächst den Vorwurf der Verschleppung von Ausländern, da Memmel mehrere Ostarbeiterinnen bei sich während des Krieges angestellt hatte. Die Aussage seiner Tochter Lilli verweigerte der Vorsitzende jedoch.

Auch der Zweifel an Memmels Invalidität war immer wieder ausgiebiges Thema, zu dem mehrere Zeugen befragt wurden.²⁰⁴⁶ Das Gerücht um Memmels Sturz bei Trunkenheit hielt sich auch nach der Verhandlung noch lange hartnäckig in Würzburg. 1953 meldete sich daher sogar das Oberversicherungsamt beim Würzburger Stadtarchiv mit der Bitte, in diese Richtung Nachforschungen anzustellen. Von einem angeblichen Autounfall Memmels, möglicherweise sogar alkoholisiert, erbrachte damals weder eine

²⁰⁴³ Beschluss der Kammer. Würzburg, 26.11.1947. Spruchkammerakte Memmel. Als Begründung hieß es: „Die Kammer sieht in dieser maßlosen Äußerung des Betroffenen nicht nur eine Herausforderung all derer, die um dieser Stadt willen haben leiden und sterben müssen und alles verloren haben, sondern auch eine Beleidigung und Kränkung der Demokratie um deren Aufbau wir heute alle so schwer ringen müssen. [...] Erschwerend kommt noch in Betracht, dass der Betroffene zu wiederholten Malen den Vorsitzenden in die Lage versetzt hat, ihn wegen wiederholter ungebührlicher Äußerungen zur Ordnung zu rufen.“ Allerdings sind generell Ordnungsrufe in den Protokollen nicht vermerkt.

²⁰⁴⁴ Ebenda, Blatt 5.

²⁰⁴⁵ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.11.1947, Nachmittag, Blatt 2.

²⁰⁴⁶ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.11.1947, Nachmittag, Blatt 3f.

umfassende Recherche in den Beständen der beiden Lokalzeitungen, noch eine Befragung seiner beiden damaligen Fahrer Grob und Pflock etwas.²⁰⁴⁷

Der Würzburger Generalvikar Dr. *h.c.* Franz Miltenberger sagte aus, Memmel habe gemeinsam mit Dengel auf der Fronleichnamsprozession 1933 durch „ostentative Unterhaltung“ sein Ärgernis über diese Veranstaltung kundgetan.²⁰⁴⁸ Dieser Vorwurf wurde vom öffentlichen Kläger offenbar sehr gewichtet, denn trotz seiner fehlenden strafrechtlichen Relevanz hat ihn das Gericht – erfolglos für den für den Ankläger – gründlich untersucht. Offenbar war für ihn der Vorwurf der Antiklerikalität im katholisch geprägten Würzburg sehr relevant.

Die Belastung Memmels blieb eine schwierige Angelegenheit, und der öffentliche Kläger musste auch Rückschläge hinnehmen. So ging es beispielsweise um die Zwangsäumung eines ehemaligen Angehörigen der Republikanischen Schutztruppe, die 1919 in Würzburg den Räteaufstand durchgeführt hatte. Der Vorwurf führte jedoch ins Leere, da die Zeugin selbst während der Verhandlung zugab: „Der Betroffene hat damit nichts zu tun. Darüber wurde nicht gesprochen, dass Memmel etwas getan hat.“²⁰⁴⁹ Zudem belastete keiner von Memmels ehemaligen Gefolgschaftsmitgliedern ihn sonderlich, eher das Gegenteil war der Fall.

Schließlich beantragte der Kläger eine kurze Unterbrechung der Verhandlung, da ein sehr wichtiger Klagepunkt hinzugekommen sei. Hiernach behauptete er, Memmel sei Mitglied des SD gewesen. Als Beweisstück diente die von der Militärregierung vorgelegte Abschrift einer SD-Liste aus der SS-Kartei, in welcher Memmel als Oberbürgermeister seltsamerweise gleich zweimal geführt wurde.²⁰⁵⁰ Damit sah der öffentliche Kläger eine neuerliche Begründung, um Memmel als Hauptschuldigen einzustufen.²⁰⁵¹ Die Stadt musste dem SD auf Anfragen zwar Auskunft geben, aber Memmel wehrte sich vehement dagegen, irgendetwas mit dem SD direkt zu tun gehabt zu haben. Freiherr von Castell bat darum, den Aussteller der Liste oder aber den Leiter des Würzburger SD ausfindig zu machen, denn die alleinige Nennung des Namens ohne Ausweis, Schriftwechsel oder Betätigung könne

²⁰⁴⁷ Der Leiter des Würzburger Stadtarchivs stellte daher fest: „Es verdichtet sich immer mehr die Annahme, dass im Zusammenhang mit dieser Erkrankung böswillig das Gerücht verbreitet wird, M. habe unter Alkoholeinwirkung einen Autounfall erlitten, der den Aufenthalt im Krankenhaus notwendig gemacht hat.“ Schreiben vom Leiter des Würzburger Stadtarchivs an Dr. Horn vom Oberversicherungsamt Würzburg. Würzburg, 16.11.1953. Magistratsakten Sign. 119 b.

²⁰⁴⁸ Schreiben des Generalvikars Miltenberger an den öffentlichen Kläger betreffend die Anfrage vom 7.10.1947. Würzburg, 9.10.1947. Spruchkammerakte Memmel.

²⁰⁴⁹ Ebenda, Blatt 4.

²⁰⁵⁰ Abschrift einer SD-Liste. Spruchkammerakte Memmel.

²⁰⁵¹ Gemäß Ar. 5, Ziffer 7. Gesetz zur Befreiung von Nationalismus und Militarismus.

nicht als Beschuldigung genügen. Da sich Fellrath, Leiter des SD-Abchnitts Würzburg, zu diesem Zeitpunkt auf der Flucht befand, sollten weitere Zeugen aus der Stadtverwaltung hierzu befragt werden. Diese konnten jedoch keine Verbindung von Memmel zum SD belegen.²⁰⁵²

Der öffentliche Kläger sah Memmel nichtsdestotrotz weiterhin als Hauptschuldigen an und beantragte am Ende des Prozesses die Höchststrafe von zehn Jahren Arbeitslager, Einziehung des gesamten Vermögens samt den übrigen Sühnemaßnahmen. Diese beinhalteten unter anderem die Aberkennung von sämtlichen Pensionen und des Wahlrechts. Außerdem wurde die freie Berufswahl verweigert und das Halten eines eigenen Kraftfahrzeugs nicht gestattet.²⁰⁵³ Der Verteidiger beantragte hingegen die Einstufung in die Gruppe II der Belasteten und Heranziehung zu Sonderarbeit. Nach einer zweistündigen Beratung gab der Vorsitzende folgende Erklärung ab:

„Durch den Eingriff in das schwebende Verfahren M e m m e l, seitens des Herrn Präsidenten der Berufungskammer, fühle ich mich außerstande, heute über den Fall Memmel zu entscheiden, da mir eine Entscheidung durch diesen Eingriff gem. Art.27 und 38 sowohl als auch im Hinblick auf den von mir geleisteten Eid unmöglich ist.“²⁰⁵⁴

Genauer hierzu schrieb die Main-Post. Präsident Maar teilte Albert während der Verhandlung am 27. November telefonisch mit, dass er ihn vor einem Urteil noch einmal konsultieren möge. Im tags darauf folgenden Gespräch eröffnete Maar, dass bereits vier seiner Fälle (Voll, Hertlein, Dr. Lehmann und Mahr) beanstandet worden seien, und er sich kein weiteres derartiges Verfahren leisten könne. Hierauf wurde Albert die Sache offenbar zu heiß, weswegen er unter dem Vorwurf der Beeinflussung kein Urteil verkündete. Aus diesem Grund wurde er anschließend seines Postens enthoben. Damit musste Memmels Verfahren erneut aufgerollt werden. Mit der einstweiligen Wahrnehmung von Alberts Geschäften wurde der Justiziar Lorenz Hiller, Vorsitzender der Kammer II, beauftragt.²⁰⁵⁵

Knapp zwei Monate später startete daher am 26. Januar 1948 die zweite Verhandlung, nun unter dem Vorsitz Hillers. Alle Schritte wurden wiederholt: Anhörung des Betroffenen und Zeugenvernehmung. Memmels

²⁰⁵² Die Angehörigkeit zum SD war mit der Zugehörigkeit zur SS verbunden. Da Memmel dieser nicht angehörte, konnte er nur noch maximal V-Mann oder ehrenamtlicher Mitarbeiter gewesen sein. SCHREIBER, CARSTEN: Elite im Verborgenen. Ideologie und regionale Herrschaftspraxis des Sicherheitsdienstes der SS und seines Netzwerks am Beispiel Sachsens (= Studien zur Zeitgeschichte. Band 77). München, 2008, S. 70f.

²⁰⁵³ Artikel 15, Gesetz zur Befreiung von Nationalismus und Militarismus.

²⁰⁵⁴ Protokoll Verhandlung Memmel am 2.12.1947. Spruchkammerakte Memmel.

²⁰⁵⁵ Noch kein Kammerspruch gegen Memmel. Albert als Spruchkammervorsitzender entlassen. MP, Nr. 97, 5.12.1947.

Argumentation blieb dieselbe wie bei Prozessbeginn: „Von einer Gewaltherrschaft habe ich mir nie etwas träumen lassen.“²⁰⁵⁶

Das erneute Aufrollen des Verfahrens hatte Memmel dennoch genutzt. Der öffentliche Kläger plädierte nur noch auf acht Jahre Arbeitslager zusammen mit den üblichen Sühnemaßnahmen. Freiherr von Castell beantragte weiterhin die Einstufung in Gruppe II. Er forderte, von einer Einweisung in ein Arbeitslager und Sonderarbeit abzusehen, da bei Memmel die „[...] nachweisbare wiederholte Förderung und Unterstützung von Opfern und Gegnern des Nationalsozialismus, sofern sie auf antinationalsozialistischen Beweggründen beruhte [...]“²⁰⁵⁷ gegeben sei.²⁰⁵⁸

Bei der Arbeitsweise der Spruchkammer sind mehrere Punkte auffällig. Die Klageschrift von Otto Exinger ist schlecht recherchiert. Dies ist umso verwunderlicher, da Exinger und der Spruchkammervorsitzende Albert sowohl durch vorherige Misserfolge unter dem Druck standen als auch in Memmel einen lokal sehr prominenten Vertreter des NS-Regimes abzuurteilen hatten.

Interessant ist, wie das Gericht die Schuld Memmels anhand von sehr lokal relevanten Aspekten untersuchte. Dass der Betroffene in den dem Gericht vorliegenden Reden gegen Juden gehetzt hatte, war kaum Thema. Die Deportationen der Würzburger Juden wurden während des gesamten Prozesses nicht einmal erwähnt. Aber die Vorwürfe, dass er gegen die in Würzburg starke katholische Kirche gesprochen hatte, sich bei der Fronleichnamsprozession danebenbenommen oder Kruzifixe entfernen hatte lassen, nahm viel Verhandlungszeit ein. Ebenso blieb das strafrechtlich kaum relevante Thema von Memmels Invalidität ein zeitintensives Thema. Außerdem versuche die Anklage erfolglos, Memmel eine Schuld für den verheerenden Luftangriff auf Würzburg, die Sprengung von Brücken und die Tatsache, dass Würzburg nicht zur offenen Stadt erklärt geworden war, nachzuweisen. Dabei waren das militärische Belange, bei denen ein Oberbürgermeister – ganz besonders nach Auflösung der Stadtverwaltung – keinerlei Befehlsbefugnis hatte.²⁰⁵⁹

Für Memmel traten vor Gericht 22 Entlastungs- und Gegenzeugen auf. Damit hatte er zunächst einmal mehr als doppelt so viele eidesstattliche Versicherungen wie der durchschnittliche Betroffene vor einer bayerischen Spruchkammer.²⁰⁶⁰ Unter ihnen waren jedoch drei Parteigenossen

²⁰⁵⁶ Protokoll Verhandlung Memmel, 26.1.48 – nachmittags, Blatt 2.

²⁰⁵⁷ Art. 39, II, Ziff. 4, Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus.

²⁰⁵⁸ Protokoll Verhandlung Memmel, 29.1.1948.

²⁰⁵⁹ Dem Gericht müsste zudem das im Sommer 1947 erschienene Werk OPPELT'S „Würzburger Chronik des Jahres 1945“ bekannt gewesen sein, in der er auch entsprechenden Gerüchten nachging und diese als unwahr begründete.

²⁰⁶⁰ NIETHAMMER: Die Mitläuferfabrik, S. 613.

und kaum prominente Persönlichkeiten, vor allem aber keiner der besonders begehrten „Persilscheine“ von vom Regime Verfolgten oder Klerikern. Auffällig ist lediglich, dass der zweite Vorsitzende der Spruchkammer IV, Vitus Heller, zu diesem Personenkreis zählte.²⁰⁶¹ Memmel konnte trotz allem mit keinen einflussreichen Personenkreisen aufwarten, die ihm dutzende „Persilscheine“ gaben, wie dies etwa beim ehemaligen Frankfurter oder Augsburger Oberbürgermeister der Fall war.²⁰⁶² Er verschwieg seine couleurstudentische Opposition zum NSDStB gegenüber der Spruchkammer und verwendete sie damit nicht als Entlastungs- oder gar als aufgebauschtes Widerstandsargument. Letzteres hätte ihm das Gericht allerdings ohnehin nicht abgenommen, da sie gemäß Befreiungsgesetz einen Widerstand gegen das Regime nur anhand der daraus resultierenden persönlichen Nachteile für den Betroffenen bemaß.²⁰⁶³

Da das Verhandlungsprotokoll nur nüchterne Worte überliefert, zumeist nur die Antworten Memmels, nicht aber die ihm gestellten Fragen, lässt sich außerhalb des Vorfalles um seine Äußerung zur Zerstörung der Stadt nur schwierig ein Gesamtbild über den Verlauf des Prozesses erstellen. Ob Memmel so offensiv, provokant und uneinsichtig auftrat, wie es der Vorsitz und der Kläger wahrnahmen, oder ob diese ihm gegenüber eher voreingenommen waren, lässt sich nicht mehr feststellen. Allerdings würde es sich leicht nachvollziehen lassen, dass man seine Invalidität als Heuchelei abtat, wenn er als ehemalige NSDAP-Größe in der Verhandlung provozierte, während seine Heimatstadt in Trümmern lag. Diese Umstände können jedoch mangels genauerer Nachweise nicht mehr festgestellt werden.

Schlussendlich fällte die Spruchkammer am 30. Januar 1948 folgendes Urteil:

- „Der Betroffene ist auf die Dauer von 5 Jahren in ein Arbeitslager einzuweisen; zwei Jahre der politischen Haft werden angerechnet.
[...] Das Vermögen des Betroffenen ist zu gunsten [sic] des Wiedergutmachungsfonds einzuziehen. Es sind ihm die notwendigsten Gebrauchsgegenstände zu belassen.
[...] Der Betroffene verliert alle Rechtsansprüche auf eine aus öffentlichen Mitteln zahlbare Pension oder Rente.
[...] Dem Betroffenen ist auf die Dauer von 5 Jahren untersagt:
a) in einem freien Beruf oder selbstständig in einem Unternehmen oder gewerblichen Betrieb jeglicher Art tätig zu sein [...].
b) in nicht selbstständiger Stellung anders als in gewöhnlicher Arbeit beschäftigt zu sein.“²⁰⁶⁴

²⁰⁶¹ Freiherr von Castell an den Vorsitzenden der Spruchkammer IV, Blatt 2f.

²⁰⁶² DRUMMER: Friedrich Krebs, S. 244. OTTO: Nationalsozialistische Kommunalpolitik, S. 399.

²⁰⁶³ NIETHAMMER: Die Mitläuferfabrik, S. 603.

²⁰⁶⁴ Spruch der Spruchkammer IV Memmel, 30.1.1948.

Das Gericht sah erwiesen, dass Memmel als überzeugter Nationalsozialist durch seine Positionen die Gewaltherrschaft der NSDAP mittels Wort und Tat wesentlich gefördert habe. Eine Einstufung als Hauptschuldiger bewertete das Gericht als nicht gegeben, da Memmel durch Zeugenaussagen nachweisen konnte, dass er weder an einem Verbrechen beteiligt war, noch dem SD angehört hatte. Außerdem urteilte die Spruchkammer, dass Memmel nur durch seine Zugehörigkeit zur NSDAP und seine politischen Beziehungen Oberbürgermeister geworden war, wodurch er unverhältnismäßig mehr verdient habe im Vergleich zu seinem vorigen Posten als Studienrat.

Die Spruchkammer erkannte zu Gunsten Memmels an, dass dieser sich gegen Korruptionsvorwürfe seines Vorgängers gewehrt habe und geächtete Kunst und Literatur geschützt hatte. Außerdem stellte sie fest, dass Memmel nicht der „Schwarzen Reichswehr“ angehört hatte und schenkte seiner Invalidität auf Grund von Kriegseinwirkung Glauben. Zu seiner Amtsführung als Oberbürgermeister schweigt die Urteilsbegründung.²⁰⁶⁵

Während des Spruchkammerverfahrens konnte die Verteidigung viele Anklagepunkte widerlegen, und die Zeugen berichteten vornehmlich positiv. So blieb letztendlich als einziger Anschuldigungspunkt Memmels Tätigkeit als politischer Leiter. Das Urteil, das ihn als Invaliden für fünf Jahre dem Arbeitslager zuwies, sein vollständiges Vermögens (auf seinen beiden eingefrorenen Konten waren 13.600 RM)²⁰⁶⁶ sowie jegliche Pension entzog und ihn als ehemals Abschlusszweitbester seines Jahrgangs zu einfacher Tätigkeit verdammt, war ohne Frage hart für ihn. Dies ist umso außergewöhnlicher, da die USA im Frühjahr 1948 an derart einschneidenden Entnazifizierungsmaßnahmen eigentlich nicht mehr interessiert waren. Nach Kriegsende war der Plan der Amerikaner war, zuerst die weniger Belasteten abzuurteilen, da diese sonst im Laufe der Zeit vergessen werden würden. Die schwereren Fälle der Gruppe I und II sollten hingegen später verhandelt werden. So kam es, dass die „kleinen Leute“ oftmals hart bestraft wurden, während die „großen Fische“, deren Fälle erst nach einigen Jahren von die Gerichte kamen, mit vergleichsweise leichteren Strafen davonkamen.²⁰⁶⁷ Bei Memmels Prozess in der ersten Instanz ist dieser Trend jedoch nicht erkennbar. Seine Richter und Ankläger zeigten sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten bemüht, ihm Verfehlungen nachzuweisen und ihn entsprechend zu verurteilen. Dies mag auch damit zusammenhängen, dass er die einzige NS-Größe war, über die in Würzburg verhandelt wurde.

NIETHAMMER bezeichnete es als „vielleicht das verwirrendste Merkmal der ‚politischen Befreiung‘“, dass viele Verurteilten die Sühnemaßnahmen nicht erst nach ihrem Prozess spürten, sondern bisweilen gerade durch den

²⁰⁶⁵ Spruch der Spruchkammer IV gegen Memmel, 30.1.1948.

²⁰⁶⁶ Schreiben der Städtischen Sparkasse Würzburg an die Stadtkämmerei Würzburg. Würzburg, 12.7.1945. Magistratsakten Signatur 119 b. SAW.

²⁰⁶⁷ HOSER: Die Entnazifizierung in Bayern, S. 498f.

Spruch von ihnen befreit wurden. Er spricht hierbei von einer „vorweggenommener Sühne“, da viele Betroffene bereits vor ihrem Entnazifizierungsverfahren ihren Arbeitsplatz verloren hatten, ihr Vermögen eingefroren war und sie in Haft saßen.²⁰⁶⁸ Dieser Begriff ist auch auf Memmel anwendbar mit dem Unterschied, dass er sich zunächst weiterhin in Haft befand.

Memmels Verhalten vor der Spruchkammer ähnelt dem von Rolf Schmitt. Dieser konnte in seinem Prozess der Jahre 1947/48 eine große Zahl an Entlastungszeugen vorweisen, welche ihm bescheinigten, dass er zwar überzeugter Nationalsozialist, aber kein Fanatiker, sondern nur Idealist gewesen sei, dem es mehr um Leistung als um Parteizugehörigkeit gegangen sei. So sei er daher absolut kein Nutznießer des Regimes gewesen. Bezüglich der Kirche nahm er dieselbe Stellung ein, wie Memmel sie geschildert hatte. Schmitt berief sich ebenfalls darauf, dass auch sein Verhältnis zum Gauleiter eher feindlich gewesen sei.²⁰⁶⁹ Memmel legte am 5. August 1948 im Internierungs- und Arbeitslager Langwasser eine eidesstattliche Erklärung für Schmitt ab. Hierin hob er dessen Neutralität in Personalfragen und seine Leistungen hervor. Er konnte sogar einige Beamte, die von Schmitt ohne Mitgliedschaft in der Partei oder einer anderen NS-Organisation befördert wurden.²⁰⁷⁰ Vermutlich haben die beiden in Moosburg Internierten ihre Verteidigungsstrategie abgesprochen.

Am 30. Januar 1948 erfolgte Memmels Überweisung in das Internierungs- und Arbeitslager Hammelburg.²⁰⁷¹ Seit seiner Internierungshaft hatten sich durch die ungünstigen Bedingungen sowohl seine Wirbelsäulenprobleme, als auch sein Gallenblasenleiden wieder verschlechtert. Schon in Moosburg lag er acht Monate in stationärer Behandlung, wobei Muskelatrophie am rechten Bein festgestellt wurde.²⁰⁷²

NIETHAMMER hat bei den bayerischen Spruchkammerurteilen herausgearbeitet, dass ausgerechnet vor allem diejenigen mit einer schweren formalen Belastung durch zahlreiche Mitgliedschaften in NS-Organisationen, hohe Posten und einem frühen Eintrittsdatum vergleichsweise milde Strafen erhielten.²⁰⁷³ Dies trifft für Memmel nicht zu. Hart erscheint sein Spruchkammerurteil im Vergleich zu dem des Halleschen Oberbürgermeisters Weidemann. Den verurteilte die Spruchkammer Bielefeld 1949 zunächst zu einem Jahr Gefängnis wegen Zugehörigkeit zur Allgemeinen SS. Diese Strafe

²⁰⁶⁸ NIETHAMMER: Die Mitläuferfabrik, S. 575.

²⁰⁶⁹ Siehe die Eidesstattlichen Erklärungen in EAPL 030/19, „Schmitt Rolf“.

²⁰⁷⁰ Eidesstattliche Erklärung Memmel.

²⁰⁷¹ Arbeits- und Führungszeugnis von Theo Memmel. Ausgestellt durch Lagerleiter Wagner. Hammelburg, 31.7.1948.

²⁰⁷² Vertrauensärztliches Gutachten Memmel.

²⁰⁷³ NIETHAMMER: Die Mitläuferfabrik, S. 618ff.

wurde jedoch auf die Internierungszeit angerechnet und galt somit als bereits verbüßt.²⁰⁷⁴ Am 29. September 1949 erfolgte Weidemanns Verurteilung vor dem Hauptentnazifizierungsausschuss in Siegen. Er wurde in die Kategorie V eingestuft und hatte 60 DM zu zahlen. Man bewertete Weidemann nur als nominelles Parteimitglied, das in häufiger Opposition zur Partei gestanden habe. Eine persönliche Schuld konnte oder wollte man bei ihm nicht feststellen. Bei der Vernehmung gewann der Hauptausschuss den allerbesten Eindruck. Weidemann konnte mit einer Fülle an Leumundszeugnissen und schriftlichen Nachweisen aufwarten. Besonders beeindruckt war der Hauptausschuss vom „[...] selbstlosen, heroischen Einsatz und Verhalten [...]“²⁰⁷⁵ Weidemanns, der gegen die ihm erteilten Befehle die Stadt an die Amerikaner übergeben habe. Weidemann sei gemäß seiner Aussage vor dem Hauptentnazifizierungsausschuss aus reinem Idealismus zur Partei gegangen, doch nach 1933 seien seine Erwartungen völlig enttäuscht worden. Daher habe er sich nur noch seinen beruflichen und kommunalpolitischen Aufgaben gewidmet, in denen er völlig aufgegangen sei. Weiter heißt es: „Sein Verhalten als Mensch und Beamter war stets korrekt und untadelig, sowie von sozialer Gesinnung erfüllt. Er suchte stets das Beste für Volk und Land.“²⁰⁷⁶ Auch sein Anteil an der Rettung der Stadt wurde stark hervorgekehrt. Doch damit nicht genug: Vom 17. bis zum 19. April 1945 war Weidemann noch Oberbürgermeister unter amerikanischer Besatzung gewesen. 1951 wurde er daher nach dem Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes der Bundesrepublik als Oberbürgermeister zur Wiederverwendung anerkannt. Damit hatte er Anspruch auf Übergangsgeld sowie Alters- und Hinterbliebenenversorgung.

Damit war Weidemanns Name rehabilitiert, er durfte wieder als Rechtsanwalt praktizieren. Seine Strafe war nicht weiter erwähnenswert, und er erhielt die volle Pension. Weidemann war zur gleichen Zeit wie Memmel der NSDAP beigetreten, hatte durchgängig eine deutlich größere Fülle an wesentlich höheren Ämtern inne gehabt, war als völlig Ortsfremder tatsächlich nur durch sein Parteibuch und dann in einer höchst fraglichen Wahl Oberbürgermeister von Halle geworden, hatte einer Vielzahl von Parteiorganisationen angehört, inklusive des Ranges eines SS-Standartenführers und hatte treu und ohne jede erkennbare Opposition zum Regime regiert. Bei Weidemann ist somit ganz eindeutig die erwähnte Milde jener Spruchkammern der Spätphase erkennbar. Vergleicht man nun die Spruchkammerurteile dieser beiden Oberbürgermeister einer Groß- und Gauhauptstadt, deren Amtsführung sich in den meisten Punkten ähnelt, von denen Weidemann allerdings weitaus tiefer im NS-Regime verwurzelt gewesen war und

²⁰⁷⁴ Aktennotiz. Familienarchiv Weidemann. S 26.1 FA 1456. SAH.

²⁰⁷⁵ Abschrift der Entnazifizierungssache des Prof. Dr. Dr. Weidemann. Siegen, 29.9.1949. Familienarchiv Weidemann.

²⁰⁷⁶ Entnazifizierungssache Weidemann.

dessen Wahl weniger Legitimität aufwies, so wurde entweder Memmel viel zu hart bestraft, oder aber Weidemann geradezu lächerlich milde.

Am 28. Mai 1948 beendete die US-Militärregierung die Überwachung der Entnazifizierung.²⁰⁷⁷ Memmels Spruchkammerverfahren gingen hingegen noch weiter. Denn Freiherr von Castell legte gegen die Sühnemaßnahmen Berufung ein und bat darum, Memmel bis zum neuerlichen Urteil aus dem Arbeitslager Hammelburg zu entlassen. Die Einreihung in die Gruppe II wurde von ihm hingegen nicht angefochten.²⁰⁷⁸ Der öffentliche Kläger der Berufungskammer für den Regierungsbezirk Unterfranken, Kurt Holstein, sah in Memmel jedoch einen der bedeutendsten Exponenten des Nationalsozialismus in Würzburg. Außerdem zweifelte er nicht daran, dass auch die zweite Instanz Lagerhaft verhängen würde. Angesichts der Höhe der Sühne bestehe Fluchtverdacht, sodass er eine Haftentlassung bis zum Berufungsurteil nicht befürwortete.²⁰⁷⁹ Darüber hinaus legte Holstein ebenfalls Berufung ein und forderte eine Neueinstufung Memmels in die Gruppe I der Hauptschuldigen.²⁰⁸⁰ Memmel hatte somit im Berufungsankläger erneut einen erbitterten Gegner vor sich, der sich seiner Sache sehr sicher war.

Der Bitte von Freiherr von Castell pflichteten auch der Lagerleiter und der Lagerarzt von Hammelburg bei. Sie sahen bei ihm durch seine schwere Erkrankung und stark behinderte Gehfähigkeit keinerlei Fluchtgefahr. Eine amerikanische Militärkommission hatte bereits am 25. Juni 1947 Memmels Haftunfähigkeit festgestellt.²⁰⁸¹

Schließlich wurde er am 30. Juli 1948 aus dem Arbeitslager Hammelburg entlassen. Memmel erhielt von der Lagerleitung ein ausgesprochen gutes Arbeits- und Führungszeugnis. Aus diesem geht hervor, dass er sich von April bis zu seiner Entlassung im freiwilligen Arbeitseinsatz befand, obwohl er vom Vertrauensarzt für 100 Prozent arbeitsunfähig erklärt worden war. Weiter heißt es: „Er setzte sich als Kommandoführer des Waldkommandos Neuwirtshaus für die Betreuung seiner Kameraden ein, so gut es in seinen Kräften stand und hat hierbei außerordentlich viel geleistet.“²⁰⁸² Der Mangel an Beschäftigung und die Aussicht auf bessere Verpflegung konnten den Arbeitsdienst für Lagerinsassen höchst interessant machen.²⁰⁸³ Angesichts Memmels attestierter schlechter körperlicher

²⁰⁷⁷ HOSER: Die Entnazifizierung in Bayern, S. 500.

²⁰⁷⁸ Schreiben von Freiherr von Castell an den öffentlichen Kläger der Berufungskammer. Würzburg, 13.4.1948. Spruchkammerakte Memmel.

²⁰⁷⁹ Schreiben von Kurt Holstein an den Berufungssenat der Berufungskammer Würzburg. Würzburg, 5.5.1948. Spruchkammerakte Memmel.

²⁰⁸⁰ Urteilsbegründung des Spruchs der Berufungskammer Würzburg. Würzburg, 25.8.1949, S. 1. Spruchkammerakte Memmel.

²⁰⁸¹ Schreiben des Lagerleiters und Lagerarztes von Hammelburg an die Berufungskammer für Unterfranken. Hammelburg, 24.5.1948. Spruchkammerakte Memmel.

²⁰⁸² Arbeits- und Führungszeugnis Memmel.

²⁰⁸³ EICKSTEDT, KLAUS VON: Christus unter Internierten. Neuendettelsau, 1949, S. 13.

Verfassung und den damit vermutlich verbundenen Schmerzen ist dies dennoch bemerkenswert. Nachdem das Arbeitskommando aufgelöst wurde, erhielt er in der Poststelle eine Tätigkeit. Das Zeugnis schloss mit den lobenden Worten:

„Durch diese besonders anerkennenswerte Mitarbeit hat Herr Memmel eindringlich bewiesen, dass er bereit ist, nach besten Kräften und Können sich für den Wiederaufbau im Rahmen einer demokratischen Neugestaltung einzusetzen.

Seine freiwillige Mitarbeit ist als Beweis für seine Bewährung anzusehen. Seine Leistungen waren vorzüglich; sein Verhalten in und außer Dienst war einwandfrei.“²⁰⁸⁴

Ob Memmels Einsatz nun tatsächlich als Zeichen für seinen Willen zum Wiederaufbau der Demokratie zu werten ist, mag dahingestellt sein, beachtlich ist sein Einsatz dennoch. Offenbar hatte er es verstanden, das Beste aus seiner Inhaftierungszeit zu machen.

Nach seiner Entlassung wohnte Memmel im nahe gelegenen Kitzingen.²⁰⁸⁵ Durch die Entnazifizierungsaufgaben und mangels Rente war er gezwungen, einfache Tätigkeiten auszuführen. Im Meldebogen der Personenkartei von Adelpia beschrieb er diese sarkastisch als: „Dann übliche Karriere: Hilfsarbeiter, Vertreter, kaufmännische Hilfskraft.“²⁰⁸⁶ Angeblich war er sogar gezwungen, in einem Bauchladen Schnürsenkel zu verkaufen.²⁰⁸⁷ Damit war Memmel ohne Zukunftsaussichten an den Rand der Gesellschaft gedrängt.

Am 25. August 1949 fand die öffentliche Sitzung der Berufungskammer Würzburg statt, in der Memmels Fall verhandelt wurde. Über ihn richteten diesmal als Vorsitzender Josef Boller und zwei Beisitzer, bei denen es sich um juristische Laien gehandelt haben dürfte: Dr. Martin Wolf und Kaspar Bausewein. Von Castell vertrat Memmel weiterhin und beantragte die Einreihung in die Gruppe III, da er mehrere Punkte zu seinen Gunsten geltend machen konnte. Gleich zu Anfang stellte Boller fest, dass das Standgericht in Arnstein keinen Spruch gefällt hatte, weswegen er eine Einstufung in die Gruppe I nicht mehr in Frage komme. Dafür zeigte er sehr genaues Interesse dafür, ob Memmel monetär vom NS-Regime profitiert, oder aber Parteigenossen beim Verkauf von Immobilien übervorteilt hatte. Hierbei kam es jedoch zu keinem Ergebnis. Der Vorsitzende erkannte allerdings das an, was Memmel in seinem ersten Prozess stets beteuert hatte, nämlich an keinen Gewalttätigkeiten beteiligt gewesen zu sein. Auch die Beschwerde des bischöflichen Ordinariats sah Boller nicht als schwerwiegend an, ganz

²⁰⁸⁴ Arbeits- und Führungszeugnis Memmel.

²⁰⁸⁵ Protokoll des Berufungsverfahrens gegen Theo Memmel. Würzburg, 25.8.1949. Spruchkammerakte Memmel.

²⁰⁸⁶ Meldebogen Memmel.

²⁰⁸⁷ Interview mit Dr. Volker Wilms vom 21.2.2017.

anders als es bei Memmels erster Verhandlung der Fall gewesen war. Von Castell gab offen zu, dass Memmel wohl durch seine Stellung in Wort und Tat der Begründung und Stärkung des NS-Regimes beigetragen hatte. Ob dies nun die tatsächliche Sicht Memmels wiedergab oder aber dem Gericht nur das gesagt wurde, was es hören wollte, bleibt offen. Die Prüfung, ob Memmel als Antisemit aufgetreten war, verlief äußerst kurz. Der Vorsitzende gab sich mit nur wenigen Worten Memmels, die seine Agitation beschönigten und der Bemerkung seines Verteidigers, dass auch von keinem Rabbiner der Stadt etwas vorliege, zufrieden.

Memmel sagte zu seiner Entlastung, er habe mit allen Mitteln versucht, die Stadt vor Kriegseinflüssen zu bewahren. Außerdem habe er die Stadtbücherei gerettet und nannte einige Personen, denen er in seiner Position als Oberbürgermeister half. Zu den mildernden Umständen bemerkte Memmel, dass er nunmehr seit 33 ½ Monaten interniert und zu 70 Prozent arbeitsunfähig sei. Außerdem habe er all sein Vermögen verloren und besäße nur noch sein Haus, das mit einer Hypothek in Höhe von 25.000 DM belastet sei. Damit war die Beweisaufnahme geschlossen.

Die Verhandlung an sich dauerte nur sehr kurz, wovon lediglich vier DIN A4 Seiten Protokoll zeugen. Holsteins Beitrag hierbei kann als unbedeutend beschrieben werden, nur ein einziges Mal brachte er sich aktiv in die Verhandlung mit ein. Außerdem war von seinem ursprünglichen Vorhaben, Memmel in eine höhere Gruppe einzustufen, abgerückt und beantragte nur noch, den Spruch der ersten Instanz zu bestätigen. Von Castell stellte hingegen den Antrag, Memmel in die Gruppe III der Minderbelasteten einzustufen und von weiteren Sühnemaßnahmen Abstand zu nehmen.

Im Berufungsverfahren zeigte sich eine völlig andere Herangehensweise. Der Vorsitzende interessierte sich weniger als sein Vorgänger für Memmels politische Stellung, sondern mehr dafür, ob er Gewalttaten begangen, Anteil an Vetternwirtschaft hatte, oder gegen Juden außerhalb von Propaganda agiert hatte. Ihm als Juristen ging es darum, Memmel klare Gesetzesverstöße nachzuweisen. Dadurch ließ er aber auch seine ihn ganz klar belastende Hetzreden außen vor. Auch sonst gab es erkennbare Unterschiede. Die Spruchkammer hatte Memmels reine Zugehörigkeit zu einem Standgericht als bestrafungswürdig angesehen, da dieses nur über Leben und Tod entscheiden konnte; das dort gefällte Urteil war für sie hingegen gar nicht von Belang. Für den Vorsitzenden des Berufungsgerichts zählte stattdessen nur, dass von jenem Standgericht kein (Todes-)Urteil gefasst worden war. Dementsprechend blieb für ihn ein etwaiges ungebührliches Verhalten während der Fronleichnamsprozession uninteressant. Auch dass Memmel Raum für Entlastungen und die Angabe mildernder Umstände gelassen wurde, war im Vergleich zur ersten Instanz neu.

Schlussendlich wurde Memmel in einem sehr kurzen Prozess von der Berufungskammer als Minderbelasteter einstuft, obwohl sein Rechtsbeistand dies nicht einmal beantragt hatte. Ihm legte das Gericht nur noch eine neuerliche einjährige Bewährungsfrist sowie eine Geldsühne von 500 DM auf. Memmel hatte außerdem die Kosten für die erste Instanz zu tragen. Weitere Sühnemaßnahmen hat das Gericht nicht verhängt. Damit gehörte Memmels Prozess zu den 84 Prozent bayrischen Berufungsprozesse, in denen das Gericht einen in die Gruppe der Belasteten eingereihten Angeklagten herabstufte. Auch er profitierte somit davon, dass sein Fall von echten Juristen und nicht von Laien abgeurteilt wurde.²⁰⁸⁸

Erst in der mündlichen Berufungsverhandlung hatte der Hauptberufungskläger den Antrag auf Gruppe I fallengelassen. Hierauf hatte von Castell offenbar eine neue Chance für Memmel gewittert. Denn er beantragte auf Grund von § 301 der Strafprozessordnung, Memmel von der Gruppe II in die Gruppe III herabzustufen. In der Urteilsbegründung hieß es, dass Memmel selbst zugegeben hätte, Aktivist gewesen zu sein, wodurch eine Einteilung in die Gruppe II an sich gerechtfertigt gewesen wäre. Der Vorsitzende sah jedoch in Memmels Absetzung vom Kreisleiterposten im Jahre 1935 tatsächlich eine politische Abkehr. Außerdem habe er sich in seiner Oberbürgermeisterzeit nichts zu Schulden kommen lassen, im Gegenteil, er konnte eine Fülle an Entlastungen vorbringen. Hierzu wurden alle Aussagen der ersten Instanz noch einmal überprüft. Die Berufungskammer verkündete hierauf: „Damit ist erwiesen, dass der Betroffene eindeutig und erkennbar seit 1935 von den nat. soz. Methoden abgerückt ist.“²⁰⁸⁹ Somit sei die Einstufung in die Gruppe III berechtigt.

Des Weiteren sah der Vorsitzende den Vorwurf, Memmel sei ein Militarist gewesen, nicht begründet, ebenso wenig eine Nutznießerschaft. Ausschlaggebend war für ihn die Wahl nach dem Mehrheitsprinzip (welche hierdurch auch als legitim anerkannt wurde) sowie der Umstand, dass die Oberbürgermeister der Stadt vor und nach Memmel nicht weniger Einkommen hatten als er. Außerdem sei Memmel weder hetzerisch noch gewalttätig gegen die Kirchen aufgetreten. „Es steht im Gegenteil fest, dass er sowohl gegenüber der kath. und der evgl. Kirche wie auch gegenüber der jüdischen Kultusgemeinde eine tolerante Haltung angenommen hat.“²⁰⁹⁰ Und weiter hieß es: „Der Betroffene musste als Oberbürgermeister naturgemäß enge Beziehung zum NS halten, und es erschien deshalb angezeigt, ihm noch eine Bewährungsfrist von einem Jahr und eine Sühne von 500.- Dm aufzuerlegen.“²⁰⁹¹ Gegen weitere Sühnemaßnahmen sprachen für den Vorsitzenden die mehrjährige Internierungszeit und die körperlichen Gebrechen.

²⁰⁸⁸ NIETHAMMER: Die Mitläuferfabrik, S. 542 und 632.

²⁰⁸⁹ Urteilsbegründung der Berufungskammer, 25.8.1949, S. 2.

²⁰⁹⁰ Urteilsbegründung der Berufungskammer, 25.8.1949, S. 3.

²⁰⁹¹ Ebenda, S. 3.

Eines der ersten Gesetze der jungen Bundesrepublik war die Amnestie vom 31. Dezember 1949. In dieser wurden alle Freiheitsstrafen der Spruchkammern bis zu einem Jahr und sämtliche Geldbußen erlassen.²⁰⁹² Ob Memmel hiervon profitierte, ist nicht bekannt. Nach der einjährigen Bewährungsfrist kam sein Fall im August 1950 vor die Außenstelle Nürnberg der Hauptkammer München. Dort richteten über ihn Rudolf Helm als Vorsitzender und Andreas Bauer sowie Johann Pfromm, also andere Personen als in seinem vorherigen Berufungsverfahren. Es wurde festgestellt, dass die Bewährungsfrist abgelaufen war, weswegen man Memmel mangels Anhaltspunkten für eine andere Einstufung nun endgültig in die Gruppe IV der Mitläufer einteilte.²⁰⁹³

Damit blieb von Theodor Memmels ursprünglicher Anklage als Hauptschuldiger drei Jahre später nur noch die Eingruppierung als Mitläufer. Durch die Einstufung in die Gruppe III hatte er mit seinen 58 Jahren wieder Ansprüche auf Pension aus der Zeit als Lehrer und Oberbürgermeister. Während erstere zwar nicht groß war, aber immerhin nun an ihn gezahlt wurde, eröffneten die Pensionsansprüche gegenüber der Stadt Würzburg ein neues Kapitel, das nun beleuchtet wird.

²⁰⁹² HOSER: Die Entnazifizierung in Bayern, S. 500.

²⁰⁹³ Spruch der Hauptkammer München, Außenstelle Nürnberg. Nürnberg, 25.8.1950. Spruchkammerakte Memmel.

2. Die Pensionsansprüche gegenüber der Stadt Würzburg

Am 30. Mai 1945 war Theodor Memmel offiziell seines Postens als Oberbürgermeister wegen seiner Zugehörigkeit zur NSDAP vor dem 1. April 1933 auf Anweisung der Militärregierung enthoben worden.²⁰⁹⁴ Im Oktober 1949 erkundigte sich ohne weitere Begründung ein Schweinfurter Bürger, ob denn Memmel und andere ehemalige Nationalsozialisten von der Stadt eine Pension erhalten würde. Der Stadtrat verneinte dies und ermunterte ihn, dies auch anderen interessierten Bürgern mitzuteilen.²⁰⁹⁵

Mittlerweile war der einstige Zweite Bürgermeister Franz Stadelmayer nun Oberbürgermeister von Würzburg. Er sollte beim Konflikt um Memmels Pensionsansprüche eine entscheidende Rolle spielen. Stadelmayer zählte wie Memmel zum Geburtsjahrgang 1891. Im Gegensatz zu diesem stand er schon seit 1919 nach einem sehr guten bestandenen juristischen Staatskonkurs (juristische Assessorprüfung) im Dienst der Stadt Würzburg. Anfangs hatte Stadelmayer das Referat für Polizei- und Verkehrswesen inne, später war er außerdem Justiziar der Stadtverwaltung.²⁰⁹⁶ Nach seiner Ruhestandsversetzung im Jahr 1934 hatte er von 1938 bis 1945 eine Anstellung beim bayerischen Kommunalchriftenverlag J. Kehle KG in München. Diese Position war einigen Parteifunktionären wie etwa Umhau noch immer zu „exponiert“, da er sich weiterhin als Gegner des Nationalsozialismus zeigte, was zu Beschwerden führte. Mit dem Tod Umhaus im Jahr 1940 wurde es wieder ruhiger für Stadelmayer.²⁰⁹⁷ 1939 und 1941 bat die Münchner NSDAP darum, Stadelmayer in die Partei aufzunehmen, was erst 1944 gelang. Der Parteieintritt wurde aber sogar auf 1939, dem Jahr der ersten Anfrage, rückdatiert.²⁰⁹⁸ Nach eigenen Aussagen tat Stadelmayer diesen Schritt, um dem Druck durch das Regime zu entgehen.²⁰⁹⁹ Nach dem Krieg war er vom 1. Mai 1945 bis zum 1. Dezember 1945 in der Verwaltung Münchens tätig, zuletzt als Zweiter Bürgermeister.²¹⁰⁰ Seine Personalentscheidungen dort brachten ihm jedoch Ärger mit der amerikanischen Militärregierung ein. Als erste Amtshandlung wollte er Dr. Heinz Jobst, ehemaliger persönlicher Referent des Münchner NS-Oberbürgermeisters und Reichsleiters Karl Fiehler, zu seinem Stellvertreter machen.

²⁰⁹⁴ Entlassungsschreiben des Oberbürgermeisters an Theo Memmel. Würzburg, 30.5.1945. Magistratsakten Sign. 119 a.

²⁰⁹⁵ Schreiben von Alfons Bauer an den Oberbürgermeister Würzburgs. Schweinfurt, 13.10.1949. EAPI I, Hauptgruppe 0, Signatur 403. SAW. Rückschreiben des Stadtrats. Würzburg, 21.10.1949. Bürgermeisterangelegenheiten. Verschiedenes. Ebenda.

²⁰⁹⁶ Zeugnis von Franz Stadelmayer.

²⁰⁹⁷ Eidesstattliche Versicherung von Irma Pingoud-Jehle. München, 18.6.1946. Personal A bis 2002. Sign. 846b.

²⁰⁹⁸ KAHN: Experiment in Occupation, S. 86.

²⁰⁹⁹ Zum Rücktritt des 2. Bürgermeisters. Münchner Stadtanzeiger. Nr. 12, 28.11.1945, S. 2.

²¹⁰⁰ Bestätigung des Münchner Oberbürgermeisters Dr. Scharnagl. München, 13.2.1946. Personal A bis 2002. Sign. 846b.

Weiter versuchte er seinem Bundesbruder Dr. Meister ebenfalls eine hohe Stelle in der Stadtverwaltung zu geben. Dieser hatte enge Freundschaften in der Münchner NSDAP. Abermals verhinderte die Militärregierung auf Grund von Protesten diese Postenbesetzung. ARTHUR KAHN, Angehöriger des *Office of Strategic Services*, unterstellte daher Stadelmayer und dem Oberbürgermeister Münchens, Karl Scharnagel, Ämterpatronage. Beide gehörten vormals der BVP an. Von den elf Referatsleitern waren zwei ebenfalls ehemalige BVP-Mitglieder und vier einstige Nationalsozialisten. Als Stadelmayers NSDAP-Mitgliedschaft in München bekannt wurde, gab es beinahe einen Skandal.²¹⁰¹ Bei seinem Entnazifizierungsverfahren wurde Stadelmayer am 22. August 1946 in München in die Gruppe der Entlasteten eingestuft. Die Anklage wollte ihn zunächst in die Gruppe III einreihen, da er angeblich Mitglied der Deutschen Akademie gewesen sei, was jedoch nicht zutraf.²¹⁰²

Am 27. Juni 1951 stellte Memmel erstmals gegenüber der Stadt Würzburg den Antrag auf Versorgungsbezüge. In seinem Schlusssatz bemerkt er, dass während seiner Oberbürgermeisterzeit die leitenden Männer der Stadtverwaltung, die entweder auf eigenen Wunsch oder auf Grund gesetzlicher Bestimmungen ausgeschieden waren, unter voller Wahrung ihrer Rechte mit dem ihnen zustehenden Ruhegehalt entlassen worden waren.²¹⁰³ Deshalb, so fragte er den Stadtrat, solle er also nicht ebenfalls seine vollen Bezüge bekommen? Der mit diesem Schreiben beginnende Verwaltungsakt füllt heute eine 3,5 cm dicke Akte²¹⁰⁴. Der Würzburger Stadtrat nahm Memmels Antrag zunächst zur Kenntnis und wies ihn darauf hin, dass er auf Grund der früheren Beschäftigung im höheren Schuldienst seine Ansprüche an den Bayerischen Staat zu richten habe. Des Weiteren sah der Stadtrat im Falle Memmels § 7 des Gesetzes zum Artikel 131 des Grundgesetzes gegeben.²¹⁰⁵

„Ernennungen und Beförderungen, die beamtenrechtlichen Vorschriften widersprechen oder wegen enger Verbindung zum Nationalsozialismus vorgenommen worden sind, bleiben unberücksichtigt. Das gleiche gilt für Verbesserungen des Besoldungsdienstalters und der ruhedienstfähigen Dienstzeit.“²¹⁰⁶

Der Stadtrat erkannte Memmels Wahl von 1933 nicht an, sondern ging davon aus, dass ihn nur sein Parteibuch zum Oberbürgermeister gemacht

²¹⁰¹ KAHN: *Experiment in Occupation*, S. 86 und 108.

²¹⁰² Spruch der Spruchkammer X München betreffend Stadelmayer.

²¹⁰³ Schreiben von Memmel an die Stadtverwaltung Würzburg. Kitzingen, 27.6.1951. Magistratsakten Sign. 119 a.

²¹⁰⁴ Magistratsakten Sign. 119 a.

²¹⁰⁵ Beschluss des Stadtrats betreffend den Vollzug des Gesetzes zu Art. 131 GG. Würzburg, 18.7.1951. Magistratsakten Sign. 119 a.

²¹⁰⁶ § 7 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen. Vom 11.5.1951. Bundesgesetzblatt 1951, Teil I, S. 307.

hatte. Und somit standen ihm nach dieser Auslegung des zitierten Gesetzes auch keine Bezüge zu.

Memmel gab sich hiermit nicht zufrieden und beantragte „[...] eine klare Entscheidung [...], die mit Rechtsmittelbelehrung versehen sein muss.“²¹⁰⁷ Stadelmayer hielt ihn jedoch mit der Antwort hin, dass die gewünschte Entscheidung des Stadtrats erst getroffen werden würde, wenn die landesrechtlichen Vollzugsbestimmungen erschienen wären.²¹⁰⁸ Es dauerte zwei Jahre, bis es zu einer Entscheidung kam. In der betreffenden Personalausschusssitzung am 8. September 1953 hieß es zur Oberbürgermeisterwahl von 1933 nur lapidar: „Memmel hat aus politischen Gründen seinen Beruf geändert.“²¹⁰⁹ Man hielt einstimmig im Stadtrat an der Auffassung fest, dass er keinerlei Ansprüche gegenüber der Stadt geltend machen könne und lehnte die Forderung eines Übergangsgehaltes ab.

So holte sich Memmel nun einen Rechtsanwalt, Georg Nitschke aus Schweinfurt, und legte gegen den Beschluss des Stadtrats das Rechtsmittel der Beschwerde bei der Regierung von Unterfranken ein.²¹¹⁰ Hierauf schrieb auch Oberbürgermeister Stadelmayer einen Brief an die Regierung von Unterfranken. In diesem hieß es:

„Oberbürgermeister Theo Memmel war [...] Kreisleiter der NSDAP in Würzburg und blieb mehrere Jahre lang in Personalunion Oberbürgermeister und Kreisleiter [...]. Er war einer der getreuesten Gefolgsleute des Gauleiters Dr.Hellmuth bis zum Ende des Dritten Reiches und zählte zu denjenigen Persönlichkeiten in Unterfranken, die als verantwortliche Mitträger der Gewaltherrschaft vom Anfang bis zum Ende anzusprechen sind. [...]

Wenn ein Nationalsozialist vom Range des Beschwerdeführers die Kühnheit hat, von einer Entscheidung des Stadtrates Würzburg zu behaupten, sie sei rein formularmäßig bzw. nach Gutdünken ergangen, so ist das allerhand. Herr Memmel hat nahezu 12 Jahre lang nach Gutdünken im Rathaus regiert. Er hat wahrlich keinen Anlass, mit solchen Begriffen zu hantieren.“²¹¹¹

Die Zeilen vermitteln recht unverhohlen den Zorn des Stadtoberhaupts gegenüber Memmels Forderungen. Weiterhin vertrat Stadelmayer die Auffassung, dass Memmel nur durch seinen Rang als politischer Leiter Oberbürgermeister geworden und die Absetzung als Kreisleiter eine deutschlandweit übliche Maßnahme gewesen sei, um beide Posten voneinander zu trennen.

²¹⁰⁷ Schreiben von Memmel an den Stadtrat Würzburg. Kitzingen, 6.9.1951. Magistratsakten Sign. 119 a.

§ 7 Abs. 2, Gesetz zu Artikel 131.

²¹⁰⁸ Schreiben von OB Stadelmayer an Memmel. Würzburg, 10.9.1951. Magistratsakten Sign. 119 a.

²¹⁰⁹ Personalausschusssitzung vom 8.9.1953 betreffend den Antrag Memmels. Würzburg, 8.9.1953. Magistratsakten Sign. 119 a.

²¹¹⁰ Schreiben von Georg Nitschke an die Regierung von Unterfranken. Schweinfurt. 1.10.1953. Magistratsakten Sign. 119 a.

²¹¹¹ Schreiben von OB Stadelmayer an die Regierung von Unterfranken. Würzburg, 17.12.1953. Magistratsakten Sign. 119 a.

Außerdem stehe im besagten § 7 „[...] klipp und klar, dass Ernennungen, die wegen enger Verbindung zur NSDAP vorgenommen worden sind, unberücksichtigt bleiben.“²¹¹² Am Ende seines Schreibens hieß es noch:

„Aus all diesen Gründen bitten wir, unsere Entscheidung zu bestätigen, wobei wir nicht verhehlen möchten, dass uns auch im Falle Memmel besonders unerfreulich die Behauptung vorkommt, dass er glaubt, sein Amt nach Recht und Gerechtigkeit geführt zu haben.“²¹¹³

Oberbürgermeister Stadelmayer war sicherlich kein Freund Memmels. Es mag allerdings für eine Person wie Stadelmayer, die als Zeitzeuge das Dritte Reich vom Anfang bis zum destruktiven Ende miterlebt hat, sehr belastend gewesen sein, nun den ehemaligen NSDAP-Größen zuzusehen, wie sie Ruhestandsgehälter beanspruchten. Der völlige Pensionsentzug war jedoch noch nicht einmal bei den durch das Berufsbeamtengesetz von 1933 entlassenen Beamten so üblich gewesen, wie durch viele Beispiele in der vorliegenden Untersuchung gezeigt wurde. Dies machte sich Memmel argumentativ zu Nutze.

Schließlich widerlegte die Regierung von Unterfranken über ein Jahr später alle Argumente des Stadtrats in einem 14-seitigen Schreiben und hob dessen Beschluss auf. Memmel waren die geforderten Versorgungsbezüge zu gewähren. Regierungspräsident Dr. Josef Hölzl wies außerdem darauf hin,

„[...] dass der Beschwerdeführer für seinen politischen Irrtum durch eine fast 3-jährige Internierungshaft, durch 10-jähriges tatsächliches Berufsverbot und durch den Verlust seiner 2 Söhne im Kriege eine schwere Sühne auferlegt hielt;“²¹¹⁴

In der Personalausschusssitzung der Stadt Würzburg am 27. April 1955 wurde jedoch die von der Regierung angeführte Begründung, Memmels Wahl zum Oberbürgermeister sei rechtsgültig gewesen, nicht anerkannt. Der Personalausschuss ermächtigte Stadelmayer, Einspruch einzulegen und die Angelegenheit bis zum Verwaltungsgericht zu tragen.²¹¹⁵ Man war also unter der Führung von Oberbürgermeister Stadelmayer fest dazu entschlossen, die Ansprüche Memmels um keinen Preis anzuerkennen. In der Begründung zum Einspruch ist zu lesen, dass die Stadt eine überaus wohlwollende Haltung gegenüber Mitarbeitern, die der NSDAP angehört hatten, eingenommen habe. „Wir haben nur Wert daraufgelegt, einige ganz wenige Exponenten der NSDAP als solche zu behandeln.“²¹¹⁶ Weiterhin bestritt Stadelmayer die Legitimität der Oberbürgermeisterwahl von 1933. Im

²¹¹² Schreiben von OB Stadelmayer an die Regierung von Unterfranken.

²¹¹³ Ebenda.

²¹¹⁴ Schreiben des Regierungspräsidenten an den Würzburger Stadtrat, 16.4.1955.

²¹¹⁵ Beschluss des Personalausschusses betreffend die Versorgungsbezüge für Memmel. Würzburg, 27.4.1955. Magistratsakten Sign. 119 a.

²¹¹⁶ Schreiben des Stadtrats an die Regierung von Unterfranken. Würzburg, 25.5.1955. Magistratsakten Sign. 119 a.

August 1955 – der Rechtsstreit währte nunmehr vier Jahre – wies die Regierung den Beschwerdebescheid der Stadt zurück und legte dieser die Kosten des Einspruchsverfahrens auf.²¹¹⁷ Hierauf traf der Stadtrat den Beschluss, gegen den Einspruchsbescheid der Regierung eine Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht Würzburg zu erheben.²¹¹⁸

Im Brief an das Verwaltungsgericht vom 2. Februar 1956 bemerkte Regierungspräsident Hölzl, dass der Schriftsatz der Stadt Würzburg keinerlei neue Gesichtspunkte beinhalte und bezichtigte sie sogar der Polemik. Außerdem wies er auf den Umstand hin, dass am 27. April 1933 nicht nur Memmel, sondern der nun als Oberbürgermeister amtierende Stadelmayer zum zweiten Bürgermeister gewählt worden sei.²¹¹⁹

Das Würzburger Verwaltungsgericht urteilte schließlich ebenfalls für Memmel und wies die Anfechtungsklage ab. Weiterhin sollte die Stadt die Verfahrenskosten samt der Rechtsbeistandskosten Memmels übernehmen.²¹²⁰ In der Personalausschusssitzung am 18. Mai 1956 verteidigte Stadelmayer seine Hartnäckigkeit damit, dass die Bestimmungen auf die sich Memmel stützte, ihren Zweck verfehlen würden, wenn sie sich nur gegen die kleinen Leute richten, nicht aber gegen führende und maßgebende Persönlichkeiten des Dritten Reichs. Daher beantragte er beim Personalausschuss erfolgreich, gegen das Urteil Berufung einzulegen.²¹²¹

Das Verfahren zog sich hin, und da Memmel 65 Jahre alt geworden war, stellte er am 11. Dezember 1956 das Gesuch, ihm abseits des schwebenden Verfahrens Versorgungsbezüge nach A2c2 (das heutige A13) zu gewähren. „Falls die Stadt glaubt, auch diese Verpflichtung verweigern zu sollen, bitte ich um beschwerdefähigen Bescheid.“²¹²²

Mittlerweile hatte Dr. Helmuth Zimmerer²¹²³ im Oktober 1956 Stadelmayer als Oberbürgermeister abgelöst. Zimmerer ging in der

²¹¹⁷ Schreiben der Regierung von Unterfranken an die Stadt Würzburg betreffend die Versorgungsbezüge Memmels. Würzburg, 29.8.1955. Magistratsakten Sign. 119 a.

²¹¹⁸ Beschluss des Stadtrats betreffend die Versorgungsbezüge Memmels. Würzburg, 6.9.1955. Magistratsakten Sign. 119 a.

²¹¹⁹ Abdruck des Schreibens von Regierungspräsident Dr. Hölzl an das Bayerische Verwaltungsgericht Würzburg. Würzburg, 3.2.1956. Magistratsakten Sign. 119 a.

²¹²⁰ Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichts Würzburg vom 25.4.1956. Magistratsakten Sign. 119 c.

²¹²¹ Protokoll der Personalausschuss-Sitzung vom 18.5.1956 betreffend die Anfechtungsklage der Stadt. Würzburg, 23.5.1956. Magistratsakten Sign. 119 a.

²¹²² Schreiben von Theo Memmel an die Stadtverwaltung Würzburg. Kitzingen, 11.12.1956. Magistratsakten Sign. 119 a.

²¹²³ Der 1912 geborene Zimmerer machte schon kurz nach seiner Wahl zum OB Schlagzeilen, da er als Einziger für dieses Amt kandidierte. Es hieß, er habe den Vorsitzenden der CSU-Stadtratsfraktion mit günstigem Bauland bestochen, damit dieser sich nicht aufstellen lassen würde. 1963 kam Zimmerers juristische Doktorarbeit von 1936 mit dem Titel „Rasse, Staatsangehörigkeit und Reichsbürgerschaft – ein Beitrag zum völkischen Staatsbegriff“ ans Licht. Dass er sich nie von diesem nationalsozialistischen Werk distanzierte, wurde ihm sehr negativ ausgelegt. Bei der OB-Wahl von 1968 verlor er deutlich gegen Dr. Klaus Zeitler (SPD). Ein ehrenhafter Mann? Helmuth Zimmerer. MP, Nr. 236, 12.10.2012.

Personalausschusssitzung davon aus, dass der Prozess keinen Zweck mehr habe, wenn Memmel dieser Antrag nun genehmigt werden würde, worüber Einmütigkeit herrschte. So lehnte der Stadtrat das Gesuch Memmels wiederum ab.²¹²⁴ Nun wurde also gepokert – alles oder nichts war die Devise, in welcher Kompromisse keinen Platz finden konnten. Der Stadtrat fiel hierbei dem Concorde-Effekt zum Opfer.

Damit blieb der sich nunmehr im Rentenalter befindliche Memmel weiterhin ohne Versorgungsbezüge aus seiner Zeit als Wahlbeamter. Langsam schien aber der Widerstand bei der Stadt nach dem Ausscheiden Stadelmayers und der zunehmenden zeitlichen Distanz zum Dritten Reich zu bröckeln. Ein Stadtratsmitglied stellte im März 1957 die Anfrage, welche Beträge denn die Stadt eigentlich an Memmel zahlen müsste, wenn das Gericht dies so entscheiden würde.²¹²⁵ Hierauf suchte ein Stadtmitarbeiter den Kontakt zum Regierungsdirektor Dr. *jur.* Franz Lippert. Dieser sah keinerlei Möglichkeiten für die Stadt den Prozess zu gewinnen und riet dringend zu einem Vergleich, um die möglichen Belastungen für den Bayerischen Versorgungsverband herabzusetzen. Jener würde auch wegen der ungünstigen Prozesslage jeglichem Vergleich zustimmen, welcher eine Besserstellung der Stadt beinhalte.²¹²⁶ Der in die Länge gezogene Prozess schien nunmehr der Stadt endgültig auf die Füße zu fallen. Und je länger er dauerte, umso größer wurden die Kosten. Das von Stadelmayer begonnene und durch den Stadtrat einmütig so abgesegnete Projekt durch alle Instanzen gegen Memmels Ansprüche zu ziehen, drohte zu scheitern und ein entsprechend großes Finanzloch zu schlagen. Seinem Nachfolger hatte Stadelmayer hiermit ein kopferbrechendes Erbe hinterlassen.

Trotz der langen Verweigerung der Stadt, auch nur einen Pfennig an ihn zu zahlen, war Memmel zu Verhandlungen bereit und zeigte sich entgegenkommend: Er verzichtete auf die Hälfte der ihm zustehenden Nachzahlung in Höhe von 120.000 DM, wenn man ihm monatlich 1.143 DM²¹²⁷ nach der Besoldungsgruppe A1b zahlen würde. Dies war ein generöses Angebot. Sollte die Stadt den Prozess verlieren, ständen Memmel 1.763 DM pro Monat zu. Ob Memmel dieses Angebot aus Gutmütigkeit gegenüber der Stadtkasse oder aber aus der Hoffnung heraus machte, dadurch das Verfahren zu beschleunigen, bleibt offen. Außerdem war es notwendig, ihn nachträglich wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand zu versetzen. Andernfalls müsste die Stadt aus eigener Tasche Memmel ab dem 1. April 1951 ein jährliches Übergangsgehalt von 81.000 DM zahlen. Die

²¹²⁴ Personalausschusssitzung vom 13.12.1956. Würzburg, 13.12.1956. Magistratsakten Sign. 119 a.

²¹²⁵ Aktennotiz. Würzburg, 26.3.1957.

²¹²⁶ Aktennotiz des Referats III zur Anfechtungssache wegen Memmel. Würzburg, 3.6.1957. Magistratsakten Sign. 119 a.

²¹²⁷ Zum Vergleich: Dr. Stadelmayer erhielt ab 1961 monatlich 2.331 DM Ruhegehalt. Aktennotiz zum Ruhegehalt des Herrn Oberbürgermeister Dr. Stadelmayer. 27.12.1961. Personal A bis 2002. Sign. 846a. Stadelmayer, Franz. 1945-1966. SAW.

Nachzahlung von nur 60.000 DM war somit im Vergleich dazu eine Kleinigkeit. Noch immer regte sich jedoch Widerstand im Stadtrat. So meinte der Dritte Bürgermeister Philipp Fasel (SPD): „Wenn irgendjemand 1945 dies prophezeit habe, würde es für unmöglich gehalten worden sein.“²¹²⁸ Daher wurde eine Entscheidung zunächst vertagt.

Als dann Rechtsrat Gerhard Pfeuffer²¹²⁹ in der nächsten Sitzung einen entsprechenden Antrag stellte, kam es zu einer sehr lebhaften Diskussion. Stadtrat Karl Rücker (CSU) sah in den Forderungen Memmels ein schreiendes Unrecht, Dr. Hermann Reuter (CSU) hegte sogar die Vermutung, dass die entscheidenden Instanzen befangen seien. Als Bürgermeister Fasel erklärte, dass der Stadt trotz recht einmütiger Stimmung gegen Memmel nichts außer einer Annahme übrigbleibe, echauffierte sich hierauf Stadtrat Rücker, dass man ihn nun als gegen die Stadt votierend abtäte. „Es komme ihm vor wie 1933, wo man vorgeschrieben bekam, wie man abstimmen müsse.“²¹³⁰ Der Zweite Bürgermeister Ferdinand Nickles (CSU), der diese Zeit im Stadtrat leibhaftig miterlebt hatte, erklärte jedoch, „[...] dass ein besonderer Druck von außen bei der [Oberbürgermeister-]Wahl nicht stattgefunden habe.“²¹³¹ Im Würzburger Stadtrat machte sich also Uneinigkeit breit. Schließlich rang man sich nach einer Erinnerung des Vorsitzenden an die enormen finanziellen Verpflichtungen doch zusammen und fällte einstimmig den Beschluss, auf den Vergleich einzugehen.

Liest man das vertrauensärztliche Gutachten, welches nun zu Memmels Ruhestandsversetzung angefertigt wurde, so deutet dies auf alles andere als einen angenehmen Lebensabend hin:

„[...] ständig ziehende Schmerzen im ganzen re.Bein. Längeres Sitzen verursacht Schmerzen im Rücken. Stauchung der Wirbelsäule beim Gehen. Kann nicht heben, tragen infolge Wirbelsäulenschmerzen. Diese Beschwerden verschlechtern sich ständig seit 1948. Immer wieder auftretende Gallenkoliken, Schmerzen im Magen nach Diätfehlern. Seit 5-6 Jhr. zeitw. Herzklopfen, vorallem beim Niederlegen. Appetit mäßig [...]“²¹³²

Mit Hilfe dieser Diagnose wurde Memmel rückwirkend zum 1. Januar 1948 für dienstunfähig erklärt. Für die Zeit zwischen 1945 und dem 1. Oktober 1957 sollten ihm pauschal die vereinbarten 60.000 DM brutto ausgezahlt werden. Außerdem durfte er die Amtsbezeichnung „Oberbürgermeister a.D.“ führen. Die Stadt zog ihre Klage samt Einspruch zurück und Memmel

²¹²⁸ Personalausschusssitzung vom 25.7.1957 betreffend die Anfechtungssache gegen Memmel. Würzburg, 25.7.1957. Magistratsakten Sign. 119 a.

²¹²⁹ Pfeuffer (1924-1987) dürfte Memmel mindestens aus Kindheitstagen noch persönlich gekannt haben, da er dessen Realgymnasium besucht hatte. Gerhard Pfeuffer gestorben. MP, 4.9.1987.

²¹³⁰ Geheime Stadtratssitzung. Würzburg, 31.7.1957. Magistratsakten Sign. 119 a.

²¹³¹ Ebenda.

²¹³² Vertrauensärztliches Gutachten Memmel.

erklärte sich sogar bereit, seine Anwaltskosten und Auslagen aus eigener Tasche zu zahlen.²¹³³ Ganze sechs Jahre hatte es gedauert, bis diese Einigung Memmel zu seinem Ruhestandsgehalt brachte. In der Bundeszeitung *Adelphias* wurde dies sehr positiv aufgenommen:

„Am 12.1.58 kamen die Würzburger Adelphen und eine Reihe Mitglieder der Würzburger VaB und Alte Herren der drei andern Würzburger Burschenschaften auf unserm Haus zusammen, um bei einem Bockfrüh-schoppen sich mit AH Memmel zu freuen, dass es diesem nunmehr endlich vergönnt ist, nachdem er seine Versorgung erstritten hat, seinen Lebensabend in Würzburg zu verbringen.“²¹³⁴

Dass Memmel letztendlich doch seine Pensionsansprüche durchsetzen könnte ist nicht nur der sich vergrößernden zeitlichen Distanz zum Dritten Reich anzurechnen. Denn gerade in der Mitte der 1950er Jahre wurden Pensionszahlungen von prominenten Nationalsozialisten Teil der öffentlichen Debatte und ihre Ansprüche stark kritisiert.²¹³⁵ Außerdem gestanden ihm die höheren Instanzen schon seit der ersten Klage die vollen Forderungen zu. Es war letztendlich nur die Stadt Würzburg, die durch ihr Pokerspiel die Zahlungen hinauszögerte.

Zu Memmels Antagonisten Stadelmayer ist noch zu vermerken, dass er am 20. Juni 1956 vom Stadtrat forderte, ihm die Zeit von seiner Entlassung bis zum 31. Dezember 1946 als versorgungsfähige Dienstzeit eines Oberbürgermeisters (18.000 DM) anzuerkennen. Hierzu fügte er einige eidesstattliche Erklärungen von Mitgliedern der Stadtverwaltung an, welche ihm bescheinigten, dass er auf Grund seiner Kompetenzen und seines Ansehens nach dem Ausscheiden Löfflers, also spätestens 1937, mit völliger Gewissheit zum Oberbürgermeister gewählt worden wäre. Allerdings erklärte Stadelmayer auch, dass er keinen Anspruch gegen die Stadt geltend machen würde, sondern damit nur die Grundlage seiner künftigen Versorgung geschaffen werden sollte.²¹³⁶ Hierbei bezog er sich auf das Gesetz zur Regelung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes von 1951 in der Neufassung vom Dezember 1955.²¹³⁷ Der

²¹³³ Vereinbarung zwischen der Stadt Würzburg und Theo Memmel. Würzburg, 25.10.1957. Magistratsakten Sign. 119 a.

²¹³⁴ Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft *Adelphia* in der Deutschen Burschenschaft. 50. Jahrgang, März 1958, Nr. 1, S. 4.

²¹³⁵ EICHMÜLLER, ANDREAS: Keine Generalamnestie. Die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen in der frühen Bundesrepublik (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Band 93). München, 2012, S. 159.

²¹³⁶ Schreiben von OB Stadelmayer an den Stadtrat. Würzburg, 20.6.1956. Personal A bis 2002. Sign. 846b. Siehe hierzu die eidesstattlichen Erklärungen vom Zweiten Bürgermeister Ferdinand Nickles, Verwaltungsdirektor a.D. Hans Brandmann, Stadtoberamtmann Hermann Mayerhöfer. Ebenda.

²¹³⁷ Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes. Vom 23.12.1955. BGBl 1955 I, S. 820-834.

Personalausschuss nahm diesen Antrag einstimmig an.²¹³⁸ Während Stadelmayer also Memmels Pensionsansprüche für die zwölf Jahre als Wahlbeamter völlig negierte, forderte er für sich selbst bessere Bezüge, da er ja spätestens ab 1937 als Oberbürgermeister Würzburgs vorgesehen worden sei. Zu Bedenken ist ebenfalls, dass er von den Nationalsozialisten mit guten Bezügen in den Ruhestand versetzt worden war.

Memmel ist nicht der einzige nationalsozialistische Oberbürgermeister, der nach dem Ende des Dritten Reichs keine Versorgungsbezüge erhielt und so unvermittelt vor dem Nichts stand. Ein bekanntes und gleichzeitig einzigartiges Beispiel ist das des Amberger Stadtoberhaupts Josef Filbig, welcher wie Memmel vor 1933 Lehrer gewesen war. Nach der Entlassung aus der Internierungshaft im Jahr 1948 erhielt er weder aus seiner Oberbürgermeisterzeit, noch aus seiner Lehrertätigkeit Bezüge, weshalb er 1952 erneut, diesmal für die rechtsstehende „Deutsche Gemeinschaft“ erfolgreich als Oberbürgermeister Ambergs kandidierte. ERRAS kommt in diesem Fall zu dem Schluss, dass es vom Stadtrat nicht richtig war, Filbig quasi existenzvernichtend gar keinen Versorgungsanspruch anzuerkennen.²¹³⁹

Viele nationalsozialistische Wahlbeamte standen nach Kriegsende unvermittelt vor dem Nichts. So erging es beispielsweise Memmel, Filbig und Wolpert. Die wenigsten konnten sich später auf dem Klageweg Pensionen erstreiten²¹⁴⁰. So standen sie nach ihrer Haft unvermittelt ohne Mobilien und Vermögen da und waren mit Berufsverbot belegt. Das Fazit, das HOSER in seinem Aufsatz zur bayerischen Entnazifizierung zieht, passt auch zu Memmels Fall:

„Die Verhaftung und Verbringung in die Internierungslager stellte unmittelbar einen Schock dar, wusste doch keiner, welches Schicksal ihn erwarten würde. Einer letztendlich großzügigen Gnade ging oft eine drakonische Strafe vorweg. Die aktiven, führenden Nationalsozialisten verbrachten die längste Zeit von allen Inhaftierten (bis zu drei Jahren) im Lager. Danach blieben sie trotz teilweiser Herabstufung durch die Berufungskammern oft sozial deklassiert und isoliert, brauchten länger als der Durchschnitt der übrigen Bevölkerung, um ihren niedrigen Lebensstandard zu heben und hatten sehr häufig für immer ihre einflussreiche Rolle ausgespielt.“²¹⁴¹

²¹³⁸ Personalausschusssitzung betreffend Versorgung des OB Stadelmayer. Würzburg, 20.6.1956. Personal A bis 2002. Sign. 846b.

²¹³⁹ Siehe hierzu: ERRAS: Regelung des Versorgungsanspruchs.

²¹⁴⁰ Ebenda, S. 235.

²¹⁴¹ HOSER: Die Entnazifizierung in Bayern, S. 505.

3. Exkurse zu Adalbert Wolpert und Hans Streller

Um die Problematik der Stadt Würzburg mit ihren ehemaligen NS-Beamten im Vergleich zu Memmel ein wenig zu beleuchten, sollen zwei kurze Exkurse zu den Personalien Adalbert Wolpert und Hans Streller gemacht werden. Ihre Werdegänge bis zum Kriegsende wurden bereits geschildert.

Von der Spruchkammer wurde der ehemalige Zweite Bürgermeister Wolpert als Mitläufer eingestuft.²¹⁴² Daher beantragte er im Juni 1948 bei der Stadt Würzburg eine Regelung seiner Anstellungs- und Versorgungsansprüche.²¹⁴³ Seiner Bitte auf Wiederverwendung wurde jedoch nicht entsprochen. Auf Grund der Gesetzeslage erhielt er aus den 21 Jahren im Öffentlichen Dienst keinerlei Versorgungsbezüge und hatte trotz vieler Bemühungen seit seiner Entlassung aus der Internierungshaft keine feste Arbeitsstelle. Wie bei Memmel war auch er ohne Vermögen und sein Mobiliar durch die Amerikanern beschlagnahmt. Das stellte ihn vor die schwierige Aufgabe, trotzdem seine mehrköpfige Familie über Wasser zu halten.²¹⁴⁴ Zahlungen an ihn lehnte Betriebsrat einstimmig ab.²¹⁴⁵ 1951 machte Wolpert wie Weidemann und Memmel auf der Basis von Artikel 131 gegenüber der Stadt finanzielle Ansprüche geltend.²¹⁴⁶ Immerhin gelang es ihm durchzusetzen, dass er den Status „außer Dienst gestellt“ seit dem 8. Mai 1945 erhielt.²¹⁴⁷ Die Stadt Würzburg weigerte sich jedoch Jahre lang, Wolpert auch entsprechende Bezüge zu gewähren.²¹⁴⁸ 1955 gelangte er schließlich auf andere Wege zu etwas Geld von der Stadt: Er wurde in die Stadtratsfraktion der Freien Wählergemeinschaft gewählt.²¹⁴⁹ Oberbürgermeister Zimmerer war hierbei vom einstigen Nationalsozialisten sehr angetan.²¹⁵⁰ Der Würzburger Assistenzarzt Dr. med. Elmar Herterich währte eine „Naziverschwörung“²¹⁵¹ und startete 1962 eine Kampagne gegen Wolpert und andere

²¹⁴² Abschrift von beglaubigter Abschrift des Spruchkammerurteils über Dr. Adalbert Wolpert. Hammelburg, 20.4.1948. Personal A Sign. 842b.

²¹⁴³ Schreiben von Wolpert an den Stadtrat Würzburg. Bad Kissingen, 6.6.1948. Ebenda.

²¹⁴⁴ Schreiben von Wolpert an den Stadtrat Würzburg. Bad Kissingen, 13.12.1948. Ebenda.

²¹⁴⁵ Schreiben des Betriebsrats der städtischen Verwaltung an den OB betreffend Dr. Wolpert. Würzburg, 19.1.1949. Ebenda.

²¹⁴⁶ Schreiben von Wolpert an den Stadtrat Würzburg. Würzburg, 17.8.1951. Ebenda.

²¹⁴⁷ Vollzug des Gesetzes zu Art.131; Feststellung des Rechtsstandes. Ebenda.

²¹⁴⁸ Schreiben von Stadelmayer an Rechtsanwalt Dr. Hanns Reder. Würzburg, 21.9.1955. Ebenda.

²¹⁴⁹ Mit Schwung gegen die Wohnungsnot. Stadtrat Dr. Adalbert Wolpert wird am 30. September 60 Jahre alt. Fränkisches Volksblatt, Nr. 222, 28.9.1957.

²¹⁵⁰ „Herr Dr. Adalbert Wolpert hat gleichermaßen als wertvoller kommunalpolitischer Ratgeber im Stadtrat Würzburg und als Leiter angesehener Würzburger Wohnungsbau-gesellschaften sich verdienstvoll um den Wiederaufbau und um die Fortentwicklung der Stadt Würzburg eingesetzt und verdient gemacht. Er war bei allen Stadtratskollegen beliebt und geschätzt als aufgeschlossener, vitaler und lebensfroher Mensch mit klaren Ansichten und sicherem Instinkt.“ OB Zimmerer an Dr. Ewald Wolpert. Würzburg, 6.5.1968. Persönlichkeitsakte 023/1 „Wolpert, Adalbert Dr. Bürgermeister und Stadtrat.“

²¹⁵¹ „Ich bin Deutscher, nur zu sehr“. Der Spiegel. 39/1964.

fränkische Juristen inklusive Strafanzeigen.²¹⁵² Auf rätselhafte Weise war er an dessen Bewerbungsbogen als Zweiten Bürgermeister samt Stadtratsbeschlüssen gekommen und hatte diese veröffentlicht. Die entsprechend nationalsozialistische Tonlage dieser Dokumente war für Wolpert recht peinlich.²¹⁵³ Er verstarb schließlich noch als Stadtrat 1968.

Als NSDAP-Mitglied seit 1922 und Träger des Goldenen Parteiabzeichens wurde Hans Streller genauso wie Memmel am 30. Mai 1945 mit sofortiger Wirkung aus dem Dienst der Stadtverwaltung entlassen.²¹⁵⁴ In erster Instanz gruppierte man ihn als Aktivisten (Gruppe II) ein. Er ging in Berufung und die Außenstelle Nürnberg der Hauptkammer München stufte ihn nach einem langwierigen Prozess am 11. August 1950 als Mitläufer (Gruppe IV) ein, eine Nutznießerschaft wurde verneint.²¹⁵⁵ Dieser noch nicht rechtskräftige Spruch wurde jedoch durch das erste Gesetz zum Abschluss der politischen Befreiung, welches bereits am 27. Juli 1950 vom bayerischen Landtag verabschiedet worden war, zunichte gemacht.²¹⁵⁶ Denn dieses sah vor, dass alle Beschlüsse gegenüber Betroffenen, die nicht den Gruppen I oder II angehörten, einzustellen zu seien.²¹⁵⁷ Somit ging Streller, obwohl er einer der eifrigsten Nationalsozialisten der Stadtverwaltung war, ohne Strafe beziehungsweise Eingruppierung durch. Mit diesem Beschluss in der Tasche bat er am 10. Oktober 1950 um Wiedereinstellung in den städtischen Verwaltungsdienst. Sollte keine Wiedereinstellung möglich sein beantragte er die Versetzung in den Ruhestand. In seinem Schreiben wies er darauf hin, dass das Entnazifizierungsverfahren gegen ihn eingestellt worden war und er 100 Prozent kriegsversehrt war. Da er mangels Rentenbezüge mittellos sei, bat er zusätzlich um Gewährung eines Unterhaltsbeitrags, bis sein Fall geklärt sei.²¹⁵⁸ Ob er diese Bitte um Wiedereinstellung aus Dreistigkeit, Naivität oder Verzweiflung an die Stadt richtete, sei dahingestellt. Stadelmayer lehnte sie mit nüchternen Worten ab, ebenso die Gewährung von Versorgungsbezügen.²¹⁵⁹

²¹⁵² Säugling in Not. Der Spiegel. 11/1963.

²¹⁵³ Aktennotiz der Würzburger Polizeidirektion betreffend Dr. med. Elmar Herterich. Würzburg, 9.1.1963. Personal A bis 2002. Sign. 842b.

²¹⁵⁴ Aktennotiz des Oberbürgermeisters betreffend die Entlassung von Angehörigen der Stadtverwaltung, die vor dem 1.4.1933 der NSDAP, ihren Gliederungen, Verbänden usw. angehörten. Würzburg, 30.5.1945. B/037/1 „Streller Hans“.

²¹⁵⁵ Urteil in der Anfechtungssache Hans Streller gegen die Stadt Würzburg. 16.9.1959, S. 2. Personal A bis 2002. Signatur 98. SAW.

²¹⁵⁶ Beschluss der Spruchkammer München, Außenstelle Nürnberg im Verfahren Hans Streller. Nürnberg, 11.9.1950. B/037/1 „Streller Hans“.

²¹⁵⁷ § 1 Gesetz zum Abschluss der politischen Befreiung. Vom 27. Juli 1950. Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 17/1950, S. 1.

²¹⁵⁸ Schreiben von Hans Streller an die Stadtverwaltung Würzburg. Würzburg, 10.10.1950.

²¹⁵⁹ Schreiben von Stadelmayer an Hans Streller. Würzburg, 8.11.1950. B/037/1 „Streller Hans“.

Mit seiner Bitte hatte Streller jedoch schlafende Hunde geweckt. Denn Stadelmayer sandte ein Einschreiben an den Bayerischen Ministerpräsidenten, in welchem er um die Aufhebung der Einstellung des Prozesses gegen Streller bat. Stadelmayer schrieb, dass die Stadtverwaltung zwar prinzipiell sehr auf Versöhnung aus sei, doch:

„Dagegen müssen wir darauf bestehen, dass einige ganz wenige Leute, die in den zwölf Jahren [...] wirklich die bösen Geister der Verwaltung waren und vor denen nicht nur die Belegschaft, sondern auch viele Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt [...] gezittert haben, jetzt nicht so behandelt werden, als ob sie an dem damaligen großen Unglück nicht beteiligt gewesen wären.“²¹⁶⁰

Bei der Personalausschusssitzung einen Monat später unterrichtete Stadelmayer den Stadtrat, dass Streller mittlerweile auch dank der Aussagen von städtischen Angestellten und Beamten als Mitläufer eingestuft worden sei. Durch seinen Einspruch wurde die Frist für die Rechtskraft gerade noch gehemmt.²¹⁶¹ Stadelmayer suchte auch weiterhin im Einvernehmen mit dem Personalausschuss nach Zeugen, um Streller eine aktive Betätigung als Nationalsozialisten und Nutznießer nachweisen zu können und ihn doch noch in die Gruppe II einstufen zu können.²¹⁶²

Streller gab jedoch nicht auf und erneuerte am 3. Juni 1952 seinen Antrag auf Übergangsgelalt. Er wies darauf hin, dass er Beamter auf Lebenszeit sei, und seinen Dienst in der öffentlichen Verwaltung bereits 1908 begonnen habe.²¹⁶³

Da er jedoch offensichtlich nur wegen seines Parteibuchs befördert worden war,²¹⁶⁴ lehnte der Stadtrat mit Stimmenmehrheit ein Jahr später den Antrag Strellers ab, „[...] weil er glaubt, dass eine Leistung an Streller als Exponenten des 3.Reiches gegenüber der Bevölkerung nicht vertreten werden kann.“²¹⁶⁵ Mittlerweile war dieser Entschluss jedoch nicht mehr so einfach. In einer vorangegangenen Personalausschusssitzung war die Stimmung äußerst gereizt gewesen, weshalb keine Abstimmung erfolgte. Und auch nun war der Beschluss keineswegs einstimmig durchgegangen.²¹⁶⁶

Damit war es jedoch noch immer nicht genug. Streller erhob gegen diesen Bescheid im September 1953 Beschwerde, um sein Übergangsgelalt

²¹⁶⁰ Einschreiben von Stadelmayer an den Bayerischen Ministerpräsidenten. Würzburg, 18.11.1950. B/037/1 „Streller Hans“.

²¹⁶¹ Personalausschusssitzung vom 18.12.1950. Würzburg, 18.12.1950. B/037/1 „Streller Hans“.

²¹⁶² Schreiben von Stadelmayer an die sechs Fraktionsvorsitzenden. Undatiert. Ebenda.

²¹⁶³ Schreiben von Hans Streller an den Stadtrat Würzburg. Würzburg, 3.6.1952. Ebenda.

²¹⁶⁴ So z.B.: „Mit Rücksicht auf die Verdienste im Kampfe um die nationale Erhebung wird Obersekr. Streller ab 1.4.34 zum Verw. Inspektor in Bes. Gr. 43 mit B.V.A. vom 1.4.26 ernannt.“ Geheime Stadtratsitzung vom 12.4.1934, S. 74. Rp 399.

²¹⁶⁵ Beschluss des Stadtrats betreffend das Übergangsgelalt an Hans Streller. Würzburg, 15.5.1953. B/037/1 „Streller Hans“.

²¹⁶⁶ Schreiben von Stadelmayer an die Regierung von Unterfranken. Würzburg, 13.7.1953. Ebenda.

und die Erstattung der außerordentlichen Verfahrenskosten zu erhalten. Erst im Mai 1955 wies die Regierung von Unterfranken die Beschwerde zurück.

Daher stellte Streller noch im selben Monat eine Anfechtungsklage gegen den Freistaat Bayern vor dem Verwaltungsgericht. Von da an dauerte es drei Jahre bis die Anfechtungsklage im September 1958 abgewiesen wurde.

Das war Streller jedoch noch immer nicht genug. Einen Monat später legte er Berufung gegen das Urteil ein. Der Fall endete erst im September 1959, als der Bayerische Verwaltungsgerichtshof Strellers Anfechtungsklage zurückwies, ihm die Verfahrenskosten auferlegte und eine Revision am Bundesgerichtshof nicht zuließ.²¹⁶⁷

Der Exkurs zu Streller zeigt einerseits erneut Stadelmayer als Unbeugsamen, der den einstigen exponierten Vertretern des untergegangenen Regimes kein Steuerzahlergeld überlassen wollte. Andererseits ist es auch ein Beispiel für die Schwierigkeiten, welche die Stadt Würzburg mit ebendiesen Personen hatte, die nach der Gründung der Bundesrepublik auf Milde hofften und mit Geldforderungen aufwarteten. Vielleicht erklärt sich so besser der Umgang der Stadt mit Theodor Memmel, auch wenn dieser abseits seiner Posten keine Streller gleichkommenden Belastungen vom Goldenen Parteiabzeichen bis zum Nutznießertum vorweisen konnte. Zu guter Letzt ist der Fall Streller ein Beispiel dafür, dass die einstige Rolle bestimmter Personen des Dritten Reiches im Laufe der Zeit nicht vollkommen vergessen wurde, und er dementsprechend keine Gelder erhielt. Er durchging sehr ähnliche Rechtswege wie Memmel – nur ohne Erfolg. Dies ist ein Einzelbeispiel dafür, dass die Rechtsprechung der jungen Bundesrepublik gegenüber alten Nationalsozialisten keinesfalls immer nur gnädig gestimmt war.

²¹⁶⁷ Urteil in der Anfechtungssache Streller gegen Stadt Würzburg, S. 3ff. und 11f.

XVI. Übersiedelung in den Westen

Paul Mey blieb nach Kriegsende in Halle und war beim Sparkassenverband tätig. 1956 übersiedelte er nach Hagen in Westfalen. Hier stellt sich die Frage nach den Übersiedlungsgründen und -umständen sowie nach seinem Verhältnis zur Adelpia.

Die Hoffnung auf eine echte Demokratie in der SBZ starb schon wenige Monate nach der Zulassung der ersten Parteien. Die erzwungene Vereinigung von SPD und KPD zur SED im April 1946 erfolgte zunächst noch unter dem Versprechen, es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus geben und keinen Stalinismus. Doch schon bald zeigte sich, dass die Konkurrenz durch die anderen Parteien zu groß für die SED war. Daher schritt ab 1947 vermehrt die Sowjetische Militäradministration ein, um das politische Geschehen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Im Januar 1949 adaptierte die SED das System des Demokratischen Zentralismus.²¹⁶⁸ Dieses von Wladimir Iljitsch Lenin (1870-1924) erdachte Prinzip sah vor, dass eine Entscheidung durch das höchste Gremium nicht mehr weiter hinterfragt werden durfte. Es wurde zuerst innerhalb der Partei, und anschließend im Staat angewandt und bildete eine Grundlage für die Unterdrückung Andersdenkender.²¹⁶⁹ Der dazugehörige Staat wurde am 7. Oktober 1949 aus der Taufe gehoben und erhielt den Namen DDR. Eine Wiedervereinigung rückte damit in weite Ferne und auf deutschem Boden gedieh eine neue Diktatur.

Schon in der Besatzungszeit hatte sich gezeigt, dass die Umsetzung kommunistischer Ideen wie die Kollektivierung der Landwirtschaft, Verstaatlichungen von Betrieben und Planwirtschaft zusammen mit den Reparationen eine tiefgreifende Belastung für das kriegsgeschundene Mitteldeutschland darstellte. Gleichzeitig verhinderte das strenge bürokratische System Verbesserungen.²¹⁷⁰

Schnell machte sich auch ein neuer alter Untertanengeist breit, um möglichst unbehelligt im neuen Staat existieren zu können.²¹⁷¹ Mit der Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) schuf sich die SED-Diktatur im Februar 1950 ein Organ, das in Teilen alle bisherigen Geheimdienste in den Schatten stellen sollte. Es verstand sich als „Schild und Schwert der Partei“ und somit des Staates. Diese Selbstbezeichnung zeigt seine Hauptaufgaben, Kontrolle und Repression, um das System zu erhalten. Durch teilweise geheime Sondergesetze konnte das MfS unbeschränkt

²¹⁶⁸ WEBER, HERMANN: Die DDR 1945-1990 (= Oldenburg Grundriss der Geschichte. Band 20). 5. Auflage. München, 2012, S. 15-21.

²¹⁶⁹ HARTMANN, JÜRGEN: Politik und Gesellschaft in Osteuropa. Eine Einführung. Frankfurt am Main, 1983, S. 73.

²¹⁷⁰ WEBER: Die DDR 1945-1990, S. 12f. und 37ff.

²¹⁷¹ WOLLE, STEFAN: Der große Plan. Alltag und Herrschaft in der DDR (1949-1961). Berlin, 2013, S. 16, 40-47 und 117-131.

und unkontrolliert Bürger bespitzeln, verhören, inhaftieren und Personen auf ganz eigene Art und Weise durch Zersetzungsmaßnahmen bestrafen.²¹⁷² Das exponentielle Wachstum der Staatssicherheit begann nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953, als das Regime erstmals überraschend von innen heraus bedroht wurde und nur dank sowjetischer Panzer die Ordnung wiederherstellen konnte. Doch während die Führung gegenüber den Forderungen der demonstrierenden Arbeiter eingeknickt war, wurden Oppositionelle in der Folgezeit nur noch umso härter verfolgt.²¹⁷³ Einer der Schwerpunkte der Ausschreitungen am 17. Juni 1953 war die Stadt Halle. Tausende Demonstranten stürmten die SED-Bezirksleitung und die Haftanstalten.²¹⁷⁴

Gleichzeitig verhinderte das MfS durch seine Unterdrückung die Äußerung von Verbesserungsvorschlägen und Reformwünschen, was dazu führte, dass sich die Misswirtschaft ungehindert ausbreiten konnte. Dies alles hatte zur Folge, dass der Flüchtlingsstrom in den Westen trotz Gegenmaßnahmen nicht abbrach. Die massenhafte Republikflucht samt ihrer Verfolgung wiederum strafte die Bezeichnung des Satellitenstaates als „Arbeiter- und Bauernparadies“ Lügen.²¹⁷⁵ Und obgleich sich die DDR gerne als „Friedensstaat“ sah, wurde die Gesellschaft von früh an erneut militarisiert.²¹⁷⁶ Der marxistische Traum von einer besseren Gesellschaft konnte durch Menschenrechtsverletzungen und die desolante Wirtschaft im real existierenden Sozialismus nicht umgesetzt werden und scheiterte schließlich. Daran konnte auch die Stasi trotz ihrer umfänglichen Befugnisse und Möglichkeiten nichts ändern.

Da Paul May nach wie vor keine Ruhestandsbezüge von der Stadt Halle für seine dortige Dienstzeit erhielt, nahm er ab November 1945 den Posten als Verbandsvorsteher beim Sparkassenverband der Provinzen Sachsen, Thüringen und Anhalt an. Von Mai 1946 bis November 1952 war er dort Geschäftsführer. Anschließend arbeitete er bis Mai 1954 als Referent beim Rat des Bezirks Halle.²¹⁷⁷ Die von der Volksvertretung (Bezirkstag) gewählten

²¹⁷² FRICKE, KARL WILHELM: MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit. Analyse und Dokumente. Köln, 1991, S. 11f.

²¹⁷³ WILKE, MANFRED/VOIGT, TOBIAS: „Neuer Kurs“ und 17. Juni – Die zweite Staatsgründung der DDR 1953. In: HEGEDÜS, ANDRÁS B./WILKE, MANFRED (Hrsg.): Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs“. 17. Juni 1953 in der DDR. Ungarische Revolution 1956 (=Studien des Forschungsverbundes SED-Staat). Berlin, 2000, S. 24-135, hier S. 132.

²¹⁷⁴ Bericht der Hauptverwaltung Deutsche Volkspolizei über die Unruhen in der Zeit vom 16.6. bis 22.6.1953, ohne Datum. In: HOFFMANN, DIERK/SCHMIDT, KARL-HEINZ/SKYBA, PETER (Hrsg.): Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949-1961. München, 1993, S. 163-171, hier S. 165ff.

²¹⁷⁵ WEBER, HERMANN: Geschichte der DDR. 2. Auflage. München, 1999, S. 171.

²¹⁷⁶ WAIBEL, HARRY: Der gescheiterte Anti-Faschismus der SED. Rassismus in der DDR. Frankfurt a.M., 2014, S. 50-61.

²¹⁷⁷ Meldebogen Dr. Paul May. Personalien. Ermittlungsbericht von Ultn. Kopper betreffend Dr. May. Halle, 13.7.1955. 13661/19Z.

Räte der Bezirke waren innerhalb des Staatsaufbaus der DDR selbstständige Vollzugsorgane mit wichtigen Funktionen. Zur Unterstützung ihrer Arbeit hatten sie Fachorgane, zu denen unter anderem auch selbstständige Referate gehörten. Diese wiederum unterstanden nach dem Prinzip der „doppelten Unterstellung“ sowohl ihrem Rat, als auch dem Fachorganleiter auf der übergeordneten Staatsebene.²¹⁷⁸ Dass May ohne SED-Parteibuch trotz seiner NSDAP-Vergangenheit ein wichtiges beratendes Amt inne hatte, zeigt, dass auch das neue Regime seine Kompetenzen schätzte und benötigte. 1954 ging er schließlich in Rente und füllte seine neu gewonnene Freizeit von November des Jahres bis März 1956 als Vorstandsmitglied der evangelischen Stadtmission Halle.²¹⁷⁹

Die Altersversorgung von ehemaligen Beamten blieb in der DDR lange unklar und verlief sehr schleppend. Dies betraf sowohl die Berechnung als auch die Auszahlung. Die hauptsächliche Ursache hierfür war die Planwirtschaft.²¹⁸⁰ 1950 erschien eine neue Regelung:

„Bei Personen, die während ihrer Mitgliedschaft zur NSDAP oder zu ihren Gliederungen befördert worden sind, wird das Durchschnittseinkommen nach der Besoldungsgruppe berechnet, der sie vor ihrer Beförderung angehört haben.“²¹⁸¹

Da sehr viele ehemalige Beamte von dieser Regelung betroffen waren, kam es zu einer Eingabenflut beim Ministerium für Arbeit. Trotzdem blieb das Ministerium bei dieser Regelung um Geld zu sparen und um den nichtbelasteten Beamten weiterhin einen Vorteil zu gewähren.²¹⁸² Männern war es in der DDR möglich ab 65 Jahren in Rente zu gehen. Eine Fortführung der versicherungspflichtigen Tätigkeit hingegen, wie es bei May der Fall war, zog keine Rentenerhöhung mit sich. Bei der Einheitsrente der DDR zeigte sich in der Praxis, dass diejenigen, die vor dem Krieg ein relativ hohes Einkommen gehabt hatten, nun bei der Auszahlung benachteiligt wurden.²¹⁸³ Paul May erhielt schließlich ab 1954 mit seinen 67 Jahren eine monatliche Rente in Höhe von 256,60 Mark einschließlich Ehegattenzuschlag aus der Sozialversicherung.²¹⁸⁴ Die durchschnittliche Altersrente betrug 1952 90,70 Mark, im Jahr 1957 126 Mark, die Mindestrente 1952 75 Mark und

²¹⁷⁸ FEDDERSEN, DIETER: Die Rolle der Volksvertretungen in der Deutschen Demokratischen Republik (= Veröffentlichungen des Instituts für internationales Recht an der Universität Kiel). Hamburg, 1965, S. 178-181. GLAESNER, GERT-JOACHIM: Die andere deutsche Republik. Gesellschaft und Politik in der DDR. Opladen, 1989, S. 160ff.

²¹⁷⁹ Meldebogen Paul May.

²¹⁸⁰ CARIUS: Projekt Einheitssozialversicherung, S. 202 und 264.

²¹⁸¹ Durchführungsbestimmung zur Anordnung über Zahlung von Renten an ehemalige Beamte und deren Hinterbliebene aus Mitteln der Sozialversicherung. Vom 24.8.1950. Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik (GBl) 1950 Nr. 101, S. 943f.

²¹⁸² CARIUS: Projekt Einheitssozialversicherung, S. 263f.

²¹⁸³ RUß, WERNER: Die Sozialversicherung in der DDR. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Zielsetzungen der marxistisch-leninistischen Sozialpolitik. 2. Auflage. Frankfurt am Main, 1982, S. 336ff.

²¹⁸⁴ Antrag auf Übersiedelung von Paul und Charlotte May.

1959 115 Mark.²¹⁸⁵ Mays Rente in der DDR war demzufolge ein sehr geringer Lohn für seine langjährige erfolgreiche Tätigkeit als promovierter Fachmann auf hohen und verantwortungsvollen Posten im kommunalen Dienst.

Mays Schwiegersohn Hermann Schüttoff kam 1947 aus russischer Kriegsgefangenschaft und zog nach Westdeutschland. Durch verwandtschaftliche Beziehungen erhielt er in Hagen eine Anstellung in einer Papierfabrik. Am 25. Mai 1954 siedelte Mays Tochter Dorothea zusammen mit ihrem Sohn Klaus und samt Mobiliar in den Westen zu ihrem Mann über.²¹⁸⁶ Da Paul May in diesem Jahr in Rente gegangen war, dürfte der Ausreiseantrag seiner Tochter damit zusammenhängen. Möglicherweise wollte sie durch ihren Weggang nicht seine Stellung belasten. Rentner waren zudem eine monetäre Belastung für die DDR, weswegen die Behörde Anträge für Westbesuche und Übersiedelungen im Vergleich zum Rest der Bevölkerung deutlich großzügiger annahm. Der Grenzübertritt ohne Genehmigung wurde erst einige Monate später durch das Pass-Gesetz vom 15. September 1954 strafrechtlich verfolgt.²¹⁸⁷ Offenbar wurde an Dorotheas Ausreiseantrag seitens des MfS keine Bedeutung zugemessen, denn über sie existiert nach Auskunft der Stasiunterlagenbehörde keine Akte.

May scheint sich zunächst angepasst zu haben. Er gehörte seit unbekanntem Zeitpunkt zwei Massenorganisationen an: Dem Kulturbund der DDR und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF).²¹⁸⁸ Ersterer entstand schon im Juli 1945 als zunächst überparteiliche Dachorganisation der Kulturschaffenden. Er war vor allem für Intellektuelle von Interesse. Nachdem er bis 1949 seine Neutralität zwangsweise langsam aufgegeben hatte, verlor er jedoch in der Folgezeit tausende von Mitgliedern.²¹⁸⁹

Die DSF existierte seit 1947. Ihrem Namen entsprechend sollte sie die antisowjetische Haltung der Deutschen überwinden und den kulturellen Austausch der beiden Länder unterstützen. Sie war weitaus stärker von kommunistischer Ideologie geprägt als der Kulturbund. Bald entwickelte sich eine gewisse Konkurrenz zwischen den beiden Organisationen, da die DSF auch schneller wuchs. Ihr trat man üblicherweise aus Überzeugung bei. Die Mitglieder bestanden aus linken Intellektuellen, prominenten Personen aus dem bürgerlichen Lager sowie aus Nazigegnern. Anfangs war die

²¹⁸⁵ HOFFMANN, ELKE: Das Alterssicherungssystem in der DDR: Zur Geschichte der Rentengesetzgebung 1946-1990 (= Beiträge zur Gerontologie und Altenarbeit). Berlin, 1995, S. 35ff.

²¹⁸⁶ Antrag auf Übersiedelung von Paul und Charlotte May.

²¹⁸⁷ Pass-Gesetz der Deutschen Demokratischen Republik. Vom 15. September 1954. GBl 1954 Nr. 81, S. 786.

²¹⁸⁸ Entstehungsbericht von Ultn. Kopper. Halle, 25.4.1955. 13661/19Z.

²¹⁸⁹ DIETRICH, GERD: Kulturgeschichte der DDR. Band I: Kultur in der Übergangsgesellschaft 1945-1957. Göttingen, 2018, S. 93-100 und 288-291.

DSF eng an die sowjetische Militäradministration gebunden und von ihr gefördert.²¹⁹⁰

Die Sparkassenmitarbeiter der DDR wiesen um 1950 eine besonders hohe Dichte an SED- und DSF-Mitgliedern auf.²¹⁹¹ Möglicherweise versuchte May mit der Zugehörigkeit zur DSF seine Anstellung zu sichern, gerade in Hinblick auf seine NSDAP-Vergangenheit.

Sonderlich euphorisch dürfte May aber wohl dennoch nicht über den „Arbeiter- und Bauernstaat“ gewesen sein. Den Nachbarn fiel es auf, dass er an Staatsfeiertagen weder Fahnen noch Transparente am Haus anbrachte. Dies ist umso ungewöhnlicher, da seine Frau als „Straßenvertrauensmann“ fungierte und sich in diesem Amt sehr bemühte.²¹⁹² Da im Normalfall dieser ehrenamtliche Posten an eine Parteimitgliedschaft gebunden war, ist es möglich, dass Charlotte May SED-Mitglied gewesen war. Der „Straßenvertrauensmann“ arbeitete mit der gewählten Hausgemeinschaftsleitung zusammen und half bei kommunalen Angelegenheiten. Ihm untergeordnet war der Hausvertrauensmann, welcher die Bezugskarten für Lebensmittel und Brennstoff vergab, was ihm eine gewisse Macht im Alltag verlieh. Er war außerdem für das Hausbuch zuständig, in dem die Bewohner und ihre Besucher – besonders die aus dem Westen – verzeichnet wurden. Straßen- und Hausvertrauensmann konnte ein Bürger auch in Personalunion sein. Durch ihre politischen und Überwachungsaufgaben waren beide Teil des Bespitzelungsstaates.²¹⁹³

May besuchte mit seiner Frau jeden Sonntag den evangelischen Gottesdienst, was ihn verdächtig machte.²¹⁹⁴ Das Politbüro unterstellte der katholischen und evangelischen Kirche gerne, sie seien Funktionäre von Adenauers kriegstreiberischer Politik, um den Aufbau der DDR zu stören und zu hemmen.²¹⁹⁵ Trotzdem zieht UDO BARON den Schluss:

„Als Fazit bleibt die Erkenntnis, dass es der SED mit ihren formalen Zugeständnissen an die evangelische Kirche in einer der kritischsten Phasen ihrer Existenz [17. Juni, Anm. d. Verf.] gelungen war, deren Loyalität und öffentliche Zurückhaltung zu erlangen. Ungewollt trug die

²¹⁹⁰ HARTMANN, ANNELI/EGGELING, WOLFRAM: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Zum Aufbau einer Institution in der SBZ/DDR zwischen deutschen Politzwingen und sowjetischer Steuerung (= Aus Deutschlands Mitte. Band 25). Bonn, 1993, S. 17-27.

²¹⁹¹ WYSOCKI, JOSEF/GÜNTHER, HANS-GEORG: Geschichte der Sparkassen in der DDR 1945 bis 1990 (= Sparkassen in der Geschichte. Abteilung 3: Forschung, Band 8). Stuttgart, 1998, S. 230.

²¹⁹² Ermittlungsbericht, 13.7.1955.

²¹⁹³ EIK, JAN: DDR-Deutsch. Eine entschwundene Sprache. 2. Auflage. Berlin, 2018, S. 20f. WOLF, BIRGIT: Sprache in der DDR. Ein Wörterbuch. Berlin, 2000, S. 219. Dritte Durchführungsbestimmung zur Meldeordnung der Deutschen Demokratischen Republik. Vom 6.11.1951. GBl 1950 Nr. 161, S. 1214.

²¹⁹⁴ Ermittlungsbericht, 13.7.1955.

²¹⁹⁵ Beschluss des Politbüros zur Kirchenpolitik, 14.3.1954. In: HOFFMANN/SCHMIDT/SKYBA: Die DDR vor dem Mauerbau, S. 203-207.

evangelische Kirche dadurch mit zur Befriedung der Bevölkerung im Interesse der SED-Führung bei.“²¹⁹⁶

Am 26. April 1955, also ein Jahr nach Mays Renteneintritt, beschloss das Staatssekretariat für Staatssicherheit, über ihn einen Überprüfungs-vorgang anzulegen. Der Anlass hierzu war der Vorwurf, dass er mit ehemaligen Sparkassenmitarbeitern, die nun in Westdeutschland wohnten, in Kontakt stehe. Nach einem Besuch in der Bundesrepublik habe May die hiesigen Sparkassenmitarbeiter angesprochen und sie darauf hingewiesen, dass sie gute Stellungen und gutes Einkommen erhalten würden, wenn sie in den Westen übersiedelten. Es wurde sogar vermutet, dass er dies im Auftrag einer unbekannt westdeutschen Organisation tat.²¹⁹⁷

Begründet wurde der Verdacht mit der Befragung von zwei Mitarbeitern der Sparkasse Halle, die tags zuvor stattgefunden hatte. Einer von ihnen, ein gewisser „Genosse Scholz“, sagte über May aus: „Er ist allgemein als ein Beamtentyp bekannt. Er verfügt über sehr gute Beziehungen zu allen Stellen.“²¹⁹⁸ Besonders verdächtig war aber die Tatsache, dass fast alle Mitarbeiter des ehemaligen Sparkassenverbandes nun in höheren Posten im Westen tätig waren. So auch die drei Leiter der Sparkasse Halle, die zwischen 1945 und 1950 dort tätig gewesen waren.

„Diese Verhältnisse haben viel dazu beigetragen, dass eine große Anzahl von Angestellten der Halleschen Sparkassen und auch Angestellte anderer Sparkassen aus unserem Bezirk nach Westdeutschland fast ausschließlich illegal gegangen sind und dort die meisten wieder in der Sparkassenorganisation eingesetzt worden sind.“²¹⁹⁹

Hier werden typische Kennzeichen einer totalitären Diktatur sichtbar: Wer nicht der staatstragenden Partei und ihren Organisationen angehört, hat es schwer, höhere Positionen zu bekommen.²²⁰⁰ So erhielt man in der DDR zwar scheinbar linientreue Personen an wichtigen Schaltstellen, bremste aber qualifizierte Kandidaten aus und desillusionierte sie. Außerdem lässt dieser Vorgang den Schluss zu, dass viele Sparkassenmitarbeiter mit der Arbeits- und Finanzpolitik der SBZ/DDR nicht einverstanden waren und sich in den Westen absetzten, wo ihre Fähigkeiten ebenfalls gefragt waren.

²¹⁹⁶ BARON, UDO: Die fünfte Kolonne? Die evangelische Kirche in der DDR und der Aufbau des Sozialismus. In: KOWALCZUK, OLKO-SASCHA/MITTER, ARMIN/WOLLE, STEFAN (Hrsg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54 (= Forschungen zur DDR-Geschichte. Band 3). Berlin, 1995, S. 311-334, hier S. 333.

²¹⁹⁷ Beschluss für das Anlegen eines Überprüfungs-Vorgangs über Paul May. Halle, 26.4.1955.

²¹⁹⁸ Unterredung mit Gen. Scholz.

²¹⁹⁹ Unterredung mit Gen. Scholz.

²²⁰⁰ Zur Kritik an Vergleichen von DDR und Drittem Reich siehe: WIPPERMANN, WOLFGANG: Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich. Berlin, 2009.

Der Aufgabenbereich der Sparkassen wurde bereits 1945 auf Einlagegeschäfte und kurzfristige Kredite bis 5.000 RM beschränkt. Privatbanken durfte es in der wettbewerbslosen sozialistischen Planwirtschaft nicht mehr geben. 1952 mussten alle Konten von Betrieben mit mehr als zehn Mitarbeitern an die Deutsche Notenbank abgegeben werden. Da die DDR stets unter Kapitalknappheit litt, wurden verschiedene Sparformen eingeführt, die meistens scheiterten und wieder aufgegeben wurden. Die Sparkassen in der DDR hatten also eine weitaus geringere Bedeutung und einen kleineren Handlungsspielraum als ihre Pendants in der Bundesrepublik.²²⁰¹ Zu Beginn des Jahres 1946 hatte die Deutsche Zentralfinanzverwaltung eine neue Mustersatzung für die Sparkassen der SBZ aufgestellt, die ein Jahr später von der Sowjetischen Militäradministration genehmigt wurde. Gegen die neue Satzung gab es großen Widerstand, vor allem seitens des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, der damals noch nicht vollkommen gleichgeschaltet war. Dieser vermisste Mitbestimmungsmöglichkeiten, welche eigentlich durch die für die SBZ geltende Kontrollratsgesetzgebung garantiert waren. Zu Änderungen kam es jedoch trotzdem nicht.

Die Entnazifizierung bedeutete auch für die Sparkassen große personelle Umwälzungen, was einen Neustart nicht gerade erleichterte. Das neue politische System zeigte im jeweiligen Arbeitsbereich seine Präsenz durch die Betriebsgruppen der SED.²²⁰² Auch wenn die Sparkassen für die Partei nicht so relevant waren, änderte das jedoch nichts an den Befugnissen des Parteisekretärs. Daher zeigten sich die Sparkassenleiter darum bemüht, nicht mit diesem oder der Gewerkschaft aneinanderzugeraten. Denn einen solchen Konflikt konnten sie kaum gewinnen.

Die Degradierung der Sparkassen machte sich auch beim Gehalt bemerkbar. Die Vergütung war vom einfachen Mitarbeiter bis hin zum Leiter unterdurchschnittlich, weshalb viele eine andere Arbeitsmöglichkeit anstrebten. Außerdem gab es keine Gehaltserhöhungen anhand des Dienstalters. Dementsprechend herrschte vor allem in den 1950er Jahren Personalmangel und Mitarbeiterfluktuation.²²⁰³

Da Personen, die nicht der SED oder aber gar einer anderen Partei angehörten in ihrer Laufbahn benachteiligt wurden, ist es nicht verwunderlich, dass viele Mitarbeiter ihr Heil im Westen suchten. Hinzu kamen selbstverständlich noch die anderen speziellen Umstände in der DDR, die eine Arbeit für die westdeutsche Sparkasse attraktiv erscheinen ließen.

²²⁰¹ MURA, JÜRGEN: Entwicklungslinien der deutschen Sparkassengeschichte (= Sparkassen in der Geschichte. Abteilung 3: Forschung Band 2). Stuttgart, 1987, S. 271ff., 284 und 287.

²²⁰² REISCHMANN, MARIA: Zum Aufbau der Betriebsgruppen. In: Neuer Weg. Monatsschrift für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung. 1. Jahrgang 1946. Heft 9, S. 18ff.

²²⁰³ WYSOCKI/GÜNTHER: Geschichte der Sparkassen in der DDR, S. 39f., 51-58 und 231-234.

„Genosse Scholz“ berichtete, dass sich Paul May bei einem Besuch seiner Tochter mit dortigen Sparkassenkollegen über die Situation in der DDR unterhalten habe. May stand, obwohl er bereits Rentner war, noch immer in gutem Kontakt zu vielen Sparkassenmitarbeitern, selbst wenn sie erst nach seinem Renteneintritt gekommen waren. Dies hing mit seinem fundierten Wissen zusammen, das er nicht für sich behielt. Außerdem hielt er für die Abendschule des ersten Lehrjahrs Unterricht in den Räumlichkeiten der Sparkasse.²²⁰⁴ Diese Abendkurse waren in der DDR ein wichtiges Instrument, um mit geschultem Personal den Fachkräftemangel zu beheben.²²⁰⁵ Außerdem veröffentlichte May Artikel in Fachzeitschriften. Einige der lokalen Sparkassenmitarbeiter waren mit ihrem beruflichen Werdegang unzufrieden, und gerade die CDU-Mitglieder unter ihnen befürchteten eine Benachteiligung wegen ihrer Parteizugehörigkeit. In diesem Zusammenhang äußerte Scholz den Verdacht, dass May für die Unzufriedenheit verantwortlich sei, und sogar Stellenangebote in Westdeutschland vermittele. Auch der zweite zu dieser Sache vernommene Sparkassenmitarbeiter konnte über ähnliche, geradezu mysteriöse Machenschaften von May berichten.

Anhand dieser beiden Aussagen schloss der Berichterstatter, dass May versuchte, das gute Personal der Sparkassen in Halle und Umgebung zu beeinflussen und zur Übersiedlung in den Westen zu bewegen. Mays höheres Ziel dabei sei, das gesamte Sparkassenwesen zu destabilisieren.²²⁰⁶

Dass dies tatsächlich seine Absicht war, ist angesichts seines Engagements für den Sparkassenverband höchst zweifelhaft. Außerdem war er bis dahin nie intrigant in Erscheinung getreten. Wenn May tatsächlich Sparkassenmitarbeitern Posten im Westen verschaffte, dann eher um ihre Lebenssituation zu verbessern. Dies ist auch aus den Aussagen von Scholz recht deutlich zu ersehen. Der Grund für die Flucht, beziehungsweise die generelle Unzufriedenheit von vielen Sparkassenmitarbeitern lag in der allgemeinen oder berufsbezogenen Politik. Das war scheinbar außerhalb der bericht- oder aber denkbaren Sichtweise für Angehörige der Staatssicherheit. Stattdessen sah der für diesen Fall verantwortliche Stasi-Mitarbeiter Unterleutnant (Ultn.) Kopper nunmehr den erbrachten Beweis für Sabotagebemühungen durch den Westen, denen sich nun auch May angeschlossen habe. „Die anderen“ wurden einmal mehr als Schuldige bemüht, bevor man die Fehler in den eigenen Reihen suchte.

Noch am selben Tag veranlasste Kopper eine Einsicht in Personalakten und Unterlagen. Außerdem sollten ein Zweigstellenleiter sowie eine Telefonistin als Geheime Informanten angeworben werden. Darüber hinaus ließ er

²²⁰⁴ Bericht von Genosse Rowanowski. 13661/19Z.

²²⁰⁵ WYSOCKI/GÜNTHER: Geschichte der Sparkassen in der DDR, S. 229f.

²²⁰⁶ Bericht von Rowanowski.

durch die Abteilung M eine Postüberwachung von May einleiten.²²⁰⁷ Dieser stand nun im Verdacht, „Schädlingstätigkeit gegen die DDR“ durchzuführen.²²⁰⁸ Mit dieser Bezeichnung versah man Personen, die – nach sowjetischem Vorbild – als Verursacher der schlechten wirtschaftlichen Lage der DDR dienen konnten. Doch selbst der juristische Nachweis für Sabotage gelang nur selten.²²⁰⁹ Da der Entwurf des Allgemeinen Strafprozessbuchs der DDR von 1952/53 im Zuge der Entstalinisierung von der Sowjetischen Kontrollkommission abgelehnt wurde, trifft man auf den legislativen Begriff „Schädlingstätigkeit“ erst im Strafergänzungsgesetz von 1957. Bis dahin galt der SMAD-Befehl Nr. 160 betreffend Sabotage und Störungshandlungen. Als Strafe sah er bis zu 15 Jahre Gefängnis, in schweren Fällen den Tod vor.²²¹⁰ Es war also keineswegs ein leichtfertiger Begriff, den Kopper gegen May verwendete.

Unterleutnant Kopper war es möglich, innerhalb der nächsten Tage weitere Unmutsäußerungen von Sparkassenmitarbeitern mitzubekommen.²²¹¹ Außerdem erhärtete sich der Verdacht, dass May einem von ihnen eine mit 800 DM vergütete Stelle als Statistiker in Westdeutschland angeboten hatte.²²¹² Damit geriet dieser ebenfalls unter Verdacht und wurde entsprechend überwacht. Gleichzeitig sollte versucht werden, ihn als Geheimen Informator zu gewinnen.²²¹³ Mittlerweile hatte die Operation auch einen Decknamen: Giro.²²¹⁴

May wurde nun folgendermaßen charakterisiert:

„Ihm wurde ein überragendes Wissen in Sparkassenangelegenheiten, insbesondere in Rechtsfragen und Kreditgeschäften nachgesagt. Bei Sparkassentagungen und Fachschulungen hielt er wichtige Referate. Er hat keine besondere Rednergabe, aber große Sparkassenkenntnisse, so dass er trotz seines hohen Alters in Aktion trat.“²²¹⁵

„Im Wohngebiet lebt er zurückgezogen, ist den Hausbewohnern gegenüber sehr freundlich und hat einen guten Leumund.“

²²⁰⁷ Operativplan betreffend Dr. May. Halle, 25.4.1955. 13661/19Z.

²²⁰⁸ Schreiben von Major Muth und Ultn. Kopper an die Abteilung M betreffend Einleitung der Postüberwachung über Dr. Paul May. Halle, 17.5.1955. Ebenda.

²²⁰⁹ HERZ, ANDREA (Hrsg.): Nicht – im Namen des Volkes. Politisches Strafrecht in der DDR 1949-1961 (= Quellen zur Geschichte Thüringens. Band 29). Erfurt, 2008, S. 79 und 95.

²²¹⁰ VORMBAUM, MORITZ: Das Strafrecht der Deutschen Demokratischen Republik (= Jus Poenale. Band 6). Tübingen, 2015, S. 68f., 164f. und 201.

²²¹¹ Aktenvermerk betreffend die Angelegenheit Dr. May. Halle, 28.4.1955. 13661/19Z.

²²¹² Bericht von Kopper betreffend die Unterredung mit Gen. Belger, Hauptreferent für Banken und Finanzen beim Rat des Bezirks. Ebenda.

²²¹³ Schreiben von Major Franke an das Staatssekretariat für Staatssicherheit – Bezirksverwaltung Halle – Abteilung 3 betreffend Verbindungen von ehemaligen Angehörigen des früheren Sparkassen-Verbandes Sachsen-Anhalt zu westdeutschen Sparkassen. Berlin, 2.6.1955. Ebenda.

²²¹⁴ Vorläufiger Plan zur Weiterbearbeitung des Vorgangs „Giro“. Halle, 15.6.1955. Ebenda.

²²¹⁵ Abschrift eines Berichts vom Geheimen Informator „Salem“. 13.6.1955. Ebenda.

[...] Politisch sowie gesellschaftlich tritt M. im Wohngebiet nicht in Erscheinung. [...]

Besuche erhält die Familie M. sehr selten.“²²¹⁶

May wird hier als eine Koryphäe beschrieben, die noch immer trotz des relativ hohen Alters von 67 Jahren Referate hielt und in maßgeblichen Fachzeitschriften veröffentlichte. Wenn die Beschreibung, dass er kein guter Redner war, stimmt, würde dies möglicherweise erklären, weshalb er weder in der DVP noch in der LDP höhere Positionen eingenommen hatte.

Inzwischen konnten drei Personen ermittelt werden, denen May Posten im Westen versprochen hatte, da für sie ein berufliches Weiterkommen in der DDR kaum möglich sei.²²¹⁷ Zudem legte eine ehemalige Sparkassensekretärin seit einem Besuch bei May ein „scheues, oft erschrecktes Wesen“ an den Tag. Außerdem mied sie zwei Kollegen, die nunmehr Geheime Informanten waren.²²¹⁸

Am 17. Oktober 1955 schlug die Postüberwachung Alarm: May hatte einem anderen DDR-Bürger mit geteilt, dass er beabsichtige, sein Haus in Wernigerode zu verkaufen oder zu verpachten und legal in den Westen übersiedeln.²²¹⁹ Tatsächlich stellte May zusammen mit seiner Frau am 14. Dezember einen Antrag auf Übersiedelung nach Westdeutschland. Als Begründung führte er den schlechten Gesundheitszustand von ihm und seiner Frau an. Paul May litt unter peripherer Atherosklerose unter Beteiligung des Gehirns, und Charlotte May hatte neben Rückenproblemen ein Herzleiden.²²²⁰ Wenn das Datum der Abschrift stimmt, dann erteilte die Stadt Hagen bereits im März 1954 den beiden eine Zuzugsgenehmigung.²²²¹ Demzufolge hat sich May frühzeitig darum gekümmert und den Gedanken zur Übersiedelung schon länger im Kopf gehabt. Viel einfacher wäre es jedoch für ihn gewesen, von einer seiner vielen Westreisen nicht zurück zu kommen. Stattdessen wählte er den längeren und gefährlicheren, dafür aber legalen Weg. Wäre der Antrag nicht genehmigt, stände er unter Beobachtung und im Misskredit bei Partei und Staat. Der einzig positive Aspekt daran war, dass bei einer legalen Übersiedelung sein Vermögen samt Immobilien nicht beschlagnahmt werden würden.

²²¹⁶ Ermittlungsbericht von Kopper betreffend Dr. May. Halle, 13.7.1955. Ebenda.

²²¹⁷ Zwischenbericht von Ultn. Kopper zum Überprüfungsverfahren 113/55. Halle, 18.7.1955. Ebenda.

²²¹⁸ Sachstandsbericht von Ultn. Kopper zum Überprüfungsverfahren 113/55. Halle, 8.8.1955. Ebenda.

²²¹⁹ Handschriftlicher Aktenvermerk von Ultn. Kopper betreffend eine Postsendung von Dr. May.

²²²⁰ Antrag auf Übersiedelung von Paul und Charlotte May.

²²²¹ Abschrift der Zuzugsgenehmigung für das Stadtgebiet Hagen in Westfalen von Paul und Charlotte May. 26.3.1954. Ebenda.

Unter dem Hintergrund, dass der Beschuldigte einen Umzug in den Westen plante, wurde der Vorgang „Giro“ nun größer aufgezogen. Über acht Personen in Mays Umfeld sollten Personalakten angelegt werden. Bei elf weiteren republikflüchtigen ehemaligen Sparkassenangestellten wollte die Staatssicherheit die Umstände ihres Weggangs untersuchen. Immerhin schien es Kopper langsam zu dämmern, dass auch an ganz anderer Stelle Handlungsbedarf nötig sein könnte: Er ordnete an, dass mit Hilfe eines Inoffiziellen Mitarbeiters festgestellt werden sollte, wie sich die Sparkassentätigkeit 1954 gegenüber 1955 entwickelt habe. Außerdem forderte er einen Bericht über die Entwicklung der Sparkassen im Bezirk Halle an.²²²² Nun stand May nicht mehr nur im Verdacht der „Schädlingstätigkeit“, sondern auch der Spionage gegen die DDR.²²²³ In Folge des Volksaufstandes von 1953 war die DDR-Regierung entschlossen, gegen tatsächliche und vermeintliche Widersacher eine härtere Gangart einzuschlagen. Allein im Jahr 1955 wurde in der DDR 29 Mal die Todesstrafe verhängt, hauptsächlich auf Grund der Anklagepunkte Spionage und Sabotage.²²²⁴

Während im Januar 1956 die Nationale Volksarmee in der DDR aufgestellt wurde,²²²⁵ plante die Familie May den Umzug nach Westdeutschland. Offenbar wollte Paul May jedoch nicht im Schlechten aus Halle weg. Dem Oberbürgermeister bot er etwa an, seine Bücher und Denkschriften zu Gemeindeangelegenheiten zu überlassen.²²²⁶

Das Problem der „Sparkassenflucht“ schien langsam bei den höheren Stellen anzukommen. Denn ein Oberleutnant Zeißig wollte mit May vor dessen Abreise noch „eine Aussprache bezüglich seiner Meinung über die Lage im Sparkassenwesen“ durchführen.²²²⁷

Mays Übersiedlungsantrag wurde tatsächlich genehmigt und so zog er am 3. April 1956 zunächst zu seiner Tochter nach Hagen in die Haldener Straße 69. Nach einem Monat bezog er mit seiner Frau eine eigene Wohnung in der Heinitzstraße 55.²²²⁸ Da May und seine Frau gemäß

²²²² Operativplan von Ultn. Kopper zum Überprüfungsverfahren 113/55. Halle, 23.12.1955. Ebenda.

²²²³ Schreiben von Major Muth und Ultn. Kopper an die Abteilung M betreffend Einleitung von Postüberwachung über Dr. May. Halle, 2.1.1956. Ebenda.

²²²⁴ POHL, DIETER: Justiz in Brandenburg 1945-1955. München, 2001, S. 262.

²²²⁵ Siehe hierzu: HEINEMANN, WINFRIED: Die DDR und ihr Militär (= Beiträge zur Militärgeschichte – Militärgeschichte kompakt. Band 3). München, 2011.

²²²⁶ Handschriftliche Abschrift eines Briefs von May an den OB von Halle. Halle, 24.1.1956. Ebenda.

²²²⁷ Aktenvermerk von Ultn. Kopper betreffend ÜV 113/55 telefonische Rücksprache mit HA III 13-H Gen. Oberltn. Zeißig. Halle, 9.2.1956. Ebenda.

²²²⁸ Auskunft aus der Melde-Archivkartei der Stadt Hagen.

Bundesvertriebenengesetz und Fremdrentengesetz den Bundesbürgern gleichgestellt waren, hatte er im Westen einen Pensionsanspruch.²²²⁹

Erst im Juli 1956 fand der Überprüfungsvorgang durch die Kreisdienststelle Halle-Saalkreis ein Ende. Im Abschlussbericht heißt es, dass zwar Verbindungen von May zu Westflüchtigen der Sparkasse festgestellt werden konnten aber keine Bestätigung des Vorwurfs der organisierten Abwerbung.²²³⁰

Bei diesem Vorgang ist auffällig, dass die Stasi abseits der Postüberwachung keine richtige Aktenrecherche betrieben hat. Die Feststellungen zu Mays Leben vor 1945 sind nur von sehr allgemeiner Natur. Dabei wäre es doch sicherlich auch für das MfS interessant gewesen, wie dessen politische Einstellung in der NS-Zeit gewesen war, und ob sich diese geändert hatte. Offenbar fand man bis zu seiner Übersiedelung nicht einmal heraus, dass er der NSDAP angehört hatte. Alleine mit dieser Information hätte sich der Sabotage- und Spionageverdacht ganz hervorragend aufbauschen lassen. Stattdessen baute der Stasimitarbeiter neben der überwachten postalischen Korrespondenz hauptsächlich auf Personenbefragungen. Hieraus resultierten jedoch naturgemäß widersprüchliche Angaben oder bloßes Hörensagen. Die wenig strukturierten Berichte von Unterleutnant Kopper zu May enthalten immer wieder wage Beschreibungen, die sich sogar ändern. Am 20. April 1955 füllte Kopper den Suchzettel zu May aus, sodass er auf das Archiv der Stasi zugreifen konnte. Dieses verfügte offensichtlich aber nur über sehr wenige Informationen über den bisher nicht auffällig gewordenen May. Am 25. des Monats gab Kopper einen ersten Entstehungsbericht ab. Erst am 13. Juli, also fast drei Monate später, konnte er mit den Informationen aufwarten, dass die zu überprüfende Person der DVP und der NSDAP angehört hatte und Offizier im Ersten Weltkrieg gewesen war. Den Name der Tochter Mays sowie deren genauen Aufenthaltsort in Westdeutschland erfuhr die Stasi nur durch Paul Mays eigenen Antrag auf Übersiedelung vom 14. Dezember 1955, da er dort beides erwähnte. Dass May Mitglied einer als „reaktionär“ und „bourgeois“ angesehenen schlagenden Burschenschaft in der Deutschen Burschenschaft²²³¹ war, blieb dem MfS vollständig verborgen. Während Unterleutnant Kopper mehrere Informationen zu Mays aktuellen Lebensverhältnissen herausfinden konnte, war es

²²²⁹ § 90 Gesetz über die Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (Bundesvertriebenengesetz – BVFG -). Vom 19. Mai 1953. BGBl I 1953 Nr. 22, S. 201-221, hier S. 217. Gesetz über Fremdrenten der Sozialversicherung an Berechtigte im Bundesgebiet und im Land Berlin, über Leistungen der Sozialversicherung an Berechtigte im Ausland sowie über freiwillige Sozialversicherung (Fremdrenten- und Auslandsrentengesetz). Vom 7. August 1953. Ebenda, S. 848-856.

²²³⁰ Abschlussbericht von Oberfeldwebel Zorn betreffend Ü.V. Nr. 113/55 Dr. May. Halle, 4.7.1956. 13661/19Z.

²²³¹ STEIGER, GÜNTER: Aufbruch. Urburschenschaft und Wartburgfest. Leipzig/Jena/Berlin, 1967, S. 8.

ihm mangels intensiver (Akten-) Recherche kaum möglich, die etwaigen Motive Mays zu dieser angeblichen Schädlingstätigkeit zu erörtern oder überhaupt zu hinterfragen. Das dürfte wohl auch politisch nicht gewollt gewesen sein. Schlussendlich war der gesamte Überprüfungsvorgang kaum die Mühe wert gewesen, denn Mays Übersiedelung in den Westen verlief reibungslos und nahm Unterleutnant Kopper seinen Hauptschuldigen. Zwar wurde nun die Tatsache, dass vermehrt Sparkassenmitarbeiter in den Westen flüchteten, bekannt. Wirkliche Maßnahmen ergriffen Staat und Partei aber nicht. Weder kam es zu weitergehenden Überwachungsvorgängen, noch wurden – was sicherlich sinnvoller gewesen wäre – die tatsächlichen Problemstellen im System erfasst und behoben. So blieb die Geschichte einer vom Westen aus organisierten Sabotage und Spionage gegen das Sparkassenwesen der DDR nicht beweisbar.

Paul Mays Leben in der DDR zeigt sich als widersprüchlich. Einerseits war er Mitglied im Kulturbund sowie der DSF und seine Frau „Straßenvertrauensmann“. Andererseits besaß er ein LDP-Parteibuch und hielt zusammen mit seiner Ehefrau der Kirche die Treue, obwohl diese von der Regierung als Opposition angesehen wurde. Und schlussendlich beriet May Sparkassenmitarbeiter über ihre Chancen im Westen und siedelte dorthin über. Ob es sich bei seiner Integration in den SED-Staat um Anpassung, Vortäuschung oder aber sogar anfängliche Überzeugung handelte, lässt sich schließlich mangels Quellen nicht mehr feststellen.

Zu ihrem eigenen Schutz tauchten weder Paul May noch andere Bundesbrüder aus der SBZ/DDR in den Bundeszeitungen *Adelphias* auf.²²³² Dennoch muss May Kontakt zu seiner alten Verbindung gehabt haben, da er nicht in der 1951 im Mitteilungsblatt erschienen langen Liste derer auftaucht, von denen man seit Kriegsende nichts gehört hatte.²²³³ Er wurde schließlich erst nach seiner Übersiedelung nach Hagen bei den Anschriftenänderungen in der nächsten Ausgabe im Juni 1956 genannt.²²³⁴ Er muss also offensichtlich direkten Kontakt zu anderen Adelphen gehabt haben.

Um das rege Bundesleben zu unterstützen schenkte May im Sommersemester 1957 der Verbindung eine Anzahl Wein- und Sektgläser sowie ein Chargenbild.²²³⁵ Mit der Pensionierung und dem neuen Wohnsitz in

²²³² Dies änderte sich erst 1969. Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft *Adelphia* in der Deutschen Burschenschaft. Mai 1958, S. 3; Januar 1962, S. 5 und August 1969, S. 13.

²²³³ Mitteilungsblatt der Würzburger Burschenschaft „*Adelphia*“. Würzburg, Mai 1951. Nr. 4, S. 5f.

²²³⁴ Mitteilungsblatt der Würzburger Burschenschaft „*Adelphia*“. Würzburg, Juni 1956. Nr. 12, S. 4.

²²³⁵ Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft „*Adelphia*“ in der Deutschen Burschenschaft. 55. Jahrgang. Nr. 2, Mai 1957, S. 11.

Westdeutschland wuchs auch Mays Interesse am Bund und der Gemeinschaft. So besuchte er beispielsweise mehrfach einen ehemaligen Konaktiven im über 300 Kilometer entfernten Helmstedt.²²³⁶ In Würzburg blieb May zwar ein sehr seltener Gast, dafür sandte er regelmäßig postalische Grüße, äußerte sich schriftlich zu Konventen und nahm immer wieder an regionalen Zusammenkünften seiner Bundesbrüder teil.²²³⁷ Beim Nordrhein-Westfälischen Adelphentreffen Ende Oktober 1960 erhielt er das Ehrenband für 100 Semester Treue zum Bund.²²³⁸ Besonders grüßte er in einem handschriftlichen Schreiben 1972 auch seinen Bundesbruder Memmel.²²³⁹

Am Abend des 21. Januar 1974 verstarb Dr. Paul May in seiner Wohnung im hohen Alter von 86 Jahren.²²⁴⁰

²²³⁶ Bundeszeitungen der Würzburger Burschenschaft „Adelphia“ in der Deutschen Burschenschaft. September 1957, S. 11 und April 1961, S. 9.

²²³⁷ Siehe die Bundeszeitungen der Würzburger Burschenschaft Adelphia in der Deutschen Burschenschaft ab 1957.

²²³⁸ Bundeszeitung. Januar 1962, S. 7.

²²³⁹ Brief von Paul May an Dr. Emil Jung. Hagen, 31.12.1972. Adelphia Mitglieder V. 1. Januar 1972. Adelphenarchiv.

²²⁴⁰ Sterbeurkunde von Paul May. Stadtarchiv Hagen.

XVII. Das Wiedererstehen Adelphias und Memmels Beitrag

Zwölf Jahre an der Spitze der nationalsozialistischen Macht in Würzburg hatten Memmel alles gekostet. Seine beiden Söhne Hans Erich und Otto Heinrich waren Opfer des Krieges geworden; letzterer fiel noch im jugendlichen Alter von 15 Jahren im sinnlosen Ringen um Memmels Heimatstadt. Theodor Memmel war 58 Jahre alt, als er aus der politischen Haft entlassen wurde. Je mehr in den Folgejahren über die fürchterlichen Verbrechen, die in jenen zwölf Jahren des Dritten Reichs begangen worden waren herauskam, desto weniger wollte man mit ihm, der einen gewichtigen Teil dieses Staates verkörpert hatte, zu tun haben. Memmel war tief gefallen, und nur wenig war ihm geblieben. Lediglich aus seiner zwölfjährigen Zeit als Lehrer erhielt er eine kleine Pension. Die anderen zwölf Jahre als Oberbürgermeister Würzburgs brachten ihm vorerst keinen Pfennig ein. Nur bei Adelpia hatte sich sein jahrelanges Einsetzen für die Fortexistenz der Verbindung ausgezahlt. Hier war er noch immer willkommen und fand Unterstützung. Ein ehemaliger Schüler Memmels, der auch Mitglied in der Kameradschaft „Rudolf Berthold“ gewesen war, half ihm beispielsweise in seinem langen Streit um seine Pension mit der Stadt Würzburg, indem er ihm die Akten von einem ähnlichen Fall zusandte.²²⁴¹

Während Memmels Inhaftierung war am 16. August 1948 in der Würzburger Gastwirtschaft „Lindenau“ der Hausbauverein Adelpias wieder gegründet worden. Zum ersten Vorstand wählte man Dr. Hans Bootz, der auch für Memmel im Spruchkammerverfahren eine günstige Erklärung abgab. Schwierig waren hierbei die Vorgaben der Besatzungsmacht, da nur als „unbelastet“ eingestufte Personen Mitglieder des Vereins werden durften. Memmel blieb somit ein Beitritt zunächst verwehrt. Unverzüglich wurde ein Antrag beim Landesamt gestellt, um das beschlagnahmte zerstörte Verbindungshaus am Südbahnhof zurückzuerlangen.²²⁴² Das erste Rundschreiben fand einen großen Anklang bei den verstreuten Bundesbrüdern, und schnell etablierten sich in Würzburger Lokalen Bierabende und Kneipen von Adelphen.²²⁴³ Bereits im Mai 1949 kamen elf neue Studenten zur Verbindung,²²⁴⁴ zum 82. Stiftungsfest erschienen 75 Personen.²²⁴⁵ Da von den Besatzungsmächten noch keine Freigabe für Studentenverbindungen ergangen war, trug die Aktivitas den Decknamen „Fraternia“. Erst am 9. Juni 1950 bat die Verbindung bei der Würzburger Universität um ihre

²²⁴¹ Brief von Dr. Dr. Richard Spiegel an Theo Memmel. Karlsruhe, 26.2.1958. Schriftverkehr Theo Memmel.

²²⁴² 1. Rundschreiben.

²²⁴³ 2. Rundschreiben. Würzburg, März 1949. Adelphenarchiv.

²²⁴⁴ 3. Rundschreiben. Würzburg, Juni 1949. Adelphenarchiv.

²²⁴⁵ 4. Rundschreiben. Würzburg, Oktober 1949. Adelphenarchiv.

Legitimation.²²⁴⁶ Einige Tage später beantragte die sich noch immer „Studentenverbindung Adelpia“ nennende Korporation ihre Lizenzierung beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Anbei waren die Satzung in deutscher und englischer Sprache, ein 35 Namen umfassendes Mitgliederverzeichnis sowie die Spruchkammerbescheide einzelner Personen, die allesamt als „nicht betroffen“ eingestuft wurden. Weder Memmel noch May fanden Aufnahme in dieser Liste.²²⁴⁷

Schon bald rückte die Dachverbandsfrage auf die Tagesordnung und mit der am 16. Juni 1950 neu gegründeten Deutschen Burschenschaft wurde Kontakt aufgenommen. Der Wiedereintritt fand bei Adelpia kaum Opposition. Ebenso wollte man die Farben grün-schwarz-orange, den Namen „Adelpia“ samt des althergebrachten Zirkels und der Pflichtmensur beibehalten.²²⁴⁸ Bei der Wiedergründung stand Adelpia vor der Möglichkeit, erneut eine schwarze Studentenverbindung zu werden, doch das wollten die wenigsten. Diejenigen, die sich mit der neuen Adelpia doch nicht so recht anfreunden konnten, versuchte Memmel in vielen persönlichen Briefen zu überzeugen, dennoch am Bund festzuhalten. Einem Alten Herrn, der den Austritt anstrebte, weil er mit dem Burschenschaftlichen zu wenig anfangen konnte, schrieb er beispielsweise: „Kein Mensch verlangt von Dir, überzeugter Burschenschafter zu werden, aber Adelphe warst Du und wirst und sollst Du immer bleiben!“²²⁴⁹ Innerhalb seines Bundes kannte Memmel noch immer Toleranz. Der Freundschaftsbund abseits von Ideologie stand im Vordergrund. Die meisten konnte er auch tatsächlich dazu bringen, Adelpia die Treue zu halten.

Die Alliierten hatten durch die Direktive Nr. 23 vom 17. Dezember 1945 jeglichen Fechtssport in Deutschland verboten.²²⁵⁰ Doch schon am 21. Juli 1950 stellte Adelpia in Würzburg ihre ersten Schlägerpartien.²²⁵¹ Wieder einmal scherte man sich hierbei wenig um die gesetzlichen Vorgaben. Der Bundesgerichtshof erklärte erst 1953 die Mensur für straffrei. Ehrenhändel wurden im Gegenzug offiziell von den großen Dachverbänden verworfen.²²⁵² Auf Pauktagen war Memmel ein häufiger Gast.²²⁵³ Dass nach dem Zweiten Weltkrieg bei Adelpia am pflichtschlagenden Prinzip

²²⁴⁶ Bundeszeitung. August 1961, S. 11.

²²⁴⁷ Schreiben des Convents der Studentenverbindung Adelpia an das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Würzburg, 16.6.1950. Geschäftspost, Anfangsbelege 54. Adelphenarchiv.

²²⁴⁸ Mitteilungsblatt der Würzburger Burschenschaft „Adelpia“. Nr. 1. Würzburg, Februar 1951, S. 3.

²²⁴⁹ Brief von Theo Memmel an Adam Steinruck. 3.12.1958. Schriftverkehr Theo Memmel.

²²⁵⁰ Direktive Nr. 23. Beschränkung und Entmilitarisierung des Sportwesens in Deutschland. Berlin, 17.12.1945. In: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland. Nr. 3. Berlin, 31.1.1946, S. 49.

²²⁵¹ Mensurbuch I. Adelphenarchiv.

²²⁵² HIELSCHER/BARTHOLD: Die Mensur, S. 74-80.

²²⁵³ Vgl. Interviews mit Unglauben und Wilms.

festgehalten wurde, geht auf sein Engagement und seine Prägung zurück.²²⁵⁴ Die 1963 entworfene und 1965 verabschiedete Satzung Adelphias sah nur noch Bestimmungsmensuren vor. Das war eine deutliche Abkehr von der Fechtfreude der 30er Jahre. Die Austragung von Ehrenhändeln mit der Waffe, persönliche Kontrahagen (sportliche Herausforderungen einzelner Personen) sowie pro-patria-Suiten (mindestens dreigliedrige sportliche Herausforderung einer anderen Verbindung) waren nicht mehr gestattet. Außerdem durfte nur noch auf Korbschläger, nicht mehr auf Säbel gepaukt werden. Das akademische Fechten war zwar wieder Pflicht, im Vergleich zur Aktivenzeit Memmels und Mays aber wesentlich entschärfter.²²⁵⁵

Bei den internen Diskussionen über den Wiedererwerb und Neuaufbau des Hauses war Memmel einer der Wortführer. So war es ihm im Sommersemester 1951 innerhalb weniger Minuten möglich, die anwesenden Alten Herren zu einer großzügigen Spende zu bewegen, die den Rückkauf des Hauses ermöglichen sollte. Auch sonst war Memmel, dem im Leben nur noch wenig geblieben war, sehr häufig bei den Veranstaltungen seiner Bundesbrüder zugegen.²²⁵⁶

Am 29. Juli 1953 wurde er beim Konvent der Altherrenschaft zu deren 1. Vorsitzenden gewählt.²²⁵⁷ Die Amtsdauer betrug ein Jahr, ab Pfingsten 1962 fünf Jahre.²²⁵⁸ Memmel besaß auch nach dem Krieg das Vertrauen seiner Bundesbrüder, die Geschicke des Bundes zu lenken. Am 24. November 1952 gab der Freistaat Bayern das Adelphenhaus ohne eine Abfindungszahlung zurück. Die Umtragung beim Grundbuchamt geschah am 20. März 1953. Damit fingen nun die Planungen für den Wiederaufbau an.²²⁵⁹ Hierfür waren viele Spenden notwendig, an denen sich auch Memmel beteiligte, obwohl er zu diesem Zeitpunkt über keine großen Geldmittel verfügte.²²⁶⁰ Da in der Brandnacht 1945 alles auf dem Haus verloren gegangen war, verschickte Memmel Fragebögen, um eine Mitgliederkartei anzulegen. Außerdem bat er mehrfach um Fotografien aller Bundesbrüder²²⁶¹ und Couleurgegenstände, um die Kneipetage damit zu schmücken. Memmel gab durch seine Bemühungen dem Wiedererstehen der Traditionen

²²⁵⁴ Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 65. Jahrgang, Nr. 3, Oktober 1973, S. 6.

²²⁵⁵ Artikel 6 des Entwurfs der Satzung der Burschenschaft Adelpia zu Würzburg. In: Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 55. Jahrgang. April 1963. Nr. 2, S. 7-12, hier S. 8.

²²⁵⁶ Mitteilungsblatt der Würzburger Burschenschaft „Adelpia“. Nr. 2. Würzburg, Juni 1951, S. 2f.

²²⁵⁷ Mitteilungsblatt der Würzburger Burschenschaft „Adelpia“. Nr. 5. Würzburg, April 1953, S. 2.

²²⁵⁸ Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 54. Jahrgang. August 1962. Nr. 3, S. 7.

²²⁵⁹ Mitteilungsblatt. Würzburg, April 1953, S. 2f.

²²⁶⁰ Brief von Walther Weigand an Theo Memmel. Würzburg, 27.8.1953. Schriftverkehr Theo Memmel. WEIGAND, WALTHER: Liebe Bundesbrüder! In: Mitteilungsblatt der Würzburger Burschenschaft „Adelpia“. Nr. 9. Würzburg, April 1955, S. 1ff.

²²⁶¹ Siehe auch Anlage 7 und 9.

Adelphias sein Gesicht.²²⁶² Ab 1960 ließ er in der Bundeszeitung Zusammenfassungen der Geschichte Adelphias aus seiner eigenen Feder sowie originalgetreue Dokumente der Dreißigjährigen Chronik abdrucken, da diese kaum noch ein Bundesbruder besaß.²²⁶³ Die von ihm im April 1945 geretteten Philisterzeitungen waren Memmel nun ein großer Schatz und hilfreich bei der Erarbeitung von Adelphias Geschichte.

Theo Memmels Wahl zum 1. Vorsitzenden der Altherrenschaft zeigt, dass man ihm bei Adelpia seinen einstigen Eifer als Nationalsozialist nicht nachtrug. Allgemein stellte seine Vergangenheit ein Tabuthema dar, über das nicht groß gesprochen oder Fragen gestellt wurden. Die Aktiven dieser Zeit wussten über Memmels Rolle im NS-Regime Bescheid. Doch Geschichten über Streiche, Mensuren und Trinkgelage aus alten Zeiten des Couleurstudententums waren unterhaltsamer und kurzweiliger. Man fürchtete zudem, Memmel durch ein genaueres Nachhaken zu kränken. Das wollte man einem so verdienten, beliebten und gleichzeitig gestraft erscheinenden Bundesbruder nicht antun. Da Memmel gegenüber seinen Bundesbrüdern zudem noch sympathisch auftrat, konnten diese sich umso weniger vorstellen, dass er an nationalsozialistischen Verbrechen beteiligt gewesen sein sollte. Häufig gelang es noch nicht einmal die eigenen Väter über ihre Rolle im Dritten Reich zu befragen.²²⁶⁴ Zudem wuchs der zeitliche Abstand zu den Ereignissen immer weiter. Memmels Person war damit Teil des kollektiven deutschen Schweigens über das Dritte Reich.²²⁶⁵ Dass dies der Fall war, weil er in seiner Korporation vor allem von ehemaligen Gesinnungsgenossen umgeben war, ist weniger wahrscheinlich. Mit dem Ende des Dritten Reichs war auch sein Kameradschaftsnetzwerk vollständig zusammengebrochen, sodass im Bund wieder die „originalen“ Adelphen dominierten. Dies wurde durch mehrere Faktoren verursacht. Zum einen fielen viele Kameradschaftsmitglieder noch während des Krieges, andere verloren den Bezug zu Würzburg durch Haft oder Umzug, und Opportunisten dürften keinen Sinn in einer weiteren Mitgliedschaft gesehen haben. Zum ehemaligen Gauleiter und einstigen Ehrenphilister Hellmuth wollte niemand Kontakt aufnehmen. Sein Name tauchte nie wieder in den Bundeszeitungen nach dem Krieg auf. Allerdings gibt es auch keine Aufzeichnungen darüber, ob er offiziell aus dem Bund dimittiert wurde, oder ausgetreten war. Lediglich in Memmels privater Adelphenchronik von 1957 ist im Mitgliederverzeichnis bei

²²⁶² U.a.: Mitteilungsblatt der Würzburger Burschenschaft „Adelpia“. Nr. 8. Würzburg, April 1954, S. 3.

²²⁶³ Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 51. Jahrgang. Dezember 1959. Nr. 3, S. 8ff.

²²⁶⁴ Vgl. Interviews mit Unglauben und Wilms.

²²⁶⁵ BERGEM, WOLFGANG: Barbarei als Sinnstiftung? Das NS-Regime in Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur der Bundesrepublik. In: BERGEM, WOLFGANG (Hrsg.): Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs. Opladen, 2003, S. 81-104.

Hellmuth „1945“ als Austrittsdatum vermerkt.²²⁶⁶ Auch sonst dürfte in der Nachkriegszeit keine große Sympathie für das Dritte Reich geherrscht haben: Nachdem Memmel die Antrittskneipe des Wintersemesters 1952/53 verlassen hatte, meinte AH Kurt Hoffmann, Memmel hätte vor, einen Herrn, den er als „SS-Popp“ bezeichnete, zu Veranstaltungen einzuladen.²²⁶⁷ Hierbei dürfte es sich um Emil Popp gehandelt haben, der Mitglied bei der NSDAP, SA und SS gewesen war.²²⁶⁸ Sollte dies geschehen, so wolle Hoffmann austreten, AH Dr. Heinrich Roth sah die Sache genauso.²²⁶⁹ Ein Refugium für Nationalsozialisten dürfte Adelpia somit wohl nicht gewesen sein.

Da von Memmel keinerlei politische Aussagen nach dem Krieg überliefert sind, ist es schwierig, seine persönliche Einstellung einzufangen.²²⁷⁰ Nach dem Krieg zeigte Memmel keinerlei Interesse an einem weiteren parteipolitischen Engagement. Der ehemalige nationalsozialistische Oberbürgermeister von Frankfurt, Friedrich Krebs, versuchte beispielsweise eine neuerliche Karriere in der rechtsgerichteten Deutschen Partei.²²⁷¹ Stattdessen engagierte sich Memmel nur noch burschenschaftlich in seiner Korporationswelt.

Seine Ehefrau brachte Memmel häufig auf das Adelphenhaus, seine Tochter traf man dort hingegen nicht an.²²⁷² Diese trennte sich am 23. Februar

²²⁶⁶ Siehe Memmels private Chronik der Burschenschaft Adelpia von 1957. Adelphenarchiv.

²²⁶⁷ Brief von Walther Weigand an Theo Memmel. Würzburg, 17.11.1952. Schriftverkehr Theo Memmel.

²²⁶⁸ Der 1897 geborene Emil Popp meldete sich 1914 freiwillig in den Krieg und wurde 1919 als Leutnant entlassen, woraufhin er die Bauschule in Würzburg besuchte. 1921 bis 1930 war er Kreisleiter im Bund Oberland, ab 1930 bei der SA und im Folgejahr bei der NSDAP. In der Partei bekleidete er das Amt des Ortsgruppenleiters und anschließend des Kreisleiters. 1931 trat er als SA-Sturmführer in die SS über und übernahm 1933 den in Würzburg stationierten SS-Abschnitt IX. Dort brachte er es bis zum SS-Brigadeführer. Von 1931 bis 1936 hatte Popp einen Sitz im Reichstag inne und 1933 bis 1935 war er Zweiter Bürgermeister von Karlstadt, 1939 bis 1944 Regierungspräsident in Chemnitz und ab da bis zum Kriegsende Regierungspräsident von Köslin. Er starb 1955 in Würzburg. LILLA, JOACHIM: Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933-1945. Ein biografisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924. Düsseldorf, 2004, S. 473f.

²²⁶⁹ Brief Weigand an Memmel, 17.11.1952.

²²⁷⁰ Es existieren lediglich Indizien wie Folgendes: Memmel schenkte der Adelphenbibliothek beispielsweise einen Roman namens „Geh von deinem Acker, Kelte. Ein Roman vom Kampf der Kelten, Germanen und Römer“ von HELLMUT STELLRECHT. Dieser war ebenfalls Burschenschafter, Freikorpskämpfer und Politiker der NSDAP. In der SA und der Reichsjugendführung hatte er Leitungspositionen inne, außerdem war er Mitglied der SS und des SD. Außerdem war er ab 1941 Stabsleiter im Amt Rosenberg. Nach dem Zweiten Weltkrieg konnte man Stellrecht noch immer in rechtsradikalen Gruppierungen finden. DVORAK: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft. Band 1 R-S, S. 510. KLEE, ERNST: Das Kulturlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945 (= Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Buchreihe). Frankfurt a.M., 2009, S. 530f.

²²⁷¹ DRUMMER: Friedrich Krebs, S. 248ff.

²²⁷² Interviews Unglauben und Vogel.

1955 vom mittlerweile als Handelsvertreter²²⁷³ tätigen Kurt Wald, und heiratete den ebenfalls geschiedenen Captain James William De Freest, der gebürtiger US-Amerikaner war. Vermutlich lernte sie ihn als Besatzungssoldaten kennen.²²⁷⁴

Am 29. Mai 1954 übergab Memmel das für viel Geld wieder aufgebaute Haus offiziell an die Aktivitas. Stadtrat Dees überbrachte bei der Einweihungsfeier die Glückwünsche der Stadt Würzburg. Auch wenn Memmel zu dieser Zeit nur von seiner geringen Lehrerspension lebte, hatte er im Vorjahr eine Spende für den Hausbau getätigt.²²⁷⁵

1955 wollte Memmel vom Posten des Vorstands zurücktreten, da er der Meinung war, diese Position durch seinen Wohnsitz in Kitzingen nicht gut genug ausfüllen zu können. Der 2. Vorsitzende Weigand schrieb:

„Dies ist bedauerlich, denn AH. Memmel hat sich entgegen seiner eigenen bescheidenen Auffassung trotz auswärtigen Wohnsitzes unvergängliche Verdienste um den Bund erworben, indem er den Fortbestand als Adelpia sichern half und beim Hausbau den aufbauwilligen Kräften gegen die Andersdenkenden den Rücken stärkte.“²²⁷⁶

Dennoch bedrängten ihn die Bundesbrüder, das Amt weiterzuführen, so dass er nach seiner Entlastung wieder zum 1. Vorstand gewählt wurde.

Dass in Adelpia zu dieser Zeit ein durchaus konservativer Geist vorherrschte, zeigt sich darin, dass derselbe Bundeskonvent einstimmig beschloss, gegen den Grundsatzvorschlag der Deutschen Burschenschaft zu stimmen, da in diesem der Zweikampf zur Austragung von Ehrenhändeln verworfen wurde. „Es wäre dies eine Preisgabe der ethischen Grundlagen des Waffenstudententums“, wie es Weigand begründete.²²⁷⁷ Allerdings ging es hierbei nur um theoretische Vorgänge, denn ein Duell wurde seitens Adelpia in der Nachkriegszeit nicht mehr ausgetragen.

1957 feierte Adelpia sein 90-jähriges Bestehen. Um dieses und vor allem die Wiedererstehung nach dem Krieg zu würdigen, hatte Memmel die Ehre, eine 60-seitige Festschrift zu verfassen, welche die Zeit seit der letzten Chronik von 1927 behandelte. Bezugnehmend auf das offizielle Ende der Verbindung schrieb er:

„So ging die Entwicklung im studentischen Leben trotz aller ehrlichen Bereitschaft in den Verbänden und Korporationen einen tragischen Weg. Es bleibt bedauerlich, dass durch widerspruchsvolle und zum Teil gehässig korporationsfeindliche Maßnahmen des NSDStB so viel guter Wille in den Korporationen zerschlagen wurde, so viele junge und alte Waffenstudenten enttäuscht und grollend sich abseits stellten. Der

²²⁷³ EMB Kurt Karl Wald.

²²⁷⁴ EMB James William De Freest.

²²⁷⁵ Mitteilungsblatt der Würzburger Burschenschaft Adelpia. Nr. 9. Würzburg, April 1955, S. 1 und 3.

²²⁷⁶ WEIGAND, WALTHER: Liebe Bundesbrüder! In: Mitteilungsblatt der Würzburger Burschenschaft Adelpia. Nr. 10. Würzburg, Mai 1955, S. 2.

²²⁷⁷ WEIGAND, WALTHER: Liebe Bundesbrüder! In: Mitteilungsblatt der Würzburger Burschenschaft Adelpia. Nr. 11. Würzburg, Februar 1956, S. 1-4, hier S. 1.

Deutschen Burschenschaft unter ihrem Führer Schwab ist bestimmt das Zeugnis auszustellen, dass sie den berechtigten und vernünftigen Forderungen des NSDStB hinsichtlich der Gestaltung des studentischen Gemeinschaftslebens so weit wie nur möglich entgegenkam. [...] Wäre auf der anderen Seite die gleiche Lauterkeit des Wollens und Handelns gewesen, hätte viel unnötiges Zerschlagen, viel Vergrämen edelsten Willens vermieden werden können.“²²⁷⁸

Es bleibt offen, ob er bei den „berechtigten und vernünftigen Forderungen des NSDStB“ nun die nationalsozialistische Erziehung, oder aber die Verpflichtung der Studenten einer Wohnkameradschaft beizutreten meinte. Außerdem lässt dieses Zitat die Interpretation zu, dass die Maßnahmen des NSDStB verhinderten, dass der edle Wille der Waffenstudenten für den Nationalsozialismus nutzbar gemacht werden konnte. Des Weiteren vertrat Memmel die Meinung: „Wir Adelpen dürfen die „Kameradschaftszeit“ unseres Bundes als vollwertigen Abschnitt in unserer Geschichte ansehen.“²²⁷⁹ Erneut eröffnet dieser Ausspruch viel Interpretationsraum. Sollte man nun das verdeckte Korporationswesen der Bundesgeschichte anrechnen, oder aber sich nicht für die einstigen nationalsozialistischen Strömungen dieser Zeit in der Kameradschaft schämen? Weiter bedauerte er es sehr, dass viele der damaligen Aktiven nach dem Krieg nicht mehr zu Adelpia fanden.²²⁸⁰

Die Chronik konnte kostengünstig in der Druckerei des Alten Herrn Andraes Staudenraus gedruckt werden. Außerdem übernahm Memmel ab diesem Jahr die Schriftleitung der Bundeszeitung. Am 8. Juni hielt er auf dem Stiftungsfestkommers die Festrede,

„[...] worin er die Zeit des alten, als Reform- und Progressverbindung gegründeten „Akademischen Vereins“ erreicht wurden und heute die Burschenschaft Adelpia freien Blicks vor die Gründer hintreten könne in dem Bewusstsein das festzuhalten, was jene im urburschenschaftlichen Sinne gewollt hatten. Seine von vaterländischem Geist erfüllte Rede klang im Deutschlandlied aus.“²²⁸¹

Er blieb somit bei seinen 1933 zum Dachverbands- und Verbindungsartwechsel angeführten Argumenten hinsichtlich einer finalen Erfüllung der Progressidee.

Anfang 1958 zog Memmel wieder nach Würzburg in die Randersackerer Straße 8.²²⁸² Somit war das Adelpenhaus für ihn erneut in Gehreichweite. Seine Zeit verbrachte er nun häufiger mit Reisen und

²²⁷⁸ MEMMEL: Chronik der Burschenschaft Adelpia, S. 19.

²²⁷⁹ Ebenda, S. 27.

²²⁸⁰ Ebenda, S. 27.

²²⁸¹ Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 49. Jahrgang. September 1957, Nr. 3, S. 2.

²²⁸² Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 50. Jahrgang. März 1958. Nr. 1, S. 6.

Kurortaufenthalten.²²⁸³ Immer darin bestrebt, seine Bundesbrüder zusammen zu bringen, organisierte er beispielsweise ein Adelphentreffen im Taunus, während er in Bad Nauheim zur Kur war.²²⁸⁴ In der Folgezeit reiste er zu vielen anderen Adelphentreffen und korporativen Veranstaltungen fern von Würzburg. Memmels Name taucht bei fast jeder Veranstaltung in und außerhalb Würzburgs auf.²²⁸⁵ Er schien als „Vollzeit-AH“ eine Art Magnet zu sein, denn als er im Sommer 1963 erkrankte, und daher seine geplante Fahrt zum Nordrhein-Westfälischen Adelphentreffen in Dortmund absagen musste, hatte das zur Folge, dass vier weitere Bundesbrüdern (unter ihnen auch May), die ursprünglich zugesagt hatten, ebenfalls daheim blieben, und die lange Reise mieden.²²⁸⁶

Sehr eifrig nahm Memmel an den Zusammenkünften der Vereinigung Alter Burschenschaftler teil. Politisches Hauptaugenmerk der D.B. lag zu dieser Zeit auf den verlorengegangenen deutschen Ostgebieten. Mit ihren 123 Korporationen war sie in den 1950er Jahren der stärkste studentische Dachverband für Waffenstudenten.²²⁸⁷ Sie knüpfte erfolgreich an ihr konservativ-vaterländisches Programm der Vorkriegszeit an, und Adelpia schwamm auf diesem Kurs mit. Memmels großes Interesse für das Burschenschaftliche belegt nicht nur seine häufige Teilnahme an den Burschentagen des Dachverbands, sondern auch seine Mitgliedschaft in der Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e.V.²²⁸⁸ Für diesen Verein machte er in der Bundeszeitung Adelpias auch mehrfach Werbung.²²⁸⁹

Zu Pfingsten 1959 stand die Neuwahl des Vorstands der Altherrenschafft an. Memmel lehnte hierbei eine Neuaufstellung als 1. Vorstand ab, ließ sich jedoch zum Kassenwart wählen. Die Gründe hierfür sind nicht überliefert. Nun lag es an ihm, die Beiträge in der Altherrenschafft einzutreiben und die Spendenbereitschaft für Hausbauvorhaben anzukurbeln.²²⁹⁰ Persönlich schrieb er hierauf oft zweimalig jeden säumigen Schuldner an und mahnte ihn an seine Beitragspflicht – jedoch mit magerem Erfolg.²²⁹¹

²²⁸³ Dies belegen zahlreiche Postkarten von ihm in seinem Schriftverkehr.

²²⁸⁴ Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 50. Jahrgang. Mai 1958. Nr. 2, S. 2.

²²⁸⁵ Siehe Anlage 9 und die Bundeszeitungen der Nachkriegszeit. Auch für 300 km entfernte Beerdigungen von Bundesbrüdern scheute Memmel die Fahrt nicht.

²²⁸⁶ LÜSSE, HANS: Bericht vom Nordrhein-Westfälischen Adelphentreffen. In: Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 55. Jahrgang. August 1963. Nr. 3, S. 11f.

²²⁸⁷ Bundeszeitung. September 1957, S. 13.

²²⁸⁸ Mitgliedskarte der Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e.V. von Theo Memmel. Adelphenarchiv.

²²⁸⁹ Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 51. Jahrgang. Dezember 1959. Nr. 3, S. 13f.

²²⁹⁰ Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 51. Jahrgang. September 1959. Nr. 2, S. 3.

²²⁹¹ MEMMEL, THEO: Der Kassenwart hat das Wort. In: Bundeszeitung. Dezember 1959. Nr. 3, S. 8.

Sein Amt nutzte er, um der Aktivitas beim Fechtbedarf finanziell sehr großzügig unter die Arme zu greifen, was diese erfreute und einen erhöhten Paukbetrieb zur Folge hatte.²²⁹²

Im Wintersemester 1960/61 wurde Memmel mit acht anderen Bundesbrüdern mit der Aufgabe betraut, eine endgültige Satzung Adelprias zu erarbeiten, damit die seit dem Zweiten Weltkrieg andauernde Verlängerung einer Übergangssatzung ein Ende finden würde.²²⁹³ Diese wurde im Sommersemester 1965 verabschiedet, wobei sich Memmel bei der Überarbeitung besonders hervorgetan hatte.²²⁹⁴

Am 26. Dezember 1961 feierte Memmel in einem großen Familienfest mit einer großen Zahl seiner Bundesbrüder und deren Frauen seinen 70. Geburtstag. Der Altherrenvorstand Weigand würdigte seine langjährigen Verdienste und überreichte einige Bocksbeutel. Außerdem erhielt er an der Weihnachtsfeier des Bundes das Ehrenband der Adelpria für 100 Semester Mitgliedschaft. Auf diesem ist der Wahlspruch „*amico semper amicus*“ aufgestickt.²²⁹⁵

In den 1960er Jahren sandte Adelpria Hilfspakete an die Bundesbrüder in der DDR, die diese Geste dankbar begrüßten.²²⁹⁶ Als der dort lebende Sohn eines Alten Herrn um Medizinbücher bat, kümmerte sich Memmel um die Versendung.²²⁹⁷

Die Schriftleitung der Bundeszeitung gab Memmel zum Sommersemester 1964 ab.²²⁹⁸ Seine Gesundheit machte ihm zu schaffen, doch den reibungslosen Ablauf des Bundeslebens versuchte er weiterhin zu garantieren. So wünschte er die Amtseinrichtung eines stellvertretenden Kassenswarts und eines Wirtschaftsführers. Somit wollte er sicherstellen, dass der Bund handlungsfähig blieb, sofern er im Falle einer Verschlechterung seines Gesundheitszustandes seinen Tätigkeiten nicht mehr gut genug nachkommen könnte. Trotzdem übernahm er noch die Arbeit für die Chronik zum hundertjährigen Bestehen der Verbindung und bekam den Posten des Archivwarts.²²⁹⁹ Das Amt des Kassenswarts legte er schließlich am 20. Juni 1965 nach sechsjähriger Tätigkeit nieder.²³⁰⁰ Seine Lebensleistung wurde

²²⁹² VOGEL, KURT: Bericht des Fechtwarts über den Paukbetrieb im WS 62/63. In: Bundeszeitung. April 1963. Nr. 2, S. 4. UNGLAUBEN, WOLF-DIETER: Bericht des Fechtwarts über das SS 63. In: Bundeszeitung. August 1963. Nr. 3, S. 3.

²²⁹³ Bundeszeitung. September 1960, S. 11.

²²⁹⁴ HOFFMANN, KURT: Liebe Bundesbrüder! In: Bundeszeitung. April 1963. Nr. 2, S. 6.

²²⁹⁵ Bundeszeitung. Januar 1962, S. 6f.

²²⁹⁶ GOERLICH, JÜRGEN: Bericht des Seniors über die erste Hälfte des WS 61/62. In: Bundeszeitung. Januar 1962, S. 2f.

²²⁹⁷ Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpria in der Deutschen Burschenschaft. 54. Jahrgang. Nr. 2, Mai 1962, S. 8.

²²⁹⁸ Bundeszeitung. April 1963, S. 1.

²²⁹⁹ HOFFMANN, KURT: Berichte über die Convente zum 97. Stiftungsfest. In: Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpria in der Deutschen Burschenschaft. 56. Jahrgang. Nr. 3, September 1963, S. 4f.

²³⁰⁰ Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpria in der Deutschen Burschenschaft. 57. Jahrgang. Nr. 3, September 1965, S. 6.

in der Bundeszeitung vom Januar 1966 durch einen Artikel gewürdigt.²³⁰¹ Zu seinem 75. Geburtstag widmeten ihm seine Bundesbrüder einen kürzeren Artikel, in dem zu lesen war. „Hier sei nur wiederholt, dass Memmel zu unseren Besten zählt.“ Seine Feier fand wieder auf dem Haus statt.²³⁰² Er genoss in der Aktivitas trotz des Altersunterschiedes höchste Anerkennung, wie die Rückseite des ihm zum Geburtstag gewidmeten Gruppenfotos verriet: „Unserem lieben AH Memmel in tiefer Verehrung und Dankbarkeit. Seine Aktivitas“.²³⁰³

Seinen 80. Geburtstag feierte Memmel 1971 abermals auf dem Verbindungshaus. Es kamen derart viele Gäste, dass die Räumlichkeiten im Erdgeschoss fast nicht ausreichten, um jedem einen Platz einzuräumen. Auch ein Glückwunschsreiben des Oberbürgermeisters Klaus Zeitler samt Bocksbeuteln traf ein. Dies verleitete den 1. Vorstand der Altherrenschaft in seinem Artikel über Memmels Geburtstag zu der Annahme, „[...] dass der Tag nicht mehr fern ist, wo das untadelige Wirken dieses idealistischen und aufrechten Mannes eine entsprechende Würdigung erfährt.“²³⁰⁴ Auch Memmel war davon hoffnungsvoll bewegt, wie sein Antwortschreiben an den Oberbürgermeister beweist:

„Am meisten hat mich gefreut, dass Sie als erster von amtlicher Stelle im Rathaus mir versichert haben, dass meine Arbeit für die Stadt Anerkennung verdient. Dafür möchte ich Ihnen meinen aufrichtigen Dank sagen.“²³⁰⁵

Memmel und der AH-Vorstand machten denselben Fehler wie die in einigen Kapiteln zuvor geschilderten Schäfer und Walle, einen Glückwunsch-Automatismus der Stadt zu überschätzen. Memmels Mutter starb am 1. September 1972 im hohen Alter von 103 Jahren.²³⁰⁶ Er selbst überlebte sie nur noch ein Jahr: Am Morgen des 10. September 1973 verschied er in der Medizinischen Poliklinik der Würzburger Universität.²³⁰⁷ Er wurde am 14. September im Waldfriedhof beigesetzt.²³⁰⁸ Adelpia stellte eine Chargenabordnung. Viele bunte Mützen zeugten von einer großen Anteilnahme in der couleurstudentischen Welt Würzburgs. Auch der amtierende

²³⁰¹ Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 58. Jahrgang. Nr. 1, Januar 1966, S. 5.

²³⁰² Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 59. Jahrgang. Februar 1967. Nr. 1, S. 3.

²³⁰³ Gruppenfoto der Aktivitas vom 24.12.1966. Adelphenarchiv.

²³⁰⁴ Krahwinkel, Peter: Theo Memmel, 80 Jahre. In: Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 64. Jahrgang. April 1972. Nr. 1, S. 5.

²³⁰⁵ Brief von Theo Memmel an den Oberbürgermeister Klaus Zeitler. Würzburg, 31.12.1971. Magistratsakten Sign. 119 a.

²³⁰⁶ Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 65. Jahrgang. Februar 1973. Nr. 1, S. 9.

²³⁰⁷ Sterbeurkunde von Theo Memmel. Würzburg, 11.9.1973. Magistratsakten. Sign. 119 a.

²³⁰⁸ Aktennotiz des Referats IV. Würzburg, 10.9.1973. Magistratsakten. Sign. 119 a.

Oberbürgermeister Zeitler erschien als Vertreter der Stadt, allerdings nicht im Auftrag des Stadtrats, sondern aus persönlicher Anteilnahme. Dass sein Auftreten und Reden bei der Beisetzung ein starkes Zeichen darstellte, dürfte ihm bewusst gewesen sein. Sein Vater Max Zeitler war selbst nationalsozialistischer Oberbürgermeister der Stadt Erfurt gewesen. Einer Person mit ähnlichem Schicksal die letzte Ehre zu erwiesen, war ihm wichtiger als die zu erwartende Kritik seiner Genossen und Stadträte.²³⁰⁹ Auch Memmels Witwe ließ er ein Kondolenzschreiben zusenden.²³¹⁰ Interessanter Weise veröffentlichte auch die MainPost einen ausgesprochen wohlwollenden und beschönigenden Nachruf:

„Er war ein energischer, aber freiheitlich gesonnener und aus dem Rahmen des damals Üblichen heraustretender Lehrer, von seinen Schülerinnen und Schülern sehr geschätzt. Schon verhältnismäßig früh, überzeugt dass es dieser Partei um die Erneuerung unseres Volkes ging, war er der NSDAP beigetreten [...]. Memmel war kein Scharfmacher und hat in seinem Amt vielen geholfen und von vielen, soweit er konnte, Schlimmes abgewandt. Er hat auch alles, was damals möglich war, für die Stadt Würzburg getan.“²³¹¹

Dies ist umso auffälliger, bedenkt man den (darin unerwähnten) hartnäckigen Kampf, den die Stadt gegen Memmels Pensionsansprüche führte.

Theodor Memmels Ehefrau Mathilde verstarb am 12. Oktober 1980.²³¹² Damals hatte ihre Tochter Elisabeth zwar noch einen gemeldeten Wohnsitz in Würzburg, war zum Zeitpunkt seines Todes jedoch schon zu ihrem Ehemann in die USA ausgewandert, dessen Nachnamen sie auch angenommen hatte.²³¹³

Bezüglich Memmel gab es bei Adelpia keinen Bruch in der Erinnerungskultur. Er wurde dort abseits seiner einstigen NSDAP-Zugehörigkeit durchweg als hochverdienter und sympathischer Bundesbruder geschätzt. Sein Tod stellte nicht nur eine gefühlte Zensur dar.²³¹⁴ Mit dem Wegfall Memmels als steten Fürsprecher und Förderer des Waffenstudententums startete bei Adelpia eine Grundsatzdebatte um das pflichtschlagende Prinzip. Die Diskussion hierüber lähmte die Keilarbeit und kostete den Bund neben dem

²³⁰⁹ Interview Zeitler.

²³¹⁰ „Die Stadt Würzburg betrauert den Tod eines Mannes, der in langen Jahren als Oberbürgermeister die Geschicke der Stadt geleitet hat.“ Schreiben von Ob Zeitler an Tilla Memmel. Würzburg, 12.9.1973. Magistratsakten Sign. 119 a.

²³¹¹ Todesanzeige Theo Memmel. MP, 11.9.1973.

²³¹² Sterbeurkunde von Mathilde Memmel. Würzburg, 15.10.1980. Magistratsakten. Sign. 119 a.

²³¹³ Antrag auf Gewährung einer Beihilfe für verstorbene Frau Memmel von Elisabeth M. De Freest. Magistratsakten Sign. 119 d. Todesanzeige Memmel.

²³¹⁴ Vgl. hierzu die Interviews mit den AHAH Wilms I und Vogel I.

Altherrenvorstand mehrere Mitglieder, besonders innerhalb der Aktivitas. Letztendlich hielt man aber dennoch daran fest.²³¹⁵

²³¹⁵ Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 65. Jahrgang. Oktober 1973, Nr. 3, S. 6f. DUNKHASE, HEINRICH: Tendenzwende. In: Bundeszeitung der Würzburger Burschenschaft Adelpia in der Deutschen Burschenschaft. 65. Jahrgang. März 1975, Nr. 1, S. 3.

C) Schluss

I. Biografische Zusammenfassung

1. Paul May

Paul May hatte unter fünf verschiedenen politischen Systemen Dienst für Staat und Stadt geleistet: Er war Statistiker im Kaiserreich, Stadtrat in der Republik, Zweiter Bürgermeister während des Dritten Reichs, (Ober-)Bürgermeister unter zweifacher alliierter Besatzung und Sparkassenfunktionär in der DDR. Innerhalb von vierzig Arbeitsjahren durchlebte er die brisantesten Jahre neuerer deutscher Geschichte, stets beladen mit der Verantwortung für andere. Dennoch schaffte er es, während vier dieser Systeme seinen Beamtenstatus zu behalten und blieb auch danach ein geschätzter Fachmann.

May studierte zuerst in Leipzig, dann in Würzburg das Fach Staatswissenschaften. Anders als in seiner ersten Hochschulstadt fand er in Würzburg eine Studentenverbindung, der er sich anschließen wollte. Trotz seiner kurzen Aktivenzeit, in der er aber immerhin zwei Leibfuchse bekommen hatte, blieb er seinem Bund bis zum Lebensende treu. In Würzburg traf May seinen künftigen Doktorvater, den renommierten Professor Georg von Schanz, der ihm abseits der reinen Wissensvermittlung für den Beruf des Statistikers interessierte. Als er sich 1910 in die Arbeitswelt begab, verfügte er als promovierter protestantischer Korporationsangehöriger und angehender Reserveoffizier über die idealen Voraussetzungen, um im Kaiserreich Karriere zu machen. Nur ein Adelstitel hätte dies noch steigern können. Noch vor dem Ersten Weltkrieg wurde May verbeamtet, was ihm einen krisensicheren Berufsweg in verschiedenen politischen Systemen verschaffte. Sein Aufenthalt an der Front war nur von sehr kurzer Dauer. Dennoch erhielt er durch entsprechend hochwertige Arbeit in der Militärverwaltung weitere Anerkennung in Gestalt diverser Orden und machte neue administrative Erfahrungen.

Umstandslos und ohne langfristige Schäden infolge seiner Verwundung fand sich May im direkten Anschluss an seine Demobilmachung ab dem 1. Dezember 1918 wieder im zivilen Dienst ein. Er entschied sich letztendlich gegen den Statistikerberuf und kam in eine bürgernähere Verwendung. In Zerbst sammelte er erste kommunale Erfahrungen als Stadtrat und ehelichte seine Verlobte. 1921 konnte er sich gegen andere Bewerber durchsetzen und wechselte als besoldeter Stadtrat zum Magistrat von Halle. Dort erhielt er eine Fülle von brisanten Aufgaben, denen er sich aber gewachsen zeigte. Der Stadtbankskandal eröffnete ihm den Finanzbereich der Stadt, was ihm schließlich den Weg zum Stadtkämmerer ebnete. Dass es sich bei May um einen hervorragenden Kenner seines Fachgebiets handelte,

zeigt nicht nur die einmalige geldliche Zuwendung, sondern vor allem die stetige Erweiterung seines Geschäftsbereichs und die Wahl in immer weitere Ausschüsse. In allen Aufgaben brillierte er und wuchs zu einem Experten heran. Dies gipfelte 1932 in seiner Wahl zum Zweiten Bürgermeister und Stadtkämmerer von Halle. Seine politische Orientierung dieser Zeit war von der bürgerlich-liberalen DVP geprägt, wo er aber genau wie später bei der NSDAP und der LDP nur einfaches Mitglied ohne weitere Ambitionen war.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten änderte sich für Paul May nicht viel. Dies ist insofern bemerkenswert, da er schon bald einer der Letzten war, die vor 1933 dem Stadtrat angehört hatten ohne NSDAP-Mitglied zu sein. Anders als Stadelmayer in Würzburg blieb er auch weiterhin auf seinem Posten, vermutlich auf persönlichen Wunsch seines Oberbürgermeisters Weidemann. Halle hatte unter der neuen nationalsozialistischen Führung durch die politischen Säuberungen und die neuen Entscheidungskompetenzen einige Startschwierigkeiten. Die Ratsherrenstellen konnten fast nie vollständig besetzt werden und Personalumwälzungen behinderten den Dienstbetrieb. Während des Dritten Reichs kann May als eine Art Ruhepol im Magistrat gesehen werden, der sich aus allen politischen Belangen heraushielt und auf seine Arbeit fokussierte. Daher konnte er nicht bei den neuen Machthabern anecken und wurde gleichzeitig durch sein enormes Fachwissen zu einem schwer ersetzbaren Mitarbeiter, besonders wenn man die enormen Personalverluste um ihn herum berücksichtigt. Als Anerkennung für seine Dienste erhielt er von Oberbürgermeister Weidemann den historischen Bürgermeisterspiegel.

May verkörperte den Idealtypus des preußischen Beamten, der nach Recht und Gesetz handelnd seine Pflicht erfüllt und durch dieses Geschenk auch eine entsprechende Würdigung erfuhr. Doch der NS-Staat wünschte sich – wie später die DDR auch – politische Beamte, die hinter der Ideologie standen und Parteimitglied waren. May war bisher nur in für seine Arbeit relevante NS-Organisationen eingetreten, wie der NSV, dem RDB und dem NS-Rechtswahrerbund. So hielten es die lokalen politischen Leiter 1938 für erforderlich, dem Vorzeigebeamten May noch das i-Tüpfelchen in Form des Parteibuchs zu verschaffen. Dem gab er 1938 anscheinend ohne Widerstand nach. Weidemann schätzte May sehr, und das beiderseitige Verhältnis war gut. Dies schließt darauf, dass er sich anstandslos seinem neuen Vorgesetzten untergeordnet hatte und mit demselben Eifer weiterarbeitete wie vor der Machtübernahme. Paul May war ein wichtiges und fügsames Rad für die Funktionalität des NS-Staates auf kommunaler Ebene. Daraus resultierte neben dem Bürgermeisterspiegel auch die erste Verleihung des Kriegsverdienstkreuzes innerhalb der Stadtverwaltung an ihn. May verstand sich nach dem traditionellen Beamtenverständnis in seiner Arbeit als politisch unparteiisch und stand dem Nationalsozialismus als neue

Staatsideologie neutral gegenüber. Damit brach er zwar durch seinen Parteibeitritt 1938, doch an seiner inneren Einstellung dürfte dies wenig geändert haben. Wenn die Obrigkeit von ihm verlangte, der NSDAP beizutreten, um weiterhin ungestört seine kommunale Arbeit verrichten zu können, dann tat er das eben. Ob er so aus Opportunismus oder Pflichtbewusstsein gegenüber den Bürgern handelte, bleibt offen.

Das Kriegsende brachte für May eine unglaubliche Last und Verantwortung. Er wurde Oberbürgermeister unter alliierter Besatzung. Im neuen Amt war er engagiert und bescheiden, sodass er auf entsprechende Bezüge verzichtete und die Vorläufigkeit seines Amtes betonte. May stellte eine fleißige Arbeitskraft für den Hintergrund dar und zeigte sich nicht für die erste Reihe geeignet. Entsprechend unwohl fühlte er sich als Stadtoberhaupt mit einer enormen Bürde an Verantwortung in Zeiten des Chaos. Trotz allem schien er mit der Besetzung Halles 1945 zunächst erneut in normale Verhältnisse zurückgleiten zu können wie schon nach dem Ersten Weltkrieg. Er war noch nicht einmal zum Volkssturm eingezogen worden, und seine Familie hatte keine Gefallenen zu beklagen. Erst mit der Etablierung eines neuen Regimes in der SBZ änderte sich sein beruflicher Lebensweg. May war es gelungen, in seiner beruflichen Stellung ohne Umstände vom Kaiserreich und dem Weltkrieg in die Weimarer Republik überzugehen, fast ohne von den revolutionären Unruhen Notiz zu nehmen. Ebenso hatte er sogar zunächst ohne Parteibuch das Dritte Reich überstanden. Selbst zwei Militärverwaltungen hatten ihn im Amt belassen. Erst die in ihrer Entstehung befindliche SED-Diktatur machte seiner Laufbahn ein Ende und das zunächst ohne Ruhegehalt. Der aufziehende politische Kurs und die Rechtsunsicherheit brachten ihn dazu, dem Beamtenstand den Rücken zukehren und sich beruflich neu zu orientieren. Dennoch kam May durch sein Wissen und seine Bekanntschaften an Leitungspositionen im Sparkassenverband, wo er bis zu seiner Rente blieb. Während der Arbeit hatte er stets die Parteipolitik außen vorgelassen, was ihn aber nicht zu einem politisch Desinteressierten machte. So wurde er schon 1945 Mitglied in der LDP, was eine politische Kontinuität zu seinem einstigen DVP-Parteibuch darstellt. Nichtsdestotrotz versuchte er sich mit dem neuen Staat zu arrangieren und trat zwei Massenorganisationen bei.

Als Rentner beschäftigte er schließlich noch die Stasi. Mays Fall ist beispielhaft für die Zustände in der DDR in Bezug auf das MfS und dem Umgang mit tiefsitzenden Problemen innerhalb der sozialistischen Planwirtschaft. Leichtfertig wurden May schwerste Vergehen angelastet, während die Ermittlungsarbeit zu wünschen übrigließ und einzelne Verdächtigungen künstlich aufgebauscht wurden. Das eigentliche Problem, das marode Sparkassensystem, wurde jedoch nicht angegangen.

Trotzdem genehmigte die DDR die Übersiedelung in den Westen zu seiner Tochter. May war nun im westdeutschen Hagen von seinem einstigen

Wirkungsbereich Zerbst und vor allem Halle entwurzelt. Zwar hatte er in Hagen seine Tochter samt Schwiegersohn um sich, doch seine Freunde und Bekannte waren hinter dem Eisernen Vorhang geblieben. So wird ihm – wenn auch bei weitem nicht in so hohem Maße wie Memmel – Adelpia durch Treffen und Briefkontakt eine Stütze im Alter gewesen sein.

Dr. Paul May zeigte sich als ein passionierter Beamter, der zwar durch seinen Fleiß bei der Arbeit brillierte, aber nicht durch sonderlichen persönlichen Ehrgeiz auffiel. Hinsichtlich der Regierungsform und seinem Vorgesetzten war er sehr anpassungsfähig, ohne seine eigene politische Meinung kundzutun. In den Lobpreisungen von Oberbürgermeister Weidemann zu dessen Dienstjubiläum zeigt sich jene Kollaboration exemplarisch. Diese Eigenschaft sollte jedoch nicht mit Rückgratlosigkeit gleichgestellt werden, denn sonst wäre Lieser 1945 nicht mit ihm Kontakt bezüglich des Widerstands getreten und May hätte sich ebenso wenig für die Schonung der Stadt engagiert.

2. Theodor Memmel

Theodor Memmel war von seiner Zeit geprägt: Patriotismus war im deutschen Kaiserreich obligatorisch und wurde in seiner Studentenverbindung weiter gefördert. Da er dort eine tolerante Atmosphäre vorfand, stellt seine entsprechende Sozialisation einen Gegensatz zu seiner späteren nationalsozialistischen Überzeugung dar. Seiner waffen- und couleurstudentischen Prägung blieb er hingegen lebenslang treu.

Die Freiwilligmeldung in den Weltkrieg riss Memmel wie viele andere Jugendliche jahrelang aus dem Studium und brachte ihm eine Verwundung ein, die ihn später bis zum Lebensende quälte. Die Weltkriegserfahrung prägte ihn in vielerlei Hinsicht. Sein Soldatendasein endete nicht 1918. Er setzte erneut bewusst sein Leben aufs Spiel, um gegen die Räteherrschaften in Würzburg und München zu kämpfen. Etwaige Pläne, Berufssoldat zu werden, machte das stark verkleinerte 100.000-Mann-Heer zunichte. Bei der anschließenden Wiederaufnahme seines Studiums zeigte Memmel schließlich sein Können und erlangte das zweitbeste Examen seines Jahrgangs. In seiner Korporation hatte er gesellschaftlichen Umgang gelernt, Verantwortung erfahren und verkehrte mit prominenten Persönlichkeiten. Adelpia war ein beständiger und wichtiger Teil seines Lebens nicht nur im Studium, sondern auch in Weltkrieg, Beruf, Bürgermeisteramt und Privatleben.

Als Lehrer war er erfolgreich und anerkannt. Er konnte sich so eine gesicherte Existenz aufbauen und eine Familie gründen. Sein Leben hätte geordnet so weitergehen können, doch er entschied sich anders. Nach vier Jahren Krieg und zwei Freikorpseinsätzen blieb für Theodor Memmel die

Frage nach dem Sinn des Ganzen. Die Frage, wie es zu diesem Waffengang von bisher ungeahnten Dimensionen, der katastrophalen Niederlage sowie der Wirtschaftskrise gekommen war, ist für ihn unbeantwortet geblieben. Das Kaiserreich war nicht nur durch seine Propaganda ein bis dahin unerreichtes Maximum an deutscher Stärke in vielen Bereichen gewesen. Doch Volk und Staat, die sich für das Allerhöchste gehalten hatten, stürzten nach einem verlorenen Krieg gegen eine Welt voll Feinden von ihrer Hybris in einen umso tieferen Abgrund. Memmel gehörte zwar nicht zu dem Millionenheer von Arbeitslosen, doch der Unterschied zwischen dem glanzvollen Kaiserreich als waffenstarrende Weltmacht und der unfähig erscheinenden Republik mit ihrer kümmerlichen Reichswehr in der wirtschaftlichen Rezession müssen augenscheinlich gewesen sein. Auf die Fragen des Warum und Wie konnte die BVP keine ihn befriedigende Antwort bieten, die NSDAP hingegen schon. Ihre Vorstellung einer jüdisch-bolschewistischen Hochfinanzweltverschwörung lieferte nicht nur Begründungen, warum es so gekommen war, sondern auch ein klares Feindbild. Weltpolitische Vorgänge wurden auf eine einzelne Personengruppe simplifiziert und konzentriert: „Der Jude“ stand hinter allem und jedem Schlechten, welches den Deutschen und anderen Nationen in der Vergangenheit widerfahren war. Außerdem verkündete der Nationalsozialismus die Vision eines neuen Deutschlands, welches unter dem Credo eines völkischen Einheitsgedankens das vergangene Zweite Reich sogar noch übertreffen sollte. Mit martialischer Sprache und Gebaren war Memmels Frontkämpfergeneration vertraut, und die von der NSDAP geforderte Radikalität bei der Umsetzung ihrer Ziele fand in dieser Zielgruppe, zu der eindeutig auch Memmel gehörte, offene Ohren.

Die vorliegende Dissertation stellt durch neue Erkenntnisse das politisch stringent erscheinende Bild in Frage, das Memmels Lebenslauf zu vermitteln scheint und das ihm im Entnazifizierungsprozess vorgehalten wurde. Memmels Beitritt zur NSDAP und seine dortige Aktivität waren nicht deterministisch, weil er Front- und Freikorpskämpfer war, zumal eine Mitgliedschaft in völkischen Verbänden nicht nachgewiesen werden konnte. Im Gegenteil war er durch seine Studentenverbindung tolerant sozialisiert worden und hegte Sympathie für die BVP. Erst in den 1920er Jahren radikalisierte er sich allmählich, so wie auch seine spätere Ideologie ihn von seinem Glauben in einem Prozess der inneren Abkehr entfremdete. Memmels Lebensweg zu einem der führenden Nationalsozialisten Unterfrankens zeigt sich nicht als klare Linie. Auch seinen Bürgermeisterposten erhielt er mangels innerparteilicher Konkurrenz und aus politischem Kalkül der Gauleitung gegenüber den Machtbestrebungen der SA und nicht auf Grund seiner Zielstrebigkeit. Memmel hatte vor seiner Wahl keinerlei Interesse, Oberbürgermeister von Würzburg zu werden und rechnete ursprünglich auch nicht damit, dieses Amt nach dem Ablauf seiner kommissarischen Verwaltung zu behalten.

Memfels Bildung, sein Redetalent und seine angesehene gesellschaftliche Stellung machten ihn zu einem Vorzeigekandidaten der ansonsten schlecht aufgestellten unterfränkischen NSDAP. Den anfänglichen Makel als „Septemberling“ kompensierte er durch seinen Eifer und verlor ihn durch die „Märzgefallenen“ des Jahres 1933 vollständig. Ebenfalls dürfte seine anfängliche gute Bekanntschaft zum Gauleiter durch Adelpfia ebenfalls den parteiinternen Aufstieg gefördert haben.

Bei der Führung seines Oberbürgermeisteramtes zeigte Memmel nur wenige Angriffspunkte, obwohl er keinerlei kommunale Erfahrungen mitbrachte. Dies ist umso beachtlicher, da er anders als Weidemann und viele seiner Amtskollegen keinen Fachmann in Form eines Paul May an seiner Seite hatte. Im kommunalen Amt konnte Memmel nun auf einer kleinen Ebene das umsetzen, was er zuvor vom Rednerpult aus gepredigt hatte. Durch sein Beschaffungsamt begünstigte er sozialromantisch die kleinen Unternehmer und unterband jegliche Kontakte seitens der Stadt mit jüdischen Geschäften oder solchen, die mit Juden Beziehungen unterhielten. Die geringen Entlassungszahlen durch das Berufsbeamtengesetz dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Memfels „Gefolgschaftsmitglieder“ durch ihn diszipliniert wurden. Wer ein SPD-Parteibuch besaß, verlor seine Stelle und selbst Ruheständlern untersagte er unter Androhung der Pensionsstreichung den Verkehr mit Juden. Innerhalb der Stadtverwaltung betätigte er sich nicht sonderlich als Werber für die NSDAP-Mitgliedschaft. Dies ist jedoch nicht als Gegnerschaft zum Parteisystem zu sehen. Es entsprang hingegen seiner persönlichen Gegnerschaft zu einer NSDAP als Massenpartei.

Ob er nun aus ideologischer Überzeugung oder aus mangelnden Alternativen und einem ausgeprägten Pflichtgefühl am Endkampf teilnahm konnte nicht definitiv geklärt werden. Addiert man Memfels Freude an der Mensur, die freiwillige Meldung zum Ersten Weltkrieg, die Teilnahme an Freikorps und schließlich noch den letzten Waffengang beim Volkssturm, so kann ihm sicherlich als Charakterzug ein gewisses Kämpfertum zugesprochen werden.

Der vom Expansionsdrang der NS-Regierung heraufbeschworene Weltkrieg sollte schließlich Memfels geliebtes und zur Heimat gewordenes Würzburg vernichten und alle Bau- und Kulturarbeit, an der auch er beteiligt gewesen war, samt dem Adelphenhaus zerstören.

Memmel hing sehr an Adelpfia. Das schwarze Prinzip war für ihn hingegen weniger relevant. Memmel sah schließlich zu Beginn der 1930er Jahre im Beitritt zur Deutschen Burschenschaft die Lösung der wichtigen Zukunftsfrage seines Bundes, selbst wenn sich dafür ein paar grundlegende Dinge ändern sollten. Dieser Dachverband und dessen Ausrichtung müssen es ihm angetan haben, denn er setzte sich verbindungsintern sehr für die D.B.

ein und konnte schließlich als Bundesführer Adelphias den Anschluss an den neuen Dachverband vollziehen. Er blieb seitdem überzeugter Burschenschafter. Die Burschenschaft Adelpia existierte jedoch nicht lange. Memmel musste schließlich als Einzelperson das erleben, was viele andere Verbindungen auch erfahren mussten, die sich allzu schnell dem Führerprinzip und der neuen Regierung anpassten. All die Anbiederung an den Nationalsozialismus hatte nichts geholfen: Die althergebrachte Korporationswelt passte nicht in den totalitären Anspruch der NSDAP. Memmel selbst trug an der Spitze seiner Bundesbrüder das alte Korporationswesen 1935 auf der Wartburg zu Grabe. Dabei war er Mitverursacher der Selbstliquidierung seines geliebten Bundes. Er sah erst den Umgang der NSDAP mit den Studentenverbindungen kritisch, als die Korporationswelt auf dem Altar des Nationalsozialismus für ein angeblich aufblühendes neues gleichgeschaltetes Reich geopfert wurde. Dieses hatte sich zur naiven Überraschung einiger, inklusive Memmel, ganz anders entwickelt, als man es sich vorgestellt hatte. Den totalitären Machtanspruch der Partei hatte man vielerorts vollkommen unterschätzt. Doch dann war es zu spät; Memmel und andere Korporierte hatten als allzu williges Sprungbrett für den Nationalsozialismus gedient, um die Macht erst zu ergreifen und sie dann zu festigen. Wie viele andere Korporierte erzürnte er innerlich angesichts dessen, was nun seinem Lebensbunde angetan wurde. Eine offene Abkehr vom Nationalsozialismus resultierte hieraus bei Memmel allerdings keinesfalls. Der hohen Stellung vieler Alter Herren verschiedener Verbindungen und der mangelnden Kontrolle über die Studenten war es schließlich geschuldet, dass im Laufe der Jahre das harte Programm der Nationalsozialisten gegenüber den ehemaligen Korporationen gelockert wurde.

Das Besondere an Memmel ist, dass er zwei Gegensätzlichkeiten mit jeweils voller Überzeugung lebte: Den Nationalsozialisten und den Verbindungsstudenten. In allen anderen Belangen zeigte er sich stets voll auf Parteilinie – nur bei der Korporationsfrage handelte er vollkommen dagegen. Dass die NSDAP 1935 die ihm so lieb gewonnene Verbindungswelt auflöste, traf ihn schwer. Außerdem sah er sich dem Gutdünken seines Gauleiters und gleichzeitigen Regierungspräsidenten Otto Hellmuth ausgeliefert. Mit der demütigenden Absetzung als Hoheitsträger endete nicht nur Memmels bis dahin steile Karriere in der Partei, auch der politische Einfluss in seiner eigenen Stadt schwand damit. Die Deutsche Gemeindeordnung schränkte seinen Handlungsspielraum in Personalangelegenheiten zugunsten der Gauleitung stark ein. Für die aus politischen Gründen Entlassenen trat Memmel nicht ein, allerdings war ihr Kreis deutlich kleiner als in Halle und sie erhielten noch etwas länger ihr volles Gehalt. Memmels persönlicher Anteil an dieser politischen Säuberungsmaßnahme kann nicht mehr ermittelt werden.

Der Nationalsozialismus und ein weiterer Weltkrieg endeten für das Deutsche Reich in der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8./9. Mai 1945. Dem totalen Krieg folgte eine totale Niederlage, die ein zweites 1918 *à la* „im Felde unbesiegt“ unmöglich machte. Anders als viele seiner Parteigenossen suchte Memmel weder sein Heil in der Flucht noch im Selbstmord. Stattdessen funktionierte er bis zum Schluss. Die Begeisterung für die Ideologie Hitlers hatte ihn alles gekostet: Söhne, Vermögen, Haus, Beruf – ja selbst seinen Glauben hatte er für den Nationalsozialismus aufgegeben. Der Historiker HANS-ULRICH WEHLER bezeichnete es als ein „unverdientes großes Glück der Deutschen“²³¹⁶, dass sie nach dem Krieg eine neue Chance erhielten. Memmel hatte als ehemals führender Nationalsozialist Würzburgs jedoch vorerst keinen Anteil an diesem Neubeginn. Er war fast nur mit dem nackten Leben davon gekommen. Sein Beruf als Lehrer blieb ihm dauerhaft verschlossen und so konnte er nicht wie einige andere Nationalsozialisten seinen alten Beruf wieder aufnehmen. Selbst Hellmuth war es etwa wieder möglich, als Zahnarzt Geld verdienen. Einzig die Studentenverbindung, der Memmel seit 1912 angehörte, blieb ihm nach seiner Entlassung aus der Haft erhalten. In dieser verblassten seine NSDAP-Vergangenheit sowie seine Eigenschaft als politisch und beruflich Gescheiterter und Isolierter gegenüber den Leistungen, die er für seine Korporation erbracht hatte. Auch sein Charisma kam ihm hierbei zu Gute. Selbst für seine ansonsten nicht positiv konnotierte Bürgermeisterzeit fand er hier Anerkennung, während seine nationalsozialistische Vergangenheit nicht thematisiert wurde. Außerhalb der Verbindung war Memmels gesellschaftliche Stellung dahin und Gerüchte über seine Person fanden Verbreitung. Von ungebührlichem Verhalten bei der Fronleichnamsprozession, als sich selbst verletzender Trunkenbold, über sein Unvermögen, die Stadt vor Zerstörungen zu schützen bis hin zu dem Vorwurf, er sei wie der Gauleiter nach markigen Parolen feige vor Kampfbeginn geflohen. Solange es sich irgendwie für ihn einrichten ließ, war Memmel stets bei allen Veranstaltungen Adelprias präsent. Die in seinem Bund erlebte Freundschaft schätzte er enorm und er bemühte sich nach dem Zweiten Weltkrieg sehr, diese weiterhin zu am Leben und aufrecht zu erhalten. Schon kurz nach dem Ende seiner Internierungshaft traf er sich wieder mit seinen Bundesbrüdern, die ihm in seinem ansonsten als trostlos anzusehenden Leben einen Halt gewährten. Die Folgezeit war bei Memmel durch eifrige Bundesarbeit und viele Vorstandspositionen geprägt. Diese Ämter trat er nicht auf Grund von Machthunger an, sondern übernahm sie oftmals auf Drängen der Bundesbrüder, die ihm immer wieder ihr Vertrauen schenkten. Durch sein stetes Streben die Gemeinschaft zu fördern, gab er dem Wiedererstehen der Verbindung sein Gesicht. Umso weniger war es offenbar für seine Bundesbrüder interessant, seine Zeit als Nationalsozialist zu hinterfragen. Diese blieb auf dem

²³¹⁶ WEHLER: Deutsche Gesellschaftsgeschichte Band 4, S. 937.

Adelphenhaus ein Tabuthema. So war er bis zu seinem Tod ein Bundesbruder, der durch seine Leistungen und seinen angenehmen Umgang sehr geschätzt wurde. Über die jüngste Vergangenheit zu schweigen, war ein deutschlandweites Phänomen. Dass man sie in seinem Lebensbund aber offenbar nie übelnahm, mag mit zwei zusätzlichen Faktoren zusammenhängen: Zum einen erschien Memmel als ein durchaus gestrafter Mann, zum anderen hatte Adelpheia zu Beginn des Dritten Reichs bereits keine jüdischen Mitglieder mehr. Dadurch gab es zumindest keinen Bundesbruder, dessen Tod oder Verfolgung man direkt mit Memmels nationalsozialistischer Ideologie in Verbindung bringen hätte können.

Gemessen an seinem Nachruf in der MainPost und der regen Anteilnahme an seiner Beerdigung schien Memmel nach dem Zweiten Weltkrieg in weiten Kreisen der Würzburger Bevölkerung einen guten Namen behalten zu haben. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass er mit keinen nationalsozialistischen Ausschreitungen in Verbindung gebracht wurde und somit als „gemäßigt“ galt. Außerdem war er – unterstützt durch entsprechende Medienpropaganda – tatkräftig um das Wohlergehen und Erblühen der Stadt bemüht. Zum anderen machte er zwangsläufig gegenüber dem äußerst unbeliebten Gauleiter eine gute Figur, zumal er weniger herrschaftlich und statt dessen volksnah auftrat. So vermutete man bei der Schuldfrage hinsichtlich der Zerstörung der Stadt eine Verantwortung fast ausschließlich bei dem fanatische Durchhalteparolen von sich gebenden Hellmuth und nicht bei Memmel. In der Würzburger couleurstudentischen Szene hatte dieser durch sein Agieren gegen den NSDStB ohnehin einen sehr guten Ruf. Memmel selbst setzte sich seit seiner Internierung dafür ein, seine positive Reputation wieder zu erlangen. Eine Anerkennung seitens der Stadt für seine Amtszeit blieb Memmel stets ein sehr wichtiges persönliches Anliegen. Er selbst wollte in seiner einstigen Oberbürgermeisterrolle als pflichtbewusster und volksnaher Idealist gesehen werden, der immer nur das Beste für seine Heimatstadt im Sinn hatte und hart dafür gearbeitet hatte.

3. Biografischer Vergleich

Sowohl May als auch Memmel kamen aus einem kleinbürgerlichen Elternhaus. Ihre Intelligenz ermöglichte ihnen durch ihr Studium einen Ausbruch aus diesen Verhältnissen. Ihre Herkunft bestimmte jedoch auch die Wahl des akademischen Lebensbundes mit. Denn die schwarze freischlagende und wenig prestigeträchtige Studentenverbindung Adelpia stellte eine Heimat für viele junge Männer aus kleinbürgerlichen Verhältnissen dar. Die Sozialisierung von May und Memmel als aktive Burschen war gleich: Sie wurden vaterländisch und gleichzeitig tolerant geprägt. May blieb dieser Einstellung sein Leben lang treu. Memmel hingegen radikalisierte sich in den 1920er Jahren. Der Erste Weltkrieg mit seinen Folgeerscheinungen stellte für ihn einen wesentlich gravierenderen Faktor dar, als für May. Der hatte bereits vor seiner Einziehung den Einstieg in ein gesichertes Berufsfeld gefunden, verbrachte nur eine ganz kurze Weile an der Front und kam ohne Umwege oder Einbußen wieder im Arbeitsleben an. Memmel hingegen wurde aus seinem Studium gerissen und mit langfristigen Folgen schwer verwundet. Auch wenn seine Zeit als Artillerist nicht derart intensiv und traumatisierend war im Vergleich zu anderen Frontkämpfern, blieb sie ein zentrales Erlebnis in seinem Leben. Denn an der Sinnfrage von Krieg und Niederlage konnte der Nationalsozialismus ideologisch andocken. May hatte mit seinem Geburtsjahr gleich doppeltes Glück: Er war bereits im Berufsleben verankert, weswegen ihn der Erste Weltkrieg anders als Memmel nicht aus der Bahn gerissen hatte. Und gleichzeitig war er noch nicht so alt, weswegen er – anders als Rive – nach dem Zweiten Weltkrieg noch erwerbsfähig blieb. Bedingt durch den Ersten Weltkrieg entwickelten sich die politischen Lebenswege von May und Memmel diametral. Memmel radikalisierte sich in einem Prozess und ging schließlich im Nationalsozialismus auf. Mays Lebenslauf und politische Überzeugung weisen hingegen keinerlei Brüche oder Widersprüche auf. Sein NSDAP-Beitritt bedeutete nur ein Arrangement mit dem Regime.

Schon die Examensnote zeigt, dass Theodor Memmel ein kluger Kopf war ebenso wie der promovierte May. Doch anders als May entschied er sich gegen die politische Richtung der bürgerlichen Parteien und wandte sich einer radikalen Strömung zu. Dort konnte er sein Redetalent entfalten, über das May nicht verfügte, und wurde unerwartet Oberbürgermeister einer Großstadt. Somit erreichte er durch die politischen Umstände eine höhere und besser dotierte Position als der promovierte und fachlich weitaus qualifiziertere May, der „nur“ das Amt des Zweiten Bürgermeisters bekleidete und sich auf dem damals üblichen fachlichen *cursus honorum* in der Kommunalverwaltung befand.

Auffallend ist, dass sowohl Memmels als auch Mays noch aus dem Kaiserreich stammende Sozialisation hervorragend im Nationalsozialismus aufging. Memmels Patriotismus und Befehlsgehorsam brachten ihn nicht

nur zur NSDAP, sondern auch noch dazu, 1945 am Endkampf teilzunehmen. Und Mays Auffassung eines neutralen und fleißigen Staatsdieners machte ihn zu einem gut geölten Rädchen im nationalsozialistischen Magistrat von Halle.

Schließlich war es das gleiche Parteibuch, das Mays und Memmels Karriere bei ihrer Stadt für immer beendete. Nun teilten die beiden auf einmal ein Schicksal, nämlich Ausgestoßener ihres noch nicht einmal gegründeten Staates zu sein, ohne eine Pension für ihre Zeit in der Stadtverwaltung zu erhalten. Dieser Zustand währte für May allerdings nur sehr kurz. Denn seine fachlichen Qualitäten ermöglichten ihm eine neue gehobene Arbeitsstelle, während der politisch schwer belastete Memmel einfache Arbeiten verrichten musste. Mays politische Anpassungsfähigkeit gepaart mit seinem Können bewahrte ihn vor dem Schicksal Memmels, ein im Lebensweg Gescheiterter zu sein.

Memmel zeigte sich seiner Korporation weitaus enger verbunden als May. Dies ist auf seine längere Aktivenzeit und seinen Arbeitsplatz in Würzburg zuzuschreiben. Aber auch May blieb trotz seiner relativ kurzen Aktivenzeit lebenslang mit Adelpia verbunden, allen räumlichen Distanzen und politischen Systemen zum Trotz. Einen Einfluss auf die lokalen Korporationen in Halle nahm May jedoch nicht. Der beiderseitigen Korrespondenz ist zu entnehmen, dass Memmel sehr von May geschätzt wurde.

II. Erkenntnisse zur Kommunalgeschichte des Dritten Reichs

Der Vergleich von Würzburg, Halle und anderen Groß- und Gauhauptstädten brachte einige Erkenntnisse. Die wenigsten nationalsozialistischen Oberbürgermeister, die 1933/34 zu ihrem Amt gekommen waren, brachten die notwendige formale Qualifikation oder aber die kommunale Praxiserfahrung mit. Die Nominierung kam für fast alle überraschend und ohne eigenes Bestreben. Ausnahmen gab es nur dort, wo die NSDAP schon vor der Machtübernahme über einen Oberbürgermeisterkandidaten verfügt hatten. Ihre Amtsübernahme resultierte stattdessen vornehmlich aus den lokalen innerparteilichen Machtkämpfen. In Amt und Würden trafen die neuen nationalsozialistischen Oberbürgermeister auf eine so gut funktionierende Großstadtverwaltung, dass diese den Wechsel des Stadtoberhauptes hin zu einem an Erfahrung mangelnden Parteigenossen gut überstanden. Oft stellte man besonders unqualifizierten Nationalsozialisten mindestens temporär einen erfahrenen Zweiten Bürgermeister ohne NSDAP-Parteibuch zur Seite.

Die politischen Säuberungen durch das Berufsbeamtengesetz zeigten sich in ihren Umfängen ausgesprochen unterschiedlich. Die genauen Entlassungszahlen bleiben jedoch in vielen Kommunen nach wie vor ein Desiderat. In den meisten untersuchten Städten zeigte sich die Zahl derer, die wegen des Berufsbeamtengesetzes bis 1934 entlassen wurden, als recht gering. Allerdings war unter den Beamten im Vergleich zu Angestellten und Arbeitern der Anteil der Entlassenen höher. Nichtsdestotrotz genügte die Entlassung einiger Weniger, um die „Gefolgschaftsmitglieder“ bis zum Ende des Dritten Reichs erfolgreich zu disziplinieren. Unterstützt wurde dies durch die Kontrolle mittels Fragebögen, was gerade in Halle gut beobachtet werden konnte. Vom „Ariernachweis“ bis zur Zugehörigkeit im Rotary Club durfte dem Dienstherrn nichts verborgen bleiben.

In der vorliegenden Dissertation konnte ich den besondere Status der Gauhauptstadt bei den deutschen Großstädten herausarbeiten. Sowohl in Würzburg als auch in Halle hatte der Gauleiter ein besonderes Interesse an den Vorgängen im Stadtrat. In Würzburg setzte Hellmuth Memmel von seinem Kreisleiterposten ab, und ein Großteil der Stadträte rekrutierte sich aus der Gauleitung. In Halle übernahm Jordan den Posten des Beauftragten der NSDAP selbst, ohne aber an Sitzungen teilzunehmen. Dafür war er bei der Auswahl der Ratsherren umso penibler, was dazu führte, dass diese nie die festgesetzte Zahl erreichten. Der Prestigeanspruch an die eigene Gauhauptstadt seitens des Gauleiters setzte den Oberbürgermeister einem ganz besonderen Druck aus. Hieraus entstand ein besonderes Spannungsverhältnis. Häufig war die Beziehung von Oberbürgermeister und Gauleiter von Antipathie geprägt, gleichzeitig kam es aber selten zu einer Absetzung des Stadtoberhauptes. Denn trotz allem hatte man sich eingespielt und

geeigneter Nachfolger waren rar. Hinzu kam die für das Dritte Reich typische Konkurrenz mit anderen Gauen und Städten. Eine Schwächung der Administration der Gauhauptstadt durch einen Wechsel des Oberbürgermeisters war somit nicht erstrebenswert. Der spezielle Status der Gauhauptstadt führte für die davon betroffenen Oberbürgermeister zu einem ganz besonderen Unterstellungsverhältnis, das sich als zweiseitiges Schwert entpuppte: Einerseits erhielt ihre Kommune spezielle Förderung, andererseits standen sie unter einem hohem Erwartungsdruck, der sich vielerorts in einem schlechten Verhältnis von Oberbürgermeister und Gauleiter zeigte.

Dass sich die weitere biographische Erforschung von nationalsozialistischen Bürgermeisterern aus wissenschaftlicher Sicht lohnt, konnte durch die vorliegenden Erkenntnisse unterstrichen werden. Denn die Stadtoberhäupter stellten nicht nur willenlose Marionetten dar, sondern konnten die ihnen unterstellte Stadt durchaus prägen. Dies hing jedoch von den örtlichen Gegebenheiten und Ihrem Können beim Netzwerken ab. Gerade im finanzstarken Würzburg war es Memmel möglich, viele Baumaßnahmen durchzuführen und die Verwaltung zu modernisieren. Auch seine in Angriff genommene Vision von der Studenten- und Fremdenverkehrsstadt ist zu erwähnen

Gleichzeitig hat sich herausgestellt, dass spätestens infolge der Bestimmungen der Deutschen Gemeindeordnung der nach dem Krieg gerne vermittelte Schein eines Oberbürgermeisters im Dritten Reich als unbeschränkter Herrscher seiner Kommune trügt. Da der Beauftragte der NSDAP die Personalentscheidungen traf, behielt der Gauleiter ein hohes Maß an Kontrolle. In Halle hatte dies zur Folge, dass die Besetzung der Ratsherrenposten stark gehemmt wurde, in Würzburg versuchte Hellmuth seinen eigenen Personalstamm im Rathaus zu etablieren. Abseits der Personalentscheidungen besaß der Oberbürgermeister allerdings tatsächlich viel Macht, da der Stadtrat zu einem reinen Akklamations- und Beratungsorgan ohne oppositionellen oder kontrollierenden Faktor degradiert worden war.

Allgemein ist zu beobachten, dass sich die vom NS-Regime erhoffte und propagierte Effizienzsteigerung der Verwaltungen durch eine Machtzentralisierung unter Ausschaltung der bisherigen demokratischen Gremien auf kommunaler Ebene angesichts der oftmals lähmenden Polykratie vielerorts als Fehlschlag entpuppte.

Schlussendlich bedeutete das Oberbürgermeisteramt einer Groß- und Gauhauptstadt im Dritten Reich auch fast immer das Ende der Karriere. Keiner innerhalb dieser Gruppe konnte im Nachkriegsdeutschland an sein einstiges Gehalt anknüpfen, die meisten standen hingegen vor dem

materiellen Nichts. Die Entscheidung über ihre Pensionsforderungen seitens der jeweiligen Städte gestaltete sich hingegen sehr unterschiedlich.

III. Erkenntnisse zur Studentengeschichte

Weder May noch Memmel profitierten durch ihr Verbindungsnetzwerk – abseits der dort gelernten gesellschaftlichen „*soft skills*“ – in ihrem beruflichen Werdegang. Auch in der NSDAP erwachsen Letzterem keine ersichtlichen Vorteile. Zu beachten ist hierbei jedoch, dass Adelpia mit etwa 150 Mitgliedern stets eine kleine Verbindung war und bis zum Eintritt in den R.V.s.V. keinem Dachverband angehörte. Die Möglichkeiten ihr Verbindungsnetzwerk für berufliche Zwecke auszunutzen war für die beiden Adelphen also eher gering.

Adelpia wandelte sich schrittweise von einer toleranten Progressverbindung zu einer auf einem völkischen Programm fußenden pflichtschlagenden Burschenschaft, wobei Memmel ein Wegbereiter des Dachverbandswechsels war. Für die Studentenverbindung Adelpia bedeutete ebenso wie für Memmels Lebensweg der Erste Weltkrieg einen ganz besonderen Einschnitt. Der spielte keine Rolle für das schwarze Prinzip, denn das wurde unabhängig davon in einem jahrzehntelangen Prozess aufgeweicht. Betroffen war vielmehr die vorher augenfällige Multinationalität und Toleranz, die durch den Weltkrieg verloren ging. Die gesellschaftlich zunehmend ausgegrenzten Juden zogen es vor, jüdischen Verbindungen beizutreten. Die ausländischen Studenten blieben mit Kriegsbeginn fast gänzlich aus. Da es durch diese beiden Faktoren bedingt nach dem Ersten Weltkrieg zu keiner Annäherung zu Juden oder Ausländern innerhalb der Aktivitas mehr kam, erschien es billig, die überlebte Multikulturalität für einen als überlebensnotwendig erscheinenden Dachverband aufzugeben. Durch diesen Mangel, den national-konservativen bis völkischen Einfluss des R.V.s.V. und die allgemeine antisemitische Ausrichtung der Würzburger Studentenschaft²³¹⁷ fand die Aktivitas einen Zugang in das entsprechende Milieu. So war dann letztendlich der äußerlich enorme Schritt zum Art- und Dachverbandswechsel innerlich kein großer mehr.

Es konnten zum Kameradschaftswesen sowohl im Speziellen auf das Fallbeispiel Adelpia beziehungsweise „Rudolf Berthold“ bezogen, als auch im Allgemeinen neue Erkenntnisse gewonnen werden. Alleine die Zugehörigkeit Hellmuths zur Adelpia war bisher eine unbekannt Tatsache.

Theo Memmel nutzte seine berufliche und damit einhergehende parteipolitische Stellung aus, um Alten Herren bereits vor dem Zweiten Weltkrieg wichtige Positionen im Verwaltungsapparat zu beschaffen. Umgekehrt „keilte“ er einflussreiche Personen, um das Überleben seiner Verbindung zu sichern. Er knüpfte sich so ein lokal imposantes Netzwerk, das den Gaustab, die Universität, die Gaustudentenführung und die

²³¹⁷ FLADE: Die Würzburger Juden, S. 252ff.

Stadtverwaltung umfasste. Nur durch den in dieser Arbeit beleuchteten Korporationshintergrund vieler Akteure ergeben Bekanntschaften wie die von Memmel und Heim, Becker, Friedrich oder Bootz einen tieferen Sinn. Während des Krieges war es sogar möglich, die neuen Freiräume durch die althergebrachte Korporationskultur zu besetzen. Selbst Mensuren wurden ausgetragen, entsprechende Nachforschungen seitens der Gestapo aber unter Ausnutzung des Netzwerkes und Memmels Möglichkeiten gestört und unterbunden. Es handelte es sich dabei um eine Opposition zu einer speziellen Politikrichtung der NSDAP beziehungsweise gegen den NSDStB, nicht jedoch um eine Widerstandsarbeit. Während andere das NS-Regime tatsächlich bekämpften und oft mit dem Leben dafür bezahlten, begnügte man sich hier mit der Ausübung studentischer Kultur auf dem Haus und dem verbotenen Austragen von Schlägermensuren.

D) Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Archivalische Quellen

Archiv der B! Adelpia

Adelpia Mitglieder V. 1. Januar 1972.

Beglaubigte Abschrift der Berufung Memmels zum Altherrenschaffsführer der Altherrenschaff „Rudolf Berthold“ durch Reichsstudentenföhner Dr. Scheel. München, 1.8.1939.

Bier- und Weinzipfel von Dr. med. dent. Martin Trittermann von seinem Leibburschen Josef Fleischmann gestiftet. Würzburg, Wintersemester 1902/03.

Geschäftspost, Anfangsbelege 54.

Gruppenfoto der Aktivitas vom 24.12.1966.

Mensurbuch I.

Mitgliedskarte der Gesellschaft für burschenschaftliche Geschichtsforschung e.V. von Theo Memmel.

Personalien. Angelegt 1965 von Memmel.

Satzungen u. Ordnungen der WB Adelpia des DC, WR u. der DB.

Schriftverkehr Theo Memmel.

Weinzipfel von Dr. med. dent. Martin Trittermann mit fünf Schiebern vom Sommersemester 1926 bis zum Wintersemester 1929/30.

Archiv der Deutschen Gesellschaft für Hochschulkunde e.V. in Würzburg

Karton A6 39.

Archiv des Deutschen Freimaurermuseums e.V. Bayreuth.

Matrikel der gerechten und vollkommenen St. Johannis-Loge Zu den zwei Säulen am Stein im Orient Würzburg von 1871 bis 1927.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv in München

MK 33850.

Bundesarchiv in Berlin

NS-6-820.

NS/38 46.

NS/38 3653.

NS/38 3654.

NS/38 4176.

NS/38 4231.

SA-4000002851.

VBS-1-1080006311.

Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, Ministerium für Staatssicherheit, Außenstelle Halle

13661/19Z.

Einwohnermeldeamt Würzburg

Einwohnermeldebogen Elisabeth Maria geb. Memmel, gesch. Wald.

Einwohnermeldebogen James William De Freest.

Einwohnermeldebogen Kurt Karl Wald.

Landesarchiv Baden-Württemberg in Sigmaringen

Wü 13 T 2 Nr. 2526/054.

Landesarchiv Sachsen-Anhalt

C 48 Ia Regierung Merseburg. Kommunalregistratur Nr. 578 Bd. 19, 20 „Das Magistratspersonal zu Halle, 1934–1947“.

C 48 Ia Regierung Merseburg. Kommunalregistratur Nr. 658 Bd. 1–2 „Das Disziplinarverfahren gegen den 2. Bürgermeister Seydel in Halle a/S., 1926–1930“.

C 48 Ia Regierung Merseburg. Kommunalregistratur Nr. 659 „Die Personalien des Oberbürgermeisters Dr. Johannes Weidemann in Halle a/S., 1934–1946“.

K12 Merseburg. Bezirksverwaltung Merseburg. Nr. 216.

K12 Merseburg. Bezirksverwaltung Merseburg. Nr. 217.

Staatsarchiv München

Generalstaatsanwaltschaft 3056.

Spruchkammerakte Memmel, Theodor.

Staatsarchiv Würzburg

Gestapo 1288, 1842, 15007.

NSDAP Gau Mainfranken 1, 27, 703, 705.

SD-Hauptaußenstelle Würzburg 23.

Spruchkammer Würzburg 1258.

Stadtarchiv Hagen

Sterbeurkunde von Paul May.

Stadtarchiv Halle

A 2.9 Kap. II Abt. E Nr. 160 Bd. 1-2.

A 2.9 Kap. X Abt. A Nr. 1 Bd. 3.
A 2.9 Kap. X Abt. B Nr. 8 Bd. 2 und 5.
A 2.9 Kap. XI Abt. A Bd. 5-16.
A 2.13 Nr. 1058.
A 2.21 000-1/6.2 H Bd. 1.
A 2.21 000-1/6.3 Bd. 2, 3-5, 10, 12, 15 und 16.
A 2.21 000-1/6.4 Bd. 2.
A 2.21 000-1/6.5 Bd. 1.
A 3.25 Nr. 245 Bd. 1 und 2.
A 3.25 Nr. 246 Bd. 6.
A 2.33 Karton 86.
A 2.34 001-1/1 Nr. 5 H Bd. 1
A 2.34 001-2/4 Nr.1 N Bd. 1.
A 2.34 001-2/4 Nr.3 N Bd. 1.
A 2.34 001-2/4 Nr. 17 N Bd. 1 und 3.
A 2.34 001-2/4 Nr. 18 N Bd. 1.
A 2.34 001-2/5 Nr. 9 N Bd. 1.
A 2.34 001-2/6.1 N Bd. 1-3.
A 2.34 001-3/6.2 N Bd. 1.
A 2.34 001-4/2.1 H Bd. 1.
A 2.34 001-4/2.3 H Bd. 1.
A 2.34 001-4/2.3 N Bd. 3.
A 2.34 011-17 Nr. 2 N Bd. 1.
A 2.36 Nr. 1372 Bd. 1.
A 2.40 Nr. 4 Bd. 1.
A 2.40 Nr. 5 Bd. 1.
A 2.43 001-4/2.1 H Bd. 1.
A 2.44 Nr. 3 Bd. 12.
A 2.44 Nr. 3 Bd. 16.
A 5.6 Nr. 93.
KS 36 a.
N 79,4 Nr. 34.
Personalakte Dr. Paul May.
Personalakte Bernhard Hieronymus Helthuysen.
Personalakte Richard Robert Rive.
Personalakte Dr. Dr. Johannes Weidemann.
S 26.1 FA 588.
S 26.1 FA 750.
ZG 23 Nr. 4, 8, 9.
ZG 23 a Nr. 2, 9, 18, G 7, G 23 und G29.

Stadtarchiv Würzburg

Biographische Mappe Dr. Stadelmayer, Franz.

Biographische Mappe Memmel.
 Biographische Mappe Walle, Gustav. Stadtschulrat.
 Bürgermeisterangelegenheiten. Verschiedenes. Einheitsaktenplan I, Hauptgruppe 0, Signatur 403.
 Einheitsaktenplan I HG 0 Signatur 989. "Dr. Hans Lill, berufsmäßiger Stadtrat, Stadtarzt u. Stadtschularzt, Stadtmedizinalrat".
 Einheitsaktenplan I HG 0 Signatur 990 „Dr. Lill Hans, Stadtmedizinalrat. Wiederberufung als hauptamtlicher Beigeordneter.“
 Einheitsaktenplan I HG 0. Signatur 991 "Dr. Hans Lill 1936-1939".
 Einheitsaktenplan I HG 0 Signatur 1007 „Umhau Dr. Hellmuth, juristischer Hilfsarbeiter, Vertragsangestellter, rechtsk. Stadtrat.
 Einheitsaktenplan I HG 0 Sign. 1045 „Dr. Franz Albert Karl, berufsm. Stadtrat“.
 Einheitsaktenplan 025/3 „Dr. h.c. Hans Löffler, Oberbürgermeister. 1946-1967“.
 Einheitsaktenplan 025/4 „Zahn, Julius, rechtsk. 2. Bürgermeister. In Ruhestand versetzt ab 1. Mai 1933. Gestorben 7.7.1934.“
 Einheitsaktenplan 030/19 „Besetzung einer hauptamtlichen Beigeordnetenstelle (Nachfolger des Dr. Umhau. Vorverhandlungen über die Berufung“.
 Einheitsaktenplan 030/19. „Schmitt Rolf, berufsmäßiger Stadtrat“. Einwohneramt 146 und 147.
 Personal A Signatur 56. „Zeißner Karl, Verw. Direktor“.
 Personal A bis 2002. Signatur 98.
 Personal A bis 2002. Signatur 69. Hufnagel, Ernst Stadtoberinspektor.
 Personal A bis 2002. Signatur 842a. Dr. Wolpert, Adalbert 1943.
 Personal A bis 2002. Signatur 842b. Wolpert, Dr. Adalbert 1945-1968.
 Personal A bis 2002. Signatur 846a. Stadelmayer, Franz. 1945-1966.
 Personal A bis 2002. Signatur 846b. Stadelmayer, Franz. 1949-1960.
 Personalakten Beamte 037/1. „Schäfer Jakob Stadtrat. Versetzung in den Ruhestand ab 10.9.29“.
 Personalakten Beamte 037/1. „Streller Hans; Stadtinspektor“.
 Persönlichkeitsakte 023/1 „Wolpert, Adalbert Dr. Bürgermeister und Stadtrat.“
 Polizeidirektion-13.
 Magistratsakten Signatur 119 a-1, 126 und 163.
 Manuskriptsammlung 443.
 Museum im Kulturspeicher. Depots 1944-1946. Signatur 26.
 Nachlass Oppelt 4, 14, 74, 98, 107, 109f., 116f. und 140.
 NSDAP-Ortsgruppe Versbach. Schriftverkehr 1934-1940.
 Sammlung Kriegschronik-2.

Stadtratsprotokolle 1933. Rp 398.
Stadtratsprotokolle 1934/35. Rp 399.
Stadtratsprotokolle 1936-38. Rp 400.
Stadtratsprotokolle 1942-44. Rp 402.
Prüfungsausschuss für Wiedereinstellung bzw. Wiederzulassungen
M-Z. 1945-1946. Einwohneramt 147.

II. Gedruckte Quellen

140-Jahrfeier Würzburger Liedertafel von 1842 e.V. Würzburg, 1982.
ALBRECHT, DIETER: Die Protokolle der Landtagsfraktion der bayerischen Zentrumspartei 1893-1914 (= Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte. Band 92). Band 2: 1899-1904.
Amtsblatt der Militärregierung Deutschland, Kontroll-Gebiet der zwölften Armeegruppe. Nr. 2. O.O., 1945.
Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland. Nr. 3. Berlin, 31.1.1946.
Anschreibenbuch. Mitgliederverzeichnis sämtlicher Alten Herren. Hannover, 1937.
Bayerischer Staatsanzeiger, Nr. 68, 22.3.1933.
BOGISCH, MANFRED (Hrsg.): LDPD in der Übergangsperiode 1945-1961. Dokumente. Teil I (= Schriften der LDPD. Heft 16/I). Berlin, 1976.
Bundesgesetzblatt 1951, Teil I.
Bundesgesetzblatt 1953, Teil I.
Bundesgesetzblatt 1955, Teil I.
Bundes-Gesetzblatt des Norddeutschen Bundes. Nr. 17.
DAK-Gesundheitsreport 2018. Hamburg, 2018.
Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof. Nürnberg 14. November – 1. Oktober 1946. Urkunden und anderes Beweismaterial. Band 27.
Die Bibel. Altes und Neues Testament. Einheitsübersetzung. Stuttgart, 2008.
EICKSTEDT, KLAUS VON: Christus unter Internierten. Neuendettelsau, 1949.
FEDER, GOTTFRIED: Das Programm der N.S.D.A.P. und seine weltanschauliche Grundgedanken. München, 1931.
Festschrift zum Heimatfest der Stadt Stössen. 18.-21. Juli 1908. Osterfeld, 1908.
FRÖHLICH, ELKE: Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil II Diktate 1941-1945. Band 15 Januar-April 1945. München, 1995.
Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1950-1954.
Gesetz- und Verordnungs-Blatt für den Freistaat Bayern 1933.
Gesetz zur Befreiung von Nationalismus und Militarismus. München, 1946.

Gesetz-Blatt für das Königreich Bayern. Nr. 8. München, 27.2.1850, S. 53-66.

GOEBBELS, JOSEPH: Wetterleuchten. Aufsätze aus der Kampfzeit. Band 2. „Der Angriff“. München, 1939.

HAUSER, PETER (Hrsg.): Hat ein Schmiss gegessen... Medizinische Doktorarbeiten zum Thema Mensur. Hilden, 2007.

HEIM, SUSANNE (Hrsg.): Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Band 2. Deutsches Reich 1938-August 1939. München, 2009.

HELD, KARL/STOBBE, OTTO: Das Kgl. Preuß. Infanterie-Reg. Graf Barfuß (4. Westf.) Nr. 17 im Weltkriege 1914/1918 (= Deutsche Tat im Weltkrieg. Geschichten der Kämpfe deutscher Truppen. Band 25). Berlin, 1934.

HITLER, ADOLF: Mein Kampf. 851.- 855. Auflage. München, 1943.

HITLER, ADOLF (Hrsg.): Nationalsozialistische Monatshefte. Heft 4. München, 1930.

HOFER, WALTHER (Hrsg.): Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933-1945. 50. Auflage. Frankfurt, 2011.

HOFFMANN, DIERK/SCHMIDT, KARL-HEINZ/SKYBA, PETER (Hrsg.): Die DDR vor dem Mauerbau. Dokumente zur Geschichte des anderen deutschen Staates 1949-1961. München, 1993.

HUBATSCH, WALTHER (Hrsg.): Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939-1945. Dokumente des Oberkommandos der Wehrmacht. Bonn, 2000.

JACOBSEN, HANS-ADOLF: 1939-1945. Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten. Darmstadt, 1961.

Jahres-Bericht der Würzburger Liedertafel e.V. 1930-1934.

JORDAN, RUDOLF: Erlebt und Erlitten. Weg eines Gauleiters von München bis Moskau. Leoni am Starnberger See, 1971.

JORDAN, RUDOLF: Im Zeugenstand der Geschichte. Antworten zum Thema Hitler. Offenbach am Main, 1974.

JÜNGER, ERNST: In Stahlgewittern. Stuttgart, 2014.

KERRL, HANNS (Hrsg.): Die Deutsche Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935. Textausgabe mit Kurz-Kommentar. Berlin, 1935.

KOCK, OLIVER (Hrsg.): Das Tagebuch des Leutnants Kurt Nilius 1916-1918. Bayreuth, 2013.

KNEMEYER, FRANZ-LUDWIG: Die bayerischen Gemeindeordnungen 1808-1945. Köln, 1994.

LEY, ROBERT (Hrsg.): Organisationsbuch der NSDAP. 1. Auflage. München, 1936.

LEY, ROBERT (Hrsg.): Organisationsbuch der NSDAP. 3. Auflage. München, 1937.

Pauk-Komment des Verbandes schlagender Korporationen zu Würzburg. Würzburg, 1909.

Satzungen des Rothenburger E.C. Leipzig, 1913.

SENN, WILHELM MARIA: Katholizismus und Nationalsozialismus. Eine Rede an den deutschen Katholizismus von Wilhelm Maria Senn, Pfarrer. Münster, 1931.

Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich nach den Gesetzen vom 15. Mai 1871 und 26. Februar 1876. Nördlingen, 1876.

Reichsgesetzblatt 1919.

Reichsgesetzblatt 1933-1945, Teil I.

RIVE, RICHARD ROBERT: Lebenserinnerungen eines deutschen Oberbürgermeisters (= Schriftenreihe des Vereins zur Pflege kommunalwissenschaftlicher Aufgaben e.V. Berlin. Band 5). Stuttgart, 1960.

Runderlass des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei im Reichsministerium des Inneren vom 21.5.1940, S. 993.

Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force, Office of the Chief of Staff (Hrsg.): Handbook for Military Government in Germany. Prior to Defeat or Surrender. Washington D.C., 1944.

Mainfränkischer Kalender. Amtliches Jahrbuch der NSDAP Gau Mainfranken 1935.

Mainfränkischer Kalender. Amtliches Jahrbuch der NSDAP Gau Mainfranken 1937.

Mainfränkischer Kalender. Amtliches Jahrbuch der NSDAP Gau Mainfranken 1939.

Ministerialblatt des Reichs- und Preußischen Ministeriums des Innern. Nr. 51, 2.12.1936.

MAY, PAUL: Die bayrische Zementindustrie. Naumburg an der Saale, 1909.

Mitgliederverzeichnis des Rothenburger Verbandes schwarzer Verbindungen (V.-S.-V.). Berlin, 1920.

Ministerialblatt für die Preußische innere Verwaltung vom 26. Juli 1933 Nr. 40.

MOLL, MARTIN (Hrsg.): Führer-Erlasse 1939-1945. Stuttgart, 1997.

Nachrichtendienst des Deutschen Gemeindetages. Nr. 22, 21.7.1934.

Nürnberg. Rechenschaftsbericht 1934/35. Nürnberg, 1935.

Personalbestände der königlich bayerischen Julius-Maximilians-Universität vom Winter-Semester 1874/75 bis zum Winter-Semester 1922/23.

Preußisches Besoldungsblatt 1937.

Vorordnungsblatt für die Provinz Sachsen. Halle, 1945.

WEIDEMANN, JOHANNES: Deutsches Verwaltungsrecht (= Die Verwaltungs-Akademie. Ein Handbuch für den Beamten im nationalsozialistischen Staat. Band 2. Der Aufbau des nationalsozialistischen Staates. Gruppe 1. Der verwaltungsrechtliche Aufbau. Beitrag 24). Berlin, 1935.

WEIDEMANN, JOHANNES: Die Aufsicht des Staates über die Gemeinden (= Schriften zur deutschen Gemeindepolitik. Band 2). München, 1936.

WEIDEMANN, JOHANNES: Gemeinde und Staat, Partei, Volk und Wirtschaft (= Die Verwaltungs-Akademie. Ein Handbuch für den Beamten im nationalsozialistischen Staat. Band 2. Der Aufbau des nationalsozialistischen Staates. Gruppe 1. Der verwaltungsrechtliche Aufbau. Beitrag 25a). Berlin, 1935.

Würzburger Adressbuch 1947. Würzburg, 1946.

Würzburger Universitäts-Almanach 1928/29. Würzburg, 1928.

Würzburger Wohnungsbuch (offizielles Adressbuch). 37. Jahrgang, 1934. Würzburg, 1934.

Würzburger Wohnungsbuch (Offizielles Adressbuch) 1937. 40. Jahrgang. Nach dem Stand vom 1. Oktober 1936. Würzburg

XXVIII. Verwaltungs-Bericht der Stadt Würzburg für 1. April 1928 mit 31. März 1930. Würzburg, 1932.

XXIX. Verwaltungs-Bericht der Stadt Würzburg für 1. April 1930 mit März 1933. Würzburg, 1935.

XXX. Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Würzburg für 1. April 1933 mit März 1938. Würzburg, 1950.

XXXI. Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten der Stadt Würzburg für 1. April 1938 mit 31. März 1945. Würzburg, 1951.

Zusammenstellung aller bis zum 31. März 1937 erlassenen und noch gültigen Anordnungen des Stellvertreters des Führers. München, 1937.

III. Gedruckte Quellen Adelphias

60 Jahre Adelpia 1867-1927. Festschrift zum 60 jährigen Bestehen der Studentenverbindung Adelpia Würzburg. Würzburg, 1927.

100 Jahre Burschenschaft Adelpia 1867-1967. Würzburg, 1967.

Geschichte des akademischen Vereins Adelpia. Festschrift zur Dreißigsten Stiftungs-Feier (30. Juli mit 2. August 1897). Würzburg, 1897.

MEMMEL, THEO: Chronik der Burschenschaft Adelpia. Festschrift zum neunzigjährigen Bestehen der Burschenschaft Adelpia Würzburg gegr. 2. Dezember 1867. Würzburg, 1957.

Satzungen der Studentenverbindung Adelpia (Akademischer Verein) zu Würzburg. Gestiftet den 2. Dezember 1867. Würzburg, 1908.

Satzungen des Philister-Verbandes der Studentenverbindung Adelpia. (Akademischer Verein) E. V. Würzburg, 1908.

Statuten der Studentenverbindung Adelpia (Akademischer Verein) zu Würzburg. Gestiftet den 2. Dezember 1867. Würzburg, 1895.

Weitere 10 Jahre Adelphias. 1897-1907. Würzburg, 1908.

IV. Zeitungsartikel

8 Uhr Blatt

Am Grabe von Bürgermeister a.D. Zahn. Nr. 158, 10.7.1934

Bayerische Staatszeitung und Bayerische Staatsanzeiger

Bekanntmachung des Kommissarischen Ministerpräsidenten vom 18.3.33 über die Beflaggung am 21. März 1933 anlässlich der Reichstagseröffnung. Nr. 67, 21.3.1933

Bekanntmachung des Staatsministers des Innern vom 7.4.33. Nr. 83, 8.4.1933.

Bekanntmachung des Staatsministers des Innern vom 20.4.1933 Nr. 240 I 18 über die Neubildung der Gemeinderäte sowie der Bezirks- und Kreistage. Nr. 92, 21.4.1933.

Buchenblätter. Beilage der Fuldaer Zeitung für Heimatfreunde.

SCHICK, ELMAR: Der jüngste Gauleiter kam aus Fulda. Nr. 7, 28.3.2006, S. 1.

Der Neue Weg

Namen, die unvergessen sind. Nr. 116, 17.5.1975.

Der Spiegel

Säugling in Not. 11/1963.

„Ich bin Deutscher, nur zu sehr“. 39/1964.

Die Bewegung. Zentralorgan des NSD-Studentenbundes

Dr. Scheel übernimmt die Führung der deutschen Studenten. Die Parteigenossen Derichsweiler und W. Müller verabschieden sich von den Studentenführern. 4. Jahrgang, 47. Folge, 18.11.1936, S. 1.

Fränkischer Volksfreund

Parteigenossen! Nr. 90, 22.4.1919, S. 1

Fränkisches Volksblatt

Auch Bürgermeister Zahn vorläufig beurlaubt. Nr. 69, 27.3.1933.

Mit Schwung gegen die Wohnungsnot. Stadtrat Dr. Adalbert Wolpert wird am 30. September 60 Jahre alt. Nr. 222, 28.9.1957.

Hallische Nachrichten. General-Anzeiger für Halle und die Provinz Sachsen.

Das Rätsel des Stadtbankprozesses. „Wo sind die Millionen geblieben?“ – Eine Frage, aber keine Antwort – Millionenverluste: 2 Jahre Gefängnis! – Die öffentliche Meinung über das Strafmaß. 3.7.1928.

Velthuysen zum Oberbürgermeister der Stadt Halle gewählt. Nr. 215, 13.9.1932, S. 5

Ein Kommissarischer Oberbürgermeister für Halle. 30.3.1933.

Die Vergeltung. Nr. 264, 10.11.1938, S. 1.

Liberal-Demokratische Zeitung

Graf Luckner berichtet: Um Stunden ging es. Nr. 33, 17.4.1946.

Mainfränkische Zeitung

Die Jugend gedachte Rudolf Bertholds. Eine Gedächtnisrede unseres Gauleiters. Nr. 64, 16.3.1935, S. 7.

Ehrenvolle Ernennung von Oberbürgermeister Memmel. 25.4.1935, S. 6.

Die Stadtkreise Würzburg und Schweinfurt aufgelöst. Eine Anordnung des Gauleiters. Nr. 138, 18.6.1935, S. 5.

Abschied von Stadtrechtsrat Wirth. Nr. 228, 29.9.1942.

Würzburgs Volksturmänner melden sich. Nr. 262, 7.11.1944, S. 3.

Mainfranken! Die Stunde unserer Bewährung ist gekommen! Nr. 74, 28.3.1945, S. 1.

Unbeirrbar und hasserfüllt! Wir kennen nur noch eins: alles tun für den Tag der Rache. Nr. 65, 19.3.1945, S. 1

Befehlsstellen. Nr. 65, 19.3.1945, S. 1.

Das Beispiel von Hammelburg. Nr. 76, 31.3., 1./2. April 1945, S. 1.

Es geht um Heimat und Vaterland! Nr. 76, 31.3., 1./2. April 1945, S. 1

MainPost

Würzburger Umschau. Nr. 93, 21.11.1947, S. 3.

„Herr Vorsitzender, Ich fühle mich genauso unschuldig wie Sie!“ Verhandlung gegen Würzburgs früheren Oberbürgermeister. Nr. 95, 28.11.1947, S. 3.

Noch kein Kammerspruch gegen Memmel. Albert als Spruchkammervorsitzender entlassen. Nr. 97, 5.12.1947.

Lazarettstadt Würzburg? Auch der ehemalige General Weisenberger war dagegen. Nr. 8, 30.1.1948, S. 3.

SD-Chef Friedrich wird gesucht. Nr. 38, 14.5.1948, S. 5

Oberbürgermeister a.D. Dr. h.c. Hans Löffler †. Er war Ehrenbürger Würzburgs und Gründungsmitglied der CSU. 8.9.1955.

Dr. Wolpert ein Sechziger. Er hat besondere Verdienste um den Wiederaufbau. Nr. 225, 30.9.1957.

Julius Zahn bleibt unvergessen. Vor 30 Jahren starb der ehemalige 2. Bürgermeister – ein untadeliger Charakter. Nr. 153, 7.7.1964.

Verdienste um den Wiederaufbau. Viele Trauergäste würdigten bei der Aussegnung von Dr. Wolpert Leben und Werk. Nr. 106, 8.4.1968.

Todesanzeige Theo Memmel. 11.9.1973

Theo Memmel beigesetzt. Nr. 213, 15.9.1973.

Gerhard Pfeuffer gestorben. 4.9.1987.

Die Stadtbau Würzburg hat fusioniert. 30.1.2012.

Ein ehrenhafter Mann? Helmuth Zimmerer. Nr. 236, 12.10.2012.

Närrische Orden mit Geschichten. Den diesjährigen Orden der KaGe ziert die Symbolfigur „der Blaue Affe“. Doch das ist nur einer von 50 Orden, die Burkard Pfrenzinger im Laufe der Jahre kreierte hat. Nr. 28, 4.2.2021, S. 27.

Mitteldeutsche National-Zeitung. Auf Kriegsdauer vereinigt mit Hallische Nachrichten

Bewegungsschlacht hält an. Deutsche Gegenangriffe hemmen feindlichen Raumfortschritt. Nr. 79, 5.4.1945, S. 1.

Die Festung Breslau behauptet sich weiter. Erneute Durchbruchversuche in Nordwestdeutschland abgewiesen. Nr. 85, 12.4.1945, S. 2.

Mosburg Heute

Erbärmliche Zustände. Damals in Moosburg: Das Internierungslager „Civilian Interncamp No. 6“. 1.2.2014, S. 22.

Münchner Neueste Nachrichten

Bürgermeister bayerischer Städte: Würzburgs Oberbürgermeister Theo Memmel. Nr. 30, 30.1.1938.

Amtsdirektor Dr. Umhau gefallen. Nr. 180, 28.6.1940.

Münchner Stadtanzeiger

Zum Rücktritt des 2. Bürgermeisters. Nr. 12, 28.11.1945, S. 2.

Die nationalsozialistische Gemeinde

Die Anlegung von Gemeindechroniken. Von Walter Händel. 1.9.1939, Folge 17.

Neue Bayerische Landeszeitung

Die Ruhegehälter der letzten Bürgermeister. Nr. 109, 12.5.1933.

Saale-Zeitung

Stadtratswahlausschuss beschließt: Bürgermeister Velthuysen: Oberbürgermeister. Arbeitsgemeinschaft schlägt den Stadtkämmerer als Bürgermeister vor. Nr. 213, 10.9.1932.

Sozialistenreiner Stadtverordnetenvorstand. Arbeitsbeschaffungsantrag genehmigt – Heiße Köpfe um die Gemeindefinanzordnung. Heute neue Sitzung. Nr. 26, 31.1.1933, S. 6.

Stadtverordnetenwahl. Gesamtergebnis aus der Stadt Halle. Nr. 61, 13.3.1933, S. 6.

Oberbürgermeister geht – Staatskommissar kommt. Nr. 75, 29.3.1933, S. 5.

Verlegung des Kulturamts bedeutet wirtschaftliche Schädigung. Nr. 76, 30.3.1933, S. 5.

Sturm gegen die Wehag-Direktion. Haftbefehl gegen Generaldirektor Lambertin, Faustmann und Schaumburg vom Stadtparlament erwirkt. Kommissar Dr. Dr. Weidemann wird zum Oberbürgermeister gewählt. Neue unbesoldete Stadträte. Nr. 104, 5.5.1933, S. 7.

Reinigung durch sühnende Flammen. Feierliche Verbrennung un-deutschen Schrifttums vor der Universität. Nr. 111, 13.5.1933, S. 5.

Halles Stadtetat für 1933 angenommen. Zahlreiche Änderungen des Haushaltsausschusses zur Vereinfachung und Verbilligung. Nr. 126, 1.6.1933, S. 5.

Stadtverordnetenversammlung ohne Debatte. Die Deutschnationale Fraktion tritt in ein Hospitantenverhältnis zu den Nationalsozialisten. Nr. 156, 7.6.1933, S. 6.

Benutzung der städtischen Bäder für Juden untersagt. 29.4.1938, S. 7.

Die Feier im Münchener Generalkommando. Himmler und General v. Schobert gedenken der Gefallenen der „Reichskriegsflagge“. Nr. 264, 10.11.1938, S. 10.

The Times

The German Upheaval. Nazi crusade analysed. I. Staff work. Nr. 46.415, 10.4.1933, S. 13.

Völkischer Beobachter (süddeutsche Ausgabe)

Todesanzeige Hans Erich Memmel. Nr. 86, 27.3.1943.

Volksblatt

Würzburgs neue Bürgermeister. Nr. 96, 28.4.1933, S. 3.

Stadtamtman a.D. Max Härtlein †. 20 Jahre lang Sängerkreisvorsitzender – ein Leben für das deutsche Lied. 23.10.1958.

Würzburg trauert um einen seiner besten Söhne. Oberbürgermeister Dr. Löffler gestorben. 8.9.1955.

Volksblatt Halle

Die neuen Männer. Nr. 215, 13.9.1932

Die hallischen Stadtväter werden in ihrer Ferienruhe gestört. Das Ergebnis der Magistratswahlen. Bürgermeister Velthuysen zum Oberbürgermeister, Stadtkämmerer Dr. May zum Bürgermeister gewählt. Nr. 215, 13.9.1932.

Würzburger Generalanzeiger

Inserat der NSDAP. Nr. 1, 1.1.1931.

Inserat des NSDStB. Nr. 17, 22.1.1933, S. 9.

Würzburg im Zeichen des Hakenkreuzes. ...und der Farben Schwarz-weiß-rot. Nr. 58, 10.3.1933.

Der Ausdruck des Umschwungs im Stadtrat Würzburg. Eine Erklärung des Oberbürgermeisters. Keine Mehrheit für die Umbenennung der Friedrich-Eberstraße. Nr. 64, 17.3.1933, S. 3.

Lokal-Nachrichten. Der neue Kurs in Würzburg. Nr. 68, 18.3.1933

Ein Telegramm des Würzburger Waffenrings. Nr. 68, 22.3.1933.

Oberbürgermeister Dr. Löffler beurlaubt. Nr. 70, 24.3.1933.

Eine Feststellung des Oberbürgermeisters Dr. Löffler. Nr. 71, 25.3.1933, S. 3.

Das Deutsche Handwerk im dritten Reich. Imposante Kundgebung des Würzburger Handwerks. Nr. 72, 27.3.1933, S. 3.

Der kommissarische I. Bürgermeister Memmel vor der Gemeindebeamtenkammer. Nr. 73, 28.3.1933, S. 3.

Aufruf zur Abwehr gegen die Gräuelhetze. Die nationalsozialistischen Programmpunkte zur Abwehr der Gräuel- und Boykottpropaganda. Nr. 74, 29.3.1933, S. 2.

Lokal-Nachrichten. Dem Gedächtnis der Freiheitskämpfer vom 9. April 1919. Nr. 82, 7.4.1933, S. 3.

Der 9. April 1919 in Würzburg. Das Ende der Spartakistenherrschaft. Von Major a.D. Dreßler (Würzburg). Nr. 88, 8.4.1933, S. 4.

Die neuen Männer nach der Umstellung im Rathaus. Aus ihrem Leben... Nr. 98, 28.4.1933, S. 4.

Der Scheiterhaufen für undeutsches Schrifttum. Nr. 108, 11.5.1933, S. 4.

Serenade und Ehrenabend der Würzburger Liedertafel für Oberbürgermeister Memmel. Nr. 123, 30.5.1933, S. 8.

Lokal-Nachrichten. Nr. 216, 20.9.1933, S. 3.
Lokal-Nachrichten. Nr. 217, 21.9.1933, S. 3
Stadtschulrat Walle im Ruhestand. Auf Grund des Gesetzes zur Vereinfachung der Verwaltung. Nr. 218, 22.9.1933, S. 4.
Weitere Veränderungen im Würzburger Gemeindedienst. Nr. 218, 22.9.1933, S. 4.
Aufruf an alle ehemaligen Angehörigen des mobilen Freikorps Würzburg und der aus ihnen hervorgegangenen Zeitfreiwilligen-Verbände. Nr. 254, 4.11.1933, S. 4.
Wiedersehensfeier der Spartakuskämpfer von 1919. Nr. 80, 9.4.1934, S. 3.
Würzburg ehrt die Gefallenen aus den Reihen der Kämpfer vom 9. April 1919. Nr. 81, 10.4.1934, S. 3
„Kreuzfahrergeist.“ Englische Anerkennung für den Nationalsozialismus. Nr. 85, 11.4.1933, S. 1.
Die Stadt Würzburg unter neuer Führung. Die Bürgermeisterwahl durch den neuen Stadtrat. Nr. 98, 28.4.1933, S. 3.
Die neuen Männer nach der Umstellung im Rathaus. Aus ihrem Leben... Oberbürgermeister Theo Memmel. Nr. 98, 28.4.1933, S. 4.
Die Konstituierung des neuen unterfränkischen Kreistages. Nr. 100, 2.5.1933.
Oberbürgermeister Memmels Abschied von Realgymnasium. Pflanzung der Hindenburg-Eiche und Hitler-Linde. Nr. 110, 13.5.1933.
Oberbürgermeister Memmel Ehrenvorsitzender Gauleiter Dr. Hellmuth Ehrenmitglied der Würzburger Kickers. Nr. 125, 1.6.1933.
Ratsassessor Dr. Umhau. Nr. 223, 28.9.1934
Unser Oberbürgermeister im Vorstand des Gemeindetages. Nr. 120, 25.4.1935, S. 3.
Ehrungsabend in der Würzburger Liedertafel. Drei neue Ehrenmitglieder des Vereins. Nr. 225, 27.9.1938, S. 6.

V. Zeitschriften

Burschenschaftliche Blätter

März 1929 bis Oktober 1935.

Der Convent. Akademische Monatsschrift

Jahr 13, Heft 5. Mai 1962.

Geschichte in Wissenschaft und Unterricht

Nr. 11/12 2023.

Neuer Weg. Monatsschrift für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung

1. Jahrgang 1946.

Rundschreiben/Philister-Zeitungen/Kriegs-Chroniken/Bundeszeitungen/Mitteilungsblätter Adelprias

November 1908 bis Februar 1973.

Studentische Nachrichten. Zeitschrift des Rothenburger Verbandes schwarzer schlagender Verbindungen R.V.S.V.

August 1930 bis August 1931.

„Unsere Feldpost“. Nachrichtenblatt der Stadtverwaltung Würzburg

November 1939 bis Februar 1945.

Wingolfsblätter. Zeitschrift des Wingolfsbundes

139. Jahrgang, Heft 3/2020.

Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Band 10. München, 1940.

VI. Literatur

75 Jahre Katholische Süddeutsche Studentenverbindung Alemannia-München (im KV). München, 1960.

ADONYI-NAREDY, FRANZ VON: Ungarns Armee im Zweiten Weltkrieg. Deutschlands letzter Verbündeter. Neckargemünd, 1971.

AMMANN, JOSEF: Theodor Curti der Politiker und Publizist. 1848-1914. Ein Beitrag zur neueren Schweizergeschichte. Rapperswil, 1930.

ARNOLD, BIRGIT: „Deutscher Student, es ist nicht nötig, dass Du lebst, wohl aber, dass Du deine Pflicht gegenüber Deinem Volk erfüllst“. Gustav Adolf Scheel, Reichsstudenführer und Gauleiter von Salzburg. In: KISENER, MICHAEL/SCHOLTYSECK, JOACHIM (Hrsg.): Die Führer der Provinz. NS-Biografien aus Baden und Württemberg (= Karlsruher Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus. Band 2). Konstanz, 1997, S. 567-594.

ASCHE, MATTHIAS/KLENKE, DIETMAR (Hrsg.): Von Professorenzirkeln, Studentenknepen und akademischem Networking. Universitäre Geselligkeit von der Aufklärung bis zur Gegenwart (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen. Band 19). Köln, Weimar, Wien, 2017.

AUHAGEN, ANN ELISABETH: Freundschaft unter Erwachsenen. In: AUHAGEN, ANN ELISABETH (Hrsg.): Zwischenmenschliche Beziehungen. Göttingen, 1993, S. 215-233.

AYAß, WOLFGANG: „Asoziale“ im Nationalsozialismus. In: SEDLACZEK, DIETMAR/LUTZ, THOMAS/PUVOGEL, ULRIKE (Hrsg.): „Minderwertig“ und „asozial“. Stationen der Verfolgung gesellschaftlicher Außenseiter. Zürich, 2005, S. 51-64.

BAJOHR, FRANK: Parvenüs und Profiteure. Korruption in der NS-Zeit. Frankfurt a.M., 2001.

BARON, UDO: Die fünfte Kolonne? Die evangelische Kirche in der DDR und der Aufbau des Sozialismus. In: KOWALCZUK, OLKO-SASCHA/MITTER, ARMIN/WOLLE, STEFAN (Hrsg.): Der Tag X – 17. Juni 1953. Die „Innere Staatsgründung“ der DDR als Ergebnis der Krise 1952/54 (= Forschungen zur DDR-Geschichte. Band 3.) Berlin, 1995, S. 311-334.

BAUM, HANS-PETER: Die Toten des 16. März 1945 und der letzten beiden Kriegsmonate in Würzburg. Ihre Bergung, Registrierung und Bestattung im Massengrab am Hauptfriedhof und an anderen Orten. In: Stadtarchiv Würzburg (Hrsg.): "Dreitausend Männer, Frauen und Kinder haben wir hier zur letzten Ruhe bestattet": eine Dokumentation zu den Toten des Massengrabs vor dem Würzburger Hauptfriedhof und zu den Kriegstoten in Würzburg während der Endphase des Zweiten Weltkriegs (= Sonderveröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg. Band 14). Würzburg, 2020, S. 13-80.

BAUM, RALF-JOACHIM (HRSG.): 1582-1982. Studentenschaft und Korporationswesen an der Universität Würzburg. Würzburg, 1982.

BAUMANN, RICHARD: Gothia sei's Panier. 100 Jahre KDSt.V Gothia zu Würzburg im CV 1895-1995. Würzburg, 1995.

BAUMGARTEN, RALF: Zweikampf - §§ 201-210 a.F. StGB. Reformdiskussion und Gesetzgebung von 1870 bis zur Aufhebung der Zweikampfbestimmungen (=Juristische Zeitgeschichte. Abteilung 3, Band 8). Baden-Baden, 2002.

BECHT, HANS-PETER/KREMER, HANS-JÜRGEN (Hrsg.): Die „Chronik der Stadt Pforzheim“ 1891-1939 (= Materialien zur Stadtgeschichte. Band 10). Ubstadt-Weiher, 1996.

BECKSTEIN, HERMANN: Städtische Interessenpolitik. Organisation und Politik der Städtetage in Bayern, Preußen und im Deutschen Reich 1896-1923 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 93). Düsseldorf, 1991.

BERGEM, WOLFGANG: Barbarei als Sinnstiftung? Das NS-Regime in Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur der Bundesrepublik. In: BERGEM, WOLFGANG (Hrsg.): Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs. Opladen, 2003, S. 81-104.

BERGMANN, KLAUS: Agrarromantik und Großstadtfeindschaft. Meisenheim, 1970.

BERTRAM, JÜRGEN: Das Drama von Brettheim. Eine Dorfgeschichte am Ende des zweiten Weltkriegs. Frankfurt am Main, 2005.

BLAICH, FRITZ: Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise (= Deutsche Geschichte der neuesten Zeit vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart). 3. Auflage. Nördlingen, 1994.

BLEUEL, HANS-PETER/KLINNERT, ERNST: Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich. Ideologien – Programme – Aktionen 1918-1935. Güntersloh, 1967.

BLOCH, CHARLES: Die SA und die Krise des NS-Regimes 1934. Frankfurt a.M., 1970.

BLUMBERG, NORA: Mitteldeutschland unter amerikanischer Besatzung. In: SCHMEITZNER, MIKE/VOLLNHALS, CLEMENS/WEIL, FRANCESCA: Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949 (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung. Band 60). Göttingen, 2016, S. 189-203.

BOCK, ERNST LUDWIG: Übergabe oder Vernichtung. Eine Dokumentation zur Befreiung der Stadt Halle im April 1945. Halle, 1993.

BODE, BERNHARD: Liberal-Demokraten und „deutsche Frage“. Zum politischen Wandel einer Partei in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR zwischen 1945 und 1961 (= Europäische Hochschulschriften. Reihe III Geschichte und ihre Hilfswissenschaften. Band 733). Frankfurt a.M., 1997.

BOHSE, DANIEL: Demokratischer Neuanfang versus Kontinuität. Politische Säuberung und Personalpolitik der Stadtverwaltung Halle 1945-

1948. In: RANFT, ANDREAS (Hrsg.): Sachsen und Anhalt. Jahrbuch der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt. Band 24, 2002/2003. Köln, 2003, S. 351-390.

BRADLEY, DERMONT: Walther Wenck. General der Panzertruppe (= Soldatenschicksale des 20. Jahrhunderts als Geschichtsquellen. Band 3). 3. Auflage. Osnabrück, 1985.

BRANDT, HARM-HINRICH/STICKLER, MATTHIAS: „Der Burschen Herrlichkeit“. Geschichte und Gegenwart des studentischen Korporationswesens (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg. Band 8). Würzburg, 1998.

BRAUN, MATTHIAS KLAUS: Die Verwaltung der Stadt Nürnberg im Nationalsozialismus 1933-1945. Aufgaben und Gestaltungsmöglichkeiten im totalitären Staat. In: Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg. Band 96. Nürnberg, 2009, S. 293-320.

BRAUN, MATTHIAS KLAUS: Hitlers liebster Bürgermeister: Willy Liebel (1897-1945) (= Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte. Band 71). Nürnberg, 2012.

BRENNER, ANNEMARIE: Die sozialen Aktivitäten der Nationalsozialisten in Würzburg nach Darstellungen in der Presse in den Jahren 1933-1937. Unveröffentlichte Zulassungsarbeit. Würzburg, 1985.

BREUER, STEFAN: Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik. Darmstadt, 2008.

BRINKHUS, JÖRN: Ziviler Luftschutz im „Dritten Reich“. In: SÜß, DIETMAR (Hrsg.): Deutschland im Luftkrieg. Geschichte und Erinnerung (= Zeitgeschichte im Gespräch. Band 1). München, 2007, S. 27-40.

BROSZAT, MARTIN: Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung. 15. Auflage. München, 2000.

BRUNCK, HELMA: Die Deutsche Burschenschaft in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus. München, 1999.

Bundesarchiv, Abteilung Zentralnachweisstelle (Hrsg.): Der Deutsche Volkssturm. Idee, Bildung, Organisation und Einsatz. Die Rechtsstellung der Angehörigen des Deutschen Volkssturmes. Kornelimünster, 1956.

BUSCHE, HARTWIG: Teil IX: Feldartillerie Band 1 und 2. (= Handbuch der Verbände und Truppen des deutschen Heeres 1914-1918). Wien, 2007.

CARIUS, SANDRA: Projekt: Einheitssozialversicherung. Entstehung einer einheitlichen Sozialversicherung in der SBZ/DDR von 1945 bis 1952 am Beispiel Thüringens. Berlin, 2008.

COESTER, MICHAEL: Vornamensrecht – international. In: Gesellschaft der deutschen Sprache e.V. (Hrsg.): Internationales Handbuch der Vornamen. Frankfurt a.M., 1986, S. V-XLIX.

CORNI, GUSTAVO/GIES, HORST: „Blut und Boden“. Rassenideologie und Agrarpolitik im Staat Hitlers (= Historisches Seminar – Neue Folgen. Band 5). Idstein, 1994.

DIEHL-THIELE, PETER: Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933-1945 (= Münchner Studien zur Politik. Band 9). München, 1969.

DIEM, HANS: Die Turnerschaft Alemannia (= Beiträge zur Geschichte der Landsmannschaft Alemannia Makaria. Band 1). Würzburg, 1980.

DIETRICH, GERD: Kulturgeschichte der DDR. Band I: Kultur in der Übergangsgesellschaft 1945-1957. Göttingen, 2018.

DIETZEL VOLKER/KAISER, WOLFRAM (Hrsg.): 300 Jahre Juden in Halle. Leben – Leistung – Leiden – Lohn. Halle, 1992.

DOLGNER, DIETER: Das Stadtgymnasium. In: DOLGNER, DIETER (Hrsg.): Historische Schulgebäude der Stadt Halle/Saale. Halle, 2003, S. 73-84.

DOMARUS, MAX: Der Untergang des alten Würzburg im Luftkrieg gegen die deutschen Großstädte. 6. Auflage. Würzburg, 1985.

DOMARUS, MAX: Hundert Jahre Verschönerungsverein Würzburg 1874-1974. Ein Jahrhundert Wirken für Würzburg. Würzburg, 1974.

DÖSCHER, HANS-JÜRGEN: „Reichskristallnacht“. Die Novemberpogrome 1938. Frankfurt a.M. und Berlin, 1988.

DOWE, CHRISTOPHER: Auch Bildungsbürger. Katholische Studierende und Akademiker im Kaiserreich (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Band 171). Göttingen, 2006.

DRUMMER, HEIKE: Friedrich Krebs – Nationalsozialistischer Oberbürgermeister in Frankfurt am Main. Rekonstruktion eines politischen Lebens. In: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte. Band 42. Marburg, 1992, S. 219-244.

DUDEK, PETER: Erziehung durch Arbeit. Arbeitslagerbewegung und freiwilliger Arbeitsdienst 1920-1935. Opladen, 1988.

DÜLFFER, JOST/THIES, JOCHEN/HENKE, JOSEF: Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Köln, 1978.

DVORAK, HELGE: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft. Band 1: Politiker. Teilband 2: F-H. Heidelberg, 1999.

DVORAK, HELGE: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft. Band 1: Politiker. Teilband 4: M-Q. Heidelberg, 2000.

DVORAK, HELGE: Biographisches Lexikon der Deutschen Burschenschaft. Band 1: Politiker. Teilband 5: R-S. Heidelberg, 2002.

EBERLE, HENRIK: Die Martin-Luther-Universität in der Zeit des Nationalsozialismus 1933-1945. Halle (Saale), 2002.

EICHMÜLLER, ANDREAS: Keine Generalamnestie. Die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechen in der frühen Bundesrepublik (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Band 93). München, 2012

EIK, JAN: DDR-Deutsch. Eine verschwundene Sprache. 2. Auflage. Berlin, 2018.

ELIAS, NORBERT: Studien über die Deutschen. Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt a.M., 1992.

ERDMANN, PHILIPP: Kommunales Krisenhandeln im Zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit. Die Stadtverwaltung Münster zwischen Nationalsozialismus und Demokratisierung. Berlin, 2019.

ERRAS, MAXIMILIAN: Die Regelung des Versorgungsanspruchs kommunaler NS-Wahlbeamter in der Nachkriegszeit. Eine Analyse am Beispiel des Amberger Oberbürgermeisters Josef Filbig (= Rechtsgeschichtliche Studien. Band 37). Hamburg, 2010.

EYRING, INGRID: Theo Memmel – Oberbürgermeister von Würzburg 1933-1945. In: „...bin ich mir der Verantwortung bewusst, die ich mit meinem Amt auf mich genommen habe.“ Aspekte der Verwaltungs-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte Würzburgs im 19. und 20. Jahrhundert (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg. Band 10). Würzburg, 2002, S. 59-174.

FALTER, JÜRGEN WILFRIED: Die Wähler der NSDAP 1928-1933: Sozialstruktur und parteipolitische Herkunft. In: MICHALKA, WOLFGANG (Hrsg.): Die Nationalsozialistische Machtergreifung. Paderborn, 1984, S. 47-59.

FALTER, JÜRGEN WILFRIED: Wer durfte NSDAP-Mitglied werden und wer musste draußen bleiben? In: FALTER, JÜRGEN WILFRIED (Hrsg.): Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945. Frankfurt a.M., 2016, S. 15-39.

FALTER, JÜRGEN WILFRIED/KHACHATRYAN, KRISTINE: Wie viele NSDAP-Mitglieder gab es überhaupt und wie viele davon waren überzeugte Nationalsozialisten? In: FALTER, JÜRGEN WILFRIED (Hrsg.): Junge Kämpfer, alte Opportunisten. Die Mitglieder der NSDAP 1919-1945. Frankfurt a.M., 2016, S. 177-195.

FAUST, MARTIN (Hrsg.): Der totale Krieg. Theorie und Praxis 1943-1945. Dresden, 2011.

FEDDERSEN, DIETER: Die Rolle der Volksvertretungen in der Deutschen Demokratischen Republik (= Veröffentlichungen des Instituts für internationales Recht an der Universität Kiel). Hamburg, 1965.

FELZ, SEBASTIAN: Albert Derichsweiler (1909-1997) – Die Karriere eines Brandstifters. In: GUSSEK, ANJA/SCHMIDT, DANIEL/SPIEKER, CHRISTOPH (Hrsg.): Öffentliche Zensur und Bücherverbrennung in Münster. Münster, 2009, S. 21-37.

FENSKE, HANS: Konservatismus und Rechtsradikalismus in Bayern nach 1918. Bad Homburg v.d.H., 1969.

FENSKE, HANS: Monarchisches Beamtentum und demokratischer Staat. Zum Problem der Bürokratie in der Weimarer Republik. In: Demokratie und Verwaltung. 25 Jahre Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer (= Schriftenreihe der Hochschule Speyer. Band 50). Berlin, 1972, S. 117-136.

FIEBRANDT, MARIA: Auslese für die Siedlergesellschaft. Die Einbeziehung Volksdeutscher in die NS-Erbgesundheitspolitik im Kontext der Umsiedlungen 1939-1945. Göttingen, 2014.

FINKER, KURT: Der 20. Juli 1944. Militärputsch oder Revolution? Berlin, 1994.

FISCHER, ALEXANDER (Hrsg.): Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“ (Dokumente zur Außenpolitik. Band 1). Köln, 1968.

FLADE, ROLAND: Die Würzburger Juden. Ihre Geschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. 2. Auflage. Würzburg, 1996.

FLADE, ROLAND: „Es kann sein, dass wir eine Diktatur brauchen“. Rechtsradikalismus und Demokratiefindlichkeit in der Weimarer Republik am Beispiel Würzburg. Würzburg, 1983.

FLADE, ROLAND: Juden in Würzburg 1918-1933 (= Mainfränkische Studien. Band 34). Würzburg, 1985.

FÖRSTER, STEVEN M.: Das Werden und Wirken der Deutschen Wehrmacht 1919-1935. Potsdam, 2008.

FRAENKEL, ERNST: Der Doppelstaat. Frankfurt a.M., 1974.

FRANKENSTEIN, NORBERT VON: „Seeteufel“ Felix Graf Luckner. Wahrheit und Legende. Hamburg, 1997.

FRECH, STEFAN: Wegbereiter Hitlers? Theodor Reismann-Grone. Ein völkischer Nationalist (1863-1949). Paderborn, 2009.

FREITAG, WERNER/MINNER, KATRIN: Geschichte der Stadt Halle. Band 2. Halle im 19. und 20. Jahrhundert. Halle, 2006.

FREVERT, UTE: Ehrenmänner. Das Duell in der bürgerlichen Gesellschaft. München, 1991.

FREYEISEN, ASTRID: Verbohrt bis zuletzt – Gauleiter Dr. Otto Hellmuth und das Ende des Nationalsozialismus in Unterfranken. In: Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst. Band 57. Würzburg, 2005, S. 280-328.

FRICKE, KARL WILHELM: MfS intern. Macht, Strukturen, Auflösung der DDR-Staatssicherheit. Analyse und Dokumente. Köln, 1991.

FRITZSCHE, PETER: Hitler's first hundred days. When Germans embraced the Third Reich. New York, 2020.

FRÖHLICH, JÜRGEN: Die LDPD 1945-1990: Liberaldemokraten in der DDR zwischen hoffnungsvollem Beginn, langer Agonie und überraschender Wende. In: SCHEEL, WALTER/LAMBSDORFF, OTTO GRAF (Hrsg.): Freiheit in Verantwortung – Deutscher Liberalismus seit 1945. Geschichte, Personen, Perspektive. Gerlingen, 1998, S. 125-140.

FÜGEN, MAXIMILIAN: „Bis zum letzten Mann“? Die Rolle der Kampfkommandanten deutscher Großstädte 1945 (=Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag. Reihe Geschichtswissenschaft. Band 38). Baden-Baden, 2018.

FÜHR, CHRISTOPH: Zur deutschen Bildungsgeschichte seit 1945. In: FÜHR, CHRISTOPH/FURCK, CARL-LUDWIG (Hrsg.): Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band 6. 1945 bis zur Gegenwart. Erster Teilband. Bundesrepublik Deutschland. München, 1998, S. 1-26.

FÜHRER, KARL CHRISTIAN: Mieter, Hausbesitzer, Staat und Wohnungsmarkt. Wohnungsmangel und Wohnungszwangswirtschaft in Deutschland 1914-1960 (= Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Beihefte. Nr. 119). Stuttgart, 1995.

GAY, PETER: Kult der Gewalt. Aggression im bürgerlichen Zeitalter. München, 2000.

GEHLEN, HEINRICH: Wie die Stadt Halle vor der Vernichtung bewahrt wurde. In: DROBISCH, KLAUS/FISCHER, GERHARD (Hrsg.): Ihr Gewissen gebot es. Christen im Widerstand gegen den Hitlerfaschismus. Berlin (Ost), 1980, S. 358-366.

GEISLER, ERICH: Erloschene Korporationsverbände. II. Folge. Die Deutsche Wehrschaft (DW) im Teutoburger Vertretertag (TVT) 1919-1935. In: Einst und Jetzt. Jahrbuch für corpsstudentische Geschichtsforschung. Band 9. Würzburg, 1964, S. 166-178.

GELLERMANN, GÜNTHER WALTER: Die Armee Wenck – Hitlers letzte Hoffnung. 2. Auflage. Koblenz, 1990.

GILES, GEOFFREY J.: Students and National Socialism in Germany. Princeton, 1985.

GOLÜCKE, FRIEDHELM (HRSG.): Korporationen und Nationalsozialismus (= Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen. Band 2). Schernfeld, 1990.

GOTTO, BERNHARD: Nationalsozialistische Verwaltungspolitik. Administrative Normalität und Systemstabilisierung durch die Augsburger Stadtverwaltung 1933-1945. München, 2006.

GORDON, J. HAROLD: Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern 1923-1924. Frankfurt a.M., 1971.

GOSZTONY, PETER: Endkampf an der Donau 1944/45. Wien/München/Zürich, 1969.

GEHRING, LUDWIG: Würzburger Chronik 1933-1937. Personen und Ereignisse. Würzburg, 1937.

GERKEN, DANIEL: Die Selbstverwaltung der Stadt Würzburg in der Weimarer Zeit und im „Dritten Reich“ (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg. Band 17). Würzburg, 2011.

GLADEN, PAULGERHARD: Die deutschsprachigen Korporationsverbände. 4. Auflage. Hilden, 2014.

GLADEN, PAULGERHARD/BERTRAMS, KURT U.: Die deutsch-völkischen Korporationsverbände. Hilden, 2009.

GLADEN, PAULGERHARD: Gaudeamus igitur. Die studentischen Verbindungen einst und jetzt. München, 1986.

GLADEN, PAULGERHARD: Geschichte der studentischen Korporationsverbände. Band 1. Würzburg, 1981.

GLAEBNER, GERT-JOACHIM: Die andere deutsche Republik. Gesellschaft und Politik in der DDR. Opladen, 1989.

GRAF, CHRISTIAN/STOBER, ROLF (Hrsg.): Der Ehrbare Kaufmann und Compliance. Zur Aktivierung eines klassischen Leitbilds für die Compliance-Diskussion (= Schriften aus dem Forschungsinstitut für Compliance, Sicherheitswirtschaft und Unternehmenssicherheit. Band 3). Hamburg, 2010.

GRÜN, BERNHARD: Vom Niedergang zum Neuanfang. Der Akademische Gesangverein Würzburg und die Kameradschaft „Florian Geyer“ im Nationalsozialismus (= GDS-Archiv für Hochschul- und Studentengeschichte. Beiheft 11). Köln, 2000.

GRÜN, BERNHARD: Zwischen Fronteinsatz und Freiheitsklang. Studententum und Kameradschaftswesen im Nationalsozialismus (= Historia Academica. Band 57). Würzburg, 2019.

GRUNER, WOLF: Öffentliche Wohlfahrt und Judenverfolgung. Wechselwirkung lokaler und zentraler Politik im NS-Staat (1933-1942) (= Studien zur Zeitgeschichte. Band 62). München, 2002.

GRÜTTNER, MICHAEL: Brandstifter und Biedermänner. Deutschland 1933-1939. Stuttgart, 2015.

GRÜTTNER, MICHAEL: Studenten im Dritten Reich. Paderborn, 1995.

GUTSCHOW, NIELS/KLAIN, BARBARA: Vernichtung und Utopie. Stadtplanung Warschau 1939-1945. Hamburg, 1994.

HAMMERMANN, GABRIELE: Verteidigungsstrategien der Beschuldigten in den Dachauer Prozessen und im Internierungslager Dachau. In: EIBER, LUDWIG/SIGEL, ROBERT (Hrsg.): Dachauer Prozesse. NS-Verbrechen vor amerikanischen Militärgerichten in Dachau 1945-48. Verfahren, Ergebnisse, Nachwirkungen (= Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte. Band 7). Göttingen, 2007, S. 86-108.

HAMPE, ERICH: Der Zivile Luftschutz im Zweiten Weltkrieg. Dokumentation und Erfahrungsberichte über Aufbau und Einsatz. Frankfurt a.M., 1963.

HANKO, HELMUT: Die nationalsozialistische Machtübernahme im Münchner Rathaus. In: BAUER, RICHARD/SCHÜTZ, BRIGITTE/TILL, WOLFGANG (Hrsg.): München – „Hauptstadt der Bewegung. Bayerns Metropole und der Nationalsozialismus.“ München, 2002, S. 196-211.

HARTMANN, ANNELI/EGGELING, WOLFRAM: Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Zum Aufbau einer Institution in der SBZ/DDR zwischen deutschen Politzwängen und sowjetischer Steuerung (= Aus Deutschlands Mitte. Band 25). Bonn, 1993.

HARTMANN, ANNIKA: Verwaltung vor Ort zwischen Konflikt und Kooperation. Die Stadtverwaltung Münster und der Nationalsozialismus. Berlin, 2019.

HARTMANN, JÜRGEN: Politik und Gesellschaft in Osteuropa. Eine Einführung. Frankfurt am Main, 1983.

HASSEBRAUCK, MANFRED/KÜPPER, BEATE: Theorien interpersonaler Attraktion. In: FREY, DIETER/IRLE, MARTIN (Hrsg.): Theorien der Sozialpsychologie. Band 2. Gruppen-, Interaktions- und Lerntheorien. 2. Auflage. Bern/Göttingen, 2002, S. 156-177.

HATTENHAUER, HANS: Geschichte des Beamtentums (= Handbuch des Öffentlichen Dienstes. Band 1). Köln, Berlin und Bonn, 1980.

HAUNFELDER, BERND: Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871-1933. Biographisches Handbuch und historische Photographien (=Photodokumente zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 4). Düsseldorf, 1999.

HEIBER, HELMUT: Universität unterm Hakenkreuz. Teil 2. Die Kapitulation der Hohen Schulen. Das Jahr 1933 und seine Themen. Band 1. München, 1992.

HEILIGENSTAEDT, FRITZ: Hundert Jahre Thuringia Halle a.S.: 1860-1960. Halle an der Saale, 1960.

HEINE, MATTHIAS: Verbrannte Wörter. Wo wir noch reden wie die Nazis – und wo nicht. Berlin, 2019.

HEINEMANN, WINFRIED: Die DDR und ihr Militär (= Beiträge zur Militärgeschichte – Militärgeschichte kompakt. Band 3). München, 2011.

HEITHER, DIETRICH/GOTTSCHALDT, EVA/LEMLING, MICHAEL: „Wegbereiter des Faschismus“. Aus der Geschichte des Marburger Vereins Deutscher Studenten (= Marburger Beiträge zur Geschichte und Gegenwart studentischer Verbindungen. Band 1). Marburg, 1992

HEITHER, DIETRICH/KURTH, ALEXANDRA: Bürgerliche Revolutionäre – Antisemitische Nationalisten. Der Weg zum Ersten Weltkrieg. In: HEITHER, DIETRICH/GEHLER, MICHAEL/KURTH, ALEXANDRA/SCHÄFER, GERHARD: Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften. Frankfurt a.M., 1997, S. 54-76.

HEITHER, DIETRICH: Burschenschaften – Weltbild und Habitus. In: BUTTERWEGGE, CHRISTOPH/HENTGES, GUDRUN (Hrsg.): Alte und Neue Rechte an den Hochschulen (= Agenda Politik. Band 19). Münster, 1999, S. 92-113.

HENKE, KLAUS-DIETMAR: Die amerikanische Besetzung Deutschlands (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Band 27). München, 1995.

HENKE, KLAUS-DIETMAR/ENGELMANN, ROGER: Aktenlage (Hrsg.). Die Bedeutung der Unterlagen des Staassicherheitsdienstes für die Zeitgeschichtsforschung (= Analysen und Dokumente). 2. Auflage. Berlin, 1995.

HERRLEIN, JÜRGEN: Zur „Arierfrage“ in Studentenverbindungen. Die akademischen Korporationen und der Prozess der Ausgrenzung der Juden vor und während der NS-Zeit sowie die Verarbeitung dieses Vorgangs nach 1945. Baden-Baden, 2015.

HERZ, ANDREA (Hrsg.): Nicht – im Namen des Volkes. Politisches Strafrecht in der DDR 1949-1961 (= Quellen zur Geschichte Thüringens. Band 29). Erfurt, 2008.

HEUSLER, ANDREAS: Karl Fiehler. Oberbürgermeister der „Hauptstadt der Bewegung“ 1933-1945. In: HETTLER, FRIEDRICH H./SING, ACHIM (Hrsg.): Die Münchner Oberbürgermeister. 200 Jahre gelebte Stadtgeschichte. München, 2008, S. 117-134.

HIELSCHER, FRIEDRICH/BARTHOLD, WERNER: Die Mensur. Herkunft, Recht und Wesen. Vierte Denkschrift des HKSCV. O.O., 1968.

HIELSCHER, FRIEDRICH: Das kanonische Urteil der katholischen Kirche über die Mensur im 19. Jahrhundert. In: Einst und Jetzt. Jahrbuch für corpsstudentische Geschichtsforschung. Band 7. Würzburg, 1962, S. 91-117.

HIRSCHFELD, GERHARD/KETTENACKER, LOTHAR (Hrsg.): Der „Führerstaat“: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik im Dritten Reich (= Veröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts London. Band 8). Stuttgart, 1981.

HOEGH, LEO ARTHUR/DOYLE, HOWARD J.: Timberwolf Tracks. The History of the 104th Infantry Division 1942-1945. O.O., 1946.

HÖFFKES, KARL: Hitlers politische Generale. Die Gauleiter des Dritten Reiches. Ein biographisches Nachschlagewerk (= Veröffentlichungen des Instituts für deutsche Nachkriegsgeschichte. Band 12). 2. Auflage. Tübingen, 1997.

HOFFMANN, ELKE: Das Alterssicherungssystem in der DDR: Zur Geschichte der Rentengesetzgebung 1946-1990 (= Beiträge zur Gerontologie und Altenarbeit). Berlin, 1995.

HOFMANN, WOLFGANG: Zwischen Rathaus und Reichskanzlei. Die Oberbürgermeister in der Kommunal- und Staatspolitik des Deutschen Reiches von 1890 bis 1933. (= Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik. Band 46). Stuttgart, 1974.

HOMAGK, MATHIAS: Wilhelm Jost. Architekt und Stadtbaurat in Halle an der Saale 1912-1939. Weimar, 2017.

HOSER, PAUL: Die Entnazifizierung in Bayern. In: SCHUSTER, WALTER/WEBER, WOLFGANG (Hrsg.): Entnazifizierung im regionalen Vergleich. Linz, 2004, S. 473-510.

HOSSER, DANIELA: Gesellung und Einsamkeit. In: BIERHOFF, HANS-WERNER/FREY, DIETER: Handbuch der Sozialpsychologie und Kommunikationspsychologie. Band 3. Göttingen, 2006, S. 208-213.

HUHLE, HENNER: Die Entwicklung des Fechtens an deutschen Hochschulen. Ein Beitrag zur Geschichte der Schläger- und der Säbelmensuren. 2. Auflage (= Historia Academica. Schriftenreihe der Studentengeschichtlichen Vereinigung des CC. Heft 5). Stuttgart, 1961.

HÜTTENBERGER, PETER: Die Gauleiter. Studie zum Machtgefüge in der NSDAP (= Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Nummer 19). Stuttgart, 1969.

HÜTTENBERGER, PETER: Die Industrie- und Verwaltungsstadt (20. Jahrhundert) (= Düsseldorf. Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. Band 3). Düsseldorf, 1989.

ICKING, JAN: Deutsches Einkommensteuerrecht zwischen Quellen- und Reinvermögenszugangstheorie. Wiesbaden, 1993.

JACOB, RALF: Dr. Richard Robert Rive – Oberbürgermeister zwischen Reaktion und Fortschritt. In: JACOB, RALF (Hrsg.): Richard Robert Rive. Beiträge zum Wirken des Halleschen Oberbürgermeisters 1906-1933 (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Halle (Saale) zur Geschichte, Kultur und Wirtschaft der Stadt Halle (Saale). Reihe A, Band 1). Halle (Saale), 2000, S. 6-15.

JEDLITSCHKA, KARSTEN/SPRINGER, PHILIPP (Hrsg.): Das Gedächtnis der Staatssicherheit. Die Kartei- und Archivabteilung des MfS (= Archiv zur DDR-Staatssicherheit. Band 12). Göttingen, 2015.

JESKE, REGINA: Kommunale Amtsinhaber und Entscheidungsträger – die politische Elite. In: GALL, LOTHAR (Hrsg.): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft (= Historische Zeitschrift. Band 16). München, 1993, S. 273-294.

JOHANNY, CARL: Corpsstudenten als Geiseln der Würzburger Räterepublik. In: Einst und jetzt. Jahrbuch für corpsstudentische Geschichtsforschung. Band 38. Würzburg, 1993, S. 151-154.

JOHN, JÜRGEN: Die Gaue im NS-System. In: JOHN, JÜRGEN/MÖLLER, HORST/SCHAARSCHMIDT, THOMAS (Hrsg.): Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“ (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Sondernummer). München, 2007, S. 22-55.

JUNG, OTMAR: Plebiszit und Diktatur: die Volksabstimmungen der Nationalsozialisten. Die Fälle „Austritt aus dem Völkerbund“ (1933), „Staatsoberhaupt“ (1934) und „Anschluss Österreichs“ (1938). Tübingen, 1995.

JÜNGLING, KIRSTEN: Emil Nolde. Die Farben sind meine Noten. Berlin, 2013.

KAHN, ARTHUR DAVID: Experiment in Occupation. Witness to the Turnabout Anti-Nazi War to Cold War, 1944-1946. University Park, 2004.

KATER, HERBERT: Dr. Joseph Goebbels als Korporationsstudent. Einst und jetzt. Jahrbuch für corpsstudentische Geschichtsforschung. Band 38. Würzburg, 1993, S. 281-284.

KATER, HERBERT (Hrsg.): Geschichte der Makaria zu Würzburg 1850-1950. O.O., 1963.

KATER, MICHAEL HANS: The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919-1945. Oxford, 1983.

KATHE, STEFFEN R.: Kulturpolitik um jeden Preis. Die Geschichte des Goethe-Instituts von 1951-1990. München, 2005.

KAUPP, PETER (Hrsg.): Burschenschafter in der Paulskirche. O.O., 1999.

KELLER, SVEN: Volksgemeinschaft am Ende. Gesellschaft und Gewalt 1944/45 (= Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Band 97). München, 2013.

KELLERHOFF, SVEN FELIX: Die NSDAP. Eine Partei und ihre Mitglieder. Stuttgart, 2017.

KERSHAW, IAN: Hitler. Band 1: 1889-1936. Stuttgart, 1998.

KEß, BETTINA: Das Konstrukt „Mainfranken“. Regionale Identität als Mittel zur Machtstabilisierung und Standortsicherung. In: GÖTTSCHE, SILKE/KÖHLE-HEZINGER, CHRISTEL (Hrsg.): Komplexe Welt. Kulturelle Ordnungssysteme als Orientierung. Münster, 2003, S. 249-255.

KEß, BETTINA: Gründungsjahr 1941. Die Städtische Galerie Würzburg, ihre Gründungsgeschichte und die Folgen. In: BAENSCH, TANJA/KRATZ-KESSEMEIER, KRISTINA/WIMMER, DOROTHEE (Hrsg.): Museen im Nationalsozialismus. Akteure – Orte – Politik. Köln, 2016, S. 235-243.

KEß, BETTINA: Kunstleben und Kulturpolitik in der Provinz. Würzburg 1919 bis 1945 (= Veröffentlichungen zur Volkskunde und Kulturgeschichte. Band 76). Würzburg, 2001.

KINDLEBERGER, CHARLES POOR: A Structural View of the German Inflation. In: FELDMAN, GERALD/HOLTFRICH, CARL-LUDWIG/RITTER, GERHARD (Hrsg.): Die Erfahrung der Inflation im internationalen Zusammenhang und Vergleich. Berlin, 1984, S. 10-33.

KLEE, ERNST: Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945? Frankfurt a.M., 2003.

KLOTZBÜCHER, ALOIS: Der politische Weg des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der „Nationalen Opposition“ 1918-1933. O.O., 1964.

KLUGE, FRIEDRICH/RUST, WERNER: Deutsche Studentensprache. Band 1. A – K (= Historia Academica. Heft 24). Nürnberg, 1985.

KLUGE, FRIEDRICH/RUST, WERNER: Deutsche Studentensprache. Band 2. L – Z (= Historia Academica. Heft 24). Nürnberg, 1985.

KOCH, JÖRG: Dass du nicht vergessest der Geschichte. Staatliche Gedenk- und Feiertage in Deutschland von 1871 bis heute. Darmstadt, 2019.

KOCKA, JÜRGEN: Arbeiten an der Geschichte. Gesellschaftlicher Wandel im 19. und 20. Jahrhundert (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Band 200). Göttingen, 2011.

KOOP, VOLKER: Himmlers letztes Aufgebot. Die NS-Organisation „Werwolf“. Köln/Weimar/Wien, 2008.

KOOP, VOLKER: Martin Bormann. Hitlers Vollstrecker. Köln/Weimar, 2012.

KÖNNEMANN, ERWIN: Die Bewahrung Halles vor der totalen Vernichtung im April 1945. In: JACOB, RALF (Hrsg.): Jahrbuch für hallische Stadtgeschichte 2005. Halle, 2005, S. 65-76.

KORZETZ, INGO: Die Freikorps in der Weimarer Republik: Freiheitskämpfer oder Landsknechthaufen? Aufstellung, Einsatz und Wesen bayerischer Freikorps 1918-1920. Marburg, 2009.

KÖTTNITZ-PORSCH, BETTINA: Novemberrevolution und Räteherrschaft 1918/19 in Würzburg (= Mainfränkische Studien, Band 35). Würzburg, 1985.

KNELL, HERMANN: Untergang in Flammen. Strategische Bombenangriffe und ihre Folgen im Zweiten Weltkrieg (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg. Band 12). Würzburg, 2006.

KNOCH, PETER: Kriegserlebnis als biografische Krise. In: GESTRICH, ANDREAS/Ders./MERKEL, HELGA (Hrsg.): Biographie – sozialgeschichtlich. Göttingen, 1988, S. 86-108.

KRAUß, STEPHANIE: Würzburg 1918/1919 – Chronologie einer Revolution. In: Revolution! Der Übergang von der Monarchie zur Republik im Raum Würzburg 1918/19 (Sonderveröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg. Band 12). Würzburg, 2019, S. 9-28.

KRUMEICH, GERD: Die unbewältigte Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik. Freiburg im Breisgau, 2018.

KÜHNEL, DANIELA: Schweinfurt und seine Amerikaner (= Schweinfurter Museumsschriften. Nr. 204/2014). Schweinfurt, 2014.

KÜHNEL, REINHARD: Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus. Hamburg, 1971.

KÜPPERBUSCH, KERSTIN: Von der Mietskaserne zur Gartenvorstadt. Siedlungs- und sozialer Wohnungsbau während der Weimarer Republik in Halle (= Forschungen zur hallischen Stadtgeschichte. Band 14). Halle, 2010.

LABISCH, ALFONS/TENNSTEDT, FLORIAN: Der Weg zum „Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens“ vom 3. Juli 1934. Teil 2 (= Schriftenreihe der Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf. Band 13). Düsseldorf, 1985.

LAUTER, MARLENE/KEß, BETTINA: Tradition & Propaganda. Eine Bestandsaufnahme. Kunst aus der Zeit des Nationalsozialismus in der Städtischen Sammlung Würzburg. Würzburg, 2013.

LERMANN, MATTHIAS: Der Würzburger Oberbürgermeister Dr. Hans Löffler. Bürgerethik und Liberalismus. Würzburg, 2015.

LEWIN, KURT: Die Lösung sozialer Konflikte. 4. Auflage. Bad Nauheim, 1975.

LEWIN, KURT: Feldtheorie in den Sozialwissenschaften. Bern, 1963.

LILLA, JOACHIM: Die Stellvertretenden Gauleiter und die Vertretung der Gauleiter der NSDAP im „Dritten Reich“ (= Materialien aus dem Bundesarchiv. Heft 13). Bremerhaven, 2003.

LILLA, JOACHIM: Statisten in Uniform. Die Mitglieder des Reichstags 1933-1945. Ein biografisches Handbuch. Unter Einbeziehung der völkischen und nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten ab Mai 1924. Düsseldorf, 2004.

LOHALM, UWE: „...anständig und aufopferungsbereit“. Öffentlicher Dienst und Nationalsozialismus in Hamburg 1933 bis 1945.

LOHALM, UWE: Der Deutschvölkische Schutz- und Trotz-Bund 1919-1923. Herkunft, Organisation und Wirkung eines antisemitischen Verbandes in der Frühzeit der Weimarer Republik. Hamburg, 1970.

. LÖNNECKER, HARALD (Hrsg.): „Deutschland immer gedient zu haben ist unser höchstes Lob!“. Zweihundert Jahre Deutsche Burschenschaften. Eine Festschrift zur 200. Wiederkehr des Gründungstages der Burschenschaft am 12. Juni 1815 in Jena (= Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im neunzehnten und zwanzigsten Jahrhundert. Band 21). Heidelberg, 2015.

LÖNNECKER, HARALD: „... den Kern dieses ganzen Wesens hochzuhalten und ... zu lieben.“ Theodor Litt und die studentischen Verbindungen. Frankfurt a.M., 2005.

LÖW, PETER: Kommunalgesetzgebung im NS-Staat am Beispiel der Deutschen Gemeindeordnung 1935 (= Archiv der deutschen Hochschulwissenschaften. Abteilung I, Rechtswissenschaftliche Schriften. E, Rechtsgeschichte Band 4). Baden-Baden, 1992.

LUDYGA, HANNES: Die Rechtsstellung der Juden in Bayern von 1819 bis 1918. Studie im Spiegel der Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten des bayerischen Landtags (= Juristische Zeitgeschichte. Abteilung 8, Band 3). Berlin, 2007.

LUDWIG, ULRIKE/KRUG-RICHTER, BARBARA, SCHWERHOFF, GERD (Hrsg.): Das Duell. Ehrenkämpfe vom Mittelalter bis zur Moderne. Konstanz, 2012.

LUMSDEN, ROBIN: SS Regalia. London.

LUTHER, TAMMO: Volkstumspolitik des Deutschen Reiches 1933-1938. Die Auslandsdeutschen im Spannungsfeld zwischen Traditionalisten und Nationalsozialisten (= Historische Mitteilungen. Band 55). München, 2004.

MANDEL, ERICH: Baldham 1055-1980. Eine Ortschronik von der Entstehung bis zur Gegenwart. Baldham, 1982.

MARSOLEK, INGE/OTT, RENÉ: Bremen im Dritten Reich. Anpassung – Widerstand – Verfolgung. Bremen, 1986.

MATERNA, MARKUS: Richter in eigener Sache. Die „Selbstexkulpation“ der Justiz nach 1945, dargestellt am Beispiel der Todesurteile bayerischer Sondergerichte. Baden-Baden, 2021.

MATZERATH, HORST: Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung (= Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. Berlin. Band 29). Stuttgart, 1970.

MCALKEER, KEVIN: Dueling. The cult of honor in fin-desiècle Germany. Princeton, 1994.

MECKING, SABINE/WIRSCHING, ANDREAS: Stadtverwaltung und Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft (= Forschungen zur Regionalgeschichte. Band 53). Paderborn, 2005.

MECKING, SABINE: „Immer treu“. Kommunalbeamte zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik. Essen, 2003.

MEISTER, MONIKA: Über die Anfänge des Frauenstudiums in Bayern. In: HÄNTZSCHEL, HILTRUD/BUßMANN, HADUMOND (Hrsg.): Bedrohlich gescheit. Ein Jahrhundert Frauen und Wissenschaft in Bayern. München, 1997, S. 35-56

MERTENS, LOTHAR: Das Privileg des Einjährig-Freiwilligen Militärdienstes im Kaiserreich und seine gesellschaftliche Bedeutung. Zum Stand der Forschung. In: Militärgeschichtliche Mitteilungen. Band 39, 1986, S. 59-66.

METZGER, JOCHEN: Rednermaterial und Rednerinformation. Kompetenzstreitigkeiten in der NS-Propaganda von 1929 bis 1934. In: NEUBER, WOLFGANG/OESTERREICHER, PETER/UEDING, GERT: Rhetorik. Ein internationales Jahrbuch. Band 16 1997, S. 16-25.

MEYER, NIELS: Das Institut für Hochschulkunde 1919-1982. Geschichte und Legitimation eines Fachs und seiner Institutionen zwischen Weimar, Nationalsozialismus und Bundesrepublik. Würzburg, 2023.

MITCHELL, ALAN: Revolution in Bayern 1918/1919. Die Eisner-Regierung und die Räterepublik. München, 1967.

MLYNEK, KLAUS: Machtübernahme und Kommunalpolitik. In: O.A.: Hannover 1933. Eine Großstadt wird nationalsozialistisch. Hannover, 1981, S. 100-133.

MÖLLER, SILKE: Zwischen Wissenschaft und „Burschenherrlichkeit“. Studentische Sozialisation im Deutschen Kaiserreich, 1871-1914 (= Pallas Athene. Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte. Band 4). Stuttgart, 2001.

MOMMSEN, HANS: Beamtentum und demokratischer Verfassungsstaat. In: BRANDT, EDMUND (Hrsg.): Die politische Treuepflicht. Rechtsquellen zur Geschichte des deutschen Beamtentums. Karlsruhe und Heidelberg, 1976, S. 17-36.

MOMMSEN, HANS/OBST, DIETER: Die Reaktionen der deutschen Bevölkerung auf die Verfolgung der Juden 1933-1943. In: MOMMSEN, HANS

(Hrsg.): Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte. Düsseldorf, 1988, S. 374-426.

MORGENBROD, BRIGITT/MERKENICH, STEPHANIE: Das Deutsche Rote Kreuz unter der NS-Diktatur 1933-1945. Paderborn, 2008.

MORSEY, RUDOLF: Die katholische Volksminderheit und der Aufstieg des Nationalsozialismus 1930-1933. in: BENDEL, RAINER (Hrsg.): Die katholische Schuld? Katholizismus im Dritten Reich – Zwischen Arrangement und Widerstand (= Wissenschaftliche Paperbacks. Band 14). Münster, 2004, S. 47-59.

MÜHL-BENNINGHAUS, SIGRUN: Das Beamtentum in der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Zu Entstehung, Inhalt und Durchführung der einschlägigen Beamtengesetze (= Schriften des Bundesarchivs. Band 48). Düsseldorf, 1996.

MÜLLER, ROLAND: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus. Stuttgart, 1988.

MURA, JÜRGEN: Entwicklungslinien der deutschen Sparkassengeschichte (= Sparkassen in der Geschichte. Abteilung 3: Forschung Band 2). Stuttgart, 1987.

MUSIAL, BOGDAN: „Konterrevolutionäre Elemente sind zu erschießen“. Die Brutalisierung des deutsch-sowjetischen Krieges im Sommer 1941. München, 2000.

MUTH, HANSWERNFRIED: 1831-1981. 150 Jahre Historischer Verein. Volkach, 1981.

NACHTMANN, WALTER: Karl Strölin. Stuttgarter Oberbürgermeister im „Führerstaat“. Stuttgart, 1995.

NEITZEL, SÖNKE: Deutsche Krieger. Vom Kaiserreich zur Berliner Republik – eine Militärgeschichte. Berlin, 2020.

NEHLERT, GERHARD (Hrsg.): Die Beschränkungen der deutschen Gerichtsbarkeit. Die Gesetzgebung der Besatzungsmächte, insbesondere Gesetze Nr. 2 und Nr. 52 und Befehl 124 nebst Ausführungsbestimmungen. Berlin, 1948.

NEMITZ, WERNER: Kriegsende eines HJ-Volkssturmsoldaten 1945-48. Erlebnisbericht und Recherche. O.O., 2000.

NEUBAUER, JAN: Arbeiten für den Nationalsozialismus. Die Stadt München und ihr Personal im „Dritten Reich“ (= München im Nationalsozialismus. Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft. Band 6). Göttingen, 2020.

NEUSS, ERICH: Die Hallische Stadtverwaltung 1906-1931. Halle-Saale, 1931.

NEUSS, ERICH: Die Stadtparkasse zu Halle 1857-1932. Halle, 1932.

NIETHAMMER, LUTZ: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns. Bonn, 1982.

NIMMERGUT, JÖRG: Deutsche Orden und Ehrenzeichen bis 1945. Band 4, Württemberg II – Deutsches Reich. München, 2001.

NOAKES, JEREMY: Die kommunale Selbstverwaltung im Dritten Reich. In: BIRKE, ADOLF MATHIAS/BRECHTKEN, MAGNUS: Kommunale Selbstverwaltung. Geschichte und Gegenwart im deutsch-britischen Vergleich. München, 1996, S. 65-82.

NOELLE, HERMANN: Geh von deinem Acker, Kelte. Ein Roman vom Kampf der Kelten, Germanen und Römer. Esslingen, 1963.

O.A.: Das Deutsche Führerlexikon 1934/1935. Berlin, 1935.

O.A.: Der Wolfram-von-Eschenbach-Bund. Würzburg, 1943.

O.A.: Ehrenbürger der Stadt Lohr a. Main und der Stadtteile Pflöschbach, Ruppertshütten, Sackenbach, Sendelbach, Steinbach, Wombach (Schriften des Geschichts- und Museumsvereins Lohr a. Main). Lohr am Main, 2007.

OHLHAUT, GEORG: Aus Vergangenheit und Gegenwart des Realgymnasiums Würzburg 1864-1939. Festschrift zur Feier des 75jährigen Bestehens des Realgymnasiums Würzburg. Würzburg, 1939.

OPPELT, HANS (Hrsg.): Würzburger Chronik des denkwürdigen Jahres 1945. Würzburg, 1947.

PACZKOWSKI, JÖRG: Der Wiederaufbau der Stadt Würzburg nach 1945 (= Mainfränkische Studien. Band 30). Würzburg, 1982.

PATZWALL, KLAUS-DIETER: Das Goldene Parteiabzeichen und seine Verleihungen ehrenhalber 1933-1945 (= Studien zur Geschichte der Auszeichnungen. Band 4). Norderstedt, 2004.

PIPER, ERNST: Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe. München, 2005.

PIRONTI, PIERLUIGI: Kriegsoffer und Staat. Sozialpolitik für Invaliden, Witwen und Waisen des Ersten Weltkriegs in Deutschland und Italien (1914-1924) (= Italien in der Modern. Band 22). Köln/Weimar, 2015.

PFLANZ, HEINRICH: Das Internierungslager Moosburg 1945-1948. Wie es Zeitzeugen erlebten. 4. Auflage. Landsberg, 2014.

PÖGGELER, FRANZ: Der Lehrer Julius Streicher. Zur Personalgeschichte des Nationalsozialismus. Frankfurt am Main, 1991.

POHL, DIETER: Justiz in Brandenburg 1945-1955. München, 2001.

RABE, PAUL-MORITZ: Die Stadt und das Geld. Haushalt und Herrschaft im nationalsozialistischen München (= München im Nationalsozialismus. Band 3). Göttingen, 2017.

REBENTISCH, DIETER: Die politische Stellung der Oberbürgermeister im Dritten Reich. In: SCHWABE, KLAUS (Hrsg.): Oberbürgermeister. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1979 (= Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit. Band 13). Boppard am Rhein, 1981, S. 125-155.

REBENTISCH, DIETER: Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945 (= Frankfurter Historische Abhandlungen. Band 29). Stuttgart, 1989.

REBENTISCH, DIETER: Frankfurt am Main in der Weimarer Republik und im Dritten Reich 1918-1945. In: Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt in neun Beiträgen (= Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission. Band 17). Sigmaringen, 1994, S. 423-520.

REBENTISCH, DIETER: Frankfurt am Main und das Reich in der NS-Zeit. In: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst. Frankfurt am Main, 1980, S. 243-267.

REBENTISCH, DIETER: Nationalsozialismus und öffentliche Verwaltung. In: Institut für Stadtgeschichte (Hrsg.): Frankfurt am Main, Lindenstraße. Gestapozentrale und Widerstand. Frankfurt a.M., 1996, S. 53-85.

REICHARDT, SVEN/SEIBEL, WOLFGANG: Radikalität und Stabilität. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus. In: REICHARDT, SVEN/SEIBEL, WOLFGANG (Hrsg.): Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus. Frankfurt a.M., 2011, S. 7-28.

REINHARD, MARIE-THÉRÈSE: Kontinuität nach der Katastrophe? Die Israelitische Kultusgemeinde in Würzburg von 1945 bis 1992 (= Schriften des Johanna-Stahl-Zentrums für jüdische Geschichte und Kultur in Unterfranken. Band 2). Würzburg, 2017.

RENNER, HERMANN: Georg Heim. Der Bauerndoktor. Lebensbild eines „ungekrönten Königs“. München, 1960.

RICHTER, LUDWIG: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933 (=Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 134). Düsseldorf, 2002.

RICK, SEBASTIAN: Die Entwicklung der SED-Diktatur auf dem Lande. Die Landkreise Liebenwerda und Schweinitz in der Sowjetischen Besatzungszone 1945-1949 (= Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung). Göttingen, 2016.

RIES, HANS: Lateinschule und Gymnasium Weiden-Opf. 1930-1932. Weiden, 1932.

RISCHBIETER, HENNING: NS-Theaterpolitik. In: RISCHBIETER, HENNING (Hrsg.): Theater im „Dritten Reich“. Theaterpolitik, Spielplanstruktur, NS-Dramatik. Leipzig, 2000, S. 9-278.

RITTENAUER, DANIEL: Das Amt des Bayerischen Ministerpräsidenten in der NS-Zeit (= Schriftenreihe zur Bayerischen Landesgeschichte. Band 169). München, 2018.

ROCKENMAIER, DIETER WILHELM: Aus den Akten der Würzburger Gestapo. Buchführung des Todes. Die „Endlösung der Judenfrage“ im damaligen Gau Mainfranken. Würzburg, 1981.

ROCKENMAIER, DIETER WILHELM: Das Dritte Reich und Würzburg. Versuch einer Bestandsaufnahme. 4. Auflage. Würzburg, 1993.

RÖHRLE, BERND: Soziale Netzwerke und soziale Unterstützung. Weinheim, 1994.

ROOB, HELMUT: Kleine Geschichte der Residenzstadt Gotha von den Anfängen bis 2000. Bad Langensalza, 2011.

ROOS, DANIEL: Julius Streicher und „Der Stürmer“ 1923-1945. Paderborn, 2006.

ROOS-SCHUMACHER, HEDWIG: Der Kyffhäuserverband der Vereine Deutscher Studenten 1880-1914/18. Ein Beitrag zum nationalen Vereinswesen und zum politischen Denken im Kaiserreich. (= Deutsche Akademische Schriften, Neue Folge. Band 7). Gifhorn, 1986.

ROTH, CLAUDIA: Parteikreis und Kreisleiter der NSDAP unter besonderer Berücksichtigung Bayerns. Würzburg, 1997.

RUCK, MICHAEL/POHL, KARL (Hrsg.): Regionen im Nationalsozialismus (= IZRG-Schriftenreihe. Band 10). Bielefeld, 2003.

RUß, WERNER: Die Sozialversicherung in der DDR. Eine Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der Zielsetzungen der marxistisch-leninistischen Sozialpolitik. 2. Auflage. Frankfurt am Main, 1982.

SALOMON, ERNST VON: Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer. Berlin, 1938.

SALZIG, JOHANNES: Die Sippenhaft als Repressionsmaßnahme des nationalsozialistischen Regimes. Ideologische Grundlagen – Umsetzung – Wirkung (= Schriftenreihe der Forschungsgemeinschaft 20. Juli 1944 e.V. Band 20). Augsburg, 2015.

SCHÄFER, GERHARD: Cliques, Klüngel und Karrieren. Beziehungen und Ver-Bindungen. In: ELM, LUDWIG/HEITHER, DIETRICH/SCHÄFER, GERHARD: Füxe, Burschen, Alte Herren. Studentische Korporationen vom Wartburgfest bis heute (= Neue Kleine Bibliothek. Band 28). 2. Auflage. Köln, 1992.

SCHÄFER, HERMANN/DIEPOLD, PETER/HAUPTMEYER, CARL-HANS (Hrsg.): Rotary unter dem Nationalsozialismus. Lehren aus der Geschichte – für die Zukunft. Stuttgart, 2019.

SCHÄFER, WOLFGANG: NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches (= Schriftenreihe des Instituts für wissenschaftliche Politik in Marburg/Lahn. Nr. 3). Hannover und Frankfurt a.M., 1956.

SCHARF, WILFRIED: Nationalsozialistische Monatshefte (1930-1944). In: FISCHER, HEINZ-DIETRICH (Hrsg.): Deutsche Zeitschriften des 17. bis 20. Jahrhunderts (= Publizistik-Historische Beiträge. Band 3). München, 1973, S. 409-419.

SCHENK, DIETER: Der Lemberger Professorenmord und der Holocaust in Ostgalizien. Bonn, 2007.

SCHEPER, BURCHARD: Die jüngere Geschichte der Stadt Bremerhaven. Bremerhaven, 1977.

SCHOEPS, JULIUS HANS/TRESS, WERNER (Hrsg.): Orte der Bücherverbrennungen in Deutschland 1933. Hildesheim, 2008.

SCHÖFER, ARNE: Der Reichskolonialbund und seine kolonialrevisionistische Propagandatätigkeit zwischen 1933 – 1943. Greiz, 2012.

SCHÖNHOFEN, KLAUS: Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht. Das Schicksal der 1933 gewählten SPD-Reichstagsabgeordneten. Bonn, 2017.

SCHOTT, HERBERT: Die Eroberung Unterfrankens durch die Amerikaner 1945. In: WICZLINSKI, VERENA VON: (Hrsg.): Kirche in Trümmern? Krieg und Zusammenbruch 1945 in der Berichterstattung von Pfarrern des Bistums Würzburg. Würzburg, 2005, S. 23-48.

SCHLUPP, KLAUS: Schule, Kirche und Staat im 19. Jahrhundert: Die katholische Volksschule im Bistum Mainz und Großherzogtum Hessen-Darmstadt von 1816 bis 1876. Nordhausen, 2005.

SCHMITZ-BERNING, CORNELIA: Vokabular des Nationalsozialismus. 2. Auflage. Berlin, 2007.

SCHMUHL, HANS-WALTER: Halle in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus (= Studien zur Landesgeschichte. Band 15). Halle, 2007.

SCHMUTZ, HEMMA (Hrsg.): Wolfgang Gurlitt Zauberprinz. Kunsthändler – Sammler. Linz, 2020.

SCHNEIDER, HANS: H. Dikreiter (1893-1966). Ein Leben für die fränkische Kunst. Würzburg, 1988.

SCHREIBER, CARSTEN: Elite im Verborgenen. Ideologie und regionale Herrschaftspraxis des Sicherheitsdienstes der SS und seines Netzwerks am Beispiel Sachsens (= Studien zur Zeitgeschichte. Band 77). München, 2008.

SCHULTHEIS, HERBERT: Juden in Mainfranken 1933-1945 unter besonderer Berücksichtigung der Deportationen Würzburger Juden (= Bad Neustädter Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde Frankens. Band 1). Bad Neustadt a. d. Saale, 1980.

SCHULZ, FRANK: Die Vorschläge von Georg von Schanz zur antizyklischen Finanzpolitik in der Tradition der öffentlichen Arbeitsbeschaffung. Ein Beitrag zur Dogmengeschichte der „functional finance“. In: Finanzarchiv N.F. Band 42, 1984, S. 542-552.

SCHULZE, DIETMAR: Der „Röhm-Putsch“ in der Provinz Sachsen. In: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte. Heft 15. Halle, 2005, S. 9-33.

SCHULZE-WESTEN: Das Vermächtnis der Urburschenschaft. Verlauf und Gedankenwelt einer studentischen Bewegung nach zeitgenössischen Lebensdokumenten dargestellt. Bochum, 1952.

SCHÜTZE, ERHARD/GRUBER, ECKHARD: Mythos Reichsautobahn. Bau und Inszenierung der „Straßen des Führers“ 1933-1941. Berlin, 2012.

SCHWANENGEL, WITO: Die Wiedereinführung des Berufsbeamtentums in den neuen Ländern (= Beiträge zum Beamtenrecht. Band 6). Berlin, 1999.

SCHWARZ, JÜRGEN: Studenten in der Weimarer Republik. Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik (= Ordo Politicus. Band 12). Berlin, 1971.

SCHWARZWÄLDER, HERBERT: Geschichte der Freien Hansestadt Bremen. Band 4. Bremen in der NS-Zeit (1933-1945). Bremen, 1995.

SCHWEND, KARL: Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. Beiträge zur Bayerischen Frage in der Zeit von 1918 bis 1933. München, 1954.

SEIDLER, FRANZ W.: „Deutscher Volkssturm“. Das letzte Aufgebot 1944/1945. Augsburg, 1999.

SEIFFERT, PAUL: Geschichte und Entwicklung der studentischen Verbände. Breslau, 1913.

SELIGMANN, MICHAEL: Aufstand der Räte. Die erste bayerische Räterepublik vom 7. April 1919 (= Reihe Libertäre Wissenschaft. Band 8). Grafenau, 1989.

SILBERNER, EDMUND: Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus. Opladen, 1983.

SIMMEL, GEORG: Grundfragend er Soziologie (Individuum und Gesellschaft). 4. Auflage. Berlin, 1984.

SPECHT, REINHOLD: Geschichte der Stadt Zerbst. Band 2. Zerbst, 1998.

SPERK, ALEXANDER/BOHSE, DANIEL: Legende, Opportunist, Selbstdarsteller. Felix Graf Luckner und seine Zeit in Halle (Saale) 1919-1945. Halle (Saale), 2016.

SPERK, ALEXANDER: Entnazifizierung und Personalpolitik in Köthen/Anhalt 1945 bis 1948 In: RUIPEPER, HERMANN-JOSEF (Hrsg.): Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte. Heft 6. Halle, 1999, S. 22-57.

SPITZNAGEL, PETER: Studentenschaft und Nationalsozialismus in Würzburg. 1927 – 1933. Würzburg, 1975.

SPITZNAGEL, PETER: Wähler und Wahlen in Unterfranken 1919-1969 (= Quellen und Forschungen zur Geschichte des Bistums und Hochstifts Würzburg. Band 32). Würzburg, 1979.

SPIWOKS, ERICH/STÖBER, HANS: Endkampf zwischen Mosel und Inn. XIII. SS-Armeekorps. Osnabrück, 1976.

SPRANGER, TADE MATTHIAS: Die Stellung des Beamten in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zum verfassungsrechtlichen Verständnis des Art. 33 Abs. 5 GG. (= Rechtsgeschichte und Rechtsgeschehen – Kleine Schriften. Band 7). Berlin, 2007.

SOMMER, ULF: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Eine Blockpartei unter der Führung der SED (= agenda Geschichte. Band 10). Münster, 1996.

STARGARDT, NICHOLAS: „Maikäfer flieg!“ Hitlers Krieg und die Kinder. München, 2006.

STEIGER, GÜNTER: Aufbruch. Urburschenschaft und Wartburgfest. Leipzig/Jena/Berlin, 1967.

STEIN, OTTO: Offen gesagt. Erlebnisse, Erkenntnisse 1945-1963. Würzburg, 1963.

STICKLER, MATTHIAS: Dr. h.c. Hans Löffler – Corpsstudent, demokratischer Politiker und Oberbürgermeister – ein Würzburger Lebensbild. In: METTENLEITER, ANDREAS (Hrsg.): *Tempora mutantur et nos?* Festschrift Walter M. Brod. Pfaffenhofen, 2007, S. 251-256.

STICKLER, MATTHIAS: Jüdische Studentenverbindungen. Anmerkungen zu einem wenig beachteten Thema der Universitäts- und Studentengeschichte. In: *Einst und jetzt. Jahrbuch für corpsstudentische Geschichtsforschung*. Band 61. Würzburg, 2016, S. 11-56.

STICKLER, MATTHIAS: Neuanfang, Restauration und Krise - Anmerkungen zur Geschichte der Deutschen Burschenschaft nach 1945. In: DWOROK, GERRIT/SCHÄFER, CHRISTINA (Hrsg.): *Fragmente zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*. Bonn, 2013, S. 355-388.

STICKLER, MATTHIAS: Neuerscheinungen zur Studentengeschichte seit 1994. Ein Forschungsbericht über ein bisweilen unterschätztes Arbeitsfeld der Universitätsgeschichte. In: BRUCH, RÜDIGER VOM (Hrsg.): *Jahrbuch für Universitätsgeschichte*. Band 4. Stuttgart, 2001, S. 262-270.

STICKLER, MATTHIAS: Universität als Lebensform? Überlegungen zur Selbststeuerung studentischer Sozialisation im langen 19. Jahrhundert. In: BRUCH, RÜDIGER VOM (Hrsg.): *Die Berliner Universität im Kontext der deutschen Universitätslandschaft* (= Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien 76). München, 2010, S. 149-186.

STOCKHORST, ERICH: *5000 Köpfe. Wer war was im 3. Reich*. Kiel, 2000.

STÖCKLE, FRIEDER: Zum praktischen Umgang mit Oral History. In: VORLÄNDER, HERWART (Hrsg.): *Oral History. Mündlich erfragte Geschichte*. Göttingen, 1990, S. 131-158.

STRÄTZ, REINER: *Biographisches Handbuch Würzburger Juden 1900-1945. Zweiter Teilband* (= Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg. Band 4, I-II). Würzburg, 1989.

STRENGE, IRENE: *30. Januar 1933 bis 2. August 1934. Juristische Aspekte der Revolutionszeit des NS-Regimes* (= Zeitgeschichtliche Forschungen. Band 53). Berlin, 2020.

STRÖTZ, JÜRGEN: *Der Katholizismus im deutschen Kaiserreich 1871 bis 1918. Strukturen eines problematischen Verhältnisses zwischen Widerstand und Integration. Teil 2. Wilhelminische Epoche und Erster Weltkrieg (1890-1918)* (= Studien zu Religionspädagogik und Pastoralgeschichte. Band 6). Hamburg, 2005.

SÜLE, TIBOR: *Preußische Bürokratietradition* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Band 81). Göttingen, 1988.

SÜß, PETER A.: *Grundzüge der Würzburger Universitätsgeschichte 1402-2002. Eine Zusammenschau* (= Quellen und Beiträge zur Geschichte der Universität Würzburg. Band 10). Neustadt an der Aisch, 2007.

SUNNUS, MICHAEL: *Der NS-Rechtswahrerbund (1928-1945)* (= Rechtshistorische Reihe. Band 78). Frankfurt a.M., 1990.

TAYLOR, FREDERICK: Dresden. Tuesday, February 13, 1945. New York, 2004.

TEGTMEIER, CARTI/ TEGTMEIER, MICHAEL A.: PTBS – Das unsichtbare Leid: Posttraumatische Belastungsstörung; Handbuch für Einsatzkräfte und deren Angehörige. Regensburg, 2011.

TITZE, HARTMUT: Hochschulen. In: LANGEWIESCHE, DIETER/TENORTH, HEINZ-ELMAR: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Band 5. 1918-1945. Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur. München, 1989, S. 209-258.

ULBRICHT, GUNDA: Errichtung der NS-Herrschaft. In: STARKE, HOLGER (Hrsg.): Geschichte der Stadt Dresden. Band 3. Von der Reichsgründung bis zur Gegenwart. Stuttgart, 2006, S. 413-424.

VORLÄNDER, HERWART: Die NSV. Darstellung und Dokumentation einer nationalsozialistischen Organisation (= Schriften des Bundesarchivs. Band 35). Boppard am Rhein, 1988.

VORMBAUM, MORITZ: Das Strafrecht der Deutschen Demokratischen Republik (= Jus Poenale. Band 6). Tübingen, 2015.

WAGNER, JOHANNES VOLKER: Hakenkreuz über Bochum. Machtergreifung und nationalsozialistischer Alltag in einer Revierstadt. Bochum, 1983.

WAGNER, PATRICK: Von der Couleur zum Braunhemd: Völkische Studentenbewegung(en) in Halle während der Weimarer Republik. In: RANFT, ANDREAS/RUPRECHT, MICHAEL (Hrsg.): Universität und Stadt. Sichtbarkeit, Lebensform, Transformation (= Forschungen zur hallischen Stadtgeschichte. Band 25). Halle, 2018, S. 174-193.

WAGNER, ULRICH (Hrsg.): Geschichte der Stadt Würzburg. Band III/1 und 2. Vom Übergang an Bayern bis zum 21. Jahrhundert.

WALDHOFF, CHRISTIAN: Schanz, Georg von. In: HOCKERTS, GÜNTHER (Hrsg.): Neue Deutsche Biografie. Band 22. Rohmer – Schinkel. München, 2005, S. 559f.

WATERMANN, DANIEL: Bürgerliche Netzwerke. Städtisches Vereinswesen als soziale Struktur – Halle im Deutschen Kaiserreich (= Bürgertum Neue Folge. Studien zur Zivilgesellschaft. Band 15). Göttingen, 2017.

WEBER, HERMANN: Die DDR 1945-1990 (= Oldenburg Grundriss der Geschichte. Band 20). 5. Auflage. München, 2012.

WEBER, HERMANN: Geschichte der DDR. 2. Auflage. München, 1999.

WEBER, THOMAS: Our Friend „The Enemy“. Elite Education in Britain and Germany before World War I. Stanford, 2008.

WEHLER, HANS-ULRICH: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 3. Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914. München, 1995.

WEHLER, HANS-ULRICH: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Band 4. Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949. München, 2003.

WILLE, MANFRED: Entnazifizierung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-48 (= BNR Ereignisse, Tatsachen, Hintergründe). Magdeburg, 1993.

WILLMY, LUKAS: Operation Donnerschlag. Imperiale Aufstandsbe-kämpfung aus der Luft und das „Morale Bombing“ deutscher Städte durch die britische Royal Air Force 1945. Göttingen, 2024.

WIPPERMANN, WOLFGANG: Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich. Berlin, 2009.

WINKLER, HEINRICH AUGUST: Der Nationalismus und seine Funktion. In: WINKLER, HEINRICH AUGUST (Hrsg.): Nationalismus. 2. Auflage. Königstein, 1985, S. 5-46.

WINKLER, HEINRICH AUGUST: Nationalismus, Nationalstaat und nationale Frage in Deutschland seit 1915. In: WINKLER, HEINRICH AUGUST/KA-ELBLE, HARTMUT (Hrsg.): Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität (= Industrielle Welt. Band 53). Stuttgart, 1993, S. 12-33.

WEIDEMANN, JOHANNES: Neubau eines Staates. Staats- und verwal-tungsrechtliche Untersuchung des Königreichs Westphalen (= Schriften der Akademie für Deutsches Recht). Leipzig, 1936.

WEIDEMANN, JOHANNES: Städtische Finanzwirtschaft im Wandel der Zeiten. Die Finanzwirtschaft der Stadt Kassel. Berlin, 1936.

WEIDISCH, PETER: Die Machtergreifung in Würzburg 1933 (= Veröffent-lichungen des Stadtarchivs Würzburg. Band 5). Würzburg, 1990.

WEIGEL, BJÖRN: „Märzgefallene“ und Aufnahmestopp im Frühjahr 1933. In: BENZ, WOLFGANG (Hrsg.): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder. Frankfurt am Main, 2009, S. 91-109.

WEIHSMANN, HELMUT: Bauen unterm Hakenkreuz. Architektur des Un-tergangs. Wien, 1998.

WESKAMP, MANUEL: Auflösung und Neubeginn im Krieg: Von der Wei-marer Republik ins „Dritte Reich“. In: SCHMITT, PETER-PHILIPP (Hrsg.): Corps Makaria-Guestphalia zu Würzburg 1863-2013. Festschrift zum 150. Stif-tungsfest. Würzburg, 2013, S. 41-108.

WILKE, MANFRED/VOIGT, TOBIAS: „Neuer Kurs“ und 17. Juni – Die zweite Staatsgründung der DDR 1953. In: HEGEDÜS, ANDRÁS B./WILKE, MAN-FRED (Hrsg.): Satelliten nach Stalins Tod. Der „Neue Kurs“. 17. Juni 1953 in der DDR. Ungarische Revolution 1956 (=Studien des Forschungsverbun-des SED-Staat). Berlin, 2000, S. 24-135.

WOLF, BIRGIT: Sprache in der DDR. Ein Wörterbuch. Berlin, 2000.

WOLFSTEINER, ALFRED: Georg Heim. „Bauerngeneral“ und Genossen-schaftler. Regensburg, 2014.

WOLLE, STEFAN: Der große Plan. Alltag und Herrschaft in der DDR (1949-1961). Berlin, 2013.

WYSOCKI, JOSEF/GÜNTHER, HANS-GEORG: Geschichte der Sparkassen in der DDR 1945 bis 1990 (= Sparkassen in der Geschichte. Abteilung 3: Forschung, Band 8). Stuttgart, 1998.

YELTON, DAVID K.: Hitler's Volkssturm. The Nazi Militia and the Fall of Germany, 1944-1945. Lawrence, 2002.

ZIEBILL, OTTO: Geschichte des Deutschen Städtetages. Fünfzig Jahre deutsche Kommunalpolitik. Stuttgart, 1956.

ZIEGLER, WALTER: Die Universität Würzburg im Umbruch. In: Baumgart, Peter (Hrsg.): Vierhundert Jahre Universität Würzburg. Eine Festschrift (= Quellen und Beiträge zur Geschichte der Universität Würzburg. Band 6). Würzburg, 1982, S. 197-252.

ZIEMANN, BENJAMIN: Soldaten. In: HIRSCHFELD, GERHARD/KRUMEICH, GERD/RENZ, IRINA (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Paderborn, 2009, S. 155-176.

ZIMMERMANN, JOHN: Pflicht zum Untergang. Die deutsche Kriegsführung im Westen des Reiches 1944/45 (= Zeitalter der Weltkriege. Band 4). Paderborn, 2009.

ZIRLEWAGEN, MARC (Hrsg.): 125 Jahre Vereine Deutscher Studenten. Ein historischer Rückblick. Band 1. Bad Frankenhausen, 2006.

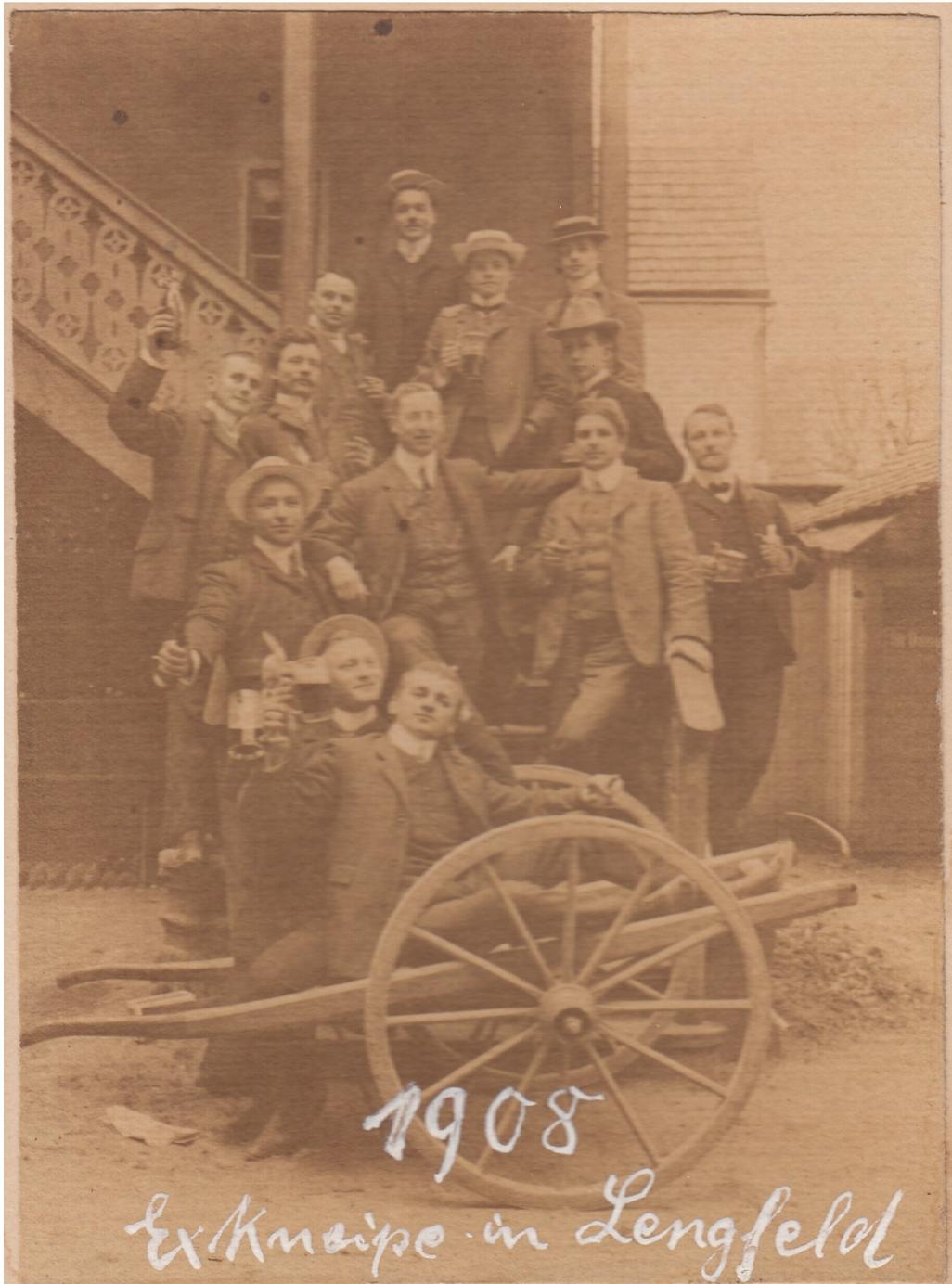
ZIRLEWAGEN, MARC (Hrsg.): „Wir siegen oder fallen“. Deutsche Studenten im Ersten Weltkrieg (= Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen. Band 17). Köln, 2008.

E) Anhänge

I. Anlagen

Anlage 1

Fotografie von Paul May (dritte Reihe von oben, ganz links) sowie seinem Leibburschen Peter Neff (mittig ganz oben) und seinem Leibfuchsen Richard Frenzel (zweite Reihe von oben, in der Mitte). Semesterabschlusskneipe 1908 in Lengfeld. Adelphenarchiv.



Anlage 2

Fotografie von Paul May (links) mit Fräulein Marga Schäfer (ganz links) und seinem Leibfuchsen Richard Frenzel samt Dame. Fasching 1909. Adelphe-
narchiv.



Anlage 3

Fotografie-Postkarte vom frisch mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse ausgezeichneten Theodor Memmel und seinem Bundesbruder Heinrich Heinrichs. Weihnachten 1914. Adelphenarchiv.



Anlage 4

Fotografie des Marsches auf die Wartburg vom 18.10.1935.

Erste Reihe v.l.n.r.: Gerhard Fritscher, Theo Memmel, Michael Becker.

Zweite Reihe: Wilhelm Bockemüller, Fritz Müller, Ernst Müller.

Dritte Reihe: Ferdinand Wolf, Wilhelm Mayer, Franz Memminger.

Vierte Reihe: Erwin Alzheimer, Gustav Dünisch (?).

Dahinter: Burschenschaft Germania Würzburg.



Anlage 5

Fotografie einer Kneipe auf dem Adelphenhaus. Wintersemester 1935/36.

Memmel mittig fünfter von links.



Anlage 6

Fotografie eines Pauktages der Kameradschaft Ulrich von Hutten vom 21. Juli 1941. Vier Paukanten mit frischen Schmissen, alles Angehörige der Wehrmacht, der zweite von rechts ist von der Luftwaffe. Die Studenten bekleiden Mannschafts- und Unteroffiziersdienstgrade, alle Tragen das Band der ehemaligen Burschenschaft Arminia Würzburg. Mit freundlicher Genehmigung aus dem Archiv der B! Arminia Würzburg.



*Pauktag 21. Juli 1941.
Wald Wittkugel Leisinger Walther Hofmann Freidank*

Anlage 7

Fotografie von Theo Memmel in Vollcouleur nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Ahnengalerie Adelprias.

Eine Vergrößerung dieses Bildes befindet sich in einem Raum des Adelphenhauses, zusammen mit seinem Band, Kopfcouleur und Tönnchen.



Anlage 8

Nachkriegsaufnahme von Dr. Paul May. Adelphenarchiv.



Anlage 9

Fotografie der Jubiläumskneipe anlässlich des 60-jährigen Stiftungsfestes der VaB Coburg am 7. April 1962.

Hintere Reihe v.l.n.r.: Drei Angehörige der Münchner Burschenschaft Cimbria, Nikolaus Wolter, Theo Memmel, Schilling (Vereinigte Berliner Burschenschaft Thuringia), Walter Weigand, Günter Heinz Schröder, Jürgen Görlich.

Vordere Reihe v.l.n.r.: Leonhard Berber, Sohn von AH Weigand, Philip Eichelbauer.



II. Verzeichnis der Organigramme und Tabellen

1. Organigramme

Alle Organigramme wurden vom Autor erstellt.

Organigramm 1	Struktur der Studentenverbindung Adelp ^h ia (Akademischer Verein).....	29
Organigramm 2	Machtstruktur innerhalb der NSDAP-Hierarchie bis 1941	113
Organigramm 3	Struktur der Studentenverbindung Adelp ^h ia ab dem 22.10.1933.....	174
Organigramm 4	Befehlskette des Pogroms vom 9./10.11.1938 in Würzburg	284
Organigramm 5	Mem ^h els lokales Kameradschaftsnetzwerk	325

2. Tabellen

Tabelle 1 Sitzverteilung der Stadtverordnetenversammlung Halle März 1933
 133

Tabelle 2 Sitzverteilung der Stadtverordnetenversammlung Halle Mai 1933
 136

Tabelle 3 Sitzverteilung im Würzburger Stadtrat 1933 vor der
 Gleichschaltung 142

Tabelle 4 Sitzverteilung im Würzburger Stadtrat 1933 nach der
 Gleichschaltung 143

Tabelle 5 Politische Säuberungen 1933/34..... 304

Tabelle 6 Memmels Mitgliedschaften in NS-Organisationen und Vereinen
 336

Tabelle 7 Mays Mitgliedschaften in NS-Organisationen und Vereinen... 337

Tabelle 8 Mays Aufgabenbereiche in Halle

Erstellt anhand von: Verwaltungsberichte und statistische Monatsberichte
 1921-1934. A 2.9 Kap. II Abt. E Nr. 160 Bd. 1-2. SAH sowie der General-
 verfügungen 1921-1932. A 2.9 Kap. XI Abt. A Bd. 5-16. Ebenda.

Jahr	Geschäftsbereich (Dezernat)	Außerdem
1921 bis 1923	Besoldeter Stadtrat Armenverwaltung Alters- und Pflegeheim Wohnungsamt Mieteinigungsamt Allgemeine Verkehrsangelegenheiten Städtetagsangelegenheiten	Stellvertreter des Vorsitzenden des Kuratoriums der Paul Riebeck-Stiftung Vorsitzender der Kriegsunterstützungskommission Stellvertreter Kämmerei-Deputation Sitz in der Statistischen Deputation Vorsitzender Wohnungsdeputation Sitz in Gesundheitsdeputation Vorsitzender des Vorstands des Alters- und Pflegeheims Vorsitzender der Kriegshilfskassen-Deputation
1924 bis 1925	Besoldeter Stadtrat Fürsorgeamt Alters- und Pflegeheim Wohnungsamt Mieteinigungsamt	Stellvertreter Kuratorium Paul Riebeck-Stiftung Sitz in Statistischer Deputation Vorsitzender Wohnungsdeputation Sitz in Gesundheits-Deputation

	<p>Allgemeine Verkehrsangelegenheiten Städtetagsangelegenheiten Wandererarbeitsstätte Kriegsbeschädigte Kriegshinterbliebene Sozial- und Kleinrentner über 21 Jahre Ausstellungsunternehmen</p>	<p>Vorsitzender im Vorstand Alters- und Pflegeheim</p>
1926	<p>Besoldeter Stadtrat Fürsorgeamt Alters- und Pflegeheim Wohnungsamt Hypothekenabteilung Mieteinigungsamt Allgemeine Verkehrsangelegenheiten Städtetagsangelegenheiten Wandererarbeitsstätte Kriegsbeschädigte Kriegshinterbliebene Sozial- und Kleinrentner über 21 Jahre Sparkasse und Bankabteilung</p>	<p>Stellvertreter Kuratorium Paul Riebeck-Stiftung Vorsitzender Fürsorgeamt Sitz in Statistische Deputation Vorsitzender Wohnungsdeputation Vorsitzender im Vorstand Alters- Pflegeheim</p>
1927	<p>Besoldeter Stadtrat Neubauabteilung des Wohnungsamtes Städtetagsangelegenheiten Wandererarbeitsstätte Kriegshinterbliebene Sozial- und Kleinrentner über 21 Jahre Sparkasse und Bankabteilung Finanz- und Kassenwesen einschl. Stadthauptkasse und Werkskasse Steuerverwaltung einschl. Steuerkasse Hinterlegungswesen Schaffung von Ausstellungsgelegenheiten</p>	<p><i>nicht ermittelbar</i></p>
1928	<p>Besoldeter Stadtrat Neubauabteilung des Wohnungsamtes Städtetagsangelegenheiten Kriegshinterbliebene Sozial- und Kleinrentner über 21 Jahre Sparkasse und Bankabteilung Finanz- und Kassenwesen einschl. Stadthauptkasse und Werkskasse</p>	<p><i>nicht ermittelbar</i></p>

	<p>Steuerverwaltung einschl. Steuerkasse Hinterlegungswesen Schaffung von Ausstellungsgelegenheiten Beschlussfassung über Einsprüche</p>	
1929	<p>Besoldeter Stadtrat (keine genaueren Angaben)</p>	<i>nicht ermittelbar</i>
1930 bis 1932	<p>Stadtkämmerer</p>	<i>nicht ermittelbar</i>
1935 bis 1936	<p>Zweiter Bürgermeister Stadtkämmerer Allgemeine Vertretung des Oberbürgermeisters Finanz- und Kassenwesen Stadtsparkasse Jugend- und Fürsorgeamt, auch Wohnungsamt Wohlfahrtsstiftungen, einschließlich Veteranenamt</p>	<p>Vorsitzender im Beirat für Wirtschaft und Finanzen Vorsitzender der Deputation für das öffentliche Fürsorgewesen Vorsitzender im Beirat für Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge Vorsitzender der Deputation für die öffentliche Jugendhilfe Vorsitzender des Kuratoriums der Assessor Karl Müller-Stiftung Vorsitzender des Vorstands der Jentzsch'schen Kinderbewahranstalt Adelheidsruh Stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der Werke der Stadt Halle Aktiengesellschaft Mitglied im Aufsichtsrat der Flughafengesellschaft Halle/Leipzig mbH</p>
April/Mai 1945	<p>Oberbürgermeister (M.d.W.d.G.b.) Leitung der Gesamtverwaltung und der Ortspolizeibehörde Hauptamt Besatzungsamt Rechnungsprüfungsamt Stadtsparkasse</p>	<i>nicht ermittelbar</i>

Tabelle 9 Liste der unbesoldeten Hallenser Stadträte, gewählt am 4. Mai 1933

Erstellt anhand des Verwaltungsberichts des Zentralbüros 1933, S. 2.

Nr.	Name, Vorname und Beruf
1	Tießler, Walter, Oberpostinspektor
2	Czarnowski, Bruno, Laborant
3	Schillik, Fritz, Gewerkschaftsbeamter
4	Kräfte, Richard, Direktor
5	Rabenau, Kurt von, Geschäftsführer
6	Leistikow, Oskar, Prokurist
7	Motsch, Johannes, Diplom Ingenieur
8	Fischer, Wilhelm, Elektrotechniker
9	Haman, Erhardt, Dr. <i>med.</i>
10	Ludwiger, Hans von, Oberstleutnant a.D.
11	Hoffmann, Fritz, Kaufmann

Tabelle 10 Memmels Ämter bei Adelpia

Jahr	Amt
1913/14	Fechtwart
1919/20	Fuchsmajor
1920	Kassier des Philisteriums
1922-1926	Kassier des Philisteriums
1931-1935	Philister-/Altherrenvorstand/Bundesführer/Altherrenschaffsführer
1938-1945	Altherrenschaffsführer
1953-1959	1. Altherrenvorstand
1957-1964	Schriftleitung der Bundeszeitung
1959-1965	Kassenwart der Altherrenschaff
1959-65	Kassenwart des Hausbauvereins

III. Interviews

Die Interviews, bis auf das mit Herrn Dr. Zeitler, wurden nach folgendem Modell erstellt: Zuerst wurden in einem Gespräch ohne Aufzeichnung das vorhandene Wissen des Zeitzeugen angesprochen. Im darauf folgenden aufgezeichneten Interview wurde dem Interviewpartner die Möglichkeit gegeben, zuerst frei über das Thema zu sprechen. Gegebenenfalls gab es hiernach zu einzelnen Punkten Rückfragen. Somit konnte ohne ein geschlossenes Fragesystem erreicht werden, dass der Zeitzeuge vor allem seine eigene Version der Ereignisse schildern konnte, ohne dass seine Erinnerung in gewisse Bahnen gelenkt wurde. Damit war es für den Interviewten möglich, seine ganz eigene Gewichtung des Erlebten zu erzählen. Erst am Ende wurden dann noch übrige Nachfragen behandelt, beziehungsweise vorher überlegte Fragen gestellt.²³¹⁸ Die vorliegenden Interviews geben selbstverständlich nur subjektive Wahrnehmungen wieder. Durch den gemeinsamen Bund ist davon auszugehen, dass Memmel dementsprechend grundsätzlich bereits positiv wahrgenommen wurde.

1. Interview mit Wolf-Dieter Unglauben

Wolf-Dieter Unglauben, geboren am 27. Oktober 1940 in Dresden, trat am 23. November 1961 Adelpia bei. 1968 wurde er als Diplom-Kaufmann philistriert. Er war seitdem als Unternehmensberater unter anderem für die Treuhandanstalt tätig. Nun ist er im Ruhestand.

Interview vom 22.1.2017

Wolf-Dieter Unglauben: Memmel war ein angenehmer Mensch im Umgang, sehr menschlich im Umgang, sehr freundlich, sehr höflich, sehr bezogen auf die Aktiven. Er konnte mit uns wunderbar umgehen, der war ja sogar glaube ich Kassenwart als ich Sprecher war. So ´62, ´63. Und es war alles angenehm und wunderbar und er war auch immer da und auch seine Frau war angenehm. Und wir hörten nur immer von den anderen: Ja, der arme Memmel, der hat als Oberbürgermeister in Würzburg zu der Zeit ja keiner Seele was zu leide getan. Das war so die gängige Sprachregelung. Und ich hab bis vor drei Tagen gar nicht gewusst, dass der im Gefängnis war. Ich hab das in Wikipedia gelesen, die hast du ja auch schon angeschaut die Wikipedia Seite. Das war damals überhaupt kein Thema, es hieß nur: gut nach dem Krieg haben ihn die Bundesbrüder aufgefangen, als es ihm dreckig ging. Er hatte ja seine zwei Söhne im Krieg verloren, das war schlimm genug. Für uns, als die Bundesbrüder, fanden wir es ganz toll, dass er

²³¹⁸ Zum Thema *Oral History* siehe: STÖCKLE, FRIEDER: Zum praktischen Umgang mit Oral History. In: VORLÄNDER, HERWART (Hrsg.): Oral History. Mündlich erfragte Geschichte. Göttingen, 1990, S. 131-158.

aufgefangen wurde. Nach dem Krieg, als es ihm dreckig ging, das wussten wir natürlich, dass der da nicht mehr in den Beruf kam. Erstmal haben ihn die Bundesbrüder aufgefangen, das war auch wunderbar. Und er hat auch viel zurückgegeben, er war immer da und immer höflich und freundlich. Und es hat ihn auch nie einer gefragt. Das kam für uns gar nicht in Frage, klar. Und der alte Hauer wird vielleicht noch ein bisschen mehr wissen, der kennt ihn ja seit 1949 oder '50. Da hoffe ich, dass ihn sein Gedächtnis nicht im Stich lässt, aber der Hauer ist glaube ich noch fit genug, der bringt das schon zusammen.

Marc Schwenkert: Das heißt, seine Oberbürgermeisterzeit war so ein Tabuthema?

Unglauben: Mehr oder weniger, ja. Wir sind ja Kinder einer Generation, schon mein Vater war Waffen-SS Offizier der Leibstandarte Adolf Hitler. Also für uns nach dem Krieg, wir hatten Lehrer die aus dem Krieg kamen, junge Leute. An unserer Schule in Kitzingen, da war der Wunderlich in der gleichen Schule gewesen, der Herzog, der Vogel; ich war der erste, und noch einer, der ist nicht mehr aktiv. Wir kommen ja alle aus einer Schule. Aber das hing uns damals schon zum Hals raus, das Dritte Reich. Die Schule musste in Filme gehen. Meine Frau sagt, sie hätte das nie gemacht, die hat ihr Abitur in Kempten gemacht, im Allgäu. Und da hast du natürlich zu Hause gefragt, wie war das, Drittes Reich? Was für unsere Generation damals wichtig war – und das passt nämlich auch zu dem Memmel – wir wollten unsere Väter nicht als Verbrecher sehen. Waren sie auch nicht alle, um Gottes Willen. Oder unsere ganzen Eltern. Meine Mutter war Nationalsozialist; meine Mutter hat gesagt, beim Hitler hat es alles nicht gegeben, die üblichen Sprüche. Habe ich gesagt „Mutter! Ja und mit den Juden?“, „Ja das mit den Juden, das war was anderes.“ Und das war überhaupt kein Thema, natürlich fanden wir das alle nicht toll. Aber du hast probiert – mein Vater hier, Leibstandarte Adolf Hitler, also Elitetruppe – „So, was war da?“ Die haben alle nichts erzählt. Aber jeder in unserer Generation, die Väter haben nichts erzählt. Ich hab das einmal, einmal war ich soweit, dass ich gesagt haben: „Du sag mal, Vater, wie war das mit den Judenerschießungen eigentlich? Und ihr musstet da auch ran?“ Und da hat er mir tatsächlich glaubhaft vermittelt – also Leutnant war er da wohl, Leutnant, Oberleutnant – kam wohl ein Befehl, so ist das: Befehl, er sollte da jüdische Frauen und Kinder erschießen. Laut Aussage hat er sich geweigert. Sagte „Ich bin hier Elitesoldat, ich erschieß die nicht.“ Sagte ich „Und, wie ist das?“ „Ich hatte aber einen Kommandeur, der sagte: Ok, wir rücken hier ab.“ „Na, was wäre passiert, wenn du dich geweigert hättest, und der Kommandeur hätte gesagt, du sollst das machen?“ „Das machen wir so, sonst werde ich erschossen.“ Also das war so die Diskussion unserer Generation. Deshalb, in unserer Verbindung war nie das Thema Drittes Reich – mal vom Memmel abgesehen – war überhaupt nie ein Gesprächsthema. Wir hatten ja genug Alte,

die waren ja reichlich da, alle die aus dem Krieg kamen, die waren alle bis da oben hin sowieso bedient, wollten darüber auch nicht reden. Nur einmal kam mir da sowas hoch, als diese beiden Hitlerfeierler da hochkamen. Da ist einmal der alte Hartenstein, das weiß ich noch, auf dem Riesenkonvent aufgestanden, mit Tränen in den Augen – weiß ich, sehe ich heute noch vor mir, ich konnte ja gut mit ihm – „Sind wir denn schon wieder soweit?“ Das hat damals emotional natürlich alle überzeugt, und da war man ja einstimmig. Aber sonst war das nie ein Thema. Zurück zu Memmel: Es hieß immer, „Ja, der hat ja keiner Fliege was zu Leide getan in Würzburg“. War angeblich hoch angesehen in Würzburg, das haben wir so gehört. Und natürlich hat der nicht über das Dritte Reich geredet. Und ich wusste nicht mal, dass der da eingesperrt war. Das wusste ich nicht mal. Das habe ich erst in Wikipedia gelesen. Und er kam immer, er war immer da und war immer ein ausgesprochen liebenswerter, angenehmer Mensch, das kannst du dir gar nicht vorstellen, was das für ein liebenswerter Mensch war. Da konnte man sich auch nicht vorstellen, dass der irgendjemand überhaupt mal was zu Leide tun hätte können. Der hat nicht gestritten, gut, der hatte auch natürlich genug um die Ohren. Der war auch mal eine Weile sehr krank und hat auch seine beiden Söhne verloren. Für den war der Bund sein Lebensinhalt. Der Bund hat ihn aufgefangen nach dem Krieg, und seine Frau auch. War ja eine sehr angenehme Frau. Und irgendwann hat er auch seine Pension gekriegt. Gott sei Dank, sonst hätte er da nur ewig hinvegetiert. Der Bund hat ihn aufgefangen, und da hat er sich wohlgefühlt, bis zum Ende seiner Tage. Hat viel gemacht, war da Kassenwart, und Altherrenvorstand und Pipapo. Und das war alles unkompliziert, und ich sage ja nochmal, das Dritte Reich war auch unter uns jungen Leuten – in der Verbindung sowieso – kein Thema. Da hat man die alten Bilder mal angekuckt, wer da gefallen war, gefallen war im Dritten Reich und im Krieg. „Verdammte Scheiße, und dieser scheiß Krieg“, das ist natürlich üblich gewesen. Unsere Väter haben überlebt zum Teil, andere eben nicht; viele ja waren da, die ihre Väter verloren hatten. Die meisten sogar in unserem Alter. Und – wenn ich das heute überlege – wir hätte auch mal, so wie meinen Vater mal so gefragt hätte, den Memmel mal fragen können. „Jetzt sprechen wir’s mal an. Bundesbruder Memmel, du warst Oberbürgermeister im Dritten Reich, wie war denn das?“ Das war tabu, ich sage, das war ein Tabuthema. Also erstmal, weil er ein lieber angenehmer Mensch war. Wenn er ein Stinkstiefel gewesen wäre, hätten wir gesagt: „So, da lass mal hören. Wie war das eigentlich da, was hast du da gemacht, wir hören da Gerüchte.“ Und alles, was man da so ein bisschen hörte, angeblich war da die Würzburger Bevölkerung, die auch ihn ... geliebt kann man nicht sagen. Aber es gab scheinbar nichts, nichts Negatives. Warum er dann verknackt wurde, das weiß ich auch nicht. Irgendwas werden sie gefunden haben. Ich meine, die Tatsache, dass du Oberbürgermeister bist, ist ja kein Grund, dich einzusperren. Vielleicht hatte er

irgendwann mal was beschlossen, weiß ich nicht. Und da fiel mir dann dieser Main-Post Artikel auf, großer Artikel, wo er in SA Uniform stand, ich weiß nicht mehr, ob er sogar im Hitlergruß stand. Und da hat er eben unter anderem gesagt: „Betrachten wir die Juden als Ausländer.“ Nicht als schlimme Rassisten, die uns Böses getan haben, sondern sagen wir einfach, die sind Ausländer, und behandeln wir sie so. Diesen Satz fand ich also bemerkenswert, das kannst du bestimmt in den Main-Post Archiven da finden. Und das ist eigentlich wichtig grade. Und die haben da eine ganze Seite über den Memmel geschrieben. Ich glaube, die Main-Post ist wahrscheinlich die beste Fundgrube da. Da war kürzlich auch nochmal irgendein Artikel. Was auch immer da der Anlass war, vielleicht das Bombardement auf Würzburg. Da war auch noch was drin. Aber damals war es ausschließlich über das Dritte Reich, SA und Memmel und NSDAP und, und. Da wurde auch nichts negatives da drin berichtet. In Würzburg war der wohl also offenbar eine angenehme Persönlichkeit. Im Dritten Reich hatte der ja auch eine Macht. Darf man ja nicht vergessen. Der hat gesagt „So geht’s heut. Die Stadt wird beflaggt“, da wurde die beflaggt. Und was sonst war, da haben wir nie gefragt –wir wollten es auch nie rauskriegen. Ich meine, er ist nicht umsonst ins Gefängnis gewandert. Das bist du nicht nur, weil du da Oberbürgermeister warst. Da war wahrscheinlich mal irgendwo was, vielleicht hat er irgendwo Juden deportieren lassen. Wissen wir aber alle nicht.

Schwenkert: Gab es innerhalb von Adelpia auch kritische Stimmen zu Memmel?

Unglauben: Überhaupt nicht. Ich habe auch mit Kurt Vogel nochmal geredet, der wird dir das gleiche erzählen, wie ich. Da sagte ich: was wissen wir über Memmel, was haben wir über Memmel sagen können? Als angenehmer Mensch. Es gab nie kritische Stimmen, es gab auch keinen, der Mal zu uns gekommen ist „Wisst ihr eigentlich, wer das war?“ Das wussten wir alle. Und da hieß es nur, Memmel hat aber keiner Seele was zu Leide getan. Das war das *standing* und das *image*, das der liebe alte Bundesbruder Memmel hat. Geliebt von allen, das kann man wirklich sagen. Ob das in der Stadt auch so war, das können wir nicht beurteilen, aber im Bund war der wirklich der angesehenste Mann von allen.

Schwenkert: Hat er sich auch zum politischen Tagesgeschehen jemals geäußert?

Unglauben: Überhaupt nicht. Der hat sich vollkommen vom politischen Leben rausgehalten. Für ihn war – also seine Frau und er, die zwei Kinder gab’s nicht mehr – sein Leben war der Bund. Da kam er auch und hat die Abende, wenn er da war, genossen. Meistens auch Wein getrunken, und nicht Bier geschluckt. Bier hat er auch ab und zu mal getrunken. Zum Fechten, Pauktagen, weiß gar nicht, ob er da erschienen ist. Aber wir haben ja nicht so viel gefochten. Ich glaub da ist er dann auch gekommen. Und die haben ja früher noch wilde Sachen gemacht. Das waren ja die, die früher

in den Gramschatzer Wald gefahren sind in den Dritten Reichs Zeiten, und haben da gefochten. Wir haben sowieso über Politik da im Bund nie geredet, wir waren immer schon unpolitisch. Wir hatten aber natürlich auch keine Politiker, es gab niemand irgendwo, gerade mal in der Verwaltung, wie der Vater vom Henneberger und dann der Vater vom Vornberger, die meisten waren alle Juristen und Zahnärzte. Wir hatten massenhaft Zahnärzte und Juristen. Aber so aktiv in der Politik hatten wir sowieso niemand. Politik war für uns kein Thema. Das ist wirklich so. Über die Vergangenheit, Kriege und Kriegstote – also unsere Gefallenen hingen ja da, soweit wir die Bilder hatten – da wurde auch nie darüber gesprochen – was hätten wir da auch reden sollen. Schlimm genug, dass die Leute da alle umgekommen sind. Und es gab auch nie jemanden, der da gesagt hat, da hätten wir einen hohen Offizier da, oder sonst welche Leute, die im Krieg sich irgendetwas hätten zu Schulden kommen lassen. Krieg und Politik war zu unserer Zeit, zumindest in unserem Bund kein Thema. Das Thema war Bund und die lieben Menschen, die da waren, der Müller war zum Beispiel so ein angenehmer Typ, der Malermeister Doktor Fritz Müller. Das war köstlich, ein ganz toller Typ. Dann der Kurt Hoffmann, das waren alles Juristen, Landgerichtsräte und so. Und der Weigand, das war einer der wenigen, die nach dem Krieg da waren, und Memmel als der wieder zum Bund kam. Wolter, Memmel, Weigand, die haben den Bund eigentlich wieder groß gemacht. Der Weigand primär und der Wolter, der hat immer ganz oben im Hause gewohnt. Und dann, als der Memmel zurückkam, dann ging das so richtig wieder los. Aber das hat ja gedauert. Wann kam der zurück? '50 oder '51 oder so. Lange vor unserer Zeit.

Schwenkert: Hat er auch seine Frau und seine Tochter aufs Haus gebracht, jemals?

Unglauben: Von einer Tochter weiß ich gar nichts. Hatte er denn eine Tochter auch?

Schwenkert: Ja.

Unglauben: Ach, das wusste ich gar nicht.

Schwenkert: Zwei Söhne und eine Tochter.

Unglauben: Wir wussten also, dass die Söhne beide gefallen waren, das wussten wir. Das ist eine gute Frage. Tochter... Die müsste ja zu unserer Zeit... [überlegt] – denn Memmel war älter wie unsere Väter. Warte mal, wie alt war der denn zu unserer Zeit. Wann ist der eigentlich geboren? Hast du das zufällig parat?

Schwenkert: 1891.

Unglauben: Ich glaube der muss zu unserer Zeit so Fünfundzwanzig, Sechzig gewesen sein. Das heißt, die Tochter war dann auch schon über Dreißig. Dann kam die nicht mehr zu uns. Also ich kann mich nicht mehr erinnern. Couleurdamen war die nicht. Ich meine, das wäre bekannt gewesen, die Tochter vom Memmel, wir wären alle stramm gestanden, hätten gesagt, da müssen

wir uns anständig benehmen. Ne, da war die bestimmt – klar, wir waren Anfang Zwanzig, da war die wahrscheinlich mindestens zehn, wenn nicht noch mehr Jahre älter wie wir. Denke ich mal. Wenn die Söhne im Krieg gefallen waren, waren die Zwanzig mal Minimum. Und wahrscheinlich war die Tochter die Älteste. Stimmt, Tochter... die war nie da. Auch nicht auf Stiftungsfesten. Man weiß ja nicht, wieso die Tochter nicht mit ihren Eltern auf dem Haus war. Vielleicht gab's da... – weiß man ja nicht. Die war sicherlich in einem Alter, ich vermute da mal, so Mitte der Dreißiger schon. Dann hat die vielleicht, weiß man nicht, irgendwelche Denkschwierigkeiten gehabt. Denkbar. Ich weiß ja gar nicht, wo die gelebt hat.

Schwenkert: Wie stand Memmel denn zur Mensur?

Unglauben: Sehr positiv. Das Fechten war für ihn wichtig, sehr wichtig. Der wäre jetzt von ppS begeistert gewesen. Zu unserer Zeit gab es die ja nicht. Da hätte er gesagt „Jaja, das haben wir ja früher auch schon gemacht“ und das haben die ja auch gemacht, wie die Wilden. Aber war ja eine andere Zeit. Nein, nein, da war der sehr positiv eingestellt.

Schwenkert: Weißt du, ob Memmel noch auf Säbel gefochten hat?

Unglauben: Ich glaube ja. Die haben, das gemacht. Das hat also er Minimum. Ich weiß nicht, ob der Vornberger auch noch. Die haben, also ich würde jetzt behaupten: ja.

Schwenkert: Gut, vielen Dank.

2. Interview mit Dr. Volker Wilms

Volker Wilms, geboren am 1. Oktober 1940 in Gelsenkirchen, nahm am 13. Juli 1964 bei Adelpia das Band auf. Er studierte Volkswirtschaftslehre und wurde am 3. Juni 1979 philistriert. Nach seiner Promotion zum Dr. *iur.* war er als Geschäftsführer tätig. Heute ist er Rentner. Am 4. Juni 2017 trat er aus der Adelpia aus.

Interview vom 21.2.2017

Marc Schwenkert: So, lieber Alter Herr Wilms I, erzähl doch bitte, an was du dich bei Theodor Memmel, den du in deiner Aktivenzeit kennengelernt hast, erinnerst.

Dr. Volker Wilms: Also im Grunde genommen nur Positives. Ich habe ihn immer als unwahrscheinlich freundlich in Erinnerung. Er hat sehr viel für den Bund getan, wenn jemand dimittiert werden sollte – wenn er sonst nie auf dem Konvent erschien – da war er da, um es zu verhindern. Warum weiß ich oft nicht. Also ohne Grund wohl haben wir ja auch keinen dimitieren wollen, aber sagen wir mal: früher flog man eher raus, wie man ganz offen feststellt. Also das ging schon schneller. Auch Schulden waren da ein Grund, wenn einer nicht bezahlen wollte. Dann kam er, und hat sich für den verwendet. Und also ich hatte immer Hochachtung vor dem Mann gehabt. Ich kannte natürlich seine Vergangenheit anfangs nicht, muss ich zugeben. Ich wusste nur, dass er OB in Würzburg war. Die Zeit war natürlich akut, '33 bis '45. Da konntest du ja kein OB werden, jedenfalls in einer Stadt wie Würzburg nicht, wenn du nicht das Parteiabzeichen gehabt hast. Eindeutig. Aber ich weiß auch, dass er in seiner Zeit sehr viel für die hiesigen Studentenverbindungen getan hat. Gut, die Namensgebung war ja nicht das Problem, aber das Fechten war in Würzburg eigentlich nur mal verschoben. Unterbrochen eigentlich nie. Und wir bekamen, so habe ich es mir erzählen lassen, Nachricht dann, wenn die Chargen losgefahren sind, bis die natürlich im Guttenberger Forst waren, wo auch gefochten wurde oft. Das dauerte eine Zeit lang. Ob sie geritten sind oder weiß ich nicht, Autos hatten die ja nicht. Oder mit dem Rad sind sie dann wahrscheinlich raus. Und dann saßen sie alle friedlich am Tisch und haben Karten gespielt, oder haben Bier getrunken. Das war's. Und die Paukanten haben sie versteckt, klar. Ja, das war eigentlich so. Er war immer mit Fritz Müller zusammen, die beiden habe ich nie alleine gesehen. Also immer wenn der eine da war, war auch der andere da. Das war wohl eine ganz innige Freundschaft. Nach dem Krieg soll – durch seine Vergangenheit – ihm ja alles gesperrt worden sein, was an irgendwelchen geldlichen Mitteln geflossen ist normalerweise. Und er soll – ich kann immer nur berichten, was ich gehört habe – quasi also Schuhriemen verkauft haben. Mit so einem Bauchladen soll er verkauft haben. Also was weiß ich, eine Tätigkeit, die also nicht

gerade angemessen war. Also ob das stimmt, weiß ich aber nicht, hab das nie gesehen, aber gehört habe ich das. Und dann haben also die Alten Herren, seine Bundesbrüder, damals durchgedrückt, dass seine Rente wieder floss. Er war ja Oberstudienrat, glaube ich.

Schwenkert: Ja.

Wilms: Und das ist eigentlich so, was ich von ihm weiß. Persönlich unterhalten hat man sich schon, aber wir haben nie über die Zeit gesprochen. Ich jedenfalls nicht mit ihm. Vielleicht war es ihm auch peinlich, weiß es nicht. Er hat aber nie einen Hehl gemacht aus seiner Vergangenheit. Das weiß ich auch. Er hat dazu gestanden, er war, ich würde heute sagen, glühender Nationalsozialist, der aber auch Gutes getan hat. Ich weiß nicht, wer verantwortlich war für die Geschichten mit den Juden hier in Würzburg. Gut, wir haben nicht gelebt zu der Zeit.

Schwenkert: Ja, klar.

Wilms: Also da konnte wohl auch ein Oberbürgermeister in München nicht anders und in Augsburg wahrscheinlich und in Schweinfurt auch nicht. Wenn du nicht linientreu warst, da hattest du keine Chance Oberbürgermeister zu werden. Sonst muss ich sagen, wüsste ich eigentlich nichts Näheres. Wenn du noch Fragen hättest, aber sonst würde ich also so generell wenig sagen über ihn. Also ich habe ihn immer als sehr, unwahrscheinlich freundlich kennen gelernt. Das weiß ich noch, wenn der am Sofa saß, und ein Fuchs kam rein oder so, dann stand der auf und gab dir die Hand. Das ist auch selten. Heute nicht mehr üblich so. Ne, kann man wohl sagen (lacht). Und der Fritz Müller, die waren eng befreundet die beiden. Das, das hat man gemerkt. Und wenn der auf dem Konvent war habe ich den ja auch ein paar Mal erlebt.

Schwenkert: War das da so üblich, dass die Alten Herren auf Konvente gekommen sind?

Wilms: Nur, wenn jemand dimittiert werden sollte. Also wenn er meinte das wäre nicht richtig. Er wollte die Leute halten. Nicht weil wir keine hatten, aber es war einfach so: wenn einer mal eine Zeit lang im Bund war, sagte der: „Den kann man nicht so einfach rausschmeißen“. Weil so Sachen, die dann später passiert sind, dass also da Unterschlagungen gemacht wurden – ist ja passiert – das gab es damals nicht. Zumindest weißt du die, die Sache mit dem Krahwinkel? Wer das war, du kennst du ja wahrscheinlich gar nicht, oder? Oder kennst du die?

Schwenkert: Nein.

Wilms: Ja, hat hier aber glaube ich wenig hiermit zu tun. Das wäre natürlich ein Fall gewesen, den hätte der mit Sicherheit auch nicht gedeckt. Und Fechten mussten wir, da gab es auch von seiner Seite kein Pardon. Also das war üblich. Das war eine schlagende Verbindung. Und dass wir überhaupt in die Burschenschaft eingetreten sind '33, das war ihm zu verdanken. Die

andere Richtung, die kennst du ja. Der schwarzer Verband, oder wie das hieß damals.

Schwenkert: Der Rothenburger Verband schwarzer schlagender Verbindungen.

Wilms: Ja, genau. Und da soll – ich weiß aber nicht, ob das der Memmel war – da soll mit seinem Hund einer durch die Stadt Würzburg gelaufen sein, und hatte am Schwanz alle Bänder von Corps dran. Weil sie keine Partien kriegten, die waren damals sehr gut. Und dann hat er sie gehabt. Aber ich glaube nicht, dass er das war – also ich bin mir nicht sicher, aber das hätte ich ihm zugetraut. (Lacht) Das war so eine kleine Episode.

Schwenkert: Hat er je ein Wort darüber verloren, dass er die Korporationen während der NS-Zeit irgendwie protegiert hat? Gerade bei Mensuren?

Wilms: Also ich habe da natürlich nichts von gemerkt. Und auch nie mit ihm drüber gesprochen. Das kann ich bestätigen. Also die vielen, die aus dem Krieg wiederkamen, da hat ja auch keiner einen Ton mehr gesagt darüber, über die Zeit. Und bei der Fronleichnamsprozession ist er mitmarschiert, gibt es die Bilder, mit Band um und NS-Uniform an. Ich glaube, es gab welche, die waren schlimmer in Würzburg. Die sich dann ja auch locker abgesetzt haben, wie es dann dem Ende zuing. Und er hat ja, das hatte ich dir ja schon gesagt, das habe ich in der Zeitung ja gelesen, in Heidingsfeld, wie die Amis einrückten, hat er mit im Graben gelegen, und hat geschossen. `45! Da war ja für jeden einsichtig verloren, da war ja nichts mehr zu retten. Aber es war eben seine Einstellung. Und ich kann mir auch vorstellen, dass dem das ziemlich gleichgültig war, ob sie ihn getroffen hätten. Also ich meine zu der Zeit konnte man ja wirklich verstehen, dass einer sagte: „Jetzt reicht’s mir.“ Und dann haben die ihn ja auch inhaftiert, soweit ich weiß. Hast du wahrscheinlich auch längst gefunden.

Schwenkert: Ja, der war mehrere Jahre lang im Internierungslager.

Wilms: Ja. Naja, und dass das einzige Bild in Würzburg, was was nicht aushängt, er ist, das habe ich dir ja auch schon gesagt. Also kannst du ja mal sehen, da hängen ja die ganzen OBs, die es gegeben hat, von Anfang an, bis zum bitteren Ende, nur er nicht, die Zeit von `33 bis `45 ist vakant.

Schwenkert: Wie wichtig war für Memmel die Deutsche Burschenschaft?

Wilms: Das muss wohl sehr wichtig gewesen sein. Weil er war derjenige – hat mir der Wolf-Dieter Unglauben mal erzählt – er hat dafür gesorgt, dass wir da reinkamen. Das war das Ganze. Ich könnte mir vorstellen, dass er sich wahrscheinlich mehr davon versprochen hatte, als sie heute noch ist.

Schwenkert: Hast du den Alten Herrn Siegfried Wolf kennengelernt? Das war Memmels Leibfuchs.

Wilms: Nein. Nein.

Schwenkert: Ok. Weißt du, woher die Narbe an seinem Kinn stammte?

Wilms: Nein. Aber das war eine Mensurverletzung, auf jeden Fall. Das würde ich schon sagen. Also ja.

Schwenkert: Hast du bemerkt, dass er ein Stützkorsett getragen hat?

Wilms: Nein. Nein, habe ich nicht. Ich sage, der stand auf, wenn du zu ihm kamst – normalerweise konnte er ja sitzenbleiben. Das ging natürlich ein bisschen langsam, wie ich heute auch nicht mehr so schnell hochkomme wie früher, das ist nun mal so. Aber er ist aufgestanden und er war für uns ein Vorbild, der Mann. Gut, weißt du, wir waren ja nicht im Krieg, waren ja alle viel zu jung gewesen, und waren froh, dass es vorbei war, aber der hatte bei uns nie so den Eindruck erweckt, dass das jetzt ein Verbrecher sei, oder so.

Schwenkert: Wie stark hat Memmel denn dem Alkohol zugesprochen?

Wilms: Habe ich auch nicht erlebt. Also betrunken habe ich den die gesehen. Da gab es andere, die könnte ich eher benennen (lacht).

Schwenkert: Ja gut, das war schon alles. Vielen Dank.

3. Interview mit Dr. Kurt Vogel I

Kurt Vogel (I), geboren am 16. Februar 1940 in Würzburg, trat während seines Lehramtsstudiums am 19. Januar 1962 der Adelpia bei. Er machte im Fach Wirtschaft seinen Doktor und war lange Jahre im Schweinfurter Stadtrat und als Sportfunktionär tätig. Nun ist er Rentner.

Interview vom 10.3.2018

Dr. Kurt Vogel I: Ich habe also '60 Abitur gemacht, dann habe ich zwei Semester Sport studiert. Die ersten zwei Semester konntest du ja nichts anderes studieren, du hast den ganzen Tag, fast 35 Stunden mit Sport zu tun gehabt: Praxis und allen möglichen theoretischen Kram. Dann im dritten Semester habe ich in Würzburg Wolf-Dieter Unglauben getroffen, der mit mir schon in die Schule in Kitzingen gegangen ist. Ich war mit Wolf-Dieter acht Jahre in der gleichen Klasse. Das ist selten der Fall, immer mit ganz wenigen war ich immer in der gleichen Klasse. Wolf-Dieter, mit ihm war ich von der ersten Klasse an zusammen, die berühmte 1c und dann 2c und so weiter. Dann musste ich, wegen des Sports zum Augenarzt. Die Augenärztin hat gesagt, meine Augenstärke ist in dem einen Jahr um vier Dioptrien schlechter geworden – ich hatte damals schon 6,0 Dioptrien. Und da hat mich die Augenärztin nervös gemacht: „Du, mit einer Anstellung, wenn du so schlechte Augen hast, ist das dann später schwierig – du willst ja ins das höhere Lehramt“. Dann habe ich überlegt: Donnerkeil, also studierst du dann da herum und dann bist du fertig und dann kriegst du den Job nicht. Denn so wie heute die Studenten, die machen Sportwissenschaften und wissen auch nicht genau, was Sache ist. Ich habe zum Beispiel einen Großcousin, der hat Sportwissenschaften gemacht und ist mehr oder weniger jetzt Vertreter für Sportgeräte von einer großen Firma. Also, da habe ich überlegt, was machst du. Und dann bin ich umgestiegen auf die Fächerverbindung Sport, Geographie und Wirtschaft. Weil Wolf-Dieter Wirtschaft gemacht hat, hat er mir zu Wirtschaft geraten. Und dann habe ich eben Wirtschaft fürs Diplom gemacht. Geographie und den Sport habe ich „mitgeschleppt“. Wolf-Dieter hat mich 1962 eines Abends aufs Haus mitgeschleppt und das Pauken gezeigt. Da war ich schon ein bisschen, sagen wir einmal, vorsichtig geworden. Aber da war ein weiterer Kommilitone, ein Schwabe, dabei. Der Exbundesbruder Erfle aus Stuttgart. Den kennst du nicht mehr, der ist dann später ausgetreten. Erfle, ein behäbiger Schwabe, und da habe ich mir gedacht: Wenn der behäbige Schwabe sich zu fechten traut, dann ist das für dich natürlich ein Spaziergang. Und das war der Punkt, wo ich die Kurve gekratzt habe und habe gesagt: Wenn bei einer Verbindung, dann bei einer schlagende. Also dann bei Adelpia. Ich kann mich erinnern, an diese Kneipe an der ich aktiv wurde – wir haben

fürchterlich getrunken. Ich habe damals noch wenig Bier getrunken, sondern üblicher Weise heißen Grog. Ende des Wintersemesters bin ich also aktiv geworden. Habe dann auch bei Bundesbruder Jost Sack und Wilhelm Hötger übernachtet. Wilhelm ist schon vor ein paar Jahren gestorben. Jost Sack ist ja später auch mein Leibbursche geworden. Und da hatte ich auf der Kneipe schon Bbr. Memmel kennen gelernt. Bbr. Memmel war ein sehr beliebter Gast, hat auch immer ein paar Worte gesagt. Bbr. Memmel hat mich immer fasziniert. Und ich habe dir ja geschrieben, ich habe ihm einiges zu verdanken. Sagen wir mal, ich bin ja nicht gerade der typische, zart besaitete Student gewesen. Ja, ich habe so meinen eigenen Stil, irgendwie. Der ist nicht gerade die Norm, die Norm eines Lehrers, so friedlich und angepasst und, und und. Also ich war nie angepasst. Und Bbr. Memmel hat sowas irgendwie gut gefunden. Der erste Einschnitt im Bundesleben war ein Autounfall. Dazu einige Hintergrundinformationen. Bundesbruder Herzog, der jetzt ausgetreten ist, war mein Leibfuchs. Der kam von der gleichen Schule, wie ich und wir waren enger befreundet, schon in Kitzingen. Und dann habe ich Achim zu Adelpia gebracht. Und dann kam der Knatsch. Mit Achim hatte ich ausgemacht, dass wir einen Tauchkurs von der Wasserwacht Kitzingen, der hier per Zufall am Ellertshäuser See bei Schweinfurt durchgeführt wurde, besuchen. Ich habe ihn angemeldet, und kam dann verabredungsgemäß früh um 7.00 zu Achims Haus. Ich hatte damals einen 125er Sachs gefahren und damit wollten wir zum Ellertshäuser See fahren. Ja, dann war sein Vater an der Tür, was mich schon gewundert hat, und sagt: „Ja der Achim, der, der liegt noch im Bett.“ „Wieso, wir haben doch ausgemacht, dass wir zum Ellerthäuser See fahren.“ „Ja, nein, da war gestern eine Veranstaltung von der Adelpia.“ Da habe ich gesagt: „Was, Adelpia?“ Keine Ahnung, ich war ja schon höheres Semester. Das war 1965.²³¹⁹ „Also nein, Adelpia, weiß ich nicht.“ Naja, da hat der Vater schon gemerkt, sein lieber Sohn hat irgendwas vorgespielt und war irgendwo anders. Und da hat er zu mir gesagt, weil er mich gerade vor sich hatte: „Ja, und ja was macht denn der Achim so im Studium?“ Da habe ich gesagt: „Keine Ahnung, ich bin ja höheres Semester.“ Ich habe mich damals vorbereitet für die vorgezogene juristische Prüfung für Diplomkaufleute. Ich habe ein Doppelstudium absolviert: Höheres Lehramt und Diplom. „Keine Ahnung“, habe ich gesagt. „Aber fragen Sie einmal ihn selbst, in dem Semester müsste er die Propädeutischen Scheine haben, in Buchhaltung und Bilanz, kleiner BGB-Schein und nochmal irgend einen Schein. Fragen Sie ihn halt einmal.“ Ja, gut. Dann war es das. Ich war natürlich auf den Achim sauer, ich bin dann rauf zum Ellertshäuser See. Das dicke Buch da, siehst Du, ist von der Wasserwacht. Und da habe ich sogar noch den Tauchschein drin. Nur: Achim – weil der Vater ihn wahrscheinlich gestellt hat – ist auch

²³¹⁹ Bei einer Überprüfung seines Kalenders stellte Dr. Vogel fest, dass sich dies im September des Jahres 1964 ereignete.

anschließend von Würzburg weg, offensichtlich wegen des Buchhaltungsscheins. Denn damals sind 80 Prozent üblicherweise bei dem Buchhaltungsschein durchgefallen, damals gab es noch keine Repetitorien. Und ich habe den damals auf Anhieb irgendwie geschafft. Und so war das. Und da ist Achim nach Nürnberg, und war irgendwie auf mich nicht mehr gut zu sprechen. Okay, dann war Folgendes: Unser Bundesbruder Plietz, Joachim, Arzt für Innereien, war auch mein Hausarzt, und der Hausarzt meiner Mutter. Ich habe ihn immer wieder im Kitzinger Schwimmbad getroffen und Bbr. Plietz hat auch damals, was völlig unüblich war, schon das Sportabzeichen abgelegt – ich habe nämlich noch ein Uraltbild, von 1965. Und da im Schwimmbad, da haben wir uns getroffen. Und dann habe ich ihn aufgefordert: „Lass uns Tauchen und zwar über das Becken und zurück“, das wären 40 Meter gewesen, da hat er gesagt: „Schaffst Du nicht. Schaffst Du nicht“? Und hat er angeboten, wenn ich das schaffe, dann macht er ein Bremserfest²³²⁰. Okay, und da war dann im Herbst drauf, ein Bremserfest. Wir waren draußen bei ihm, Richtung Würzburg hat er gewohnt, in Kitzingen. Er und seine Frau haben schön Bremser getrunken und Angemachten²³²¹ gegessen. Bbr. Tratz war dabei, Achim und ich. Wir haben Bremser getrunken und so was um ein Uhr wollten wir aufbrechen. Ich wollte die zwei mitnehmen, denn ich hatte damals einen VW Cabriolet. Aber Achim wollte nicht. Er hatte mir ja schon das Leibverhältnis gekündigt.

Marc Schwenkert: Wieso das?

Vogel: Naja, der Vater hat ihn gestellt und hat festgestellt, dass er ihn angelogen hat, und er hat unterstellt, ich hätte ihm das gesagt. Ich habe ihn aber nur gesagt, er soll fragen: das und das müsste man in dem Semester haben. Aber ich wusste ja nichts. Auf jeden Fall hat er mir das übel genommen. Gut, und dann kam die Malaise: Ich bin heimgefahren – ich habe auf der anderen Seite vom Main gewohnt – über die neue Brücke, und da ist mir auf dem Gipfelpunkt der Brücke – ich habe gesehen, da ist auf der anderen Seite ein Auto gefahren, und ein Radfahrer, der in meine Richtung gefahren ist, oder fahren wollte. [Zeigt] Also wenn da die Brücke ist, dann war da ein Auto gestanden, da war ein Radfahrer, der mit denen gesprochen hat. Das habe ich noch gesehen. Und ich bin da gefahren und war wahrscheinlich abgelenkt. Nur: damals bin ich nicht am äußersten rechten Rand, sondern in der Mitte, am weißen Strich entlang gefahren. In dem Augenblick wo ich auf seiner Höhe war, wollte der Radfahrer aufs Fahrrad steigen und ist mir ins Auto gefallen – tödlicher Verkehrsunfall. Was das Verrückte ist: der Verunglückte hat, in der Straße, vier Häuser weiter gewohnt und ich war mit seinen Söhnen privat gut befreundet. Wir waren in so einer Jugendbande, da war der älteste Sohn dabei. Also gut; tödlicher Verkehrsunfall.

²³²⁰ Fränkisch für Federweißer.

²³²¹ Fränkische Abkürzung für angemachten Camembert.

Schwenkert: Du wurdest ja einmal dimittiert²³²².

Vogel: Nein, da war es noch nicht soweit. Auf jeden Fall haben einige Bundesbrüder gegen mich gestänkert, und zwar: Ich hätte keine Reue gezeigt und, und, und. Und ich hätte irgendwo verbreitet: „Also mein Ding wären: fünf Enten, drei Hühner und ein Kitzinger“, die ich „erlegt hätte“. So Zeug haben Achim und Bbr. Gorth – Bbr. Gorth kam auch von meiner Schule – verbreitet. Gut, und da haben sie mit einigen anderen Adelphen in Dimissionsverfahren gegen mich angestrengt. Und bei diesem Dimissionsverfahren – da gibt es noch Unterlagen, wenn du nachschaust – hat sich Bbr. Memmel für mich stark gemacht: „Der Vogel fliegt nicht raus.“ Dann haben sie mich nur ein Semester suspendiert. Okay. Dann war ja Folgendes: Ich war dann ein dreiviertel Jahr in Amerika. Gleich nach dem Unfall, aber das hatte mit dem Unfall an sich nichts, gar nichts zu tun gehabt. Denn wir hatten Freunde in Amerika, die hatten Kinder die in Kitzingen geboren wurden. Er war Ingenieur, hatte also eine kleine Werkstatt gehabt, nach dem Krieg. Es waren ganz andere Zeiten als heutzutage. Hat übrigens damals bei der V2 mitgearbeitet in Peenemünde. War Kriegsflüchtling, in Kitzingen ist er mit seiner Frau gestrandet und meine Mutter hat denen Wohnung besorgt, und, und, und. Und die Freundschaft existiert heute noch. Die Familie war dann zwei Jahre in Giffhorn, und dann ist sie nach Amerika ausgewandert. Und die Frau hatte Verwandte im Harz, aber alle Jahre ist von der Familie einer gekommen. Meistens war es die Frau. Und ich habe sie – sie hat uns wie immer besucht – gerade zum Bahnhof gefahren, mit dem berühmten VW Cabriolet, und da hat sie gemeint: „Kurt wir haben eine riesen große Universität, wir haben Platz, Du kannst jederzeit kommen.“ Habe mir dann auch ein entsprechendes Thema für die Diplomarbeit gesucht: „Das Marketing vom Standpunkt amerikanischer Konsumgüterproduzenten“. Bin am Ende des Faschings nach Amerika verschwunden, und war dann `65 für 7 Monate dort. Kam dann zurück, und dann war Folgendes: Na, ich war ja suspendiert, aber in Amerika hat es mich das ja gar nicht gejuckt. Kam dann zurück, Schwarzwald²³²³ noch dazu, nur: am Stiftungsfest durfte ich teilnehmen. Und da, weißt du, was ich gemacht habe? Ich habe mir ein schwarzes Band besorgt, einen Zylinder hatte ich noch, und bin so aufs Stiftungsfest. Du kannst dir vorstellen, eine Hälfte der Adelphen, die fanden das *cool* und irgendwie typisch. Andere meinten Verächtlichmachung des Couleurstudententums, und so weiter. Naja. Auf jeden Fall, war der Dimissionsantrag noch im Gespräch damals. Und Bbr. Memmel – das steht noch in den Büchern. Ich habe nämlich im Rahmen der Chronik die Konventsbücher nachgelesen: Wie war das denn damals, das Verfahren gegen mich? Und da steht in den Konventsbüchern drin, das war vor dem

²³²² Ausschluss aus der Verbindung.

²³²³ Studentensprache für die Strafe des Bandentzuges. KLUGE/RUST: Deutsche Studentensprache, Band 2, S. 188.

Altherrenverband, dass Bbr. Memmel sich ganz deutlich gegen einen Rauswurf ausgesprochen hatte.

Schwenkert: Auf dem Bundeskonvent dann, oder dem Aktivenkonvent?

Vogel: Bundeskonvent. Nein, nein, Bundeskonvent. Also, wenn es dich wirklich interessiert, könntest du nachschauen. Und dann habe ich natürlich einen großen Fürsprecher gehabt, das war – den Namen wirst du häufig hören – das war Bbr. Heinrich Dunkhase. Bbr. Heinrich Dunkhase, der war auch auf dem Konvent. Erstens konnte er gut Reden, war Sprecher und hatte somit Einfluss. Sicher, ich hatte noch ein paar andere Bundesbrüder, die mich unterstützt haben, aber es war eine Front da, die mein Verhalten missbilligten. Erstens einmal haben sie gelogen! *Fake news* nennt man das heutzutage. Du kennst das ja durch den Trump, *fake news*, haben so Zeug in die Welt gesetzt, um mir zu schaden. Derartiges habe ich nie gesagt. Aber du siehst, wie die Leute einen unter Umständen fertig machen können. Du hast ja nicht im Griff, wer wem was hinten rum wie erzählt, und was er erzählt, und wann, und, und, und. Und Bbr. Memmel war auf meiner Seite. Und auf dem Altherrenkonvent hatte natürlich Bbr. Memmel immer noch einen Status – damals – war er immer noch „Der Bundesbruder“, ja.

Schwenkert: Mit gewichtiger Stimme.

Vogel: Mit gewichtiger Stimme. Also ich habe Bbr. Memmel irgendwie verehrt. Und er mochte mich wahrscheinlich auch. Weil, wie gesagt, da im Schwarzwald und dann mit Zylinder und schwarzem Band am Stiftungsfest aufzutreten, traut sich auch nicht jeder.

Schwenkert: Hat Bbr. Memmel über seine Messuren irgendwas erzählt?

Vogel: Er hat, er hat. Ja, erzählt hat er, klar. Und er muss noch Säbelmessungen gefochten haben.

Schwenkert: Er hatte ja auch noch einen Schmiss am Kinn.

Vogel: Ja, ja. Hat mir immer imponiert, ich habe leider die alle hier drauf [zeigt auf seinen Kopf] gekriegt. Ja, also Säbelmessungen hatte er klar. Bbr. Rettelbach und er. Bbr. Rettelbach hat auch auf schweren Säbel gefochten – er ist verstorben, aber sein Sohn war da, war bei uns eine Zeit lang aktiv, aber der ist dann auch ausgetreten. Rettelbach, der hatte auch Säbelmessungen, das weiß ich. Er hatte Säbelmessungen, mindestens eine gefochten.

Schwenkert: Warst du bei der Beerdigung von Bbr. Memmel dabei?

Vogel: Ja, na klar! Also, das war eine der größten Beerdigungen die ich mitgemacht habe. Ich bin immer noch Funktionär, war erst letzte Woche bei einer Beerdigung, am Montag muss ich wieder auf eine Beerdigung; ich bin häufig auf Beerdigungen, aber so eine große Beerdigung, wie damals – sicher, als unser Exoberbürgermeister nach dem Krieg, Georg Wichtermann beerdigt wurde, das war also auch eine riesige Beerdigung. Klar war ich auf der Beerdigung. Das war für mich eine der ergreifendsten Geschichten, die ich mitgemacht habe. Ich war ja da noch jung und ergriffen. Heutzutage ist

das für mich eine Beerdigung normaler Alltag – ich bin fast wöchentlich auf irgendeiner Beerdigung.

Schwenkert: Weißt du noch, wer da alles da war, bei der Beerdigung? Abgesehen vom Oberbürgermeister.

Vogel: Der Heinrich Dunkhase, unser Sprecher mit dem war ich dort.

Schwenkert: Waren da noch andere Verbände oder andere Verbindungen?

Vogel: Die waren dort, aber kann ich dir nicht im Detail sagen wer. Also es waren sehr, sehr viele dort.

Schwenkert: Bbr. Memmel und Alkohol. Es gab ja dieses Gerücht, dass Memmel sehr gerne dem Alkohol zugesprochen hat, wie hast du das erlebt?

Vogel: Also ein Bier haben wir immer getrunken. Aber damals, waren die Dinge anders als heute. Wir sind wie gesagt, mit diesem berühmten VW Cabriolet, auf die „Käffer“ in den Steigerwald gefahren. Meine Vorfahren kommen ja aus dem Steigerwald, und ich kannte da ja alles. Wir sind da in den Steigerwald gefahren, fünf, oder sechs, waren bei mir im Auto, haben da drei, vier Schoppen getrunken, selbst ich als Fahrer, habe noch drei, vier Schoppen getrunken, und sind johlend und grölend nach Würzburg zurückgefahren! Das war damals üblich – ich hatte ja Glück gehabt, bei meinem Prozess wegen des Autounfalls, ich habe damals gedacht: Mensch, wir haben ja Bremser getrunken, aber ich hatte 0 Komma, also 0,4 oder irgendwas. Und damals war ja Führerscheinentzug erst ab 1,5. Damals, wie gesagt, drei Schoppen hatte ich auch als Autofahrer – heute trinke ich einen, oder ein Bier, mehr nicht. Nicht beides zusammen, höchstens eines. Aber wir haben alle getrunken. Und Bbr. Memmel auch. Drei Bier hat der garantiert auf dem Haus getrunken.

Schwenkert: Ok, gut, vielen Dank.

Vogel: Was willst du noch wissen?

Also für mich war Bbr. Memmel ein Vorbild. Der hatte einen kerzengeraden Gang gehabt, und wenn der aufgestanden ist, bei uns, herrschte Ruhe. Da musste nicht der Präsidierende um Ruhe bitten, da haben die Leute geschwiegen. Und er hatte eine – behaupte ich – natürliche Autorität. Ich kann das als Lehrer, beziehungsweise als Sportfunktionär ein bisschen besser beurteilen, er hatte eine natürliche Autorität. Ja, also ich habe den bewundert, und ich mochte ihn. Also ich mochte ihn, muss ich sagen. Ich kann dir nicht sagen, warum, aber für mich hatte er etwas Anziehendes. Ja, und auch die Bundesbrüder in meinem Alter, frag doch die, frag doch mal den Wolf-Dieter Unglauben, ja, die hatten alle Bbr. Memmel ins Herz geschlossen. Und es war für die Adelpia damals ein Aderlass, der Tod von Bbr. Memmel. Obwohl er schon ziemlich alt war. Aber das war nicht wichtig. Und dann anschließend war eine Trauerkneipe auf dem Haus. Ja, wir waren alle reichlich niedergeschlagen. Ja.

Schwenkert: Also war es letztendlich eine Zäsur, als er dann gestorben ist?

Vogel: War eine Zäsur, ja. Das war eine Zäsur, ähnlich, wie dann der Tod von Bbr. und Sprecher Heinrich Dunkhase. Der ist ja tödlich verunglückt, also das war auch eine gewisse Zäsur bei uns.

Schwenkert: Ja gut, man hat ihm auch angesehen wahrscheinlich, dass er Bürgermeister sehr lange Zeit gewesen ist auch, und sehr lange auch in der Partei.

Vogel: Und er war es ja in einer Zeit, wo es schwierig war. Und am Grab hat auch keiner ein schlechtes Wort über ihn gesprochen. Und man hat auch nichts gelesen. Ich nehme an, die Zeitung hast du durchgecheckt? Und auch von den Bundesbrüder, da hat nie einer irgendwas Negatives über Bbr. Memmel gesagt. Und er kam auch zu den Stiftungsfesten mit seiner Frau, ältere Dame, Respektsperson, ja. Ja, ich mochte Bbr. Memmel.

Schwenkert: Hat er über seine Vergangenheit irgendetwas erzählt, über seine Bürgermeisterzeit, oder war das eher so ein Tabuthema?

Vogel: Wir haben über alles Mögliche gesprochen. Über aktuelle Geschichten meistens.

Schwenkert: War er sehr der Deutschen Burschenschaft verhaftet? Also dass man gesagt hat, er war ein Förderer?

Vogel: Ja, er war Burschschafter. Also, ich gebe es ja ehrlich zu, ich habe ja damals den Austritt aus der D.B. auch bedauert. Ich habe wohl für den Austritt damals gesprochen. Und zwar wirst Du ja als Burschschafter angefeindet; ich war ja damals noch im Stadtrat.

4. Interview mit Dr. Klaus Zeitler

Klaus Zeitler, geboren am 27. September 1929 in Würzburg, war der Sohn von Max Zeitler, welcher als NSDAP Politiker Oberbürgermeister von Erfurt war. Nach dem Studium und der Promotion in der Rechtswissenschaft war er zunächst als Rechtsanwalt tätig. Er wurde SPD-Mitglied und kam 1956 in den Würzburger Stadtrat. Hierauf bekleidete er das Amt des Würzburger Oberbürgermeisters von 1968 bis 1990. 1996 bis 2004 wurde er wieder in den Würzburger Stadtrat gewählt, zuerst als Mitglied der Republikaner, danach bei der Würzburger Liste. Er verstarb am 23. Dezember 2020.

Interview vom 9.2.2018

Marc Schwenkert: Gut. Herr Dr. Zeitler, Sie waren nicht korporiert, aber Ihr Vater und Ihr Onkel, ist das richtig?

Dr. Klaus Zeitler: Ja. Ja, die waren Angehörige des Corps Franconia, und ich sollte das auch werden – hat zumindest mein Onkel noch gemeint, nach 1945. Aber ich bin Mitglied des SDS, des Sozialistischen Studentenbundes geworden und das hat sich dann von ganz alleine ergeben, dass das nicht mehr vertreten wurde.

Schwenkert: Gut. 1957 wurden Memmels Pensionsansprüche nach einem langen und hartnäckig geführten Rechtsstreit genehmigt. Sie waren ja seit 1956 Stadtratsmitglied in Würzburg. Können Sie mir zu dieser Sache noch etwas sagen?

Zeitler: Ich kann es leider nicht. Ich erinnere das nicht, und Sie haben mir das eigentlich nahegebracht. Es ist sicher, wenn ich mich damit hätte befassen müssen, oder eine Stimme abgeben müssen, wäre ich für die Pensionsansprüche gewesen, weil nach meiner Kenntnis, die sehr dünn ist, Memmel in Würzburg immer galt als ein Bürgermeister der bürgerlichen Mitte – natürlich mit dem NS-Parteibuch. Im Übrigen ist diese Sache ja dann durch Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zum Gesetz zu Artikel 131 im Wesentlichen bereinigt worden. Wie auch immer, wenn er die Prozesse verloren hat, dann liegt es wahrscheinlich daran, dass die juristische Beratung nicht so toll war.

Schwenkert: In dem Fall hat sich die Stadt sehr dagegen gestrebt. War Memmel noch Thema im Rathaus, als Sie dann Bürgermeister wurden 1968?

Zeitler: Ich erinnere mich nicht. Nein, da war das Thema, dass ein Sozi Oberbürgermeister wird (lacht).

Schwenkert: Und können Sie die allgemeine Stimmung in Würzburg beschreiben gegenüber Memmel? Haben Sie da irgendetwas mitbekommen?

Zeitler: Also meine Erfahrung kann ich nicht sagen, aber jedenfalls ein Gefühl zu dieser Frage ist: Die Würzburger haben den Memmel als Nationalsozialisten gekannt – was das immer auch heißt. Aber er war ein – in dem

Gefühl der Bürger – ein bürgerlicher Mann, der es nicht zu irgendwelchen Auswüchsen hat kommen lassen. Er war, wie ich weiß, ehemaliger Studienrat, aus Schweinfurt kommend. Also so zum bürgerlichen Kreis gehörend, und seine Wertschätzung in Würzburg ist nach meinem Eindruck immer unter dem Gesichtspunkt zu sehen, dass der Hellmuth, der Gauleiter, ein richtiger, wie man heute sagt, Nazi, also ein überzeugter Nationalsozialist war, der gegen die Kirche sich artikuliert hat, seine Tochter Gailana genannt hat, seinen Hund Kilian. Was ja natürlich in dem braven Würzburg – katholisch geprägt – also eine Todsünde war. Und insofern hat man den Memmel eigentlich immer im Windschatten, wenn ich so sagen soll, von Hellmuth als einen noch einigermaßen vertretbaren, bürgerlichen Mann gesehen.

Schwenkert: Sie waren ja bei der Beerdigung von Theo Memmel 1973 anwesend. Kamen Sie da von der Stadt?

Zeitler: Ja, ich bin Organ der Stadt und für die öffentliche Vertretung verantwortlich. Da hat mir niemand reinzureden, und sollte es auch nicht tun. Und ich bin natürlich selbstständig, auch in Hinblick darauf, dass mein Vater Oberbürgermeister in der NS-Zeit war, dorthin gegangen. Habe auch kurz gesprochen, was damals meinen sozialistischen oder sozialdemokratischen Freuden nicht so gepasst hat, aber das ist ja egal. Der Stadtrat hatte da überhaupt nichts zu melden oder zu sagen gehabt. Das war der Oberbürgermeister, der als Organ, gewählt von der Bevölkerung in Bayern eine andere Stellung hat, als der ehemalige Bürgermeister von Würselen. Der war nämlich nur „Grüßgott-Onkel“ als Oberbürgermeister, im Sinn der nordrhein-westfälischen, englisch geprägten Kommunalverfassung. Und der hatte für die Verwaltung den Stadtdirektor. Das war eine ganz starke Trennung. Ich habe das selbst miterlebt. Ich bin ja Leiter des Rechtsamts der Stadt Bielefeld gewesen und kannte die Auseinandersetzung zwischen Oberbürgermeister und Oberstadtdirektor, zurückgehend auf englische Verhältnisse, die inzwischen bereinigt sind, heute werden auch in Nordrhein-Westfalen Bürgermeister und Oberbürgermeister wieder vom Volk gewählt. Und sind gleichzeitig Vorsitzende des Rates, aber auch Chef der Verwaltung.

Schwenkert: Gut, vielen Dank.

IV. Register

1. Abkürzungsverzeichnis

a.D.	außer Dienst
A.G.	Aktiengesellschaft
A.G.V.	Akademischer Gesangverein Würzburg
AH, AHAH	Alter Herr, Alte Herren
Anm. d. Verf.	Anmerkung des Verfassers
A.T.B.	Akademischer Turnbund
a.v.	arbeitsverwendungsfähig
B!	Burschenschaft
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BArch	Bundesarchiv
Bbr.	Bundesbruder
BGBI	Bundesgesetzblatt
BStA	Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzei- ger
BVP	Bayerische Volkspartei
CC	Central-Café
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern
C.V.	Cartellverband
D.B.	Deutsche Burschenschaft
Ders.	Derselbe
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DGB	Deutsches Beamten-gesetz
DGO	Deutsche Gemeindeordnung
Dies.	Dieselbe(n)
DM	Deutsche Mark
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DSF	Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft
EAPL	Einheitsaktenplan
EK (I und II)	Eisernes Kreuz (I. und II. Klasse)
e.V.	eingetragener Verein
EMB	Einwohnermeldebogen
f.	folgende (die Folgeseite)
ff.	fortfolgende (die nächsten beiden Folgeseiten)
GBI	Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik
Gen.	Genosse
Gestapo	Geheime Staatspolizei

G.St.V.	Gemeinschaft Studentischer Verbindungen
HJ	Hitlerjugend
K.St.V.	Katholische Studentenverbindung
K.D.St.V.	Katholische Deutsche Studentenverbindung
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
K.V.	Kartellverband
KVK	Kriegsverdienstkreuz
LASA	Landesarchiv Sachsen-Anhalt
LDP	Liberal-Demokratischen Partei
MP	Main-Post
MZ	Mainfränkische Zeitung
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDStB	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
NS Hago	Nationalsozialistische Handwerks-, Handels-, und Gewerbeorganisation
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
OB	Oberbürgermeister
Ogru	Ortsgruppe
Pg., Pgg.	Parteigenosse, Parteigenossen
R.E.C.	Rothenburger Ersten Convent
RGBI	Reichsgesetzblatt
RLB	Reichsluftschutzbund
RM	Reichsmark
RVK	Reichsverteidigungskommissar
R.V.s.V.	Rothenburger Verband schwarzer Verbindungen
SA	Sturmabteilung
SAH	Stadtarchiv Halle
SAW	Stadtarchiv Würzburg
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SD	Sicherheitsdienst der SS
SED	Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SS	Schutzstaffel
StAM	Staatsarchiv München
StAW	Staatsarchiv Würzburg
S.V.	Sonderhäuser Verband
Uln.	Unterleutnant
uk.	unabkömmlich
V.D.St.	Verein Deutscher Studenten

WGA
WHW

Würzburger Generalanzeiger
Winterhilfswerk

2. Glossar

Aktiv werden	Einer Korporation beitreten
Aktivitas	Umfasst die Studenten einer Korporation und besteht aus Füchsen, aktiven und inaktiven Burschen; Abgrenzung zur Altherrenschaft/Philisterium
Bestimmungsmensur	Der Aktivenkonvent bestimmt, mit wem die Mensur ausgetragen wird, nicht der Fechter
Bundesbruder	Gegenseitige Anrede innerhalb einer Korporation; analog Corpsbruder bei Corps
Charge/Chargierter	Amt/Amtsträger innerhalb der Aktivitas
Couleur	Jegliche Art der (farbigen) Kennzeichnung zur Zugehörigkeit zu einer Korporation, beispielsweise durch Bänder oder Accessoires
Contrahage	Herausforderung einer anderen Einzelperson zur Mensur
Demobilisierung	Geordnete Entlassung der Soldaten in das Zivilleben
Dislozierung	Truppenbewegung
Ehrengericht	Gremium, das über die Austragung einer Ehrverletzung richtet
Ehrenhandel	Streit um eine Ehrverletzung
Ehrenphilister	Eine auf Antrag beim Generalkonvent zum Ehrenmitglied der Altherrenschaft (Philisterium) gemachte Person, die kein Mitglied der Verbindung war, sich aber um diese verdient gemacht hat
Farbenführend	Farben tauchen in Couleurgegenständen, Wappen und Fahnen auf, werden aber von den Mitgliedern nicht als Band getragen
Fuchsmajor	Mit der Ausbildung der Neumitglieder (Füchse) beauftragte Person
Keilen/Keile	Mitgliederwerbung für die Verbindung
Kopfcouleur	Mütze in den Farben der Korporation

Konphilister	Philister/Alte Herren desselben Bundes
Konvent	Beschließende Mitgliederversammlung
Lordschaft	Couleurdiener bei Adelpia
Partie	Mensur
Paukant	Fechter
Paukboden	Ort, an dem gefochten wird
Pauken	Fechten
Pflichtpartie	Von der Verbindung geforderte Mensur um den Status eines Inaktiven oder Alten Herrn zu erreichen
Philister	Alter Herr
Recipierung	Aufnahme in eine Verbindung
Satisfaktion	Genugtuung nach einer Ehrverletzung, die zum Duell führt
Schmiss	Bei einer Mensur zugezogene Narbe
Senior	Erster Vorstand
Syndikus	Rechtsbeistand einer Körperschaft oder Stadtverwaltung
Tönnchen	Auch Biertönnchen genannt; Selbst beschafftes weniger offizielles Kopfcouleur ohne Mützenschirm, das auf dem Hinterkopf getragen wird
Verkehrsgast	Häufig bei einer bestimmten Verbindung einkehrender korporierter oder nichtkorporierter Student, der unter Umständen sogar auf dem Haus wohnt
Waffenstudent	Angehöriger einer fakultativ oder pflichtschlagenden Verbindungen, beziehungsweise Mitglied einer frei schlagenden Korporation, das gefochten hat